FDP-Bundesvorstand

Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher

Sitzungsprotokolle
1949-1954

BEARBEITET
VON
UDO WENGST

ERSTER HALBBAND
1.–26. Sitzung
1949–1952

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch den Minister für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Copyright © 1990 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Bonn

Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1990

ISBN 3-7700-5159-9

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

VIERTE REIHE
DEUTSCHLAND SEIT 1945

IM AUFTRAG DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER, RUDOLF MORSEY
UND HANS-PETER SCHWARZ

Bd. 7/I

FDP-Bundesvorstand
Die Liberalen unter dem Vorsitz von
Theodor Heuss und Franz Blücher

Sitzungsprotokolle
1949-1954

Erster Halbband
1949–1952

Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
sowie dem Archiv des Deutschen Liberalismus
der Friedrich-Naumann-Stiftung

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Vorwort

Hiermit wird der erste Teil der Edition der Protokolle der Sitzungen des FDP-Bundesvorstandes vorgelegt. Zwei weitere Teile folgen, und zwar für die Jahre von 1954 bis 1960 (Parteivorsitzende Thomas Dehler und Reinhold Maier) und von 1960 bis 1967 (Parteivorsitzender Erich Mende). Die Edition erfolgt mit Zustimmung der Friedrich-Naumann-Stiftung (Königswinter) und des Archivs des Deutschen Liberalismus (Gummersbach) in der alleinigen wissenschaftlichen Verantwortung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

Den Mitarbeitern des Archivs des Deutschen Liberalismus, namentlich Frau Dr. Monika Faßbender, Herrn Raymond Pradier und Herrn Wulf Busch, schuldet der Bearbeiter vielfältigen Dank für die Unterstützung seiner Arbeiten, die das gemeinhin übliche Maß bei weitem überschritten hat. Sehr verpflichtet ist der Bearbeiter außerdem Herrn Dr. Fritz Banke, dessen Hilfe bei der Suche etlicher Aktenstücke im Archiv des FDP-Landesverbandes von Nordrhein-Westfalen sich als unentbehrlich erwies und dessen Personalkenntnisse bei der Erstellung des Personenregisters überaus nützlich waren.

Dank gebührt ebenfalls Herrn Prof. Dr. Rudolf Morsey für die gründliche und kritische Durchsicht des Manuskriptes, den Damen Karin Wittlake, Sonja Klug, Ingeborg Müller, Ursula Bohnet und Julia Schumacher für die Unterstützung bei der Erstellung der Druckvorlage und Herrn Dr. Martin Schumacher für die Betreuung bei der Drucklegung. Last but not least habe ich Frau Monika Demary zu danken, die auch an diesem Forschungsprojekt von Beginn an mitgearbeitet hat und die mir bei der Manuskripterstellung stets eine zuverlässige Hilfe war.

Bonn, Februar 1990 Udo Wengst

Theodor Heuss

Inhalt

Erster Halbband

Vorwort V

Einleitung IX

A. Der Bundesvorstand
1. Seine Stellung in der Parteiorganisation X
2. Zusammensetzung und personelle Besetzung XIII

B. Das Verhältnis von Bundespartei und Landesverbänden
1. Die Satzungsbestimmungen und ihre Änderungen XXIII
2. Die Finanzierung der Partei XXVII

C. Innerparteiliche Kontroversen und Auseinandersetzungen
1. Entnazifizierung, Generalamnestie und „nationale Sammlung“ XXXIV
2. „Deutsches Programm“ versus „Liberales Manifest“: Die Suche nach einem Parteiprogramm XXXIX
3. Regierungsbildung in Württemberg-Baden (1951) bzw. Baden-Württemberg (1952) XLIII
4. Das Ringen um den Fortbestand der Partei auf den Parteitagen in München (1951), Essen (1952), Bad Ems (1952) und Lübeck (1953) XLIX
5. Unterwanderung der FDP? Naumann-Affäre und Stegner-Onnen-Krise (1953/54) LVIII

D. Positionen und Probleme der FDP in der Bundespolitik
1. Im Wirtschaftsrat und Parlamentarischen Rat LXX
2. Bestrebungen zur Reform des Grundgesetzes LXXIII
3. Mitarbeit und Schwierigkeiten in der Bonner Koalition .. LXXV
4. Außen- und Deutschlandpolitik LXXXIII
5. Rundfunk- und Pressefragen XCIII

E. Der Schock der Bundestagswahl von 1953 und seine Folgen
1. Auf der Suche nach einer Standortbestimmung XCVI
2. Personelle Konsequenzen: Von Blücher zu Dehler C

F. Tabellarische Übersicht über die Bundesparteitage von 1948 bis 1954 CIV

Einrichtung der Edition
A. Zur Edition CV
B. Verzeichnis der Archivalien CVIII
C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur CX
D. Verzeichnis der Abkürzungen CXIV
E. Verzeichnis der Sitzungen und Tagesordnungspunkte ... CXVII

Dokumente 1–26 1

Zweiter Halbband

Verzeichnis der Sitzungen und Tagesordnungspunkte (2. Halbband) IX

Dokumente 27–43b 743

Register 1453

Einleitung

Der Gründungsparteitag der FDP am 11. und 12. Dezember 1948 in Heppenheim markiert in der Organisationsgeschichte des deutschen Liberalismus eine Zäsur.[1] Erstmalig war es gelungen, seine unterschiedlichen Richtungen in einer Parteiorganisation zusammenzufassen. Verlauf und Ergebnis des Gründungsparteitages[2] ließen allerdings erkennen, daß diese Zusammenfassung zunächst nur vordergründig erfolgt und ihre innere Fundierung noch nicht geglückt war. In Heppenheim wurden weder ein Parteiprogramm noch eine Parteisatzung verabschiedet, und die Wahl des ersten Bundesvorstandes enthüllte nicht ausgetragene Spannungen und Richtungskämpfe. Auch nach Gründung der FDP am Ausgang des Jahres 1948 blieben in der Partei „zwei verschiedenartige Richtungen" erkennbar (Reinhold *Maier*)[3], die Dieter *Hein* treffend als „liberale Milieupartei" und „nationale Sammlungsbewegung" gekennzeichnet hat.[4] Während der Jahre, die in dieser Edition dokumentiert werden, bestand stets eine „Klaffung in der Partei" *(Middelhauve)*[5], war sie mehr als einmal vom Auseinanderbrechen bedroht. Die Geschichte der FDP von 1949 bis 1954 stellt sich aufgrund der hier vorgelegten Dokumente als ein schwieriger Prozeß der „nachgeholten Parteigründung" dar, der die politische Handlungsfähigkeit der Liberalen erheblich beeinträchtigte und ihre Gestaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten entsprechend beschnitt.

Es kann nicht Aufgabe der folgenden Ausführungen sein, diese Zusammenhänge in aller Ausführlichkeit darzustellen und damit den wissenschaftlichen Ertrag der Edition detailliert zu bilanzieren. Ziel dieser Einleitung ist es lediglich, dem Benutzer erste Orientierungshilfen zu geben, indem zentrale Aspekte der Parteistruktur (unter Einbeziehung des „personellen Faktors"), die wichtigsten innerparteilichen Konflikte sowie die Positionen und Probleme der FDP in der Bundespolitik für den hier interessierenden Zeitraum in knapper Zusammenfassung vorgestellt werden.

---

1 Neueste Überblicksdarstellung von Dieter LANGEWIESCHE, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988.
2 Hierzu die zusammenfassende Darstellung von D. HEIN, 1985, S. 332–338.
3 Nr. 21, S. 469.
4 So der Titel des Buches von D. HEIN, 1985.
5 Nr. 18 b, S. 356.

A. Der Bundesvorstand

1. Seine Stellung in der Parteiorganisation

Am Beginn der Arbeit des in Heppenheim gewählten Bundesvorstandes stand die Beratung einer Parteisatzung. Eine erste Fassung verabschiedete der Parteitag in Bremen im Juni 1949. Ein Ende der Satzungsberatungen war hiermit allerdings nicht verbunden. Auseinandersetzungen über die Satzung und Versuche zu Neuformulierungen einzelner Bestimmungen fanden erst durch die Verabschiedung der Wiesbadener Satzung im März 1954 ihren vorläufigen Abschluß.

Der erste Entwurf für eine Parteisatzung, den Hermann *Schäfer* im Februar 1949 zur Beratung vorlegte[1], enthielt eine detaillierte Aufstellung der Aufgaben des Bundesvorstandes – u. a. Ausbau der Parteiorganisation, Richtlinienbestimmung der Parteipolitik auf allen Ebenen, Regelung der Dienstverhältnisse der Parteiangestellten, Vertretung der Partei in überparteilichen und überstaatlichen Einrichtungen, Verantwortung für die Ausbreitung des Gedankengutes der Partei –, die allerdings in die verabschiedete Fassung von 1949 (und ebenfalls von 1954) nicht aufgenommen wurde. In der Bremer Fassung hieß es hingegen in lapidarer Kürze: „Der Vorstand führt die Geschäfte der Partei und hat die Aufgabe, die Beschlüsse des Parteitages und des Hauptausschusses durchzuführen." Wenn auch in der Hierarchie der in der Satzung aufgeführten Organe der Vorstand hinter dem Parteitag („das oberste Organ der Partei") und dem Hauptausschuß („der ständige Ausschuß des Parteitages zur Beratung und Überwachung der politischen und organisatorischen Maßnahmen der Partei") rangierte, so war er gleichwohl das zentrale Diskussions- und Entscheidungsgremium der Partei, das im Grundsatz alle die Aufgaben wahrzunehmen hatte, die im Satzungsentwurf im einzelnen aufgeführt waren.

Da der Bundesvorstand mit annähernd 30 Mitgliedern für die Erledigung der laufenden politischen Arbeiten zu groß war, hatte schon der Gründungsparteitag einen sog. engeren Vorstand gewählt, dem der Parteivorsitzende, sein Stellvertreter und sechs weitere vom Parteitag gewählte Mitglieder angehörten. Dieser engere Vorstand erhielt durch die Bremer Satzung die Bezeichnung geschäftsführender Vorstand, und die Zahl der zu wählenden Mitglieder wurde auf sieben erhöht. Sie stieg ab 1950 und 1951 noch dadurch etwas an, daß die der FDP angehörenden Bundesminister dem Gremium hinfort qua Amt angehörten bzw. die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden um einen vermehrt wurde. Über die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Gesamtvorstand und geschäftsführendem Vorstand enthielt die Bremer Satzung keine näheren

1 Nr. 1 mit Anm. 2.

Angaben. Im § 12 Abs. 3 hieß es lediglich: „Der Vorstand gibt sich seine Geschäftsordnung, sie regelt den Aufgabenbereich des geschäftsführenden Vorstandes innerhalb des Vorstandes."

Dem Auftrag, sich eine Geschäftsordnung zu geben, ist der Bundesvorstand zunächst nicht nachgekommen. Erst nach dem Bundesparteitag von Bad Ems im November 1952, auf dem es zu harten Auseinandersetzungen zwischen „linkem" und „rechtem" Parteiflügel gekommen war und die bisherige Vorstandsmehrheit befürchtete, daß *Middelhauve,* nunmehr zweiter stellvertretender Vorsitzender, beabsichtige, durch organisatorische Maßnahmen die Parteiführung in seine Hände zu bekommen, erarbeitete der bayerische Landesvorsitzende Thomas *Dehler,* ebenfalls Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes, den Entwurf einer Geschäftsordnung für den Bundesvorstand.

Daraufhin legte der Bundesvorstand nach einer langen Debatte am 6. Dezember 1952 über die Abgrenzung der Kompetenzen von Bundesvorstand und geschäftsführendem Bundesvorstand fest, daß der Gesamtvorstand „letztlich entscheidet".[2] Er beschließt – so die Formulierung in der Wiesbadener Satzung – „über alle organisatorischen und politischen Fragen im Sinne der Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundeshauptausschusses. Zu seinen Aufgaben gehört die Anstellung und Entlassung des Hauptgeschäftsführers und der politischen Referenten der Bundesgeschäftsstelle. Er führt die gesamten Geschäfte der Partei. Die Erledigung der letzteren Aufgabe bildet den Wirkungskreis des geschäftsführenden Bundesvorstandes. Er ist verpflichtet, den Bundesvorstand über alle Beschlüsse und Maßnahmen zu informieren." Außerdem war auf Antrag von drei Mitgliedern des Bundesvorstandes dieser mit jeder Maßnahme des geschäftsführenden Vorstandes zu befassen, über die sodann durch Beschluß des Bundesvorstandes entschieden wurde. Damit war festgeschrieben, daß der geschäftsführende Vorstand kein eigenständiges Parteiorgan war, sondern nur Teil des Gesamtvorstandes, und seine Entscheidungen unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Bundesvorstand standen.

Zur Entlastung von Bundesvorstand und geschäftsführendem Vorstand wurde im Verlauf des Münchener Parteitages im Herbst 1951 die Einsetzung eines Organisationsausschusses als Unterausschuß des geschäftsführenden Vorstandes beschlossen.[3] Ihm gehörten – soweit ersichtlich – zunächst das geschäftsführende Mitglied des Bundesvorstandes, Ernst *Mayer,* der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Friedrich *Middelhauve,* der Bundesschatzmeister und ein weiteres Mitglied an. Der Organisationsausschuß tagte im ersten Jahr seines Bestehens zehnmal. In den Sitzungen nahm der Ausschuß Stellung zu Anträgen und Vorlagen und traf Entscheidungen, „die über die Zuständigkeit der Bundesgeschäftsstelle" hinausgingen. Soweit es sich hierbei

2 Nr. 26, TOP „Geschäftsordnung für den Bundesvorstand", S. 678–729.
3 Ebd., S. 713 und 715.

um „grundsätzliche Entscheidungen" handelte, waren die Beschlüsse an den Bundesvorstand weitergeleitet worden.[4]

Nach dem Parteitag von Bad Ems ergab sich dadurch eine neue Situation, daß das Bestreben *Middelhauves* erkennbar wurde, über den Organisationsausschuß die Organisation der Bundestagswahl an sich zu ziehen.[5] Dies schien dadurch möglich zu sein, daß mit *Middelhauve* und *Rubin,* seit 1952 Bundesschatzmeister, zwei Mitglieder des vierköpfigen Organisationsausschusses dem Landesverband Nordrhein-Westfalen angehörten. In der Bundesvorstandssitzung am 6. Dezember 1952 setzte eine Mehrheit gegen *Middelhauve* deshalb durch, daß die Mitglieder des Organisationsausschusses durch den Gesamtvorstand aus den Mitgliedern des Gesamtvorstandes zu wählen seien und die Anzahl seiner Mitglieder auf fünf erhöht wurde. Zu seinen Mitgliedern wurden *Middelhauve,* dessen Wahl eine Minderheit zu verhindern suchte, *Rubin* sowie die drei Landesvorsitzenden *Dehler* (Vertreter des schwer erkrankten Ernst *Mayer), Rademacher* und *Stegner* gewählt.[6] Der Organisationsausschuß war zwar dem geschäftsführenden Vorstand unterstellt[7], aber die von ihm getroffenen Maßnahmen – wie Ausbau der Parteiorganisation, insbesondere Überwachung der Parteizentrale unter Einbeziehung personeller Entscheidungen unterhalb der Referentenebene, Fragen der Parteifinanzierung, der Parteipropaganda und Parteipublikationen – unterlagen letztlich der „Überprüfung des Gesamtvorstandes".[8]

Über eine starke Stellung verfügte der Bundesvorstand auch gegenüber den Fachausschüssen der Partei. Er hatte über deren Bildung und Auflösung zu entscheiden, ihre Vorsitzenden zu berufen und abzuberufen sowie die personelle Zusammensetzung zu bestätigen. Allerdings besaß der Parteitag das Recht, Änderungen an der Zusammensetzung der Ausschüsse zu beschließen. Die Zahl der Fachausschüsse stieg im hier dokumentierten Zeitraum kontinuierlich an: von neun Ausschüssen im Jahr 1950 über elf im Jahr 1951 auf 18 (zuzüglich drei Unterausschüsse) im Jahr 1953. Von besonderer Bedeutung war der außenpolitische Ausschuß, der mehrfach mit dem Bundesvorstand gemeinsam tagte. Im Zuge der Naumann-Affäre geriet er jedoch durch die Verwicklung seines Vorsitzenden Ernst *Achenbach* in diese Angelegenheit[9] so stark unter Beschuß, daß der Parteivorsitzende vom Bundesvorstand am 26. April 1953 ermächtigt wurde, den außenpolitischen Ausschuß aufzulösen und die Landesverbände um Vorschläge für eine Neubesetzung zu bitten.[10]

Bereits im Juli 1949 befaßte sich der Bundesvorstand mit der Frage, wie künftig eine effiziente Koordinierung von Bundespartei und Bundestagsfraktion zu bewerkstelligen sei. *Middelhauve* machte den Vorschlag, eine institutio-

4 Bericht *Bodes* vom 12. 11. 1952 über die Tätigkeit des Organisationsausschusses, ADL, Ordner-Nr. 57.
5 Nr. 26, Anm. 47, S. 711 f.
6 Nr. 26, S. 728.
7 Ebd., S. 727.
8 Ebd., S. 715.
9 Siehe unten, S. LVIII–LXVI.
10 Nr. 30, S. 966 f.

nelle Verbindung von Partei und Fraktion dadurch zu schaffen, daß dem Parteivorsitzenden zwei Stellvertreter beigegeben würden, von denen einer den Fraktionsvorsitz übernehmen und der andere als Parteiorganisator tätig werden sollte. Der Bundesvorstand vertagte jedoch eine Entscheidung.[11] Er diskutierte diese Frage erst wieder im Dezember 1952 und beschloß nunmehr, den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion qua Amt im Bundesvorstand zu verankern und ihn mit beratender Stimme auch zu den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes zuzulassen.[12] In Abweichung hiervon beschloß der Wiesbadener Parteitag 1954, ihm im geschäftsführenden Vorstand auch Stimmrecht zu geben.

Allerdings hat es bereits seit 1949 in der Praxis eine personelle Verzahnung von Bundespartei und Bundestagsfraktion gegeben. Die Fraktionsvorsitzenden *Schäfer, Euler* und *Dehler* haben stets dem geschäftsführenden Vorstand angehört, und mit Erich *Mende,* von 1949 bis 1953 parlamentarischer Geschäftsführer, danach stellvertretender Fraktionsvorsitzender, war von Anfang an ein weiteres prominentes Fraktionsmitglied im Bundesvorstand, ab 1951 auch im geschäftsführenden Vorstand vertreten.

2. Zusammensetzung und personelle Besetzung

Die Bestimmungen über die Zusammensetzung des Bundesvorstandes sind in ihrem Kern im hier behandelten Zeitraum unverändert geblieben. Danach bestand der Bundesvorstand aus den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes, den Vorsitzenden der Landesverbände oder ihrer Stellvertreter sowie gewählten Beisitzern, deren Zahl zwischen sechs und acht schwankte. Anfangs war von den Beisitzerstellen ein bestimmter Anteil für Frauen bzw. Jungdemokraten (in Heppenheim je zwei, in der Bremer Satzung je einer) reserviert. Im September 1952 beschloß der Bundesvorstand, keine Gruppenvertretungen mehr im Bundesvorstand zu berücksichtigen.[1] Im November desselben Jahres bestätigte er diesen Beschluß und wies bei dieser Gelegenheit den Antrag des LDP-Bundesbeirates ab, mit Sitz und Stimme im Bundesvorstand vertreten zu sein.[2]

Auf die qua Amt im Bundesvorstand vertretenen Funktionsträger (Bundesminister, Vorsitzender der Bundestagsfraktion) ist schon hingewiesen worden. Neben ihnen führte die Wiesbadener Satzung auf Beschluß des Bundesvorstandes vom Dezember 1952 noch die der Partei angehörenden Regierungschefs der Länder auf. Diese Bestimmung erlangte allerdings keine Bedeutung, da nach dem Rücktritt Reinhold *Maiers* vom Amt des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg im Herbst 1953 kein FDP-Politiker mehr eine Landesregierung führte.

---

11 Nr. 5 b, S. 47 f.
12 Nr. 26, S. 696 ff.
1 Nr. 21, S. 459.
2 Nr. 25 b, S. 633 f.

Erster Vorsitzender der FDP war Theodor *Heuss,* ein Vertreter des altliberalen, südwestdeutschen Flügels der FDP. Als Schüler und Mitarbeiter von Friedrich *Naumann* war *Heuss* schon in der Weimarer Republik politisch hervorgetreten und hatte die DDP und die Deutsche Staatspartei im Reichstag vertreten. Nach Jahren der „inneren Emigration" während des Dritten Reiches gehörte er 1945 zu den Gründern der DVP in Württemberg-Baden, deren Vorsitz für das Gebiet der amerikanischen Zone er 1946 übernahm. *Heuss,* ein schöngeistiger Literat mit wenig Neigung und Eignung zu parteiorganisatorischer Arbeit, spielte eine bedeutende Rolle in den Beratungen des Parlamentarischen Rates, in deren Verlauf er seine integrierende Kraft über die Parteigrenzen hinweg bewies und den Grundstein für seine Kandidatur für das Bundespräsidentenamt legte, in das ihn die Bundesversammlung im September 1949 wählte.

In den neun Monaten, in denen *Heuss* als Parteivorsitzender der FDP amtierte, vermochte er als Parteiführer kaum schärfere Konturen zu gewinnen – nicht zuletzt auch deswegen, weil eine einheitlich ausgerichtete Parteiorganisation zunächst nicht bestand und in der Anfangsphase bis zum Bremer Parteitag im Juni 1949 mehrere Büros nebeneinander arbeiteten.[3] Zur Verfügung von *Heuss* stand das Büro der DVP in Stuttgart unter der Leitung des mit *Heuss* freundschaftlich verbundenen Ernst *Mayer. Mayer,* der geschäftsführende Vorsitzende der DVP Württemberg-Baden, war vor dem Heppenheimer Parteitag als „maßgeblicher Organisator der Bundespartei" vorgesehen gewesen. Seine Wahl in den Bundesvorstand scheiterte indessen am massiven Widerstand des „rechten" Parteiflügels.[4] Erst auf dem Bremer Parteitag glückte ihm der Sprung in den Bundesvorstand[5], und er fungierte fortan als geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Seine Wirkungsmöglichkeiten blieben allerdings begrenzt, da er schon bald erkrankte. Er starb bereits im Dezember 1952.

Zuständig für die Vorbereitung des Parteitages in Bremen war nicht das Büro Ernst *Mayers,* sondern die Geschäftsstelle des Landesverbandes Bremen. Die Wirtschaftsfragen hingegen – das zentrale Problem in der politischen Auseinandersetzung im Frühsommer 1949 – bearbeitete das Büro des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Franz *Blücher* in Essen. *Blücher,* der in Heppenheim bei seiner Wahl in dieses Amt erheblich mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte als *Heuss*[6], trat schon frühzeitig aus dessen Schatten heraus und nahm, als sich die Kandidatur von *Heuss* für das Bundespräsidentenamt abzeichnete, die Führung der Partei in seine Hände. Die nachträgliche Zustimmung des Bundesvorstandes hierzu[7] und die Wahl *Blüchers* zum Vorsitzenden auf dem Düsseldorfer Parteitag im April 1950 waren nurmehr die Bestätigung einer von *Blücher* wie selbstverständlich vollzogenen Entwicklung.

3 Diskussion hierüber in: Nr. 1, TOP „Frage des Zentralbüros", S. 10 ff.
4 Vgl. D. Hein, 1985, S. 336.
5 Vorbesprechung in: Nr. 5 b, TOP „Organisation der Gesamtpartei", S. 46–49.
6 Vgl. D. Hein, 1985, S. 336 ff.
7 Nr. 6, TOP „Innerparteiliche Organisationsfragen", S. 61–64.

Im Gegensatz zu *Heuss* war Franz *Blücher* in den Nachkriegsjahren ein „politischer Homo novus“[8], der bis 1949 einen rasanten politischen Aufstieg erlebte: 1946 Vorsitzender der FDP in der britischen Zone, 1946 bis 1947 Finanzminister in Nordrhein-Westfalen, 1948 bis 1949 Vorsitzender der gemeinsamen Fraktion von FDP und DP im Frankfurter Wirtschaftsrat, ab 1949 Bundesminister für den Marshallplan und Stellvertreter des Bundeskanzlers. Aufgrund seiner beruflichen Herkunft als leitender Angestellter verschiedener Wirtschaftsunternehmen im Ruhrgebiet vor 1945 und seiner von ihm mit Entschiedenheit im Frankfurter Wirtschaftsrat verfolgten marktwirtschaftlichen Konzeption wurde *Blücher* anfangs als Vertreter des Wirtschaftsliberalismus und Repräsentant des „rechten“ Parteiflügels angesehen. Diese Zurechnung traf jedoch weder *Blüchers* liberales Selbstverständnis noch wurde sie seiner Amtsführung als Parteivorsitzender gerecht. *Blücher*, der sich der „echten geistigen Liberalität“ verpflichtet fühlte[9], repräsentierte innerhalb der FDP „die liberale Mitte“, und er sah seine Aufgabe vor allem darin, als „Moderator des Parteigeschehens“ zu wirken.[10]

Diesem Anspruch ist er bis 1953 aufs Ganze gesehen gerecht geworden. Es ist sicherlich auch sein Verdienst, daß die FDP in dieser Zeit ihre zahlreichen Krisen bewältigte und nicht auseinanderbrach. Gleichwohl schnitt er im Vergleich mit dem von ihm bewunderten Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden Konrad *Adenauer* im Urteil seiner Partei und des Wählers so schlecht ab, daß seinem schnellen Aufstieg bis 1949 ein fast ebenso schneller Abstieg folgte. Seit dem deutlichen Stimmenverlust der FDP in der Bundestagswahl 1953 stand *Blücher* als Parteivorsitzender zur Disposition.

Stellvertretender Vorsitzender während der Amtszeit des Parteivorsitzenden *Blücher* war mit Hermann *Schäfer* ein Politiker, der im „linken“ Spektrum des deutschen Liberalismus beheimatet war. Vor dem Ersten Weltkrieg schon Mitglied des Jungliberalen Vereins und der Fortschrittlichen Volkspartei stand er in der Weimarer Republik in den Reihen der DDP bzw. der Deutschen Staatspartei. Beruflich als Geschäftsführer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied in der Vereinigung der leitenden Angestellten aktiv, wirkte *Schäfer* politisch von 1925 bis 1932 als Stadtverordneter von Köln und Provinziallandtagsabgeordneter der Rheinprovinz und kandidierte mehrfach erfolglos für den Reichstag.

Nach dem Krieg schloß er sich in Hamburg, wo er seit Anfang der 30er Jahre wohnte, der FDP an, deren stellvertretender Vorsitzender er im Jahr danach wurde. 1947 folgte die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der FDP in der britischen Zone, 1948 zum Vorstandsmitglied der FDP und 1950 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Im Parlamentarischen Rat amtierte er als Vizepräsident, von 1949 bis 1953 ebenso im Bundestag, in dem er auch von

8 H.-P. Schwarz, 1981, S. 37.
9 W. Henkels, 1953, S. 56.
10 Wolfgang Schollwer, Liberale Führungspersonen: die Parteivorsitzenden, in: Wolfgang Mischnick, Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F. D. P., Stuttgart 1989, S. 443.

1949 bis 1952 und von 1952 bis 1953 die FDP-Fraktion führte. 1953 erfolgte die Berufung zum Bundesminister für besondere Aufgaben.

In einer Porträtskizze der „Freien Demokratischen Korrespondenz" aus dem Jahre 1954 versuchte Josef *Ungeheuer* das Liberalismusverständnis von Hermann *Schäfer* mit der Gleichsetzung der Begriffe Liberalismus und Humanismus zu kennzeichnen. „Die Freiheit des denkenden und wirtschaftenden Menschen" sei für Hermann *Schäfer* der „gesellschaftspolitische Inbegriff eines erneuerten Liberalismus".[11]

Gänzlich andere Vorstellungen vom deutschen Liberalismus nach dem Ende des Nationalsozialismus vertrat Friedrich *Middelhauve,* der als Exponent des „rechten" Flügels der FDP im November 1952 neben *Schäfer* ebenfalls zum stellvertretenden Vorsitzenden der FDP gewählt wurde. *Middelhauve* und seine Anhänger erstrebten eine „Verbindung zwischen liberaler Geisteshaltung und nationalem Selbstbewußtsein"[12], wobei der Schwerpunkt auf der zweiten Komponente lag, wie in dem von *Middelhauve* gebrauchten Begriff der „nationalen Sammlung" zur Kennzeichnung seiner Absichten zum Ausdruck kommt. Mit nationalen Parolen, mit einer Kampagne für das definitive Ende der Entnazifizierung und für eine Generalamnestie, mit dem Versuch, aus „nationalsozialistischen Saulussen demokratische Paulusse" zu machen[13], hoffte *Middelhauve,* neben der SPD und der CDU (bzw. an ihrer Stelle) die FDP als große bürgerliche Partei im Parteiensystem der Bundesrepublik installieren zu können.

Der Verleger und Druckereibesitzer Friedrich *Middelhauve* war bereits am Ende der Weimarer Republik politisch aktiv geworden. 1930 trat er in die Deutsche Staatspartei ein. Er wurde Kreisvorsitzender in seiner Heimatstadt Wuppertal und kandidierte erfolglos für den Reichstag. Nach dem Krieg gründete er im Rhein-Wupper-Kreis die „Deutsche Aufbau-Partei", die er schon bald in die FDP einbrachte. 1946 wurde er deren Landesvorsitzender und zugleich auch Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion. Ab 1948 gehörte er dem FDP-Bundesvorstand als Landesvorsitzender an, seit April 1950 als gewählter Vertreter des geschäftsführenden Vorstandes.

Die Intensität, mit der *Middelhauve* seinen nationalen Kurs im Bundesvorstand durchzusetzen versuchte, war nicht immer gleichbleibend stark und hing u. a. auch davon ab, welche Repräsentanten des mitglieder- und finanzstärksten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen neben *Middelhauve* dem Bundesvorstand angehörten. Dies waren anfangs bis zu seiner Wahl zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts im Sommer 1951 der konservative, aber jedem übersteigerten Nationalismus abholde Hermann *Höpker Aschoff,* ehemals preußischer Finanzminister, und ab 1949 der junge Erich *Mende,* der zu *Middelhauve* deutliche Distanz wahrte und im übrigen in den Diskussionen des Bundesvorstandes nicht allzusehr in den Vordergrund trat. Forcierter noch

11 fdk, 5. Jg., Nr. 9 vom 16. 2. 1954, S. 10 ff.
12 fdk, 5. Jg., Nr. 11 vom 23. 2. 1954, S. 10 ff.
13 W. Henkels, 1953, S. 169.

als *Middelhauve* verfocht hingegen sein Stellvertreter im Vorsitz des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, *Frhr. von Rechenberg*, den nationalen Kurs. *Höpker Aschoff* fand den „nationalen Rummel", den *von Rechenberg* betrieb, schon 1949 „geradezu widerwärtig"[14], und Jakob *Kaiser* (CDU) bezeichnete *von Rechenberg* zur selben Zeit als „reaktionär".[15] Es ist bezeichnend, daß der Höhepunkt der Vorstöße *Middelhauves* in Richtung auf eine neue Kursbestimmung im Bundesvorstand mit der Mitgliedschaft *von Rechenbergs* in diesem Gremium von 1950 bis Anfang 1953 zusammenfällt. Dagegen verfolgten *von Rechenbergs* Nachfolger Willi *Weyer* wie auch Hans Wolfgang *Rubin*, seit 1952 Bundesschatzmeister, und Paul *Luchtenberg*, die dem Bundesvorstand seit 1951 angehörten, eine eher auf Vermittlung der unterschiedlichen Strömungen ausgerichtete politische Linie.

Von den Mitgliedern des Bundesvorstandes erhielt *Middelhauve* die stärkste Unterstützung von August Martin *Euler*, dem Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen. *Euler*, der nach Beendigung seines Studiums ab 1939 als Vertragsjurist bei der IG Farben bzw. beim Generalbevollmächtigten Chemie gearbeitet hatte, wandte sich wie *Blücher* erst nach 1945 der Politik zu. Als Landrat von Bad Hersfeld gründete er dort die LDP, deren Vorsitz er ab 1946 in Hessen übernahm. *Euler* war Fraktionsvorsitzender in der Verfassungberatenden Versammlung Groß-Hessen und im ersten hessischen Landtag und seit 1947 Stellvertreter *Blüchers* im Vorsitz der gemeinsamen Fraktion von FDP und DP im Frankfurter Wirtschaftsrat. Eine gewichtige Rolle spielte er ebenfalls von Anfang an in der FDP-Bundestagsfraktion, deren Vorsitz er von 1951 bis 1952 innehatte, und im FDP-Bundesvorstand, dem er seit der Parteigründung als gewähltes Mitglied des engeren bzw. geschäftsführenden Vorstandes angehörte.

Euler verfolgte seit 1945 unbeirrbar das politische Ziel der „Bildung einer bürgerlichen Front gegen die politische Linke".[16] Wie *Middelhauve* wandte er sich mit Verve gegen die Entnazifizierung und machte sich zum Fürsprecher vor allem der „kleinen Pg's" und der ehemaligen Soldaten. Es gelang *Euler*, in der Bundestagswahl von 1949 und in der hessischen Landtagswahl von 1950 mehr Stimmen als die CDU zu gewinnen.

Bis 1951 stellte zwar die in Hessen auch vorhandene linksliberale Richtung mit dem ehemaligen DDP-Mitglied und nunmehrigen Marburger Oberbürgermeister Karl Theodor *Bleek* den stellvertretenden Vorsitzenden[17] und in der Bundespartei den ersten Schatzmeister, an der grundsätzlichen Ausrichtung der LDP bzw. hessischen FDP als „Rechtspartei"[18] änderte dies jedoch wenig. Dies kam ab 1951/52 unverkennbar zum Ausdruck, als für *Bleek*, der als Staatssekretär in das Bundesinnenministerium wechselte, und für den tödlich verunglückten Karl *Rüdiger* zwei erzkonservative Politiker als Vertreter des

14 Auftakt, 1985, S. 8.
15 Ebd., S. 432.
16 Nachruf auf *Euler* in: Saarbrückener Zeitung vom 10. 2. 1966.
17 Hierzu D. Hein, 1985, S. 58 ff.
18 Ebd., S. 63 f.

hessischen Landesverbandes in den Bundesvorstand gelangten. Hierbei handelte es sich um den ehemaligen Präsidenten des Reichslandbundes Karl *Hepp*, der für die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Landvolkpartei elf Jahre im Weimarer Reichstag gesessen hatte, und um den neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden Oswald *Kohut*, einen Spirituosenfabrikanten. Die betont nationale Ausrichtung des hessischen Landesverbandes im Bundesvorstand vermochte sein Generalsekretär Viktor-Emanuel *Preusker*, 1951 bis 1952 und dann ab 1953 als Bundeswohnungsbauminister Mitglied des Bundesvorstandes, nur bedingt aufzulockern.

In die „rechte" Front muß neben Nordrhein-Westfalen und Hessen noch Niedersachsen eingereiht werden, denn der dortige FDP-Landesverband stellte sich spätestens ab 1949 als „nationalistische Sammlungsbewegung" dar.[19] Verantwortlich hierfür waren der Parteivorsitzende Artur *Stegner* und sein Stellvertreter Alfred *Onnen*, die den Parteivorstand mit ihnen ergebenen Gefolgsleuten besetzten und die Geschäftsführung weitgehend in die Hände ehemaliger Nationalsozialisten gaben, die der „Idee des Liberalismus" wenig abgewinnen konnten und deren Bestreben es in erster Linie war, die Anhänger der SRP und ähnlicher Gruppierungen zu assimilieren.[20]

Stegner, seit 1936 als Chemie-Fabrikant tätig, und *Onnen*, ein Rechtsanwalt und Notar, hatten sich beide erst nach dem Zusammenbruch von 1945 für eine politische Betätigung entschieden. *Stegner* begann seine politische Karriere als Mitglied des Kreistages und Stadtrates von Holzminden; er zog in den niedersächsischen Landtag und 1949 in den Bundestag ein. Dem FDP-Bundesvorstand gehörte er von Anfang an als Landesvorsitzender, ab 1952 als gewähltes Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes an. *Onnen*, von 1946 bis 1949 Bürgermeister von Jever, ab 1949 Mitglied des Bundestages, vertrat den Landesverband ab 1952 im Bundesvorstand. Aufgrund innerparteilicher Konflikte in Niedersachsen – auf die noch einzugehen ist – verloren beide im Januar 1954 ihre Parteiämter und verschwanden von der politischen Bühne.

Als entschiedener Kämpfer gegen die sich im angrenzenden Landesverband Niedersachsen wie auch in den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Hessen entwickelnden „Rechtstendenzen" profilierte sich der Vorsitzende des Hamburger Landesverbandes, Willy Max *Rademacher*. Dieser „kämpferische Demokrat"[21] und „leidenschaftliche Liberale"[22], der die FDP in der Wirtschaftspolitik als Verteidigerin „der unteilbaren Freiheit auf dem äußersten rechten Flügel" ansiedelte, zugleich aber betonte, daß in der „Vertretung politischer Freiheitsrechte" die FDP ebensogut als „Linkspartei" bezeichnet werden könne, und ihr damit eine „ausgleichende Aufgabe" zuwies[23], war schon mit 21 Jahren 1918 in die Deutsche Demokratische Partei eingetreten. Nach

19 Ebd., S. 132 f.
20 Nr. 25 a, Anm. 18, S. 612.
21 So die Feststellung Wolfgang *Mischnicks* im Nachruf auf *Rademacher* in: FDK-TAGESDIENST vom 23. 7. 1971.
22 So im Nachruf auf *Rademacher* in: HAMBURGER ABENDBLATT vom 24. 7. 1971.
23 D. HEIN, 1985, S. 96.

1945 gehörte er zu den Gründern der FDP in Hamburg, deren Vorsitzender er 1946 wurde. Von 1946 bis 1949 war *Rademacher* Abgeordneter der Bürgerschaft, ab 1949 des Bundestages, dessen Verkehrsausschuß der Speditionskaufmann *Rademacher* in der ersten Legislaturperiode leitete. Im FDP-Bundesvorstand war *Rademacher* von Anfang an als Landesvorsitzender vertreten.

Wie *Rademacher* konnten auch die Politiker der drei südwestdeutschen DVP-Landesverbände, die anfangs dem FDP-Bundesvorstand angehörten, allesamt auf eine politische Vergangenheit in der Deutschen Demokratischen Partei bzw. in der Deutschen Staatspartei verweisen. Hierbei handelte es sich um Wilhelm *Wirthle,* den Vorsitzenden der DVP Südwürttemberg-Hohenzollern; um Eberhard *Wildermuth,* den ersten Bundeswohnungsbauminister, bis zu seinem frühen Tod im Frühjahr 1952 die „unbestrittene Führungspersönlichkeit" der DVP Südwürttemberg-Hohenzollern[24]; um Paul *Waeldin,* den Vorsitzenden der DVP Südbaden; schließlich um Wolfgang *Haußmann,* den Vorsitzenden der DVP Württemberg-Baden, der nach der Bildung des FDP-Landesverbandes Baden-Württemberg auch dessen Führung übernahm.

Haußmann, letzter Sproß einer bedeutenden württembergischen Politikerfamilie[25], schloß sich schon mit 17 Jahren der Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Partei an. Gegen Ende der Weimarer Republik war er deren württembergischer Landesvorsitzender und zugleich Mitglied im Landesvorstand der Deutschen Staatspartei, für die er 1932 und 1933 erfolglos für den Landtag bzw. den Reichstag kandidierte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehörte *Haußmann* zu den Gründern der DVP Württemberg-Baden, er war Abgeordneter in der Verfassunggebenden Landesversammlung und im Landtag von Württemberg-Baden und später auch von Baden-Württemberg, wo er jeweils als Fraktionsvorsitzender fungierte. Im FDP-Bundesvorstand, dem er seit dem Heppenheimer Parteitag angehörte, zog er wiederholt die Angriffe der Vertreter von Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen auf sich, weil er die Koalitionspolitik seines Freundes Reinhold *Maier* nachdrücklich verteidigte, und zusammen mit *Rademacher* war er derjenige, der *Middelhauve, Euler* und *Stegner* wegen ihres Konzeptes der „nationalen Sammlung" besonders heftig zusetzte.

Diese Haltung fand allerdings in *Haußmanns* eigenem Landesverband keine ungeteilte Unterstützung und Zustimmung, und seit 1951 saß ein Vertreter aus dem deutschen Südwesten im FDP-Bundesvorstand, der sich selbst als „konservativen Liberalen" bezeichnete[26] und in den Auseinandersetzungen im Bundesvorstand stets für *Middelhauve* und *Euler* Partei ergriff. Hierbei handelte es sich um Eduard *Leuze,* der 1951 als Nachfolger *Wirthles* zum Vorsitzenden der DVP Südwürttemberg-Hohenzollern gewählt worden war. 1952 versuchte *Leuze,* nunmehr als Nachfolger von *Wildermuth* auch Mitglied des Bundestages, aufgrund seiner Opposition zum politischen Kurs von Reinhold *Maier*

24 Ebd., S. 170.

25 Siehe Friedrich HENNING, Die Haußmanns. Die Rolle einer schwäbischen Familie in der deutschen Politik des 19. und 20. Jahrhunderts, Gerlingen 1988.

26 Artikel „Der Liberale in der Heuss-Straße", in: STUTTGARTER ZEITUNG vom 6. 8. 1965.

und *Haußmann* die Bildung eines FDP-Landesverbandes Baden-Württemberg zu unterlaufen. Obwohl er hiermit scheiterte und er die DVP Südwürttemberg-Hohenzollern auflösen mußte, blieb er Mitglied im FDP-Bundesvorstand, dem er seit dem Emser Parteitag als gewählter Beisitzer angehörte.

Eine zunächst vermittelnde Position zwischen dem Liberalismusverständnis württembergischer oder Hamburger Provenienz und den Sammlungsparolen der Hessen und Nordrhein-Westfalen nahm der bayerische Landesverband unter seinem Vorsitzenden Thomas *Dehler* ein.[27] Noch im Herbst 1952 bekannte sich *Dehler* im FDP-Bundesvorstand zur Sammlung all dessen, „was nicht klerikal, was nicht sozialistisch ist", in den Reihen der FDP.[28] Auch ehemalige Nationalsozialisten wollte *Dehler* nicht ausschließen („Wir haben verziehen."); allerdings gab es für ihn in diesen Fällen „eine Grenze der Delikatesse".[29] Als sie nach seinem Dafürhalten in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen überschritten worden war, schlug er sich entschieden auf die Seite der Kritiker der „nationalen Sammlung" und übernahm die Rolle des Anklägers im FDP-Bundesvorstand.

Der fränkische Vollblutpolitiker Thomas *Dehler,* in der politischen Auseinandersetzung aggressiv, unbeherrscht und mitunter verletzend, dabei aber von lauterem Charakter und im persönlichen Umgang ungemein liebenswürdig, war seit 1918/19 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und aktiver Jungdemokrat gewesen. Nach dem Ende des Dritten Reiches, während dessen Dauer *Dehler* – mit einer Jüdin verheiratet – zurückgezogen gelebt und Kontakte mit Widerstandskreisen gehabt hatte, wurde *Dehler* zunächst Landrat in Bamberg, dann Generalstaatsanwalt und schließlich Oberlandesgerichtspräsident. 1946 zum Vorsitzenden der FDP Bayern gewählt, vertrat *Dehler* die Liberalen in der bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung und im Landtag, 1948/49 im Parlamentarischen Rat und ab 1949 im Bundestag. Von 1949 bis 1953 wirkte *Dehler* als Bundesjustizminister. Danach übernahm er, da ihn *Adenauer* nicht in sein zweites Kabinett berief, die Führung der FDP-Bundestagsfraktion. Dem FDP-Bundesvorstand gehörte *Dehler* als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes seit der Parteigründung an.

Neben *Dehler* vertraten den Landesverband Bayern im FDP-Bundesvorstand bis zu seinem Tod Ende 1949 der stellvertretende Landesvorsitzende Fritz *Linnert,* in der Weimarer Republik wie *Dehler* Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, danach *Linnerts* Nachfolger im stellvertretenden Landesvorsitz Otto *Bezold,* ein Oberlandesgerichtsrat, der sich erst nach 1945 politisch aktiv betätigte und im FDP-Bundesvorstand als Satzungsexperte hervortrat. Ab 1951 gehörten außerdem noch zwei Repräsentanten des rechten Flügels der bayerischen FDP dem Bundesvorstand an. Der eine war Konrad *Frühwald,* der 2. Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, in der Weimarer Zeit deutschnationaler bayerischer Landtagsabgeordneter; der andere war der Fabrikant Hans *Wellhausen,* vor 1933 Mitglied der Deutschen Volkspartei, des-

27 Vgl. D. Hein, 1985, S. 72 und S. 74.
28 Nr. 23, S. 560.
29 Nr. 19, S. 377.

sen enge kirchliche Bindung ihn später zum Überwechseln in die Union veranlaßte.

Darüber hinaus stellte der bayerische Landesverband mit Herta *Ilk*, die ab 1950 im geschäftsführenden Vorstand saß, eine der wenigen Frauen im Bundesvorstand. Die Augsburger Hausfrau, eine gebürtige Schlesierin, die 1949 in den Bundestag einzog, war eine „herzhafte Streiterin für eine ehrliche Demokratie, die Menschenwürde [und] die Gleichberechtigung der Frauen".[30] Mit diesen Anliegen traf sie sich mit Marie-Elisabeth *Lüders*, der großen alten Dame der FDP aus Berlin, die ab 1951 einen Platz als gewählte Beisitzerin im FDP-Bundesvorstand einnahm. Frau *Lüders* war von 1919 bis 1932 Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei in der Nationalsversammlung und im Reichstag, von 1948 bis 1950 Berliner Stadtverordnete und von 1949 bis 1951 Mitglied des Magistrats gewesen. 1953 wählte sie das Berliner Abgeordnetenhaus in den Bundestag. Anerkennung fand Marie-Elisabeth *Lüders* vor allem wegen ihrer „Verdienste um die demokratische Frauenbewegung und im Hinblick auf ihre großen sozialpolitischen Leistungen".[31]

Wie Frau *Lüders* war auch der Vorsitzende des FDP-Landesverbandes Berlin schon in der Weimarer Republik politisch aktiv gewesen. Carl Hubert *Schwennicke* hatte von 1928 bis 1933 als Hochschulreferent in der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei in Berlin gearbeitet, und er gehörte vor 1929 ebenfalls dem Mitarbeiterstab von Gustav *Stresemann* an. Nach 1945 zählte er zu den führenden Repräsentanten beim Aufbau der LDP in Berlin. 1947 erfolgte nicht zuletzt auf Betreiben *Schwennickes* die Loslösung des Landesverbandes Berlin von der sowjetzonalen LDP, dessen unangefochtener Vorsitzender er von nun an bis Mitte der fünfziger Jahre wurde. Neben dem Parteivorsitz übernahm er auch die Führung der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Dem FDP-Bundesvorstand gehörte er von Anbeginn an, ab 1950 als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes.

Schwennicke galt zunächst als Vertreter des „rechten" Parteiflügels, rückte aber im Laufe der Zeit in die Mitte des politischen Spektrums und nahm im FDP-Bundesvorstand mehr und mehr eine zwischen den beiden Parteirichtungen vermittelnde Funktion wahr. Dies belegt u. a. eine Bemerkung von *Blücher* im Verlauf der heftigen Auseinandersetzungen um den Fortbestand der Partei im Herbst 1952, als er die Bundesvorstandsmitglieder den einzelnen Richtungen zuordnete und dabei *Schwennicke* als neutral wertete.[32] Wie unbestritten und anerkannt *Schwennicke* 1954 innerhalb der FDP war, stellte sich auf dem Wiesbadener Parteitag heraus. Bei seiner Kandidatur für das Amt des (dritten) stellvertretenden Parteivorsitzenden erhielt er mit 222 von 246 Stimmen mit Abstand das beste Ergebnis (Zum Vergleich: Auf *Middelhauve* entfielen 149 Stimmen, auf *Schäfer* gar nur 137).

30 Artikel zum 60. Geburtstag vom Herta *Ilk* in: Das freie Wort vom 8. 9. 1962.
31 fdk, 3. Jg., Nr. 57 vom 2. 9. 1952, S. 9.
32 Nr. 25 c, S. 651.

Neben Frau *Lüders* und *Schwennicke,* 1954 nach den Worten *Middelhauves* „die profilierte Persönlichkeit" der FDP in Berlin[33], spielten die übrigen Berliner FDP-Vertreter – von 1948 bis 1949 Hans *Reif,* von 1948 bis 1949 und von 1950 bis 1951 Ella *Barowsky,* von 1951 bis 1952 Walter *Conrad* und ab 1952 Alfred *Günzel* – nur zeitweise und meist eine untergeordnete Rolle.

Die Landesverbände von Schleswig-Holstein, Bremen und Rheinland-Pfalz, schon wegen ihrer geringen Mitgliederzahl von nicht allzu großer Bedeutung für den Kurs der Bundespartei, erlitten dadurch noch zusätzlich Einbuße an Einfluß, weil in allen drei Landesverbänden der Parteivorsitz und damit die Person des Vertreters im FDP-Bundesvorstand wiederholt wechselte.

In Schleswig-Holstein stand zunächst von 1949 bis 1951 Fritz *Oellers* an der Spitze, 1948/49 Mitglied des Wirtschaftsrates und von 1949 bis 1951 Mitglied des Bundestages. *Oellers* gab den Parteivorsitz auf, weil er einen Auslandsposten im diplomatischen Dienst übernahm. Sein Nachfolger wurde der Landwirt und Bundestagsabgeordnete Hans *Revenstorff,* dem bereits ein Jahr später Bernhard *Leverenz* nachfolgte. Damit hatten sich die Gewichte in diesem Landesverband entscheidend verschoben. Während *Oellers* dem „rechten" Flügel zuzurechnen war, stand *Leverenz* als ein „in der Wolle gefärbter Liberaler"[34] eher auf der „linken" Seite.

Vorsitzender der Bremer Liberalen war bis 1951 der Kaufmann Hans August Friedrich *Meineke,* vor 1933 Mitglied der Deutschen Volkspartei. Sein Nachfolger Hermann *Wenhold* hingegen entstammte der Deutschen Demokratischen Partei, deren Fraktion in der Bremer Bürgerschaft er von 1919 bis 1932 geführt hatte. Georg *Borttscheller,* vor 1933 noch nicht politisch aktiv, der *Wenhold* 1952 ablöste, blieb dann bis 1968 Vorsitzender und sorgte wie *Leverenz* in Schleswig-Holstein für Stabilisierung und Kontinuität.

Drei Vorsitzende für die Jahre von 1949 bis 1954 hatte auch der Landesverband Rheinland-Pfalz aufzuweisen. Auf Josef *Dohr,* vor 1933 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, folgte 1952 Anton *Eberhard,* von 1925 bis 1927 Mitglied der Deutschen Volkspartei. *Eberhard* wiederum wurde 1953 von Wilhelm *Nowack* abgelöst, in der Weimarer Republik Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, für die er wiederholt erfolglos in Reichstags- und Landtagswahlen kandidierte. Daneben gehörte aus Rheinland-Pfalz ab 1952 noch Fritz *Neumayer* als Bundesminister qua Amt dem Bundesvorstand an. Er war vor 1933 Mitglied der DVP gewesen.

33 Nr. 43 a, S. 1427.

34 So die Kennzeichnung von Hans-Dietrich *Genscher* 1984. Siehe Doris SCHELLHAMMER, Die Entstehung des Landesverbandes der Freien Demokratischen Partei Schleswig-Holstein und die Entwicklung bis in die 60er Jahre, in: 40 Jahre Liberalismus in Schleswig-Holstein 1946–1986, hrsg. von der Gesellschaft für freiheitliche Politik, Kiel 1986.

B. Das Verhältnis von Bundespartei und Landesverbänden

1. Die Satzungsbestimmungen und ihre Änderungen

Das Kernproblem der sich über den ganzen Zeitraum von 1949 bis 1954 hinziehenden Beratungen über die Parteisatzung war das Verhältnis von Bundespartei und Landesverbänden. Der erste Entwurf einer Parteisatzung, den Hermann *Schäfer* im Februar 1949 dem Bundesvorstand zur Beratung vorlegte, ging „von dem Prinzip einer einheitlichen, auf dem einzelnen Mitglied aufbauenden Bundespartei aus". Das hatte zur Folge, daß die Landesverbände „ihrer exklusiven Stellung als Vermittlungsinstanz zwischen Mitgliedschaft und Parteispitze entkleidet" und nur noch als eine Untergliederung unter anderen gelten sollten. Für die Bundespartei waren weitgehende Aufsichts- und Eingriffsrechte vorgesehen – u. a. die Umbildung von Landesvorständen oder gar die Auflösung von Landesverbänden.[1] Gegen diese Linie formierte sich in der Diskussion im Bundesvorstand eine Abwehrfront insbesondere der Vertreter aus Süddeutschland, die eine stärkere Verankerung des Rechtes der Landesverbände, „den eigentlichen Trägern des Parteilebens" *(Dehler),* in der Satzung verlangten.[2]

Diesem Verlangen wurde im folgenden im wesentlichen stattgegeben. Ein revidierter Satzungsentwurf, der im Bundesvorstand Anfang April 1949 beraten[3] und dann kaum verändert vom Bremer Parteitag im Juni 1949 verabschiedet wurde, sah Aufsichts- und Eingriffsrechte des Bundesvorstandes in die Landesverbände, die nun wiederum „die Schlüsselstellung im Parteiaufbau einnahmen"[4] – allein sie wurden in der Satzung als Untergliederung erwähnt –, nur noch in abgeschwächter Form vor. Der Bundesvorstand besaß lediglich noch das Recht, die Landesvorstände zum Vorgehen gegen örtliche Gliederungen, die gegen Parteibeschlüsse verstießen, aufzufordern, die „Landesverbände bei Versäumnissen und Verstößen gegen Beschlüsse der Parteiorgane zu deren Durchführung anzuhalten" und äußerstenfalls „einen Landesvorstand anzuweisen, einen Landesparteitag einzuberufen oder diesen Parteitag selber einzuberufen".[5] Die Satzung schrieb zwar ihren Vorrang gegenüber den Landessatzungen fest – doch war diese Formulierung so allgemein gehalten, daß Auseinandersetzungen in Zweifelsfällen programmiert waren. Außerdem war die starke Stellung der Landesverbände noch dadurch gesichert, daß sie die Aus-

1 Vgl. D. Hein, 1985, S. 340 f.
2 Nr. 1, TOP „Diskussion über einen von Dr. *Schäfer* vorgelegten Satzungsentwurf", S. 3–9, Zitat S. 6.
3 Nr. 3, TOP „Diskussion über den Satzungsentwurf", S. 33 ff.
4 D. Hein, 1985, S. 342.
5 Nr. 5 b, Anm. 11, S. 51.

wahl der Parteitagsdelegierten bestimmten und durch die Vertretung der Landesvorsitzenden qua Amt im Bundesvorstand auch in diesem obersten Gremium eine wirkungsvolle Interessenvertretung der Landesverbände gesichert blieb.[6]

Debatten über das Verhältnis von Bundespartei und Landesverbänden entzündeten sich nach dem Bremer Parteitag immer wieder an der Frage der Koalitionspolitik in den Ländern. Während *Blücher* im Bundesvorstand bereits im November 1949 eine „gewisse Homogenität" der Koalitionspolitik in Bund und Ländern anmahnte und *Euler* bei dieser Gelegenheit die Entsendung von Vorstandsmitgliedern nach Bremen vorschlug, um den Landesverband zum Ausscheiden aus einer Koalition mit der SPD zu veranlassen, verwies *Haußmann* darauf, daß der Bundesvorstand gegenüber den Landesverbänden über „keine satzungsmäßige Handhabe" verfüge. Dagegen stellte *Blücher* die These, der Bundesvorstand müsse das Recht haben, „die politische Gesamthaltung zu bilden".[7]

Damit war der Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen auch in Zukunft die Auseinandersetzungen über die Koalitionspolitik oder über Wahlabsprachen im Bundesvorstand geführt wurden. *Blücher* und *Schäfer* nahmen – dabei vor allem sekundiert von *Middelhauve* und *Euler* – jeden Anlaß wahr, um auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Landesverbände, jedenfalls „bis zu einem gewissen Grade" (Hermann *Schäfer*), an die politische Linie des Bundesvorstandes zu binden und entsprechende Regelungen auch in die Satzung aufzunehmen. Dagegen mahnten *Rademacher* und Ernst *Mayer,* „den Bogen nicht zu überspannen" und die Landesverbände lediglich zu verpflichten, vor „grundsätzlichen Entscheidungen" Besprechungen mit dem Bundesvorstand zu führen.[8]

Allerdings war in allen Lagern der Partei die Notwendigkeit neuer Satzungsbestimmungen über das Verhältnis von Bundespartei und Landesverbänden unbestritten. Diese neuen Bestimmungen sollten eine „engere Zusammenarbeit zwischen Landesverbänden und Bundespartei [. . .] und eine klare Aufgliederung der Zuständigkeiten gewährleisten". Die Resolution des Münchener Parteitages von 1951, in der diese Formulierung festgehalten war, enthielt jedoch auch den Zusatz, daß dies alles geschehen müsse, „ohne das Eigenleben der Landesverbände zu gefährden".[9] In Ausführung dieser Parteitagsentscheidung beschloß der außerordentliche Parteitag von Essen im Juli 1952 die Einsetzung eines Satzungsausschusses, dessen Aufgabe die fdk mit der Formulierung umschrieb, daß eine neue Satzung ausgearbeitet werden solle, die „der Einheit der Freien Demokratischen Partei auf allen ihren Organisationsstufen in stärkerem Maße Rechnung zu tragen" habe.[10]

---

6 D. Hein, 1985, S. 342.
7 Nr. 6, TOP „Verschiedenes" und TOP „Landesverband Bremen", S. 73 ff.
8 Nr. 10, TOP „Verhältnis von Bundespartei und Landesverbänden", S. 175 f., und Nr. 16, TOP „Regierungsbildung im Südweststaat", S. 307–319.
9 Nr. 14 b mit Anm. 28, S. 274.
10 Nr. 20 a mit Anm. 17, S. 400.

Zur Vorbereitung der Beratungen des Satzungsausschusses diskutierte der Bundesvorstand Anfang September 1952 über die Richtlinien, die bei der Ausarbeitung der neuen Satzung zu befolgen waren. Im Bundesvorstand brachen dabei sogleich wieder die gegensätzlichen Frontstellungen auf. Während die eine Seite an der Auffassung festhielt, daß die Bundespartei auf den einzelnen Mitgliedern basiere, die Mitgliedschaft also unmittelbar bei der Bundespartei erworben werde, hielt die andere Seite daran fest, daß die Landesverbände die Bundespartei konstituieren. Gliederungsvorschläge für die Landesverbände wurden von dieser Seite abgelehnt. *Borttscheller* faßte dies in die Worte: „Lassen Sie den Landesverbänden doch etwas von ihrer Selbstverwaltung." Für diesen Standpunkt entschied sich schließlich auch die Mehrheit, indem den Landesverbänden anheimgestellt wurde, „Untergliederungen nach ihren regionalen Bedürfnissen in beliebiger Form [zu] schaffen". Einen Sieg errangen die föderalistischen Kräfte auch in bezug auf die Mitgliedschaft, da hierfür in der Regel die Landesverbände zuständig blieben und eine Mitgliedschaft bei der Bundespartei nur für Ausnahmefälle vorgesehen war.

Erfolge verzeichneten die Befürworter einer starken Stellung der Landesverbände ebenfalls, als es um die Frage ging, inwieweit der Bundesvorstand auf Koalitionsbildung und Wahlabsprachen in den Ländern Einfluß nehmen sollte. Der der Diskussion zugrunde liegende Entwurf enthielt hierzu äußerst rigide Formulierungen von „zwingenden Weisungen" des Bundesvorstandes an die Landesverbände. Der Bundesvorstand sollte hiernach zusätzlich weitere Rechte erhalten, da ihm die Zuständigkeit zur Entsendung von Kommissaren in die Landesverbände zur Durchführung von „Ermittlungen und Prüfungen" gegeben und ein Notstandsrecht gewährt werden sollte, das ihn in die Lage versetzte, „im Wege von Sofortmaßnahmen jedes nachgeordnete Parteigremium einschließlich des Landesvorstandes zu suspendieren und die betreffenden Funktionen durch von ihm eingesetzte Beauftragte kommissarisch wahrnehmen zu lassen". Für so weitgehende Befugnisse fehlte jedoch eine mehrheitliche Zustimmung. So blieb lediglich die vor allem von *Blücher* mit Nachdruck geforderte Weisung an den Satzungsausschuß bestehen, in der Satzung eine Konsultationspflicht der Landesverbände mit dem Bundesvorstand zu verankern, ehe Wahlabsprachen oder Koalitionsbildungen beschlossen werden.[11]

Eine entsprechende Formulierung hat der Wiesbadener Parteitag Anfang 1954 beschlossen. Die Landesvorsitzenden kamen allerdings der Konsultationspflicht mit dem Bundesvorstand schon vor der Verabschiedung der neuen Satzung nach, wie beispielsweise aus dem Vorgehen von *Leverenz* im Juli 1953 zu entnehmen ist, der örtliche Wahlabsprachen für die Bundestagswahl zur Diskussion stellte und um Billigung des Bundesvorstandes bat.[12]

Dem Parteivorsitzenden *Blücher* genügte dies allerdings nicht. Ihm war die Unabhängigkeit der Landesverbände von der Bundespartei noch viel zu sehr ausgeprägt. Er wünschte, die Landesverbände zu verpflichten, „in allen grundsätzlichen Fragen", insbesondere soweit sie die „Gesamtpolitik der Bundesre-

11 Nr. 21, TOP „Beratung über die Weisungen an den Satzungsausschuß", S. 416–441.
12 Nr. 35, S. 1135.

publik" betrafen, „verbindliche Äußerungen" des Bundesvorstandes einzuholen; sie dürften nicht berechtigt sein, der Entscheidung der Bundespartei vorzugreifen.[13] *Blücher* erreichte indessen nicht, daß eine entsprechende Formulierung in die neue Satzung aufgenommen wurde.

In anderen Punkten gelang der Bundespartei jedoch eine Stärkung ihrer Position gegenüber den Landesverbänden. So z. B. wurden die Landesverbände aufgrund von Vorkommnissen bei der Delegiertenbestellung für den Emser Parteitag, auf die noch einzugehen ist, darauf festgelegt, daß ihre Satzungen „in den grundsätzlichen Regelungen" mit der Bundessatzung in Übereinstimmung zu bringen seien. Dies traf insbesondere für die Wahl der Parteiorgane zu, die nunmehr grundsätzlich in „schriftlicher geheimer Wahl der Wahlkörper" zu erfolgen hatte.

Ebenfalls aufgrund von Erfahrungen, die der Bundesvorstand im Gefolge der Südweststaatgründung bei der Zusammenlegung der zunächst bestehenden drei Landesverbände zum Landesverband Baden-Württemberg gemacht hatte[14], kamen in die Wiesbadener Satzung Bestimmungen, die festlegten, daß in einem Bundesland nur ein FDP-Landesverband bestehen durfte, und die das Verfahren normierten, nach dem im Falle von An- und Neugliederungen von Bundesländern vorzugehen war. Eingriffsrechte des Bundesvorstandes bzw. des Bundeshauptausschusses in diese Verfahren sah die Satzung vor, sofern die betroffenen Landesverbände nicht den Bestimmungen gemäß handelten.

Eine Präzisierung der Rechte des Bundesvorstandes gegenüber den Landesverbänden erfolgte in der Wiesbadener Satzung in bezug auf die Beteiligung von Mitgliedern des Bundesvorstandes an Landesparteitagen. Während es in der Bremer Satzung lediglich hieß, daß beauftragte Mitglieder des Bundesvorstandes auf Landesparteitagen ein Antragsrecht besäßen, enthielt die Wiesbadener Satzung die wesentlich genauere Formulierung: „Der Bundesvorsitzende, seine Stellvertreter sowie jedes beauftragte Mitglied des Bundesvorstandes haben auf den Landesparteitagen das Recht zu sprechen und, ohne an eine Frist oder Form gebunden zu sein, Anträge zu stellen."

Infolge von finanziellen Unregelmäßigkeiten im Landesverband Niedersachsen, auf die an anderer Stelle der Einleitung noch zurückzukommen ist, stellte Marie-Elisabeth *Lüders* in der Bundesvorstandssitzung im Dezember 1953 den Antrag, durch den Bundesvorstand einen Generalrevisor einzusetzen, der das Recht haben sollte, „jederzeit unangemeldet jede Kasse jedes Parteiorganes im Bund und in den Ländern zu prüfen".[15] In der Diskussion über diesen Antrag wurde von einzelnen Landesverbänden zwar eine Reihe von Bedenken vorgetragen[16], die aber nicht durchdrangen. Denn auf seiner Sitzung am Rande des Wiesbadener Parteitages im März 1954 diskutierte der Bundesvorstand ein allgemeines Revisionsrecht der Bundespartei[17], das sodann auch in der Wiesbade-

13 Nr. 31, S. 1009, und Nr. 32, S. 1018.
14 Nr. 23, S. 501–524 und S. 555–564, Nr. 24 und Nr. 25 c, S. 657 ff.
15 Nr. 39, Anm. 6, S. 1252.
16 Nr. 39, TOP „General-Revisoren", S. 1252–1258.
17 Nr. 43 a, S. 1432 f.

ner Satzung verankert wurde. Hiernach hatte der Bundesvorstand auf Beschluß des Bundeshauptausschusses „das Recht und die Pflicht, Ermittlungen und Prüfungen durchzuführen". Die „nachgeordneten Parteiorgane", womit in erster Linie die Landesverbände gemeint waren, wurden verpflichtet, „die entsprechenden Unterlagen vorzulegen und die Auskünfte zu erteilen, die zur Ausübung dieser Pflicht erforderlich sind".

2. Die Finanzierung der Partei

Die Bedeutung der Landesverbände für die Parteifinanzierung erhellt bereits der erste Satz der einschlägigen Regelungen in der Bremer Satzung, der 1954 bis auf eine unbedeutende Kleinigkeit auch in die Wiesbadener Satzung übernommen worden ist. Er lautete: „Die Partei deckt ihre Aufwendungen durch Beiträge der Landesverbände, durch freiwillige Spenden sowie durch Erträge von Veröffentlichungen, Einrichtungen und Veranstaltungen der Partei." Diese Formulierung war allerdings so allgemein gehalten, daß sie mehr verschleierte als enthüllte. Erst eine genauere Betrachtung der Finanzierungspraktiken und Finanzierungsprobleme, mit denen sich der Bundesvorstand wiederholt auseinandersetzte, gibt den notwendigen Einblick.

Die Entscheidung, die Aufwendungen der Partei u. a. durch Beiträge der Landesverbände zu decken, fiel in der Bundesvorstandssitzung am 2. April 1949. Wenn in diesem Zusammenhang als Grundlage für die Schlüsselung der Beitragszahlungen der einzelnen Landesverbände auf deren Mitgliederzahlen abgehoben wurde[1], so mochte dies durchaus den Anschein erwecken, als ob für die Mittelaufbringung in den Landesverbänden in erster Linie an die Mitgliedsbeiträge gedacht war. Für diese Form der Finanzierung hat sich insbesondere der stellvertretende Vorsitzende Hermann *Schäfer* eingesetzt, der z. B. im November 1949 mahnte: „Die Grundlage muß die Beitragswerbung durch Mitglieder bilden"[2], und der im Dezember 1953 erneut im Hinblick auf die Parteifinanzierung „eine stärkere Regsamkeit der Mitgliedschaft" anregte.[3] Wie sehr es sich hierbei allerdings um Wunschvorstellungen handelte, belegt die Äußerung von Bundesschatzmeister *Rubin* im Bundesvorstand im November 1952, daß eine Finanzierung der Partei „über Beiträge nicht möglich" sei.[4] Da sich auch die bis zur Währungsreform von den meisten Landesverbänden vorgenommene Finanzierung ihrer Organisationen durch Erträge der Parteizeitungen seit dem Juni 1948 nicht mehr aufrecht erhalten ließ[5], die Zeitungen vielmehr Zuschüsse der Partei benötigten, wenn ihr Erscheinen nicht eingestellt werden sollte, blieb für die Parteifinanzierung nur der Weg über private Spenden aus der Industrie.

---

1 Nr. 3, S. 34.
2 Nr. 6, S. 64.
3 Nr. 39, S. 1277.
4 Nr. 25 b, S. 631.
5 Hierzu ausführlich D. Hein, 1985, S. 237–242.

Um diese Geldquelle zum Sprudeln zu bringen, befaßte sich der Bundesvorstand im April 1949 erstmals mit der Installierung einer „neutralen Einrichtung“[6], einer parteieigenen Fördergesellschaft, die schließlich im September 1949 unter dem Namen „Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung e. V.“ gegründet wurde.[7] Ziel dieser Vereinigung war es, für Unternehmerspenden eine „einwandfreie steuerliche Form“ zu finden[8], d. h. die Spenden so zu gestalten, daß sie steuermäßig nicht erfaßt wurden bzw. abzugsfähig waren. Dies erfolgte in der Weise, daß den fördernden Mitgliedern der Sozial- und Wirtschaftspolitischen Vereinigung „gegen Entrichtung eines zu zahlenden Mitgliedsbeitrages“ kostenlos ein Informationsdienst zur Verfügung gestellt wurde. Um auch die Firmen zur Spendenaquirierung heranzuziehen, die sich vor einer Mitgliedschaft in der Vereinigung scheuten, wurde für den Vertrieb des Informationsdienstes und zur Anzeigenvermittlung zusätzlich eine Vertriebs-GmbH gegründet, deren Einnahmen allerdings versteuert werden mußten.

Zur Aufbringung von Spenden stellte die FDP mit Eduard *Weisner* einen Finanzdirektor ein, der als Repräsentant der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung systematisch Firmen aufsuchte und um Mittel für die Partei warb.[9] Allerdings war das Tätigwerden *Weisners* jeweils an die Zustimmung der Landesverbände gebunden, und hier gab es anfangs einige Widerstände, so vor allem von Nordrhein-Westfalen, das nicht nur Aktionen *Weisners* in diesem Bundesland unterband, sondern darüber hinaus in anderen Bundesländern Geldquellen erschloß.[10] Der Versuch von Bundesschatzmeister *Bleek*, im November 1949 einen Beschluß des Bundesvorstandes herbeizuführen, der die Landesverbände verpflichten sollte, die Vereinigung in ihren Gebieten ungehindert arbeiten zu lassen und sich den Beschlüssen zur Verteilung des Aufkommens zu unterwerfen, scheiterte am Widerstand der Landesverbände.[11] *Bleek* erzielte jedoch insoweit einen Erfolg, als sich die Mehrzahl der Landesverbände bereit erklärte, *Weisner* für seine Arbeit die Grenzen zu öffnen.[12] Nordrhein-Westfalen erteilte allerdings erst aufgrund einer ultimativen Forderung *Mayers* im Sommer 1950 seine Zustimmung zur Arbeit der Vereinigung im größten Bundesland.[13]

Die Verteilung des Aufkommens zwischen der Bundespartei und den einzelnen Landesverbänden wurde durch bilaterale Verträge geregelt, die Ernst *Mayer* abschloß. Im Ergebnis führten sie zu einer sehr ungleichgewichtigen Finanzierung der Bundespartei, wie eine Aufstellung *Rubins* vor dem Bundesvorstand am 20. November 1952 ergab. Hiernach stammten die Mittel, die der Bundespartei zur Verfügung standen, im Rechnungsjahr 1950/51 zu 53,3 %

6 Nr. 3, S. 38.
7 Vgl. D. Hein, 1985, S. 246 ff.
8 Nr. 8, S. 114. Hieraus auch die folgenden Zahlen.
9 Siehe z. B. den Bericht *Weisners* in Nr. 6, S. 62 f., sowie die Berichte in: Nr. 8, S. 116–119.
10 Nr. 8, S. 115.
11 Nr. 6, S. 64 ff.
12 Ebd., S. 78.
13 Nr. 8, S. 115 und 119.

und im Rechnungsjahr 1951/52 zu 73,2 % aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.[14] Dieser Zustand ergab sich vor allem dadurch, weil der Geschäftssitz der meisten großen Firmen in Nordrhein-Westfalen lag, so daß hier das Finanzaufkommen, das insbesondere von Eduard *Weisner* für die Vereinigung eingetrieben wurde, unverhältnismäßig hoch und Nordrhein-Westfalen somit mit Abstand der finanzkräftigste Landesverband war. Das Mißtrauen gegenüber Nordrhein-Westfalen, gegen dessen politische Linie der „nationalen Sammlung" überdies von einer ganzen Reihe anderer Landesverbände bereits Bedenken bestanden, war daher auch in bezug auf die Finanzen weit verbreitet und wurde 1952 noch dadurch gesteigert, daß das Finanzabkommen zwischen der Bundespartei und dem Landesverband – wie es schien – zugunsten von Nordrhein-Westfalen geändert worden war und der neue Bundesschatzmeister *Rubin* in Personalunion das Amt des Landesschatzmeisters in Nordrhein-Westfalen wahrnahm.[15]

Der Rechnungsprüfer der Bundespartei, Heinz *Ullmann,* stellte diese Zusammenhänge in der Sitzung des Bundesvorstandes am Ausgang des Jahres 1952 zur Diskussion und regte bei dieser Gelegenheit eine andere Aufteilung der Finanzmittel an. Er sprach sich gegen eine regionale Aufteilung der Mittel aus und befürwortete statt dessen einen Schlüssel auf der Grundlage der jeweiligen Bevölkerungsziffern bzw. der in den letzten Wahlen erzielten Stimmen. Obwohl *Rubin* die Vorwürfe an die Adresse Nordrhein-Westfalens, sich finanzielle Vorteile gegenüber den anderen Landesverbänden verschafft zu haben, zurückwies, blieb die Forderung nach einem Finanzausgleich in der Diskussion: Im Februar 1953 stand sie im Bundesvorstand erneut zur Debatte, die allerdings zu keinem abschließenden Ergebnis führte.[16] Auch in der Folgezeit blieb der Finanzausgleich ungeklärt. Selbst im Frühjahr 1954 lagen neue Regelungen darüber noch nicht vor, und *Ullmann* bemängelte dies auf dem Parteitag in Wiesbaden in aller Öffentlichkeit und richtete bei dieser Gelegenheit erneut den Vorwurf an die Adresse des Landesverbandes von Nordrhein-Westfalen, überhöhte Mittel zur Verfügung gehabt zu haben.[17]

Zu diesem Zeitpunkt war die Frage nach der Verteilung des Aufkommens, das durch die Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung eingebracht wurde, jedoch nicht mehr das zentrale Problem der Parteifinanzierung. Infolge struktureller Änderungen der Parteienfinanzierung durch die Industrie, die bis 1952 dazu übergegangen war, eigene Fördergesellschaften zu bilden, schrumpfte das durch die Vereinigung aufgebrachte Aufkommen zusehends. Zu Beginn des Bundestagswahlkampfes 1953 beschrieb Schatzmeister *Rubin* diese Entwicklung mit der lapidaren Feststellung: „Die Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung bekommt aber kein Geld bei der jetzigen Lage."[18]

14 Nr. 25 b, S. 631 f.
15 Nr. 26, S. 730–735. Hiernach auch die Darstellung im ersten Teil des folgenden Absatzes.
16 Nr. 29, S. 853–856.
17 Nr. 43 b, S. 1438–1441.
18 Nr. 33, S. 1079.

Eingesetzt hatte diese Form der Industriefinanzierung schon vor der Bundestagswahl von 1949, als zahlreiche Wirtschaftsunternehmen eine Umlage beschlossen hatten, die dazu dienen sollte, im Wahlkampf die „die Wirtschaftspolitik des Herrn Professor *Erhard* tragenden Parteien" zu unterstützen. Auf die FDP war damals ein Anteil von 25 % entfallen – dies ergab eine Summe von knapp 430 000 DM, die der stellvertretende Parteivorsitzende *Blücher* verwaltet hatte.[19] Die FDP-Führung, die 1949 offensichtlich zu den Mitinitiatoren der „Industrieumlage" gehört hatte, entwickelte nunmehr jedoch – wie die Diskussionen im Bundesvorstand belegen – wachsende Skepsis gegen die von den Unternehmer- und Arbeitgeberverbänden dominierten Fördergesellschaften.

Das Problem der Fördergesellschaften sprach Ernst *Mayer* am 29. September 1952 erstmals im Bundesvorstand an. Hieraus ergibt sich, daß die FDP diesem Weg der Parteienfinanzierung nur mit Bedenken ihre Zustimmung erteilt hatte und bereits zu diesem Zeitpunkt konstatieren mußte, daß die anfänglichen Erwartungen über die Höhe der auf diese Weise zu erlangenden Gelder zu hoch angesetzt gewesen waren. Für *Mayer* stand fest, daß die Gesellschaften das Geld hauptsächlich „für ihre eigenen Zwecke" haben wollten, und daher für die FDP höchstens ein Drittel der Summe zur Verfügung stehen würde, die ursprünglich in Aussicht gestellt worden war. *Mayer* plädierte deshalb dafür, daß die FDP sich „eigene Möglichkeiten" der Parteifinanzierung erhalten müsse; er wies aber sogleich darauf hin, daß dies nur bedingt möglich sei, da die „eigenen Quellen", sprich die Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung, blockiert würden. Als weiteres Problem dieser neuen Art der Parteifinanzierung stellte *Mayer* abschließend heraus, daß Fälle vorgekommen seien, wo die Mittelvergabe durch die Fördergesellschaften an „politische Konzessionen" der FDP gebunden wurden.[20]

Gerade dieser letzte Punkt erwies sich für die FDP in den Folgemonaten als besonders problematisch. Aus Äußerungen *Mayers* und *Blüchers* vor dem Bundesvorstand im Dezember 1952 ergibt sich, daß die Fördergesellschaften die Mittelvergabe an die FDP mit der Wahlgesetzdiskussion verbunden hatten, sich nicht an vereinbarte Schlüssel bei der Vergabe der Aufkommen hielten und mit „einer Instinktlosigkeit ohnegleichen" *(Blücher)* Gelder an rechtsstehende Parteigruppierungen gegeben hatten, um bestimmte Politiker zu „lancieren". Für die FDP ging es in diesen Auseinandersetzungen nach Ernst *Mayers* Aussage darum, die „Unabhängigkeit und finanzielle Substanz" der FDP zu erhalten. Vorübergehend scheinen gewisse Erfolge erzielt worden zu sein, denn als die FDP drohte, die Fördergesellschaften „auffliegen" zu lassen, „da war plötzlich einiges möglich" *(Blücher)*. Auf den Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Bernhard *Leverenz,* machte diese Äußerung jedoch wenig Eindruck. Er fand die Sichtweise *Blüchers* zu optimistisch und klagte darüber, daß er bisher immer nur vertröstet und von den Fördergesellschaften unter

19 Vgl. D. Hein, 1985, S. 249; Udo Wengst, Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, in: VfZ, 34. Jg. (1986), S. 48 ff.

20 Nr. 22 b, S. 490.

Druck gesetzt worden sei, in Schleswig-Holstein eine bürgerliche Einheitspartei zu bilden und bestimmte Kandidaten zu nominieren.[21]

Wie berechtigt die Klagen von *Leverenz* waren, bewies die weitere Entwicklung, denn die FDP blieb gegenüber den Fördergesellschaften in der Defensive. Im Juni 1953 berichtete *Rubin* dem FDP-Bundesvorstand, „daß die finanzielle Lage der Partei [. . .] in den letzten Monaten wesentlich schlechter" geworden sei. Ursache hierfür sei vor allem die Zurückhaltung der Industrie (Fördergesellschaften) gegenüber der FDP, die insbesondere daher rühre, daß von dieser Seite große Bedenken gegenüber der Politik der baden-württembergischen FDP (Zusammengehen mit der SPD) bestünden. Allerdings glaubte *Rubin* zu diesem Zeitpunkt, weitere Mittel der Fördergesellschaften für den Bundestagswahlkampf 1953 in Aussicht stellen zu können, sofern die Partei „Disziplin" wahre.[22]

An Klagen über das Verhalten der Fördergesellschaften fehlte es jedoch auch in der Folgezeit nicht. Noch während des Bundestagswahlkampfes 1953 beklagten sich die Landesverbandsvorsitzenden von Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Niedersachsen im Bundesvorstand. Nirgendwo entsprach die Höhe der Zahlungen den Erwartungen und Zusagen, und insbesondere *Nowack* beschwerte sich über „unglaubliche personelle und politische Forderungen" der Fördergesellschaften. Bezeichnend war das Resümé, das Hermann *Schäfer* nach den Berichten der Landesverbandsvorsitzenden zog: „Ich muß sagen, das Ergebnis ist kümmerlich. Wir haben besonders bei den Fördergesellschaften festgestellt, wie wenig sie fördern."[23]

Die finanzielle Lage der FDP blieb auch nach der Bundestagswahl angespannt. Ende Oktober 1953 meinte *Rubin* zwar noch, daß zu einem „ausgesprochenen Pessimismus kein Anlaß" bestehe.[24] Nur vier Wochen später indessen mußte auch der Bundesschatzmeister einräumen, daß sowohl bei der Bundespartei wie bei den Landesverbänden „eine finanzielle Notlage" vorhanden sei.[25] Die Ursache hierfür war nach *Rubin* bei der „sogenannten Wirtschaft" zu suchen, „die ‚ihre' Politik durchsetzen will und die uns Daumenschrauben anlegt".[26] Eine Bestätigung dieser Feststellung lieferte Ende November 1953 *Nowack*, der auf die angespannten Finanzen seines Landesverbandes mit der Bemerkung hinwies: „Die Fördergesellschaften schweigen sich aus."[27] In welcher Lage sich die FDP nunmehr befand, beschrieb in aller Deutlichkeit Hermann *Schäfer* Ende Dezember 1953 mit den Worten: „Da ist nun die Finanzknechtschaft, die schon droht. Da hat sich ein Apparat aufgezogen, und Vereine haben sich gebildet, die sammeln und überweisen große Be-

21 Nr. 26, S. 736–739.
22 Nr. 33, S. 1076 f.
23 Nr. 35, S. 1094–1098, Zitat S. 1098.
24 Nr. 37, S. 1179.
25 Nr. 38, S. 1220.
26 Nr. 37, S. 1203 f.
27 Nr. 38, S. 1223.

träge. Rein äußerlich ist das sehr bequem für die politischen Parteien, aber nicht gerade förderlich für ihre Unabhängigkeit."[28]

Allerdings war auch für *Schäfer* kaum eine akzeptable Alternative der Parteifinanzierung gegeben. Nach seiner Auffassung hatte die FDP „mit diesem System zunächst zu rechnen [. . .] und von ihm Gebrauch" zu machen.[29] Nicht anders beurteilte Schatzmeister *Rubin* die Lage, der die Parteifreunde beschwor, die finanziellen Verhältnisse der Partei zu klären und für die Wirtschaft soweit durchsichtig zu machen, daß das „vielfach gehörte Gerede von der großen Verschwendung von Geldern" aufhöre. Sollte dies gelingen, war nach *Rubin* wieder mit einer „stärkeren Bereitschaft" zu Spenden für die FDP zu rechnen.[30]

Die intensiven Diskussionen über die Parteifinanzen im Bundesvorstand der FDP am Ausgang des Jahres 1953 waren insbesondere durch Niedersachsen ausgelöst worden. In diesem Landesverband war die Schuldenlast so stark angestiegen, daß der Landesverband seine Zahlungsunfähigkeit eingestehen mußte. Hierfür machte der Landesvorsitzende *Stegner* in erster Linie die Fördergesellschaften verantwortlich, die ihre Zusagen nicht eingehalten und ihre Überweisungen „stark" reduziert hätten.[31] Diese Meinung korrigierte jedoch *Rubin* nach einer Überprüfung der Bücher. Er konstatierte vielmehr eine finanzielle Mißwirtschaft der Landesvorsitzenden *Stegner* und *Onnen,* die den Großteil der Gelder über von ihnen gegründete und geleitete Institutionen („Gesellschaft zur Förderung der niedersächsischen Wirtschaft", „Niedersachsen-Verlag"[32]) ohne Beteiligung des Landesvorstandes eingenommen und ausgegeben hatten mit dem Ergebnis, daß der Landesverband „ohne jeden Etat gearbeitet hat und sich absolut nicht Rechenschaft darüber abgelegt hat, was man ausgeben konnte".[33]

Da die finanziellen Schwierigkeiten in Niedersachsen „das Ansehen der Partei ganz erheblich [zu] diskreditieren" drohten[34], beschloß der Bundesvorstand, die finanzielle Autonomie dieses Landesverbandes aufzuheben und den Bundesschatzmeister als Finanzkommissar in Niedersachsen einzusetzen.[35] Wie jedoch die finanzielle Sanierung dieses Landesverbandes erfolgen sollte, wußte *Rubin* anfangs selbst nicht zu sagen. Bezeichnend ist aber, daß er für die notwendige Mittelaufbringung in erster Linie wiederum an Zahlungen „aus der niedersächsischen Wirtschaft" dachte, obgleich er die Problematik dieser Art der Parteifinanzierung kannte und sich überdies darüber keine Illusionen machte, daß „die Zahlungswilligkeit der Wirtschaft allgemein gesehen völlig unzureichend ist".[36] Einen Ausweg aus dieser mißlichen Lage vermochte *Ru-*

28 Nr. 39, S. 1277.
29 Ebd.
30 Ebd., S. 1257.
31 Nr. 38, S. 1226.
32 Vgl. zur Finanzkonstruktion des LV Niedersachsen H. G. MARTEN, 1978, S. 305–325.
33 Nr. 39, S. 1285.
34 Nr. 38, S. 1224.
35 Ebd., S. 1223–1228.
36 Nr. 39, S. 1286 f.

bin nicht zu weisen – konkrete Alternativen der Parteifinanzierung waren für die FDP nicht vorhanden.

Auf längere Sicht allerdings sahen die Liberalen durchaus noch eine andere Möglichkeit der Parteifinanzierung. Hierauf verwies in einer zukunftsweisenden Äußerung der baden-württembergische Landesvorsitzende Wolfgang *Haußmann* im Oktober 1953, als er im Bundesvorstand mit aller Deutlichkeit formulierte: „Wir müssen versuchen, daß die Parteien entsprechend ihrem Stimmenaufkommen in bescheidenem Umfang aus öffentlichen Mitteln etwas erhalten, um die unerträgliche Unsicherheit ihrer Gestaltung organisatorischer Art in finanzieller Hinsicht loszuwerden."[37]

37 Nr. 37, S. 1210.

C. Innerparteiliche Kontroversen und Auseinandersetzungen

1. Entnazifizierung, Generalamnestie und „nationale Sammlung"

Von Beginn an befaßte sich der Bundesvorstand mit der Frage, welche Haltung die Partei gegenüber den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern einnehmen sollte. Der hessische Landesvorsitzende *Euler* sprach dieses Thema bereits in der ersten Sitzung im Februar 1949 an und brachte dabei eine betont positive Einstellung zu den Entnazifierten zum Ausdruck. Nach seiner Meinung war gegen eine Mitarbeit dieses Personenkreises in der Partei nichts einzuwenden, denn „die ehemaligen Nazis [seien] oft bessere Mitkämpfer gegen den Totalitarismus von der anderen Seite [. . .] als diejenigen, die sich einbilden, schon immer Demokraten gewesen zu sein". Daß die Voraussetzungen für die Aufnahme ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die FDP einer Klärung bedurften, war auch die Ansicht der Parteivorsitzenden *Heuss* und *Blücher,* wobei *Heuss* gegenüber Bedenken, die Hans *Reif* gegen eine Aufnahme von Personen aus diesem Kreis grundsätzlich anmeldete, fast barsch erwiderte, einmal müsse mit der Ausgrenzung ehemaliger NSDAP-Mitglieder „Schluß gemacht werden".[1] Zu dieser Auffassung bekannte sich im Prinzip der Bundesvorstand zwei Monate später, als er einen Antrag von Hans *Reif,* „denjenigen ehemaligen Parteigenossen der NSDAP die Mitgliedschaft zu versagen, denen das Grundgesetz das passive Wahlrecht abspricht", mit allen Stimmen gegen die von *Reif* ablehnte.[2]

Eine Bestätigung dieser Linie erbrachten die weiteren Bundesvorstandssitzungen im Jahr 1949. Zum Wahlrecht ehemaliger Parteigenossen beschloß der Bundesvorstand Ende April 1949, daß über die Entscheidungen der Spruchkammern hinaus in der Verfassung keine zusätzliche Diffamierung irgendwelcher Art festgelegt werden sollte.[3] In einer Bundesvorstandssitzung am Rande des Bremer Parteitages im Juni 1949 kam das Thema der Entnazifizierung erneut zur Sprache, da die Vorstandsmitglieder mehrheitlich der Auffassung waren, daß zu diesem Problem „etwas Abschließendes" gesagt werde müsse. Dabei ging es den Vertretern des „rechten" Parteiflügels darum, eine Generalamnestie durchzusetzen, „um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung herzustellen". *Euler* begründete diese Auffassung mit der Feststellung: „Die Entnazifizierung habe zu einer Verfolgung des politischen Irrtums geführt, statt der von politischen Verbrechen." Eine andere Sichtweise vertraten Ella *Barowsky* und Hans *Reif* aus Berlin, die eine mangelhafte Durchführung der Entnazifizierung in der britischen Zone konstatierten, eine „Zulassung zu politischen

1 Nr. 1, S. 5 ff.
2 Nr. 3, S. 34.
3 Nr. 4, S. 42.

Führungsstellen für ehemalige Pgs“ ablehnten und diesem Personenkreis auch das Wahlrecht und die Wählbarkeit bestritten. Hiermit standen sie jedoch nur für eine Minderheit in der FDP, denn der Parteitag verabschiedete eine Entschließung zur Entnazifizierung, die die Forderung enthielt, „die Entnazifizierung durch einen Amnestieakt zu beenden“.[4]

Eine Begründung für die positive Einstellung der FDP zum Kreis der ehemaligen Nationalsozialisten gab der stellvertretende Parteivorsitzende und Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hermann *Schäfer*, im Juli 1950. Er warf die Frage auf, wie „die Gefahr eines Rechtsradikalismus“ bekämpft werden könnte. „Doch nur dadurch“, lautete seine Antwort, „daß ich den Versuch einer Absorption mache.“ Die FDP sei die Partei, „die einen Kampf gegen den reinen Rechtsradikalismus zu führen hat“, genauso wie die SPD die Aufgabe habe, „den Kommunismus zu absorbieren“.[5]

Allerdings machte sich *Schäfer* zunehmend Sorgen darüber, mit welchen Maßnahmen Vertreter des „rechten“ Parteiflügels dieses Konzept in die Praxis umzusetzen versuchten. Als der Landesverband Nordrhein-Westfalen im Herbst 1951 einen Antrag einbrachte, der eine „Generalamnestie auf der Grundlage des Tabula-rasa-Prinzips“ für alle „im Zusammenhang mit Kriegsereignissen“ angeklagten oder verurteilten Deutschen im In- und Ausland verlangte[6], erhob in erster Linie *Schäfer* Bedenken. Sie bezogen sich vor allem auf den Begriff der Generalamnestie, da *Schäfer* befürchtete, daß hiervon auch Verbrecher (z. B. Leute, „die mit Menschen Tierversuche gemacht haben“) profitieren könnten.[7] Diese Einwände drangen jedoch nur teilweise durch, da die Mehrheit, für die insbesondere *Blücher* argumentierte, eine Bereinigung der Kriegsverbrecherfrage angesichts der bevorstehenden Wiederaufrüstung für unabdingbar hielt.[8] So verabschiedete der Parteitag in München eine Entschließung, die zwar das Wort „Generalamnestie“ nicht enthielt, inhaltlich aber darauf hinauslief.[9]

Im Jahre 1952 forcierte der Landesverband Nordrhein-Westfalen seine Aktivitäten in der Amnestiefrage. Im Februar gründete der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der FDP, Ernst *Achenbach*, einen „Vorbereitenden Ausschuß zur Herbeiführung der Generalamnestie“, zu dessen Mitgliedern *Middelhauve* und *Rubin*, aber auch CDU-Politiker gehörten.[10] Im Mai 1952 verabschiedete ein Landesparteitag in Dortmund eine Resolution, in der die in den Westverträgen enthaltene „Lösung der Frage der sog. Kriegsverbrecher als unbefriedigend“ zurückgewiesen wurde.[11] Daß das Kriegsverbrecherproblem für den Landesverband in den Gesamtzusammenhang der Behandlung ehemaliger Parteigenossen der NSDAP gehörte, ergaben Resolutionsentwürfe

4 Nr. 5 c, S. 58.
5 Nr. 8, S. 98.
6 Nr. 14 a, Anm. 13, S. 250.
7 Ebd., S. 258.
8 Nr. 14 b, S. 275 f.
9 Ebd., Anm. 33, S. 276.
10 Nr. 17, Anm. 4, S. 326.
11 Nr. 18 a, Anm. 12, S. 337.

aus Nordrhein-Westfalen für den außerordentlichen Bundesparteitag im Juli 1952 in Essen. Neben der Ablehnung der sog. Kriegsverbrecherartikel in den Westverträgen stand nunmehr erneut die Forderung nach Gerechtigkeit und dem Ende der Diskriminierung für die von der Entnazifizierung betroffenen Personen.[12]

Worum es der FDP mit diesen Aktionen letztlich zu tun war, erläuterte *Middelhauve* im Bundesvorstand Anfang Juli 1952. Unter Aufgriff der von *Schäfer* zwei Jahre zuvor aufgestellten Absorptionsthese sprach er sich dezidiert dafür aus, die Tore der Partei für ehemalige Nationalsozialisten weit aufzumachen, sie als „aktive Mitarbeiter der Partei" zu gewinnen. Die rhetorische Frage, ob es denn stören könnte, wenn darunter auch „einige Kreisleiter der NSDAP" seien, beantwortete *Middelhauve* mit einem Hinweis auf die fehlende Rechtsstaatlichkeit bei der Durchführung der Entnazifizierung, aus der nunmehr die Konsequenz zu ziehen sei: Für *Middelhauve* war es eine ausgemachte Sache, daß „in dem Augenblick, wo jemand gewillt ist, auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie und dem Boden unserer Partei zu stehen, und diesen guten Willen manifestiert in der Gegenwart, in dem Augenblick haben wir die Pflicht, nicht nur das Recht, ihn in bezug auf [die] Ausübung des bürgerlichen Rechtes der Mitgestaltung und Verantwortung [in] unserer Partei mitarbeiten zu lassen".[13] Noch einen Schritt weiter als *Middelhauve* ging der Vorsitzende der DVP Südwürttemberg-Hohenzollern, Eduard *Leuze*. Er wollte die Partei nicht nur ehemaligen Kreisleitern der NSDAP öffnen, sondern er konzedierte jedem Menschen „ein Recht auf Änderung, auch Gauleitern und SS-Gruppenführern", gegen deren Eintritt in die FDP er nichts einzuwenden hatte.[14]

Kritik an dieser Einstellung hatte in der Öffentlichkeit Hans *Reif* schon im Mai 1952 geübt, als er auf die Gefahr hinwies, die drohe, wenn „echte Funktionäre des vergangenen Systems zu echten Funktionären demokratischer Organisationen werden, ohne sich in ihrem Innern geändert zu haben, und dabei noch einen festen Zusammenhalt pflegen".[15] Auch im Bundesvorstand erhoben sich Anfang Juli 1952 gegen die Vorstellungen von *Middelhauve* und *Leuze,* denen die Idee von einer „nationalen Sammlungsbewegung" zugrunde lag, Einwände. Hermann *Schäfer* stimmte zwar dem Slogan, die „Tore weit auf[zu]machen", im Prinzip zu, aber er verlangte zugleich in jedem Einzelfall eine „kritische Beurteilung". Beim Sammeln müsse aufgepaßt werden, so der stellvertretende Parteivorsitzende weiter, „daß kein Sammelsurium entsteht".[16] In die gleiche Kerbe wie *Schäfer* hieben *Rademacher, Dehler* und Marie-Elisabeth *Lüders,* sei es, daß sie vor einer Organisation ehemaliger Nazis „hinter den Kulissen" in der Partei warnten[17], sei es, daß sie auf „eine Grenze der De-

12 Nr. 19, Anm. 25, S. 372.
13 Ebd., S. 376.
14 Ebd., S. 379.
15 Nr. 18 b, Anm. 2, S. 357.
16 Nr. 19, S. 381 f.
17 Ebd., S. 383.

likatesse“ bei der Aufnahme belasteter Personen hinwiesen[18], oder sei es, daß sie „Kritik und Nachprüfung“ verlangten, an der es bisher „in großem Maße zu fehlen“ schien.[19] Auf Vermittlung der unterschiedlichen Standpunkte im Bundesvorstand war Franz *Blücher* bedacht, indem er sich einerseits gegen die „übermäßige Herausstellung von politisch Verantwortlichen aus dem Dritten Reich“ wandte, aber andererseits von den Millionen sprach, „die wegen der formalen Behandlung der Entnazifizierung nicht mehr in ihrer Stellung“ seien. Bei diesem Personenkreis sah *Blücher* „eine neue Art Radikalismus“ entstehen, mit dem sich die FDP beschäftigen müsse.[20]

Eine Einigung der in der FDP vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen zu den Problemkreisen Entnazifizierung, Generalamnestie und „nationale Sammlung“ schien in der Resolution enthalten zu sein, die der außerordentliche Parteitag in Essen im Juli 1952 verabschiedete. Auf der Grundlage von zwei in ihren Aussagen nahe beieinander liegenden Vorlagen, die *Blücher* und *Middelhauve* erarbeitet hatten[21], formulierte ein Redaktionskomitee, bestehend aus *Middelhauve, Dehler* und *Rademacher,* eine Entschließung unter der Überschrift „Gegen Unduldsamkeit und Vermassung“, in der die FDP nach dem „endlich erreichten formellen Abschluß der Entnazifizierung“ die „innere Befriedung [. . .] durch die gegenseitige Bereitschaft zu tatsächlicher Gleichberechtigung“ forderte. Nach Meinung der FDP durfte hinfort niemand „wegen seiner politischen Gesinnung in der Vergangenheit Staatsbürger minderen Rechts oder Ansehens sein“, und für alle, „die sich innerlich auf den Boden der Demokratie“ stellen würden und „zur Mitarbeit und Mitverantwortung bereit und geeignet“ seien, verlangte die Entschließung die Anerkennung „als gleichberechtigte Staatsbürger mit allen sich daraus ergebenden Wirkungen“. In die gleiche Richtung zielte die Forderung, durch eine „Generalamnestie“ eine „schnelle und abschließende Lösung des Problems der sogenannten Kriegsverbrecher“ herbeizuführen.[22]

Was den letzten Punkt anbetraf, so blieb auch in der Folgezeit der Konsens innerhalb der FDP-Führung bestehen. In der Debatte um die Westverträge schlug Ernst *Achenbach* im September 1952 vor, die Zustimmung der Liberalen an eine „umfassende Befriedungsamnestie“ zu binden.[23] Diesem Vorschlag kam der Bundesvorstand sogleich nach, indem er eine Entschließung verabschiedete, die auf die „Bereinigung des Problems der Kriegsverurteilten“ drängte und „im Interesse der allgemeinen Befriedung und der Schaffung wahren Vertrauens Freilassungen im weitesten Umfang“ anregte.[24]

Im Unterschied hierzu entwickelte sich die Debatte über die „nationale Sammlung“ zu kontroversen Auseinandersetzungen. Ein Bekenntnis zum

18 Ebd., S. 377.
19 Ebd., S. 386.
20 Ebd., S. 379.
21 Nr. 20 a, Anm. 10 und 11, S. 397.
22 Ebd., Anm. 12, S. 398.
23 Nr. 22 a, S. 485.
24 Ebd., S. 489.

Konzept der „nationalen Sammlung" hatte *Middelhauve* bereits Anfang September 1952 erneut im Bundesvorstand abgegeben, indem er auf einen Beschluß des nordrhein-westfälischen Landesvorstandes hingewiesen hatte, nach dem „den grundsätzlich gleichgerichteten politischen Gruppen und Kräften die Möglichkeit" gegeben werden sollte, „sich zu sammeln, um auf diese Weise vor den Bundestagswahlen zu erreichen, daß die Aufspaltung der Kräfte zugunsten der SPD verhindert" werde.[25] Dieses antisozialistische Sammlungskonzept wiederholte *Middelhauve* Ende des Monats im Bundesvorstand, und er erhielt dafür im Prinzip auch die Zustimmung von *Blücher,* der in der FDP durchaus die Keimzelle „für die Bildung einer größeren Partei" erblickte. Auch *Euler* begrüßte eine Zusammenarbeit der FDP mit anderen Parteien aus wahltechnischen und wahltaktischen Gesichtspunkten.[26]

Zu diesem Zeitpunkt hatten *Middelhauve* und *Euler* bereits Fusionsverhandlungen mit der DP aufgenommen, über die sie den Parteivorsitzenden unterrichteten und die sich bis Ende Oktober hinzogen, als sie durch den DP-Vorsitzenden *Hellwege* unterbunden wurden.[27] Erhebliche Widerstände gegen diese Verhandlungen wie überhaupt gegen das Konzept der „nationalen Sammlung" bestanden zu dieser Zeit aber ebenfalls im FDP-Bundesvorstand, wie der Verlauf seiner Sitzung am 26. Oktober 1952 belegt. Während *Blücher* mit einigem Vorbehalt sowie *Middelhauve* und *Euler* mit Nachdruck für die „nationale Sammlung" votierten, kamen von anderer Seite deutliche Warnungen. Zu nennen ist hier insbesondere Hermann *Schäfer,* der davor warnte, der FDP eine „Tönung" zu geben, „nach rechts zu gewinnen, aber nach links zu verlieren", und der es für verhängnisvoll hielt, „gegenüber restaurativen Tendenzen allzu große Konzessionen zu machen".[28] Ähnliche Einwände erhob in einer öffentlichen Rede der baden-württembergische Ministerpräsident Reinhold *Maier,* in der er u. a. feststellte: „Die Gefahr nach rechts, von rechts ist aktuell." Nach *Maiers* Auffassung lag sie weniger im „Wiederaufleben des Nationalsozialismus Hitlerischer Prägung" als in der Möglichkeit, daß eine „nationale Rechte" sich bildet, „welche sich nicht radikal antidemokratisch" geriert, „aber die Demokratie als schließlich doch zweitrangige Angelegenheit behandelt und eben schließlich in die autoritäre und bald darauf in die totalitäre Form hineingestoßen wird, ob sie will oder nicht will".[29]

Wie berechtigt diese Warnungen waren, mußte sich wenig später auch *Blücher* eingestehen, als in einer großen Wochenzeitung ein Interview des Geschäftsführers des niedersächsischen FDP-Landesverbandes erschien, in dem sich Horst *Huisgen* von der „Idee des Liberalismus" als nicht mehr zeitgemäß distanzierte, einer Assimilierung der SRP-Leute in der FDP das Wort redete und ohne Scheu bekannte, daß in der niedersächsischen FDP „noch mehr aktive Parteigenossen von früher" aktiv seien als bei der SRP.[30] In diesem Falle

25 Nr. 21, S. 467.
26 Nr. 22 b, S. 497 ff.
27 Nr. 23, S. 542.
28 Ebd., S. 541–551 und S. 561 f.
29 Nr. 23, Anm. 51, S. 553.
30 Nr. 25 a, Anm. 18, S. 612.

reagierte *Blücher* zwar mit deutlicher Ablehnung[31], in der Öffentlichkeit aber sprach er sich auch noch in Bad Ems im November 1952 in einer Weise aus, die auf eine Distanzierung von den „Irrtümern der einstigen Staatspartei" abhob und die Sammlungsidee im rechten Spektrum („neben Sozialismus und Konfessionalismus") beschwor.[32] Eine Absage an die Idee der nationalen Sammlungsbewegung, sofern sie auf eine Parteienfusion, auf die Bildung einer rechtsstehenden großen Partei neben CDU und SPD hinauslaufen sollte, erfolgte durch *Blücher* und *Euler* erst im Februar 1953.[33] Nur *Middelhauve* war auch zu dieser Zeit noch anderer Meinung und befürwortete weiterhin das von ihm seit Jahr und Tag verfolgte Sammlungskonzept.[34]

2. *„Deutsches Programm" versus „Liberales Manifest": Die Suche nach einem Parteiprogramm*

Angesichts der unterschiedlichen Strömungen in der FDP in den Jahren nach der Parteigründung, die mehr als einmal tiefgreifende innerparteiliche Auseinandersetzungen produzierten, nimmt es nicht wunder, daß sich die Liberalen auch bei der Verabschiedung eines Parteiprogrammes schwertaten. Zwar hatte Hans *Reif* bereits für die erste Sitzung des Bundesvorstandes im Februar 1949 einen nur vier Seiten umfassenden Entwurf eines Parteiprogrammes vorgelegt, das nach Auffassung des Verfassers an die liberale Tradition anzuknüpfen versuchte und „manifestartig unter einem Gedankengang abgefaßt" war, für den sich aber im Vorstand keine Mehrheit fand. Der Parteivorsitzende selbst hielt die Verabschiedung eines Parteiprogrammes nicht für vordringlich, denn *Heuss* erklärte unumwunden, „daß die Politik der Partei nicht durch ein Programm", sondern durch die praktische politische Arbeit gemacht werde.[1]

Für die Bundestagswahl 1949 beschränkte sich die FDP nicht zuletzt auf Anraten von *Heuss*[2] darauf, lediglich die sog. Bremer Plattform als Programm zu verwenden. Hierbei handelte es sich um insgesamt 17 Entschließungen, die der erste Bundesparteitag im Juni 1949 verabschiedet hatte[3] und in denen zu „einzelnen, aktuell umstrittenen Problemen der deutschen Politik" Stellung bezogen wurde.[4] Das Spektrum der Themen, die dabei zur Sprache kamen, war weit gestreut: Besondere Schwerpunkte waren Kriegsfolgen unterschiedlichster Art wie Demontagen, Kriegsgefangene/verschleppte Personen, Besatzungskosten, Entnazifizierung und das Vertriebenenproblem sowie wirtschafts- und sozialpolitische Fragen wie Wohnungsbau, Enteignungs- und Sozialisierungsbestimmungen des Grundgesetzes, Steuerreform, Kreditpolitik

31 Ebd., S. 612 f.
32 Nr. 25 b, Anm. 20, S. 636 f.
33 Nr. 29, S. 886 f.
34 Ebd., S. 888.
1 Nr. 1, S. 16 f.
2 Nr. 3, S. 35.
3 Nr. 5 c, S. 57–60.
4 Vgl. D. Hein, 1985, S. 339 f.

und liberale Sozialreform, daneben aber auch die Flaggenfrage (schwarz-rot-gold oder schwarz-weiß-rot), das Elternrecht und die Wählbarkeit der Beamten. Als Grundlage für den Wahlkampf war die Plattform sicherlich nicht ungeeignet; ein Parteigrogramm indessen konnte sie auf Dauer nicht ersetzen.

Dennoch kam eine Programmdiskussion zunächst nicht recht in Gang. Es bedurfte erst des Vorpreschens eines Landesverbandes, damit der Bundesparteitag in München im September 1951 wenigstens entschied, den Hauptausschuß zu ermächtigen, ein „sozialwirtschaftliches Programm" der FDP zu beschließen.[5] Vorausgegangen war dieser Entscheidung die Verabschiedung eines sozialwirtschaftlichen Programmes durch den FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen im Juli 1951, das ein vorbehaltloses Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft enthielt.[6] In seinen Grundgedanken ist es von der Bundespartei im Juli 1952 als Sozialprogramm übernommen worden[7] – anstelle des Begriffs „soziale Marktwirtschaft" stand hierin allerdings die Bezeichnung „sozialverpflichtete Marktwirtschaft" –, so daß die Partei nunmehr wenigstens auf diesem wichtigen Politikfeld ein Programm vorweisen konnte.

Aber auch nach dem Vorliegen des Sozialprogrammes hielt insbesondere der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Landesverbandes Friedrich *Middelhauve* ein Gesamtprogramm für die FDP weiterhin für ein Desiderat. Wie im Falle des Sozialprogrammes ergriff er daher seinerseits eine entsprechende Initiative. Auf dem Landesparteitag seines Verbandes Ende Juli 1952 in Bielefeld legte er das sogenannte „Deutsche Programm" vor, das von Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle bzw. von persönlichen Mitarbeitern des Parteivorsitzenden ausgearbeitet worden war und selbst *Middelhauves* Kollegen im Landesvorstand erst auf dem Parteitag bekannt wurde. In diesem Kreis rief das Vorgehen *Middelhauves* zwar Verärgerung hervor, da es eine Reihe von Gründen gab, dem Landesvorsitzenden zu unterstellen, daß er den Landesvorstand und den Landesparteitag überfahren wollte.[8] Gleichwohl setzte *Middelhauve* die Annahme des Programmes durch, wenn auch erst einen Monat später durch den Landesausschuß.[9]

Welche Ziele *Middelhauve* mit dem „Deutschen Programm" verfolgte, für das er die Zustimmung des Bundesparteitages von Bad Ems im November 1952 anstrebte, läßt sich aufgrund von Ausführungen *Middelhauves* im Bundesvorstand im September 1952 erschließen. Zum ersten ging es ihm darum, endlich „zu einer gesamtprogrammatischen Grundlage in der Partei" zu kommen, zum zweiten hielt er eine „programmatische Zusammenfassung" als Angebot an die Kreise für notwendig, „die sich in der Ablehnung des Sozialismus einig sind". Das „Deutsche Programm" hatte nach *Middelhauve* somit vor allem als „programmatische Grundlage" der von ihm intendierten „nationalen

5 Diese Ermächtigung in dem Beschluß des Münchener Parteitages betr. „Sozialverpflichtete Marktwirtschaft". Vgl. Nr. 14 b mit Anm. 30, S. 274 f.
6 Nr. 14 a, Anm. 7, S. 248.
7 Abgedruckt in: J. M. GUTSCHER, 1984, S. 295–307.
8 Siehe Bericht *Mendes* in: Nr. 30, S. 945; vgl. auch E. MENDE, 1984, S. 331.
9 Nr. 21, Anm. 62, S. 467.

Sammlung" zu dienen, um „neue Kräfte für die FDP über ihre bisherigen Kristallisationskerne" hinaus zu werben und die Menschen zu erfassen, „die hin und her geistern und sich nicht darüber klar sind, was zu tun ist".[10]

Angesichts der im „Deutschen Programm" enthaltenen Intentionen war bewußt darauf verzichtet worden, im Text den Namen FDP zu erwähnen oder auch nur den Begriff „liberal" aufzuführen. Statt dessen war das Programm in einer nationalkonservativen Terminologie abgefaßt und mit pathetischen Leerformeln gespickt, die in erster Linie auf die Mentalität der von der Entnazifizierung Betroffenen abgestimmt waren. So enthielten denn auch die Passagen des Programms, die die damaligen schwierigen Zeitumstände ansprachen, vor allem Kritik an den Alliierten, während die Verantwortung des Nationalsozialismus fast gänzlich ausgeblendet blieb.[11]

Im FDP-Bundesvorstand gab es von Anfang an eine Reihe von Stimmen, die sich vom „Deutschen Programm" distanzierten. Auf Ablehnung stieß zunächst einmal, daß das Programm der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden war, noch ehe sich der Bundesvorstand damit befaßt hatte. Diese Methode des Vorgehens kritisierten Anfang September 1952 Hermann *Schäfer* und Wolfgang *Haußmann*[12], und *Rademacher* bezeichnete sie Ende des Monats als „unerträglich und nicht richtig".[13] Gegen diese Vorwürfe versuchte sich *Middelhauve* damit zu verteidigen, daß er auf das Vorpreschen Nordrhein-Westfalens im Falle des Sozialprogrammes hinwies und die Formulierungen des „Deutschen Programms" lediglich als Diskussionsgrundlage bezeichnete, die vom Bundesvorstand durchaus noch geändert werden könnten.[14] Hierauf ging der Bundesvorstand insofern ein, als er am 29. September 1952 eine Kommission zur Überarbeitung des Programms einsetzte. In diesem Zusammenhang machte vor allem der Parteivorsitzende *Blücher* deutlich, daß nach seiner Meinung das Programm erhebliche Defizite aufwies. Nach *Blücher* war es insbesondere notwendig, die Stellung der FDP programmatisch deutlicher zu profilieren, d. h. die liberale Komponente zu betonen. *Blücher* verlangte, daß der „Liberalismus der Tat" im Programm zum Ausdruck kommen sollte, daß erwähnt werden müsse „unsere selbstverständliche Haltung gegenüber der Gewissensfreiheit des einzelnen"; auch müsse „die Verbindung zwischen liberal und sozial deutlich werden", denn sonst seien die Freien Demokraten „keine Liberalen mehr".[15]

Die Arbeit der Kommission zur Überarbeitung des „Deutschen Programms" stand unter keinem günstigen Stern, da das Kommissionsmitglied

10 Ebd., S. 466 f., und Nr. 22 b, S. 493 und S. 495 f.

11 Bezeichnend hierfür folgende beide Sätze: „Wir fordern Wiedergutmachung des Unrechts, das Nationalsozialisten, Siegerwillkür und Entnazifizierung schufen. Wir sagen uns los von den Urteilen der Alliierten, mit denen unser Volk und insbesondere sein Soldatentum diskriminiert werden sollten." Das „Deutsche Programm" ist abgedruckt in: J. M. GUTSCHER, 1984, S. 309–315.

12 Nr. 21, S. 468.

13 Nr. 22 b, S. 496.

14 Ebd., S. 495 f.

15 Ebd., S. 499.

Rademacher schon am 16. Oktober 1952 seine Mitarbeit mit dem Vorwurf an die Initiatoren des „Deutschen Programms" einstellte, eine „neue Harzburger Front" anzustreben.[16] Im Auftrag seines Landesverbandes legte nun *Rademacher* seinerseits mit dem „Liberalen Manifest" einen Entwurf für ein Parteiprogramm der FDP vor.[17] Wenn sich dieses Programm auch im Aufbau am „Deutschen Programm" orientierte und Erich *Mende* sicherlich mit einer gewissen Berechtigung in seinen Erinnerungen darauf hinweist, „daß die inhaltlichen Unterschiede weit geringer waren als die verbalen"[18], so ist doch festzuhalten, daß in der Eindeutigkeit des Bekenntnisses zum Liberalismus, der das „Liberale Manifest" auszeichnet, und der wiederholt zum Ausdruck kommenden klaren Distanzierung vom Nationalsozialismus gravierende Unterschiede der beiden Entwürfe auszumachen sind, über die auf dem Emser Parteitag eine Verständigung der gegeneinander opponierenden Flügel nicht möglich war. So blieb dem Parteitag nichts anderes übrig, als das Problem zu vertagen. Er setzte eine Kommission ein, die die vorliegenden Programmentwürfe prüfen und „was daraus machen" sollte.[19]

Aber auch dieser Beschluß führte zu keinem Ergebnis. Im Mai 1953 bezeichnete *Blücher* sowohl das „Deutsche Programm" als auch das „Liberale Manifest" für den Bundestagswahlkampf als „unbrauchbar" und regte an, ähnlich wie 1949 den Wahlkampf mit „12 oder 14 ganz eindeutige[n] Leitsätze[n]" als „Wahlplattform" zu führen.[20] Diese Auffassung wiederholte *Blücher* Ende Juni 1953 im Bundesvorstand, als er mitteilte: „Alle Dinge sind noch so im Fluß, daß ein eigentliches Programm nicht richtig ist, sondern nur eine Verkündung von gewissen Punkten."[21] Da sich außerdem in Verfolg der Naumann-Affäre zu diesem Zeitpunkt die Kritik am „Deutschen Programm" noch verschärft hatte, das nach Ansicht des Hamburger Landesverbandes „wegen seiner inzwischen bekannt gewordenen Herkunft und wegen der Mehrdeutigkeit zahlreicher Formulierungen nicht mehr Diskussionsgrundlage für die Freie Demokratische Partei sein" konnte[22], vereinbarte *Blücher* mit *Middelhauve*, daß die Programmarbeit bis nach der Bundestagswahl ruhen sollte.[23] In den Wahlkampf zog die Partei mit einer Wahlkampfplattform, die aus den 14 Referaten bestand, die auf dem Lübecker Parteitag gehalten worden waren.[24] Vom „Deutschen Programm" und vom „Liberalen Manifest" wurde auch von ihren Initiatoren – wie *Middelhauve* und *Rademacher* im Bundesvorstand am 30. Juli 1953 versicherten – im Wahlkampf kein Gebrauch gemacht[25], und sie haben auch in der Folgezeit in der Programmdiskussion keine Rolle mehr gespielt. Ein Gesamtüberblick über den Verlauf der Programmdiskussion inner-

16 Nr. 25 a, Anm. 24, S. 618.
17 Ebd., Anm. 21, S. 615.
18 E. Mende, 1984, S. 332 f.
19 Nr. 34, S. 1088.
20 Nr. 31, S. 1008.
21 Nr. 34, S. 1089.
22 Ebd., Anm. 6, S. 1085.
23 Wie Anm. 21.
24 Nr. 34, Anm. 12, S. 1091.
25 Nr. 35, S. 1123.

halb der FDP von 1949 bis 1953 bestätigt die Feststellung von Dieter *Hein:* „Das Defizit der FDP auf dem Gebiet der Grundsatzprogrammtik aber blieb lange über den Bremer Parteitag und das Jahr 1949 hinaus ein entscheidendes Kennzeichen für die innere Zerrissenheit der Partei."[26]

3. Regierungsbildung in Württemberg-Baden (1951) bzw. Baden-Württemberg (1952)

Wie oben bereits dargestellt wurde, war die Frage der Entscheidungskompetenz im Falle der Bildung von Koalitionen in den Ländern über längere Zeit hin kontrovers diskutiert worden.[1] Hierbei ging es um das Problem, ob einzelne FDP-Landesverbände vom Bonner Muster der Koalitionsbildung abweichen und eine Regierungsbildung mit der SPD ermöglichen durften. Als hierüber erstmals im Bundesvorstand im November 1949 aus konretem Anlaß (Frage der Verbreiterung der Koalition in Bremen aus BDV und SPD um die CDU) diskutiert wurde, vertrat vor allem der hessische Landesvorsitzende *Euler* den Standpunkt, „daß die Koalition mit der SPD falsch war und man den ersten schicklichen Anlaß ergreifen müsse, aus der Koalition auszutreten". Die Gegenposition bezog Wolfgang *Haußmann* von der DVP Württemberg-Baden, die ebenfalls mit der SPD in einer Koalitionsregierung zusammenarbeitete. Seiner Ansicht nach war in dieser Frage von seiten des Bundesvorstandes Zurückhaltung geboten, da man „diese Dinge nicht prinzipiell behandeln" dürfe. In diesem Zusammenhang verwies *Haußmann* „auf die Zusammenarbeit mit der SPD im Parlamentarischen Rat und in Fragen des Wahlgesetzes".[2]

An dieser Auffassung hielt der Landesverband Württemberg-Baden auch in der Folgezeit fest. Mehr als ein Jahr später, im Dezember 1950, war es Ernst *Mayer,* der im Bundesvorstand darauf hinwies, daß zwar auf Bundesebene eine Regierungsbeteiligung der SPD nicht in Frage komme, der aber auf Landesebene eine Zusammenarbeit von FDP und SPD nicht ausschließen wollte. In den Ländern „werden wir vielfach", so seine Stellungnahme, „um eine Staatskrise zu vermeiden, mit der SPD regieren müssen".[3] Daß es sich hierbei um mehr als eine theoretische Aussage gehandelt hatte, stellte sich nur einen Monat später heraus, als Reinhold *Maier* in Württemberg-Baden eine Regierung aus DVP und SPD bildete, der die CDU nicht mehr angehörte.[4] Als *Euler* diese Entscheidung kritisierte, verteidigte sie Ernst *Mayer* mit dem Argument, daß durch das Verhalten der Union eine Staatskrise entstanden sei, die der DVP „keine andere Wahl und Möglichkeit" als die Zusammenarbeit mit der SPD gelassen habe. *Mayer* verwies auf verschiedene fehlgeschlagene Interven-

26 D. Hein, 1985, S. 340.
1 Siehe oben S. XXIV f.
2 Nr. 6, S. 74.
3 Nr. 9, S. 150 f.
4 Nr. 10, Anm. 25, S. 176.

tionen *Adenauers* gegenüber der Union im Südwesten, die infolge der Diskussion um den Südweststaat nach *Blüchers* Auffassung handlungsunfähig geworden war und die *Wildermuth* und *Mayer* als „Heiligenpfleger" bezeichneten, mit denen man „nichts anfangen" könne.[5] Damit war die Debatte über die Regierungsbildung Reinhold *Maiers* zunächst beendet. Mehr als ein Jahr später begann sie jedoch mit weitaus größerer Heftigkeit von neuem, als *Maier* nach dem Zusammenschluß der drei bisherigen Länder im Südwesten zum Land Baden-Württemberg am 25. April 1952 wiederum eine Regierung bildete, an der die CDU nicht beteiligt war.

Dieses Mal fiel die Kritik an *Maier* wesentlich härter aus, und auch Ernst *Mayer*, der sich 1951 noch zum Fürsprecher *Maiers* aufgeworfen hatte, reihte sich nun in die Schar der Kritiker des baden-württembergischen Ministerpräsidenten ein. Am 1. Mai 1952 äußerte *Mayer* im Bundesvorstand, daß „die auch vom Bundeskanzler empfohlene Bildung einer großen Koalition als das einzig sinnvolle Ergebnis" in Baden-Württemberg hätte betrachtet werden müssen. Diese sei jedoch nicht nur an der Haltung der CDU gescheitert, sondern auch daran, daß die DVP sie „nicht energisch genug gewollt" habe.[6] *Blücher* warf *Maier* vor, er habe den Bundespräsidenten, den Parteivorsitzenden und den Bundesvorstand düpiert[7], und für *Leuze* war es eine ausgemachte Sache, daß *Maier* und *Haußmann* „von allem Anfang die große Koalition nicht gewollt" und die Partei überspielt hatten.[8] Nach *Schäfers* Einschätzung war die Entscheidung *Maiers* auf rein landespolitische Motivationen zurückzuführen, Hinweise auf Erfordernisse der Bundespolitik seien nicht durchgedrungen.[9] Mit besonderer Schärfe reagierte der Landesverband Hessen, der den sofortigen Parteiausschluß *Maiers* und *Haußmanns* sowie die Einberufung eines außerordentlichen Bundesparteitages beantragte[10] und dessen stellvertretender Landesvorsitzender *Kohut* im Bundesvorstand die Frage aufwarf, ob unter den gegebenen Umständen „ein Verbleiben des Landesverbandes Hessen in einem Gesamtverband zusammen mit einer DVP noch tragbar" sei.[11] Ähnlich negativ beurteilten auch Karl *Hepp* und *Middelhauve* die Vorgänge in Stuttgart, die sich für *Middelhauve* als „ein parteischädigendes Verhalten" darstellten.[12] Dagegen waren *Mende, Dehler* und *Schwennicke* auf „Mäßigung" bedacht, wobei *Schwennicke* eine „Distanzierung" des Bundesvorstandes aber ausdrücklich für notwendig erachtete.[13] Dem Vorschlag des Berliner Landesvorsitzenden entsprechend beschloß der Bundesvorstand eine Resolution, in der die Verantwortung für die Regierungsbildung in Baden-Württemberg allein den dortigen

5 Ebd., S. 176 ff.
6 Nr. 16, S. 310 f.
7 Ebd., S. 308.
8 Ebd., S. 311 f.
9 Ebd., S. 313 f.
10 Ebd., Anm. 29, S. 307.
11 Ebd., S. 309.
12 Ebd., S. 316; *Hepps* Ausführungen S. 314 f.
13 Ebd., S. 315 f. Ausführungen *Mendes* und *Dehlers* S. 317 ff.

Unterhändlern angelastet und eine Stellungnahme des Bundeshauptausschusses in Aussicht gestellt wurde.[14]

Die Entschließung, die der Hauptausschuß 14 Tage später verabschiedete, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie enthielt eine Mißbilligung der von *Maier* vollzogenen Regierungsbildung; begründet wurde die ablehnende Haltung des Bundeshauptausschusses mit den „verhängnisvollen Auswirkungen auf die Bundespolitik" sowie damit, daß „der SPD im Südweststaat eine Vormachtstellung" eingeräumt worden sei. Aufgrund dieser Bewertungen war es naheliegend, daß der Hauptausschuß abschließend die Erwartung ausdrückte, daß binnen kurzer Frist „die Lage im südwestdeutschen Raum im Sinne der Politik der Bundespartei bereinigt" werde.[15]

Als sich diese Erwartung nicht bestätigte, ergriff erneut der hessische Landesverband die Initiative, indem er einen Antrag für den außerordentlichen Bundesparteitag in Essen im Juli 1952 einbrachte, der einen Unvereinbarkeitsbeschluß der Bundespartei über die „Bildung oder Fortsetzung einer Regierungskoalition mit der SPD in einem deutschen Lande" (Ausnahme Berlin) anstrebte.[16] In der Bundesvorstandssitzung am 6. Juli 1952 führte *Euler* hierzu aus, daß sich dieser Antrag nicht auf die „unabsehbare Zukunft" beziehe, sondern allein auf die SPD unter der Führung *Schumachers,* mit der man nicht mehr koalieren könne, „nicht auf Bundesbasis und nicht auf Länderbasis, weil breiteste Wählerschichten das nicht begreifen".[17]

Haußmann äußerte durchaus Verständnis für die kritischen Ausführungen *Eulers* und anderer Vorstandsmitglieder, und er konzedierte seinen Opponenten, daß auch er und *Maier* den Abschluß einer großen Koalition in Baden-Württemberg bevorzugt hätten, wenn er möglich gewesen wäre, was *Haußmann* nach wie vor bestritt. Er bat daher seine Vorstandskollegen, der Regierung in Baden-Württemberg „eine angemessene Chance der Bewährung und Nichtbewährung" zu geben, und er wies darauf hin, daß sich bisher keine negativen bundespolitischen Folgen ergeben hätten. Auch für die Zukunft, so versicherte *Haußmann,* werde sich in dieser Beziehung nichts ändern, und speziell im Hinblick auf die Beratungen und Abstimmungen über die Westverträge im Bundesrat ließ *Haußmann* wissen, daß *Maier* diese Frage „in engster Konsultation mit der Bundesparteileitung" behandeln werde.[18] In diesem Punkt bekam *Haußmann* die Unterstützung *Dehlers,* der die Zusicherung *Maiers* erhalten hatte, daß er im Bundesrat „notfalls auch gegen die SPD entscheiden" könne.[19]

Blücher indessen genügten solche Zusicherungen nicht, da sie nicht ausreichten, um das gegenseitige Mißtrauen zu beseitigen. Hierzu war es seiner Meinung nach notwendig, den Beweis zu erbringen, daß *Maier* und seine

14 Ebd., Anm. 39, S. 319.
15 Nr. 20 a, Anm. 7, S. 394.
16 Nr. 19, Anm. 26, S. 373.
17 Ebd., S. 375.
18 Ebd., S. 383 ff.
19 Ebd., S. 389.

Freunde bei den Koalitionsverhandlungen alle Möglichkeiten ausgeschöpft hätten, um eine DVP/SPD/BHE-Regierung zu vermeiden. Er regte daher die Einsetzung einer Kommission an, die sich „anhand sämtlicher aktenmäßiger Unterlagen" ein Bild über den Ablauf der Regierungsbildung machen und ihn bewerten sollte.[20] Eine Entscheidung über diese Anregung fiel vorerst jedoch nicht, da sich *Haußmann* zu einer zustimmenden Erklärung außerstande sah, ehe sein Landesverband damit befaßt war.[21]

Blücher hat seinen Antrag nach Ende der Sitzung noch um einen Punkt erweitert, indem die einzusetzende Kommission zusätzlich die Frage beantworten sollte, „ob nach den Geschehnissen seit der Regierungsbildung und den vereinbarten Regelungen die Beeinträchtigung der Politik der Bundespartei gegeben, wahrscheinlich oder unvermeidbar und unwahrscheinlich ist".[22] Hierfür erhielt er „eine glatte Ablehnung" vom Landesverband Württemberg-Baden[23], der seinerseits einen Antrag einbrachte, daß die FDP „ihrem liberalen Wesen nach Koalitionen mit jeder anderen Partei für zeitlich und sachlich begrenzte Aufgaben sowohl im Bund als in den einzelnen Landesverbänden bilden" könne. „Parteiwidrig und aufzulösen" war nach dem Antragstext eine Koalition nur dann, „wenn sie die Preisgabe unverzichtbarer Grundprinzipien der Partei, nämlich Aufrechterhaltung der Gewissensfreiheit des einzelnen und Aufrechterhaltung der freien Wirtschaft unmittelbar zur Folge" habe.[24]

Als der Bundesvorstand am Rande des Essener Parteitages zusammentrat, lagen neben diesen beiden Anträgen noch ein Antrag des Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern (Die Stuttgarter Koalition „ist mit der Zielsetzung und der historischen Aufgabe der FDP ... unvereinbar", Mißbilligung der Haltung der Stuttgarter Parteileitung[25]) und ein Kompromißantrag des Landesverbandes Hamburg vor, der Koalitionen mit FDP-Beteiligung positiv daran binden wollte, daß es dadurch gelinge, „staatsbejahende politische Parteien von einseitiger Parteipolitik hinweg zur verantwortlichen Mitarbeit zu gewinnen". Zugleich enthielt dieser Antrag die Forderung, daß Koalitionsbildungen „nur nach Beratung mit dem Gesamtvorstand der FDP abgeschlossen" werden und die Bundespolitik der FDP nicht gefährden dürften. Grundsätzlich ausgeschlossen werden sollten Koalitionen „mit totalitären, chauvinistischen, restaurativen und faschistischen Parteien".[26]

In der Diskussion über die vorliegenden Anträge verfiel der Antrag von Südwürttemberg-Hohenzollern sogleich der Ablehnung. Ansonsten war allseits das Bestreben erkennbar, einen Kompromiß zu finden, dem alle Landesverbände zustimmen konnten. Die Formulierung, die sich im Laufe der Diskussion entwickelte, griff den Beschluß des Hauptausschusses vom Mai 1952

20 Ebd., S. 388.
21 Ebd., S. 392.
22 Nr. 20 a, Anm. 3, S. 393.
23 Ebd., S. 393.
24 Ebd., Anm. 4, S. 393.
25 Ebd., Anm. 8, S. 395.
26 Ebd., Anm. 5, S. 393.

auf („schwerste Bedenken" zur Regierungsbildung in Baden-Württemberg), ging dann zustimmend auf eine Erklärung Reinhold *Maiers* ein, „wonach für ihn die Voraussetzung zu dieser Regierungsbildung die Wahrung der Möglichkeit gewesen sei, jederzeit die unverzichtbaren Grundsätze der FDP auch innerhalb dieser Koalition aufrechtzuerhalten", um dann abschließend festzustellen, daß der Parteitag „die Auflösung oder Umbildung" der Koalition erwarte, „wenn und sobald Tatsachen eintreten würden, die die Verfolgung der innen- und außenpolitischen Ziele der Partei unmöglich machen sollten".[27]

Als nach einer Pause, in der die Landesvorsitzenden mit ihren Delegierten Rücksprache hielten, die Sitzung fortgesetzt wurde, stellte sich heraus, daß das Mißtrauen insbesondere des hessischen Landesverbandes gegenüber *Maier* noch ungebrochen war und man hier befürchtete, die Resolution könne als Sieg *Maiers* interpretiert werden.[28] Ebenso konnten die Landesvorsitzenden von Niedersachsen und Südwürttemberg-Hohenzollern keine Zustimmung in Aussicht stellen[29], und auch *Middelhauve* fand erneut barsche Worte der Kritik für Reinhold *Maier*.[30] *Maier* ergriff mehrfach zur Verteidigung seiner Partei das Wort und gab für den Landesverband Württemberg-Baden die Zustimmung zum Resolutionsentwurf ab.[31] Auf entschiedene Ablehnung stieß bei ihm und dem Vorsitzenden der DVP von Süd-Baden, *Waeldin,* allerdings der Vorschlag *Leuzes,* die Resolution in der Weise zu ändern, daß Reinhold *Maier* aufgefordert wurde, die Koalition bis zu einem bestimmten Termin aufzulösen.[32] Da auch nach längerer Debatte im Bundesvorstand keine Einigung erzielt werden konnte, einigte man sich auf die Einsetzung eines Redaktionsausschusses.[33] Er beschloß eine Formulierung, die nahezu identisch mit der war, die sich als Ergebnis der Diskussion im Bundesvorstand vor der Sitzungspause ergeben hatte. Eine Änderung hatte es nur im ersten Satz gegeben. Die Mißbilligung der Regierungsbildung in Baden-Württemberg durch den Parteitag, „weil dadurch in der politischen Öffentlichkeit Zweifel an der grundsätzlichen Haltung der FDP entstanden sind"[34], war ersetzt worden durch die Feststellung, „daß die Regierungsbildung in Baden-Württemberg der politischen Aufgabe der FDP angesichts der gegenwärtigen staatsgefährdenden Obstruktionspolitik der SPD im Bunde zuwiderläuft".[35]

Das Mißtrauen gegenüber Baden-Württemberg blieb in der FDP auch nach dem Abschluß des Essener Parteitages bestehen. Am Rande des Parteitages von Bad Ems sprach *Blücher* im Hinblick auf die Regierungsbildung vom April des Jahres in Baden-Württemberg von einer „lausigen Frage", die die

27 Ebd., S. 392–396 und S. 400 ff., Zitat S. 401.
28 Nr. 20 b, S. 402.
29 Ebd., S. 405 f.
30 Ebd., S. 409.
31 Ebd., S. 411.
32 Ebd., S. 410 f.
33 Ebd., S. 414.
34 Nr. 20 a, S. 401.
35 Nr. 20 b, Anm. 15, S. 414.

„gesamte politische Arbeit" der Partei behindere.[36] Besondere Sorge bereitete der FDP-Führung nach wie vor das Abstimmungsverhalten der baden-württembergischen Landesregierung im Bundesrat über die Westverträge. Als während des Emser Parteitages der Vorsitzende der SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag, Alex *Möller,* in einem Interview verlauten ließ, „in der SPD gebe es über die Verträge nur eine Meinung, und die Minister wüßten, wie sie abzustimmen hätten"[37], zeigte sich insbesondere der hessische Landesverband sogleich wieder alarmiert. *Haußmann* versuchte zwar, die Wogen zu glätten, indem er *Möllers* Interview als einen „üblichen Trick" bewertete, um Unruhe in die FDP zu bringen.[38] Aber Anfang Januar 1953 war es dann *Haußmann* selbst, der die Haltung der baden-württembergischen Landesregierung zu den Verträgen ins Zwielicht brachte, als er auf dem Dreikönigstreffen äußerte, „die FDP des Landes fühle sich nicht in der Lage, entweder ein fundamentales Ja oder ein fundamentales Nein zu den Verträgen zu sagen". Wie *Haußmann* weiter ausführte, strebte er einen „mittleren Weg der Außenpolitik" an, den er mit der Opposition abzustimmen wünschte.[39]

Auf der hiermit von *Haußmann* vorgezeichneten Linie versuchte sich Reinhold *Maier* zu bewegen, als die Westverträge Ende April 1953 im Bundesrat zur Abstimmung vorlagen. Am 21. April erwirkte *Maier* eine Empfehlung seines Landesverbandes, die Abstimmung im Bundesrat zu verschieben und die Verträge bis zum Ende des Jahres einer erneuten Prüfung zu unterziehen.[40] Entsprechend verhielt sich *Maier* am 24. April 1953 in der Bundesratssitzung, in der er eine Entschließung einbrachte, nach der vor einer Entscheidung über den EVG- und Deutschlandvertrag „das Ergebnis der Prüfung der Rechtsfrage durch das Bundesverfassungsgericht abzuwarten" sei.[41] Einwirkungsversuche des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und des FDP-Vorsitzenden *Blücher,* die *Maier* zu einem positiven Votum zu den Verträgen bewegen wollten[42], zeitigten keinen Erfolg, und dem Vorschlag *Maiers* entsprechend beschloß der Bundesrat am 24. April 1953, die Abstimmung über die Verträge zu vertagen.

Die Reaktion der FDP-Führung auf *Maiers* Verhalten ließ nicht lange auf sich warten. Sogleich nach der Bundesratssitzung veröffentlichten die Minister *Dehler* und *Neumayer* sowie der Fraktionsvorstand eine Presseerklärung, in der sie *Maiers* Haltung bedauerten und feststellten, daß sie „im Gegensatz zu der von der Bundespartei, der Fraktion des Bundestages und den Kabinettsmitgliedern der FDP vertretenen Linie" stehe.[43]

Als am 26. April 1953 die Angelegenheit im FDP-Bundesvorstand zur Sprache kam, war die Kritik an *Maier* allgemein, allein *Haußmann* und *Gönnen-*

36 Nr. 24, S. 565.
37 Nr. 25 c, Anm. 24, S. 662.
38 Ebd., S. 663.
39 Nr. 27, Anm. 20, S. 776.
40 Nr. 30, Anm. 2, S. 909.
41 Ebd., Anm. 4, S. 910.
42 Ebd., S. 909 f.
43 Ebd., Anm. 6, S. 910.

wein verteidigten ihn. *Euler* stellte mit Nachdruck fest, daß nunmehr „die Katastrophe" eingetreten sei, „die die Gegner der Stuttgarter Koalition vom Tage ihres Zustandekommens an befürchtet haben". Er verlangte, daß der Bundesvorstand sich „völlig unmißverständlich" von Reinhold *Maier* absetzen müsse, und beantragte daher die Einleitung eines Parteiausschlußverfahrens gegen ihn.[44] Sichtlich betroffen von *Maiers* Verhalten war auch *Dehler,* der bisher stets dafür eingetreten war, den Konflikt mit Stuttgart nicht zu verschärfen. Er fühlte sich von *Maier* und *Haußmann* hintergangen und hielt nunmehr mit seiner Kritik nicht mehr hinter dem Berg. Allerdings trat er nicht wie *Euler* für scharfe Maßnahmen gegen den schwäbischen Politiker ein, sondern votierte für ein Abwarten, für eine psychologisch richtige Behandlung *Maiers,* um eine „nochmalige Behandlung dieser Dinge im Bundesrat" zu erwirken.[45] Auf Mäßigung war auch *Blücher* bedacht, weil es sich in diesem Falle nicht um eine „Parteiangelegenheit", sondern um eine „vaterländische" Sache handele.[46] Vor allem auf seine Anregung ging die Resolution zurück, die der Bundesvorstand am Ende der Sitzung verabschiedete. Sie enthielt lediglich die Mitteilung, daß der Bundesvorstand „mit großem Ernst die Lage" geprüft habe, „die durch das Ausweichen des Bundesrates vor der Entscheidung hinsichtlich der Vertragswerke von Bonn und Paris entstanden" sei, sowie die Bestätigung der von *Dehler, Neumayer* und dem Fraktionsvorstand der FDP abgegebenen Erklärung.[47]

Im FDP-Bundesvorstand gab es den Protokollen zufolge hinfort keine Debatten mehr über die baden-württembergische Landesregierung. Dies erscheint auch nicht verwunderlich, denn der Hauptpunkt des Dissenses zwischen dem Bundesvorstand und der von Reinhold *Maier* geführten Regierung, die Westverträge, passierten am 15. Mai 1953 den Bundesrat. *Maier* trat im September desselben Jahres vom Amt des Ministerpräsidenten zurück. Unter seinem Nachfolger Gebhard *Müller* kehrte die CDU in die Landesregierung zurück. Eduard *Leuze* kommentierte diesen Vorgang im FDP-Bundesvorstand mit den Worten: „Baden-Württemberg hat sich genötigt gesehen, politisch zu liquidieren."[48]

4. Das Ringen um den Fortbestand der Partei auf den Parteitagen in München (1951), Essen (1952), Bad Ems (1952) und Lübeck (1953)

Schon auf dem Heppenheimer Gründungsparteitag vom Dezember 1948 hatte sich herausgestellt, daß nach wie vor tiefgreifende Richtungsauseinandersetzungen innerhalb der neuen Partei existierten, die sich insbesondere in der gescheiterten Wahl Ernst *Mayers* in den Bundesvorstand manifestierten. Ver-

44 Ebd., S. 969 und S. 972.
45 Ebd., S. 977 f.
46 Ebd., S. 981 f.
47 Ebd., Anm. 62, S. 985.
48 Nr. 37, S. 1204.

treter des „linken" und „rechten" Parteiflügels standen sich – wie die „nachträglichen Beurteilungen" der Geschehnisse durch eine Reihe führender Repräsentanten der Partei ergeben – weiterhin mit größtem Mißtrauen gegenüber.[1] Ausdruck fand dieses Mißtrauen auch auf dem ersten ordentlichen Bundesparteitag in Bremen im Juni 1949, als Zweifel an den gemeldeten Mitgliederstärken und damit der Zahl der Delegierten einzelner Landesverbände angemeldet wurden. Damit war nicht zum ersten Mal das in der Folgezeit immer wieder kontrovers diskutierte Problem der Parteitagsdelegation angeschnitten, das auf dem Bremer Parteitag nur dadurch vorläufig gelöst werden konnte, daß sich die Landesvorsitzenden durch „feierliche Erklärungen" für die jeweils genannten Zahlen verbürgten.[2]

Die Frage, wie die Delegation zu den Parteitagen zu regeln war, hatte der Vorstand schon in seiner ersten Sitzung im Februar 1949[3] und erneut in seiner dritten Sitzung im April 1949 diskutiert.[4] Als Ergebnis dieser Beratungen einigte sich der Bundesvorstand darauf, in Anlehnung an die Heppenheimer Regelung für die Berechnung der Delegiertenzahlen eine Kombination aus der Mitgliederstärke und dem jeweiligen Wahlerfolg (Zahl der Wählerstimmen) zugrunde zu legen. Problematisch war diese Berechnungsgrundlage allerdings insofern, als in einzelnen Landesverbänden die Mitgliederzahlen nicht genau bekannt waren[5] und somit durchaus die Möglichkeit bestand, durch die Meldung überhöhter Mitgliederzahlen mehr Delegierte für einen Landesverband zu erlangen, als ihm tatsächlich zustanden. Außerdem blieb auch nach der Festlegung vom April 1949 umstritten, welches Verhältnis von Mitgliederzahl und Wählerstimmen als gerechte Grundlage für die Berechnung der jeweiligen Delegiertenzahl zu gelten hatte, so daß das Thema der „Delegiertenzahl und -bestimmung", wie *Blücher* noch im Juli 1952 klagte, in der Diskussion blieb.[6] Um diesen Mißstand zu beseitigen, hatte zwar der Münchener Parteitag im September 1951 den Hauptausschuß ermächtigt, eine Regelung zu beschließen, „die die Herstellung eines gesunden Verhältnisses der Stimmrechte der Landesverbände und ihrer Wählerstimmen zum Ziele haben" sollte.[7] Da sich die Beratungen aber hinzogen, blieb das Problem zunächst ungelöst, so daß es hierüber – wie noch zu zeigen sein wird – vor allem im Zusammenhang mit dem Parteitag in Bad Ems zu tiefgreifenden innerparteilichen Auseinandersetzungen kam.

Auf dem Münchener Parteitag scheint diese Frage im Bundesvorstand – dessen zahlreiche Sitzungen am Rande des Parteitages nur unvollständig überliefert sind – keine zentrale Rolle gespielt zu haben. Die Konflikte, die im Verlaufe dieses Parteitages ausbrachen, hatten andere Ursachen. Sie wurden dadurch ausgelöst, daß die Hauptgeschäftsführer am Ende einer öffentlichen

1 Vgl. D. Hein, 1985, S. 337 f.
2 Nr. 5 c, S. 56 f.
3 Nr. 1, S. 4 und S. 9.
4 Nr. 3, S. 33.
5 Nr. 5 b, S. 49.
6 Nr. 19, S. 363 f.
7 Nr. 14 b, Anm. 28, S. 274.

Kundgebung am 21. September entgegen allen Absprachen das Deutschlandlied anstimmen ließen, von dem sodann von der Mehrheit der Delegierten alle drei Strophen gesungen wurden.[8] Im Hinblick hierauf sprach *Blücher* von einer „Vergewaltigung" durch die Hauptgeschäftsführer[9], *Wildermuth* bezeichnete ihr Vorgehen als eine „SA-ähnliche Geschichte"[10], und *Mayer* erklärte, von den Hauptgeschäftsführern werde „in einer Art gehetzt, die nicht mehr schön" sei.[11] Besonders für *Mayer* und *Blücher*, aber auch für *Haußmann* stand fest, daß die Aktion der Hauptgeschäftsführer in einen größeren Zusammenhang einzuordnen war. Sie sahen sie in Verbindung mit Besprechungen, die die „rechtsstehenden Landesverbände" miteinander geführt hatten, um die Vorstandswahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen.[12] Gerichtet waren diese Aktionen auch gegen *Blücher*, gegen den *von Rechenberg* bei der Wahl zum Vorsitzenden seine Kandidatur anmeldete.[13]

In der Debatte über diese Vorgänge im Bundesvorstand sprach *Middelhauve* ganz offen davon, „daß zwei Richtungen in der Partei sind". Er wies jedoch den Vorwurf zurück, daß von seiner Seite „Verschwörungen" angezettelt würden; auch waren nach seiner Ansicht die „Dinge nicht so ernst zu nehmen, als ginge die Partei daran zugrunde".[14] Dies sahen *Wildermuth* und *Mayer* indessen ganz anders. Für sie ging es in der Tat um die weitere Existenz einer einheitlichen liberalen Partei, und auch *Revenstorff*, der vom möglichen „Auseinanderplatzen" sprach, und *Dehler*, der den „Bestand der Partei" gefährdet sah, bewerteten die innerparteilichen Konflikte höchst kritisch.[15] Bei *Revenstorff* und *Dehler* wie auch bei *Schwennicke* und Herta *Ilk* war allerdings das Bestreben erkennbar, einen Ausgleich zu finden, „die Spannungen im gegenseitigen Vertrauen zu bereinigen".[16] Das ist dann – allerdings nur vordergründig – auch gelungen: Die Partei blieb zusammen, und *Blücher*, der sich bei der Wahl zum Vorsitzenden gegenüber *von Rechenberg* durchgesetzt hatte, ging auf der abschließenden Pressekonferenz nur indirekt auf die innerparteilichen Konflikte ein, als er das „neugewonnene Bewußtsein von der ‚Jugend' der Partei" betonte, „die auf dem weiten Spannungsfeld zwischen abwägenden und vorwärtsdrängenden Elementen zur echten Synthese des Fortschritts statt zu falschen Kompromissen vorgestoßen sei".[17]

Wie wenig diese Beschreibung mit den Tatsachen übereinstimmte, offenbarte sich spätestens im Juni 1952, als der Landesverband Nordrhein-Westfalen drängte, einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten. Als Begründung hierfür gab *Middelhauve* am 15. Juni 1952 im Bundesvorstand an, daß es notwen-

8 Nr. 14 d, Anm. 2, S. 281 f.
9 Nr. 14 e, S. 283.
10 Ebd.
11 Ebd.
12 Nr. 14 d, S. 281 f., und Nr. 14 e, S. 283.
13 Nr. 14 e, Anm. 3, S. 284.
14 Nr. 14 d, S. 281, und Nr. 14 e, S. 283.
15 Nr. 14 e, S. 282 ff.
16 Ebd., S. 284 f.
17 Ebd., Anm. 6, S. 285.

dig sei, „die immer deutlicher fühlbar werdende Klaffung in der Partei [. . .] zu überwinden".[18] Wie treffend *Middelhauves* Beschreibung des Zustandes der Partei war, stellte sich heraus, als der Bundesvorstand drei Wochen später eine Grundsatzdebatte über die politische Linie der Partei führte und dabei auch die Frage behandelte, ob der außerordentliche Parteitag von Essen überhaupt abgehalten werden solle.[19] Die eingehende Diskussion belegte die seit dem Münchener Parteitag klar gewordene Tatsache, daß innerhalb der Partei „verschiedene Auffassungen in bestimmten Fragen" bestanden.[20] Sie bezogen sich in erster Linie auf die Koalitionsbildung in Baden-Württemberg, aber auch darauf, welchen Standort die FDP in der grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung mit den anderen Parteien einnehmen sollte. Hiermit war das Selbstverständnis der liberalen Partei angesprochen, über das nach wie vor keine Einigkeit bestand. Gerade deshalb war nach *Blücher* die Abhaltung des Parteitages notwendig, „um eine Aussprache und eine Aussage [zu] finden, um allen wieder das Gefühl zu geben, daß sie einen guten Boden unter den Füßen haben".[21] Ähnliches meinte *Middelhauve,* wenn er davon sprach, „daß wir uns zusammenraufen müssen".[22]

Wie schwer dies allerdings halten würde, bewies die in derselben Sitzung ablaufende Diskussion über einen neuen Delegiertenschlüssel.[23] Hier wichen die Auffassungen noch so stark voneinander ab, daß es für den außerordentlichen Parteitag in Essen, für dessen Einberufung es schließlich doch eine Mehrheit gab, bei dem bisher geltenden Delegiertenschlüssel bleiben sollte. Ein Beleg für das in dieser Frage fortbestehende Mißtrauen zwischen den einzelnen Landesverbänden ist einem Diskussionsbeitrag *Eulers* zu entnehmen, mit dem er zur Sprache brachte, daß nach seiner Kenntnis die Delegierten Württemberg-Badens nicht durch die Wahl eines Parteitages legitimiert, sondern lediglich durch den Landesvorstand benannt worden seien. Als *Haußmann* dies eingestand, unterband *Blücher* jedoch eine weitere Debatte dieses Komplexes.[24]

Die Bundesvorstandssitzungen am Rande des außerordentlichen Parteitages in Essen Mitte Juli 1952 waren beherrscht von der Debatte über die Koalitionsbildung in Baden-Württemberg. Dabei gerieten sich die beiden Richtungen so sehr in die Haare, daß von verschiedener Seite erneut das Ende der Partei an die Wand gemalt wurde. So z. B. von *Blücher,* der bei einem Scheitern des Parteitages über die baden-württembergische Frage den Tod und Zerfall der FDP voraussagte[25], oder auch von *Dehler,* der die Dinge zur Krisis treiben sah und daher seine Parteifreunde beschwor, alles „vernünftig zu besprechen".

18 Nr. 18 b, S. 356 f.
19 Einen Einspruch gegen die Abhaltung hatte der Landesverband Hamburg erhoben. Nr. 19, S. 368.
20 Die Debatte in: Nr. 19, S. 368–392; das Zitat aus einem Diskussionsbeitrag *Haußmanns,* ebd., S. 384.
21 Ebd., S. 372.
22 Ebd., S. 390.
23 Ebd., S. 363–366.
24 Ebd., S. 391.
25 Nr. 20 b, S. 406.

Andernfalls befürchtete *Dehler* die Gefahr des Scheiterns der Partei mit der Folge, daß „die Demokratie in Deutschland", daß „dieser Staat keine Chance mehr haben" werde.[26] Nicht viel anders fiel das Urteil *Middelhauves* aus, der den Bruch der Partei voraussagte, falls keine Einigung über Baden-Württemberg erzielt würde.[27] Obwohl *Rademacher* und *Maier* gegen Ende der Sitzung kaum noch Chancen zu einer Einigung sahen[28], beschloß der Bundesvorstand die Einsetzung eines Redaktionskomitees, dem *Middelhauve* die Bezeichnung „Ausschuß des guten Willens" verlieh[29], dem es dann schließlich gelang, eine Formulierung für eine Resolution zu finden, der der Parteitag zustimmte.[30] Einmal mehr war damit die Einheit der Partei nach harter Auseinandersetzung gerettet worden.

Gefestigt war diese Einheit allerdings nicht, und nach wie vor standen sich die beiden Flügel in latenter Konfliktbereitschaft gegenüber. Hierauf wies z. B. Reinhold *Maier* in der Bundesvorstandssitzung Anfang September 1952 mit den Worten hin, daß in der FDP weiterhin „zwei verschiedenartige Richtungen vorhanden" seien, von denen die eine „etwas links" stehe, während die andere im Begriff sei, „ziemlich weit rechts zu gehen". Zwischen beiden Richtungen war nach *Maier* ein Ausgleich anzustreben, für den der ordentliche Parteitag in Bad Ems im November 1952 in Aussicht genommen war.[31]

Da dieser Parteitag allerdings nach allgemeiner Auffassung nur dann abgehalten werden konnte, wenn zuvor ein neuer Delegiertenschlüssel verabschiedet war, rückte diese Frage wieder in den Mittelpunkt der Debatte. In der diesbezüglichen Aussprache im Bundesvorstand Anfang September 1952 bestand Übereinstimmung, daß angesichts einer fehlenden zentralen Mitgliederkartei bei der Berechnung nicht die Mitgliederzahlen zugrunde gelegt werden konnten, da deren Überprüfung nicht möglich war. So einigte man sich darauf, allein auf den Wahlerfolg (Ergebnis der letzten voraufgegangenen Bundestagswahl) abzustellen und darüber hinaus eine Prämie für die Landesverbände vorzusehen, die besonders erfolgreich gearbeitet hatten, wobei noch offen blieb, wie diese Regelung im einzelnen aussehen sollte.[32] Ohne expressis verbis auf die Auswahl der württemberg-badischen Delegierten zum Essener Parteitag einzugehen, sprach sich *Blücher* im Verlauf der Aussprache dafür aus, eine Bestimmung aufzunehmen, nach der die Wahl der Parteitagsdelegierten durch einen Landesparteitag zu erfolgen hatte.[33] Im Hinblick auf die weitere Debatte über diese Frage verdient es festgehalten zu werden, daß ihm *Middelhauve* mit der Bemerkung zustimmte, es herrsche darüber im Grundsatz doch Klarheit,

26 Ebd., S. 407 f.
27 Ebd., S. 413.
28 Ebd., S. 414.
29 Ebd.
30 Siehe o. S. XXXVII.
31 Nr. 21, S. 469.
32 Ebd., S. 441 und S. 451–458.
33 Ebd., S. 453.

daß „die bevollmächtigten Vertreter der Landesverbände [für die Bundesparteitage] durch die Landesparteitage in geheimer Wahl zu wählen" seien.[34]

Wie dünn das Eis war, auf dem sich die FDP weiterhin bewegte, belegt die Bundesvorstandssitzung Ende Oktober 1952. Hieraus geht hervor, daß der Hauptausschuß noch immer keinen neuen Delegiertenschlüssel verabschiedet hatte, so daß gar über die Frage diskutiert wurde, ob der für November 1952 in Bad Ems angesetzte Parteitag nicht verschoben werden müßte.[35] Der durch *Bezold* in die Diskussion geworfene Gedanke, die Parteitagsdelegierten nach dem alten Schlüssel zu bestimmen, stieß mehrheitlich auf Ablehnung, da z. B. für *Dehler* dann die „Legitimation der Delegierten" nicht gewährleistet war.[36] *Blücher* sekundierte ihm mit der zutreffenden Bemerkung: „Seit zwei Jahren liegt wie ein Schatten über den Parteitagen der Zweifel an der Glaubwürdigkeit aller Abstimmungsergebnisse, weil man nicht weiß, ob die Vertreterzahlen richtig sind."[37] Schließlich einigte man sich auf Vorschlag von *Bezold* auf den nicht unproblematischen Kompromiß, den Parteitag mit den nach den alten Statuten gewählten Delegierten zu beginnen, aber von dem Augenblick an die neuen Statuten anzuwenden, in dem der Parteitag diese beschlossen hatte.[38]

Aber nicht nur in dieser Hinsicht ließ der Ablauf des Emser Parteitages Schwierigkeiten erwarten. Die nach wie vor ungeklärte Frage eines einheitlichen Landesverbandes in Baden-Württemberg und das damit in Verbindung stehende Problem der Auswahl der Parteitagsdelegierten für den deutschen Südwesten sowie die weiterhin existierenden Auffassungsunterschiede über den Kurs der Partei waren voller Sprengkraft. Schon zu Beginn der Sitzung Ende Oktober 1952 wies *Blücher* auf die Gefahr des Zerfalls der Partei hin[39], und nach einer harten persönlichen Konfrontation zwischen *Euler* und *Bezold*, die zu einer Unterbrechung der Sitzung führte, wiederholte *Blücher* seine Auffassung, daß die FDP in den nächsten Wochen vor der Frage stehen würde, „auseinander oder nicht".[40]

Der Hauptausschuß der FDP beschloß noch vor Beginn des Emser Parteitages einen neuen Delegiertenschlüssel, traf dann jedoch entgegen der Empfehlung des Bundesvorstandes die Entscheidung, daß dieser Schlüssel noch nicht für den Parteitag in Bad Ems gelten sollte.[41] Damit war weiterhin der alte Delegiertenschlüssel in Kraft, der vor allem auf den Mitgliederzahlen der Landesverbände basierte, deren Überprüfung nicht möglich war. Eine Auseinandersetzung über diese Frage im Bundesvorstand am Rande des Emser Parteitages war daher vorprogrammiert, und sie entbrannte sogleich in der ersten Sitzung

34 Ebd., S. 455.
35 Nr. 23, S. 530–538.
36 Ebd., S. 532.
37 Ebd., S. 534.
38 Ebd., S. 539.
39 Ebd., S. 511.
40 Ebd., S. 551.
41 Nr. 25 a, Anm. 4, S. 590, und ebd., S. 591.

des Vorstandes am 19. November 1952 mit bisher kaum gekannter Heftigkeit.[42]

Mayer und *Rademacher* zweifelten nicht nur die vom Landesverband Nordrhein-Westfalen angegebenen Mitgliederzahlen an, sondern kritisierten darüber hinaus, unterstützt von anderen Vorstandsmitgliedern, daß die Auswahl der Delegierten in diesem Landesverband nicht aufgrund demokratischer Gepflogenheiten erfolgt sei. Zudem mußte sich der hessische Landesverband den Vorwurf gefallen lassen, seine Delegierten zu einer einheitlichen Stimmabgabe auf dem Parteitag verpflichtet zu haben, und zwar sowohl in programmatischer (für die „nationale Sammlung") als auch in personeller Hinsicht bei der anstehenden Wahl des Bundesvorstandes. *Mayer* richtete daher den Vorwurf an die Adresse Nordrhein-Westfalens und Hessens, die Vorstandswahlen manipulieren und damit einen „Kurswechsel" in der Partei herbeiführen zu wollen, und er beschwor als Konsequenz dieser Haltung „die Gefahr der Spaltung" der Partei.[43] Von einem „Machtkampf" in der Partei, der auf Grundlagen basierte, die „zweifelhaft" seien, sprach auch *Dehler*.[44] Wie *Haußmann*, der eine Lösung des Konflikts dadurch erreichen wollte, daß entgegen dem Beschluß des Hauptausschusses für den Emser Parteitag nun doch der neue Delegiertenschlüssel Anwendung finden sollte, suchte auch *Dehler* nach einem Kompromiß. Sein Vorschlag lief darauf hinaus, den bisherigen Vorstand zu bestätigen und seine Neuwahl bis nach der Bundestagswahl von 1953 zu verschieben.

Während *Leverenz*, *Eberhard* und auch *Haußmann* hierzu ihre Zustimmung gaben, stieß er bei *Middelhauve* und *von Rechenberg* auf Ablehnung, die darüber hinaus mit *Euler* alle Manipulationsvorwürfe zurückwiesen und ebenfalls mit Entschiedenheit die Anwendung des neuen Delegiertenschlüssels verwarfen. Infolgedessen mündete die Diskussion in eine heftige, persönlich geführte Auseinandersetzung, in deren Verlauf *Blücher* erneut warnte, daß der endgültige Bruch drohe, und auch Frau *Lüders* die „Möglichkeit einer Verständigung" kaum mehr gegeben sah.[45] An diesem Punkt schaltete sich *Rubin* in die Debatte ein und beantragte, alle Anfechtungen zurückzustellen, auf dem Parteitag zunächst die „politische Aussprache über die Bühne gehen zu lassen" und erst danach „das im Augenblick fast unlösbar erscheinende Problem der Vorstandswahl unter neuen Aspekten aufzugreifen".[46] Infolge dieses Antrages versachlichte sich die Diskussion zusehends, und der Bundesvorstand beschloß entsprechend.[47]

Zwei Tage später nahm der Bundesvorstand die in der Nacht vom 19. auf den 20. November 1952 abgebrochene Diskussion über die Vorstandswahl wieder auf. Nach sachlichem Beginn kam es wiederum zu einem Eklat, als

42 Ebd., S. 589–625.
43 Ebd., S. 595.
44 Ebd., S. 601 f.
45 Ebd., S. 611.
46 Ebd.
47 Ebd., S. 623.

Dehler mit heftigen Worten die Auswahl der nordrhein-westfälischen Parteitagsdelegierten angriff, was die nordrhein-westfälischen Vorstandsmitglieder zum Anlaß nahmen, vorübergehend die Sitzung zu verlassen.[48] Ansonsten war jedoch festzustellen, daß alle Seiten versuchten, dem Konflikt die Schärfe zu nehmen und eine Verständigung herbeizuführen. Im Streit über die Vorstandswahl bahnte sich eine Lösung in der Weise an, daß die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden auf zwei erhöht und *Middelhauve* in diese Position gewählt werden sollte.[49] Der den Parteitag belastende Konflikt um die noch ausstehende Bildung eines einheitlichen südwestdeutschen Landesverbandes wurde durch die Erklärung *Leuzes* gelöst, daß er den Landesverband Südwürttemberg-Hohenzollern auflösen wolle.[50] Und schließlich leistete auch der Landesverband Nordrhein-Westfalen noch einen Beitrag zur Beruhigung der Gemüter, indem nicht nur *Middelhauve* in der Frage des „Deutschen Programms" Entgegenkommen signalisierte, sondern auch einen vom Landesverband Hamburg monierten Antrag entschärfte, nach dem bestimmte Richtungen aus der Partei auszugrenzen seien, und der schließlich ohne wenn und aber erklärte, daß *Blüchers* Wahl zum Vorsitzenden für Nordrhein-Westfalen „niemals irgendwie strittig gewesen" sei.[51]

Am Morgen des 22. November schien jedoch die Annäherung, zu der es in der Nacht zuvor gekommen war, wieder hinfällig zu sein, als *Rademacher, Schwennicke* und *Maier* mitteilten, daß ihre Delegierten die Wahl *Middelhauves* zum stellvertretenden Vorsitzenden ablehnen würden, und wiederholt an *Middelhauve* appellierten, auf die Kandidatur zu verzichten.[52] *Blücher* erschien „das Ganze so irre", daß es ihm schier die Sprache verschlug, und auch mehrere seiner Vorstandskollegen hatten Mühe, für die neue Situation Verständnis aufzubringen. Ohne daß eine Einigung erzielt werden konnte, mußte die Vorstandssitzung kurz vor 12.00 Uhr abgebrochen werden, da die Parteitagsdelegierten schon seit 9.00 Uhr versammelt waren und auf den Beginn ihrer Sitzung warteten. Wider Erwarten verlief dann die Vorstandswahl doch gemäß der in der Nacht zuvor getroffenen Absprache[53], so daß die Partei auch diese größte Existenzkrise überwunden hatte.

Dies bedeutete allerdings nicht, daß nunmehr die Dissonanzen innerhalb der FDP ein Ende gefunden hätten. Infolge der Naumann-Affäre, in die die FDP seit Januar 1953 verwickelt war – worauf im nächsten Abschnitt näher einzugehen ist –, geriet *Middelhauve* wieder in die Schußlinie der innerparteilichen Kritik, so daß auch der Parteitag von Lübeck im Juni 1953 durch Auseinandersetzungen zwischen den beiden Flügeln der Partei belastet war. Das Problem dieser nach wie vor bestehenden Gegensätzlichkeit für die politische Arbeit der FDP hatte der Bundestagsabgeordnete Ludwig *Schneider* schon in einer Bundesvorstandssitzung Anfang Mai 1953 mit den Worten angesprochen: „Wir

48 Nr. 25 c, S. 648.
49 Ebd., S. 645 und S. 666 f.
50 Ebd., S. 658 f.
51 Ebd., S. 660 f.
52 Nr. 25 d, S. 670–676.
53 Ebd., Anm. 9, S. 676.

können draußen nicht werben, wenn man uns sagt, die einen seien neofaschistisch, und die anderen wollen eine andere Koalition."[54] Nicht viel anders wertete einen Monat später der bayerische Vertreter Konrad *Frühwald* den Zustand der FDP, als er den „Fortbestand der Partei überhaupt" in Frage stellte[55], von dem auch *Blücher* immer noch nicht überzeugt war. Den Parteivorsitzenden nervte die fehlende Geschlossenheit der FDP derart, daß er Anfang Mai 1953 ernsthaft den Gedanken erwog, seine Ämter in „Regierung und Partei niederzulegen".[56]

Auch in Lübeck hatte *Blücher* keinen leichten Stand, da er einen vom Berliner Landesverband fristgerecht eingereichten Mißtrauensantrag gegen *Middelhauve*, dessen Ablösung als stellvertretender Bundesvorsitzender verlangt wurde[57], nicht auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt hatte.[58] Eine weitere Belastung für den Ablauf des Parteitages war dadurch gegeben, daß ein Antrag von Frau *Lüders* vorlag, nach dem *Middelhauve* im Verlaufe des Parteitages nicht als Redner auftreten sollte.[59] Schließlich gab es noch einen Einspruch von *Kohut* dagegen, Wolfgang *Haußmann* anstelle des verstorbenen Ernst *Mayer* in den Bundesvorstand zu kooptieren.[60] Während sich das letzte Problem relativ rasch durch die Ankündigung *Kohuts* aus der Welt räumen ließ, daß die hessischen Delegierten nicht gegen *Haußmanns* Wahl stimmen, sondern sich enthalten würden[61], kam es wegen *Middelhauve* erneut zu heftigen, persönlich geführten Auseinandersetzungen, die ihren Höhepunkt erreichten, als Marie-Elisabeth *Lüders* erklärte, daß für sie „das Wort ‚liberal' in Verbindung" mit *Middelhauve* „eine Unmöglichkeit" darstelle, worauf *Middelhauve, Stegner* und *Onnen* „unter Protest" die Sitzung verließen.[62] Auch im Verlauf dieser Beratung fehlte es nicht an Enttäuschung ausdrückenden Bemerkungen *Blüchers* wie z. B. der folgenden: „Entweder haben wir den guten Willen, zu einer Einigkeit zu kommen, oder wir sollten heute abend Schluß machen, aber unsere Wähler nicht mehr betrügen."[63]

Die Schwierigkeit, zu einer einheitlichen Haltung zu kommen, lag nach allem, was inzwischen geschehen war, in erster Linie in dem nach wie vor bestehenden Mißtrauen zwischen dem „rechten" und „linken" Flügel der Partei, das insbesondere in einer Wortmeldung Hermann *Schäfers* zum Ausdruck kam. Aber *Schäfer* war es auch, der davor warnte, den Parteitag „über eine Äußerlichkeit [. . .] platzen zu lassen", und der für einen Kompromiß, einen kurzen Auftritt *Middelhauves* auf dem Parteitag votierte[64], den auch *Mende* und *Wey-*

54 Nr. 31, S. 1009.
55 Nr. 33, S. 1060.
56 Nr. 31, S. 1009.
57 Ebd., Anm. 19, S. 1012.
58 Nr. 34, S. 1082.
59 Ebd., S. 1083.
60 Ebd.
61 Ebd.
62 Ebd., S. 1092.
63 Ebd., S. 1090.
64 Ebd., S. 1092 f.

er verlangten, da sie ein Redeverbot für *Middelhauve* als „Brüskierung" des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen werteten.[65] Der Ablauf des Parteitages am Tag nach der Bundesvorstandssitzung bewies, daß der Wille zum Ausgleich in der FDP obsiegt hatte, denn der Mißtrauensantrag gegen *Middelhauve* stand nicht mehr zur Debatte, *Middelhauve* gab einen Bericht über die Arbeit der Deutschen Sektion der Liberalen Weltunion, und in den Vorstandswahlen wurde *Haußmann* per Aklamation bei einigen Enthaltungen gewählt.[66]

5. Unterwanderung der FDP? Naumann-Affäre und Stegner-Onnen-Krise (1953/54)

Als die FDP auf ihrem Parteitag in Bad Ems darum rang, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten, erschien in der Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter" ein Artikel, der in der Bundesrepublik zunächst kaum beachtet wurde. Hierin waren Informationen enthalten, nach denen der ehemalige Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Werner *Naumann,* ehemalige Nationalsozialisten um sich gesammelt habe, die beabsichtigten, politischen Einfluß zu gewinnen. Nach dem Bericht der Zeitung hatte es diese Gruppierung in erster Linie auf die FDP abgesehen, da nach ihrer Auffassung „deren rechter Flügel auf dem Wege zu einer neuen ‚Harzburger Front' weit fortgeschritten" war. Als „spiritus rector" dieser Bestrebungen auf FDP-Seite nannte der Artikel den Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses der FDP und Landtagsabgeordneten in Nordrhein-Westfalen, Ernst *Achenbach,* der einer breiteren Öffentlichkeit im Jahre 1952 durch seine Aktivitäten für eine Generalamnestie zugunsten von Kriegsverbrechern bekannt geworden war.[1]

Nur wenig später erhielt *Blücher* durch Bundeskanzler *Adenauer* und den nordrhein-westfälischen Innenminister Hinweise auf den Zusammenschluß ehemaliger führender Nationalsozialisten „zu einer Organisation mit politischen Zielsetzungen". Aufgrund des dem nordrhein-westfälischen Innenminister vorliegenden Materials bestand Sorge, daß von seiten dieser Organisation „gewisse Versuche eines Einflusses auf die Parteien eben über bestimmte Persönlichkeiten gemacht werden könnten". *Blücher* wies allerdings in seinem Bericht vor dem Bundesvorstand Ende Januar 1953 über diese Vorkommnisse darauf hin, daß ein Verdacht bezüglich der FDP zu diesem Zeitpunkt noch nicht geäußert worden sei.[2]

Parallel hierzu jedoch wandten sich nunmehr eine Reihe von FDP-Mitgliedern aus Nordrhein-Westfalen mit der Klage an *Blücher,* daß sie sich „durch die Entwicklung der organisatorischen Dinge im Landesverband [. . .] zurück-

65 Ebd., S. 1093.
66 Ebd., Anm. 13, S. 1094.
1 Nr. 28, Anm. 23, S. 803 f. Zu *Achenbachs* Aktivitäten bezüglich Generalamnestie siehe S. XXXV.
2 Nr. 28, S. 791 f.

gesetzt und ihrer demokratischen Rechte beraubt fühlten".[3] Dieser Vorwurf war in erster Linie an *Middelhauve* gerichtet, der beschuldigt wurde, die FDP-Geschäftsführung in Nordrhein-Westfalen an ehemalige NSDAP-Mitglieder ausgeliefert zu haben.[4] Dafür, daß diese Anschuldigungen nicht jeder Grundlage entbehrten, stand u. a. der Name Wolfgang *Diewerges,* im Dritten Reich Ministerialrat im Reichspropagandaministerium und seit 1952 politischer Sektretär *Middelhauves.* Er war in den dreißiger Jahren mit antisemitischen Hetzschriften publizistisch in Erscheinung getreten[5], aufgrund derer der Bundesvorstand Anfang Dezember 1952 sich dagegen aussprach, der von *Middelhauve* betriebenen Anstellung *Diewerges* als Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle der FDP stattzugeben.[6]

Zu einer kritischen Haltung von seiten des Bundesvorstandes bestand auch in bezug auf das Parteiorgan des nordrhein-westfälischen Landesverbandes „Die Deutsche Zukunft" genügend Anlaß, dem Hermann *Schäfer* vorwarf, „alles zu bagatellisieren, was im Dritten Reich geschehen ist", und das z. B. in einem von *Schäfer* kritisierten Artikel „die Forderung von der unabdingbaren ‚Pflicht nach rechts'" aufgestellt hatte.[7] Und nicht zuletzt ließ das seit dem Emser Parteitag bis an den Gefrierpunkt abgekühlte Verhältnis zwischen *Blücher* und *Middelhauve,* der dem Parteivorsitzenden vorwarf, absichtlich von der „praktischen Parteiführung" ferngehalten zu werden[8], *Blücher* es angeraten erscheinen, sich stärker mit den innerparteilichen Querelen des nordrhein-westfälischen Landesverbandes zu befassen. So nahm er zum Ärger *Middelhauves* am 3. Januar 1953 an einem Treffen von „ca. 30 Vorsitzenden und Vertretern von Kreisverbänden" teil, „bei dem die Entwicklung im Landesverband besprochen wurde und in der die ernste Besorgnis über den Zustrom rechtsradikaler Elemente zum Ausdruck kam".[9]

Die FDP-Führung war demnach nicht unvorbereitet, aber dennoch überrascht, als der britische Hochkommissar *Kirkpatrik* in der Nacht vom 14. auf den 15. Januar 1953 sechs Mitglieder des sog. Naumann-Kreises verhaften und am folgenden Tag in einer amtlichen Pressemeldung verlauten ließ, „die von *Naumann* geleitete Organisation habe systematisch versucht, demokratische Parteien, vor allem die FDP, die DP und den BHE zu durchsetzen, um sich ihrer zu bemächtigen und so einen kalten Staatsstreich vorzubereiten".[10] War somit die FDP bereits deutlich angesprochen, so führte die spontane Entscheidung Ernst *Achenbachs,* die Verteidigung *Naumanns* zu übernehmen, dazu, daß die Liberalen nunmehr auf ganz andere Weise noch tiefer in den Fall verstrickt wurden.[11]

3 Ebd., S. 792.
4 Ebd. mit Anm. 19, S. 802.
5 Ebd., Anm. 6, S. 794.
6 Nr. 26 mit Anm. 64, S. 742.
7 Nr. 28 mit Anm. 30, S. 816.
8 Nr. 29 mit Anm. 7, S. 862.
9 Nr. 28, Anm. 2, S. 793.
10 Ebd., Anm. 4, S. 793.
11 Ebd. mit Anm. 27, S. 812.

Als der Bundesvorstand am 24. Januar 1953 sich erstmals über die Naumann-Affäre aussprach, zeigte sich sogleich, daß die Bewertung der Vorgänge durch die Vertreter des „linken" und „rechten" Flügels höchst unterschiedlich ausfiel. Während letztere die Gefahr einer Unterwanderung mit Entschiedenheit zurückwiesen *(Middelhauve, Euler, Onnen)*[12] und eine Kritik am britischen Eingreifen für geboten hielten[13], machten Hans *Erbe* aus Bremen, *Rademacher, Bezold, Schäfer, Haußmann, Wellhausen, Leverenz* und *Dehler* aus ihrem Unbehagen an den Zuständen in Nordrhein-Westfalen keinen Hehl. *Dehler* faßte diese Auffassung in der apodiktischen Feststellung zusammen: „Ein wahrhaft demokratisches Parteileben ist doch in Nordrhein-Westfalen nicht mehr oder aber nur in sehr verkümmerter Form."[14]

In der Sache selbst konzentrierten sich die Forderungen der Kritiker Nordrhein-Westfalens im Bundesvorstand auf das Verlangen nach der Entlassung *Diewerges,* der aufgrund von eidesstattlichen Versicherungen von Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle überführt worden war, die Zusendung des Rednerschnellbriefes an Mitglieder des Naumann-Kreises veranlaßt zu haben[15], und die Abberufung *Achenbachs* als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses. Hinter diesen Forderungen blieben die schließlich gefaßten Beschlüsse aber zurück, als in bezug auf *Diewerge* lediglich die Zusage *Middelhauves* erlangt wurde, mit *Diewerge* die gegen ihn erhobenen Vorwürfe durchzusprechen, und im Falle *Achenbach Blücher* und *Dehler* den Auftrag erhielten, *Achenbach* zur Niederlegung des Ausschußvorsitzes zu bewegen.[16] Wegen der Angriffe auf „Die Deutsche Zukunft" stellte *Middelhauve* eine Prüfung durch den Landesvorstand in Aussicht.[17] Zur Sichtung des vorliegenden Materials in der Naumann-Affäre setzte der Bundesvorstand außerdem eine Kommission ein, der *Dehler, Neumayer* und *Onnen* angehörten.[18] Darüber hinaus verabschiedete er abschließend eine Resolution, in der alle Verdächtigungen, die FDP „fördere Bestrebungen, die sich gegen die Demokratie oder gegen das Zusammenwirken der Bundesrepublik mit den westlichen Demokratien richten", zurückgewiesen und betont wurde, daß „das Bekenntnis zum liberalen und demokratischen Rechtsstaat und zur Verteidigung der Freiheit in einer Gemeinschaft freier Völker [. . .] weiterhin das Grundanliegen der Partei" bleibe.[19]

Als der FDP-Bundesvorstand Ende Februar 1953 wieder auf die Naumann-Affäre zu sprechen kam, behandelte er zunächst den Fall *Achenbach.* In seinen Gesprächen mit *Blücher* und *Dehler* hatte *Achenbach* nicht ganz eindeutig Stellung bezogen, aber immerhin zu verstehen gegeben, daß er seine Funktionen als Ausschußvorsitzender in dem Augenblick nicht mehr wahr-

12 Ebd., S. 802, 806 f. und S. 809 f.
13 Ebd., S. 806 f. und S. 834 f.
14 Ebd., S. 822. Die übrigen Wortmeldungen in der Reihenfolge der Aufzählung: S. 810–822.
15 Ebd., Anm. 16, S. 800.
16 Ebd., S. 840 f.
17 Ebd., S. 841.
18 Ebd., S. 846 f.
19 Ebd., S. 849.

nehmen wolle, wenn sich ein Interessenkonflikt mit seiner Stellung als Verteidiger *Naumanns* ergeben sollte.[20] Hierüber kam es im Bundesvorstand zu einer kontroversen Diskussion, in der vor allem *Rademacher* und Herta *Ilk* darauf bestanden, daß *Achenbach,* gegen den nunmehr auch Vorwürfe wegen seiner Tätigkeit im Dritten Reich ins Spiel gebracht wurden[21], unverzüglich den Ausschußvorsitz niederlege.[22] Hiergegen erhoben insbesondere *Euler* und *Onnen* Bedenken[23], wobei *Euler* erneut das Vorgehen der Briten attackierte, denen er vorwarf, die FDP als „Nazischreck" aufgebaut zu haben, „um bestimmte Ziele der Außenpolitik zu verfolgen". Auf Vorschlag *Middelhauves*[24] kam der Bundesvorstand schließlich überein, *Achenbach* zu verpflichten, vorläufig von einer Einberufung des außenpolitischen Ausschusses abzusehen; sollte er sich hiermit nicht einverstanden erklären, werde der Bundesvorstand unverzüglich die Beratung über die Abberufung *Achenbachs* wiederum aufnehmen.[25] Im Gegensatz zum Fall *Achenbach* fand das Problem *Diewerge* im Verlauf dieser Bundesvorstandssitzung dadurch seine Erledigung, daß *Middelhauve* einen Brief *Diewerges* verlas, aus dem hervorging, daß *Diewerge* zum 1. April 1953 aus dem Dienstverhältnis mit *Middelhauve* ausscheiden werde.[26]

Ende April 1953 gab *Dehler* im FDP-Bundesvorstand einen ersten Bericht über das von ihm sowie *Neumayer* und *Onnen* gesichtete Material zur Naumann-Affäre sowie über eine Reihe von Besprechungen, die mit Vertretern des Landesverbandes von Nordrhein-Westfalen geführt worden waren.[27] Danach hatte ein „dauernder verschwörerischer Kontakt" zwischen *Naumann* und *Diewerge* bestanden, mit Hilfe dessen *Naumann* Einfluß auf die Personalpolitik des Landesverbandes (z. B. Einstellung von Heinrich *Lindner* als 2. politischer Sekretär *Middelhauves*) gewonnen habe und auch an der Formulierung des „Deutschen Programms" beteiligt worden sei. Im übrigen ergaben sich nach *Dehler* aufgrund der Unterlagen Beziehungen *Naumanns* zum Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes, Wolfgang *Döring,* dem darüber hinaus höchst anfechtbare politische Äußerungen angelastet wurden, zu Siegfried *Zoglmann,* dem Chefredakteur der „Deutschen Zukunft", als deren Zensor *Naumann* aufgetreten sei, zu Ernst *Achenbach,* dem wie *Döring* herabsetzende Bemerkungen über *Blücher* vorgeworfen wurden, und schließlich zu *Middelhauve* selbst, der von *Rademacher* und ebenfalls von *Leverenz* hart attackiert wurde, da Informationen vorlagen, denen zufolge er die Ablösung *Blüchers* als Parteivorsitzender und Übernahme der Parteiführung durch seine Person angekündigt habe.[28]

---

20 Nr. 29, S. 871 f.
21 Ebd. mit Anm. 39, S. 875.
22 Ebd., S. 874 ff.; besonders wichtig Anm. 38.
23 Ebd., S. 873 f.
24 Ebd., S. 876 f.
25 Ebd., S. 883 f.
26 Ebd., S. 889.
27 Zum folgenden Nr. 30, S. 912–921.
28 Ebd., S. 926 f.

In der auf den Bericht *Dehlers* mitunter sehr heftig geführten Aussprache wies *Middelhauve* – unterstützt von *Euler* – die gegen ihn und seinen Landesverband erhobenen Vorwürfe zurück und bezeichnete die von *Dehler* ausführlich referierten Passagen aus *Naumanns* Tagebuch als „abwegige und törichte und lächerliche Feststellungen".[29] Mit Entschiedenheit bestritt *Middelhauve*, direkte Beziehungen zu *Naumann* gehabt zu haben. Er wirkte aber auf seine Opponenten im Bundesvorstand so wenig glaubhaft, daß z. B. *Rademacher* den Verlust des Vertrauens zum stellvertretenden Parteivorsitzenden *Middelhauve* konstatierte[30], *Günzel* vom Berliner Landesverband ein deutliches Abrücken des Bundesvorstandes von *Middelhauve* verlangte[31], und Hermann *Schäfer* sein Ausscheiden aus dem Bundesvorstand ankündigte, sofern sich der Kurs einer „Bagatellisierung" der Vorgänge in der FDP durchsetzen sollte.[32] Besonders erregt waren diese und andere Vorstandsmitglieder auch deshalb, weil der Fall *Achenbach* noch immer nicht geklärt war, dieser vielmehr durch seine Wahl in den Vorstand des FDP-Landesverbandes am 7. März 1953 eine politische Aufwertung erfahren hatte.[33]

Im Verlauf der Debatte brachte *Rademacher* eine Resolution ein, in der 1. *Middelhauve* aufgefordert wurde, sich von denjenigen Personen zu trennen, „die nationalsozialistische und restaurative Einflußnahmen zugelassen und gefördert haben", 2. die Einberufung eines außerordentlichen Landesparteitages und 3. die Abberufung *Achenbachs* als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses verlangt wurde.[34] Dagegen setzte *Rubin* einen Resolutionsentwurf, in dem es zur Naumann-Affäre lediglich allgemein hieß, daß sie „Gefahren erkennen" lasse, „die von jeder deutschen demokratischen Partei ernst zu nehmen und mit allen Mitteln zu bekämpfen" seien. Alle Landesverbände der FDP wurden „zur Wachsamkeit und entschlossenem Vorgehen gegen jeden Versuch einer Unterwanderung" aufgefordert. Mit einer Schwenkung zur Außenpolitik – Antrag auf Berufung *Eulers* zum Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses – bezog *Rubin* abschließend noch die Koalitionspolitik in Baden-Württemberg mit ein, wie aus dem letzten Satz seines Entwurfes hervorgeht: „Die außenpolitischen Erfordernisse unseres Staates dürfen nicht durch taktische Erwägungen der Politik eines Landesverbandes beeinträchtigt werden."[35]

Die vom Bundesvorstand verabschiedete Fassung der Resolution übernahm diesen Passus aus *Rubins* Vorlage nicht, dagegen finden sich in ihr mit etwas abweichenden Formulierungen die allgemeinen Hinweise *Rubins* auf die aus der Naumann-Affäre resultierenden Gefahren für die Demokratie. Ebenfalls enthalten waren jedoch auch konkrete Maßnahmen. So die gegenüber *Middelhauve* ausgesprochene Erwartung, „daß die [. . .] eingeleiteten Überprüfungen

29 Ebd., S. 924 ff. und S. 932 ff.; Zitat S. 924.
30 Ebd., S. 930.
31 Ebd., S. 934 f.
32 Ebd., S. 930 f.
33 Ebd., Anm. 29, S. 944.
34 Ebd., S. 936.
35 Ebd., S. 942 f.

einzelner Inhaber von Parteiämtern beschleunigt und nachdrücklich abgeschlossen und gegebenenfalls die sich daraus ergebenden notwendigen Folgerungen gezogen werden", und schließlich der Beschluß, *Achenbach* vom Amt des Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses abzuberufen.[36]

In der Folgezeit kam die Beilegung der mit der Naumann-Affäre verbundenen innerparteilichen Konflikte nicht recht voran, so daß in der Öffentlichkeit „immer mehr der Anschein" entstand – wie *Euler* Ende Mai 1953 im Bundesvorstand sagte –, „daß es sich für die FDP nicht um den Fall Naumann, sondern um den Kampf um interne Positionen handele".[37] Der vom Bundesvorstand eingesetzte Dreier-Ausschuß zur Untersuchung der Naumann-Affäre führte seine Arbeit aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedern nicht zügig durch[38], und sein Kenntnisstand war am 28. Mai nicht viel besser als Ende April.[39] Personelle Konsequenzen aus seiner Verwicklung in die Naumann-Affäre hatte der nordrhein-westfälische Landesverband Ende April 1953 lediglich insofern gezogen, als er den Herausgeber der „Deutschen Zukunft", Carl Albert *Drewitz*, entließ.[40] Das Mißtrauen gegenüber *Middelhauve* war in weiten Kreisen der Partei und innerhalb des Bundesvorstandes noch weithin ungebrochen[41] und hatte beispielsweise im Berliner Landesverband dazu geführt, daß er einen Mißtrauensantrag gegen *Middelhauve* einreichte.[42] Verantwortlich hierfür war nicht zuletzt die fortdauernde Diskussion um *Achenbach*, der zwar auf Veranlassung von *Middelhauve* am 1. Mai 1953 die Verteidigung *Naumanns* niedergelegt hatte[43], der aber nicht bereit war, aus dem Landesvorstand der FDP in Nordrhein-Westfalen auszuscheiden[44], und zwischenzeitlich seine Kandidatur für die Bundestagswahl 1953 angekündigt hatte.[45] Dies gab dem Bundesvorstand Veranlassung, Ende Mai 1953 die Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen *Achenbach* zu beschließen.[46]

Am 7. Juni 1953 gab endlich der Dreier-Ausschuß seinen Bericht vor dem Bundesvorstand. Wichtigster Teil dieses Berichtes waren die sogenannten Schlußfolgerungen. In ihrer Präambel hieß es, daß der Landesverband Nordrhein-Westfalen nicht „unterwandert" sei und kein „führendes Mitglied" der FDP „eine belastende Verbindung zum Naumann-Kreis unterhalten" habe.[47] Darauf folgten vier Punkte. Punkt 1 betraf *Achenbach*, der „der Gesamtpartei durch sein Verhalten schwer geschadet", „nach seiner Grundhaltung" niemals zur FDP gehört habe und dessen Ausscheiden aus der FDP daher „unabweis-

36 Ebd., S. 965 f.
37 Nr. 32, S. 1020.
38 Ebd., S. 1019–1024.
39 Ebd., S. 1023.
40 Nr. 31, Anm. 18, S. 1009.
41 Zum Mißtrauen innerhalb des Bundesvorstandes z. B. die Äußerungen von *Dehler* und Herta *Ilk*, Nr. 32, S. 1023–1026.
42 Nr. 31, Anm. 19, S. 1012.
43 Nr. 32 mit Anm. 21, S. 1032.
44 Ebd., S. 1032.
45 Ebd., S. 1031 ff.
46 Ebd., S. 1034.
47 Nr. 33, Anm. 17, S. 1046.

lich" sei.[48] Punkt 2 bezog sich auf *Middelhauve,* dem attestiert wurde, „durch sein Verhalten eine Gefahr für den Bestand und das Ansehen" der FDP geworden zu sein, wobei ihm allerdings „der gute Glaube" nicht abgesprochen wurde.[49] Punkt 3 behandelte den Fall *Döring,* demgegenüber der „Verdacht" erhoben wurde, daß er es „an der erforderlichen Loyalität gegenüber dem Landesvorstand und an Aufrichtigkeit in seinen Angaben" habe fehlen lassen. Der Landesverband erhielt den Auftrag, dieses „Verhalten zu würdigen".[50] Punkt 4 setzte sich mit *Diewerge, Drewitz* und dem Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle Walter *Brand* auseinander, an deren Adresse der Vorwurf gerichtet war, „schwer gegen die Grundsätze der FDP verstoßen" zu haben. Sie seien daher aus der Partei „auszuschließen" und ihre hauptamtliche Tätigkeit – soweit noch nicht geschehen – für die Partei zu „beendigen".[51]

In der Debatte über die Schlußfolgerungen standen insbesondere die Präambel sowie die Fälle *Achenbach* und *Middelhauve* im Mittelpunkt. Während *Rubin* als Sprecher des Landesverbandes von Nordrhein-Westfalen für eine Abmilderung gewisser Formulierungen eintrat, votierte eine ganze Reihe von Vorstandsmitgliedern für eine Verschärfung, insbesondere in bezug auf *Middelhauve,* dessen Rücktritt als stellvertretender Parteivorsitzender wiederholt gefordert wurde. Nach heftiger und teilweise auch persönlich verletzend geführter Diskussion einigte sich der Bundesvorstand auf eine Neufassung der Schlußfolgerungen, die den eine Zeitlang drohenden Bruch zwischen Bundespartei und nordrhein-westfälischem Landesverband verhinderten.

Nunmehr hieß es in der Präambel, daß die FDP nicht „unterwandert" und die „vereinzelt festgestellten Versuche gescheitert" seien.[52] Punkt 1 lautete jetzt, *Achenbach* habe „der Gesamtpartei durch sein Verhalten schwer geschadet", so daß vom Bundesvorstand „das Verfahren auf Ausschluß" aus der Partei beschlossen worden sei.[53] Eine weitgehende Veränderung erfuhr Punkt 2, in dem *Middelhauve* und seinem Landesverband bescheinigt wurden, daß sie „in ihrer Bereitschaft, ehemalige Nationalsozialisten zur Mitarbeit an dem demokratischen Rechtsstaat heranzuziehen, durch untreue Kräfte in einigen Fällen getäuscht und in einem Falle schwer mißbraucht worden" seien. Dies habe zu „Gefahren für das politische Ansehen der Partei" geführt. Der Bundesvorstand machte daher dem Landesvorstand eine „scharfe Wahrnehmung der Aufsicht [. . .] zur Pflicht".[54] Auch *Döring* kam nun besser weg, da der neue Text des Punktes 3 nur noch einen „Zweifel" anmeldete, „ob der Hauptgeschäftsführer [. . .] die erforderliche Loyalität gegenüber dem Landesverband und Aufrichtigkeit in seinen Angaben bewiesen" habe. Auch in diesem Fall wurde der Landesvorstand verpflichtet, „sehr gründlich zu prüfen und etwa notwen-

48 Ebd., Anm. 12, S. 1045.
49 Ebd., Anm. 2, S. 1036.
50 Ebd., Anm. 15, S. 1046.
51 Ebd., Anm. 16, S. 1046.
52 Ebd., S. 1073.
53 Ebd., S. 1065.
54 Ebd., S. 1069 f.

dige Folgen zu ziehen".[55] In den Kreis der unter Punkt 4 behandelten Personen war nunmehr auch noch der Name des Außengeschäftsführers *Mertens* aufgenommen worden[56], während die Erwähnung *Zoglmanns*, die verschiedentlich verlangt wurde, unterblieb.[57]

Aber auch nach dieser Bundesvorstandssitzung sorgte *Middelhauve* selbst dafür, daß die innerparteiliche Kritik an seinem Verhalten neue Nahrung erhielt. Am 13. Juni 1957 nahm er in einer Rede vor Jungdemokraten in Limburg *Achenbach* in Schutz, indem er ausrief: „*Achenbach* ist ein Demokrat, ist ein liberaler Demokrat und kommt aus einem Vaterhaus, in dem die liberale Demokratie ihre Heimat schon seit Jahren hatte." Die Partei ermahnte *Middelhauve*, die Angelegenheit *Achenbach* mit „Lauterkeit", „Loyalität", „Verantwortungsbewußtsein" und „Anstandsgefühl" zu klären und sich nicht durch „irgendwelche Ressentiments" dabei leiten zu lassen.[58] Als diese Ausführungen am 27. Juni 1953 im Bundesvorstand zur Sprache kamen, zeigten sich insbesondere *Schwennicke* und *Rademacher* erbost, die die Mißtrauensanträge ihrer Landesverbände gegen *Middelhauve* mit Hinweisen auf die Limburger Rede begründeten.[59] Zum Ehrengerichtsverfahren gegen *Achenbach* wußte *Middelhauve* dem Bundesvorstand nur mitzuteilen, daß es angelaufen sei.[60] Die Frage von *Achenbachs* Bundestagskandidatur stand immer noch offen, wobei *Blücher* aber deutlich machte, daß er „weder vor noch hinter *Achenbach* auf irgendeiner Liste kandidieren" werde.[61] Wenn es trotz dieser fortbestehenden Mißhelligkeiten auf dem Lübecker Parteitag noch zu einer Einigung kam[62], so sicherlich vor allem deshalb, weil der Landesverband Nordrhein-Westfalen am 21. Juni 1953 einen außerordentlichen Landesparteitag abgehalten hatte, dessen Ergebnisse als der „Beginn einer auf gegenseitigem Vertrauen begründeten Zusammenarbeit" gewertet werden konnten.[63]

Das Problem *Achenbach* beschäftigte den Bundesvorstand noch einmal Ende Juli 1953. Zu diesem Zeitpunkt lag der Beschluß des Landesvorstandes von Nordrhein-Westfalen vor, daß er angesichts des Urteiles des Landesehrenrates „Voraussetzungen für einen Ausschluß" *Achenbachs* nicht mehr für gegeben erachtete. Allerdings hatte der Landesvorstand auch beschlossen, *Achenbach* „im Interesse der Beruhigung in der Partei" aufzufordern, seine Ämter vorläufig nicht wahrzunehmen.[64] *Achenbach* hingegen war mittlerweile als Direktkandidat in einem Essener Wahlkreis für die Bundestagswahl nominiert worden[65] und hatte zu erkennen gegeben, daß er nicht bereit sein würde, hierauf

55 Ebd., S. 1070.
56 Ebd., S. 1072 f.
57 Ebd., S. 1070 ff.
58 Nr. 34, Anm. 7, S. 1086.
59 Ebd., S. 1085 ff.
60 Ebd., S. 1087.
61 Ebd., S. 1088.
62 Siehe o. S. LVII f.
63 So *Blücher* in Nr. 34, S. 1082. Zu den Beschlüssen des Parteitages ebd., Anm. 3.
64 Nr. 35, Anm. 3, S. 1101.
65 Ebd., S. 1099.

zu verzichten.[66] Eine entsprechende Einflußnahme auf *Achenbach* hielt der Landesvorstand für „unzulässig", und er sah auch „keine Möglichkeit einer eigenen Stellungnahme zu einer etwaigen Kandidatur *Achenbachs* auf der Landesliste".[67]

Im Bundesvorstand riefen diese Entscheidungen heftige Reaktionen hervor. *Blücher* nannte *Achenbachs* Verhalten „parteischädigend"[68] und kündigte bei einer Nominierung *Achenbachs* auf der Landesliste seinen Verzicht auf ein Bundestagsmandat an.[69] Auch *Dehler* und *Günzel* griffen *Achenbach* scharf an[70], und letzterer monierte die fehlende Distanzierung des nordrhein-westfälischen Landesvorstandes von *Achenbach*.[71] *Middelhauve* nahm *Achenbach* aber weiterhin in Schutz[72] und sprach sich lediglich gegen seine Kandidatur auf der Landesliste aus.[73] An der Haltung der Vertreter aus Nordrhein-Westfalen war deutlich zu erkennen, daß inzwischen der Haftbefehl gegen *Naumann* aufgehoben war, da kein „dringender Verdacht" gegen ihn mehr bestand.[74] Von dieser Seite wurde daher wieder die Kritik am Vorgehen der Briten aufgenommen, das *Weyer* als „systematischen Versuch" wertete, „die Aufwärtsentwicklung der FDP zu hemmen".[75] Hierauf ging der Bundesvorstand jedoch nicht ein. Zum Fall *Achenbach* faßte er abschließend den Beschluß, daß er dessen Kandidatur auf der Landesliste von Nordrhein-Westfalen in der Bundestagswahl nicht für vereinbar mit den Interessen der Partei halte.[76] Das Ende der Angelegenheit *Achenbach* und damit auch der Naumann-Affäre für die FDP kam wenige Tage später, als *Achenbach* auf der nordrhein-westfälischen Landesliste für die Bundestagswahl von 1953 keine Berücksichtigung fand.[77]

Die Auswirkungen der Naumann-Affäre auf die FDP betrafen von Beginn an neben dem Landesverband Nordrhein-Westfalen auch den Landesverband Niedersachsen, wobei die innerparteiliche Kritik an den Verhältnissen in Niedersachsen schon früher eingesetzt hatte als im Fall von Nordrhein-Westfalen. Bereits im Sommer 1951 hatte der Landesverband Hamburg eine Beschwerde gegen Niedersachsen eingelegt, die sich darauf bezog, daß „von der FDP Fäden zur SRP gingen" und daß sich die niedersächsische Verbandsgeschäftsführung „zum großen Teil aus ehemaligen führenden Mitgliedern der NSDAP bzw. deren Gliederungen" rekrutierte. Dabei konzentrierte sich die Kritik in diesem Punkt auf den Geschäftsführer des niedersächsischen Landesverbandes, Horst *Huisgen*, einen ehemaligen NS-Reichstagsabgeordneten und HJ-Ge-

66 Ebd., S. 1105 f.
67 Wie Anm. 64.
68 Ebd., S. 1107.
69 Ebd., S. 1103.
70 Ebd., S. 1103 ff. und S. 1108 f.
71 Ebd., S. 1100.
72 Ebd., S. 1113 f.
73 Ebd., S. 1113.
74 Ebd., Anm. 2, S. 1099 f.
75 Ebd., S. 1108.
76 Ebd., S. 1119 f.
77 Ebd., Anm. 14, S. 1120.

bietsführer.[78] In einer Diskussion, die im Juli 1952 im FDP-Bundesvorstand geführt wurde, wies der stellvertretende Landesvorsitzende von Niedersachsen, Winfried *Hedergott,* zwar alle Vorhaltungen zurück, daß sein Landesverband in der Auseinandersetzung mit der SRP nach rechts „abrutschen" könne.[79] Das bereits erwähnte Interview Horst *Huisgens* aus dem November 1952[80] strafte *Hedergott* jedoch Lügen und war ein untrüglicher Beleg für starke „Rechtstendenzen" im niedersächsischen Landesverband.

Als *Dehler* im Bundesvorstand Ende April 1953 über das dem Dreier-Ausschuß vorliegende Material zur Naumann-Affäre berichtete[81], kam er auch auf Niedersachsen zu sprechen. In diesem Zusammenhang verwies er auf ein Treffen *Huisgens* und des Landesgeschäftsführers Horst *Freiberger* mit *Naumann* und zweien seiner Leute im Mai 1952[82]; auf einen Brief *Huisgens* an das Mitglied des Naumann-Kreises Karl *Kaufmann* vom selben Monat mit Informationen über interne Vorgänge der FDP[83]; auf eine Zusammenkunft *Naumanns* mit *Stegner* im Juni 1952[84]; schließlich auf ein Telefongespräch *Huisgens* mit *Naumann* im Beisein von *Stegner* von Anfang Juni 1952, in dem *Huisgen Naumann* um einen Personalvorschlag für einen Pressereferenten gebeten haben sollte.[85] *Stegner* und *Onnen* dementierten, von dem Brief gewußt zu haben[86], und ersterer erklärte, daß in der Landesorganisation von Niedersachsen kein Mitarbeiter beschäftigt sei, den *Naumann* empfohlen habe.[87] Die Treffen mit *Naumann* wurden bestätigt, aber von *Stegner* und *Onnen* darauf hingewiesen, daß es sich hierbei um ein „Abtasten" gehandelt habe[88] und daß es darum gegangen sei, „diese Leute zur Rede zu stellen".[89] Am Kurs des Landesverbandes Niedersachsen gab es nach den Worten *Stegners* keinen Zweifel. „Wir haben eine Politik getrieben" – so *Stegner* –, „die von der Gesamtlinie der FDP nicht abweicht."[90]

Daß hierüber innerhalb des Landesverbandes von Niedersachsen allerdings unterschiedliche Auffassungen bestanden und das Verhalten *Stegners* in der Naumann-Affäre anders gewertet wurde, als es der Landesparteivorsitzende getan hatte, zeigte sich, als der Bezirksverband Groß-Hannover am 26. Mai 1953 ein Parteiausschlußverfahren gegen *Stegner* beantragte[91], das der niedersächsische FDP-Landtagsabgeordnete Bruno *Schröder* wenig später in der Öffentlichkeit damit begründete, „man habe mit großer Besorgnis eine Unter-

78 Nr. 25 a, Anm. 31, S. 624.
79 Nr. 19, S. 378.
80 Siehe oben S. XXXVIII.
81 Siehe oben S. LXI.
82 Nr. 30, S. 914.
83 Ebd., S. 918.
84 Ebd., S. 914.
85 Ebd., S. 919.
86 Ebd., S. 922.
87 Ebd., S. 921.
88 Ebd., S. 922.
89 Ebd., S. 921 f.
90 Ebd., S. 922.
91 Nr. 33, Anm. 10, S. 1043.

wanderung der FDP von ehemaligen führenden Nationalsozialisten in die Spitzenfunktionen des Landesverbandes beobachtet", die nach Ansicht *Schröders* von *Stegner* „gutgeheißen" werde.[92] Innerhalb des Bundesvorstandes warf sich nunmehr *Dehler* zum Sprecher der gegen den Landesverband erhobenen Anschuldigungen auf[93], die *Stegner* und *Onnen* mit dem Argument zurückwiesen, daß eine gründliche Untersuchung der Vorgänge notwendig sei.[94]

Der Bundesvorstand ließ zunächst die niedersächsische Angelegenheit weitertreiben und tat von seiner Seite erst einmal nichts, um sich in dieser Frage kundig zu machen, obwohl es zwischenzeitlich zur Abspaltung einer Oppositionsgruppe in Hannover gekommen war, der sich auch zwei Landtagsabgeordnete anschlossen. Diese Gruppierung gab sich den Namen „Liberaler Bund".[95] Seine Bildung wurde deshalb für notwendig gehalten, um auf diesem Weg die Opposition „im Rahmen des Landesverbandes Niedersachsen nach außen sichtbar und spürbar zu machen".[96] Unterstützung fand der „Liberale Bund" bei einer Reihe weiterer Landtagsabgeordneter, die in der FDP verblieben, aber wie die Mitglieder des „Liberalen Bundes" „restaurative Tendenzen" im niedersächsischen Landesverband beklagten.[97]

Erst Ende November 1953, als der niedersächsische Landesverband in eine Finanzkrise beträchtlichen Ausmaßes hineingeschlittert war, die nur mit Unterstützung des Bundesvorstandes behoben werden konnte[98], forderte *Rademacher*, „daß gleichzeitig mit einer finanziellen Bereinigung [. . .] auch die politische Seite zum Abschluß" kommen müsse.[99] Der Bundesvorstand setzte daher eine Kommission ein, der Hermann *Schäfer*, *Middelhauve* und der stellvertretende Berliner Landesvorsitzende Alfred *Günzel* als Mitglieder angehörten, die mit der „politischen Klärung" und „Konsolidierung" in Niedersachsen beauftragt wurde.[100]

Als am 5. Dezember 1953 die Vorstandskommission in Hannover mit den verschiedenen Lagern in Niedersachsen verhandelte, standen die Aktien für *Stegner* und *Onnen* schon deswegen nicht mehr besonders gut, weil Zeugenaussagen vorlagen, nach denen besagter Brief von *Huisgen* an *Kaufmann* auf Geheiß und Druck von *Stegner* und *Onnen* geschrieben worden sei.[101] *Stegner* dementierte dies zwar heftig[102], empfand seine Position aber auch aufgrund des finanziellen Desasters als so angeschlagen, daß er in den Gesprächen mit der Vorstandskommission seinen Rücktritt vom Parteivorsitz ankündigte.[103]

92 Ebd., Anm. 33, S. 1078.
93 Nr. 32, S. 1022 f., und Nr. 33, S. 1043 f. und S. 1077 f.
94 Nr. 33, S. 1043 f. und S. 1078.
95 Nr. 39, S. 1280 ff.
96 Ebd., S. 1281.
97 Ebd., S. 1283.
98 Siehe oben S. XXXII.
99 Nr. 38, S. 1220 f.
100 Ebd., S. 1228 f.
101 Nr. 39, S. 1263 und S. 1284.
102 Ebd., S. 1289.
103 Ebd., S. 1283.

Diese Ankündigung verband er im Bundesvorstand Ende Dezember 1953 mit heftigen Ausfällen gegen *Huisgen,* den er bezichtigte, für die Fehlentwicklungen in Niedersachsen vor allem verantwortlich gewesen zu sein, denn er – *Stegner* – habe sich in seiner „fünfjährigen Tätigkeit als Landesverbandsvorsitzender nichts vorzuwerfen, nicht politisch und nicht finanziell".[104] Dies wurde – soweit es *Stegner* betraf – vom Bundesvorstand allerdings anders gesehen, hingegen stimmte er in der negativen Bewertung über *Huisgen* mit *Stegner* überein. Um ihm den Weg an die Parteispitze und in den Landesvorstand zu verbauen, einigte sich die Bundesvorstandskommission mit den Vertretern Niedersachsens auf das Prinzip, daß hinfort dem Landesvorstand „niemand mehr angehören soll, der beruflich innerhalb der Partei tätig ist".[105] Dem am 17. Januar 1954 neugewählten niedersächsischen Landesvorstand gehörten *Stegner,* der drei Tage zuvor aus der FDP ausgetreten war, *Onnen* und *Huisgen* nicht bzw. nicht mehr an.[106] Vorsitzender wurde Julius *Strömer,* dessen Wahl *Dehler* in der Öffentlichkeit mit den Worten kommentierte, er sei „überzeugt, daß unter der Führung *Strömers* irgendwelche Rückfälle in die bedauerlichen Übungen der Vergangenheit nicht zu befürchten" seien.[107]

104 Ebd., S. 1288 f.
105 Ebd., S. 1294.
106 Vgl. H. G. MARTEN, 1978, S. 303.
107 Nr. 41 a, Anm. 2, S. 1383.

D. Positionen und Probleme der FDP in der Bundespolitik

1. Im Wirtschaftsrat und Parlamentarischen Rat

Vorgänge im Frankfurter Wirtschaftsrat haben den FDP-Bundesvorstand nur in zwei Sitzungen beschäftigt. Das erste Mal geschah dies am 11. März 1949, als *Blücher* zu einer „Besprechung der politischen Lage" nach Frankfurt am Main eingeladen hatte. Dabei begann *Blücher* seine Ausführungen bezeichnenderweise mit der Feststellung, daß eine „Frontstellung zur SPD" notwendig sei, gegen die man „mit Schärfe" den Wahlkampf zum Bundestag führen müsse. *Blücher* begründete seinen Standpunkt damit, daß bei den Sozialdemokraten eine „Neigung zu kommunistischer Politik" und zum „Staatskapitalismus" bestehe, was *Blücher* mit Hinweisen auf einige in Frankfurt zur Beratung anstehende Gesetzentwürfe zu belegen versuchte.[1]

Wie sehr *Blücher* die politische Arbeit in Frankfurt unter den Auspizien der weiteren Entwicklung der Parteienkonstellation beurteilte, erhellt das Protokoll der Bundesvorstandssitzung von Anfang April 1949. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich *Blücher* mit Sorge über eine von ihm und *Becker* konstatierte „überraschende Schwenkung der SPD auf die CDU hin", die er am Verhalten dieser Parteien bei der Behandlung des Sozialversicherungsanpassungsgesetzes und des Lastenausgleichsgesetzes festmachen zu können glaubte. Den Lastenausgleich denunzierte *Blücher* als „politisches Machtinstrument der SPD", und der CDU bescheinigte er die „absolute Bündnisunfähigkeit". Angesichts dieser Konstellation erschien die Situation für die FDP für ihren stellvertretenden Vorsitzenden als äußerst problematisch, wohingegen *Euler* keinen Grund zur Dramatisierung sah, da er zwischen SPD und CDU „erhebliche Unterschiede" ausmachte und „die Gefahr eines Kompromisses zwischen beiden erst dann für gegeben" hielt, wenn die FDP nicht mehr wachse.[2]

Unzufriedenheit mit der CDU wurde im FDP-Bundesvorstand auch wiederholt geäußert, als er sich mit der Arbeit des Parlamentarischen Rates befaßte, dem er insgesamt erheblich größere Aufmerksamkeit zuwandte als dem Frankfurter Wirtschaftsrat. In einem ausführlichen Bericht, den *Dehler* dem Bundesvorstand in seiner ersten Sitzung Mitte Februar 1949 über die Lage im Parlamentarischen Rat erstattete, legte er die Verzögerung der Grundgesetzberatung der Union zur Last, der er weiterhin unterstellte, mit „übertriebenen föderalistischen Forderungen" und der Einbeziehung „der Ansprüche der Kirche" „ausgesprochene Parteiprogrammatik" in die Diskussion gebracht zu ha-

1 Nr. 2, S. 28 f.
2 Nr. 3, S. 36 f.

ben.[3] Wenig freundlich fiel ebenfalls das Urteil aus, das *Dehler* in der zweiten Bundesvorstandssitzung am 11. März 1949 über die Arbeit der Union im Parlamentarischen Rat fällte, als er ihr „Haltlosigkeit" vorwarf.[4]

Der Ärger der Liberalen über die Union erscheint deshalb verständlich, weil sie für die Verzögerungen bei der Verabschiedung des Grundgesetzes, für die Einbringung der als überzogen empfundenen Forderungen der Kirche (Elternrecht, Religionsunterricht in den Schulen, Konkordatsfrage) und für die ausgeprägte föderalistische Struktur des Verfassungsentwurfs („stärker betont als in der Weimarer Verfassung") verantwortlich gemacht wurde und dies die Komplexe waren, denen die FDP mit mehr oder weniger Vorbehalt gegenüberstand. Allerdings gab es nach *Dehlers* Bericht vor dem Bundesvorstand im Februar 1949 auch Positives über die Arbeit des Parlamentarischen Rates zu berichten, so die hauptsächlich von *Höpker Aschoff* durchgesetzte Bundesfinanzverwaltung, die *Dehler* als so wichtig einschätzte, daß „alle anderen Probleme des föderalen Staates [. . .] dahinter zurücktreten" würden.[5]

In diesem Punkt fand *Dehler* auch die Zustimmung von Friedrich *Middelhauve*, der jedoch ansonsten die Arbeit der FDP-Fraktion im Parlamentarischen Rat einer scharfen Kritik unterzog. Der im Grundgesetzentwurf vorgesehene föderalistische Aufbau war für *Middelhauve* unakzeptabel; das Scheitern des von *Dehler* und *Becker* eingebrachten Antrages auf Verankerung eines Präsidialsystems bedauerte der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende, da für ihn das konstruktive Mißtrauensvotum als Stabilisierungsinstrument für die Regierung nicht genügend erschien; und bezüglich des Elternrechts hatte er zu bemängeln, daß die FDP-Fraktion ihren gegenüber den Forderungen der Kirche ablehnenden Standpunkt nicht genügend kundgetan hatte. Insgesamt betrachtet war nach *Middelhauve* der Hauptfehler der ganzen Angelegenheit darin zu suchen, daß man die anfängliche Absicht nicht durchgehalten habe, nur ein Provisorium zu schaffen. Für ihn stand nämlich fest, daß „man nicht auf solche Gegensätze herausgekommen" wäre, „wenn man ein Grundgesetz geformt hätte, das nur den Rahmen hätte bilden sollen".[6]

Die anschließende Debatte erbrachte keine Übereinstimmung der Auffassungen und Beurteilungen. *Höpker Aschoff* gestand zwar zu, daß der vorliegende Grundgesetzentwurf gegenüber der Weimarer Verfassung „einen Rückschritt in der Frage des Föderalismus" bringe, daß jedoch zur Bewertung des Ganzen die Aufrechterhaltung der Bundesfinanzverwaltung „entscheidend" sei und im übrigen alle Bestimmungen des Grundgesetzes unter dem übergeordneten Gesichtspunkt gesehen werden müßten, daß „unter allen Umständen" schleunigst eine Regierung gebildet werden müsse, da sonst die Zustände „untragbar" würden.[7] Auch *Dehler* meinte, der „föderative Charakter, wie er in der Verfassung zum Ausdruck gekommen sei, könne schon vertragen wer-

3 Nr. 1, S. 18 f.
4 Nr. 2, S. 30.
5 Nr. 1, S. 17–22, Zitate S. 19 und S. 20.
6 Ebd., S. 22 f., Zitat S. 22.
7 Ebd., S. 24 f.

den", und er warnte vor einer „Opposition aus Grundsatz" und beschwor den „Kompromiß", für den nach seiner Meinung insbesondere die FDP zu sorgen hatte, indem sie CDU und SPD zusammenbrachte.[8] Damit vermochte er allerdings *Middelhauve* nicht umzustimmen, der eine föderalistische Struktur für den neuen Staat überhaupt ablehnte, da ein solcher Staat „in einem föderalistischen Europa Unsinn" sei.[9] Nicht viel anders dachte *Oellers,* der zu bedenken gab, „ob man nicht eine zu große Verantwortung auf sich lade, wenn man diesem Bundesrat zustimme".[10]

Einen Monat später, nachdem die Einwände der Alliierten gegen den Grundgesetzentwurf vorlagen, hatten sich die Fronten im Bundesvorstand kaum verschoben. *Blücher* und *Wildermuth* drängten auf einen schnellen Abschluß in Bonn, den auch *Höpker Aschoff* durch einen Kompromiß mit den anderen Parteien zu erreichen hoffte. *Middelhauve* dagegen lehnte weiterhin eine „unbedingte Zustimmung zur Verfassung" ab und fand hierfür nunmehr die Unterstützung *Dehlers,* der sich gegen einen „Erfolg in Bonn um jeden Preis" aussprach und insbesondere die Beschränkung der Vorranggesetzgebung des Bundes nicht hinzunehmen gedachte.[11] *Middelhauve, Oellers* und *Stegner* vertraten schließlich die Devise: „Bis hierher und nicht weiter."[12] Dieser Standpunkt wurde in einen Resolutionsentwurf *Eulers* aufgenommen, in dem es am Schluß hieß, daß die FDP „eine Verfassung auf der Grundlage der vorerwähnten Vorschläge nicht für annehmbar" halte.[13] Ein Gegenentwurf *Blüchers* war weniger apodiktisch gehalten und stellte die Zustimmung der FDP zum Grundgesetz in Aussicht, sofern „ausreichende Befugnisse auf dem Gebiete der Gesetzgebung zur Finanzhoheit" enthalten seien.[14]

Anfang April 1949 einigte sich der Bundesvorstand auf eine Entschließung, die die „baldige erfolgreiche Verabschiedung des Grundgesetzes" als „eine zwingende politische Notwendigkeit" bezeichnete, „Bemühungen" der FDP in Aussicht stellte, eine Verabschiedung des Grundgesetzes „in Einmütigkeit" zu erreichen, sofern „die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland und die Einheit von Recht und Wirtschaft [nicht] in Frage gestellt" würden, und die schließlich gegenüber den Besatzungsmächten eine „demokratische Legitimation" des Grundgesetzes anmahnte.[15]

Mit Erleichterung nahm der Bundesvorstand am 26. April 1949 von dem Verzicht der Alliierten auf ihre Änderungswünsche von Anfang März 1949 Kenntnis, da nunmehr, wie *Heuss* betonte, „das Grundgesetz als solches [. . .] mit großer Mehrheit zur Annahme kommen" werde. Allerdings gab es auch zu diesem Zeitpunkt bei einem Teil der FDP-Vorstandsmitglieder noch schwerwiegende Vorbehalte gegen das Grundgesetz, so daß *Blücher, Euler, Middel-*

8 Ebd., S. 26.
9 Ebd., S. 25.
10 Ebd.
11 Nr. 2, S. 30.
12 Ebd., S. 32.
13 Ebd., Anm. 42, S. 32.
14 Ebd., Anm. 43, S. 32 f.
15 Nr. 3, S. 36.

hauve und *Stegner* mit ihrer Zustimmung sogleich die Forderung verbanden, in Zukunft „eine revisionsrechtliche Linie" einzuschlagen und zu versuchen, „nach Ablauf der ersten Legislaturperiode (vier Jahre) eine Gesamtrevision der Verfassung durchzusetzen". Hierzu erhielten sie die Zustimmung des Bundesvorstandes, obwohl *Schäfer, Dehler* und *Höpker Aschoff* „vor einer allzuscharfen und allzufrühen Kritik" warnten und auch *Heuss* das Positivum der Verabschiedung des Grundgesetzes hervorhob.[16]

Gegenüber dieser Grundsatzfrage der Bewertung des Grundgesetzes als Ganzes kommt den ebenfalls geäußerten Wünschen auf Änderung von Einzelbestimmungen weniger Relevanz zu, und sie dürfen hier vernachlässigt werden. Es verdient jedoch darauf hingewiesen zu werden, daß der Bundesvorstand nach der Verabschiedung nochmals die Spezialfrage der Bundesflagge aufgriff und ausführlich diskutierte.[17] Das anschließend verabschiedete Memorandum, in dem die Farben schwarz-rot-gold als „Fahne des neuen Deutschland" anerkannt, zugleich aber hinzugefügt wurde, daß die FDP der „schwarz-weiß-roten Fahne [. . .] immer ein ehrfurchtvolles Gedenken bewahren" werde, muß als Indiz dafür gewertet werden, daß Teile der FDP dem Grundgesetz bzw. bestimmten Teilen von ihm immer noch mit einer spürbaren Reserve gegenüberstanden.[18]

2. Bestrebungen zur Reform des Grundgesetzes

Die Frage einer Revision des Grundgesetzes brachte *Haußmann* erstmals im November 1949 im Zusammenhang einer Erörterung über die Versuche des Bundesrates, sich in die Außenpolitik einzuschalten, in die Diskussion. Übereinstimmend rieten *Blücher, Schäfer* und *Dehler,* der selbst im Grundsatz eine Grundgesetzänderung in bezug auf den Bundesrat befürwortete, jedoch davon ab, in dieser Angelegenheit aktiv zu werden. Sie plädierten dafür, „abzuwarten und die Dinge reifen zu lassen": Nach ihrer Auffassung mußte der Staat sich erst einmal bewähren, bevor „Änderungen am Grundgesetz durchgeführt werden" konnten.[1]

Erst knapp zwei Jahre später hielt *Blücher* den Zeitpunkt für gekommen, das Problem der Verfassungsrevision aufzugreifen. In Verbindung mit Debatten über die Frage der Länderneugliederung stellte er im Bundesvorstand während des Münchener Parteitages fest, daß man an der „Grundsatzfrage zur Verfassungsentwicklung schlechthin" nicht vorbeikomme.[2] Sowohl zur Neugliederung der Bundesländer als auch zur Verfassungsrevision lagen zu diesem Zeitpunkt Änderungsanträge aus der Partei vor[3], so daß eine Stellungnahme

16 Nr. 4, S. 39–42.
17 Nr. 5 b, S. 53 f.
18 Nr. 5 c, Anm. 5, S. 58.
1 Nr. 6, S. 77.
2 Nr. 14 a, S. 250.
3 Allein zur Verfassungsrevision nach *Middelhauve* 35, ebd., S. 252.

des Bundesvorstandes nicht zu umgehen war. Dabei bestanden gegen konkrete Vorschläge für eine Neugliederung erhebliche Bedenken auf nahezu allen Seiten, weil die unterschiedliche Interessenlage der einzelnen Landesverbände keine Chancen für eine einheitliche Meinungsbildung eröffnete. Im Gegensatz hierzu gestaltete sich die Diskussion über die Verfassungsrevision kontroverser, da vor allem *Middelhauve* auf eine schleunige Revision drängte. „Das Problem ist aktuell", ließ er am 19. September 1951 verlauten, „weil wir jeden Tag in den Fangarmen dieses Grundgesetzes stolpern und auf der Nase liegen."[4] Nicht viel anders fiel die Bewertung *Blüchers* aus, der den Untergang der FDP voraussagte, „wenn wir nicht binnen zwei Jahren eine ganz wesentliche Umgestaltung des Grundgesetzes erreichen".[5] Dabei bezogen sich *Blüchers* Revisionsabsichten vor allem auf die „Bundeskanzlergewalt", deren Konstruktion im Grundgesetz nach seiner Auffassung das „Zweiparteiensystem zwingend" machte.[6]

Gegen diese Bewertungen bezogen vor allem *Dehler* und *Wildermuth* Stellung, von denen der eine auch in *Adenauers* Kanzlerdemokratie Aktionsmöglichkeiten für die FDP sah[7] und der andere eine Verfassungsrevision als „nicht akut" erachtete.[8] *Dehler* setzte statt dessen auf die „Kraft der Entwicklung"[9], und *Wildermuth* hoffte auf die Zukunft, in der der „Moment" für eine Grundgesetzrevision kommen werde.[10]

Zur Überbrückung des innerparteilichen Dissenses in dieser Frage und zur Vorbereitung der Länderneugliederung und der Verfassungsrevision einigte sich der Bundesvorstand auf die Einsetzung einer Verfassungskommission.[11] Als ihre wichtigsten Aufgaben bezeichnete eine Parteitagsresolution die Erarbeitung einer „Grundlage für eine sinnvolle Weiterentwicklung des Grundgesetzes unter Berücksichtigung der bisher gemachten Erfahrungen und der dabei zutage getretenen Mängel" sowie die Prüfung von Vorschlägen für eine Neugliederung des Bundesgebietes.[12]

Die Erwartung, daß mit der Einsetzung dieser Kommission die Diskussion über die Neugliederung und die Verfassungsrevision forciert würde, erfüllte sich nicht. Der Bundesvorstand bestätigte zwar in seiner Sitzung im Januar 1952 seine in München eingenommene Haltung, indem er beschloß, „in Zusammenarbeit mit Verfassungswissenschaftlern [...] das Funktionieren des Bonner Grundgesetzes einer eingehenden Prüfung [zu] unterziehen und dabei fest[zu]stellen, wie weit etwaige Verfassungsänderungen im Interesse des Staatsaufbaus liegen". Zugleich ließ der Bundesvorstand jedoch erkennen, daß er in dieser Frage einen vorsichtigen Kurs zu steuern wünschte, als er sich zu

4 Ebd.
5 Ebd., S. 253.
6 Nr. 14 b, S. 265.
7 Ebd., S. 265 f.
8 Nr. 14 a, S. 252.
9 Ebd., S. 251.
10 Ebd., S. 252.
11 Nr. 14 b, S. 268–272.
12 Ebd., Anm. 11, S. 268.

der Ansicht bekannte, „daß im Sinne einer weitgehenden Stabilität des Grundgesetzes erst alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten ausgeschöpft werden müßten, ehe man an Verfassungsänderungen herangehe".[13]

Es ist nicht sicher, ob die Verfassungskommission jemals in Aktion getreten ist. In den überlieferten Bundesvorstandsprotokollen findet sich jedenfalls kein Hinweis mehr auf sie. Überhaupt scheint das Interesse an einer Verfassungsrevision innerhalb der FDP sehr schnell abhanden gekommen zu sein, denn eine Diskussion hierüber hat es im Bundesvorstand nach dem Januar 1952 nicht mehr gegeben. Erst Anfang 1954 kam Karl *Hepp* noch einmal auf dieses Thema zu sprechen. Unter Aufgriff der Argumentation *Blüchers* aus dem Jahre 1951 begründete er den starken Stimmenzuwachs für die CDU in der Bundestagswahl von 1953 u. a. mit der Kanzlerkonstruktion des Grundgesetzes, die der FDP ungemein geschadet habe.[14] Diese Wortmeldung *Hepps* blieb jedoch ohne Resonanz bei seinen Vorstandskollegen, für die eine Verfassungsrevision offensichtlich kein Thema mehr war.

3. Mitarbeit und Schwierigkeiten in der Bonner Koalition

Die Beteiligung der FDP an der von *Adenauer* im September 1949 gebildeten Koalitionsregierung stand für weite Kreise der Liberalen nie zur Debatte. Allerdings wurde die Entscheidung für diese Politik im Bundesvorstand zumeist mit Hinweisen auf die SPD, die von der Beteiligung an der Bundesregierung auszuschließen war, begründet. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang nicht nur auf die am Anfang des vorigen Abschnittes wiedergegebene Äußerung von *Blücher* aus dem März 1949[1], sondern auch auf einen Diskussionsbeitrag Ernst *Mayers* vom 7. Juni 1949, mit dem er darauf aufmerksam machte, „daß der Wahlkampf insbesondere mit wirtschaftspolitischen Argumenten geführt werden müsse, damit eine SPD-Mehrheit verhindert werden könne".[2] Nicht anders argumentierte *Blücher* im Bundesvorstand im November 1949, als er im nachhinein die Regierungsbildung damit rechtfertigte, daß sich die SPD „auf dem Weg zum Kommunismus" befinde und daher die Regierung Adenauer das Instrument sei, um „Deutschland vor dem Abgleiten in den Kommunismus zu bewahren".[3]

Allerdings zeigte der Verlauf dieser Bundesvorstandssitzung ebenfalls auf, daß es an einzelnen Entscheidungen der Parteiführung im Zuge der Regierungsbildung auch Kritik gab. Sie zielte vor allem auf die ungenügende Berücksichtigung der FDP in personellen Fragen, wobei der Besetzung des Finanzministeriums besonderer Stellenwert zukam. *Blücher* verteidigte den Verzicht der FDP auf diesen Posten und gab trotz erster, noch vorsichtig formu-

13 Nr. 15, Anm. 7, S. 286.
14 Nr. 40, S. 1341.
1 Siehe oben S. LXX.
2 Nr. 5 a, S. 45.
3 Nr. 6, S. 68.

lierter Einwände gegen *Adenauers* außenpolitischen Führungsstil einen insgesamt positiven Bericht über die seitherige Arbeit der Bundesregierung.[4] Hierin unterstützten ihn seine Ministerkollegen *Wildermuth* und *Dehler,* von denen ersterer bekannte, das Kabinett könne und werde arbeiten[5], während letzterer von „den positiven Leistungsmöglichkeiten der Regierung" sprach und wie zuvor *Blücher* den Zustand der SPD in dunklen Farben malte, als er *Schumacher* der „Engstirnigkeit" zieh und feststellte: „Mit dieser Sozialdemokratie könne man nicht paktieren."[6]

An dieser Einschätzung hat sich auch in der Folgezeit nichts geändert, wie z. B. eine Äußerung *Schäfers* aus dem Dezember 1950 belegt. Hierin hieß es: „Die SPD unter *Schumacher* ist in eine Hysterie hineingeraten, es ist keine Oppositionspolitik mehr. *Schumacher* führt einen reinen politischen Machtkampf. Jedes Mittel ist ihm recht, er, den man als vaterlandslos bezeichnen könnte."[7] Gleichwohl erschien zu diesem Zeitpunkt einer Minderheit in der FDP eine Erweiterung der Bundesregierung um die SPD diskussionswürdig, weil die Arbeit der Bundesregierung von nahezu allen Vorstandsmitgliedern der FDP negativ akzentuiert wurde, wobei insbesondere Bundeskanzler *Adenauer* als Zielscheibe der Kritik galt.

Blücher hatte schon im Juli 1950 die „vollkommen autoritäre, diktatorische Führung der Außenpolitik" durch *Adenauer* moniert, die Beseitigung „der Anonymität der Ratgeber" verlangt und auf die fehlende „Gesamtpolitik" des Kabinetts hingewiesen.[8] Nach einer detaillierten Darstellung der Defizite der Regierungstätigkeit erhob *Blücher* nochmals die Forderung nach einer „Zusammenfassung der Ressorts".[9] Darin unterstützte ihn Hermann *Schäfer,* der mahnte: „Es muß eine Änderung der Methoden erfolgen, und das bedeutet auch eine Änderung des Kanzlers" und „des gesamten Kabinetts".[10]

Eine solche Änderung vermochten die Liberalen jedoch im Verlaufe des zweiten Halbjahres 1950 nicht zu konstatieren, und im Dezember dieses Jahres urteilte *Blücher* über den Zustand der Bundesregierung noch negativer als im Juli. Erneut monierte der FDP-Vorsitzende das „Übergewicht reiner Ressortbetrachtung" bei der Zusammensetzung der Regierung, wofür er *Adenauer* verantwortlich machte, dem er die „kaum vorhandene Fähigkeit" attestierte, „sich in die Rolle eines Chefs einer Regierung in einem parlamentarisch-demokratischen Regime einzupassen".[11] Diese Kritik bezog sich zum einen darauf, daß *Adenauer* die Rechtsstellung des Bundeskanzlers nach dem Grundgesetz „außerordentlich weitherzig" auffaßte[12], er die Tendenz verfolgte – wie Her-

4 Ebd., S. 68–71.
5 Ebd., S. 71.
6 Ebd., S. 72.
7 Nr. 9, S. 133.
8 Nr. 8, S. 91.
9 Ebd., S. 96.
10 Ebd., S. 99.
11 Nr. 9, S. 129.
12 Ebd., S. 131.

mann *Schäfer* ergänzte – „alles in der Hand zu behalten“[13], und dies – *Blücher* zufolge – dazu führte, daß *Adenauer* sich mit „Einzelaufgaben auf allen Gebieten“ überlaste[14], so daß z. B. in der Außenpolitik viele Dinge nicht erledigt worden seien und sich daher in einem „trostlosen Zustand“ befänden.[15]

Die anschließende Aussprache belegt, daß die Mißstimmung gegenüber *Adenauer* allgemein war, dessen „unglücklichen persönlichen Eigeschaften“ *(Preusker)* beklagt wurden[16], der als ein Mann bezeichnet wurde, der keine „Wärme“ besitze und ausstrahle und damit eine „frostige Atmosphäre“ herbeiführe *(Schäfer).*[17] Da auch die Union zu negativen Äußerungen Anlaß gab - *Schäfer* bezeichnete sie als einen „schwierigen Koalitionspartner“[18], *Rademacher* als „gallertartiges Gebilde“, an dem alle Absichten zur Koalitionssanierung scheitern würden[19] –, machte sich in der FDP zunehmende Enttäuschung über das Ergebnis der bisherigen Zusammenarbeit in der Koalition breit. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen stellte Anfang Dezember 1950 die weitere Beteiligung der FDP an der Bundesregierung in Frage[20], und der Landesverband Hamburg konstatierte zur selben Zeit einen „nationalen Notstand“, für dessen Behebung er eine Koalitionsregierung unter Einbeziehung der SPD in Vorschlag brachte.[21] Dieser erwies sich jedoch als nicht mehrheitsfähig. Dieses Ergebnis war, so die Wertung *Rademachers,* auf *Schumacher* zurückzuführen.[22] Denn allein die Vorstellung, *Schumacher* im Kabinett vertreten zu sehen, ließ z. B. *Höpker Aschoff,* der dem Hamburger Vorschlag an sich wohlmeinend gegenüberstand, den Gedanken der Einbeziehung der SPD als undurchführbar erscheinen.[23]

Wie sich an der Koalitionszusammensetzung nichts änderte, so blieb auch das Koalitionsklima im Winter und Frühjahr 1951 getrübt. In Niedersachsen kam es Anfang 1951 zu ersten Reibungen, weil sich die FDP weigerte, zusammen mit der CDU und der DP die „Niedersächsische Union“ zu bilden.[24] Zur gleichen Zeit ergaben sich Mißstimmigkeiten über die Besetzung des Amtes des Bundespressechefs.[25] Ebenso gelang es nicht, *Blüchers* Kandidatur für das Amt des Außenministers durchzusetzen. Wie wenig Vertrauen *Blücher* zu diesem Zeitpunkt noch gegenüber Versprechungen des Bundeskanzlers aufbrachte, erhellt seine Bemerkung im Verlauf der Vorstandssitzung von Mitte Januar 1951: „Ich nehme Zugeständnisse seitens des Kanzlers nicht so tragisch; sie

13 Ebd., S. 134.
14 Ebd., S. 132.
15 Ebd., S. 131.
16 Ebd., S. 153.
17 Ebd., S. 135.
18 Ebd., S. 133.
19 Ebd., S. 136.
20 Ebd., Anm. 31, S. 138.
21 Ebd., S. 135 f.
22 Ebd., S. 162.
23 Ebd., S. 141 f.
24 Nr. 10, S. 166–175.
25 Ebd., S. 181–185.

werden vielleicht oft mit dem festen Willen ausgesprochen, sie nicht zu halten."[26]

Wenn die Kritik innerhalb der FDP an *Adenauer* in der Bundesvorstandssitzung am 1. April 1951 einen erneuten Höhepunkt erreichte, so war das nicht darauf zurückzuführen, daß der Bundeskanzler mit diesem Tag auch als Außenminister amtierte, sondern lag drin begründet, daß sich die Bundesrepublik in einer akuten Wirtschaftskrise befand, die *Adenauer* mit Korrekturen am marktwirtschaftlichen Konzept und mit Hilfe von Kommissaren zu bewältigen suchte, die die Ressortzuständigkeiten der Bundesminister in Frage stellten. *Rademacher* sah hierin ein „Durcheinander und Nebeneinander", aus dem man „herauskommen" müsse.[27] *Schäfer* kritisierte die Zustände im Kabinett als „langwieriges Gemurkse"[28], und *Euler* sprach von einer „Vertrauenskrise", für die er hauptsächlich *Adenauer* verantwortlich machte, der nicht zu koordinieren verstehe und eine Atmosphäre des Mißtrauens schaffe.[29] *Glaesser* konkretisierte die Kritik am Bundeskanzler in dem Satz: „Die Krise des schwindenden Vertrauens ist die Krise um die Person *Adenauers.*"[30] *von Rechenberg* hielt daher die Abberufung *Adenauers* für erforderlich, denn – so *Rechenberg* –: „Sie können *Adenauer* Minister geben, wie Sie wollen [. . .]. Der Mann kann sich nicht ändern."[31] Auf die Frage nach einem Alternativkandidaten nannte *Rechenberg Blücher,* fand hierfür jedoch keine Zustimmung, da die CDU am „Anspruch auf den Kanzler" festhalten werde.[32] *Blücher* selbst hielt diese Diskussion für unnötig, da es für ihn ein Unding war, daran zu glauben, „daß durch irgendeine Maßnahme – außer durch den lieben Gott – *Adenauer* in seiner Stellung angetastet oder geschwächt werden könnte".[33] Zudem bescheinigte *Blücher Adenauer,* daß er das „Notwendige" durchaus sehe und es auch „richtig" sehe. Dennoch glaubte er, der Kanzler könne „nicht durchhalten, weil er alles selbst machen" wolle und sich dabei „illegaler Ratgeber" bediene, die die „zuständigen Minister auf die Bäume" bringen würden.[34]

Mit *Blücher* war schließlich die Mehrheit des Bundesvorstandes der Meinung, daß ein Sturz *Adenauers* oder ein Austritt der FDP aus der Bundesregierung nicht in Betracht zu ziehen seien. Andererseits bestand Einigkeit darüber, daß organisatorische Änderungen innerhalb der Regierung notwendig seien, auf die die FDP zu dringen hatte. *Blücher* faßte diese Auffassung in dem wenig konkreten Satz zusammen: „Wir müssen als die Triebfeder einer wirklichen Aktivität erscheinen."[35] Die Liberalen dürften sich auf Dauer nicht „zum Gefangenen der CDU" machen. *Blücher* hielt es in diesem Zusammenhang in

26 Ebd., S. 186.
27 Nr. 11, S. 193.
28 Ebd., S. 194.
29 Ebd., S. 196 f.
30 Ebd., S. 216.
31 Ebd., S. 195.
32 Ebd., S. 196.
33 Ebd., S. 202.
34 Ebd., S. 199.
35 Ebd., S. 205.

Übereinstimmung mit *Mayer* durchaus nicht für abwegig, insbesondere in den Ländern einmal die SPD gegen die CDU auszuspielen.[36] Für eine gewisse Offenheit in dieser Frage plädierten auch *Glaesser*[37] und *Bezold*[38], während *Euler* dies mit der Bemerkung ablehnte: „Wenn wir uns auf *Schumachers* SPD einlassen, dann würden wir unsere Entwicklung aufs Spiel setzen."[39]

Mit dem Abklingen der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen im Verlauf des Sommers 1951 und der damit verbundenen Festigung der Stellung der Bundesregierung in der öffentlichen Meinung entkrampften sich auch die Beziehungen zwischen der FDP und dem großen Koalitionspartner. Dieser Normalisierungsprozeß geriet im August 1951 infolge der Bürgenstockgespräche *Adenauers* mit den Gewerkschaften und der daraufhin öffentlich geübten Kritik *Blüchers* nochmals kurzfristig in Gefahr[40], ohne indessen aufgehalten zu werden. In den Mittelpunkt der Debatten des FDP-Bundesvorstandes im Hinblick auf die Bonner Koalition rückte nunmehr mit dem Bundestagswahlrecht eine Frage, die für die FDP von existenzieller Bedeutung war.

In der Wahlrechtsfrage bestand zwischen der FDP und der CDU schon seit den Zeiten des Parlamentarischen Rates ein latenter Gegensatz, da das Streben der CDU dahin ging, wie *Dehler* bereits in der ersten Bundesvorstandssitzung Mitte Februar 1949 mitteilte, „ein reines Mehrheitswahlrecht zu bekommen".[41] Da das Mehrheitswahlrecht aber das Ende der FDP bedeuten würde, bestand in diesem Punkt bei den Liberalen die Neigung, die Zusammenarbeit mit der SPD zu suchen.[42]

Eine Wiederaufnahme der Wahlrechtsdiskussion im Verlauf der ersten Legislaturperiode war nicht zu umgehen, weil das Bundestagswahlrecht von 1949, das die Ministerpräsidenten verabschiedet hatten, nur für diese Wahl galt. In der FDP fiel der Startschuß für die Wahlrechtsdiskussion während des Münchener Parteitages vom September 1951, als erstmals über die Einberufung eines Wahlrechtsausschusses debattiert wurde. An der Bedeutung des Wahlrechts für die Existenz der FDP hatte sich zwischenzeitlich nichts geändert, denn *Blücher* nannte es bei dieser Gelegenheit „schlechthin eine Daseinsfrage".[43]

Ein Jahr später hatte dieses Thema für die FDP nichts von seiner Bedrohlichkeit verloren. Zunächst versteifte sich die Partei darauf, für 1953 im Grundsatz am Wahlrecht von 1949 festzuhalten.[44] *Blücher, Middelhauve* und *Haußmann* sprachen sich daher im September 1952 für ein Zusammengehen mit der SPD aus[45], da die Union das Wahlrecht von 1949 ablehnte. Für den

36 Ebd., S. 214.
37 Ebd., S. 215.
38 Ebd., S. 216.
39 Ebd., S. 215.
40 Nr. 13, S. 243 f.
41 Nr. 1, S. 22.
42 Nr. 2, S. 30.
43 Nr. 14 b, S. 265.
44 Nr. 21, S. 443 f.
45 Ebd., S. 444–447.

Vorschlag von Hermann *Schäfer,* ein Junktim zwischen der Zustimmung der FDP zu den Westverträgen und der Regelung der Wahlrechtsfrage herzustellen[46], fand sich allerdings keine Mehrheit.[47] Das weitere Vorgehen der FDP in der Wahlrechtsfrage stellte *Becker* im September 1952 unter die Devise: „Wir müssen unter allen Umständen verhindern, eine Mehrheit für das englische Wahlrecht zu bekommen."[48]

Seit dem Herbst 1952 konzentrierten sich die Beratungen in den Koalitionsparteien darauf, ein Wahlrecht zu schaffen, das den Fortbestand der Koalition über 1953 hinaus sichern sollte. Anfänglich wurde dabei ein „moduliertes Wahlrecht von 1949" favorisiert, das die Möglichkeit zu Listenverbindungen bzw. zur Verbindung von Wahlkreisvorschlägen enthalten sollte.[49] Hierin sahen *Blücher, Bezold* und *Middelhauve* aber wiederum die Gefahr, daß ein Zusammengehen von CDU und SPD (z. B. nach dem Abgang *Adenauers*) die FDP ausschalten könnte.[50] Außerdem bestand in der FDP nach wie vor Mißtrauen gegenüber der CDU, der man immer noch die Neigung zu einem Mehrheitswahlrecht unterstellte, das die Liberalen als „tödlich" für die FDP werteten.[51] *Euler* betonte daher im Januar 1953 nochmals mit Nachdruck: „Wir bekämpfen jedes reine Mehrheitswahlrecht, und dabei muß es bleiben."[52]

Der Einigungsprozeß innerhalb der Koalitionsparteien in der Wahlrechtsfrage kam auch im Frühjahr 1953 nur schleppend voran. Das Kabinett hatte sich zwar im Winter auf ein Mischsystem geeinigt, das anders aussehen sollte als das Wahlrecht von 1949 und zur Zusammenführung der nichtsozialistischen Kräfte dienen sollte.[53] Zur Debatte standen dabei verschiedene Vorschläge: Begriffe wie „Grabenwahlsystem", „interner Proporz", „Eventual- und Hilfsstimmen" oder das „Sternchen-System" wurden in die Diskussion geworfen[54] und erforderten ausgiebige Erörterungen, um die Funktion der einzelnen Wahlsysteme verständlich zu machen und in ihren Konsequenzen für die Partei abschätzen zu können. Im Hinblick hierauf war die Feststellung *Bezolds,* er komme sich vor „wie in der Hexenküche von Faust"[55], eine angemessene Umschreibung der bisweilen höchst undurchsichtigen Konstellation. In diesen Wochen und Monaten wurde die FDP-Führung die Sorge nicht los, daß in der Wahlrechtsfrage eine Regelung beschlossen werden könnte, die gegen die Interessen der Liberalen gerichtet war. Die anfangs von der FDP favorisierte Beibehaltung des Wahlrechtes von 1949 drohte aufgrund neuer Berechnungen einen Wahlsieg der SPD herbeizuführen mit der von *Blücher* vorhergesagten

46 Nr. 18 a, S. 336.
47 Nr. 21, S. 450.
48 Ebd., S. 451.
49 Nr. 23, S. 524 ff., und Nr. 27, S. 745.
50 Nr. 23, S. 526 f.
51 Nr. 27, S. 745.
52 Ebd., S. 756.
53 Nr. 29, S. 889 f.
54 Nr. 27, S. 744–770.
55 Ebd., S. 764.

Konsequenz einer „echten Staatskrise wegen Regierungsunfähigkeit".[56] Das Mißtrauen gegenüber der CDU, letztlich doch auf ein Mehrheitswahlrecht hinzuarbeiten, konnte im FDP-Bundesvorstand niemals ganz ausgeräumt werden.[57] Zudem gab es noch im Mai 1953 Hinweise auf eine veränderte Haltung der SPD, so daß der FDP-Wahlrechtsexperte Ludwig *Schneider* befürchtete, „daß plötzlich im letzten Moment sich die zwei Großen finden, indem die CDU sagt, mit dieser FDP ist ja doch nichts zu machen, und wir stehen dann vor einem Wahlrecht, das uns ausschließt".[58]

Bestrebungen dieser Art hat es, einer Wortmeldung *Onnens* im Bundesvorstand zufolge, in der Tat gegeben[59]; sie waren aber nicht von Erfolg gekrönt. Vielmehr gelang es der FDP durch einen Kompromißvorschlag *Onnens,* die CDU zu einem gemeinsamen Vorgehen zu gewinnen.[60] Ende Juni 1953 verabschiedete der Bundestag ein Wahlgesetz, das in seiner Grundstruktur bis heute Gültigkeit hat und der FDP die Möglichkeit zum Überleben beließ.

Im Verlauf des Bundestagswahlkampfes mußte die FDP allerdings feststellen, wie schwierig es war, die Konturen der eigenen Partei dem Wähler deutlich zu machen. Das Bundespresseamt schaltete sich mit eigenen Aktionen in den Wahlkampf ein, die ganz auf die Person des Bundeskanzlers abgestellt waren[61], und die Union trat mit dem Anspruch auf, daß ihr allein das Verdienst für die Erfolge der Regierungsarbeit zuerkannt werden müsse.[62] Als es zudem noch der SPD gelang, die koalitionspolitische Haltung der FDP nach der Bundestagswahl in Zweifel zu ziehen, hielt es *Blücher* für geboten, im Bundesvorstand eine Entscheidung in dieser Frage herbeizuführen.[63] Am 30. Juli 1953 sprach sich allein Walter *Erbe* vom Landesverband Baden-Württemberg für ein Offenhalten der Koalitionsfrage aus[64], alle anderen Redner stimmten mit *Blücher* überein, daß ein klares Bekenntnis zur Fortsetzung der Koalition durch die FDP unabdingbar sei. Eine entsprechende Resolution hat der Bundesvorstand beschlossen. In ihr wurden Behauptungen, daß die FDP eine Koalition mit der SPD anstrebe, zurückgewiesen und mit Nachdruck hervorgehoben, daß „nur eine starke FDP [. . .] den Ausbau des begonnenen Werkes nach innen und außen" sichern könne.[65]

Der Wahlsieg der Union in der zweiten Bundestagswahl bedeutete für die FDP, die Stimmanteile verloren hatte, einen Schock. *Blücher* machte Tendenzen zu einem Zweiparteiensystem aus[66], und *Middelhauve* sprach von einem

56 Nr. 29, S. 901.
57 Ebd., S. 891 ff.
58 Nr. 31, S. 1014.
59 Nr. 33, S. 1040.
60 Ebd., S. 1040 f.
61 Nr. 35, S. 1125 f.
62 Ebd., S. 1129.
63 Ebd., S. 1130.
64 Ebd., S. 1131.
65 Ebd., S. 1137.
66 Nr. 36, S. 1138.

„*Adenauer*-Sog", in den die FDP hineingekommen sei.[67] Er hatte damit ein Stichwort gegeben, das *Schäfer* in den Folgemonaten wiederholt aufgriff, dabei aber zu unterschiedlichen Bewertungen kam. Während er im Oktober „die Sache mit dem *Adenauer*-Sog" als „nur äußerlich" abtat[68], korrigierte er sich im Dezember insoweit, als er zugestand, daß der „*Adenauer*-Trend [. . .] auch jetzt durchaus noch nicht abgeflaut, sondern noch immer im Steigen begriffen" sei.[69] Angesichts dieser Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den bisherigen Koalitionspartnern, die erst dadurch in ihrem ganzen Ausmaß für die FDP deutlich wird, wenn man bedenkt, daß im Unterschied zu 1949 *Adenauer* 1953 die Liberalen zu einer Regierungsbildung nicht unbedingt benötigte, war es naheliegend, daß die Frage des Koalitionseintrittes der FDP im Bundesvorstand Diskussionen auslöste.

Dabei sprach sich die Mehrheit am 11. September 1953 für eine Beteiligung der FDP an der Koalition aus, die allerdings *Schäfer* unter „etwas mehr inneren Vorbehalt als bisher" zu stellen wünschte[70] und für die *Euler* die Devise ausgab: „Wir müssen uns in Zukunft eine größere Eigenständigkeit sichern."[71] Bei dieser Grundsatzentscheidung für den Koalitionseintritt spielte die Wahlrechtsfrage eine wichtige Rolle. Als gleich nach dem Vorliegen des Wahlergebnisses Gerüchte auftauchten, daß die CDU nunmehr beabsichtige, das Mehrheitswahlrecht einzuführen[72], machte sich in der FDP-Führung sofort Nervosität breit, denn es ging hierbei um die Frage – wie *Rademacher* mit Recht betonte –, die „in den nächsten Jahren über Leben und Tod der FDP entscheidet".[73] *Rademacher* und *Euler* hielten daher einen Regierungseintritt schon deshalb für notwendig, um Einfluß auf die Gestaltung des Wahlrechts zu gewinnen, wobei der Hamburger Landesvorsitzende forderte, bereits während der Koalitionsverhandlungen der CDU das Zugeständnis abzuringen, Pläne für ein Mehrheitswahlrecht nicht mehr zu verfolgen.[74]

Über den Verlauf und das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen wurde der Bundesvorstand am 23. Oktober 1953 unterrichtet. In der Wahlrechtsfrage, von deren „vernünftiger" Regelung nach *Haußmanns* Worten „das ganze Gelingen und der Bestand" der Partei abhingen[75], waren Absprachen nicht getroffen worden. Die Taktik der FDP in dieser Frage lief nunmehr darauf hinaus, „die Wahlrechtsentscheidung soweit wie irgendmöglich im Kabinett und im Bundestag hinauszuschieben" und auf eine Situation zu warten, in der eine Entscheidung im Sinne der FDP möglich erschien.[76] Auch in anderen Punkten waren die Koalitionsverhandlungen nicht so verlaufen, wie sich das die FDP

67 Ebd., S. 1149.
68 Nr. 37, S. 1194.
69 Nr. 39, S. 1275.
70 Nr. 36, S. 1157.
71 Ebd., S. 1147.
72 Ebd., S. 1141 und S. 1151.
73 Ebd., S. 1166.
74 Ebd.
75 Nr. 37, S. 1210.
76 Ebd., S. 1195.

gewünscht hatte. Eine besondere Enttäuschung bedeutete für die Liberalen, daß der bisherige Justizminister *Dehler* nicht mehr in das Kabinett zurückkehrte, da *Adenauer* seine erneute Berufung auf Drängen von *Heuss* und *Höpker Aschoff* ablehnte.[77]

Künftige Schwierigkeiten innerhalb der Koalition signalisierte nicht nur diese Personalentscheidung, sondern auch der sich bereits abzeichnende Dissens mit *Adenauers* Saarpolitik, da die FDP eine Europäisierung des Saargebietes ablehnte. Diese Frage sah die FDP-Bundestagsfraktion schon vor Abschluß der Koalitionsverhandlungen als möglichen „Abspringpunkt" aus der Koalition an. Vorsorglich ließ sie sich daher von den FDP-Ministern Erklärungen unterschreiben, in denen sie sich zum Rücktritt verpflichteten, wenn dies die Fraktion verlangen sollte.[78]

An die Spitze der FDP-Bundestagsfraktion trat nunmehr *Dehler*, dem *Haußmann* am Ende der Bundesvorstandssitzung am 23. Oktober 1953 wünschte, daß es ihm gelingen möge, „das Sichtbarwerden unserer Partei möglich zu machen", und an den er appellierte: „Bitte, geben Sie dem Liberalismus einen Inhalt und erfüllen Sie uns mit der Hoffnung, die wir alle brauchen."[79] Die Antwort *Dehlers* zeigte auf, daß er an eine Zukunft des Liberalismus und der FDP glaubte, ihr allerdings andere „Kampfstellen" zuwies, als sie bisher eingenommen hatte. Als künftige Gegner nannte *Dehler* bezeichnenderweise nicht Sozialdemokraten und Gewerkschaften, sondern die Kirchen und die CDU, die er als „eine große Gefahr" bezeichnete.[80]

4. Außen- und Deutschlandpolitik

Außenpolitische Fragen spielten 1949 noch keine zentrale Rolle in der Politik der Bundesrepublik, da es sich hierbei um einen Bereich handelte, der unter die alliierten Vorbehaltsrechte fiel. Gleichwohl hat im FDP-Bundesvorstand *Euler* bereits im Juni 1949, also noch vor der Konstituierung des westdeutschen Staates, das Problem einer Aufrüstung angeschnitten, die er im Zuge der „angestrebten rechtsstaatlichen Gleichberechtigung" der Bundesrepublik für unverzichtbar erachtete. Die Mehrheit des Bundesvorstandes hielt das „Aufgreifen dieser Frage" allerdings für verfrüht und befürchtete bei einem Vorpreschen von deutscher Seite eine „bedenkliche Störung der deutschen Außenpolitik".[1]

Jedoch bestanden an der positiven Einschätzung einer Bewaffnungspolitik, wie sie seit 1950 sowohl von alliierter Seite als auch vom Bundeskanzler vorangetrieben wurde, durch die FDP keine Zweifel. Die Zustimmung seiner Partei band *Blücher* indessen im Juli 1950 an zwei Voraussetzungen, nämlich zum ei-

77 Ebd., S. 1187–1193.
78 Ebd., S. 1192 f.
79 Ebd., S. 1211.
80 Ebd.
1 Nr. 5 a, S. 44 f.

nen, daß ohne großes Gerede binnen einer bestimmten Frist für eine „ausreichende Zahl von Divisonen alles vorhanden sein müsse", und zum anderen, daß die deutschen Verbände als eigenständige nationale Gruppen in der angestrebten Verteidigungsgemeinschaft operierten.[2]

Wenn es dennoch aus der FDP heraus im Verlauf des Jahres 1950 Kritik an der Außenpolitik der Bundesregierung gab, die sich langsam entwickelte und deren Führung sich *Adenauer* selbst vorbehielt, so deshalb, weil sich die FDP aus dem außenpolitischen Entscheidungsprozeß ausgeschlossen sah.[3] Der FDP-Bundesvorstand machte eben dies zu einem Hauptpunkt seiner Monita gegenüber dem Kanzler, mit dessen Regierungshandeln er in der zweiten Hälfte des Jahres 1950 – wie bereits dargestellt – nicht einverstanden war.

Im Dezember 1950 debattierte er ausführlich die Frage, ob nicht *Blücher* für das Außenmnisterium von der FDP gegenüber dem Kanzler durchgesetzt werden sollte. Eine Reihe von Vorstandsmitgliedern votierte jedoch gegen eine Kandidatur *Blüchers* für das Außenministeramt. *Rechenberg* begründete diese Haltung mit den Worten: „Wir haben nicht die Machtposition, um ein Außenministerium *Blücher* so stark zu machen, daß es sich gegen *Adenauer* durchsetzen kann."[4] *Blücher* selbst bezweifelte am Ende der Sitzung, ob er bei einer Übernahme des Außenministeriums in der Lage sein werde, für seine Personalvorstellungen die Zustimmung *Adenauers* zu erlangen.[5] Im Hinblick auf *Blüchers* zögerliche Haltung und das Fehlen einer breiten Unterstützung aus den eigenen Reihen beim Kampf um die Besetzung des im Frühjahr 1951 geschaffenen Außenministeriums ist es nicht verwunderlich, daß es *Adenauer* ohne große Schwierigkeiten gelang, das Amt des Außenministers selbst zu übernehmen.

An dem Tag, an dem diese Ernennung erfolgte, am 1. April 1951, übte *Blücher* im FDP-Bundesvorstand erstmals auch dezidiert inhaltliche Kritik an *Adenauers* außenpolitischem Kurs. Gegenüber dem Schumanplan meldete er Vorbehalte an und warnte vor Festlegungen der FDP, u. a. weil *Blücher* die Modalitäten der Einbeziehung des Saargebietes noch nicht geklärt erschienen. Einwände erhob der FDP-Parteivorsitzende auch gegen die im Zusammenhang mit der Revision des Besatzungsstatuts vom März 1951 in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den Alliierten, da die von deutscher Seite hierfür erarbeiteten Unterlagen nach *Blüchers* Auffassung die Gefahr mit sich brachten, daß sie die Alliierten beim Abschluß eines Friedensvertrages ihrer Verpflichtung für die Wiedervereinigung entbinden würden.[6] Diese Sorge wiederholte *Blücher* im August 1951, als er seine Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Verhandlungen über die Änderung des Besatzungsstatuts äußerte und dabei insbesondere auf die immer „stärkere Ausdehnung des Verhandlungsthemas" und damit auf die Gefahr eines Vorgriffs auf eine künftige Friedensvertragsre-

2 Nr. 8, S. 88.
3 Nr. 9, S. 129 f.
4 Ebd., S. 159.
5 Ebd., S. 161.
6 Nr. 11, S. 206 f.

gelung hinwies. *Blücher* glaubte, die Tendenz der Alliierten ausmachen zu können, ihre Besatzungsrechte zu konservieren und in diesem Zusammenhang auch an ihren Befugnissen „in bezug auf Gesamtdeutschland" festzuhalten.[7] Daß *Blücher* im Gegensatz zu *Adenauer* für einen forscheren Stil gegenüber den Alliierten eintrat, ließ er in diesen Tagen auch gegenüber der Öffentlichkeit erkennen, als er seinen Austritt aus der Ruhrbehörde damit begründete, „daß eine angemessene Vertretung der deutschen Belange in der Behörde immer weniger möglich" sei.[8]

Die Ruhrbehörde spielte auch eine Rolle bei der weiterhin kritischen Stellung der FDP gegenüber dem Schumanplan. Erst nach ihrer Beseitigung und anderer „diskriminierender Bestimmungen" – so die Resolution des Münchener Parteitages vom September 1951 – wollte die FDP der Ratfizierung des Schumanplans zustimmen.[9] Als die Signatarstaaten des Londoner Abkommens vom 28. April 1949 die Beendigung des Ruhrstatuts und die Auflösung der Ruhrbehörde beschlossen, war das Haupthindernis für die FDP für ihre Zustimmung zu diesem Plan beseitigt. Am 10. Januar 1952 nahm der Bundestag das Ratifizierungsgesetz mit den Stimmen der FDP an.

Die großen Debatten über den Kurs der Außenpolitik *Adenauers* setzten allerdings erst im Mai 1952 ein, als die Entwürfe zum EVG- und Deutschlandvertrag vorlagen. Den Entwurf des letzteren diskutierte der FDP-Bundesvorstand erstmals am 1. Mai, nachdem *Blücher* nur unter Mühe beim Bundeskanzler die Vorlage der Unterlagen erwirkt hatte.[10] Dabei riefen besonders zwei Aspekte Widerspruch bei einer Mehrheit der Vorstandsmitglieder hervor. Der eine waren die alliierten Vorbehaltsrechte in bezug auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung und einer friedensvertraglichen Regelung[11], bei dem anderen handelte es sich um die sog. Bindungsklausel, die auch ein wiedervereinigtes Deutschland an die Verträge band.[12] In beiden Fällen befürchteten einflußreiche Vorstandsmitglieder negative Auswirkungen auf die Wiedervereinigung. So verlangte z. B. *Rubin* eine Änderung der Vorbehaltsrechte mit der Begründung, sonst werde der Anspruch aufgegeben, „in der Wiedervereinigung selbst aktiv zu werden"[13], und *Achenbach* sekundierte, bei Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen begebe sich die deutsche Seite „der Handlungsfreiheit vollständig".[14] Ähnlich argumentierte *Schäfer* bezüglich der Bindungsklausel, die „die ganze Wiedervereinigung unmöglich machen" könnte.[15] Sowohl in der Frage der Vorbehaltsrechte als auch der Bindungsklausel beschloß der Bundesvorstand die Forderung auf Streichung zu stellen, die im letzteren Fall noch dadurch verstärkt wurde, daß ihre Erfüllung

7 Nr. 13, S. 241.
8 Ebd., S. 242.
9 Nr. 14 b mit Anm. 15, S. 270.
10 Nr. 16, S. 289.
11 Ebd., S. 297 ff.
12 Ebd., S. 291 f.
13 Ebd., S. 297 f.
14 Ebd., S. 298.
15 Ebd., S. 304.

als conditio sine qua non für die Zustimmung der FDP genannt wurde.[16] Diesem Verlangen war insofern Erfolg beschieden, als es unmittelbar vor der Unterzeichnung des Vertrages am 25. Mai 1952 noch gelang, eine Umformulierung zu erreichen, die keine automatische Bindung eines künftigen wiedervereinigten Deutschlands mehr enthielt.[17]

Die Kritik innerhalb der FDP an den Westverträgen ließ auch nach ihrer Unterzeichnung Ende Mai 1952 nicht nach. Verantwortlich hierfür waren in erster Linie zwei FDP-Politiker, die vor 1945 im diplomatischen Dienst gestanden hatten und nunmehr innerhalb der FDP Funktionen als außenpolitische Experten einnahmen. Bei dem ersteren handelte es sich um Ernst *Achenbach,* bis 1953 Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der FDP, bei dem zweiten um Karl Georg *Pfleiderer,* der sich innerhalb der Bundestagsfraktion mehr und mehr als außenpolitischer Experte qualifizierte. Ihre distanzierte Haltung zu den Westverträgen hatten beide bereits am 8. Mai 1952 im Bundesvorstand kundgetan, als sie gegen den Überleitungsvertrag grundsätzliche Einwände erhoben.[18] Eine neue Qualität erhielt die innerparteiliche Debatte über die Verträge Anfang Juni 1952, als Karl Georg *Pfleiderer* mit dem sog. *Pfleiderer*-Plan an die Öffentlichkeit trat.

Ausgangspunkt der Überlegungen *Pfleiderers,* die er erstmals am 6. Juni 1952 in einer Rede in Waiblingen entwickelte, war die Annahme, daß die Westverträge in der vorliegenden Form einer friedlichen Wiedervereinigung entgegenstehen würden. *Pfleiderer* hielt es nämlich für ausgeschlossen, daß die Sowjets einer Einbindung Gesamtdeutschlands in das westliche Bündnissystem zustimmen würden. Er erachtete es deshalb als erforderlich, eine Lösung der deutschen Frage zu überlegen, der die Sowjetunion und die Westmächte zustimmen konnten. Er unterbreitete daher den Vorschlag einer Aufrechterhaltung der Besetzung der Gebiete östlich der Oder und Neiße durch die Sowjets und Teile entsprechender Größe im Westen Deutschlands durch die Westmächte. Das Gebiet dazwischen (*Pfleiderer:* „Dieses Wort ‚Dazwischen' ist der Ausgangspunkt meiner Überlegungen gewesen."[19]) sollte frei von einer Besatzung unter deutscher Oberhoheit mit nationalen Streitkräften verbleiben. Um die Realisierung dieses Konzeptes zu prüfen, votierte *Pfleiderer* für eine Verzögerung der Ratifizierung der Westverträge, da er es für fraglich hielt, „ob nach der Ratifizierung noch Variationsmöglichkeiten bestehen".[20] Das Gewicht des *Pfleiderer*-Planes für die innerparteiliche Diskussion in der FDP wurde dadurch erhöht, daß Ministerpräsident Reinhold *Maier* frühzeitig über den Inhalt der Rede informiert war und erkennen ließ, daß er *Pfleiderers* Gedankengängen zustimmte.[21]

16 Ebd.
17 Nr. 22 a mit Anm. 18, S. 486.
18 Nr. 17, S. 327–333.
19 Nr. 18 a, S. 340.
20 Ebd., S. 341 und Anm. 11, S. 336.
21 Ebd., S. 340.

Als der Bundesvorstand Mitte Juni 1952 den *Pfleiderer*-Plan erstmals diskutierte, war es *Achenbach,* der in seiner Analyse der Konsequenzen der Westverträge für die deutsche Wiedervereinigung mit *Pfleiderer* übereinstimmte (*Achenbach:* „Wenn die Verträge ratifiziert werden, dann bedeutet das eine Abschreibung der Ostzone.") und der daher ebenfalls eine schnelle Ratifizierung ablehnte.[22] Die Mehrheit der Vorstandsmitglieder verwahrte sich allerdings gegen die These von der Abschreibung der Ostzone als Konsequenz der Westverträge.[23] Insbesondere *Blücher* bezog die Gegenposition, indem er entsprechend der von *Adenauer* propagierten Politik[24] die Westverträge als Voraussetzung einer Wiedervereinigung interpretierte: „Ohne europäische Integration gibt es überhaupt keine Einigung Deutschlands, weil es nicht existenzfähig wäre."[25] Zu einer übereinstimmenden Haltung kam der Bundesvorstand allerdings insofern, als er eine „ausreichende Zeit" bis zur Ratifizierung der Verträge verlangte.[26] Dahinter stand vor allem die Absicht, die Zustimmung der FDP zu den Verträgen von der Haltung der Union zu anderen Gesetzeswerken wie dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Wahlrechtsgesetz abhängig zu machen.[27]

Innerhalb der Bundestagsfraktion der FDP fand der *Pfleiderer*-Plan keine Zustimmung[28], und auch im Bundesvorstand ergab eine kurze Aussprache am Rande des Essener Parteitages, daß die Vorstellungen *Pfleiderers* zu Bedenken Anlaß gaben. Während *von Rechenberg* negative Auswirkungen auf die Beziehungen zu den USA konstatierte[29], sorgte sich *Euler* eher um innerparteiliche Implikationen des *Pfleiderer*-Planes. Er argwöhnte nämlich, daß die Zustimmung *Maiers* zu *Pfleiderers* Konzeption im Zusammenhang mit der Koalitionsbildung in Baden-Württemberg gesehen, daß also *Maiers* Haltung als Entgegenkommen gegenüber der SPD gewertet werden müsse.[30] In der Tat war der Argwohn *Eulers* nicht ganz aus der Luft gegriffen.[31]

Dieses Problem, das im späteren Verlauf der Ratifizierungsdebatte wiederum auftauchte, spielte im Herbst des Jahres 1952 jedoch keine besondere Rolle mehr, und auch *Pfleiderers* Vorstellungen, die er im September 1952 nochmals vertiefte[32], traten in den Hintergrund. Ende September 1952 sah sich der FDP-Bundesvorstand gezwungen, die Frage zu erörtern, ob er dem Beschluß des Kabinetts folgen sollte, der „baldmöglichen Ratifizierung der beiden Verträge" zuzustimmen.[33] Mit Nachdruck forderten dies die Bundesminister *Blü-*

22 Ebd., S. 335 f. und S. 343 ff.
23 Hierzu vor allem die Stellungnahme *Eulers* und *Schäfers,* ebd., S. 347–350.
24 Ebd., S. 351 f.
25 Ebd., S. 342.
26 Nr. 18 b, S. 358.
27 Nr. 18 a, S. 334 f.
28 Nr. 20 b, S. 403.
29 Ebd., S. 405.
30 Ebd.
31 Ebd., S. 404.
32 Nr. 22 a, Anm. 2, S. 471.
33 Hinweis auf den Kabinettsbeschluß ebd., S. 475.

cher[34] und *Dehler*[35], der Fraktionsvorsitzende *Schäfer*[36] und der Berliner Landesvorsitzende *Schwennicke,* der unter Hinweis auf das Beispiel der Berliner Blockade seine Auffassung mit der Feststellung begründete: „Es muß eine Entschlossenheit und Stärke auf der westlichen Seite vorhanden sein, ehe man in Verhandlungen hineingeht."[37] Den gegensätzlichen Standpunkt vertraten wiederum insbesondere *Achenbach* und *Pfleiderer,* die eine Zustimmung zu den Verträgen an eine vorherige befriedigende Regelung der Kriegsverbrecher- und der Saarfrage binden wollten.[38]

Mit der Saarfrage war nun das Problem angesprochen, das auch Vorstandsmitglieder wie *Middelhauve* und *Rademacher* für erklärungsbedürftig hielten[39], und selbst *Blücher* schrieb der Regelung der Saarfrage einen zentralen Stellenwert für die Außenpolitik der FDP zu, als er das Saarproblem „im Rahmen der gesamtdeutschen Politik, vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Auswirkungen bei der Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone" zu betrachten wünschte. In diesem Zusammenhang wandte sich *Blücher* gegen den „Mißbrauch des Wortes Europäisierung" und lehnte „jede Mitwirkung an einer halben Lösung" ab.[40] Eine abschließend verabschiedete Resolution sprach sich gegen „eine politische Abtrennung des Saargebietes und seiner deutschen Bevölkerung von Deutschland" aus, sie bot aber – und zeichnete hiermit die künftige Linie der Saarpolitik der FDP vor – Frankreich wirtschaftliche Konzessionen an.[41] Eine weitere Resolution betraf die „Bereinigung des Problems der Kriegsverurteilten".[42] Im Hinblick auf die in Frage stehende Ratifizierung der Westverträge erhielt *Blücher* den Auftrag, den Bundeskanzler um eine weitere Aussprache zu bitten.[43] Die Turbulenzen, die am Ausgang des Jahres 1952 die weitere Ratifizierungsdebatte begleiteten und am 5. Dezember 1952 zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens führten, haben den FDP-Bundesvorstand nicht beschäftigt; er wandte sich den Verträgen erst wieder im Januar 1953 zu.

Dies geschah allerdings nur beiläufig, und zwar einmal im Zusammenhang mit der Verstrickung *Achenbachs* in die Naumann-Affäre, zum anderen mit Reden *Haußmanns* und *Maiers,* die an der Haltung der DVP gegenüber den Westverträgen Zweifel aufkommen ließen. Bezüglich *Achenbach* lassen Äußerungen *Blüchers* erkennen, daß er einen Verzicht *Achenbachs* auf die Ausübung des Vorsitzes des außenpolitischen Ausschusses nicht nur wegen dessen Verwicklung in der Naumann-Affäre befürwortete, sondern ihn auch im Hinblick auf die Westverträge begrüßte, da er *Achenbach* vorwarf, in der Ratifizie-

34 Ebd., S. 477 ff.
35 Ebd., S. 475 f.
36 Ebd., S. 484.
37 Ebd., S. 475.
38 Ebd., S. 471 f., 479 und S. 485.
39 Ebd., S. 480 f. und S. 483.
40 Ebd., S. 487.
41 Ebd., S. 489.
42 Ebd.
43 Ebd., S. 488 f.

rungsfrage „das Übermaß an Bedingungen" so hoch geschraubt zu haben, „daß wir uns nicht einigen konnten".[44] *Rademacher* hieb in dieselbe Kerbe, als er ergänzte, „daß die Berufung *Achenbachs* zum Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses gerade bei einigen führenden französischen Politikern, die durchaus gewillt sind, zwischen Frankreich und Deutschland zu verhandeln, als ungeschickt angesehen wurde".[45] *Achenbachs* durch die Naumann-Affäre bedingte Schwächung kam den Befürwortern einer Ratifizierung der Westverträge nicht ungelegen, und es ist ihnen hierdurch sicherlich leichter gefallen, die fast geschlossene Zustimmung der FDP-Fraktion (die einzige Neinstimme kam von *Pfleiderer*) in der dritten Lesung der Westverträge im Bundestag am 19. März 1953 zu erreichen.[46]

Das weitere Schicksal der Verträge mußte sich nunmehr im Bundesrat entscheiden, und damit kam für den FDP-Bundesvorstand wiederum das Problem Baden-Württemberg in den Blick. Das Mißtrauen in weiten Kreisen der Partei, ob *Maier* und seine Koalitionsregierung, in der die SPD vertreten war, im Bundesrat für die Verträge stimmen würde, war nie ganz geschwunden und hatte im Januar 1953 durch die Rede *Haußmanns* auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen[47] und Äußerungen *Maiers,* „daß die Bundesregierung eine Politik" betreibe, „die die Möglichkeiten zur Wiedervereinigung" nicht ausschöpfe[48], neue Nahrung erhalten. Sowohl *Haußmann* als auch *Maier* ließen erkennen, daß *Pfleiderers* Vorstellungen in der DVP Anklang gefunden hatten, so daß *Blücher* bereits Anfang Januar 1953 eine klärende Aussprache über diese Frage im Bundesvorstand für notwendig erachtete.[49] Daß sie zunächst ausblieb, war vor allem eine Folge der Naumann-Affäre. Erst als *Maier* im Bundesrat am 24. April 1953 einen Aufschub der Entscheidung zu den Westverträgen erwirkte, befaßte sich der Bundesvorstand erneut mit dieser Frage. Hierauf ist an anderer Stelle der Einleitung schon detailliert eingegangen worden[50], so daß sich weitere Ausführungen erübrigen. Festzuhalten bleibt jedoch, daß es der Bundespartei gelang, *Maier* zu veranlassen, die Abstimmung über die Verträge am 15. Mai 1953 erneut auf die Tagesordnung des Bundesrates zu setzen und dafür zu sorgen, daß sie die Länderkammer passierten. Damit hatte die FDP, nachdem in der innerparteilichen Diskussion zeitweilig Unsicherheiten über die Auswirkungen von *Adenauers* politischem Kurs auf die deutsche Wiedervereinigung zutage getreten und Alternativkonzeptionen debattiert worden waren, demonstriert, daß sie die Außenpolitik des Bundeskanzlers weiterhin mittrug.

Allerdings war auch nach dieser Entscheidung außenpolitischer Konfliktstoff zwischen der FDP und der Union vorhanden. Ein neuralgischer Punkt war nach wie vor die Saarfrage, der Pressereferent *Ungeheuer* Anfang Mai

44 Nr. 28, S. 837.
45 Ebd.
46 BT Sten. Ber., Bd. 15, S. 12365 B.
47 Siehe oben, S. XLVIII.
48 Nr. 28, S. 850.
49 Nr. 27, S. 776.
50 Siehe oben, S. XLVIII f.

1953 im FDP-Bundesvorstand einen „explosiven Charakter" bescheinigte. Um sie zu entschärfen, regte *Ungeheuer* an, „sie in außenpolitischen Dingen, Europapolitik, EVG oft aus[zu]klammern genauso wie die Oder-Neiße-Frage". Ob dies jedoch ein sinnvoller Vorschlag war, erscheint zweifelhaft, wenn *Ungeheuer* zugleich die Saarfrage „als eine konkrete Frage des Nahzieles" der Wiedervereinigung bezeichnete.[51] Wohl auch im Hinblick auf die Behandlung der Saarfrage stellte *Leverenz* Ende Juli 1953 im Bundesvorstand die Frage, ob es richtig sei, „ganz stur zu sagen, daß wir die Außenpolitik *Adenauers* hundertprozentig unterschreiben".[52] *Blücher* antwortete hierauf mit einem eindeutigen Ja, indem er hervorhob, daß *Adenauer* bisher die Grundlinien seiner Politik, nämlich „Wiedervereinigung und europäische Vereinigung", nicht verlassen habe.[53] Auf den Zusammenhang dieser beiden Aspekte der deutschen Außenpolitik hatte Hermann *Schäfer* bereits in seinem außenpolitischen Grundsatzreferat auf dem Bundesparteitag im Juni 1953 hingewiesen, das er unter die Überschrift stellte: „Nationale Einheit – Europäische Einigung – Frieden in Freiheit."[54]

Wenn somit in der Öffentlichkeit vor der Bundestagswahl von 1953 abweichende Beurteilungen außenpolitischer Fragen zwischen FDP und CDU überdeckt wurden, so ergab schon die erste Sitzung des FDP-Bundesvorstandes nach der Wahl am 11. September 1953, daß in der Saarfrage keine Übereinstimmung bestand. So jedenfalls sah es Wilhelm *Nowack,* der die Saarfrage als den Punkt bezeichnete, „der uns weitgehend von der CDU unterscheidet".[55] Der Bundestagsabgeordnete *Prinz zu Löwenstein* konkretisierte diese Aussage mit den Worten, daß die FDP sich gegen jede „Abtrennung deutscher Gebiete, sei es durch Osteuropäisierung oder Westeuropäisierung", auszusprechen habe.[56] Eine „feste Haltung" der FDP mahnte schließlich auch Bundesminister *Neumayer* an, denn damit könne sich die Partei „auch noch nach außen hin wieder ins rechte Licht setzen".[57] Dem Bericht *Wellhausens* über den Verlauf der Koalitionsverhandlungen zufolge, der dem FDP-Bundesvorstand am 23. Oktober 1953 gegeben wurde, hat die FDP-Verhandlungsdelegation auch gegenüber *Adenauer* entschieden eine Europäisierung der Saar abgelehnt und einen Dissens zwischen dem Kanzler und der FDP in dieser Frage als das Ende der Koalition bezeichnet.[58]

Auch nach der Bildung des zweiten Kabinetts Adenauer standen außenpolitische Fragen im Winter 1953/54 wiederholt auf der Tagesordnung des FDP-Bundesvorstandes. Erstmals war dies Ende Dezember 1953 der Fall, als *Dehler* einleitend ein eher düsteres Bild vom Stand der Außen- und Deutschlandpolitik malte, von einem Scheitern der EVG ausging und in der Wieder-

51 Nr. 31, S. 991.
52 Nr. 35, S. 1133.
53 Ebd.
54 Nr. 34, Anm. 12, S. 1091.
55 Nr. 36, S. 1154.
56 Ebd., S. 1155.
57 Ebd., S. 1161 f.
58 Nr. 37, S. 1192 f.

vereinigungsfrage ein schwer durchschaubares Lavieren des Kanzlers konstatierte.[59] Anders fiel die Bewertung *Schäfers* aus, der noch keinen Anlaß sah, die EVG abzuschreiben, und *Adenauers* Vorschläge für eine Wiedervereinigung im Vorfeld der Berliner Viererkonferenz, die am 25. Januar 1954 begann, als in sich schlüssig und akzeptabel bezeichnete.[60] Im Verlauf der Debatte wurden auch Gerüchte erwähnt, denen zufolge *Adenauer* Frankreich bestimmte Zusicherungen bezüglich der Saar gegeben haben sollte. Genaueres wußte niemand zu berichten[61], jedoch zeigt dieser Vorgang, daß die FDP die Aktionen des Bundeskanzlers in der Saarfrage weiterhin mit Argusaugen verfolgte.

Als Ende Januar 1954 Max *Becker* und Karl Georg *Pfleiderer* im FDP-Bundesvorstand über das Thema „Liberalismus und europäische Integration" referierten[62], zeigte sich, daß innerhalb der FDP noch immer zwei verschiedene Denkschulen der Außenpolitik miteinander konkurrierten. Während *Becker* die von der FDP-Bundestagsfraktion mehrheitlich vertretene Linie nachzeichnete, die auf eine Fortsetzung der europäischen Integrationspolitik hinauslief trotz sich verschlechternder Rahmenbedingungen (Abrücken Frankreichs von der EVG; Umstellung der Politik der USA vom Containment auf eine „Politik der sog. freien Initiative"; Regierungswechsel in Italien[63]), vertrat *Pfleiderer* „dissidente Ansichten".[64] Letzterer sah die Aussichten für die europäische Integration unter noch kritischerer Perspektive als *Becker* – aufgrund von Frankreichs dezidierter nationalstaatlicher Orientierung gab er ihr kaum noch eine Chance –, und in der Beurteilung der Sowjetunion kamen sie zu gegensätzlichen Ergebnissen. *Becker* glaubte nach wie vor an eine reale Bedrohung durch den „russischen Imperialismus"[65], während *Pfleiderer* im Gegensatz hierzu auf absehbare Zeit nicht mit einem Angriff der Sowjetunion rechnete. *Becker* wiederum hielt die europäische Integrationspolitik für einen Wert an sich, *Pfleiderer* hingegen beurteilte sie unter dem Aspekt, ob und inwieweit sie das „erste Ziel" der Außenpolitik der Bundesrepublik, „die Wiedervereinigung", zu fördern vermochte.[66] Die EVG, mit deren Konstruktion auch *Becker* unzufrieden war, die aber seiner Meinung nach umgebaut werden konnte[67], sah *Pfleiderer* nur unter dem Gesichtspunkt, inwieweit sie als „Druckmittel" zur Wiedervereinigung benutzt werden konnte.[68] Zu gegebener Zeit mußte sie seiner Meinung nach aufgegeben werden, denn sonst „bleibt Deutschland geteilt".[69] In Anlehnung an seine bereits 1952 vorgetragenen Gedanken plädierte *Pfleiderer* für ein Überdenken der Politik gegenüber der Sowjetunion, für ein Zurück-

59 Nr. 39, S. 1303 f.
60 Ebd., S. 1304 ff.
61 Ebd., S. 1307.
62 Nr. 40, S. 1347–1368.
63 Ebd., S. 1347.
64 Ebd., S. 1356.
65 Ebd., S. 1349.
66 Ebd., S. 1366.
67 Ebd., S. 1350 f.
68 Ebd., S. 1363 f.
69 Ebd., S. 1362.

schrauben revisionistischer Forderungen, da nur mit Zustimmung der Sowjetunion eine „Wiedervereinigung in Frieden" möglich sei.[70] Auch die Lösung der Saarfrage, die *Pfleiderer* nur beiläufig ansprach, stellte er ganz unter den Aspekt der von ihm gewünschten „Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen"[71]; *Becker* hingegen wiederholte den von der Fraktion eingenommenen Standpunkt, an der Zugehörigkeit der Saar zu Deutschland festzuhalten, Frankreich aber wirtschaftliche Konzessionen anzubieten. Einen Verzicht auf die Rückgliederung der Saar in das deutsche Staatsgebiet stellte *Becker* nur für den Fall in Aussicht, daß eine „europäische Gemeinschaft vorhanden ist" mit gemeinsamer bundesstaatlicher Exekutive und gemeinsamem europäischen Parlament mit deutscher Beteiligung.[72]

In der außenpolitischen Grundsatzdebatte, die der Bundesvorstand einen Monat später bei Abwesenheit der beiden Referenten *Becker* und *Pfleiderer* führte, stand das Saarproblem – insbesondere im Zusammenhang mit der Ratifizierung des EVG-Vertrages und der europäischen Integration sowie der Wiedervereinigung und der Rückgliederung der deutschen Ostgebiete – im Zentrum der Diskussion.[73] Dabei vertrat der Bundesvorstand mehrheitlich die Auffassung, weiterhin am EVG-Vertrag festzuhalten. Es bestanden aber starke Zweifel, ob sich in Frankreich eine Mehrheit hierfür finden würde. Da hiervon abgesehen „keiner mehr an das Werden eines Bundesstaates Europa" glaubte, wie *Blücher* sagte[74], ergaben sich für eine für die FDP akzeptable Saarlösung große Probleme, denn bisher hatte die FDP den von Frankreich geforderten Verzicht der Rückgliederung der Saar an Deutschland – wie auch *Becker* ausgeführt hatte – nur im Rahmen einer europäischen Lösung für möglich gehalten. Hinzu kam, wie ebenfalls *Blücher* erklärte, die Verflechtung der Saarfrage mit der Wiedervereinigung und dem Anspruch auf die Rückgabe der Ostgebiete: „Wir dürfen durch eine Preisgabe der Saar" – so der FDP-Vorsitzende wörtlich – „nicht die Sache im Osten präjudizieren, ohne an der Saar den Modellfall für eine mögliche Lösung im Osten zu schaffen."[75] Bei der Suche nach Auswegen aus den damit gegebenen Problemen tat sich – wie die Diskussion zeigte, in deren Verlauf verschiedene Möglichkeiten von Zwischenregelungen erwogen wurden – die Partei ungemein schwer, und das Ergebnis bezüglich der Saarfrage, das *Blücher* am Ende der Aussprache verkündete, verrät Rat- und Hilflosigkeit: „Wir müssen die Behandlung der Saarfrage am nächsten Samstag [Bundesparteitag] trennen von der Behandlung der Saarfrage in Kabinett und Fraktion, und wir müssen mit sehr knappen Worten unseren bisherigen grundsätzlichen Standpunkt wiederholen. Ich sehe keine anderen Möglichkeiten, schon, damit die Bereitschaft zu Zugeständnissen in Gesprächen nicht zu groß wird und damit sich die alte Situation nicht wiederholt, daß wir am

70 Ebd., S. 1367 f.
71 Ebd., S. 1367.
72 Ebd., S. 1351 f.
73 Nr. 42.
74 Ebd., S. 1413 f.
75 Ebd., S. 1395.

nationalen Portepeé gefaßt werden, weil wir vorher nichts gesagt haben. Wir kommen nicht daran vorbei, unsere bisherige Haltung auszusprechen."[76]

5. Rundfunk- und Pressefragen

Rundfunk- und Pressefragen behandelte der FDP-Bundevorstand erstmals am Rande des Bremer Parteitages im Juni 1949. Zur Diskussion standen die bevorstehende Zusammenlegung der beiden Nachrichtendienste dpd und DENA sowie die personelle Zusammensetzung des Verwaltungsrates des NWDR. Der Bundesvorstand hielt eine stärkere personelle Vertretung der FDP in den Organen der Nachrichteninstrumente für erforderlich, damit „die historisch gewordene Einseitigkeit ausgeglichen werde".[1] Entsprechend hieß es in einer vom Parteitag verabschiedeten Resolution, daß sich die FDP „gegen ein Vorrecht einzelner politischer Richtungen bei der Zusammensetzung der Aufsichtsorgane" der geplanten zentralen Nachrichtenagentur sowie dem NWDR ausspreche. Gerade die letztgenannte Einrichtung war der FDP ein Dorn im Auge, denn „die derzeitige Zusammensetzung des Verwaltungsrates des NWDR" gab „besondere Veranlassung" für die Verabschiedung der Resolution.[2]

Der NWDR verblieb auch in den folgenden Jahren im Zentrum der Kritik der FDP am Rundfunk. So begründete *Mende* z. B. im Januar 1951 die Forderung nach einer Neuordnung des Rundfunkwesens mit der Feststellung, daß „die derzeitige politische Gebarung des NWDR als ein stetiges Aushöhlen der politischen staatlichen Kräfte und der öffentlichen Meinung betrachtet werden" könne.[3] Hermann *Schäfer* unterstützte *Mende* mit der Äußerung, daß „eine sozialistische Mehrheit die ganze Sache in die Finger bekommen" habe und eine Änderung vonnöten sei.[4] Hier taten sich allerdings Schwierigkeiten auf, da das Grundgesetz die Aktionsmöglichkeiten des Bundes beschnitt und außerdem Rechte der Westmächte (noch bestehende alliierte Gesetze und die Zuständigkeit bei der Zuteilung von Wellenbereichen) tangiert waren. Was den letzten Punkt anbetraf, so glaubten *Mende* und *Schäfer* auf die Unterstützung durch die Amerikaner hoffen zu können, „wenn wir – so *Schäfer* – auf die Bedeutung des Rundfunks für Verteidigungsdinge hinweisen".[5] *Mayer* sah da allerdings Schwierigkeiten, weil einerseits die Amerikaner grundsätzlich Eingriffen in das Rundfunkwesen abgeneigt seien und andererseits nur die FDP Interesse an einer Änderung habe, „die SPD [aber] nicht, und die CDU schon gar nicht".[6] So fiel das Ergebnis der Sitzung mit der Forderung nach einem „Rundfunkbeauftragten" der Partei, „der alle Sendungen abhört" *(Schäfer),*

76 Ebd., S. 1421.
1 Nr. 5 c, S. 55.
2 Ebd., Anm. 1.
3 Nr. 10, S. 187.
4 Ebd.
5 Ebd.
6 Ebd.

der Erörterung von Möglichkeiten des Boykotts von Rundfunkanstalten durch die FDP *(Schwennicke)* bzw. eines „Hörerstreikes" *(Schäfer)* und der Erteilung eines Auftrages an *Mende* und *Dehler* zur Ausarbeitung eines Aktionsplanes etwas mager aus.[7]

Bis zum Juli 1952, als der FDP-Bundesvorstand das Problem des Rundfunks wieder aufgriff, hatte sich wenig geändert. Nach *Mende* waren alle bisher unternommenen Neuordnungsbemühungen an der Alliierten Hohen Kommission gescheitert und Hauptausschuß und Verwaltungsrat des NWDR weiterhin von der SPD beherrscht. Allerdings konnte *Mende* nunmehr erstmals auf Pläne einer Entflechtung des NWDR und Überlegungen des Bundes, sog. Deutschlandsender einzurichten, hinweisen, die seiner Meinung nach für eine personelle Vertretung von FDP-Repräsentanten bessere Voraussetzungen schufen.[8] *Middelhauve* und *Schäfer* signalisierten ihre Zustimmung, wobei *Schäfer* für die Aufsichtsgremien der neu zu schaffenden Einrichtungen eine neue „Quotenverteilung" vorschlug, nach der zunächst „ein bestimmtes Quantum [. . .] der Regierung vorbehalten" bleiben müsse und „der Rest [. . .] auf die politischen Parteien aufgeteilt werden" solle.[9] Auf Vorschlag *Blüchers* sollte in der Bundesgeschäftsstelle der FDP eine „Rundfunküberwachung eingerichtet [werden] mit dem Ziel, die Sendungsinhalte zu verfolgen und überall da, wo politische Wege der Diskriminierung gegen uns oder der Verletzung der notwendigen Objektivität begangen wurden, einzugreifen".[10]

Wie aus dem Protokoll über die Bundesvorstandssitzung der FDP vom 18./19. Dezember 1953 hervorgeht, ist die Einrichtung einer Rundfunküberwachung in der Bundesgeschäftsstelle jedoch „an den technischen und organisatorischen Schwierigkeiten gescheitert", so daß sich die FDP damit behelfen mußte, daß *Mende* und ein Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle möglichst die politischen Sendungen abhörten, um eventuell „sofort anrufen [zu] können".[11] Auch ansonsten zog *Mende* in seinem Einführungsreferat eine eher trübe Bilanz der rundfunkpolitischen Arbeit der FDP und bezog sich dabei wiederum insbesondere auf den NWDR, wo bisher alle Versuche der Liberalen, eine personelle Vertretung im Hauptausschuß oder Verwaltungsrat durchzusetzen, gescheitert seien. Erneut verwies *Mende* auf die Notwendigkeit einer Neuordnung des Rundfunkwesens, die „schon aus machtpolitischen Gründen" gegeben sei, und erläuterte sodann einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer „Anstalt des öffentlichen Rechts des deutschen Rundfunks", die die Deutsche Welle, den Deutschen Kurzwellendienst und den Deutschen Fernsehrundfunk betreiben sollte.[12]

Mendes pessimistische Beurteilung der bisherigen Rundfunkpolitik der FDP wurde nicht von allen Vorstandsmitgliedern geteilt. *Schwennicke* z. B. ging auf

7 Ebd., S. 188.
8 Nr. 19, S. 359 f.
9 Ebd., S. 360.
10 Ebd., S. 360 f.
11 Nr. 39, S. 1274.
12 Ebd., S. 1264–1267.

die bevorstehende Gründung des SFB ein, wo es bei der Besetzung des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates gelungen sei, CDU und FDP eine beherrschende Stellung einzuräumen und die SPD in „eine klare Minderheit" zu bringen.[13] Positiv war auch der Bericht *Haußmanns* über die Lage beim Süddeutschen Rundfunk gehalten, da „sich die Verhältnisse sowohl in dem Verwaltungsrat als auch im Rundfunkrat [. . .] nach der politischen und auch sonstigen Seite eigentlich recht gut entwickelt" hätten.[14] Selbst *Rinné*, in der Bundesgeschäftsstelle für Rundfunkfragen zuständig und mit *Mende* in enger Zusammenarbeit verbunden, gab eine Darstellung der Situation beim NWDR, die erheblich positiver ausfiel als *Mendes* Referat. So wußte z. B. *Rinné* zu berichten, daß der NWDR der FDP ebenso wie der CDU und der SPD „den Anspruch auf regelmäßig wiederkehrende Sendezeiten zuerkannt" habe und außerdem Aussicht bestehe, die Wahl *Mendes* in den Verwaltungsrat des NWDR durchzusetzen. Die verbesserte Position der FDP führte *Rinné* auf die Entwicklung seit der Bundestagswahl von 1953 zurück. Seinerzeit habe nämlich die CDU nach ihrem Wahlsieg versucht, „in sämtlichen Rundfunkanstalten nunmehr zur ganz schnellen Machtergreifung zu kommen". Infolge des Bestrebens der Union, „die bisherige Monopolstellung der SPD zu brechen" und „eine einfache Wachablösung zugunsten der CDU" durchzuführen, sei es zu einem Machtkampf zwischen beiden Parteien gekommen, der „der FDP erstmalig die Chance einer gewissen Mitsprachemöglichkeit eröffnet" habe.[15]

Das Ergebnis der Beratungen des Bundesvorstandes war die Forderung, daß die notwendige Neuordnung des Rundfunks unter angemessener Berücksichtigung der Interessen des Bundes zu erfolgen habe. Als Elemente der Neuordnung wurden die „baldige Errichtung eines Bundesrundfunkrates, eines Bundessenders mit langer Welle (Deutschlandsender) sowie die Schaffung einer Bundesfernsehanstalt" genannt. Eine „Aufrechterhaltung des NWDR" stieß nach wie vor auf Ablehnung, befürwortet wurde hingegen die „gesetzliche Festlegung eines Finanzausgleichs" zwischen den Rundfunkanstalten. Weiter forderte die FDP eine „Vereinheitlichung in der Zusammensetzung der künftigen Rundfunk- und Verwaltungsräte" nach dem Vorbild des SFB.[16]

13 Ebd., S. 1267 f.
14 Ebd., S. 1268 f.
15 Ebd., S. 1270 ff.
16 Ebd., Anm. 24, S. 1275.

E. Der Schock der Bundestagswahl von 1953 und seine Folgen

1. Auf der Suche nach einer Standortbestimmung

Über die Stimmenverluste bei der Bundestagswahl von 1953 war die FDP schockiert. *Blücher* begrüßte die Mitglieder des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion fünf Tage nach der Wahl mit den Worten: „Es kann nicht die Aufgabe von uns sein, uns über den Ernst des Geschehens vom 6. September für die Partei hinwegzutäuschen; das ist unmöglich und irgendeine Schöntuerei wäre töricht."[1] Die Liberalen fühlten sich mittelfristig in ihrer Existenz bedroht und hielten daher eine Analyse der Ursachen für ihr schlechtes Abschneiden ebenso für erforderlich wie eine Erörterung der Konsequenzen, die nun zu ziehen waren. Als wesentlich für den Ausgang der Wahl konstatierte die FDP zunächst einmal – wie schon dargestellt wurde – den sog. *Adenauer*-Sog, über dessen Ausmaß und dessen Dauer allerdings anfangs Unsicherheit bestand.[2] Eine erste Folge des Wahlergebnisses war sodann – worauf ebenfalls bereits hingewiesen wurde – der Wiedereintritt in die Bundesregierung mit dem Willen, die Eigenständigkeit der FDP in der Koalition fortan zu betonen.[3]

Als der Vorstand der FDP in der zweiten Dezemberhälfte 1953 zusammentrat, um nunmehr schon mit einer gewissen Distanz zum Wahlergebnis über „den geistig-politischen Standpunkt der FDP innerhalb der gegenwärtigen Entwicklung in Deutschland und der Welt" zu diskutieren, stand am Anfang des einleitenden Referats von Hermann *Schäfer* erneut die Frage nach den Ursachen für die Stimmenverluste der FDP. Zu ihrer Beantwortung verwies *Schäfer* neben dem „*Adenauer*-Trend" auf den „Kofessionalismus".[4] Damit sprach er ein Problem an, das die FDP bereits seit Beginn des Jahres 1953 verstärkt beschäftigt hatte und das in den Wochen und Monaten nach der Wahl in den Debatten der FDP einen besonderen Stellenwert einnahm.

Das Verhältnis zwischen der FDP und den Kirchen, besonders der katholischen Kirche, war durch gegenseitige Vorbehalte belastet, die im wesentlichen durch die jeweiligen Positionen in der Kultur- und Schulpolitik bedingt waren. Hinweise hierauf enthalten die Diskussionen im Parlamentarischen Rat[5] und ebenso eine FDP-Bundesvorstandssitzung am Rande des Münchener Parteitages im September 1951, in der *Luchtenberg* vor allem im Hinblick auf die Einstellung der katholischen Kirche eine Intensivierung der Kulturpolitik der

1 Nr. 36, S. 1138.
2 Siehe oben, S. LXXXI f.
3 Siehe oben, S. LXXXII.
4 Nr. 39, S. 1275.
5 Siehe oben, S. LXX f.

FDP gefordert hatte.[6] Hierbei ging es allerdings in erster Linie um eine Darstellung der Kulturpolitik der Partei in der Öffentlichkeit, der Anfang Januar 1953 auch eine Rede von Walter *Erbe* über Kultur- und Schulpolitik anläßlich des Stuttgarter Dreikönigstreffens diente.[7] Bei gleicher Gelegenheit ließ der Parteivorsitzende *Blücher* jedoch vernehmen, daß sich die FDP in Zukunft „im verstärkten Maße" an die Kirchen selbst wenden werde.[8]

Diese Ankündigung nahm Thomas *Dehler* wenige Tage später im Bundesvorstand auf, als er die Frage stellte, ob es nicht möglich sei, nunmehr „das vielbesprochene Gespräch mit den Kirchen von der Bundespartei her aufzunehmen".[9] Wie problematisch zu dieser Zeit führende Liberale das Verhältnis vor allem zur katholischen Kirche einschätzten, belegen Äußerungen *Middelhauves* und *Dehlers*. *Middelhauve* erhob den Vorwurf, die Kirchen versuchten, „in immer schärferer Form" die FDP zu „diffamieren", und *Dehler* konstatierte, die katholische Kirche trete „zu einem großen Machtkampf an". Gleichwohl plädierte *Dehler* für einen Gesprächsversuch, dem *Middelhauve* skeptisch gegenüberstand.[10]

Worum es der FDP in den von ihr geplanten Gesprächen mit Kirchenvertretern gehen mußte, dafür bestanden für *Dehler* und den Parteivorsitzenden *Blücher* keine Zweifel. Von *Dehler* ist der Ausspruch überliefert: „Wir dürfen uns den Charakter einer antichristlichen Partei nicht gefallen lassen"[11], und *Blücher* stellte im Mai 1953 fest: „Wir müssen diesem Märchen unserer Religionsfeindlichkeit entgegentreten."[12] Dies geschah aufs Ganze betrachtet mit geringem Erfolg, denn noch Ende Juli 1953 stellte *Blücher* fest, daß „in diesen Bundestagswahlkampf nichtswürdig das Problem unserer angeblichen Religionsfeindlichkeit hineingetragen" werde.[13]

Wenn in den Beziehungen zwischen FDP und Kirchen weiterhin die Konfliktbereitschaft überwog, so lag dies nicht zuletzt an Thomas *Dehler*. Er hatte während der zentralen Wahlkampferöffnungsveranstaltung der FDP am 27. Mai 1953 in Frankfurt am Main unter Bezugnahme auf die Sylvester-Ansprache von 1952 von Bischof Julius *Döpfner* mit den Worten Bezug genommen: „Wir hoffen, daß die Kirchen selber ihre letzten Aufgaben erkennen und nicht die Kirchen entweihen zu politischen Zwecken." Als im Anschluß hieran Zeitungen meldeten, *Döpfner* habe *Dehler* vorgeworfen, ihm „theologische Phrasen" angedichtet zu haben, stellte *Dehler* Strafantrag gegen den Bischof und sorgte somit dafür, daß der in der Öffentlichkeit bestehende Eindruck eines Dissenses zwischen Kirche und FDP noch vertieft wurde und während der Dauer des Wahlkampfes erhalten blieb. Wie voreilig *Dehler* gehandelt hatte, stellte sich Anfang Oktober 1953 heraus, als die Wiedergabe von *Döpfners* Äu-

6 Nr. 14 c, S. 277 f.
7 Nr. 27, Anm. 24, S. 780.
8 Ebd., Anm. 25.
9 Ebd., S. 779.
10 Ebd., S. 779 f.
11 Ebd., S. 780.
12 Nr. 31, S. 1011.
13 Nr. 35, S. 1129.

ßerung in der Presse berichtigt wurde und *Dehler* daraufhin seinen Strafantrag zurückzog.[14]

Die Attacken, die *Dehler* und andere FDP-Politiker gegen die Kirche ritten, stießen im FDP-Bundesvorstand auch auf Kritik. So mahnte Hans *Wellhausen* Ende Oktober 1953 im Hinblick auf das Bundestagswahlergebnis für die FDP, die Partei müsse ihre „Stellung zum Christentum schon etwas anders herausstellen". In Anspielung auf *Dehler* fuhr er dann fort: „Wir sahen immer zuerst den Schwarzen Mann der Intoleranz, niemals den Mann, der sich bemüht."[15] In die gleiche Kerbe hieb *Euler,* als er sagte: „Man kann dieses Problem nicht einfach vom Standpunkt des Antiklerikalismus behandeln, dann setzt man sich der Gefahr aus, von den gläubigen Christen mißverstanden zu werden."[16] *Dehler* zeigte sich jedoch auch nach diesen Einwendungen uneinsichtig, griff im Bundesvorstand erneut die Kirchen an und erklärte die Möglichkeit, mit ihnen „Frieden zu schließen", für eine „Illusion".[17]

Von dieser Auffassung wollte *Dehler* auch nicht lassen, als der FDP-Bundesvorstand Ende Januar 1954 eine mehrstündige Aussprache über die Beziehung der Partei zu den Kirchen führte. *Dehler* stimmte zwar dem von verschiedenen Seiten unterbreiteten Vorschlag zu, mit den Kirchen das Gespräch zu suchen, blieb aber in bezug auf das Ergebnis, soweit es die katholische Kirche betraf, skeptisch. *Dehler* besaß keine Hoffnung, mit ihr „zu einer Verständigung zu kommen", sondern gab sich überzeugt, daß die FDP „den Kampf mit der katholischen Kirche bestehen" müsse. Problematisch war dabei allerdings, daß auch *Dehler* der Auffassung war, daß die FDP das „Odium des Unchristlichen, des Jakobinertums, des Antichristlichen" von sich wegbringen müsse, denn das sei „verheerend und vernichtend, nicht nur bei den Gläubigen, auch bei der Zwischenschicht, die nur eine lockere Bindung an ihre Kirchen hat".[18]

Mit dieser letzten Bewertung stand *Dehler* nicht allein. Karl *Hepp* aus Hessen z. B. stellte unwidersprochen die These auf, daß die Diskussion über das Verhältnis von FDP und Kirchen aus der Sorge „um den Bestand unserer Partei" geführt werde.[19] Den Bayer Konrad *Frühwald* trieb die Frage um, wie die FDP von dem Odium wegkomme, als ob sie „grundsätzlich kirchenfeindlich" sei[20], einen Vorwurf, den *Blücher* mit der Feststellung kommentierte, er halte das „Schlagwort vom Antiklerikalismus für das parteischädlichste, das es gibt". *Blücher* verlangte für die Zukunft eine Haltung der FDP gegenüber den Kirchen, die nicht nur in „Abwehr" und „Negation" bestehe, sondern sich „positiv" äußere. Der Parteivorsitzende sprach für die Mehrheit des Bundesvorstandes, wenn er das „Gespräch mit den Kirchen" als „notwendig" be-

14 Nr. 40, Anm. 15 und 16, S. 1330 f.
15 Nr. 37, S. 1206.
16 Ebd., S. 1209.
17 Ebd., S. 1211.
18 Nr. 40, S. 1330-1333.
19 Ebd., S. 1340.
20 Ebd., S. 1334.

zeichnete, nicht zuletzt deshalb, um eine Legitimation gegenüber der Öffentlichkeit zu haben.[21]

Ein erstes Zeichen einer veränderten Einstellung zu den Kirchen setzte der FDP-Bundesvorstand, als er für den Wiesbadener Bundesparteitag die örtlichen Repräsentanten der Kirchen, Kirchenpräsident Martin *Niemöller* und Prälat Friedrich *Wolf,* einlud, dem Parteitag als Ehrengäste beizuwohnen. Während *Niemöller* ein freundliches Antwortschreiben sandte und sein zeitweises Erscheinen ankündigte[22], sagte *Wolf* mit der Begründung ab, „die tiefgreifenden weltanschaulichen Gegensätze" würden seine Teilnahme nicht erlauben.[23] *Wolf* dokumentierte damit die andauernden Vorbehalte von katholischer Seite gegenüber der FDP, die wiederum mit der Wahl von *Dehler* zum neuen Bundesvorsitzenden auf dem Wiesbadener Parteitag eine Personalentscheidung traf, die das Verhältnis zwischen den Liberalen und der katholischen Kirche vor neue Probleme stellte.

Im Vergleich zum „Kirchenproblem" traten in den Monaten nach der Bundestagswahl von 1953 in der innerparteilichen Diskussion über „die Neubildung und Ausgestaltung" der „politischen Arbeit"[24] andere Fragen in den Hintergrund. Die fdk ließ zwar im Dezember 1953 verlauten, daß die Partei an der „Hervorhebung einiger wesentlicher programmatischer Gedanken und Ziele zur Zeitlage" arbeite[25], und der Bundesvorstand beschloß wenig später auch einen ganzen Katalog von Themen, über die umgehend beraten und entschieden werden sollte.[26] Dies ist dann allerdings nur zum geringen Teil geschehen. Denn in den Sitzungen bis zum Wiesbadener Parteitag von 1954 diskutierte der Bundesvorstand, soweit es sich um Sachprobleme handelte, neben der „Kirchenfrage" allein Grundsatzfragen der Außenpolitik, auf die bereits eingegangen worden ist[27], und die Spezialthemen einer Finanz- und Steuerreform.[28] Erwartungsgemäß fiel daher in programmatischer Hinsicht das Ergebnis des Wiesbadener Parteitags auch etwas mager aus: Neben den Grundsatzreden *Blüchers* und *Dehlers* sind lediglich einige Resolutionen zu nennen, die der Parteitag zu Einzelthemen verabschiedete.[29] Wenn der Parteitag dennoch durch die fdk als Beginn einer „neuen Ära des Parteilebens" bezeichnet wurde[30], so deshalb, weil es an der Parteispitze einen Wechsel gegeben hatte.

21 Ebd., S. 1344 f.
22 Nr. 43 a, Anm. 9, S. 1431.
23 Ebd., Anm. 10.
24 Nr. 39, S. 1279.
25 Nr. 39, Anm. 39, S. 1299.
26 Ebd., S. 1301.
27 Siehe oben, S. XCI ff.
28 Nr. 40, S. 1313–1325.
29 fdk, 5. Jg., Nr. 14 vom 9. 3. 1954, S. 5–12.
30 Ebd., S. 2–4.

2. *Personelle Konsequenzen: Von Blücher zu Dehler*

Im Verlaufe der Zeit, die *Blücher* als Parteivorsitzender amtierte, gab es an seiner Amtsführung (in Partei und Regierung) wiederholt Kritik, die auch schon vor dem Wahldebakel der FDP im September 1953 zu Rücktrittsforderungen an die Adresse *Blüchers* bzw. zu Rücktrittsdrohungen des Parteivorsitzenden führten. Eine Auswechselung *Blüchers* scheinen die „rechtsstehenden Landesverbände" erstmals am Münchener Parteitag versucht zu haben, als einer ihrer Repräsentanten, *Frhr. von Rechenberg,* seine Gegenkandidatur bei der Neuwahl des Vorsitzenden anmeldete. *von Rechenberg* unterlag jedoch, und er hat im nachhinein die Absicht bestritten, „*Blücher* zu stürzen".[1]

Von Attacken des „rechten" Parteiflügels blieb *Blücher* auch im folgenden nicht verschont, und der niedersächsische Landtagsabgeordnete Reinhold *Kreitmeyer* forderte den Parteivorsitzenden in einer Bundesvorstandssitzung am Rande des Parteitages von Bad Ems 1952 unverblümt zum Rücktritt auf.[2] Mit dieser Forderung stand allerdings *Kreitmeyer* zu diesem Zeitpunkt noch allein, denn *Blüchers* Hauptopponenten *Middelhauve* und *Euler* arbeiteten nicht auf einen Sturz *Blüchers,* sondern lediglich auf seine Schwächung hin, die sie mit der von ihnen durchgesetzten Wahl *Middelhauves* zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden zu erreichen hofften.[3]

Wenn dieses Konzept nicht aufging, so lag dies zum einen daran, daß *Blücher Middelhauve* von der „praktischen Parteiführung" auszuschließen verstand[4], zum andern war es eine Folge der Verstrickung *Middelhauves* in die Naumann-Affäre, die ihn ab Januar 1953 seiner Handlungsfähigkeit weitgehend beraubte. Dies hatte jedoch alles andere als eine Stärkung der Stellung *Blüchers* zur Folge. Die fortdauernden Querelen innerhalb der Partei setzten ihm sichtlich zu und fingen an, ihn zu zermürben. In einer Debatte über die Naumann-Affäre im Bundesvorstand kündigte er Ende April 1953 erstmals seinen Rücktritt an, sofern es nicht gelingen sollte, „eine echte Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens, den wirklichen politischen Willen der Landesverbände" zu erreichen.[5] Nur wenige Tage später hat *Blücher* angeboten, sein „Amt in der Regierung und Partei niederzulegen"[6], dieses Angebot im folgenden aber nicht realisiert. Dabei war sich *Blücher* bewußt, daß er als Parteivorsitzender weiterhin umstritten war und er nur noch wenig Resonanz bei der Parteibasis fand. Dies kam unübersehbar in den Debatten über die Direktkandidatur *Achenbachs* im Wahlkreis Essen zum Ausdruck.[7] Der Aufforderung aus dem Bundesvorstand an den Parteivorsitzenden, der zugleich Ehrenvorsitzender des Essener Kreisverbandes war, in einer Sitzung dieses Kreisver-

1 Nr. 14 e mit Anm. 3, S. 284.
2 Nr. 25 c, S. 643.
3 Siehe oben S. LV f.
4 Siehe oben S. LIX.
5 Nr. 30, S. 959 f.
6 Nr. 31, S. 1009.
7 Siehe oben S. LXV f.

bandes zu erscheinen und *Achenbach* entgegenzutreten, wollte *Blücher* nicht nachkommen, da er befürchtete, *Achenbach* möglicherweise zu unterliegen.[8]

Nach der Wahlniederlage der FDP im September 1953 fand nunmehr das Verlangen nach einem Wechsel an der Parteispitze immer breitere Zustimmung. Den Startschuß zur Personaldiskussion im Bundesvorstand gab Bundesschatzmeister *Rubin* in der Sitzung am 23. Oktober 1953, als er feststellte: „In erster Linie steht doch die Frage an, ob ein Wechsel im Parteivorsitz eintreten soll oder nicht."[9] Der Vorsitzende des Landesverbandes Bremen, Georg *Borttscheller,* griff im Laufe der Sitzung diese Frage auf und beantwortete sie mit den Worten: „Wir brauchen eine Spitze bzw. an der Spitze eine stärkstens profilierte Persönlichkeit, denn Persönlichkeiten machen Geschichte und machen Politik. Schaffen wir erst mal die richtige Person am richtigen Platz!"[10] Für eine „richtige Spitze der Partei" votierte auch Alfred *Onnen*[11], und selbst *Rademacher,* der dem „linken" Flügel angehörte, hatte für *Blücher* nur kritische Worte übrig, wenn er im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf erklärte: „Bei der CDU war der starke Mann da, und es wäre gut gewesen, wenn auch bei uns eine politische Führung dagewesen wäre."[12] Hermann *Schäfers* Einwand, es sei „nichts getan mit dem Wunder des starken Mannes, also mit dem Parteivorsitzenden allein", dazu gehöre „schon eine Mehrheit guter Leute"[13], vermochte, wie Einwürfe *Onnens* und *Eulers* belegen, an der Stimmung gegen *Blücher* wenig zu ändern.

Es hat den Anschein, als ob *Blücher* zu diesem Zeitpunkt schon resigniert hatte. An der Bundesvorstandssitzung am 23. Oktober 1953 nahm er, weil er erkrankt war, nicht teil. Aber auch bei den beiden folgenden Sitzungen fehlte der Bundesvorsitzende und ließ sich von Hermann *Schäfer* vertreten. Er erschien erst wieder Ende Januar 1954 auf der Bildfläche, als in der FDP die Entscheidung bereits gefallen war, daß *Blücher* als Parteivorsitzender weichen sollte. Begründet wurde dieses Verlangen nach wie vor vor allem damit – wie Karl *Hepp* im Januar 1954 im Bundesvorstand wiederholte –, daß es *Blücher* in der Vergangenheit „an der entschiedenen Vertretung liberaler Auffassungen gegenüber der CDU, dem Bundeskanzler Dr. *Adenauer,* hat[te] fehlen lassen".[14] Eine Kampagne gegen *Blücher,* die *Middelhauve* Mitte November 1953 gestartet hatte, zielte in dieselbe Richtung, da ihr die Erwägung zugrunde lag, „wie man den Parteivorsitzenden aus der Situation befreie, daß er unter einem anderen Parteivorsitzenden, der gleichzeitig Bundeskanzler sei, im Kabinett stehen müsse", und als Ausweg die Lösung anbot, das Amt des „Ersten Parteivorsitzenden von einer Kabinettsmitgliedschaft zu trennen".[15]

8 Nr. 35, S. 1118.
9 Nr. 37, S. 1179.
10 Ebd., S. 1201.
11 Ebd., S. 1202.
12 Ebd., S. 1205.
13 Ebd., S. 1207 f.
14 Nr. 40, S. 1341.
15 Nr. 41 b, S. 1391.

Über die Diskussion, die am 23. Januar 1954 im Beisein *Blüchers* über die Neuwahl des Bundesvorsitzenden und des Bundesvorstandes geführt worden ist, liegt kein Protokoll vor. Erst über die Fortsetzung dieser Aussprache am 13. Februar 1954 gibt es wieder eine Niederschrift, die die Feststellung erlaubt, daß die Kandidatur *Dehlers* für den Bundesvorsitz nunmehr feststand. Bei dieser Gelegenheit wehrte sich *Blücher* gegen die „Geschichtslüge", „freiwillig" zurückgetreten zu sein. Er kündigte an, daß er seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur nicht „mit seiner Tätigkeit in der Bundesregierung" begründen werde, um kein Präjudiz „für künftige ähnlich gelagerte Fälle" zu schaffen. Ebenso lehnte er es ab, „eine Begründung mit seinem Gesundheitszustand [zu] akzeptieren". Schließlich betonte er, daß er es „lediglich zu keiner Kampfabstimmung kommen lassen" wolle und sich „einer Mehrheit der Parteimeinung" beuge. *Blücher* ließ allerdings keinen Zweifel daran aufkommen, daß er verbittert aus dem Amt schied, als er bemerkte: „Im übrigen müsse er leugnen, daß in der Vergangenheit menschlicher Rücksicht ihm gegenüber Genüge getan worden sei."[16]

Blücher legte auch im folgenden Wert darauf festzustellen, daß er nicht von seinem Amt als Parteivorsitzender zurücktrete, sondern lediglich nicht mehr für den Parteivorsitz kandidiere.[17] Hierauf war nach *Blüchers* Meinung beim Wahlakt des neuen Bundesvorsitzenden Rücksicht zu nehmen, und er verlangte daher, daß ohne Bezug auf den bisherigen Vorsitzenden der Vorschlag *Dehler* zur Abstimmung gestellt werden sollte.[18] Am Tag vor der Wahl seines Nachfolgers sah sich *Blücher* nochmals veranlaßt, im Bundesvorstand zu betonen, daß er es ablehnen müsse, seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur vor dem Parteitag mit Hinweisen auf sein Regierungsamt oder seine Gesundheit zu begründen, weil das „innerlich unwahr" sei. Solche Begründungen bezeichnete er als eine „Verlogenheit", die er „nicht mehr mitmachen würde", und er erhob die Forderung, „daß zumindest die Wahrheit erhalten" bleibe.[19]

Dem Wunsche *Blüchers* und den Beschlüssen des Vorstandes entsprechend gestaltete sich der Ablauf der Neuwahl des Bundesvorsitzenden, seiner Stellvertreter und der Beisitzer am 6. März 1954. Als einziger Kandidat für das Amt des Bundesvorsitzenden nominiert, erhielt Thomas *Dehler* mit 228 von 242 abgegebenen Stimmen einen überzeugenden Vertrauensbeweis. Ansonsten blieb die Zusammensetzung des Vorstandes im wesentlichen unverändert. Eine Neuerung gab es nur insofern, als mit dem Berliner Landesvorsitzenden *Schwennicke* neben *Schäfer* und *Middelhauve* nunmehr auch ein dritter stellvertretender Vorsitzender amtierte.[20] Die mit der Wahl *Dehlers* von der fdk verkündete „neue Ära des Parteilebens", die am Ende des vorigen Abschnittes bereits angesprochen wurde, begann also bei Licht betrachtet mit der „alten

16 Ebd., S. 1390.
17 Nr. 43 b, S. 1446.
18 Nr. 43 a, S. 1438.
19 Nr. 43 b, S. 1449.
20 Ebd., Anm. 15, S. 1451.

Führungsmannschaft", über deren liberale Qualität die „Frankfurter Rundschau" am 9. März 1954 urteilte: „Die greise Alterspräsidentin des Bundestages, Dr. Marie-Elisabeth *Lüders*, ist, so paradox das klingen mag, der einzige wirklich liberale Mann in dieser Partei."[21]

21 fdk, 5. Jg., Nr. 14 vom 9. 3. 1954, S. 12 a.

F. Tabellarische Übersicht über die Bundesparteitage von 1948 bis 1954

11./12. Dez. 1948	Gründungsparteitag in Heppenheim
11./12. Jun. 1949	Ordentlicher Bundesparteitag in Bremen
29./30. Apr. 1950	Ordentlicher Bundesparteitag in Düsseldorf
21.–23. Sep. 1951	Ordentlicher Bundesparteitag in München
12./13. Jul. 1952	Außerordentlicher Bundesparteitag in Essen
20.–22. Nov. 1952	Ordentlicher Bundesparteitag in Bad Ems
27./28. Jun. 1953	Außerordentlicher Bundesparteitag in Lübeck
5.–7. Mrz. 1954	Ordentlicher Bundesparteitag in Wiesbaden

Einrichtung der Edition

A. Zur Edition

Grundlage der hier edierten Protokolle ist der im Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach archivierte Bestand. Er ist bis auf wenige Lücken vollständig, wobei die Protokollexemplare zum Teil aus maschinenschriftlichen Originalen, zum Teil aus Durchschlägen bestehen. Andere Exemplare der jeweiligen Niederschriften, über deren Gesamtanzahl keine Angaben vorliegen, befinden sich in den Nachlässen von FDP-Politikern. Diese Überlieferungen sind jedoch alle mehr oder weniger lückenhaft. Auf die Angabe zusätzlicher Fundorte wurde im Einzelfall verzichtet. Lediglich für die Sitzung vom 1. 4. 1951 (Nr. 11) wurde auf die im Nachlaß von Erika *Fischer* enthaltenen Fragmente der Sitzungsniederschrift zurückgegriffen, da in der Sammlung der Vorstandsprotokolle kein Exemplar enthalten ist. Desgleichen fehlt in der Protokollsammlung eine Niederschrift für die Sitzung am 13. 1. 1952 (Nr. 15). Da sich auch in anderen einschlägigen Beständen kein Protokoll finden ließ, gelangen in diesem Fall lediglich das Teilnehmerverzeichnis, die Tagesordnung sowie die Beschlüsse zu einem Tagesordnungspunkt zum Abdruck. Wesentliche inhaltliche Ergänzungen enthalten bei diesem Dokument die Anmerkungen, in die die zum Teil ausführliche Berichterstattung über die Sitzung in den Tageszeitungen aufgenommen, bzw. zu einem Tagesordnungspunkt ergänzendes Material aus dem Archivbestand des FDP-Landesverbandes von NRW aufgeführt wird. Um den unterschiedlichen Charakter dieses Dokumentes gegenüber den Protokollen auch optisch zu kennzeichnen, wird es im Petitdruck wiedergegeben.

Bei der Mehrzahl der Protokolle handelt es sich um stenographische Niederschriften oder um Abschriften von Tonbandaufnahmen, ansonsten um Verlaufsprotokolle, die mehr oder weniger ausführlich gehalten sind. Die oftmals ebenfalls vorhandenen sehr knappen Beschlußprotokolle wurden für die Edition nicht berücksichtigt. Verantwortlich für die Protokollführung war meistens Erika *Fischer,* in wenigen Fällen (Nrn. 1 (teilweise), 6, 23, 32) lag die Verantwortung in anderen Händen. Ein Großteil der Protokolle ist allerdings ungezeichnet – jedoch liegt auch für sie die Annahme nahe, daß Erika *Fischer* ebenfalls verantwortlich zeichnete. Sie erhielt bei der Aufnahme – wie sich aus einigen Vorlagen ergibt – allerdings Unterstützung durch – heute nicht mehr namhaft zu machende – Stenographen.

Die Einrichtung der Edition richtet sich nach den Grundsätzen, die für die Gestaltung der bisherigen Bände maßgebend war. Die fortlaufend numerierte Dokumentenabfolge wird grundsätzlich durch die Chronologie bestimmt. Mehrere am selben Tag oder innerhalb weniger Tage (z. B. am Rande eines Bundesparteitages) nacheinander abgehaltene Sitzungen wurden dabei unter ei-

ner Nummer vereinigt und die einzelnen Dokumente jeweils durch kleine lateinische Buchstaben in der Reihenfolge des Alphabets bezeichnet.

An der Spitze eines jeden Dokumentes stehen zwei Kopfregesten. Das erste Regest enthält das Sitzungsdatum – bei mehreren Sitzungen an einem Tag auch die Uhrzeit, zu der die Sitzung begonnen hat – und bezeichnet das Dokument, indem das jeweilige Zusammentreffen näher gekennzeichnet (Sitzung, Vorbesprechungen) und die beteiligten Gremien aufgeführt werden: Das letztere ist deshalb notwendig, weil der Bundesvorstand nicht selten zusammen mit anderen Gremien tagte, so z. B. mit der Bundestagsfraktion oder dem außenpolitischen Ausschuß.

Das zweite Kopfregest gibt den genauen Fundort an und nennt – soweit bekannt - den Protokollführer. Darauf folgt – sofern in der Vorlage vorhanden – die Originalüberschrift. Sollte hierin eine Ortsangabe nicht enthalten sein, wird sie – wenn ermittelt – gesondert im zweiten Kopfregest aufgeführt. Den Abschluß bildet die Angabe – soweit bekannt – von Beginn und Schluß der Sitzung. Auf unvollständige Vorlagen wird im zweiten Kopfregest mit der Bezeichnung „Fragmente" hingewiesen.

Das Teilnehmerverzeichnis, das dem Text der Dokumente vorangestellt ist, ist grundsätzlich alphabetisch angeordnet und unterscheidet nicht nach Bundesvorstandsmitgliedern und anderen Sitzungsteilnehmern. Zur Unterscheidung von weiblichen und männlichen Teilnehmern sind die ersteren mit Vornamen aufgeführt. Bei letzteren wird ebenfalls ein Vorname angegeben, wenn Namensübereinstimmungen vorliegen (z. B. Hans und Walter Erbe). Sitzungsteilnehmer, die in der Vorlage des Teilnehmerverzeichnisses nicht enthalten sind, deren Anwesenheit jedoch aufgrund des Protokolls nachgewiesen werden kann, sind im Teilnehmerverzeichnis in eckigen Klammern [. . .] aufgeführt.

Die Tagesordnungspunkte sind in den Dokumententext eingeschoben und in Großbuchstaben geschrieben. Sind sie in der Vorlage nicht enthalten und vom Bearbeiter eingesetzt, so ist dies durch eckige Klammern gekennzeichnet. Die Sprecher sind durch KAPITÄLCHEN hervorgehoben, sonstige Namen in *Kursiv*schrift wiedergegeben. Da die Vorlagen in der Mehrzahl der Fälle nicht zur Weitergabe an die Sitzungsteilnehmer dienten, wurden die Texte vom Protokollanten nur ungenügend oder gar nicht redigiert. Es erwies sich deshalb als notwendig, hin und wieder einen falschen grammatikalischen Bezug oder offensichtliche Sinnentstellungen behutsam zu korrigieren. Hinweise hierauf erwiesen sich meist als entbehrlich. Gebräuchliche Abkürzungen werden beibehalten, ungebräuchliche aufgelöst, orthographische Fehler stillschweigend verbessert, altertümliche Schreibweisen modernisiert und die Interpunktion heutigem Gebrauch gemäß geändert. Hervorhebungen im Text werden nicht wiedergegeben, handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen nur kenntlich gemacht, wenn sie von Bedeutung oder größerem Umfang sind. Falsche Schreibweisen von Namen werden stillschweigend korrigiert, wenn der Gemeinte eindeutig zu identifizieren war. Ansonsten finden sich Erläuterungen in den Anmerkungen.

Der Anmerkungsapparat insgesamt ist bewußt knapp gehalten worden. Er beschränkt sich auf den Nachweis von Dokumenten, die in den Protokollen erwähnt werden, und auf die Erklärung von Zusammenhängen, die aufgrund der Protokolltexte unklar bleiben; er verweist – wo nötig und sinnvoll – auf einschlägige Quelleneditionen und Literatur, und er enthält Querverweise auf andere Dokumente der Edition, um auf diese Weise den jeweiligen Sachzusammenhang herzustellen und damit das Register zu ergänzen.

B. Verzeichnis der Archivalien

Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL), Gummersbach

Ordner-Nrn.: 45, 59, 60, 71, 81, 82, 93, 95, 98, 99, 133, 553, 693, 781, 994, 995, 1959, 1768, 2483, 2786

A 1: Bundesparteitag

A 2: Rundschreiben der Bundesgeschäftsstelle

A 3: Franz Blücher

A12: Bundeshauptausschuß

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn

Sammlung Personalia

Bundespresseamt-Archiv (BPA-Archiv), Bonn

Allgemeine Morgenberichte
Inlandspresseberichte für den Bundespressechef
Inlandspressespiegel

Deutschter Bundestag-Parlamentsarchiv (BT Parl. Arch.), Bonn

Sammlung der Ausschußprotokolle (1. Legislaturperiode)

FDP-Landesgeschäftsstelle NRW, Düsseldorf

Akten des FDP-LV NRW

Nachlässe

NL Blücher (BA Koblenz)
NL Dehler (ADL Gummersbach)
NL Haußmann (HStA Stuttgart)
NL Heuss (BA Koblenz)
NL Kluthe (BA Koblenz)
NL Maier (HStA Stuttgart)
NL Middelhauve (HStA Düsseldorf)

Zeitungen, Zeitschriften, Pressekorrespondenzen (mehrfach zitiert)

Die Deutsche Zukunft
Frankfurter Allgemeine Zeitung
freie demokratische korrespondenz
Der Spiegel
Stuttgarter Zeitung
Die Welt

C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

ADAMIETZ, Horst: Die fünfziger Jahre. Bremer Parlamentarier 1951–1959, Bremen 1978.

ADAMSEN, Heiner R.: Investitionshilfe für die Ruhr. Wiederaufbau, Verbände und Soziale Marktwirtschaft 1948–1952 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 4), Wuppertal 1981.

ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1945–1953, Bd. 1, Stuttgart 1965.

ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1953–1955, Bd. 2, Stuttgart 1966.

ADENAUER. BRIEFE 1949–1951, bearb. von Hans Peter Mensing (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1985; 1951–1953, bearb. von Hans Peter Mensing (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1987.

AdG: Keesings's Archiv der Gegenwart, 18.–24. Jg., 1948/49–1954, Essen u. a.

AKTEN ZUR VORGESCHICHTE der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, Bd. 5: Januar–September 1949, bearb. von Hans-Dieter Kreikamp, München-Wien 1981.

AUFTAKT zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, bearb. von Udo Wengst (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 3), Düsseldorf 1985.

BARING, Arnulf: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bd. 28), München-Wien 1969.

BENZ, Wolfgang: Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946–1949, Frankfurt/M. 1984.

BERGHAHN, Volker: Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik (Neue historische Bibliothek, Edition Suhrkamp, N. F. Bd. 265), Frankfurt/M. 1985.

BERLIN 1951–1954, Chronik der Jahre 1951–1954, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearb. durch Hans J. Reichardt, Joachim Drogmann und Hans U. Treutler, Berlin 1968.

BR SITZ. BER. Sitzungsberichte des Bundesrates, 1.–117. Sitzung, Bonn 1949–1953.

BT STEN. BER., Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode 1949: Stenographische Berichte Bd. 1–17, Bonn 1949–1953; 2. Wahlperiode 1953: Stenographische Berichte, Bd. 18, Bonn 1954.

BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 1–28. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode 1949: Anlagen zu den stenographischen Berichten. Drucksachen Nr. 1–4682 (1.–25. Teil), Bonn 1949–1953; 2. Wahlperiode 1953: Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 25–28, Drucksachen Nr. 1–475, Bonn 1954.

BUCHHAAS, Dorothee: Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz. Eine vergleichende Untersuchung zum Einfluß von Parteien, Kirchen und Verbänden in Land und Bund 1945–1952 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 79), Düsseldorf 1985.

CDU-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), Stuttgart 1986.

CDU/CSU-FRAKTION: Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, eingel. und bearb. von Rainer Salzmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 2), Stuttgart 1981.

DATENHANDBUCH zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982, verfaßt und bearb. von Peter Schindler, Bonn 1983.

DATENHANDBUCH zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1980 bis 1984. Fortschreibungs- und Ergänzungsband zum Datenhandbuch Bundestag 1949 bis 1982, Baden-Baden 1986.

DORN, Wolfram/WIEDNER, Wolfgang: Der Freiheit gehört die Zukunft. Wolfgang Döring – eine politische Biographie, Bonn 1974.

ENTSTEHUNGSGESCHICHTE der Artikel des Grundgesetzes, bearb. von Klaus-Berto von Doemming, Rudolf Werner Füsslein, Werner Matz, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, NF Bd. 1, Tübingen 1951.

FEUCHTE, Paul: Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg (Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945, Bd. 1), Stuttgart 1983.

FISCHER, Per: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945–1959, Berlin 1959.

FREYMOND, Jacques: Die Saar 1945-1955 (Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Reihe der Übersetzungen), München 1961.

FRUS 1949, Vol. 3: Foreign Relations of the United States 1949. Volume 3: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria, Washington 1974.

FRUS 1951, Vol. 3, Part 2: Foreign Relations of the United States 1951. Volume III, Part 2: The German Question, Washington 1981.

GREWE, Wilhelm G.: Rückblenden 1976–1951, Frankfurt/M. u. a. 1979.

GRIMM, Friedrich: Unrecht im Rechtsstaat. Tatsachen und Dokumente zur politischen Justiz, dargestellt am Fall Naumann, Tübingen 1957.

GUTSCHER, Jörg Michael: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961. Überarbeitete und erweiterte Neuausgabe, Königstein 1984.

HEIN, Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 76), Düsseldorf 1985.

HENKELS, Walter: Zeitgenossen. Fünfzig Bonner Köpfe, Hamburg 1953.

HOCKERTS, Hans Günter: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 1), Stuttgart 1980.

HÜTTENBERGER, Peter: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C: Quellen und Forschungen, Bd. 1), Siegburg 1973.

HÜWEL, Detlef: Karl Arnold. Eine politische Biographie (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1), Wuppertal 1980.

JENKE, Manfred: Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961.

JESSE, Eckhard: Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlrechtsdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1983) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 78), Düsseldorf 1985.

Die KABINETTSPROTOKOLLE der Bundesregierung, Bd. 1: 1949, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard/Rh. 1982.

Die KABINETTSPROTOKOLLE der Bundesregierung, Bd. 2: 1950, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard/Rh. 1984.

Die KABINETTSPROTOKOLLE der Bundesregierung, Bd. 3: 1950, II. Wortprotokolle, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard/Rh. 1986.

Die KABINETTSPROTOKOLLE der Bundesregierung, Bd. 4: 1951, bearb. von Ursula Hüllbüsch, Boppard/Rh. 1988.

Die KABINETTSPROTOKOLLE der Bundesregierung, Bd. 5: 1952, bearb. von Kai von Jena, Boppard/Rh. 1989.

KATHER, Linus: Die Entmachtung der Vertriebenen, 1. Bd.: Die entscheidenden Jahre, München-Wien 1964.

KLOTZBACH, Kurt: Der Weg zur Staatspartei: Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin-Bonn 1982.

LANGE, Erhard H. M.: Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 26), Meisenheim am Glan 1975.

LANGE, Erhard H. M.: Vom Wahlrechtsstreit zur Regierungskrise. Die Wahlrechtsentwicklung Nordrhein-Westfalens bis 1956 (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 8), Köln u. a. 1980.

LENZ-TAGEBUCH: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearb. von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 11), Düsseldorf 1989.

LERG, Winfried/STEININGER, Rolf (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung (Rundfunkforschung, Bd. 3), Berlin 1975.

MAIER, Reinhold: Erinnerungen 1948–1953, Tübingen 1966.

MARTEN, Heinz Georg: Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen, Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945–1955. Eine politiksoziologische Untersuchung der krisenhaften Neubelebung des politischen Liberalismus unter besonderer Berücksichtigung der innerparteilichen, programmatischen und sozialstrukturellen Konstitutionsbedingungen des niedersächsischen FDP-Landesverbandes (Göttinger Politikwissenschaftliche Forschungen, Bd. 1), Göttigen 1978.

MATZ, Klaus-Jürgen: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 89), Düsseldorf 1989.

MENDE, Erich: Die neue Freiheit. Zeuge der Zeit 1945–1961, Bergisch-Gladbach 1986 (Lizenzausgabe von München-Berlin 1984).

MEYN, Hermann: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 29), Düsseldorf 1965.

MONTANMITBESTIMMUNG: Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951, bearb. von Gabriele Müller-List (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 1), Düsseldorf 1984.

PARL. RAT, DRUCKS. Parlamentarischer Rat, Drucksachen, Bonn 1948/49.

PARL. RAT, PLENUM, STEN. BER.: Parlamentarischer Rat. Stenographischer Bericht, 1.–12. Sitzung, Bonn 1948/49.

PARL. RAT, VERHANDLUNGEN DES HAUPTAUSSCHUSSES: Parlamentarischer Rat. Verhandlungen des Hauptausschusses, Bonn 1948/49.

PFLEIDERER, Karl Georg: Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948–1956, Stuttgart 1961.

POTTHOFF/WENZEL: Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945–1949, bearb. von Heinrich Potthoff in Zusammenarbeit mit Rüdiger Wenzel (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 1), Düsseldorf 1983.

ROTH, Götz: Fraktion und Regierungsbildung. Eine monographische Darstellung der Regierungsbildung in Niedersachsen im Jahre 1951 (Parteien, Fraktionen, Regierungen. Eine Schriftenreihe der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik, Bd. 3), Meisenheim am Glan 1954.

ROTHMUND, Paul/WIEHN, Erhard R. (Hrsg.): Die F. D. P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 4), Stuttgart u. a. 1979.

SCHAAF, Dierk Ludwig: Politik und Proporz im NWDR. Rundfunkpolitik in Nord- und Westdeutschland 1945–1955, pil. Diss. Hamburg 1971.

RÜTTEN, Theo: Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, phil. Diss. Bonn 1984.

SCHILLINGER, Reinhold: Der Entscheidungsprozeß beim Lastenausgleich 1945–1952, Sankt Katharinen 1985.

SCHRÖDER, Karsten: Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 77), Düsseldorf 1985.

SCHWARZ, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2), Stuttgart-Wiesbaden 1981.

SICHERHEIT, Kontrolle, Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949. Eine Dokumentation, hrsg. von Horst Lademacher und Walter Mühlhausen (Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 3), Melsungen 1985.

STATISTISCHE BERICHTE: Die Bundestagswahlen 1949 und 1953 und die Landtagswahlen 1946 bis 1956. Statistische Berichte, erschienen am 12. April 1957, hrsg. vom Statistischen Bundesamt.

Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bde. 38 und 39), Opladen 1983 und 1984.

Storbeck, Anna Christine: Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945 (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 4), München-Wien 1970.

Tauber, Kurt P.: Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945, Wesleyan University Press 1967.

Teegespräche: Adenauer. Teegespräche 1950–1954, bearb. von Hanns Jürgen Küsters (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1984.

Thränhardt, Dietrich: Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 51), Düsseldorf 1973.

Thum, Horst: Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 45), Stuttgart 1982.

Wengst, Udo: Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 84), Düsseldorf 1988.

Wengst, Udo: Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 74), Düsseldorf 1984.

Wirtschaftsrat, Wörtliche Berichte: Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949, bearb. von Christoph Weisz und Hans Woller, Bd. 1–6, München-Wien 1977.

D. Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
AdG	(Keesings) Archiv der Gegenwart
ADK	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise
ADL	Archiv des Deutschen Liberalismus
ADN	Allgemeine Deutsche Nachrichten Agentur
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AG	Aktien-Gesellschaft
AHK	Alliierte Hohe Kommission
BA	Bundesarchiv
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BDJ	Bund Deutscher Jugend
BDV	Bremer Demokratische Volkspartei
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BMA	Bundesministerium für Arbeit
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Innern
BML	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMM	Bundesministerium für den Marshallplan
BMVt	Bundesministerium für Vertriebene
BMW	Bayerische Motoren Werke
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT	Deutscher Bundestag
BV	Bezirksverband
BvD	Bundesverband vertriebener Deutscher
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
CVP	Christliche Volkspartei (Saarland)
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DENA	Deutsche Nachrichten Agentur
DG	Deutsche Gemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DJD	Deutsche Jungdemokraten
DKV	Deutsche Kohle-Verkaufsorganisation
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presse Agentur
DPB	Deutsche Partei Bayern

dpd	Deutscher Depeschen Dienst
DPS	Demokratische Partei des Saarlandes
DR	Deutsche Rechtspartei
DRP	Deutsche Reichspartei
DU	Deutsche Union
DVP	vor 1933: Deutsche Volkspartei nach 1945: Demokratische Volkspartei
ERP	European Recovery Program
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FAV	Freie Arbeitnehmer-Vereinigung
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDJ	Freie Deutsche Jugend
fdk	Freie Demokratische Korrespondenz
FDP	Freie Demokratische Partei
FRUS	Foreign Relations of the United States
FU	In Verbindung mit Berlin: Freie Universität, ansonsten: Föderalistische Union
GB	Gesamtdeutscher Block
GG	Grundgesetz
GHH	Gutehoffnungshütte
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
HGB	Handelsgesetzbuch
HJ	Hitlerjugend
HStASt	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
ISSF	Internationaler Studentenbund
JEIA	Joint Export-Import Agency
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KV	Kreisverband
KZ	Konzentrationslager
LDP/LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
LSD	Liberaler Studentenbund Deutschlands
LV	Landesverband
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdB	Mitglied des Bundestages
MdBü	Mitglied der Bürgerschaft
MdL	Mitglied des Landtages
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rates
MdR	Mitglied des Reichstages
MdVL	Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung
MdWR	Mitglied des Wirtschaftsrates
MinDir	Ministerialdirektor
MinDirig	Ministerialdirigent
MinRat	Ministerialrat
NATO	Nordatlantikpakt
NDP	Nationaldemokratische Partei
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NL	Nachlaß
NR	Neue Rechte

NRW	Nordrhein-Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
OEEC	Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Parl. Arch.	Parlamentsarchiv
Pg	Parteigenosse (der NSDAP)
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin
RMI	Reichsministerium des Innern
SA	Sturmabteilung
SAG	Sowjetische Aktien-Gesellschaft
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SMA	Sowjetische Militäradministration
SPD	Sozialdokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutzstaffel
TOP	Tagesordnungspunkt
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion)
UKW	Ultra-Kurzwellen
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
Univ.	Universität
UNO (UN)	Vereinte Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VDM	Verband Deutscher Metallindustrieller
VdU	Verband der Unabhängigen (Österreich)
VELF	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
VfF	Verwaltung für Finanzen
VfW	Verwaltung für Wirtschaft
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vors.	Vorsitzender
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
VWG	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet
WAV	Wirtschaftliche Aufbauvereinigung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WP	Wahlperiode
WSV	Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZvD	Zentralverband vertriebener Deutscher

E. Verzeichnis der Sitzungen und Tagesordnungspunkte

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
1	12./13. 2. 1949	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Diskussion über einen von Dr. Schäfer vorgelegten Satzungsentwurf (3) – Frage des Zentralbüros (10) – Satzungsentwurf (12) – Finanzielle Unterstützung für den Landesverband Schleswig-Holstein (12) – Liberale Weltunion (12) – Vertretung von SBZ-Flüchtlingen in der FDP (13) – Haltung der FDP zur Deutschen Union (14) – Beratung über den Programm-Entwurf von Dr. Reif (16) – Terminierung des nächsten Parteitages (17) – Bericht und Diskussion über die Arbeit des Parlamentarischen Rates (17)*	3
2	11. 3. 1949	Sitzung des Bundesvorstandes und der Fraktionen des Wirtschaftsrates und des Parlamentarischen Rates ..... *Besprechung der politischen Lage (28)*	28
3	2./3. 4. 1949	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Diskussion über den Satzungsentwurf (33) – Programm des Parteitages (35) – Situation in Bonn: Parlamentarischer Rat (35) – Auseinandersetzungen im Landesverband Bremen (36) – Situation in Frankfurt: Wirtschaftsrat (36) – Wahlbündnisse mit Flüchtlingsverbänden in der Bundestagswahl (37) – Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands (37) – Mitgliedschaft von FDP-Mitgliedern in der VVN (38) – Organisation der Gesamtpartei: Zentralbüro (38) – SBZ-Flüchtlinge in der FDP (38) – Pressekonferenz (39)*	33
4	26. 4. 1949	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Situation in Bonn: Parlamentarischer Rat (39) – Beratung über den Parteitag in Bremen (43)*	39
5 a	7./8. 6. 1949	Vorbesprechungen des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung des Parteitages (43) – Bundestagswahlgesetz (45)*	43
5 b	9. 6. 1949	Vorbesprechung des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung des Parteitages (46) – Organisation der Gesamtpartei (46) – Vorbereitung des Parteitages (49) – Zusammensetzung des Parteivorstandes (50) – Beratung der Parteisatzung (50) – Bundesflagge (53)*	46

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
5 c	10. 6. 1949	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Rundfunk- und Pressefragen (55) – Konflikte zwischen den Bremer Liberalen (56) – Mandatsprüfung der Parteitagsdelegierten (56) – Beratung der Parteitagsentschließungen (57)*	54
6	18./19. 11. 1949	Sitzung des Bundesvorstandes und des Vorstandes der Bundestagsfraktion ..... *Innerparteiliche Organisationsfrage (61) – Frauenarbeit in der FDP (66) – Bericht der Kabinettsmitglieder über die politische Lage und die bisherige Regierungsarbeit (68) – Verschiedenes (73) – Landesverband Bremen (73) – Landesverband Hamburg (75) – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (76) – Haltung der FDP gegenüber „rechten" Parteien (76) – Aussprache über die Berichte der Kabinettsmitglieder (76) – Finanzierung der Partei (78)*	60
7	28. 4. 1950	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung des Parteitages (79)*	79
8	17. 7. 1950	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht Blüchers über die politische Lage (87) – Bericht Schäfers über die Arbeit der Bundestagsfraktion (98) – Aussprache (101) – Organisation und Finanzierung der Partei (113) – Benennung der Ausschüsse (120) – Vorschlag für die Besetzung des Satzungsausschusses (120) – Jugendarbeit (120)*	86
9	9. 12. 1950	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Präliminarien (122) – Verschiedenes (123) – Kommissarische Bestellung eines Ehrenratsvorsitzenden (123) – Bestellung der Vorsitzenden des Frauenausschusses (124) – Antrag des LV Berlin auf Errichtung eines Bau- und Wohnungsausschusses (124) – Antrag KV Siegen auf Errichtung eines rechtspolitischen Ausschusses (125) – Antrag auf Schaffung eines Parteiabzeichens (125) – Antrag von Fritz Löwenthal auf Aufnahme in die FDP (126) – Antrag betr. Sozialwahlen (128) – Bericht des Parteivorsitzenden (129) – Bericht des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion (133) – Aussprache (135) – Aussprache über das Ergebnis der Wahlen in Bayern, Berlin, Hessen und Württemberg-Baden und die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen (162)*	122

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
10	15. 1. 1951	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bundesparteitag 1951 (165) – Landtagswahlen in Niedersachsen/Bildung der Niederdeutschen Union (166) – Verhältnis von Bundespartei und Landesverbänden (175) – Regierungsbildungen in Württemberg-Baden und Berlin (176) – Verhältnis von Bundespartei und Landesverbänden (179) – Benennung eines FDP-Kandidaten für das Amt des Bundespressechefs (181) – Rundfunkfragen (186)*	165
11	1. 4. 1951	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Referat Blüchers über die wirtschaftspolitische Lage (189) – Aussprache (192) – Parteien im Rundfunk (205) – Schumanplan (206) – Außenpolitische Lage (207) – Innerparteiliche Organisationsfragen (208) – Anträge des Landesverbandes Niedersachsen betr. personelle und finanzielle Unterstützung (210) – Zur Koalitionspolitik der FDP (213)*	188
12	14. 7. 1951	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Einspruch des Kreisverbandes Wesermarsch gegen den Beschluß des Landesverbandes Niedersachsen vom 19. 5. 1951 (218) – Bericht über Fragen der Jugendarbeit in der FDP und über den Stand des Bundesjugendplanes (224) – Nationalhymne (233) – Liberale Weltunion (233) – Quartierbestellung in München für Vorstandsmitglieder anläßlich des Bundesparteitages (235) – Teilnahme von Frau Buscham an der Sitzung des Völkerkonvents der Weltbürger in Paris (235) – Antrag der Kampfgemeinschaft der Ost-LDP-Flüchtlinge (236) – Bundestagsnachwahl im Wahlkreis Neustadt/Weinstraße (238)*	217
13	16. 8. 1951	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Südweststaat (239) – Zur Frage des Hafens Kehl (240) – Revisionsverhandlungen über das Besatzungsstatut (241) – Kohlefrage (242) – DGB (242)*	239
14 a	19. 9. 1951	Sitzung des Bundesvorstandes (9.00 Uhr) ..... *Vorbesprechung der Tagesordnung des Bundesparteitages und der Parteitagsanträge (245)*	245
14 b	19. 9. 1951	Sitzung des Bundesvorstandes (20.00 Uhr) ..... *Vorbesprechung der Parteitagsanträge (265)*	264
14 c	20. 9. 1951	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Kulturpolitik (277)*	277

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
14 d	22. 9. 1951	Sitzung des Bundesvorstandes (8.00 Uhr) ..... *Innerparteilicher Konflikt (281)*	281
14 e	22. 9. 1951	Sitzung des Bundesvorstandes (8.30 Uhr) ..... *Innerparteilicher Konflikt (282)*	282
15	13. 1. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Außenpolitik (286) – Bundeswahlrecht (286) – Betriebsverfassungsgesetz (286) – Sozialwirtschaftliches Programm (286) – Bericht Dr. Mende über die Auswertung der Parteitagsbeschlüsse (286) – Bildung einer Verfassungskommission (286) – Koalitionskrise in Schleswig-Holstein und in diesem Zusammenhang Erörterung der Frage Länderkoalitionen in Beziehung zur Bundeskoalition (287) – Verschiedenes (288)*	286
16	1. 5. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes und des Vorstandes der Bundestagsfraktion ..... *Zur Geschäftsordnung (288) – Generalvertrag (289) – Regierungsbildung im Südweststaat (307)*	288
17	8. 5. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Deutschland- und EVG-Vertrag: Schwerpunkt Überleitungsvertrag (320)*	320
18 a	15. 6. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes und des außenpolitischen Ausschusses (14.50 Uhr) ..... *Deutschland- und EVG-Vertrag (334) – Aussprache über den Pfleiderer-Plan (339)*	333
18 b	15. 6. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes (19.00 Uhr) ..... *Einberufung eines außerordentlichen Bundesparteitages (355) – Presseerklärung über die Sitzung von Bundesvorstand und außenpolitischem Ausschuß (358)*	355
19	6. 7. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht und Aussprache über die Rundfunkpolitik (359) – Vorbereitung des Parteitages (361) – Die politische Linie der Partei (371)*	358

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
20 a	13. 7. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes (9.10 Uhr) ..... *Koalitionsbildung in den Ländern: hier Baden-Württemberg (392) – Diskussion der Entschließungsentwürfe für den Bundesparteitag (397) - Einsetzung eines Satzungsausschusses (399) – Entschließungsantrag zur Koalitionsbildung in Baden-Württemberg (400)*	392
20 b	13. 7. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes (11.00 Uhr) ..... *Entschließungsentwurf zur Koalitionsbildung in Baden-Württemberg (402)*	402
21	5./6. 9. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Präliminarien (415) – Beratung über die Weisungen an den Satzungsausschuß (416) – Wahlrechtsfragen (441) – Fortsetzung der Satzungsberatung (451) – Vorbereitung des Parteitages (463) – Verschiedenes (469)*	415
22 a	29. 9. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes und des außenpolitischen Ausschusses ..... *Deutschland- und EVG-Vertrag (471) – Zur Saarfrage (486)*	470
22 b	29. 9. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Finanzbericht (490) – Vorbereitung des nächsten Parteitages, vor allem in programmatischer Hinsicht (491) – Stellungnahme zu dem vom Landesverband Nordrhein-Westfalen vorgelegten „Deutschen Programm“ (494) – Stellungnahme des Bundespräsidenten zu einem Versammlungsplakat der FDP in Holzminden, Niedersachsen (500)*	489
23	25./26. 10. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Auseinandersetzungen zwischen den südwestdeutschen Landesverbänden (501) – Wahlrechtsfrage (524) – Öffentliche Erklärungen zum Sitzungsverlauf (529) – Einbeziehung Berlins in das Bundestagswahlgesetz (530) – Einspruch Niedersachsens gegen den Zeitpunkt der Sitzung des Hauptausschusses: betr. Satzungsfragen (530) – Haltung der FDP gegenüber anderen „rechten“ Parteien (541) – Innerparteiliche Auseinandersetzungen (551) – Auseinandersetzungen zwischen den südwestdeutschen Landesverbänden (555)*	500
24	9. 11. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Südweststaat, Delegierte für den Bundesparteitag (565)*	564

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
25 a	19. 11. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Regularien des Parteitages (586) – Debatte über Zahl, Legitimation und Unabhängigkeit der Parteitagsdelegierten (589) – Diskussion über den Ablauf des Parteitages – innerparteiliche Auseinandersetzungen (608)*	585
25 b	20. 11. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht der Rechnungsprüfer und des Bundesschatzmeisters (626) – Entschließungen des Parteitages (632) – Parteitag (636)*	625
25 c	21. 11. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Schlüssel der Parteitagsdelegierten, insbesondere für Nordrhein-Westfalen; Vorstandswahlen (638)*	638
25 d	22. 11. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Zum weiteren Ablauf des Parteitages (669) – Vorstandswahlen (670)*	669
26	6. 12. 1952	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Präliminarien (676) – Geschäftsordnung für den Bundesvorstand (678) – Bundesschatzmeister: Beschluß nach § 181 BGB (729) - Verschiedenes (740)*	676
27	10. 1. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Präliminarien (743) - Stand der Wahlrechtsfrage (744) – Wahltermin (770) – Verschiedenes (775) – Empfang der Vertreter des Vertriebenenausschusses (781)*	743
28	24. 1. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Präliminarien (791) – Naumann-Affäre (791) – Verschiedenes (850)*	790
29	28. 2. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Präliminarien (853) – Finanzausgleich innerhalb der Partei (853) – Antrag des Landesverbandes Hamburg über die Kosten der Ausschußsitzungen (856) – Einrichtung eines Artikeldienstes (857) – Antrag des Landesverbandes Hessen auf Gewährung eines Nachlasses auf rückständige Beiträge (859) – Versorgung der Hinterbliebenen von Ernst Mayer (860) – Diskussion über den weiteren Sitzungsablauf (862) – Ausschußfragen (863) – Beim Bundesparteitag an den Vorstand überwiesene Anträge (866) – Aussprache über die politische Lage/Naumann-Affäre (870) – Verhandlungen mit der DP (885) – Stand der Wahlrechtsfrage (889) – Verschiedenes (906)*	853

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
30	25./26. 4. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Erklärungen Eulers und Maiers außerhalb der Tagesordnung (908) – Aussprache über die Lage der Partei/Unterwanderungsproblematik (912) – Verschiedenes: Versorgung der Hinterbliebenen von Ernst Mayer (938) – Aussprache über die Lage der Partei/Unterwanderungsproblematik (938) – Auflösung des außenpolitischen Ausschusses (966) – Behandlung des EVG- und Deutschlandvertrages im Bundesrat (967)*	908
31	3. 5. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Zum Bundestagswahlkampf (986) – Errichtung eines gesamtdeutschen Ausschusses (988) – Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses (994) – Die neue Satzung der Partei (996) – Rednereinsatz im Bundestagswahlkampf (1002) – Ablauf des Parteitages (1006) – Bundeswahlrecht (1013)*	985
32	28. 5. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Ablauf des Bundesparteitages (1017) – Bericht und Beschlußfassung über die Angelegenheit Nordrhein-Westfalen/Unterwanderungsproblematik (1018) – Verschiedenes (1034)*	1017
33	7. 6. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Erledigung gemäß den Beschlüssen der Vorstandssitzung vom 28. 5. 1953/Unterwanderungsproblematik (1035) – Verschiedenes (1037) – Festlegung der Parteitagsreferate (1037) – Erledigung gemäß den Beschlüssen der Vorstandssitzung vom 28. 5. 1953/Unterwanderungsproblematik (1044) – Vortrag des Bundesschatzmeisters über finanzielle mit der Wahlvorbereitung zusammenhängende Fragen (1076)*	1035
34	27. 6. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Zur Abwicklung des Parteitages (1082)*	1081
35	30. 7. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Finanzierung der Wahlillustrierten (1094) – Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahlen in den Landesverbänden (1098) – Antrag des Landesverbandes Hamburg auf Ergänzung des Wahlprogramms durch Fragen der Verkehrspolitik (1120) – Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, das Mitglied des Bundesvorstandes, Herrn Willi Weyer, zum Vorsitzenden des Unterausschusses Handel im gewerbepolitischen Aus-*	1094

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
		schuß zu bestellen (1120) – Tagung der Liberalen Weltunion in Luxemburg (1120) – Behandlung der vom Parteitag an den Bundesvorstand überwiesenen Anträge und Entschließungen (1122) – Antrag des gewerbepolitischen Ausschusses, die Vorsitzenden der Unterausschüsse für Handwerk, Handel und mittelständische Industrie zu Mitgliedern des wirtschaftspolitischen Ausschusses zu bestellen (1123) – Anregung des Landesverbandes freier Schweizer Arbeiter, in Deutschland eine liberale Gewerkschaft ins Leben zu rufen (1124) – Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (1125) – Publikationen des Bundespresseamtes (1125) – Symbole und Embleme der FDP (1126) – Führung des Wahlkampfes (1129)	
36	11. 9. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Einführende Worte Blüchers, Hinweise auf den Sitzungsverlauf (1138) – Organisation der Fraktionsarbeit (1139) – Berichte und Aussprache über den Stand der Koalitionsverhandlungen und Festlegung des weiteren Procedere (1141)*	1137
37	23. 10. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Einberufung eines ordentlichen Parteitages (1177) – Beratung zur Frage der Entsendung von Sowjetzonenflüchtlingen mit beratender Stimme in den neuen Bundestag (1185) – Aussprache über die Bundestagswahlen und die bevorstehenden Aufgaben in Bund und Ländern (1187) – Verschiedenes (1212)*	1177
38	20. 11. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbesprechung der Sitzung des Hauptausschusses (1213) – Termin einer längeren Vorstandstagung zur Vorbereitung einer neuen Programmatik (1213) - Zusammenlegung der Wochenschriften der FDP (1214) – FDP und Gewerkschaften (Frage eigener Gewerkschaftsgründungen) (1218) – Aktivierung der Fachausschüsse der Bundespartei (1220) – Behebung der finanziellen Notlage des Landesverbandes Niedersachsen (Beauftragung des Bundesschatzmeisters) (1220)*	1212
39	18./19. 12. 1953	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Termin für die nächste Hauptausschußsitzung zum Abschluß der Satzungsberatungen (1230) – Jugend und FDP (Stellungnahme des Vorstandes zur Tätig-*	1229

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
		keit der „Deutschen Jungdemokraten" des „Liberalen Studentenbundes" und der „Jungen Adler") (1231) – Zusammenlegung der Wochenschriften (1249) – General-Revisoren (1252) – Stellungnahme des Bundesvorstandes zur Gründung der Wohlfahrtsorganisation „Freie Wohlfahrt e. V." in Berlin (1258) – Liberale Weltunion (1261) – Vorgänge im Landesverband Niedersachsen (1262) – Neuregelung des deutschen Rundfunkwesens einschl. der damit im Zusammenhang stehenden Personalfragen (1264) – Der geistig-politische Standpunkt der FDP innerhalb der gegenwärtigen Entwicklung in Deutschland und der Welt (1275) – Vorgänge im Landesverband Niedersachsen: Fortsetzung (1280) – Der geistig-politische Standpunkt der FDP innerhalb der gegenwärtigen Entwicklung in Deutschland und in der Welt: Fortsetzung (1296) – Außen- und deutschlandpolitische Fragen (1303) – Wahlabkommen (1309)	
40	22./23. 1. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes . . . . . *Präliminarien (1311) – Referat Dr. Nolting-Hauff zur Finanzreform (1313) – Referat Dr. Wellhausen und Referat Dr. Nowack zur Steuerreform (1317) – Referat Dr. Hammer: Kirche und Staat (1325) – Liberalismus und europäische Integration (1347) – Debatte über den weiteren Sitzungsverlauf, Beteiligung von Vorstandsmitgliedern an der Berliner Konferenz (1369) – Vorbereitung des Bundesparteitages (1372) – Antrag Scheels: Bildung eines wirtschaftspolitischen Arbeitskreises (1381) – Geburtstag des Bundespräsidenten (1381) – Wahlblocks und Wahlabsprachen (1382) – Verschiedenes (1382)*	1311
41 a	13. 2. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes (10.45 Uhr) . . . . . *Präliminarien (1383) – Vorbereitung des Bundesparteitages (1383)*	1382
41 b	13. 2. 1954:	Sitzung des Bundesvorstandes (13.30 Uhr) . . . . . *Diskussion der Vorstandswahlen (1388)*	1388
42	27. 2. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes . . . . . *Grundsatzdiskussion über Fragen der Außenpolitik (1394)*	1393

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
43 a	5. 3. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes (11.00 Uhr) . . . . . *Vorbesprechung der Tagesordnung des Bundesparteitages (1424) – Entscheidung über die für die Beratung und Beschlußfassung, ferner den Wahlakt anzuwendende Geschäftsordnung (1424) – Bildung eines Prüfungsausschusses (1425) – Bestellung eines Vorstandsmitgliedes zur Überwachung der Stimmenauszählung (1425) – Zur Wahl des Bundesvorstandes (1425) – Bestellung der Rechnungsprüfer (1430) – Satzungsfragen betr. Vorstand (1430) – Zur Teilnahme von Vertretern der Kirchen am Parteitag (1431) – Vorbesprechung der Parteitagsanträge (1432) – Zur Wahl des Bundesvorstandes (1437)*	1423
43 b	5. 3. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes (19.00 Uhr) . . . . . *Zum Bericht der Rechnungsprüfer (1438) – Zur Wahl des Bundesvorstandes (1441) – Entschließungen des Parteitages (1450) – Zur Wahl des Bundesvorstandes (1450)*	1438

DOKUMENTE

1949–1952

1.

12./13. 2. 1949: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 93. Prot. Erika Fischer (12. 2. und 13. 2. vormittags) und Renner (13. 2. nachmittags). Überschrift: „Protokoll der Vorstandssitzung vom 12. und 13. Februar 1949 in Bonn (Parlamentarischer Rat)." 16.15 Uhr–24.10 Uhr (12. 2.) und 9.15 Uhr–18.00 Uhr (13. 2).

Teilnehmer: Blücher, Dehler, Dohr, Euler, Lotte Friese-Korn, Heuss, Höpker Aschoff, Linnert, Meineke, Middelhauve (nur 13. 2.), Mischnick, Oellers, Rademacher (nur 12. 2.), Rauschenbach, von Rechenberg, Reif, Schäfer, Schwennicke, Wenhold.

[12. 2.]

HEUSS: Vorschlag: Umstellung der Tagesordnung.[1] Zurückstellen der politischen Berichte über Bonn und Frankfurt. Beratung über die Satzung als ersten Punkt der Tagesordnung.

Zu dieser Umstellung der Tagesordnung wird das Einverständnis gegeben.

[DISKUSSION ÜBER EINEN VON DR. SCHÄFER VORGELEGTEN SATZUNGSENTWURF[2]]

SCHÄFER umreißt zunächst die Probleme, die sich für die Organisation als solche ergeben, und zwar

1. Apparatur und Form einer Geschäftsstelle;
2. Besetzung der Geschäftsstelle (Organisation, Politik);
3. Übergangsfinanzierung der Geschäftsstelle;
4. Beschickung des Reichsparteitages;
5. Besprechung der einzelnen Punkte des Satzungsentwurfes;
6. Frage einer Organisation für die einzelnen durch verschiedene Besatzungsmächte besetzten Zonen.

Es wird sodann in die Beratung über die Satzung eingetreten. Dazu stellt Senator WENHOLD den Antrag, diese Beratung zurückzustellen, dafür aber von allen Vorstandsmitgliedern und den einzelnen Landesverbänden schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

HEUSS: Eine Detail-Debatte ist nicht beabsichtigt und erscheint nicht angebracht, wohl aber eine Äußerung über den Satzungsentwurf als solchen.

---

1 Die Tagesordnung für diese Sitzung war in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der FDP am 8. 1. 1949 festgelegt worden. ADL, Ordner-Nr. 81.

2 Liegt dem Protokoll als Anlage bei. Vgl. hierzu und zur folgenden Diskussion D. HEIN, 1985, S. 340 ff.

Im einzelnen führt *Heuss* aus, daß die Architektur des Satzungsentwurfes ihm nicht richtig erscheint. Es käme darauf an, nach den Bestimmungen über den Eintritt nicht sofort die Regelung über den Austritt und den Ausschluß anzufügen.[3] Diese Anordnung müßte umgestellt werden. Sodann weist er darauf hin, daß die Beaufsichtigung der Landesverbände durch die Organe der Gesamtpartei nicht so scharf zum Ausdruck kommen dürfte.[4]

EULER: Ablehnen des Eintritts in eine Generaldebatte über die Satzung, wohl aber müssen wichtige Probleme herausgegriffen und zur Debatte gestellt werden.

RECHENBERG: Zustimmung zu dem Vorschlag von Senator *Wenhold.* Klarheit aber muß herrschen über das Stimmrecht zum Parteitag.[5] Im übrigen legt Dr. *von Rechenberg* Wert auf ein Suspensionsrecht gegenüber dem Vorstand. Hinweis auf die Satzung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

BLÜCHER: Zustimmung zu dem Vorschlag *Wenholds.* Trotzdem müssen gewisse Grundfragen geklärt werden, da sonst die Redaktion keinerlei konkrete Arbeitsmöglichkeiten hat.

LINNERT: Antrag, Abschnitt für Abschnitt der Satzung durchzuberaten.

EULER: Durchberatung im Groben. Dazu Einholung der Vorschläge der Landesverbände. Es muß sodann eine Durcharbeit durch einen Redaktionsausschuß erfolgen und der Entwurf dem Parteitag zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden.

HEUSS schlägt vor, den Entwurf nach größeren Gesichtspunkten durchzugehen.

In § 1 soll an Stelle der „deutschen Staatsangehörigkeit" der Ausdruck „Deutschen" stehen.

DEHLER äußert zu § 2, daß das Recht der Landesverbände stärker verankert sein muß, das im Schlußabsatz erwähnte Recht des geschäftsführenden Vorstandes aber nicht so stark betont werden darf.[6]

---

3 Die Äußerungen von *Heuss* beziehen sich auf die Paragraphen 2: Mitgliedschaft, 3: Ende der Mitgliedschaft und 4: Ausschlußverfahren.

4 Bezieht sich auf § 6 des Entwurfs, in dem es u. a. hieß: „Der Gesamtvorstand kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder die Auflösung eines Landesverbandes beschließen, wenn dessen Vorstand trotz zweimaliger Aufforderung Verpflichtungen zur Durchführung von Parteibeschlüssen nicht nachgekommen ist [. . .]. Der Gesamtvorstand der Partei ist ferner berechtigt aus wichtigem Grunde, insbesondere zur Sicherung einer einheitlichen Politik der Partei in Grundsatzfragen, von jedem Landesverband die Umbildung seines Vorstandes zu verlangen."

5 Hierzu hieß es in § 9 des Satzungsentwurfs: „Jedes Mitglied der Partei darf am Parteitag teilnehmen. Stimmberechtigt sind jedoch nur die bevollmächtigten Vertreter der Kreisverbände. Jedem Kreisverband steht ein Vertreter zu. Darüber hinaus erhält jeder Kreisverband für je 500 Mitglieder einen weiteren Vertreter. Nicht verwertete Stimmen der Kreisverbände fallen dem Landesverband zu, der seinerseits für volle 500 Stimmen einen Vertreter erhält. Die Übertragung mehrerer Stimmen auf einen Vertreter innerhalb eines Landesverbandes ist zulässig."

6 Die von *Dehler* monierten Formulierungen lauteten: „Die Aufnahme von Mitgliedern regelt der für ihren ständigen Wohnsitz zuständige Landesverband. Er kann die Entscheidung über die Aufnahme von Mitgliedern an seine örtlichen und bezirklichen Gliederungen übertragen. Ein

EULER macht dagegen geltend, daß die Notwendigkeit einer straffen Organisation der Partei durchaus gegeben sein muß. Vor allen Dingen muß die Möglichkeit der Aufsicht des geschäftsführenden Vorstandes, und damit der Gesamtpartei, über die Landesverbände vorhanden sein.

BLÜCHER betont, daß die Architektur richtig, logisch und üblich ist.

HEUSS dagegen stimmt dafür, daß das Ausschlußverfahren am Schluß der Satzung aufgeführt wird.

REIF schlägt vor, den § 4 in einem einzigen Satz zu gestalten, der das Ausschlußverfahren im Ganzen anführt, Einzelheiten aber mit dem Ehrengerichtsverfahren zu regeln. Die Freie Demokratische Partei besteht organisatorisch gesehen aus ihren Landesverbänden. Das organisatorische Leben der Partei liegt in den Landesverbänden oder ist gar nicht da. Trotzdem ist ein oberstes Organ notwendig. Es müssen auch gewisse Richtlinien da sein, z. B. muß die Frage der ehemaligen Nazis von der Gesamtpartei geregelt werden.

HEUSS macht dagegen geltend, daß die Entnazifizierung in allen Ländern verschieden ist und daher in dieser Hinsicht auch nicht einheitlich geregelt werden kann.

REIF will es vermieden sehen, daß von „Aufsicht" gesprochen wird[7], da die Kraft des Liberalismus als solche die Partei zusammenhalten muß. Jeder Führungsgesichtspunkt ist unnötig und gefährlich. Der Ausgangspunkt und die Basis muß ein unbedingtes Vertrauen sein.

EULER stellt fest, daß zwei neue Fragen in die Debatte geworfen wurden:

1. Das Problem der Entnazifizierung, wobei er zum Ausdruck bringt, daß die ehemaligen Nazis oft bessere Mitkämpfer gegen den Totalitarismus von der anderen Seite sind als diejenigen, die sich einbilden, schon immer Demokraten gewesen zu sein.

2. Sodann führt *Euler* aus, daß es ein Irrtum ist, wenn man glaubt, daß der Liberalismus keiner Führungskräfte bedarf. Ein Durchgreifen von oben her und eine satzungsmäßige Verankerung dieses Rechtes ist unbedingt erforderlich. Auf der anderen Seite muß dafür Sorge getragen sein, daß keine Überspitzung und kein Mißbrauch mit diesem Aufsichtsrecht von oben getrieben werden kann.

HEUSS erklärt, daß man den Landesverbänden nicht den „Direktor" vorsetzen dürfe.

RECHENBERG macht geltend, daß es hier auf die Formulierung ankäme.

HEUSS stellt fest, daß zwei Fragen grundsätzlich geklärt sein müßten:

1. das Verhältnis der Landesverbände zu der Gesamtpartei,
2. die Mitgliedschaft der ehemaligen Pg's.

Landesverband ist verpflichtet, eine Aufnahme zu unterlassen, wenn dies vom geschäftsführenden Ausschuß des Vorstandes gefordert wird."

7 Bezieht sich auf § 5: Gliederung der Partei, letzter Satz: „Die Partei beaufsichtigt die Landesverbände, diese wieder die Kreisverbände und diese wiederum die Ortsverbände."

LINNERT: Die Reichspartei besteht nicht aus Einzelmitgliedern, sondern aus Landesverbänden.

RADEMACHER: Vorschlag einer Rahmensatzung für die Gesamtpartei, während die Landesverbände alle Einzelheiten von sich aus regeln sollen.

RAUSCHENBACH: Die Reichspartei besteht nicht aus Landesverbänden, sondern aus Einzelmitgliedern.

BLÜCHER: Übereinstimmung mit *Rademacher,* allerdings mit einer reservatio mentalis: Einiges Grundsätzliche über die Voraussetzung der Aufnahme (ehemalige Pg's) muß reichseinheitlich geregelt sein.

Was die Frage der Mitgliedschaft im Ganzen gesehen anbetrifft, so schließt sich *Blücher* dem Hinweis von *Rauschenbach,* daß die Reichspartei nicht aus Landesverbänden, sondern aus Einzelmitgliedern besteht, an. Besonders beachtenswert ist dabei das psychologische Moment: Die Partei besteht aus Menschen, nicht aus Organisationen. Damit ist zugleich ein Gefühl der größeren Gemeinschaft gegeben.

Ein Einwirken des Gesamtvorstandes auf die Landesverbände ist insoweit notwendig, als bei den einzelnen Landesverbänden kein Abweichen von den grundsätzlichen politischen Linien geduldet werden kann. Dem Gesamtvorstand muß eine Möglichkeit vorbehalten bleiben, den Vorstand eines Landesverbandes besser zusammenzusetzen. Dieser Grundsatz muß durch die Satzung legitimiert sein, um dadurch „illegale" Gespräche untereinander usw. zu vermeiden.

EULER: Die Reichspartei ist nicht ein Kartell von Landesverbänden, sondern eine einheitliche Partei. Aus diesem Grunde sind vom Gesamtvorstand auch Vorschriften über Aufnahme und Ausschluß erforderlich.

HEUSS: Die Kadenz der Gliederung muß umgekehrt sein. Der Verkehr der Gesamtpartei erfolgt mit den Landesverbänden. Der Landesverband verkehrt mit den Kreis- und Bezirksverbänden und diese mit den Ortsverbänden.

OELLERS: Anschluß an den Vorschlag *Blüchers* unter besonderem Hinweis auf das Problem um Bremen.[8] Die Ausstrahlung der Satzung der Gesamtpartei auf die unteren Organe muß möglich und gewährleistet sein. Außerdem muß (Hinweis auf Schleswig-Holstein) die Möglichkeit einer Abberufung von unfähigen Kreis- bzw. Ortsverbandsvorsitzenden gegeben sein.

DEHLER: Im Gegensatz zu Dr. *Oellers* betont er den Aufbau von unten nach oben. Es ist nicht möglich, daß man von oben her auf den Knopf drückt, und die unteren Organisationen dann Befehle auszuführen haben. Die Struktur der Partei muß den Anschluß an den Aufbau des Staates, der weitgehend föderativ gestaltet ist, finden. Der entscheidende Akzent muß auf den Landesverbänden, als den eigentlichen Trägern des Parteilebens, liegen. Die Gesamtorganisation muß sich vor allen Dingen auf die Landesverbände stützen. Mit dieser Struktur aber ist der Entwurf *Schäfers* unvereinbar, in dem das Aufsichtsrecht der Gesamtpartei festgelegt wurde. Allerdings ist eine Reichspartei als Gegenspieler

8 In Bremen konkurrierten zwei liberale Parteien miteinander. Vgl. D. HEIN, 1985, S. 79 ff.

zur Bundesrepublik notwendig, der wesentliche Sinn der Reichspartei aber ist es, Hilfsstellung für die Landesverbände zu leisten.

VON RECHENBERG kommt auf den Vorschlag von *Rademacher* zurück.

HÖPKER ASCHOFF: Am Anfang muß das Bewußtsein stehen, daß sich die Reichspartei aus Einzelmitgliedern zusammensetzt. Dieses muß auch in der Satzung an erster Stelle zum Ausdruck kommen.

In einem neuen Abschnitt muß die Gliederung der Partei geregelt werden. Die Aufnahme von Mitgliedern kann nur von der untersten Stelle aus entschieden werden, ebenso der Ausschluß. Trotzdem muß die Möglichkeit, den Ausschluß eines bestimmten Mitgliedes zu erzwingen, da sein. Wenn die Landesverbände als solche ein solches Verfahren vorsehen, dann ist es gut. Die Frage ist, wie weit kann die Gesamtpartei auf die Politik der Landesverbände einwirken, wie weit darf die Gesamtpartei eine Änderung in der Organisation eines Landesverbandes erzwingen? Hier sind für die Gesamtpartei Grenzen gesetzt. Die Einwirkung der Reichspartei darf nur über die Landesverbände gehen.

HEUSS weist auf den Vorschlag von *Blücher* hin. Was die Gliederung anbetrifft, so erscheint es am zweckmäßigsten, einen Passus aufzunehmen, der besagt, „gliedert sich in Landesverbände". Alles andere sollen dann die Landesverbände regeln. Bei dem Aufsichtsrecht muß stärker herausgestellt werden, daß es sich dabei nicht nur um den Ausschluß handelt, sondern vor allen Dingen auch um einen Schutz der Landesverbände. Man sollte den Landesverbänden ein Musterstatut vorschlagen und ihnen den organischen Anschluß an die Satzung der Reichspartei nahelegen.

REIF faßt die bisherigen Ergebnisse der Debatte zusammen:

1. Die Revisionsinstanz muß bei der Reichspartei liegen.

2. Es muß an der Norm festgehalten werden, daß Vorstand und Ehrenrat sich nicht aus den gleichen Mitgliedern zusammensetzen können, daß ein Vorstandsmitglied nicht zugleich Mitglied des Ehrenrates sein kann.

3. Äußerung politischer Bedenken bei der Aufnahme von Nazis (Prof. Dr. *Heuss:* Darüber läßt sich nichts formulieren. Einmal muß Schluß gemacht werden.) Der Begriff „politisch zuverlässig" § 1[9], müßte näher interpretiert werden.

SCHWENNICKE: Die Satzung der Reichspartei ist als ein Gerippe gedacht, das Schwergewicht der Organisation muß bei den Landesverbänden liegen. Der *Schäfer*sche Entwurf ist als Entwurf sehr gut. Ein Aufsichtsrecht der Reichspartei ist unbedingt nötig, denn es müssen gewisse Möglichkeiten des Eingreifens geschaffen werden.

SCHÄFER: Die *Dehler*sche Formulierung vom Wesen der Partei (von unten nach oben) stimmt nicht ganz. *Schäfer* schlägt vor, in § 5 den letzten Satz[10] zu streichen, da das eine Selbstverständlichkeit ist. Als Problem bleibt dann,

9 *Reifs* Äußerung bezieht sich offensichtlich auf § 2, in dem es in Abs. 1 heißt: „Mitglied können alle Deutschen werden, [. . .] gegen deren Angehörigkeit politische Bedenken nicht bestehen."
10 Vgl. Anm. 7.

wenn ein Landesverband oder sein Vorstand nicht funktioniert! Hier besteht die Möglichkeit für die Reichspartei, eine Eingriffsmöglichkeit zur Neuwahl zu schaffen, die viel milder ist als der Ausschluß eines renitenten Landesverbandes.

DOHR: In § 2 muß eingeführt werden, daß die Zugehörigkeit zu mehreren Parteien nicht möglich ist und die Mitgliedschaft bei der Freien Demokratischen Partei ausschließt.

HEUSS: Man muß in der Formulierung eine andere Form finden, damit es nicht so sehr wie ein Mißtrauen gegen die eigenen Gruppen wirkt. Er bejaht das Eingriffsrecht, möchte aber die Form elastischer gestaltet sehen.

BLÜCHER: Es ist notwendig, in der Satzung bestimmte Dinge zu schaffen, die die Einheit der Partei demonstrieren. Als Form dafür schlägt Franz *Blücher* vor:

1. Berichtspflicht der Landesverbände (Hinweis auf Finanzstatistik)

2. Ein qualifizierter Mehrheitsbeschluß des Gesamtvorstandes muß ausreichen, um einen Parteitag eines Landesverbandes herbeizuführen. Bei diesem Parteitag muß dem Beauftragten des Gesamtvorstandes ein Minderheitsstimmrecht (ein Drittel) zustehen.

Es ist also die Aufstellung eines Kataloges der Rechte, die die Partei gegenüber den Landesverbänden hat, durchaus notwendig.

EULER geht noch über den Vorschlag von *Blücher* hinaus, indem er in die Satzung die Möglichkeit, daß der Gesamtvorstand Vorstandsmitglieder aus den Landesverbänden abberufen könnte, einbauen möchte.

BLÜCHER stellt fest, daß es 18.37 Uhr ist und daß das Für und Wider ausreichend debattiert wurde. Er schlägt als Schlußfolgerung vor, daß ein Redaktionsausschuß aus den Antipoden zusammengesetzt wird, der den endgültigen Entwurf bearbeitet. Dabei muß eine Form gefunden werden, die der Reichspartei auch Gewicht zu geben vermag, indem sie gewisse Rechte über die Landesverbände setzt.

REIF macht zu dem Vorschlag *Blücher* Ergänzungen: Das Antragsrecht des Gesamtvorstandes zur Einberufung des Parteitages eines Landesverbandes muß mit drei Viertel Stimmenmehrheit des Gesamtvorstandes erfolgen.

BLÜCHER: In § 5[11] erscheint es zweckmäßig, bei der Gliederung der Reichspartei nur die Landesverbände anzuführen und gleichzeitig die Empfehlung an die Landesverbände zu geben, ihre Vollmachten in bezug auf das Verhältnis zu den Kreis- und Bezirksverbänden in Anlehnung an den Rahmen der allgemeinen Satzung zu gestalten.

In § 6[12] soll zweckmäßigerweise ein Abschnitt über die Ausschüsse der Gesamtpartei eingebaut werden.

---

11 Gliederung der Partei.
12 Aufgaben der Landesverbände.

RADEMACHER schlägt vor, daß in § 5 oder 6 der Satzung eingearbeitet wird, daß Mitglieder des Gesamtvorstandes jeder Zeit das Recht haben, an jeder Sitzung eines jeden Gremiums der Partei teilzunehmen und dort Anträge zu stellen (Durchsetzen dieser Anträge allerdings allein durch die Überzeugungskraft).

REIF: Man sollte beides tun (Vorschlag *Blücher*, Vorschlag *Rademacher*). Außerdem müßte es möglich sein, unter Hinweis auf die Bundesliste ein starkes Gewicht in den Gesamtvorstand und den Hauptausschuß zu legen.

EULER wirft die Frage auf, wer die Bundesliste aufstellen soll. Der Parteitag? Jedenfalls nicht der Hauptausschuß.

Bei der Bestimmung über die Delegation muß der Wahlerfolg mitbewertet werden, Hinweis auf den Schlüssel von Heppenheim.[13]

HEUSS gibt dazu seine Zustimmung.

REIF lehnt diesen Modus ab.

LINNERT wirft die Frage der Vergleichsmöglichkeit auf, wenn der Wahlerfolg mitberücksichtigt werden soll. Grundlage könnten dann nur die Bundeswahlen sein.

SCHWENNICKE: Ist eine Kumulierung von Stimmen möglich?

RAUSCHENBACH, LINNERT sind dagegen.

BLÜCHER weist auf die praktische Frage der Finanzierung und der Verkehrsmittel hin. Außerdem müßte bei einer Ablehnung der Kumulierung sofort eine Ausnahme konstituiert und festgelegt werden: Lex Berlin!

HEUSS: Delegation und Kumulierung ist an sich vereinbar. Man sollte die Frage der Übertragung von Stimmen aus der Satzung überhaupt weglassen und an einen Ausschuß überweisen.

EULER: In § 17[14] sollten keine bestimmten Prozentsätze von Mitgliedsbeiträgen zur Abführung an die Gesamtpartei festgelegt werden, wohl aber Restbeträge, die an die Gesamtpartei abzuführen sind.

HEUSS stimmt dem zu. Die Landesverbände als solche sind Schuldner der Gesamtpartei. Wie die Mittel dafür aufgebracht werden, ob aus Mitgliedsbeiträgen oder anders, bleibt den Landesverbänden überlassen.

Es erfolgt eine Abstimmung über die Frage der Kumulierung. 11 Stimmen sind gegen die Kumulierung, 8 sind für die Kumulierung.

Pause.

13 Nach dem Delegiertenschlüssel für den Gründungskongreß der FDP am 11./12. 12. 1948 in Heppenheim waren für 1 000 Mitglieder und 100 000 Wähler je ein stimmberechtigter Vertreter zugelassen. Nach Rundschreiben Nr. 9 vom 20. 11. 1948, ADL, Ordner-Nr. 45.

14 Beiträge.

FRAGE DES ZENTRALBÜROS

BLÜCHER: Die Regelung dieser Frage sollte verschoben werden, bis die Finanzierungsangelegenheiten ihren Abschluß, der sehr bald erfolgen wird, gefunden haben.

SCHÄFER: Man sollte so etwas wie einen Kassierer finden.

REIF: Die Gesamtpartei kann nicht aus den Landesverbänden finanziert werden. Es ist notwendig, offen darzulegen, wo die Geldmittel herkommen. Außerdem muß ein zentrales Büro da sein.

SCHWENNICKE weist auf die provisorische Regelung, die der geschäftsführende Vorstand in Bonn getroffen hat[15], hin.

RADEMACHER wirft die Frage auf, ob die einzelnen Landesverbände zur Finanzierung eines Zentralbüros gewisse Beiträge garantieren können. Er sagt für Hamburg DM 100 im Monat zu.

EULER: Hessen kann ebenfalls DM 100 im Monat aufbringen. Im übrigen sollte man es bei der vorläufigen Regelung, daß die Zentralarbeiten von Essen übernommen werden, belassen. Außerdem kann das Frankfurter Parteibüro[16] zusätzlich Hilfe leisten.

HEUSS: Die seinerzeit durch den geschäftsführenden Vorstand in Bonn getroffene interimistische Lösung ist ein ungeschickter Zustand. Da ist das Büro Blücher, und dazu kommen die Erfordernisse für ihn *[Heuss]* als den Ersten Vorsitzenden der Partei, die weder in Bonn noch durch seine Privatsekretärin in Stuttgart gelöst werden können.

BLÜCHER: Die unterste Grenze der Besetzung eines zentralen Büros für die Partei sind: zwei Referenten, ein Büromann und die dazugehörigen Damen.

HÖPKER ASCHOFF: Eine Verlegung des Büros nach Frankfurt ist nicht möglich. Dadurch begibt sich die Gesamtpartei in eine Abhängigkeit von Hessen. Eine weitere Frage ist die Finanzierung des Büros Blücher, die aus Mitteln erfolgt, die die Partei als solche nicht kennt.

Senator WENHOLD: Angebot der Übernahme eines vorläufigen Organisationsbüros, insbesondere für den Parteitag, durch Bremen.

RADEMACHER: Das Büro muß dort sein, wo die Führung sitzt.

EULER: Vorschlag, das Büro Blücher nach Frankfurt zu verlegen.

REIF: Für Annahme des Vorschlages Bremen.

SCHÄFER: Annahme des Vorschlages Bremen als Zwischenlösung für den Parteitag. Daneben muß für *Heuss* eine Hilfe geschaffen werden.

REIF: Ein Apparat für *Heuss* ist unbedingt notwendig.

15 Der geschäftsführende Vorstand hatte am 8. 1. 1949 beschlossen, vorbereitende Arbeiten für den Aufbau seiner Bundesgeschäftsstelle einzuleiten. Die „Erledigung der laufenden Arbeiten" sollte vorläufig das Büro Blücher in Essen übernehmen. ADL, Ordner-Nr. 81.

16 Gemeint ist das FDP-Fraktionssekretariat des Frankfurter Wirtschaftsrates, ebd.

WENHOLD: Wie hoch beläuft sich der Haushalt eines Zentralbüros? Er bittet Herrn *Blücher* um Auskunft.

BLÜCHER: Die unterste Grenze ist DM 10.000 monatlich, besser allerdings sind DM 15.000.

LINNERT macht den Vorschlag, das Parteibüro vorläufig nach Stuttgart (Ernst *Mayer*) zu verlegen, dann an den Sitz der Bundesregierung.

RADEMACHER: Man sollte die Aufgaben teilen. Bremen übernimmt die Vorbereitung des Parteitages. Die organisatorische Spitze wird nach Stuttgart zu Ernst *Mayer* verlegt. Die wirtschaftlichen Dinge werden weiter durch das Büro Blücher erledigt. Außerdem wirft Herr *Rademacher* die Frage auf, was die Landesverbände im einzelnen zahlen können.

EULER wendet sich gegen die mit der Verlegung des Zentralbüros nach Stuttgart verbundene politische Einflußnahme von Ernst *Mayer*. Er bringt zum Ausdruck, daß die Lösung Stuttgart in Bremen sich evtl. nicht nur erneut zu dem „Fall *Mayer*“[17], sondern zu einem „Fall *Heuss*“ ausweitet.

DEHLER: Soll nicht versucht werden, die Frage Ernst *Mayer* in Bremen erneut zu klären? Das Problem dabei ist: Will der Vorstand eine Revision? Das ist eine persönliche und eine sachliche Entscheidung, denn der Streit um die Person Ernst *Mayers* ist ein Streit um die Linie der Partei.

RAUSCHENBACH: Für uns gilt, was Ernst *Mayer* gesagt hat.

BLÜCHER: Die Diskussion ist nunmehr bei dem Problem Ernst *Mayer* angelangt. Man sollte eine Aussprache mit ihm herbeiführen und dann entscheiden, welche Haltung in Bremen eingenommen werden soll.

HÖPKER ASCHOFF: Die von *Blücher* angegebenen Zahlen zur Finanzierung einer zentralen Geschäftsstelle sind eher zu niedrig als zu hoch. Der Sitz der Hauptgeschäftsstelle muß in der zukünftigen Bundeshauptstadt liegen. Als Provisorium sollte man vorläufig die Lösung mit dem Büro Ernst Mayer in Stuttgart aufnehmen. Bremen soll den Parteitag organisieren. Vor allem aber muß das Büro Blücher als die Zentrale für alle wirtschaftspolitischen Belange und die Frankfurter Fraktion aufrecht erhalten werden.

SCHWENNICKE: In vier Wochen wird über alle Dinge eine klarere Sicht vorhanden sein. Vorläufig sollte man es bei dem gegenwärtigen Zustand belassen, d. h. die Durchführung der anlaufenden Arbeiten soll im Büro Blücher erfolgen. Bremen soll den Parteitag organisieren. Außerdem erscheint eine nochmalige Vorstandssitzung als durchaus notwendig, bei der die Satzung besprochen wird, die Referate für den Parteitag festgelegt und die einzubringenden Resolutionen vorbereitet werden sollen.

---

17 Auf dem Heppenheimer Gründungskongreß der FDP war die Wahl *Mayers* in den Bundesvorstand und geschäftsführenden Bundesvorstand gescheitert. Vgl. D. HEIN, 1985, S. 336. Daraufhin hatte es Ernst *Mayer* abgelehnt, die Geschäftsführung der FDP zu übernehmen. Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der FDP am 8. 1. 1949, ADL, Ordner-Nr. 81.

REIF: Ein kleiner Apparat für *Heuss* ist notwendig. Durch seine Freundschaft mit Ernst *Mayer* erscheint es am zweckmäßigsten, die Stuttgarter Lösung neben Bremen und Essen anzunehmen.

[SATZUNGSENTWURF]

Als Beschluß des Vorstandes wurde in bezug auf die Satzung festgelegt, daß eine nochmalige Überarbeitung aufgrund der in der Diskussion aufgetretenen Argumente durch *Schäfer* und unter Hinzuziehung von *Dehler* erfolgen soll. Nach Fertigstellung dieses erneuten Entwurfes wird sich *Schäfer* mit *Euler* und *von Rechenberg* zur Besprechung über die Satzung zusammensetzen.

Die Besprechungen mit Ernst *Mayer* sollen wahrnehmen: Prof. *Heuss,* Franz *Blücher,* Dr. *Dehler* und *Euler.*

[FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN]

Dr. OELLERS wirft die Frage einer finanziellen Unterstützung von Schleswig-Holstein (kurzfristig) auf. Die Schulden betragen DM 10.000. Es droht die Gefahr einer Pfändung und damit einer nicht wieder gut zu machenden Schädigung der Partei, wenn nicht eine sofortige Hilfe von den anderen Landesverbänden einsetzt.

EULER sagt für Hessen DM 1.000 zu, Dr. DOHR muß leider jede Hilfe ablehnen, Bayern ebenfalls, RADEMACHER will nach Besprechung mit dem Vorstand in Hamburg mit Dr. *Oellers* die Fühlung aufnehmen.

[13. 2.]

[LIBERALE WELTUNION]

Als erster Punkt stand die Frage der Liberalen Internationalen zur Beratung.

BLÜCHER berichtet über das vorliegende Schreiben von Herrn *Kluthe*[18] und über die darin für die Arbeit der Eingliederung Deutschlands in die Liberale Internationale gemachten Vorschläge.

SCHÄFER glaubt, der FDP eine Monopolstellung verschaffen zu können, und lehnt es ab, auf den dritten Vorschlag von Herrn *Kluthe,* der auch Einzelmitgliedschaften von Nichtparteiangehörigen und Angehörigen aus anderen Parteien vorsieht, einzugehen.

HEUSS glaubt, daß man die Lösung des gesamten Komplexes nicht aus dem Handgelenk konstruieren kann. Im Augenblick ist ein neuer Akt gegeben, in

18 Rundschreiben H. A. *Kluthes* an *Heuss, Blücher, Euler, Schäfer, Wildermuth, Schwennicke, Dehler, Mayer* und *Engelhard* vom 8. 2. 1949, ADL, Ordner-Nr. 1768. Das Schreiben begann mit dem Satz: „Es ist an der Zeit, der deutschen Zweiggruppe der liberalen Internationale eine feste Form zu geben und stärker als bisher von den sich bietenden Möglichkeiten internationaler Gespräche Gebrauch zu machen." *Kluthe* schlug im folgenden verschiedene Modi vor, wie die Verbindung zur Liberalen Weltunion zu gestalten war und berichtete über den Verlauf verschiedener Tagungen der Liberalen Weltunion.

dem die zusammengeschlossene FDP von ganz Westdeutschland korporativ der Liberalen Internationalen beitreten müßte. Es erscheint ratsam, dann eine Gruppe zu beauftragen, sympathisierende Mitglieder, die nicht der FDP angehören, mitzuführen. Es müsse aber darauf geachtet werden, daß die FDP das Abstimmungsrecht behält. Er schlägt vor, auf dem Parteitag in Bremen die deutsche Sektion der Liberalen Internationalen zu konstruieren.

Dieser Vorschlag wird zum Vorstandsbeschluß erhoben. Die Bestätigung soll in Bremen eingeholt werden.[19]

Im Zusammenhang mit den von Herrn *Kluthe* angeführten notwendigen DM 1.000, die zur Abdeckung der angelaufenen Unkosten bei der Liberalen Internationale (Deutschland) notwendig sind, erklärten sich *Heuss, Blücher* und *Schwennicke* bereit, je DM 100 zu zahlen. Als Beauftragter für alle diese Fragen wird vorläufig *Schäfer* bestimmt.

EULER schneidet die Frage *Kluthe* insgesamt an. Ist Herr *Kluthe* noch in irgendeiner Weise mit der Vertretung der Partei innerhalb der Liberalen Internationale bevollmächtigt?

BLÜCHER erklärt, daß diese Frage nicht existent sei, da die endgültige Vertretung in Bremen geregelt werden soll. Herrn *Kluthe* muß dieser Beschluß mitgeteilt werden. Es bleibt dann nur noch die Klärung der Frage, wie lange das Mandat *Kluthe* läuft und die Regelung des Verhältnisses von Herrn *Kluthe* zur Partei.

[VERTRETUNG VON SBZ-FLÜCHTLINGEN IN DER FDP]

HEUSS bringt die Frage der politischen Flüchtlinge der Ostzone, aufgrund eines Schreibens von Herrn Dr. *Külz*[20], zur Sprache. Dr. *Külz* wünscht die Bildung eines Ostzonenausschusses innerhalb der Partei sowie die Entsendung von politischen Flüchtlingen als Ostzonenvertreter ins Parlament.

SCHWENNICKE äußert dazu, daß hier strengste Vorsicht geboten sei.

REIF will den vorliegenden Vorschlag von Dr. *Külz* abgelehnt wissen. Alles, was geschehen kann, erfolgt von Berlin aus. Aus diesem Grund ist die Übernahme von Berlin als 12. Land in die westdeutsche Regierung[21] so außerordentlich wichtig.[22]

---

19 Die FDP beschloß auf ihrem Parteitag in Bremen am 12. 6. 1949 den korporativen Beitritt zur Liberalen Weltunion. Zum Verbindungsmann wurde Heinz *Krekeler* gewählt, der sich gegen H. A. *Kluthe* durchsetzte. Niederschrift der Verhandlungen des Parteitages der FDP am 12. 6. 1949, ADL, A 1–1.

20 Brief nicht ermittelt. Überliefert ist ein Briefwechsel *Heuss-Külz* aus dem Herbst 1948 (29. 9.; 2. 10; 27. 10.), in dem es um die von *Külz* befürwortete und von *Heuss* abgelehnte Heranziehung einer „Ostzonenvertretung im Parlamentarischen Rat" ging. NL Heuss 58.

21 Gemeint: Bundesrepublik Deutschland.

22 Zur Debatte über die Stellung Berlins im Staatsverband der Bundesrepublik zusammenfassend ENTSTEHUNGSGESCHICHTE, 1951, S. 217–222. Zum Zeitpunkt der ersten Sitzung des Bundesvorstandes der FDP lag der Beschluß des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates (9. 2. 1949) vor, Groß-Berlin in der Liste der Länder im GG aufzuführen, ebd., S. 221.

SCHWENNICKE weist darauf hin, daß beim Landesverband Berlin ein Sonderreferat „Ostzone", dessen Leiter Herr *Dietrich* ist, geschaffen wurde.

MISCHNICK regt an, Ostzonenflüchtlinge an aussichtsreicher Stelle in die Bundesliste aufzunehmen und im Westen ein Hilfswerk für politische Flüchtlinge zu schaffen, das von der sozialen Seite her Hilfe leistet.

HEUSS führt dazu aus, daß die Übernahme von Ostzonenflüchtlingen auf die Bundesliste dann aber nicht qua Ostzone erfolgen soll, sondern weil sie das Vertrauen der Partei besitzen.

OELLERS schließt sich der Ausführung von *Mischnick* an, insbesondere was das Aufziehen einer Organisation anbetrifft.

EULER regt als praktische Folgerung an, bei Herrn Oberbürgermeister Dr. *Engler* in Gießen eine Erfassungsstelle für die politischen Flüchtlinge der LDP der Ostzone zu schaffen. Vor allen Dingen erscheint es im Falle der Wiedergewinnung der Ostzone notwendig, ähnlich wie die SPD Menschen zur Verfügung zu haben, die sofort drüben eingesetzt werden können.

Auf Grund der Diskussion wird beschlossen:

1. Die organisatorische Zentrale für die politischen Flüchtlinge der LDP aus der Ostzone ist bei Herrn Oberbürgermeister Dr. *Engler* in Gießen.

2. Es wird kein Ostzonenausschuß innerhalb der Partei gegründet.

3. Die Landesverbände sollen gebeten werden, engste Verbindung mit Berlin zu halten.

[HALTUNG DER FDP ZUR DEUTSCHEN UNION]

LINNERT greift die Frage der Deutschen Union[23] auf, die insbesondere in Bayern durch die Teilnahme von Herrn *Curschmann* und Herrn *Rauschenbach* bei der konstituierenden Tagung in Braunschweig gegeben ist.

BLÜCHER gibt eine ausführliche Darstellung über die gesamten Zusammenhänge der Presseveröffentlichungen, die von einer Teilnahme der Herren Dr. *Dehler* und *Euler* an der Deutschen Union sprachen, und den erfolgten Dementis. *Blücher* berichtet weiter über seine Besprechung mit Herrn *Haußleiter* und die Tendenzen, die dieser Mann verfolgt. Die Gefahr der Deutschen Union liegt darin, daß sie unter dem Motto „es muß alles anders werden" Verwirrung anstiftet und eine Parteienfeindschaft züchtet, wodurch ungeheurer politischer Schaden entstehen kann.

EULER führt aus (Bestätigung durch Herrn *Mischnick*), daß die Deutsche Union durch französisches Geld finanziert wird.

HEUSS will keine offizielle Stellungnahme seitens der Partei zur Deutschen Union, sondern hält es [für] erforderlich, daß die FDP in sich über ihr Verhältnis zur Deutschen Union klar wird.

---

23 Zur DU D. THRÄNHARDT, 1973, S. 285; Richard STÖSS, Aktionsgemeinschaft Vierte Partei, in: R. STÖSS, 1983, S. 340–344. Führender Politiker der DU war August *Haußleiter*, bis September 1949 stellvertretender Vorsitzender der CSU.

DEHLER referiert über die Entstehungsgeschichte der Deutschen Union. Die daraus ergehenden Fragen sind:

1. Ist die Tätigkeit eines Parteifreundes in der Deutschen Union möglich oder nicht?

2. Wird sich durch die Tätigkeit der Deutschen Union die bayerische CSU spalten?

RAUSCHENBACH, der selbst der Deutschen Union angehört, berichtet über seine Beweggründe. Er bittet im Namen der Jungdemokraten Bayerns und einer Reihe von Kreis- und Bezirksvorsitzenden der FDP Bayerns darum, im Vorstand keinen Entschluß zur Alternative zu fassen.

SCHWENNICKE: Im Ziele verfolgt die Deutsche Union vieles Richtige. Der Weg aber ist falsch. Politik kann nur im Rahmen einer der Parteien vertreten werden. Die Deutsche Union erscheint ihm [als] keine Gefahr.

REIF: Eine Beobachtung ist notwendig, aber es darf keine bekannte Persönlichkeit der FDP innerhalb der Deutschen Union tätig sein. Die große Gefahr, die mit der Deutschen Union gegeben ist, ist die der Zersetzung.

MIDDELHAUVE: Die Deutsche Union wird überschätzt.

DEHLER sieht in der Deutschen Union das Instrument *Haußleiters.* Er macht darauf aufmerksam, daß die FDP als Partei sich klar werden und Folgerungen ziehen muß. Es ist unmöglich, daß *Curschmann* und *Rauschenbach* mitwirken. Es muß ein Beschluß vom Vorstand gefaßt werden, daß die führenden Persönlichkeiten unserer Partei der Deutschen Union nicht angehören dürfen.

EULER schließt sich den Ausführungen von Dr. *Dehler* an. Notwendig ist:

1. eine Aufklärungsarbeit und ein Hinweis auf die Fragwürdigkeit der Deutschen Union.

2. Klarheit über die Tendenzen der Deutschen Union.

3. Keine Beteiligung prominenter Mitglieder unserer Partei.

4. Informationen über die Bestrebungen der Deutschen Union und darüber hinaus über alle Kreise, die sich bilden.

SCHÄFER ist gegen ein allzu striktes Verbot der Teilnahme von Parteimitgliedern an der Deutschen Union. Er schlägt als Beschlußfassung des Vorstandes folgende Formulierung vor:

„Die FDP steht der Gründung der Deutschen Union fern. Unvereinbar mit der Parteizugehörigkeit wird die Beteiligung an der Deutschen Union für FDP-Mitglieder, wenn die Deutsche Union als politische Partei auftritt oder grundsätzliche Forderungen der FDP bekämpft."

BLÜCHER weist nochmals auf die große Gefahr der Deutschen Union hin, die vor allem in der Negation liegt. Er schließt sich Herrn *Euler* an und regt an, die einzelnen Mitglieder zu verpflichten, neu auftauchende Bewegungen ähnlicher Art dem Vorstand bekanntzugeben. Vermieden werden müssen persönliche Angriffe. Die in Bayern entstandene politische Unruhe muß von der FDP positiv ausgewertet werden (luftleerer Raum in Franken).

Die Gefahr der Politiker, die in der Parteiarbeit stehen, ist, daß sie sich von der Tagesarbeit überfahren lassen müssen. Es muß aber die Möglichkeit gegeben sein, grundsätzliche Themen, z. B. die sichtbare Beteiligung des Arbeiters am Betrieb, zu bearbeiten. Die aktive Gegenwehr, die die Partei gegen die Deutsche Union einsetzen kann, ist der Versuch, dem Marxismus etwas Vernünftiges und Schlagkräftiges entgegen zu stellen.

Dr. OELLERS erscheint der *Schäfer*sche Vorschlag als zu schwach. Eine Beteiligung an der Deutschen Union ist nicht vereinbar mit einer Funktion bei der FDP. Eine Mitgliedschaft [in] der Deutschen Union bleibt jedem freigestellt. Er kann aber dann kein politisches Amt bei der FDP haben.

RAUSCHENBACH führt aus, daß führende Parteipolitiker sowieso auf die Dauer gesehen nicht führend in der Deutschen Union sein können. Es ist aber notwendig und als Weg gangbar, daß die brachliegenden Kräfte über die Deutsche Union aktiviert werden können.

RADEMACHER schlägt als Zusatz zu der *Schäfer*schen Formulierung folgendes vor:

„Von den führenden Persönlichkeiten der FDP wird stärkste Zurückhaltung erwartet. Eine gleichzeitige amtliche Stellung in der FDP und Deutschen Union kann nicht gebilligt werden."

HEUSS spricht sich für den Antrag *Schäfer* aus, da damit eine Sicherung gegeben ist.

MIDDELHAUVE will den Vorschlag *Schäfer* zum Beschluß des Vorstandes erhoben wissen.

Es wird über den Vorschlag *Schäfer* abgestimmt. Er wird mit 10 gegen 2 Stimmen angenommen.

Es wird über den Zusatz *Rademacher* abgestimmt, der mit 9 gegen 3 Stimmen angenommen wird.

EULER stimmt gegen beide Anträge, da er eine klarere Stellungnahme für erforderlich hält.

BERATUNG ÜBER DEN PROGRAMM-ENTWURF VON DR. REIF[24]

MIDDELHAUVE stellt den Antrag, daß jeder einzelne der Vorstandsmitglieder zu dem Entwurf *Reif* Stellung nimmt. Diese Stellungnahmen sollen von einer kleineren Kommission noch einmal beraten und dem Gesamtvorstand auf der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

REIF erklärt sich einverstanden, fordert aber, daß

1. an die Tradition angeknüpft wird, und daß
2. das Programm manifestartig unter einem Gedankengang abgefaßt wird.

---

24 Hierbei handelt es sich um eine vier Seiten lange Ausarbeitung, in der nach einer Präambel Aussagen zu folgenden Themen enthalten sind: Die Gesellschaft, der Staat, die Sozialwirtschaft, Sozialpolitik, Kulturpolitik und Deutschland in der Welt. Entwurf liegt dem Protokoll als Anlage bei.

HEUSS hält die These von Dr. *Reif* für falsch. Er schließt sich an den Vorschlag von Dr. *Middelhauve* an und möchte die nächste Vorstandssitzung in toto unter diese zentrale Frage gestellt wissen.

DEHLER schlägt als Mitglieder der Programmkommission vor: Dr. *Reif*, Prof. Dr. *Heuss, Mischnick, Euler.*

BLÜCHER regt an, das eingegangene Material jedem einzelnen Mitglied des Vorstandes vor der entsprechenden Sitzung zur Verfügung zu stellen.

MIDDELHAUVE möchte eine Frist für die kritische Stellungnahme von drei Wochen gesetzt wissen, damit dann 14 Tage später die geplante Vorstandssitzung stattfinden kann.

[TERMINIERUNG DES NÄCHSTEN PARTEITAGES]

VON RECHENBERG beantragt, den Parteitag früher einzuberufen.

HEUSS weist auf den Beschluß des geschäftsführenden Vorstandes[25] hin, der aufgrund reiflichen Überlegens getroffen wurde. Es kommt vor allen Dingen darauf an, die psychologische Wirkung für die Wahlen abzuschätzen.

MIDDELHAUVE spricht sich gegen den Beschluß des geschäftsführenden Vorstandes aus. Ein konkreter Termin ist absolut notwendig, weil wir sonst wieder hinter der politischen Entwicklung herlaufen. Wir brauchen einen Parteitag, nicht nur um den Entschluß Heppenheim durchzuführen, sondern vor allem auch, um uns politisch zu profilieren.

EULER schlägt vor, die nächste Vorstandssitzung abzuwarten und dann den Termin festzusetzen.

HEUSS erklärt, daß die Politik der Partei nicht durch ein Programm gemacht wird, sondern durch die Arbeit, die in Bonn und Frankfurt geleistet wird.

BLÜCHER glaubt, durchaus einen festen Termin benennen zu können. Er schlägt den 23. und 24. 4. vor.

Dieser Vorschlag wird zum Beschluß erhoben.

Die nächste Sitzung des Gesamtvorstandes soll am 20. und 21. 3. stattfinden. Als Thema für diese Vorstandssitzung soll die Programmberatung gelten.

[Pause]

[BERICHT UND DISKUSSION ÜBER DIE ARBEIT DES PARLAMENTARISCHEN RATES]

Die Nachmittagssitzung der Tagung des Gesamtvorstandes begann mit dem Referat Dr. DEHLERS über die Arbeit des Parlamentarischen Rates. Dr. *Dehler*

25 Der geschäftsführende Vorstand hatte am 8. 1. 1949 beschlossen, als ungefähren Termin für den Parteitag den Zeitraum zwischen der Annahme des Grundgesetzes durch die Militärregierungen und den Bundestagswahlen vorzusehen. Nach Protokoll der Sitzung, ADL, Ordner-Nr. 81.

gab einen kurzen Überblick über den historischen Verlauf der Verhandlungen um das Zustandekommen des derzeitigen Kompromisses[26] und über das Verhalten der Fraktion bei diesen Verhandlungen.[27]

Man stehe jetzt, so erklärte Dr. *Dehler,* vor der Behandlung des Grundgesetzes im Plenum, und man könne wohl sagen, daß der Parlamentarische Rat in der Erörterung der Fragen in vielen Dingen zu sehr in Details sich verloren habe. Dadurch habe sich der Abschluß immer wieder verzögert.

Die anfängliche Stimmung, nur etwas Provisorisches zu schaffen, sei bald der Einsicht gewichen, doch das Bestmöglichste zu erreichen und etwas Ausgewogenes zu schaffen.

Das Besatzungsstatut könne und werde eine wesentliche politische Entscheidung sein. Die Meinungen darüber, ob man mit der Verabschiedung des Grundgesetzes warten solle, bis das Besatzungsstatut vorliege oder ob man unabhängig davon das Gesetz verabschieden solle, wie man es nach bestem Wissen und Gewissen verantworten könne, seien sehr geteilt. Ob das Grundgesetz wirklich, wie es nun nach der dritten Lesung vorliege, verabschiedet werden könne, würden erst die nächsten vier bis sechs Wochen entscheiden.

Die FDP-Fraktion sei der Ansicht, daß der Parlamentarische Rat eine große Chance ungenutzt habe vorübergehen lassen. Die Alliierten seien heute nicht mehr so stark an der schnellen Errichtung einer westdeutschen Regierung interessiert wie im Herbst vorigen Jahres. Der politische Druck, die Spannung zwischen Ost und West sei heute nicht mehr so stark, daß die Alliierten mehr oder weniger gezwungen seien, das Grundgesetz unter Bedingungen anzuerkennen, die sie im anderen Falle nicht akzeptieren würden. Für diese verfahrene Situation müsse man ein wesentliches Verschulden der CDU zur Last legen. In endlosen Fraktionssitzungen habe gerade diese Partei die allgemeine Weiterberatung immer wieder hinausgeschoben. Dr. *Schäfer* und insbesondere Dr. *Heuss* hätten in den kritischen Augenblicken immer wieder erklärt, daß die FDP sich nicht mehr dazu bereitfinden würde, der Behandlung von Anträgen, die die Fertigstellung des Grundgesetzes verzögern würden, beizustimmen.

Während man zu Anfang der Beratungen ausgesprochene Parteiprogrammatik um der Sache willen in den Hintergrund gedrückt habe, stelle die CDU/CSU zwei Komplexe beharrlich in den Vordergrund: Einmal die übertriebenen föderalistischen Forderungen[28], dann die Einbeziehungen der Ansprüche der Kirchen[29], besonders in der Form des sogenannten Elternrechtes, in die Grundrechte. Hier würden deutlich politische Tendenzen erkennbar. Damit

26 Bezieht sich auf die dritte Lesung des GG vom 8.–10. 2. 1949 im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates. Die Kompromisse betrafen die Mitwirkung des Bundesrates bei der Gesetzgebung und die Bestimmungen zur Finanzverfassung. Vgl. PARL. RAT, VERHANDLUNGEN DES HAUTPAUSSCHUSSES, 1948/49, S. 603–685.

27 Hierzu in knapper Zusammenfassung D. HEIN, 1985, S. 343 f.

28 Vgl. CDU/CSU-FRAKTION, 1981, S. XXVI f., 19 f., 28, 32 f., 37–40, 57 f., 65 f., 92, 108, 143 f., 171, 175 ff., 188 f., 195, 216, 326, 333, 369 und 389.

29 Vgl. Burkhard van SCHEWICK, Die Katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950, Mainz 1980, S. 65–127.

habe man aber auch klar den politischen Kampf begonnen. Die Kirchen versuchen unter allen Umständen, ihre politische Position zu erhalten und wenn möglich noch zu vergrößern, und bedienen sich dazu der CDU/CSU.

Der Grundgesetzentwurf trage der Forderung auf föderalistischen Aufbau weitgehend Rechnung. Die Verwaltung liegt grundsätzlich bei den Ländern. Die Bundesverwaltung sei sehr weit eingeschränkt; zum Teil ist sie nur eine Auftragsverwaltung. Dies sei bei den Wasserstraßen, Autobahnen usw. vorgesehen.

Die Gerichtshoheit liege bei den Ländern, nur die oberen Bundesgerichte bestünden daneben als höchste Gerichte.

Bei der Bildung des Bundeswillens seien die Länder sehr stark eingeschaltet. Ihre Eigenstaatlichkeit sei stärker betont als in der Weimarer Verfassung. Der Bundesrat, so wie er jetzt geschaffen sei, stelle ein typisches Länderorgan dar.[30] Auf seiten der SPD sei anfangs der Gedanke des reinen Senats vertreten worden, doch hätte dann die SPD eine scharfe Wendung gemacht und sei der CDU entgegen gekommen, indem sie einem Bundesrat in der Form des reinen Länderorganes zustimmte. In der Fraktion der FDP sei die Auffassung vertreten worden, hier einen Kompromiß zu finden, und zwar in der Art eines Bundesrates mit senatorieller Schleppe. Die SPD habe den Gedanken des Senats lediglich fallenlassen, um eine Einigung mit der CDU zu erzielen, sie habe dafür aber keinerlei Konzessionen erhalten. Der Bundesrat in seiner jetzigen Form sei keineswegs als eine zweite Kammer anzusprechen, dieser anfänglich so hart umstrittene Gedanke sei nun völlig fallengelassen worden. Der Bundesrat werde niemals zu einer Integration des deutschen Volkes führen, er werde ein bürokratisches Organ sein. Er werde beschickt durch die Landtage der Länderregierungen, gebunden an die Weisungen der Länderregierungen. Die Länder hätten als Mindestzahl drei Stimmen, bei mehr als zwei Millionen Einwohnern vier Stimmen und bei mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf Stimmen.

Ein heftiger Kampf sei entbrannt um die Zuständigkeit des Bundesrates. Dieser Punkt sei nun auch Gegenstand des Kompromisses geworden. Die bayerische Forderung hierfür sei die volle Gleichberechtigung des Bundesrates gegenüber dem Bundestag bzw. Volkstag gewesen. Dieser Forderung sei man weitgehend entgegengekommen. Die schwierigste Frage sei die Bundesfinanzverwaltung.[31] Auch hier seien der CDU alle nur möglichen Konzessionen gemacht worden. Alle Bundessteuern, deren Aufkommen dem Bund und den Ländern zuflössen, alle Gesetze, die neue Steuern schaffen, und alle Gesetze, die eine Kompetenzerweiterung des Bundes zur Folge haben, aber auch bei der normalen Gesetzgebung sei der Bundesrat gleichberechtigt eingeschaltet. Es sei

30 Vgl. Rudolf MORSEY, Die Entstehung des Bundesrates im Parlamentarischen Rat, in: Der Bundesrat als Verfassungsorgan und politische Kraft. Beiträge zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland, Bad Honnef/Darmstadt 1974, S. 63–77.

31 Vgl. Heinz Joachim FISCHER, Parlamentarischer Rat und Finanzverfassung, Diss. Kiel 1970, S. 127–149.

schon richtig, erklärte Dr. *Dehler* weiter, daß diese Bejahung nicht den Wünschen der FDP-Fraktion entspräche, aber die Zustimmung läge noch immer im Bereich des Möglichen. Die Gesetzgebung sei jetzt so gebildet, daß jede Gesetzesvorlage dem Bundesrat vorgelegt würde, so daß normalerweise ein Gesetz ohne die Zustimmung des Bundesrates kaum zustande kommen könne. Wenn der Bundestag ein Gesetz beschließe, dem der Bundesrat nicht zustimme, so habe der Bundesrat die Möglichkeit, einen gemeinsamen Ausschuß von Bundesrat und Bundestag zu bilden, in dem dann beschlossen werden könne, daß diese Gesetzesvorlage an den Bundestag zurückverwiesen werden müsse, oder es könne Einspruch erhoben werden, der dann nur mit der gesetzlichen Stimmenmehrheit des Bundestages abgelehnt werden könne. Er könne also nur durch die Mehrheit des Bundestages überwunden werden. Fände ein Minderheitskanzler für ein Gesetz keine Mehrheit im Bundestag, so sei der Bundesrat berechtigt, Notverordnungen zu erlassen. Also seien auch hier wieder sehr weitgehende Rechte dem Bundesrat eingeräumt und damit viel weiterreichende Rechte der Länder, vertreten durch den Bundesrat, begründet, als es in der Weimarer Republik der Fall gewesen sei.

Der Druck auf den Parlamentarischen Rat in Fragen der Bundesfinanzverwaltung sei einmal durch die Alliierten und zum anderen durch die CDU, der diese Haltung der Alliierten sehr willkommen sei, auch heute noch sehr stark. Die Franzosen seien in diesem Punkt sehr empfindlich, weil sie eine politische Gefahr hinter der Bundesfinanzverwaltung sehen. Der Parlamentarische Rat habe in dieser Frage einzig und allein auf *Höpker Aschoff* gesehen und sich nach ihm gerichtet. Die FDP-Fraktion sei weiterhin gewillt, diesen Kampf fortzusetzen, alle anderen Probleme des föderalen Staates würden dahinter zurücktreten. Sie sei weiterhin der Ansicht, daß alle Aufgaben dem Gesamtstaat in zunehmendem Maße zuwachsen werden. Ein Bundesstaat, der keine Finanzhoheit habe, würde steril sein. Eine Bundesregierung, die keine Konjunkturpolitik machen könne, sei staatspolitisch unwirksam.

Dr. *Dehler* kommt dann auf den Antrag, der von ihm und Dr. *Becker* gestellt wurde, auf eine Präsidialregierung.[32] Hierüber herrsche in der Fraktion keine einheitliche Haltung. Dr. *Becker* und er seien der Ansicht, daß eine stabile Regierung, wie sie schon in dem Antrag der FDP der Regierung auf Zeit angefordert worden sei und wie sie durch die Präsidialregierung noch stärker zur Wirkung komme, durchaus wünschenswert sei. Man habe sich bei diesem Antrag von dem Schweizer und USA-Muster leiten lassen.

Für diesen Vorschlag sei leider nicht die nötige Gegenliebe vorhanden gewesen, aber er sollte doch erneut eingebracht werden. Einig sei man in dem Willen, die Regierung dadurch krisenfest zu machen, daß nur ein „konstruktives Mißtrauensvotum" möglich sei, d. h. daß das Mißtrauensvotum nur in der

32 Parl. Rat, Drucks. 1948/49, Nr. 463. Vgl. Erhard H. M. Lange, Die Diskussion um die Stellung des Staatsoberhauptes 1945–1949, in: VfZ, 26. Jg. (1978), S. 644 ff.

Form der Wahl eines neuen Kanzlers zulässig sei. Die Einbringung eines reinen Mißtrauensvotums sei nicht mehr möglich.[33]

Zur Frage des Artikels 7 b (Elternrecht)[34] sei noch zu sagen, daß die Haltung der FDP-Fraktion in den katholischen Kreisen völlig entstellt wiedergegeben worden sei. Die Kirche sei durchaus zu ihrem Recht gekommen, es seien alle nur möglichen Zugeständnisse gemacht worden. Die Kirche fordere aber mehr, als ihr gegeben werden könne und dies alles unter dem Schlagwort „Elternrecht". Die Ansicht der FDP hierzu würde bleiben, daß man einen subjektiven Anspruch einer Gruppe auf die Gestaltung der Schule niemals anerkennen könne. Es sei der Vorschlag der FDP gewesen, den Religionsunterricht als Pflichtfach in allen Schulen aufzunehmen. Ein neuer Konflikt sei dadurch entstanden, daß nach der Bremer Verfassung in den Volksschulen Bremens nur biblischer Unterricht erteilt werde[35] und daß auch andere Länder den Religionsunterricht als Pflichtfach an allen Schulen nicht kennen; in den Übergangsbestimmungen ist festgelegt, daß an dieser Rechtslage nichts geändert werden soll. Das Bestreben der Kirchen sei klar, auf dem Umweg über das Grundgesetz sollen die Länder vergewaltigt werden. Man sei in den Schuldingen schon denkbar weit gegangen. Der Katholizismus wolle die Not des Volkes ausnutzen. Dieser Kampf muß ausgefochten werden. Die Bischöfe, die am Freitag und Samstag im Kloster Pützchen gemeinsam mit der CDU getagt hätten[36], wollten diesen Kampf auf jeden Fall weiterführen.

In einem Antrag der CDU würde gefordert, die Gültigkeit des Konkordates im Grundgesetz anzuerkennen.[37] Von seiten der FDP-Fraktion sei dieser Antrag abgelehnt worden, und im Hauptausschuß sei eine sehr allgemein formulierte Fassung gefunden worden: Daß die vom Deutschen Reich abgeschlossenen Staatsverträge, die sich auf Gegenstände beziehen, für die nach diesem Grundgesetz die Landesgesetzgebung zuständig ist, wenn sie nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen gültig sind und fortgelten, unter Vorbehalt aller Rechte und Einwendungen der Beteiligten in Kraft bleiben, bis neue Staatsverträge durch die nach diesem Grundgesetz zuständigen Stellen abgeschlossen werden oder ihre Beendigung aufgrund der in ihnen enthaltenen Bestimmungen anderweitig erfolgt.[38]

---

33 Dazu Adolf M. Birke, Das konstruktive Mißtrauensvotum in den Verfassungsverhandlungen der Länder und des Bundes, in: ZParl., 8. Jg. (1977), S. 82–91.

34 Art. 6 Abs. 2 und 3 GG. Die folgenden Ausführungen *Dehlers* beziehen sich auf Art. 7 Abs. 2–5 GG.

35 Der betreffende Artikel in der Bremer Verfassung lautete: „Die allgemeinbildenden öffentlichen Schulen sind Gemeinschaftsschulen mit bekenntnismäßig nicht gebundenem Unterricht in biblischer Geschichte auf allgemein christlicher Grundlage." Diskussion hierüber in: Parl. Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses, 1948/49, S. 557.

36 Diese Besprechungen fanden am 9. und 10. 2. 1949 statt. Vgl. B. van Schewick, Anm. 29, S. 118 f.

37 Parl. Rat, Drucks. 1948/49, Nr. 231. Abgedruckt in: CDU/CSU-Fraktion, 1981, S. 242 f.

38 Dazu Parl. Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 489 ff.

Bei der Frage der Kriegsdienstverweigerung habe die FDP gegen die Aufnahme eines solchen Artikels gestimmt.[39] Zwar sei in dieser Frage die FDP auch nicht ganz einmütig gewesen, Dr. *Reif* wäre dagegen gewesen. Die Ansicht der FDP war, daß man als notwendig ansehe, daß ein Demokrat auch die Pflicht habe, sein Vaterland zu verteidigen. Abschließend erklärte Dr. *Dehler* noch zu der Frage des Wahlrechtes, daß man wohl sagen müsse, daß es Dr. *Becker* mit einem unerhörten Geschick gelungen sei, zu einem Kompromißvorschlag zu kommen.[40] Der Wahlvorschlag, der jetzt zur Beratung vorläge, sei auch für die FDP annehmbar. Das Streben der CDU ginge dahin, ein reines Mehrheitswahlrecht zu bekommen, was die FDP zunächst ausschalten würde. Der Wahlrechtsvorschlag in seiner jetzigen Form würde nunmehr dem Hauptausschuß zur Beratung vorgelegt.

Dr. MIDDELHAUVE: Dr. *Heuss* habe vorhin, als er von der Kritik am Grundgesetz sprach, ihn apostrophiert, genannt. Er nehme an, daß dies sich wohl auf seine Rede hier in Bonn[41] beziehen solle.

Dr. HEUSS wirft ein, daß er den an ihn gerichteten Brief meine.[42]

Dr. MIDDELHAUVE erklärt weiter, er habe in seiner Rede hier eigentlich nur eine Kritik an den Gegensätzen der beiden großen Parteien geübt, und diese Kritik dürfe wohl mehr als berechtigt sein. Was nun die Kritik an der Arbeit der eigenen Fraktion beträfe, möchte er nachher noch darauf zurückkommen. Es sei sehr schwer, über eine Arbeit zu urteilen und an Ergebnissen Kritik zu üben, die man nicht selbst mit geformt habe und nur aus der Presse heraus kenne. Auf der anderen Seite sei es doch wohl so, daß jeder Staatsbürger aus lebendiger Anteilnahme an Bonn gezwungen sei, sich mit diesen Ergebnissen auseinanderzusetzen und dazu Stellung zu nehmen. Sehr weite Kreise unserer Bevölkerung waren der Ansicht, daß der Parlamentarische Rat ein provisorisches Grundgesetz schaffen würde. Das hätte die Absicht des Parlamentarischen Rates von vornherein sein müssen, weil er nur eine Delegation, die von den Länderparlamenten entsandt worden ist, sei. Darin sei die Meinung der Fraktion wohl klar.

Das Provisorium hätte auch aus einem anderen Grunde die Absicht des Parlamentarischen Rates sein müssen, weil man dadurch die Möglichkeit gehabt hätte, bald zu einer eigenen Regierung zu kommen. *Dehler* habe ja sehr deutlich gesagt, wie stark die Meinungen aufeinander geprellt seien und dadurch Verzögerungen eingetreten seien, die nun politische Folgen haben. Wenn man ein Grundgesetz geformt hätte, das nur den Rahmen hätte bilden sollen, wäre man nicht auf solche Gegensätze herausgekommen, dann hätte man schneller und reibungsloser arbeiten können.

39 Ebd., S. 454 ff.
40 Vgl. E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 355 f.
41 Nicht ermittelt.
42 *Middelhauve* an *Heuss* vom 3. 11. 1948, NL Heuss 88. Dem Brief lag eine Entschließung des Landesausschusses des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der FDP vom 30. 10. 1940 bei. Vgl. D. HEIN, 1985, S. 330 f.; ebenfalls E. MENDE, 1984, S. 123.

Dr. *Dehler* habe sehr deutlich ausgesprochen, daß die Verfassung bei weiten nicht so aussehe, wie sie sich die FDP vorgestellt habe. Wenn Dr. *Reif* eben eingeworfen habe, die FDP hätte ja nicht die Mehrheit, sondern nur 6 von 65 Stimmen, so dürfe er wohl sagen, das sei nicht das Entscheidende, sondern daß man mitverantwortlich sei für das, was geschehe. Wenn Dr. *Dehler* sagte, daß man den Ländern eine weitgehende Eigenstaatlichkeit zugesichert habe, dann sei er darüber erschüttert, daß man hierin solche Konzessionen gemacht habe, und er müsse sagen, dem könne er einfach nicht zustimmen.

Wie schwerwiegend die Dinge seien, sehe man, wenn Dr. *Dehler* sage, daß der föderalistische Charakter so stark geworden sei, daß er alles andere überschatte, darüber sei er restlos erschüttert. So wie man den augenblicklichen Bundesrat geschaffen habe, glaube er nicht, daß es möglich sei, ein Gesetz durchzubringen, ohne daß es von Kompromissen stinkend sei, und traurig sei es, wenn man eine solche Verfassung am Bein habe, denn es sei sehr schwer, diese wieder aus der Welt zu räumen.

Dr. *Dehler* habe auch betont, daß die Verwaltungshoheit weitgehend bei den Ländern liegen werde. Auch dies könne er nur sehr negativ werten.

Er wolle das Verdienst der eigenen Fraktion nicht schmälern. Es sei ein großes Verdienst von *Höpker Aschoff*, daß er mit seiner, er dürfe es ruhig sagen, ohne von ihm falsch verstanden zu werden, preußischen Sturheit wenigstens die zentralistische Finanzhoheit gerettet habe. Er bedauere es sehr, daß man den staatsrechtlichen Aufbau über die Präsidialregierung nicht durchgebracht habe. Wenn man auch die Regierung durch das konstruktive Mißtrauensvotum sichern wolle, so sei er doch der Überzeugung, daß eine Regierung, die einmal durch ein Mißtrauensvotum angeknabbert ist, auf einer sehr schwachen Planke stehe.

Dr. *Dehler* sage, daß das neue Deutschland bundesstaatlich aufzubauen sei, und dies sei auch die FDP-Auffassung, so könne er nur sagen, dies sei bei weitem nicht die Meinung der Partei, vor allem nicht die der Jugend. Wenn die Alliierten einen föderativen Aufbau Deutschlands verlangen, so hätte man ihn so schaffen müssen, daß er kaum zur Wirkung käme. Man solle aber von seiten der FDP diesen bundesstaatlichen Charakter auf keinen Fall unterstreichen.

Zu dem Thema Kirche und Grundgesetz möchte er nur sagen, daß, wenn man die Forderungen der katholischen Kirche nicht in ihrem vollen Umfang anerkenne, die katholische Kirche auch niemals die Verfassung anerkennen und bestimmt dagegen arbeiten würde mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stünden. Da also große Konzessionen zu machen, das führe doch zu nichts, es sei nur wieder ein Beweis dafür, daß man sich auf solche Probleme gar nicht hätte einlassen sollen.

Er habe in seinem Landesverband eine ganze Reihe von Austritten zu verzeichnen gehabt, weil diese Leute die Auffassung über das Elternrecht, wie sie die FDP vertrete, einfach nicht verstünden und billigen würden. Er selbst habe diese Auffassung stets unterstrichen. Elternrecht heiße konfessionelle Schule. Dies könne man in der Öffentlichkeit nicht oft genug sagen, und leider sei es nicht oft genug gesagt worden. Dadurch würden die Äußerungen der FDP-

Fraktion in diesem Punkte von der Öffentlichkeit falsch verstanden und ausgelegt. Über das Konkordat habe er eine etwas andere Auffassung. Er sei der Meinung, dieses Konkordat sei von einer damals anerkannten Reichsregierung abgeschlossen worden. Wenn man nun sage, daß das Reich noch bestünde, wenn man an diesem Grundsatz festhalten würde, dann müsse man auch das Konkordat anerkennen.

Dr. REIF wirft ein, daß man damit dann auch die konfessionellen Schulen bekommen würde, und dafür würden sich die Ostländer bedanken.

Dr. DEHLER meint, daß es das Beste wäre, wenn man den Beweis erbringen könnte, daß das Konkordat nicht rechtmäßig sei. Damit hätte man etwas, womit man in der Öffentlichkeit agitieren könne. Im allgemeinen sei er der Ansicht, daß man wohl etwas weit gegangen sei an Entgegenkommen, so daß die Verfassung einen zu föderativen Charakter bekommen habe.

Dr. REIF schildert dann noch einmal den Gang der Dinge in Fragen des langen Hinauszögerns der Fertigstellung des Grundgesetzes, die lediglich immer wieder darauf zurückzuführen sei, daß die CDU/CSU in ihrer Fraktion völlig uneins war und immer neue Anträge zu den Grundrechten stellte.

Dr. *Reif* ist weiterhin der Ansicht, daß der föderale Zug in der Verfassung auch von einem anderen Gesichtspunkt gesehen werden kann, der für uns nur zu begrüßen sei, nämlich daß er einen Schutz bilde gegen eine Sozialisierung, die sich ja nur in einem zentralistischen Staat völlig durchführen lassen könne. In einem föderativen Bundesstaat sei es auch bei überwiegender sozialistischer Mehrheit nicht gut möglich, eine völlige Sozialisierung durchzuführen.

Zur Frage der Kriegsdienstverweigerung ist Dr. *Reif* der Ansicht, daß man über diese Frage am besten so wenig wie möglich spräche. Wenn aber eine Partei den Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt habe, so halte er es für unmöglich, ihn abzuschlagen, weil auch aus diesem Widerspruch zu diesen Dingen auf eine gewisse Absicht geschlossen werden könne. Diese erstrecke sich auch noch auf die Frage der Vorbereitung zum Verteidigungskrieg. Es gäbe kein Land, das seinem Volke sage, wenn es zum Kriege rüste, wir wollen einen Angriffskrieg führen. Daher müsse man jegliche Möglichkeiten, für einen Krieg zu rüsten, unterbinden.

Dr. HÖPKER ASCHOFF nimmt noch einmal zu den von Dr. *Middelhauve* aufgeworfenen Bedenken Stellung und ist der Ansicht, daß diese Befürchtungen wohl etwas übertrieben seien. Deutschland sei immer ein Bundesstaat gewesen, d. h. daß die Länder ihre Eigenstaatlichkeit gehabt hätten. Das Gesetzgebungsrecht der Länder in der neuen Verfassung ginge ebenso weit wie das Gesetzgebungsrecht des Bundes, nur in ganz wenigen Ausnahmen gehe dieses Recht der Länder weiter als in der Weimarer Verfassung. Wenn man die Weimarer Verfassung der heutigen gegenüberstelle, so werde man einen Rückschritt in der Frage des Föderalismus feststellen müssen. Entscheidend aber bleibe, daß die Bundesfinanzverwaltung bestehen bleibe.

Der Bundeszwang sei eine theoretische Möglichkeit, würde aber nur zur praktischen Möglichkeit, wenn die Bundesfinanzverwaltung durchkäme. Wenn

man sich diese Dinge vor Augen hielte, so könne man wirklich nicht sagen, daß das neue Grundgesetz einen zu föderalistischen Zug bekommen habe.

Zur Frage der Präsidialregierung erklärte Dr. *Höpker Aschoff,* daß er kein Anhänger dieses Systems sei und auch nicht dafür stimmen könne. In der neuen Verfassung sei ja eine gewisse Sicherheit für eine stabile Regierung eingebaut durch das konstruktive Mißtrauensvotum.

Zu dem Thema Elternrecht habe ja Dr. *Heuss* schon so eingehend gesprochen, daß er sich zu diesem Thema nicht äußern wolle. Dr. *Höpker Aschoff* erklärte abschließend, daß man auf alle Fälle vorsehen müsse, so bald als irgend möglich zu einem Grundgesetz zu kommen und damit zu einer einheitlichen Regierung, wenn auch leider im Augenblick nur in den Westzonen. Man müsse diese Regierung aber unter allen Umständen bekommen, da man sie den Besatzungsmächten gegenüber brauche und die Zustände in den einzelnen Ländern sonst untragbar würden. Diese Tatsache müsse bei allen Entscheidungen maßgebend sein.

Dr. OELLERS stimmt darin bei, daß man bei der Schaffung eines Grundgesetzes eine wesentlich größere Kompromißbereitschaft zeigen müsse als bei der Annahme eines Gesetzes, hat aber doch Bedenken gegenüber dem Bundesrat, der doch praktisch als zweite Kammer gedacht sei und ein gleichberechtigtes Organ darstelle. Er ist der Ansicht, daß man sich doch reichlich überlegen müsse, ob man nicht eine zu große Verantwortung auf sich lade, wenn man diesem Bundesrat zustimme.

MISCHNICK wirft die Frage auf, daß man sich doch überlegen müsse, in welcher Form man diese ganzen Bedenken, die hier sachlich ausgeführt wurden, im Wahlkampf verwenden könne.

Dr. MIDDELHAUVE wendet sich dann noch einmal gegen die Ansicht Dr. *Reifs,* daß man in dem föderalistischen Zug einen Pluspunkt gegen die Sozialisierung sehen könne. In dem Raum der Westzonen könne man in der nächsten Zeit bestimmt nicht mit einer Stimmung für eine Sozialisierung rechnen, [er] faßt nach wie vor die Unterstreichung des Föderalismus im Grundgesetz als eine große Belastung auf. Es stimme schon, wenn Dr. *Dehler* der Ansicht sei, daß man in dieser Frage weit über die Weimarer Verfassung hinausgegangen sei. Er sei der Meinung, daß durch die weitgehende Gesetzgebungsmacht der Länder nun ermöglicht wird, daß in den Ländern, in denen die SPD die Mehrheit habe, eine Sozialisierung durchgeführt werden könne, während wiederum in den Ländern, in denen die SPD in der Minderheit sei, eine solche Maßnahme abgelehnt würde. Dr. *Middelhauve* erklärte weiter, daß ihm immer wieder bestätigt wurde, daß auch die Jugend sich nicht mit einer solch starken föderalistischen Tendenz des Grundgesetzes einverstanden erklären könne, das gleiche gelte auch von den Vertriebenen. Deutschland sei in seiner Entwicklung über den föderalistischen Charakter hinausgewachsen. Deutschland könne gar nicht föderalistisch sein, denn ein solcher Staat sei in einem föderalistischen Europa Unsinn.

Dr. *Middelhauve* ist weiterhin der Ansicht, daß es nicht allein darauf ankomme, daß man in Deutschland endlich wieder eine Verfassung habe, sondern

daß es auch darauf ankomme, wie sie aussehe. Wenn auch die FDP-Fraktion in der Minderheit sei, so stelle sie doch so etwas Ähnliches wie das Zünglein an der Waage dar, und vor allem sei die FDP eine Fraktion von Persönlichkeiten. Aber die Fraktion hätte ihr Gewicht mehr mit Erfolg einsetzen müssen und in entscheidenden Punkten erklären müssen, daß sie dies oder jenes nicht mitmachen könne. Dies sei aber in dem sicherlich guten Bestreben, eine auch nur einigermaßen tragbare Verfassung zustandezubringen, weit überschritten worden. Daß dies der Fall gewesen sei, bedauere er aus tiefstem Herzen.

Dr. DEHLER kommt noch einmal auf die Frage der Sozialisierung in einem Bundesstaat zurück und erklärt, daß das, was Dr. *Reif* gesagt habe, wohl richtig sei, weil der Bund eine solche Sozialisierung unterbinden kann. Der Bund habe alle entscheidenden Gesetzgebungen.

Dr. MIDDELHAUVE wirft ein, daß diese aber durch den Bundesrat unterbunden werden könnten.

Dr. DEHLER erklärt dazu, daß der Bundesrat sich aus aktiven Ministern zusammensetze, die mitten in der politischen Aktivität stehen. Man könne den Bundesrat nicht ohne weiteres als Negativum sehen dem Bund gegenüber.

Es sei gewiß nicht im Sinne der Fraktion gewesen, daß der Bundesrat so stark geworden wäre. Er habe aber die Gründe dafür vorher schon in seinem Bericht fixiert. Man habe versuchen müssen, sich auf einer Linie zu finden. Die Optik, wie er sie in seinem Bericht dargestellt habe, wäre ein klein wenig zu falsch gewesen. Der föderative Charakter, wie er in der Verfassung zum Ausdruck gekommen sei, könne schon vertragen werden. Man hätte vor der Aufgabe gestanden: Will man, daß die Alliierten zu dem Grundgesetz nein sagen oder will man versuchen, in dem Rahmen, der gegeben war, eine Verfassung zustandezubringen. Um diese Frage sei gewiß lange genug herumgeredet worden.

Es wäre nicht richtig, erklärte Dr. *Dehler* weiter, sich auf eine Opposition aus Grundsatz einzustellen. Man wolle versuchen, die beiden großen Parteien zusammenzubringen. Dies sei durch den Kompromiß erreicht worden.

Das Volk solle einmal die Verfassung annehmen oder ablehnen. Die Fraktion könne einer Abstimmung durch die Landtage nie zustimmen, denn diese Angelegenheit sei von großer staatspolitischer Bedeutung, die man unbedingt erfüllen müsse.

RADEMACHER kommt noch einmal auf die vorherigen Ausführungen über das Grundgesetz zurück und stimmt im wesentlichen mit Dr. *Höpker Aschoff* überein. Er sei der Ansicht, daß es nicht entscheidend sei, welche unterschiedlichen Meinungen in der Partei zum Ausdruck kämen, sondern entscheidend sei die Meinung der Bevölkerung, die für diese Zuspitzungen kein Verständnis habe. Entscheidend sei, daß der Parlamentarische Rat ein Grundgesetz auf die Beine stelle, welches einem Regierungsapparat die Möglichkeit gäbe, auch gegenüber den Besatzungsmächten arbeiten zu können, dies allein sei die Hauptsache.

Man muß sich natürlich die Frage vorlegen, ob man, wenn in den Londoner Dokumenten[43] und dem Besatzungsstatut unmögliche Forderungen gestellt würden, nach ganz klarer Entscheidung noch weiter mitmachen könne.

Rademacher berichtet dann, daß er in London keine Gelegenheit versäumt habe, sich mit allen maßgeblichen Leuten über diese Frage zu unterhalten.

Zur Frage der Schulreform erklärte *Rademacher,* daß in den Übergangsbestimmungen das Recht nur Bremen vorbehalten sei[44], das gleiche Recht müsse aber auch Hamburg eingeräumt werden, da ja dort die Verhältnisse ähnlich lägen.

Dr. HÖPKER ASCHOFF erklärt hierzu, daß der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach bleiben solle. Hierbei sei eine Ausnahme geschaffen worden, daß abweichende Bestimmungen der Länder bestehen bleiben würden.

RADEMACHER berichtet darüber, daß in Hamburg die CDU-Zeitungen verkündet hätten, daß nunmehr in Hamburg auch in den Berufsschulen der Religionsunterricht eingeführt würde.

EULER ist der Meinung, daß man vor allen Dingen Wert darauf legen müsse, der Bevölkerung klarzumachen, was uns als Partei an dem Grundgesetz nicht gefalle, und auf der anderen Seite aber sagen müsse, daß es dieser und jener Dinge bedurft hätte, um zu einer Einigung zu kommen. Es würde ein schiefes Bild ergeben, wenn man zu schüchtern wäre, unsere Einwendungen gegenüber der Verfassung auszusprechen.

Dr. HÖPKER ASCHOFF erklärt hierzu, daß dies auch nicht der richtige Standpunkt sei. Wenn man zu einer Volksabstimmung der Verfassung kommen wolle, müsse man zu einer möglichst großen Wahlbeteiligung kommen. Man müsse dann sagen, daß das Grundgesetz so geschaffen worden sei, daß es für alle das Beste darstelle. Aus dieser Verantwortung käme man nicht heraus.

Dr. HEUSS wirft ein, daß es noch immer offen sei, wie die Verfassung legitimiert werde.[45] Die Sozialdemokraten seien für die Abstimmung durch die Landtage. Wir sind in der Fraktion der Ansicht, daß das Grundgesetz lediglich durch eine Volksabstimmung angenommen werden könne. Allerdings müsse man damit rechnen, daß im Verlaufe von sechs Wochen vielleicht zweimal abgestimmt werden müsse und daher bei der zweiten Wahl eine schlechte Bereitwilligkeit in der Bevölkerung bestehen würde. Dies sei das Problem, daß die Ministerpräsidenten auch aus Sparsamkeitsgründen eine Volksabstimmung nicht wünschten.

---

43 Bezieht sich auf das Ruhrstatut, dessen Entwurf am 28. 12. 1948 veröffentlicht – zur deutschen Reaktion W. BENZ, 1984, S. 217 f. – und das am 28. 4. 1949 in London unterzeichnet wurde. Text abgedruckt in: SICHERHEIT, 1985, S. 74–86.

44 Die sog. Bremer Klausel, Art. 141 GG. Vgl. hierzu PARL. RAT, VERHANDLUNGEN DES HAUPTAUSSCHUSSES, 1948/49, S. 683 f.

45 Die Entscheidung für die Ratifizierung durch Abstimmung in den Landtagen fiel – entgegen dem Antrag *von Brentano* und *Dehler* (Drucks. Nr. 900) – erst am 8. 5. 1949, PARL. RAT, PLENUM, STEN. BER., 1948/49, S. 230 f.

EULER wirft ein, daß man doch nicht unbedingt zwei Wahlgänge brauche, sondern einfach sagen könne, das Parlament ist nur gewählt, wenn das Grundgesetz angenommen ist.

Dr. HEUSS meint hierzu, daß dies doch nicht so einfach zu lösen sei, denn wenn die Verfassung nicht angenommen würde, könne leicht ein Mißverständnis entstehen.

Dr. DEHLER beantwortet dann noch kurz die Frage *Rademachers*, daß das Verkehrswesen Vorranggesetzgebung des Bundes sei.

Dr. HEUSS schließt die Sitzung.

2.

11. 3. 1949: Sitzung des Bundesvorstandes und der Fraktionen des Wirtschaftsrates und des Parlamentarischen Rates

ADL, Ordner-Nr. 93. Überschrift: „FDP-Vorstand 11. 3. 49." Frankfurt/Main. Beginn: 10.30 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Blücher, Dehler, Erhard (zeitweise), Euler, Glaesser, Heuss, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Oellers, Preusker, von Rechenberg, Schwennicke, Stegner, Wildermuth, Wolf.

[BESPRECHUNG DER POLITISCHEN LAGE[1]]

Bericht BLÜCHER: Frontstellung zur SPD. Neigung zu kommunistischer Politik. Beispiele durch Gesetzentwürfe. Wahlkampf zum Volkstag[2] mit Schärfe gegen SPD.

Sozialversicherungsanpassungsgesetz[3]: Einheitsversicherung nach SPD-Wünschen. Staatskapitalismus.

Lastenausgleich[4]: Plan der Gewerkschaften muß zum Zusammenbruch Deutschlands führen.

1 Unter Angabe dieses Tagesordnungspunktes hatte *Blücher* in einem Schreiben an die FDP-Fraktion des Parlamentarischen Rates vom 4. 3. 1949 eingeladen, ADL, Ordner-Nr. 93.
2 Bundestag.
3 Hierzu eingehend H. G. HOCKERTS, 1980, S. 85–106.
4 Bezieht sich auf das Erste Lastenausgleichsgesetz, das im Dezember 1948 gegen die FDP verabschiedet worden war. Vgl. R. SCHILLINGER, 1985, S. 121–133. Die Kritik der FDP vor allem auf S. 132.

Kapitalverkehrsgesetz[5]: Informationsblatt *Blücher.*[6] Wiederaufbaubank.[7] Einfluß SPD.

Arbeitsgesetzgebung[8] Entwurf Mindestbedingung. Gefahrvoll.

Luxussteuern[9]: Fertigung von Qualitätsgütern ist dringend notwendig. Auch England baut Luxussteuer ab. Auch wenn Unpopularität, müssen wir daran festhalten, daß Steuer abgebaut wird. Gefahr: neuer Schwarzer Markt.

Sachleistungsgesetz[10]: Gefahr: gleiche Regelung wie 1938.[11]

Energieverteilungsgesetz[12]: Stromerzeugungskosten sehr verschieden. Industrien sollen gezwungen werden, in das Netz abzugeben. Welche Sicherung für die Stromerzeugung?

Patentgesetz, Staatsdruckerei.[13]

Gewerbefreiheit[14]: Grundsatz: Einschränkung nur, wo allgemeines Interesse gefährdet. Keine Bedürfnisprüfung. Kenntnisse, wer Lehrlinge ausbildet.

SCHWENNICKE: Bericht über wirtschaftliche Lage Berlins.[15] Rohstoffe zur Fertigungssteigerung.

---

5 Ein Gesetz über den Kapitalverkehr hatte der Wirtschaftsrat am 4. 3. 1949 verabschiedet. WIRTSCHAFTSRAT, WÖRTLICHE BERICHTE, 1977, S. 1442–1446.

6 Kurze Nachrichten Nr. 67 vom 26. 2. 1949, ADL, Ordner-Nr. 71. Hierin bewertete *Blücher* das Kapitalverkehrsgesetz positiv, da es in seiner „endgültigen Form sehr maßgeblich durch unsere Fraktion bestimmt worden ist. [. . .] Herr Dr. *Wellhausen* und Herr *Krämer* haben bei dem vernünftigen organisatorischen und juristischen Aufbau sowie bei der Verteidigung der möglichst weit gesicherten Freiheit auf diesem Gebiet sehr tätig gearbeitet."

7 Kreditanstalt für Wiederaufbau, gegründet am 5. 11. 1948, Aufnahme der Tätigkeit am 2. 1. 1949. Abgeschlossen wurde der Gründungsprozeß erst am 8. 8. 1949, als der bizonale Verwaltungsrat die Satzung genehmigte. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE, Bd. 5, 1981, S. 29.

8 Näheres nicht ermittelt.

9 Bezieht sich auf den Gesetzentwurf zur Besteuerung besonderen Aufwandes, den der Wirtschaftsrat am 15. 2. 1949 in erster Lesung beraten hatte. WIRTSCHAFTSRAT, WÖRTLICHE BERICHTE, 1977, S. 1391–1400. Ablehnende Stellungnahmen der FDP-Abgeordneten *Krämer* und *Blücher:* S. 1395 ff. und S. 1399 f.

10 Erste Lesung des Gesetzentwurfs am 15. 2. 1949 im Wirtschaftsrat. WIRTSCHAFTSRAT, WÖRTLICHE BERICHTE, 1977, S. 1406 ff. Ablehnende Stellungnahme des FDP-Abgeordneten *Bungartz:* S. 1407.

11 Bezieht sich auf das Gesetz über Leistungen für Wehrzwecke (Wehrleistungsgesetz) vom 13. 7. 1938, RGBl. 1938, T. I, 2, S. 887–894, das durch die Verordnung zur Änderung des Wehrleistungsgesetzes vom 1. 9. 1939, RGBl. 1939, T. I, 2, S. 1639–1644, die Überschrift erhielt: „Gesetz über Sachleistungen für Reichsaufgaben (Reichsleistungsgesetz)."

12 Energienotgesetz, erste Lesung im Wirtschaftsrat am 4. 3. 1949, zweite und dritte Lesung am 24. 3. 1949. WIRTSCHAFTSRAT, WÖRTLICHE BERICHTE, 1977, S. 1493 und S. 1547–1555.

13 Näheres nicht ermittelt.

14 Ein Rahmengesetz über die Gewerbefreiheit lag dem Wirtschaftsrat am 19. 1. 1949 zur ersten Lesung vor, mußte jedoch auf Weisung der Militärregierungen von der Tagesordnung abgesetzt werden. WIRTSCHAFTSRAT, WÖRTLICHE BERICHTE, 1977, S. 1356. Text des Gesetzentwurfs ebd., Drucks. Nr. 902. Da die Beratung der Vorlage auch weiterhin auf Schwierigkeiten stieß, beschloß der Wirtschaftsausschuß des Wirtschaftsrates Anfang März 1949, ihre Beratung abzubrechen. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE, Bd. 5, 1981, S. 148 f.

15 Infolge der Blockade litt die Berliner Wirtschaft zunehmend unter Schwierigkeiten. Bis zum Jahreswechsel 1948/49 mußten von den insgesamt 62 500 Betrieben in den westlichen Sektoren

BLÜCHER: Bonn[16] muß schnell zum Abschluß kommen. Wahlen[17] müssen frühzeitig stattfinden.

BECKER: Wahlen abhängig 1. [von] Volksabstimmung oder 2. [von] Zustimmung durch Länderparlamente.[18] Gefahr: englisches Wahlrecht.[19]

WILDERMUTH: Verfassung muß schleunigst zustandekommen. Primat bei Politik, nicht Wirtschaft. Unbedingt Regierung schaffen.

DEHLER: Kein Erfolg in Bonn um jeden Preis. Keine Hinnahme der Vorrangbeschränkung.[20] Wir müssen noch kämpfen, auch Wahlrecht; Haltlosigkeit [der] CDU.

MIDDELHAUVE: Keine unbedingte Zustimmung zur Verfassung.

SCHWENNICKE: Wahlkampfsituation Berlin SPD-CDU. SPD scheut alleinige Verantwortung. Artikel Zeitung: Wahlrecht. Regierungsbeteiligung.[21]

HÖPKER ASCHOFF: Grundgesetz nicht in Kampfabstimmung mit Koalition zu verabschieden. Künftige Politik wird durch Grundgesetzabstimmung nicht festgelegt. Zusammengehen [mit] SPD wegen Wahlgesetz notwendig. Mehrheitswahlrecht Ende FDP.[22]

Berlin [als] zwölftes Land kann im Gesetz bleiben[23], aber Suspendierung durch Besatzungsmächte.[24] Im Übergang Vertreter Berlins im Bundestag. Keine Wahlen in Berlin. Bestimmung durch Stadtparlament.

Wählbarkeit der Beamten: Beamte der Hoheitsverwaltung, Vorschlag Ausschuß. Wartestand während der Parlamentstätigkeit. Besatzungsmächte wollen

---

5712 stillgelegt werden. 10 480 Betriebe mußten zur Kurzarbeit übergehen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf 113 000, die der Kurzarbeiter auf 67 000 an. Ende Februar 1949 hatte sich die Zahl der Arbeitslosen auf 136 335 erhöht, während die Zahl der Kurzarbeiter auf 60 561 Personen zurückgegangen war. Angaben nach: BERLIN. RINGEN UM EINHEIT UND WIEDERAUFBAU, 1948–1951, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, Berlin 1962, S. 74 und S. 140.

16 Gemeint ist der Parlamentarische Rat.

17 Gemeint sind die Wahlen zum Ersten Bundestag.

18 Bezieht sich auf die zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschiedene Frage, ob das Grundgesetz durch eine Volksabstimmung oder eine Abstimmung in den Länderparlamenten ratifiziert werden sollte. Vgl. Nr. 1, Anm. 45.

19 Die Entscheidung über das Wahlrecht (Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht) fiel erst im Juni 1949. Vgl. E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 389–408.

20 Bezieht sich auf Art. 72 GG, gegen dessen Entwurf die alliierten Militärgouverneure am 2. 3. 1949 Einwände erhoben und vorgeschlagen hatten, den Ländern die Vorranggesetzgebung einzuräumen, „außer wenn es offenbar für ein einzelnes Land unmöglich ist, wirksame Gesetze zu erlassen, oder wenn solche Gesetze, falls erlassen, den Rechten oder Interessen anderer Länder schädlich" wären. ENTSTEHUNGSGESCHICHTE, 1951, S. 465 f.

21 Bei den Gemeindewahlen in West-Berlin am 5. 12. 1948 hatten die SPD 64,5 %, die CDU 19,4 % und die LDP 16,1 % erhalten (AdG 1948/49, S. 1748 D), und *Reuter* hatte trotz des überzeugenden Sieges der SPD am 19. 1. 1949 einen Magistrat gebildet, dem neben SPD-Politikern auch CDU- und LDP-Politiker angehörten. AdG 1948/49, S. 1781 D.

22 Bezieht sich darauf, daß die CDU/CSU eher das Mehrheitswahlrecht favorisierte, während die SPD zum Verhältniswahlrecht tendierte. Zum Diskussionsverlauf E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 342–362.

23 Bezieht sich auf Art. 23 GG.

24 Suspendierung erfolgte durch das Schreiben der Militärgouverneure vom 12. 5. 1949, abgedruckt in: AdG 1948/49, S. 1935 C.

keine Begrenzung auf Hoheitsbeamte. Parlamentarier müssen Beruf aufgeben.[25] Höhere Diäten.[26]

Unabhängigkeit der Richter.[27]

Finanzhoheit: Vorranggesetzgebung, wo bisher Besatzungsrecht. Zonenrecht, evtl. Bundesrecht vor Länderrecht.[28] Pressegesetzgebung soll Länderrecht bleiben.[29] Einheitliche Finanzgesetzgebung soll praktisch erhalten bleiben, ebenso Finanzausgleich[30] und Lastenausgleich.

Teilung der Verwaltung[31]: Hauptzollverwaltung = Verbrauchssteuer. Finanzämter = Verkehrssteuer, Kapitalsteuer. Teilung von Umsatz- und Einkommensteuer.

SCHWENNICKE. SPD Vorstand (Berliner Vertreter).[32]

Optimistische Erklärung *Robertson*. Rücksicht auf Franzosen.[33]

Prof. ERHARD: Wirtschaftliche Lage.[34]

Notwendigkeit weiterer Preissenkung. Reserven im Vertrieb noch vorhanden. Export muß 2,5 Millionen gegenüber 600 000 betragen. Weltpreise bröckeln ab. Konkurrenzfähigkeit! Keine Deflation, keine Depression, sondern Anpassungsprozeß. Löhne müssen gehalten werden als Grundbasis. Arbeitslosigkeit steigt nicht mehr. Arbeitslosigkeit nicht in der Industrie, sondern in Handel und Landwirtschaft. Notwendiger Anpassungsprozeß muß fortgesetzt werden. Mittlerer Kurs. Keine zu großen Preiseinbrüche. Rohstoffe fließen sehr reichlich. 1949 kein Rohstoffmangel. Bereits Absatzkrise. Wiederbelebung der

25 Zu den Vorschlägen des Parlamentarischen Rates zur Beschränkung des passiven Wahlrechts von Beamten und die Einstellung der Alliierten hierzu vgl. U. WENGST, Beamtentum, 1988, S. 53 f.

26 Hierauf zielte der Antrag des Fünfer-Ausschusses des Parlamentarischen Rates vom 28. 2. 1949 ab, als er eine Erweiterung des späteren Art. 48 Abs. 3 Satz 1 GG in der Weise beantragte, daß die bisherige Formulierung: „Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene Entschädigung" um die Worte: „ihre Unabhängigkeit sichernde" zu ergänzen sei. Vgl. ENTSTEHUNGSGESCHICHTE, 1951, S. 377 f.

27 Art. 97 GG. Vgl. ebd., S. 713–718.

28 Art. 105 GG. Vgl. ebd., S. 750–762.

29 Der Bund erhielt das Recht, Rahmenvorschriften zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Presse zu erlassen. Art. 75 Nr. 2 GG. Vgl. ebd., S. 557 ff.

30 Art. 107 GG. Vgl. ebd., S. 763–789.

31 Folgende Stichworte beziehen sich auf Art. 106 und 108 GG. Vgl. ebd., S. 763–806.

32 Bezug unklar.

33 Bezieht sich offensichtlich auf das Kommuniqué der drei Militärgouverneure vom 2. 3. 1949, das *Robertson* Vertretern des Parlamentarischen Rates vorgelesen und interpretiert hatte. Hierin bezogen die Militärgouverneure zum Grundgesetzentwurf Stellung und forderten Änderungen. FRUS 1949, Vol. 3, 1974, S. 217–220. In den Besprechungen, die diesem Kommuniqué vorausgingen, hatte besonders der französische Militärgouverneur *Koenig* Einwände erhoben, während der britische Gouverneur *Robertson* bereit war, „das Grundgesetz in der vorliegenden Form" zu akzeptieren. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE, Bd. 5, 1981, S. 268. Vgl. auch FRUS 1949, Vol. 3, 1974, S. 212–217.

34 Zur wirtschaftlichen Lage der Bizone Ende 1948/Anfang 1949 die Überblicke von Knut BORCHARDT, in: Gustav STOLPER, Deutsche Wirtschaft seit 1870, 2. Aufl., Tübingen 1966, S. 261–264; Harald WINKEL, Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945–1970, Wiesbaden 1974, S. 61 ff.

Verbrauchsgüterindustrie im Frühjahr, Wettbewerb ist neu entfacht. Kein Konjunkturbild, sondern steigende Produktion mit leicht abfallenden Preisen. Der glücklichen sozialen und ökonomischen Entwicklung stehen Schwierigkeiten im Kapitalgütersektor gegenüber. Kapitalbildung muß stärkstens gefördert werden. Hoffnung auf Aufhebung der Auslandskreditsperre.[35] Verhandlungen in Washington im April.[36]

Zeitpunkt für Wahlen[37] am günstigsten Anfang Juni.

Aufhebung der Bewirtschaftung. Einspruch Englands.[38]

Besuch *Erhard* Ende April Berlin.[39]

RECHENBERG: *Hugenberg*-Politik.[40]

MIDDELHAUVE, OELLERS, STEGNER: Ablehnung zu Memorandum[41]: bis hierher und nicht weiter.

Entschließung[en] *Euler*[42] und *Blücher*[43] werden Redaktionskommission überwiesen. Einstimmige Annahme.

35 Associated Press meldete am 1. 4. 1949, daß die Militärgouverneure *Clay* und *Robertson* vereinbart hätten, das Verbot von Auslandsinvestitionen in der Bizone aufzuheben. Allerdings bedurfte dieser Beschluß noch der Zustimmung der beiden Regierungen. AdG 1948/49, S. 1874 B.

36 Bezieht sich auf das Außenministertreffen (USA, England, Frankreich) vom 6.–8. 4. 1949 in Washington. Zu diesem Treffen FRUS 1949, Vol. 3, 1974, S. 156–186. Am 13. 4. 1949 trafen *Clay* und *Robertson* mit bizonalen Vertretern zusammen, um Fragen der Kapitalbeschaffung zu besprechen. Dabei bot *Robertson* unter bestimmten Bedingungen zwei Milliarden DM aus dem Counterpart Funds an. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE, Bd. 5, 1981, S. 355–367.

37 Bundestagswahlen.

38 Bezieht sich wahrscheinlich auf die Freigabe der Bewirtschaftung von Schuhen und Textilien, die die Alliierten zunächst ablehnten, der sie dann allerdings am 13. 4. 1949 in einem Gespräch mit bizonalen Vertretern zustimmten. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE, Bd. 5, 1981, S. 368 ff.

39 Ein Besuch *Erhards* in Berlin läßt sich erst für die Zeit vom 16.–18. 6. 1949 nachweisen. Nähere Angaben zum Ablauf dieses Besuches in: BERLIN, RINGEN UM EINHEIT UND WIEDERAUFBAU, Anm. 15, S. 292.

40 Bezug unklar.

41 Kommuniqué der Militärgouverneure vom 2. 3. 1949, AdG 1948/49, S. 1840 G.

42 Sie lautete: „Eine Verfassung, deren Inhalt den Vorschlägen der Militärgouverneure über die Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes und über die Regelung der Finanzfragen entspräche, würde nicht jenes Mindestmaß von Sicherungen für die Wiederherstellung einer lebensfähigen deutschen Einheit gewähren, die erforderlich sind, um Deutschland zu einem festen zuverlässigen Bestandteil einer auf Recht und Freiheit gegründeten europäischen Ordnung der Zukunft zu machen; sie würde deshalb nicht nur dem deutschen Interesse, sondern auch dem wohlverstandenen Interesse aller europäischen Völker zuwiderlaufen, denen daran gelegen ist, eine prosperierende europäische Ordnung zum Schutze der abendländisch-christlichen Kultur gegen die Gefahren des Ostens zu errichten. Der Zentralvorstand der FDP und die Fraktionen der FDP im Parlamentarischen Rat und im Wirtschaftsrat erklären deshalb übereinstimmend, daß sie eine Verfassung auf der Grundlage der vorerwähnten Vorschläge nicht für annehmbar halten." Anlage zum Protokoll.

43 Sie lautete: „Der Gesamtvorstand der FDP beriet am 11. März 1949 in Frankfurt gemeinsam

3.

2./3. 4. 1949: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 93. Überschrift: „Niederschrift der Vorstandssitzung am 2./3. April 1949 in Bonn (Parl. Rat)." Beginn: 15.00 Uhr (2. 4.), 9.30 Uhr–19.00 Uhr (3. 4.).

Teilnehmer: Becker, Bezold, Bleek, Blücher (3. 4.), Böhm, Dehler, Dohr, Entholt, Euler, Heuss, Höpker Aschoff, Mayer, Meineke, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Oellers, Rademacher, Reif, Schäfer, Stegner, Vietzen, Wildermuth, Wirthle, Wolf.

[2. 4.]

[DISKUSSION ÜBER DEN SATZUNGSENTWURF]

Dr. SCHÄFER erläutert seinen Entwurf einer Satzung[1], der in reger Aussprache unter Beteiligung fast sämtlicher Anwesender durchgesprochen wird. Dabei treten folgende Hauptgesichtspunkte zu Tage: Die Aufnahme eines neuen Mitgliedes soll vom Landesverband rückgängig gemacht werden, wenn dies vom Gesamtvorstand innerhalb eines Vierteljahrs gewünscht wird. (Dr. *Schäfer, Wildermuth, Reif, Oellers, Bezold, Dehler*).

Die Partei gliedert sich in Landesverbände *(Heuss).*

Für die Berechnung der Delegiertenzahlen der Landesverbände für den Parteitag wird ein Ausschuß aus *Bezold,* Ernst *Mayer, Stegner* und *Wolf* bestimmt, der folgende Schlüsselung empfiehlt: „Für je angefangene 500 Mitglieder ein Vertreter, außerdem für die ersten angefangenen 100 000 Wählerstimmen zum Volkstag vier Vertreter, für jede weitere angefangene 100 000 Stimmen ein weiterer Vertreter." Dieser Vorschlag wird allgemein gutgeheißen. Übertragung von drei Stimmen auf einen Vertreter zulässig (Vorschlag *Oellers*). Vorstandsmitglieder stimmen kraft Amtes ab, werden also nicht ihrem Landesverband zugerechnet.

---

mit den Fraktionen des Parlamentarischen Rates und des Wirtschaftsrates über die durch das Memorandum der Besatzungsmächte geschaffene politische Lage und die Verabschiedung des vorläufigen Grundgesetzes. Die FDP betrachtet die Schaffung eines westdeutschen Staates nur als einen Schritt auf dem Wege zu Gesamtdeutschland. Die Partei ist daher bereit, an der Verabschiedung des Grundgesetzes mitzuwirken, wenn dieses Grundgesetz dem deutschen Volke einen Staat bringt, der seine Aufgaben in Selbstverantwortung erfüllen kann und dessen Organe insbesondere ausreichende Befugnisse auf dem Gebiete der Gesetzgebung zur Finanzhoheit haben. Nur dann kann das deutsche Volk das Bewußtsein haben, daß seine Volksvertretung und seine Regierung nicht in fremdem Auftrage handeln, sondern daß der deutsche Wille selbst die neuen Formen zur Gestaltung des eigenen Schicksals entwickeln kann. Die FDP legt entscheidenden Wert darauf, daß die Hauptstadt Berlin ein Glied des deutschen Gesamtstaates ist, wie es das Grundgesetz bisher vorsieht. Sie muß weiter verlangen, daß das deutsche Parlament auf der Grundlage eines für alle Länder gleichen Wahlrechts gewählt wird." Anlage zum Protokoll.

1 Vgl. zur bisherigen Diskussion Nr. 1 mit Anm. 2.

Der geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und seinen (ein bis zwei) Stellvertretern und sechs aus geheimer Wahl durch den Parteitag hervorgegangenen Beisitzern.

Der Gesamtvorstand besteht aus dem geschäftsführenden Vorstand, den Landesverbandsvorsitzenden oder deren Stellvertretern und vier zu wählenden weiteren Mitgliedern, denen eine Frau und ein Jungdemokrat angehören sollen.

Der Antrag *Mischnick,* in den Gesamtvorstand auf alle Fälle zwei Jungdemokraten, aber auch in den geschäftsführenden Vorstand wenigstens einen Jugendlichen zu wählen, wird in eingehender Aussprache abgelehnt von *Schäfer, Reif, Heuss, Middelhauve* (für stillschweigende Übereinkunft), *Böhm* und auf Antrag *Bezold* mit 11:5 Stimmen die Formulierung angenommen: „darunter eine Frau und ein Jugendlicher".

Oellers erklärt, daß die Heimatvertriebenen per se keinen Sitz im Vorstand beanspruchen.

Der Hauptausschuß setzt sich zusammen aus dem erweiterten Vorstand, Vertretern der Landesverbände, drei Mitgliedern der Volkstagsfraktion, den Bundeskabinettsmitgliedern, je einem Vertreter der Landtagsfraktionen, den Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse, zwei Frauen und zwei Jugendlichen. Er ist als ständiger Parteitagsausschuß beratendes Organ des Vorstandes und wird durch den Vorstand einberufen oder wenn es ein Drittel seiner Mitglieder oder drei Landesverbände verlangen. Er faßt seine Beschlüsse bei Anwesenheit von mindestens einem Drittel seiner Mitglieder.

Die Bindung der Einberufung an das Verlangen von vier Landesverbänden wird auf Antrag *Middelhauve* mit 8:7 Stimmen abgelehnt.

Die Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse werden vom Vorstand berufen. Der Ehrenrat besteht aus fünf Mitgliedern, er gilt auch für Abgeordnete.

Die Partei deckt ihre Aufwendungen u. a. durch Beiträge der Landesverbände (Antrag *Middelhauve* gegen zwei Stimmen angenommen). Die Schlüssel der Beitragszahlung nach der Mitgliederzahl der Landesverbände wird von *Schäfer, Wildermuth,* Ernst *Mayer, Stegner* befürwortet. *Oellers* dagegen.

Geschäftsjahr = Kalenderjahr.

Satzungsänderung mit einfacher Mehrheit des Parteitages. Für Änderung des Zwecks der Partei wird qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln vorgesehen. Die Auflösung der Partei oder ihre Verschmelzung mit einer anderen kann vom Parteitag nur bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Delegierten mit dreiviertel Mehrheit, mindestens der Hälfte der satzungsmäßigen Delegierten *(Meineke)* beschlossen werden.

Der Antrag *Reif,* denjenigen ehemaligen Parteigenossen der NSDAP die Mitgliedschaft zu versagen, denen das Grundgesetz das passive Wahlrecht abspricht, wird nach Gegenäußerungen von *Wildermuth, Middelhauve, Dehler, Euler, Heuss* mit allen Stimmen gegen die von *Reif* abgelehnt.

Zur Etatisierung der Gesamtpartei schlägt *Schäfer* einen vorläufigen Finanzierungsausschuß von drei bis vier Mitgliedern vor. Diese Frage soll auf dem Par-

teitag in Bremen gelöst werden. Die Landesverbände verpflichten sich, folgende Beträge monatlich bis dahin nach Stuttgart abzuführen: Hamburg [DM] 100, Bayern [DM] 50, Nordrhein-Westfalen [DM] 300, Württemberg-Baden [DM] 200, Niedersachsen [DM] 200, Berlin [DM] 150, Hessen [DM] 200, Baden [DM] 50, Rheinland-Pfalz [DM] 100, Württemberg-Hohenzollern [DM] 100, Bremen [DM] 50, insgesamt DM 1.500, Schleswig-Holstein erhält Stundung.

Delegiertenbeitrag für Parteitag 25 DM pro Kopf. Delegiertenzahl nach Schlüssel der neuen Satzung *(Rademacher).*

PROGRAMM DES PARTEITAGES

Thematik des Parteitages: Plattform schaffen *(Heuss):* drei Referate.

1. Staatspolitik und Weltsituation *(Höpker Aschoff),*
2. Wirtschafts- und Sozialpolitik *(Blücher),*
3. Kulturpolitik (Elternrecht, Kirchen- und Schulfragen) *(Heuss).*

Öffentliche Kundgebung: *Heuss, Blücher, Schwennicke.*

Publizistische Vorbereitung durch Fraktionssekretär *Raederscheidt,* Bonn.

Termin für Einreichung von Anträgen: 30. April. Koordinierung der Anträge durch vorausgehende Vorstandssitzung. Beschränkung der Diskussionszeit. Parteiprogramm nicht diskutieren, sondern nach Referat *Euler* manifestieren.

[3. 4.]

HEUSS schlägt Tagesordnung vor: 1. Situation in Bonn *(Höpker Aschoff);* 2. Situation in Frankfurt *(Blücher);* 3. Diskussion; 4. Streitfall *Euler:Blücher* (Godesberg).

[SITUATION IN BONN: PARLAMENTARISCHER RAT]

Nach ausführlichem Bericht von HÖPKER ASCHOFF über den Stand der Grundgesetzberatungen im Siebener-Ausschuß[2] nach der Frankfurter Konferenz mit den Militärgouverneuren[3], wobei besonders die Vorranggesetzgebung des Bundes, die Frage der Unabhängigkeit der Richter, das Beamtenrecht, die Organisation des Finanzwesens u. a. berührt wurden, entspinnt sich eine Debatte über die Frage, ob die Änderung der Finanzorganisation nicht eine Änderung des Bundesrates fordere. BECKER setzt sich, unterstützt von EULER, für die Se-

2 Der Siebener-Ausschuß war Anfang März 1949 aus den Abgeordneten Carlo *Schmid* (SPD), Walter *Menzel* (SPD), Heinrich *von Brentano* (CDU), Theophil *Kaufmann* (CDU), Hermann *Höpker Aschoff* (FDP), Hans-Christoph *Seebohm* (DP) und Johannes *Brockmann* (Zentrum) gebildet worden. Seine Aufgabe bestand darin, eine Antwort auf das Memorandum der alliierten Militärgouverneure vom 2. 3. 1949 zu erarbeiten.

3 Am 2. 3. 1949. Dazu FRUS 1949, Vol. 3, 1974, S. 217–20. Hierzu auch der Bericht *Adenauers* vor der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates am 3. 3. 1949, CDU/CSU-FRAKTION, 1981, S. 415 f.

natslösung ein. HEUSS für eine Denaturierung des Bundesrates. Das Grundgesetz müsse beschlossen werden, weil nur so Berlin und die französische Zone für Deutschland zu retten seien (Zustimmung *Wildermuth, Bezold, Blücher, Schäfer).* Die FDP-Fraktion müsse wieder einmal zwischen CDU und SPD vermitteln. BLEEK und BEZOLD für Wählbarkeit der Lehrer, Richter, technischen Beamten, Wahlbeamten. Eine von *Höpker Aschoff* entworfene Resolution wird nach Umarbeitung durch *Schäfer* mit folgendem Wortlaut einstimmig gebilligt:

„Der Gesamtvorstand der FDP hat in seiner Sitzung am 2./3. April 1949 in Bonn folgende Entschließung gefaßt:

1. Die baldige erfolgreiche Verabschiedung des Grundgesetzes ist eine zwingende politische Notwendigkeit,

weil nur so eine legitime Vertretung Deutschlands, auch in den internationalen Organen möglich wird;

weil nur so die Zonengrenzen überwunden und der Stadt Berlin der erforderliche Rückhalt gegeben werden können;

weil nur so die Lösung der Flüchtlingsfrage gefördert und die deutsche Rechtseinheit gewährleistet werden.

2. Die Verabschiedung des Grundgesetzes verbürgt nur dann einen Erfolg, wenn sie in Einmütigkeit erfolgt. Die FDP wird daher alle Bemühungen fördern, die auf dieses Ziel gerichtet sind. Diese Bereitwilligkeit hat ihre Grenzen, wo die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland und die Einheit von Recht und Wirtschaft in Frage gestellt werden.

3. Die Besatzungsmächte müssen erkennen, daß eine deutsche Verfassung der demokratischen Legitimation entbehren würde, wenn den deutschen Abgeordneten die Freiheit verantwortlicher Entscheidung genommen und dem deutschen Volke eine von ihm nicht gewollte Verfassung aufgezwungen wird."

[AUSEINANDERSETZUNGEN IM LANDESVERBAND BREMEN]

MEINEKE berichtet über die Bremer Situation mit der FDP-Gruppe *Grabaus.*[4] Mit ihm [sei] keine Einigung möglich; [er] verwendet noch immer Briefbögen: „Erster Vorsitzender der FDP Bremen". Bereinigung nur noch auf dem Weg über die Militärregierungen [möglich]. SCHWENNICKE ist bereit, die Angelegenheit in Berlin anhängig zu machen.

[SITUATION IN FRANKFURT: WIRTSCHAFTSRAT]

BLÜCHER legt eingehend die Lage im Wirtschaftsrat dar. Dort sei eine überraschende Schwenkung der SPD auf die CDU hin zu bemerken. Zum Sozialversicherungsanpassungsgesetz werde ein überraschender Schritt unserer Fraktion erfolgen, indem sie ihren alten Antrag der Beschränkung auf die Rentnerhilfe

4 Zu den Bremer Konflikten D. HEIN, 1985, S. 81. Außerdem, mit Hinweis auf die Rolle Gustav *Grabaus,* H. ADAMIETZ, 1978, S. 371 f.

wiederaufnehmen werde.[5] Die Gewerbezulassung müsse reichseinheitlich geregelt werden.[6] Der Lastenausgleich sei in seinem jetzigen Stadium 1. ein Element sozialer Unruhe, 2. ein politisches Machtinstrument der SPD.[7] Die Verhandlungen haben die absolute Bündnisunfähigkeit der CDU bewiesen.

BECKER befürchtet einen Kompromiß zwischen SPD und CDU, weil beide die alleinige Verantwortung nicht übernehmen wollen. EULER weist auf die erheblichen Unterschiede innerhalb beider Parteien hin und hält die Gefahr eines Kompromisses zwischen beiden erst dann für gegeben, wenn wir nicht mehr zunehmende Partei sind.

[WAHLBÜNDNISSE MIT FLÜCHTLINGSVERBÄNDEN IN DER BUNDESTAGSWAHL]

OELLERS schneidet, unterstützt von STEGNER, die Frage von Wahlbündnissen mit den Flüchtlingsverbänden an. BLEEK, DEHLER, EULER, Ernst MAYER weisen auf die bedeutsame Rolle der Flüchtlinge im künftigen Wahlkampf hin. Für uns kommt aber nicht in Frage reine Interessenvertretung der Flüchtlinge, keine Kandidatenpräsentation durch einen Verband, den wir nicht kennen. Dagegen eigene Flüchtlinge herausstellen. Verhandlungen mit äußerster Vorsicht führen *(Heuss)*. Plazet des Gesamtvorstandes nach Verhandlungen nötig *(Blücher)*. HEUSS: Der in dieselbe Richtung gehende Brief des Herrn *Mattes*[8] vom Verband der Flieger- und Währungsgeschädigten erfordert wegen des Ansinnens der Kanditatenbenennung durch diesen Verband schroffe Ablehnung.

[GESELLSCHAFT FÜR DIE WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS]

Eine ausgedehnte Debatte ruft die Erörterung der Godesberger Gespräche des Herrn *Nadolny* und die Beteiligung *Blüchers* daran hervor.[9] EULER bemängelt, daß *Blücher* nicht zuvor mit anderen Vorstandsmitgliedern darüber gesprochen hat, und befürchtet, daß die SPD aus dieser Beteiligung politischen Nutzen zieht. Die Mehrheit ist der Auffassung, daß *Blücher* zu seiner Beteiligung an dem Treffen so wenig wie jeder andere die Legitimation durch die Partei nötig hatte. Unterrichtung erreichbarer Parteifreunde wäre aber besser gewesen. BLÜCHER betont den privaten Charakter der Begegnung, die im übrigen

5 Vgl. H.-G. HOCKERTS, 1980, S. 104.
6 Vgl. Nr. 2, Anm. 14.
7 Zum Zeitpunkt dieser Vorstandssitzung stand eine Entscheidung der Alliierten zum Ersten Lastenausgleichsgesetz vom Dezember 1948 immer noch aus. Vgl. R. SCHILLINGER, 1985, S. 139 f.
8 Nicht ermittelt.
9 Am 21. 3. 1949 hatten in Bad Godesberg erste vorbereitende Gespräche für die Gründung der „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands" stattgefunden, die der ehemalige Botschafter Rudolf *Nadolny* initiiert hatte. Dazu Günter WOLLSTEIN, Rudolf Nadolny – Außenminister ohne Verwendung, in: VfZ, 28. Jg. (1980), S. 84 f.

nur durch die Indiskretion eines der beiden Bürgermeister von Bremen oder Hamburg bekannt geworden sei. HEUSS warnt vor *Hermes.*[10]

[MITGLIEDSCHAFT VON FDP-MITGLIEDERN IN DER VVN]

DOHR wirft die Frage der Vereinbarkeit der Mitgliedschaft in der VVN auf[11], wozu WIRTHLE und WILDERMUTH, RADEMACHER, Ernst MAYER über die Lage in ihren Ländern berichten. RADEMACHER empfiehlt, den Landesverbänden genaue Beobachtung der Entwicklung der VVN nahezulegen und sie um Austritt zu veranlassen, wenn gefährliche kommunistische Tendenzen sichtbar werden.

[ORGANISATION DER GESAMTPARTEI: ZENTRALBÜRO]

Zur Organisation der Gesamtpartei schlägt BLÜCHER ein Parteibüro vor mit hauptamtlichen Referenten. Notwendig sei die Koordinierung der Politik in den Länderparlamenten. Unterer monatlicher Finanzbedarf hierzu DM 12 000, davon ca. DM 4 000 von den ca. 40 zu erwartenden Volkstagsabgeordneten.[12] Der übrige Bedarf soll durch einen Finanzierungsausschuß von höchstens drei Leuten aufgebracht werden. Dazu eine neutrale Einrichtung als „Wirtschaftspolitische Forschungsstelle", „Wirtschaftliche Vereinigung e. V.", „Verein für liberale Wirtschaftspolitik e. V." oder dergleichen schaffen. Ernst MAYER gegen Annahme von Geldern von Interessenten-Verbänden. Auf Vorschlag von *Bezold* sollen *Heuss, Blücher* und *Dehler* diese Möglichkeiten weiter erörtern.

[SBZ-FLÜCHTLINGE IN DER FDP]

Zur Frage der Behandlung der Ostzonen-Flüchtlinge berichtet MISCHNICK vom Auftauchen der Herren *Esser* und *Herbst*, die da und dort Geld und Benzin schnorren.[13] Ihre Absichten [seien] unklar und widerspruchsvoll. Erbittet Meldung nach Frankfurt, wenn sie irgendwo erneut auftauchen. Nach Äußerungen von *Oellers, Blücher* und *Euler* stellt HEUSS fest, daß die Auffassung der letzten Besprechung erneut bestätigt worden sei.

[LIBERALE WELTUNION]

HEUSS bringt dann den Brief *Kluthes* wegen der Internationalen Tagung der Liberalen in Versailles[14] zur Sprache und erbittet Vorschläge für Referate.

---

10 Andreas *Hermes* war neben *Nadolny* der zweite Initiator der Godesberger Gespräche, ebd., S. 84.

11 Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes stand unter dem Verdacht zunehmender kommunistischer Unterwanderung. Anfang 1951 spaltete sich der nichtkommunistische Flügel ab und gründete den Bund der Verfolgten des Naziregimes. Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 184.

12 Gemeint Bundestagsabgeordnete.

13 Näheres nicht ermittelt.

14 Brief nicht ermittelt. Der Antwort-Brief von *Heuss* vom 4. 4. 1949 in: NL Heuss 58. Eine Ta-

SCHÄFER schlägt dafür vor: Internationale Versicherung vom liberalen Standpunkt; OELLERS: Internationale Lösung der Flüchtlingsfrage (Hinweis auf Aktivität der Kirchen!).

SCHÄFER schlägt ferner vor, den deutschen Träger der Liberalen Internationale auf dem Parteitag endlich zu schaffen. Satzungsentwurf ist fertiggestellt.[15]

[PRESSEKONFERENZ]

Während dieser Besprechungen findet eine Pressekonferenz statt, an *Höpker Aschoff, Euler, Dehler, Becker, Mischnick* teilnehmen und auf der zum Ausdruck kommen soll, daß der Vorstand und die in Bonn anwesenden Mitglieder der FDP es abgelehnt haben, mit dem am gleichen Tage erschienenen sächsischen Justizminister Johannes *Dieckmann* in Fühlung zu treten.

4.

26. 4. 1949: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 93. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Vorstandssitzung am 26. April 1949 in Bonn (Parlamentarischer Rat)." 18.10 Uhr–23.45 Uhr.

Teilnehmer: Blücher, Böhm, Dehler, Euler, Heuss, Höpker Aschoff, Middelhauve, von Rechenberg, Schäfer, Stegner.

[SITUATION IN BONN: PARLAMENTARISCHER RAT]

HEUSS eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß sich aufgrund der Schwenkung der Militärregierung[1], die in der Hauptsache angesichts der bevorstehenden Verhandlungen mit den Russen auf den Wunsch, möglichst schnell voranzukommen, zurückzuführen ist, sowohl für die Arbeiten des Parlamentarischen Rates wie für die gesamte politische Situation eine neue Lage ergeben hat.

---

gung der Liberalen Weltunion in 1949 in Versailles ist nicht überliefert. Der zweite Jahreskongreß fand vom 9.–13. 7. 1949 in Deauville statt. AdG 1948/49, S. 2004 F und 2007 K. Weitere Berichte hierüber im Briefwechsel *Kluthe-Krekeler,* NL Kluthe 40.

15 Den Satzungsentwurf hatte *Schäfer* mit Schreiben vom 8. 3. 1949 übermittelt. ADL, Ordner-Nr. 1768. Zur Entscheidung des Bremer Parteitages über die Liberale Weltunion vgl. Nr. 1, Anm. 19.

1 Nach längerem Hinhalten hatten die Alliierten am 22. 4. 1949 gegenüber dem Parlamentarischen Rat auf die Durchsetzung ihrer Forderungen vom 2. 3. 1949 verzichtet. Hierzu im einzelnen Hans Jürgen GRABBE, Die deutsch-alliierte Kontroverse in dem Grundgesetzentwurf im Frühjahr 1949, in: VfZ, 26. Jg. (1978), S. 406–414.

HÖPKER ASCHOFF berichtet ausführlich über die Verhandlungen mit den Militärgouverneuren[2] und über die Verhandlungen zwischen und innerhalb der Fraktionen[3] in der letzten Woche.

In den Sitzungen mit den Militärgouverneuren ergaben sich folgende Brennpunkte:

1. Finanzregelung zwischen Bund und Ländern, 2. Bundesrat, 3. Rechts- und Wirtschaftseinheit.

In den interfraktionellen Besprechungen waren und sind vor allem folgende Punkte zu klären: 1. Konkordienformel[4], 2. Elternrecht, 3. Religionsunterricht in den Berufsschulen, 4. Berufsbeamtentum, 5. Wahlgesetz.

Die Stellungnahmen und Entscheidungen der FDP-Fraktion im Parlamentarischen Rat zu den einzelnen Hauptfragen sind:

1. Finanzregelung: Die Fraktion stellt sich hinter die Vereinbarung, die in bezug auf das Finanzwesen in Artikel 122[5] des Grundgesetzes getroffen wurde. Danach liegen die Einkünfte aus Zöllen, Monopolen, Verbrauchssteuern (mit Ausnahme der Biersteuer), Beförderungssteuer, Umsatzsteuer und einmaligen Zwecken dienenden Vermögensabgaben beim Bund.

Wichtig sind in diesem Artikel (122) vor allem die Bestimmungen, die dem Bund die Möglichkeit geben, durch Gesetz einen Teil der Einkommen- und Körperschaftssteuer notfalls in Anspruch zu nehmen und einen „common-pool" als Lastenausgleich zwischen den Ländern zu bilden, bei dem allerdings eine direkte Überweisung von Land zu Land vorzunehmen ist.

2. Konkordatsfrage: Die Frage des Konkordats erfährt ihre Regelung durch den Artikel 156 (139)[6], der bestimmt, daß vom Deutschen Reich abgeschlossene Verträge in Kraft bleiben, wenn sie nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen gültig sind. Damit ist auch die Gültigkeit des Konkordats gewahrt, sofern diese Voraussetzung erfüllt ist.

3. Elternrecht: Die Fraktion wird zusammen mit der SPD gegen das Elternrecht nach der CDU-Formulierung stimmen.[7] Dafür verzichtet die SPD auf einen Rückgriff auf die Weimarer Verfassung in dieser Frage. *Heuss* wird auch aufgrund der Besprechungen der letzten Tage nicht mehr für den Religionsunterricht in den Berufsschulen eintreten können.[8]

---

2 Sie fanden statt am 25. 4. 1949 in Frankfurt/M. Bericht hierüber in: FRUS 1949, Vol. 3, 1974, S. 252–262.

3 Zu den interfraktionellen Besprechungen CDU/CSU-FRAKTION, 1981, S. 505–508 und S. 511 f.

4 Konkordatsformel.

5 In der verabschiedeten Fassung Art. 106.

6 In der verabschiedeten Fassung Art. 123.

7 Die Abstimmungen über Art. 6 Abs. 2 und 3 in der Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 5. 5. 1949 erfolgten einstimmig, zu Abs. 2 hatten die Abgeordneten *Zinn* (SPD) und *Dehler* (FDP) einen gemeinsamen Änderungsantrag eingebracht. PARL. RAT, VERHANDLUNGEN DES HAUPTAUSSCHUSSES, 1948/49, S. 759. Vgl. ENTSTEHUNGSGESCHICHTE, 1951, S. 101.

8 In den Beratungen über Art. 7 Abs. 3 war auf Antrag von *Heuss* am 11. 1. 1949 eine Formulie-

4. Wahlgesetz: Das Wahlgesetz wird durch den Parlamentarischen Rat erlassen. Es bestehen gute Aussichten, die bisher vorgeschlagene Form beizubehalten und auch die Herabsetzung der Abgeordneten auf 350 (nur 100 auf Liste gewählt) zu verhindern. Eine Bundesliste entfällt; die Wahlapparatur wird bei den Ländern liegen.[9]

HEUSS faßt nach dem Bericht von *Höpker Aschoff* die politische Bedeutung speziell der FDP-Fraktion dahingehend zusammen, daß die FDP mit Erfolg den Versuch gemacht habe, das Auseinanderbrechen zu verhindern. Bei der Schlußabstimmung über das Grundgesetz wird sich nunmehr wohl eine abweichende Abstimmung in einzelnen Fragen ergeben, das Grundgesetz als solches aber wird mit großer Mehrheit zur Annahme kommen.

In der Diskussion über das Grundgesetz nimmt BLÜCHER zuerst das Wort und erklärt:

1. Die FDP muß dem Grundgesetz als solchem aus übergeordneten Gesichtspunkten zustimmen (national- und parteipolitische Gefahr des Diktates).
2. Das aber kann nicht über eine tiefe Unzufriedenheit im einzelnen hinwegtäuschen.
3. Die Folgerung aus diesen beiden Tatsachen ist: Unsere gesamte Arbeit muß der Revision gelten.
4. Folgende Punkte aber müßten durch die Fraktion im Parlamentarischen Rat noch geklärt, bzw. vor der Endabstimmung revidiert werden:

a) der Sozialisierungsartikel gehört nicht in die Verfassung[10],

b) das Konkordat sollte als Sonderrecht der Länder ausdrücklich aufgeführt werden[11],

c) in bezug auf den Religionsunterricht in Berufsschulen sollten wir auf keinen Fall mit der SPD stimmen (Überwindung des Gefahrenpunktes Elternrecht und Erziehungsmittel).[12]

EULER, MIDDELHAUVE und STEGNER erklären sich grundsätzlich mit der Stellungnahme von *Blücher* einverstanden, während VON RECHENBERG der Erwägung Ausdruck gibt, das Grundgesetz durch die FDP-Fraktionen in den Landtagen abzulehnen oder Stimmenthaltung auszuüben.

---

rung gewählt worden, in der es expressis verbis hieß, daß Religionsunterricht an Berufsschulen ordentliches Lehrfach sei. Die SPD hatte hiergegen Bedenken erhoben. ENTSTEHUNGSGESCHICHTE, 1951, S. 106. In der Sitzung des Hauptausschusses am 5. 5. 1949 wurde sodann u. a. aufgrund eines gemeinsamen Antrages von *Zinn* (SPD) und *Dehler* (FDP) die Aufzählung der einzelnen Schultypen gestrichen. Ebd., S. 110 f.

9 Diese Feststellungen aufgrund der Unterredung zwischen den drei Militärgouverneuren und Abgesandten des Parlamentarischen Rates am 14. 4. 1949. Vgl. E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 380.

10 Zur Haltung der FDP in den abschließenden Abstimmungen über Art. 15 ENTSTEHUNGSGESCHICHTE, 1951, S. 153 f.

11 Dies ist in Art. 123 Abs. 2 nicht geschehen.

12 S. o. Anm. 8.

SCHÄFER, DEHLER, HÖPKER ASCHOFF betonen demgegenüber das Ja zur Verfassung und warnen vor einer allzu scharfen und allzu frühen Kritik, die die Chancen der FDP von vornherein kaputtmacht. HEUSS macht geltend, daß die Tatsache, daß das Grundgesetz überhaupt zustande kam, von uns maßgeblich ausgewertet werden müsse. Im übrigen müsse man dem sogenannten Föderalismus, der den Hauptwiderstand gegen das Grundgesetz hervorgerufen habe, einen neuen Inhalt und die richtige Tendenz zum Bund geben.

Der Vorstand nahm nach Abschluß der Generaldebatte zu den einzelnen aufgeworfenen Fragen folgende Stellung ein:

1. Die FDP stimmt dem Grundgesetz zu, wird aber eine revisionsrechtliche Linie einschlagen und versuchen, nach Ablauf der ersten Legislaturperiode (vier Jahre) eine Gesamtrevision der Verfassung durchzusetzen.

2. In der Frage des Elternrechtes wird Dr. *Heuss* eine scharfe Abrechnung mit beiden Kirchen vornehmen, um die Verlogenheit der Propaganda zu dokumentieren.[13]

3. Die Festlegung der Fraktion bei der Abstimmung über den Religionsunterricht in den Berufsschulen ist infolge des großen Entgegenkommens der SPD nicht mehr rückgängig zu machen. Auch hier wird aber Dr.*Heuss* in seiner Schlußansprache unseren Standpunkt sehr klar zum Ausdruck bringen (Ländersache).

4. In bezug auf das Wahlrecht muß unter allen Umständen versucht werden, eine Herabsetzung der Abgeordnetenzahl auf 350 zu verhindern.[14]

5. Es soll versucht werden, den Bestimmungen über die Sozialisierung (Artikel 97, 14)[15] zumindest eine andere Fassung zu geben (angemessene Entschädigung, Zulässigkeit des Rechtsweges).[16]

6. In der Frage des Wahlrechtes der ehemaligen PG's wird entschieden, daß über die Entscheidungen der Spruchkammern hinaus in der Verfassung keine zusätzliche Diffamierung irgendwelcher Art festgelegt werden soll.[17]

7. BLÜCHER und in Übereinstimmung mit ihm EULER, MIDDELHAUVE, RECHENBERG, STEGNER, BÖHM bringen zum Ausdruck, daß es bei der Abstimmung über die Flaggenfrage ratsam sei, den Farben „Schwarz-Rot-Gold" nicht zuzustimmen, sondern Stimmenthaltung zu üben.[18]

---

13 Hierzu und zum folgenden die Schlußansprache von *Heuss* vor dem Plenum des Parlamentarischen Rates am 8. 5. 1949, PARL. RAT, PLENUM, STEN. BER., 1948/49, S. 208 ff.

14 Zur Wahlrechtsdebatte ab Anfang Mai 1949 bis zur Verabschiedung des Wahlgesetzes E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 381–408.

15 In der verabschiedeten Fassung Art. 15 und 74.

16 Dazu die Debatten im Hauptausschuß am 5. 5. 1949 und im Plenum am 6. 5. 1949. PARL. RAT, VERHANDLUNGEN DES HAUPTAUSSCHUSSES, 1948/49, S. 747 f.; PARL. RAT, PLENUM, STEN. BER., 1948/49, S. 178 f.

17 Hierzu die ausführliche Debatte im Hauptausschuß am 9. 5. 1949, PARL. RAT, VERHANDLUNGEN DES HAUPTAUSSCHUSSES, 1948/49, S. 770–775.

18 Abstimmung über die Flaggenfrage (schwarz-rot-gold) im Plenum am 8. 5. 1949, PARL. RAT, PLENUM, STEN. BER., 1948/49, S. 227. Die FDP-Abgeordneten stimmten zu.

[BERATUNG ÜBER DEN PARTEITAG IN BREMEN]

HEUSS stellt unter Berücksichtigung der Lage, die sich durch den Stand der Arbeiten in Bonn ergeben hat, die Frage zur Debatte, ob es nicht zweckmäßig sei, den Parteitag zu verschieben. Entgegen den wiederholten Einwendungen von seiten BLÜCHERS, der es bei dem bisherigen Termin belassen oder aber die Abhaltung des Parteitages dann freibleibend geregelt wissen möchte, wird beschlossen, den Parteitag auf den 28. und 29. 5. in Bremen festzusetzen. Zur Erarbeitung der Wahlgrundlagen soll vom 20.–23. 5. eine Vorstandssitzung „in Konklave" unter Zuziehung bestimmter Fachkräfte tagen. Um die organisatorischen Vorbereitungen dazu wird Herr *Stegner* gebeten.

5a.

7./8. 6. 1949: Vorbesprechungen des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 93. Überschrift: „Niederschrift der Vorbesprechungen des Vorstandes der Freien Demokratischen Partei am 7. 6. 1949 in Bremen, Gästehaus, und am 8. 6. 1949 im Logenhaus."

Teilnehmer: Blank (7. 6.), Blücher, Dohr, Engelhard (8. 6.), Entholt, Euler, Fischer (7. 6.), Glaesser, Hammer, Humbert, Mayer, Meineke, Middelhauve (8. 6.), Mischnick, Neumayer, Oellers (7. 6.), Onnen (7. 6.), Rauschenbach (8. 6.), Reese, Schwennicke, Vietzen, Wenhold (7. 6.), Wildermuth (8. 6.).

[7. 6.]

[VORBEREITUNG DES PARTEITAGES]

BLÜCHER sprach zunächst den Dank an Bremen aus für die Bereitschaft, den Parteitag durchzuführen. Dr. *Hammer* ist in Vertretung von *Bleek* erschienen. Unter die Verhandlungsgegenstände gehören zwei hochpolitische Dinge:

1. die Notwendigkeit, die Menschen in der Ostzone in einer feierlichen Erklärung anzusprechen;
2. das vertrauliche Protokoll der Ministerkonferenz mit Vertretern der Militärregierungen zu beraten.[1] Zu den Verhandlungen in Paris[2] muß etwas gesagt werden, weil es wichtig ist, den West-Alliierten den Rücken zu stärken.

Auf Vorschlag *Blücher* werden nunmehr verschiedene Abteilungen des Parteitagsbüros bestimmt. Im Mandatsprüfungsausschuß sollen *Reese, Mischnick,* Dr. *Vietzen* tätig sein. Das Wahlbüro soll keine Delegierten enthalten und be-

1 Gespräch vom 31. 5. 1919. Protokoll abgedruckt in: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE, Bd. 5, 1981, S. 488–495.

2 Viermächte-Außenministerkonferenz in Paris vom 23. 5.–20. 6. 1949. Berichte über die Verhandlungen abgedruckt in: FRUS 1949, Vol. 3, 1974, S. 913–1040.

setzt werden durch: *Humbert, Petersen,* Frau *Tusch, Reese* und einer Dame aus Nordrhein-Westfalen.

Die Protokollführung wird übertragen an Dr. *Preusker* und *Kraaz* mit je einer Schreibhilfe. Für die zum Parteitag eingegangenen Anträge wird ein Antragsausschuß, bestehend aus Dr. *Entholt,* Ernst *Mayer* und *Rauschenbach,* bestellt. Als Redaktionsausschuß für die Ostzonenentschließung sollen tätig werden: *Euler,* Ernst *Mayer, Mischnick, Schwennicke.* Für die erst am Sonntagvormittag mögliche Erklärung zur Außenpolitik: *Heuss, Blücher, Schwennicke, Glaesser* und *Wenhold.* Die Fragen von Presse und Rundfunk werden Dr. *Borttscheller* und Dr. *Blank* übertragen.

Für die Vorstandsbesprechungen der kommenden Tage schlägt BLÜCHER Unterteilung in einzelne Sachgebiete vor, die von folgenden Herren besetzt werden:

1. Vertriebenenfragen: *Oellers, Euler.*
2. Sonstige Kriegsfolgen- und Währungsgeschädigte: Ernst *Mayer, Oellers, Schäfer.*
3. Allgemeine Sozialpolitik: Dr. *Schäfer, Blücher,* Dr. *Hammer.*
4. Wohnungsbau: *Blücher, Wildermuth.*
5. Wirtschaftspolitik: *Blücher, Wildermuth.*
6. Finanzpolitik: *Blücher,* Dr. *Höpker Aschoff, Wildermuth.*
7. Steuerpolitik: *Blücher,* Dr. *Höpker Aschoff, Wildermuth.*
8. Grundsatzaussprache über unser Verhalten in der Flaggenfrage: Dr. *Hammer, Meineke, Neumayer.* Diese Angelegenheit soll aber erst in der Vorstandssitzung verhandelt werden, wenn möglichst alle Vorstandsmitglieder anwesend sind.
9. Elternrecht: Dr. *Hammer, Meineke, Middelhauve.*
10. Konkordat: Dr. *Hammer, Meineke, Middelhauve.*
11. Sozialisierung: *Blücher,* Ernst *Mayer, Oellers.*
12. Kriegsdienstverweigerung: Ernst *Mayer, Heuss, Rauschenbach, Schwennicke.*
13. Wahlrecht: Ernst *Mayer, Euler,* Dr. *Hammer.*
14. Demontagen: *Wildermuth, Neumayer, Krekeler.*
15. Entnazifizierung: *Dehler, Entholt.*
16. Beamtenwahlrecht: *Dehler,* Ernst *Mayer.*

Im Zusammenhang mit der Frage der Kriegsdienstverweigerung geht EULER auf das Ziel einer Wehrverfassung ein. Nach ablehnenden Äußerungen von BLÜCHER, GLAESSER, Ernst MAYER, HAMMER, RAUSCHENBACH, SCHWENNICKE, in denen insbesondere zum Ausdruck kommt, daß das Aufgreifen dieser Frage eine bedenkliche Störung der deutschen Außenpolitik herbeiführen könnte und der Zeitpunkt für Aufwerfung dieser Frage noch nicht gekommen sei, während EULER die Auffassung vertritt, daß die angestrebte rechtsstaatliche

Gleichberechtigung Deutschlands die Entwicklung eines Zukunftsprogramms in dieser Richtung fordere, wurde Einigkeit darüber erzielt, daß allenfalls in der vorgesehenen Entschließung zur Außenpolitik eine entsprechende Formulierung geschehen könne. Dagegen soll keine spezielle Entschließung gefaßt werden.

Zu Punkt 11., Sozialisierungsfrage, weist Ernst MAYER darauf hin, daß der Wahlkampf insbesondere mit wirtschaftspolitischen Argumenten geführt werden müsse, damit eine SPD-Mehrheit verhindert werden könne.

BLÜCHER stellt in diesem Zusammenhang fest, daß der betreffende Grundgesetzparagraph[3] Kautschukbestimmungen enthalte und daher revisionsbedürftig sei. Die Aufnahme einer „angemessenen Entschädigung" wäre wichtig.

Auf den Vorschlag von ONNEN, doch auch zu den Landwirtschaftsfragen eine besondere Stellung zu nehmen, erklärt BLÜCHER, daß dies in seinem Referat vor dem Parteitag geschehen werde.

Alle diese Gegenstände sollen von den bestimmten Unterausschüssen im Laufe der nächsten Tage bearbeitet und zu formulierten Entschließungen gebracht werden, die in der Vorstandssitzung am Freitag, dem 9. 6. 1949, besprochen, beschlossen und dem Parteitag vorgetragen werden sollen.

[Am 8. 6.]

referiert BLÜCHER zunächst über die Beschlüsse des Vortages.

[BUNDESTAGSWAHLGESETZ]

MIDDELHAUVE schneidet dann die Wahlgesetzänderung durch die Ministerpräsidenten an.[4] Er bestreitet ihnen das Recht hierzu und schlägt vor, einen scharfen Protest zu erheben, weil auch die Ministerpräsidenten an das vom Parlamentarischen Rat beschlossene Gesetz gebunden seien und Achtung vor der Souveränität des Bundesparlaments verlangt werden müsse. MEINEKE teilt mit, daß auch der Bremer Senat für Rückkehr zu Artikel 137 des Grundgesetzes sei.[5] BLÜCHER schildert die heftigen Auseinandersetzungen in Bonn zu dieser Frage und regt an, die Behandlung zu vertagen, bis Dr. *Schäfer* angekommen sei. Ernst MAYER glaubt, daß Ministerpräsident Reinhold *Maier,* Württemberg-Baden, für einen Protest dankbar wäre. Ohne sein Dazwischentreten wäre vermutlich das Wahlgesetz von den Ministerpräsidenten ganz umgestoßen worden. Er habe zwar die Unterstützung der Bürgermeister *Brauer* und *Kai-*

3 Art. 15 GG.

4 Änderung des vom Parlamentarischen Rat verabschiedeten Wahlgesetzes durch die Ministerpräsidenten auf ihrer Sitzung am 31. 5./1. 6. 1949, AKTEN ZUR VORGESCHICHTE, Bd. 5, 1981, S. 502–527. Hier sind insbesondere die andere Aufteilung von Direkt- und Listenmandaten und die Einführung einer Sperrklausel zu nennen. Vgl. E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 397–408.

5 Die Äußerung bezieht sich auf Abs. 2 des Artikels, in dem es heißt: „Für die Wahl des ersten Bundestages, der ersten Bundesversammlung und des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik gilt das vom Parlamentarischen Rat zu beschließende Wahlgesetz."

sen gehabt, habe sich aber entschließen müssen, in der Änderung des Verhältnisses der Wahlkreis- zu den Landeslistenmandaten nachzugeben.

Es wird beschlossen, der Ministerpräsidentenkonferenz das anliegende Telegramm zu senden.[6]

5b.

9. 6. 1949: Vorbesprechung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 93. Überschrift: „Niederschrift der Vorbesprechung des Vorstandes der Freien Demokratischen Partei am 9. 6. 1949 in Bremen, Logenhaus, 9 Uhr." 9.00 Uhr–13.30 Uhr und ab 15.00 Uhr.

Teilnehmer: Blücher, Dehler, Dohr, Engelhard, [Erika Fischer], Glaesser, Hammer, Linnert, Mayer, Meineke, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Pietsch, Rauschenbach, von Rechenberg, Reese, Renner, Schwennicke, Vietzen, Wildermuth.

[VORBEREITUNG DES PARTEITAGES]

BLÜCHER schlägt zunächst vor, die Themenliste für Entschließungen um die Nrn. 14–16[1] zu erweitern. Der Bericht über die Heimatvertriebenen liegt vor[2], ist aber sehr umfangreich. Es sollte der Versuch gemacht werden, ihn straffer zusammenzufassen.

[ORGANISATION DER GESAMTPARTEI]

Auf Vorschlag MIDDELHAUVE, über die Frage der künftigen Parteiorganisation zu sprechen, führt BLÜCHER aus: Das Schicksal der Gesamtpartei wird entschieden durch die Zusammensetzung der Bundestagsfraktion. Es gebe künftig zwei Pole der politischen Entscheidung, den Bundestag und die Landtage.

---

6 Es lautete: „In der Stellungnahme zu den Beanstandungen des Bundeswahlgesetzes durch die Militärgouverneure haben die Ministerpräsidenten es unternommen, das vom Parlamentarischen Rat als der hierfür zuständigen gewählten Volksvertretung beschlossene Wahlgesetz auch in seinem nicht beanstandeten Teil materiell zu ändern. Der Gesamtvorstand der FDP hält dieses Vorgehen der Ministerpräsidenten für unvereinbar mit Artikel 137 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 38 des Grundgesetzes. Er wendet sich gegen Bestrebungen der Ministerpräsidenten, sich im Gegensatz zu den Bestimmungen des Grundgesetzes gesetzgeberische Befugnisse übertragen zu lassen. Der Vorstand der FDP bedauert, daß in Verkennung der verfassungsrechtlichen Lage sowohl die Ministerpräsidenten wie aufgrund von deren Vorschlägen die Militärgouverneure in das unbestreitbare Recht des Parlamentarischen Rates eingreifen, in einem Augenblick, in dem alles darauf ankommt, den Glauben an die Wiedererstehung eines rechtsstaatlichen Deutschlands im Bewußtsein seiner Bürger zu festigen."

1 Vgl. Nr. 5 a.

2 Als Beschluß Nr. 14 vom Parteitag verabschiedet. ADL, A 1–3.

Dem Bundestag müssen wir viele Abgeordnete mit Qualität und politischer Zuverlässigkeit bringen. Es müßten Fachausschüsse besetzt werden für beispielsweise Vertriebenenfragen, Sozialversicherung, Außenhandel, Zollwesen usw. Von den Abgeordneten müßte verlangt werden, daß sie nicht nur Mandatsträger, sondern auch Funktionäre der Partei seien, als Fraktionsvorsitzende, geschäftsführende Berichterstatter über die Ausschußarbeiten, Presse- und Nachrichtenleiter usw. Er halte zwei hauptamtliche Referenten und fünf bis sechs Damen für das Büro [für] nötig. Die Grundsatzfragen müßten in ständiger Aussprache der Abgeordneten abgeklärt werden und darüber Mitteilungen an die Landesverbände ergehen. Dazu brauche man ein Fraktionsmitglied als Verbindungsmann zu den Landtagsfraktionen.

MIDDELHAUVE stimmt mit diesen Auffassungen überein und hofft, daß eine Abgabe von den Diäten und Einnahmen aus dem Nachrichtendienst zur Finanzierung der Fraktionsgeschäftsstellen genügen werde. Der Parteivorsitz müsse am Sitz des Bundestages, das Parteibüro mit dem Fraktionsbüro am gleichen Ort sein. Können die Landesverbände finanziell und organisatorisch unterstützt werden?

BLÜCHER: Ein Mitglied des engeren Vorstandes müsse immer am Sitz der Bundesregierung anwesend sein.

Ernst MAYER stimmt diesen Ausführungen zu, auch wenn dadurch die bisherige Polarität Vorstand und Fraktion aufgegeben werden müsse. Die Finanzierung der parteiorganisatorischen Arbeiten müsse über die Einnahmen aus einem Informationsdienst erfolgen.

BLÜCHER erwartet an Abgaben von den Fraktionsmitgliedern 3 500 bis 4 000 DM, zweitens von vier bis fünf Zeitungen für Nachrichtenabonnements je 500 DM, drittens Umlagebeiträge der Landesverbände, so daß ein Mindestetat von 8 000 DM gewährleistet sei. Aus dem Informationsdienst müsse man ca. 40 000 DM erzielen, um damit Reisegeld für Abgeordnete und wichtige Mitarbeiter zur Verfügung zu haben. Die Bildung eines Kassenbestandes sei dringend nötig.

Zu der von BLÜCHER, MIDDELHAUVE, DEHLER angeschnittenen Frage der Höhe der Abgeordnetendiäten wird die Auffassung ausgedrückt, daß man von einem steuerfreien Betrag von 750 DM ausgehen solle. Ernst MAYER und WILDERMUTH teilen mit, daß in Süddeutschland das Verständnis der Bevölkerung dafür gewachsen sei, daß man die Abgeordneten anständig ausstatten müsse. Dieses Verständnis herrscht in Norddeutschland nach BLÜCHER noch nicht.

MIDDELHAUVE regt zu § 11 der Satzung an, dem Vorsitzenden der Partei zwei Stellvertreter beizugeben[3], von denen der eine den Fraktionsvorsitz übernehmen und der andere die parteiorganisatorische Arbeit leisten solle. Diese Anregung führt zu einer eingehenden Aussprache, an der sich NEUMAYER, WILDERMUTH, SCHWENNICKE, Ernst MAYER und EULER beteiligen. Dabei kommt zum Ausdruck, daß man diese Regelung dem Vorstand überlassen solle und daß man die Entscheidung erst nach den Wahlen treffen könne. EULER ist dafür,

3 § 11 des Satzungsentwurfs sah nur einen Stellvertreter vor. ADL, A 1–1.

nur einen Stellvertreter des Vorsitzenden zu bestimmen. Ernst MAYER stimmt in sachlicher Überlegung bei, befürchtet aber eine Kampfabstimmung über den zweiten Stellvertreter. BLÜCHER befürchtet, daß der zweite Stellvertreter zur Aufgabe der parlamentarischen Arbeit gezwungen sein könne. Dagegen setzt sich aber doch die Auffassung durch, daß die Partei einen Verantwortlichen für die Parteiorganisation brauche. MIDDELHAUVE fragt, ob *Euler* bereit sei, diese Aufgabe zu übernehmen. EULER verneint wegen des bevorstehenden Wahlkampfes und dessen ungewissen Ausganges. DEHLER hält die Pflicht der Vorsitzenden für gegeben, die Partei zu organisieren. WILDERMUTH und GLAESSER stimmen *Middelhauve* grundsätzlich zu, halten aber die Frage der Person für sehr schwierig. Wie etwa könnte *Euler* in Hessen ersetzt werden, wenn er für die Gesamtpartei tätig sein soll?

MIDDELHAUVE fragt Ernst *Mayer,* ob er bereit sei, die Aufgabe des Parteiorganisators zu übernehmen. Ernst MAYER erklärt, früher dazu bereit gewesen zu sein, will aber heute nicht mehr auf parlamentarische Arbeit verzichten. Vielleicht könne er es machen mit Unterstützung einiger hauptamtlicher Leute. EULER meint, daß der Parteiorganisator mit dem Parlament verbunden sein müsse, dann habe er auch draußen Gewicht. Ein starkes politisches Ansehen sei nötig.

Zusammenfassend stellt MIDDELHAUVE fest:

1. Es ist allgemeine Auffassung, daß vielseitige organisatorische Arbeit nötig ist;
2. dafür ist eine politische, gewichtige Persönlichkeit notwendig, etwa als zweiter stellvertretender Vorsitzender oder Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes;
3. neben dieser Aufgabe ist parlamentarische Tätigkeit nicht möglich;
4. die Autorität des Parteiorganisators kann nicht angezweifelt werden, wenn er politisches Gewicht hat;
5. die Parteidisziplin verlangt Verzicht auf parlamentarische Tätigkeit.

VON RECHENBERG: Die Zukunft der Partei hängt von ihrer Politik ab. Der beste Mann kann nichts erreichen, wenn sie nicht gut ist.

BLÜCHER: Damit kommen wir zur Frage der Publizität unserer politischen Arbeit. Die Haltung der Landesverbände muß gleichberechtigt sein. Welche weiteren Persönlichkeiten kommen in Frage? Etwa *Mende?*

MIDDELHAUVE: *Mende* ist keine organisatorische Persönlichkeit.

Ernst MAYER schlägt den früheren Hauptgeschäftsführer in Sachsen, *Kirchhoff,* vor.

BLÜCHER gibt zu bedenken, daß Leute aus der Ostzone im allgemeinen lange brauchen, bis sie unsere Verhältnisse beherrschen. Der geeignete Mann dürfe kein Kulturkämpfer sein, müsse über landwirtschaftliche Kenntnisse verfügen und die geschichtlichen Voraussetzungen der einzelnen Landesteile beherrschen. *Curschmann?*

Ernst MAYER: *Curschmann* ist kein Organisator. *Kirchhoff* wäre als Geschäftsführer geeignet.

DEHLER: Die glücklichste Lösung wäre die Betreuung durch Ernst *Mayer,* wenn man ihn von parlamentarischer Ausschußtätigkeit befreie.

Auch GLAESSER hält Ernst *Mayer* für die einzige konkrete Möglichkeit.

BLÜCHER gibt zu bedenken, daß dann ein anderer Pressereferent für die Fraktion nötig sei.

MIDDELHAUVE stellt daher noch einmal die Frage an Ernst *Mayer,* der sich aber erst nach weiterer Besprechung mit *Blücher* entscheiden will. Diese Besprechung ergibt die Zusage Ernst *Mayers* unter der Voraussetzung der Befreiung von parlamentarischer Ausschußarbeit.

BLÜCHER fragt, ob der Wahlaufsatz von *Euler*[4] jetzt besprochen werden soll. Die Frage wird wegen des Umfanges verneint.

[VORBEREITUNG DES PARTEITAGES]

BLÜCHER erbittet nunmehr für die Arbeit des Mandatsprüfungsausschusses von den Vorsitzenden der Landesverbände Erklärungen über die Mitgliederstärke. MIDDELHAUVE und EULER wenden dagegen ein, daß diese Zahlen nicht genau bekannt seien. Es wird Einigkeit darüber erzielt, daß es auf geringfügige Schwankungen von 10–13 % nicht ankomme. Nach einer weiteren Aussprache, an der sich *Blücher, Dehler, Euler, Rechenberg, Linnert, Wildermuth,* Ernst *Mayer, Dohr* und *Rauschenbach* beteiligen, wird festgelegt, daß als einheitliche Grundlage die Wählerstimmen nach den letzten Landtagswahlen als weitere Grundlage für die Berechnung der Delegiertenzahlen benutzt werden sollen.

BLÜCHER bittet nunmehr Ernst MAYER, über die Arbeit des Antragsausschusses zu berichten. Aufgrund dieses Berichtes werden die Anträge 1–8 und 10–15 des Antragsausschusses[5] vom Vorstand angenommen. Zum Antrag 9[6] des Antragsausschusses schlägt BLÜCHER vor, eine Entschließung durch *Middelhauve,* Ernst *Mayer, Oellers* und *Schäfer* vorbereiten zu lassen. Der Antrag *Böhm,* die FDP Gruppe Bremen *(Grabau)* betreffend[7], wird dem Vorstand zur Beschlußfassung überwiesen. Als Berichterstatter über die Anträge vor dem Parteitag wird Dr. *Entholt* bestimmt.

BLÜCHER führt den Beschluß herbei, eine weitere Vorstandssitzung alsbald nach Bekanntgabe der Bedingungen über die Bundestagswahl einzuberufen.

---

4 Nicht ermittelt.
5 Ausarbeitung des Antragsausschusses in: ADL, A 1–1.
6 Betr. Pressefreiheit, ebd.
7 Antrag nicht ermittelt. Zu den Bremer Konflikten allgemein die Hinweise in Nr. 3, Anm. 4. Zum Fortgang der Auseinandersetzung Nr. 5 c.

[ZUSAMMENSETZUNG DES PARTEIVORSTANDES]

BLÜCHER regt dann an, über die Zusammensetzung des geschäftsführenden Vorstandes zu beraten. Der bisherige Vorstand wurde gebildet durch *Heuss, Blücher, Dehler, Euler, Wildermuth, Schäfer, Oellers* und *Schwennicke*. Keines der bisherigen Vorstandsmitglieder kann herausgenommen werden. Nach der Satzung ist eine Erweiterung der Zahl der Vorstandsmitglieder nicht möglich. Gegenüber der Anregung VON RECHENBERG, Nordrhein-Westfalen im Vorstand einen Sitz einzuräumen, gibt EULER zu bedenken, daß der Vorstand nicht nach regionalen Gesichtspunkten besetzt werden könne. NEUMAYER, DOHR, RAUSCHENBACH, MIDDELHAUVE sprechen sich für Beibehaltung der sechs Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes aus. MIDDELHAUVE gibt dabei zu bedenken, daß man nicht der Gefahr unterliegen dürfe, demokratischen Entscheidungen auszuweichen. Der Parteitag muß Gelegenheit zu echten Wahlen haben.

OELLERS hält die Zufälligkeiten der Wahl für unmöglich. Die Heimatvertriebenen müssen im Vorstand vertreten sein, wenn nicht unliebsame Rückwirkungen auf die Bundestagswahl eintreten sollen.

WILDERMUTH schlägt vor, den geschäftsführenden Vorstand als Ausschuß des Gesamtvorstandes von diesem wählen zu lassen. Widerspruch EULER. Hinweis auf Notwendigkeit der Satzungsänderung, in diesem Falle durch Ernst MAYER.

GLAESSER schlägt vor, den Vorstand um zwei Mitglieder zu erweitern und dadurch die Ergänzungsmöglichkeit durch Ernst *Mayer* und *Middelhauve* zu schaffen.

Der Vorschlag *Wildermuth* wird auch von EULER und BLÜCHER erwägenswert gehalten. DEHLER vertritt die Auffassung, daß dann die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes durch den Hauptausschuß geschehen soll. LINNERT ist gegen eine Änderung des § 11 der Satzung. Die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes müsse dem Parteitag überlassen bleiben. Auch MIDDELHAUVE ist gegen Änderung des § 11 und für [die] Wahl des geschäftsführenden Vorstandes durch den Parteitag.

[Mittagspause]

[BERATUNG DER PARTEISATZUNG]

BLÜCHER: Über das Mittagessen ist von drei Seiten der Vorschlag gemacht worden, den § 11 Abs. 2 in der Richtung zu ändern, daß der geschäftsführende Vorstand aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und sieben Mitgliedern bestehen soll. Zu diesem Vorschlag wird allgemein Zustimmung erteilt.

Es wird nunmehr die Satzung im einzelnen beraten.

Zu § 1 (1) schlägt EULER eine redaktionelle Änderung vor, die eine Ablehnung von totalitären und diktatorischen Bestrebungen jeder Art zum Ausdruck bringen soll. Zustimmung.[8]

---

8 § 1 lautete demnach wie folgt: „Die Freie Demokratische Partei (FDP) ist eine politische Partei-

§ 2 (1)[9]: MIDDELHAUVE schlägt vor, die Worte „und gegen deren Zugehörigkeit politische Bedenken nicht bestehen" zu streichen. Nach Äußerungen von Ernst *Mayer, Meineke, Rauschenbach, von Rechenberg* schlägt Ernst MAYER vor, das Wort „politisch" zu streichen. Dieser Vorschlag findet Zustimmung. BLÜCHER stellt den Antrag: Der Vorstand beschließt, den Landesverbänden nachdrücklich zu empfehlen, daß in einheitlichen Aufnahmeformularen ausdrücklich auf die Zustimmung zu den Richtlinien und die Satzung der Partei abgehoben werden soll. Dieser Antrag wird nach Hinweis MEINEKES, daß die §§ 1 und 2 in ihrem vollen Wortlaut auf den Beitrittserklärungen abgedruckt sein sollten, genehmigt.

§ 3 (2) fällt weg.[10]

§ 4 (4): ENTHOLT weist darauf hin, daß mit Rücksicht auf den gestrichenen Abs. 2 des § 4 der Abs. 4 alter Fassung überflüssig sei. VON RECHENBERG, MIDDELHAUVE und WILDERMUTH stimmen zu. Der Absatz fällt weg. Der alte Abs. 5 wird mit Abs. 3 durch *Entholt* neu formuliert und in dieser Fassung angenommen.[11]

§§ 5 und 6 keine Änderungen.[12]

Zu § 7 (2)[13] wird von BLÜCHER erläutert, daß das Stimmrecht des Vorstandes nur für die allgemeinen Abstimmungen gilt, während bei der Wahl des neuen Vorstandes nur die Delegierten abstimmen. Er weist weiter darauf hin, daß in diesem Falle ein Delegierter als Wahlleiter zu bestimmen ist, wofür er den ältesten Delegierten vorschlägt. Diese Regelung soll in der Geschäftsordnung festgelegt werden.

§§ 8, 9, 10: Es wurden keine wesentlichen Einwendungen erhoben.[14]

Bei § 8 (1) wird hinter „Beschlußfassung" „in den Wahlakt" eingefügt.

---

im Sinne des Artikels 21 Abs. 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Sie vereinigt Deutsche ohne Unterschied des Standes, der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts und des Bekenntnisses, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer von sozialem Geist getragenen freiheitlichen Gesellschaftsordnung mitwirken wollen und totalitäre und diktatorische Bestrebungen jeder Art ablehnen."

9 „Mitglied können alle Deutschen werden, die das 17. Lebensjahr vollendet haben, die Grundsätze der Partei anerkennen, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind und gegen deren Zugehörigkeit politische Bedenken nicht bestehen."

10 § 3 (Gliederung) bestand nunmehr aus zwei Sätzen: „(1) Die Partei gliedert sich in Landesverbände. (2) Satzungsbestimmungen der Partei gehen den Bestimmungen der Landesverbände vor."

11 § 4 (Pflichten der Landesverbände) lautete: „(1) Die Landesverbände sichern die Einheit der Partei ihres Bereiches. (2) Sie sind verpflichtet, auf Aufforderung des Vorstandes gegen örtliche Gliederungen, die gegen Parteibeschlüsse verstoßen, vorzugehen. (3) Der Vorstand ist berechtigt, die Landesverbände bei Versäumnissen und Verstößen gegen Beschlüsse der Parteiorgane zu deren Durchführung anzuhalten. Er ist weiter berechtigt, einen Landesvorstand anzuweisen, einen Landesparteitag einzuberufen oder diesen Parteitag selber einzuberufen. (4) Beauftragte Mitglieder des Vorstandes haben auf den Landesparteitagen ein Antragsrecht."

12 §§ 5 und 6 betreffen „Organe der Partei" und „Der Parteitag".

13 Betrifft Stimmrecht auf Parteitagen.

14 §§ 8, 9 und 10 betreffen „Geschäftsordnung des Parteitages", „Tagesordnung" und „Hauptausschuß".

§ 8 (2) Satz 1 erhält die Fassung: Der Parteitag wird vom Vorsitzenden, seinem Stellvertreter oder im Verhinderungsfalle durch ein Mitglied des Vorstandes geleitet.

In § 10 (1) wird unter c) hinter „Vertretern der Landesverbände" eingefügt: „und zwar ein Vertreter für volle 3 000".

Bei § 11 (1)[15] wird eingefügt Ziff. 3: „bis zu sechs Beisitzern, unter denen eine Frau und ein weniger als 32 Jahre altes Mitglied sein müssen". In Abs. 2[16] dieses Paragraphen wird die Zahl sechs in sieben [geändert. Abs. 3 erhält die Fassung: „Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden in geheimer Wahl und in gesonderten Wahlgängen vom Parteitag gewählt. Die übrigen] Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes und die Beisitzer werden in geheimer Abstimmung nach Maßgabe der Geschäftsordnung vom Parteitag gewählt."

Bei der Beratung der neuen Fassung des § 11 wendet sich LINNERT gegen die besondere Vertretung von Frauen und Jugendlichen im Vorstand. Diese Personengruppen sollen durch ihre Landesverbände herausgestellt und vorgeschlagen werden. Trotz grundsätzlich gleicher Meinung glaubt BLÜCHER, daß man auf die besondere Vertretung dieser Personengruppen nicht verzichten kann.

§ 12[17] (1) erhält die Fassung: „Der Vorstand führt die Geschäfte der Partei und hat die Aufgabe, die Beschlüsse des Parteitages und des Hauptausschusses durchzuführen."

Abs. 4 dieses Paragraphen erhält die Fassung: „Jedes Mitglied des Vorstandes hat das Recht, an Beratungen jedes Organes und Verbandes der Partei teilzunehmen."

§ 13 erfährt nur eine redaktionelle Veränderung. Statt „Der Parteitag ist berechtigt" muß es heißen: „kann".[18]

In § 14 (3) wird die Bestätigung der Geschäftsordnung des Ehrenrates statt dem Vorstand dem Hauptausschuß zugewiesen.

§§ 15, 16, 17 erfahren keine Veränderung.[19]

In § 18 muß es heißen: „ §§ 1, 18 und 19 bedürfen".[20]

In § 19 wird hinter „zwei Drittel der Abstimmungsberechtigten" eingefügt: „mindestens der Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder". Im letzten Satz wird hinter „Parteivermögens" eingefügt: „im Falle einer Auflösung".[21]

---

15 Zusammensetzung des Vorstandes.

16 Zusammensetzung des geschäftsführenden Vorstandes.

17 „Aufgaben des Vorstandes".

18 Betrifft die Bildung von Fachausschüssen. Der angesprochene Satz lautete: „Der Parteitag kann Änderungen in der Zusammensetzung eines Ausschusses beschließen."

19 §§ 15, 16 und 17 behandeln die „Beiträge", die „Amtsdauer" der Parteiorgane und das „Geschäftsjahr".

20 Der angesprochene Satz lautete: „Änderungen der Satzung können von einem Parteitag mit einfacher Mehrheit der vertretenen Stimmen beschlossen werden. [Die] §§ 1, 18 und 19 [Parteizweck, Verfahren bei Satzungsänderungen und Parteiauflösung] bedürfen jedoch zur Änderung einer Mehrheit von zwei Dritteln der vertretenen Stimmen."

21 § 19 lautete: „Die Auflösung der Partei oder ihre Verschmelzung mit einer anderen Partei kann nur durch einen Beschluß des Parteitages mit einer Mehrheit von drei Vierteln der vertretenen

[BUNDESFLAGGE]

Es findet nun eine von hohem sittlichen Ernst und von Würde getragene Erörterung der Flaggenfrage statt, zu der BLÜCHER etwa ausführt: Im Norden Deutschlands gibt es keine stimmungsmäßige Mehrheit für schwarz-rot-gold. Er habe daher in Bonn versucht durchzudrücken, daß für keine der beiden Farben optiert, sondern neue Farben gewählt werden. Inzwischen ist das Grundgesetz mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden.[22] Es ist nun nicht mehr möglich, gegen die beschlossenen Farben Sturm zu laufen oder sie zu verunglimpfen. Wir müssen einig werden über die Achtung vor diesen Farben, und es darf keine Entschließung verächtlicher Art gefaßt werden. Die Halbheit unseres Verhaltens in dieser Frage müssen wir hinnehmen und dem neuen Symbol des Bundes durch Leistung Würde verleihen.[23]

Ernst MAYER dankt *Blücher* für seine Ausführungen, gerade weil er aus entgegengesetzter Einstellung herkommt, und bittet, keine weitere Debatte zu führen. Demgegenüber hält es VON RECHENBERG für unser gutes Recht, eine schnelle Revision der Verfassung nach jeder Richtung zu verlangen. Der Bonner Beschluß war falsch, aber auch schwarz-weiß-rot wäre unmöglich gewesen. Man müsse eine neutrale Farbe anstreben.

BLÜCHER antwortet darauf, daß man den guten Willen des gesamten Volkes achten und die menschliche und staatsbürgerliche Würde behalten müsse. Das Bonner Werk sei aus übergeordneten Gründen anzuerkennen.

DEHLER führt aus, daß die Flaggendebatte in Bonn sich sehr würdig abgespielt habe. Gegen den Antrag der CDU über die Gestaltung der Flagge sei diese mit dem Zusatz „das Nähere bestimmt ein Gesetz" gegen eine Stimme angenommen worden. Dieser Beschluß bindet uns, Revisionswünsche dürfe man nicht mit der Flaggenfrage einleiten.

Auch EULER ist der Auffassung, daß man den Bonner Beschluß respektieren muß. Auf was es ankommt, ist die materielle Politik, nicht die Flagge. Sie kann sich Achtung und Wertschätzung erringen. Man muß positiv sein. In seinen Versammlungen sei er nie nach der Flaggenfrage gefragt worden. Sie sei ein Scheinproblem, aber man müsse aussprechen, in welcher Richtung wir an die Verfassung Revisionswünsche haben.

LINNERT schließt sich weitgehend an *Euler* an und weist auf die besondere Lage in Bayern hin. Wenn wir kein Bekenntnis zu Bonn ablegen, dann würde schwarz-rot-gold zur Parteifarbe der SPD.

Stimmen bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Abstimmungsberechtigten, mindestens der Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder beschlossen werden, nachdem der entsprechende Antrag mindestens sechs Wochen vorher den Landesverbänden mit eingehender Begründung bekanntgegeben ist. Über die Verwendung des Parteivermögens im Falle einer Auflösung wird mit einfacher Mehrheit beschlossen."

22 Vom Plenum des Parlamentarischen Rates am 8. 5. 1949 mit 53 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen. PARL. RAT, PLENUM, STEN. BER., 1948/49, S. 238.

23 Art. 22 GG bestimmt: „Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold." Zur Debatte im Parlamentarischen Rat hierüber zusammenfassend ENTSTEHUNGSGESCHICHTE, 1951, S. 211–217.

RAUSCHENBACH erklärt, daß für die Jugend die Flaggenfrage kein Problem sei, ihr seien andere Fragen wichtiger.

NEUMAYER betont seine herkunftsmäßige Anhänglichkeit an schwarz-weiß-rot, anerkennt aber in schwarz-rot-gold die Farben der Paulskirche. Nach seiner Meinung hätten neutrale Farben den Streit auch nicht verhindert. Man müsse jetzt alles vermeiden, um eine neue Kluft aufzureißen, und deshalb den neuen Farben Achtung zollen.

OELLERS weist dagegen auf die besonderen Schwierigkeiten in Schleswig-Holstein hin, wo der Wahlkampf von CDU und DP unter schwarz-weiß-rot geführt werde.

MEINEKE stimmt grundsätzlich mit *Neumayer* und *Blücher* überein, kennzeichnet den Standpunkt der Hanseaten, die neue Farbe müsse durch Leistung zur Anerkennung gebracht werden. Für die Schiffahrt allerdings müsse man künftig für schwarz-weiß-rot eintreten.

BLÜCHER bittet, die Debatte nunmehr zu beenden, da Einigkeit darüber besteht, daß den neuen Farben eine neue Würde gegeben werden muß.

HAMMER weist aber darauf hin, daß der Parteitag die Frage aufgreifen könne und man deshalb eine Formulierung ausarbeiten müsse. Es wird beschlossen, daß *Hammer, Meineke* und *Neumayer* eine solche Erklärung abfassen sollen.[24]

MEINEKE schneidet daraufhin die Frage der Beflaggung des Tagungssaales an und macht den Vorschlag, nur die bremischen Farben zu zeigen. LINNERT, DEHLER und BLÜCHER sind der Auffassung, daß dies nicht gehe, worauf ENTHOLT den Vorschlag macht, außerhalb des Rathauses beide, aber innen nur die Bremer Farben aufziehen zu lassen. Diesem Vorschlag schließt sich auch Ernst MAYER an, während BLÜCHER rät, sich nach dem Ortsüblichen zu richten.

5c.

10. 6. 1949: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 93. Überschrift: „Niederschrift der Vorstandssitzung der Freien Demokratischen Partei am 10. 6. 1949 in Bremen, 14.30 Uhr, im Logenhaus." 14.30 Uhr bis 20.00 Uhr.

Teilnehmer: [Ella Barowsky], Blücher, [Büchsenschütz], Dehler, Dohr, Entholt, Euler, [Erika Fischer], Glaesser, Haußmann, Heuss, Humbert, Mayer,

24 Ein Memorandum zur Flaggenfrage verabschiedete der Parteitag als Entschließung Nr. 8 am 12. 6. 1949. Niederschrift der Verhandlungen des Parteitages der FDP am 12. 6. 1949 mit Anlagen, ADL, A 1–1; zum Inhalt Nr. 5c, Anm. 5.

Meineke, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Oellers, Onnen, Rademacher, Rauschenbach, von Rechenberg, Reif, Renner, Schäfer, Schwennicke, Vietzen, Wenhold, Wildermuth.

[RUNDFUNK- UND PRESSEFRAGEN]

BLÜCHER leitet die Verhandlungen und erteilt zunächst MIDDELHAUVE das Wort zu einem Bericht über die Lage der personellen Zusammensetzung im Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) und im Beirat für die zusammenzuschließenden Nachrichtendienste dpd und DENA. Der anwesende Vertreter vom dpd, Herr *Büchsenschütz,* wird um Auskunftserteilung gebeten.

BÜCHSENSCHÜTZ schildert streng vertraulich die aus der Fusion der beiden Nachrichtenagenturen in der britischen und amerikanischen Besatzungszone sich ergebenden personellen Veränderungen. Er schlägt vor, daß die FDP ihre Ansprüche auf personelle Mitbeteiligung bei der Neuorganisation dieser Nachrichtenagenturen anmelden solle, und regt eine Entschließung zur Nachrichtenpolitik an. Auch für den Verwaltungsrat des NWDR sei ein Anspruch der FDP auf Beteiligung gerechtfertigt. Die Nachrichteninstrumente müßten entweder völlig überparteilich organisiert werden oder man müsse versuchen, die FDP an ihnen personell zu beteiligen.

MIDDELHAUVE macht den Vorschlag, den Verleger Carl *Wirths* in den Beirat der Nachrichtenagenturen zu entsenden, und den weiteren Vorschlag, daß zwei bis drei Vorstandsmitglieder, darunter *Blücher,* mit den zuständigen Stellen Besprechungen führen sollten.

HAUSSMANN erklärt es für sehr wünschenswert, daß wir in den Nachrichteninstrumenten künftig vertreten sind und dadurch die historisch gewordene Einseitigkeit ausgeglichen werde. Er schlägt vor, *Heuss* an den Beratungen zu beteiligen, und fragt nach dem künftigen Sitz der vereinigten Nachrichtenagenturen.

BÜCHSENSCHÜTZ antwortet, daß der einzige mögliche Ort Hamburg sei, weil dort ein großes Gebäude mit allen organisatorischen Einrichtungen zur Verfügung stehe.

Auf Vorschlag BLÜCHERS werden *Middelhauve, Rademacher* und *Schäfer* beauftragt, zusammen mit Herrn *Büchsenschütz* eine Entschließung zum Nachrichtenproblem zu entwerfen.[1]

---

1 Der Parteitag verabschiedete am 12. 6. 1949 als Entschließung Nr. 12 eine Verlautbarung unter der Überschrift „Gegen jedes parteipolitische Nachrichtenmonopol". Unter Verweis auf den NWDR und die beabsichtigte Verschmelzung der Nachrichtenagenturen hieß es in der Resolution, der FDP-Bundesvorstand wende „sich gegen ein Vorrecht einzelner politischer Richtungen bei der Zusammensetzung der Aufsichtsorgane beider Einrichtungen". Veranlassung zu dieser Äußerung gab nach Auffassung des Bundesvorstandes „die derzeitige Zusammensetzung des Verwaltungsrates des NWDR". Entschließung abgedruckt in: DIE BREMER PLATTFORM, Beschlüsse des Bremer Parteitages der Freien Demokratischen Partei am 11. und 12. Juni 1949, Juli 1949.

[KONFLIKTE ZWISCHEN DEN BREMER LIBERALEN]

MEINEKE berichtet über den Stand der Verhandlungen zwischen [der] BDV Bremen und der FDP-Gruppe Grabau.[2] Am gleichen Tag sollte ein Antrag *Grabau* auf Untersagung der Führung des Namens FDP durch die BDV vor den Bremer Gerichten entschieden werden. Bei einer vormittägigen Fühlungnahme hatte sich *Grabau* zu Koordinierungsverhandlungen bereit erklärt unter der Voraussetzung eines Zusammenschlusses mit paritätischer Vorstandsbildung. Beteiligung von drei Delegierten der FDP-Gruppe Grabau am Parteitag. Diesem Vorstand sollte auch *Grabau* angehören. Die Meinung der BDV gehe dahin,

1. daß die Parität im Vorstand zu verwerfen sei, vielmehr daß dieser nach der Mitgliederzahl der beiden Parteien gebildet werde;
2. daß die FDP-Gruppe Grabau ihre Lizenzen zurückgebe;
3. daß von der Gruppe Grabau Gäste zum Parteitag zugelassen werden;
4. daß *Grabau* nur unter der Bedingung übernommen werde, daß er sich einem ehrengerichtlichen Verfahren unterwerfe.

Diese Vorschläge seien von der Gruppe Grabau angenommen worden.

BLÜCHER gibt zu bedenken, daß die Unterwerfung *Grabaus* unter ein Ehrengericht keinen Erfolg verspreche, weil sie auch bisher nicht geschehen sei. ONNEN erklärt *Grabau* für völlig untragbar. EULER schlägt vor, drei von der BDV auszuwählenden Gästen die Beteiligung am Parteitag zu ermöglichen. Dieser Vorschlag findet ebenso Zustimmung wie die Feststellung BLÜCHERS, daß die BDV im Auftrag der FDP weiter verhandeln solle.

Im Laufe des Nachmittags machte ENTHOLT davon Mitteilung, daß Radio Bremen entstellende Nachrichten über die Verhandlungen des Vormittags auf Veranlassung der FDP-Gruppe Grabau gebracht habe. Es sei nun die Frage, ob man die Einladung von Gästen aufrechterhalten könne. Dagegen sprechen sich außer ihm aus HEUSS, NEUMAYER, BLÜCHER und WENHOLD, während EULER und RADEMACHER an der Einladung festhalten wollen. Die Mehrheit ist für Zurückziehung. Schließlich erhält *Entholt* die formelle Vollmacht, im Namen der FDP vor Gericht zu handeln.

[MANDATSPRÜFUNG DER PARTEITAGSDELEGIERTEN]

Zur Mandatsprüfung verlangt OELLERS das Wort zu einer ehrenwörtlichen Erklärung. Die von seinem Landesverband gemeldeten Mitgliederzahlen seien mit Berufung auf Angaben seines Sekretärs als falsch erklärt worden. Er stellt fest, daß sein Sekretär derartige Mitteilungen nicht gemacht habe und daß die von ihm gemeldeten 3077 Mitglieder des Landesverbandes Schleswig-Holstein tatsächlich vorhanden seien. Er habe sich diese Zahl erneut durch die Landesgeschäftsstelle Ahrensburg telefonisch bestätigen lassen.

2 Zu den Bremer Konflikten allgemein die Hinweise in Nr. 3, Anm. 4.

BLÜCHER stellt fest, daß die Delegiertenmeldungen in Heppenheim[3] zu Ungelegenheiten geführt haben und daß deshalb feierliche Erklärungen der Landesverbandsvorsitzenden nötig gewesen seien. Der erste gemeinsame Parteitag müsse auf korrekten Delegiertenzahlen beruhen, und deshalb sei es nötig gewesen, derartige Erklärungen zu verlangen. Die Angelegenheit sei durch die Erklärung *Oellers* erledigt.

Blücher regt nunmehr auf Vorschlag *Heuss* an, zum Wahlleiter der Vorstandswahl Senator *Meineke* zu bestellen. Allgemeine Zustimmung.

Für die Zusammensetzung des satzungsmäßigen Ehrenrates werden aus der Versammlung folgende Vorschläge ohne Widerspruch gemacht: 1. Vorsitzender Dr. *Jokusch,* Bielefeld; 2. Stellvertreter Dr. *Fratzscher,* Mönchen-Gladbach; 3. Fritz *Schwake,* Herford; 4. Dr. Hans *Kaufmann,* Hamburg; 5. *Froböss,* Detmold; 6. Hans *Erbe,* Bremen; 7. Walter *Sternfeld,* München; 8. Dr. *Conrad,* Berlin; 9. Edgar *Kölle,* Esslingen; 10. *Bretzfeld,* Rothenburg.

VON RECHENBERG und RAUSCHENBACH setzen sich ein für die Anerkennung eines Vorschlagsrechts der Jungdemokraten zur Wahl des Vorstandes. BLÜCHER regt eine entsprechende Satzungsänderung nach Formulierung Dr. *Neumayers* an.

[BERATUNG DER PARTEITAGSENTSCHLIESSUNGEN]

Es wird nunmehr in die Beratung über die in den Vortagen formulierten Entschließungen eingetreten, wozu BLÜCHER die Aufteilung in zwei Gruppen anregt, nämlich solche Entschließungen, die gemeinsam beraten und beschlossen, und andere, die von Unterausschüssen behandelt werden sollen. Auf den Einspruch EULERS, alles gemeinsam zu beraten, wird entsprechend verfahren.

Die Entschließung zur Ostzonen-LDP liegt in zwei Fassungen vor: a) von *Euler* und b) von Ernst *Mayer.*

Die von EULER verlesene Entschließung wird von LINNERT, MIDDELHAUVE, DEHLER, HEUSS, MEINEKE, Ernst MAYER, REIF zwar grundsätzlich gut geheißen, jedoch eine Reihe von redaktionellen und sachlichen Änderungen vorgeschlagen. Der Entschließung von Ernst *Mayer* wird insbesondere von Dr. HAUSSMANN der Vorzug gegeben und von ihm der Vorschlag gemacht, die *Heuss*sche Formulierung des letzten Absatzes der *Euler*schen Fassung in die von Ernst *Mayer* einzubauen.

MIDDELHAUVE stellt den Antrag, eine Begegnung mit den Führern der Ostzonen-LDP zu betreiben, um die bestehenden Gegensätze zu überwinden. REIF und BLÜCHER halten dies für unmöglich. Letzterer bittet *Middelhauve,* nun auf seinen Antrag zu verzichten, worauf dieser unter dem Vorbehalt, später darauf zurückzukommen, auch eingeht. BLÜCHER stellt fest, daß die Mehrheit der Vorstandsmitglieder für ein Abrücken von den Führern der Ostzonen-LDP sich ausgesprochen hat. Gegen deren namentliche Aufführung wendet sich

3 Bezieht sich auf den FDP-Gründungskongreß im Dezember 1948.

HEUSS aus psychologischen Gründen. Beide Fassungen werden nach den vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen angenommen.[4]

Zur Flaggenfrage liegen ebenfalls zwei Entwürfe vor. Der Entwurf a) von *Neumayer* und *Meineke*, b) von *Hammer*.

Beide Entwürfe werden verlesen und in ihrem Gesamttenor für richtig befunden. Für den Entwurf a) spricht sich VON RECHENBERG aus, für den Entwurf b) BLÜCHER, RADEMACHER, Ernst MAYER. GLAESSER hält den ersten Teil der Fassung b) für außenpolitisch bedenklich. Auf Vorschlag *Blüchers* sollen *Bleek* und *Heuss* mit den Verfassern beider Entwürfe eine Neuredaktion zustande bringen.[5]

Die Entschließung zum Wohnungsbau verliest BLÜCHER und schlägt Neuredaktion durch *Wildermuth* vor.[6]

Die Entschließung zur Entnazifizierung ruft wieder eine umfangreiche Debatte hervor. Für die Entschließung sprechen sich DEHLER und HAUSSMANN aus, die darauf hinweisen, daß es sich um eine politische, nicht um eine gesetzliche Entscheidung handle und daß etwas Abschließendes zu dem Problem gesagt werden müsse. Auch HEUSS, SCHWENNICKE, WILDERMUTH, NEUMAYER und VON RECHENBERG stimmen ihr zu. Gegen die Entschließung wenden BAROWSKY und REIF ein, daß die Entnazifizierung in der britischen Zone mangelhaft durchgeführt worden sei. Insbesondere müsse die Zulassung zu politischen Führungsstellen für ehemalige Pg's abgelehnt werden. Sie bestritten das Wahlrecht und die Wählbarkeit der Pg's. EULER geht dagegen die Entschließung nicht weit genug. Er ist für eine Generalamnestie, um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung herzustellen. Die Entnazifizierung habe zu einer Verfolgung des politischen Irrtums geführt, statt der von politischen Verbrechen. Er formuliert seine dahingehenden Änderungsvorschläge und erhebt sie zum Antrag. RADEMACHER unterstützt ihn in seiner Auffassung. GLAESSER teilt die Auffassung, daß mit der Entnazifizirung Schluß gemacht werden müsse, aber man müsse sehen, daß der Nationalsozialismus im Ausland Triumphe feiere. Deswegen dürfe man keine Nazis ins Ausland schicken. BLÜCHER weist darauf hin, daß *Eulers* Antrag eine neue bürokratische Maschine in Gang setzen werde, und bittet ihn, den Antrag zurückzuziehen. Die von *Reif* und *Barowsky* vertretene Auffassung wird abgelehnt, zur Neuformulierung der Entschließung *Dehler, Euler* und *Rademacher* eingesetzt.[7]

---

4 Entschließungen Nr. 1 und 2, abgedruckt in: DIE BREMER PLATTFORM, Anm. 1.

5 Ergebnis war das Memorandum zur Flaggenfrage, vom Parteitag als Entschließung Nr. 8 verabschiedet, abgedruckt in ebd. Hierin erkannte die FDP die Flagge schwarz-rot-gold als „Fahne des neuen Deutschland" an. Hinzugefügt wurde jedoch der Satz: „Der schwarz-weiß-roten Fahne wird sie [die FDP] immer ein ehrfurchtsvolles Gedenken bewahren."

6 Entschließung Nr. 3 des Parteitages, abgedruckt in ebd. In dieser zwei Druckseiten langen Unterlage forderte die FDP für den Wohnungsbau die „Freisetzung aller privaten Initiativen", eine bundeseinheitliche Aufbaugesetzgebung, eine Baukostensenkung und umfassende Maßnahmen zur Finanzierung.

7 Zur Entnazifizierung Entschließung Nr. 11, abgedruckt in ebd. Hierin wurde insbesondere gefordert, „die Entnazifizierung durch einen Amnestieakt zu beenden."

Der Entwurf zur Wählbarkeit der Beamten wird nach Bemerkungen von HAUSSMANN über die besondere Rechtslage in Württemberg-Baden, die zu einem Initiativgesetzentwurf der DVP-Fraktion geführt habe, angenommen.[8]

BLÜCHER schlägt unter Zustimmung vor, die in ihrem ersten Teil von *Höpker Aschoff* für gut befundene Entschließung zum Elternrecht von Dr. *Heuss* überprüfen zu lassen.[9]

Die Entschließung zu den Besatzungskosten soll durch *Rademacher* und HÖPKER ASCHOFF, der sich für Ausschaltung der Willkür durch budgetmäßige Festlegung der Besatzungskosten ausspricht, neu redigiert werden.[10]

Die Entschließung zur Demontage wird von *Meineke, Reif* und *Wildermuth* neu redigiert. BLÜCHER bittet um Ermächtigung, im Falle der Annahme dieser Entschließung an General *Bishop* entsprechend telegraphieren zu dürfen.[11]

Die Entschließung zur Kreditpolitik wird angenommen[12], die zur Steuerreform von *Blücher, Wildermuth, Neumayer* unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge von *Höpker Aschoff* neu redigiert.[13]

Auch die Entschließung zum Vertriebenenproblem bedarf nochmaliger Durchsprache von *Linnert, Onnen, Oellers, Barowsky* und *Schwennicke*.[14]

Zur Agrarpolitik schlägt ONNEN vor, keine Entschließung zu fassen, sondern den vorgelegten Entwurf als Material durch einen größeren Kreis von Agrarfachleuten innerhalb einer Woche beraten zu lassen. Bayern und Württemberg-Baden erklären sich bereit, hierzu Sachkenner zu entsenden. In diesem Sinne wird beschlossen.

---

8 Entschließung Nr. 4 abgedruckt in ebd. Der Text wandte sich entschieden gegen die aufgrund alliierter Gesetze bestehenden Einschränkungen des passiven Wahlrechts von Beamten, in denen eine Verletzung des Grundgesetzes erblickt wurde.

9 Ergebnis war die Entschließung Nr. 9, abgedruckt in ebd. Hierin sprach sich die FDP für die christliche Gemeinschaftsschule aus.

10 Entschließung Nr. 7, abgedruckt in ebd. Verlangt wurde „eine durchgreifende Herabsetzung der Besatzungskosten".

11 Die Entschließung des Parteitages zur Demontage erhielt die Nr. 5, abgedruckt ebd. In ihr wurde erklärt, daß den Demontagen die völkerrechtliche Grundlage fehle und sie außerdem wirtschaftlich „widersinnig" seien. Im Ergebnis würden sie nur „Nationalismus und Radikalismus" fördern und den „Glauben an die Möglichkeit einer demokratischen Gemeinschaft der Völker" untergraben. Die Alliierten wurden zur Einstellung der Demontagen aufgefordert.

12 Entschließung Nr. 15 des Parteitages, abgedruckt ebd. Verlangt wurde eine „allgemeine Steuersenkung unter besonderer Förderung der Kapitalbildung", die Gewährleistung des Imports der „dringend benötigten Rohstoffe und Halbfabrikate", die „Vorfinanzierung von mittelfristigen Anlagen, die gewisse technische Lücken im Produktionsprozeß ausfüllen", sowie das Festhalten an einem „niedrigen Landeszinsfuß".

13 Entschließung Nr. 13, abgedruckt ebd. In dieser Frage zielten die Forderungen der FDP auf Einschränkung der Ausgaben der öffentlichen Hand, eine „allgemeine Senkung der Steuertarife", die „Abzugsfähigkeit der Sparbeträge und kapitalbildenden Rücklagen von den Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuern", den „Abbau von überhöhten Steuersätzen" und eine „endgültige Steuerreform".

14 Eine umfangreiche Entschließung zum Vertriebenenproblem verabschiedete der Parteitag unter Nr. 14. In die Veröffentlichung der BREMER PLATTFORM wurde sie aus unersichtlichen Gründen nicht aufgenommen.

Der Entwurf der Entschließung zur Kriegsgefangenenfrage wird ohne Debatte angenommen.[15]

BLÜCHER stellt abschließend fest, daß die Entschließungen Nr. 1 (Ostzonenpolitik), Nr. 4 (Beamtenwählbarkeit), Nr. 5 (Demontage), Nr. 6 (Kriegsgefangenenfrage) und Nr. 15 (Kreditpolitik) angenommen sind, während die übrigen Entschließungen (Nr. 3, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 16[16] und 17[17]) noch der Überarbeitung bedürfen, die im Verlaufe dieses Abends noch vorgenommen werden muß, damit die Entschließungen dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden können.

6.

18./19. 11. 1949: Sitzung des Bundesvorstandes und des Vorstandes der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 93. Prot. Hermann Vietzen.[1] Überschrift: „Niederschrift der Sitzung des Gesamtvorstandes und des Vorstands der Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei am 18. und 19. November 1949 in Bonn, Bundeshaus." 17.40 Uhr–ca. 20.00 Uhr (18. 11.), 9.45 Uhr–18.45 Uhr (19. 11.).

Teilnehmer: Bezold, Bleek, Blücher, Dehler, Ecken (19. 11.), Entholt, Euler, Glaesser, Haußmann, Hanna Katz, Kühn, Mayer, Meineke, Mende, Middelhauve, Neumayer, Oellers, Rademacher, Rüdiger, Schäfer, Schwennicke, Grete Sehlmeyer, Ungeheuer, Vietzen, Weisner, Wildermuth, Wirthle, Wolf.

[18. 11.]

Dr. SCHÄFER eröffnet in Verhinderung von *Blücher* und *Dehler* die Sitzung [um] 17.40 Uhr und erteilt das Wort Ernst MAYER.

---

15 Entschließung Nr. 6 , unter der Überschrift „Kriegsgefangene/Verschleppte Personen" abgedruckt in: DIE BREMER PLATTFORM, Anm. 1. Die Entschließung setzte zwei Schwerpunkte: 1. Maßnahmen zur Wiedereingliederung der heimgekehrten Kriegsgefangenen; 2. Appell an das Ausland, alle noch in Gefangenschaft gehaltenen Deutschen freizulassen.

16 Entschließung zur „liberalen Sozialreform", abgedruckt in ebd.

17 Entschließung zum Wahlrecht, abgedruckt in ebd.

1 Das Protokoll sandte *Vietzen* am 15. 12. 1949 an *Blücher*. Im Übersendungsschreiben hieß es: „Zu meinem Bedauern war es mir nicht möglich, Ihnen, wie ich vorhatte, spätestens bei Ihrem Hiersein am vergangenen Montag die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Gesamtvorstandes und des Vorstandes der Bundestagsfraktion am 18./19. November 1949 in Bonn zu überreichen. Ich hole es heute nach und hoffe gerne, daß Sie das Protokoll trotz seiner Länge billigen. Ich habe es absichtlich ausführlich gehalten, weil die Verhandlungsgegenstände für die Organisation und die Politik von grundlegender Bedeutung sind." ADL, Ordner-Nr. 93.

[INNERPARTEILICHE ORGANISATIONSFRAGEN]

Dieser führt aus: Die Sitzung ist auf Wunsch verschiedener Landesverbände einberufen worden. Der geschäftsführende Vorstand ist in Bonn ständig beisammen, weil seine Mitglieder mit zwei Ausnahmen dem Parlament angehören. Auch der Gesamtvorstand ist durch zahlreiche Mitglieder in der Fraktion vertreten. Die ständige Fühlungnahme dieser Vorstandsmitglieder hat bisher eine Sitzung nicht dringend erscheinen lassen. Der Prozeß des Einswerdens und Zusammenwachsens der Fraktion und der Parteiführung sollte auch nicht gestört werden. Ein Parteitag könne im Augenblick diesen Prozeß nur stören. Es fehlen aber auch die Mittel zu seiner Durchführung. *Heuss* ist durch die Übernahme seines Amtes aus der Parteiführung ausgeschieden. Es ist eine selbstverständliche Gepflogenheit, daß der zweite Vorsitzende bis zur satzungsmäßigen Neuwahl die Geschäfte führt.[2] Als Stellvertreter kommt *Dehler* in Betracht, der mit dem höchsten Stimmergebnis vom Parteitag in den Vorstand gewählt worden ist.[3] Die einberufene Sitzung soll eine reine Arbeitstagung sein zur Beratung der Möglichkeiten der organisatorischen Arbeit in der Zentrale und zur Entgegennahme und Beratung der Berichte der Kabinettsmitglieder.

Durch die Entscheidung der Frage des Bundessitzes[4] kann die Partei beginnen, ihre Zentrale in Bonn aufzubauen. Hierfür Vorschläge zu unterbreiten, ist zwecklos, da im Augenblick noch kein Geld vorhanden ist. Hauptamtliche Referate bei der Parteizentrale können erst eingerichtet werden, wenn die Mittel vorhanden sind. Etwaige Anträge müßten mit Deckungsvorschlägen verbunden sein. Trotzdem war der Aufbau einer kleinen Organisation möglich. Die Pressestelle der Partei arbeitet, wenn auch in bescheidener Besetzung. Zur Mittelaufbringung ist der „Informationsdienst der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung e. V. Bonn" geschaffen.[5] Beiträge von Landesverbänden an die Gesamtpartei gemäß früheren Beschlüssen sind in den vergangenen Monaten regelmäßig nur eingegangen aus Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden, Hamburg und Bremen. Südwürttemberg und Bayern haben einen einmaligen Zuschuß gegeben. Alle anderen Landesverbände haben bisher an

---

2 Bezieht sich auf *Blücher,* der auf dem Parteitag am 12. 6. 1949 als stellvertretender Vorsitzender der FDP wiedergewählt worden war. Der ebenfalls wiedergewählte Vorsitzende Theodor *Heuss* hatte nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 12. 9. 1949 den Parteivorsitz niedergelegt. Zu den Wahlen Niederschrift der Verhandlungen des Parteitages der FDP am 12. 6. 1949, ADL, A 1-1.

3 Am 12. 6. 1949. Auf *Dehler* waren 178 Stimmen entfallen. Außerdem waren in den Vorstand gewählt worden *Schwennicke* (171 Stimmen), *Wildermuth* (148 Stimmen), *Schäfer* (143 Stimmen), *Bleek* (127 Stimmen), Ernst *Mayer* (120 Stimmen) und *Euler* (119 Stimmen). Quelle wie Anm. 2.

4 Der Bundestag hatte am 3. 11. 1949 den Antrag der SPD, den Bundessitz nach Frankfurt/M. zu verlegen, abgelehnt und sich damit für Bonn entschieden. BT STEN. BER., Bd. 1, S. 341 B–343 D. Vgl. hierzu Klaus DREHER, Ein Kampf um Bonn, München 1979, S. 188–200; Dietrich HÖROLDT, Wie die Bundeshauptstadt entstand, in: Walter FÖRST (Hrsg.), Land und Bund, Köln, u. a. 1981, S. 114–119.

5 Die Gründung der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung e. V. erfolgte am 5. 9. 1949. Dazu D. HEIN, 1985, S. 247 f. Zum wöchentlich erscheinenden Informationsdienst J. M. GUTSCHER, 1984, S. 53 f.

die Gesamtpartei nichts abgeführt. Neben der Notwendigkeit, die Landesverbände gesund zu erhalten, muß aber die Notwendigkeit anerkannt werden, eine Zentralstelle zu bilden.

Die Verbindung mit den Landesverbänden wurde bisher durch die Versendung von fünf Informations-Rundbriefen als Werbe- und Diskussionsmittel gesucht. Sobald weitere Geldmittel vorhanden sind, können weitere Möglichkeiten in Angriff genommen werden. Als weiterer Versuch, Geld herein zu bekommen, soll ab 1. Januar ein Demokratischer Pressedienst[6] zweimal wöchentlich herausgebracht werden, um auf diesem Wege an die Provinzpresse heranzukommen. Man erhofft, mit diesem Pressedienst monatlich ca. 2 000 DM einzunehmen. Für den Absatz des Informationsdienstes sind Abkommen getroffen mit Nordrhein-Westfalen, Hessen und Württemberg-Baden. Mit anderen Landesverbänden soll noch verhandelt werden. Finanzdirektor Dr. *Weisner* hat in Hessen mit großem Erfolg gearbeitet. Wegen der finanziellen Lage des Landesverbands Hessen ist davon wenig für die Gesamtpartei abgefallen. Das Ziel muß sein, den Ertrag seiner Arbeit zwischen Gesamtpartei und Landesverbänden hälftig zu teilen.

Die Gesamtpartei benötigt einen kleinen Apparat mit einem monatlichen Etat von 10 000 DM. Der Grundstein für die bisherige Organisation wurde durch das Entgegenkommen von *Blücher* gelegt. Aus den von ihm zur Verfügung gestellten Mitteln soll auch der Ankauf eines Parteihauses und dessen Einrichtung bestritten werden. Die Weiterentwicklung ist nur durch Beteiligung der Landesverbände möglich. Sie müssen ihren Egoismus überwinden und dem Finanzwerber die Möglichkeit geben, in ihren Gebieten zu arbeiten. Kein Landesverband soll um seinen Anteil betrogen werden, und in Bonn soll kein Wasserkopf geschaffen werden. Die Stärke unserer Partei liegt in der Vielfältigkeit ihrer Landesverbände. Diese müssen in die Lage versetzt werden, eine ausreichende Organisation zu schaffen. Sie dürfen sich aber nicht gegenseitig ins Gehege kommen. Schwächere Landesverbände müssen über einen innerparteilichen Finanzausgleich in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Ernst *Mayer* stellt nunmehr Dr. WEISNER vor, der über seine seitherige Arbeit wie folgt berichtet: In sieben Wochen hat er in Hessen Beiträge mit insgesamt 73 970 DM, davon in Hessen allein für 68 750 DM, einmalige Anzeigen 11 440 DM, laufende Verpflichtungen, d. h. solche mit halbjährlicher Kündigung zum Jahresende in Höhe von 64 180 DM abgeschlossen. 2 950 DM wurden befristet gegeben, 26 750 DM wurden in Barzahlung hereingebracht. Zusagen für Vertragsabschlüsse in Höhe von 10 000 DM liegen noch vor. Der Erfolg in Hessen ist der rückhaltlosen Zusammenarbeit zwischen Landesverband und Dr. *Weisner* zu verdanken. Es wurde in Hessen unter der Leitung des Herrn *Dannemayer* eine Zweigniederlassung der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung e. V. Bonn gegründet. Diese Zweigniederlassung soll auf der mittleren Ebene arbeiten. Eine große Arbeit ist noch zu leisten. Bisher sind

6 Bezieht sich auf die fdk, die ab Januar 1950 erschien.

erst 100 Firmen besucht worden, von denen 60 mit Erfolg bearbeitet wurden. Es besteht die Möglichkeit, im Laufe von zwei Jahren 1 000 Firmen zu besuchen und damit die Mittel zu bekommen, die einen ausreichenden Etat sicherstellen. Um die Weiterarbeit erfolgreich zu gestalten, muß eine Europäische Forschungs- und Wirtschaftsgesellschaft gegründet werden als völlig neutrales Organ. Der Informationsdienst muß so ausgebaut werden, daß er konkurrenzfähig ist. In dieser Richtung ist man beträchtlich vorwärts gekommen, jedoch reicht das bisher von der Fraktion zur Verfügung gestellte Material noch nicht aus. Hinweis auf den Informationsdienst Dr. *Erhards* „Das Wirtschaftsbild"[7] und den „Platow-Dienst"[8] in Hamburg. Auszubauen ist auch noch die Großwerbung von Anzeigen für die Parteiorgane. Von entscheidender Bedeutung ist die Konzernwerbung (Beispiele: Wintershall mit Werken in Hessen und Niedersachsen, VDM mit Werken in Hessen, Württemberg-Baden und Bayern). Dr. *Weisner* muß die Möglichkeit erhalten, die Konzernwerbung im ganzen Bundesgebiet zu betreiben. Die Landesverbände werden im Verhältnis der in ihrem Gebiete liegenden Werke beteiligt.

EULER ist der Meinung, daß ein Parteitag im Augenblick sinnlos wäre. Der richtige Zeitpunkt sei das Frühjahr, unmittelbar vor Beginn der Wahlkämpfe. Als Tagungsort schlägt er Kassel vor. Einstweilen müsse *Blücher* satzungsgemäß Vorsitzender der Partei bleiben.

MIDDELHAUVE hält den Vorsitz *Blüchers* ebenfalls für selbstverständlich. Er ist ebenfalls für die Durchführung eines Parteitags im Frühjahr, regt aber an, den Hauptausschuß sehr zeitig einzuberufen zur Stellungnahme über Geschehenes und zu Erwartendes. Er macht den Vorschlag, im Januar den Hauptausschuß, im März den Parteitag einzuberufen. Als Tagungsort regt er eine Stadt in Nordrhein-Westfalen an, weil dieser Landesverband dringend einer Stärkung durch die Gesamtpartei bedarf.

BEZOLD tritt dem Vorschlag, den Hauptausschuß rasch einzuberufen, bei. Die Unruhe unter den Landesverbänden und ihren Mitgliedern müsse gebannt werden.

BLÜCHER setzt sich ebenfalls dafür ein, daß der Parteitag in Nordrhein-Westfalen abgehalten wird. Die rasche Einberufung des Zentralausschusses wird auch von ihm [für] richtig gehalten, weil die zwischen Partei und Fraktion herrschende Personalunion nicht geeignet ist, die Unruhe über gewisse Dinge zu beschwichtigen. Auf seinen Vorschlag wird beschlossen, den Hauptausschuß im Januar und den Parteitag am ersten oder zweiten Sonntag im März abzuhalten. Bezüglich des Tagungsortes sprechen sich Dr. HAUSSMANN und Dr. OEL-

---

7 „Das Wirtschaftsbild" war eine Gründung (Sommer 1949) des Generalsekretärs der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft, Bruno *Dörpinghaus*. Später war Ludwig *Erhard* Mitherausgeber, zeitweise auch Alleinherausgeber. Über seine Beteiligung an der Gründung ist nichts bekannt. Mdl. Auskunft von Dr. Volkhard Laitenberger, Ludwig-Erhard-Archiv, vom 9./7. 1987. Dazu auch CDU-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE, 1986, S. 9.

8 Den Informationsdienst „Platow-Briefe" gab der Hamburger Wirtschaftsjournalist Robert *Platow* heraus. Durch ein gut aufgebautes Informationsnetz in der Frankfurter bizonalen Verwaltung und danach in den Bonner Ministerien enthielten die „Platow-Briefe" eine Fülle vertraulicher Informationen mit einer Schwerpunktbildung im wirtschaftlichen Bereich.

LERS aus politischen Gründen für Nordrhein-Westfalen aus. Dr. GLAESSER regt an, Berlin zu wählen. Berlin muß aber aus technischen Gründen ausscheiden. Es wird daher weiter beschlossen, den Parteitag in Nordrhein-Westfalen abzuhalten.[9]

EULER regt eine Presseverlautbarung an, daß *Blücher* den Vorsitz der Partei übernommen habe. MIDDELHAUVE und OELLERS unterstützen diese Anregung, die damit beschlossen wird.

BLEEK wünscht eine Aussprache über die finanzielle Lage. Im Rahmen dieser Aussprache trägt BEZOLD den Wunsch des Reichsbeirats der Jungdemokraten vor, zur Finanzierung seiner Tagungen, vor allem der Fahrtkosten für 24 Leute, die alle zwei bis drei Monate zusammenkommen wollen, einen Zuschuß der Gesamtpartei zu erhalten. Dies würde pro Monat 1 000 DM erfordern. Der Wunsch wird auf bessere Zeiten vorgemerkt.

SCHÄFER befürchtet, daß die Mittelaufbringung über den „Informationsdienst" die Landesverbände veranlassen könne, in ihren eigenen Anstrengungen nachzulassen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß die Gesamtpartei alle Mittel bereitstelle. Die Grundlage muß die Beitragswerbung durch Mitglieder bilden. Der Kampf gegen die bürgerliche Schwäche, Beiträge zu entrichten, muß ernsthaft geführt werden. Ferner muß die innere Verbindung zwischen Parteivorsitzenden und Mitgliedern in den Kreisverbänden geschaffen werden. Die Mitgliedergruppen und Organisationen sind sehr locker. Sie kommen nur zu Versammlungen zusammen, es besteht aber keine innere Verbindung. Das Gefühl einer Gesinnungsgemeinschaft ist bisher nicht erweckt worden. Dies liegt zum Teil an der langweiligen und nüchternen Form der Parteiarbeit. Man muß der Sache einen Charakter und [ein] Symbol geben, z. B. durch feierliche Form der Mitgliedsaufnahme, evtl. durch Schaffung eines Parteiabzeichens, Bedeutung der Geselligkeit zum Zusammenfinden. Dies [ist] wichtiger als Redetagungen. Dann werden sich auch finanzielle Fragen leichter lösen lassen.

BLÜCHER weist auf ausgezeichnete Entwürfe für ein Abzeichen der Liberalen Union hin, unterstützt die Anregungen *Schäfers* und bittet, Vorschläge zu unterbreiten.

BLEEK erklärt, das Amt eines Schatzmeisters nur ausüben zu können, wenn seiner Aufgabe auch ein materieller Inhalt gegeben werde. Die Finanzgebarung muß zentral geregelt werden. Der von Ernst *Mayer* mit 10 000 DM angegebene Mindestetat für die Parteizentrale sei zu gering. Es müssen nach seiner Meinung 15 000 DM sein. Dies sei auf die Dauer auch zu erreichen. Notwendig sei, einen Fond zu schaffen, aus dem nicht nur die Kosten eines Büros der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung, sondern auch der Finanzausgleich für leistungsschwache Landesverbände gedeckt werden könne. Er ist der Meinung, daß ein Monatsaufkommen von 80 bis 100 000 DM notwendig ist. Die Finanzierung der Landesverbände muß zuerst durchgeführt werden. Deshalb [ist] zu beschließen, daß die Landesverbände verpflichtet sind, Herrn Dr. *Weisner* ungehindert arbeiten zu lassen und sich den Beschlüssen des Gesamt-

9 Der Parteitag fand vom 28. 4.–1. 5. 1950 in Düsseldorf statt. Vgl. hierzu Nr. 7.

vorstands hinsichtlich der Aufkommensverwendung zu unterwerfen. BLÜCHER stellt diesen Antrag zur Diskussion und bittet um Überprüfung und Entlastung hinsichtlich des von ihm verwalteten Wahlfonds. Insgesamt habe er 429 200,75 DM eingenommen, davon habe er 37 500 DM für die Organisation der Zentrale abgezweigt, von welchem Betrag 25 000 DM für den Hauskauf vorgesehen seien.

MIDDELHAUVE bewertet die Vorschläge Dr. *Schäfers* positiv. Bezüglich der Finanzierung sei zu bedenken, daß die Beiträge bei den Kreisverbänden hängen bleiben. Ein Teil der Landesverbände könne sich mit Erfolg selber helfen. Nordrhein-Westfalen sollte bei seiner Finanzaufbringung möglichst wenig gestört werden. Er macht daher den Gegenvorschlag, die Landesverbände zu verpflichten, einen angemessenen Anteil ihrer Einkünfte der Gesamtpartei zur Verfügung zu stellen und nur dann, wenn sie sich selbst nicht finanzieren können, eine Finanzwerbung durch die Gesamtpartei vorzunehmen. Bezüglich des Etats der Gesamtpartei seien noch nähere Angaben nötig, wie er sich errechne.

EULER: Die Erfolge Dr. *Weisners* in Hessen können auch in anderen Landesverbänden erzielt werden. Er muß sich auf die Firmen beschränken, bei denen viel zu holen ist. Vereinbarungen zwischen Gesamtpartei und Landesverbänden sind notwendig. Voraussetzung für den Erfolg ist aber ein enges Zusammenarbeiten zwischen Dr. *Weisner* und den Landesverbänden. Deshalb dürfen auch keine Firmen vorbehalten werden. Von allen beim Landesverband eingehenden Geldern muß ein bestimmter Betrag schlüsselmäßig abgeführt werden. Solange Wahlkampfschulden vorhanden sind, muß der Schlüssel ein anderer sein. Die vereinbarten Zahlungsverpflichtungen müssen streng eingehalten werden. Die Zentrale muß das Recht haben, die Buchführung und das Rechnungswesen der Landesverbände daraufhin zu überprüfen.

BLÜCHER bittet, bei solchen Vereinbarungen die Notwendigkeit eines innerparteilichen Finanzausgleiches von vornherein zu berücksichtigen.

Dr. HAUSSMANN stimmt ebenfalls den Ausführungen von *Schäfer* zu, aber die Organisationsarbeit hängt mit der politischen Arbeit eng zusammen. Der Antrag *Bleek* sei satzungsgemäß nicht durchführbar. Der Vorstand sei nicht berechtigt, so zu beschließen. Es sei nötig, auf raschestem Weg die Schulden zu beseitigen, das Ansehen der Partei stehe sonst in Gefahr. Auch ohne einen förmlichen Beschluß müßten die Landesverbände einsehen, was für sie von Vorteil ist. Dabei müßten Überschneidungen vermieden werden.

BLÜCHER bittet, wenigstens eine Umlage zugunsten der Gesamtpartei zu beschließen.

ENTHOLT erhebt ebenfalls satzungsmäßige Bedenken gegen den Antrag *Bleek*. Der Landesverband Bremen habe bereits alle industriellen Firmen zur Finanzierung des Wahlkampfes angegangen. Nach Abdeckung der Schulden des Landesverbandes sei dieser bereit, nach Maß seiner Kräfte der Gesamtpartei einen entsprechenden Anteil abzugeben.

BEZOLD weist ebenfalls auf Satzungswidrigkeit des Antrags *Bleek* hin. Die Bereitwilligkeit, der Partei zu helfen, ist da, aber niemand ist legitimiert, Be-

schlüsse zu fassen, die die Landesverbände finanziell binden. Es könne sich nur darum handeln, daß eine Anregung an die Landesverbände beschlossen wird.

BLEEK widerspricht allen diesen Bedenken. Die Gesamtpartei könne man nicht von Matrikularbeiträgen abhängig machen. Um eine Umlage sei nicht herumzukommen. Es sei für ihn eine Kabinettsfrage, ob die Landesverbände 50 % ihrer Einkünfte zur Verfügung stellen. Die Argumentation der Gegner seines Antrags sei falsch. Der Ertrag der Arbeit Dr. *Weisners* stehe der Gesamtpartei zu, und die Gesamtpartei verzichte auf die Hälfte des Aufkommens. Der Vorstand sei satzungsgemäß in der Lage, einen solchen Beschluß zu führen.

Ernst MAYER bittet, keinen Beschluß zu fassen, der von den Landesverbänden nicht gehalten wird. Er glaubt, daß eine Einigung mit den einzelnen Landesverbänden zu erzielen sei. Es gehe aber nicht an, daß zuerst die Schulden der Landesverbände bezahlt werden und dann nach Maßgabe des Könnens an die Gesamtpartei. Dr. *Weisner* muß im ganzen Bundesgebiet arbeiten können, im Interesse der Landesverbände und der Gesamtpartei.

BLÜCHER schlägt wegen der vorgerückten Zeit vor, sich beim Zusammensein mit Dr. *Heuss* noch weiter zu unterhalten und eine Einigung zu erreichen zu suchen, und schließt die Sitzung gegen 20.00 Uhr.

[19. 11.]

[FRAUENARBEIT IN DER FDP]

BLÜCHER eröffnet die Beratungen [um] 9.45 Uhr nach Begrüßung des Parteifreundes *Ecken,* Vorsitzender der Demokratischen Partei des Saarlandes, als Gast und erteilt das Wort zunächst an

Frau KATZ, die lebhaft bedauert, daß in der Fraktion nur zwei Frauen vertreten sind[10], die nicht einmal aus Initiative der Partei in den Bundestag eingetreten sind. Es ist ein Frauenbeirat gegründet worden, in den jeder Landesverband eine Frau entsendet. Er soll die Arbeit der Frauen in der Partei aktivieren, Vorschläge für die Parteiarbeit und Anträge für die parlamentarische Arbeit übermitteln. Der Frauenbeirat möchte dreimal im Jahre zusammenkommen und erbittet, einen monatlichen Beitrag von 400 DM zur Finanzierung dieser Zusammenkünfte und der Bürounkosten zur Verfügung zu stellen. Das Ziel müsse sein, künftig drei bis vier Frauen in den Bundestag zu entsenden. Sie regt an, statutenmäßige Sicherungen in die Satzung einzubauen, daß die Versprechungen der Partei in Zukunft auch gehalten werden.

BLÜCHER weist darauf hin, daß die Landesverbandsvorsitzenden sich bei der Kandidatenaufstellung nicht haben durchsetzen können. Dies hängt auch mit der Vorstellung der Persönlichkeitswahl zusammen. Er persönlich hat sich dafür eingesetzt, daß Frauen aufgestellt werden sollten, aber die Frauen sind in den Parteiversammlungen oft zahlenmäßig nur schwach vertreten und verschwinden immer wieder aus dem Blickfeld des politischen Lebens. [Er] hält eine ausreichende Frauenvertretung im Parlament für absolut notwendig und

10 Margarete *Hütter* und Herta *Ilk.*

bedauert ebenfalls, daß die Fraktion nur zwei Frauen aufweise. Was die Finanzierungswünsche des Frauenbeirats anlangt, so hält er diese für solange für unmöglich, als für die Gesamtpartei ein Mindestetat nicht gesichert ist. Die Bedürfnisse der Frauen und der Jugend müssen paritätisch geregelt werden, sobald hierfür die Mittel da sind.

MIDDELHAUVE unterstreicht die Ausführungen *Blüchers.* Eine satzungsmäßige Festlegung der Zahl der Frauen-Abgeordneten ist unmöglich; andererseits muß die Partei aber die große Tradition der demokratischen Frauen hochhalten und der Frauenarbeit weiterhelfen. Die Gesamtpartei kann den Landesverbänden nur Empfehlungen geben, daß diese die Frauenarbeit finanziell unterstützen. Er regt Patenschaften an und erklärt sich für seinen Landesverband bereit, solche Patenschaften für die Frauen von Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein zu übernehmen.

BLÜCHER hat gegen diesen Vorschlag Bedenken; [er] hielte es für günstiger, wenn [der] Frauenbeirat einen festen monatlichen Betrag zur Verfügung bekäme.

Frau KATZ dankt für das Verständnis, ist aber von dem Ergebnis nicht ganz befriedigt. Sie bittet, wenigstens für die Tagungen im Januar und März 1950 Unkostenbeiträge zur Verfügung zu stellen.

BLÜCHER verspricht, für beide Tagungen je 500 DM zu geben. Gegen seinen Vorschlag, die Porto- und Telefonspesen durch die Fraktion zu übernehmen, wendet sich KÜHN, da die Fraktion z. Zt. nicht über genügend Mittel verfüge. Die monatliche Abgabe der Abgeordneten in Höhe von 50 DM erweise sich als zu gering. Künftig müßten wohl 100 DM gefordert werden.

BEZOLD erinnert in diesem Zusammenhang an die Wünsche der Jungdemokraten und bittet, diese auch zu bedenken. Dies ruft Ernst MAYER auf den Plan, der sich energisch dagegen wendet, die geringen Mittel unter der Hand schon zu verteilen. Es solle weniger geredet und mehr gearbeitet werden. Erst wenn laufende Mittel eingehen, können auch Sonderwünsche befriedigt werden. Demgegenüber betont BLÜCHER, daß die Partei den Frauen gegenüber tatsächlich etwas gutzumachen habe. Wenn die Frauen sich aktivieren könnten, dann könnte die Fraktion statt 52 80 Mandate haben. Eine große Chance liege in der Frauenarbeit, weil die Frauen im allgemeinen nicht so negativ eingestellt sind wie andere.

BLEEK bittet, die Debatte abzubrechen, denn mit den vorhandenen kleinen Mitteln könne nichts erreicht werden. Er kommt in diesem Zusammenhang auf seinen gestrigen Vorschlag zurück.

MENDE stellt den Antrag, den Jungdemokraten für ihre Zusammenkünfte alle zwei bis drei Monate dadurch die Mittel zur Verfügung zu stellen, daß die Fraktion die Patenschaft übernimmt und für Unterbringung der Jugendvertreter in Privatquartieren sorgt. Er weist darauf hin, daß die Jugendlichen nicht im Verdienst stehen und deshalb eine paritätische Behandlung nicht gerechtfertigt sei.

BLÜCHER weist noch auf den soziologischen Wandel der Bedeutung der Frau hin. Durch ihre Unterstützung könne man lebensnah werden, insbesondere im Hinblick auf die notwendigen Änderungen des bürgerlichen Gesetz[buches]. Das Jugendproblem sei ein anderes. Die Jugend erstrebe einen Stilwandel des Parlamentarismus. Auch um sie müsse man sich kümmern, wenn die Wahlbeteiligung nicht weiter absinken solle. Er bittet aber, die Debatte abzubrechen. Der Antrag *Mendes* wird abgelehnt.

[BERICHT DER KABINETTSMITGLIEDER ÜBER DIE POLITISCHE LAGE UND DIE BISHERIGE REGIERUNGSARBEIT]

Zur Tagesordnung übergehend führt BLÜCHER aus: Die Wahlarbeit sei in den meisten Landesverbänden mit größter Anstrengung geführt worden. Die Arbeit habe sich gelohnt. Bester Erfolg sei in Bayern und Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Der Wahlkampf sei geführt worden mit dem Ziel, eine Regierung und eine Parlamentsmehrheit zu haben, die ermögliche, Deutschland vor dem Abgleiten in den Kommunismus zu bewahren. Die Freude über das Wahlergebnis sei nicht 100 %ig gewesen. Es zwinge uns zu Kompromissen. Das Ziel einer Regierung ohne sozialistischen Weg sei nur durch Übernahme der Mitverantwortung zu erreichen gewesen. Dabei tauche gleich das Problem Deutsche Partei auf. Er habe ohne Auftrag, um die Initiative nicht ganz zu verlieren, mit dem Vorstand der Deutschen Partei verhandelt[11], und es seien ihm dabei die geschichtlichen Parallelen der Jahre 1927 und 1930 vor Augen gestanden. 1927 habe *Spiecker* den Reichskanzler *Marx* behindert und 1930 habe der Egoismus der Parteien die Bildung einer Regierung der gemäßigten Parteien verhindert.[12] In beiden Vorgängen sehe er einen der Gründe für das Aufkommen des Nationalsozialismus. Deshalb habe er die DP in die Verantwortung hineinzwingen wollen. Die Sozialdemokratie von heute ist nicht die der Jahre 1928–1933. Wir haben heute eine SPD, die auf dem Weg zum Kommunismus ist, indem sie ohne Rücksicht auf das Schicksal der breiten Verbrauchermassen nur die Erreichung und Durchsetzung ihrer parteiideologischen Punkte verfolgt. Sie versuche, das Geld- und Kapitalwesen in die Hand zu bekommen mit dem Endziel einer totalen Versklavung des Menschen. Darum gehe der Kampf. Das übergeordnete Ziel müsse zu erreichen versucht werden, solange es uns unsere Koalitionspartner gestatten. Die Regierungsbildung sei unter verhängnisvollem Zeichen gestanden: Bochumer Katholikentag, der ein Rückfall in schlechteste politische Übung war, nämlich mit Begriffen zu operieren, hinter denen nichts stehe.[13] Auf ihm wurde gesprochen von voller Be-

11 Beleg in: AUFTAKT, 1985, S. 46.

12 Bezieht sich auf die Koalitionsverhandlungen von Anfang 1927. Neueste Darstellung des Ablaufes – allerdings ohne Erwähnung der Rolle *Spieckers* – in: Ulrich VON HEHL, Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987, S. 395-399. Die Bemerkung bzgl. 1930 spielt wohl auf die Vorgänge bei der Bildung der Regierung Brüning an. Neueste umfassende Darstellung in: Gerhard SCHULZ, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin-New York 1987, S. 451–493.

13 Der Bochumer Katholikentag fand vom 31. 8. bis 4. 9. 1949 statt. In seiner Resolution hieß es u. a.: „Die gegenwärtige Eigentumsverteilung widerspricht der sozialen Gerechtigkeit und ge-

schäftigung mit dem Hintergedanken, daß es nicht notwendig sei, was gearbeitet werde, sondern nur daß gearbeitet werde. Er bezeichnet diesen Katholikentag als den Beweis dafür, daß in der deutschen Politik noch immer die Unsachlichkeit vor der Sachlichkeit steht. Es sei ein Übermaß an Verantwortung für Fraktion und Partei notwendig. Es müssen konstruktive Vorschläge gemacht werden. Mit einem bloßen Nein könne man sich nicht durchsetzen. Die Frage der Mitbestimmung[14] könne die Koalition sprengen. Das Schlagwort Sozialisierung müsse erst geklärt werden. Durch Zerschlagen von Eigentum kann man nicht sozialisieren.

Blücher wendet sich dann zu der Frage, ob es richtig sei, daß die Fraktion in der Personalpolitik umgefallen sei.[15] Er verweist auf das Beamtengesetz Nr. 15[16] und die Tatsache der Überbesetzung der Ministerien in den nächsten Jahren. Die Ministerien haben noch keinen ausreichenden Unterbau, keine Räume und kein Personal. Durch die Schlangenbader Beschlüsse[17] wird sich diese Situation fortsetzen. Die tiefe Unzufriedenheit mit der parlamentarischen Arbeit ist objektiv gerechtfertigt. Drei Rednergarnituren zur Regierungserklärung können den Parlamentarismus nur lächerlich machen. Ein großer Teil der Abgeordneten hat noch keine parlamentarische Erfahrung. Deshalb werde auch im Parlament nicht frei gesprochen, sondern Manuskripte verlesen. Die Redezeiten seien zu lang. Die Debatten im Bundestag behindern die Arbeit der Regierung. Die Aktiva der Arbeit gehen unter. Die Presse versagt, indem sie die wirklichen Dinge nicht an die Wähler heranbringe. Die Parteien haben heute andere Funktionen als in der Monarchie. Sie haben die große Aufgabe, den Volkswillen als funktionelle Einrichtung der Demokratie zu bilden.

Zum Streitthema Finanzministerium[18] stellt *Blücher* fest, daß sich die Partei glücklich preisen könne, den Finanzminister nicht stellen zu müssen. Wir stehen vor einem völligen Zusammenbruch unserer Finanzen. Der Bund lebt davon, was die Länder zur Verfügung stellen, da der Kreditrahmen längst ausgeschöpft ist. Der Finanzminister habe erklärt, er könne nur 37 Millionen für die

---

fährdet die Einrichtung des privaten Eigentums überhaupt." Gefordert wurde eine beschränkte Sozialisierung. Zum Verlauf des Katholikentages: GERECHTIGKEIT SCHAFFT FRIEDEN, Der 73. Deutsche Katholikentag vom 31. August bis 3. September 1949 in Bochum, hrsg. vom Generalsekretariat des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Paderborn 1949.

14 Über die Mitbestimmung hatte der Bundestag erstmals am 4. 11. 1949 aufgrund eines Antrages der CDU/CSU-Fraktion vom 19. 10. 1949 diskutiert. Antrag in: BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 1, Drucks. Nr. 117. Debatte in: BT STEN. BER., Bd. 1, S. 352 D–354 D. Abgedruckt in: MONTANMITBESTIMMUNG, 1984, S. 3 ff.

15 Zum geringen Erfolg der FDP bei der Durchsetzung ihrer Personalwünsche beim Aufbau der Bonner Ministerien U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 154–157, 170 f., 175 f. und 266 f.

16 Militärregierungsgesetz Nr. 15 vom Februar 1949. Dazu U. WENGST, Beamtentum, 1988, S. 21–34.

17 Gemeint sind die Empfehlungen des Organisationsausschusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom Juli 1949. Dazu U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 99–106.

18 Die FDP hatte in den Koalitionsverhandlungen die Besetzung des Finanzministeriums mit *Blücher* oder *Höpker Aschoff* gefordert, war hiermit jedoch auf den Widerstand *Adenauers* gestoßen. Vgl. ebd., S. 127 f., und AUFTAKT, 1985, S. XLVIII.

Haushaltshilfe von Berlin geben; es seien aber 85 Millionen nötig.[19] In diesem Augenblick Träger des Nichtkönnens zu sein, wäre verhängnisvoll gewesen. Die Vorfinanzierung der Soforthilfe[20] mit 120 Millionen Mark könne nur auf Kosten anderer Projekte verwirklicht werden. Die Aufhebung der Gehaltskürzungen von Beamten bedeutet 300 Millionen [DM] Jahresbedarf.[21] *Blücher* glaubt, daß der Finanzminister zu der Ansicht komme, daß das Grundgesetz in finanztechnischer Hinsicht zusammenbricht.

Was die Außenpolitik anlangt, so habe der Bundeskanzler keine rechte Vorstellung von den Notwendigkeiten ihrer Vorbereitung. Er habe bisher nicht den notwendigen Unterbau geschaffen, der eine Rechtsabteilung und eine Konsularabteilung sowie eine Personalabteilung erfordert.[22] Für diese Abteilungen sei mehr als genug Arbeit vorhanden. In spätestens drei Monaten werde die Außenpolitik auf manchen Gebieten anlaufen. Wirtschafts- und konsularische Vertretungen müssen eingerichtet werden. Beispiel: Belgien mit der Maas-Rhein-Verbindung.[23] Es sei durchaus nicht ausreichend, mit diesen Fragen das Wirtschaftsministerium zu befassen. Ein zweiter Gefahrenpunkt sei dadurch gegeben, daß das Bundesgebiet von einem Netz von feindlichen Aufklärungsagenten überzogen sei.

Der dringendste Verhandlungsgegenstand sei die Regelung der Altschulden, damit neue Kredite anlaufen können. Die Industrie sollte auf Kredite aus dem Ausland abgelenkt werden. Die Liberalisierung des Handels ist als Einzelmaßnahme untragbar. Sie muß eine Wettbewerbsordnung herstellen, die auch ihren Einfluß auf die Kaufkraft des Volkes hat. Die Zollschranken müssen eingerissen werden.

Ohne nachhaltige Hilfe für die Vertriebenen sei es nicht möglich, politisch über das nächste Jahr hinwegzukommen. Wir stehen jetzt vor dem endgültigen Anspruch dieser Menschen auf Arbeit und menschenwürdige Unterbringung. Wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, siegt Moskau. Bei den Pariser Besprechungen[24] habe er auf das Vertriebenenproblem hingewiesen. Ebenso werde er evtl. in Washington[25] darauf hinweisen, daß die Grundprobleme in Deutschland gelöst werden müssen.

---

19 Vgl. die Ausführungen *Schäffers* vor dem Bundestag am 2. 12. 1949, BT STEN. BER., Bd. 1, S. 587 D.

20 Vgl. hierzu den Bericht des Hauptamtes für Soforthilfe von Anfang November 1949, abgedruckt in: AdG 1948/49, S. 2126 K. Zur Soforthilfe allgemein R. SCHILLINGER, 1985, S. 135–146.

21 Zur Debatte über die Aufhebung der noch aus der Brüning-Zeit herrührenden Gehaltskürzung der Beamten in diesen Tagen vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1949, 1982, S. 187 f.

22 Zu den organisatorischen und personellen Anfängen des außenpolitischen Apparates der Bundesregierung U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 183–189.

23 Über den Ausbau des Rhein-Maaskanals beriet am 3. 2. 1950 das Kabinett. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 182.

24 Bezieht sich auf die Tagung des Rates der OEEC in Paris vom 31. 10. bis 2. 11. 1949, auf der die Bundesrepublik erstmals durch Minister *Blücher* vertreten war. AdG 1948/49, S. 2118 B.

25 *Blücher* reiste im Februar 1950 in die USA. AdG 1950, S. 2258 f.

Von der Regierung sei beabsichtigt, die Subventionen einzustellen und das Lohnproblem durch Erhöhung der Löhne zu lösen. Die gesetzgeberische Arbeit von 1950 wird so umfassend sein wie die von sechs bis sieben Friedensjahren. Die Wiedererlangung der Souveränität des deutschen Geldwesens ist eine der wichtigsten Aufgaben.[26] Das Problem Deutsche Bundesbahn ist zu lösen.[27] Große Auseinandersetzungen über das Betriebsrätegesetz und das Mitbestimmungsrecht, eine Bundeswirtschaftskammer und die Eigentumsverhältnisse an der Ruhr sind zu erwarten. Die Partei muß dabei mitarbeiten.

Auf die Fragen der Außenpolitik könne er im Augenblick nicht näher eingehen. Erfolg in der Frage der Demontagen.[28] Der Schiffsbau werde noch keine befriedigende Lösung erfahren.[29] Unsere Aufgabe sei mitzuhelfen, daß Europa zusammenkommt als ein Bollwerk gegen Rußland. Dafür müsse man auch etwas Positives tun und im entscheidenden Moment diese Mitarbeit für die Sicherheit der Welt herausstellen. Nur so haben wir die Möglichkeit, unsere Meinung zu äußern und dadurch später manches zu revidieren. Die Lage im Innern, gekennzeichnet durch viele soziale Probleme, könne nur durch ausländische Hilfe erleichtert werden. Steuersenkungsmaßnahmen sollen die Kapitalbildung ermöglichen.

WILDERMUTH weist auf den Grundfehler der Debatte über die Regierungserklärung hin, daß die meisten Redner das sagten, was sie schon lange über dieses Thema sagen wollten. Es sei Aufgabe der Partei, das Denken in der gestellten Aufgabe in die Bevölkerung zu bringen. Ein Drittel des Volkes sei verzweifelt. Das Leben zwischen Ost und West könne bei den geringsten Veränderungen zu Erschütterungen führen. Eindruck, daß das Kabinett arbeiten kann und wird. Die räumlichen Unzulänglichkeiten der Ministerien behindern personelle Besetzung. Nur überqualifizierte Kräfte können eingesetzt werden. Als Kernstück der Regierungsarbeit bezeichnet *Wildermuth* den Wohnungsbau, der immer ein soziales Problem gewesen sei. Die Lösung der Aufgabe fange mit der Finanzierung an.[30] Es sei im Wohnungsbau mehr geleistet worden als man glaube: 1949 200 000 Wohnungen im Bundesgebiet. In den besten Jahren der Weimarer Republik wurden etwa 330 000 Wohnungen erstellt, davon nur 180 000 auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Die Kapazitätsgrenze liege bei 300 000 Wohnungen. Hierfür könnten 166 000 mit öffentlichen Mit-

---

26 Die Bank deutscher Länder stand bis 1951 unter der Kontrolle einer alliierten Bankenkommission, die gegenüber allen Beschlüssen der Bank ein Vetorecht besaß. Eckhard WANDEL, Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948, Frankfurt/M. 1980, S. 81.

27 Art. 87 Abs. 1 GG legt fest, daß die Bundeseisenbahnen Gegenstand der Bundesverwaltung sind. Nach Art. 134 Abs. 1 GG wird Vermögen des Reiches grundsätzlich zum Bundesvermögen; der Übergang bedurfte nach Abs. 4 allerdings einer gesetzlichen Maßnahme. In Ausführung dieser Bestimmungen war ein Bundesgesetz erforderlich, das am 13. 12. 1951 erlassen wurde. BGBl. I 1951, S. 955.

28 Nach dem Petersberger Abkommen vom 22. 11. 1949 nahm die Alliierte Hohe Kommission eine Reihe von Industriebetrieben von der Demontageliste. Vgl. SICHERHEIT, 1985, S. 89 f.

29 Vgl. ebd. S. 88 f.

30 Vgl. zum folgenden die Diskussion im Kabinett am 22. 11. 1949: KABINETTSPROTOKOLLE 1949, 1982, S. 212 ff.

teln finanziert werden. Er beabsichtige, im Jahre 1950 auf 250 000 Wohnungen zu kommen, wofür 2,3 Milliarden [DM] Investitionen notwendig seien. Von dieser Summe sind 1,6 bis 1,7 Milliarden vorhanden. 610–670 Millionen können aus halböffentlichen Institutionen, etwa 400 Millionen aus Eigenmitteln, 300 Millionen aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Es entstehe so eine Lücke von 600–800 Millionen. Die Länderhaushalte können nur begrenzt helfen. Aus dem Counterpartfunds seien 250 Millionen zu erwarten. Das Anwachsen privater Anleihen könne als weitere Hilfe in Rechnung gestellt werden. Auslandsanleihen seien nicht möglich, da der Wohnungsbau keinen Zinsendienst an Devisen liefere. Es soll versucht werden, die Lücke durch Stärkung der Spartätigkeit, durch Steuersenkung und durch Hinlenkung von Mitteln in den Wohnungsbau zu schließen. Die künftigen Sparbeträge könne man mit Hilfe der Banken vorfinanzieren. Im Notfalle könne man bei den Notenbanken Gelder aufnehmen, ohne die DM zu gefährden. Ein Wohnungsbauförderungsgesetz sei in Vorbereitung.[31] Über die Art des Wiederaufbaus der zerstörten Städte werde z. Zt. nicht gesprochen. Auch diese Aufgabe sei notwendig. Die Zwangswirtschaft muß gelockert werden. Es darf nicht wieder notleidende Neubaubesitzer geben. Der Zinsfuß und die Baukosten müssen heruntergedrückt werden.

Die Arbeit der Regierung werde erschwert durch die Taktik des Bundestages. Nach kaum 8–14 Tagen Anlaufzeit fanden schon wieder Sitzungen statt. Gleichzeitig werde aber praktische Arbeit von den Ministerien verlangt. Die Presse sollte die Lage nüchterner beurteilen. Trotz der Unzulänglichkeiten der Situation sind doch beachtliche Leistungen zu verzeichnen. Böswillige und diskriminelle Artikel seien besonders auch in der Diätenfrage erschienen.[32] Das Parlament müsse seine Abgeordneten wirtschaftlich unabhängig machen.

DEHLER verwahrt sich gegen den Vorwurf der Sozialdemokraten, daß das Kabinett nicht arbeiten könne. Es sei auch kein katholisches Kabinett. Auf dieses habe *Pferdmenges* keinen Einfluß. Er sei nur als Sachverständiger herangezogen worden. Die Exekutive liege bei der Regierung. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten habe seine Befugnisse weit überschritten. Eine große Gefahr liege auch im Bundesrat. Seine Zuständigkeiten sind übersetzt. Vorlagen müssen zunächst auch an ihn gehen. Vielleicht sei eine Änderung des Grundgesetzes notwendig. Die Koalition stehe und habe sich bewährt. Die Bayernpartei habe sich günstig entwickelt. Spannungen seien vorhanden zwischen *Erhard* und *Niklas*. *Schumacher* habe seine Engstirnigkeit bewiesen. Mit dieser Sozialdemokratie könne man nicht paktieren. Bezüglich der Fraktion glaube er, daß man mit ihr arbeiten könne. Schon zu Beginn des nächsten Jahres könne das Kabinett positive Leistungen vorzeigen. Er teile die optimistische Auffassung *Wildermuths* hinsichtlich der positiven Leistungsmöglichkeiten der Regierung.

Mit dem Hinweis BLÜCHERS darauf, daß die Regierung nicht daran denke, sich als Parteienausschuß zu fühlen, sondern eine wirkliche Regierung zu repräsen-

31 Das erste Wohnungsbaugesetz wurde am 24. 4. 1950 erlassen. BGBl. I 1950, S. 83.
32 Übersicht über die Höhe der Diäten in: DATENHANDBUCH, 1983, S. 981.

tieren, und der Notwendigkeit, daß Spannungen zwischen Parteien und Regierung bestehen, werden diese Berichte abgeschlossen.

[VERSCHIEDENES]

In der Nachmittagssitzung kommt BLÜCHER zunächst auf die Anregung *Schwennickes* zu sprechen, in Zeitkürze eine Vorstandssitzung in Berlin abzuhalten. Dr. HAUSSMANN macht auf die dabei entstehenden Kosten aufmerksam. Dr. WEISNER erklärt sich bereit, die Mittel für diese Kosten zu beschaffen, wenn ihm die Konzernwerbung genehmigt werde. Schließlich einigt man sich auf Vorschlag *Blüchers* dahin, diese Frage im Vorstand abzuklären.

Die Aussprache wendet sich dann den Vorgängen in Bremen und Hamburg zu. BLÜCHER vertritt die These, daß eine gewisse Homogenität zwischen unserem Verhalten in den Ländern und im Bunde gewährleistet bleiben müsse. In diesem Zusammenhang müsse einmal unsere Haltung gegenüber der Sozialdemokratie klar umrissen werden. Sie richtet sich nicht gegen deren einzelne Mitglieder. Als Demokraten achten wir die persönliche Meinung des einzelnen hoch. Etwas anders ist aber unsere Einstellung gegenüber der von der SPD vertretenen Idee. Dort wird nicht nur Parteidisziplin gefordert, sondern das Individuum wird niedergehalten. Die SPD strebt nach der Errichtung eines neuen autokratischen Regimes und setzt sich damit in schwersten Gegensatz zu uns. Es kommt ihr nicht im wesentlichen auf die absolute Freiheit des einzelnen, gewährleistet durch ausreichende materielle und moralische Sicherheit an, sondern auf die Durchsetzung bestimmter Ideologien und Doktrinen. Wir sind auch bereit, Sozialpolitik zu machen, lehnen aber den neuen Weg zum autoritären Staat und die dadurch bedingte Unfreiheit des einzelnen ab. Wir lehnen ab, die Grundlagen einer echten Sozialpolitik kaputt zu machen. In den letzten zwei Monaten hat die SPD bewiesen, daß sie vaterländische Bestrebungen aufgibt um der Opposition willen. Die Bremer Fraktion sei nur allzu bereit gewesen, sich der SPD zu unterwerfen.

[LANDESVERBAND BREMEN]

MEINEKE und ENTHOLT erklären nunmehr die Lage in Bremen, wo sich zwischen Partei und Fraktion Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Erweiterung der Koalition durch die CDU ergeben haben. Bei der Bürgerschaftswahl[33] wurden von der SPD 46 Sitze errungen, von der KPD 10, CDU 24, BDV 15, FDP-Grabau 2, Deutsche Partei 3. Bei den Koalitionsverhandlungen sei eine Senatsbeteiligung im Verhältnis 3:3:6 = BDV:CDU:SPD als Grundlage angesehen worden. Nach dem Ausscheiden der CDU aus den Verhandlungen wurde der Senat mit 7:6 = SPD:BDV-Mitgliedern gebildet.[34] Inzwischen ist ein BDV-Senator gestorben.[35] Die Bundestagswahlen haben folgende pro-

33 Am 12. 10. 1947. Wahlergebnis in: H. POTTHOFF/R. WENZEL, 1983, S. 334.
34 Regierungsbildung abgeschlossen am 22. 1. 1948, Vereidigung am 25. 2. 1948, ebd., S. 52.
35 Der Senator für Ernährung und Landwirtschaft, Erhard *Heldmann*, am 14. 9. 1949, A. C. STORBECK, 1970, S. 172.

zentualen Stimmen ergeben: SPD 34 %, DP 24 %, CDU 20 %, BDV 12 %.[36] Die alte Koalition verfügt also nur noch über 46 % der abgegebenen Stimmen. Die DP betreibt eine Auflösung der Bürgerschaft, was nur über ein Volksbegehren möglich ist. Daher wird eine Verbreiterung der Koalition durch die CDU angestrebt. Die Lage der BDV in Bremen sei durch ihre Zustimmung zum Schulgesetz trotz erreichter Verbesserungen bestimmt.[37] Es ist dadurch der Eindruck einer engen Bindung an die SPD entstanden. Darauf ist die Niederlage bei der Bundestagswahl mit zurückzuführen. Trotz der günstigen Situation habe sich die Fraktion nicht stark genug gemacht, im Verhältnis 6:6 die Regierung umzubilden. Die Fortsetzung der bisherigen Politik bringe den Erfolg der Bürgerschaftswahl 1951 in Gefahr.

In der lebhaften Aussprache meint EULER, daß die Koalition mit der SPD falsch war und man den ersten schicklichen Anlaß ergreifen müsse, aus der Koalition auszutreten. Er schlägt vor, ein bis zwei Vorstandsmitglieder nach Bremen zu schicken, um dort bei der Fraktion die Lage zu klären und sie zum Ausscheiden aus der Koalition zu veranlassen.

Ernst MAYER warnt vor Anwendung des *Euler*schen Verfahrens. Es gehe nicht an, „Reichkommissare" in einen Landesverband zu schicken, am allerwenigsten aber einen Landesverband damit zu beauftragen, was BLÜCHER dahin richtigstellt, daß der Gesamtvorstand um der Homogenität willen Vertreter entsenden solle.

SCHÄFER weist darauf hin, daß die Dinge landschaftlich sehr verschieden sind. Die SPD war zunächst sehr maßvoll, und die Tradition der Liberalen sprach durchaus für eine Politik mit der SPD. Die Zäsur sei mit der Währungsreform eingetreten, weil damit die wirtschaftspolitische Verschiedenheit in den Auffassungen der beiden Parteien sichtbar wurde. Jetzt sei nur noch die Unterscheidung möglich zwischen totalitärer Zielsetzung durch Kollektivierung und liberaler freiheitlicher Auffassung, und deshalb müsse man jetzt eine Klärung anstreben.

Dr. HAUSSMANN ist der Meinung, man dürfe das Stadium des Zusammenwachsens der FDP nicht stören. Der Gesamtvorstand habe gegenüber den Landesverbänden keine satzungsmäßige Handhabe. Hinweis auf die Verhältnisse in Württemberg-Baden, wo ebenfalls eine Koalition mit der SPD besteht, und auf die Zusammenarbeit mit der SPD im Parlamentarischen Rat und in Fragen des Wahlgesetzes. Man dürfe diese Dinge nicht zu prinzipiell behandeln. Auch BEZOLD äußert sich in diesem Sinne.

BLÜCHER betont, daß *Euler* keinen Beschluß angeregt habe, und daß der Gesamtvorstand das Recht haben müsse, die politische Gesamthaltung zu bilden. Er sei bereit, auf der nächsten Vorstandssitzung diese Dinge zur Erörterung zu stellen. Die Abordnung von Vorstandsmitgliedern nach Bremen solle ja auf

---

36 Diese Zahlenangaben sind nicht ganz korrekt. Sie lauteten tatsächlich: SPD = 34,4 %; DP = 18 %; CDU = 16,9 %; BDV = 12,9 %. STATISTISCHE BERICHTE, 1957, S. 6 f.

37 Das Gesetz über das Schulwesen der Freien Hansestadt Bremen war am 31. 3. 1949 mit den Stimmen von SPD, BDV und KPD gegen die Stimmen von CDU und DP angenommen worden. H. ADAMIETZ, 1978, S. 62.

Anregung der dortigen Parteifreunde und mit deren Einwilligung geschehen. Gegenüber *Schäfer* macht er geltend, daß unsere Stellung gegen die SPD nicht [nur] aus wirtschaftspolitischer Verschiedenheit, sondern auch [aus] unserem Kampf um die Freiheit gegeben sei.

ENTHOLT und MEINEKE schließen sich *Blücher* an und bitten um Unterstützung der Gesamtpartei gegenüber ihrer Bürgerschaftsfraktion. OELLERS weist auf den Beschluß der Bundestagsfraktion hin, einen Vertreter von Bremen als Gast in den Fraktionssitzungen zuzulassen. Dieser Beschluß ist nach MEINEKE bisher brieflich nicht mitgeteilt worden. SCHÄFER kann aber mitteilen, daß Bremen ihn bestätigt und *Wenhold* als Teilnehmer an den Fraktionssitzungen vorgeschlagen habe.

[LANDESVERBAND HAMBURG]

RADEMACHER geht nunmehr auf die Hamburger Verhältnisse ein, über die an sämtliche Landesverbände Material versandt worden ist. Man könne nicht von einer Wahlniederlage in Hamburg sprechen.[38] Die Bürgerschaftsfraktion ist von 7 auf 17 Mitglieder gestiegen. Der DP-Vormarsch ist gestoppt.[39] Der Vorstand hat ein eindeutiges Vertrauensvotum bekommen. Die SPD will mit Hilfe des abtrünnigen Herrn *Koch*[40] die FDP erledigen. Die Abspaltung bedeute keine Krise. Er richtet aber die Bitte an *Blücher* und *Dehler,* auf dem Landesparteitag am 21./22. 1. 1950 anwesend zu sein und den Hamburger Vorstand durch eine Erklärung des Gesamtvorstandes zu unterstützen.

OELLERS bestätigt die Ausführungen *Rademachers,* daß es sich nicht um eine Krise der FDP in Hamburg handle, abgesplittert sei nur eine kleine Querulantengruppe. Auch er weist auf Äußerungen *Brauers* hin, der hofft, mit einem ihm gefügigen liberalen Flügel die FDP zu sprengen. Auf Vorschlag *Blüchers* wird folgende Formulierung beschlossen: Der Gesamtvorstand nahm einen Bericht über die Bürgerschaftswahlen in Hamburg entgegen. Er billigt einstimmig die Haltung des Vorstands der Hamburger FDP.

38 Bezieht sich auf die Bürgerschaftswahlen vom 16. 10. 1949. Hierin hatten CDU und FDP auf einer gemeinsamen Liste Vaterstädtischer Bund Hamburg kandidiert und insgesamt 34,5 % der Stimmen erhalten. Gegenüber den Bürgerschaftswahlen vom 13. 10. 1946 bedeutete dies einen Verlust von 10,3 %, gegenüber den Bundestagswahlen vom 14. 8. 1949 ein Verlust von 1 %. STATISTISCHE BERICHTE, 1957, S. 6 f.

39 Die DP hatte in den Bundestagswahlen vom 14. 8. 1949 in Hamburg 13,1 %, in den Bürgerschaftswahlen vom 16. 10. 1949 13,3 % erzielt. Ebd., S. 6 f.

40 Christian *Koch,* 2. Bürgermeister, hatte sich dem Vaterstädtischen Bund nicht angeschlossen und war aus der FDP ausgetreten. Axel SCHILDT/Arnold SYWOTTEK, Die Bürgerschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred ASENDORF, u. a. (Hrsg.), Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft. 125 Jahre gewähltes Parlament, Berlin 1984, S. 115.

[VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES]

Die Diskussion wendet sich nunmehr der VVN[41] zu. Es wird auf Anregung *Eulers* beschlossen, auf die nächste Vorstandssitzung die Frage der Mitgliedschaft und Mitarbeit in der VVN zu erörtern.

[HALTUNG DER FDP GEGENÜBER „RECHTEN" PARTEIEN]

EULER berichtet anschließend über die Parteien der sogenannten Nationalen Rechten. Er schlägt vor, die Liberal-Konservativen an uns zu ziehen, aber einen scharfen Kampf aufzunehmen gegen nationalsozialistische und nationalbolschewistische Gruppen. Die Entwicklung der Flüchtlingsgruppen sei besonders zu beobachten. Die Notgemeinschaften formieren sich zur Partei der Depossedierten und Deklassierten. Die „Deutsche Gemeinschaft", in die *Mattes* und *Haußleiter* die Deutsche Union einbringen, predige einen deutschen Sozialismus.[42] Geusenflagge.[43] Gegen sie müsse man eine klare Kampfposition beziehen wegen ihres Kollektivismus. Diese Gruppen seien stark mit Ostzonenleuten durchsetzt. Auf Antrag *Haußmann* soll die Weiterdiskussion auf die Tagesordnung der nächsten Vorstandssitzung gesetzt werden. Zur Vorbereitung soll eine Kommission, bestehend aus *Euler, Oellers, Kühn* und Ernst *Mayer,* die Verhältnisse bei diesen politischen Gruppen studieren und dazu Berichte der Landesverbände erhalten. KÜHN erklärt sich bereit, über die Tatgemeinschaft Freier Deutscher[44] zu berichten.

[AUSSPRACHE ÜBER DIE BERICHTE DER KABINETTSMITGLIEDER]

BLÜCHER erteilt nunmehr zur Fragestellung zu den Referaten der Kabinettsmitglieder HAUSSMANN das Wort, der mitteilt, daß der Landesvorstand von Württemberg-Baden die Geheimabstimmung im Bundestag über die Frage des Bundessitzes[45] bedauert und um Aufklärung über diesen Vorgang bittet.

EULER bedauert die Geheimabstimmung und ist der Meinung, daß bei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung namentliche Abstimmung nötig sei. Die Behauptung eines Meinungsterrors könne nicht anerkannt werden.

BLÜCHER führt aus, daß die Zahlenangaben keine klare Entscheidung ermöglicht hätten. Der Antrag *Eulers* sei zu spät gestellt worden. Vor einer Überbewertung der namentlichen Abstimmung müsse man warnen. Man solle sie nicht zum Prinzip erheben. Entscheidend sei, daß die SPD im Parlamentari-

41 Zur VVN Nr. 3, Anm. 11.

42 Dazu D. THRÄNHARDT, 1973, S. 285 f.

43 Geusen: Bezeichnung für die niederländischen Freiheitskämpfer, die gegen die spanische Herrschaft zu den Waffen griffen.

44 Die „Tatgemeinschaft Freier Deutscher" war einer der zahlreichen Versuche zur Gründung einer konservativen Rechtspartei. An ihrer Spitze stand der Hildener Textilfabrikant Gert *Spindler.* DER SPIEGEL, 4. Jg. (1950), Nr. 19, S. 3. Richard STÖSS, Der Gesamtdeutsche Block/BHE, in: Ders., Bd. 2., 1984, S. 1428.

45 Der Antrag auf namentliche Abstimmung hatte in der Sitzung am 3. 11. 1949 keine Mehrheit gefunden. BT STEN. BER, Bd. 1, S. 342 D.

schen Rat zweimal die Geheimabstimmung in dieser Frage durchgesetzt hat.[46]

DEHLER ist an sich ebenfalls gegen die Geheimabstimmung, will die Frage aber nicht zum Prinzip machen. In der endgültigen Beratung der Geschäftsordnung des Bundestages solle die Fraktion für die namentliche Abstimmung eintreten. Die wichtigsten Entscheidungen im Parlament seien die Wahlen, die grundsätzlich geheim erfolgen. Auch bei der Frage des Bundessitzes habe es sich letzten Endes um eine Wahl gehandelt.

Auch SCHÄFER ist grundsätzlich für namentliche Abstimmung. Diese wäre aber im dritten Akt der Entscheidung um den Bundessitz inkonsequent gewesen. Nur durch die Geheimabstimmung sei der Fraktionszwang gebrochen worden.

Dr. HAUSSMANN fragt darauf, wie sich die Partei gegenüber den Bestrebungen *Arnolds* zu verhalten gedenke, der den Bundesrat in die Außenpolitik einschalten wolle. DEHLER bezeichnet dies als eine Frage von großer Bedeutung. Es bestehe die Tendenz, den Bundesrat zu einem zweiten Kabinett zu machen. Das Kabinett sei aber entschlossen, seinen Standpunkt zu wahren. BLÜCHER weist darauf hin, daß *Adenauer* in dieser Frage absolut konsequent sei.[47]

Dr. HAUSSMANN fragt, wie sich die Partei zu derartigen Mängeln des Grundgesetzes stelle. Ob man nicht rechtzeitig mit konkreten Vorschlägen zur Änderung an die Öffentlichkeit kommen wolle? DEHLER, SCHÄFER und BLÜCHER raten dazu, abzuwarten und die Dinge reifen zu lassen. Der Staat müsse sich erst bewähren, ehe Änderungen am Grundgesetz durchgeführt werden können. Im Augenblick sei die Notlage noch nicht so groß, daß es jetzt geschehen müsse.

RADEMACHER weist auf die Anleiheverhandlungen des Hamburger Bürgermeisters in [den] USA hin.[48]

Dr. HAUSSMANN bittet um Stellungnahme zur Frage des Mitbestimmungsrechts, die insbesondere bedeutsam sei für die Arbeit Dr. *Weisners*. BLÜCHER verweist hierzu auf die sogenannten Wangerooger Beschlüsse, in denen eine Bundeswirtschaftskammer mit paritätischer Besetzung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber geschaffen werden sollte.[49] Im übrigen gelte es, eine Unternehmererziehung durchzuführen in der Richtung, daß diese die Arbeitnehmer über betriebliche Vorgänge unterrichten. Das große amerikanische Beispiel

---

46 Das Plenum des Parlamentarischen Rates hatte am 10. 5. 1949 in geheimer Abstimmung Bonn als vorläufigen Sitz der Bundesorgane bestimmt. PARL. RAT, PLENUM, STEN. BER., 1948/49, S. 264 ff. Vgl. auch K. DREHER, Anm. 4, S. 114–125; D. HÖROLDT, Anm. 4, S. 102–108.

47 Zu den Konflikten zwischen Bundesregierung und Bundesrat in der Gründungsphase der Bundesrepublik zusammenfassend U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 302–315.

48 *Brauer* hielt sich von November 1949 bis Januar 1950 auf Einladung der „American Municipal Association" in den USA auf. Hauptthema seiner Gespräche war „die Freigabe des Schiffsbaus und der Schiffahrt für die Bundesrepublik und damit auch für Hamburg". Vgl. Erich LÜTH, Max Brauer. Glasbläser-Bürgermeister-Staatsmann, Hamburg 1972, S. 65–68.

49 Bezieht sich auf das Wirtschaftsprogramm der FDP, beschlossen auf der Wangerooger Klausurtagung des Zonenvorstandes der FDP in der britischen Zone am 3. 1. 1948, NL Blücher 230. Vgl. K. SCHRÖDER, 1985, S. 182–185.

müsse nachgeahmt werden, betreffs Verbesserungen den Arbeitnehmern zugute kommen zu lassen. Ernst MAYER weist auf die Haltung der Fraktion in Württemberg-Baden hin. BLEEK warnt insbesondere vor einem zu weitgehenden Mitbestimmungsrecht in personellen Angelegenheiten. OELLERS schlägt vor, diese Fragen in der Fraktion in Bälde zu klären. BLÜCHER will sie für die Beratung des Hauptausschusses im Januar vorsehen.

[FINANZIERUNG DER PARTEI]

Zum Schluß wird noch einmal auf die Finanzierung der Gesamtpartei und den Vorschlag von BLEEK eingegangen. Dieser gibt zu, daß die gestrige Debatte eine allzu starre Festlegung nicht erlaube, aber die Zentrale der Partei muß in der Lage sein, aus eigenem Recht ihren Verpflichtungen nachzukommen. Auf Frage *Blüchers* erklären sich die Landesverbände Bayern, Württemberg-Baden, Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen bereit (Nordrhein-Westfalen und Bremen sind nicht mehr anwesend), Dr. *Weisner* im Sinne seiner Ausführungen arbeiten zu lassen. Dr. WEISNER weist noch einmal darauf hin, daß der Schlüsselpunkt seiner Arbeit Düsseldorf sei. Er müsse in der Lage sein, ungehindert in die Konzern- und Verbandswerbung einzutreten, andernfalls sei die Partei in vier Jahren am Ende. Es müsse auch eine Europäische Wirtschafts- und Forschungsgesellschaft mit dem Sitz in Düsseldorf gegründet werden. BLÜCHER macht den Vorschlag, den Landesverband Nordrhein-Westfalen an der Konzern- und Verbandswerbung entsprechend den Belegschaftsziffern der im dortigen Lande liegenden Betriebe zu beteiligen. Er will mit *Middelhauve* in diesem Sinne verhandeln. Gründung der angeregten Forschungsgemeinschaft wird im Auge behalten.

HAUSSMANN fragt schließlich noch, wann und wo die nächste Vorstandssitzung stattfinden soll. BLÜCHER beantwortet diese Frage dahin, daß als frühester Termin der 14. Januar 1950 und Wiesbaden in Frage kommt. Die Tagesordnung ist damit erschöpft, und *Blücher* schließt mit dem Dank an die Erschienenen die Sitzung um 18.45 Uhr.

7.

28. 4. 1950: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 93. Überschrift: „Niederschrift der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am 28. 4. 50 in Düsseldorf, Landtagsgebäude, 20.00 Uhr." 20.10 Uhr–23.30 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Bleek, Blücher, Dehler, Dohr, Entholt, Euler, Franke, Glaesser, Haußmann, Höpker Aschoff, Hanna Katz, Kühn, Leuze, Mayer, Meineke, Mende, Middelhauve, Müller, Niebel, Oellers, Rademacher, Rüdiger, Schäfer, Stegner, Vietzen, Weirauch, Weisner, Wildermuth, Wilke.

[VORBEREITUNG DES PARTEITAGES]

BLÜCHER eröffnet die Sitzung [um] 20.10 Uhr.

Die Seltenheit der Sitzungen des Gesamtvorstandes ist begründet in der überwältigenden Arbeitsfülle der vergangenen sieben Monate. Diese Arbeit hat ohne nennenswertes Material und ohne Personal erledigt werden müssen. Die Abgeordneten sind durch diese Belastung zu hauptberuflichen Parlamentariern geworden. Außerdem waren Finanzschwierigkeiten maßgebend. Die heutige Sitzung soll den Ablauf des Parteitages[1] vorbereiten. Es ist eine Änderung der Tagesordnung vorgeschlagen worden, daß die für Sonntag nachmittag vorgesehenen Wahlen schon am Samstag stattfinden sollen, damit man nicht in Zeitnot gerät. Außerdem muß die Geschäftsordnung für den Parteitag gem. § 8 Ziff. 1 der Satzung festgelegt werden. Er schlägt vor, als Geschäftsordnung die des Bundestags analog anzuwenden. Hiergegen erheben sich keine Bedenken. Es ist also so beschlossen.

Ferner muß ein Prüfungsausschuß gem. § 8 Abs. 1 zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit, der Einberufung, der Beschlußfähigkeit[2] der Versammlung und der Stimmberechtigungen der Delegierten gebildet werden. Er schlägt vor, diesen Prüfungsausschuß aus einem Vorstandsmitglied und zwei Parteimitgliedern zu bilden. Als Vorstandsmitglied schlägt *Blücher* Dr. *Entholt,* Bremen, oder Dr. *Haußmann,* Stuttgart, vor.

MIDDELHAUVE spricht sich für Dr. *Entholt* aus und schlägt als weitere Mitglieder Dr. *Senger,* Nordrhein-Westfalen, und *Huisgen,* Niedersachsen, vor.

Beschluß: Der Vorstand beschließt nach diesem Vorschlag.

BLÜCHER: In den Vorstand sind zu wählen: Der Vorstand, sein Stellvertreter, sieben Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands und sechs Beisitzer, unter denen eine Frau und ein Jungdemokrat sein müssen. Für den Hauptausschuß beanspruchen die Frauen das Vorschlagsrecht für zwei Vertreterinnen. Ein gleicher Vorschlag wird von den Deutschen Jungdemokraten kommen. Ferner

1 Parteitag der FDP vom 28. 4.–1. 5. 1950 in Düsseldorf.
2 In der Vorlage irrtümlich „Beschlußfestigkeit".

müssen zwei Rechnungsprüfer und die Mitglieder des Ehrenrates neu gewählt werden.

Für die zeitliche Ansetzung dieser umfangreichen Wahlen ist zu berücksichtigen, daß der Tagungssaal am Sonntag um 19.00 Uhr geräumt werden muß. Er schlägt vor, die Wahlen daher auf Samstag abend vorzuverlegen.

STEGNER bittet, die Wahlen gem. dem Antrag seines Landesverbandes am Samstag nachmittag vorzunehmen.

Ernst MAYER weist darauf hin, daß die Presse für die Referate am Samstag nachmittag bereits eingeladen sei.

MIDDELHAUVE hält den Antrag des Landesverbandes Niedersachsen zwar für berechtigt, bittet aber um Verständnis dafür, daß ihm wegen der bereits getroffenen Vorbereitungen nicht stattgegeben werden kann.

BLÜCHER schlägt vor, die Wahlen am Sonnabend nach dem Abendessen vorzunehmen, ohne das Auszählergebnis abzuwarten.

Der Vorstand beschließt in diesem Sinne.

Es soll dem Parteitag vorgeschlagen werden, daß den Vorsitz bei den Wahlhandlungen der Vorsitzende des gastgebenden Landesverbandes führt.

Für den Ehrenrat schlägt BLÜCHER vor, ihn in der vorjährigen Zusammensetzung zur Wahl vorzuschlagen, ebenso die beiden Rechnungsprüfer.

Hierzu wenden MIDDELHAUVE und HÖPKER ASCHOFF ein, daß man zuerst erfahren müsse, wie die bisherigen Rechnungsprüfer gearbeitet haben.

Die Deutschen Jungdemokraten schlagen als ihre Vertreter im Hauptausschuß vor: *Baumann,* Köln, und *Mischnick,* Frankfurt. Gegen den Vorschlag *Mischnicks* ist ein Einspruch zu erwarten. Die Herren *Bleek, Höpker Aschoff, Middelhauve* und *Müller* werden gebeten, die Angelegenheit *Mischnick* zu prüfen.

Ernst MAYER wünscht als zeitweiliger Vorsitzender, die Vorschläge der Frauen zu erfahren. Frau KATZ macht die Anregung, eine Frau in den geschäftsführenden Vorstand zu wählen. Für den Hauptausschuß werden Frau Dr. Herta *Ilk* und Frau Dr. *Kiep-Altenloh* benannt.

MENDE kündigt an, daß die Jungdemokraten ebenfalls vorschlagen werden, einen Vertreter in den geschäftsführenden Vorstand zu bekommen.

Zu dem Vorwurf, daß zu viele Bundestagsabgeordnete im Vorstand seien, weist Ernst MAYER darauf hin, daß dies für schnell einzuberufende Vorstandssitzungen technische Vorteile habe. Satzungsmäßig seien Vertreter der Frauen und Jungdemokraten im geschäftsführenden Vorstand nicht vorgesehen.

MÜLLER schlägt vor, den Vorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten von Zeit zu Zeit beratend zu den Sitzungen zuzuziehen.

Hiergegen wendet sich MIDDELHAUVE. Wenn schon Jungdemokraten im Vorstand sein sollen, dann müssen sie gewählt werden. Eine beratende Zuziehung ist nicht zumutbar.

ENTHOLT spricht sich grundsätzlich gegen die Berücksichtigung von besonderen Gruppen im Vorstand aus. Die Persönlichkeit müsse entscheiden. Wenn man dieses Prinzip aufgäbe, käme man sehr schnell zur Notwendigkeit, auch Berufsinteressen im Vorstand zu verankern. Die Argumentation von Ernst *Mayer* über die Nützlichkeit von Bundestagsabgeordneten als Vorstandsmitglieder geben zu Bedenken Anlaß. Die Arbeit in der Spitze der Partei müsse auf einer breiteren Basis stehen. Vor allem sollte der Landesverband Bremen im Vorstand vertreten sein, weil er eine starke Stütze und ein enges Verhältnis zur Gesamtpartei benötigt.

Zur Wahl der Beisitzer gibt Ernst MAYER zu erwägen, ob nicht nach außen hin eine möglichst große Geschlossenheit dadurch gezeigt werden könne, daß man sich auf eine Vorschlagsliste einige, um die Entfesselung einer uferlosen Debatte zu vermeiden.

Dagegen meint MIDDELHAUVE, man müsse der Entwicklung freien Lauf lassen. Die Wahlen sind Stimmungsbarometer und müssen es bleiben. Man müsse sich auch vor der Entwicklung einer Parteihierarchie in acht nehmen.

BLÜCHER gibt die Berechtigung dieser Argumentation zu, stellt aber fest, daß an eine Beeinflussung der Wahl von niemand gedacht werde.

Dr. GLAESSER regt an, die amtierenden Minister kraft Amtes in den Vorstand zu entsenden und dadurch Plätze für weitere Vorstandsmitglieder freizumachen. Dies bedeute aber eine Satzungsänderung.

Hierauf nimmt MIDDELHAUVE Bezug. Er hält den Vorschlag für beachtlich, er könne aber erst auf dem nächsten Parteitag als Antrag eingebracht werden.

BLÜCHER schlägt vor, einen Ausschuß für Satzungsänderungen einzusetzen. Der *Glaesser*schen Anregung steht § 18 Ziff. 2 der Satzung entgegen.

DEHLER meint dagegen, daß man dem Parteitag einen solchen Vorschlag doch unterbreiten könne.

Hiergegen erhebt SCHÄFER Widerspruch. Die Satzung ist nach langen Beratungen zustandegekommen und die Landesverbände haben die vorgesehene Antragsfrist durchgesetzt.

Auch MIDDELHAUVE und ENTHOLT verwahren sich gegen eine Nichtbeachtung der Satzung. Minister können auch zurücktreten.

RADEMACHER rät dazu abzuwarten, wie sich der Parteitag einstellt.

GLAESSER gibt zu, daß sein Vorschlag formal nicht angängig sei, hält aber dafür, daß man zu praktischen Ergebnissen kommen müsse. Die Partei als solche sei im Vorstand zu wenig vertreten. Der Dualismus zwischen Vorstand und Fraktion müsse vorhanden sein.

Ernst MAYER betont, daß der Vorstand vor allem arbeitsfähig sein müsse. Deshalb dürfe man die Wahl nicht dem Zufall überlassen. Ein solches Verfahren würde zu endlosen Debatten und schlechtem Ergebnis führen.

Demgegenüber weist MIDDELHAUVE auf die Arbeitsüberlastung der einzelnen Vorstandsmitglieder hin. Auch im Vorstand müsse eine Arbeitsteilung durchgeführt werden. Die Politik des Vorstandes müsse viel mehr beim Gesamtvor-

stand liegen als beim geschäftsführenden. Man müsse den Mut haben zu Zufallsentscheidungen, denn die in Betracht kommenden Leute seien ja auch keine Trottel. Er rät dazu abzuwarten, ob der Parteitag nicht zu brauchbaren Ergebnissen kommt. Jede Satzungsänderung lehnt er ab.

BLÜCHER betont noch einmal die Souveränität des Parteitags, der den Vorstand auch ermächtigen könne, Satzungsänderungen vorzunehmen.

Auch WILDERMUTH hält die Mitgliederzahl des geschäftsführenden Vorstands für zu klein. Die Dinge dürfe man nicht treiben lassen, daher müsse man die Satzung ändern. Er unterstützt den letzten Vorschlag *Blüchers* und regt an, die notwendige Satzungsänderung mit einer Zweidrittel-Mehrheit beschließen zu lassen.

BEZOLD vertritt die Auffassung, daß die Zweiwochenfrist für Anträge sich nur auf den ersten Satz des § 18 beziehe.

ENTHOLT teilt diese Auffassung nicht. Die Frist ist eingeführt, damit die Landesverbände rechtzeitig Vorschläge machen können. Die Satzung sei nun einmal beschlossen.

BLEEK schlägt vor, die Minister kraft Amtes in den Vorstand zu berufen, bei Ausscheiden aus dem Amt sollen sie im Vorstand bis zum nächsten Parteitag weiter verbleiben.

HÖPKER [ASCHOFF] hält eine Satzungsänderung ebenfalls für unmöglich. Dies kann erst auf Antrag auf dem nächstfolgenden Parteitag geschehen. Bis dahin könne man aber die Minister doch zuziehen.

Auch MEINEKE spricht sich gegen Beschlüsse des Parteitags aus, die mit dem § 18 nicht im Einklang stehen.

BLÜCHER bezeichnet die Vorschläge von *Bleek* und *Hökper Aschoff* als gut und schlägt vor, entsprechend zu verfahren.

OELLERS setzt sich für eine gemeinsame Vorschlagsliste des Vorstands ein.

DOHR wünscht, diese auf 12 Personen auszudehnen.

MIDDELHAUVE schlägt als Vorsitzenden *Blücher* vor.[3] Die Gesamtpartei muß in eine Führungshand kommen, die sich auch Zeit nehmen kann. Deshalb kommt

3 Den Vorschlag *Middelhauves* und die anschließende Diskussion gibt eine Parallelüberlieferung wie folgt wieder: „Dr. *Middelhauve:* Zu den Neuwahlen. Vorschlag Vorsitzender *Blücher.* Wir alle wissen, daß der Vorsitzende nur *Blücher* sein kann. Wir alle wissen, daß die Gesamtpartei in eine Führungshand kommen muß, die sich auch Zeit nehmen kann. Ich meine, wenn wir jemand finden könnten, der nicht durch irgendwelche anderen Ämter belastet ist, wäre das für uns in bezug auf die Neuwahlen eine sehr gute Lösung. *Mende:* Über den 1. Vorsitzenden kann kein Zweifel bestehen, auch [gemeint: doch] dem 2. Vorsitzenden, *Schwennicke,* wage ich zu widersprechen. Wir müssen es tun, den Fraktionsvorsitzenden zum stellvertretenden Vorsitzenden zu nehmen. *Bleek:* Ich habe eine fürchterliche Erinnerung aus der Vergangenheit. Ich bin der Überzeugung, daß der Fraktionsvorsitz im Bundestag und der Parteivorsitz außerordentlich eng beieinander stehen. Ich glaube, das, was Deutschland in seiner Geschichte seit 45 Jahren tut, tut im Augenblick die FDP in der Partei. Wir haben in den letzten sieben Monaten nicht einen einzigen Versuch gemacht, die Partei einheitlich zu finanzieren. Wir haben keine Pressekorrespondenz für die Partei. Wir haben als finanzielle Grundlage für die Partei eine Wirtschaftskorrespondenz, die an die 1. Stelle gerückt ist. Spricht weiter über unsere Fraktion und führt

dem stellvertretenden Vorsitzenden besondere Bedeutung zu. Hierfür wird *Schäfer* als Fraktionsvorsitzender vorgeschlagen.

MENDE erinnert daran, daß auch *Schwennicke* genannt worden sei. Er habe aber dagegen Bedenken, weil *Schwennicke* von Berlin aus nicht arbeitsfähig sei.

BLÜCHER erinnert an das Verhältnis von *Stresemann* und *Scholz* in der Deutschen Volkspartei.[4]

DEHLER schlägt vor, *Blücher* und *Schäfer* ohne weitere Diskussion als Vorsitzende vorzuschlagen. Er bittet aber zu bedenken, daß die Politik von der Partei gemacht werde. Die Spitze muß ein Kontrollorgan auch gegenüber Ministern bleiben. Man müsse also eine Pflichtenkollision vermeiden. Im Augenblick lasse sich diese Frage nicht entscheiden. Man sollte es daher bei den Vorschlägen für den Vorsitz belassen.

Die Diskussion wendet sich nunmehr der Vorschlagsliste des Vorstands zu[5], für die die Namen *Schwennicke, Bleek, Euler,* Ernst *Mayer* unbestritten sind.

---

aus. *Dehler* stimmt *Middelhauve* zu. Nach seiner Auffassung ist das Amt des Ministers unvereinbar mit der Parteipolitik. *Dehler* schlägt vor, *Blücher* und *Schäfer* ohne weitere Diskussion zu akzeptieren. *Wildermuth* hat dem Vorschlag nichts hinzuzufügen. Es folgen einige Vorschläge. *Bleek* meint, daß der Vorschlag für die Neuwahl des Vorstandes sich die Zahl der Vorgeschlagenen mit der Zahl der zu Wählenden decken muß. *Rademacher* führt aus, daß die Plätze *Blücher* und *Schäfer* endgültig sind und dann noch eins wichtig ist, einen Mann der Publizität zu haben, und zwar Ernst *Mayer.*" ADL, Ordner-Nr. 93.

4 *Stresemann* war von 1919 bis 1929 Parteivorsitzender der Deutschen Volkspartei, Ernst *Scholz* von 1923 bis 1932 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, mit dem Ergebnis heftiger Auseinandersetzungen zwischen ihnen.

5 Die folgende Diskussion ist in der Parallelüberlieferung (Anm. 3) wie folgt wiedergegeben: „*Bleek:* Die bisherigen Vorschläge sind folgende: Dr. *Barowsky, Schwennicke, Bleek, Mayer, Euler,* Dr. *Entholt, Middelhauve, Oellers, Stegner, Nowack, Frühwald.* Das sind elf Vorschläge. 1. Wahlgang diejenigen, die die volle Mehrheit haben. Aus diesen elf werden nun sieben herausgenommen, die dann Mitglieder des Gesamtvorstandes sind. Dr. *Middelhauve:* Ich stimme zu, daß der geschäftsführende Vorstand lediglich aus sieben Namen bestehen soll gleich der Zahl der Mitglieder. *Mende* schlägt vor, die Zahl nicht zu limitieren, sondern es bei elf oder zwölf zu belassen. *Bleek* spricht sich für die Bauernschaft aus und erklärt, daß es unbedingt erforderlich wäre, *Frühwald* hinzuzunehmen. Ich möchte sagen, der bisherige Vorstand hat versucht, aufgrund der Besprechungen mit den greifbaren Landesverbänden eine Liste aufzustellen von Männern und Frauen, die vielleicht für die Wahl vorgeschlagen werden sollten. Das ist eine schwache Art des Vortrages. Dr. *Middelhauve* spricht darüber, daß es schon eine Schande wäre, daß wir in der gesamten Fraktion nur zwei Frauen vertreten haben. Er spricht sich dafür aus, das wenigstens eine Frau in diesem Vorstand vertreten sein solle. Dr. *Mende* stimmt den Ausführungen Dr. *Middelhauves* ebenfalls zu und erklärt, daß es wohl besser wäre, eine andere Frau zu nehmen, die nicht die organisatorischen und sonstigen Schwierigkeiten hat wie eine aus Berlin. Frau *Katz:* Ich freue mich, daß man sich so lebhaft für uns Frauen einsetzt. Frau *Katz* sagt, daß wenigstens einer Frau die Chance gegeben werden müsse, mit in dem Gremium zu sein. Dr. *Entholt:* Es ist notwendig, etwas Grundsätzliches zu klären, nämlich sieben oder elf. *Oellers:* Ich bin der Meinung, daß man einen geschlossenen Vorschlag nur in der Richtung von sieben machen kann. *Rademacher:* noch einmal: warum mehr als sieben Vorschläge? Wenn Sie morgen mit sieben Vorschlägen kommen, dann ist es sicher, daß wir mindestens noch ein halbes Dutzend hinzubekommen werden. *Bleek:* Wir müssen zu einer Entscheidung kommen. Sieben oder mehr. So ungünstig eine Abstimmung sein mag, so müssen wir uns aber damit abfinden. *Blücher* schlägt Abstimmung vor. Bittet um Handzeichen. Es sind endgültig genannt worden:

MENDE schlägt *Middelhauve* vor, LEUZE *Entholt*, Bremen. Es werden außerdem *Oellers, Stegner, Nowack*, Frl. Dr. *Barowsky* und *Frühwald*/Bayern vorgeschlagen.

Gegen den letzten Vorschlag wendet sich DEHLER, da *Frühwald* nur mit größter Mühe in die Partei zu bringen gewesen sei. Von Bayern aus könne man ihn nicht in den Vorstand vorschlagen.

BLEEK weist darauf hin, daß der geschäftsführende Vorstand mit sieben Personen begrenzt sei.

MIDDELHAUVE verzichtet zu Gunsten von *Stegner*, dieser zu Gunsten von *Frühwald*. *Stegner* wird aber von EULER erneut vorgeschlagen.

Der Hinweis BLÜCHERS, daß man im Vorstand sehr wohl einen Bauern brauchen könne, wird von EULER abgelehnt. So wenig man den Vorstand nach territorialen Gesichtspunkten zusammensetzen könne, so könne man dies auch nicht nach beruflichen tun. MIDDELHAUVE, BEZOLD und MENDE setzen sich dafür ein, daß eine Frau in den Vorstand gewählt wird. Hier liegt ein besonderes Erfordernis vor.

RÜDIGER spricht sich gegen berufsständische Vertretung im Vorstand aus. Ein Nichtlandwirt ist für die Vertretung der bäuerlichen Interessen wichtiger als ein Landwirt.

EULER bittet, den Vorstand auf sieben Personen zu beschränken und schlägt neben den vier zuerst Genannten *Oellers, Middelhauve* und *Stegner* vor.

ENTHOLT setzt sich für Frau Dr. *Ilk* als bayerische Vertreterin ein und bittet ebenfalls, die Vorschlagsliste mit sieben bewenden zu lassen.

RADEMACHER stellt den Antrag auf Abstimmung, ob die Vorschlagsliste sieben oder besser zwölf Personen umfassen soll. Er weist darauf hin, daß die großen politischen Entscheidungen im Gesamtvorstand fallen. Der geschäftsführende Vorstand hat nur die Geschäftsführung.

Die Abstimmung über den Antrag *Rademachers* ergibt, daß von 21 stimmberechtigten Vorstandsmitgliedern zwölf für die Beschränkung auf sieben vorzuschlagende Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands sind. Unter diesen sieben möchte MIDDELHAUVE eine Frau sehen. Hiergegen wenden sich EULER, BLÜCHER und STEGNER. MÜLLER verzichtet grundsätzlich auf Vertretung der Jungdemokraten im geschäftsführenden Vorstand und richtet an die Frauen einen entsprechenden Appell. LEUZE wendet gegen den Vorschlag *Middelhauves* ein, daß er satzungswidrig sei.

Man einigt sich nunmehr, diejenigen sieben von zwölf genannten Vorstandskandidaten dem Parteitag vorzuschlagen, die die absolute Mehrheit bei der Abstimmung erzielen. Vorgeschlagen sind: *Schwennicke, Bleek*, Ernst *Mayer, Euler, Entholt, Middelhauve, Oellers, Stegner, Nowack, Barowsky, Frühwald* und *Ilk*. Die Abstimmung hat bei 22 Stimmberechtigten folgendes Ergebnis[6]:

Schwennicke, Bleek, Mayer, Euler, Dr. *Entholt, Middelhauve, Oellers, Stegner, Nowack*, Dr. *Barowsky, Frühwald*, Frau Dr. *Ilk*."

6 Mit den folgenden Zahlen übereinstimmend die Parallelüberlieferung, Anm. 3.

Schwennicke 20 Stimmen; *Bleek* 19 Stimmen; Ernst *Mayer* 19 Stimmen; *Euler* 19 Stimmen; *Entholt* 15 Stimmen; *Oellers* 13 Stimmen; *Middelhauve* 12 Stimmen.

Weiter erhielten: Frau Dr. *Ilk* 9 Stimmen, *Stegner* 7, Dr. *Barowsky* 5, *Nowack* 3, *Bezold* 3, *Höpker Aschoff* 3, *Dehler* 2, *Wildermuth* 2, *Frühwald* eine Stimme.

MIDDELHAUVE bittet um Austausch seiner Nominierung gegen Frau *Ilk*.

Dem widerspricht MENDE.

Während der Auszählung dieser Abstimmung wendet sich die Beratung der Konstituierung und Besetzung der Ausschüsse zu.[7] In Bremen wurden neun Auschüsse gewählt. Neue Vorschläge liegen vor für einen Beamtenausschuß und einen kommunalpolitischen Ausschuß. MIDDELHAUVE übt Kritik an der bisherigen Nichttätigkeit dieser Ausschüsse.

Ein kulturpolitischer Ausschuß hat in Wiesbaden erfolgreich getagt. Er war außer von Berlin und Württemberg-Baden von allen Landesverbänden beschickt. Dieser Ausschuß hat Prof. *Luchtenberg* zum vorläufigen Vorsitzenden gewählt. Für den außenpolitischen Ausschuß wird Prof. *Achenbach* als Vorsitzender vorgeschlagen. Für den agrarpolitischen Ausschuß *Frühwald,* für den Finanzausschuß *Höpker Aschoff.* Für den sozialpolitischen Ausschuß bittet Dr. SCHÄFER um Ablösung und schlägt *Langhoff,* Hamburg, vor. Den verkehrspolitischen Ausschuß möchte RADEMACHER nach den bisherigen Erfahrungen nicht konstituieren lassen. Ernst MAYER weist darauf hin, daß finanzielle Zuwendungen für die Arbeit der Ausschüsse nicht möglich seien. Der Ausschuß für Vertriebenenfragen soll durch *Oellers* geführt werden. Für den wirtschaftspolitischen Ausschuß schlägt MENDE anstelle des abgabewilligen *Wellhausen Krekeler* vor.

Die Frage der vom Parteitag zu wählenden Beisitzer für den Gesamtvorstand (bisher *Höpker Aschoff, Rüdiger, Mende* und *Glaesser*) wird wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht weiter beraten. Es wird vorgeschlagen, eine weitere Vorstandssitzung während des Parteitags einzuschieben.[8]

---

7 Zum folgenden heißt es in der Parallelüberlieferung, Anm. 3: „Zwischen der Auszählung der Wahl wurde beschlossen, Vorsitzende der Ausschüsse zu wählen. Wir haben in Bremen neun Ausschüsse gewählt. Neu zu wählen sind der Beamtenausschuß und der kommunalpolitische Ausschuß. Ich möchte hinzufügen, daß der kulturpolitische Ausschuß in diesen Tagen eine erfolgreiche Tagung gehabt hat. Dr. M. schlägt [vor], Prof. *Luchtenberg* als Vorsitzenden des kulturpolitischen Ausschusses anzunehmen. Ich weiß nicht, ob der außenpolitische Ausschuß schon zusammengetreten ist. Daß dieser Ausschuß außerordentlich wichtig ist, muß wohl von jedem anerkannt werden. Schlägt Dr. *Achenbach* vor. Wir haben an Vorsitzenden zu wählen: 1. agrarpolitischer Ausschuß: Vorschlag: *Frühwald;* 2. kulturpolitischer Ausschuß: Vorschlag: *Luchtenberg,* ist einstimmig in Wiesbaden gewählt worden. Ich möchte diesen Vorschlag unterstützen im Hinblick auf die Arbeit des Urhebers unseres kulturpolitischen Programms. 3. Sozialpolitischer Ausschuß: Hermann *Schäfer* bittet um Ablösung. Vorschlag: *Langhoff,* Bremen. Dr. *Middelhauve* schlägt vor, den Ausschuß für Außenwirtschaft fallenzulassen und vom wirtschaftspolitischen Ausschuß zu übernehmen."

8 Ein Protokoll hierüber ist nicht überliefert.

HÖPKER ASCHOFF schlägt für diese weitere Vorstandssitzung die Beratung der Frage eines Wahlbündnisses mit der CDU in Nordrhein-Westfalen vor. Er sieht Gefahren in einem Wahlbündnis im Ganzen, möchte aber in einzelnen Wahlkreisen solche Bündnisse gutheißen.[9]

8.

17. 7. 1950: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 93. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 17. 7. 1950." Beginn: 10.15 Uhr.

Teilnehmer: Blücher, Borm, Dehler, Entholt, Euler, Höpker Aschoff, Hoffmann, Herta Ilk, Mayer, Mende, Müller, Neumayer, Oellers, Onnen, Rademacher, von Rechenberg, Schäfer, Wildermuth, Wirthle.

Herr Minister BLÜCHER eröffnet die Sitzung des Gesamtvorstandes und führt zunächst folgendes an:

Abgesehen davon, daß ich es für besonders glücklich halte, daß wir vor einigen Wochen gerade den heutigen Termin festgelegt haben, der in eine Zeit fällt, wo es uns daran gelegen sein muß, zu einer gemeinsamen Besprechung zu kommen, halte ich es für dringend notwendig – wegen der Reisedispositionen –, daß wir für Mitte August eine Sitzung des Hauptausschusses der Partei anberaumen. Es werden bis zu diesem Zeitpunkt vorliegen die Entwürfe sowohl vom Lastenausgleichsgesetz sowie vom Gesetz zu Artikel 131 und Kriegsversehrtengesetz.[1] Es wird notwendig sein, sowohl vor und hinter den Beratungen des Parlaments je eine Sitzung des Hauptausschusses anzuberaumen. Daran anschließend möchte ich meine Betrachtungen anstellen.

Was mich persönlich betrifft, so muß ich sagen, daß ich im Hinblick auf die schleswig-holsteinischen Wahlen[2] und in der Erkenntnis unserer Aufgaben jede Verpflichtung von außerhalb abgesagt habe. Es ist unmöglich, daß in der heutigen Zeit die Minister reisen. Ich habe aus diesem Grunde auch darauf verzichtet, an der amerikanischen Ausstellung in Chicago teilzunehmen, es genügt m. E., wenn ein Minister da ist. Die einzige Beibehaltung der Termine sind die Festsetzung der Stuttgarter Tagung und die Straßburger.[3] Im An-

9 Zu den relativ zahlreichen Wahlabsprachen zwischen CDU und FDP in den Landtagswahlen in NRW am 18. 6. 1950 E. H. M. LANGE, Wahlrechtsstreit, 1980, S. 110 f.

1 So die zu diesem Zeitpunkt bestehende Planung. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 523 f.

2 Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein hatten am 9. 7. 1950 stattgefunden.

3 Mit der Stuttgarter Tagung ist möglicherweise der Kongreß der internationalen Transportarbeiter-Gewerkschaften in Stuttgart gemeint, der am 27. 7. 1950 eröffnet wurde. KABINETTSPROTO-

schluß daran die Tagung der Liberalen Weltunion vom 23.–28. 8.[4], im Anschluß daran wird nach Stuttgart eingeladen zu einer Sitzung des Hauptausschusses.[5] Darf ich nach diesen Hinweisen auf terminliche Notwendigkeiten nun zum Punkt 1 übergehen.

[BERICHT BLÜCHERS ÜBER DIE POLITISCHE LAGE]

Liebe Freunde! Ich werde bemüht sein, ohne Übertreibung, aber auch mit allem Ernst und Offenheit, die Fragen, die uns heute beschäftigen, aufzugreifen und Ihnen das, was ich subjektiv zu sagen habe, mit der gleichen Offenheit auszusprechen. Es ist unvermeidlich, daß ich beginnen muß mit der weltpolitischen Lage. Ich möchte mit Nachdruck sagen, daß manchmal wohl zu sehr die Frage der Sicherheit Deutschlands in den Monaten seit dem November vorigen Jahres mit den Alliierten besprochen worden ist. Es ist nicht zu erreichen gewesen bisher, daß nun etwa über die Ihnen allen bekannten Erklärungen hinaus etwas geschehe.[6] Es verstärkt sich der Druck der Generalstäbe auch in den Vereinigten Staaten, nicht nur in Frankreich und England, auf eine Remilitarisierung Deutschlands. Für den Augenblick ist aber zu sagen, daß mit europäischen Konflikten nicht zu rechnen ist, daß dieser Zeitpunkt, wenn überhaupt, nicht vor zwei Jahren erwartet werden dürfte. Ich glaube, ich bin in diesem engen Kreis gezwungen zu sagen, was ich als Privatmann dem amerikanischen Generalstab bzw. einem seiner Vertreter gesagt habe, als er mich nach Sofortmaßnahmen fragte.

1. Die politische ungeheure Gefahr muß beseitigt werden. Sie muß beseitigt werden darin, daß an der Grenze der russischen Besatzungszone nicht die deutsche Bevölkerung den Eindruck hat, daß bei uns Hilflosigkeit und Unsicherheit herrscht und auf der anderen Seite eine Ordnung, wenn auch des Zwanges. Ich habe gesagt, man solle endlich eine vorbehaltlose Zustimmung zu einer angemessenen Verstärkung unseres Zollgrenzschutzes geben.

2. Es geht nicht an, daß wir nicht zum mindesten eine Landespolizei haben, für die aber auch ein konzertiertes Handeln möglich wäre. Gerade mit Rücksicht auf die psychologische Situation an der Grenze der russischen Besat-

---

KOLLE 1950, 1984, S. 592. Die Erwähnung Straßburgs bezieht sich auf die Tagung des Europarates am 3. 8. 1950, AdG 1950, S. 2521 A.

4 Zu dieser Tagung, die in Stuttgart stattfand, ebd., S. 2553 A.

5 Eine Sitzung des Hauptausschusses der FDP fand am 24. 9. 1950 in Kassel statt. Ergebnis dieser Sitzung waren die sog. Kasseler Beschlüsse. Hinweise auf den Verlauf der Tagung und Abdruck der Beschlüsse in: fdk, 1. Jg., Nr. 66 vom 27. 9. 1950, S. 2–9.

6 Infolge des Koreakrieges, der durch den Einmarsch nordkoreanischer Kampfverbände am Morgen des 25. 6. 1950 nach Südkorea begonnen hatte, war von der Bundesregierung in einer Note an die AHK die Frage der Sicherheitsgarantie aufgeworfen und dabei auf den Meinungsaustausch mit den Hochkommissaren seit 1949 hingewiesen worden. Darauf gab *McCloy* Anfang Juli 1950 die Erklärung ab, „ein Angriff auf die Bundesrepublik werde automatisch als Angriff auf die Westmächte betrachtet werden". AdG 1950, S. 2467 D. Zu den im folgenden erwähnten Überlegungen der alliierten Generalstäbe betr. einer Aufrüstung Deutschlands die zusammenfassende Darstellung in: H.-P. SCHWARZ, 1981, S. 106 f.

zungszone ist dies sehr notwendig, so daß wir wenigstens zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Lage wären.

3. Eine besonders große Gefahr ist die Einfallstelle russischer Propaganda Watenstedt/Salzgitter.[7] Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es mir selbst nicht einfällt, etwa die Wirtschaftlichkeit von Watenstedt/Salzgitter zu behaupten, und ich nur daran dächte, daß hier einige 120 000 Menschen künstlich zusammengepfercht sind, von denen im Norden und Süden Millionen wohnen, daß aber infolgedessen geographisch ein Einfallspunkt gegeben sei für die russische Propaganda, für die Infiltration auf allen Gebieten, Durchschleusung von Mitgliedern der sowjetischen fünften Kolonne in Deutschland, daß es notwendig sei, hier die soziale Lage des Gebietes durch eine Beseitigung der Hindernisse und materielle Hilfe zu verstärken.

In diesem Zusammenhang kam die Frage der wirtschaftlichen Hilfe, und es ist so, daß wir heute durch eine Vorwegnahme geplanter zukünftiger Hilfen damit wahrscheinlich am allermeisten erreichen könnten. Es kam dann trotzdem, obwohl von mir nicht gewünscht, die Frage der Remilitarisierung zur Sprache. Ich habe gesagt, wenn trotz aller Bedenken und trotz aller inneren Ablehnung die Notwendigkeit einmal vor uns stände, daß dieser Gedanke nur erträglich sei unter zwei Voraussetzungen:

1. daß darüber nicht geredet wird und daß tatsächlich zu einem bestimmten Zeitpunkt für eine ausreichende Zahl von Divisionen alles vorhanden sein müsse;
2. die Wiederherstellung einer vollen Nationalität, und zwar so, daß diese Gruppe eine freie deutsche Gruppe würde.

Es sind dann von anderen Gespräche geführt worden, die immer wieder in die alten Überlegungen eingegangen sind. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir damit nichts machen können. Ich bitte Sie dringend, sich mit dieser Erklärung zu begnügen. Es wird von deutscher Seite sowohl der Frage der Sicherung der Nachrichtenübermittlung, wie der Frage der Sicherung der Verkehrslinien, wie der Frage der Beunruhigung der Betriebe, wie auch der Frage der ausreichenden Überlegung, wie z. B. für plötzliche Notzeiten das Rote Kreuz arbeitsfähig bleibt, genügend Gewicht beigelegt. Ich glaube, darüber hinaus sollten wir über dieses Thema nicht sprechen. Es wird sehr schwer sein, daß man da das Mindeste tut, was man verlangen kann. Dazu noch einmal, was wird wahrscheinlich über uns als Maßnahme des Kalten Krieges in den nächsten Wochen und Monaten kommen, damit müssen wir uns befassen.

Wir müssen uns damit beschäftigen, und darauf bezog sich gerade das, was ich eben sagte, was vielleicht an Maßnahmen des Kalten Krieges zu erwarten ist.

---

7 Die ehemaligen Reichswerke Watenstedt-Salzgitter waren im Petersberger Abkommen nicht von der Demontageliste gestrichen worden. Die Briten betrieben daher 1950 die Demontage dieses Werkes weiter und versuchten, hierfür deutsche Demontagearbeiter zu gewinnen, was Staatssekretär *Hartmann* im Kabinett am 11. 8. 1950 zu der Bemerkung veranlaßte, ihr Einsatz würde „in diesem einer starken kommunistischen Propaganda ausgesetzten Gebiet zu Unruhen in der Arbeiterschaft führen". KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 623.

Was, mit anderen Worten, steht wieder einmal vor unserer Seele, das Wort Berlin an erster [Stelle]; und zum zweiten, werden nicht die Sowjets bestrebt sein, durch eine weitere, schon seit langem drohende Massenvertreibung von etwa 200 000 Leuten aus der Tschechei und Polen unser Verkehrswesen und unsere Versorgung zu erschweren? Das sind Fragen, die man stellen muß. Ich glaube, das ist das Bild, das sich uns stellt, ein Bild, das tief bedauerlich ist in einer so ernsten Lage, wo Millionen von Armen, die wir in unserem Volke haben, im Augenblick unsinnige Käufe tätigen und ihnen für die nächsten Monate vielleicht das eine oder andere genommen wird. Wir haben die parteipolitische Einstellung des Rundfunks gesehen, und es ist zu beobachten, daß die „Welt" und sehr viele Sendungen des Rundfunks sich bewußt in den Dienst der anderen politischen Seite stellen. Ich erwähne es in diesem Zusammenhang, daß es in dieser Lage nicht verständlich ist, wobei ich nicht behaupten will, daß nicht von seiten der Regierung oder eines Mannes der Regierung da nicht etwas mehr hätte getan werden können in der Vergangenheit, um eine gewisse Möglichkeit des Nebeneinanderarbeitens zu schaffen.

Ich komme zum nächsten Punkt.

Dieser betrifft zweifellos den Europarat[8]; mit dem wir uns noch heute nachmittag befassen werden und die endgültige Haltung der Partei in bezug auf die Beschickung nach Straßburg.[9] Sie wissen, es ist verabredet, zunächst ohne Gesetz die Delegierten zu entsenden. Es ist hier daran gedacht, zunächst einmal ohne Gesetz die Sache ablaufen zu lassen, dann aber sobald wie möglich ein Gesetz über die Designation der Straßburger Vertreter zu verabschieden. Die ursprüngliche Absicht aller Parteien war, daß gerade hier die Erkenntnisse des Gesetzgebers sehr wichtig sein würden für ein richtiges Auftreten der Vertreter in Straßburg.[10] Zwischenzeitlich gibt es eine weit verbreitete Tendenz dahin zu entscheiden, daß für Straßburg wählbar sein soll jeder, der in den Deutschen Bundestag gewählt werden kann. Das ist die eine Frage, Abgeordnete oder jeder Deutsche.

Die zweite Frage, daß zunächst durch den Bundesrat Straßburg beschickt werden solle. Es ist wohl Ihrer aller Ansicht, daß zunächst Bundesratsmitglieder als solche keineswegs Vertreter in Straßburg sein könnten, denn es[11] sind nicht frei verantwortliche Mitglieder einer Kammer, sondern durch den Beschluß ihrer Länder gebundene Leute im Bundesrat. Der Bundesrat hat diese Schwäche eingesehen und arbeitet heute darauf hin, daß er eine gewisse Quote der insgesamten Straßburger Mitglieder in Vorschlag bringen will[12], die repräsentieren

8 Der Bundestag hatte am 15. 6. 1950 den Beitritt zum Europarat beschlossen. BT STEN. BER., Bd. 4, S. 2505 A–2513 A.

9 Bezieht sich auf die Wahl der Delegierten für die Beratende Versammlung des Europarates.

10 Der Bundestag hatte am 15. 6. 1950 beschlossen, als Delegierte nur Mitglieder des Bundestages zu wählen. BT STEN. BER., Bd. 4, S. 2507 A–B.

11 In der Vorlage irrtümlich „wir".

12 Eine entsprechende Entschließung hatte der Bundesrat am 23. 6. 1950 verabschiedet. Hiernach sollte der Bundestag zwölf Delegierte, der Bundesrat sechs Delegierte wählen. Für die Delegierten sollte die Zugehörigkeit zu einer gesetzgebenden Körperschaft keine Vorbedingung sein. BR SITZ. BER., 1949/50, S. 427 C–429 A. In Verhandlungen mit dem Bundesrat signali-

könnten. Ich glaube, daß auch das allein aus allgemeinen rechtlichen Überlegungen ein Ansinnen ist, dem man nicht nachkommen kann. Ich glaube, es bleibt die Frage offen, ob für uns, wenn wir überhaupt von den ursprünglichen Ansichten abgehen, die Möglichkeit besteht, in gemeinsamer Beratung mit den einen oder anderen Leute zu präsentieren, die auch der Zustimmung oder den Tagungen des Bundesrats entsprechen würden. Ich sehe hier große Schwierigkeiten.[13]

Über die Arbeit in Straßburg selbst etwas zu sagen, ist weder meine Aufgabe, noch habe ich mich so damit beschäftigt, daß ich dazu etwas sagen könnte. Ich will nur berichten. Es ist hier, daß muß ich offen sagen, die ganze Frage der Führung der deutschen außenpolitischen Geschäfte angesprochen. Ich muß etwas, was man aus Disziplin z. B. in der Öffentlichkeit nicht sagen soll, sagen, daß z. B. die Benennung der Delegationsmitglieder mit fünf geschehen ist, bevor irgend jemand, außer dem Bundeskanzler selbst, etwas davon wußte, so daß wir im Ministerausschuß vor einer Tatsache standen.[14] Man soll nicht sagen, warum habt Ihr nicht in dem Augenblick skandaliert. Das ist immer die Zwangslage, in der man sich befindet. Es sind aber jetzt Dinge von der allergrößten Bedeutung, über die man nichts öffentlich hört. Und zwar sind das einmal die französischen Vorschläge, die ich nicht als verbürgt bezeichnen kann, die in London gemacht worden sind und darauf abgezielt hätten, innerhalb dieser Organisation durch die zweifellos mögliche richtige Besetzung der Behörde zu erreichen, daß die deutsche Industrie sehr zurückhaltend behandelt wird.[15] Was ich weiß und verbürgt ist, ist folgendes:

Beim Anlaufen der jetzigen Pariser Besprechungen[16], die der Außenministerkonferenz vom September vorbehalten bleiben sollen, hat Frankreich den Antrag gestellt, den Artikel 17 des Ruhrstatuts[17] aus der Autorität der Hochkommissare herauszunehmen und die Rechte aus dem Statut der Ruhrbehörde zu geben. Ich mache hieraus den Franzosen keinen Vorwurf, das ist nicht anders zu erwarten, als daß jeder in dieser angespannten und kritischen Zeit sich seiner Haut wehrt, und es ist die Aufgabe des anderen, sich ebenfalls zu wehren. Da scheint mir die innige Zusammenarbeit mit den Kreisen der Experten nicht

---

sierte die Bundesregierung den Forderungen der Länderkammer gegenüber Entgegenkommen. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 485.

13 Die Wahl der deutschen Delegierten für den Europarat erfolgte am 26. 7. 1950 durch den Bundestag. Die Ansprüche des Bundesrates auf Beteiligung wurden zurückgewiesen. BT STEN. BER., Bd. 4, S. 2837 B–2839 C.

14 Bezieht sich offensichtlich auf die Nominierung der deutschen Mitglieder der Verhandlungsdelegation für die Schumanplan-Verhandlungen, die *Adenauer* am 16. 6. 1950 vornahm. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 463. Bei dem Ministerausschuß handelte es sich um ein Gremium bestehend aus *Blücher, Erhard* und *Schäffer,* das unter dem Vorsitz *Adenauers* in die Schumanplan-Verhandlungen „mitbestimmend eingeschaltet" werden sollte. Ebd., S. 464.

15 Bezieht sich auf die Beratungen der „Governmental Study Group", die sich am 3. 7. 1949 in London konstituiert hatte und die sich u. a. mit der Übertragung von Kontrollbefugnissen der Ruhrbehörde auf einen Nachfolger (Schumanplan) befaßte. Ebd., S. 533.

16 Sechs-Mächte-Konferenz zur Beratung des Schumanplanes, die am 20. 6. 1950 in Paris eröffnet wurde. AdG 1950, S. 2445 B.

17 SICHERHEIT, 1985, S. 79.

eng genug zu sein. Ich darf vor allen Dingen auf einige wenige sehr ernste politische Fragen hinweisen, die nicht ex faustibus beantwortet werden können.

Es ist einmal die Frage der deutschen Stahlquote, die an sich schon eine Diskriminierung im Augenblick des Anlaufens des Planes darstellen wird.[18] Ich bin in dem Ministerausschuß ohne Vorbehalt dafür eingetreten, daß schon jetzt bei Beginn der Verhandlungen die Stahlquote zum mindesten in dem Sinne besprochen werden müßte, daß ausdrücklich durch den Vertrag sichergestellt wird, daß Investierungen ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Rahmen des neuen Gebildes zu geschehen hätten.

Zweite Frage: Wir haben keine Verhandlungspartner nach der Organisation und den Verfügungen gewählt über Eisen und Stahl an der Ruhr.[19] Es ist m. E. für das Funktionieren des Schumanplans notwendig, daß eine volle autonome deutsche Betriebsleitung oder Vertretung der Betriebsleitung tätig werden kann. Hier ist noch nichts geschehen. Es kommt dann drittens eine ganz große Gefahr, die darin liegt, daß einer anderen Frage aus dem Weg gegangen wird. Das ist innerer Gegensatz der Tendenz.

Meine Folgerung ist, daß ich es nicht für möglich halte, die Frage Schumanplan ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Politik zu betrachten. Ich halte es nicht nur für unmöglich, sondern für katastrophal, wenn man die Sache als politische Angelegenheit betrachtet. Es bedeutet die Notwendigkeit einer Stärkung des Parlaments und verantwortlicher Ratgeber für dessen Politik.

Ich bin der Ansicht, daß wir an dieser Frage jetzt allmählich nicht mehr vorbeikommen werden. Ich weiß auch, daß unsere Nachbarpartei, über die heute noch viel wird geschimpft werden, derselben Ansicht ist und sehr viele Leute sich in bezug auf die vollkommen autoritäre, diktatorische Führung der Außenpolitik-Geschäfte absetzen.

Ich hoffe sehr, daß Sie zu dem Schluß kommen, daß doch nun eine sehr ernste Aussprache erfolgt. Ich will damit nicht sagen, daß er[20] nicht die außenpolitischen Geschäfte führen soll, dann aber klar und deutlich erkennbar, und es muß die Anonymität der Ratgeber beseitigt werden, und kein Mensch weiß, wer die Ratgeber sind. Ich darf hier zur Beachtung des Ersten von mir Vorgetragenen und der letzten charakteristischen Dinge erzählen.

Erstens: Außenpolitische Lage und deutsches Verhältnis zu den Alliierten. Am Samstag[21] wurde mir um einhalb 11 [Uhr] vormittags eine zweiseitige dpa-Meldung vorgelegt. Darin hieß es, ein leitender Beamter aus Deutschland habe erklärt, die ECA-Verwaltung in Washington habe unglaubliche Verschiebungen bei der Verwaltung der deutschen Gegenwertfonds entdeckt, es seien Maßnahmen ergriffen worden usw. Wir waren gerade am Tage vorher mit Al-

18 Vgl. die Stellungnahme *Blüchers* im Kabinett am 29. 6. 1950, KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 492.
19 Dazu ebd.
20 Gemeint ist *Adenauer*.
21 15. 7. 1950.

liierten zusammen gewesen, um mindestens einen Bericht über die Auflage der Bundesbahn entgegenzunehmen.[22] Es war festgelegt worden, daß am Tage darauf eine Besprechung in meinem Hause von 14.00–19.00 [Uhr] vorgesehen war. Ich habe erlebt, daß *McCloy* und *Henskrige*[22a] beide entsetzt waren und erklärten, an allem sei nichts dran. Da ist nicht wegzuleugnen, daß wir in Amerika eine nicht einflußlose Bewegung haben, die es darauf anlegt, hier Unfrieden und Unruhe zu stiften.

Ein zweites, dem Kabinett in Paris wurde eine sehr weiche Haltung empfohlen. Das führte zu einer Weisung an mich, die Herstellung der Verantwortlichkeit in der Außenpolitik. Es ist erstes Erfordernis, vor allen Dingen aber auch eine vertretungsbefugte Organisation von Stahl und Eisen an der Ruhr zu haben. Wir sind an der Ruhr nicht lebensfähig, wenn wir nicht wieder zu einer Verbundwirtschaft Kohle, Eisen und Chemie kommen. Es besteht die Gefahr, daß mangels einer deutschen Vertretung diese Frage ins Hintertreffen gerät. Dann möchte ich noch darauf hinweisen, daß noch die französischen Staatsverträge mit Polen und Rußland bestehen.[23] Es muß in der deutschen Außenpolitik ein Organ geschaffen werden, das voll verantwortlich ist. Es muß ein Gremium geben, das können nicht mehr als drei oder vier Leute sein, anders geht es nicht, und daß man dann weiß, daß die außenpolitischen Entscheidungen wenigstens von einem bekannten Gremium vorgenommen werden.

Nun kommen wir zu den Fragen, die den einen oder anderen von Ihnen sehr beschäftigen. Ich persönlich muß sagen, daß uns im Augenblick die Außenpolitik überschattet und es wohl kaum etwas Wichtigeres geben wird. Es soll nun in aller Öffentlichkeit etwas gesagt werden sowohl über die Regierung wie über das Parlament, nicht im Sinne eines Vorwurfs, sondern im Sinne einer sachlichen und ehrlichen Aussprache. Meine Herren, der Fehler der jetzigen Regierung ist der, daß sie zu sehr aus Ressortvertretern besteht und keine Gesamtpolitik macht.[24] Allein wegen einer Äußerlichkeit sind mindestens in jeder zweiten Kabinettssitzung Rückfragen zu halten, oder ich muß die Rückweisung von Vorlagen veranlassen, weil die Ressorts einzeln für sich losschießen. Dies ist sehr bedauerlich, soweit es das Zusammenspiel von Finanzminister und Wirtschaftsminister betrifft.

Zunächst möchte ich sagen, daß diese beiden Ressorts allzuwenig ihren Blick auf das Gesamte richten. Jeder fühlt sich als Beauftragter einer Gruppe, statt den Versuch einer Gesamtschau und Gesamtarbeit zu führen. Das zeigt sich besonders auf dem Gebiet der Agrarpolitik. Wir müssen uns doch auf der einen Seite einmal vor Augen halten, daß wir eine solche übersetzte Bevölkerung haben, daß wir ihr gewerbliche Arbeit beschaffen müssen in einem solchen Ausmaße, wie das nur irgend möglich ist. Wir haben auf der anderen Seite eine

22 Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 545 f.

22a Offensichtlich ein Hörfehler. Gemeint ist wahrscheinlich Robert H. *Hanes,* Leiter der ECA-Sondermission in Westdeutschland und Leiter der Wirtschaftsabteilung der AHK.

23 Bündnisvertrag mit Polen vom 19. 2. 1921; Freundschaftspakt mit der Sowjetunion vom 10. 12. 1944.

24 Vgl. hierzu U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 273 f.

Landwirtschaft, die infolge der Preispolitik vollkommen ausgepowert worden ist. Es muß doch gelingen und möglich sein, im Zuge einer großen Gesamtplanung die beiden Dinge „stärkster Exportbedarf und landwirtschaftliche Erzeugung" in Übereinstimmung zu bringen. Daß es möglich ist, hier etwas zu tun, haben wir an dem Beispiel Zucker gesehen nach stetiger Steigerung der Anbauflächen für Zuckerrüben.[25] Ich weiß, daß wir bei den Überlegungen vor der Tatsache einer unglücklichen Besetzung und Zersplitterung der Landwirtschaft stehen. Wir werden uns damit nicht begnügen können, daß wir nur etwa von der Flurbereinigung sprechen, es ist vielmehr notwendig, hier mit finanzpolitischer Phantasie heranzugehen und zu überlegen, wie die Flurbereinigung beschleunigt werden kann, wie aber auf der anderen Seite direkt durch Überprüfung der Preispolitik, durch eine Förderung der Produktionsmöglichkeiten auch für den kleinen Bauern etwas geschehen kann. Es ist auf jeden Fall das Gebot der Stunde, daß nicht die Wirtschaft nach rechts und die Landwirtschaft nach links oder umgekehrt geht, daß wir in diesem Augenblick versuchen, die unvermeidlichen handelspolitischen Bedürfnisse Deutschlands festzustellen und zu überlegen, in welcher Weise Landwirtschaft und Produktion in Übereinstimmung mit den handelspolitischen Bedürfnissen gebracht werden können.

Bei der Betrachtung all dieser Dinge müssen wir zu einer Abklärung kommen. Was haben wir agrarpolitisch, kulturpolitisch nötig, zu überlegen, daß wir der Frage des deutschen Landarbeiters eine andere Bedeutung beimessen als bisher, besonders ist gleichzeitig zu beachten die schwierige Frage des kleinen Bauern.

Meine Freunde, leider ist auch die Zusammenarbeit mit dem Finanzminister schlecht. Ich will aber nicht zu den aktuellen Fragen Stellung nehmen. Es ist vor allen Dingen notwendig, daß wir zu der Frage Bank deutscher Länder Stellung nehmen. Ich möchte auch vor allen Dingen, daß hier unliebsame Spannungen vermieden werden. Es geht aber nicht, daß das Finanzministerium der dauernde Störenfried in der Bundesregierung ist. Ich habe nicht die Absicht, hier über die Finanzpolitik zu sprechen, ich will auch nicht jemand sein, der unbedingt kritisieren muß. Aber ich habe Sorgen, wenn ich sehe, daß durch solche Auseinandersetzungen die positive Arbeit behindert wird. Nun ist eine Frage akut geworden in den letzten Tagen durch einen Beschluß des Bundestages, bei dem unsere Fraktion nicht mitgemacht hat. Die Sache ist die, daß man beschlossen hat, daß die Subventionen für Brot und Getreide weitergehen müssen.[26] Man hat sich nicht der Mühe unterzogen, [die Summe zu berechnen], die wegen dieser Subventionen aufgebracht werden soll. Ich rate immer wieder, sich doch einmal die Gesamtzahl, vor allen Dingen der Aufwendungen für Krieg[sfolgen] und soziale Aufwendungen vor Augen zu führen,

---

25 Im Gegensatz zu dieser positiven Einschätzung *Blüchers* die Mitteilung von *Niklas* im Kabinett am 18. 7. 1950, mit der er auf Versorgungsprobleme mit Zucker hinwies. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 548.

26 Diskussion und Abstimmung über einen entsprechenden Antrag der SPD (BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 4., Drucks. Nr. 1083) im Bundestag am 14. 7. 1950, BT STEN. BER., Bd. 4, S. 2708 D–2727 B.

denen der Bund gegenübersteht. Sie sehen, daß ich mich stur dagegen stellen werde, daß wir diesen Beschluß des Bundestages in dieser Form annehmen. Dann das Problem bezüglich der Schlechterstellung der Beamten. Wie soll man heute eine neue Steuer verantworten?[27]

Lassen Sie mich zu einigen Zahlen etwas sagen. Man darf sagen, daß die Brotpreiserhöhung nicht gerechtfertigt ist.[28] Wenn man technisch vorgeht, kommt man auf 6 1/4 Pfennig pro Kilo an Brotpreiserhöhung. Das würde also bedeuten für das Brot 9 1/2 Pfennig. Statt dessen werden 12, 13 Pfennig berechnet. Wenn ich den Durchschnittsverbrauch in der Bundesrepublik annehme, komme ich auf einen Durchschnittsverbrauch von 9 1/4 Kilo pro Monat, das würde eine Erhöhung des Etats pro Person von 56 Pfennig pro Monat bedeuten. Rechnen Sie mit einem höheren Verbrauch bei Leuten, die kein Geld haben, und zwar von 12 Kilo, wäre das um ein Drittel mehr. Dann käme man pro Person – nach oben abgerundet – auf 75 Pfennig, das macht für einen Haushalt mit fünf Köpfen im Monat DM 3.75 aus.

Der Gedankengang der Bundesregierung ist der folgende, und in diesen Stunden wird die Antwort der beiden Gewerbe eingehen. Es soll ein in jeder Beziehung einwandfreies Konsumbrot zum bisherigen Preis hergestellt werden.[29] Derjenige, der unbedingt auf den Weizenverbrauch zurückfällt, soll es auch bezahlen. Das ist der Gedankengang, der uns vertretbar erscheint. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, einen anderen Weg zu gehen. Jedenfalls gehe ich in dieser Beziehung fest entschlossen in die Kabinettsberatungen hinein. Ich habe von mir aus vorgeschlagen, um überhaupt wirtschaftliche Vernunft in Erscheinung treten zu lassen, vielleicht noch eine zweite Sorte Mischbrot besserer Qualität mit einem Preisaufschlag von 2 Pfennig vorzusehen, so daß wir damit das von mir erwähnte Einheitsbrot hätten, alles übrige ist dann reines Weizenbrot, und wer es essen will, der soll es eben bezahlen.

Bei diesem Festhalten an dem bisherigen Preis bedeutet das ein Entgegenkommen beim Mühlengewerbe und bei den Bäckern. Es bleibt ein Unkostenposten, der mir unverständlich erscheint, daß wir noch immer den Zwang haben, das Mehl beim Handel zu kaufen und die Bäcker noch immer an den Handel gebunden sind. Ich glaube nicht, daß wir auf eine andere Lösung kommen.[30]

Nun kommen wir zu der Frage der Ausgleichsabgaben. Über die Unpopularität dieser Maßnahmen sind wir uns absolut klar. Auf der anderen Seite sollen wir mit unseren Kriegslasten und Sozialetat fertig werden; und weiter: laufen wir nicht ohnedies schon jetzt in eine riesige Gefahr? Denn Sie müssen davon ausgehen, daß ja der Erhöhung des Brotpreises der Fortfall einer Menge von

---

27 Bezieht sich auf den Gesetzentwurf zu Art. 131 GG, den das Kabinett am 25. 7. 1950 verabschiedete. Er sah zur Finanzierung des Gesetzes vor, daß die Gehälter der Beamten mit einer 3 %igen Abgabe zu belegen waren. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 574 f.

28 Zu den ausführlichen Diskussionen im Kabinett über den Brotpreis Ende Juni/Anfang Juli 1950 ebd., S. 483 ff., 502 f., 514, 521 ff. und 532.

29 Ebd., S. 540 f.

30 Über den Brotpreis fanden am 20. und 21. 7. 1950 Verhandlungen von Kabinettsmitgliedern mit Vertretern des Bäckereigewerbes und des Mühlengewerbes statt. Zum Ergebnis ebd., S. 560.

Subventionen gegenüberstehen, und eine besondere Gefahr ist, daß der Verbrauch an Superphosphaten aufhört, eine Gefahr, die nicht ernst genug betrachtet werden kann. Das hat ursprünglich zu dem Gedanken dieser Ausgleichsabgabe geführt.[31]

Jetzt will ich in eigener Sache sprechen.

Wie ich es überhaupt vertreten soll, daß acht Leute in einem Raum sitzen, ist mir nicht möglich zu sagen. Ich lege Wert darauf, daß Sie sich mein Ministerium einmal ansehen, daran bin ich sehr interessiert.

Ich komme nun zu dem Gesetz nach Artikel 131 GG, das Gesetz auf die Verhältnisse der verdrängten Beamten und derjenigen, deren Brotgeber verlorengegangen ist.[32]

Hier haben wir uns immer an die Linie der Partei gehalten, die die Gleichstellung fordert. Ich werde vor allen Dingen jede Konstruktion ablehnen, die die Dinge so erscheinen ließe, als ob es sich hier darum handelt, daß für diesen Personenkreis der Bund als Rechtsnachfolger des Reiches in Erscheinung tritt. Das ist praktisch nicht möglich, der Kommunalbeamte aus Breslau oder Magdeburg kann nicht vom Bund betreut werden. Wir haben uns an die Gleichstellung gehalten und uns dafür eingesetzt. Trotz außerordentlich ernster Sorgen von anderer Seite und Wünsche sind wir der Auffassung, daß es nicht vertretbar sei, einer besonderen Kategorie Vertriebenen, nämlich den Beamten, eine Stellung zu geben, die naturnotwendig von allen anderen Vertriebenen ihre Ansprüche hervorrufen würde, wenn die Beamten eine 100 %ige Abgeltung ihrer Schäden erhalten würden. Ich betone, wir haben uns an die Parteibeschlüsse gehalten.

Es ist daran gedacht, einen Teil der Mittel aufzubringen dadurch, daß der Anspruch auf Versorgungsberechtigung bei den hiesigen Beamten und Ruhestandsbeamten einer Besteuerung unterworfen werden soll. Jedenfalls werden hier verschiedene politische Gründe aufgeworfen. Es ist aber auch zu bedenken, daß denjenigen Parteien, die für eine Senkung der Gelder bei den hiesigen Beamten eintreten, ein Schaden entsteht. Es ist wohl nicht anrüchig, wenn der Beamte, dem es gelungen ist, seine Versorgungsansprüche zu retten, auch ein gewisses Opfer bringt. Es kommt aber hinzu, daß ein Großteil der Beamten so jämmerliche Gehälter erhält, daß es mir nicht vertretbar erscheint, diesen Beamten die Bezüge zu senken, auch das muß überlegt werden. Man kann sagen, wenn wir uns bewegen wollen, müssen wir für die unteren Beamten etwas tun, und wenn wir den Staat erhalten wollen, müssen wir für die oberen Beamten etwas tun. Wir sind der Ansicht, daß, wenn es dazu kommt, daß die 6 %ige Gehaltskürzung aufgehoben wird, dann die niedrigen Besoldungsstufen, soweit sie mehr als DM 125,– verdienen, mit 3 % herangezogen würden, daß die hohen Pensionen herangezogen werden, so daß sich bei den Aktiven eine Gehaltskürzung von 3 % ergibt und bei den Wartestandgeldempfängern eine

31 Bezieht sich auf eine von der Bundesregierung vorgeschlagene Margarineausgleichsabgabe, von der sie aber am 21. 7. 1950 abrückte, ebd., S. 561.

32 Vgl. zum folgenden U. WENGST, Beamtentum, 1988, S. 171–188.

Kürzung von im Durchschnitt 10 %. Die Bereinigung dieser ganzen Verpflichtung ist eine Angelegenheit, die nicht ernst genug genommen werden kann.

Mangels der Vorlage im Wortlaut bin ich leider nicht in der Lage, genauso schon über das Kriegsversehrtengesetz zu berichten, und es wäre ein vergebliches Unterfangen, in weniger als zwei–drei Stunden über das Lastenausgleichsgesetz zu berichten. Das ist auch der Grund, weshalb ich darauf dränge, in der ersten Septemberwoche eine Sitzung des Hauptausschusses in Aussicht zu nehmen. Gewiß, man könnte dem entgegenhalten, daß die Gewissensverantwortung bei den Abgeordneten liegt, aber die Vertretung von Beschlüssen ist so außerordentlich tief, daß sie die nächsten Jahrzehnte deutscher Geschichte beeinflussen werden, und diese Vertretung liegt bei der Organisation in Stadt- und Landkreisen. Es wird daher einer sehr sorgfältigen Vorbereitung bedürfen, und wir werden uns damit abfinden müssen, daß wir für diese drei großen Gesetze wenigstens je einen Tag zur Verfügung haben. Wir müssen eine gründliche Aussprache herbeiführen unter Beteiligung der am meisten beteiligten Abgeordneten, und ich glaube nicht, daß wir an dieser Verpflichtung vorbeikommen werden. Ich habe mich mit Absicht nur auf die Schwerpunkte unserer heutigen Sorgen und Überlegungen beschränkt. Ich will nur noch sagen, daß ich nicht glaube, daß die Regierungsarbeit so weitergehen kann wie bisher. Es ist die Zusammenfassung der Ressorts zu einer Regierung notwendig. Ich selbst habe zunächst angefangen mit einer Änderung der Methode. Es geht wirklich nicht an, daß man die Leute, mit denen man Entscheidungen haben will, schlecht behandelt.

Das Zweite ist die geradezu traurige Frage der Führung unserer außenpolitischen Geschäfte.[33]

Dann ist noch der umstrittene Fall des Finanzministers. Meine Herren, wer immer Einfluß auf ihn hat, sollte ihn vom Reden abbringen. Ich glaube, es sollten in einem kleinen Kreise positive Vorschläge gemacht werden. Nach meiner Ansicht ist der Finanzminister in der Öffentlichkeit nicht mehr lange zu halten.[34]

Dann ist noch das Gutachten über die Bundesbahn.[35] Dieses Gutachten ist von einer erstaunlichen Leichtfertigkeit. Es geht so, daß ohne irgendwelche Bedingungen einzubauen, es losgeht mit Entlassung von 80 000 Menschen. Es geht so ungefähr los, Beseitigung der Hälfte aller geschätzten Bahnübergänge, Verbindung von Weichen und Kolonnen-Schotter, usw.

Dann die Frage der Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

---

33 Zum Stand des organisatorischen und personellen Aufbaus des außenpolitischen Apparates der Bundesregierung bis zum Juli 1950 vgl. U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 183–186.

34 Zur teilweise heftigen Kritik an *Schäffer* aus dem Bundestag im späten Frühjahr und Sommer 1950 vgl. ebd., S. 296 ff., und U. WENGST, Beamtentum, 1988, S. 166–170.

35 Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 545 f.

Hierzu kann ich nur sagen, daß der Auftakt der Regierungsverhandlungen auf eine derartige Weise unterschöpft wurde, daß an dem Vormittag des Tages[36] ein Klüngel zwischen CDU und Zentrum verabredet wurde, so daß die Personenzahl der Ausschüsse nicht 14 sondern 13 betrug mit dem Ziel, einen FDP-Mann und einen Zentrumsmann, anstatt zwei FDP-Männer und einem Zentrumsmann. Ergebnis der ersten Abstimmung FDP plus SPD ist beantragt.

Wenn wir nicht im kleinsten [Kreis] zu einer Formulierung der Regierungserklärung kommen, kommt es zu der Erklärung, daß die CDU mit fliegenden Fahnen in die Koalition [mit] der SPD hineingeht. Ich weiß nicht mehr, was da geschehen soll.

Dann die Frage Schleswig-Holstein. Sie kennen alle den Ausgang der Wahl.[37] Es gibt keine Regierungsmehrheit, außer in zwei Fällen, wenn Wahlblock[38] und SPD zusammengehen, oder wenn die CDU mit [der] SPD zusammengeht, oder aber Deutscher Wahlblock und BHE oder SPD und BHE. Ich bin ganz offen der Ansicht, man sollte uns nicht in die Zwielichtigkeit hineinbringen, daß wir unsere politische Tradition aufgeben und etwa mit BHE zusammengehen. Bisher haben wir immer geglaubt, wir sollen an dem Begriff der politischen Partei festhalten, und es ist wichtig, daß wir diesen Begriff nicht aufgeben. Ich verspreche mir keinerlei Regierungsfähigkeit mit dieser.

Wir müssen uns darüber klar sein, gewisse Einigungen anzunehmen, solange die Beschlüsse ausschließlich von Fraktionen gefaßt werden. Ich glaube, die Abgeordneten sollen über die Gesetzgebung vor ihrem Gewissen entscheiden.

EULER zur Frage der Aufwendungen[39]: Ich glaube, wir sollen zunächst einmal dieses Thema behandeln, Bauaufwendungen usw., weil es ganz unverhältnismäßige politische Auswirkungen hat. Ich bedaure, daß nicht eine Regelung gefunden worden ist, die wenigstens einen Teil dieser Aufwendungen von vornherein unmöglich gemacht hätte. Wir haben vom Innenministerium gesprochen. Ich kann mir nicht denken, daß die Zustände so bleiben können, daß in einem Raum zwei Referenten und drei Schreibmädchen sitzen. Ich kann bestätigen, daß die Zimmer äußerst einfach eingerichtet sind, die Wände nur geweißt, in einem Fall eine einfache Tapete, und das Büromaterial ist ebenfalls

---

36 Gemeint ist sehr wahrscheinlich der 13. 7. 1950, an dem die CDU erstmals mit der FDP und dem Zentrum zu Koalitionsverhandlungen zusammentraf. P. HÜTTENGERGER, 1973, S. 491. Zum Ablauf der Regierungsbildung bis zur Abgabe der Regierungserklärung *Arnolds* am 21. 9. 1950 ebd., S. 490–500.

37 In der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 9. 7. 1950 hatte die CDU 19,8 %, die SPD 27,5 %, die FDP 7,1 %, die DP 9,6 % und der BHE 23,4 % der Stimmen erhalten. STATISTISCHE BERICHTE, 1957, S. 4 f.

38 In der Landtagswahl hatten sich CDU, FDP und DP zu einem Wahlblock zusammengeschlossen. Dazu CDU-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE, 1986, S. 51. Die Parteien des Wahlblocks bildeten Anfang September zusammen mit dem BHE die Regierung. Vgl. A. C. STORBECK, 1970, S. 341 f.

39 Bezieht sich auf die Finanzierung von Bundesbauten in Bonn, worüber ein Konflikt mit Finanzminister *Schäffer* ausgebrochen war. Vgl. U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 296 ff.

sehr einfach. Was das anbelangt, ist dazu nichts zu sagen. Es würde mich nur interessieren, was Sie dazu zu sagen haben, daß die Presse sagt, daß das Gebäude bisher 600 000 DM gekostet hat und dazu noch sehr unpraktisch und zu klein ist. Hätte man da nicht ein zweckmäßigeres Gebäude nehmen können, was auch nicht so kostspielig gewesen wäre?

BLÜCHER: Zunächst: Ich habe es nicht ausgesucht, zudem haben wir hier aber eine Ausdehnungsmöglichkeit. Ich kann heute schon sagen, daß es wahrscheinlich möglich sein wird, einen beträchtlichen Teil der Aufwendungen durch Veräußerungen dieses überdimensionierten Geländes wieder abzugelten. Dann muß ich berichtigen, daß die genannte Zahl von 600 000 DM nicht stimmt, sondern nur dann in Frage kommt, wenn die von uns beabsichtigten Erweiterungspläne durchgeführt sind. Der jetzige Aufwand beträgt 340 000 DM.

Blücher führt weiter aus: Es gibt keine so unangenehme Stelle wie das ERP-Ministerium. Ich persönlich bin der Auffassung, daß Schnellbauten viel kostspieliger sind. Sehen Sie, wenn ich sechs oder sieben Baracken hätte, die je 120 000 DM kosten, was wäre dabei herausgekommen? Ich bin der Überzeugung, daß wir nur sparen könnten, wenn wir keine Bundesbaudirektion[40] hätten. Die Bundesbaudirektion überteuerte alles unerträglich.

Anschließend Diskussion über Aufwendungen.

[BERICHT SCHÄFERS ÜBER DIE ARBEIT DER BUNDESTAGSFRAKTION]

Dr. SCHÄFER: Ich will nur einige kurze Ausführungen machen. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß die Fraktion eingehende Berichtsmittel zur Verfügung gestellt hat. Ich möchte vor allen Dingen betonen, daß wir eine junge Partei sind, sie ist aber durch die Entwicklungen, die im Wirtschaftsrat begonnen haben, in die Lage versetzt, Regierungspartei zu werden. Dann noch dazu, die Partei ist kein Reichsgebilde, sie ist entstanden aus elf Landesverbänden, die unter verschiedenen Bedingungen zusammengekommen sind. Das erste, was notwendig war, war eine innere Verbindung der Fraktion herzustellen.

Herr Dr. *Schäfer* führt weiter aus: Die Frage der politischen Taktik muß erörtert und geprüft werden. Wie kann ich die Gefahr eines Rechtsradikalismus bekämpfen? Doch nur dadurch, daß ich den Versuch einer Absorption mache und bemüht bin, Kreise zu absorbieren, daß ich mich bemühe, sie anzupacken. Wir sind im wesentlichen die Partei, die einen Kampf gegen den reinen Rechtsradikalismus zu führen hat, das ist unsere Aufgabe, die SPD hat die Aufgabe, den Kommunismus zu absorbieren.

Wir stehen auch heute vor der Schwierigkeit der Neugründung eines Staates. Der Staat wird nicht auf irgendwelchen Grundlagen der Vergangenheit aufgebaut. Wir können nicht an vorhandene Dinge anknüpfen.

---

40 Die Bundesbaudirektion war durch Beschluß des Kabinetts am 17. 3. 1950 errichtet worden. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 270.

Es ist zu den Dingen schon manches gesagt worden. Wirtschaftlich wird die Linie der Partei in alleräußerster Konsequenz verfolgt. Wir werden uns niemals dazu hergeben, zwangswirtschaftlichen Dingen zuzustimmen. Soweit wir interventionistischen Maßnahmen zugestimmt haben, ist immer wieder auf den Gebieten festzustellen, daß mit marktgerechten Mitteln operiert worden ist, es ist nicht mit Mitteln gearbeitet worden, die den Gedanken der Wiederherstellung einer Marktwirtschaft [gemeint: Planwirtschaft] tragen.

Entscheidend ist, daß es nicht allein um die Fraktion geht, sondern aus dem Lande die Resonanz kommen muß. Der Nervenkrieg hat Formen angenommen, die allmählich unheimlich werden. Wir müssen diesen Dingen deutlich entgegentreten. Dieser Nervenkrieg geht aus von der Tatsache, daß der zweifellos großen russischen Aktivität und einer auch im Moment in den Grenzräumen des russischen Gebietes wirksamen Aufrüstung nicht die nötigen Mittel der Alliierten gegenüberstehen. Aber darauf kommt es doch nicht an. Wir haben in zwei Kriegen die Erfahrung gemacht, daß es im Falle einer militärischen Auseinandersetzung überhaupt nicht auf die Anfangserfolge ankommt, anfängliche Überlegenheit, sondern auf die Enderfolge.

Es entsteht dadurch die Ansicht, daß wir in einer völlig hoffnungslosen Situation wären, und aus diesen Dingen heraus ist auch die Panik gekommen. Man muß eben auch an die Risiken der anderen Seite denken und diese hervorheben, sonst kommen wir über die Schwierigkeiten nicht hinweg. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß, wenn wir den Nervenkrieg gewinnen wollen, dann darf die innerpolitische Situation nicht so verworren sein. Es muß eine Änderung der Methoden erfolgen, und das bedeutet auch eine Änderung seitens des Kanzlers [und] des gesamten Kabinetts. Jeder fährt im Lande herum und hält Reden, was ihm gerade einfällt. So entsteht eine unmögliche Situation. Es kommt darauf an, Kräfte zusammenzufassen und einen bestimmten Eindruck zu vermitteln und dafür zu sorgen, daß man zunächst selbst vorbildlich sein muß in der Einordnung in die Gesamtheit. Das ist es, worauf es ankommt, um den Eindruck einer überzeugenden Wirkung zu bekommen. Es ist unmöglich, daß zwischen Finanzminister, Wirtschaftsminister, Ernährungsminister fortwährend Differenzen in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten. Bei der boshaften Taktik, die Gesetze nicht rechtzeitig einzureichen, sondern in kurzer Zeit Entscheidungen durchzujagen und sich zu binden, wird es dazu kommen, daß das Parlament anfängt, sich mit eigener Initiative einzusetzen.

Aufgrund eines Besuchs der Amerikaner haben diese mit Entsetzen gehört, daß, wenn man bei uns einen Gesetzentwurf vorbereitet, man dazu jedesmal die Hilfe der Sachbearbeiter in den Ministerien nötig hat. Wir werden das bis zu einem gewissen Maße machen müssen. Die Versorgung der Abgeordneten mit Material ist sehr schwierig, aber letzten Endes kann sie nicht ins Uferlose gehen.

Dann müssen wir Doppelfunktionen vermeiden. Von der Parteiseite ist noch zu dem Kabinett zu sagen, daß man nicht auf Gedeih und Verderb mit einem Kabinett mitgehen kann, das von einer Seite auf die andere fällt und verworrene Bilder in der Öffentlichkeit darstellt, weil sich eine Linie ergeben könnte, die wir nicht bejahen können, weil sie für die gesamte deutsche Lage verhäng-

nisvoll werden könnte. Wenn wir die Demokratie feindlicher Kräfte bekämpfen wollen, so ist das nur dadurch möglich, daß man einen gut funktionierenden demokratischen Staat sichtbar macht.

Noch einen Satz zur überstaatlichen Zusammenarbeit. Wir werden in den Europarat gehen. Was entscheidend ist, ist die Ausführung der Dinge. Wir stehen hier vor einer merkwürdigen Situation.

Der Bundestag steht auf dem Standpunkt, das passive Wahlrecht für diese Institution auf die Bundestagsmitglieder zu übertragen.[41] Es ist wohl richtig, zunächst einmal bei diesem ersten Mal Mitglieder des Bundestages zu schicken, zumal wir einen engen Zusammenhang zwischen dem deutschen Parlament und dem Straßburger Parlament haben müssen. Wir können nicht plötzlich mit Personen operieren, die nicht an die Linie der Fraktion gebunden sind. Das würde zu unmöglichen Verhältnissen führen.

In einem Gespräch, das ich mit [dem] Generalsekretär, Herrn *Paris*, hatte, ergab sich folgendes:

Alle Länder schicken Leute aus dem Parlament, und zwar Leute, die im innenpolitischen parlamentarischen Leben bereits abgestempelt sind. Wenn wir Leute, die im deutschen Leben noch nicht hervorgetreten sind, entsenden würden, würde das bei den anderen Ländern so aufgefaßt werden, als wenn wir die Straßburger Einrichtung nicht als akut ansehen. Dieser Eindruck darf nicht entstehen, daß wir Leute aus dem Hintergrund schicken. Aus diesem Grunde wird man den Standpunkt der Fraktion, zunächst einmal bei diesem ersten Mal in erster Linie zurückzugreifen auf Mitglieder des Bundestages, auch billigen. Daß dieses natürlich nicht auf die Dauer geht, darüber sind wir uns klar.

Vor allen Dingen müssen wir in Zukunft die Doppelmandate vermeiden. Diese sind auf die Dauer nicht vertretbar. Eines Tages werden wir die Frage stellen müssen, entweder Europarat oder Bundestag, aber im Augenblick geht es nicht.

1. Müssen wir Leute schicken, die in der Entwicklung stehen;
2. nach außen hin muß der Eindruck vermieden werden, als wollten wir Leute zweiten Grades schicken.

Dann kommt noch die Sache dazu der Ansprüche des Bundesrates. Der Bundesrat hat gemeint, er müßte sich an der Delegation beteiligen können.[42] Der Bundesrat ist eine Vertretung der Länderexekutive mit Imperativmandat. Das letztere würde nicht entscheidend sein.

Ich kann da sagen, die Fraktion hat diese Vorschläge abgelehnt. Wir können das nicht machen, denn sonst würden wir dem Bundesrat die Berechtigung zugestehen, in die Außenpolitik einzugreifen. Wir werden uns auf den Standpunkt stellen, daß wir ein ausschließliches Benennungsrecht des Bundestages anerkennen. Die Frage ist, wie wird sich das Kabinett verhalten? Es hat sich bisher passiv verhalten. Am 7. August treten die Institutionen zusammen. Es

41 Vgl. Anm. 10.
42 Vgl. Anm. 12.

ist notwendig, mit den organisatorischen Vorbereitungen zu beginnen und dafür zu sorgen, daß die Delegation Mittel hat, um arbeitsfähig zu sein. Wir hätten nach meiner Meinung dafür sorgen müssen, daß wenigstens eine Apparatur vorhanden ist. Ich habe infolgedessen innerhalb des Präsidiums des Bundestages angeregt, daß der Bundestag seine eigene Einrichtung schafft.

Es wird das Ansinnen gestellt, seitens der Parteifreunde Fragen zu stellen, die dann behandelt werden sollen.

[AUSSPRACHE]

BLÜCHER führt aus: Ich will vorweg darauf hinweisen, daß wir mit unseren Ansichten über die Regierung fast völlig einig gehen. Aber was z. B. Straßburg betrifft, so ist die Sache die, daß in der vorigen Woche die SPD die angebotene Hilfsstellung der Regierung [. . .], ein eigenes Sekretariat zur Verfügung zu stellen, abgelehnt hat.

Wir müssen versuchen, eine im Grundsatz einheitliche deutsche Vertretung zu entsenden, und infolgedessen wäre es hier richtig und notwendig, mit der SPD diese Frage zu besprechen.

Es bleibt mir nichts anderes übrig, als am Mittwoch sämtliche Fraktionen zu mir zu bitten und mit ihnen im einzelnen die Frage der Einrichtung Straßburgs zu besprechen.[43]

Was aber nun eine grundsätzliche Frage betrifft, die heute nachmittag behandelt werden muß. *Schäfer* hat mit vollem Recht die Uneinheitlichkeit der Regierung angegriffen. Wenn jemand erklärt, ich spreche ohne Beschluß, dann soll er sagen, ich spreche als einzelner Politiker. Es geht nicht an, daß fortgesetzt Partei und Fraktion festgelegt werden auf die Äußerungen einzelner, das können wir nicht machen. Jeder hat das Recht der Äußerung.

Ernst MAYER gibt zu bedenken, daß die politische Aussprache wohl die weit wichtigste ist, sagt aber auch, daß er niemand gehen läßt, wenn nicht Beschlüsse heute gefaßt werden, die ihm das Arbeiten auf Bundesebene ermöglichen. Er sagt, Sie dürfen mich nicht allein lassen, und ich bitte bei aller Vordringlichkeit, daß die Freunde dann noch da sind, wenn wir diese geschäftlichen Dinge besprechen.

HÖPKER ASCHOFF: Ich habe auf dem vorgestrigen großen Landesparteitag[44] erlebt, daß man eingesehen hat, daß die Wahlvereinbarungen mit der CDU[45] ein schwerer Fehler gewesen sind, und Dr. *Middelhauve* hat in Erkenntnis sein Amt zur Verfügung gestellt. Immerhin hat sich aus dieser Politik der Vergangenheit eine Zwangslage für die Regierungsbildung ergeben. Wir haben durch

43 Die am 26. 7. 1950 vom Bundestag gewählte Delegation bestand aus je sieben Abgeordneten von CDU/CSU und SPD, drei Abgeordneten der FDP und einem Abgeordneten der DP. BT STEN. BER., Bd. 4, S. 2837 C–D.

44 Landesparteitag der FDP von Nordrhein-Westfalen am 15. und 16. 7. 1950. Dazu die knappen Hinweise in: E. MENDE, 1984, S. 227.

45 Dazu Nr. 7, Anm. 9.

diese Koalition die CDU um acht bis neun Mandate verstärkt, ohne jede Gegengabe. Wir haben dadurch selbst auf einige Mandate verzichtet.

Die Frage ist nun, was soll werden? Es war die überwiegende Meinung des Landesparteitages, daß man auf die kleine Koalition zusteuern und sich an einer großen nicht beteiligen will. Die Frage hierzu, inwieweit soll man, um eine solche kleine Koalition zu ermöglichen, auf die Bedingungen eingehen, auf solche Bedingungen, Ihr müßt zuvor die Verfassung anerkennen.[46] Dann die Frage der Schulgesetze[47], des Verzichts auf das Innenministerium.[48] Die Partei hat aber deutlich ihre Meinung kundgetan, daß wir unter keinen Umständen die Verfassung anerkennen wollen.

Ich bin der Meinung, daß wir die Koalitionsverhandlungen dadurch nicht erschweren, sondern es richtig ist, wenn wir einen starken Standpunkt einnehmen und von dem Koalitionspartner einige Zugeständnisse erwarten. Ich glaube, die Dinge werden so laufen, daß entweder Nordrhein geteilt wird und die alte Koalition gebildet wird, oder aber, wenn bei der Bildung dieser großen Koalition Bedingungen gestellt werden, daß dann die ganz kleine Koalition CDU/Zentrum zustande kommt.[49] Die Frage der Remilitarisierung usw. wird so im Vordergrund stehen, daß die CDU darauf lossteuern wird. Man fürchtet, daß wir an dieser Koalitionsbildung nicht allzu viel mehr zu sagen haben werden. Das war ein richtiger Fehlschlag, wir haben ja auch die CDU um acht Mandate verstärkt, so daß sie die Möglichkeit hat, die kleine Koalition zu bilden, aber das ist ja nicht mehr zu ändern.

Dr. VON RECHENBERG: Dr. *Middelhauve* war sich eingehend darüber klar, daß ein großer Fehler begangen worden ist, auf die Versprechungen einzugehen. Ich selber bin der Meinung, daß es nicht zu einer Regierungsbildung mit der FDP kommen wird, die große Koalition lehnt die FDP ab, und die kleine mit Zentrum wird ebenfalls abgelehnt werden. Wie weit die Möglichkeit besteht, eine Regierung zu bilden, ist noch nicht klar. Es gibt schließlich einige Abgeordnete, die sich widersetzen werden, aber es sind auch schließlich Leute drin, die sehr weit auf unserem Boden stehen. Man hat wohl die Frage aufgegriffen, ob wir bereit sind, die kleinste Koalition zu machen, um dann hinterher eine FDP-CDU-Koalition zu bilden. Dies hat *Middelhauve* abgelehnt.

Frage des Wahlbündnisses: Das Wahlbündnis wurde von *Adenauer, Pferdmenges* an uns herangetragen. Ich möchte noch sagen, daß die wirtschaftlichen Kreise in Nordrhein-Westfalen, die als Geldgeber in Frage kamen, weitgehendst durch die Politik in Nordrhein-Westfalen geprellt worden waren. Es hat eine Unmenge Stimmen gegeben, die gesagt haben, Ihr bekommt keinen

46 Die durch Volksentscheid am 18. 6. 1950 angenommene Verfassung Nordrhein-Westfalens war zuvor von der FDP-Landtagsfraktion teilweise verworfen worden. Vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 471.

47 Hierzu ausführlich D. BUCHHAAS, 1985, S. 110–177.

48 Die CDU verlangte die Besetzung des Innenministeriums mit einem Mann aus ihren Reihen und stieß damit Mitte Juli 1950 auf den Widerstand der FDP. Vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 491.

49 Hierzu ist es im September 1950 schließlich auch gekommen. Ebd., S. 499.

Pfennig, das erhält die FDP. Es kommt alles darauf an, daß die CDU vor diesen Wirtschaftskreisen das Gewicht verliert.

Wir müssen eine Taktik spielen, daß es unter keinen Umständen an uns liegt, daß die kleine Koalition nicht zustande kommt.

Wir müssen unter allen Umständen vermeiden, daß man von den deutschen Geldgebern der Wirtschaft spricht und uns einen Vorwurf macht, Ihr habt die Regierungbildung verhindert. Die anderen müssen uns solche Bedingungen stellen, daß wir sie akzeptieren können. Das ist das, was ich dazu sagen wollte. Ich glaube nicht an eine kleine Koalitionsbildung.

BLÜCHER: Ich will mich nicht einlassen in Auseinandersetzungen der Vergangenheit. Ich bin der Ansicht, daß die Mehrheit der Partei sich auf den Standpunkt stellt, daß zunächst nicht eine Koalitionsbildung mit der SPD zustandekommt. Vor allen Dingen, daß wir in Schwierigkeiten geraten werden, daß wir in kurzer Zeit ausscheiden müssen.

Ich bin vor allen Dingen der Ansicht, nichts zu tun, was besagen könnte, daß wir das Scheitern der Verhandlungen schon jetzt voraussehen und erkennen. Wenn die Dinge schief gehen und wir können keine Mehrheit bilden, dann müssen wir darauf hinweisen, wie sich die CDU verhalten hat. Dann haben wir die Möglichkeit, bei der CDU stark aufzuräumen. Es gehört ein Übermaß an Klugheit dazu und eine außerordentliche Publizität. Kommt es zur großen Koalition, dann ist auch für uns der Augenblick gekommen, das Gesicht der CDU klar darzustellen, dann haben wir die Möglichkeit, auf die wir schon seit drei Jahren vergebens gewartet haben.

OELLERS: Ich will erklären, wie ich die Situation in Schleswig-Holstein sehe, nämlich, daß der Deutsche Wahlblock[50] sein Ziel nicht erreicht hat. Diese Erkenntnis hat in ganz Schleswig-Holstein weitestgehend Raum gewonnen. Hätte die FDP mehr Wahlkreise bekommen, würde der Deutsche Wahlblock gesiegt haben. Ich will nur sagen, wie ich die politische Situation ansehe hinsichtlich der Regierungsbildung.

Man muß erkennen, daß die Kreise, die hinter dem BHE stehen, keine marxistischen Kreise sind. Gerade die Adelskreise haben hinter dem BHE gestanden und ihn finanziert. Am vorigen Sonnabend haben wir zum ersten Mal die drei Fraktionen CDU, DP und uns zusammengerufen, wobei sich zeigte, daß unsere Leute den anderen geistig himmelweit überlegen sind. Es lag mir daran, der CDU und der DP eine starke Distanz zu zeigen. Wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir uns auf keinen Fall an der SPD-Regierung beteiligen, ob überhaupt, das sei eine zweite Frage. Wir werden eine gemeinschaftliche Fraktion bilden. Ich habe verlangt, daß die Redner unter dem Zeichen FDP sprechen. Es ist beschlossen worden, jeder übernimmt ein Ministerium mit mehreren Ressorts. Wir werden übernehmen Wirtschaftsministerium, Verkehr und Wiederaufbau sowie Justizministerium.[51]

---

50 Vgl. Anm. 38.

51 In der am 5. 9. 1950 gebildeten Regierung Bartram übernahm die FDP nur das Ministerium für

Offen gelassen ist die Sozialarbeit und das Flüchtlingsministerium. Dort will man den BHE einschalten.[52] Herr *Blücher* hat vollkommen Recht mit seinem parteitaktischen Standpunkt. Ich habe gesagt, wenn, dann im Rahmen eines schriftlich fixierten Regierungsprogramms. Es ist unmöglich, daß der BHE mit der SPD einig geht, dann haben wir keine Mehrheit.

Wir werden entweder eine Regierung des Wahlblocks bekommen unter Übertritt der BHE-Leute, oder eine Koalition BHE mit Wahlblock, wobei wir von vier Ministerien drei besetzen und sie[53] nur ein Ministerium bekommen mit einem Regierungsprogramm, welches von vornherein festgelegt ist. Ich habe lange überlegt, ob ich nicht überhaupt aus der Geschichte herausbleiben solle, das wäre das Richtigste. Denn ich kann nicht erkennen, daß man so dem BHE einen gewissen Auftrieb gibt. Ich glaube, die einzige Möglichkeit ist, den BHE unter unseren Einfluß zu bekommen. Ich bin der Überzeugung, daß in kurzer Zeit der BHE in Schleswig-Holstein abgewirtschaftet ist und wir die vernünftigen Leute in unsere Hand bekommen.

[Pause. Fortsetzung: 15.00 Uhr]

[Blücher]: Es gibt drei konkrete Themen.

Schumanplan: Es bleibt für uns die Aufgabe eines wirtschaftspolitischen Vertrauensmannes oder des wirtschaftspolitischen Ausschusses.[54] Dann käme die Frage Europarat, die Herr Dr. *Schäfer* bereits behandelt hat.

Dann käme zum Schluß bei diesem Thema die übliche Frage über die Behandlung der außenpolitischen Geschäfte.

Schumanplan: Der wirtschaftspolitische Ausschuß scheint das Gremium zu sein. Wir haben von Berlin aus Leute benannt, die der Gesamtvorstand berufen wird.

Europarat: Wir bitten, daß der Gesamtvorstand die Haltung der Fraktion billigt, daß die Bundestagsabgeordneten designiert werden, wobei wegen der vorgetragenen verfassungsrechtlichen Verhältnisse das Zugeständnis eines Repräsentationsrechts an den Bundesrat abgelehnt wird.

Oellers: Bedeutet diese Billigung auch eine Billigung der gewählten Personen? M. E. wäre es richtig, daß diejenigen die Bundestagsabgeordneten ernennen, die sie kennen, und dabei darauf zu schalten [achten?] wäre, daß sich die

---

Wirtschaft, Aufbau und Verkehr, das Justizministerium besetzte die DP. A. C. Storbeck, 1970, S. 341.

52 Das Ministerium für Soziales, Arbeit und Flüchtlingsfragen ging ebenso an den BHE wie das Ministerium für Inneres und Volksbildung. Ebd.

53 Gemeint der BHE.

54 Zur Beratung der deutschen Verhandlungsdelegation für die Schumanplan-Verhandlungen war u. a. „ein wirtschaftlicher Ausschuß unter Einbeziehung von Bundestagsabgeordneten gebildet" worden. Kabinettsprotokolle 1950, 1984, S. 473. Am 29. 6. 1950 hatte *Blücher* darüber hinaus gefordert, die Delegation durch wirtschaftliche Sachverständige zu erweitern. Dieser Forderung war *Adenauer* am 5. 7. 1950 nachgekommen. Ebd., S. 492.

Fraktion ihrer Verpflichtung gegenüber dem deutschen Namen bewußt ist, daß ein Vertreter in Straßburg Deutschland repräsentiert.

BLÜCHER: Ich habe die Herren Vertreter der Fraktion zu morgen mittag 12.00 Uhr zu mir ins Haus Castarnjen gebeten.

Wir werden morgen mittag alles besprechen und dann demgemäß verfahren.

Ich glaube, es hat sich ergeben, daß Sie dem Wunsch der Partei entgegenkommen und die Haltung der Partei billigen.

Führung außenpolitischer Geschäfte. *Blücher* bittet um Vorschläge an die Fraktion.

SCHÄFER: Ich glaube, hier wird wahrscheinlich die Auffassung vertreten, die wir in einer Notifizierung an den Bundestag ausgesprochen haben, daß wir nicht der Meinung sind, daß mindestens ein zweiter Sekretär zur Führung der Geschäfte notwendig ist.[55] Es genügt nicht, daß morgens um 7.00 Uhr gehörte Nachrichten benutzt werden, um politische Beschlüsse zu fassen. Dieser Standpunkt bedarf noch einer eingehenden Berücksichtigung.

BLÜCHER: Ich habe am Freitag in Gegenwart unserer Freunde im Kabinett erklärt, daß innerhalb unserer Partei die Mißstimmung so groß ist[56], daß es nicht zu umgehen sein würde, daß am Montag außerordentlich unangenehme Erklärungen zustande kämen.

HÖPKER ASCHOFF: Es ist so, daß dem Kanzler noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß wir eine Bundesregierung haben, in der alle Minister mit dem gleichen Stimmrecht sitzen.

Der Vorstand billigt die Haltung der Fraktion zur Führung der Außenpolitik.

[SCHÄFER]: Jetzt die drei großen innenpolitischen Gesetze:

Was das Gesetz zu Artikel 131 anbelangt, hoffe ich, daß es dabei bleibt, was in der Sitzung der vorvorigen Woche am Freitag [. . .] das Kabinett gemeinsam mit Fraktionsvertretern abgesprochen hat.[57] Ich halte es für erforderlich, nochmals folgendes zu sagen: Gleiche Höhe hinsichtlich der Pensionen. Die Altersgrenze sei noch nicht völlig klar. Entweder Gleichstellung vom 65. Lebensjahr nach unten oder abschlägig, gestaffelt nach Lebensalter und Gehalts-

---

55 Bezieht sich auf die Staatssekretärsstellen im Bundeskanzleramt. Der Bundestag hatte auf Antrag der SPD (BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 3, Drucks. Nr. 786) und auf Empfehlung des Ausschusses für Besatzungsstatut und Auswärtige Angelegenheiten (BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 3, Drucks. Nr. 813) am 31. 3. 1950 den Bundeskanzler ersucht, ein Bundesamt für Besatzungsfragen und Auswärtige Angelegenheiten zu errichten und an seine Spitze einen Staatssekretär zu setzen. BT STEN. BER., Bd. 3, S. 2094 B–D. Am 6. 5. 1950 errichtete *Adenauer* eine Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt, die ein (zweiter) Staatssekretär des Äußeren leiten sollte. Auf diesen Posten berief *Adenauer* im August 1950 Walter *Hallstein*. Vgl. U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 186.

56 Im Protokoll der Sitzung am 14. 7. 1950, die *Blücher* leitete, ist kein entsprechender Hinweis enthalten. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 536–546. Für die auch in den folgenden Monaten fortdauernde Unzufriedenheit der FDP mit der Führung der Außenpolitik *Adenauers* U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 268.

57 Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 523 f.

gruppen, um eine größere Zahl von Jahrgängen in die Regelung einbeziehen zu können. D. h. also, wenn ich nur die Pensionen der hier tätigen Beamten berücksichtige, sind die Mittel zu knapp, um einen Unterhaltszuschuß zu gewähren und die Zahlung für das Wartegeld für diejenigen vom 65. Lebensjahr bis zum 45. Lebensjahr durchzuführen. Wir müssen uns entweder dafür entscheiden, die Gleichstellung auch hier in diesem Punkte zu gewähren mit der Folge, daß in den Genuß dieser Gleichstellung nur kommen können wenige Jahrgänge von 65–60, oder aber ich entschließe mich, eine größere Zahl von Jahrgängen in diese Regelung zu nehmen mit abschlägigen Beträgen, die dann nach Lebensalter und Gehaltsstufen gestaffelt sein könnten. Beispielsweise erhalten die vom 45. bis 50. Lebensjahr einen Unterhaltszuschuß in Höhe von 30 oder 40 % des Wartegeldes für die hiesigen Beamten, die von 65–60 etwa 60 %, von 65 und darüber etwa in Höhe von 70 oder 80 %. Das wäre auch vertretbar, da die 45- bis 50jährigen eher anderweitige Arbeit erhalten können und ihnen auch zumutbar ist als die 65- und 60jährigen. Darüber wurde im Kabinett gesprochen, und auf dieser Linie läuft der Entwurf, nachdem festgestellt worden war, daß eine einheitliche Linie sonst nicht gefunden werden könnte.

BLÜCHER: Ich muß dazu anmerken, daß an dem auf den erwähnten Freitag folgenden Dienstag durch den Widerstand des Bundeskanzlers wieder eine völlige Unsicherheit entstand.[58] Ich bin in eine erregte Diskussion mit *Schäffer* gekommen, der erklärte, er habe das so nicht aufgefaßt, daß tatsächlich die Arbeiten einen erneuten Stillstand erlitten haben wegen eines Eingreifens des Bundeskanzlers, der sich fanatisch dagegen wehrt, gegen jede Beteiligung der Beamten und Ruhestandsbeamten an der Aufbringung der notwendigen Mittel und leidenschaftlich dagegen opponiert mit dem Hinweis, falls eine Gleichstellung erfolgt, daß dann die Gefahr auftritt, daß die anderen Vertriebenen auch Ansprüche stellen könnten. Das Zweite ist das mir allmählich nicht mehr verständliche Verhalten der Wehrmachtsangehörigen.[59] Ich persönlich habe mich eingesetzt für den Reichsarbeitsdienst.[60]

HÖPKER ASCHOFF: Ich verstehe nicht recht, was das Unterhaltsgeld ist. Für die alten Pensionäre, die aus dem Osten kommen, für die, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, für die Beamten unter 65, die aus dem Amt gekommen sind. Ich bin der Meinung, daß die völlige Gleichstellung undurchführbar ist, weil das nicht erfüllbare Forderungen auslösen würde. Irgendwelche Rechtsgründe vermag ich auch nicht anzuerkennen. Ich bin der Meinung, daß man den hiesigen Beamten und Pensionären ein Opfer zumuten muß. Ich warne davor, die Staffelung zu groß zu machen, denn dieser ewige Gedanke, alles über einen Kamm zu machen, ist zu verhängnisvoll. Wie sollen wir geeignete Beamte in die höheren Stellungen bekommen, wenn sie auf das Kümmerlichste bezahlt

58 *Blücher* bezieht sich hier auf die vorausgegangene Sitzung am Dienstag, dem 4. 7. 1950. Vgl. ebd., S. 507 f. Zum Zusammenhang ebenfalls U. WENGST, Beamtentum, 1988, S. 185 f.

59 In dem vor der Verabschiedung stehenden Entwurf des Gesetzes zu Art. 131 GG waren die ehemaligen Wehrmachtsangehörigen schlechter gestellt als die ehemaligen Berufsbeamten. Sie intervenierten daher beim Bundeskanzler, ebd., S. 190 f.

60 Die Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes sollten nach dem Regierungsentwurf nicht in den Genuß des 131er-Gesetzes kommen. Ebd., S. 179, 183 und 190.

werden? Ich würde am liebsten eine Regelung treffen, Opfer, die zeitlich begrenzt sind und allmählich abgebaut werden. Wenn Sie einem Beamten sagen, Du hast sechs Jahre eine 6 %ige Kürzung hinzunehmen, die jährlich um 1 % abgebaut wird, dann ist das [das], was er ertragen kann. Da sieht er ein Ende. Man muß da mit der allergrößten Vorsicht vorgehen. Es wäre zu überlegen eine gestaffelte Kürzung der Beamtengehälter und Pensionen auf bestimmte Zeit begrenzt, allmählich abfallend. Man müßte einmal ausrechnen, was dabei herauskäme.

BLÜCHER: Es war, wie gesagt, bei den aktiven Beamten beabsichtigt, DM 125 abzugsfrei zu lassen, dann 5 % von den ersten DM 200 (bei Pensionen), 5 % von den nächsten DM 100, 10 % von DM 300–400, 20 % von DM 400–500, 30 % von über DM 500.

Bei DM 1 000 wäre das ein Abzug von 21,6 %. Ich habe allerdings schwere Bedenken bei denjenigen, die wir noch in der Ausbildung haben, denn wir gehen kaputt an der mangelhaften Ausbildung des Nachwuchses.

MAYER: Ich stimme grundsätzlich dieser Lösung zu, möchte aber sagen, man kann nicht die verdrängten Beamten gleichstellen mit den hiesigen, weil sonst die Flüchtlinge und die anderen auch kommen und das Gleiche verlangen.

BLÜCHER: Der Einwand ist richtig, daß, wenn auf der einen Seite der Beamte, dessen Brötchengeber untergegangen ist, auf der anderen Seite dann auch gesagt werden könnte, hier ist der Arzt, der Rechtsanwalt, der selbständige Kaufmann, der einen Versicherungsvertrag oder ein Bankguthaben hatte oder eine Reichsanleihe sich erworben hat, daß dieses auch untergegangen ist. Diese werden sich auf das Äußerste benachteiligt fühlen gegenüber den Beamten. Ich zweifele nicht daran, daß dies kommen wird, sobald das Gesetz verabschiedet ist.

Dann sehe ich noch eine ungeheure Schwierigkeit darin, wenn wir die Beamten heranziehen, die zum Lastenausgleich verpflichtet sind.

Ferner sind die Schwierigkeiten bei Länderbeamten und Gemeindebeamten.

OELLERS: Was gesagt wurde, wurde vom materiellen Gesichtspunkt ausgeführt. Es kommt aber auch auf die ideelle Frage an, die man praktisch in jedes Gesetz hineinsetzt. Wenn man das nicht erreichen kann, werden sich die Ereignisse in Schleswig-Holstein überstürzen.

EULER: Der Sinn der Debatte muß den Zweck haben, daß der Parteivorstand den Bundeskanzler und seinen Stellvertreter bittet, die Kabinettsarbeit auf die schnelle Bewältigung dieser vordringlichen gesetzgeberischen Aufgaben hin zu koordinieren, auf deren Lösung tatsächlich Millionen warten. Ich glaube, wir können das, was aufgrund dieser gesetzgeberischen Lösung erforderlich wäre, gar nicht durchdiskutieren, denn es läßt sich über jedes dieser drei Gesetze tagelang reden, sowohl Artikel 131, Kriegsopferversorgung und Lastenausgleich.

Ich habe eine Entschließung vorgelegt, daß überhaupt diese drei Probleme bald einer Lösung zugeführt werden, weil wir sonst für die Landtagswahlen im Herbst den Laden zumachen können.

ENTHOLT: Wir behandeln das Problem der vertriebenen Beamten. Wie steht es aber mit den entnazifizierten Beamten? In welcher Weise sollen diese Beamten behandelt werden? Wie ist da die Behandlung 1. bezüglich Anspruch auf das Amt, 2. wie ist die Frage der Besoldung? Die Beamten, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP entfernt wurden, haben nach Artikel 131 keinen Anspruch.[61]

BLÜCHER: Es wird versucht, einen Druck auszuüben. Es soll jede Dienststelle einen bestimmten Prozentsatz beschäftigen, andernfalls haben sie zu zahlen.[62] Darüber hinaus muß ich sagen, es gibt hier tatsächlich keine Möglichkeit der Erstattung, denn woher soll es genommen werden? Dazu möchte ich noch äußern, daß diese Beamten zunächst durch den Gesetzgeber [aus] der vollziehenden Gewalt entfernt worden sind.

ENTHOLT: Diese Beamten sind aber der Auffassung, daß es sich nur um eine Entfernung und nicht um eine Entlassung gehandelt hat.

OELLERS: Ich sehe keine Möglichkeit, diese Konzeption durchzusetzen.

ENTHOLT: Ich habe mehrfach einen Gesetzentwurf der Fraktion zur Verfügung gestellt.

BLÜCHER: Ich habe schon gesagt, daß es nicht möglich ist, eine wirkliche Gerechtigkeit in dieser Beziehung zu schaffen. Wir sind eben in einer sehr unglücklichen Lage.

Gibt es nicht eine Lösung, indem die Versorgung der ehemaligen Gemeindebeamten der Verband der vertriebenen Gemeindebeamten übernimmt?

HÖPKER ASCHOFF: Im Wege der Besteuerung.

OELLERS: Das wäre eine Frage des Finanzausgleichs.

HÖPKER ASCHOFF: Das würde dazu führen, daß man den Ländern die Vermögenssteuern abnehmen müßte, aber etwas müssen letzten Endes ja die Gemeinden auch haben.

BLÜCHER: Ich glaube, die Gemeinden leben zum großen Teil aber noch recht gut.

Zu den großen außenpolitischen Fragen:

Brot und Getreide:

Ich muß hier sagen, daß ich mir dabei nicht viel von einer Debatte verspreche. Ich glaube, daß wir kaum einen anderen Weg finden werden und gehen können, als [den], den ich bereits skizzierte. Es wird um diese Zeit die Antwort des Mühlengewerbes eingehen[63], wir werden dann beschleunigt das Parlament bitten zu entscheiden. Es bliebe noch die Frage der Subventionierung offen

---

61 Die „entnazifizierten" Beamten zählten sehr wohl zum Personenkreis nach Art. 131 GG. Allerdings enthielt der Gesetzentwurf der Bundesregierung zu Art. 131 GG für sie insofern eine Schlechterstellung, als sie an der Unterbringung nicht teilnehmen sollten. Ebd., S. 65, 159, 176 und 201.

62 Die sogenannte Ausgleichsabgabe. Zur Debatte hierüber bis zur Verabschiedung des Gesetzentwurfs im Kabinett ebd., S. 174, 176 f., 179, 183 und 187.

63 Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 560.

zwischen 320,– DM und tatsächlichem Einkaufspreis. Es ist heute morgen besprochen worden, daß man auf die Idee verzichtet, uns abzudrängen vom Weizenabkommen.[64] Man wollte uns auf 800 000 to Handelsweizen abdrücken, es bleibt aber bei den 1,8 Millionen to. Ich nehme an, daß die Fragen der Liberalisierung sehr schnell gegenstandslos werden, weil alle Länder anfangen zu horten, so daß ihre Exportneigung zurückgeht.

Dann möchte ich noch sagen, daß die Stahl- und Eisenindustrie ausverkauft ist. Es ist nicht möglich, für den Export etwas zu bekommen. Die Amerikaner haben in den letzten Tagen alles, was Eisen anbetrifft, zu 20 % Überpreis angekauft.[65]

Unter der weltpolitischen Krise haben die Sachverständigen in London[66] drei Entschlüsse gefaßt. Diese Entschlüsse lauten:

1. Erhöhung der deutschen Stahlproduktion, Vorschlag an die Außenminister: 14,5 Millionen to.
2. Befreiung des Schiffsbaues von Produktionsbeschränkungen.
3. Selbständige deutsche Außenpolitik durch die Errichtung eines deutschen Außenministeriums.[67]

Das sind die drei Entschlüsse.

EULER: Ich habe eine Presseerklärung abgegeben, daß die Sitzungen des Bundestages im Zeichen eines völligen Versagens der großen Regierungspartei[68] standen, und es sei meine Absicht, die CDU wieder zu ermahnen, maß man dieses Versagen wieder in der Öffentlichkeit feststellt. In meiner Erklärung befindet sich kein Hinweis auf eine mögliche Regierungskrise, das hat nicht die dpa gemeldet, sondern ein Korrespondent von UP hat sich mit einigen Abgeordneten unterhalten, die ihrem Unwillen von den Sitzungen Luft gemacht haben. Mit einer solchen Partei läßt sich nicht arbeiten, auf meine Erklärung kann das nicht zurückgehen.

---

64 Die Bundesregierung hatte am 25. 10. 1949 beschlossen, den Beitritt zum Weltweizenabkommen vom 5. 3. 1948 zu beantragen. KABINETTSPROTOKOLLE 1949, 1982, S. 151. Die Aufnahmeverhandlungen in London verliefen nicht reibungslos, endeten jedoch mit dem Beitritt. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 107 f., 122, 129 f., 304 und 335.

65 Infolge des am 25. 6. 1950 ausgebrochenen Koreakonfliktes. Die Auftragswünsche aus den USA nach Walzwerkerzeugnissen von Deutschland stiegen im folgenden so stark an, daß von deutscher Seite eine Erhöhung der Stahlquote gefordert werden mußte. AdG 1950, S. 2557 A.

66 Vgl. Anm. 15.

67 Die Studiengruppe verabschiedete Anfang September 1950 einen Bericht (AdG 1950, S. 2565 H), der der New Yorker Außenministerkonferenz (16.–18. 9. 1950) als Grundlage diente. Zum Ergebnis der Konferenz AdG 1950, S. 2587 C.

68 In der Vorlage irrtümlich „Regierungsarbeit". Die Kritik *Eulers* richtet sich offensichtlich gegen das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der Abstimmung im Bundestag am 14. 7. 1950 über den Antrag der SPD (BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 4, Drucks. Nr. 1083), die Subventionierung von Brotgetreide und Düngemittel fortzusetzen. Dieser Antrag hatte im Gegensatz zu den Vorstellungen der FDP eine Mehrheit gefunden. BT STEN. BER., Bd. 4, S. 2708 D–2727 B.

BLÜCHER: Man kann niemand den Mund verbieten, und es werden sich solche Meldungen nicht vermeiden lassen.

Wenn jemand etwas erzählt, dann sollte er peinlichst darauf achten, spricht er verbindlich im Namen der Partei oder nicht.

Ich habe diese vielen Meldungen nur bedauert, weil [sie], [wenn] sie in einem Augenblick einer solchen politischen Spannung hineinkommen, besonders schlecht sind.

OELLERS: Ich möchte bemerken, daß nicht die Regierungspartei allein versagt hat, auch die verantwortlichen Minister des Kabinetts haben versagt.

Es ist unmöglich, daß derart entscheidende Dinge nicht vorher behandelt werden.

BLÜCHER: Es hat keinen Menschen im Parlament gegeben, der nicht wußte, daß jede Subventionierung von der Regierung abgelehnt wurde.

Ich muß noch etwas sagen über die Beschneidung der Ministerien, die ich übersehe, und zwar meines und das von *Wildermuth*.[69]

Unsere Beschneidung in der einfachsten Art mit Personal ist derart grotesk, daß ich persönlich nur mit Mühe dazu komme, zwei Drittel von dem zu tun, was notwendig wäre. Dann kommt etwas anderes. Wie spielt sich tatsächlich das Leben eines normalen Ministers in der Bundesregierung ab? Während wir hier sitzen, kommt eine Anregung, wir sollen einen Gesetzesvorschlag, weil er nicht reif ist, aus der Kabinettssitzung herausnehmen. Was dabei entscheidend ist, ist, daß wenn man eine Sitzung dann anberaumt hat, diese dann immer wieder nicht stattfinden kann.

OELLERS: Wir haben Ihnen dieses alles vorausgesagt. Sie können das nicht alles schaffen. Sie können nicht die Koordinierung herstellen. Wenn Sie dieses Instrument sich anschaffen, so leben Sie im luftleeren Raum neben uns her.

BLÜCHER: Ich habe manchmal wirklich Angst und Sorge um manchen, vor allen Dingen Sorgen, daß eines Tages das ganze Kabinett aus Krankmeldungen besteht. Die Kritiker müßten uns wenigstens ein bißchen Verständnis beim Aufbau entgegenbringen.

Bezüglich des Brotpreises müssen wir erst abwarten, was kommt. Nun kommen wir zu der Frage, wie lange werden sich die Parteien so wie bisher in bezug auf einen Kabinettsbetrieb verhalten? Sonst kommen wir doch zu den beiden Regierungsbildungen.

Seebohm stand unter dem vorherrschenden Eindruck, daß es möglich sein würde, daß SPD und BHE zusammengehen würden.[70] Ich halte dies für ausgeschlossen. Dadurch ergibt sich eine verschiedene Beurteilung der Lage. Ich

---

69 Bezieht sich auf die Beratungen der Einzelpläne des Ministeriums für den Marshallplan am 18. 1. und 15. 3. 1950 und des Wohnungsbauministeriums am 14./15. 2. und 14. 3. 1950 im Haushaltsausschuß des Bundestages. Hier wurden an den vorgeschlagenen Stellenplänen sowie an der finanziellen Ausstattung Streichungen (und Rückstufungen) vorgenommen. Protokolle der Sitzungen in: BT Parl. Arch., Sammlung der Ausschußprotokolle, 1. Legislaturperiode.

70 In Schleswig-Holstein.

bin der Auffassung, daß sich BHE und SPD praktisch so aneinander reiben würden, daß daraus eine neue und dann eine Reinigungskrise entstünde. Ich bin auch überzeugt, daß *Seebohm* das aus einem anderen Grunde beurteilt hat. Der Ausgangspunkt der Agitation von *Seebohm* war die Annahme, daß die Vertriebenenpartei und die SPD tatsächlich zu einem Zusammengehen kommen würden. Weil er dies für ernst hielt, lehnte er um so entschiedener etwaige Verhandlungen zwischen uns und der Vertriebenenpartei ab. Ich persönlich sage mir, wir investieren diese Leute und machen sie zu einer *Adenauer*-Einrichtung; infolgedessen habe ich sehr starke Bedenken. Sie werden immer gezwungen sein, Anträge zu stellen, die populär sind und bei denen dann ihre eigenen Leute den bequemen Hinweis auf den bösen Bund haben.

EULER: In Hessen ist es so, daß wir mit den Führern der Flüchtlinge und Landesverbände der Heimatvertriebenen die besten Beziehungen unterhalten. Der naheliegende Ausgangspunkt dafür war, daß diese Führer der Heimatvertriebenen in ihren verschiedenen Organisationen persönlich hoffnungslos mit der SPD verfeindet sind. Zum zweiten die Personalpolitik der SPD. Es ist bei der SPD so, daß alle guten Leute der Heimatvertriebenen nicht in die Ämter kommen, wenn sie nicht Parteimitglieder sind. Auch da haben wir die besten Verbindungen, weil diese Heimatvertriebenen, die damit nicht einverstanden sind, bemüht sind, diesen Zustand umzustürzen. Wir sind zu folgender Abrede gekommen. Je nachdem wie das Wahlgesetz ausfällt durch den Volksentscheid vom letzten Sonntag[71], ist die Voraussetzung geschaffen, daß das Verhältniswahlrecht beseitigt werden kann. Entweder werden wir getrennt marschieren oder aber schon vereint. Es wäre mir sympathischer, wenn die Wertigkeit der Stimmen über Landesliste nicht so stark herabgesetzt wird, oder nur milde herabgesetzt wird gegenüber der Wertigkeit der Stimmen über Wahlkreise. Es handelt sich um den Grad der Herabsetzung. Das hängt von der Schlüsselung der Mandate ab. Mandate, die im Wahlkreis zum Zuge kommen gegenüber Mandaten, die über Landesliste verteilt werden. Wenn also die Wertigkeit scharf herabgesetzt wird, bleibt den Heimatvertriebenen nichts anderes übrig, als einer Partei den Vorzug zu geben, dann möchten wir die Partei sein. Es wäre uns das Sympathischste, wenn wir getrennt marschieren könnten und auf einer Basis sprechen, beide gegen die SPD, weil uns nämlich vorschwebt, hinterher die Koalition zu bilden, oder aber, man muß sogar ein Wahlbündnis machen, wie wir es beim Bundestagswahlkampf mit der NDP gemacht haben, und alles über FDP geht und uns über die Kandidaten im Wahlkreis und der Landeslisten einigen.[72] Wenn nämlich das Wahlgesetz so ausfällt, bleibt uns keine andere Wahl, wenn wir nicht die Heimatvertriebenen in ein anderes La-

71 Volksabstimmung in Hessen am 9. 7. 1950 über die Änderung der Landesverfassung. Bei einer Beteiligung von 33,8 % der Bevölkerung ergab sich eine klare Mehrheit dafür, daß in der Landesverfassung die Bestimmung gestrichen werden sollte, nach der die Abgeordneten des Landtages nach dem Mehrheitswahlrecht zu wählen sind. Hinzu kamen noch zwei weitere Änderungswünsche. AdG 1950, S. 2575 K.

72 So geschehen in der Landtagswahl am 19. 11. 1950, in der FDP (und BHE) insgesamt 31,8 % der Stimmen erhielten und damit zweitstärkste Fraktion im hessischen Landtag wurden. Vgl. J. M. GUTSCHER, 1984, S. 221.

ger führen wollen. Auch in Schleswig-Holstein halte ich es für das allein Mögliche, sich so zu verhalten, wie *Oellers* gesagt hat. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als entweder in Totalität oder zum überwiegenden Teil mit dem Wahlblock gemeinsam vorzugehen, damit die Regierungsbildung zustandekommt.

Von dieser Erkenntnis geleitet, haben wir rechtzeitig ein so gutes Verhältnis zu den Heimatvertriebenen hergestellt, daß bei uns so gewisse Spitzen wie in Schleswig-Holstein nicht eintreten können. Ich will aber zugeben, daß es grundsätzlich eine andere Situation ist, ob die Heimatvertriebenen 40 oder 20 % betragen.

BLÜCHER: Zweifellos kommt man ins Schlepptau. Wenn ich mir z. B. bestimmte Länder vorstelle wie z. B. Württemberg-Baden oder Nordrhein-Westfalen, dann hätte ein derartiges Verhalten vor der Wahl dort eine Art Hierarchie sein können.

HOFFMANN: Ich glaube, wir müssen uns in dieser Beziehung über die Grundfragen klar werden. Wir kommen aus den Ländern, die jahrelang mit den Flüchtlingen zu tun hatten, und ich möchte sagen, daß zum großen Teil die Flüchtlinge unsere Wähler sind. Man muß hier einmal sagen, weshalb haben sie sich zusammengeschlossen, weil sie den Grundsatz vertreten, daß wir eine Art Wirtschaftspartei seien. Sie haben sich bisher so verhalten, daß man sie nicht absolut negativ beurteilen kann. Es liegt auch daran, daß die Flüchtlinge Forderungen stellen, die wir niemals erfüllen können, obwohl wir dauernd etwas Derartiges versprochen haben. Wenn ich in den Versammlungen spreche, so habe ich den Eindruck, daß es der größte Fehler wäre, diese Flüchtlinge als radikale Vereinigung beurteilen zu wollen. Wenn Sie diesen Leuten erzählen, daß tatsächlich nur beschränkte Möglichkeiten gegeben sind, so hören sie auch zu.

Dann hat sich auch eine große Verärgerung getan im Hinblick darauf, daß seit ein oder zwei Jahren dauernd von Umsiedlungen gesprochen worden ist und praktisch nichts erreicht wurde. Wenn Sie in Ländern wie in Niedersachsen wohnen und wenn Sie die Kommissionen dort arbeiten sehen, dann wundern Sie sich nicht, wenn sie uns heute nicht mehr wählen. Ich bin der Auffassung, daß wir *Oellers* alle Vollmachten geben sollten, das zu tun, was er für richtig hält.

BLÜCHER: Es wird ein grauenhaftes Unrecht begangen. Sie werden mir zugeben, daß ich niemals feste Grundlagen für dieses Problem gehabt habe. Ich nehme auch an, daß, wenn ich spreche, die Vertriebenen mir glauben und dies nicht nur Propaganda bedeutet. Das vor einem Jahr beschlossene Gesetz für die Vertriebenen[73] wäre nicht gescheitert, wenn nicht wieder zusätzlich der

73 Bezieht sich auf das vom Wirtschaftsrat am 24. 6. 1949 in 2. und 3. Lesung verabschiedete (WIRTSCHAFTSRAT, WÖRTLICHE BERICHTE, 1977, S. 1850 ff.) und am 10. 8. 1949 verkündete Flüchtlingssiedlungsgesetz. Zu seiner Einschätzung R. SCHILLINGER, 1985, S. 145 f.

große Stoß der Menschen des zweiten Halbjahres 1949 und des ersten Halbjahres 1950 gekommen wäre.[74]

Es ist weiter zu bedenken, daß unsere ganze Statistik bezüglich der Flüchtlinge einfach umgestoßen wurde dadurch, daß immer neue Menschen ins Bundesgebiet geschleust wurden. Wenn ich mir nun vorstelle, daß im Zeichen des Kalten Krieges wiederum 200 000–300 000 Menschen nach hier geschleust werden, eine neue Welle von Verzweifelten, so ist das tatsächlich so, daß denen nicht geholfen werden kann. Ich glaube, wir schließen hier die Diskussion ab, es kann hier nicht die Methode der Abstimmung geben.

MENDE: Noch ein Wort zu den Vertriebenen über die materielle Lage. Sie alle haben bei den großen Versammlungen feststellen müssen, daß das reine Aussehen, ernährungsmäßig, kleidungsmäßig, keineswegs so ist, wie es die Funktionäre immer darzustellen versuchen. Die Zufriedenheit der Flüchtlinge ist viel größer als wir annehmen. Lediglich ein kleiner Kreis von Funktionären, die von den Vertriebenen und deren Funktionen leben, sind diejenigen, die immer wieder schüren. Es ist die Aufgabe zu verhindern, daß diese Hetzer neutralisiert werden. Die Vertriebenen sind wesentlich zufriedener als wir annehmen, sie sind zum großen Teil gut gekleidet, in Arbeit usw. Natürlich ist es furchtbar, wenn ein Landgerichtspräsident irgendwo auf dem Lande sitzt und nichts zu tun hat. Wir lassen uns aber verleiten von den Hetzern, die Not der Heimatvertriebenen zu überschätzen.

BLÜCHER: Ich darf noch sagen, es kann heute nicht der Fehler begangen werden, sehr schwierige Entwicklungen durch eine öffentliche Behandlung zu gefährden. Wie verrückt wir Deutsche sind, haben wir an dem Verhalten der Länder gesehen in den politischen Fragen. Sollen wir eine gute Entwicklung durch Reden stören? Tun wir lieber etwas Legales an zwei Stellen und setzen wir einmal unseren Zollgrenzschutz und unsere Polizei durch.[75] Wenn wir die ersten Polizisten anständig bewaffnet an der russisch besetzten Zone haben und unser Zollgrenzschutz geschaffen ist, dann haben wir eine Ausweitung, die nicht sichtbar ist. Hier gilt es aber, daran [zu] denken, nicht davon zu reden, sonst macht man manches, was wir allmählich durchsetzen wollen, zunichte.

[ORGANISATION UND FINANZIERUNG DER PARTEI]

Ernst MAYER spricht über die Finanzierung:

Hamburg hat mit rund 20 000 DM zur Finanzierung der Gesamtpartei beigetragen. Dadurch ist es möglich geworden, unser Haus hier zu erstellen und

74 Hierbei handelte es sich hauptsächlich um Zuwanderungen aus der SBZ. Ihre Zahl stieg von Ende 1949 bis Ende 1950 um nahezu 400 000 an. Vgl. Werner NELLNER, Die Wanderungen der Vertriebenen im Bundesgebiet – Voraussetzungen für ihre wirtschaftliche Eingliederung, in: Hans Joachim von MERKATZ (Hrsg.), Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene/Flüchtlinge/Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration, Düsseldorf 1979, S. 43.

75 Zum Stand der Debatte hierüber zu diesem Zeitpunkt die Hinweise in: KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 564.

den Grundstock zu legen. Wir können ganz leise Pläne machen. Ich habe auf dem Parteitag in Düsseldorf[76] gesagt, man mag über unsere Verhandlungen den Artikel 48 a setzen, wer neue Ausgaben verlangt, soll sagen, woher die Einnahmen kommen.[77]

Nun einen kurzen Überblick über unsere Dienststelle. Unseren Hauptgeschäftsführer, Herrn *Weirauch,* kennen Sie. Die Auswirkungen seiner Tätigkeit haben Sie an der Zahl von Rundschreiben festgestellt. Als Justitiar ist Herr Dr. *Franke* bei uns tägig. Die beiden Leute haben wir dem Landesverband [Nordrhein-Westfalen] abgeknöpft, und es macht sich, glaube ich, bemerkbar an dem Fehlen der geldlichen Überweisungen. Wir haben mit von uns zweckgebundenen Mitteln eine Hilfsstelle Ost aufbauen können, von der unsere Berliner Freunde einen Zuschuß erhalten für die Abwicklung ihrer Hilfsstelle und der Stelle in Gießen. Wir sind dabei, auch die Stelle in Uelzen mit einem Vertrauensmann zu besetzen, die wir laufend unterstützen werden. Im übrigen lag mir daran, vor allen Dingen die Publizität unserer Arbeit in den Parlamenten und der Partei zu vergrößern. Wir brauchen uns heute nicht mehr sagen zu lassen, daß wir in der Zeitung nicht mehr in Erscheinung treten. Unsere fdk ist erstellt, an ihrem Ausbau arbeiten zwei Journalisten. Sie wissen, wir haben eine Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung gegründet.[78] Wir mußten da, um die Leute, die unterschrieben haben, aus der ständigen Gefahr des Zuchthauses zu befreien, eine einwandfreie steuerliche Form finden, und die haben wir auch gefunden. Wir vertreiben an die Mitglieder kostenlos gegen Entrichtung eines zu zahlenden Mitgliederbeitrages den wirtschafts- und sozialpolitischen Informationsdienst, der heute sehr beachtet wird, dafür haben wir zwei Fachjournalisten.

Nun gibt es eine Menge von Firmen, die bereit sind, uns zu unterstützen, sich aber vor jeder Mitgliedschaft scheuen, auch in einer Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung. Um an die den Dienst verkaufen zu können, ohne mit dem Finanzamt in Konflikte zu kommen, haben wir gegründet eine Vertriebs-G. m. b. H. zum Vertrieb dieser Schrift und zur Anzeigenvermittlung. Die Einnahmen, die daher kommen, müssen ordnungsgemäß versteuert werden, wir zahlen unsere Umsatzsteuer, wir zahlen unsere Gewerbesteuer. Wir haben jetzt 600 DM gehabt, als wir die Gesellschaft gründeten. Dafür, daß wir keine Körperschaftssteuer zahlen werden, werden wir schon sorgen. Wir haben auf diese Weise vier Landesverbände noch nicht ganz gesichert.

Der Landesverband Württemberg-Baden kann leben. Der Landesverband Hamburg ist saniert. Der Landesverband Niedersachsen, da muß noch was unternommen werden. Wir haben Hessen nicht ganz saniert, weil der Schul-

76 28. 4.–1. 5. 1950.

77 Bezieht sich auf die Geschäftsordnung des Bundestages. Auf Betreiben von *Schäffer* war am 8. 2. 1950 die Geschäftsordnung um § 48 a ergänzt worden, der im wesentlichen besagte, daß Anträge aus der Mitte des Bundestages, die Ausgabeerhöhungen oder Einnahmeminderungen zur Folge haben, nur dann beraten werden, wenn sie mit Ausgleichsanträgen zu ihrer Deckung verbunden sind.

78 Siehe Nr. 6.

denberg zu hoch war. Wir haben für Hessen 70 000–80 000 DM aufgebracht, ohne daß die Bundespartei auch nur einen einzigen Pfennig von Hessen bekommen hat.

Nun will ich sagen, was die einzelnen Landesverbände beigetragen haben:

Hessen nichts, Südbaden nichts, Bremen überweist treu und brav monatlich 100 DM, könnte mehr überweisen, wenn sie uns hätten arbeiten lassen. Bayern hat einige Male gezahlt, hat aber dann mit uns eine Einigung getroffen. Eine Aktion von drei Tagen Arbeit brachte bereits über 20 000 DM, verteilt auf ein Jahr.

In Nordrhein-Westfalen hat man uns bisher nicht reingelassen.

Bemerken möchte ich, daß Nordrhein-Westfalen nicht nur sich vor den Panzerschrank des Bundes stellt, sondern darüber hinaus in fremden Landesverbänden sehr erhebliche Beträge abgeschöpft hat. Man hat sich nicht an die Abrede gehalten. Wir werden aber unsere Finanzierung ab Herbst in Nordrhein-Westfalen betreiben, ob der Landesverband es zuläßt oder nicht.

Es gibt Konzerne und Firmen, an die die regionalen Verbände nicht herankommen und selbst, wenn sie herankommen, dann mit einem Bettelbetrag abgefertigt werden, während wir das 10- und 20fache herausholen.

Dazu erbitte ich Ihre Zustimmung.

Rheinland-Pfalz ist bereit, hat 500 DM gezahlt und bezieht dafür für seine ersten Abonnenten den Dienst. Ich bin davon überzeugt, auch Rheinland-Pfalz wird sich auf gesunde Füße stellen.

Daß es mit Berlin nicht so sein wird, habe ich gewußt, und wir sind uns auch darüber klar, daß wir Berlin helfen müssen. Wenn wir aber Berlin helfen wollen, dann dürfen andere Landesverbände sich nicht abseits stellen. Auch in Berlin war unsere Arbeit nicht ganz umsonst, und ich hoffe, daß eine zweite Aktion uns dort auch weiterbringen wird.

Nun, um Ihren Fragen zuvorzukommen, was wir machen wollen. Wir brauchen für unsere Arbeit in unserer Geschäftsstelle schon etwa 12 000 DM monatlich. Zunächst sind die Beträge immer eingeholt worden, aber doch habe ich Monat um Monat Sorge, daß das Geld für die Gehälter da ist.

Ich beabsichtige, den Informationsbrief durch einen wöchentlichen Brief im großen Verteiler zu ergänzen, über die Arbeit von uns, während der Informationsbrief mehr von der Fraktion berichtet. Dann beginnen wir jetzt mit einer Schriftenreihe, für die vorliegt zunächst ein altes Manuskript von mir, das aber immer wieder neu herauskommt. Es ist ein Leitfaden über die Durchführung des Wahlkampfes, Sozialpolitik, Stand der Jugendaussichten. Dann werden wir eine weitere Schrift bringen, und ich werde einmal mit *Blücher* sprechen, ob er nicht noch etwas liegen hat. Das will ich tun und im Herbst endlich einmal etwas tun für die Frauen und die Jugend. Was mir am notwendigsten erscheint, ist die sachliche Unterrichtung zu geben, indem man mal an zwei oder drei Tagen die jungen Leute oder die Frauen zusammen nimmt, an denen nicht deklamiert und manifestiert wird, sondern an denen einmal ganz nüchtern über die Fragen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, des Lastenausgleichs,

der Agrarpolitik usw. gesprochen wird. Dazu sollen jeweils ein oder zwei Kollegen von der Fraktion hinzugezogen werden. Diese zwei Lehrgänge möchte ich noch im Herbst starten mit einer Teilnehmerzahl von etwa 30 bis 40 Leuten. Wie weit dies aber aus Mitteln der Gesamtpartei bestritten werden kann, weiß ich heute noch nicht. Ich könnte mir vorstellen, daß, wenn wir die Anreisekosten bezahlen würden, die Landesparteien dann die Bezahlung der Tagegelder übernehmen könnten. Wäre es umgekehrt, dann wären die am weitesten liegenden Landesverbände bestraft, weil es ihnen nicht möglich ist, die Leute zu entsenden.

Nun möchte ich heute die Bitte aussprechen, daß der Gesamtvorstand beschließt, daß alle Landesverbände gehalten sind, sich in die Gesamtfinanzierung einzuordnen. Wir können ja dann immer noch über die Höhe der Beteiligung der Gesamtpartei und der Landesverbände verhandeln. Für uns ist es wichtig, daß heute ein solcher Beschluß gefaßt wird und sich dann auch jeder Vorsitzende verpflichtet fühlt, sich an diese Abmachungen zu halten, und es nicht so ist, daß der eine oder andere die Gesamtpartei begaunert.

BLÜCHER: Wir wollen einmal versuchen, da objektiv zu sein. Am 20. September vorigen Jahres wurde die Regierung gebildet, am 4. September ist sie zusammengetreten[79], am 25. September war die Sitzung des Gesamtvorstandes.[80] Damals hatten wir nichts an Organisation, nichts an Publikation, nichts an Aussicht, und neben all diesen Mühen, die ich nicht charakterisieren will, weil es sonst wie Eigenlob aussähe, neben diesen Mühen ist immerhin der Beginn für eine zentrale Partei gemacht worden, das ist ein Faktum, an dem man nicht vorbeikommt. Wir wollen nicht behaupten, es sei etwas gut, aber wir haben angefangen, das sollte allein das Bestimmende sein, und wir sollten nicht nur reden, das tun wir in politischen Versammlungen genug, wir sollten auch danach handeln. Deshalb sollten wir hoffen, daß die Vorschläge von Herrn *Mayer* wirklich einmal Gehör finden und daß wir heute darin zu einem Entschluß uns durchringen.

Ich bin etwas erschüttert über die Bilanz, die Herr *Mayer* uns gegeben hat. Ich war der Überzeugung, daß das ausgezeichnete System, was wir angewandt haben, bei allen Landesverbänden eine gewisse Resonanz gefunden hätte.

OELLERS: Herr Dr. *Weisner* hat etwas mehr als vier Wochen in Hamburg gesessen nach vorheriger gründlicher Vorarbeit. Wir haben quasi dem Vertreter der Sozial- und Wirtschaftspolitischen Vereinigung überall die Tür geöffnet, und ich muß sagen, er hat in dieser Zeit von knapp mehr als vier Wochen für das Jahr 1950 eine Verpflichtung von 150 000 DM hereingebracht. Zuerst war für uns wichtig die Abdeckung der alten Schulden, bis dahin waren wir mit einer großen Quote beteiligt, nach Abdeckung der Schulden haben wir uns mit einem kleinen Prozentsatz von 25 % begnügt. Wir haben um die Jahreswende im Landesverband Hamburg unseren Parteietat noch mit Mitgliederbeiträgen

79 Aussage unklar. Gemeint ist möglicherweise der geschäftsführende Vorstand der FDP, der an diesem Tag zusammengetroffen war. AUFTAKT, 1985, S. 218 ff.

80 Eine Sitzung des Gesamtvorstandes für diesen Termin ist nicht überliefert.

finanziert, das ist aber heute bei den zusammengeschrumpften Beiträgen nicht mehr möglich. Ich weiß nicht, wie wir es machen sollen, wenn wir das bisherige Abkommen in dieser Form beibehalten, besonders dann, wenn ich sehe, daß die Finanzierung der Bundesgeschäftsstelle nur auf wirklich ganz wenige Landesverbände verteilt ist. Diese Ungerechtigkeit werden auch Sie einsehen. Hinzu kommt, daß sich ein Landesverband wie Nordrhein-Westfalen weigert, die Sozial- und Wirtschaftspolitische Vereinigung arbeiten zu lassen, und noch dazu nach Hamburg kommt und dort Geld holt. Ihr habt uns erklärt, es gibt eine einmütige Entscheidung, das ist das, was bis jetzt durch Hamburg gemacht wird. Ich muß erklären, einmal, weil sich unsere Situation verschlechtert hat, und zum anderen aus dem Gefühl der Gerechtigkeit heraus, daß ich unter allen Umständen zur Erfüllung meiner Verpflichtungen dies davon abhängig machen muß, daß der Vorschlag von *Mayer* akzeptiert wird. Wenn es etwas Schlechtes und Mittelmäßiges wäre, könnte man sich darüber unterhalten. Zum Schluß darf ich noch betonen, daß die Resonanz der FDP im Verkehr eine ganz besondere ist.

EULER: Ich muß meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß es noch Landesverbände gibt, die Dr. *Weisner* noch nicht die Tür geöffnet haben. Wir haben in Hessen zuerst die Arbeit von Dr. *Weisner* kennengelernt, und er hat bewiesen, daß er die Fähigkeiten hat, und wir wünschen nur, daß er recht bald wieder nach Hessen kommt. Herr Dr. *Weisner* hat uns so geholfen, daß er zu den Firmen gegangen ist, bei denen wir bestens eingeführt waren. Er hat eine Art der Unabhängigkeit des Auftretens an den Tag gelegt, die mir weniger möglich gewesen wäre. Unsere Situation ist heute jedoch so, daß wir immer noch 40 000 DM Schulden haben, und dann stehen wir am Abend eines neuen Wahlkampfes, der am 19. November schließen soll. Im Hinblick darauf, daß wir nun vor einem neuen Wahlkampf stehen, wäre es uns sehr lieb, wenn Herr Dr. *Weisner* noch einmal nach Hessen käme.

BLÜCHER: Ich glaube, es ginge allen Landesverbänden besser, wenn alle Landesverbände das Gefühl hätten, daß die Lasten von allen gleichmäßig getragen würden. Ich plädiere sehr dafür, daß wir den Vorschlag von *Mayer* akzeptieren und daran eisern festhalten, um so größer wird dann auch der Erfolg sein.

ENTHOLT: Ich glaube, es ist selbstverständlich, daß sämtliche Landesverbände zu den Kosten mit beitragen. Ich glaube, daß wir immer unseren eigentlich relativ hohen Betrag an den Bund gezahlt haben. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß in Bremen die Verhältnisse anders liegen. Es ist nämlich so, daß die Fraktion bei uns eine Politik treibt, die der Politik des Bundes nicht entspricht. Die Fraktion bei uns ist stolz darauf, daß sie eine andere Politik treibt wie in Bonn, dies ist nichts anderes als die Politik der SPD. Das macht aber nicht nur die Arbeit innerhalb der Fraktion und Partei besonders schwierig, sondern auch gegenüber der Öffentlichkeit. In Bremen begegnet man immer den Schwierigkeiten, daß man wohl bereit ist, Geld zu geben, aber nicht einer einzelnen Partei, weil man die Befürchtung hat, daß dieses Geld ausgegeben wird für Angelegenheiten, die nicht dem Ansinnen der Wirtschaft entsprechen. Es würde auch für uns besondere Schwierigkeiten bereiten, wenn wir

mit der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung auftreten, da diese Organisation außerhalb Bremens steht. Es ist in Bremen hoffnungslos, für eine Partei wirksam zu sammeln. Wir dürfen ferner nicht vergessen, daß wir eigentlich in Bremen gar keine richtige Organisation haben, kaum einen eigenen Stuhl. Außerdem stehen wir vor der Notwendigkeit, unsere Organisation auf Bremerhaven zu erstrecken. Wir müssen dort eine Geschäftsstelle haben. Wir brauchen für Bremen einen sehr erheblichen Etat. Deshalb bin ich der Auffassung, daß es im Augenblick unrichtig wäre, von seiten der Bundespartei eine Sammlung in Bremen durchzuführen. Andererseits bin ich der Auffassung, daß, wenn unsere Sammelaktion Erfolg haben wird, wir dann selbstverständlich auch die Gesamtpartei hieran beteiligen. Wenn unsere Aktion abgeschlossen ist, haben wir keinerlei Hemmungen, eine Sammelaktion von der Bundespartei durchführen zu lassen. Dies wird aber eine außerordentliche Zeit erfordern.

Oellers: Als ich vor einem Jahr den Landesverband Schleswig-Holstein übernahm, stand er auf dem Papier. Was nicht auf dem Papier stand, waren 40 000 DM Schulden. Wir hatten keine Organisation, wir hatten nicht einmal einen Landesverbands-Geschäftsführer. Heute haben wir zwei erfolgreiche Wahlkämpfe hinter uns. Wir haben 12 % der Sitze im Landtag, keine Schulden, unsere Organisation ist finanziell bis zum Schluß des Jahres gesichert. Dafür bin ich zwei Leuten dankbar, einmal Herrn *Blücher,* und der zweite ist Herr *Mayer,* der uns mit der Sozialpolitischen Vereinigung von unseren Schulden befreit hat. Ich bedaure heute, daß wir für den Aufbau der Gesamtpartei nichts geben konnten. Ich stehe aber nicht an zu erklären, daß sich diese Situation ändern wird, und [es] bedarf nur noch einer Absprache mit *Mayer.*

Schwennicke: Zu dem, was über Berlin gesagt worden ist. Wir haben bis zur Mitte vergangenen Jahres Beiträge abgeführt. Aber die Gesamtsituation hat sich dort laufend verschlechtert, daß wir zu einem ständigen Abbau unserer Geschäftsstellen und Einrichtungen kommen mußten und uns in einer verzweifelten Situation befinden. Herr Dr. *Weisner* ist 14 Tage bei uns gewesen und hat im ganzen 7 000 DM erhalten. Das ist eine Bestätigung dafür, daß das, was wir wiederholt Herrn *Blücher* und [Herrn] *Mayer* gegenüber zum Ausdruck gebracht haben, nicht nur Klagelied war, sondern auf einer realen Grundlage basierte. Wir befinden uns in einer ernsten Situation, daß wir Ende November, Anfang Dezember in Berlin Wahlen haben werden.[81] Politisch ist die Lage für uns günstig, weil die CDU sehr stark ausfällt und wir von 17 auf 23, 24 % ohne weiteres ansteigen können[82], wenn wir unsere Arbeit fortsetzen können. Ob das der Fall sein wird, kann ich nicht sagen, aber wir können unsere Schulden nicht weiter ansteigen lassen. Unter Umständen werden wir genötigt sein, unsere Geschäftsstelle zu schließen. Was wir an Unterstützung bekommen, bezieht sich auf die Flüchtlingsstelle. Ich möchte bitten, daß Mittel und Wege geschaffen werden, daß nicht ausgerechnet in Berlin, wo es sich im-

81 Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus fanden am 3. 12. 1950 statt.

82 Auf die FDP entfielen 23,1 %, auf die CDU 24,7 % und auf die SPD 44,7 %. Statistische Berichte, 1957, S. 6.

merhin um eine wesentliche und entscheidende politische Situation handelt, kurz vor der Wahl die FDP erklären muß, wir können nicht weiter existieren, und ich möchte bitten, dies mit Hilfe der anderen Landesverbände in irgendeiner Form sicherzustellen.

MAYER: Er ist bereit, auch dem Landesverband Bremen einen Betrag zu garantieren, damit der Landesverband in einem Vierteljahr gesund ist. Wir müssen für die laufende Arbeit unserer Partei sorgen, nicht nur für die der Landespartei. Hessen muß trotz seiner eigenen Sorgen genauso für die Gesamtpartei eintreten wie die anderen Landesverbände. Ich verlange von Ihnen, daß Sie mir

1. die Billigung geben, daß wir im Bundesgebiet einheitlich arbeiten können,
2. das Versprechen der Landesvorsitzenden.

WIRTHLE: Ich muß bekennen, daß die Besatzungsmacht uns seinerzeit eine Zeitungsgründung aufgenötigt hat, die uns ungeheuer strapaziert hat. Wir haben 50 000 DM aufzubringen gehabt. Wir bringen monatlich einen Informationsbrief heraus, der an 10 000 Parteifreunde als Drucksache versandt wird, und ich meine, daß dies immerhin eine Leistung ist. Nun war im vorigen Monat Herr *Weisner* bei uns, und zwar 14 Tage. In diesen 14 Tagen hat er 60 000 bis 70 000 DM aufgebracht, so daß wir auch künftig in der Lage sein werden, unseren Verpflichtungen der Bundesgeschäftsstelle gegenüber und unseren eigenen Belangen gegenüber nachzukommen.

HOFFMANN: Ich kann nur sagen, eröffnen Sie Herrn *Weisner* die Möglichkeit. Herr *Mayer* weiß, daß ich im Augenblick um diese Verbindung bemüht bin.

Antrag MAYER: Der Vorstand möge beschließen:

a) Die Landesverbände werden verpflichtet, sich der Gesamtfinanzierungsaktion anzuschließen.
b) Es wird den Vorsitzenden zur Pflicht gemacht, die eingegangenen Verträge auch einzuhalten.

SCHÄFER: Ich würde es für richtiger halten, einen Kopfbetrag als Minimum zu setzen. Die Gesamtpartei ist mindestens so wichtig wie die Landesverbände.

BLÜCHER: Ich habe gegen den Vorschlag *Schäfer* ernstliche Bedenken. Hieran sind wir immer gescheitert. Der Vorschlag Kopfumlage ist hundertmal vorgeschlagen worden und ebenso oft gescheitert. Wir sollten dem etwas härter gefaßten Beschluß zustimmen. Je stärker wir uns dafür einsetzen, desto größer wird der Werbeerfolg sein.

ONNEN stellt Antrag auf Schluß der Debatte.

Die Landesverbände verpflichten sich, sich den allgemeinen Finanzierungsmethoden der Partei anzuschließen und die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen und den Bundesorganen, die mit der Finanzaufgabe betraut sind, jede Unterstützung zu gewähren.

MAYER erklärt, daß wir ab September in die Finanzierung von Nordrhein-Westfalen eingreifen werden.

BLÜCHER: Darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser Vorschlag als angenommen gilt.

Problem Berlin:

Ich bin dafür, daß wir auf manches verzichten, sei es eine Tagung der Frauen, der Jugend oder so fort. Wir müssen Berlin überfallen, wenn *Schwennicke* uns ruft, das geht nicht anders. Wir müssen Berlin beweisen, daß wir alle da sind, wenn man uns dorthin ruft.

EULER gibt dann zwei Entschließungen bekannt (siehe Anlage).[83]

BENENNUNG DER AUSSCHÜSSE

Es werden folgende Vorschläge gemacht: agrarpolitischer Ausschuß: Vorsitzender: *Rüdiger,* außenpolitischer Ausschuß: Vorsitzender: Dr. *Achenbach,* Beamtenausschuß: Vorsitzender: Bürgermeister *Gerhard,* finanzpolitischer Ausschuß: Vorsitzender: Dr. *Höpker Aschoff,* kommunalpolitischer Ausschuß: Vorsitzender: Prof. *Gönnenwein,* kulturpolitischer Ausschuß: [Vorsitzender:] Prof. Dr. *Luchtenberg,* sozialpolitischer Ausschuß: [Vorsitzender:] *Langhoff,* Hamburg, Vertriebenenausschuß: [Vorsitzender:] Dr. *Palaschinski,* Husum, wirtschaftspolitischer Ausschuß: Vorsitzender: Dr. *Ilau,* Frankfurt, wirtschaftspolitischer Ausschuß mit Unterausschuß Verkehr: [Vorsitzender:] *Oehding,* Hamburg.

Vorschläge akzeptiert.

VORSCHLAG FÜR DIE BESETZUNG DES SATZUNGSAUSSCHUSSES

1. Oberbürgermeister *Bleek,* 2. Oberregierungsrat *Creutzburg,* Hamburg, 3. Dr. *Franke,* Bonn, 4. Hauptgeschäftsführer *Wolf,* Lahr, 5. Ernst *Mayer,* 6. *Müller,* Osterode.

Einstimmig gebilligt.

JUGENDARBEIT

Ernst MAYER: Ich bedaure sehr, daß dieser Punkt zurückgerutscht ist. Wir müssen uns vor allen Dingen der Jugend annehmen.

Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich sage, es wird gegenwärtig zu viel gereist. Es berührt einen komisch, wenn man mit jedem Pfennig geizen muß. Aber wenn ich an die Reisespesen denke, dann könnte man mit dem Geld ein Monatsgehalt für einen hauptamtlichen Jugendsekretär aufbringen. Es gibt Tagungen, bei denen unsere Jungdemokraten schon aus Prestigegründen vertreten sein müssen, aber ich glaube, man könnte diese Tagungen reduzieren. Ich weiß auch nicht, ob dieser Reichsbeirat oder der Reichsvorstand so oft tagen muß. Wenn schon, dann sollte man es nach Möglichkeit koordinieren. Ich werde auch die Landesverbände auffordern, sich mehr um die Jugendarbeit zu bekümmern. Ich bitte die beiden Jungdemokraten, daß wir uns morgen einmal zusammensetzen. Dann machen uns die Jungdemokraten Schwierigkeiten

83 Die Entschließungen bezogen sich auf die „Vereinheitlichung der Kabinettspolitik" und die „Sparsamkeit bei Regierungsbauten". Vgl. fdk, 1. Jg., Nr. 49 vom 19. 7. 1950.

durch ihren Namen Reichsbeirat. Ich bin schon mal deswegen angegangen worden von ausländischen Pressevertretern, weil man unter diesem Titel eine Organisation vermutete, die sich über das ganze Reich erstreckt.

MÜLLER: Zunächst möchte ich zu den Reisespesen, die Herr *Mayer* angeführt hat, sagen, daß ich außer den Reisespesen, die ich zu den Sitzungen des Gesamtvorstandes bekommen habe, bisher an die Jungdemokraten noch keine Ansprüche wegen Reisespesen gestellt habe. Aber ich bin der Meinung, daß man die Zugehörigkeit zu einem solchem Gremium nicht den Leuten überlassen sollte, die Freifahrt haben und die es sich leisten können. Es war bisher direkt entwürdigend, wenn man berücksichtigt, unter welchen Umständen sich die Jungdemokraten überhaupt zusammengefunden haben. Sie haben sogar Benzinmarken verkauft, um überhaupt Tagungen durchführen zu können.

Ernst MAYER: Herr *Müller* meint, wir müssen zu irgendwelchen bindenden Zusagen kommen. Ich weigere mich, irgendwelche bindenden Zusagen zu machen, solange nicht die Gewähr dafür gegeben ist, daß das Geld, was wir verausgaben wollen, auch hereinkommt. Wenn wir einmal über eine derartige dreistellige Zahl hierfür verfügen können, so bin ich dafür, daß als erstes eine Zentralisierung der Jugendarbeit hier in Bonn vorgenommen wird; daß wir einen Mann anstellen, der nicht nur die Jugendarbeit, sondern auch die Hochschularbeit referentenmäßig betreut. Das ist die Lösung, die ich anstrebe. Dann haben die Jungdemokraten ihren festen Punkt, wo sie sich treffen können. Ich werde scharf an die Landesverbände schreiben, daß die Arbeit der Jugend unterstützt wird, und ich bin gerne bereit, dafür zu sorgen, wenn wir zu der beabsichtigten Finanzregelung kommen, dann einen gewissen Prozentsatz für die Jugendarbeit abzutreten.

MÜLLER: Manchmal sind wir der Auffassung, daß man innerhalb der Landesverbände die Jugend nicht will. Es ist nicht möglich, die Jugend direkt an die Partei heranzuführen, aber es ist möglich, sie über die Jungdemokraten langsam der Partei zuzuleiten. Ich bin Herrn *Mayer* dafür dankbar, daß wir uns morgen wegen dieser Probleme einmal zusammensetzen werden.

SCHÄFER: Es ist unbedingt notwendig, eine Jugendarbeit innerhalb der Partei durchzuführen. Wir sind ferner der Überzeugung, daß finanzielle Mittel der Partei hier zur Verfügung gestellt werden müssen. Ich glaube, wir können Herrn *Mayer* die Ermächtigung geben, alle Möglichkeiten zu prüfen und zu erwägen, die uns hier weiter bringen. Ich halte es auch für richtig, daß gewisse Dinge in der Gesamtpartei zugunsten der Jungdemokraten gemacht werden. Ich halte es für dringend notwendig, unter diesen Umständen andere Dinge zurückzustellen. Und ich glaube, mit diesem könnten wir auch diesen Punkt beschließen.

9.

9. 12. 1950: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL. Ordner-Nr. 93. Überschrift: „Protokoll über die Gesamtvorstandssitzung in Bonn am 9. 12. 1950." 10.15 Uhr–20.00 Uhr.

Teilnehmer: Bleek, Blücher, Bote, Dehler, Dohr, Engelhard, Entholt, Euler, Fassbender, Föge, Franke, Glaesser, Gönnenwein, Höpker Aschoff, Herta Ilk, Mayer, Meinicke-Pusch, Mende, Middelhauve, Müller, Neumayer, Nowack, Oellers, Onnen, Preusker, Rademacher, von Rechenberg, Schäfer, Schwennicke, Waeldin, Weirauch, Wenhold, Wirthle.

[PRÄLIMINARIEN]

Minister BLÜCHER begrüßt die Anwesenden der Sitzung und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß es jetzt um ein Viertel nach 10.00 Uhr fast schon möglich sei, die Sitzung zu eröffnen. Er betont, daß die Einladungen rechtzeitig erfolgt wären. Es wäre die erste Woche nach den letzten Wahlen[1] genommen worden, weil man sich darüber klar gewesen sei, daß man erst nach den Wahlen diese Sitzung hätte einberufen können.

Er stelle zur Erörterung, ob es zweckmäßig sei, sofort mit Referaten zu beginnen, oder, ohne daß es ein Durcheinander gäbe, es möglich wäre, sofort in die Aussprache einzutreten. Diese Aussprache würde sicher mit dem Ziele geführt werden müssen, daß möglichst jeder die Möglichkeit habe, hier zu Wort zu kommen mit dem Ziele, daß es nach dieser Aussprache zu Zusammenfassungen käme. Er stelle deshalb anheim, ob wir mit Berichten anfangen sollten und diese in eine gewisse Zeit zusammengedrängt werden sollen, um auf jeden Fall, wenn die Berichte dies ergeben, die notwendige Zeit für die spätere Aussprache zu haben.

Dr. MIDDELHAUVE: Die letzten Sitzungen haben darunter gelitten, daß zu viel Zeit für die Referate verwandt worden ist. Ich begrüßte die Anregung von Herrn Minister *Blücher,* hierüber ein Einverständnis zu erzielen, aber ich glaube, daß es zweckmäßig sein würde, aus den Referaten eine Diskussionsgrundlage zu finden, und möchte deshalb vorschlagen, daß der Parteivorsitzende versuchen sollte, in einer halben Stunde das zu sagen, was er uns zu sagen hat, und daß diese Ausführungen dann die Plattform für die Diskussion ergeben. Auf jeden Fall sollten beide Berichte die Zeit von einer Stunde nicht übersteigen, und nach meiner Auffassung müßten die Berichte ohne Zwischendiskussion ablaufen, um nach einer Stunde in die Aussprache eintreten zu können. Eine zeitliche Begrenzung von einer Stunde erscheint mit deshalb angebracht.

1 Landtagswahlen in Hessen (19. 11. 1950), Württemberg-Baden (19. 11. 1950), Bayern (26. 11. 1950) und Berlin (3. 12. 1950).

RADEMACHER ist der Meinung, daß ein zusammengefaßtes Referat vorausgehen muß, zeitlich möglichst beschränkt, so daß dann, wenn irgend angängig, jeder zu Wort kommen sollte.

BLÜCHER erklärt, daß ihm vorgeschwebt habe eine Aussprache nicht über Einzelheiten, sondern im wesentlichen eine Aussprache, die von den Wahlen ausgehend zwei Zentralpunkte angeht, das wäre

1. Bundesregierung/Bundestagsfraktion und unser Verhältnis dazu,
2. die in diesem Augenblick doch wohl nicht mehr so sehr parteipolitisch, sondern allgemeinpolitisch schicksalhafte Frage der Regierungsbildungen in den Ländern, wo gewählt worden ist.

Und ich glaube, daß wir an einer freundschaftlichen Aussprache hier nicht vorbeikommen. Das war das, was mir bei den wesentlichen Punkten vorgeschwebt hatte. Wenn wir über die Bundesregierung und die Fraktion der Partei sprechen, ist es unvermeidlich, daß wir eine ganze Reihe von Einzelfragen bekommen. Das war das, was ich mir gedacht hatte, damit wir uns nicht verzetteln, sondern die politische Aussprache führen, die auch notwendig ist.

RADEMACHER gibt zur Kenntnis, daß er es für ausgezeichnet halten würde, wenn die Fraktion bzw. Herr Dr. *Schäfer* etwas über die Themen sagen würden, die gestern behandelt worden sind, ohne irgendwelche Beschlüsse zu fassen.

[VERSCHIEDENES]

Dr. MIDDELHAUVE schlägt vor, mit Punkt Verschiedenes zu beginnen. Er glaube, daß sich dieser Punkt ziemlich schnell erledigen lassen würde.

BLÜCHER hält diesen Vorschlag für sehr gut. *Blücher* bittet Herrn *Mayer* mit den Punkten zu Punkt 3 anzufangen.

[KOMMISSARISCHE BESTELLUNG EINES EHRENRATSVORSITZENDEN]

MAYER schlägt vor, nachdem der Ehrenratsvorsitzende [Carl *Jokusch*] verstorben sei, einen neuen Ehrenratsvorsitzenden zu wählen. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen habe den Oberlandesgerichtspräsidenten *Froböss* vorgeschlagen.

BLÜCHER sagt dazu, daß Herr *Froböss* ein ausgezeichneter Mann sei.

Dr. MIDDELHAUVE erklärt hierzu, daß *Froböss* ein ausgezeichneter Mann sei, ein älterer Parteifreund aus dem Osten, er wäre früher in Danzig Oberlandesgerichtspräsident [gewesen], und schildert ihn außerdem als sehr vornehme Persönlichkeit.

BLÜCHER begrüßt die Neubesetzung mit dem Ehrenratsvorsitzenden *Froböss,* und es wird in dieser Beziehung ein einstimmiger Beschluß gefaßt.

[BESTELLUNG DER VORSITZENDEN DES FRAUENAUSSCHUSSES]

WEIRAUCH gibt bekannt, daß Frau *Buscham* zur Vorsitzenden des Frauenausschusses gewählt sei, aber vom Vorstand noch nicht bestätigt worden wäre.

BLÜCHER gibt die einstimmige Zustimmung zu dieser Bestellung durch den Vorstand bekannt.

[ANTRAG DES LV BERLIN AUF ERRICHTUNG EINES BAU- UND WOHNUNGSAUSSCHUSSES]

WEIRAUCH: Der Landesverband Berlin habe mit Rücksicht auf die schwierige Lage des Wohnungsproblems beantragt, bei der Parteileitung einen Ausschuß für Bauen, Wohnen, Siedeln zu gründen. Die Begründung ist lediglich in den heutigen Notwendigkeiten gegeben. Der Vorstand habe sich schon einmal damit befaßt, und zwar auf der Vorstandssitzung vor dem Düsseldorfer Parteitag.[2] Bei dieser Gelegenheit wurde dieser Antrag abgelehnt. Unter dem Hinweis, daß wir nicht zu einer Inflation von Ausschüssen kommen sollten, damit nicht zu viele Kosten verursacht würden, könnte man doch in Erwägung ziehen, einen solchen Unterausschuß zu bilden und ihn notfalls dem kommunalpolitischen oder wirtschaftspolitischen Ausschuß anzuschließen.

SCHWENNICKE führt aus, daß in der parlamentarischen Arbeit die Fragen des Wohnungs- und Städtebaues und der Planung überhaupt stark im Vordergrund stehen, es ergäben sich erhebliche Differenzen in der Frage der Wohnungsbaupolitik. Er glaube, daß es notwendig wäre, innerhalb der Partei – und möge der Ausschuß noch so klein sein – eine Koordinierungsmöglichkeit zu schaffen, gleichgültig, ob dieser Ausschuß selbständig wäre oder ein Unterausschuß der Partei sei. Es käme darauf an, im Rahmen der Gesamtpartei eine Möglichkeit zu schaffen, diese Fragen zu bestimmten Zeitpunkten zu koordinieren.

MAYER: Wir haben über dieses Thema mehrfach schon gesprochen und die Bildung eines solchen Ausschusses abgelehnt. Neuerdings wird auch die Auffassung vertreten, diesen Ausschuß nicht zu bilden. Ich möchte von der Parteileitung aus feststellen, daß die Inflation von Ausschüssen nicht nur im Ertrag sehr problematisch ist, sondern uns zunächst Kosten verursacht, die in den letzten Monaten schon in die Tausende gegangen sind.

WILDERMUTH erklärt, daß er nichts gegen einen solchen Ausschuß einzuwenden habe, jedoch schwerste Bedenken hätte, daß ein Ministerium wie seins die große Zahl der Ausschüsse nicht mehr bedienen könne. Er müsse sämtliche Interessentengruppen zu den einzelnen Ausschüssen hören, bevor ein Gesetz gemacht würde. Er müsse mit so vielen Ausschüssen arbeiten, daß das wieder eine Sonderbelastung sei. Er habe zu seinem Erstaunen festgestellt, daß in Niederbreisig eine Wirtschaftsbesprechung der Koalition stattgefunden habe, auf dem die Altmieten um 20 % heraufgesetzt wurden.[3] Es habe niemand für not-

2 In Nr. 7 hierauf kein Hinweis enthalten.

3 Eine Erhöhung der Altmieten um 10 % erfolgte erst am 1. 4. 1952. Dazu BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 16, Drucks. Nrn. 3170 und 3226 sowie BT STEN. BER., Bd. 11, S. 8693 A–8697 C.

wendig befunden, vorher den Wohnungsbauminister zu hören. Ich sträube mich nicht, aber ich mache darauf aufmerksam, daß ich nicht weiß, ob dabei viel herauskommen wird.

Seit vier Wochen bemühe er sich, in der Fraktion eine Aussprache über die Baulandbeschaffung (Gesetz) herbeizuführen. Es fänden sich nicht genug Leute, um überhaupt zum Zuge zu kommen. Ob das durch einen Ausschuß verbessert werden würde, wisse er nicht.

WEIRAUCH schlägt vor, einen Unterausschuß dem kommunalpolitischen Ausschuß anzuschließen.

MAYER: Vorschlag: Wir sollten uns vornehmen, zu Anfang Januar in Verbindung mit der Sitzung des kommunalpolitischen Ausschusses aus den Länderfraktionen und der Bundestagsfraktion Fachleute nach hier zu bitten, um der Aufgabe der Koordinierung in den Ländern, die von Herrn *Schwennicke* angeregt wurde, näherzukommen.

Dr. MIDDELHAUVE: Es bleibt dem kommunalpolitischen Ausschuß überlassen, einen Unterausschuß zu bilden.

Der Vorschlag der Bildung eines Unterausschusses wird einstimmig angenommen.

ANTRAG KV SIEGEN [AUF ERRICHTUNG EINES RECHTSPOLITISCHEN AUSSCHUSSES]

WEIRAUCH: Der KV Siegen habe in bezug auf die zu erwartende Justizreform die Bildung eines rechtspolitischen Ausschusses vorgeschlagen. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Ausschußinflation glaube er nicht, im gegenwärtigen Moment es für zweckmäßig zu halten, einen solchen rechtspolitischen Ausschuß zu berufen. Er halte auch den Antrag für nicht so wichtig, daß ein solcher Ausschuß durchgesetzt werden solle.

OELLERS erklärt, daß es wohl keinen Sinn habe, einen solchen Ausschuß zu berufen.

BLÜCHER regt an, daß es bei der Inflation von Juristen in Bonn nicht zweckmäßig sei, noch einen eigenen Ausschuß zu bilden. *Blücher* fragt, ob dem widersprochen wird.

Es wird einstimmig auf einen solchen Ausschuß verzichtet.

[ANTRAG AUF SCHAFFUNG EINES PARTEIABZEICHENS]

WEIRAUCH gibt bekannt, daß von einigen Kreis- und Landesverbänden der Vorschlag eines einheitlichen Parteizeichens gemacht worden sei, damit die Partei, insbesondere bei Briefköpfen usw. nach außen hin unter einem einheitlichen Zeichen in Erscheinung tritt. Er erklärt, daß wir uns schon mehrfach mit Frl. Dr. *Fischer* in Verbindung gesetzt haben, die einige Entwürfe überreicht hätte. Wir wollten uns vergewissern, ob wir diese Sache weiter vorantreiben sollten und von guten Graphikern nunmehr entsprechende Vorschläge anfordern sollten.

MAYER erklärt, daß er festgestellt habe, daß es immer das übliche Spiel sei. Er glaube, daß wir uns gegen diese Dinge zunächst abriegeln sollten. Er hält es für viel wichtiger, wenn ein echtes Symbol vorhanden wäre. Er sähe vor allem nicht ein, daß wir im Vorstand die Zeit verplempern dadurch, daß wir stundenlang darüber beraten. Er halte es auch nicht für gefährlich, wenn die Briefköpfe unterschiedlich aussehen würden.

Dr. MIDDELHAUVE erklärt, daß damit, daß wir schlechte Entwürfe vorliegen hätten, das Problem nicht abgetan sei. Wenn wir ein gutes Zeichen bekämen, dann wäre das doch annehmbar, und er möchte vorschlagen, daß der Vorstand beschließt, daß die Geschäftsführung beauftragt wird, diesem Problem nachzugehen und einen brauchbaren Vorschlag, wenn auch nicht von heute auf morgen, zu finden. Wenn ein brauchbarer Vorschlag vorhanden sei, könne man sich mit dieser Frage befassen, wenn nicht, dann sollte man keine Zeit dazu verwenden.

SCHWENNICKE erklärt, daß er den Vorschlag von Dr. *Middelhauve* dahingehend ergänzen möchte, daß an die Landesverbände vielleicht herangetreten würde und daß man einmal von jedem Landesverband entsprechende Muster anfordern würde.

BLÜCHER stimmt diesem Vorschlag zu und erklärt, daß wir vielleicht aus den verschiedensten Arbeiten dann zu einer gewissen Marschrichtung kommen würden.

Weiter zu Verschiedenes:

[ANTRAG VON FRITZ LÖWENTHAL AUF AUFNAHME IN DIE FDP]

Es liegt ein Brief des Parteifreundes *Dehler* an Dr. *Schäfer,* den Dr. *Schäfer* an mich weitergegeben hat zur Vorlage zur Vorstandssitzung, vor.

Es handelt sich darum, daß der frühere SPD-Abgeordnete Dr. *Löwenthal,* der damals im Parlamentarischen Rat aus der SPD austrat[4], bei uns eintreten möchte, und daß *Dehler* anfragt, ob dies opportun ist oder nicht.

Dr. MIDDELHAUVE erklärt, daß sich dieser frühere SPD-Abgeordnete bereits vor den Bundestagswahlen an den Landesverband gewandt habe, ob man ihn aufnehmen würde. Er habe sich auch an ihn gewandt als Redner für den Wahlkampf. Damals hätten wir davon abgesehen. Wenn der Mann aber heute nach einem Jahr seines Austritts immer noch den Wunsch habe, Mitglied der FDP zu werden – sei es, daß schwerwiegende Bedenken gegen ihn sprächen, so habe er nicht den Eindruck, daß solche Bedenken vorliegen –, und er halte es doch für möglich, diesen Mann aufzunehmen. Er brauche ja nicht direkt herausgestellt zu werden, er könne sich ja erst in der Partei bewähren. Und wenn man dann die Auffassung habe, daß dieser Mann ein wirklicher FDP-Mann

4 Anfang Mai 1949. Vgl. Volker OTTO, Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1971, S. 45 f. Der angesprochene Brief *Dehlers* an *Schäfer* datiert vom 26. 10. 1950, ADL, N 1-1085 (NL Dehler).

sei, dann könne man ihn ja nach einer gewissen Zeit politisch in Erscheinung treten lassen.

Dr. VON RECHENBERG: Zirkusleute lägen ihm nicht, erst Kommunist, dann verkracht mit *Schumacher*, und dann würden diese Leute Anschluß an andere Parteien suchen, um politisch herausgestellt zu werden. Diese Leute, so betonte Dr. *von Rechenberg*, die jahrelang Sozialisten wären, könnten nicht liberale Leute sein, das gäbe es nicht. Es gäbe gewisse Grundsätze dafür.

Dr. OELLERS: Ich bin nicht der Ansicht von *Rechenberg*. Man kann einen Menschen nur dann ablehnen, wenn man ihm etwas Ehrenrühriges vorwirft. Man kann einen Menschen nicht ablehnen, weil ein Mensch im Laufe einer längeren Zeit eine politische Wandlung durchgemacht hat. Um diese Dinge kämpfen wir doch gerade. Ich meine, daß eine liberale Partei es sich nicht leisten kann, doktrinär zu sein, weil der Betreffende bei der SPD gewesen ist und sich mit *Schumacher* verkracht hat. Das ist doch kein Grund, einen solchen Mann ein Jahr später abzulehnen. Ich bin der Ansicht, daß man einem solchen Mann den Weg nicht versperren darf. Er soll bei uns eine Leistungsbewährung durchmachen.

Dr. HÖPFER ASCHOFF: Er habe den Mann nicht in freundlicher Erinnerung, und er wisse nicht, warum wir uns überhaupt damit beschäftigen. Wenn dieser Mann da in einer Ortsgruppe eintreten will, dann sollte die Ortsgruppe entscheiden, ob man ihn aufnimmt. Wenn er sich behauptet, was sich ja wohl herausstellen wird im Laufe der Zeit, dann kann er ja in den Bezirksausschuß gewählt werden.

DEHLER führt aus, daß er den Mann kenne, weil er mit ihm in einem Ausschuß gewesen sei[5], er wäre dort überspitzt rechtsstaatlich gewesen. Er hat sich mit *Schumacher* verkracht, als in Hannover am 20. April vorigen Jahres die Weisung kam, die SPD muß umschwenken[6], da war er der einzige, der dagegen opponierte. Er hat vor allen Dingen jedoch Mut bewiesen. Dr. *Höpker Aschoff* habe recht, die Ortsgruppe müsse entscheiden, und der Gesamtvorstand könne der Ortsgruppe nur einen entsprechenden Rat geben.

MAYER sagt, er habe es nur vorgebracht, weil er das Empfinden habe, man müsse der Ortsgruppe sagen können, was er für ein Mann sei.

WILDERMUTH äußert keine Bedenken, den Mann in die Ortsgruppe hineinzunehmen.

Dr. OELLERS rät, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Sache durch den zuständigen Landesverbandsvorstand zu erledigen.

Dr. SCHÄFER führt aus, daß er 40 Jahre Liberalismus mache und der Meinung sei, daß Leute, die sich ändern, nicht schlecht zu behandeln seien.

BLÜCHER regt an, sich kurz zu fassen.

Dr. GLAESSER führt aus, daß er glaube, daß man da nicht ablehnen könne. Tatsache sei nun einmal, daß Herr *Löwenthal* im Parlamentarischen Rat mutig ge-

5 Organisationsausschuß des Parlamentarischen Rates.
6 Vgl. W. BENZ, 1984, S. 220 f.

wesen sei und gegen die Führerzentrale in Hannover Stellung genommen habe und damals die Weltöffentlichkeit darauf gelenkt habe, daß die SPD heute eine Führerpartei geworden sei.

ENGELHARD führt aus, daß er der Ansicht sei, daß die Angelegenheit im Schoße des Landesverbandes erledigt werden könne. Wenn es sich um einen Mann handele, der zu dem entsprechenden Landesverband gehöre, müsse diese Angelegenheit auch durch den Landesverband entschieden werden. Man könne ihn nicht einfach ablehnen, weil er aus einem anderen Lager käme.

BLÜCHER regt an zu gestatten, daß eine kurze Aussprache zwischen *Dehler* und *Euler* stattfinde, damit *Dehler* in der Lage sei, den Brief zu beantworten. Natürlich dürfe man dem Mann nicht erzählen, daß seine Angelegenheit im Gesamtvorstand der FDP besprochen worden sei. Er schlage vor, *Dehler* und *Euler* zu bitten, damit einverstanden zu sein und damit die Aussprache abzubrechen.[7]

[ANTRAG BETR. SOZIALWAHLEN]

MAYER gibt bekannt, daß ein Brief des Herrn *Langhoff* vorliege, Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses, wegen Einschaltung in die im Frühjahr stattfindenden Sozialwahlen. Er möchte anregen, die Herren LV-Vorsitzenden zu bitten, auf die Vorschläge des Ausschusses einzugehen, und er würde versuchen, daß von der Bundespartei aus die Mittel dafür bereitgestellt werden könnten. Es handelt sich darum, daß in den Ländern und Städten Interessengemeinschaften der Versicherten gebildet werden sollen, die die Wahlvorschläge finanzieren können. Er schneide dies nur an, damit wir vom Bundesvorstand soweit als möglich unterstützt würden.

Unterrichtung der Landesverbände durch Herrn *Mayer.*

EULER führt aus, daß wir den Punkt Verschiedenes nur vorausgenommen hätten, um den anderen noch nicht anwesenden Parteifreunden die Teilnahme an den Hauptreferaten zu ermöglichen. Er schlage deshalb vor, nunmehr, nachdem alle da wären, alle diese Dinge, die doch allein die Angelegenheit des geschäftsführenden Vorstandes wären, abzusetzen.

Dr. HÖPKER ASCHOFF schlägt noch vor, den finanzpolitischen Ausschuß auf den 13./14. Januar einzuberufen.

Dr. MIDDELHAUVE bittet Dr. *Höpker Aschoff,* die Einladungen aber rechtzeitig herauszubringen.

BLÜCHER erklärt damit den Punkt Verschiedenes für vorläufig erledigt.

---

7 Nach Absprache mit *Euler* bat *Dehler Löwenthal* am 4. 1. 1951, sich mit dem hessischen FDP-Vorsitzenden zwecks Besprechung der Aufnahmemodalitäten in die FDP zu treffen. ADL, N 1-1085 (NL Dehler).

[BERICHT DES PARTEIVORSITZENDEN]

BLÜCHER: Meine lieben Freunde. Ich glaube, wenn ich in dieser Kürze berichten soll über die Dinge, die uns heute vor allen Dingen beschäftigen, dann muß ich mit einem objektiven Bild auf die Regierung, die Regierungsgeschäfte, die Arbeit der Regierung und die sich aus dieser Arbeit ergebenden Folgerungen sprechen. Der ganze Ausgangspunkt aller Bedenklichkeiten und Schwierigkeiten läßt sich heute, wenn man sehr grob zusammenfaßt, auf zwei Punkte zurückführen. Das ist

1. die Zusammensetzung der Regierung nach parteipolitischen Gesichtspunkten und die ungewöhnliche Knappheit der Regierungsmehrheit, die dazu führt, daß vielleicht notwendige Änderungen in der personellen Zusammensetzung der Regierung nicht in Erwägung gezogen werden. Es kommt beim Bundeskanzler in überaus starkem, so starkem Maße zum Ausdruck, daß man das öffentlich kaum aussprechen könnte, die Rücksicht auf das Zusammenhalten einer Mehrheit und das übermäßige Übergewicht der Rücksichtnahme auf die CSU.

2. die kaum vorhandene Fähigkeit des Bundeskanzlers, sich in die Rolle eines Chefs einer Regierung in einem parlamentarisch-demokratischen Regime einzupassen.

Das sind die beiden Ausgangspunkte für heute.

Es ist die Folge gerade des ersten von mir genannten Punktes, daß wir seinerzeit verschiedene sehr ernste Krisen in der Regierung mehr oder weniger gut oder schlecht zugepackt haben, und es ist dann die Folge des zweiten Punktes die, daß wir die ewigen Auseinandersetzungen vor allen Dingen auf dem Gebiete der Außenpolitik haben, aber auch der Innenpolitik, wenn ich z. B. nur an die damalige den Gewerkschaften gegebene Zusage hinsichtlich der Lebenshaltungskosten denke.[8] Das sind Äußerungen, die manchmal spontan sind und die uns verpflichten.

Es gibt noch einen dritten Punkt, den ich leider nicht ausführlicher behandeln kann, aber der doch ausgesprochen werden muß, weil damit die ganze Problematik der Regierungsbildung nicht nur jetzt, sondern in Zukunft angesprochen wird. Das ist das teilweise Übergewicht reiner Ressortbetrachtungen bei der Zusammensetzung einer Regierung, was zur Folge hat, daß man vielleicht ausgezeichnete Fachleute in die einzelnen Fachministerien bringt, die aber keineswegs von sich aus die geborenen Mitglieder eines gesamtverantwortlichen Kabinetts sind. Wenn ich das letztere deutlich aussprach, dann ist es so, daß wir bei allen außenpolitisch durch den Kanzler vorweg abgenommenen Entscheidungen eine bestimmte Zahl der Kabinettsmitglieder haben, die in dem Gefühl des Nichtverstehens Ja sagen, so daß er immer eine beträchtliche Zahl von Anhängern, wenn nicht sogar eine Mehrheit hat. Ich darf hier als besonders krasses Beispiel die beiden Herren *Erhard* und *Schäffer* nennen. Beide Herren haben in jedem Falle da, wo es sich um außenpolitische Entscheidun-

8 Bezieht sich auf wiederholte Äußerungen *Adenauers* im Sommer 1950. Hinweis hierauf in einer Rede *Ollenhauers* im Bundestag am 21. 7. 1950, BT STEN. BER., Bd. 4, S. 2806 A.

gen handelt, von vornherein bejaht. Ich muß diese Dinge, wenn Sie ein gesamtes Bild der Situation haben wollen, leider mit dieser Härte aussprechen und von da ausgehend etwas über das Verhältnis der FDP, über die gegenwärtigen aktuellen Fragen sagen und die aktuellen Fragen der Bundesregierung, soweit sich diese Dinge im Kabinett widerspiegeln.

Wenn Sie die Akten unserer Bundesgeschäftsstelle sehen würden, dann könnten sie feststellen, daß selbstverständlich im Einvernehmen mit unseren Freunden im April dieses Jahres von mir eine Reihe von Vorstößen unternommen worden sind mit dem Ziele, sehr große außenpolitische Niederlagen zu vermeiden dadurch, daß ich den Bundeskanzler darauf aufmerksam machte, er würde bei bestimmten Dingen Gefahr laufen, Deutschland zunächst durch seine Paraphe zu verpflichten. Es würde das Parlament nicht in der Lage sein, ihn zu decken und außenpolitische Entscheidungen abzugeben. Diese Auseinandersetzung wurde mit aller Härte zum ersten Mal zwischen *Adenauer* und mir geführt.[9] Dies hat zu der bekannten ersten großen Unterrichtung der verschiedensten Gremien und Instanz[en] über den Schumanplan geführt.[10] Dazwischen liegen vier Monate. Es ist im Augenblick eine aktuelle Aufgabe, vom Montag ab, wenn der große Ausschuß und der heute tagende interministerielle Ausschuß tagt, diese darauf zu halten, daß wir bei diesem Problem die ausreichende Unterrichtung und vor allen Dingen die Zeit zum Nachdenken haben.[11] Es wird sich hier der Fall ergeben, daß eine Beschleunigung versucht wird, wo sie nach dem behandelten Gegenstand nicht möglich ist. Dasselbe hat sich mit sehr starker Unterstützung gerade auch von *Dehler* und *Wildermuth* seit sechs Wochen in der Frage des Junktims zwischen Besatzungsstatut und Schuldenbekenntnis abgespielt.[12] Da standen wir zunächst vor einem bedingungslosen Ja, vor allem auch des Finanzministers, so daß es unseres wiederholten Eingreifens bedurft hat, und ich darf sagen, daß ich bei meiner Unterrichtung unserer Verhandlungskommission in Abwesenheit des Bundeskanzlers über den Inhalt des Kabinettsbeschlusses[13] hinausgegangen bin[14], um Anlaß zum Vorpreschen zu geben.

Ich bin noch am Mittwoch vorstellig geworden und habe darauf aufmerksam gemacht, daß ohne zulängliche Einbeziehung des Parlamentsausschusses keineswegs die Möglichkeit gegeben wäre, den Vorschlag unterzubringen, weil sonst die Gefahr bestünde, daß das Parlament sich vergewaltigt und überwäl-

9 Vgl. die Kritik *Blüchers* über die mangelnde Unterrichtung des Kabinetts über die Schumanplan-Verhandlungen. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 547 f.; ADENAUER. BRIEFE 1949–1951, 1985, S. 535.

10 Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 629–632.

11 Vgl. ebd., S. 879–883.

12 Die Debatte hierüber war eingeleitet worden durch einen Brief der Alliierten Hohen Kommission an den Bundeskanzler vom 23. 10. 1950, abgedruckt in: Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.), Die Wiederherstellung des deutschen Kredits. Das Londoner Schuldenabkommen (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 4), Stuttgart-Zürich 1982, S. 97–101.

13 Zur Haltung des Kabinetts und *Blüchers* KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 863 ff.

14 Bezieht sich möglicherweise auf die Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses am 7. 12. 1950; vgl. ebd., S. 865.

tigt fühlt und aus diesem Grunde Nein sagen würde.[15] Es könnte nichts Deprimierenderes geben als eine Unterschrift des Regierungschefs, die nicht honoriert wird durch die Zustimmung des Parlaments. Das ist aber nun das Kernproblem. Der Bundeskanzler faßt die Bestimmung des Grundgesetzes, wonach der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, außerordentlich weitherzig zugunsten des Kanzlers auf und schlußfolgert aus der Tatsache, daß der einzelne Minister nicht vom Parlament durch Mißtrauensvotum gestürzt werden kann, da er mit der Beibehaltung oder Entlassung des Ministers die ganze Verantwortung trägt, eine weit über den früheren Zustand hinausgehende Gesamtgewalt.[16] Ursprünglich beanspruchte er die gesamte Organisationsgewalt, und es ist nur einem robusten Entgegentreten von *Dehler* zu verdanken und später einem deutlichen Entgegentreten des Bundespräsidenten, der aktiv geworden ist, daß er nicht im Ernst uns eine Geschäftsordnung vorlegte, die von dieser seiner Grundüberzeugung ausgegangen wäre.[17] Dieses Thema muß zu einem Ende geführt werden, wenn wir überhaupt einmal in Ordnung kommen wollen.

Wir müssen dann weiter darauf halten, das ist die nächste Aufgabe, daß diese ewigen Kompetenzkonflikte verschwinden, z. B. die von *Wildermuth* erwähnte Zusammenkunft in Niederbreisig hat bei den Koalitionsparteien zu der Ansicht geführt, daß die Federführung auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens beim Wirtschaftsminister liegen soll[18], daß aber auf der anderen Seite der Wirtschaftsminister gehalten sein soll, in jedem Falle sich der Mitwirkung des Finanzministers, des Präsidenten der Bank deutscher Länder und auch des Präsidenten des Aufsichtsamtes für Geld- und Kreditwesen zu bedienen. Diese Frage ist so eindeutig geklärt, daß man darüber nichts mehr sagen wird. Von den großen Zuständigkeitsfragen ist nicht abgeklärt die auf dem Gebiete des Rüstungswesens.[19] Ich will dieses Sachgebiet nicht ansprechen. Ich glaube, daß wir in der Fraktion, *Dehler, Wildermuth,* ich uns darin einig sind.

Es gibt die andere ganz große politische Streitfrage, und diese heißt Führung der außenpolitischen Geschäfte überhaupt. Diese Dinge sind, alles, was man heute außenpolitisch nennen kann, in einem trostlosen Zustand.[20] Ob wir die Frage der Errichtung von Konsulaten, Gesandtschaften, Botschaften oder die der Schutzrechte, Verschuldung usw. behandeln. Hier wird es sich überall her-

---

15 Vgl. dazu H. *Schäfer* an *Adenauer* vom 6. 12. 1950, ADENAUER. BRIEFE 1949–1951, 1985, S. 572. Der Bundestagsausschuß für Besatzungsstatut und Auswärtige Angelegenheiten wurde seit Dezember 1950 in die Beratungen über den Antwortbrief *Adenauers,* der am 6. 3. 1951 abging, einbezogen. Vgl. hierzu Hermann J. ABS, Die Wiederherstellung des deutschen Kredits, in: H.-P. SCHWARZ, Anm. 12, S. 15–20.

16 Zum Problem der Ministerverantwortlichkeit und *Adenauers* Stellungnahme hierzu Udo WENGST, Ministerverantwortlichkeit in der parlamentarischen Praxis der Bundesrepublik Deutschland. Eine historische Bestandsaufnahme, in: ZParl., 15. Jg. (1984), S. 539–551; *Adenauers* Haltung S. 541 f. und 547.

17 Vgl. U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 247–250 und 277–280.

18 Zu diesem Zuständigkeitskonflikt ebd., S. 251 ff.

19 Vgl. hierzu die Debatte über die Zuordnung *Blanks* bei dessen Berufung in das Kabinett am 17. 10. 1950. KABINETTSPROTOKOLLE 1950 II, 1986, S. 56–61.

20 Vgl. die FDP-Kritik im November 1950, U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 268.

ausstellen, daß es noch keine zusammengefaßte Bearbeitung dieser Dinge gibt. Es ist doch praktisch so, daß im Laufe von sieben Monaten der für die Bearbeitung der Personalien in Aussicht genommene Herr insgesamt 4 mal 20 Minuten hat vortragen können beim Bundeskanzler.[21] Es ist doch so, daß wir die uns offenstehenden Chancen der Errichtung von Konsulaten nicht genützt haben mit dem Hinweis auf den Nichtabschluß der entsprechenden Arbeiten. Man könnte hier sehr lange darüber reden, besonders, daß hier keine ordnungsmäßige Zusammenfassung wenigstens unter einem deutlich sichtbaren Staatssekretär erfolgt ist[22], aber das ist bekannt und bedarf nicht der Erwähnung.

Ein sehr bedenkliches Thema innerhalb der Regierung ist die mangelnde Koordinierung der Arbeit. Es ist nun einmal so, daß vor allem das Wirtschaftsministerium und das Landwirtschaftsministerium sich nicht zusammenfinden und auch bis heute nicht zusammengefunden haben. Es ist auch so, daß man nicht sagen kann, das sei unmöglich. Es gibt eine Reihe von Gebieten, wo ein derartiges Sichzusammenfinden möglich wäre, wenn eine zusammenfassende Hand da wäre. Aber der Bundeskanzler übernimmt auch das Amt mit Einzelaufgaben auf allen Gebieten, so daß es ewig zu einem Vielgleisigfahren gerade hier kommt. Ich halte dies für das Bedenklichste und weiß, in welchem Umfang die Landwirtschaft, Außenhandel, Devisenkontrolle, Einfuhrbeeinflussung behandelt worden ist und daß auf diesen Gebieten fast nichts geschehen ist. Wir werden hier immer zweigleisig fahren, und ich sehe hierin einen der Hauptgründe für so viele Schwierigkeiten, die sich heute ergeben, daß man vor jedem der in Frage kommenden Herren wegen der unglaublich schwachen Mehrheits- und Abstimmungsverhältnisse nun letzten Endes doch immer ein Übermaß von Rücksicht zu nehmen hat. Es liegt eben ferner doch an der notwendigen Gesamtaufsicht und Übersicht. Ich glaube, daß diese drei von mir genannten großen Fragen eigentlich die Hauptgründe sind für einen ganz großen Teil der unbestreitbar vorhandenen Mißstimmung.

Es gibt dann einen nächsten Punkt.

Ich glaube, dieser Punkt ist so wichtig, daß wir ihn auch hier im Laufe des Tages einmal ansprechen müßten. Das ist die infolge der mangelnden Zusammenfassung der Regierungsaufgaben unzulängliche Publizität. Es ist ja gar nicht so, wie man immer sagt, die Presse sei der Schuldige. Die Presse ist nur zu einem geringen Teil der Schuldige. Die Presse muß das Gefühl haben, daß man sie unterrichten will und muß die Dinge so mitgeteilt bekommen, daß sie den Hintergrund und die Zusammenhänge sieht, wenn sie auf allen Gebieten in der Lage sein soll mitzuziehen. Hier ist nach meiner Auffassung eben eine falsche Ansicht vorhanden. Man steuert immer darauf los, daß man einen auf irgendeinem Gebiet erfahrenen Journalisten sucht. Es kommt nicht darauf an, daß der Mann, der für das Bundespresseamt verantwortlich ist, schreibt; es kommt nach meiner Ansicht mehr darauf an, daß [er] eine Gesamtübersicht über die

21 Hierbei handelte es sich um Wilhelm *Haas*. Vgl. ebd., S. 185.

22 Zur personellen und organisatorischen Situation in der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten in dieser Zeit ebd., S. 186 f.

Dinge aus dem ihm zur Verfügung stehenden Material erhält, daß er unmittelbaren Kontakt mit den verschiedenen Ressorts und jederzeit die Möglichkeit hat, sich von den Ressorts unterrichten zu lassen.[23] Es gehört die Möglichkeit und der Wille der Ressorts dazu. Es ist so, daß man nicht sagen kann, die Presse hat versagt. Man kann niemals jemand für die Presse zur Verantwortung ziehen, wenn er vorher nichts erfahren hat. Es ist doch so, daß die Presse genauso wie die Kabinettsmitglieder unvorbereitet vor neuen Tatsachen steht.

Ich bin der Anregung meines Freundes *Middelhauve* gefolgt und habe mich auf die Zeit beschränkt, um in kurzen Zügen das zu sagen von den großen Schwierigkeiten, vor denen wir stehen.

[BERICHT DES VORSITZENDEN DER BUNDESTAGSFRAKTION]

Dr. SCHÄFER zeigt alle Schwierigkeiten auf, die sich auch auf die Fraktion erstrecken, und führt u. a. aus: Wir stehen vor der gewaltigen Aufgabe, Menschen verschiedenster soziologischer Zusammensetzung aus den einzelnen Ländern in der Fraktion zusammenzufassen und zusammenzuführen. Wir müssen eine einheitliche Partei werden. Die Schwierigkeiten: die Traditionslosigkeit, mit der viele zu dem Bundestagsmandat gekommen sind, der ungeheure Arbeitsanfall (bei uns sind bereits 2 000 Vorlagen vorhanden, während man im alten Reichstag nie über 100 Vorlagen in einer Legislaturperiode hinausgekommen ist). Wir müssen uns sehr eingehend mit all den Dingen beschäftigen. Die Termine sind immer sehr knapp, die Stellungnahmen der Fraktion müssen sehr pressiert durchgeführt werden. Im wachsenden Maß stehen die Abgeordneten vor der Frage, ob sie ihren Beruf überhaupt noch ausführen können. Darunter leidet die Zusammenarbeit. Es ist heute schon fast eine Unmöglichkeit, eine geschlossene Fraktionssitzung zusammenzubringen. Der Kontakt mit den Wahlkreisen kann nicht mehr aufrechterhalten werden, weil die Abgeordneten immer in Bonn sind.

Zur Regierungskoalition: Wir standen seinerzeit vor der Notwendigkeit, diese Koalition zu bilden, wir sind gewissermaßen mit 25 % an dem Unternehmen beteiligt. Unsere Aufgabe ist es, in die Koalition unsere eigene politische Linie und im höchsten Ausmaß unsere Konzeption hineinzutragen. Verhältnis Regierungspartei zur Regierung: Die SPD unter *Schumacher* ist in eine Hysterie hineingeraten, es ist keine Oppositionspolitik mehr. *Schumacher* führt einen reinen politischen Machtkampf. Jedes Mittel ist ihm recht, er, den man [als] vaterlandslos bezeichnen könnte. Die SPD sucht die Koalition brüchig zu machen. Die CDU ist ein schwieriger Koalitionspartner. Ein Gebilde verschiedenster Menschen aus Nord- und Süddeutschland, verschiedener Konfessionen, wird unter der Bezeichnung CDU zusammengehalten. Das ist aber nicht etwas, was wir gemacht haben, das ist eine Wirklichkeit, die da war und mit der man rechnen muß. Die Politik der Opposition ist reiner Machtkampf, ihr

23 Zu den personellen Problemen des Bundespresseamtes zu Beginn der Kanzlerschaft *Adenauers* A. BARING, 1969 S. 41–45.

ist gleichgültig, was aus dem Staat wird. Sie macht in jeder Sache das, was positiv erscheint. Es besteht die große Gefahr, daß wir innerhalb dieser Koalition eines Tages überrannt werden. Spannungsverhältnis Ost-West, im Westen wieder Spannungsverhältnisse, wachsende Radikalisierung, 5. Kolonne, Agenten, Bundespolizei, dann wieder das Hindernis der Verfassung, alles das wird in der Öffentlichkeit ausgenutzt. Hilfe ist nötig, die nicht gegeben werden kann, wenn der Haushalt nicht zerbrechen soll. Offenkundige Gegensätze zwischen Kanzler und seiner Partei. Alle diese Dinge wirken zusammen und bestimmen die Lage. Um die Koalition zu festigen, sind bestimmte Forderungen an *Adenauer* gerichtet worden, Forderungen, die unseren Auffassungen entsprechen. Zugeständnisse bezüglich eigenem Außenministerium sind wiederholt verlangt worden. Der Zeitpunkt ist noch nicht gegeben. Hier ergeben sich personelle und Systemfragen. Tendenz des Kanzlers ist, alles in der Hand zu behalten, also selbst Außenminister zu sein. Notwendige Forderung: bessere Verbindung zwischen Parlament und Kabinett. Mit der SPD ist die Sache schwierig zu machen. Die Opposition kann immer sagen, wir sind nicht unterrichtet worden (bestätigender Zuruf). Leider ist dies nicht nur Vorwand. Aber die SPD hätte sich genauso verhalten, wenn sie besser behandelt worden wäre, aber man hätte es ihr schwieriger gemacht.

Vorschlag politischer Staatssekretäre: In der Fraktion war eine breite Mehrheit dagegen. Es würden wieder neue Kosten auflaufen, es wurde zur Sparsamkeit ermahnt. Die Leute würden aber kein Gehalt, nur Aufwandsentschädigung beziehen. Sie würden Vertreter der Minister sein, denn die Minister sind nicht mehr in der Lage, den Kontakt mit den Fraktionen zu pflegen. Natürlich muß der Mann der gleichen Partei angehören wie der Minister, damit eine Gesinnungsgleichheit da ist. Auch wenn der Vorschlag keine Gegenliebe beim Kanzler findet. Die Minister können nicht mehr allein die Arbeit bewältigen. Geschäftsordnung im Kabinett: Die Verfassung sieht vor, daß die Dinge im Detail zu regeln sind. Große Streitfrage: Wer bestimmt die Abgrenzung der Ressorts? Wieweit besteht die Verpflichtung des Kanzlers, die Minister an ihre Ressorts zu binden? Bei wichtigen Fragen sind die Minister oft nicht anwesend. Die Zusammenarbeit der Ressorts ist eine Frage der Geschäftsordnung.

Maßnahmen gegen Korruptionserscheinungen: Es gibt Nachrichtenzentralen, die Briefe kaufen, die an Minister gerichtet sind. Abwehreinrichtungen. Pressepolitik, Rundfunk, Film. Wir müssen versuchen, das Funkgebiet zu ordnen. Es ist dadurch so weit gekommen, das alles in die Hand der Länder gekommen ist. Am Ende kommt eine SPD-Verwaltung heraus. Wir müssen uns über Filme usw. orientieren. Rohstoffimport: Es ist verlangt worden, daß besondere Versorgungsressorts gebildet werden, die evtl. mit dem ERP-Ministerium verbunden werden, ein besonderes Außenhandelsressort zu bilden, das vom Wirtschaftsministerium zu lösen und mit dem ERP-Ministerium zu verbinden wäre. Nicht neue Ministerien sollen errichtet werden, sondern die der FDP gegebenen müssen mehr Gewicht bekommen. Wir haben nur ein klassisches Ministerium, das ist das Justizministerium. Außenministerium in die Hand der FDP wird nicht leicht durchzusetzen sein. Widerstände des Kanzlers. Dann noch die Frage, ob es nicht zu einer Kabinettsumbildung kommt. Ein Ministe-

rium ist von uns nicht mehr auf die Dauer zu ertragen, und zwar Ernährung und Landwirtschaft. Was sich da vom Brotpreis bis zum Butterpreis getan hat, ist nicht mehr hinzunehmen. Auf diesem Gebiet gleitet und schleift alles. *Fassbender* hat uns genau geschildert, wie die Dinge liegen.

Zur Kohlenkatastrophe[24]: Hier hat der Wille zur Voraussicht gefehlt. Auf dem Gebiet der Grundstoffe haben wir noch lange keine Marktwirtschaft, sondern noch immer Zwangswirtschaft. Verhältnis zu Opposition: Es sind Fragen aufgetaucht, ob es zweckmäßig sei, der Opposition nun das Feld freizugeben, und wir selbst in die Opposition gehen. Das, was uns von der Ostzone unterscheidet, ist doch die Tatsache, daß es ein Spannungsverhältnis gibt zwischen Regierung und Opposition. Hört das Spannungsverhältnis auf, entsteht der Klüngel, der sich gegenseitig nicht mehr weh tut. Schon das können wir uns in diesem Anfangsstadium nicht leisten. Wenn wir es tun, würde es dem Auftrag widersprechen, unter dem wir hier in Bonn angetreten sind. Wir hatten das Ziel, zwangswirtschaftliche Dinge nicht fortzusetzen, sondern sie zu beseitigen. Wir können nach meiner Meinung nicht den Weg gehen. Irgendwie wird zu erwägen sein, ob wir bereit sind, der Opposition den Weg in die Regierung freizumachen. Wir müssen sie bekräftigen, müssen sie festhalten, erneuern, ausgestalten. Es ist nicht so notwendig, daß wir parteipolitisch weiterkommen, wir müssen den Staat festigen und sichern und ihn glaubhaft machen, sonst hat alle parteipolitische Arbeit keinen Sinn mehr auf die Dauer, dann gehen wir alle mit dem Staat unter. Schwierig ist die Person des Kanzlers, er besitzt keine Wärme, strahlt keine aus. Mit dieser frostigen Atmosphäre gewinnt man nicht, deshalb gelingt es nicht, die Menschen an den Staat heranzubringen. Das sind einige Kernstücke, die Gegenstand unserer Überlegungen sind, die unsere Handlungen bestimmt haben, das sind Dinge, die in der Diskussion zum Ausdruck kommen sollen.

[AUSSPRACHE]

BLÜCHER schlägt 15 Minuten Redezeit für jeden Redner vor.

RADEMACHER: Die Herren Vorredner sind sehr im Taktischen steckengeblieben, ohne die Probleme anzuschneiden. Auf einen Punkt möchte ich besonders eingehen: Außenhandelsministerium, getrennt vom Wirtschaftsministerium. Die Abtrennung ist unmöglich. Die Tendenz geht zwar dahin, in der Koalition zu bleiben. Es gibt aber auch noch zwei andere Möglichkeiten: Die eine hat Herr *von Rechenberg* aufgezeigt, aus der Koalition auszutreten, und die andere Dr. *Hoffmann,* den Versuch zu machen, die Verantwortung auf breitere Schultern zu lagern, d. h. durch die veränderte Situation dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Dr. *Dehler* hat ja bereits in der Öffentlichkeit von der großen Koalition gesprochen.[25] Ich war damals nicht seiner Ansicht. In den Ausführungen von Dr. *Schäfer* sehe ich da einen Bruch in der Situation. Die

24 Ende 1950 war es zu Engpässen in der Versorgung mit Kohle gekommen. Dazu KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 82 f., 883 f. und 899 f.

25 So geschehen nach der ersten Bundestagswahl im August 1949. AUFTAKT, 1985, S. 46 f.

Lage ist ja heute eine völlig andere, man kann sie ruhig als katastrophal bezeichnen. Die Länderwahlen sind nicht so sehr das Kriterium. Der Erfolg der SPD[26] ist nicht zuletzt eine Folge der Wahlmüdigkeit. Berlin ist ein erfreulicher Sonderfall. Unsere Situation ist mit nationalem Notstand zu bezeichnen, dann kann aber das nicht mehr maßgebend sein, was Dr. *Schäfer* gesagt hat. Wir müssen uns klar sein, was in der nächsten Zeit auf uns zukommt: Sind wir in der Lage durchzustehen? Ich bezweifele es. Wenn man die Dinge bedenkt wie Ernährungslage, Lohnerhöhungen, Preiserhöhungen, im Hintergrund das Gespenst der Inflation, die Frage der Mitbestimmung, Lastenausgleich, Auslandsschulden und die außerordentlich schwierige Frage der Verteidigung in einem Augenblick, wo wir vor dem Weltkrieg Nr. 3 stehen, dann kann man wohl von einem nationalen Notstand sprechen.

Wir können nicht mit taktischen Mitteln die Koalition wieder in Ordnung bringen. Selbst wenn der Kanzler bereit ist, Konzessionen zu machen, so werden diese Absichten nachher wieder scheitern in dem gallertartigen Gebilde der CDU. Frage: Ist es nicht notwendig, daß die FDP auf diesem Gebiete die Initiative ergreift? Es ist aber sinnlos, ein Scheingeschäft zu führen. Wenn dieser Weg begangen würde, müßte es mit aller Ehrlichkeit geschehen. Das würde in der Öffentlichkeit erkannt, die FDP hat ihre Parteitaktik zurückgestellt, um zu einem anderen Weg zu kommen. Es wird sich auch aus dieser Taktik für die FDP dann etwas entwickeln.

Ich fürchte zwei Ereignisse, die die Dinge in keiner Weise zurückhalten: 1. bin ich davon überzeugt, daß wenn sich die weltpolitische Lage nicht entspannt, daß wir dann in England wieder eine große nationale Koalition haben werden[27], und 2. daß die CDU unabhängig von *Adenauer* in den nächsten Tagen oder Wochen mit einem derartigen Vorschlag an die Öffentlichkeit treten wird. Es wird dann zu einer schwarz-roten-Koalition kommen, und unsere Stellung als Opposition ist gegeben. Trotzdem finden wir die größte Resonanz im deutschen Volk, wenn wir diesen Weg versuchen. Glauben Sie nicht, daß ich hier einen Standpunkt vertrete, um etwa reine Ideen, wie sie früher aus der Staatspolitik gekommen sind, zu sublimieren. Das ist nicht meine Absicht. Ich habe hiermit das gesagt, was die gemeinsame Auffassung des Vorstandes des Landesverbandes Hamburg ist. Bei der folgenden Debatte muß überlegt werden, ob es notwendig ist, diesen Weg zu beschreiten.

EULER: *Rademacher* hat die Situation richtig angesprochen. Die beiden Referate ließen kaum erkennen, daß wir uns in der Zeit eines nationalen Notstandes befinden. Eine Fülle von Problemen, die durch die Regierungsparteien nicht oder nicht befriedigend gelöst werden, haben eine Welle des Widerwillens in

26 Die SPD erhielt in Hessen (19. 11.) 44,4 %, in Württemberg-Baden (19. 11.) 33,0 %, in Bayern (26. 11.) 28,0 % und in Berlin (3. 12.) 44,7 %. In allen Fällen – bis auf Berlin – bedeutete dies eine Verbesserung gegenüber den vorausgegangenen Landtagswahlen bzw. der Bundestagswahl. STATISTISCHE BERICHTE, 1957, S. 6.

27 Dies traf nicht ein. Aufgrund der Unterhauswahlen am 25. 10. 1951 trat der bisherige Premier *Attlee* (Labour) zurück, und *Churchill* bildete eine neue (konservative) Regierung. AdG 1951, S. 3173 D.

der Bevölkerung erzeugt, zumal die Opposition nur das eine Ziel sieht, die Situation auszunützen, wo es nur möglich ist, um auf dem Umweg über eine Koalition, aus der man im gegebenen Augenblick aussteigt, zu neuen Wahlen zu kommen. Es muß auch auf die große Gefahr hingewiesen sein, daß zwischen den westlichen Völkern große Meinungsverschiedenheiten entstehen können, so daß sich unsere Situation hoffnungslos gestaltet.

Adenauer hat den Entschluß gefaßt, diese Regierung und die Koalition durch die ungeheuren Aufgaben, die zu bewältigen sind, hindurchzutragen und *Schumacher* keine Gelegenheit zu geben, in die Regierung einzutreten. *Schumacher* ist ein Verhängnis, nicht kleiner wie es einmal *Hitler* war. Wenn man den Entschluß faßt, die Regierung auf der Grundlage der bisherigen Koalition durch alle Schwierigkeiten hindurchzutragen, dann muß ich sagen, daß der Kanzler sich wohl nicht bewußt ist, wie ungeeignet gerade er mit seiner Regierung ist, wenn die Mißstände nicht überwunden werden. Wenn man einen schweren Vorwurf gegen *Adenauer* erheben will, ist es der: Es ist in Zweckoptimismus gemacht worden, der unglaublich ist. Dadurch ist eine Verschärfung eingetreten. Aus dieser Situation kann es für uns nur eine Möglichkeit geben, mit aller Kraft dahin zu wirken, die Mißstände in der Koalition so bald wie möglich abzustellen. Es ist keine auf die seit Korea gegebene Situation zugeschnittene Konzeption vorhanden. Die Situation ist nicht momentan, sie wird Jahre dauern. Wo keine Konzeption ist, kann auch kein Team sein. Da muß ein Wandel eintreten. Besonders spürbar ist das Fehlen der Konzeption auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Agrarpolitik. So weit bisher Pannen entstanden sind, waren sie vermeidbar. Was können wir aber tun, wenn sie nicht mehr vermeidbar sind?

Zur Frage des Außenministeriums: Wir wissen aus unseren Gesprächen mit den Amerikanern, die uns sagen, daß wir heute schon viel weiter wären, wenn sie gesehen hätten, daß die deutsche Regierung mit den ihr gegebenen Möglichkeiten auch etwas anzufangen weiß. Das Paßwesen hätte bereits von uns übernommen werden können. Man wartet seit langem auf unsere Vorschläge wegen der Entflechtungen, es sind keine gemacht worden.[28] Man sagte uns: Seit Monaten wissen die Deutschen, daß wir ihnen eine Bereitschaftspolizei zugestanden haben, aber was ist daraus geworden? So entsteht eine außerordentliche Gefahr, denn man sagt sich, kann man denn der deutschen Regierung in noch größerem Maße Verantwortung geben, was wird sie damit anfangen?

Bei den Länderwahlen haben wir noch einmal Glück gehabt.[29] Wenn die Bevölkerung wüßte, was wir wissen über die unausgenützten Chancen, dann wäre der sozialistische Stimmengewinn noch größer gewesen. Wir dürfen uns

---

28 Die Feststellung traf nicht zu. Die Bundesregierung hatte im Herbst 1950 mehrere Memoranden zur Entflechtung an die AHK geliefert. Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 789–792.

29 Die Ergebnisse für die FDP lauteten in der in Anm. 26 angegebenen Reihenfolge: 31,8 %; 21,0 %; 7,1 %; 23,1 %. STATISTISCHE BERICHTE, 1957, S. 6.

nicht von dem Berliner Ergebnis täuschen lassen, dort war die Situation eine andere.

Mit dem Fehlen einer Konzeption fällt auch das Fehlen des Informationswesens zusammen. Jedes alltägliche Ereignis kann nur interpretiert werden, wenn man weiß, daß die Regierung eine Konzeption hat. Wenn wir da einen Mann hätten und er scheiterte, da der Bundespressechef nach kurzer Zeit blamiert dastehen würde, da er von der Bundesregierung immer wieder dementiert würde. Ich sehe da außerordentliche Schwierigkeiten, die sich unserem Willen entgegenstellen, so aktiv auf das Kabinett und die Regierungspolitik einzuwirken, daß Kabinett und Regierungspolitik von den Mißständen befreit werden. Wir dürfen aber trotzdem nicht resignieren. Wenn wir aus der Regierung aussteigen, darf das keine Flucht sein. Sollte *Schumacher* über eine Koalition, aus der er zur gegebenen Zeit aussteigt, zu neuen Wahlen kommen, so wäre es verhängnisvoll für das deutsche Volk, wenn bei Neuwahlen nicht auch eine respektable liberale konservative Gruppe vorhanden wäre.

Der Weg, den *Rademacher* empfohlen hat, wäre der schlechteste, den es für unsere Partei und für unser Volk geben könnte, er führte zum Ruin unseres Volkes, er würde ein für allemal für die kommenden Jahre eine Entscheidung für die sozialistische Herrschaft sichern.

Eine große Koalition CDU[30]-SPD-FDP würde *Schumacher* die Möglichkeit geben, in irgendeinem Augenblick die Koalition zu verlassen und Neuwahlen zu erzwingen. Dann hätte er die Situation, die ihm wahrscheinlich die absolute Mehrheit bringen würde. Deshalb gibt es für uns nur den einen Weg, größte Aktivität des einzelnen, um die Mißstände zu überwinden, die vorhanden sind. Es genügt nicht, daß man mit *Adenauer* spricht, es müssen ihm Briefe geschrieben werden, deren Veröffentlichung er fürchtet. Es dürfen aber nicht Briefe sein wegen Posten und Pöstchen, es muß aus ihnen hervorgehen, daß wir die einzigen waren, die die Größe der Situation erkannt haben, die von *Adenauer* und seinen Leuten aus Kleinmütigkeit nicht erkannt wurde.

MIDDELHAUVE erwähnt die Redewendung „verlorengegangene Homogenität bei der FDP", die *Rademacher* gebraucht hat.

RADEMACHER stellt richtig, daß er gemeint hat: „verlorengegangene Homogenität der Koalition".

MIDDELHAUVE verweist dann auf die Entschließung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, die vorliegt.[31] Er führt weiter aus: Die Situation, in der wir uns befinden, ist äußerst schwer. Wichtig ist, welche Konsequenzen erge-

30 In der Vorlage irrtümlich „CSU".

31 Entschließung datiert vom 2. 12. 1950. Die ersten beiden Absätze dieser Entschließung lauteten: „Eine nüchterne Beurteilung der politischen Lage der Bundesregierung ergibt das Vorhandensein einer tiefgreifenden Krise. Die Erwartungen, die wir an unsere Beteiligung an der Regierung Adenauer geknüpft hatten, sind weitgehend enttäuscht worden. Große Teile unserer Wählerschaft sind vom gleichen Empfinden beseelt. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Es muß gründlich Abhilfe geschaffen werden – oder die FDP hat angesichts ihrer Verantwortung die Pflicht, die Frage der weiteren Mitarbeit in der Regierung zu prüfen." ADL, Ordner-Nr. 994.

ben sich daraus. Unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen sagen, wir müssen heraus aus dieser Koalition. So wesentliche Gründe auch dafür sprechen mögen, ich habe dagegen widersprochen und widerspreche auch hier. *Euler* hat mit Recht und sehr scharf darauf hingewiesen, was die SPD unter Führung von *Schumacher* heute ist. Sie ist nicht mehr die SPD der Weimarer Republik. *Rademacher* sieht die Dinge zu sehr von den Hamburger Verhältnissen aus, dort sitzt ein verständiger Mann an der Spitze. Wenn wir ausscheiden und SPD und CDU die Verantwortung übernehmen, so würde damit das, was wir jetzt der Regierung vorwerfen, daß sie keine Konzeption hat, erst recht zutreffen. Ich habe das in Nordrhein-Westfalen deutlich gespürt, und wir würden das auf Bundesebene noch verhängnisvoller erleben. Letzten Endes wäre das eine Entscheidung, die die FDP zu treffen hätte. Wenn sich CDU und SPD zusammenspannen, dann nur ohne FDP.

Aber wären wir dann in der Lage, eine Opposition zu bilden von dem Gewicht, das nötig ist? Auch in schwerer Zeit ist es notwendig, das ausgewogene Spiel zwischen Verantwortung und Opposition durchzuhalten. Daß es möglich ist, auch da gemeinsame Entscheidungen zu treffen, haben wir bewiesen durch die Verabschiedung der Gesetze Wohnungsbau[32] usw. Wir dürfen nicht in eine schwarz-rote Koalition [wollen), wir müssen zum kleineren Übel Ja sagen, das ist die jetzige Koalition. Wir haben schon eine Reihe von Chancen verpaßt, wir haben auch schon den Zeitpunkt zum Ausscheiden verpaßt und können es heute nicht mehr aus nationaler Verantwortung heraus tun. Leider haben wir nicht das Gewicht in der Regierungskoalition, das wir haben müßten. Wir haben viel zu lange gesäumt. Das Memorandum an den Kanzler[33] enthält zweifellos eine Reihe beträchtlicher Anregungen, es ist aber nicht so auf das Grundsätzliche abgestimmt, wie es notwendig wäre um der Öffentlichkeit willen. Ich kenne das Memorandum nur aus den Zeitungen, ich kenne es persönlich nicht. Es scheint da auch im Parteirahmen etwas nicht zu stimmen, und ich bitte, in Zukunft anders zu verfahren. Das Memorandum ist ein erster von der Öffentlichkeit beachteter Schritt. Nun kommt es darauf an, daß es nicht nur bei dem Schritt bleibt, wir müssen auch durchsetzen, daß unsere Forderungen realisiert werden.

Zur Außenpolitik: Es sind große Fehler vom Kanzler gemacht worden, vielleicht sind alle Dinge nicht mit dem nötigen Nachdruck und mit den nötigen Drohungen an ihn herangetragen worden. Er hat die Absicht, die Außenpolitik selbst zu übernehmen oder einem Mann zu übertragen, der sein Instrument ist. Er hat mir das persönlich gesagt: „Er müsse die Außenpolitik übernehmen, da kein anderer da sei". Eine Entscheidung, die uns jetzt zugeschoben werden soll, gestatten Sie mir dazu ein offenes Wort: *Blücher* soll das Außenministerium übernehmen, so ist diskutiert worden. Ich halte es nicht für möglich, daß

32 Erstes Wohnungsbaugesetz vom 24. 4. 1950, BGBl. 1950, Teil 1, S. 83. Ein zweites Wohnungsbaugesetz (Vorläufige Regelung der Bereitstellung von Bauland) verabschiedete das Kabinett als Entwurf am 19. 12. 1950. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 896 f.

33 Bezieht sich auf die Eingabe *Blücher/Wellhausen* vom 17. 11. 1950. Vgl. U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 268.

der Vorsitzende einer deutschen Partei gleichzeitig Außenminister ist, da ich der Ansicht bin, daß *Blücher* als Parteivorsitzender nicht entbehrt werden kann. Ich bitte, darüber in der Diskussion zu entscheiden, und bitte auch um eine Stellungnahme zu den Entschließungen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

FÖGE, Göttingen: In Fragen der Außenpolitik kommt es darauf an, immer aktiv zu sein. *Rademachers* Vorschlag ist unausführbar, denn es ist ein großer Unterschied zwischen der SPD von Weimar und der von heute. *Schumacher* ist das, was *Hitler* war, seine Partei folgt ihm restlos. Das Anerbieten von uns würde er mit Hohn ablehnen. Wenn *Schumacher* in die Regierung kommt, wäre sein einziges Ziel, *Adenauer* zu stürzen. Der Zustand, wie ihn *Rademacher* wünscht, wäre unter vernünftigen Menschen gegeben. Der Redner berichtet über die Volksmeinung bei Versammlungen und erwähnt, daß in Göttingen bei einer Studentenversammlung sich zwei Drittel der Mitglieder des demokratischen Studentenbundes gegen eine Aussprache ausgesprochen haben (Einwurf Dr. *Dehler:* In Berlin war es umgekehrt.). Am schärfsten haben jene Jahrgänge opponiert, die Soldaten waren. Das Ergebnis einer Parteiversammlung war ähnlich, es herrschte ein grenzenloser Pessimismus. Wir müssen in diesen Fragen aufklärend wirken. Der Zweite Vorsitzende unseres Landesverbandes könnte Ehrenmitglied bei der SPD werden *(Hedergott),* so kritisiert er *Blücher* und unsere Abgeordneten.

VON RECHENBERG: Das Wesentlichste ist gesagt worden, wir reden aber an den Dingen vorbei. Einig sind wir uns nur darin, daß es so nicht weiter geht. Die Schuld hat *Adenauer* nicht allein, die haben auch wir Fraktionsmitglieder selber. Ich blieb allein mit drei Freunden, als ich vor der Wahl genau das von *Adenauer* vorausgesagt habe. Es ist nicht eine Folge der Koreakrise, in Wirklichkeit ist sie ein Geschenk für eine Regierung, denn bekanntlich ist Rüstungskonjunktur – insbesondere wenn sie für ein anderes Land erfolgt – ein Segen. *Adenauers* Charakter war uns genau bekannt. Er ist eine ganz bestimmte Persönlichkeit, die seine eigene Politik treiben wird, geben wir ihm den Blankoscheck. Nun kommt genau das, was kommen mußte. Jetzt stehen wir vor einer Krise nach außen hin, die viel schlechter ist, die das Volk noch gar nicht kennt. Jetzt ist nun von Dr. *Schäfer* vorgeschlagen worden, wir müßten alles tun, um diese Koalition stark und eisern zu machen. Dieser Versuch wird absolut scheitern an der Konstruktion dieser Regierung. Herr *Rademacher* hat einen anderen Gedanken in die Debatte geworfen. Ich habe diese Frage ventiliert, auch mit Freunden aus der SPD. Wir haben vor drei Monaten schon den Gedanken erwogen, ob es nicht dazu kommen könnte, aus dem nationalen Notstand eine Art Burgfrieden zu machen. In sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen müßten allerdings klare Abmachungen getroffen werden. Ich muß auch Herrn *Schäfer* widersprechen, wenn er die Politik *Schumachers* als vaterlandslos bezeichnet. Er hat eben seine eigene Konzeption, es steht auf einem anderen Blatt, daß sie sich verhängnisvoll auswirken wird. Auf die Leute, auf die es uns ankommt, wird es keinen guten Eindruck machen, wenn wir ihm ein solches Anerbieten machen. Es wäre eine Geste, die sich nicht positiv, sondern negativ auswirken würde. Wenn wir die Dinge so sehen,

wie sie sind, mit dieser Verfassung, mit diesen Ministern, sind alle Versuche, die Koalition zu einem eisernen Team zu machen, von vornherein gescheitert. Das heißt nicht, schnell heraus aus der Koalition. Das bedeutet, daß wir in der Tat vor die Öffentlichkeit mit diesen Mängeln hervortreten müssen. Vor diesem Entschluß wird Sie nichts bewahren. Dann kommt zunächst nicht die schwarz-rote Koalition. Solange *Adenauer* lebt, wird er diesen Posten nicht aufgeben, und er kann es nach der Verfassung. Zwischen dem linken Flügel der CDU[34] und der SPD besteht ein unüberschreitlicher tiefer Graben, da hätten wir für die Weiterentwicklung auch gewisse Möglichkeiten (Einwurf Dr. *Dehler:* Bis dahin ist der Patient tot.).

Rechenberg: Stimmt nicht, wir müssen uns wundern, daß wir überhaupt noch leben. Wichtig ist, daß wir bei den kommenden Neuwahlen da sind, denn sind wir nicht da, dann haben wir die sozialistische Mehrheit, dann ist es für vier Jahre zu spät. Wir müssen da sein als Träger des freiheitlichen Gedankengutes für die kommenden Wahlen. Aber unter keinen Umständen neue Verantwortung übernehmen. Ich führe im außenpolitischen Ausschuß schon lange den Kampf um das Außenministerium. Es wäre verhängnisvoll gewesen, wenn der Kampf mit einem Sieg im Juni geendet hätte und *Blücher* Außenminister geworden wäre. Wir hätten dann eine Verantwortung zu tragen gehabt, ohne in der Lage zu sein, in dieser Position auch wirklich die Verantwortung übernehmen zu können. Wir müssen alles tun im Sinne *Schäfers,* die Koalition eisern zu gestalten.

Höpker Aschoff: Ich habe in allen Versammlungen immer wieder den Gedanken vertreten, daß wir mit der Neugliederung der Länder beginnen müssen, daß in den Ländern das parlamentarische System beseitigt wird und daß wir zu Verwaltungen kommen müssen, wie es früher war: Landeshauptleute und Landräte sollen auf sechs bis zwölf Jahre gewählt werden, und es soll nicht in jedem Land versucht werden, das große Spiel der Politik zu spielen. Es wäre gut, diesen Gedanken stärker in die Öffentlichkeit zu tragen, weil es eine Propaganda ist.

Zum Vorschlag *Rademacher:* Soll man an dem Spiel Regierung – Opposition festhalten oder soll man in Notzeiten tatsächlich den Gedanken eines großen Kabinetts der nationalen Konzentration nähertreten? Wenn sich der Gedanke in anständiger Form durchführen ließe, läge darin ein großer Gewinn. Wir müssen auch einmal ein Wehrgesetz verabschieden; stellen Sie sich doch vor, wenn wir es gegen die Opposition verabschieden werden. Stellen Sie sich aber andererseits vor, wenn wir mit einem Kabinett des nationalen Notstandes vor die Besatzungsmächte treten. Ich glaube, daß sich einem solchen Kabinett die Besatzungsmächte nicht verschließen würden. Wir könnten Dinge durchsetzen, die eine Regierung mit Opposition niemals erreicht. Die Verwirklichung: Wenn man ein solches Kabinett bilden würde, müßte man sich auf gewisse notwendige Dinge beschränken. Fragen auf sozialpolitischem und wirtschaftspolitischem Gebiet müßten für die Zeit des nationalen Notstandes zurückge-

34 In der Vorlage irrtümlich „CSU".

stellt werden. Wird die SPD aber dazu bereit sein? Die Dinge stoßen sich hart im Raume, dieses Kabinett wäre wohl nur durchzusetzen unter Preisgabe unserer sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Anschauungen. Und dann stelle man sich vor: *Schumacher* im Kabinett! Wer diesen Mann beobachtet hat auf der Rednertribüne, zweistündige Vorträge müßte sich das Kabinett anhören! Ja, wenn man sich entschließen würde, andere Männer in das Kabinett zu schicken, wenn er draußen bliebe! Er hat in Berlin eine große Niederlage erlitten. Der Gedanke von *Rademacher* ist großartig, aber ich fürchte für die praktische Durchführung. Es bleibt die Frage, ob dieser Gedanke aus taktischen Gründen verfolgt werden sollte, nicht nur aus parteitaktischen Gründen, sondern im Sinne der Beeinflussung des deutschen Volkes. Wenn von den Regierungsparteien die Bereitschaft erklärt würde, die Hand zu reichen zu gemeinsamer Arbeit, dann würde das von ganz entscheidender Bedeutung sein, auch wenn die Hand zurückgewiesen wird.

Verstärkung unserer Position innerhalb der Regierung ist nur möglich, wenn wir das Außenministerium übernehmen. Wir werden keinen finden, wenn wir nicht sagen, *Blücher* muß es übernehmen. Es wird ein harter Kampf zwischen *Blücher* und *Adenauer* werden. Aber warum soll der Kampf nicht ausgetragen werden? Der Einwand, daß der Parteivorsitzende nicht zugleich Außenminister sein kann, ist ungerechtfertigt (Beispiel *Stresemann*). Die entscheidendere Frage ist der Vorschlag *Rademacher*. Es ist nicht Parteipolitik, sondern Taktik im höheren Sinn.

[Mittagspause]

WENHOLD: Ich bin überrascht über den Pessimismus, der aus den Darlegungen von heute morgen herausgedrungen ist. Wenn jemand wie ich sehr viel im Ausland herumgekommen ist, so muß ich dazu sagen, daß man die Entwicklung in Deutschland außerhalb unseres Landes wesentlich günstiger ansieht. Ich habe den Eindruck, als wenn wir diese Entwicklung bei unseren Ausführungen heute morgen vergessen haben, sonst könnte man nicht zu solchen pessimistischen Schlußfolgerungen kommen.

Ich habe den Eindruck, daß wir geneigt sind, etwas unsere eigenen Leistungen zu vergessen, und zu sehr eine Kritik üben, die nicht in diesem Umfange an unserer Arbeit notwendig ist. Ich glaube, daß dafür die Bevölkerung Verständnis haben wird. Wenn Herr *Rademacher* den Vorschlag gemacht hat, in Gedanken die große Koalition zu erwägen, so muß ich Herrn *Höpker Aschoff* Recht geben, wenn er sagt, daß unter dem Gesichtspunkt der Verteidigungsfrage etwas Bestechendes liegt. Das Einzige, was geltend gemacht werden könnte, wäre die Aufbringung der Kosten, und diese Frage wird in einer großen Koalition nicht gelöst werden können, oder wenn, dann würde es bedeuten, daß wir alles das, was wir vorher angesteuert und wirtschaftspolitisch vertreten haben, was meistens auch nur unsere Gedankengänge waren, daß wir diese Dinge aufgeben müssen. So würde aber leicht nach außen hin der Eindruck entstehen in dem Angebot der großen Koalition, daß wir mit unserem

Latein zu Ende wären und die einzige Konsequenz aus unserem Unvermögen käme, daß wir andere auffordern. Ich betone nochmals, daß die Leistung der Regierung so gewesen ist, daß man sich sehen lassen kann. Das schließt nicht aus, daß innerhalb der Koalition die Forderungen gestellt werden, die heute morgen gestellt wurden.

Nachdem die Praxis gezeigt hat, daß mit der persönlichen Politik des Kanzlers nicht durchzukommen ist, ist es klar und eindeutig, die Dinge so zu stipulieren, daß wir sie für die entscheidenden Forderungen unserer Partei machen, und ich glaube, daß wir mit den Forderungen durchkommen. Wir hätten dann mit einfachen Mitteln das erreicht, was wir sonst verlieren würden.

WILDERMUTH: Ich stimme zu, daß bisher etwas geleistet worden ist. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß die Lage bei der schnellen Entwicklung der Außenpolitik beträchtlich schnell wechselt. Ich wiederhole, daß wir einen Krieg nach drei Fronten zu führen haben, 1. nach dem Osten, 2. mit den Verbündeten der Besatzungsmächte, 3. mit der sozialdemokratischen Opposition, die mit revolutionären Mitteln kämpft. 4. Sind wir uns darüber klar, daß unsere Wirtschaftspolitik in Frage gestellt ist durch Devisenrationierung[35], Kohlerationierung?[36]

Und wir können nicht übersehen, wie die Lebensmittelversorgung gesichert werden soll.[37]

Es ist nun die Frage gestellt worden, ob in dieser Situation nicht eine Regierung der nationalen Sammlung richtig wäre? Dazu müßte erstens die Frage gelöst werden: Können wir mit den wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten allein fertig werden? Wenn ja, dann haben wir diesen Schritt nicht nötig.

Die Frage ist doch, was der Preis einer großen Koalition sein würde. Würde die SPD auf einen Burgfrieden eingehen, so wäre das gut und schön, aber sie wird doch mindestens mit zwei Dingen kommen: Sozialisierung der Grundstoffindustrie und Mitbestimmungsrecht auf Gewerkschaftsbasis.

Ich weiß nicht, ob wir den Preis bezahlen können und sollen. Wenn wir den Preis nicht zahlen wollen, so bleibt die Regierung Adenauer. Und da können wir es uns nicht leisten, zwei Leute zu hassen, *Adenauer* und *Schumacher.* Wir müssen uns für einen entscheiden, und da möchte ich zugunsten *Adenauers* einiges sagen. Er hat in der Außenpolitik eines gemacht. Er hat die Außenpolitik an der Frage Sicherheit Deutschland/Europa aufgehängt. Er hat in den wirtschaftlichen Dingen die Ressortfirma *Erhard* und *Niklas* gedrängt und gesagt, so geht es nicht. Es hat einen Vorteil, wenn wir mit ihm zusammenarbeiten möchten, und er wird es tun, daß wir die Geschichte ohne SPD durchfech-

35 Diese Maßnahmen der Bundesregierung standen im Zusammenhang mit der Zahlungsbilanzkrise der Bundesrepublik, die nur durch einen 120 Millionen DM-Kredit der OEEC bewältigt werden konnte. Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 841 f. und 905.

36 Vgl. Anm. 24.

37 Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 912 f. Dazu ebenfalls ausführlich die Ausführungen *Fassbenders* weiter unten in diesem Dokument.

ten.[38] Die Frage ist, welche Konsequenz wir daraus ziehen? Ich glaube, daß wir, wenn wir die Frage des taktischen Angebots betrachten, die Sozialdemokratie zurückstellen.

Wir müßten dann die vier Dinge aufgreifen:

1. Ein Außenministerium muß gebildet werden, schon deswegen, weil es unmöglich ist, daß der Kanzler alles alleine machen will. Es muß ein Mann vorgeschlagen [werden], und dieser Mann kann nur *Blücher* sein.
2. Wir müssen die Publizistik des Bundes in Ordnung bringen, und da möchte ich einen Mann vorschlagen, und das ist *Oellers.*
3. Ich möchte ein Thema anschneiden, das sogenannte Sicherheitsproblem (Vorarbeiten zur Wehrgeschichte). Es ist unmöglich, daß jede technische Vorbereitung einfach liegen bleibt, und in den nächsten vier Wochen wird doch die Sache akut.
4. Richtlinien: Es gibt keine des Kabinetts.

Wir müssen also, wie die Dinge stehen, von uns aus Richtlinien entwickeln. Wir können Richtlinien aufstellen und können diese vier Forderungen dem Kanzler vortragen. Dann bin ich dafür, daß wir dies auf breiter Basis tun, daß dies Kabinettsmitglieder und Bundesvorstand gemeinsam machen.

Wir werden meiner Meinung nach sehen, daß er in diesen Dingen in der augenblicklichen Lage uns entgegenkommen wird.

Oellers: Die politische Krise, in der wir uns befinden und die doch die Grundlage unserer ganzen heutigen Debatte ist, hat zwei Aspekte. Einmal ist es die weltpolitische Situation, auf die wir zweifellos einen Einfluß nicht haben, nicht als Deutsche und auch nicht als FDP.

Zum anderen [ist es] eine innenpolitische Krise, die mit der weltpolitischen Situation insofern zusammenhängt, als sich nicht verkennen läßt, daß die Bundesregierung und die Koalitionsparteien nicht die Geschlossenheit und Konzeption zeigten, um diesen bedingten Schwierigkeiten zu begegnen. Das hat auch die Öffentlichkeit sehr weitgehend gemerkt. Die Wahlen in den Landesverbänden sind zweifellos beeinflußt worden durch die große Zahl der Nichtwähler. Diese Nichtwähler sind unsere Leute, die nicht dem Sozialismus zugeströmt sind, aber das Vertrauen zu uns verloren haben. Ich glaube, der Mittelpunkt aller Überlegungen muß sein: Wo sind die Fehler in dieser Regierungs- und Parlamentspolitik? Ich bin der Ansicht, daß gerade im Hinblick auf die weltpolitische Situation es eine dringende Notwendigkeit ist, wirtschaftspolitisch zu koordinieren.

Die Dinge laufen im Kabinett so auseinander, daß es nicht länger erträglich ist.

Ich bin der Auffassung, die Außenpolitik ist nicht die Frage der Regierungspolitik, sondern der Politik aller Kräfte des Volkes. Es läßt sich nicht verleugnen,

38 In der Vorlage heißt der letzte Halbsatz – grammatikalisch unsinnig – wie folgt: „daß wird die Geschichte ohne SPD durchgefochten."

daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Arbeit aufeinander abzustimmen. Fest steht für uns, daß unserer Regierung und dem Parlament es nicht gelungen ist, der Krisen Herr zu werden. Die Frage, vor der wir stehen, ist, wird man dieser Krise in den nächsten Monaten – die dann bestimmt augenfällig werden wird – Herr werden können im eigenen Hause oder wird man die große Koalition wählen? Ich verspreche mir von der großen Koalition nichts. Ich bin nur der Auffassung, daß wir durch die letzten Wahlergebnisse gezwungen waren, den Gedanken zu erörtern.

Ich bin darüber hinaus einer weiteren Auffassung, daß wir von unseren Wählern mit einem klaren Mandat versehen worden sind, die Gegner des Sozialismus sind. Ich glaube, wir würden in diesem Falle unserem Auftrag untreu werden und durch diese Zuwiderhandlung sehr großen Gefahren ausgesetzt sein. Ich glaube, wir dürfen nicht verkennen, daß breite Schichten der Bevölkerung die antisozialistische Haltung nicht verloren haben. Wenn wir ihnen diese politische Heimat, zumindest im Aspekt, untergraben, fürchte ich, werden wir dann politischen Parteien einen Auftrieb geben, der uns unsere eigene Konzeption auf das Äußerste gefährdet. Glauben Sie, daß *Schumacher* in einer solchen Taktik nicht überlegen wäre? Er stellt Forderungen, ob es das Wirtschaftsministerium, Innenministerium, die Sozialisierung der Grundstoffindustrie ist oder Forderungen auf das Mitbestimmungsrecht [. . .]. Wenn wir dann sagen und beweisen könnten, der Mann hat die versöhnende Hand abgewiesen! Der Mann wird aber mit einer anderen Propaganda siegen, indem er nämlich sagt, man hat mir ja nur durch ein taktisches Wahlbündnis meine Sorgen aus der Hand schlagen wollen. Ich bin bei dem propagandistischen Apparat der SPD überzeugt, daß uns dieser Mann mit seinem Propagandaapparat ins Hintertreffen drängt und daß wir psychologisch nur einen Effekt erreicht hätten, nämlich den, daß die Öffentlichkeit sagt, Ihr habt versagt und Euch an die Opposition gewandt. Ich bin der Auffassung, wir dürfen solchen Weg nicht gehen, sondern [müssen] versuchen, die Koalition zu stärken. Das kann nur geschehen, indem wir der politischen Gruppe, die sich als die konstante erwiesen hat, der FDP, die größere Resonanz zu geben versuchen. Wir sind heute in der Lage zu beweisen, daß das Kräfteverhältnis der Koalitionsparteien sich zu unseren Gunsten verschoben hat. Wir müssen einen größeren Einfluß der FDP erreichen, indem wir die Übertragung eines Außenministeriums bekommen, indem wir in den Polizeidienst eingeschaltet werden, das Bundespresseamt umgestellt wird. Der Bundespressechef muß zu einer tragenden Figur gemacht werden. Es müssen Parlamentarische Staatssekretäre geschaffen werden. Wir müssen eine Geschäftsordnung im Kabinett verlangen, wir müssen die Bereinigung der Ressortschwierigkeiten verlangen und last und least die Wirtschaftspolitik durchsetzen.

Ich bin der Auffassung, daß wir das in aller Öffentlichkeit und jeder Form der Kritik machen müssen, daß wir uns zumindest die Materialien beschaffen, die uns eines Tages legitimieren, wenn für uns die Stunde schlägt, daß wir sagen, wir haben unser Bestes getan, und daß wir aufgrund dieses Materials beweisen können, wir haben unser Äußerstes getan, nun geht es nicht mehr.

Dr. GLAESSER: Bundespresseamt. Er möchte dem Parteivorstand folgende vertrauliche Mitteilungen machen:

1. Dr. *Adenauer* ist es gewesen, der an ihn herangetreten ist, das Amt zu übernehmen.
2. Dr. *Brand* hat mindestens ein dutzendmal abgelehnt.[39]
3. Dr. *Adenauer* hat schärfsten Druck ausgeübt.
4. Unter der Voraussetzung, das absolute Vertrauen des Kanzlers zu haben, hat Dr. *Brand* das Amt angenommen.
5. Seit seiner Ernennung hat der Bundeskanzler es nicht für nötig gehalten, Herrn *Brand* nur einmal zu empfangen.
6. Ein einziges Mal hat der Bundeskanzler über Herrn *Blankenhorn* eine Information dem Bundespressechef übermittelt, diese war jedoch falsch und wurde am nächsten Tag dementiert.

Welche Folgerungen sind daraus zu ziehen?

Ich selbst stehe seit dem 15. September im Amt. Ich habe feststellen können, daß ich ein derartiges Vakuum nicht für möglich gehalten hätte. Im Bundespresseamt sind die fähigsten Kräfte vorhanden, die unter den größten Schwierigkeiten bereit sind, jede Nacht durchzuarbeiten, wenn es sein muß. Aber unter welchen Schwierigkeiten müssen die Leute dort arbeiten? Haben wir wirklich eine Information, die wichtig ist, dann müssen wir sie dem Minister vorlegen. Wenn wir Glück haben, bekommen wir sie nach einem Tag zurück, innerhalb 24 Tagen haben wir dann die abgeänderte Stellungnahme, und dann geht sie zum Bundeskanzler, der sie dann nach sechs Wochen zurückgibt.

Es kann Bundespressechef sein wer will, aber Bundespressechef unter *Adenauer* ist eine vollkommene Unmöglichkeit. Deshalb halte ich es für falsch, wenn das Bundespresseamt beschimpft wird. Die, die schimpfen, wissen nicht die Tätigkeit, weil man höheren Orts pressefeindlich eingestellt ist.

Heute ist die Frage der großen Koalition angeschnitten worden. Ich halte die große Koalition für eine irreale politische Angelegenheit ohne jeden realen Boden.

Real ist die Frage der Wirtschaft entscheidend, und Herr Senator *Wenhold* hat Recht, daß man im Ausland die Leistung Deutschlands viel höher einschätzt.

Wir müssen uns auch überlegen, inwieweit wir im Interesse der Bevölkerung und Partei dazu übergehen sollten, die Situation etwas einzufangen. Wir haben in Amerika das Beispiel der zweigleisigen Außenpolitik, und ich könnte mir vorstellen, daß, wenn unsere Partei initiativ auf diese Idee [ein]gehen würde, daß wir im Rahmen unserer Bevölkerung da, wenn *Schumacher* ablehnt, einen propagandistischen Erfolg erzielen würden. Ich weiß nicht, ob eigentlich in all diesen Fragen der Remilitarisierung zwischen Herrn *Schumacher* und *Adenau-*

39 Heinrich *Brand* war von Mitte Februar bis Ende November 1950 Bundespressechef. A. BARING, 1969, S. 43 f.

er ein Unterschied zu machen ist. *Schumacher* ist nur der bessere Propagandist.

Das Dritte: Ich bin der Meinung, die FDP hat sich als der ruhende Pol in der letzten Zeit herauskristallisiert. Ich habe immer bedauert, daß seitens unserer Partei zu wenig Schärfe und Härte gegen *Adenauer* angewandt worden ist. Ich habe das Gefühl, wir sind über das Ohr gehauen worden wie ein Mohr. Es hieß damals[40], wir müssen dabei sein, um die Ministerialbürokratie mit unseren Freunden zu durchsetzen. Da steht die Frage, welche unserer Parteifreunde sind denn im höheren Dienst des Bundes beschäftigt? Ich kenne nur einen im Flüchtlingsministerium[41], und das bin ich selbst. Ich kann nur sagen, wer sitzt dort, der linke Flügel der CDU, erstaunlich viele parteilose Leute, die sagen, man möchte lieber objektiv sein und keine Partei wählen. Wir sind wunderbar ausgeschaltet worden, und wenn wir einen Einfluß haben wollen, so kommt es nicht darauf an, in der Kabinettsebene zu stehen, sondern dort, wo die Vorarbeit und das lebendige Leben sind.

Wir können mit gutem Recht verlangen, daß der FDP das Außenministerium zugesprochen wird. Ich glaube, wir können das Amt des Außenministers für uns besonders deshalb beanspruchen, weil wir in der Person des Parteivorsitzenden den richtigen Kandidaten haben. Ebenso notwendig ist, daß wir in den Fragen der Polizei berücksichtigt werden und bei dem Posten des Staatssekretärs. Schließlich müssen wir m. E. nach noch einen Einfluß im Bundespresseamt haben und maßgeblich verstärken im Rahmen der Reorganisation, die seit Bestehen angekündigt, aber noch nicht verwirklicht worden ist.

SCHWENNICKE: Die Diskussion zeigte deutlich ein Dilemma. Es wurde auf der einen Seite über Fehler der Kabinettspolitik gesprochen, und das andere ist der Machtwahn des Herrn *Schumacher* und auch die schwierige Situation des Kabinetts und des Bundestages. *Glaesser* hat zur großen Koalition etwas gesagt. Was ich hier zu sagen hätte, ist, daß eine Stärkung der SPD gleichzeitig bedeutet, daß wir unsere Wirtschaftspolitik aufgeben müssen, denn ohne die Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist die große Koalition nicht möglich. Hierbei ist das Personelle entscheidend.

Ich möchte die Zeit nicht weiter in Anspruch nehmen und wiederholen, was *Glaesser* und *Oellers* gesagt haben. Ich möchte nur auf zwei Gesichtspunkte aufmerksam machen. Wir haben vom Beispiel Berlin gesprochen. Es wurde darauf hingewiesen, daß in Berlin andere Verhältnisse waren. Gewiß, die Berliner Situation war anders, wir haben, regierungsmäßig gesehen, eine Notgemeinschaft gehabt.[42] Zwangskoalition, die die alte Verfassung vorsah.[43] Im

40 Während der Regierungsbildung.

41 Dabei handelte es sich um Werner *Middelmann*. U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 166. Zur parteipolitischen Zusammensetzung der Abteilungsleiter der Bonner Ministerien in der ersten Legislaturperiode allgemein ebd. S. 175 f.

42 Dem Berliner Magistrat gehörten bis zum Januar 1951 Politiker aus CDU, SPD und FDP an. A. C. STORBECK, 1970, S. 139 f.

43 Bezieht sich auf die von den Alliierten am 13. 8. 1946 oktroyierte Verfassung, in deren Art. 3 es hieß, daß der Magistrat aus „Vertretern aller anerkannten politischen Parteien" bestehen

Magistrat haben wir praktisch eine große Koalition gehabt unter dem Einfluß der Kräfte innerhalb der SPD unter Leitung von *Reuter.* Die SPD war die Regierungspartei, und wir standen in der Rolle der Oppositionspartei. Das Ergebnis der Wahlen ist eine eindeutige Niederlage der radikalen Einstellung *Neumann-Schumacher,* wobei zu Beginn des Kampfes klar war, daß Herr *Reuter* sich nicht hat durchsetzen können innerhalb seiner Partei.

Entscheidend in den Wahlen war, daß von unserer Seite her eine ganz eindeutige klare politische Haltung in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingenommen wurde, während auf der anderen Seite die SPD unter der Leitung von *Neumann* eine unglaubliche Tyrannei ausgeübt hat, und die Bevölkerung hat sich mit Empörung gegen diese Tyrannei ausgesprochen. Trotz allem sind die *Schumacher*-Reden nicht verborgen geblieben. Insofern ist dieses Berliner Abstimmungsergebnis für *Schumacher* eine Niederlage geworden.

Nun ein anderer Punkt. Hier ist der Kernpunkt. Es wird davon gesprochen, wir müssen in der Notsituation einen Weg finden, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Als Notweg ist die Frage der großen Koalition aufgeworfen worden. Ich halte den Weg nicht für möglich. Es ist bekannt, daß sich in Berlin in allen Fragen des außenpolitischen Kampfes in den letzten dreiviertel Jahren eine absolute Einmütigkeit zwischen SPD/CDU/FDP ergeben hat. Diese Einmütigkeit ist nicht beeinflußt worden und gehemmt worden durch die vorhandenen zweifellos sehr starken innerpolitischen Gegensätze. Diese Dinge sind klar getrennt worden, auch im Wahlkampf, was von außenstehender Seite immer wieder besonders als Berliner Merkwürdigkeit hervorgehoben worden ist. Das ist in Berlin möglich geworden, in den nationalen Fragen, außenpolitischen Fragen eine Gemeinschaft der Parteien herzustellen, ohne die innenpolitischen Gegensätze überkleistern zu wollen. Ich möchte auf eine Angelegenheit zu sprechen kommen, die ich bitte, in diesem Kreise vertraulich behandeln zu wollen.

Die Hohen Kommissare sind in den letzten Tagen in Berlin gewesen und haben Sitzungen abgehalten. Es ist üblich, daß die Kommissare sich mit den Parteiführern unterhalten. Es hat eine längere Unterhaltung zwischen *François-Poncet* und mir am Mittwoch stattgefunden. Donnerstag hat eine Unterhaltung mit *McCloy* stattgefunden. In dieser Unterhaltung hat *McCloy* sich in einer Offenheit über die deutsche Situation ausgelassen, wobei er von einer inneren Empörung bezüglich der Haltung *Schumachers* angefüllt war. Es war eine Anklage gegen *Schumacher* als denjenigen, der allen Bemühungen der Amerikaner entgegensteht. Dann sagte *McCloy,* ich verstehe nicht, es war doch in Berlin möglich, in die Außenpolitik eine Einheit zu bringen, warum nicht in Westdeutschland? Es muß auch in Westdeutschland ein Weg, ein gemeinsamer Weg gefunden werden, so wie in England und zum Teil in Amerika. Das Ergebnis der Unterhaltung war, daß *McCloy* einem Vorschlag zustimmte, der dahin ging, in den nächsten Tagen die Parteiführer der großen Parteien, d. h. SPD, CDU, FDP zusammenzuberufen und gleichzeitig die Berliner mit hin-

muß, „sofern es die bestehenden Parteien verlangen". Hans HERZFELD, Berlin in der Weltpolitik 1945–1970, Berlin-New York 1973, S. 175.

zuziehen und in diesem Kreis den Versuch zu unternehmen, auch für Westdeutschland eine Gemeinsamkeit der Haltung in außenpolitischen Fragen herbeizuführen. *McCloy* sagte mit allem Ernst, daß er das als einen letzten Versuch betrachte, zu einem Einvernehmen in der deutschen Situation zu kommen, und ließ klar erkennen, daß, wenn dieser Versuch fehlschlagen würde, die Gefahr bestünde, daß die Amerikaner sich von den deutschen Dingen zurückziehen würden, auch in der Frage der europäischen Verteidigung und weiteren Dingen.

Diese Gefahr besteht jedenfalls. Ob *McCloy* Recht behält, oder ob im Hintergrund der Gedanke gestanden hat, wenn ich hier einen Druck ausübe, gelingt es mir eher, die Kräfte zusammenzubringen, weiß ich nicht. Es wird also dieser Versuch von amerikanischer Seite unternommen werden mit dem Ziele, in der außenpolitischen Auffassung eine Gleichsamkeit in Westdeutschland herbeizuführen, wie sie bisher in Berlin sich gezeigt hat. Wenn dieser Weg zu einem gewissen Erfolge führt, dann wäre im wesentlichen dem gedient, was Grundlage dieser Aussprache war. Wir müßten versuchen, das Außenpolitische vom Innenpolitischen zu trennen. Im übrigen möchte ich bestärken, daß wir einen Einfluß in der Frage des Außenministeriums bekommen sollten. Wir sollten hier nicht zaghaft vorgehen, sondern kompakte Forderungen an den Kanzler richten. Wir verlangen das Außenministerium für *Blücher,* und ich glaube, daran wird auch der Kanzler nicht vorbeikommen können.

DEHLER: *Rechenberg* sagt: So kann es nicht weitergehen; *Middelhauve:* tiefgreifende Krise; *Rademacher:* nationaler Notstand.

Wer nicht im September vorigen Jahres das, was wir jetzt innenpolitisch durchmachen, Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, vorausgesehen hat, hatte keine Ahnung von unserer Lage. Hat sich denn seit September vorigen Jahres etwas geändert? Es sind gewisse Gefahren da. *Schäfer* hat in richtiger Weise die Aufgaben geschildert, innenpolitisch einen Staat zu fassen. Sind wir aber nicht auf einem geraden Wege aufwärts geschritten, sind wir nicht ein Stückchen weitergekommen?

Wie ist es denn bei dem Schuman-Plan, Europarat, alles nicht unser Verdienst? Hat sich etwas geändert gegenüber der Lage vom Herbst vergangenen Jahres? Damals hatten wir noch einen Feind, die Alliierten, einer davon ist unser Freund geworden. Ich bestreite nachdrücklich, daß wir in einer Krise sind. Das sind Menschen, die nicht zurückdenken und nicht vorwärtsdenken, es sei denn, daß einige Freunde überarbeitet sind. Wußten wir nicht, in welcher Spannung wir leben? Müssen wir unser Steuer herumwerfen? Natürlich, lieber *Wildermuth,* Sie haben vor einem Jahr schon die Fragen erwogen. Ich habe vor einem Jahr dem Kabinett ein Gutachten gegeben, indem ich erklärt habe, wir müssen und können sofort eine Bundespolizei aufstellen.[44] Es besteht doch kein Anlaß, aus diesem Grunde unseren politischen Kurs zu ändern oder die Änderung der Regierung herbeizuführen.

---

44 KABINETTSPROTOKOLLE 1949, 1982, S. 277.

Man hat mich daran erinnert, daß ich zu Beginn der Regierung für die große Koalition gewesen sei.[45] Gewiß, das stimmt. Das ist aber doch nicht an uns gescheitert, sondern an dem bösen Willen *Schumachers,* der sich gegen *Heuss* gestellt hat.

Ich habe *Schumacher* verfolgt aus innerer Anteilnahme, in seiner Wesensart, in seiner Haltung, ich war in jeder Sitzung.[46] *Schäfer* hat gestern so schön in der Fraktion gesagt: „Dieser Mann hat zwölf Jahre als verbissener Gegner *Hitlers* gelebt, Tag und Nacht, er lebt jetzt als ein verbissener Gegner *Adenauers,* der Geist seiner Gegnerschaft hat sich auf ihn übertragen."

Mit welchen Dingen hat denn *Schumacher* seine Erfolge erzielt? Die Presse! Sie ist doch ausschließlich in der Hand der Sozialdemokratie. Nennen Sie mir einen, der zu uns steht. Die Neutralen. Ich könnte Ihnen da die wichtigsten deutschen Journalisten nennen.

Wir sagen, wir müssen vor der Öffentlichkeit schärfste Kritik an der Regierung üben. Entweder sind wir eine Koalitionsregierung, dann sind wir loyal, dann tragen wir die Konflikte aus. Nach den Wahlen sind wir abgepreßt worden. Wir müssen unseren Einfluß verstärken. Wenn wir Kritik an der Regierung üben wollen, zerbricht die Koalition. Regieren heißt aber Zusammenstehen.

MAYER: *Dehler* hat mir die besten Worte vorweggenommen. Ich wollte anfangen mit dem, was *Wenhold* gesagt hat. Wir haben begonnen in einer Depression, die nicht ganz gerechtfertigt war, es ist vielleicht verständlich. *Wenhold* hat mit Recht darauf hingewiesen. Es ist doch etwas geleistet worden. Gewiß, unser Einfluß in diesem Jahr in der Regierung war nicht immer so, wie wir ihn gewünscht hätten, aber wir könnten doch eigentlich im ganzen zufrieden sein. Die Frage Koalition oder nicht? Ich glaube, das ist abgeklärt, daß wir das nicht wollen und können.

Höpker Aschoff hat gesagt, man könne es aus taktischen Erwägungen tun. Man könnte ein Notprogramm machen, aber das machen wir nicht allein. Man könnte dem zuvor kommen, indem man sagt, wir schlagen ein Notprogramm vor, in dem nicht drin ist dies und dies, und dann sagt Herr *Schumacher,* wir benutzen den Notstand des Volkes, um sie daran zu hindern, dem Arbeiter zu seinem Recht zu verhelfen. Auf Bundesebene scheint mir der Verzicht auf das Vorhandensein einer Opposition unmöglich. Wenn morgen die SPD/CDU koaliert, müssen wir die Aufgabe der Opposition übernehmen, nicht aus parteitaktischen, sondern aus staatspolitischen Erwägungen. Es darf nicht wieder der Zustand eintreten, wie zur Bismarckschen Republik [?], daß Opposition und Staatsfeindschaft zusammenfallen. Wir müßten dann nicht unseretwegen, sondern des Staates wegen ausscheiden. Ich bin der Meinung, daß wir die SPD unbedingt in der Verantwortungslosigkeit halten müßten. Es kommt an uns der Zwang heran in den Ländern. Dort werden wir vielfach, um eine Staatskri-

45 Vgl. Anm. 25.
46 Bezieht sich auf die Sitzungen des Bundestages.

se zu vermeiden, mit der SPD regieren müssen. Auf Bundesebene ist dies nicht möglich.

Wir müssen dem Auftrag unserer Wähler entsprechend eine sozialistische Regierung so lange verhindern wie nur irgendwie möglich. Wir dürfen uns nicht aus der Verantwortung herausziehen wollen. Wir müssen zu den übernommenen Aufgaben stehen. Wie wir sie auffassen und verstärken müssen, ist bereits gesagt worden. Bezüglich der Zweigleisigkeit: Da glaube ich nicht daran, es gibt kein Zusammengehen mit der SPD, wir müssen in Gottes Namen durchstehen.

FASSBENDER: Ich möchte nicht mehr lange über das Zusammengehen [mit der SPD] referieren. Es ist sinnlos, eine Zusammenarbeit halte ich für unmöglich, und sie hat noch folgenden Grund. Wenn wir in eine Koalition hineingehen, so würde dies zur Folge haben, daß breiteste Schichten der bürgerlichen und bäuerlichen Kreise sofort einen Vorwand finden, um sich zu einer neuen Partei zusammenzuschließen. Ich wüßte nicht, was da noch für uns übrig bleibt. Für mich kommt das überhaupt nicht in Frage.

Am vorigen Montag habe ich mir erlaubt, dem Fraktionsvorstand ein ungeschminktes Bild von der Ernährungssituation zu geben. *Blücher* wird mir bestätigen, daß ich bereits am 31. Juli darauf aufmerksam gemacht habe, aber in den Monaten ist leider bis heute nichts geschehen.

Wie sieht die Situation heute aus?

Brotgetreidebilanz: Wir haben an Bedarf sowohl im Jahre 1950/51 und 1949/50 rund 5,3 Millionen to Brotgetreide. Die Aufbringung aus eigener Erzeugung beträgt 1,2 Millionen to aus Weizen, 1,1 Millionen to aus Roggen, 1,3 Millionen to aus ECA-Mitteln. Uns[ere] Lieferungen aus Einfuhren: Die Lieferungen aus Pakistan sind völlig undiskutabel. Es würden also 250 000 to ausfallen. Wie man im November 1950 noch mit Lieferungen aus Polen und Ungarn rechnen kann, muß offenstehen.

Die Bilanz sieht so aus, wir hätten bei Erfüllung aller Voraussetzungen ein Aufkommen von 5,5 Millionen to zur Verfügung. Hiervon sind abzuziehen 100 000 to aus Ungarn, 200 000 to aus Polen, 200 000 aus Pakistan. Dann sind noch abzuziehen von dem Aufbringen deutscherseits mindestens 400 000 to, weil wir durch die verantwortungslose Politik 400 000 to bereits durch den Schweinemagen verloren haben. Wir stehen also vor der Tatsache, daß wir einen Fehlbetrag von Brotgetreide von ca. 700 000 to haben. Das ist wirklich die Tatsache.

Wie sieht es auf dem Sektor Futtergetreide aus? Wir haben 1949/50 einen Etat von rund 2,3 Millionen to gehabt. Es ist mir unerklärlich, wie das Ernährungsministerium vergessen hat, daß einer der Hauptgetreide-Vertilger, das Borstentier, in Deutschland um die Kleinigkeit von drei Millionen Stück hinzugekommen ist. Das ist ein zusätzlicher Futterbedarf von rund 2,3 Millionen to. Auf jeden Fall sieht es auf diesem Gebiet trostlos aus.

Wir stehen vor der Tatsache: 700 000 to fehlendes Brotgetreide, mindestens eine Million to fehlendes Futtergetreide und zum zweiten 100 000 to fehlendes Fischmehl.

Haben Sie sich einmal überlegt, daß unsere Bilanz bezüglich der Zuckerversorgung ebenfalls so trostlos aussieht? Der Etat ist tatsächlich von 650 000 to Reinzucker auf 850 000 [to] im Inland gestiegen. Es bleibt ein ungedeckter Betrag von 130 000 to Weißzucker.

Die Situation ist folgende: vollkommen falsche Versorgung. Z. B. rechnete das Bundesernährungsministerium im Januar mit einem Fleischverbrauch von 26 kg pro [Kopf der] Bevölkerung. Ich habe damals bereits darauf hingewiesen, daß, wenn das Regierungsvorhaben, wieder eine Million Menschen in Arbeit zu bekommen, dies eine zusätzliche Kaufkraft pro Woche von 20 Millionen [DM] ausmachen würde, so daß wir eine zusätzliche Kaufkraft in den arbeitenden Städten von wöchentlich 80 Millionen [DM] haben. Wer die Situation kennt, der weiß, daß der Arbeiter den Mehrverdienst heute umsetzt in hochveredelte Nahrungsmittel.

Wir sind heute in bezug auf Fleisch bei 26 kg Voranschlag, den ich damals als ungenügend abgelehnt habe, bereits bei fast 42 kg angelangt. Bei Weißzucker liegen wir nur noch 10 kg im Durchschnitt unter dem Verbrauch der besten Friedensjahre. Der Verbrauch in den besten Jahren hat in Deutschland bei 24 kg gelegen. Wir haben heute bereits einen Bedarf von 25 kg. Darf ich Ihnen auch hier die Situation einmal schildern? Uns stehen noch aus eigener Ernte ab 1. Januar bis zur kommenden Ernte zur Verfügung 500 000 to und aus sicheren Importen 230 000. Auch hier ist bereits eine Fehlmenge für das Wirtschaftsjahr von 330 000 to Weißzucker. Wenn wir diese 330 000 to nicht anschaffen können, dann werden wir uns am 1. Januar dazu bequemen müssen, wieder eine Zuckerkarte einzuführen mit einer monatlichen Zuteilung von einem kg.

Wenn wir die freie Wirtschaft beibehalten wollen – ich bitte, sich die Zahlen einzuhämmern –, brauchen Sie insgesamt einen Bedarf von rund 160 Millionen Dollar. Nun muß ich es Ihnen überlassen, den Weg zu finden, entweder Rationierung oder Freistellung der Mittel. Ich darf bei dieser Gelegenheit noch auf etwas anderes hinweisen. Was ist zu tun im Augenblick außer der Zurverfügungstellung der Mittel? Sofortige Inkraftsetzung der vier Agrargesetze.[47] Es ist bedauerlich, daß das Fleischgesetz vier Monate liegen geblieben ist.

Wir brauchen eine Zusammenfassung dieser vier Agrargesetze. Wir müssen sie koordiniert zur Durchführung bringen, weil ein Teil dieser Nahrungsmittel gleichzeitig Rohstoff für eine Veredlungswirtschaft darstellt. Ich bitte, sich darüber Gedanken zu machen und vor allem dem *Niklas* auf die Hühneraugen zu treten, damit er was tut. Darüber hinaus bitte ich, darauf hinzuweisen, daß

47 Hierbei handelte es sich um das Zuckergesetz (5. 1. 1951), das Milch- und Fettgesetz (28. 2. 1951), das Vieh- und Fleischgesetz (25. 4. 1951) und das Handelsklassengesetz (17. 12. 1951). Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 429 f., 579 und 586 f.

wir alles tun müssen, um die Erzeugungskraft der deutschen Landwirtschaft zu erhalten. Es sieht nicht erfreulich aus.

Das deutsche Landvolk hat innerhalb der letzten zwei Jahre durch Preisherabsetzungen allein bei der Milch eine Milliarde DM jährlich verloren. Auch das sind Dinge, die Ihnen bekanntgemacht werden müssen. Ich weiß nicht, ob man diese Wirtschaft eine soziale Marktwirtschaft nennen kann.

Es ist doch unmöglich, daß in jeder Stadt Karren mit Südfrüchten herumgerollt werden, obwohl deutsche Agrarprodukte des Bauern verkommen. Ich möchte hier auf eine Entwicklung hinweisen, die unweigerlich zum Zusammenbruch führen muß. Wenn noch im September eine Million to Kohlen ausgeführt worden sind, habe ich für eine solche Politik kein Verständnis[48], denn schließlich müßte auch ein Minister wissen, daß der September ein Monat kurz vor dem Winter ist.

Soziale Marktwirtschaft ja, die können Sie durchführen entweder in einem Staate, der vollkommen gesund ist, oder mit einer Vorratshaltung auf allen Gebieten, die es jederzeit ermöglicht, Engpässe zu überwinden. Wenn nicht, dann brauchen wir uns in drei bis vier Monaten keine Sorgen mehr über Koalitionen zu machen oder ob der Herr *Schumacher* eine Mehrheit erringt, dann bestimmen diese Maßnahmen die Straße, die Menschen, die wirklich hungern. Ich möchte Sie nur auf die Entwicklung aufmerksam machen, die eintreten wird, wenn Sie jetzt nicht allen Ernstes an diese Probleme herangehen.

Dr. PREUSKER: Ich bin der Meinung, daß dieses Referat von Herrn *Fassbender* notwendig war. Ich möchte es auf dem wirtschaftspolitischen Gebiet nicht fortsetzen, obwohl man dort ein ähnliches Bild zeichnen muß.

Aber es hat mit der sozialen Marktwirtschaft nichts zu tun. Wir haben ja schließlich in diesem Sommer Korea gehabt. Wenn ich nur eine Tatsache anführen darf. Im Juli tagte in der Schweiz die europäische Kohlenkommission und bezeichnete mindestens vier Millionen to [Kohle] als unabsetzbar. Im gleichen Augenblick hat diese Kommission festgelegt, daß mindestens acht Millionen to nicht zu decken seien.

Ich möchte auf die grundsätzliche politische Seite nicht mehr eingehen. Das ist bereits von *Euler* und *Oellers* gemacht worden.

Ich möchte noch auf etwas hinweisen. Es fehlt, das – glaube ich – ist auch schon angeklungen, in der Bevölkerung weitgehend das Vertrauen, daß die Regierung in der Lage ist, die durch Korea aufgeworfenen schwierigen Probleme zu meistern, weil infolge der unglücklichen persönlichen Eigenschaften von *Adenauer* die Bevölkerung im Laufe der vergangenen dreiviertel Jahre nicht das Gefühl bekommen hat, daß dort eine Regierung sitzt, die die Dinge treibt, sondern getrieben wird. Das mag widerlegt werden können. Es ist eine Tatsache, daß der Eindruck besteht, und es ist weiter eine Tatsache, daß auch in unserem

48 Die Höhe der jeweiligen Kohleexportquote wurde gemäß dem Ruhrstatut vom 28. 12. 1948 durch die Ruhrbehörde festgelegt. Die Bundesregierung verhandelte im Dezember 1950 mit der AHK, um eine Reduzierung der Exportquote zu erreichen. KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 862 f. und 883 f. Dies gelang am 22. 12. 1950. AdG 1950, S. 2727 G.

Volk aufgrund dessen keinerlei Gefühl für Disziplin vorhanden ist. Wir müssen einmal durchsehen, was für einen hemmenden politischen Eindruck es macht, wenn auf der einen Seite über die Verhältnisse gelebt wird, dabei möchte ich nur anführen, daß irgendein Vorsitzender oder Präsident die Anregung gegeben hatte, man solle alle Besitzer von amerikanischen Luxuswagen aufhängen.

Ich glaube doch, wir sollten eine Vorlage eines Programms des nationalen Notstandes machen, in dem von uns aufgeführt wird: a) Außenpolitik, b) Wirtschaftspolitik, c) Agrarpolitik, d) Finanzpolitik.

Ich erinnere mich, daß wir in der Fraktion schon einmal außenpolitische Richtlinien gemacht haben.[49]

ENGELHARD: Ich möchte den Vorschlag zum Antrag erheben, dasselbe zu tun, was Herr *Adenauer* auf dem Duisburger Parteitag[50] angeregt hat, daß die Landesverbände der CDU auf ihrer unteren Basis die Frage der Wiederaufrüstung durchführen, um so zu einer Meinung der einzelnen Landesverbände zu kommen, und diese Meinungen dann in die höheren Gremien geführt werden. Herr *Rademacher* hat als erster in der Debatte gesprochen und einen Vorschlag laut werden lassen, den ich noch einmal unterstreichen möchte.

Dann haben wir auf unserer Tagesordnung stehen, daß wir uns mit den letzten Landtagswahlen befassen wollen.

Ich bin der Ansicht, daß der Ansturm der SPD in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß die Bevölkerung nicht erkannt hat, daß in der Frage der Wiederaufrüstung *Schumacher/Adenauer* nur ein Scheingefecht geführt haben und im Endeffekt nicht weit voneinander entfernt sind. Das hat der Mann auf der Straße nicht begriffen. Er glaubt, daß Herr *Schumacher* der Mann ist, der verhindert, daß er jemals wieder Unterricht über ein Gewehr haben wird. Das ist, glaube ich, ein wesentlicher Punkt für den Zustrom, den die Sozialdemokratische Partei bekommen hat.

Ich glaube, daß die Situation in Berlin eine wesentlich andere gewesen ist. Ich glaube, daß die Bevölkerung in Berlin auch Wert darauf gelegt hat, die Parteien zu wählen, die die Hand näher in der Regierung haben. Das Wahlergebnis in Berlin, das für die FDP sehr erfreulich ausgelaufen ist, korrigiert natürlich Wahlergebnisse, die etwas länger hinter uns liegen. Wir haben uns auch gefreut, daß der Landesverband Württemberg-Baden doch den verdienten Erfolg gehabt hat.[51]

Die Regierungsbildungen aufgrund der letzten Wahlergebnisse sind[52] noch nicht abgeschlossen, und es ist schwer, sich jetzt schon ein Bild darüber zu machen.

---

49 Leitsätze der FDP-Bundestagsfraktion zur Außenpolitik von Anfang April 1950 abgedruckt in: fdk, 1. Jg., Nr. 23 vom 4. 4. 1950, S. 5 f. Sie bezogen sich auf den Beitritt zum Europarat, die Wiedervereinigung und die Beteiligung an der gesamteuropäischen Verteidigung. Hinweis hierauf auch in: AdG 1950, S. 2331 C.

50 Parteitag der rheinischen CDU am 3. 12. 1950. CDU-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE, 1986, S. 3.

51 Die Wahlergebnisse für die FDP in Anm. 29.

52 In der Vorlage irrtümlich „ist".

In finanzieller Hinsicht möchte ich sagen, daß es doch wohl kaum ein Land gibt, das über einen ausgeglichenen Etat verfügt. Die Länder waren ja auch erheblich gegen die Anforderungen des Finanzausgleichs.[53] Auch hier sind Schwierigkeiten zu erwarten, die dazu führen werden, daß die Bautätigkeit eingestellt wird. Wenn die amerikanischen und britischen Besatzungsmächte noch mehr Truppen nach hier bringen, wird auch dadurch unsere Finanzkraft noch mehr belastet. Ich weiß nicht, wie die Bundesregierung dieser Schwierigkeiten Herr werden will. Wir werden mit Sicherheit zu einer Revision des geltenden Steuerrechts kommen. Es wird ein anderes Steuergesetz zu erwarten sein. Wir glauben, daß tatsächlich im Augenblick der Zeitpunkt gekommen ist, in dem man sagt, daß es nicht angängig ist, daß eine große Partei als Oppositionspartei abseits steht. Wir sollten gemeinsam versuchen, mit den Regierungsparteien der Lage Herr zu werden. Wir sind der Meinung, daß ein solcher Versuch gemacht werden sollte, obwohl wir nicht verkennen, daß durch die Person des Herrn *Schumacher* uns diese Möglichkeit von vornherein fraglich erscheint.

Nach meiner Meinung wird Herr *Schumacher* die große Hoffnung hegen, Neuwahlen durchzuführen. Wenn diese Neuwahlen mit der ungelösten Frage der Remilitarisierung durchgeführt werden, wird er zweifellos Erfolg haben.

Dr. SCHÄFER: Die Diskussion hat uns die großen Schwierigkeiten aufgezeigt, die zu überwinden sind. Ich weiß nicht, ob es klug ist, sich Argumente des Gegners zu eigen zu machen in der Kritik an der Regierung. Argumente der Opposition können wir uns nicht zu eigen machen. Es kann doch nicht im Sinne der Verteidigung sein, das zu bestreiten. Es kommt darauf an, Argumente zu haben, die uns die Verteidigung unserer Position ermöglichen. Eine Selbstkritik ist etwas sehr Gesundes, wenn sie zur Erneuerung führt und dazu, daß Fehler nicht mehr gemacht werden. Man darf sich aber nicht seine Position unmöglich machen. Ich sehe in dieser Art der Diskussion keine Förderung. Wir müssen selbst Behauptungswillen bekunden. In dem Dokument von Nordrhein-Westfalen steht, wir hätten eine sozialistische Politik gefördert. Ich weiß von vielen Auseinandersetzungen, die wir mit der SPD haben führen müssen. Es ist sogar möglich gewesen, die CSU zusammenzuhalten. In vielen Dingen ist unsere These vertreten worden.

Zum Vorschlag *Rademacher:* SPD mit in die Verantwortung bringen. *Höpker Aschoff* hat das teilweise noch unterstützt. Ich kann mir vorstellen, daß man so etwas machen müßte, wenn der große Notstand da ist, vorher muß man aber eine Politik machen. Es ist mindestens taktisch nicht gut überlegt, jetzt mit einem solchen Vorschlag zu kommen. Wir machen uns die mögliche Beteiligung schwer, wir machen uns aber auch die Opposition schwierig. Auf diese Dinge muß man sich vorbereiten, aber sie ohne Not bereits vorzuschlagen, halte ich nicht für richtig. Ich gebe zu, daß der Gesichtspunkt, die SPD in die Verantwortung zu bringen, erwägenswert wäre. Auf das Ganze gesehen kann es da und dort vielleicht klug sein, positive Elemente in eine politische Verantwor-

53 Zum Stand der Verhandlungen über den Finanzausgleich zu diesem Zeitpunkt KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 818 f.

tung zu bringen, so etwas muß aber gut überlegt werden. Auch ich habe *Adenauer* gekannt, aber ich war mir klar, daß ohne ihn keine Regierungsbildung möglich war. Die Bedingungen zur politischen Arbeit kann man sich aber nicht wählen, die muß man nehmen, wie sie sind, oder man muß überhaupt auf jede politische Arbeit verzichten. Auch die Irrtümer muß man als Realität nehmen. Man soll die Dinge aber nicht überstürzen, wir müssen doch nicht die Mode der Krisenmacherei mitmachen.

Außenministerium: Die Dinge sind auf den verschiedensten Gebieten bereits im Fluß. Es wird notwendig sein, auf einem selbständigen außenpolitischen Minister zu bestehen. *Blücher* wird genannt; ob es parteipolitisch klug ist, diesen Weg zu gehen? Viel Ruhm und Lorbeeren werden für uns dabei nicht zu holen sein. Das Gewicht im Kabinett würde zweifellos gestärkt, aber wir werden evtl. auch mit einem Mißerfolg rechnen müssen. Das Entscheidende ist für uns, im Kampf kräftig zu sein, eine gewisse innere Stabilität zu haben, nicht auseinanderzuzerren. Ich weiß nicht, ob es klug ist, nur die Gegensätze zu zeigen. Die Partei müßte an Geschlossenheit gewinnen. Nicht das Trennende müssen wir betonen, sondern das Verbindende. Wir können beim Kanzler nichts durchsetzen, wenn der eine gegen den anderen ist. Das erleichtert die Position nicht. Wer die Auseinandersetzungen führen soll, muß hinter sich die Partei als ein geschlossenes Ganzes haben.

MÜLLER: Ich spreche nicht deshalb, um die Aufmerksamkeit auch auf uns Jüngere zu lenken, damit auch wir etwas gesagt haben. Ich möchte die Volksmeinung vermitteln, wie ich sie auf meinen Versammlungen in den kleinen und kleinsten Orten gehört habe. Sie als Abgeordnete sprechen meist nur auf großen Versammlungen, dort findet man diese Volksmeinung nicht immer. Wir treffen draußen oft auf 100%ige Zustimmung, wenn wir darauf hinweisen, daß die Länderparlamente aufgelöst werden sollten. Zur Frage der Sicherheit: Wir müssen deshalb an dieser Frage positiv Anteil nehmen, um die erste Schlacht unmöglich zu machen. Zur Frage der großen Koalition: Wir haben es da nicht nur mit *Schumacher* zu tun, wir haben es mit dem Sozialismus zu tun. Es muß Aufgabe der Freien Demokraten sein, dem Volk hier ein Übel zu ersparen. Es wurde gesagt, den Vorschlag aus taktischen Erwägungen bringen, dazu folgendes: Zum politischen Witz: Die Atombombe ist bereits in Korea gefallen, und die größten Lumpen sind nach Bonn geflogen. Die Lehrer bestrafen nicht mehr mit Ohrfeigen, das Kind muß sich zur Strafe mit dem Gesicht zu einem *Heuss*bild stellen (Zuruf: Das sind Nazilehrer!). Wenn wir also die Hand auch nur zu einem taktischen Vorschlag reichen, würden wir das Vertrauen aller unserer Wähler verlieren, bestimmt aber der jüngeren Wähler. Wir haben nur eine Aufgabe, die Verstärkung unseres Einflusses in der Regierung und den Versuch zu machen, trotz der Erwägungen von Dr. *Schäfer* das Außenministerium zu erlangen.

ONNEN: Der Versuch, mit der SPD zusammenzuarbeiten, ist eine Unmöglichkeit. Es ist ja nicht nur *Schumacher,* es sind eine Reihe von Leuten um ihn, die seinen Kurs stützen. Was wir in den Ländern erleben, zeigt uns, daß wir etwas beginnen wollen, das von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. *Arndt* folgt

Schumacher fanatisch, wir haben im Rechtsausschuß[54] alle Mühe, ihn unter Kontrolle zu halten. Auch hier zeigt sich, daß nicht verantwortungsbewußt Opposition getrieben wird. Es müßte die Möglichkeit bestehen, daß die ruhigeren Kreise der SPD zum Tragen kämen (berichtet über eine persönliche Unterhaltung [mit] *Koch-Weser,* der sich getrieben fühlt, der von 900 Millionen sprechen muß, die vertan wurden usw., sonst kann er den Mund nicht aufmachen in der Fraktion).[55]

Man könnte den Versuch machen, über geeignete Länder Einfluß auf die SPD zu nehmen. Wir haben ja in Niedersachsen den Versuch einer großen Koalition hinter uns.[56] Dort sitzt auch einer, der den *Schumacher*-Kurs stützt. Wenn wir mit einer solchen Forderung zur SPD gehen, dann nicht eher, als bis uns die Bedingungen bekannt sind, die sie stellt. Und sie wird Bedingungen stellen, die unerfüllbar sind. Wir sind nicht der Auffassung, daß wir heute schon aus der Regierung herausgehen. Wir müssen die Fehler feststellen und Kritik üben, es hat keinen Sinn, einfach etwas zu verschweigen. Die Regierung muß ein klares Programm haben, das sie auch vertritt. Uns haben nicht die Wähler verlassen, weil sie glauben, wir hätten etwas falsch gemacht. Man kann die Marktwirtschaft korrigieren, ohne daß man die Planwirtschaft anwenden muß.

Dr. Ilk: Ich finde, daß in den grundsätzlichen Fragen die Diskussionspunkte gar nicht so weit auseinandergehen. Irgendwann könnte doch die Situation eintreten, mit der SPD verhandeln zu müssen, das kommt bei jedem Redner zum Ausdruck. Wenn der nationale Notstand erst eingetreten ist, dann müssen wir wohl jedes Angebot von der SPD annehmen. Man könnte doch einmal die Frage nach außen erörtern, an alle die mitarbeiten wollen, die sich an einer Stärkung der Regierung beteiligen wollen. Wir sagen, wir wollen eine Propagandastelle haben, wir sollen sie uns schaffen durch Ausweitung der Mitarbeit, durch Infiltrieren unserer Ansichten. Zum Vorschlag Hamburg: Wir dürfen ihn nicht ohne weiteres ablehnen, es muß im kleinen Kreis beraten werden, unter welchen Bedingungen wir bereit wären. Verhandlungen zwischen Gewerkschaft, die die Verantwortung nicht mitträgt. Wenn wir diese Kreise nicht irgendwie mit in die Verantwortung bringen, dann wird sich unsere Regierung sehr schwer tun. Die Opposition von Seite der Gewerkschaften wird immer stärker.

Waeldin: Die Beobachtungen, die ich gemacht habe, erfüllen mich mit Sorge. Durch die Debatten klingt eine gewisse Krisenstimmung. Ich bitte unsere Abgeordneten, dafür zu sorgen, daß die öffentliche Meinung in positiver Art beeinflußt wird. Wir können von *Hitler* und der Ostzone lernen, wir müssen dafür sorgen, daß die politisch denkenden Menschen von vornherein auf ein bestimmtes Ziel hingeführt werden. Einzelne Herren erhitzen sich sehr über das, was hätte gemacht werden sollen. Ich bin im 40. Jahr im Dienste der liberalen

54 Des Bundestages.
55 Gemeint ist offensichtlich Harald *Koch*. Ansonsten Zusammenhang unklar.
56 In Niedersachsen amtierte bis zum 18. 9. 1950 eine Regierung aus SPD, CDU und Zentrum. A. C. Storbeck, 1970, S. 232 f.

Idee, ich weiß, daß wir uns auch früher oft und oft zerredet haben. Dem Gedanken einer neuen Wahl muß entgegengetreten werden, wir haben uns schon zu Zeiten *Hindenburgs* und *Papens* zu Tode gewählt. Unsere Stellung können wir nur verbessern durch Sammlung aller demokratischen Kräfte. Es drängt sich da die Frage auf, ist die SPD mit *Schumacher* überhaupt noch demokratisch?

Zur Frage Außenministerium: Wir sollten in der Außenpolitik mit der SPD auf einen Nenner kommen. Die Ausführungen *Fassbenders* haben mich sehr beeindruckt. Wir können und wollen nicht mehr zur Zwangswirtschaft zurück. Überwachung der Einfuhren ist unbedingt, alle tragbaren Forderungen der Landwirtschaft müssen unterstützt werden. Dort ist noch ein Kern, der politisch auszuwerten ist. Zur Remilitarisierung: Ich wünsche, dieses Wort nicht mehr aus dem Mund eines Demokraten zu hören. Es handelt sich doch darum, in ein neues System mit allen Rechten und Pflichten eingegliedert zu werden zum Zwecke der Erhaltung des Friedens und der Kultur.

MEINICKE-PUSCH: Wir würden Sie bitten, den Gedanken nach einer Erweiterung im Sinne der großen Koalition fallenzulassen. Es ist doch im Laufe der Jahre endlich gelungen, sich dem Einfluß der SPD zu entklammern. Hier sind mit Recht Einwendungen erhoben worden. Die CDU[57] stellt ja schon eine Koalition dar. Sie würde unüberbrückbar werden, wenn noch Persönlichkeiten wie *Schumacher* in das Kabinett einzögen. Nationaler Notstand: Ein solches Wort erfordert eine Vertiefung und Begründung und nicht eine so selbstverständliche Verwendung. *Fassbender* hat Kassandrarufe laut werden lassen. Es sind Vorwürfe gegenseitig gemacht worden. Richten sich die Vorwürfe nicht zum großen Teil gegen Sie selbst, meine Herren? Sie haben es doch in der Hand, die Dinge zu ändern, es kann doch nicht alles nur auf *Adenauer* abgestellt werden. Wir haben doch nicht nur Minister um ihn, die einfach mitmachen müssen. Heute kann man noch aussteigen, ohne erschossen zu werden. Wenn die Belastungsgrenze erreicht ist, aber auch erst dann, haben wir das Recht, aus der Koalition auszusteigen. Die Dinge, die nicht befriedigend laufen, müssen wir versuchen, in unserem Sinne durchzusetzen. Wir müssen an die Sorgen des Volkes herankommen, wenn das *Adenauer* nicht kann, dann ist es unsere Sache, diese Worte zu finden und zu suchen. Auch der Versuch, das Außenministerium für uns zu retten, müßte von der FDP unbedingt gemacht werden. Die Möglichkeiten, sich dort durchzusetzen, sind ebenso groß wie die Schwierigkeiten.

DOHR: Rheinland-Pfalz ist grundsätzlich gegen eine Beteiligung an der großen Koalition. Ich könnte nicht vor meine Wähler hintreten mit dieser Tatsache. Wir haben in Rheinland [-Pfalz] noch die Koalition CDU-SPD, die im nächsten Wahlkampf unbedingt gesprengt werden muß.[58]

---

57 In der Vorlage irrtümlich „CSU".

58 Die Koalition CDU/SPD bestand in Rheinland-Pfalz seit dem 14. 12. 1949. Am 13. 6. 1951 wurde sie durch eine Koalitionsregierung aus CDU und FDP ersetzt. A. C. STORBECK, 1970, S. 275.

VON RECHENBERG: Unter keinen Umständen darf in etwaigen Verlautbarungen über die heutige Sitzung erscheinen, daß sich *Blücher* als Außenminister etwa nicht durchsetzen könnte. Wir haben nicht die Machtposition, um ein Außenministerium *Blücher* so stark zu machen, daß es sich gegen *Adenauer* durchsetzen kann.

EULER: Im Gegensatz zu *Schäfer,* der die Diskussion negativ zu empfinden scheint: Ich glaube, es wäre der beste Dienst, den wir der Opposition tun könnten, wenn wir Mißstände, die bestehen, leugnen würden. Ohne daß *Fassbender* gesprochen hätte, wären wir über die Unfähigkeit [von] *Niklas* in eine Versorgungskrise hineingeraten, die erschütternd ist. Es handelt sich also darum, Mißstände zu überwinden, ehe eine Katastrophe eintritt. Wenn es richtig wäre, daß es keine Krise gibt und sie nur von den Zeitungen gemacht wird, dann müßte die Möglichkeit solcher Zeitungskrisen zuallererst abgestellt werden. Nur um dieses Abstellen handelt es sich. Wir haben in Deutschland mehr als einmal Schaden dadurch genommen, daß man kommende ernste Probleme nicht rechtzeitig erkannt hat und ihnen nicht gewachsen war.

Zur Frage der großen Koalition: Alle Bemühungen in dieser Richtung verkennen, daß *Schumacher* die Position eines Nationalheros anstrebt. Sein Ziel ist, mit allen Mitteln für sich die absolute Mehrheit zu erlangen. Die Streikparolen, die zweifelhafte Urabstimmung ist nichts anderes, als der Gewerkschaftsleitung einen Blankoscheck zu geben.[59] Wer glaubt, mit taktischen Gründen etwas zu erreichen, der würde Enttäuschungen erleben, weil *Schumacher* sie mit Hohnlachen zurückweisen würde. Er würde die Koalition sprengen, um Neuwahlen zu erzwingen. Es liegt auch darin eine Illusion, daß man glaubt, eine zweigleisige Außenpolitik machen zu können. Über den außenpolitischen Ausschuß würde eine gute Vorbereitung der Außenpolitik möglich sein, aber gerade dann wird sich zeigen, daß *Schumacher* die Gelegenheit ergreift, um geringste Differenzen derart auszuweiten, daß eine große Kluft zwischen seiner Partei und der Regierung vorhanden zu sein scheint. Wir müssen mit aller Entschiedenheit dem Gedanken der großen Koalition entgegentreten.

BLÜCHER: Ich versuche kurz zusammenzufassen: Wir haben wirklich das Äußerste versucht, alle Meinungen zu ergründen. Es sind von 32 Anwesenden 23 zum Wort gekommen. Ich möchte ein Wort zur Auseinandersetzung wegen der Kritik sagen. Selbstverständlich ist es notwendig, in unseren Reihen Kritik so deutlich wie nur möglich auszusprechen. Ohne Diskussion keine Demokratie. Man muß nur so wirken, daß diese Kritik nicht zur lieben Gewohnheit wird und daß man nach außen seine Stellung übermäßig schwächt. Man soll sich gelegentlich deutlich und kritisch zu den Dingen äußern, denn es hat nicht der einzelne das Recht zu tun oder zu lassen, was er will. Wenn wir nach außen Kritik üben, dann muß sie das Ergebnis einer gemeinsamen Überlegung

59 Bezieht sich auf die Urabstimmung der IG Metall vom 29. und 30. 11. 1950, in der ein Streik beschlossen wurde, falls die Forderungen der Gewerkschaften bezüglich der Montanmitbestimmung nicht durchgesetzt werden sollten. Dazu MONTANMITBESTIMMUNG, 1984, S. LV f. mit den dazugehörigen Dokumenten.

sein. Kritik kann dann eine sehr deutliche Mahnung sein. Ich wäre froh, wenn die Freunde in dieser Beziehung mit mir einig gingen.

Es ist ein ungeheures Opfer, wenn junge Menschen wieder Uniform tragen sollen, aber Unentschlossenheit kann das ganze westeuropäische Leben vernichten. Wenn sich England und Frankreich schon so verhalten, dürfen wir nicht auch noch einen solchen Eiertanz aufführen. Alle unter uns, die wirklich national sind, haben seit 1946 ein Alpdrücken, daß nämlich über Deutschland ohne Deutschland gesprochen wird. Zu den Ausführungen *Müller:* Er kommt aus einem Gebiet, wo die SED hinter dem steckt, was sich dort tut. Angreifen und nicht darüber weinen, was bei uns verkehrt ist. Wir müssen, wenn wir siegen wollen, im Angriff bleiben. Glauben Sie mir, man ist manchmal ein Opfer seines Namens (Heiterkeit). Ich darf Sie alle aber auch bitten, weiter im Angriff zu bleiben. Glauben Sie mir: Wäre Korea nicht gekommen, dann wäre diese Regierung und die Koalition das Beliebteste, das es in Deutschland gibt. Wir weichen in einem Augenblick zurück, wo es um etwas völlig anderes geht. Wir haben nur einen Gegenspieler: *Schumacher.* Er weiß nämlich, worum es geht. Es geht darum, wenn wir diese Legislaturperiode durchstehen könnten, der Sozialismus in Deutschland erledigt ist. Darum die Härte gegen uns.

Zur wirtschaftlichen Situation: Sie ist bedingt durch den ungeheuren Fortschritt des deutschen Volkes. Unsere Devise lag in der Wirtschaftsbelebung. Es werden ungeheure Übergangsanforderungen an uns gestellt (Beispiel Weizen).[60] Wir haben ein Ernährungsministerium, in dem noch der Geist der alten Reichsnährstandsleute herrscht. Auf der anderen Seite haben wir einen geheimen Diktator. Nur er, und nicht die Bundesregierung sei in der Lage, ein Wort, das sehr nach Eigenlob klingt. So lange *Adenauer* in der Schweiz war[61], konnte ich mit manchen Mitteln und Ungesetzlichkeiten hinwegkommen, sobald er zurück war, bekam das Ernährungsministerium wieder Übergewicht. Wenn ich von der Notwendigkeit des Angriffs sprach, dann sage ich auch, daß manche Parteifreunde nicht breit genug treten. *Onnen,* fragen Sie Ihren Landesverband, warum die Emslandsiedlung nicht in Gang kommt.[62] Gehen wir doch den Dingen nach, die *Schumacher* behauptet. Ich muß wiederholen, was *Schäfer* und *Dehler* gesagt haben: Eine größere Leistung, als sie diese Regierung und dieses Parlament vollbracht hat, hat es in der Geschichte noch nicht gegeben. In fünf viertel Jahren, ohne irgend etwas, was da war, was eine Grundlage bot, das zu schaffen, dafür brauchen wir uns nicht ins Mauseloch verkriechen.

Unter dieser Stimmung erfolgte auch eine völlig falsche Bewertung des Wahlergebnisses. Wir lassen uns da tatsächlich einen SPD-Sieg durch die Presse aufoktroieren. Das bayerische Wahlergebnis beurteile ich z. B. völlig anders. Wenn man den Hexenkessel dort unten kennt, dann weiß man, daß die FDP

60 Näheres nicht ermittelt.

61 Urlaub auf dem Bürgenstock vom 13. 7.–11. 8. 1950. ADENAUER. BRIEFE 1949–1951, 1985, S. 529.

62 Zu diesem Projekt und dem Stand der Beratungen Anfang Dezember hierüber im Kabinett KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 296 ff., 384 f., 472 und 858 ff.

dort ihre endgültige Bewährungsprobe bestanden hat. Den Eindruck habe ich persönlich in Bayern gewonnen. Die Rundfunkmeldungen lauteten stets: SPD die stärkste Partei! Davon ließen wir uns überrollen. Wir sind in einer Krisenstimmung, zu der kein Anlaß besteht. Zur Frage der Behandlung der SPD: Ich bin der Überzeugung, daß die Versuche hier nicht mit dem notwendigen Ernst gemacht worden sind. Ich habe es erlebt, was man tun kann. Sie wissen, daß ich im Gegensatz zu anderen Ressorts zu Besprechungen die CSU zugezogen habe, die Atmosphäre wurde anders aufgrund dieses Versuches.

Zur Frage Außenministerium[63]: Es kann das Außenministerium nicht zusätzliches Ministerium bedeuten. Zur Auffassung von *Rademacher:* Auf keinen Fall Außenhandel ins Wirtschaftsministerium; das würde wieder eine einseitige Interessenpolitik. Ich bin ferner der Überzeugung, wir werden im Augenblick ein Außenministerium haben und keinen Außenhandel. Wir müssen das Marshall[plan]ministerium in das Außenministerium überführen, bzw. in dem Augenblick der Errichtung des Außenministeriums das Marshallplanministerium liquidieren. Die Zahl der Portefeuilles wird nicht erhöht. Ich persönlich habe eine gewisse Kenntnis der *Adenauer*schen Pläne. Diese Pläne würden es mir gestatten, ohne große Garantien das Außenministerium zu übernehmen. Er hat bestimmte Pläne bei der Besetzung. *Blankenhorn* würde Staatssekretär, eine Sache, die gänzlich unmöglich ist. Wir haben wochenlang überlegt, wie soll der Staatssekretär aussehen. *Hallstein,* der eine Aufgabe bekommt, kann niemals Staatssekretär sein. Er muß Verwaltungsmann sein vor allen Dingen. Ich persönlich würde nur nennen, aus Staatserfahrung und Charakter heraus, und zwar *Kriege.*[64] Es wären da sehr starke persönliche Garantien notwendig hinsichtlich der Gesamtbesetzung. Aber ich pflichte völlig *Schäfer* und *von Rechenberg* bei. Die andere Überlegung ist die, daß ich in dem gleichen Augenblick aus der Regierung austrete, denn mein eigenes Ministerium muß aufgelöst werden, und neben *Hallstein* und *Blankenhorn* ist ein Verbleiben in der Regierung nicht möglich. Wir stehen vor der Frage, entweder ein Ministerium, das wir nicht kriegen, oder eines, das wir auch nicht kriegen.

Es bleibt für uns noch das Begehren nach dem Landwirtschaftsministerium. Wenn wir einen Mann dafür haben, können wir es besetzen, aber nur wenn es ein Mann der agrarischen Produktion ist. Wirtschaftsministerium: Wir können *Erhard* im Augenblick nicht aus dem Sattel heben, wir müssen uns die Dinge ansehen, wie sie sind. Noch ein letzter Punkt: Die Sprache gegenüber *Adenauer. Euler* hat dazu das Wörtchen „schriftlich" hinzugesetzt. *Mayer* konnte nicht ohne meine Einwilligung handeln. Ich habe immer wieder in aller Deutlichkeit schriftlich votiert und habe immer eine Kopie in das Parteiarchiv gegeben.

63 Zum folgenden zusammenfassend U. Wengst, Staatsaufbau, 1984, S. 185 ff. und 269 ff.

64 In der Vorlage irrtümlicherweise „Krieg". Walter *Kriege,* zu der Zeit Präsident der Landeszentralbank NRW, war bereits um den Jahreswechsel 1949/50 im Gespräch, als es um die Besetzung des Staatssekretärspostens im Bundeskanzleramt ging. Vgl. ebd., S. 145 f.

Lieber Herr *von Rechenberg*, das Memorandum[65] enthält kein Angebot, zu dem Sie nicht Ja sagen würden. Die Veröffentlichung war aber viel zu spät. Ich halte es für unser Verdienst, daß wir überhaupt in die politischen Beratungen von Woche zu Woche mehr und mehr hineingekommen sind. Wir werden diesen Kampf auch weiterführen müssen. Fehl ist es zu glauben, daß man bei *Adenauer* mit einer groben Sprache weiterkommt. Versammlung in Württemberg-Baden[66]: Sie führte schon dazu, daß sich die CDU[67] ihrer Schwäche bewußt wurde, und diese Kritik hat die CDU[67] schon wieder fester zusammengeschweißt. Ich möchte den folgenden Vorschlag machen: Es wäre nichts törichter, als ein zu weitläufiges Kommuniqué über die heutige Sitzung und die hier behandelten Gegenstände. Ich schlage vor, daß sich einige Herren über den Wortlaut der Verlautbarung einig werden, die dann hier abgestimmt wird.

ENGELHARD bittet, *Rademacher* noch ein Schlußwort zu geben.

RADEMACHER: Dr. *Dehler* hat uns gesagt, es bestände keine Krise, weder innerpolitisch noch außenpolitisch, demgegenüber stehen die Befürchtungen von *Fassbender*. Es war nicht zum Ausdruck gebracht, was nationaler Notstand ist. Was *Fassbender* behauptet, zieht zwangsläufig Planwirtschaft und Bewirtschaftung nach sich.

Ist denn dieser außenpolitische Zustand, wo es in wenigen Wochen um Sein oder Nichtsein gehen kann, kein nationaler Notstand? Die Nerven habe ich nicht verloren, ich habe nur gewisse Zweifel, ob diese Koalition in der Lage sein wird, die Dinge zu meistern. Ohne die SPD bezweifele ich es. Zwei Argumente haben mich stark beeinflußt, einmal, daß die Gefahr einer wesentlich stärkeren Presse in der Odeonsstraße[68] vorhanden ist, das andere Argument, daß wir eine schwarz-rote Koalition bekommen. Dann werden wir uns in diesem Kreise wiedersprechen. Wenn Sie glauben, den Weg, den die Hamburger Freunde aufzeigten, nicht gehen zu können, dann würde ich eine Möglichkeit sehen, in einem Pressekommuniqué zum Ausdruck zu bringen, daß eigentlich die Situation die große Koalition erfordern würde, daß sie aber nicht gangbar ist durch die Person *Schumachers*.

[AUSSPRACHE ÜBER DAS ERGEBNIS DER WAHLEN IN BAYERN, BERLIN, HESSEN UND WÜRTTEMBERG-BADEN UND DIE DARAUS ZU ZIEHENDEN SCHLUSSFOLGERUNGEN]

MAYER spricht zu den Wahlergebnissen in Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und Berlin und verweist darauf, daß es nicht richtig ist anzunehmen, daß die Nichtwähler bei uns wären. Die schlechte Wahlbeteiligung ist viel weniger durch politische Momente bedingt als durch die destruktive Berichterstattung, die dem Volk den Staat verekelt. Wir haben Zuzug bekommen aus den Kreisen

65 Anm. 33.
66 Näheres nicht ermittelt.
67 In der Vorlage irrtümlich „CSU".
68 Sitz der SPD-Parteizentrale in Hannover.

der evangelischen Bauernschaft und dank des Umstandes, daß die evangelischen Pfarrhäuser sich in einem Rückzug von der CDU befinden. Wir haben maßgebliche Handwerker auf sichere Stellen aufgestellt in Württemberg-Baden und auch eine profilierte Frau, die es verstanden hat, zu den Frauen zu sprechen.

SCHWENNICKE: Das Wahlergebnis von Berlin ist Ihnen bekannt. 61 [Mandate für] SPD gegen 66 [Mandate für] CDU und FDP. Der Wahlkampf ist entscheidend geführt worden von FDP und CDU gegen SPD. Es wird in erster Linie von dem Verhalten der SPD abhängen, ob es zu einer großen Koalition kommen wird[69], sie müßte die sture radikale Haltung aufgeben. Wir würden bei den Verhandlungen bestimmte Forderungen stellen müssen. Eine große Koalition bringt uns aber in eine ungeheuer schwierige Lage gegenüber unserer Wählerschaft. Es liegen über 100 Briefe vor, doch nun die Konsequenz aus dem Wahlergebnis zu ziehen und unter keinen Umständen mit der SPD zusammenzugehen. Es wird schwierig sein, der Wählerschaft klarzumachen, weshalb wir trotzdem eine große Koalition eingehen. Eine Koalition mit *Neumann* z. B. würde bedeuten, die FDP in Berlin auf[zu]lösen. Der Regierungschef einer solchen Koalition wäre auch nie *Friedensburg*. Er ist bereits von weiten Kreisen seiner Partei fallengelassen worden. Lieber *Reuter* wie *Friedensburg* ist die Meinung.[70] Leider ist über die Regierungsbildung in Berlin schon so viel Unfug berichtet worden, daß ich bitte, keinerlei Verlautbarungen darüber herauszugeben.

MAYER verliest anschließend noch Zahlen aus der Wahlstatistik.

BLEEK: Wir haben weder Anlaß noch die Notwendigkeit, uns an Koalitionsgesprächen zu beteiligen. Die SPD hat den Willen, die Macht rücksichtslos an sich zu reißen und auszunützen. Aus dem „verzinnten" Hessen wird jetzt ein „verstocktes" Hessen.[71] Die Oppositionsstellung der Partei wird schwierig sein. Wir können nur durch ganz scharfe Opposition aufzeigen, was in Hessen jetzt geschehen wird.

ENGELHARD wirft die Frage der Landesausschüsse auf. Über dieses Thema entspinnt sich eine längere Debatte.

DEHLER: Ich halte von dem Wort: „Auf das Gewissen der Verantwortlichen kommt es an!" Was kommt heraus bei den Beschlüssen der Landesausschüsse? Glauben Sie, ich werde deswegen, weil mein Landesverband eine abweichende Entschließung faßt, mich anders entscheiden? Verantwortung heißt, dort zu entscheiden, wohin man gestellt ist.

---

69 Die große Koalition wurde in Berlin zunächst fortgesetzt. Die SPD schied allerdings im Verlauf der Wahlperiode im November 1953 aus. A. C. STORBECK, 1970, S. 138 f.

70 *Reuter* blieb bis zu seinem Tod am 29. 9. 1953 Regierender Bürgermeister. *Neumann* gehörte dem Senat nicht an. Ebd., S. 138.

71 Die Aussage müßte umgekehrt lauten, denn Georg-August *Zinn* übernahm am 10. 1. 1951 das Ministerpräsidentenamt als Nachfolger von Christian *Stock*. *Zinn* stand an der Spitze einer SPD-Alleinregierung. Ebd., S. 210 f.

SCHWENNICKE warnt davor, eine Umfrage bei den Landesausschüssen, bzw. Landesverbänden durchzuführen. Man kann das nicht mit Ja und Nein entscheiden.

MEINICKE-PUSCH: Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß wir unsere Wähler eines Tages vor vollendete Tatsachen stellen und sie nicht befragt haben.

ONNEN schließt sich der Meinung *Dehlers* und *Schwennickes* an. Er warnt davor, daß in den Kreisvereinen irgend jemand spricht, der nicht gleichzeitig die ganze Materie kennt.

MÜLLER: Es sind 35–40 verschiedene Ergebnisse herausgekommen, allein deshalb ist es schon nicht richtig, die Landesausschüsse zu befragen. Man sollte das Gremium jüngerer Leute mehr zu Wort kommen lassen.

RECHENBERG: Wir hätten die außenpolitischen Fragen zu innenpolitischen machen sollen, um *Schumacher* die Maske vom Gesicht zu reißen.

MAYER: Wir werden Material zusammenstellen und den Landesverbänden dazu schreiben, um die Debatten zu erleichtern (Bittet Herrn *Weirauch* um entsprechende Vormerkung).

Anschließend bittet Herr *Mayer* noch um Genehmigung des vorliegenden Agrarprogramms (einstimmige Annahme).[72]

BLÜCHER verliest anschließend das zusammengestellte Kommuniqué, das nach einigen kleinen Abänderungen genehmigt wird und noch in der gleichen Stunde der Presse zugeleitet wurde.[73]

---

72 Das Agrarprogramm, untergliedert in die Abschnitte Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Bodenrecht und Kulturpolitik, ist veröffentlicht in: fdk, 1. Jg., Nr. 93 vom 9. 1. 1951, S. 4 ff.

73 ADL, Ordner-Nr. 93. „Der Gesamtvorstand der Freien Demokratischen Partei unterstreicht die Entschlossenheit der Fraktion, die Arbeit von Regierung und Koalition im Sinne der dem Bundeskanzler übermittelten Vorschläge zu koordinieren und zu fördern. Besonderes Gewicht mißt die Partei der Führung der außenpolitischen Geschäfte durch einen parlamentarisch verantwortlichen Außenminister bei; sie wird unter Beibehaltung der Grundsätze der heutigen Wirtschaftspolitik die Vorlage eines den Gegenwartsforderungen angepaßten, geschlossenen wirtschafts- und agrarpolitischen Programms mit Nachdruck betreiben. Mit großem Ernst verlangt die Partei, daß eine landwirtschaftliche Politik betrieben wird, die die Leistungskraft des deutschen Bauerntums sichert, weil ohne eine solche Politik Bestand und Ernährung des deutschen Volkes gefährdet sind. Der Vorstand bekannte sich zu einer deutschen Mitwirkung bei den Bemühungen und Maßnahmen der freien Völker, ihre Freiheit und den Frieden zu bewahren. Soll aber das deutsche Volk nach allen Leiden und Entbehrungen zu einer neuen gewaltigen Anstrengung aufgerufen werden, so muß es die Gewißheit haben, daß es auch seine eigene Freiheit zu verteidigen hat. Die Freie Demokratische Partei bedauert, daß es bisher wegen der parteiegoistischen Obstruktionspolitik der Opposition nicht möglich gewesen ist, in dieser großen nationalen Frage eine breite Einheitsfront zu schaffen."

10.

15. 1. 1951: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 94. Überschrift: „Gesamtvorstandssitzung vom 15. 1. 1951." Schluß: 21.30 Uhr.

Teilnehmer: Backhaus, Bezold, Bleek, Blücher, Dehler, Dohr, Euler, Glaesser, Herta Ilk, Mayer, Mende, Middelhauve, Müller, [Neumayer], Oellers, Preusker, Rademacher, von Rechenberg, Rüdiger, Schäfer, Schröder, Schwennicke, Stegner, Wenhold, Wildermuth, Wirthle.

[BUNDESPARTEITAG 1951]

BLÜCHER: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich, und ich möchte trotz der Unannehmlichkeiten einer Reise in dieser Zeit es für erfreulich halten, daß wir in so verhältnismäßig kurzem Abstand wieder zusammengekommen sind. Der Grund für den Beschluß, Sie hierher zu bitten, wird Ihnen sehr bald offensichtlich werden. Es handelt sich darum, zu einer wichtigen Frage Stellung zu nehmen und vor allen Dingen das Verhalten der Parteizentrale einheitlich zu vertreten. Das geht aber nicht ohne eine ausgiebige Aussprache. Vorweg möchte ich nur noch eine Geschäftsordnungssache erledigen, und das ist eine Sache, die wir am vorigen Montag besprochen haben[1], den Parteitag in diesem Jahr. Ich habe einem Teil unserer Freunde vorgeschlagen, doch anzuregen, daß wir wegen der besonderen Bedeutung für die Gesamtpartei und weil wir dort unten noch nie gewesen sind, den diesjährigen Parteitag in Augsburg abhalten sollten, und zwar am letzten Sonntag im April, weil es sich dann so günstig ergibt, daß an dem darauffolgenden Dienstag der 1. Mai und am darauffolgenden Donnerstag der Himmelfahrtstag ist und wir in keiner Weise in Zeitkollisionen geraten, so daß auch ausreichende Zeit für die Gesamtvorstandssitzung und die Aussprache vorhanden wäre. Augsburg schien mir nötig, weil wir

a) nach Bayern mal gehen wollen;

b) weil Augsburg nicht so ist wie z. B. München, daß wir dort untergehen;

c) weil sich im schwäbischen Raum die besten Ansätze gezeigt haben.

Sie wissen, daß ein Parteitag einer ausgiebigen Vorbereitung bedarf. Es ist notwendig, daß wir uns rechtzeitig über Zeit und Ort klar werden. Ich bitte daher um die Zustimmung, daß wir zunächst einmal davon ausgehen, daß wir den Parteitag für Augsburg für den angegebenen Tag vorbereiten, und zwar vom 28. 4. bis 30. 4. 1951.

MAYER wendet ein, daß der Termin mitten in den Wahlkämpfen[2] liegt.

---

1 Keinen Hinweis auf diese Besprechung ermittelt.

2 Kreistags- und Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 30. 4. 1951 und Landtagswahlen in Niedersachsen am 6. 5. 1951.

BLÜCHER schlägt vor, eineinhalb Tage Gesamtvorstandssitzung, mindestens daran eineinhalb Tage Aussprache. Vielleicht ist es auch möglich, daß nach dem Tag der Hauptkundgebung noch mal ein halber und ein ganzer Tag für die Ausschußtätigkeit übrig bleibt.[3]

[LANDTAGSWAHLEN IN NIEDERSACHSEN – BILDUNG DER NIEDERDEUTSCHEN UNION]

BLÜCHER: Der Hauptgrund, weshalb wir uns heute hier aussprechen wollen und auch wohl im Interesse der Gesamtpartei aussprechen müssen, ist die Frage der niedersächsischen Landtagswahl, die aufs engste mit der politischen Lage zusammenhängt.

Es wird von seiten der CDU und DP sehr stark die Ansicht vertreten, daß die Bildung einer eigenen Partei notwendig sei, und diese sich aus CDU, DP und FDP für das Land Niedersachsen bilden sollte[4], wenn es gelingen sollte, die SPD-Mehrheit zu beseitigen. Es ist diese Frage von uns, ich werde auf den Ablauf der Dinge nachher nochmal zurückkommen, bereits beraten worden. Diese Behauptung ist keineswegs geklärt. Wir werden heute über den Inhalt des Landtagswahlgesetzes des Niedersächsischen Landtags[5] objektiv sprechen müssen, ebenso objektiv über das Für und Wider, ob die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer derartigen Parteibildung gegeben ist.

Grundsätzlich darf ich vertreten: Wir haben zwei Jahre lang gegenüber dem Ansturm der politischen Unvernunft bestimmte Abmachungen treffen müssen, weil man es sich sonst bequem machte und uns als diejenigen bezeichnet hätte, die einen Schlag gegen die einseitige Herrschaft der SPD unmöglich gemacht hätten. Wo immer aber Koalitionen und Bündnisse abgeschlossen worden sind, gut bekommen sind sie uns nirgendwo, wobei ich immer wiederhole, daß es nicht immer unvermeidlich, aber nicht gut gewesen ist. Aber das sollte weniger der Anlaß für uns sein. Das würden unsere Freunde aus Niedersachsen selbst mit dem gleichen Verständnis beurteilen. Es geht darum, daß diese Sache zu einer gesamtdeutschen Angelegenheit gemacht wird, und gerade die CDU, die in den letzten Monaten nicht sehr erfreuliche Dinge erlebt hat, möchte aus dieser Tatsache, daß wir uns in Niedersachsen einer neuen Parteibildung versagen, Kapital schlagen. Dazu kommt eine hier in Bonn eigentümliche Hinbewegung der DP zur CDU. Es ist Monate lang erzählt worden, daß Abmachungen vorliegen über das totale Eingehen der DP in die CDU. Es ist jedenfalls dieses Gespräch sehr verbreitet worden. Es ist eins jedoch unverkennbar, daß in sehr wesentlichen Fragen in der letzten Zeit zusehendst die DP blindlings mit der CDU mitgegangen ist. Ich mag daraus keine Schlüsse ziehen, weiß aber, daß die Kreise Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen hinter der DP stehen. Hier

3 Der Bundesparteitag fand erst im September 1951 in München statt. Vgl. Nr. 14 a–e.

4 Zu diesem Zeitpunkt lag bereits ein Ablehnungsbeschluß der FDP zu einem solchen Zusammenschluß vor. Das Kabinett kam hierauf in seiner Sitzung am 8. 1. 1951 zu sprechen und erhielt die Zusage *Blüchers*, „innerhalb seiner Partei wegen einer Revision des Beschlusses [. . .] zu verhandeln". KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 44.

5 Hierzu die Ausführungen *Schröders* unten in diesem Dokument.

trifft es zu. Die Bereitschaft in Niedersachsen gründete sich immer wieder nach außen hin mit uns ausschließlich auf das Wahlgesetz (Niedersächsische Wahlgesetzgebung). Ich wiederhole, man versucht, daraus eine gesamtdeutsche Angelegenheit zu machen, und zwar deswegen, weil wir durch dieses eigentümliche Grundgesetz ja immer als Bund durch jede Landtagswahl unmittelbar berührt werden. Von dem Ausgang der Landtagswahlen, also von der Zusammensetzung der Landesregierung sind die Beauftragten des Bundesrats abhängig. So ist jede Landtagswahl für uns eine Angelegenheit des Bundes geworden.

Es gibt zwei Gründe für uns, worüber wir im Gesamtvorstand beraten sollten, einmal weil es so ist, weil das Mandat der niedersächsischen Bundesratsmitglieder abhängt von der Wahl und zum zweiten, weil die anderen Parteien, CDU und DP, jetzt den willkommenen Anlaß sehen, wenn wir uns dem versagen, mal wieder eine große Propaganda zu starten gegen die schuldig gewordene FDP. Dies kann uns nicht in der Entscheidung beeinflussen, es hat aber zur Folge, daß die Abwehr zentral geschehen muß, und zwar durch Beschlüsse und Überlegungen und Vorbereitungen der Abwehr. Unsere Freunde aus Niedersachsen, der Landesverbandsvorsitzende, der unser Bundestagskollege ist, hat uns schon rechtzeitig über die Gespräche unterrichtet. Es hat ebenfalls sehr rechtzeitig eine Besprechung zwischen den anwesenden Parteivorständen stattgefunden. Die zweite anberaumte Besprechung kam nicht mehr zustande durch die Hast der politischen Geschäfte. In der Zwischenzeit war schon längst angesichts der doch immerhin gegebenen Notwendigkeiten von unserem Freund *Stegner* eine Landesausschußsitzung einberufen worden in der Erwartung, daß die vorgesehene zweite Beratung zwischen den drei Parteien hätte stattfinden können, was aber nicht möglich war. Der Landesausschuß hat sich einstimmig gegen einen solchen Zusammenschluß gewehrt.

Ich will nicht weitschweifiger werden, aber das ist die Gesamtsituation, vor der wir stehen. Ich betone, als einen der wesentlichen Gründe für mich ist die Überzeugung, daß, wenn der Landesausschuß recht hat, es notwendig ist, daß der Gesamtvorstand die Motive kennt. Das ist der Hintergrund für die erste Sofortberatung, in die wir einzutreten haben. Diese Beratung wird sich zweckmäßigerweise so abspielen müssen, daß wir zunächst unseren Freund *Stegner* bitten, einen Bericht zu geben, und zweitens daran eine spezielle Aussprache aufgrund dessen stattfindet, was *Schröder* wahrscheinlich an zweiter Stelle vorträgt. Dann sollten wir wegen der Bedeutung der Rechtslage eine Befragung und Aussprache über die Rechtslage durchführen und dann hinterher getrennt von der juristischen Betrachtung in die allgemeine politische und sonstige Aussprache eintreten, und je nachdem wäre dann zu überlegen, in welcher Weise wir geeignet über alle Kanäle reagieren. Das wäre zweckmäßig, damit wir von allen Seiten an die Sache herankommen.

STEGNER: Es handelt sich in Niedersachsen nicht um eine wahltechnische Angelegenheit, sondern um eine rein politische Angelegenheit: Persönlichkeitswahlrecht mit Verhältnisausgleich. Eine Partei, die 15 % der abgegebenen Stimmen bekommt, bekommt 15 Mandate, 145 Abgeordnete, 95 Wahlkreise. Es besteht nicht der geringste Anlaß zum Abschluß eines Wahlblocks oder zur

Gründung einer neuen Partei. Diese Tatsache ist sowohl dem DP-Landesvorstand – *Hellwege* – wie auch der CDU bekannt. Sehr früh schrieb aber die CDU an *Hellwege*, es müßte jetzt die „bürgerliche Partei" zustande kommen.[6] Nur die stärkste Partei würde den Ministerpräsidenten stellen, und dieser könnte nur *Hellwege* heißen. *Hellwege* verhandelte mit der CDU und zog uns erst vor kurzer Zeit zu. Anfang Dezember wurde die sogenannte neue Partei nach allen Seiten hin überprüft. Die technische Seite ist vielleicht zu lösen. Man kann sich zu so einer Sammelpartei zusammenschließen, es ist dies aber kein Wahlblock, sondern eine echte neue Partei. Ein wesentlicher Bestandteil dieser neuen Partei ist es, nach der Wahl eine Fraktion zu bilden. Ich vertrat die Ansicht, ein Beschluß müsse vom Landesvorstand bestätigt werden bzw. vom Landesausschuß.

Am 20. Dezember wurde diese Tatsache über den Rundfunk bekanntgegeben und über die Presse. Diesen meinen Standpunkt habe ich sowohl *Hellwege* gegenüber wie auch der CDU gegenüber klar zum Ausdruck gebracht, daß nur ein Landesausschuß der FDP zustimmen könnte. – Auch auf der Kreisebene müßte diese neue Partei gebildet werden, was eine starke Zerlöcherung der Parteien bedeuten würde.

Was aber ist der innere Grund für eine solche Zusammenfassung? *Hellwege* sagt: die Erfassung der Nichtwähler. Wir haben sämtliche Wahlgänge seit 1945 untersucht und festgestellt, daß Wahlblocks immer wieder nur eine erhebliche Schwächung der Parteien bzw. der Partner ergeben haben. Man kann annehmen, daß die Nichtwähler aus den politisch uninteressierten Schichten kommen. Anhänger der profilierten Parteien fühlen sich vor den Kopf gestoßen und bleiben von der Partei weg. Eines muß gesagt sein: In Niedersachsen geht bei der nächsten Wahl die CDU kaputt, weil sie bisher im Kabinett Kopf gesessen hat[7], das sie jetzt bekämpfen will. Hätten wir uns zu der geplanten Partei zusammengeschlossen, dann hätte die katholische CDU die Einheitspartei nicht gewählt, sondern das Zentrum. Durch Fallenlassen der 5%-Klausel ist das für das Zentrum von Vorteil.

50 % unserer Flüchtlinge sind katholisch, unter keinen Umständen hätten diese eine Einheitspartei gewählt, und diese Partei hätte auch nicht die katholischen Wähler auffangen können. Auch die mehr links eingestellten Kreise hätten nicht für diese Partei entschieden, die Flüchtlinge wären zum BHE geschwenkt. Eine Zusammenfassung der drei Parteien hätte höchstens 1,5 ergeben. Gehen die drei Parteien getrennt, so erhalten sie sich ihren alten Wählerstamm und können neue Wähler gewinnen. Es gab nur eine politische Entscheidung: allein gehen. Diese Tatsache war für den Beschluß des Landesausschusses entscheidend. Eine Niederlage der CDU wäre in der neuen Partei nicht zum Ausdruck gekommen, man wollte die FDP – wie ein CDU-Mann

6 Einen Hinweis auf Verhandlungen zwischen den Bonner Koalitionsparteien für ein gemeinsames Vorgehen in Landtagswahlen bereits zu Beginn des Jahres 1950 enthält ein Brief *Hellweges* an *Adenauer* vom 4.(7.)2. 1950. Vgl. U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 310.

7 Die CDU war am 22. 8. 1950 aus der Regierung Kopf ausgeschieden. Vgl. H. POTTHOFF/R. WENZEL, 1983, S. 66.

sagte – abkochen. Man hat uns 21 Mandate zugebilligt, davon sind sieben nicht zu gewinnen, weil es reine SPD-Gebiete sind. Bisher haben wir 13 Mandate, praktisch wäre dann also ein Mandat gewonnen gewesen.

Aber auch die Finanzierung war schwierig. Sie wissen, daß sich Niedersachsen selbst finanziert. Unsere Satzung wurde von Herrn *Fischer*[8] wörtlich abgeschrieben und eine neue Gesellschaft gegründet für alle drei Parteien, sie hieß: „Gesellschaft zur Förderung der freien Marktwirtschaft". Diese Gesellschaft wurde trotz Warnung, bevor die Besprechungen zu Ende waren, am 28. 12. [1950] in Hannover bereits gegründet. Am 8. 1. [1951] sollte der Vorstand ernannt werden. Ich habe für den 7. 1. den Landesausschuß zusammenrufen lassen, und dort hat nach längerer Diskussion der Landesausschuß einstimmig votiert, daß ein Zusammenfassen für eine neue Partei nicht in Frage käme.[9] Am gleichen Tag haben wir in einer Pressekonferenz die gesamte Presse einheitlich informiert.

Trotzdem sind allerhand Gerüchte im Umlauf. Nachdem wir diesen Beschluß gefaßt haben, hat eine unerhörte Hetze seitens der DP gegen uns eingesetzt, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Erpresserbriefe, auch *Seebohm* hat sich eingeschaltet, Industrielle schreiben. Die FDP wird hingestellt, daß es haarsträubend ist. Es handelt sich also hier um eine rein parteiegoistische Maßnahme der DP. Wir legen keinen Wert darauf, eine neue Partei zu gründen, um Herrn *Hellwege* den Gefallen zu tun, Ministerpräsident zu werden. Die wesentlichen Mitglieder des Landesausschusses haben erklärt, wenn Sie, Herr *Stegner,* gewillt sind, in die neue Partei einzutreten, dann bilden wir eine neue FDP. Hier in Bonn kennt man die DP nicht so genau wie wir in Niedersachsen. Im Augenblick kann ich hier nur bitten, uns in dem Kampf, den wir führen müssen, zur Seite zu stehen. In dem Programm heißt es: Wir werden den Marxismus ausrotten, wir werden die Entnazifizierung sofort beenden und gegenteilig wurde abgestimmt. Wir haben in Niedersachsen außer den Parteien, die auch in den anderen Ländern sind, noch viele mehr, und zwar: BHE, Deutsche Soziale Partei, Nationale Rechte, Sozialistische Reichspartei.

BLÜCHER will den Brief *Seebohm*[10] verlesen. STEGNER ist der Meinung, daß vorher noch *Schröder* berichten soll. MIDDELHAUVE ist für sofortiges Vorlesen. Markant sind nur einige Stellen.

EULER: Entweder wird aufgestockt oder nicht. Wenn aufgestockt wird, hat *Seebohm* unrecht.

---

8 Sehr wahrscheinlich ein Hörfehler. Gemeint ist wohl Hans *Tießler,* Vorsitzender der „Gesellschaft zur Förderung der niedersächsischen Wirtschaft".

9 Vgl. hierzu und zum folgenden H. G. MARTEN, 1978, S. 234 ff. Hierin auch im Auszug der Wortlaut des Beschlusses des Landesausschusses.

10 Brief nicht ermittelt. Aus einem Schreiben *Blüchers* an *Stegner* vom 16. 1. 1951 kann jedoch geschlossen werden, daß im Schreiben *Seebohms* dargelegt wurde, „es könnte wahlrechtlich durch die Vereinigung der Parteien [in Niedersachsen] der Gefahr eines großen sozialdemokratischen Erfolges begegnet werden". Diese These versuchte *Hellwege* am 8. 2. 1951 in einem Brief an *Dehler* nochmals ausführlich zu begründen. Beide Briefe in: ADL, N 1 - 2307 (NL Dehler).

STEGNER: Der Beschluß in Niedersachsen lautet: Die FDP bleibt, was sie war und ist. Dieser Beschluß hat durchgeschlagen wie eine Bombe. Die SPD sagt, mit einer Sammelpartei wären wir schnell fertig geworden, die FDP ist aber eine Gefahr. Die SPD hat also unseren Schritt richtig verstanden.

SCHRÖDER: In Niedersachsen haben wir ein Persönlichkeitswahlrecht mit Verhältnisausgleich, es entspricht beinahe dem Bundeswahlrecht.[11] Es werden 64 % der Abgeordneten in direkter Wahl in 95 Wahlkreisen gewählt und 36 % durch den sogenannten Verhältnisausgleich. Gewählt werden 95 in Wahlkreisen und 54 durch Wahlvorschläge. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen von allen Kandidaten erhält. Alle für eine Partei abgegebenen Stimmen gehen zur Landesliste und werden verrechnet, also auch die Stimmen, die zu einem Mandat geführt haben, werden nochmals verrechnet und die Zuteilung erfolgt über die Landesliste. Es genügt eine Anzahl von 10 000 oder 12 000 Stimmen, um ein Mandat zu erringen. In der vorigen Wahl[12] waren es 16 000–17 000 Stimmen, die benötigt wurden. Wenn man nachträglich dividiert, kommt man immer zu dem Ergebnis: 16 304 bis 17 200. Änderung des Wahlrechts: In der Struktur ist das Wahlrecht nicht geändert worden, neu hinzugekommen ist § 13: Eine Partei, die bei Verrechnung auf Landeswahlvorschlag berücksichtigt ist, muß in jedem Wahlkreis einen Bewerber aufstellen, der Mitglied der Partei ist bzw. sein muß. Wahlabkommen zwischen den Parteien werden unmöglich gemacht, da nur eine neue echte Partei auftreten kann. Keine Partei hat in direkter Wahl mehr Mandate bekommen, auch die SPD hat sieben Mandate von der Reserveliste.

Einschränkend muß ich allerdings sagen, daß bei der ursprünglichen Wahl[12] die CDU und die DP in den einzelnen Wahlkreisen nicht gleichmäßig vorgegangen sind. Einen Teil der Wahlkreise haben sie verteilt, entweder DP und CDU, und in einem anderen Teil sind sie getrennt vorgegangen, d. h. sie haben beide in diesen Wahlkreisen Bewerber aufgestellt.[13] Bisher hat also dieses Wahlrecht zu einer absolut gerechten Verteilung der Mandate geführt, daß jede Partei auch die Prozentzahl an Abgeordneten bekommt. Zur Objektivität muß eingeschaltet werden, daß durch das Auftauchen von Herrn *Gericke* und der Deutschen Rechtspartei oder Sozialistischen Reichspartei die Zersplitterung vorwärts getrieben worden ist. Daraus könnte man eine Chance für die SPD machen, die Chance, in dem nächsten Wahlkampf mehr Mandate zu gewinnen.

§ 1 des Landeswahlgesetzes sieht mindestens 149, höchstens aber 158 Abgeordnete vor. Diese Differenz von 149 auf 158, also neun Mandate, ist vorgesehen für den Fall, daß es einer Partei gelingen könnte, mehr Mandate in direkter Wahl, als ihr endgültig zustehen, zu erringen. Das erhöht sich automatisch.

Wenn die SPD in der Lage wäre, fünf Mandate mehr zu erreichen, als ihr zustehen würden, dann würde das den anderen Parteien keinen Schaden machen.

---

11 Zum folgenden ausführlich G. ROTH, 1954, S. 22–25.
12 20. 4. 1947.
13 Vgl. H. MEYN, 1965, S. 17.

Ich persönlich glaube, daß es der SPD in Niedersachsen nicht möglich sein kann und wird, mehr als fünf Mandate mehr zu erobern, als ihr zustehen. Deshalb stelle ich die Frage, zwingt uns dieses Wahlrecht zur Aufgabe der Freien Demokratischen Partei, zwingt uns dieses Wahlrecht hinsichtlich der Zielsetzung, die Vorherrschaft der SPD zu brechen, dazu? Nein, dieses Wahlrecht zwingt keineswegs zu jenem gewaltigen Opfer, die Partei aufzugeben, denn der erzielte Gewinn, der daraus kommen würde, steht in keinem Verhältnis dazu. Es ist vollkommen falsch zu glauben, daß man nur die Stimmen von CDU und DP und FDP zusammenzuzählen braucht. Wir haben das in unserem Landesausschuß eingehend besprochen, und es kann kein Zweifel sein, daß niemals diese Stimmenzahl herausspringen würde. Ich selbst bin der Meinung. Ich bin der Meinung, selbst wenn es der SPD möglich wäre, fünf Stimmen mehr zu bekommen, hat sie auch dann noch keine Mehrheit. Schlimmstenfalls würden 75 Mandaten der linken Seite 79 Mandate der anderen gegenüberstehen.[14]

Wenn wir zusammengehen, dann würde uns ein großer Teil nicht wählen. Es ist überzeugend nachgewiesen, daß die junge Generation, die neue Jugend die so zusammengewürfelte Partei nicht wählen würde und auch die Flüchtlingsvertreter diesen Mischmasch nicht mitmachen würden. Unter keinen Umständen würden sie eine solche Partei wählen, wenn schon, dann FDP. Selbstverständlich halte ich, um zum Ziele „Brechung der Mehrheit der SPD" zu gelangen, einen gewaltigen Wahlkampf innerhalb der FDP für erforderlich, so daß es ihr möglich sein müßte, acht Mandate in direkter Wahl zu erringen. Die beiden, die wir bisher schon haben und noch sechs weitere Wahlkreise dazu. Sechs Wahlkreise, die von uns, von der FDP aus eigener Kraft zu gewinnen wären. Ob CDU und DP gemeinsam gehen, ist nicht wesentlich. Wer allerdings denkt, daß sie zusammengehen, wird unserem Kampf keinen Abbruch tun. Man müßte mit den Herren der DP und CDU eine Abmachung machen, indem man sagt, die DP und CDU können zusammengehen, daß sie aber die FDP getrennt gehen lassen sollen. Sie können überzeugt sein, wenn wir diese Gestaltung wählen, die der Landesausschuß beschlossen hat, daß wir dann nicht nur unserer Partei, sondern dem Land Niedersachsen und Deutschland am besten dienen.

STEGNER: Wir werden so vorgehen, daß wir nicht nur 95[15] Kandidaten und Stellvertreter vorschlagen, sondern wir werden die gesamten Vorschläge 95[15] plus Vertreter bei den Wahlleitern einreichen. Die letzte Frage ist das Ziel unserer organisatorischen Tätigkeit in den letzten eineinhalb Jahren gewesen. Es wird immer gesagt, die SPD bekommt die absolute Mehrheit. In Niedersachsen ist nicht damit zu rechnen.

Stellen Sie sich vor, die SPD würde 55 + 10 bekommen, dann hätten sie 65, dazu noch einige Mandate von der Reserveliste würden sie bekommen können.

---

14 In der Wahl am 6. 5. 1951 entfielen auf CDU und DP, zusammengefaßt in der Niederdeutschen Union 35, den BHE 21, die FDP 12, das Zentrum 4, die SPD 64 und die KPD 6 Mandate. STATISTISCHE BERICHTE, 1957, S. 9.

15 In der Vorlage irrtümlich „96".

Nehmen wir an, sie bekommt anstatt 55 75, dann erst ist die Grenze erreicht. Die SPD müßte also um 20 direkte Wahlkreise erhöht werden. Das ist nach den bisherigen Verhältnissen vollkommen ausgeschlossen, und damit sind auch alle Behauptungen des Herrn *Seebohm* hinfällig.

Dr. RECHENBERG: Was mir nicht gefällt, ist, daß gewisse Kreise dafür Sorge tragen wollten, daß die Wirtschaft sämtliche Gelder für die FDP sperren würde. Das ist grotesk, als wir uns gerade überlegt haben, ob wir nicht durch uns an die Wirtschaft herantreten [mit der Frage], wollt Ihr nicht endlich dieser Bande von der CDU die Gelder sperren?

Ich glaube, daß man nicht erwarten braucht, daß die bisherigen Wahlen zugunsten der SPD sich weiter fortsetzen werden. Bis zum nächsten Mai ist wieder eine lange Zeit vergangen. Bis dahin ist klar geworden, daß der Kanzler in Wirklichkeit dieselbe Linie vertritt wie *Schumacher*. Sehr bedauert habe ich die Möglichkeit, die da war, *Schumacher* zu isolieren in seiner Ablehnung, einzugehen auf den *Grotewohl*-Brief.[16] Das ist leider nicht ausgelöst worden durch die Antwort auf den *Grotewohl*-Brief.[17] Wir müssen und wir können bei irgendeiner vernünftigen Gelegenheit zurückschlagen. Vielleicht haben wir bis Mai aus der Reaktion auf den *Grotewohl*-Brief noch die Möglichkeit, die Schuld an der Entwicklung auf die SPD abzuwälzen. Man sollte die Hoffnung nicht aufgeben, bis dahin ein Mittel gefunden zu haben, die Sozialdemokratie zu schlagen.

EULER: Ich glaube, es braucht über den Versuch, in Niedersachsen drei Parteien zusammenzuschweißen, nicht gesprochen zu werden. Das Wahlgesetz nötigt nicht zu einer derartigen Maßnahme, die nur gerechtfertigt werden könnte, wenn vom Wahlgesetz ein Zwang ausgeübt würde. Diese Voraussetzung besteht nicht. Im übrigen kann ich nur sagen, daß schon ein Wahlbündnis mit der CDU in Niedersachsen wahrscheinlich ebenso unmöglich wäre in Anbetracht der Einstellung der Wähler. Wir haben auch in Hessen geprüft, ob man nicht mit Rücksicht auf unser Wahlgesetz es für richtig befunden hätte, mit der hessischen CDU zusammenzugehen. Das wäre aber in Hessen unmöglich gewesen, weil man dann nicht gegen die Sozialdemokratie zu Felde stehen kann.[18] Wir haben noch zu prüfen, hätte nicht vielleicht eine Kombination mit der DP gewisse Erfolgsaussichten für den Fall, daß sie bereit wäre, von ihrer bisherigen Linie abzugehen, weil ich der Auffassung bin, daß wir den Versuch machen sollten, die DP mehr an uns heranzuziehen statt sie der CDU zu überlassen. Ich weiß auch, daß die DP heute eigentlich reuig ist, denn sie sieht ein,

16 *Grotewohl* an *Adenauer* vom 30. 11. 1950, in dem Maßnahmen für eine Einigung Deutschlands vorgeschlagen wurden. AdG 1950, S. 2699 B; K. ADENAUER, Bd. 2, 1966, S. 33 f. Zu den Beratungen im Kabinett hierüber KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 879 und 914, sowie KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 44, 60 und 69 f. Zur Reaktion und den Erwägungen *Adenauers* auch TEEGESPRÄCHE, 1984, S. 27 ff.

17 Sie erfolgte in einer Pressekonferenz von *Adenauer* und *Kaiser* am 15. 1. 1951. AdG 1951, S. 2773 A. Vgl. K. ADENAUER, Bd. 2, 1966, S. 38 ff.

18 Bezieht sich darauf, daß in Hessen CDU und SPD bis zum 9. 1. 1951 gemeinsam eine Koalitionsregierung gebildet hatten. A. C. STORBECK, 1970, S. 210.

daß sie sich auf die CDU eingestellt und uns vernachlässigt hat, und nun möchte sie den Fehler rückgängig machen.

STEGNER: Das ist aus den verschiedensten Dingen heraus sehr schwierig. Wir müßten auch mit der DP eine neue Partei gründen. Das ist im Effekt schwach, und es wäre falsch, in eine solche Koalition hineinzugehen. Zweitens bietet uns die DP keine Wähler. Drittens war ich erschrocken, wie weit die DP Zentrumsgedankengut hat. Sie wissen, daß das Zentrum in Niedersachsen sehr erhebliche Blütezeiten erlebt hat, und wissen, daß sich dies auch sehr stark auswirkte. Z. B. gingen sie unter keinen Umständen von der Forderung der Konfessionsschule ab.[19] Ich habe trotzdem durchgehalten. Wir haben aber noch eine Reihe von Dingen. Es kommt hinzu der starke Föderalismus, der uns als Freie Demokraten das Zusammensein mit der DP unmöglich macht. Wenn auch die DP anscheinend wirtschaftspolitisch auf derselben Ebene steht, zeigt doch das Verhalten, daß es ihr darum nicht sehr ernst ist. Herr *Kuhlemann* hat erklärt, man würde uns den Hals abdrehen. Herr *Seebohm* schreibt an mehr als 30 Industrielle und bekennt vor der FDP, wir kommen alle schlecht weg, das zeigt, daß ein innerer Riß da ist.

Ich darf hier sagen, daß Sie *(Blücher)* bei den Erwägungen der DP schon eine Rolle spielen. Ich habe herausgehört, man will Sie *[Blücher]* nicht als Außenminister haben. Diese Dinge haben gesamtpolitischen Wert. All diese Dinge zwingen uns, den Schritt zu tun, den wir getan haben. Wir können Sie nur um eins bitten, geben Sie eine Erklärung ab nach der wirtschaftspolitischen Seite. Dann werden wir unsere Position festigen. Ich habe die 30 wichtigsten Leute der Industrie zu einer Kuratoriumsgesellschaft zusammengerufen. Wir haben in dieser Hinsicht nichts versäumt, um alles Nötige zu veranlassen, und ich bin überzeugt, daß man relativ schnell davon überzeugt sein wird, daß wir uns auf der richtigen Linie befinden.

Noch ein Letztes. Wenn Herr *Hellwege* und [Herr] *Seebohm* ihre Erklärungen in aller Form zurückziehen, bin ich zu einem Schritt mit der DP bereit. Aber Voraussetzung ist die Zurückziehung der *Seebohm*schen und *Hellwege*schen Erklärung. Wenn sie das tun, wollen wir Kavalier sein und einen anständigen Wahlkampf führen. Ich habe den Herren von der DP gesagt, auf jeden Schlag, den Ihr uns versetzt, bekommt Ihr zwei Schläge zurück.

BLÜCHER: Ich habe gleich zu Beginn des heutigen Nachmittags das eine grundsätzlich ausgeführt, daß es niemals politisch gut, sondern, wenn irgend möglich, absolut richtig ist, allein zu gehen. Wir haben so viele Erfahrungen im Norden, in der Mitte, im Süden. Ich möchte dies ausdrücklich sagen und auch an diesen Richtlinien festhalten. Wo immer die Möglichkeit gegeben ist, allein zu gehen, eisern allein, desto größer ist die Anziehungskraft. Eine einzige Aufgabe ist für uns – was wir auch am vorigen Montag klar gesagt haben –, ist die Frage des Wahlrechts. Nur wenn das Wahlrecht uns in die Lage bringt, koalieren zu müssen, koalieren oder fusionieren wir. Ich glaube, daß diese Frage

19 Gemeint sind CDU und DP. Vgl. zum Vorwurf an diese beiden Parteien in der Frage der Konfessionsschule H. G. MARTEN, 1978, S. 236.

nach der Wahlrechtsdebatte und nach der anschließenden Debatte darüber geklärt ist und daß es heute abend zu einer Verlautbarung kommen wird, wonach der Gesamtvorstand der Partei in Kenntnis aller Beweggründe des Landesverbandes Niedersachsen der FDP diesen Landesausschuß-Beschluß ausdrücklich anerkennt. Lassen Sie mich noch ein Weiteres gleich sagen. Das ist für unsere süddeutschen Freunde bestimmt, über das Verhältnis der DP/FDP in Niedersachsen.

Ich habe die Aufgabe, aber auch die Mühe gehabt, seitdem es eine FDP im Wirtschaftsrat schon gab, Vorsitzender der FDP zu sein. Ein Teil der Kollegen sitzt auch hier. Wenn wir politischen Unfug machen wollten, dann [den], im niedersächsischen Raum mit der DP zusammengehen. Das ist ganz und gar unmöglich. Wer damals die Zeit mitgemacht hat, weiß, daß das nicht geht.[20]

Nun noch eins. Das ist die Abwehr in dem gegen uns entfesselten Kampf. Ich habe schon einleitend gesagt, wenn wir nach Prüfung des Wahlrechts dazu kommen, daß wir den Beschlüssen Niedersachsens beipflichten, dann ist es unsere Aufgabe, nunmehr die gegen uns entfesselte Propaganda zu beantworten. Da hätte ich den einen Wunsch: Ich würde Wert darauf legen, wenn mir unter Darlegung der wahlrechtlichen und numerischen Verhältnisse ein Briefentwurf hereingegeben würde, den ich dann überarbeiten und meinerseits zentral an alle die Leute richten werde, die wahrscheinlich Herr *Seebohm* angeschrieben hat. Das Zweite wäre, daß wir eine sehr interessante Arbeit auswerten, die Dr. *Middelhauve* nach meiner Erinnerung veranlaßt hat, und zwar etwa im Juli 1950[21], eine Berechnung, was hat das Zusammengehen gebracht oder gekostet. Das sollten wir wirklich als Material für uns da haben, weil man immer wieder auch die Beweise führen soll, daß wertvolle Wähler eine klare Partei wählen!

Wir sollten das für uns als Handmaterial nehmen. Jetzt kommt das Allgemeine, und ich nehme an, wir werden heute Zeit haben, darauf noch zu kommen, indem wir doch noch politische Berichte entgegennehmen für unsere Freunde, die nicht im Bundestag sitzen und hier die Gelegenheit wahrnehmen, über die Gesamtlage unterrichtet zu werden. Das ist die allgemeine politische Frage. Es ist doch nun mal so, daß bewußt oder unbewußt sowohl *Schumacher* wie *Adenauer* die klassischen Erben der Gesinnung der Hitlerzeit sind, also als klassische Machtpolitiker, die auch hier bei der Bundesregierung nicht die demokratischen Grundsätze machen, sondern versuchen, alles andere zu überfahren. Wir sollten uns doch auch ein anderes noch überlegen, nämlich eine sehr detaillierte Darstellung des gesamten Sachverhaltes, die wir aus dokumentarischen Gründen vorbereiten, genau wie wir zu dritt gemacht haben die Schrift

20 Diese Ausführungen beziehen sich darauf, daß im bizonalen Wirtschaftsrat FDP und DP eine Fraktionsgemeinschaft gebildet hatten.

21 Rundschreiben des Landesverbandes NRW Nr. 39/50 vom 28. 6. 1950 betr. Landtagswahlergebnisse. Angefügt war diesem Rundschreiben „das Ergebnis über die Auswirkung des Wahlbündnisses mit der CDU [...], das nur zum vertraulichen Dienstgebrauch bestimmt" war. FDP-Landesgeschäftsstelle NRW, Akten des FDP-LV NRW.

über unser Austreten aus der Regierung Nordrhein-Westfalen.[22] Wir sollten sie aber vorher mit einem ganz formellen Anschreiben dem Herrn Bundeskanzler übergeben und dem Vorsitzenden der DP. Man muß eine historische Dokumentation schaffen. Das sind einige Anregungen, mit denen ich die Aussprache eröffnen möchte.

1. Einen Brief, wo ich mir eine Adressenliste überlege und [den] ich den Leuten schreibe. *Stegner* will sie ergänzen nach seinen Unterrichtungen.

2. Zu unserer eigenen Information die Berechnung von Dr. *Middelhauve* zu haben.

3. Eine zusammenfassende Darstellung, daß wir nicht gewillt sind, eine Unklarheit aufkommen zu lassen.

Es wäre doch vielleicht im ganzen zu überlegen, daß dies jetzt noch in der Diskussion vorgetragen wird, um nun nach außen hin diese Frage eindeutig zu klären.

Ich nehme an, daß Sie mit mir einverstanden sind, daß wir den Punkt beenden und als abgeschlossen betrachten. Ich stelle fest, daß kein Widerspruch erfolgt. Es müßte dann die Entschließung formuliert werden:

[. . .][23]

[VERHÄLTNIS VON BUNDESPARTEI UND LANDESVERBÄNDEN]

SCHÄFER: Ich möchte feststellen, daß wir heute erstmalig im Gesamtvorstand eine Entscheidung für einen Landesverband getroffen haben. Bisher haben die Landesverbände dies in ihrer Wahlstrategie gemacht. Ich bin der Meinung, daß es gut ist, daß wir feststellen, daß tatsächlich die Strategie des Wahlkampfes und der Propaganda in den einzelnen Landesverbänden Angelegenheit des Gesamtvorstandes ist. Ich möchte grundsätzlich betonen, daß wir daran immer anknüpfen.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich will solidarisch erklären, daß das heutige Ergebnis wertvoll [ist] und selbstverständlich sein sollte, daß irgendwelche wichtigen politischen Entscheidungen unter allen Umständen im Zentralvorstand besprochen werden müssen und nicht in den Ländern. Es war mein Anliegen, daß ich vortragen wollte, daß wir sehr viel stärker die zentrale Führung der Partei empfinden und gestalten müssen, als das in den letzten eineinhalb Jahren der Fall war. Darüber zu sprechen, scheint mir ebenso notwendig zu sein, wie das Zusammenwachsen der Landesverbände zu einer Gesamtpartei doch unser größtes Anliegen gewesen ist in dem Augenblick, als wir uns in Heppenheim zusammengefunden haben. Wir haben den Eindruck gehabt, daß mit der Bildung der Bundestagsfraktion sehr stark die politische Situation sich verlagert

22 Bezieht sich auf das Ausscheiden der FDP aus der Landesregierung nach den Landtagswahlen vom 20. 4. 1947. Grund für das Ausscheiden war die Ablehnung jeglicher Sozialisierung durch die FDP. Vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 242, und D. HÜWEL, 1980, S. 112–115. Die erwähnte Schrift wurde nicht ermittelt.

23 In der Vorlage an dieser Stelle Text der Entschließung, siehe Anm. 37.

hat auf die Bundestagsfraktion. Wie ist es dazu gekommen? Dadurch, daß die führenden Exponenten der Partei in die Bundesregierung gekommen sind. Das ist nicht nur in unserer Partei so, das ist in jeder anderen Partei ebenso. Als ich im August vergangenen Jahres mit einem Parteivorsitzenden einer anderen Partei sprach, hat der Betreffende mir erklärt: „Ich glaube, es wird Zeit, daß ich mich mehr um die Partei kümmere, selbst wenn mein politisches Amt darunter zurücktritt." Bei dieser guten Absicht ist es dann geblieben, die Absichten des Parteivorsitzenden der anderen Partei konnten in keiner Weise durchgeführt werden. Ich bin froh, daß wir uns heute hier zum zweiten Mal im Gesamtvorstand wiedersehen, und möchte zunächst einmal, was den Ablauf der Zusammenarbeit betrifft, den Antrag stellen, daß der Parteivorsitzende verpflichtet wird, monatlich einmal den geschäftsführenden Vorstand zusammenzurufen. Ich glaube, daß dort eine Reihe von wichtigen Dingen besprochen werden könnte, die wirklich notwendig wären. Ich habe den Eindruck, daß der Gesamtvorstand der FDP, die sich doch inzwischen als die drittgrößte Partei entwickelt hat, zu wenig in Erscheinung tritt. Ich denke an eine Stellungnahme durch den Parteivorstand zu der unglaublichen Streikandrohung der Gewerkschaften, an die Frage des Mitbestimmungsrechts.[24] Eine klare und schnelle entscheidende Stellungnahme der Partei ist offiziell notwendig, aber nur möglich, wenn die Parteiführung stärker in Erscheinung tritt und sich die notwendige Geltung als das oberste Organ verschafft. Deswegen bin ich Herrn Hermann *Schäfer* dankbar, daß er mir die Möglichkeit gegeben hat, dies sehr eindeutig herauszustellen.

EULER: Noch wichtiger als der Wahlkampf ist m. E. das Eingreifen der Gesamtpartei und die Geltendmachung bei der Koalitionsbildung. Eine Koalition bestimmt über vier Jahre. Vielleicht wäre es möglich gewesen, durch eine stärkere Einflußnahme vom Vorstand aus in Württemberg-Baden eine Dreier-Koalition zustande zu bringen.[25] Wenn an der bisherigen Koalition nichts geändert worden wäre, so wäre das ein begrüßenswerter Zustand gewesen.

[REGIERUNGSBILDUNGEN IN WÜRTTEMBERG-BADEN UND IN BERLIN]

MAYER: In Württemberg-Baden ist durch das Versagen der CDU die Situation eingetreten, daß die SPD von 100 % Einfluß 55 % erhalten hat und wir 45 %.[26] Mir scheint dieser Zustand für unsere Partei wie für die gesamtdeut-

24 Bezieht sich auf den Beschluß der IG Metall von Anfang Januar 1951, ab 1. 2. 1951 in den Werken der eisenschaffenden und stahlerzeugenden Industrie die Arbeit niederzulegen, „falls nicht bis zu diesem Zeitpunkt eine den gewerkschaftlichen Forderungen entsprechende Regelung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer" in der Montanindustrie erfolgt sei. MONTANMITBESTIMMUNG, 1984, S. 195 f.

25 In Württemberg-Baden existierte seit dem 15. 1. 1951 eine Regierung aus DVP und SPD unter Reinhold *Maier*. A. C. STORBECK, 1970, S. 86. Vgl. R. MAIER, 1966, S. 313 ff. Die CDU, die bis zu diesem Datum der Landesregierung angehört hatte, war infolge hoher Stimmenverluste in der Landtagswahl am 19. 11. 1950 nicht mehr bereit, sich an der Koalition zu beteiligen. Wilhelm HOFMANN, Die Zeit der Regierungsbeteiligung, in: P. ROTHMUND/G. R. WIEHN, 1979, S. 261.

26 In der Landtagswahl am 19. 11. 1950 waren auf die SPD 33 % entfallen und auf die DVP 21 %

sche Politik viel zuträglicher wie der Zustand in Hessen, wo die SPD jetzt 100 % Einfluß hat.[27] Der Vorstand hat sich im Plenum und in Einzelgesprächen mit der Situation befaßt. Von Anfang an war sie dadurch gekennzeichnet, daß zwei von den drei Koalitionsparteien leider die Fortsetzung wollten und daß die CDU – verärgert durch kleine Dinge – versagte. Ich bin gleich zu *Adenauer* gegangen und habe mich der Unterstützung *Wellhausens* versichert. Wir haben aufmerksam gemacht, daß das Verhalten der Partei nicht nur für das Land Folgen hat, sondern auch für die gesamte deutsche Politik, und daß wir glauben, daß Rückwirkungen in Bayern und in Berlin eintreten werden. Wir sind geschieden mit der Abrede, wir sind uns einig, es gehen entweder beide Bonner Koalitionsparteien in eine Koalition im Lande, oder es geht keine hinein. In diesem Sinne wollte er wirken. Er hat mir dann geschrieben, er habe leider nichts erreicht.[28]

Ich habe Zeitungsartikel geschrieben, Interviews gegeben – was ich sonst nie tue – und habe darauf hingewiesen, daß die CDU die Verantwortung trägt. *Adenauer* hat mir nochmals versprochen, er wird alles tun, was möglich ist. Fünf Wochen lang habe ich endgültige Entschlüsse zurückgehalten, wir haben Ausreden geschaffen. Als es nicht mehr anders zu machen war, haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, an unserem Willen zur großen Koalition dürfte niemals gezweifelt werden. Der Zweifel wurde hier in der Fraktion laut, sonst hat niemand die Pressemeldungen geglaubt. Als es dann soweit war, daß der Kanzler in einem zweiten Brief festgestellt hatte, daß er nicht auf seine Partei einwirken könne[29] und auch machtlos in Bayern war, wo man lieber mit dem BHE ging[30], erst dann haben wir erklärt, daß es nicht so weiter gehen kann: Als wir vor der Staatskrise standen, blieb uns keine andere Wahl und Möglichkeit mehr. Wenn ich die Dinge politisch ansehe, mir die Situation von beiden Gesichtspunkten vergegenwärtige, ist diese Partnerschaft viel ungefährlicher und sauberer als mit der CDU.

Adenauer sagte mir ja auch, seine Partei sei dort unten so wenig wert, soll sie in der Opposition bleiben, um sich zu regenerieren. Sie fürchtet, an der Frage des Südweststaates zu zerbrechen. Darüber war einfach nicht hinauszukommen. Wir werden aber dort unten auch ohne CDU unsere Linie halten. Die SPD hat mit einer Zusage begonnen: „Wir wissen, daß Sie in Bonn in der Koalition sind, wir haben dafür Verständnis, wir werden Ihre Notwendigkeiten respektieren." Tut sie das nicht, dann wird für uns eine neue Situation gegeben

(CDU = 26,3 %, BHE = 14,7 %). Damit erhielt die SPD 34 Mandate und die DVP 22. Statistische Berichte, 1957, S. 6–9. Im Kabinett stellte die SPD fünf Minister und die DVP vier (einschließlich Ministerpräsident). A. C. Storbeck, 1970, S. 86.

27 In Hessen gab es seit dem 10. 1. 1951 eine Alleinregierung der SPD unter Georg-August *Zinn*. Ebd., S. 210 f.

28 *Adenauer* an *Mayer* vom 15. 12. 1950, abgedruckt in: Adenauer. Briefe 1949–1951, 1985, S. 327.

29 *Adenauer* an *Mayer* vom 2. 1. 1951, abgedruckt in: ebd., S. 336 f.

30 Bildung einer Landesregierung aus CSU, SPD und BHE am 18. 12. 1950, A. C. Storbeck, 1970, S. 104 f.

sein. Bis dahin wird die CDU erfahren haben, daß es ohne sie nicht nur genauso, sondern besser geht.

BLÜCHER: Die Frage des Südweststaates überschattet das Ganze.

WILDERMUTH: Ich habe mich viel um die Dinge bemüht und mich in langen Gesprächen mit unseren Freunden überzeugen lassen müssen, daß es eine andere Lösung nicht mehr gab. Wir haben dort unten eine CDU, die von Ernst *Mayer* ganz richtig als „Heiligenpfleger" bezeichnet wird. Mit den Leuten kann man nichts anfangen.

SCHWENNICKE berichtet über den Wahlkampf in Berlin und führt u. a. aus: Der Kampf wurde eindeutig von zwei Lagern aus geführt: FDP-CDU auf der einen Seite, SPD auf der anderen. Das Ergebnis war eine klare Niederlage der SPD.[31] In weiten Kreisen der Bevölkerung wurde laut, daß nun eine nichtsozialistische Regierung in Berlin zustande käme. Die SPD in Berlin ist keine einheitliche Partei, sie besteht aus zwei Lagern: *Reuter* und *Neumann (Schumacher).* Nach der Wahl haben wir unsere Aufgabe darin gesehen, den Versuch einer großen Koalition mit *Reuter* zu machen. Diese Bemühungen hatten erfreulichen Verlauf genommen, wir hatten uns in maßgebenden Fragen weitgehend geeinigt. Die Dinge haben sich aber dann zunehmend verhärtet, als der Neumann-Flügel mit bestimmten Machtansprüchen kam. Es ist nicht nachgewiesen, daß diese Zuspitzung, die von *Neumann* in die Dinge hineingetragen wurde, durch *Schumacher* kam, da er kein Interesse an einer großen Koalition hat. Die Plattform der nichtsozialistischen Parteien ist schwach, damit kommt dann die Welle wieder zurück zur SPD. Wir haben uns dann um die Möglichkeit bemüht, eine kleine Koalition zu bilden. Es sind eine Reihe taktischer Ungeschicklichkeiten begangen worden. Die CDU hat sich ungeschickt und töricht verhalten. Anerbieten der SPD, mit uns ohne CDU eine Koalition zu bilden, wobei wir acht Sitze bekommen sollten. Eine solche Haltung wäre aber gegenüber der Wählerschaft schwer vertretbar gewesen.

Es kam dann zu der Wahl des Bürgermeisters mit Stimmengleichheit[32], wobei zwei Stimmen aus dem bürgerlichen Lager *Reuter* gewählt hatten, und zwar CDU-Leute. Es ist nachgewiesen, daß es nicht unsere Leute waren. Dieses Wahlergebnis ist aber insoweit begrüßenswert, da es eine Niederlage des Neumann-Flügels mit sich gebracht hat. Die SPD ist einigermaßen mattgesetzt. Die weitere Entwicklung war dann so, daß unsererseits nochmals ein Vermittlungsvorschlag gemacht wurde, der dazu geführt hat, daß eine Besprechung zwischen *Reuter, Neumann* und mir stattgefunden hat und die große Koalition wieder in Erwägung gezogen wurde. Es besteht auch Aussicht, daß doch noch die große Koalition in Berlin zustande kommt.[33] Dann würde eine Niederlage des Herrn *Schumacher* in Erscheinung treten.

---

31 In der Wahl am 3. 12. 1950 war die Stimmenzahl der SPD gegenüber der voraufgegangenen Wahl am 20. 10. 1946 von 48,7 % auf 44,7 % zurückgegangen. STATISTISCHE BERICHTE, 1957, S. 6.

32 Am 12. 1. 1951, AdG 1951, S. 2771 A.

33 Am 18. 1. 1951 wurde *Reuter* im Berliner Abgeordnetenhaus mit Mehrheit zum Regierenden Bürgermeister gewählt. AdG 1951, S. 2780 A. Er bildete am 1. 2. 1951 eine große Koalition,

[VERHÄLTNIS VON BUNDESPARTEI UND LANDESVERBÄNDEN]

MIDDELHAUVE: Das Problem einer inneren staatlichen Neuordnung – dieses Wort tut mir schon weh – scheint wirklich ein wesentliches Thema zu sein, das wir einmal hier erörtern müssen, um zu politischen Konzeptionen und Vorschlägen zu kommen.

BLÜCHER: Es wird in der Tat notwendig sein, wenn wir die Südweststaatgeschichte durchexerziert haben, diese Frage der übrigen Neuordnung durchaus eingehend zu prüfen. Es ist möglich, daß wir zu bestimmten Zwischenformen oder neuartigen Regelungen kommen. Ich kann mir vorstellen, daß ein derartiger Gedanke gleichwohl nicht ein totales Niederwälzen der Hansestädte zu bedeuten hätte. Ich darf Sie erinnern an die Frage der Kriegsopferversorgung. Soviel ich weiß, geht gerade von Bremen die Ansicht aus, daß diese Stadt nun eine eigene Gesamtsituation haben müßte nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz.[34] Das geht jedoch nach meinem Geschmack ins Groteske. Das würde bedeuten, daß in Zukunft überall da, wo große staatliche Auftragsverwaltungen ins Leben gerufen werden, jeweils der ganze Apparat in Bewegung gesetzt werden müßte.

OELLERS: Ich glaube, wir haben uns vom Ausgangspunkt entfernt. *Schäfer* hat damit angefangen, daß er sagte, wir müssen die Gesamtpartei bei Entschließungen der Landesverbände stärker einschalten. Das ist zweifellos richtig. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß nach dem augenblicklichen Stand unserer Satzungen dies leider satzungsgemäß nicht so ohne weiteres geht. Möglicherweise müssen wir eine Satzungsänderung anstreben, die dahin geht, daß wichtige Entscheidungen oder Koalitionen entweder die Zustimmung oder das Votum des Gesamtvorstandes haben. Wir müssen diese Dinge überlegen und für den Parteitag eine Satzungsänderung vorschlagen.

BEZOLD: Bedeutet das, daß der Wille sich auch dadurch ausdrückt, daß er in der finanziellen Unterstützung zum Ausdruck kommt?

BLÜCHER: Diese Äußerung ist interessant. Ich glaube aber, wenn wir den Gesamtstatus der Partei nehmen, daß sich dann daraus ergibt, daß die Zentrale der Gläubiger und die Landesverbände die Schuldner sind.

Ich darf nun die Debatte zusammenfassen:

Einmal stelle ich den Antrag Dr. *Middelhauve* zur Abstimmung, der besagt, daß der Vorsitzende gehalten sein soll, allmonatlich eine Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes zu berufen. Wird dazu das Wort gewünscht? Der Antrag gilt als angenommen.

---

der sechs SPD-Politiker, fünf CDU-Politiker und fünf FDP-Politiker angehörten. A. C. STORBECK, 1970, S. 138.

34 Bezieht sich auf § 1 des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung der Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung. Hierin war im Entwurf der Bundesregierung festgelegt, daß Länder mit weniger als zwei Millionen Einwohnern keine selbständigen Landesversorgungsämter zu errichten, sondern dies mit einem oder mehreren Nachbarländern gemeinsam zu tun hatten. Dies wurde als zwingende Vorschrift vom Bundesrat abgelehnt. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 8, Drucks. Nr. 1729.

Zweitens: *Oellers* stellt den Antrag, daß für die nächste Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes die notwendigen Unterlagen geschaffen werden, um an die Landesverbände mit bestimmten Vorschlägen für eine Satzungsänderung heranzutreten.

Ich habe nicht ohne Grund heute nachmittag bei meinen einleitenden Ausführungen auf einen wesentlichen Tatbestand hingewiesen, daß alles, was früher zur Satzung geführt hat, verändert ist, und zwar durch den Bundesrat und durch die Rechtsstellung der Bundesratsmitglieder, dadurch, daß die Beauftragung, die Personenwahl und der Inhalt der Aufträge, die die Bundesratsmitglieder empfangen, abhängig gemacht wird von etwaigen Wahlbündnissen, von der Regierungszusammensetzung. Hier ist ein Zusammenhang zwischen Gesamtpolitik und den Wahlen zu den Landtagen und den Koalitionsbildungen in den einzelnen Ländern und Staaten gegeben. Infolgedessen erscheint eine solche Satzungs[änderung] zwingend notwendig, aber ob sie notwendig wird oder nicht, wird im Vorstand der Landesverbände diskutiert werden. Wir müssen aber von seiten des geschäftsführenden Vorstandes den Landesverbänden Vorlagen mit entsprechender Begründung zuleiten.

RADEMACHER: Bei der Vorlage für die Landesverbände müssen wir vorsichtig sein. Ich glaube, wir haben heute den Beweis, daß, wenn ein Landesverband das richtige Fingerspitzengefühl hat, kommen die Dinge sowieso vor den Vorstand. Ich glaube, daß es durchaus genügen würde zu sagen, daß bei grundsätzlichen Entscheidungen wie Wahlbündnissen, Regierungskoalition[en] diese Dinge vertrauensvoll zusammen mit dem Vorstand zu beraten [sind]. Ich möchte dringend bitten, den Bogen nicht zu überspannen. Ich möchte noch sagen, daß ich mich noch des vorjährigen Parteitages erinnere. Ich glaube, es war die Frage umstritten, wieviele Delegierte hat ein Landesverband zu stellen und sind die Delegierten auch entsprechend dem Kräfteverhältnis gerechnet. Ich glaube, in dieser Beziehung müßte auch für den nächsten Parteitag Klarheit bestehen.

SCHWENNICKE: Ich habe den Eindruck, wir haben manchmal Angst vor uns selbst. Ich glaube, die Tendenz zum Ausbrechen ist viel stärker als die Tendenz zum Zusammenhalten. Immer wird es Außenseiter geben, die meinen, daß die örtlichen Belange wichtig sind. Je stärker die Partei im gesamtdeutschen Rahmen wird, je mehr können wir es uns nicht leisten, dorthin zu kommen, wo die CDU hingekommen ist. Das, was hier von strafferer Ordnung gesagt worden ist, ist auch durchführbar. Man muß sich über einzelne Grundlinie[n] klar sein, z. B. ob man in einem Land die große Koalition machen will oder nicht oder in der Frage der Wahlbündnisse. Der Fall Berlin ist ein gutes Beispiel, daß die Dinge auch bei großer Entfernung gehen. Es sind eine Anzahl Gespräche geführt worden, wir haben uns darüber abgestimmt, das geht und das geht nicht. Gar so schwierig ist das nicht. Ich glaube, *Oellers* hat völlig recht, die Satzungen müssen revidiert werden. Überall meint das Parteivolk, daß es in seinen Rechten geschmälert wird, wenn der Gesamtparteivorstand etwas festlegt. Dieser Tendenz entgegenzuwirken, scheint mir eine absolute Notwendigkeit, wenn wir nicht in ein bis zwei Jahren so dastehen wollen wie

die CDU. Wer einen Landesverband zu führen hat, weiß, wie schwierig es ist, alle zusammenzuhalten.

RECHENBERG unterstreicht die Worte *Schwennickes* und meint, daß möglichst ein moralischer Druck auf die Leute auszuüben ist. Wenn wir mit Vorschlägen kommen, werden sie nicht angenommen. Oft will ja die Fraktion auch nicht das, was der Landesvorstand will.

MAYER: Es ist ein Unterschied zwischen Wahlbündnis und Koalition. Das Wahlbündnis wird von einem Parteigremium geschlossen, die Fraktion ist von den Satzungen der Partei unabhängig. Das muß bei der Überarbeitung der Satzungen beachtet werden. Es wäre das alles schon in Angriff genommen worden, wenn die Frage einer gerechten Stimmrechtsverteilung nicht immer wieder auftauchte. Es wäre sinnvoll, wenn für jedes Mitglied DM 5,– an die Gesamtpartei abgeführt würden, dann bestünde ein Anreiz, den Erfolg der Arbeit zu bewerten, z. B. auf 10 000 erreichte Stimmen einen Delegierten zu bestimmen.[35] Aber auch das wird wieder brüchig. Denken wir nur an Hessen, wie wird das dort jetzt?[36] Ein Wahlbündnis; kann es nun die erreichten Stimmen in Anspruch nehmen, wo doch Stimmen abgegeben werden mußten aufgrund des Wahlbündnisses? Eine andere Möglichkeit ist [die] nach dem Gewicht der an die Gesamtpartei geleisteten Beiträge. Auf die Dauer wird sich die Partei ohne die Arbeitsteilung nicht mehr aufrecht halten. Die Bundespartei lebt seit Monaten aus drei Landesverbänden, die beim letzten Parteitag nicht ein Viertel der Stimmen zu vertreten hatten. Wir müssen einmal sehr offen von diesen finanziellen Dingen reden. Die Landesverbände, die bis jetzt zahlen, werden auch einmal fragen, was zahlen die anderen? Wir müssen das Gewicht in der Partei abstimmen auf Leistung.

BLÜCHER verliest eine Entschließung, die einstimmig angenommen wird.[37]

[BENENNUNG EINES FDP-KANDIDATEN FÜR DAS AMT DES BUNDESPRESSECHEFS]

BLÜCHER: Es gibt keinen unter uns, der nicht zugibt, daß das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament einerseits und dem Volk andererseits denkbar

35 Bezieht sich auf § 7 der Satzung der FDP, nach dem für den Delegiertenschlüssel für den Parteitag nicht nur die Zahl der Mitglieder pro Landesverband zu berücksichtigen war, sondern auch die Zahl der Wählerstimmen in der vorausgegangenen Bundestagswahl.

36 In Hessen hatte die FDP für die Bundestagswahlen von 1949 ein Wahlbündnis mit der NDP geschlossen. D. HEIN, 1985, S. 65 f.

37 Text der Entschließung: „Der Gesamtvorstand der FDP befaßte sich mit der Frage eines Zusammenschlusses der FDP, DP und CDU in Niedersachsen zu einer Partei. In Kenntnis aller Beweggründe, die den Landesausschuß der FDP Niedersachsen veranlaßt haben, den Zusammenschluß der drei Parteien ihrerseits abzulehnen, trat der Gesamtvorstand dem Beschluß des Landesausschusses bei und stimmte ihm einstimmig ohne jeden Vorbehalt zu. Der Gesamtvorstand ließ sich hierbei von der Erwägung leiten, daß das niedersächsische Wahlrecht keine Bestimmung enthält, die aus wahltaktischen Gründen eine Parteienfusion erforderlich machen würde. Vielmehr wird durch den Alleingang der FDP die Gewähr für eine Stärkung des nichtsozialistischen Stimmaufkommens geboten." Veröffentlicht in: fdk, 1. Jg., Nr. 95 vom 16. 1. 1951.

schlecht ist. Als eine der Möglichkeiten, das zu ändern, wird es angesehen, daß über den Umfang der geleisteten Arbeit und den Inhalt derselben berichtet würde und daß die Bevölkerung besser als bisher durch eine bessere Presse unterrichtet würde.

Wir sollen dem Bundeskanzler einen Mann nennen für die Spitzenbesetzung eines besseren Bundespresse- und Informationsamtes. Nun stehen wir vor dieser Situation und sind außerstande, diesen Mann zu nennen, so daß schon in der vorigen Woche zwei verhängnisvolle Namen aus der CDU-Informationsstelle genannt wurden. Diese Leute wären aber wirklich nicht tragbar. Der eine [ist] *Junges* und der andere *Lubbers*. Ich muß hier darauf aufmerksam machen, daß wir hier in einer mißlichen Situation sind, und würden wir aber einen guten Mann nennen, bekämen wir wirklich eine Schlüsselstellung, wie sie toller nicht gedacht werden kann. Es ist nun die Frage, ob es nicht hier in der Beratung möglich ist weiterzukommen. Wir waren alle der Ansicht, einen Mann nennen zu können, und dieser Mann ist *Oellers*. *Oellers* hat aber sehr ernste Gründe geltend gemacht, daß er sich zur Übernahme eines solchen Amtes nicht entschließen könnte. Auf der anderen Seite hätten wir aber eben einen Mann gehabt, der die notwendige Schnelligkeit und Elastizität gehabt hätte und der sich auch für uns dabei eingesetzt hätte. Das ist der Fall *Oellers*. Es ist dann ein zweiter Name genannt worden: *Nowack*. Ich persönlich kenne ihn zu wenig, auch die Arbeitsweise, um von mir aus dazu etwas sagen zu können. Es gäbe einen dritten Mann zu nennen, aber wenn wir den nennen würden, bekäme der Bundeskanzler bestimmt einen Schlaganfall. Es gibt noch jemand, und dieser würde *Euler* sein. Daraus würden sich jedoch für uns unübersehbare staatspolitische Folgen ergeben. Ich muß aber gleichzeitig auf eine drohende Blamage aufmerksam machen, daß wir in den nächsten Tagen mal wieder sagen müssen, wir haben getrommelt und geschimpft, aber wir haben niemand. Ich bin gezwungen, dieses Thema anzuschneiden in der Hoffnung, daß sich bei Ihnen irgendwie eine Möglichkeit ergibt. Ich will auch nicht vergessen, einen vierten Mann zu nennen, der aber ablehnen wird, und das ist Ernst *Mayer*.

MAYER: *Blücher* hat recht. Wir blamieren uns. Wenn der Mann sich durchsetzen soll, dann muß er mindestens im Bundestag sitzen. Wenn wir jemand aus einem Land nehmen, dann wird er engagiert, und nach vier Wochen wiederholt sich die gleiche Geschichte. Wenn wir also so einen Mann aus dem Lande nehmen, dann ist dieser nach vier Wochen auch noch seine Zukunft los. Wir müssen da schon jemand aus der Fraktion nehmen, und da möchte ich jetzt nach sehr langen Überlegungen und Abwägungen doch vorschlagen, daß wir dem *Nowack* die Zustimmung geben.

EULER: Ich gehe davon aus, daß der Leiter des Bundespresseamtes der anerkannten Aufgabe nach in Wahrheit Informationsminister wäre. Er müßte im Rahmen seiner Aufgabe von der gesamten Regierung ernst genommen werden. Er müßte die Möglichkeit haben zu sagen, daß eine Politik nicht zu propagieren ist. Wenn *Goebbels* so ein guter Propagandaminister gewesen ist, dann deshalb, weil er die Regierung hinter sich hatte. Der Bundespressechef muß eine Rückendeckung haben, und die hat er nicht, wenn er Beamter ist. Er muß

Parlamentarier sein, und es muß ihm gestattet sein, das Mandat beizubehalten. Er muß sagen können, wenn es nicht geht, daß sich für diese Regierung keine Propaganda machen läßt. Das bedeutet, daß der Mann das Alarmzeichen für einen Regierungsaustritt seiner Partei sein müßte. Ich könnte mir nicht vorstellen, wie es anders sein könnte. Wenn ein Mann von uns das Amt übernimmt und erklärt nach drei Wochen, die Politik des Kanzlers ist nicht zu propagieren, wie kann dann diese Partei in der Regierung bleiben? So muß man die Dinge sehen, um zu begreifen, welche Schwierigkeiten damit verbunden sind. Ich möchte fragen, ob meine Auffassung geteilt wird, daß man das Problem so sehen kann.

STEGNER: Wir sollten nicht so sehr mit einem Namen operieren. Wenn wir *Nowack* zum Bundespressechef als Beamten schicken, so treiben wir hier ein Spiel, das wir nicht verantworten können, denn selbst ein Gigant würde das nicht schaffen.

RECHENBERG: Die Aufgabe ist unlösbar, wenn diesem Kanzler ein Mann gegenübersteht, der ihm nicht entsprechend entgegentritt. *Nowack* ist für den Posten ungeeignet, dort muß einer stehen, der Kämpfer ist, der Haare auf den Zähnen hat. Ich nenne viel eher *Schäfer*. Ich halte ihn für viel geeigneter als *Nowack*, den ich zwar auch sehr schätze.

GLAESSER: Das Amt nennt sich Bundespressestelle der Regierung. Ich frage nun, gibt es einen Willen der Bundesregierung? Der Kanzler hat sich die Sache einfach gemacht. Er setzt den Willen der Bundesregierung mit seinem eigenen Willen gleich. Es war dieses Amt bisher nicht ein Amt der Bundesregierung, sondern ein Amt des Bundeskanzlers. Das ist eine Situation, die folgerichtig dazu führen muß, daß jeder Bundespressechef, der da ist, sich entweder bemüht, den Willen der Bundesregierung zu erforschen, und auf Gegensätzlichkeiten stößt, weil kein gemeinsamer Wille vorhanden ist, oder es nicht versteht, mit dem Kanzler gut zu stehen, der aber seinerseits nicht den Willen hat, irgend jemand so in sein Vertrauen einzubeziehen, daß der Pressechef in der Lage wäre, prompt zu reagieren. Die schnelle Information scheitert an rein technischen Dingen. Bestimmte Sachen müssen dem Kanzler vorgelegt werden, der aber nicht immer erreichbar ist. Solange der Bundespressechef nicht neben dem Kanzler sitzt und ihn stündlich und minütlich erreicht, ist nichts gekonnt, und so lange wird jeder Versuch scheitern.

Dem jetzigen Chef ist nur die Auslandsabteilung interessant. Er ernennt zu seinem Stellvertreter einen Referenten der Auslandsabteilung, unter Umgehung des besten Mannes, der im Bundespresseamt ist. Dieser Ruck ins Auswärtige hat die Dinge erschwert. Es wird immer geredet von den vielen Beamten, die dort sind. Mit Funker, Lektoren, Archivaren etc. sind es 139. Das ganze Presseamt ist zu wenig besetzt, es wird stiefmütterlich behandelt. Letztlich ist das Presseamt nur für den Kanzler da, der uns ständig Arbeiten überträgt, die sehr viel Zeit verschlingen. Wenn man uns z. B. sagt, wir haben nichts über Helgoland gebracht, so muß ich erklären, daß wir vier Minister angerufen haben, und jeder sagte uns etwas anderes. Wenn unsere Meldungen fertig da liegen, dürfen sie nicht erscheinen; wenn sie erscheinen dürfen, ist es zu spät. Bei den Gehältern, die dort gezahlt werden, wird kein Publizist von

Ruf dort arbeiten und der Prügelknabe sein. Die Stellung des Pressechefs ist nun einmal sehr wichtig. Es werden viele Fragen angeschnitten, und für die Partei wäre es ein großer Vorteil, dieses Amt in ihren Händen zu haben. Ich würde es als eine große Unterlassungssünde betrachten, wenn wir uns diese Gelegenheit entgehen ließen. Aus der Stelle kann etwas gemacht werden, wenn sich ein Mann von uns dort durchsetzt.

BLÜCHER: Ich habe noch nie beschönigt, muß aber zu den Ausführungen *Glaessers* sagen, so ist es nicht. Ich rede nicht in eigener Sache. Das Tatsächliche ist aber, daß der Mann bestimmt werden muß, um die Dinge zu ändern. Ich glaube aber, wir sollten eines nicht vergessen: Es gibt keinen Zweifel, daß der Bundeskanzler mit seinem Druck auf *Schäffer* nicht nachläßt, um den Apparat auszubauen. Daß das Notwendige geschieht, davon dürfen Sie überzeugt sein. Die mangelnde Einigkeit: Wollen Sie wirklich eine Regierung aus lauter Ja-Sagern haben? Diese Regierung wäre jämmerlich. Stellen Sie sich vor, es wird eine ganz große Schicksalsfrage des deutschen Volkes diskutiert, z. B. Frage Kapitalmarkt. Wohin sollten wir kommen, wenn wir alle jetzt einer augenblicklichen Idee von *Erhard* folgen wollten? Es wird unvermeidlich sein, daß von einer gegensätzlichen Haltung *Erhard-Blücher* gesprochen werden wird, ich halte das aber nicht für gefährlich, da braucht man keine einheitliche Haltung. Das, was zwischen sozialem Wollen und wirtschaftlicher Vernunft liegt, wird die beste Ehe sein, die wir haben können.

WILDERMUTH: Denken Sie sich doch die Schwierigkeiten für einen noch so hervorragenden Mann an dieser Stelle. Der Rundfunk tut, was er will, die Presse tut, was sie will; wir haben Zeitungen, in denen angeblich unsere Leute sitzen, und doch tun und schreiben sie, was sie wollen. Im Film kämpft Deutschland mit seiner Wochenschau einen fast aussichtslosen Kampf. Ich bin auch dafür, daß ein tüchtiger Mann an diese Stelle kommt; aber wo wollen wir ihn hernehmen? Es wurde von *Goebbels* gesprochen. Bestimmt war er begabt, aber er hat alle einsperren lassen, die nicht so wollten, wie er wollte. So geht es auch nicht. So wie die Dinge heute liegen, sind die Möglichkeiten auch eines guten Presseleiters begrenzt, Wunder dürfen wir keine erwarten.

BLÜCHER: Wenn der Mann aber Wendigkeit hat, wenn er sich selbst etwas ausdenkt und wenn er dann mit zwei bis drei vernünftigen Leuten aus der Regierung spricht, dann kommen schon einige gute Gedanken heraus.

PREUSKER: Ich sehe das Problem etwas anders. Ein Mann, der tüchtig und fähig ist, der versteht, die Journalisten anzusprechen. Das Problem liegt auch in dem inneren Verhältnis zum Bundeskanzler.

EULER: Wenn *Adenauer* bereit ist, die Bedingungen, die gestellt werden müssen, anzunehmen, dann bin ich der Auffassung, wir sollten nicht den Fehler machen, mit persönlichen Vorschlägen zurückhaltend zu sein. Der Vorschlag *Euler* ist untragbar. Ich betrachte meine Aufgabe darin, der Öffentlichkeit zum Bewußtsein zu bringen, daß wir ein integrierender Faktor der Fraktion sind. Wenn Abweichungen von der Linie vorkommen, müssen sie von uns scharf kritisiert werden. Man würde einen solchen Vorschlag provozierend finden. Andererseits glaube ich nicht, daß *Nowack* das Durchsetzungsvermö-

gen hat, das nötig ist. Ich habe die Feststellung gemacht, daß Hermann *Schäfer* eine Art hat, den Kanzler anzusprechen; da besteht eine Beziehung, die über das Politische hinausgeht.

BLÜCHER: Wir sind in eine ungeheuer schwierige Zeit hineingestellt, und wir brauchen letzten Endes auch noch im Parteivorstand Leute, die vorantreiben, aber auch Leute, die im ganzen Land das nötige Vertrauen haben. Wir können nicht den Zweiten Vorsitzenden der Partei in einem solchen Amt sehen; ich fürchte, daß wir hier ein drittes Nein hören.

MAYER: Ich würde es auch nicht für angemessen halten, daß der Fraktionsvorsitzende und der stellvertretende Parteivorsitzende dorthin gehen. Nur ein Ministerium könnten wir diesen beiden anbieten. Bisher hat man aber vielleicht auch noch nicht gesehen, was *Mayer* nebenher in der Partei tut.

EULER: *Nowack* würde es gern tun. Wollen wir das Vertrauen zu ihm haben?

BLÜCHER: unter der Voraussetzung, daß sein persönlicher Referent ebenfalls aus der Fraktion kommt.

EULER schlägt *Glaesser* vor.

PREUSKER: Wir haben dem Kanzler immer wieder gesagt, hier liegt die Sache im argen. An dieser einen Frage kann die Koalitionspolitik scheitern oder kann in Ordnung gehen. Diese Aufgabe muß von uns übernommen und gelöst werden.

BLEEK: Die Fraktion hat die Verpflichtung, hier jemanden zu benennen.

NEUMAYER: Ich kenne *Nowack* von unserer gemeinsamen Arbeit her und halte ihn für geeignet.

GLAESSER: Der Name *Nowack* wird bei uns im Bundespresseamt begrüßt.

BLÜCHER: Ich kann den Fall nicht ausreichend beurteilen, charakterlich halte ich *Nowack* für vollkommen einwandfrei. Wir sollten an Hand des *Mayer*schen und meines Briefes[38] ganz klar die Forderungen, die für den Inhaber dieses Amtes aufgestellt werden müssen, klar umreißen. Wenn sie akzeptiert werden, wissen wir ja, ob er dafür ausreicht oder nicht.

MIDDELHAUVE: *Adenauer* merkt sofort, daß das von uns eine Verlegenheit ist. Wir müssen sagen, wir schlagen den und den vor, wenn die Bedingungen erfüllt sind. Ich schätze *Nowack* sehr, teile aber die Bedenken *Blüchers,* er wird für dieses Amt nicht genug widerstandsfähig sein.

Vorschlag von SCHÄFER: Wir benennen *Nowack,* stellen diese und jene Bedingungen, wenn sie nicht erfüllt werden, ziehen wir die Benennung zurück.[39]

---

38 *Mayer* an *Adenauer* vom 16. 12. 1950. Hinweise hierauf und auf entsprechende Schreiben *Blüchers* in: ADENAUER. BRIEFE 1949–1951, 1985, S. 578.

39 Der Vorschlag *Nowack* als Bundespressechef wurde *Adenauer* in der Tat von der FDP unterbreitet. Am 25. 1. 1951 empfing *Adenauer Nowack* zu einer „informatorischen Besprechung". fdk, 2. Jg., Nr. 3 vom 25. 1. 1951. Bedenken erhob im folgenden Heinrich *von Brentano,* der bezweifelte, „ob es überhaupt richtig und zulässig sei, einen Abgeordneten in irgendeine Ver-

BLÜCHER: Ich nehme Zugeständnisse seitens des Kanzlers nicht so tragisch, sie werden vielleicht oft mit dem festen Willen ausgesprochen, sie nicht zu halten (berichtet im Anschluß an diese Bemerkung über die drei Briefe *Adenauers* bzgl. Errichtung Außenministerium).[40]

[RUNDFUNKFRAGEN]

MENDE: Der Rundfunk und der Film stehen heute im Mittelpunkt der Beeinflussung der Zeit. Die Zeitung ist der Sekundenzeiger der Weltgeschichte. *Mende* spricht sich gegen die SPD-mäßige Führung des Rundfunks aus. Er sagt u. a., daß *Hartmann* in Köln in Beziehungen zum Kommunismus stehen solle.[41] Über den Berliner Rundfunk könne vielleicht *Schwennicke* etwas sagen, jedenfalls auch dort Sozialdemokraten. Peter *von Zahn,* der sich in Ostpreußen stark an *Koch* anlehnte, hat sich nunmehr an die Gewerkschaften angelehnt.[42] Nur dieser Verquickung von SPD-Elementen mit CDU-Elementen ist es zuzuschreiben, daß das Kölner Rundfunkhaus mit vielen verlorenen Millionen Mark gebaut wurde. Es ließe sich noch vieles über den Rundfunk sagen, aber das meiste sei den hier Anwesenden doch bereits bekannt.

Es ergibt sich nun die Frage: „Was kann hier geschehen?"

Es ist leider nach dem Grundgesetz nicht möglich, ein Rundfunkgesetz zu machen, weil der Rundfunk einen Zehn-Jahresvertrag hat.[43] Es ist ferner nicht möglich, ein Rahmengesetz zu erlassen[44], weil es in Art. 75 [GG] heißt, daß nur die allgemeinen Rechtsverhältnisse von Presse und Film neu geordnet werden können. Hier gibt es im Augenblick keine Möglichkeit einzugreifen. Es gibt hier nur die Möglichkeit, durch eine Änderung des Grundgesetzes die Sache anzuknabbern. Ich glaube, wir sollten uns überlegen, ob es nicht doch an der Zeit ist, in einer solchen entscheidenden Frage das Provisorium des Grundgesetzes anzuknabbern. Dann, wie können wir die Struktur des Rundfunks ändern? Wir sollten die politische Struktur ändern. Heute steht fest, daß die

---

waltungsdienststelle einzuplanen". ADENAUER. BRIEFE 1949–1951, 1985, S. 578. *Nowacks* Kandidatur blieb ohne Erfolg.

40 Bei einem dieser Briefe handelte es sich um das Schreiben *Adenauers* an *Blücher/Wellhausen* vom 23. 1. 1950, abgedruckt in: ebd., S. 311–315. Die beiden anderen Briefe nicht ermittelt.

41 Hanns *Hartmann* war im August 1947 von der britischen Militärregierung zum Intendanten des NWDR ernannt worden. Schon damals war diese Ernennung in bürgerlichen Kreisen auf Kritik gestoßen. Vgl. Walter FÖRST, Vom britischen Zonenrundfunk zur Länderanstalt. Die rundfunkgeschichtliche Frühzeit Nordrhein-Westfalens, in: RUNDFUNK UND FERNSEHEN, 18. Jg. (1970), S. 142.

42 Diese Bemerkung bezieht sich auf einen Kommentar *von Zahns* vom 9. 1. 1951. Vgl. Wolfgang JACOBMEYER, Politischer Kommentar und Rundfunkpolitik. Zur Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks 1945–1951, in: W. B. LERG/R. STEININGER, 1975, S. 322 f.

43 Zur Rechtslage des Rundfunks zum Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik und den fehlenden Kompetenzen der Bundesregierung in dieser Frage die knappen Hinweise von Rolf STEININGER, Rundfunkpolitik im ersten Kabinett Adenauer, in: W. B. LERG/R. STEININGER, 1975, S. 342.

44 Die Bundesregierung begann in dieser Zeit gleichwohl mit Vorarbeiten zu einem Rundfunkrahmengesetz. Vgl. ebd., S. 353.

Struktur des Rundfunks den heutigen Zeiterfordernissen nicht mehr gerecht wird und daß diese Gesetze damals zu schnell verabschiedet wurden.

Von der Bundesregierung sollten wir erwarten, daß sie alle Wege beschreitet, eine Neuordnung zu erreichen, wobei wir auf die technische Seite den Schwerpunkt legen müßten. Hier könnte vielleicht doch mit Hilfe der Amerikaner erreicht werden, daß durch eine Neuordnung des Wellenbereichs über die technische Seite etwas erreicht wird, weil die derzeitige politische Gebarung des NWDR als ein stetiges Aushöhlen der politischen staatlichen Kräfte und der öffentlichen Meinung betrachtet werden kann.[45]

SCHÄFER: Wir haben einen großen Kampf geführt um die Mitwirkung der politischen Parteien im Rundfunk.[46] Immer hieß es, der Rundfunk muß überparteilich sein, zum Schluß hat eine sozialistische Mehrheit die ganze Sache in die Finger bekommen. Man muß versuchen, die technische Seite in die Hand zu bekommen. Heute ist es so, daß die Leute bei den Ländern beschäftigt sind. Mit den Einnahmen des Rundfunks werden kulturelle Dinge subventioniert, die uns nicht immer zuträglich sind. Das Grundgesetz hat einen Unterschied gemacht zwischen der kulturellen Seite und der technischen Seite, die zweifellos Bundesangelegenheit ist. Es wäre weiterhin möglich, den Rundfunk in Verlegenheit zu bringen, wenn man bestimmt, daß die Sache nicht mehr durch die Post gemacht wird, um mindestens das eine zu erreichen, daß den Leuten die Geschichte ungemütlich wird. Die Wellenplangeschichte ist von den Amerikanern vollständig verfahren.[47] Ich könnte mir vorstellen, wenn wir auf die Bedeutung des Rundfunks für Verteidigungsdinge hinweisen, wir immerhin etwas erreichen könnten.

Ich würde aber diese Sache erst einmal im Kabinett vortragen. Mit politischen Argumenten werden wir nicht durchkommen.

MAYER: Ich habe mich in Stuttgart mit den Amerikanern über diese Dinge herumgestritten. Für sie fällt das unter den Begriff Meinungsfreiheit – Pressefreiheit; er muß der freien Meinungsbildung vorbehalten bleiben. Ein Interesse haben nur wir an einer Änderung, die SPD nicht, und die CDU schon gar nicht. Immer werden wir in dieser Frage in der Minderheit bleiben.

PREUSKER: Kann man bei den Amerikanern nicht mit Monopolgesetz und Verteidigungsnotwendigkeit etwas erreichen?

MIDDELHAUVE: Es laufen bereits Verhandlungen, den Kölner Sender wieder selbständig zu machen.[48]

---

45 Zur Kritik von seiten der Bundesregierung am NWDR in dieser Zeit zusammenfassend ebd., S. 354 f.

46 Zu den Vorgängen beim NWDR, auf die sich *Schäfer* offensichtlich bezieht, D. L. SCHAAF, 1971, S. 32–39. Dort allerdings eine andere Bewertung als in den folgenden Ausführungen *Schäfers*.

47 Zur Auseinandersetzung um die Wellen, über deren Zuteilung im Sommer und Herbst 1948 in Kopenhagen entschieden wurde, ebd., S. 96 f.

48 Zur Entwicklung des NWDR, an dessen Stelle 1956 WDR und NDR traten, ebd., S. 153–182.

SCHWENNICKE: Die Situation in Berlin entspricht dem, was *Mende* angedeutet hat. Wir könnten auch Unterlagen über die einseitige politische Handhabung geben. Wir haben uns überlegt, wenn man unseren Mann in Berlin ausbootet, dann wollen wir in aller Öffentlichkeit erklären, wir lehnen es ab, noch irgendwelche Nachrichten an den Rundfunk zu geben, und keiner von uns spricht mehr im Sender.

SCHÄFER: Wir müßten wieder einen Rundfunkbeauftragten haben, der alle Sendungen abhört. Es müßte sich aus der Fraktion jemand um all diese Dinge kümmern, der auch die politischen und rechtlichen und auch die technischen Möglichkeiten überprüft.

Hörerstreik ist auch eine Möglichkeit. Im übrigen soll die Sache an den geschäftsführenden Vorstand überwiesen werden.

RADEMACHER: Geben wir nicht dem Rundfunk zu wenig Material? Dieses Plenum muß das Recht haben, die Forderung zu stellen, der Verwaltungsrat in den verschiedenen Ländern ist zusammenzusetzen nach der politischen Konstellation.

BLÜCHER: Im allgemeinen unterliegen doch Monopole einer eigenen rechtlichen Betrachtung. Hier handelt es sich um ein nicht von diesem Staat aufoktroyiertes Monopol. Die juristischen Fragen, die sich daraus ergeben, müßten einer näheren Untersuchung unterzogen werden. Rechtlich läßt sich nur das eine sagen: die Sicherheitsidee. Eine rechtliche Änderung gäbe es nur durch den Erlaß einer Änderung des alliierten Gesetzes von alliierter Hand.

Ich würde es für außerordentlich wertvoll halten, wenn die verschiedenen Möglichkeiten überprüft würden, wenn *Mende* mit *Dehlers* Material eine Art Aktionsplan „was sollen wir politisch als Partei, und was soll die Regierung tun", ausarbeiten würde.

11.

1. 4. 1951: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, N14-17 (Referat Blüchers) und N14-4. Fragmente. Schluß: 17.00 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Blücher, Dehler, Euler, Franke, Glaesser, Gönnenwein, Knudsen, Mayer, Mende, Müller, Oellers, Rademacher, von Rechenberg, Rinné, Schäfer, Ungeheuer, Weirauch, Wildermuth.

[REFERAT BLÜCHERS ÜBER DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE LAGE]

Minister BLÜCHER: Ich bin mir darüber klar, daß die Behandlung der Frage des Mitbestimmungsrechts in dieser Woche[1] und auch der heutige Vormittag unter einem schlechten Zeichen stehen, und dieses Zeichen ist doch ganz offenbar, daß die Gewerkschaften einen erneuten Druck auf den Bund durch Kündigung der Lohntarife bei der Kohle ausüben wollen, indem die Forderung nach dem gleichen Mitbestimmungsrecht für die Chemie ausgesprochen wird[2] und eine allgemeine Radikalisierung der schon ohnedies gespannten Haltung angestrebt werden soll, zunächst nicht offiziell von Düsseldorf[3], sondern von Einzelgruppen und Grüppchen. Dies ist jedenfalls nicht dazu geeignet, die Situation in dieser Woche leichter zu machen, also Beeinträchtigung der Gesamtsituation. In einem solchen Augenblick wie diesem ist es allgemein üblich, daß man sich abwartend verhält, um im gegebenen Augenblick verhandlungsgemäß zu drükken. Ich glaube, daß bei sehr vielen Leuten die Antwort darauf eine eindeutige sein wird. Dies wird jedoch Gegenstand der Fraktionsberatungen heute und übermorgen sein; es erschwert jedenfalls, und das bedaure ich.

Nun ein Zweites: Ich sehe hier auf der von mir selbst unterzeichneten Tagesordnung als ersten Punkt einen Bericht über die wirtschaftspolitische Lage[4], und da bin ich, glaube ich, doch gezwungen, wirklich den Versuch zu machen, im Laufe einer Viertelstunde hierüber etwas zu sagen. Einmal ist es jedenfalls der gegnerischen Richtung gelungen, eine Situation zu erfinden, auf die etwa 70 oder 80 % des deutschen Volkes hereinfallen, der Ruf nach einem wirtschaftspolitischen Programm. Ich glaube, wir sollten uns darüber klar werden, ob es richtig ist, darin einzustimmen in dem Augenblick, wo wir nicht wissen können, in welchem Umfange wir planen können, und zwar im Hinblick auf die zu erwartenden Besatzungskosten und Sozialkosten; wo wir nicht wissen können, wie sich die Preissituation weiter entwickelt. Es ist nicht entscheidend das normale Gesetz von Angebot und Nachfrage, sondern daß auch in jeder anormalen Zeit die richtige Linie für eine Preisbildung gewahrt ist. Wie es in einem Augenblick, wo es ganz und gar unmöglich ist, nun eine sehr großzügige Währungs- oder Geldpolitik zu machen, wie es da richtig sein soll, ein allgemein verbindliches Wirtschaftsprogramm bekanntzugeben, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe das Gefühl, daß ein großer Teil des deutschen Volkes, der nicht kommunistische, sich in eine Katastrophenstimmung hineinbringen läßt. Dazu kommt noch die Unsicherheit über die sozialen Aufwendungen und die Unsicherheit über die Preise. Ein Wirtschaftsprogramm kann man nur machen, wenn man einen immerhin übersichtlichen Rahmen über ein Gesamtprogramm hat, dann kann man Anspruch auf ein solches Programm erheben. Ich sage dies so deutlich, weil ich weiß, daß sich daraus eine sehr leb-

1 Zum Stand der Beratungen über das Mitbestimmungsgesetz für die Montanindustrie, das am 4. 4. 1951 vom Bundestag in zweiter Lesung verabschiedet wurde, MONTANMITBESTIMMUNG, 1984, S. 471–496; KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 285.

2 MONTANMITBESTIMMUNG, 1984, S. 475.

3 Sitz der DGB-Zentrale.

4 Hierzu in knapper Zusammenfassung H. R. ADAMSEN, 1981, S. 106–111.

hafte Auseinandersetzung ergeben könnte, und diese Auseinandersetzungen sind das, was sich bei einer solchen Zusammenkunft ergeben sollte.

Nun zu einigen Einzelheiten des ersten Punktes. Da ist nun die zentrale Sorge sicherlich die, wird nicht die deutsche Produktion durch die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiete des Außenhandels und der Devisen eine starke Einengung erleiden, die katastrophal wirken könnte, wenn sie über ein bestimmtes Maß hinausgeht? Wie steht es damit? Hier darf ich zunächst sagen: Die Entwicklung seit dem 17. Februar, als der Einfuhrlizenzstop ausgesprochen wurde[5], da waren wir von der Vorstellung beherrscht, künftig nicht mehr als die geschäftlich unmöglichen Vertragspartner zu erscheinen. Inzwischen sind alle ausgegebenen Lizenzen verbraucht worden und auch noch Lizenzen für alle in der Ausweitung befindlichen Güter neu gegeben worden, also insgesamt fast rund 130 Millionen Dollar an Lizenzen. Ich muß aber bitten, das hier Gesagte nicht in die Öffentlichkeit zu bringen, weil dann ein erneuter Sturm losgeht. Wir müssen in dieser Hinsicht etwas sturer sein und vielleicht noch einige Wochen mehr als unbedingt erforderlich warten, dann sehen Holländer, Schweizer und alle übrigen europäischen Länder, mit Ausnahme von England und Frankreich, wie sehr und in welchem Maß sie in ihrer wirtschaftlichen Existenz auf uns angewiesen sind. Dies würden wir stören durch kleine Teilzugeständnisse, indem wir mehr oder minder kurzfristige Zahlungsstundungen der Einfuhrgüter annehmen, und in der Endauseinandersetzung würde man uns im Stich lassen. Ich weiß, das fordert wieder leider Gottes von einem Teil der deutschen Importeure Opfer, aber ich glaube, daß diese Opfer besser gebracht werden können als ein Schlittern von einer in die andere Krise.

Ich darf dann wieder einmal, obwohl dies vielleicht für die Freunde von der Fraktion langweilig ist, sagen, wie sieht es zahlenmäßig in der Europäischen Zahlungsunion aus. Von rund 460 Millionen Dollar stehen auf der Guthabenseite also ebenso rund 175 Millionen Dollar Einzahlungen gegenüber, so daß also saldiert 285 Millionen Dollar Nettodebet verbleibt. Zur Bedienung dieses Gesamtsaldos im Sinne einer Liquidierung sind heute vorhanden rund 140 Millionen Dollar, so daß 140 Millionen Dollar verbleiben. Diesen 140 Millionen Dollar, die dann verbleiben, stehen auf der anderen Seite Forderungen aus deutschen Ausfuhren in Höhe von 600 Millionen Dollar gegenüber. Unsere Gesamtsituation ist, daß wir erst ab 1948 in eine gewisse Freiheit eingetreten sind, erst seit Dezember 1949 frei in unserem Handeln. In einem einzigen Jahr sind wir dazu gekommen, daß wir 73 % unseres Einfuhrbedarfs aus eigenem Export befriedigen haben können. Dann zu einer Ausdehnung der Ausfuhr. Wir sind einfach überfahren worden, das erweist sich heute als ein schwerer Fehler. Es bleibt uns einfach nichts anderes übrig, als dem Export einen Anreiz zu geben. Gestern abend habe ich mir die Situation überlegt, und es ist mir in diesen eineinhalb Stunden ein unendliches Verfehlen der Regierung aufgefallen.

---

5 Dies geschah auf Anregung des Zentralbankrates und seines Präsidenten *Vocke*. Siehe KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 169 f.

Dann, warum haben wir die Kohlenpreise nicht dementiert? Warum sind wir nicht teurer geworden mit der Exportkohle?[6] Bei einem Export von 25 Millionen to würden diese zweieinhalb Dollar immerhin 62 1/2 Millionen Dollar ausmachen. Das kann einer der Punkte sein, wo wir hängen. Auch aus dem Grunde scheint mir dies erforderlich zu sein, schon damit das Ausland sich nicht erhöht auf unsere Exportkohle stürzt, um sie dann in Norddeutschland oder anderswo mit guten Erlösen zu verkaufen. Ich möchte also zusammenfassen. Ich glaube, daß wir diese Maßnahme ins Auge fassen sollten, aber vor allem die Erhöhung des Swings betreiben müssen, jedoch wird das nicht ausreichen.

Den anderen Punkt, den wir zu behandeln haben, ist der Punkt der Sozialpolitik, der Erhaltung des Arbeitsfriedens. Ich glaube, das wird nachher dringendst zu besprechen sein, und zwar im Zuge der Beratung des Verhältnisses zwischen Regierung, Parlament, Volk und Gewerkschaften. Das Schlimmste in diesem Augenblick ist die Unsicherheit. Die Unsicherheit, die vor allen Dingen über diesen entscheidenden Dingen schwebt, dann die Frage des gesamten Bedarfs an Steuermitteln und die Frage des totalen Fehlens der notwendigen Investitionsmittel. Ich will nicht urteilen, viel weniger verurteilen, ich kann nur das eine Faktum feststellen. Ich kann nur feststellen, daß uns seit Beginn der Korea-Krise bis 31. 12. 1951 zwei Milliarden [DM] Investitionsmittel durch Konsumbedarf verlorengegangen sind. Wir sind von der Kapitalbildung in die Lage der wichtigsten Investitionsmittel verfallen, dazu kommt noch die ungeheure Beanspruchung der öffentlichen Kassen, dazu Gesetz nach Art. 131. Wir wissen, dahinter stehen 200 bis 300 Millionen [DM] Mehraufwendungen. Wir wissen, es kommt dazu der Lastenausgleich, der sehr ernste Überraschungen in den nächsten Monaten bringen wird.

Dazu kommt die Erhöhung der Löhne und Gehälter[7], deren Mehraufwendungen an und für sich keine Rolle spielen für den Bund. Aber wenn Sie bedenken, daß sich dies innerhalb Bahn und Post unmittelbar dann auf insgesamt etwa 90 Millionen Mark auswirkt, dann kommen noch hinzu die Mehraufwendungen durch Auswirkung auf Länder und Gemeinden. Trotzdem ist diese Frage eine sehr ernste. Dazu kommt die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Belastungen durch soziale Mehraufwendungen. Auch dies, meine Freunde von der Fraktion, scheint mir doch eine Aufgabe zu sein, auf die ich besonders hinweisen möchte.

Dann die Frage der Bundesanstalt für Arbeitslosenfürsorge.[8] Es ist ja nicht so, daß wir einen Teil unserer sozialen Pflicht vernachlässigen müssen aus finanziellen Gründen, es ist vielmehr so, daß wir einen Teil unserer sozialen Ver-

6 Das Kabinett beriet über die Erhöhung des Exportkohlepreises erstmals am 26. 6. 1951, ebd., S. 471 f. Eine Erhöhung des Preises trat zum 1. 7. 1951 in Kraft. Siehe ebd., S. 760.

7 Das Bundeskabinett hatte am 30. 3. 1951 eine Erhöhung der Gehälter der Beamten um 15 % beschlossen. Ebd., S. 276 f.

8 Das Kabinett hatte am 30. 3. 1951 über die Änderungsvorschläge des Bundesrates zum Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beraten. Ebd., S. 270.

pflichtungen überprüfen müssen, weil mit diesen Versicherungen und Fürsorgen gemogelt wird. So liegen mir innerhalb der letzten drei Wochen 60 Einzeldarstellungen aus dem Lande Niedersachsen vor, wo etwa im Raume des Kali-Bergbaues heute Frauen, deren Männer als Bergarbeiter tätig sind und die Frauen, die während des Krieges oder der Währungsreform freiwillig auf dem Lande gearbeitet haben, nicht mehr dort tätig sind, aber Arbeitslosenunterstützung beziehen.[9] Darüber ein Gesetz zu bekommen, ist sehr schwer, aber wir müssen daran herankommen. Wir sehen also, wie sich dies in der Praxis auswirkt. Dann darf ich Ihnen noch sagen, daß die Zahl der Rentenfürsorgeempfänger, die wir statistisch vorliegen haben, sich niederschlägt mit 21 Millionen [DM], also ca. 20 983 000 [DM]. Dann muß ich zu meiner Schande gestehen, daß es mir im Augenblick nicht möglich ist zu sagen, wie hoch sich der Fehlbedarf beläuft. Das Wichtigste ist, wie wird die Grundlage unserer weiteren wirtschaftlichen Lebensgestaltung, nämlich der Export, von dessen Steigerung die Bezahlung unserer Lebenshaltung und Rohstoffe abhängt, sein? Bevor wir eintreten in die Aussprache, möchte ich noch betonen, daß es auch für die Wirtschaft sehr schwer gewesen ist.

Zur Frage der Organisation. Hier muß ich sagen. Heute sind wir. . .[10]

[AUSSPRACHE]

RADEMACHER: Ich glaube, der wichtigste Satz stand am Anfang. Nämlich die Behauptung, daß das angebliche Fehlen des Wirtschaftsprogramms eine Propagandaangelegenheit unserer Gegner (SPD) sei. Ich glaube, diese Auffassung wird von der Wirtschaft nicht geteilt. Es ist sicherlich richtig, daß wir heute nicht übersehen können, welche Dinge im Laufe des kommenden Jahres auf uns zukommen, und daß man kein Wirtschaftsprogramm machen kann. Aber ebenso sicher ist, daß die Öffentlichkeit sehr wohl empfindet, daß seit dem 3. Oktober in allen möglichen Dingen experimentiert worden ist, ohne daß dabei etwas herausgekommen ist und daß die Folge davon ist, daß auch in der Wirtschaft selbst eine Beunruhigung eingetreten ist. Es ist ja auch so, daß wir nicht absolut ablehnend einem solchen Programm gegenüberstehen, sonst hätten wir uns an den Niederbreisiger Verhandlungen nicht beteiligen können[11]; dort sollte doch der Versuch gemacht werden, zu einem vernünftigen Wirtschaftsprogramm zu kommen.

Ich habe den Eindruck, daß es im Kabinett nur zwei starke Männer gibt, das ist Herr *Adenauer* und [Herr] *Schäffer*, die sich gegenüber allen anderen Stellen durchsetzen, ohne daß etwas Konkretes hierbei herauskommt. Ich darf daran erinnern, daß unser Kollege *Freudenberg* ab September/Oktober leider in seinem schon seit 1950 begründeten Pessimismus recht behalten hat; es ist

9 Letzter Halbsatz und der Halbsatz beginnend mit „deren Männer" handschriftliche Einfügungen.

10 In der Vorlage fehlt eine Seite.

11 Bezieht sich auf den Niederbreisiger Arbeitskreis, einen informellen Arbeitskreis aus Mitgliedern der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP und DP, der im Februar 1951 ein wirtschaftspolitisches Sofortprogramm veröffentlichte. H. R. ADAMSEN, 1981, S. 120 ff.

also ein Mann dagewesen, der auf diese Dinge sogar aufmerksam gemacht hat. Trotzdem haben wir uns nicht durchsetzen können, so daß hieraus vorzeitig die nötigen Konsequenzen im Kabinett gezogen worden wären. Die augenblicklichen Dinge, die sich entwickeln, sind beispielsweise so, daß sich der Bundeskanzler über die einzelnen Ressortminister hinwegsetzt und auf allen Gebieten Kommissare schaffen will.[12]

Das ist das Wesentliche, worüber wir diskutieren sollten. Aus diesem Durcheinander und Nebeneinander müssen wir herauskommen. Eine Frage, die mitbeantwortet werden kann: Sind wir heute ermächtigt, den Kohlepreis von uns aus heraufzusetzen?[13] Bezüglich des Windhundverfahrens[14]: Hier bin ich der gleichen Auffassung, hier muß wirklich etwas geschehen. Das ist entscheidend für die gesamte Entwicklung. Soviel ich unterrichtet bin, hat Staatssekretär *Sonnemann* seinerseits einen der besten Leute abgestellt, um dieses Verfahren, das außer der hohen Zahl noch einige andere Mängel aufweist, abzustellen. Wir haben nun einmal Dinge, die vorläufig unmöglich sind. Das ist der Eindruck der hanseatischen Wirtschaft. So werden die Dinge von den Städten Hamburg und Bremen aus gesehen.

SCHÄFER: Wir sind hier im Parteivorstand, und es spielen Dinge von grundsätzlicher Überlegung eine Rolle. Ich möchte anknüpfen an das, was *Blücher* gesagt hat. Wir können nicht darauf bestehen, ein Programm zu machen. Dann gibt es verschiedene Auffassungen vom Begriff der Marktwirtschaft. Wir haben überhaupt keine marktwirtschaftliche Situation, denn in dem Augenblick, wo fremde Wirtschaften und Völker auf uns einwirken können, uns in ein Maß von Abhängigkeit bringen, wir 50%ig von anderen abhängig sind, haben wir dies nicht. Das ist grundsätzlich zu sagen gegenüber denen, die meinen, wir können die Marktwirtschaft als eine reine Passivangelegenheit ansehen. Das ist das eine. Ich gebe ohne weiteres zu, da entsteht ein polemischer Gesichtspunkt gegenüber *Schumacher*. *Schumacher* hat neulich von einem Zweijahresplan gesprochen. Wie soll eine einfuhrabhängige Wirtschaft wie die deutsche überhaupt ein langfristiges Programm planen? Das ist notwendig, daß dies ausgesprochen wird. Jede solche Planung auf lange Zeit wäre nur ein Selbstbetrug. Aber um so notwendiger ist es, den Programmhunger aufzufangen, die Verzweiflung der Leute. Wenn eine Marktwirtschaft funktionieren soll, braucht man einen entwickelten Markt. Das haben wir nicht und infolgedessen auch die ungeheuren Hemmungen, die aus dem Binnenmarkt kommen, von den übrigen Begleiterscheinungen ganz abgesehen.

Auch in dem Niederbreisiger Programm war es ein großer Fehler, daß man auf einmal zuviel anpacken wollte, alles häufte sich, und das Ergebnis: eine weitere

12 Für den Bereich der Wirtschaftspolitik vgl. U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 255 f.

13 Nach dem Ruhrstatut (Art. 15) besaß die internationale Behörde das Recht, Preisfestsetzungen von deutscher Seite zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern oder aufzuheben. SICHERHEIT, 1985, S. 78. Das Kabinett hatte am 6. 3. 1951 eine Erhöhung der Kohlepreise erörtert, aber keine Entscheidung gefällt. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 207 f. Zum Problem der Preispolitik unter Einbeziehung des Kohleexportes H. R. ADAMSEN, 1981, S. 88 f.

14 Bezug unklar.

Verwirrung. Wenn wir schon zu der Erkenntnis kommen, daß eine langfristige Planung nicht möglich sei, so können wir uns aber vorstellen, eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen. Es ist eben nicht schnell genug gehandelt worden. Mir soll einer klarmachen, wenn ich einen Staatsapparat in der Hand habe, daß ich nicht in einem Vierteljahr oder halben Jahr voraussehen kann, daß irgend etwas passieren muß. Es ist keine Übersicht vorhanden gewesen, die Dinge sind laisser aller behandelt worden. Ein Pendeln liegt nicht vor. Es gibt kein Pendeln von Angebot und Nachfrage. Angebot und Nachfrage wird geregelt durch Stoß und Gegenstoß. Diese Entwirrung des Marktes ist unbedingt notwendig.

Woher kommt nun die Krise? Erst einmal durch das langwierige Gemurkse im Kabinett[15], erst geht es in den Bundesrat, dann ins Parlament[16], das dauert immer drei bis vier Monate. Wir müssen in diesem verflochtenen Netz entwirrend wirken, klar wirken, denn man kann keinem zumuten, daß er bei der augenblicklichen Lage das Ganze noch übersehen soll. Da ist doch eine gewisse Steuerung notwendig, es muß da etwas geschehen, denn wir haben dem deutschen Volk wirklich allerhand zugemutet: die politische Gefahr durch die Korea-Krise, die Russenangst und vor allem auch die Krise mit den Kohlen. Nehmen wir nur die Arbeitskreise und die Kreise des Mittelstandes. Es ist doch allerhand, was man ihnen da zugemutet hat. Wenn eine Regierung sich das Vertrauen erhalten will, muß sie sich als der starke Faktor erweisen. Das ist zweifellos versäumt worden. Das lag aber an der Gesamtzusammensetzung des Kabinetts. Dies steht aber in keinem Zusammenhang mit der Koalition. Jetzt haben wir eineinhalb Jahre herumexperimentiert. Das Stadium ist jetzt verstrichen. Wir stehen nun vor der Tatsache, daß wir keine Durchsicht mehr bekommen. Wir müssen unter allen Umständen Korrekturen in der Personalbesetzung vornehmen. Es gibt Leute, die hierzu einfach nicht geeignet sind. Jeder Mensch hat eine bestimmte Rolle im politischen Drama zu spielen.

Die Frage ist auch, wie kommen wir über die Geschichte [mit dem] Bundesrat hinweg? Es wird notwendig sein, daß wir auf bestimmten Gebieten der Wirtschaftspolitik auch bestimmte Ermächtigungen haben, und dies können wir nur, wenn durch die Revision der personellen Dinge diese Ermächtigung erreicht wird. Die Hälfte von den Vorlagen im Bundestag, die dort hineingeht, kommt hinten wieder heraus. Es ist eben so, daß die Maschinerie nicht mehr richtig läuft, so daß eine Vorlage mindestens vier bis fünf Monate braucht. Wir müssen also eine bestimmte Ermächtigung erreichen, daß dies auch ohne den langen Lauf der Dinge geht.

---

15 Bezieht sich offensichtlich auf die Beratungen über ein Wirtschaftsprogramm in der Bundesregierung, die in die Ausarbeitung des Investitionshilfegesetzes mündeten. Zu diesen Beratungen bis zu diesem Zeitpunkt KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 144 f., 156, 209 f., 213 ff., 219, 233 f. und 263 f. Die parallel hierzu in der Öffentlichkeit geführte Diskussion und eine Übersicht über die vorgelegten Pläne und Programme in: H. R. ADAMSEN, 1981, S. 111–153.

16 Der Gesetzentwurf zur Investitionshilfe wurde dem Bundesrat am 21. 6. 1951 zugeleitet. Am 9. 7. 1951 erhielt ihn der Bundestag samt Änderungswünschen der Länderkammer und der Stellungnahme der Bundesregierung zugestellt. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 12, Drucks. Nr. 2450.

Dr. RECHENBERG: Ich möchte mich den Worten *Rademachers* anschließen. Es ist tatsächlich so etwas wie eine Wirtschaftspolitik nicht vorhanden. Die Abkehr von der Kapitalbildung erscheint nur zu erklären, daß man glaubt, sich vor den Dummheiten zu sichern. Es ist Unsinn, von einem Parteiprogramm zu sprechen. Man soll allgemeine Richtlinien festlegen. Bei aller bejahenden Marktwirtschaft sind wir uns doch darüber klar, daß es gewisser Lenkungen und Planungen bedarf. Es kommt aber darauf an, daß diese Geschichte angefaßt wird mit einer Grundkonzeption, die letzten Endes die Aufrechterhaltung der Marktwirtschaft bedeutet, und da ist die Überzeugung in der Wirtschaft [und] beim kleinen Mann, daß diese Grundkonzeption bei uns fehlt. Es ist dies schon berührt worden, es ist gesagt worden, allgemeine Unsicherheit. *Schäfer* hat vollkommen recht, es fehlt die Ermächtigung. Es müssen personelle Umbesetzungen erfolgen, da liegt der Hase im Pfeffer.

Sie können *Adenauer* Minister geben, wie Sie wollen, wenn diese zu *Adenauer* sich stellen. Der Mann kann sich nicht ändern, er ist nebenbei ein harter Mensch. Die Frage ist, was wird jetzt? Nicht, daß wir aus der Koalition ausscheiden. M. E. müssen wir an die CDU herantreten und fordern, seid ihr bereit, mit uns über einen neuen Kanzler zu verhandeln? Wenn wir das nicht durchsetzen können, dann, Herr *Schäfer* und Herr *Blücher,* stehen wir vor der Frage, können wir uns noch mit einer Verantwortung belasten, die wir in Wirklichkeit nicht tragen können. Denn wenn wir die Verantwortung haben, müssen wir auch in der Lage sein, einen Willen durchsetzen zu können. Wenn ich dann sehe, daß *Adenauer* nicht daran denkt, darauf einzugehen, dann habe ich nichts mehr in der Koalition zu suchen. Das ist dann die klare Folge, die sich für uns dann ergibt. Ist die CDU bereit, mit uns über eine Neuwahl des Kanzlers zu verhandeln? Ich spreche diesen Gedanken aus und werde ihn auch öffentlich aussprechen. Man wird sich auch an den Gedanken gewöhnen. Wenn wir sonst weiter marschieren, dann sind wir das, was wir nicht sein wollen, dann sind wir die Türöffner für Herrn *Schumacher.*

Die Situation ist noch lange nicht verloren, wir müssen aus dem Wohlleben heraus. Wir müssen vom Volke verlangen, seinen Konsum zu beschränken. Ich sage Ihnen, Leuten wie *Adenauer* ist es unmöglich, sein Volk dahin zu bekommen. Das ist die falsche Linie, die von *Adenauer* verfolgt wurde, einen Blick auf *Schumacher,* den anderen auf die Gewerkschaften werfend, ein Mann, der von *Pferdmenges* beraten wird. Wir sind von ihm in die heutige Katastrophenstimmung hineingezogen worden. Ich halte es für unmöglich, daß ein Mann wie *Adenauer* als Chef einer Regierung in der Lage sein wird, die bürgerlichen Elemente hinter sich zu bekommen bei der Umkehr unserer wirtschaftspolitischen Investitions-Kapitalbildung. Das kann er nicht. Das Vertrauen hat er nicht, und persönlich ist er nicht in der Lage, als Mensch selbst hat er gar nicht die Anlage hierzu.

WILDERMUTH: Wir werden auf lange hinaus improvisieren müssen. Was heute richtig war, wird morgen falsch sein. Wir befinden uns bereits im Zustand des Kalten Krieges. Wir übersehen, daß heute die breite Masse des Volkes auf die Preisbewegung anders reagiert. Früher brachten steigende Preise nur Kaufeinschränkungen, jetzt bringt jede Preissteigerung ein wildes Drängen nach Ware.

Das ist eine ungeheure Schwierigkeit. Die Exportförderung hat *Blücher* erwähnt.[17] Vergessen wir aber das andere Problem nicht. Vieles ist zu spät gekommen. Zur Frage der Kommissare: Wir waren es doch, die zu diesen beiden Kommissaren[18] gedrängt haben. Umbildung des Kabinetts: Herr *von Rechenberg,* nennen Sie einen anderen. *Adenauer* hat sich verzweifelt bemüht, er hat seine ganze Autorität eingesetzt, daß überhaupt etwas geschieht.

RECHENBERG: Warum können wir nicht *Blücher* präsentieren?

WILDERMUTH: Die CDU wird den Anspruch auf den Kanzler stellen. Es handelt sich aber um zwei andere Persönlichkeiten: *Niklas* und *Erhard.* Ich habe den Eindruck, daß *Erhard* wieder Boden gefunden hat.[19] Im Augenblick werden wir ihn nicht los. Konflikt zwischen *Erhard* und *Schäffer:*[20] Keine grundsätzlichen Unterschiede.

Ich wiederhole: Exportförderung, Haushaltsausgleich, damit verbundene Sparmaßnahmen in der Fürsorge, Investitionen für Stahl, Kohle, Eisen. Zur Steuerhinterziehung: Die Summe wird auf zwei Milliarden [DM] geschätzt, auch wenn es eine Milliarde wäre, genügt es. Wenn wir von einem Programm sprechen, so sind das leere Worte, die Leute sollen wissen, was wir wollen. Es müssen die Punkte herausgestellt werden, die jetzt einmal angefaßt werden müssen.

EULER: Wir leben in einer Vertrauenskrise. Ich war vor Ostern und nach Ostern im Wahlkampf. Leider geht uns der Wahlkreis *Rüdigers* an die SPD verloren.[21] Wo kommt die Vertrauenskrise her? Seit dreiviertel Jahren ist die Regierung alles schuldig geblieben, um der Verwirrung mit einer klaren Antwort zu begegnen, um die Maßnahmen zu treffen, die erforderlich waren, um den Notständen rechtzeitig entgegenzutreten. Die Bevölkerung begreift ganz gut, daß Einschränkungen erforderlich sind, aber sie wehrt sich dagegen, daß in der Zeit dieser Einschränkungen dadurch, daß nichts geschieht, Möglichkeiten gegeben werden, diese Situation spekulativ auszunützen. Durch solche Leute, die im Handel auf das Gewissenloseste dahin wirken, daß der Rahmen der unvermeidlichen Preissteigerungen unerhört überschritten wird, werden für die SPD günstige Perspektiven geschaffen.

Zur Kohlenkrise: Es wurden alberne Erklärungen abgegeben, Bagatellisierungen, endlich kam die vernünftige Erklärung, daß die Industrie eine Ausweitung angenommen hat, der die Kohleproduktion nicht folgen konnte. Hätte man das der Bevölkerung von vornherein gesagt, daß es sich um eine Wachstumskrise handelt, hätten die Menschen auch anders reagiert. Ähnliche Er-

17 Verabschiedung eines Gesetzentwurfs über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr durch die Bundesregierung am 13. 3. 1951. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 227.

18 Friedrich *Ernst* und Otto A. *Friedrich.* U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 255 f.

19 Vgl. ebd., S. 256.

20 Zu den unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen *Erhards* und *Schäffers* in dieser Zeit H. R. ADAMSEN, 1981, S. 113–120 und 134–138.

21 Der FDP-Abgeordnete Karl *Rüdiger* war am 20. 2. 1951 gestorben. Die Nachwahlen im Wahlkreis Hofgeismar-Waldeck-Wolfhagen fanden am 15. 4. 1951 statt. Gewählt wurde der SPD-Politiker Hans *Merten.* DATENHANDBUCH, 1986, S. 74.

scheinungen sind ja in anderen Ländern auch eingetreten. Aber man hat falsche Darstellungen gegeben und hat sich immer widersprochen. Eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist erst möglich, wenn sich über diese Notstände im Kabinett selbst die richtige Auffassung gebildet hat. Diese Auffassung ist aber im Kabinett erst sehr spät hergestellt worden. Koordination ist ein allgemeiner und abgeblaßter Begriff. Die Kardinalprobleme sind im Kabinett selbst nicht gründlich genug diskutiert worden. Der Kanzler selbst ist persönlich nicht so interessiert, wie das der Fall sein müßte. Er selbst hat falsche Auffassungen und drängt nicht darauf, möglichst schnell zu einem richtigen Standpunkt zu kommen. Er hat von sich aus nicht die Handhabe, das zu sagen, was erforderlich ist, um unser Volk entsprechend aufzuklären. Und diese Aufklärung ist ja das A und O, wenn Vertrauen geschaffen werden soll. Jeder einzelne Minister redet, als wenn die anderen nicht vorhanden wären. Die Zeitungen berichten deshalb, *Erhard* sagt das, *Blücher* sagt das. Sich darüber einen Vers zu machen, geht aber über das Niveau der Leser hinaus. Die Bevölkerung würde das richtige Verständnis aufbringen, wenn sie richtig geführt wird. Wer von Ihnen, meine Herren, hat, wenn er mit *Adenauer* gesprochen hat, das Gefühl, daß das Gespräch mit Vertrauen geführt wurde? Ich habe ihn bereits bei eklatanten Lügen ertappt. (Beispiel *Bleek*, der vor einem Jahr eine Unterredung mit *Adenauer* hatte und niemals mehr etwas von ihm hörte, wogegen *Adenauer* jetzt behauptet, es sei ihm von einem Herrn der FDP gesagt worden, daß sich *Bleek* versagt habe. Die Situation war anders, *Bleek* hat sich erst nach einem halben Jahr versagt.[22])

Koordiniert *Adenauer* richtig im Kabinett? Nein, dafür gibt es Beispiele! Vier bis fünf Monate hat es gedauert, bis er versucht hat, Meinungsverschiedenheiten zwischen Finanzministerium und Innenministerium zu klären.[23] Auch im Ausschuß[24] ist die Einigung außerordentlich schwer. Beim Kriegsopferversorgungsgesetz war es genauso.[25] Wie koordiniert werden kann, haben wir ja in der kurzen Zeit erlebt, in der *Blücher Adenauer* vertreten hat.[26] Hinterher ist es wieder so geworden, daß der Finanzminister und der Wirtschaftsminister nebeneinander hergegangen sind. Konzentration ist von ihm [*Adenauer*] nicht

22 Hierbei ging es um die Besetzung einer zweiten Staatssekretärsstelle im Bundesinnenministerium mit einem FDP-Politiker, der *Adenauer* mit hinhaltendem Widerstand begegnete. Vgl. ADENAUER. BRIEFE, 1949–1951, 1985, S. 300 f., 312 f. und 560. Im Juli 1951 wurde *Bleek* zum Staatssekretär im Innenministerium ernannt. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 497 und 518 f.

23 Worauf diese Bemerkung speziell zielt, entzieht sich der Kenntnis. Zum Problem der Zuständigkeitskonflikte zu Beginn der Ära Adenauer und des Bundeskanzlers Zögern, sie zu regeln: U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 250.

24 Bezieht sich sehr wahrscheinlich auf den „Wirtschaftspolitischen Ausschuß bei dem Herrn Bundeskanzler", der seit dem Januar 1950 in unregelmäßigen Abständen tagte und sich im Februar 1951 mit den wirtschaftspolitischen Problemen befaßt hatte. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 169 f.

25 Bundesversorgungsgesetz vom 20. 12. 1950. BGBl. 1950 I, S. 791. Zu den langwierigen Beratungen hierüber im Kabinett KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 499, 523 f., 542, 575–578, 588, 608, 644, 682 f., 725, 752 f., 756 ff., 814 f., 823, 839, 875 und 898.

26 Bezieht sich offenbar auf den Zeitraum von Anfang Juni bis Mitte August 1950, in dem *Adenauer* zunächst an einer Lungenentzündung erkrankt und danach in Urlaub gefahren war.

zu erwarten, weil er persönlichen Ehrgeiz hat. Wenn wir nachdrückliche Gegner der Personalunion zwischen Kanzler und Außenminister gewesen sind, dann deshalb, weil Dinge, die einer schnellen Bearbeitung bedurften, in der Entscheidung ungeheuer verzögert wurden. Schuld liegt auch im Parlament, da wir noch nicht die Parlamentsreform haben. Die maßgebenden Männer sind nicht zu dem Gefühl zu bringen, daß man nicht 1 000 Dinge machen muß, sondern die wichtigsten Dinge schnell und präzise erledigt. Kardinalpunkte, an denen das Schicksal von Millionen Menschen hängen, müssen schnell und rechtzeitig erledigt werden.

Wenn man die Dinge so sieht, wie wir sie sehen, dann ist man pessimistisch hinsichtlich der Regierungsarbeit. Wir werden gerade dadurch die Türöffner der SPD, weil wir an einer Regierung beteiligt sind, die in der Person des Kanzlers liegt. Wenn wir ausscheiden wollen, müssen wir nachhaltig den Versuch machen, einen veränderten positiven Einfluß geltend zu machen. Nur das Scheitern eines solchen Versuches legitimiert uns, die Regierung zu verlassen. Wenn es so bleibt wie bisher, daß das Kabinett und die Regierungskoalition wesentlichste Aufgaben so schlecht erfüllen, daß die Bevölkerung in ihrer Ratlosigkeit immer größer wird, dann sehe ich voraus, daß wir eines Tages eine Majorität der SPD haben. So hart sehe ich die Dinge. Über die Gefahr der Situation darf man sich nicht hinwegsetzen oder hinweglügen. Es bedarf sehr großer Anstrengungen, wenn wir die Vertrauenskrise, die sich in den letzten neun Monaten verschärft hat, aufhalten wollen. Eine Forderung, damit es anders werden kann, an uns selbst: im Kabinett und im Parlament die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wir müssen viel mehr Zeit haben für die wesentlichen Dinge und Konzentration auf die wesentlichsten Dinge.

BLÜCHER: Ich denke nicht daran, die Situation zu verniedlichen. Man muß die einmal vorhandenen Kräfte bei der Abwägung des Möglichen genau und richtig sehen, um auf der anderen Seite auf eine Summe von Einzelheiten einzugehen. Den Ernst der Situation habe ich gestern abend in einer Unterredung mit *Loessl* (Zuckerindustrie Pfeifer und Langen) deutlich gespürt. Der Mann war gestern bei mir, um mir zu sagen, daß Zucker genug da sei, da aber der Rübenpreis erhöht wird, wird der Zucker zurückgehalten, da man weiß, es gibt dann einen höheren Zuckerpreis. Die Situation, vor der wir uns befinden, ist ein „nicht an das Ganze Denken".

Zur Kohlenfrage: Jeder hat seine politische Ehre und die Ehre seiner Einsicht zu verantworten. Auf den wirklichen Mangel habe ich, unterstützt von *Dehler* und *Wildermuth*, mit aller Deutlichkeit und Drängen hingewiesen. Ich war auch entsetzt über die Reden, die *Erhard* vor einem Monat hielt, es wäre alles vorbei.[27] Ende November habe ich ihm gesagt, daß er mich in eine unmögliche

27 Auf welche Reden sich dieser Vorwurf beziehen soll, wurde nicht ermittelt. Erhellend möglicherweise eine Notiz im Tagebuch von Otto *Lenz* über die Kabinettssitzung am 23. 2. 1951, in der es heißt: *Adenauer* „wendet sich gegen Reden von *Erhard*, der prophezeit habe, daß die Preise in zweieinhalb Monaten wieder heruntergingen ... *Erhard* bestreitet Äußerungen wegen der Preise." LENZ-TAGEBUCH, 1989, S. 41.

Lage gebracht hat (Platowbriefe).[28] Ich versuchte, dieses uferlose ins Breite-Gehen zu verhindern. Es ist nicht so, daß das Notwendige nicht gesehen würde.

Zum Thema *Adenauer:* Meine Herren, Sie sehen es richtig und verkehrt in einem. Er ist Meister, was die Dinge im Großen betrifft. Wodurch er sündigt, ist, daß er zuviel selbst machen will. Da ist ein Kreis um *Adenauer,* den man nicht kennt. Ich halte für verantwortlich einen Mann: *Globke,* weil von ihm aus eine akute Lähmung der einzelnen Minister ausgeht, sie werden auf Dinge abgelenkt, die unwürdig sind. Es ist bekannt, daß ich immer gesagt habe, man kann nicht den Außenminister spielen, wenn man Kanzler ist; einmal würde der Kanzler den Außenminister desavouieren und umgekehrt. Ich muß diese Sache zu meinem eigenen Schutz vortragen. Als das Thema *Blücher:* Außenminister ventiliert wurde, ging ein Krieg gegen mich los. Man griff mich an meiner Ehre persönlich an: Ich gefährdete das Ansehen usw. Wilde Gerüchte kursierten, im westfälischen Raum bzw. südwestfälischen Raum wurden hektographierte Briefe verschickt. Ich habe daraufhin den Kanzler festgelegt auf drei oder vier Äußerungen, die er getan hat, daß er sich mit solchen Erzählungen befaßt hat. Ich bot ihm den Beweis an, daß ich in der fraglichen Zeit nie in Damengesellschaft in Paris ausgegangen bin, sondern stets in Gesellschaft meiner Delegation war.[29] (Verliest anschließend einen Antwortbrief *Adenauers:* Überrascht und bedrückt, über Paris hätte ihm niemand etwas gesagt, lediglich, daß *Blücher* Erfolg bei Damen hätte, aber nie im üblen Sinn.) Wegen ähnlicher Dinge sind *Hallstein* und *Haas* zitiert worden, es hat auch geheißen, der Bundespräsident hätte mich vorgeladen. Es ist dies jene bestimmte Art der unvermuteten Störung. *Adenauer* sieht das Notwendige durchaus, er sieht es auch richtig. Er kann nicht durchhalten, weil er alles selbst machen will. Er nimmt sich dann einen illegalen Ratgeber, der den zuständigen Minister auf die Bäume bringt, der angesprochen, vielleicht in sich gegangen wäre, doch jetzt durch ein „Hineinverhandeln" nicht mehr zugänglich ist. Die von *Rademacher* angeschnittene Frage der nicht autorisierten Ratgeber ist eine gefährliche Entwicklung.

Zu *Erhard:* Es ist nicht richtig, nur weil er die drei oder vier Obersätze, die wir über unsere Politik stellen, bejaht, ihm deswegen einen Freibrief für ein allgemeines Nichtstun zu geben. Denn das ist es, worunter wir leiden. Es führt dazu, daß es nicht ein Wirtschaftsministerium gibt, sondern viele. Ich bin nicht derjenige, der sagt: „Weg mit *Erhard!*" Es würde das eintreten, was schon oft in ähnlichen Fällen eingetreten ist, daß wir nicht wüßten, wen wir an seiner Stelle anbieten. *Semler?* Wer ihn aus seiner praktischen Arbeit kennt, wird ihn nicht empfehlen. Ein Landeswirtschaftsminister, der es gut machen

---

28 Der Bezug ist nicht eindeutig verifizierbar. Möglicherweise wird auf Äußerungen *Erhards* angespielt, über die der Platow-Brief am 11. 11. und 15. 11. 1950 berichtete. Hiernach hatte *Erhard* die Verknappung der Kohle relativiert und die Unterbelieferung im Durchschnitt mit lediglich 10 % beziffert. Zur Rohstofflage allgemein war von *Erhard* mit den Worten Stellung genommen worden, daß er sie „nicht für alarmierend halte".

29 *Blücher* an *Adenauer* vom 7. 3. 1951, NL Blücher 79. Antwortbrief *Adenauers* nicht ermittelt.

würde, ist SPD *(Veit)*. Wir hätten noch einen anderen, den ich aber für eine Persönlichkeit zweiten Ranges halte, das ist *Seidel*. Wir persönlich könnten einen Mann mit unerhörter Arbeitskraft stellen: *Wellhausen*. Er würde es am besten machen, er würde eine einheitliche Verwaltung schaffen. Es würde das vielleicht das Ausscheiden des einen oder anderen von uns bedeuten. Ich könnte mir vorstellen, daß im Zuge der Parlamentsumformung ich unten säße; aber wird das durchzuhalten sein? Wenn das so ist, dann müssen wir *Erhard* gegenüber eine andere Politik einschlagen als bisher. Dann werden wir den Mund halten. Denn die Schädigung unseres Ansehens ist entstanden [dadurch], daß wir zu viel reden. Wir müssen zu einer Linie kommen, die eingehalten werden muß. Wenn der Vorstand und zwei oder drei Herren ermächtigt werden zu handeln, ohne jeweils zu fragen, dann kann sich die Situation so entwickeln, daß wir in bewußter Distanz von Personaldingen uns immer wieder überlegen, was wir an direkten Forderungen hinsichtlich einer unverzüglich zu leistenden Arbeit vorzubringen haben, und daß dahinter der Druck steht: Diese Leute sind bevollmächtigt. Die von mir vorgetragenen Dinge dulden keinen Aufschub; vom Wirtschaftsministerium ist noch nicht ein Schritt getan, um die Dinge zu klären. Praktische Politik ist, daß sich sechs Leute von uns insgesamt immer wieder zusammensetzen und die Sofort-Dinge nicht nur überlegen, sondern vortragen und ultimativ vertreten, um das Gefühl einer lebendigen Arbeit zu wecken, das Gefühl, daß etwas geschieht. Es wird sich dabei um große und kleine Dinge handeln. Wenn wir das tun, dürfen wir nicht wieder um der Persönlichkeit willen Stellung beziehen.

Warum hat *Erhard* nichts getan? Seine Tragödie ist die eines Künstlers, der wegen eines ihm einmal gelungenen Werkes totgelobt wird und dann nichts mehr tut. Er bringt jedes Opfer, um sich zu halten und daher dieses Nicht-Mitsprechen im Kabinett auch letzthin bei den Fragen der Umsatz- und Körperschaftssteuer. Ich erinnere an die Unterschrift des unglaublichen Briefes, der an den Petersberg gerichtet war (Gesetz 27 - DKV).[30]

Er ist von einem unbändigen Willen getragen, den wir uns nutzbar machen sollten. Er will auf diesem Posten bleiben, da er überzeugt ist, daß es gut geht. Dieses unbedingte „an dem Platz Haften" sollten wir uns nutzbar machen. In den sechs Wochen der Vertretung habe ich mir das Grundgesetz zur Hand genommen, ich habe mir gesagt, ich muß eine gute Atmosphäre schaffen.

Zum Programm Niederbreisig: Es war seinerzeit richtig, in einer Zeit der absinkenden Preise. Die Durchführung ist eine Zeitpunktfrage.

Beschlüsse des Zentralbankrates vom 15. 3.[31]: Ich habe deshalb darauf hingewiesen, ob wir nicht auf *Höpker Aschoff* zurückgreifen sollen, daß die Bundes-

30 Der Brief datiert vom 14. 3. 1951, abgedruckt in: Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Ein Bericht der Stahltreuhändervereinigung, München-Berlin 1954, S. 455 ff. *Blücher* hatte hieran in der Kabinettssitzung am 30. 3. 1951 heftige Kritik geübt. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 276.

31 Anscheinend falsches Datum. Der Zentralbankrat hatte sich am 29. 3. 1951 mit dem von *Blücher* im folgenden angesprochenen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Errichtung einer

notenbank die Aufgabe der Bank deutscher Länder und aller Zentralbanken übernimmt.

Ist der Exportkohlenpreis[32] möglich? Dazu müssen wir die Stellungnahme der anderen haben. Ich bin der Überzeugung, die Amerikaner machen mit, die Engländer bestimmt auch. Es kommt also darauf an, ob die Franzosen mutig oder schlapp sind.

Darin sehe ich die Arbeit des Sechser-Ausschusses der Fraktion, diese Dinge müssen immer wieder aufgegriffen werden.

Ermächtigung[33]: [Es] ist ungewiß, ob sie parlamentarisch durchzusetzen ist.

Steuerhinterziehung: Sie wissen alle, an welche Vorlage ich denke. Wenn die letzte *Schäffer*sche Vorlage schneller behandelt würde, würde die Verwaltung und die einheitliche Veranlagung und die einheitliche Buch- und Betriebsprüfung wieder Tatsache werden, so daß wir das einzige Instrument in der Hand haben.[34] Bestimmte, sehr bedenkliche Steuerzusagen an Betriebe zu machen (Nordrhein-Westfalen), ist auch bedenklich (moralische Frage).[35]

Ich sehe das Wesentliche in der Koordinierung zunächst in dem, daß nicht die einzelnen Ressorts die wesentlichsten Geschehnisse verschweigen und erst an das Kabinett herankommen, wenn es zu spät ist. Neulich sollte in die Tagesordnung eingetreten werden, doch ich fragte vorher, wie das mit dem Konsumbrot sei?[36] Keiner von uns wußte am Freitag morgen z. B. vom Wirtschaftsminister über das Volkswagenwerk etwas.[37] Die Darstellung ließ die Meinung aufkommen, daß es sich um ein gerissenes Experiment von *Kubel* handelt. Er verwaltet das Werk, und alle bisherigen Alarmrufe scheinen nicht durchgedrungen, sondern bei ihm hängen geblieben zu sein.

DEHLER: *Kubel* war am 28. März im Volkswagenwerk und erhielt keine Mitteilung über die Schwierigkeiten, er wußte von nichts.

Bundesnotenbank befaßt und dabei die Unabhängigkeit der Notenbank von Weisungen der Bundesregierung gefordert. Ebd., S. 279 ff.

32 Siehe Anm. 6.

33 Bezieht sich auf die Ausführungen *Schäfers* oben in diesem Dokument. Die Bundesregierung hatte auf den Antrag des Wirtschaftsministers hin zu Beginn des Jahres 1951 die Frage der Einbringung eines Ermächtigungsgesetzes für wirtschaftliche Maßnahmen diskutiert, eine abschließende Entscheidung aber nicht getroffen. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 121, 163 und 196 f.

34 Diese Äußerungen *Blüchers* beziehen sich auf die Vorlagen *Erhards* betr. Sparmarkenplan und *Schäffers* betr. Einführung einer Sonderumsatzsteuer. Hierzu H. R. ADAMSEN, 1981, S. 113-120 und S. 134–138. Was *Blücher* als Vorteil des *Schäffer*schen Planes beschrieb, stieß bei der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels auf Kritik, da sie die mit der „Sonderumsatzsteuer verbundene Offenlegung der Kalkulation" ablehnte. Ebd., S. 137.

35 Bezug nicht ermittelt.

36 Bezieht sich offensichtlich auf die Kabinettssitzung am 30. 3. 1951, KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 275.

37 In der Sitzung des Kabinetts am Freitag, dem 30. 3. 1951, brachte *Blücher* „die Stillegung des Volkswagenwerkes wegen Mangel an Blechen zur Sprache". *Erhard* erklärte daraufhin, daß er hiervon selbst erst einen Tag vorher etwas gehört habe. Ebd., S. 275.

BLÜCHER: Wir wollten nicht über die Sache, sondern über das System sprechen. Wir müssen innerhalb dieses Rahmens wirklich voneinander rechtzeitig wissen, was los ist, damit wir entsprechend beschließen können.

Ich wiederhole: Ich persönlich halte es für unmöglich, auch nur daran zu denken, daß durch irgendeine Maßnahme – außer durch den lieben Gott – *Adenauer* in seiner Stellung angetastet oder geschwächt werden könnte. *Erhard* mit seinem fanatischen Willen, möglichst nichts zu tun, um niemanden weh zu tun, bringt uns in politische Lagen, daß uns nichts vor der Öffentlichkeit verteidigt als sachliche Forderungen.

Zwei böse Belastungen für uns muß ich noch erwähnen. Die eine ist die Opposition der agrarischen Männer gegen *Adenauer*[38], wir finden kein Verständnis für den Staat. Die zweite Belastung sind die nationalsozialistischen Anstrengungen wie Schaffung eines Reichsnährstandes, Diktatur im Agrarsektor usw.[39] Hier müssen wir vorsichtig sein (Staatssekretär *Sonnemann*).[40]

Es wird mir keiner, der die Dinge kennt, widersprechen, wenn ich sage, daß von der Aktivität der DP im Kabinett sehr wenig zu merken ist. *Hellwege,* ein prachtvoller Mann, aber völlig unklar; über *Seebohm* brauche ich nicht viel zu sagen. Wir müssen uns fragen, was können wir erreichen, und wie können wir eine sachliche Entscheidung, wenn sie auf uns zukommt, herbeiführen?

DEHLER: Richtige Wirtschaftspolitik – die Optik ist für uns schlecht. Was *Rademacher* gesagt hat, stimmt. *Euler* hat Vertrauenskrise angedeutet. Von einem echten Gegensatz *Schäffer-Erhard* kann keine Rede sein. Man muß wirtschaftlichen Optimismus haben, die Einnahmen werden sich steigern. Die Frage ist, inwiefern hat die Regierung Fehler gemacht, inwiefern hat sie eine falsche Wirtschaftspolitik gemacht, wie soll sie korrigieren? Zur Forderung, wir hätten handeln sollen: Was hätten wir tun sollen? Wodurch sind die Mißstände möglich gewesen?

Niederbreisig: *Blücher* hat richtig bemerkt, der richtige bzw. günstige Zeitpunkt ist versäumt worden, aber das ist nicht ein Vorwurf für *Erhard,* sondern für *Adenauer.* 1949 begannen die Schwierigkeiten, als die erste Gefahr der Brotpreiserhöhung bestand.[41] Es wäre etwas anderes, wenn man sagen könnte, wir hätten von Anfang an keine klare Wirtschaftskonzeption vertreten. Die

38 Bezieht sich offensichtlich vor allem auf Andreas *Hermes,* den Präsidenten des „Zentralausschusses der deutschen Landwirtschaft". Siehe Günter BUCHSTAAB, Andreas Hermes (1878–1964), in: Jürgen ARETZ u. a. (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 6, Mainz 1984, S. 111; Theodor SONNEMANN, Gestalten und Gedanken. Aus einem Leben für Staat und Volk. Stuttgart-Hannover 1975, S. 73.

39 Staatssekretär *Sonnemann* hat den Reichsnährstand stets positiv bewertet und späterhin eingestanden, daß in der Agrarpolitik zu Beginn der Ära Adenauer „immer noch der Geist des Reichsnährstandes lebendig gewesen sei". Ebd., S. 168. Vgl. auch ders., Jahrgang 1900. Auf und ab im Strom der Zeit, Würzburg 1980, S. 210.

40 Die letzten beiden Worte handschriftliche Ergänzung.

41 Dies war im September 1949 infolge des neuen Wechselkurses der DM der Fall. Die Bundesregierung gab damals eine Erklärung ab, daß eine Preiserhöhung für die Hauptnahrungsmittel, darunter Brot, nicht erfolgen werde. Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1949, 1982, S. 80 ff.

Schwierigkeiten am Kohlenmarkt gehen darauf zurück, daß wir uns nicht rechtzeitig zu Entscheidungen durchgerungen haben.

Außenhandelspolitik: *Blücher* hat uns immer dargestellt, grundsätzliche Fehler sind das nicht, die man uns zur Last legen will. Was hätten wir tun sollen?

Ermächtigungsgesetz: Wir haben uns im Grundgesetz diese Möglichkeit verbaut. Wir könnten nur Ermächtigungsgesetze für ein ganz spezielles Gebiet schaffen, für abgegrenzte Gebiete der Regierung. Wir haben schwer gefehlt auf dem Gebiet der Agrarpolitik. *Schäffer* hat immer darauf gedrängt, die Subventionen zu beseitigen.

MAYER: Wir waren zu feig der Straße gegenüber. Wir wollen doch aber auf den sachlichen Kern vorstoßen. Wir hätten mehr aus dem Niederbreisiger Programm herausholen können. Aber wir können nur das tun, was *Wildermuth* sagt: Improvisieren. Daß unsere Möglichkeiten nicht allzu groß sind, müssen wir eingestehen. Aber ich halte es nicht für richtig, daß wir diese Dinge, an denen wir einen Teil Schuld tragen, zum Gegenstand des Sturzes *Adenauers* machen und als Anlaß zum Austritt aus der Regierung nehmen. Daß wir jetzt eine Kabinettskrise herbeiführen, halte ich nicht für richtig. Das Bild, das *Euler* von *Adenauer* entwickelt hat, stimmt nicht ganz.

Zum Problem *Erhard: Blücher* hat recht, wenn er sagt, daß *Erhard* nicht kämpft, sondern ausweicht, wo es um entscheidende Dinge geht.

WILDERMUTH verweist auf die Tagesordnung und macht aufmerksam, daß die Zeit sehr vorgerückt ist und er am Nachmittag eine andere Verabredung hat. Er führt weiter aus: *Euler* und *Rechenberg* haben erklärt, wenn wir aus dem Kabinett ausscheiden, so muß das von langer Hand vorbereitet werden. Ich glaube, daß dies nicht der Fall ist und diese Debatte ausscheidet. Ich wiederhole die wichtigsten Punkte: 1. Exportförderung, 2. Investitionen für Eisen und Kohle, 3. der Ausgleich des Haushalts und 4. wie vermeiden wir das Abgleiten in eine Inflation außerhalb des Bundeshaushaltes (Umwälzung der Kaufkraft)? Lohnerhöhung muß aus politischen Gründen folgen, nicht aus volkswirtschaftlichen.

BLÜCHER: Vorschlag modus procedendi.

MAYER: Zum Programm Niederbreisig hat *Stegner* das richtige Urteil abgegeben.[42] Es ist ein ideales 10-Jahre-Programm.

Wildermuth meint, die Reaktion der Bevölkerung auf die steigenden Preise zu ändern. Ich halte das nur dann für möglich, wenn im Bundespresseamt das geschehen würde, was seit einem Jahr geschehen sollte. Wie leicht unser Volk zu beeinflussen ist, sehen wir doch aus der falschen Berichterstattung. Konsumprotz ist die Auswirkung der Presse. Das, was vor einem Jahr nicht möglich war, ist plötzlich möglich.

Es ist heute noch nicht darüber gesprochen worden, wie richtig oder wie falsch unsere Zinspolitik ist. Immer wieder ist mir vorgehalten worden die Spanne zwischen dem Haben-Zins und dem Soll-Zins. Ich selbst bin nicht der Mei-

42 In der überlieferten – unvollständigen – Vorlage über diese Sitzung nicht enthalten.

nung, daß wir eine Massenbewegung starten können. Aber auch Wirtschaftsleute sagen, es fällt uns nicht ein, unser Geld zur Bank zu bringen.[43] Man muß dieses Problem sehen.

Auf Programme wollen wir verzichten, der Meinung bin ich auch. Aber es muß etwas geschehen mit der Aufstellung der Punkte. Wir haben das zwar neulich getan[44], nachher ist aber nichts geschehen. Ein kleines Gremium muß sich zusammensetzen und muß sich Gedanken machen, wie können solche Punkte weiter verwertet werden und an die Gesetzgebung herangebracht werden.

Besprechung in Düsseldorf mit *Blücher*[45] parteipolitisch gesehen: Wenn hier beschlossen würde, wir treten aus diesem oder jenem Grund aus der Koalition aus, dann müßte ich morgen dem gesamten Personal der Bundesgeschäftsstelle vorsorglich kündigen, weil uns in zwei bis drei Monaten kein Mensch mehr unterstützt.

Wir sollten zum Schluß noch eine Frage besprechen: Steuerfond in Nordrhein-Westfalen[46], von dem ich zum erstenmal höre. In diesem Zusammenhang verweise ich auf einen Aufsatz von Reinhold *Maier*. Durch die Liederlichkeit der anderen Länder ist Württemberg-Baden zahlungsunfähig geworden.

Oellers: Ich habe nicht den Eindruck, daß sich die heutige Diskussion wesentlich unterscheidet von den Diskussionen der letzten Besprechungen. Wir gehen immer wie die Katze um den heißen Brei herum. Wir sind in einer Vertrauenskrise, aber das ist eine Krise der Person. Ich gebe *Rechenberg* recht, hier ist nicht zuletzt die Schuld beim Kanzler. Man muß sich klar sein, wir haben drei hervorragende Persönlichkeiten: *Schäffer, Erhard, Blücher,* aber sie sind kein Gespann. Man kann *Blücher* mit *Erhard* oder *Blücher* mit *Schäffer* zusammenspannen, aber nicht anders.

Schäffer ist ein ausgezeichneter Finanzminister, von Geld und Kredit versteht er aber nichts. Im entscheidenden Moment gibt er die Mittel nicht frei. *Niklas* hat sich gegen *Schäffer* nicht durchsetzen können. Durchzusetzen sein muß

---

43 *Mayer* nahm hiermit eine Kritik auf, die Arbeitsminister *Storch* am 8. 3. 1951 im Kabinett vorgetragen hatte. *Storch* bemängelte, „daß der Betrag, den die Verzinsung von Spareinlagen erbringe, bei weitem übertroffen werde von der Wertminderung, die das angelegte Spargeld im Laufe der Zeit erleide". Kabinettsprotokolle 1951, 1988, S. 214.

44 Bezieht sich möglicherweise auf die sog. „Kasseler Beschlüsse", die der Hauptausschuß am 24. 9. 1950 verabschiedet hatte. Die einzelnen Entschließungen standen unter den Überschriften: Sofortige Errichtung des Außenministeriums, Zur wirtschaftlichen Entflechtung, Bedauerliche Eingriffe in die Gesetzgebung, Revision alliierter Urteile, Zur Mitbestimmung, Preise und Löhne, Rückführung der Kriegsgefangenen, Versorgung der Kriegsopfer, Anerkennung des Beamtenrechts und Überbrückungshilfe für entnazifizierte Beamte. fdk, 1. Jg., Nr. 66 vom 27. 9. 1950, S. 5–9.

45 *Blücher* war am 29. 3. 1951 in Düsseldorf mit 60 Industriellen zu einem Gespräch zusammengetroffen. ADL, Ordner-Nr. 2786.

46 Zur Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln zur damaligen Zeit die knappen Hinweise in: Günter Rabus, Die innere Ordnung der politischen Parteien im gegenwärtigen deutschen Staatsrecht, in: Archiv des öffentlichen Rechts 78 (1952/53), S. 191. Aufsatz von Reinhold *Maier* nicht ermittelt.

aber entweder die Verabschiedung *Schäffers* oder *Erhards.* Welchen Weg man geht, mag man sich innerhalb der Fraktion überlegen. Es muß endlich damit aufgehört werden, daß sich um *Globke* ein besonderes Ministerium bildet. Es muß endlich eine anständige Publizistik geschaffen werden. Die Methode, die *Churchill* angewandt hat, ist dem Volk durchaus verständlich, man darf nicht jede Situation rosenrot malen. Wir müssen uns endlich einmal in der Frage der Personenkrise klar werden. Sind wir stark genug, die notwendigen Maßnahmen zu treffen?

BLÜCHER: Aus mancherlei Gründen ist mir *Schäffer* ungemein unsympathisch, aber wir bekommen ihn nicht weg, und es wäre psychologisch verkehrt. Obwohl er gehaßt wird, gilt er als Bollwerk der Aufrechterhaltung der Stabilität. Wir können nicht gut jetzt jemanden entfernen, der als der Gralshüter einer soliden Finanzwirtschaft gilt. *Niklas* hat nur einen Fehler, er ist *Schäffer* gegenüber zu schwach.

Ich halte an meiner Auffassung fest, jede Woche Montag, statt organisatorische Fragen zu besprechen, sich in aller Deutlichkeit und Verantwortlichkeit zusammenzusetzen. Stoßen wir dann wieder ins Leere, dann wird vor uns eine Lage entstehen, die uns vor große Entscheidungen stellt. Wir müssen als die Triebfeder einer wirklichen Aktivität erscheinen.

13.30 [Uhr]: Mittagspause. Beginn der Nachmittagssitzung:

14.45 Uhr

[PARTEIEN IM RUNDFUNK]

BLÜCHER verliest einen Brief aus Hamburg. Die Pressereferentin des Landesverbandes Hamburg, gleichzeitig auch Verbindungsfrau zum NWDR, Dr. *Anders,* fragt an, ob die Partei die Teilnahme der folgenden Parteien an den Sendungen des NWDR grundsätzlich billigt. Es kommen hier in Betracht: KPD, Gericke-Gruppe, SRP, DRP[47] und Deutsche Reichspartei.

Bei den beiden zuletzt genannten Organisationen sind die Hintermänner noch unbekannt. Sie habe beim Bundesverfassungsschutzamt Rückfrage gehalten, das ihr im Laufe der Woche eine Auskunft erteilen würde. *Rademacher* soll dazu Stellung nehmen.

RADEMACHER will sich mit *Schäfer* in Verbindung setzen wegen der beiden letztgenannten.

OELLERS bittet um Vorsicht bei diesen beiden Parteien, da hierin Elemente vorhanden seien, die nicht bekannt seien. Grundsätzlich [werden die] drei ersten Parteien verneint.

47 Gemeint ist die Deutsche Rechtspartei, gemeinhin abgekürzt als DR. Hierzu Horst W. SCHMOLLINGER, Die Deutsche Reichspartei, in: R. STÖSS, 1983, S. 1138. die Abkürzung DRP dagegen gebräuchlich für die Deutsche Reichspartei.

[SCHUMANPLAN]

BLÜCHER führt weiter aus: Für die Behandlung des Punktes Schumanplan fehlt Dr. *Rechenberg*. Es ist mir im Augenblick daher unmöglich, zu dem Schumanplan etwas zu sagen oder wirklich Stellung zu nehmen, da fehlt die Saarfrage. Aber keiner von uns hat an der Donnerstags- oder Freitagssitzung vom auswärtigen Ausschuß teilgenommen. Dabei ist ein Brief herausgekommen[48], und ich kann, da ich den Brief erst in letzter Minute erhalten habe, ohne inhaltliche Kenntnis und wortwörtliche Zitierung hierzu nicht berichten. Dazu bin ich nicht in der Lage, denn dieser Brief ist erst gestern mittag um 2.00 Uhr in meine Hände gekommen. Ich bin also zu einem solchen Bericht leider nicht in der Lage.

Dr. DEHLER: Die Dinge werden dann brennend, wenn es gilt, wenn die Frage des Parlaments, der Ruhrbehörde auftritt. Das müßten wir klären. Das sollte der Brief bringen. Wenn ich darüber berichten sollte, müßte ich, wie ich Ihnen bereits erklärte, den Wortlaut vorliegen haben.

MAYER: Ich möchte nur die Frage der Vertretung der Gremien wissen.

BLÜCHER: Diese Frage soll durch eine regionale Gruppe geklärt werden. Es ist auch so, daß uns ein deutschfühlender Saarländer immer noch lieber ist als ein anderer.

Betr. Schumanplan möchte ich sagen, daß wir [uns] noch nicht so mit lautem Getöse äußern sollten. Ich sehe die Gefahr des Schumanplanes in den nächsten Jahren für so ungeheuerlich groß an, daß ich mich nicht ein einziges Mal ohne Vorbehalt geäußert habe. Ich würde es für sehr unglücklich halten, wenn wir uns mit lautem Getöse für den Schumanplan aussprechen. Es ist in dieser Beziehung von deutscher Seite der Versuch gemacht worden, zur politischen Entspannung beizutragen, aber wir sollten doch erst mal die Praxis sehen beim Durchexerzieren der Investitionen, der Gestaltung des Kohlebergbaues und bei den zukünftigen Entscheidungen über die Form und den Umfang der Gesellschaften. Erst dann werden wir sehen, ob der Schumanplan richtig ist.

EULER: Die Durchführung (erfolgreiche Durchführung) des Schumanplanes hängt davon ab, daß sich in der Praxis europäischer Geist bewährt.

BLÜCHER: Ich gebe Ihnen Recht, auf der anderen Seite ist das Gesamtverhalten der Franzosen nicht so und nicht im Zeichen dessen, was man eigentlich erwarten könnte und müßte in dem Augenblick, wo man von uns einen Verzicht auf souveränes Recht in einem solchen Ausmaß verlangt. Ich glaube aber, daß wir es nicht nötig haben, uns so laut zu äußern. Wahrscheinlich steht die Behandlung nicht vor Januar nächsten Jahres in Aussicht. Die französische Haltung gegen[über] dem Schumanplan ist zwiespältig, deshalb ist es nicht nötig, uns durch allzulaute Bejahung festzulegen. Es bringt Gefahren für uns, darüber müssen wir uns klar werden. Es ist doch letzten Endes so, daß das Land, das sich bei der Kohlenknappheit betroffen fühlt, daß das praktisch den Schu-

48 Nicht ermittelt. Zum Zusammenhang von Schumanplan und Saarproblem im April 1951 die Hinweise in: ADENAUER. BRIEFE 1951–1953, 1987, S. 44 f.; TEEGESPRÄCHE, 1984, S. 68 ff.

manplan in bestimmten Teilen aufgibt. Ich halte es für nötig, daß wir auch auf die Verpflichtungen der anderen draußen hinweisen.

Dann kommen wir zum Punkt 3:

AUSSENPOLITISCHE LAGE

Hier ist eine Entscheidung von außerordentlicher Tragik. Wir sind nicht in der Lage, hier an einem kurzen, sehr kurzen Vortrag vor dem Vorstand vorbeizukommen. Es handelt sich um das Folgende.

Im Zusammenhang mit der Überreichung des sehr kümmerlichen Wortlauts des neuen Besatzungsstatuts[49] ist ein Katalog von nunmehr zu behandelnden Fragen aufgestellt worden, Fragen, die behandelt werden müssen zwischen der Bundesregierung und den Vertretern der Besatzungsmächte.[50] Ich muß es deutlich ausdrücken: Ich sehe in der Behandlung eines Teils dieser dort aufgeführten Fragen bis zu Abschlüssen, also wenn sie soweit behandelt würden, daß man zu Abmachungen käme, die die ungeheuerliche Gefahr mit sich bringen, daß wir die Alliierten in die Lage versetzen, daß sie eines Tages sagen, was kümmert uns die Erledigung der Wiedervereinigung und Ostfragen durch Friedensvertrag. Was zu einem völkerrechtlichen Zusammenkommen zwischen uns und auch der Besatzungsmacht möglich ist, ist durch ein Abkommen geregelt. Da ist eine solche Fülle von Fragen angesprochen, deren endgültige Erledigung die Gefahr in sich birgt, daß die Alliierten in einem ihnen geeignet erscheinenden Zeitpunkt sich aus der Sache zurückziehen. Ich habe diesen Katalog sieben oder acht Stunden mit meinen Herren im Hause durchgesprochen und konnte nicht zu einer anderen [Auffassung], und konnte zu keinem anderen Entschluß kommen, der fast die Haltung der Sozialdemokraten war. Ich sehe die ungeheuerliche Gefahr darin, wenn wir nicht bald unter Hinzuziehung von *Pfleiderer, Rechenberg*, wenn wir nicht diese Dinge in einem kleinen Kreis sehr gründlich durchsprechen.

Dabei gibt es aber eine Kardinalfrage, über die uns eigentlich nur *Dehler* wird berichten können, das ist die Frage der Rechtsgültigkeit alliierter Urteile, Entscheidungen gegenüber deutschen Staatsangehörigen, sowohl auf straf-, zivil- und vermögensrechtlichem Gebiet, soweit diese Entscheidungen deutschem Recht widersprechen. Das ist eine Frage, die uns beschäftigen wird, besonders, wenn es auch um die JEIA geht, wird das Ansinnen an uns gestellt, daß wir die Regreßansprüche deutscher Staatsangehöriger gegenüber der JEIA geltend machen, [. . .][51] die von dort abgewiesen worden sind. Der Finanzminister ist der Auffassung, daß diese Angelegenheit erledigt ist, ich bin entgegengesetzter Ansicht, daß der Staat eine Treuepflicht gegenüber seinen Staatsbürgern hat und wir uns in dieser Beziehung den Forderungen der Alliierten nicht fügen

49 Revision des Besatzungsstatuts vom 6. 3. 1951; abgedruckt in: FRUS 1951, Vol. 3, Part 2, 1981, S. 1431 f.; AdG 1951, S. 2846 C.

50 Hierbei ging es um Verhandlungen zur Ablösung des Besatzungsstatuts und seine Ersetzung durch ein auszuhandelndes Vertragsverhältnis. Die Verhandlungen begannen am 10. 5. 1951. Auf deutscher Seite leitete sie Wilhelm G. *Grewe*. Hierzu W. G. GREWE, 1979, S. 130–137.

51 In der Vorlage an dieser Stelle ein sinnentstellendes „und".

können. Die Treuepflicht kann allerhand, ein paar hundert Millionen kosten. Die Liquidationsmasse wird um diesen Betrag dann geschädigt. Ich bin der Überzeugung, daß wir uns unmöglich auf den Standpunkt stellen können, daß die willkürliche Macht der JEIA ohne weiteres für uns verbindlich ist. Diese Frage kommt sehr schnell auf uns zu, sie wird uns schon in den nächsten Wochen beschäftigen. Ich bin der Ansicht, daß wir allmählich anfangen sollten, einen kleinen Ausschuß von Staatsrechtlern, Juristen und Politikern zu bilden, der diese Fragen behandelt. Es ergibt sich die Frage, ob der außenpolitische Ausschuß der Partei darauf abgestellt ist. Ich habe nicht den Eindruck, ich glaube, nach der Art seiner Zusammensetzung ist er nicht dazu in der Lage. Ich mache darauf aufmerksam, daß hier Fragen von allergrößter Bedeutung auftreten, Fragen, die uns in die Lage bringen werden, daß [die] SPD als die nationale und wir als die antinationale Partei dargestellt werden. Die Regreßansprüche beruhen auf Nichtlieferung, Fehllieferungen, Mängelrügen usw. Sie kennen doch die Unzahl der Fehlkäufe usw. Ich bitte um Äußerung hierzu, oder man sollte Herrn *Mayer* damit beauftragen, hierfür Leute zusammenzurufen.

Pfleiderer und *Rechenberg* gehören in den Ausschuß hinein. Es ist zu überlegen, ob nicht die Fraktion bereit ist, höhere Beamte der Ministerien zu gewinnen, die sich dann über die Einzelabstimmungen in Verbindung setzen können. *Mayer* sagt, daß wir das ja mal nächste Woche zusammen überlegen könnten, was da zu tun ist.

Dann hätten wir über den Bundesparteitag zu sprechen, es ist ja schon heute morgen hierüber gesprochen worden. Die Parlamentsferien können wir nicht auseinanderreißen. Außerdem muß der Bundesparteitag auch gut vorbereitet sein.

[. . .][52]

Da müßte mal untersucht werden, was mit Erfolg durchsetzbar ist. Ich glaube genauso wichtig wie die Frage des Rundfunks ist die Frage der Verfassung. Es ist eine politische Aufgabe der Partei, daß die Verfassung in ihren gegebenen Möglichkeiten der lebensnahen Entwicklung gesichert bleibt.

MAYER: D. h. also, dafür sorgen, daß die Verfassung nicht an sich selbst stirbt.

Ich möchte den Parteitag etwas aus den Niederungen der tagespolitischen Probleme herausgehoben haben. Deshalb müssen wir auch zur Vorbereitung des Parteitages genügend Zeit haben. Es muß dann durch schriftliche Berichterstattung ein großer Teil dessen erledigt werden, was sonst den Parteitag belasten würde, daß dieses dann nicht mehr vorgetragen werden braucht.

[INNERPARTEILICHE ORGANISATIONSFRAGEN]

SCHÄFER: Wir stehen immer wieder vor der unübersichtlichen Situation hinsichtlich Personen, die innerhalb der Partei tätig sind. Es tauchen auf einmal

52 Textverlust (eine Seite) in der Vorlage; Sprecher nicht feststellbar.

Bewerbungen auf, und wir sind nicht in der Lage, irgendeine Ausskunft geben zu können. Wir müssen eine Personalstelle bei unserer Partei haben, bei der grundsätzliches Material über diese Persönlichkeiten vorliegt. Es ist dies besonders erforderlich, damit wir über die Tätigkeit, die Entwicklung und Vorbildung dieser Leute unterrichtet sind. Wenn wir Anforderungen hatten, dann hat man sich irgendwo was beschafft, etwas zusammengetragen. Wir wissen also nicht genau, wer und was macht der Mann in der Partei. Ich möchte deshalb den Vorschlag machen, daß die Bundesgeschäftsstelle so etwas wie Personalakten anlegt, z. B. [über] die Leute, die in der Partei beruflich tätig sind. Es wird uns so viel zugetragen, und wir wissen dann nicht, ob das richtig ist. Außerdem müssen wir auch die Unterlagen dafür haben, wenn Fragen von Ämterbesetzung auftreten. Dann müssen wir bereit sein und Unterlagen haben, worauf wir zurückgreifen können, als daß wir uns dann erst etwas zusammentragen müssen. Praktisch stelle ich mir den Gang so vor, daß wir zunächst einmal die Landesverbände um Unterlagen bitten und sagen, wen habt Ihr für diesen oder jenen Zweck. Dann legen wir diese Akten an, und wenn dann irgendwelche Dinge außenpolitischer oder verfassungsrechtlicher Art an uns herantreten, dann haben wir immer jemand griffbereit. Wenn wir über gewisse qualifizierte Leute Unterlagen haben, dann können wir auch sagen, diese kommen zunächst dafür in Frage.

Es wird wohl lange dauern, aber eine derartige Personalakte innerhalb der Partei muß bestehen. Wichtig ist, daß wir anhand der bei der Bundesgeschäftsstelle dann vorliegenden Akten Leute für irgendwelche interessanten Ämter systematisch da haben und zur Hand haben. Sollen etwa Leute genannt werden für bestimmte Sachgebiete, dann müssen wir eine derartige Personal-Sachkartei haben, in der die Leute registriert sind, die für die Partei beruflich tätig sind usw.

MENDE: Ich möchte auch vorschlagen, daß wir eine Personalabteilung in der Hauptgeschäftsstelle einrichten, so daß in einem solchen Personalarchiv die hauptamtlich Tätigen und sämtliche Mitglieder, alle Vorstandsmitglieder bis zum Kreisvorsitzenden, alle Mitglieder der Ausschüsse des Bundes und der Länder erfaßt sind. Kreisvorstände, die Vorsitzenden selbst, Kreisgeschäftsführer und auch die Landesausschüsse.

Dann ist es auch notwendig, wenn wir einheitlich vorgehen wollen, alle die Leute zu kennen, die irgendwie in der Berufsgenossenschaft sitzen. Wir müssen ungefähr, wenn wir an Leute herantreten, auch Unterlagen über deren Werdegang haben.

MAYER: Über die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung gehe ich vollkommen mit Ihnen einig. Ich muß Sie nur bitten, uns das Tempo des Auf- und Ausbaues zu überlassen, denn erstens ist dies abhängig von den vorhandenen tätigen Personen und von den verfügbaren finanziellen Mitteln. Ich halte es auch für sehr wertvoll, eine Kartei dieser Art zu haben. Lassen Sie mich von einem Beispiel reden. Es kommt ein Mann und behauptet, der Hauptgeschäftsführer von Sachsen saß zehn Jahre neben *Hitler,* und nun soll man den Gegenbeweis erbringen. Es müssen zunächst Erhebungen angestellt werden. Ich kenne den Hauptgeschäftsführer nicht. Zufällig kenne ich ja sämtliche Hauptge-

schäftsführer. Wenn aber draußen irgend jemand den Geschmack besitzt, irgend einen prominenten Nazi oder Mitarbeiter als Geschäftsführer einzustellen, dann weiß ich das erst, wenn es aufstößt. Ich bin sehr dafür, dieses so schnell wie möglich einzurichten.

Dann möchte ich noch was zu dem Nachwuchs sagen. Es wird in kurzer Zeit eine Entscheidung darüber fallen, ob wir uns von Bundeswegen an der süddeutschen Einrichtung beteiligen sollen, die eine ganz gefährliche Lücke in unserem gegenwärtigen Nachwuchskörper schließen soll.

Es wird bei der augenblicklichen Lage zu erwarten sein, daß in außerordentlich kurzer Zeit der Parteikörper des Bundes vergreist. Ich glaube, durchschnittlich ist das Alter bei 38/39 Jahren. Nun soll dadurch eine Lücke geschlossen werden, daß eine Einführung der Assessoren usw. in die allgemeine und höhere Verwaltung stattfindet. Ich würde es für sehr wichtig halten, wenn es uns gelingt, hier unseren Nachwuchs, unsere Referendare und Assessoren darauf aufmerksam zu machen, daß sie, soweit sie beweglich und interessiert sind, sich doch auch beteiligen, damit wir wenigstens auch den jugendlichen Nach[wuchs] in einem entsprechenden Anteil unserer Leute sichern. Ich glaube, diese Sache wird August/September anlaufen. Da wird es bestimmt wichtig sein, daß da etwas geschieht.

BLÜCHER entspricht der Wortmeldung von *Müller,* die dann überleiten soll zu den dann noch folgenden Ausführungen von Herrn *Mayer.*

[ANTRÄGE DES LANDESVERBANDES NIEDERSACHSEN BETR. PERSONELLE UND FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG]

MÜLLER/LV Niedersachsen: Der Vorstand des Landesverbandes hat mich nach Abschluß der ungeheuren Arbeit einer Landeslistenaufstellung[53] gebeten, dem Bundesvorstand zwei Punkte vorzutragen:

a) Doch unter allen Umständen sicherzustellen, daß rednerisch gesehen eine wirklich große Unterstützung nach Niedersachsen kommt, daß die fest zugesagten Termine auch durchgehalten werden. So habe ich aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gehört, daß mit Bundestagsabgeordneten viele Rednerabschlüsse gemacht worden sind, die jedoch durch plötzliche Umdisponierungen umgestoßen worden sind. So platzten allein in einem Landesverband vor der Wahl sieben, acht oder zehn Versammlungen. Also, vor allen Dingen bittet der Landesverband um diese ideologische Unterstützung. Ich sage dies ausdrücklich, weil man bei uns der Überzeugung ist, daß der Wahlkampf bzw. der Ausgang der Wahl von Niedersachsen für das ganze Bundesgebiet von entscheidender Bedeutung sein wird. Ich glaube, nach den bisherigen Feststellungen im beginnenden Wahlkampf sagen zu können, daß wir nur deshalb keine sozialdemokratische Mehrheit bekommen, weil es in Niedersachsen die SRP gibt, die wahrscheinlich noch weitaus gefährlicher sein wird, wenn sie erst einmal im Landtag oder Parlament die entsprechenden Fraktionssitze errungen hat. Während des Essens wurde eben gesagt, auch in Schles-

53 Für die Landtagswahl am 6. 5. 1951.

wig-Holstein hat die SRP riesenhafte Versammlungen gehabt und nachher nur 1,7 % bekommen. Mit Niedersachsen kann man da aber keine Parallele ziehen, weil es der SRP gelungen ist, eine Reihe sehr ordentlicher Leute zu sich in die Partei zu holen, die auch bereits Kreisverbände aufgezogen haben. Außerdem hat diese Partei restlos die Unterstützung der Jungbauernschaft des Landes.

Die zweite Bitte, die ich dem Vorstand vortragen soll, ist, daß sich der Vorstand darüber Gedanken machen möchte, in welcher Form und ob überhaupt, wenn ja, in welcher Form dem Landesverband Niedersachsen eine finanzielle Unterstützung für die Wahl zugestanden werden könne. Erklärungen brauche ich wohl dazu nicht zu geben.

Das waren die beiden Bitten, die ich vorzutragen hatte, und ich soll dem Vorstand dann auf der nächsten Sitzung darüber Bericht erstatten.

BLÜCHER: Zu Punkt 1 möchte ich sagen, daß dann aber auch der Landesverband günstiger einteilen muß. Ich habe beispielsweise eine Liste mit 25 Terminen bekommen. Wie man sich das vorstellt, wie ich bei meinen drei, vier oder fünf Funktionen 25 mal in Niedersachsen sprechen soll, ist mir schleierhaft. Ich glaube, ich habe gegen mein Gewissen dann von mir aus einen Vorschlag für neun Termine gemacht. Ich bin der Ansicht, soweit es sich reisetechnisch überhaupt ermöglichen läßt, daß ich damit das Äußerste getan habe, denn ich muß darauf hinweisen, daß ich auch noch einige Stunden hier arbeiten muß, daß ich in der Zwischenzeit drei- oder viermal rede und auch montags wieder hier sein muß. Es wäre wohl für die Fraktion nichts schlimmer, als wenn die Mitglieder dieser Regierung, daß diese Mitglieder bei den wichtigen Besprechungen dann noch ausfallen.

Wir müssen eben daran denken, daß wir auch in den Ressorts anständig arbeiten. Wir haben das große Glück, daß einer von den dreien – das ist *Dehler* – den Ruf hat, daß er sein Ressort am besten in Ordnung hat. Ich glaube, wir beiden anderen sollten auch darauf achten, daß wir den guten Ruf erhalten.

Dann aber die Bemerkung von Herrn *Mayer* eben. Es ist wahrhaftig so, daß sehr viel durcheinander ist, und ich möchte noch sagen, soweit bekannte Leute aus der Partei sprechen, muß die Vorbereitung auch so sein, daß nicht allein das Ansehen der Partei dadurch geschädigt wird, daß ein bekannter Mann z. B. vor 30 Leuten reden soll. Das ist für den Redner gleich, aber es ist doch das gegebene Pressematerial für die andere Seite. Was meinen Sie, wie sich die Leute freuen würden, wenn sie eine dick gedruckte Überschrift bringen können: „*Blücher* spricht vor 25 Personen!" Es kommt besonders darauf an, daß die Versammlungen so gut wie irgendmöglich vorbereitet sind, daß man nicht hinkommt und sich durchfragt, wo denn eigentlich die Versammlung stattfindet. Ich glaube, an dem guten Willen der Unterstützung kann man nicht zweifeln, aber dies muß in vernünftigen Grenzen gehalten werden und gut eingeteilt sein. Es geht nicht an, daß in einzelnen Orten allein von der Bundestagsfraktion, sagen wir mal *Schäfer, Mayer, Oellers* und *Blücher* sprechen und irgendwo anders niemand von diesen Leuten. Das muß dann schon entsprechend verteilt werden. Es ist im letzten Herbst im Wahlkampf passiert, daß an

einem Ort allein in eineinhalb Wochen drei von unseren bekannten Leuten gesprochen haben. Das geht nicht und hat keinen Zweck, dann ist eine Versammlung wenigstens sinnlos.

MAYER: Ich habe den Eindruck, daß die Vergewaltigungsaktion, die *Stegner* durchgeführt hat, einigermaßen erfolgreich war, was die Redner anbetrifft. Da wird Rheinland-Pfalz[54] wesentlich schlechter fahren, weil *Stegner* jeden herausschleifte, so daß derjenige nur noch kaum Gelegenheit hatte, Daten anzugeben, da können Sie sich wirklich nicht beschweren.

Was nun die peinliche Frage der finanziellen Unterstützung angeht, so glaube ich sagen zu können – und die Mitglieder unseres Vorstandes haben auch einen gewissen Einblick –, eine Unterstützung durch die Bundespartei ist nicht möglich. Eine Unterstützung zu Wahlkämpfen ist von seiten der Bundespartei in keinem Fall durchgeführt worden. Es ist dies keine Frage des Nichtwollens oder Wollens, sondern eine Frage des Nichtkönnens. Schließlich lebt doch die Bundespartei von dem, was ein paar Landesverbände zahlen und alle anderen nicht bezahlen. Zur Frage der Finanzierung des niedersächsischen Kreises kann ich nur sagen, daß Sie glücklich sein können, daß *Euler* friedlich gesinnt und *Middelhauve* und *Rechenberg* nicht da sind, sonst hätten Sie doch verschiedenes Unangenehme erfahren müssen über die Abgrasung nordrhein-westfälischer und hessischer Gebiete durch Finanzakquisiteure von Hannover. Wir können es beim besten Willen nicht.

MÜLLER: Ich muß Ihnen sagen, daß die Gesamtsumme, die der Partei durch Finanzierung auf fremdem Boden zugeflossen ist, verschwindend gering ist.

MAYER: Wir müssen immer wieder hören, daß der eine sagt, wir haben jetzt nichts mehr mit Euch zu tun, wir haben doch schon Niedersachsen gegeben. Dies bringt nur im Endergebnis ein Minus. Das ergibt dann nur, so wie wir es in Nordrhein-Westfalen festgestellt haben, daß die Leute dann überhaupt nichts mehr geben.

MÜLLER berichtet über Annoncen-Aufträge für das „Sprachrohr".[55] Es sind Firmen an uns herangetreten wegen des großen Absatzes (125 000 Auflage), da sie dadurch an Kreise herankommen, die sonst nicht erschließbar sind. Zum Landtagswahlkampf sind auch Sammlungen durchgeführt worden.

WEIRAUCH: An uns sind Firmen herangetreten, daß diese Einzelaktionen aufhören sollen, denn wir schaden uns selbst damit.

EULER: *Keil* war in Hessen tätig, ehe er nach Niedersachsen ging. Er hat nicht gesagt, daß es für seine Zeitungen ist, sondern er hat für den Wahlkampf in Niedersachsen gesammelt. Wir wissen, wie groß die Not ist, aber wenn die Dinge in Übereinstimmung gemacht würden, wäre zu vermeiden, daß kurze Zeit darauf von Hessen jemand kommt. Die Landesverbände dürfen nicht getrennt vorgehen. Bei großen Aktionen bei Firmen, die uns nie im Stich gelassen haben, besteht die Gefahr, daß die Firma sagt, jetzt ist Schluß. Wir sind

54 In Rheinland-Pfalz waren Landtagswahlen für den 29. 4. 1951 angesetzt.

55 „Das Sprachrohr". Organ der FDP Niedersachsen. 1957 fortgesetzt unter dem Titel „Niedersachsenkurier".

nun leider aber auf Spenden angewiesen, und die Firmen werden uns entfremdet, die sonst immer bereit gewesen sind zu geben. Wenn dann noch wilde Aktionen von anderen Landesverbänden gestartet werden, dann ist die Auswirkung sehr ungünstig. Wir bitten Niedersachsen dringend, derartige Dinge, die im Bereich von Hessen liegen, zu unterlassen.

MAYER: Ich werde gezwungen sein, an diesem Parteitag grob zu werden, wenn einer mit dummen Anfragen kommt, weil bei der Eigenart und der Finanzierung unserer Partei einfach nicht geredet werden darf darüber. Wir befinden uns dauernd der Situation gegenüber, angegangen zu werden um finanzielle Zuwendungen zu der und der Sache aus der Vorstellung heraus, daß Bonn von da und von dort bekommt, weil Sie nicht wissen, wie viel mehr nicht gemeldet wird und wieviel nicht abgeführt wird. Ich möchte bitten, der Schaffung eines Gremiums zuzustimmen, das satzungsmäßig nicht vorgesehen ist, das ein Gremium von Männern sein soll, die unterrichtet werden sollen, die uns hier in Bonn abdecken müssen dagegen, daß wir hier das Rückenmark unseres Volkes veraasen, und die auch in der Lage sind, die Finanzen ihrer eigenen Landesverbände abzustimmen mit den Finanzen der Bundespartei. Ich bitte um Zustimmung, daß ich von Zeit zu Zeit die Landesschatzmeister nach Bonn bitte, um sie zu unterrichten, wie der Fortlauf der Konsolidierung der Parteifinanzen ist. Ich glaube, wir sind in einer solchen Entwicklung, weil ein Landesverband nach dem anderen zustößt und wohl auch das Gefühl der Anständigkeit draußen wächst, indem [man] nicht dauernd die Bundespartei, die man haben wollte, betrügt.

EULER: Der Vorschlag *Mayer* ist sehr vernünftig, daß wir ihn ohne weiteres beschließen sollten.

BLÜCHER stellt einstimmige Annahme des Beschlusses fest.

[ZUR KOALITIONSPOLITIK DER FDP]

EULER berichtet über Ausschnitte aus dem „Kurier".[56] *Meineke* hat erklärt, das Ergebnis der Vorstandswahlen werde keine Änderung bringen, auch nach den Bürgerschaftsneuwahlen im Oktober wird es in Bremen nicht möglich sein, die marxistische Mehrheit zu beseitigen. Es scheint mir sehr verfrüht, diese Erklärung abzugeben. Ich halte das nicht nur für unklug, sondern den Interessen der Partei zuwiderlaufend. Ich bin der Auffassung, daß *Blücher* das im Auftrag des Vorstandes *Meineke* verständlich machen sollte.

BLÜCHER: Ich bin gern bereit, in diesem Sinne *Meineke* zu schreiben oder mit ihm zu sprechen. Auf der anderen Seite stehen wir hier vor einem Politikum, das sich nicht kurz abtun läßt. Erst gestern wurde wieder eine politische Rüge

56 Gemeint ist der „Weser-Kurier". Meldung nicht ermittelt. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Neuwahl des Vorstandes der BDV, die durch den Rücktritt *Meinekes* vom Amt des Vorsitzenden notwendig geworden war. Zu seinem Nachfolger wurde *Wenhold* gewählt. *Weirauch* an *Blücher* vom 23. 4. 1951, ADL, Ordner-Nr. 133. Die Bürgerschaftswahlen fanden am 7. 10. 1951 statt.

für *Kaisen* beschlossen.[57] Es ist eine unserer Aufgaben, nicht immer wieder durch allzu unkluges Abrücken von jeder Möglichkeit, einmal die SPD auszuspielen, uns zum Gefangenen der CDU zu machen. Ich hätte mich nicht dazu geäußert, aber dieses dauernde Aussprechen des einen Gedankens: „Wir werden niemals mit Euch gehen" zwingt uns unter die Botmäßigkeit der CDU, die dann sagt: „Die sind festgelegt, diese Marschroute kennen wir." Wenn es uns gelingt, durch dieses Verhalten die andere SPD in ihrem Einfluß auf *Kaisen* zu vereinigen, wäre dies ein Positivum. Es ist gut, daß dieses Thema angeschnitten wurde. Ich kann gern an *Meineke* schreiben, aber auf der anderen Seite sollten wir uns eines überlegen: Allzu eindeutige Festlegungen nach der einen oder anderen Seite bringen uns um die Handlungsfreiheit. Letzten Endes im Hintergrund aller Entscheidungen kann eine Entwicklung stehen, die uns wünschenswert erscheint (Württemberg-Baden).[58] Wir haben gewußt, daß sich die CDU der Verantwortung entziehen wird, damit sie dann hausieren gehen kann: „Da sitzen die bösen Heiden; schlagt sie, damit das Reich Roms gesichert wird!" Wir sehen, wie ungeheuer notwendig es ist, eine Taktik zu vermeiden, die später schadet.

EULER: Daß für *Kaisen* außergewöhnliche Momente gegeben sind, mag stimmen. Aber ich will abstimmen auf die gegenwärtige Situation. Niedersachsen steht in einem schweren Kampf, der erschwert wird noch durch die Erklärung, die von Bremen kommt.

BLÜCHER: Die eindeutige Festlegung bringt uns aber unter das Joch der CDU. Ich wollte die Gelegenheit wahrnehmen, um überhaupt vor diesen dauernden Festlegungen zu warnen. Wenn die Sache richtig läuft, werden wir bei einigen Sachen sehr herzlich mit der SPD zusammenstimmen, z. B. bei der Bundesnotenbank[59], bei der Aufgliederung des Südwestraumes.[60] Wir werden hier schon unsere außerordentliche Stärke, die in unserer Mittelstellung liegt, deutlich machen müssen, daß wir da sind und unsere Entscheidungen geben können.

---

57 Der SPD-Vorstand hatte am 31. 3. 1951 eine Erklärung *Kaisens* zum Schumanplan mißbilligt, da sie „im Widerspruch zur ablehnenden Stellungnahme der SPD" gestanden habe. BPA-Archiv, Inlands-Pressebericht für den Bundespressechef vom 2. 4. 1951.

58 In Württemberg-Baden gab es seit dem 15. 1. 1951 eine Regierung aus DVP und SPD unter Reinhold *Maier*.

59 Bezieht sich auf den im Kabinett zur Beratung anstehenden Gesetzentwurf über die Bestimmung der Bank deutscher Länder zur Währungs- und Notenbank des Bundes. Zwischen den Koalitionspartnern war es zu Meinungsverschiedenheiten über die grundsätzlichen Fragen gekommen, ob die Bank abhängig oder unabhängig von der Bundesregierung geführt und ob sie zentral oder dezentral organisiert werden sollte. Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 279 ff. Zu einer Einigung kam es im Verlauf des Monats April 1951 (ebd., S. 313), und das entsprechende Gesetz vom 10. 8. 1951 wurde gegen einige Stimmenthaltungen angenommen. BT STEN. BER., Bd. 8, S. 6368 A–6369 A.

60 Die FDP/DVP trat stets für die Bildung eines Landes Baden-Württemberg ein und stieß hiermit vor allem auf den Widerstand der badischen CDU. Dazu Dietrich BERGER, Das Erbe der Väter. Für Demokratie und freie Wirtschaftsordnung, in: P. ROTHMUND/E. R. WIEHN, 1979, S. 197 ff. Die Haltung der SPD war in dieser Frage mit der von FDP/DVP deckungsgleich. Vgl. Horst DÄHN, SPD im Widerstand und Wiederaufbau (1933–1952), in: Jörg SCHADT und Wolfgang SCHMIERER (Hrsg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute, Stuttgart u. a., 1979, S. 229–232.

EULER: Das ist nur insofern richtig und wird so von der Bevölkerung verstanden, daß wir in Fragen der deutschen Einheit unseren Standpunkt mit Hilfe der SPD durchsetzen.

MAYER: *Euler* hat recht, und *Blücher* hat recht. Die beiden Persönlichkeiten, die in Bremen gegeneinanderstehen, sind beide gleich reizende Menschen und Charaktere. Aber politisch sind beide nicht taktsicher. Ich glaube, wir sollten nicht so darüber hinweggehen, was *Blücher* anschließend gesagt hat. So weit wir hier schwach sind, wurde der Grundstein dieser Schwäche schon bei der Wahl zum Bundestag gelegt, da wir immer wieder betont haben, unter keinen Umständen mit der SPD. Wir begaben uns damit unserer Macht gegen die CDU. Wir müßten *Adenauer* sagen können: „Wenn Du nicht willst, machen wir morgen mit *Schumacher* eine andere Koalition." Wir müssen die Möglichkeit haben, die beiden gegeneinander auszuspielen. Ich habe mich scharf genug gegen die große Koalition ausgesprochen. Taktisch war es unklug, was *Meineke* gesagt hat. Genauso unklug ist aber: „Unter keinen Umständen mit der SPD." Heute bin ich um eines froh, daß es in Württemberg vorexerziert wird, daß es auch ohne sie [CDU] geht.

DEHLER: *Entholt* ist gegen diese Erklärung von *Meineke*.

GLAESSER: Vor einigen Tagen wurde mir von einem maßgebenden Mann der CDU gesagt: „Was wollt Ihr überhaupt? Ihr seid doch festgelegt, Ihr könnt nicht anders, als mit uns mitmachen." Die CDU sieht ihre Hauptaufgabe darin, politische Macht zu bekommen durch Stellenbesetzung. Von *Nowack* als Bundespressechef spricht heute kein Mensch mehr.[61] Eine Reihe von Fragen auf kulturpolitischem Gebiet sind vorhanden, wo die SPD unserer Partei als liberaler Partei näher steht als die CDU.

EULER: Es wäre verfehlt, die Dinge so zu sehen, wie *Glaesser* sie sieht. Kulturpolitische Fragen entscheiden nicht unser Schicksal. Entscheidend wird sein, in welchem Maß der Kollektivismus fortschreitet, Mitbestimmungsrecht usw. Wir haben eine klarere Linie gehalten wie die CDU, und wir werden unseren Einfluß verstärken in dem Maße, wie wir an dieser Politik festhalten, und dadurch wird bei den kommenden Wahlen eine Gewichtsverschiebung zwischen CDU und FDP zu unseren Gunsten stattfinden. Wenn wir uns auf *Schumachers* SPD einlassen, dann würden wir unsere Entwicklung aufs Spiel setzen.

BLÜCHER: Es geht um rein taktische Überlegungen. Ich würde es begrüßen, wenn wir alle nur ein Drittel der Arbeit hätten, um zu dieser eigentlichen Arbeit zu kommen, a) an der die SPD nicht interessiert ist und b) an der wir interessiert sind. Leider kommen wir nicht dazu, kämen wir dazu, würde die CDU unsicher. Leider kommen wir nicht genügend zum politischen Spiel. Mit der großen Grundlinie hat das wenig zu tun, wir könnten aber viel mehr damit erreichen. Ich hoffe aber, wir kommen einmal aus dem Wust der Gesetzgebungsarbeit heraus.

---

61 Siehe Nr. 10.

BEZOLD: Wir wollen doch einmal überlegen, wie grobschlächtig uns in Bayern die CSU ausgespielt hat und ohne weiteres mit der SPD gegangen ist[62]: „Bei Euch braucht man sozialpolitisch keine Angst zu haben, Ihr könnt nicht anders!" Wohl können wir Nutzen ziehen daraus, daß bestimmte Spannungen zwischen CSU und SPD bestehen. Es geht hier um die wichtigsten Belange, mit Hilfe der Kulturpolitik eine Machtpolitik zu erringen. Das ist aber der Wille der CDU in der ganzen Westzone. Wenn sie das durchsetzen kann, wird man allerhand erleben. Wir können hier nicht schlau genug sein, um uns alle Türen offen zu halten, um den anderen einen derartigen Weg zumindest zu erschweren. Wenn wir zu ehrlich sind und unseren Weg zu klar profilieren, dann verlieren wir die Möglichkeit, denen ein Rätsel aufzugeben und uns als ein Gewicht zu empfinden, von dem sie nicht wissen, auf welcher Waagschale es sein wird. Wir verlieren dann das einzige Plus, das wir im politischen Kampf haben. Es ist nicht klug, sich durch ein Presseinterview festzulegen, aber ebenso unklug ist es, sich auf der anderen Seite festzulegen: „nie mit der SPD"!

BLÜCHER: Zu der in den Ländern betriebenen Taktik: Wir bezweifeln viel zu selten die Zuständigkeit der Länder. Vergessen wir nicht, die eigentliche Wirtschafts- und Sozialpolitik liegt nach dem Willen des Grundgesetzes beim Bund, und es würde sich ungeheuer wirksam eine Atmosphäre der Unsicherheit in manchen Fällen erreichen lassen, es könnten Zugeständnisse von der CDU erreicht werden, die uns für einkassiert hält.

EULER: Die SPD denkt nicht daran, auf Dinge zu verzichten, die auf [die] Ebene des Bundes übergegangen sind.

GLAESSER begrüßt, was *Mayer* sagte, daß am kommenden Parteitag mehr die kulturelle Seite betont werden soll. In Düsseldorf[63] hatte man den Eindruck, daß wir eine reine Wirtschaftspartei seien. Wir müssen der jungen Generation gegenüber eine scharfe Abgrenzung zur CDU finden.

Das Bundespresseamt stellt monatlich die Frage nach der Popularität der Bundesregierung. Es ist katastrophal, daß von einem Kredit, der einmal da war, so gut wie nichts mehr vorhanden ist. Die Krise des schwindenden Vertrauens ist die Krise um die Person *Adenauers,* und die FDP geht am Gängelband der CDU. Dieser Eindruck wird uns eines Tages schwer schaden. Wir müssen ein großes Maß von Bewegungsfreiheit wieder haben. (Bringt ein Gespräch mit einem CDU-Mann als Beispiel, der bemerkte: „Wir haben Euch doch in der Tasche!") Man sagt, die FDP ist weder Fisch noch Fleisch, das wird uns in späteren Wahlkämpfen sehr schaden. Es gibt schon Möglichkeiten, wo wir zeigen können, daß wir nicht nur Anhängsel der CDU sind. Ich arbeite nun fünf Monate im Bundespresseamt. Wenn wir unsere Aufgabe erfüllen sollen, Gesetzesvorlagen, die in Vorbereitung sind, propagandistisch an die Bevölkerung her-

62 Bezieht sich auf die Regierungsbildung im Dezember 1950, als CSU, SPD und BHE eine Koalition eingingen. Dazu Ernst DEUERLEIN und Wolf. D. GRUNER, Die politische Entwicklung Bayerns 1945 bis 1972, in: Max SPINDLER (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4, München 1974, S. 624.

63 Auf dem Parteitag vom 28. 4. bis 1. 5. 1950; vgl. Nr. 7.

anzutragen, dann sollte das Kabinett zur richtigen Zeit auf die Gefahren aufmerksam werden. Voraussetzung: Einigkeit im Kabinett und ein publizistisches Organ, das die Möglichkeit einer solchen Tätigkeit gibt. Wir hören nur vom Finanzminister das und vom Wirtschaftsminister das. Wie soll da eine publizistische Wirkung erzielt werden? Der Kanzler hat am liebsten, wenn möglichst wenig gesagt wird. Er ist ein Gefangener von *Blankenhorn* und *Haas*. Vielleicht wäre mit ihm selbst mehr zu erreichen, er wird aber zur Einsamkeit erzogen. Neulich, als er krank war und zum Zeitunglesen kam, hat er festgestellt, daß nicht einmal die CDU-Presse seinem Konzept folgt. Die CDU-Presseleute aber sagen, sie kennen sein Konzept nicht. Jetzt ist von einem neuen Mann die Rede, der da kommen soll. Die Verhältnisse haben sich im Prinzip nicht geändert, wir sind gehemmt, da keine Einigkeit im Kabinett besteht. Wir können uns immer nur auf Auswegsthemen stützen. Ist in diesem Kreise bekannt, daß die Zentrale für Heimatdienst[64] vom Innenministerium eingesteckt wurde? Da gibt es nämlich Geld, in Form eines Fonds. Wir hatten Interesse daran, daß diese Zentrale unserem Amt angegliedert wird. Ich möchte den Vorstand aufmerksam machen, hier einzugreifen und eine andere Lösung zu finden.

BLÜCHER schließt um 17.00 Uhr die Sitzung.

12.

14. 7. 1951: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 94. Überschrift: „Protokoll der Vorstandssitzung in Bad Königstein am 14. 7. 1951." Beginn: 20.30 Uhr.

Teilnehmer: [Baarfuß, zeitweise], Bleek, Blücher, Dehler, Eberhard, Euler, Haußmann, Hanna Katz, Marie-Elisabeth Lüders, Mayer, Middelhauve, Müller, [Naase, zeitweise], Onnen, Rademacher, von Rechenberg, Revenstorff, Schäfer, Schwennicke, Stegner, Völckers, [Weirauch], Wenhold, Wildermuth, Wolf.

BLÜCHER eröffnet um 20.30 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er bringt die Bitte von *Naase* und *Baarfuß* vor, bei der Debatte über die Liberale Weltunion anwesend zu sein. Es bestehen keine Bedenken dagegen.

Da Frau *Ilk* und Frl. *Barowsky* nicht anwesend sind, wird vorgeschlagen, daß Frau Dr. *Lüders* und Frau *Katz* an der Sitzung teilnehmen, welchem Vorschlag ebenfalls zugestimmt wird.

64 Bundeszentrale für Heimatdienst, gegründet 1952. Ab Juni 1953: Bundeszentrale für politische Bildung.

Als erster Punkt der Tagesordnung soll der Einspruch des Bezirksverbandes Wesermarsch behandelt werden und Herr *Weirauch* wird gebeten, einen umfassenden Bericht über diese Vorgänge zu geben.

[EINSPRUCH DES KREISVERBANDES WESERMARSCH GEGEN DEN BESCHLUSS DES LANDESVERBANDES NIEDERSACHSEN VOM 19. 5. 1951]

WEIRAUCH gibt über alle Ausgangspunkte, die zu diesem Einspruch führten, Aufschluß (siehe gesonderten Bericht[1]) und bemerkt, daß die Satzung von Niedersachsen einige formale Mängel aufweist. Es wird zu untersuchen sein, ob das Verhalten *Wächters* als Austritt zu deuten ist; ein formeller Beschluß über den Austritt ist *Wächter* nicht zugegangen. Es erhebt sich auch die Frage: Ist ein Austritt oder ein Ausschluß gemeint? Den Umständen nach ist der Fall des Austrittes gemeint, ein Austritt ist allerdings eine Willenserklärung. Ausdrücklich ist sie bestimmt nicht erfolgt, da dies nicht einmal der Landesverband Niedersachsen behauptet. Schweres parteischädigendes Verhalten läßt sich aber nicht in einen freiwilligen Austritt umgestalten. Der Landesverband Niedersachsen müßte seinen Beschluß aufheben. (Zwischenruf von *Stegner*: Beschluß ist vom Landesverband keiner gefaßt worden, es sind nur Feststellungen getroffen worden.)

Der Landesverband Niedersachsen müßte also seinen Beschluß bzw. seine Feststellung als nicht getroffen ansehen und statt dessen ein ordnungsmäßiges Ausschlußverfahren durchführen.

STEGNER: So einfach sind die Dinge nicht. *Wächter* war seit Beginn Vorsitzender der Kreisgruppe der FDP und hat für die [Niederdeutsche] Union kandidiert. Wir waren also gezwungen, einen FDP-Kandidaten seitens des Landesverbandes aufzustellen, und *Wächter* benutzte seine Dienststelle bzw. seine Stellung, um eine Behinderung des FDP-Kandidaten herbeizuführen. Wir haben davon abgesehen, *Wächter* formal auszuschließen, weil dann sein Rücktritt als Landrat hätte erfolgen müssen. Wir haben deshalb die Form der „Feststellung" gewählt. Wenn die Sache an uns zurückverwiesen wird, werden wir die Wahl anzweifeln und das parteischädigende Verhalten herausstellen. Hier ist festzustellen: Ist es zulässig, daß ein Kreisvorsitzender der FDP für eine feindliche Partei kandidiert? Sie wissen, daß wir eine sozialistische Rechtspartei in Niedersachsen haben. Sie wissen, daß ein Verbot kommen kann. Jetzt schon wird die Tendenz verbreitet, die Mitglieder dann in den BHE einzuschleusen. Eine doppelte Mitgliedschaft ist m. E. im politischen Leben unmöglich. Wenn *Wächter* der Union beigetreten ist – und die Bescheinigung darüber liegt uns vor –, dann kann er nicht der FDP angehören. Das ist entscheidend. Wir hätten *Wächter* ausschließen können, das Material ist so erdrückend, daß der Ausschluß sofort vorgenommen werden kann. Wir wollten es aber ihm und der FDP ersparen. Wenn doppelte Mitgliedschaft nicht zuläs-

1 Kurzgutachten vom 13. 7. 1957 zum Thema: Kann in dem bewußten Zuwiderhandeln eines Kreisverbandsvorsitzenden gegen einen Beschluß des Landesausschusses ein Austritt aus der Partei erblickt werden? ADL, N 1-2313 (NL Dehler).

sig ist, dann kann er nicht mehr Mitglied der FDP sein. Also, wenn die doppelte Mitgliedschaft abgelehnt wird, ist er draußen, oder aber die doppelte Mitgliedschaft wird anerkannt, dann bitte ich um Zurückverweisung an den Landesverband. Nach unseren Satzungen wird der Ausschluß an den Landesausschuß verwiesen, und die Berufungsstelle ist der Bundesvorstand.

MIDDELHAUVE: Wir sollten uns in dieser Sache weniger um die Rechtslage kümmern als um die Frage, hat *Wächter* trotz aller seiner Verdienste, die er um die Partei hat, wegen seiner außerordentlich exponierten Stellung in der Partei so handeln können oder konnte er das nicht. Im Oktober 1950 wurde der Beschluß gefaßt, daß *Stegner* und *Onnen* mit der CDU und DP verhandeln sollten wegen eines evtl. Zusammengehens.[2] Es wurde der Beschluß gefaßt, mit der Einschränkung und Bedingung, daß beide Herren vom Ergebnis der Verhandlungen dem Landesausschuß Nachricht geben mußten und dieser dann rechtsgültig entscheiden soll. Wenn diese Beschlüsse so gefaßt worden sind (5. Juli), dann hatte der Landesausschuß Niedersachsen das Recht, eine endgültige Stellungnahme des Landesverbandes niederzulegen. Es ist dann gesagt worden, daß der Landesausschuß den Zusammenschluß zur Union unter Beteiligung der FDP ablehne.[3] Es spielt keine Rolle, ob Parteifreunde von Wesermarsch zugestimmt haben oder nicht, dadurch war eine eindeutige Rechtslage geschaffen. Die Parteidisziplin verlangte, daß sich jeder nach diesem Beschluß richte, ob er bequem war oder nicht. Wenn ein so exponiertes Parteimitglied wie *Wächter,* der Landrat und Landtagsabgeordneter ist, sich für die Union aufstellen läßt, so verstößt er m. E. in gröblichster Weise gegen die Parteidisziplin. Ich bin der Ansicht, daß *Wächters* Verhalten als parteischädigend angesehen werden kann und muß, um so mehr, als *Wächter* genau wußte, daß die FDP gezwungen war, einen eigenen Kandidaten nunmehr aufzustellen, so daß sich das Schauspiel ergeben mußte, daß der FDP-Mann *Wächter* als Kandidat gegenüberstand einem neuen FDP-Kandidaten. Inwieweit *Wächter* noch darüber hinaus den Wahlkampf beeinflußt hat gegen die FDP, will ich gar nicht untersuchen. Es genügt die Tatsache, daß *Wächter* Kandidat geworden ist.

Es kommt noch hinzu das Problem der Doppelmitgliedschaft. Wir kennen ja den Versuch der Rückversicherung. Wir wissen, daß auch heute Leute in zwei Parteien sind. Doppelmitgliedschaft ist aber unmöglich und unerträglich. *Wächter* wird für sich in Anspruch nehmen zu sagen, er war gezwungen, diese Doppelmitgliedschaft anzunehmen, und heute besitze er sie nicht mehr, aber das entlastet ihn nicht. Über das Problem zu entscheiden, ist Aufgabe des Landesverbandes Niedersachsen. Es ist eine etwas unklare Rechtslage geschaffen worden durch das Schreiben vom 19. 5.[4] Der Landesverband hat nicht klar gesagt: „Sie können nicht mehr Mitglied sein." Wir können hier als Parteivor-

2 Dazu H. G. MARTEN, 1978, S. 234.
3 Ebd., S. 235 f.
4 *Stegner* an *Wächter.* Hierin übermittelte *Stegner* die Feststellung des Landesvorstandes Niedersachsen vom selben Tage, daß *Wächter* sich „seiner Parteimitgliedschaft wegen seines [. . .] Verhaltens begeben" habe. Hinweis auf diesen Brief in: Kurzgutachten, Anm. 1.

stand nicht eine Entscheidung treffen, die der Landesverband nicht klar getroffen hat.

EULER: Wir müssen unterscheiden: Liegt hier ein schlüssiges Verhalten vor, das nach der gesamten Lage der Umstände so eindeutig ist, daß kein anderer Schluß möglich ist als der, daß *Wächter* durch sein Verhalten stillschweigend seinen Austritt aus der FDP erklärt hat, und zwar so, daß, wenn er an der Mitgliedschaft festhalten will, ein Verstoß gegen Treu und Glauben vorliegt? Es ist dies ein seltener Fall, aber ich bin der Überzeugung, daß die Umstände in diesem Fall so völlig eindeutig sind, daß wir einen Austritt durch schlüssiges Verhalten annehmen müssen. *Wächter* war Landrat, Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter. Wenn er sich gegen einen klaren Beschluß des Landesausschusses der Union zur Verfügung stellte und zugleich dort die Mitgliedschaft erwarb, wenn er weiter, um seine Kandidatur wirksam zu gestalten, den Gegenkandidaten der FDP bekämpfte, indem er seine Möglichkeiten als Landrat einsetzte, dann kann nur der Schluß gezogen werden, es hat *Wächter* durch sein Verhalten seinen Austritt erklärt, bzw. sich seiner Mitgliedschaft bei der FDP begeben. *Wächter* wußte auch genau, daß seine Aufstellung für die Union die Gefahr des Verlustes der Landesliste für die FDP mit sich brachte. Dieses letztere Moment hinzugenommen, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das Verhalten nicht anders gedeutet werden kann.

ONNEN: Wie *Middelhauve* bereits angedeutet hatte, war der Landesausschuß beauftragt, die endgültige Entscheidung zu fällen. Nach dem eindeutigen Entschluß, der einstimmig gefaßt wurde, hat *Wächter* versucht, die Dinge umzuwerfen. Das alles geschah wenige Wochen vor der Wahl. Es ist völlig abwegig von *Wächter,* meinen Versuch, ihn zurückzurufen, als Billigung auszulegen für sein Verhalten. Ich habe *Wächter* erklärt, daß sein Verhalten parteischädigend sei, daß der, der sich nicht an die Beschlüsse hält, auszuschließen ist. Er solle sich das überlegen, ich würde mich dafür stark machen, daß er auf die Landesliste der FDP an sichere Stelle gesetzt werde, er solle sich doch von den anderen lösen. Dann geschah noch etwas: In den Zeitung[en] erschien eine schriftliche Erklärung, daß der Kreisverband Wesermarsch sich geschlossen für die Union erklärt habe, *Wächter* ausgetreten sei und von der FDP abgesprungen wäre. Daraufhin hat mich der Vorstand ermächtigt – nach einem vorher gefaßten Beschluß –, die Kreisgruppe Wesermarsch aufzulösen und eine neue Gruppe zu gründen, weil sonst die Landesliste gefährdet gewesen wäre. Bei dieser Besprechung ist dann erörtert worden, daß die Kreisgruppe nicht aufgelöst würde. Es lag bereits ein Schreiben der Fraktion vor, daß er weiter der FDP angehören könne. Was dann abgesprochen wurde, war nicht eine Billigung seines Verhaltens, sondern ein Abkommen, wie der Wahlkampf geführt werden könnte. Ich fragte *Wächter* damals: „Wie stellen Sie sich das vor? Ich muß mir Schritte offenhalten." Ihm ist nie mitgeteilt worden, daß nach der Wahl irgendwelche Folgerungen zu ziehen sind. Wir haben nur mit Rücksicht auf die Wahl in Niedersachsen ein offizielles Verfahren vermieden und verlangt, daß ein neuer Kandidat benannt wurde. Diesen Kandidaten hat *Wächter* wieder bekämpft. *Wächter* war bei dem neuen Kandidaten und hat ihm gesagt: „Wenn Sie gegen mich kandidieren, dann . . .." Ich habe nicht erreicht, daß die Kreis-

gruppe Wesermarsch einen eigenen Kandidaten benannt hätte. Der Vorstand der FDP ist extra wieder zusammengerufen worden. Es stimmt nicht, daß *Wächter* mitgeteilt hat, daß er Mitglied der FDP bleibt, über sein Schicksal würde die Zukunft entscheiden, da er diese Haltung eingenommen hatte.

Wächter hat versucht, in seinem Bezirk, in dem *Post* kandidierte, sich Wahlscheine geben zu lassen, um nicht *Post* zum Zuge kommen zu lassen. Ich wollte in Wesermarsch sprechen. Die Säle waren nie zu haben, denn *Wächter* hatte den Leuten nahegelegt, die Säle als besetzt zu melden. Der Vorstand hat nicht seinen direkten Ausschluß beschlossen, sondern ihn als ausgeschieden betrachtet, da er gegen die Beschlüsse des Vorstandes verstoßen hat. Wir wollten unnötige Schwierigkeiten vermeiden. Ich kann für *Wächter* auch gar nichts vorbringen, da sein Verhalten während der Wahl alles andere, nur nicht FDP-freundlich gewesen ist. Er hat einen Zeitungsaufruf der FDP verhindert, indem er drohte, die Zeitungen zu boykottieren. Ich möchte nicht das Bild aufkommen lassen, als hätte ich dieses Verhalten gebilligt.

DEHLER: Man kann nicht aus dem Verhalten des Herrn *Wächter* schließen, daß er austreten wollte. Er ist ja nicht einer Gruppe beigetreten, die uns entgegengesetzt war. Wir hatten ja erwogen, ob wir mit der Union gehen. Es erhebt sich die Frage, ist denn die Niedersächsische Union überhaupt eine Partei? Hat *Wächter* zu erkennen gegeben, er trete aus der FDP aus gegen den erklärten Willen, für die Union zu kandidieren? Alles andere ist konstruiert. Das einzig Saubere ist nur der Ausschluß, bzw. das Ausschlußverfahren, das ist eine klare Feststellung. Eine schlüssige Austrittserklärung anzunehmen, halte ich nicht für gegeben, nur den Ausschluß.

VON RECHENBERG: Ich glaube, man sollte keine Briefe schreiben. Im Brief vom 26. 6.[5] heißt es: „Im Falle eines Wahlerfolges sollte die Regelung zur FDP besonderen Verhandlungen mit dem Landesvorstand der FDP vorbehalten bleiben. . ."

Wer so handelt, schließt sich automatisch aus, denn . . .

Dann wieder: „Der Sinn der Satzungen geht dahin, daß die, die derartige Handlungen begehen, sich ausschließen."

EULER: So etwas läßt sich nicht generell erklären.

BLÜCHER: Ich halte dringend ein ordentliches Verfahren für erforderlich. Belastendes Material für *Wächter* ist beizubringen. Es ist nicht abwegig, auf eine Besonderheit in Niedersachsen hinzuweisen: Die Zugehörigkeit zu zwei verschiedenen Parteiorganisationen war vorgesehen. Dazu kommt, daß der eingeschobene Satz, den *Rechenberg* anführte, anders, nämlich für den Schuldigen ausgelegt werden kann. Hier ist zweifellos ein ordnungsmäßiges Verfahren notwendig, und es ist weiter dringend notwendig, die Vorbereitung und Vorarbeit für die Satzungsänderungen der Gesamtpartei und die anschließend notwendige Fassung bei den Landesverbänden anzugehen. Diese Dinge müssen

5 Schreiben der Kreisgruppe Wesermarsch an den Bundesvorstand. Einspruch gegen die Feststellung des niedersächsischen Landesvorstandes (Anm. 4) vom 19. 5. 1951. Hinweis auf dieses Schreiben in: Kurzgutachten, Anm. 1.

geregelt werden, da immer wieder die unsäglichen Schwierigkeiten auftauchen, wie sie in Niedersachsen aufgetaucht sind. Ich warne dringend, daß hierin zu leicht Recht zu finden ist.

BLEEK: Es ist schade um unsere Zeit, wenn wir hierüber noch lange reden. Wir können feststellen, daß ein Anlaß zu einem förmlichen Beschluß des Vorstandes nicht vorliegt. Frage: Soll man irgendwelche Meinungsäußerungen diesem Beschluß beifügen? Eine generelle Feststellung ist nicht möglich, es kommt immer auf den einzelnen Fall an. Hier ist aber Anlaß genug zu einem Ausschlußverfahren gegeben.

WENHOLD schlägt vor, den Beschluß zu fassen, daß der Landesverband ein ordentliches Ausschlußverfahren durchführt.

SCHÄFER: Die Union ist keine echte Partei. Die Absicht war damals, die bestehenden Parteien nicht aufzulösen, sondern zu erhalten, wegen des komischen Wahlgesetzes von Niedersachsen.[6] Man soll von der Überlegung ausgehen, *Wächter* hat die Absicht gehabt, sich bei der Union zu beteiligen. Wenn wir eine geschlossene Partei sein wollen, ist das nicht möglich, auch wenn es nur eine Sammlung war und keine echte Partei, auch dann geht so etwas nicht ohne Zustimmung unserer Partei. Bei Kommunalwahlen kann so etwas schon einmal vorkommen. Auch ich schlage vor, ein formales Ausschlußverfahren zu machen mit der Begründung, es geht nicht an für die Einheit der Partei, daß so etwas geschieht.

MAYER: Dieses Verfahren muß stattfinden, schon wegen der Tatsache, daß unter den Mitgliedern die Ansicht geistert, daß *Stegner* und *Onnen* das Ganze tolerieren.

STEGNER: Die Schreiben können nicht zugrunde gelegt werden. Ich habe in Oldenburg eine sehr scharfe Rede gegen *Wächter* gehalten. Die Union ist eben eine Partei, das wäscht kein Regen ab. Die Verhandlungen zwischen *Wächter* und uns waren so, daß er bei uns ein halbes Jahr hospitieren könne, um dann wieder in die FDP aufgenommen zu werden. Doch der schärfste Wahlkampf hat in Niedersachsen zwischen FDP und Union stattgefunden. Unser Beweggrund war zum Schluß, *Wächter* keinen Schaden zu tun, da er sein Landratsamt niederlegen müßte.

BLÜCHER: Es ist die überwiegende Ansicht die, daß die Sache durch ein ordnungsgemäßes Ausschlußverfahren erledigt wird. Ich lege Wert darauf, daß vom Vorstand . . .[7]

Die erste Stellung eines flüssig erklärten Austritts ist der Ausschluß. Wir sind zuständig zu entscheiden, ob diese Voraussetzung vorliegt, sonst könnte jeder Landesverband erklären, das parteischädigende Verhalten eines Mitglieds hat ihn aus den Kreisen der Partei herausgeschmissen. Es ist so, wenn dieses Schreiben[8] an mich gelangte, ich normalerweise also so reagieren würde, daß ich meinen Austritt erkläre.

---

6 Vgl. Nr. 10, Ausführungen *Schröders*.
7 Wechsel der Protokollführung.
8 Bezieht sich auf das Schreiben Anm. 4.

Dr. DEHLER: Wir können doch nur prüfen, ist dieses Verfahren, was Niedersachsen für richtig hält, rechtswirksam? Ich würde es für falsch halten, ohne daß *Wächter* gehört worden ist.

BLÜCHER: Wir geben keine materielle Wertung ab. Sie haben uns das Schreiben bekanntgegeben und vom LV Niedersachsen ist kein formeller Ausschluß getätigt worden. Infolgedessen geht es nicht anders, als daß wir das an den ordnungsmäßigen Ausschuß verweisen.

Dr. VON RECHENBERG: Nach Kenntnisnahme hat der Landesverband erklärt, nunmehr ein Ausschlußverfahren zu machen. Danach haben wir es nicht nötig und warten das Ausschlußverfahren ab.

MAYER: Wir werden dem *Wächter* mitteilen, der Vorstand hat den Landesverband zurückverwiesen und ersucht, ein örtliches Verfahren durchzuführen.

Dr. VON RECHENBERG: Der KV Hannover hat uns mitgeteilt, daß er sich entschlossen hat, ein ordentliches Ausschlußverfahren durchzuführen, oder der KV Hannover hat sich entschlossen, von sich aus ein Ausschlußverfahren durchzuführen. Nach Rücksprache mit uns werden wir daher erst wieder in der Sache tätig werden können, wenn das Resultat der Sache vorliegt.

Es wird daher beschlossen folgender Weg:

Der Landesverband Niedersachsen hat sich in der Beratung entschlossen, ein ordnungsgemäßes Ausschlußverfahren einzuleiten.

MAYER empfiehlt noch den Nachsatz dazu.

RADEMACHER fragt: Wird sich der Kreisverband Wesermarsch dann auflösen, und besteht genügend Grundlage, einen neuen Kreisverband aufzustellen?

STEGNER: Sie brauchen nur mein Schreiben zu lesen, da finden Sie das Wahlergebnis. Herr *Wächter* ist in der Fusion DP/CDU[9] nicht gewählt worden. Hätte er für die FDP allein kandidiert, wäre er gewählt worden. Der Kandidat der FDP hatte 2 700 Stimmen, obwohl ihn niemand kannte. Herr *Wächter* hat von den früheren 9 000 der FDP nur etwas über 1 000 erhalten. Es kann keine Rede davon sein, daß die FDP ohne *Wächter* nicht möglich ist. Der Kreisverband wird aufgelöst. Es wird ein kommissarischer Kreisvorsitzender bestellt. Dieser beruft den Kreisparteitag neu ein. Ich nehme an, daß diese Angelegenheit dem Kreis Wesermarsch eher einen Auftrieb als einen Abtrieb geben wird. Ich glaube, das voraussagen zu können. Es haben uns für den 14. Mann[10] 813 Stimmen gefehlt, und diese Stimmen hat *Wächter* verschenkt, so daß zum ersten Mal in Wesermarsch ein SPD-Abgeordneter infolge der Fusion *Wächters* durchs Ziel gegangen ist.[11]

Punkt 3 der Tagesordnung:

---

9 In der Vorlage irrtümlich „FDP/DP/CDU".
10 Die FDP hatte in der Landtagswahl 13 Abgeordnetenmandate errungen.
11 Hierbei handelte es sich um Max *Schwarz*.

BERICHT ÜBER FRAGEN DER JUGENDARBEIT [IN DER FDP UND ÜBER DEN STAND DES BUNDESJUGENDPLANES]

MÜLLER: Meine Damen und Herren. Wir sind dem Vorstand dankbar, daß ich heute hier Gelegenheit habe zu berichten. Ich muß es einmal sagen: Der Beschluß, diesen Bericht abzugeben, ist nunmehr wohl rund zwölf Monate alt, und ich kann mich aus naheliegenden Gründen, aus den Gründen, was in der Zwischenzeit in der Jugendarbeit geschehen und passiert ist, nicht so kurz fassen, wie vielleicht vor zehn Monaten ich dies gekonnt hätte. Ich kann und darf dabei nicht nur über die eigentlichen Jungdemokraten berichten, sondern auch über andere Organisationen oder Zusammenschlüsse von Jugendorganisationen. Es ist doch so in der Jugendarbeit, daß sehr viele junge Menschen heute nicht wissen, wohin und zu wem sie sich wenden sollen.

Ich muß dabei zuerst auf den Jungen Deutschen Rat[12] kommen. Er wurde im Juli vergangenen Jahres gebildet. Dominierend beteiligt an dieser Bildung, verantwortlich für die Gründung des Jungen Rates waren wir als DJD, weil damals der Wille und Wunsch bestand, es den Holländern, Italienern, Franzosen, Belgiern usw. gleichzutun und auf überparteilicher und überorganisationsmäßiger Ebene ein Gremium zu bilden, das den Gedanken eines vereinten Europas tief und weit hineinzutragen in der Lage wäre. Wir haben damals zur Gründungssitzung des Deutschen Jungen Rates [an] sämtliche parteipolitischen Jugendverbände, Gewerkschaftsverbände, Verbände jugendlicher Studenten wie des Bundesjugendrings, die mitmachen wollten, [Einladungen] entsandt. Die Gründung, die damals durch das Mitglied unserer Fraktion, Herrn *Freudenberg*, forciert und gelenkt wurde, versprach weitgehenden Erfolg, und wir konnten diesen Erfolg insofern ausbauen, daß wir aus Anlaß der Tagung des 1. Europäischen Jugendrings in München[13] es erreicht haben, diese sagenhafte Fahrt nach Straßburg in einem Autobus durchzudrücken, was mit Begeisterung aufgenommen wurde. Die Schwierigkeiten, die sich uns entgegensetzten durch die Zusammenarbeit mit den Amerikanern in München, waren schnell überwunden, und es klappte. Wir haben uns dort in Straßburg unterhalten können mit einer Reihe maßgebender Freunde und maßgebender Politiker aus der Beratenden Versammlung des Europarates.[14] Ich komme erst heute dazu, Herrn Dr. *Schäfer* und Dr. *Preusker* unseren Dank zum Ausdruck zu bringen. Es waren Herren von allen Parteien, CDU, SPD und DP in Straßburg. Die beiden Herren waren die einzigen, die uns unterstützt haben und uns die Wege zum Besuch der Versammlung des Europarates und zum Präsidenten geöffnet haben.

---

12 Der „Deutsche Junge Rat der Europäischen Bewegung" wurde im Juli 1950 auf der Wachenburg bei Weinheim gegründet. Beteiligt waren hieran neben der „Jungen Union", den „Jungdemokraten" und den „Jungsozialisten" der „Bund Europäischer Jugend", der „Internationale Studentenbund" und der „Verband Deutscher Studentenschaften". JUGEND IN WESTDEUTSCHLAND, hrsg. vom Verlagshaus der amerikanischen Hochkommission, München o. J., S. 56.

13 Gemeint ist das Zweite Europäische Jugendforum im August 1950 in München, an dem 500 junge Menschen aus 14 Nationen Europas teilnahmen. Vgl. ebd., S. 55.

14 Zur Fahrt nach Straßburg siehe ebd., S. 54 f.

Nun zum Jungen Deutschen Rat etwas Betrübliches. Der Präsident des Deutschen Jungen Rates kam aus dem Bund Europäischer Jugend bzw. aus dem ISSF. Es war Herr *Schaedla-Ruhland.* Was wir vorher nicht wußten, war das, daß sich nämlich Herr *Schaedla-Ruhland* in allen ähnlichen Gremien zum Präsidenten wählen ließ, daß er zum großen Teil Bezüge in Form von Reisespesen aus den Gremien bezieht, um dann zu verschwinden. Er ist also auf Kosten dieser Gremien durch ganz Europa gereist. Desgleichen hat dies Herr *Bressensdorf* gemacht. Das erste, was der getan hat, war das, daß er Herrn *Freudenberg* die Pistole auf die Brust setzte, und Herr *Freudenberg* dann erklärte, er würde für diese Institution nichts mehr geben. Die zweite Tat war, daß er über den Amerikaner auf Kosten dieses Deutschen Jungen Rates eine dreimonatige Studienfahrt nach Amerika antrat. In Sachen des Deutschen Jungen Rates ist bis heute nichts mehr geschehen, vor allen Dingen, weil wir uns von *Schaedla-Ruhland* und *Bressensdorf* distanziert haben.

Ich brauche wohl über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses politischer Jugendverbände, mögen sie auch noch so unterschiedlich in ihrer Auffassung und Agitation sein, nichts zu sagen. Es ist doch unsere Aufgabe, die politischen Jugendverbände, die jungen Menschen, die heute kein Verhältnis zum Staat, zur Bundesrepublik haben, daß wir die auf der Basis des Ringes politischer Jugend[15] auf überparteilicher Ebene versuchen sollten, in die politische Mitarbeit und über ihre Arbeit in die politische Verantwortung hineinzubringen.

Die erste offizielle Aktion des Ringes in Bad Lauterberg im Harz wurde aus Anlaß der Ostzonenwahlen vom 14. Oktober vergangenen Jahres aufgezogen und war durch die Bereitstellung von Mitteln des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen möglich. Hier hat man hinzuziehen können die Presse aus allen Ländern der Bundesrepublik. Wegen der Schwierigkeiten, die naturgemäß bestehen, und wegen der ungeheuer hohen Kosten konnten wir leider Berlin nicht mit berücksichtigen. Durch diesen Ring der politischen Jugend ist es uns dann gelungen, was uns als einzelne Organisation niemals gelungen wäre. Wir haben Einlaß gefunden in den Bundesjugendplan, der letztlich auf die bekannte Drucksache 1 030 unseres Freundes Dr. *Mende* zurückging.[16]

Dazu muß ich einige Ausführungen machen und möchte vor allen Dingen die Freunde der Fraktion bitten, sich die dort gesagten und zu sagenden Dinge einmal sehr reiflich zu überlegen und zu überdenken. Nach der etwas spontanen Eröffnung vom 19. 12. 1950, vorgenommen durch den Bundespräsidenten

---

15 Der „Ring politischer Jugend" wurde am 7. 10. 1950 gegründet. Ihm gehörten die Jugendorganisationen der Parteien CDU, CSU, FDP und SPD an. Er sah es als seine Aufgabe an, „gemeinsame, aktive Maßnahmen zur Verhinderung antidemokratischen Einflusses auf die junge Generation zu treffen" und die „verantwortungsbewußte Mitwirkung der jungen Generation im politischen Leben" zu fördern. Der „Ring" forderte daher „von Bund und Ländern die gleichberechtigte Anerkennung der politischen Jugendarbeit neben der jugendpflegerischen Tätigkeit der Jugendverbände" und meldete seinen Anspruch auf die diesen Verbänden gewährten „allgemeinen Vergünstigungen und Unterstützungen" an. Siehe Rolf HENNICKER, Die Jugendverbände der Bundesrepublik Deutschland, München 1951, S. 34. Nähere Angaben zur unten erwähnten Aktion in Bad Lauterberg nicht ermittelt.

16 BT STEN. BER., Anl.-Bd. 4. Vgl. E. MENDE, 1984, S. 235 ff.

und Kanzler[17], war einige Monate tödliche Ruhe. Es wurde verkündet, es stehen 53 Millionen DM zur Verfügung.[18] Es kam nach einigen Wochen immer wieder die Tendenz, da seht ihr, es ist typisch, die Bundesregierung hat sich nicht nur an der breiten Masse vergangen, sie betrügt jetzt auch noch die Jugend. Dadurch sind natürlich die Jugendverbände beeindruckt worden. Dadurch ist sehr viel Gift gegen die Bundesregierung und den Bundesjugendplan aufgeworfen worden.

Das Zweite, was uns außerordentlich behindert, ist, daß jede Jugendorganisation in der Bundesrepublik, die anerkannt ist, 50 % der Fahrtkosten erlassen bekommt aufgrund des Jugendpflegescheins. Wir müssen die vollen Fahrpreise für die dritte Klasse mit sämtlichen Zuschlägen bezahlen; es heißt dies, daß diese Kosten sehr schwerwiegend auf unsere Arbeit wirken.

Um einen guten Lehrgang durchzuführen, müssen wir, wenn wir es für 30 Menschen bekommen, für 60 Mann herausholen, sonst ist es unmöglich, diesen Lehrgang durchzuführen. Da ist vor allen Dingen aufgrund der Erfahrungen des letzten Jahres der Landesverband Nordrhein-Westfalen der DJD führend. Der Landesverband führt mit den Geldern des Bundesjugendplans drei Sommerlager durch. Mit österreichischen Freunden aus Tirol werden je 100 Menschen aus NRW ausgetauscht, und daneben gibt es noch ein Mädchenlager.

Nun zu den zentralen Aufgaben.

Zentrale Führungsaufgaben heißt für uns, daß wir in die einzelnen Landesverbände, vor allen Dingen den finanziell schwachen und organisatorisch schwachen, bezahlte Jugendsekretäre setzen können, die rausfahren in die Kreis- und Ortsverbände, um dort organisatorisch und agitationsmäßig zu arbeiten. Dies ist uns aber aufgrund der Bedingungen des Bundesjugendplans verboten, während auf der anderen Seite der Bundesjugendring[19] sich ein komplettes Büro in Altenberg hinsetzen konnte und dafür alles, was dazu gehört, zur Verfügung steht. Ich habe das so breit geschildert, weil sich der Vorstand und die Fraktion der FDP im Bundestag über eins klar werden muß, was ist für den Aufbau der demokratischen deutschen Jugend wichtiger, der Ring politischer Jugend oder der Bundesjugendring. Wir sind nicht aus Egoismus, sondern aus politischer Verantwortung der Meinung, daß es in den nächsten fünf Jahren entscheidend sein wird für die Gestaltung eines demokratischen Lebens oder [seiner] Ablehnung, ob wir bei politischen Jugendverbänden Erfolg haben, Resonanz, und ob wir auf einen entsprechenden Mitgliederstand im Laufe der Zeit

17 Verkündung des Bundesjugendplanes in einem Festakt im Bundeshaus am 18. 12. 1950, KABINETTSPROTOKOLLE 1950, 1984, S. 871.

18 Die folgenden Ausführungen beziehen sich darauf, daß diese veranschlagte Summe im folgenden durch Interventionen von Finanzminister *Schäffer* nur teilweise zur Auszahlung freigegeben wurde. Vgl. DER SPIEGEL, 5. Jg. (1951), Heft 14, S. 5.

19 Der „Deutsche Bundesjugendring" wurde 1949 gegründet. Er stellte einen Zusammenschluß der nicht parteipolitisch gebundenen Jugendverbände dar. Siehe VERBÄNDE UND INSTITUTIONEN DER JUGENDARBEIT IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Ein Überblick, hrsg. vom Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland, München 1980, S. 21 f.

zurückblicken können, wobei es uns gleichgültig ist, ob sich ein junger Mensch für Jungsozialisten, Junge Union oder so weiter entscheidet. Entscheidend ist, daß er mitarbeitet, einen Teil der Verantwortung eines Tages mitzutragen. Wie es später einmal aussieht, wird die Arbeit der Organisationen zu beweisen haben.

Wir haben an dieser Stelle für eins zu danken, für die Zurverfügungstellung von Herrn *Naase*. Wir brauchen aber eins, und zwar richten wir heute die Bitte an den Vorstand, nachdem wir uns mit Herrn *Naase* unterhalten haben, daß wir zu einem möglichst frühen Zeitpunkt Herrn *Naase* als Bundesjugendsekretär zugeteilt bekommen und die Kosten dafür von der Bundesgeschäftsstelle getragen werden. Das ist der eine Wunsch an den Vorstand.

Nun zu den Landesverbänden.

Ich sprach bereits über den Ring politischer Jugend, und da muß ich die Arbeit der Freunde aus Württemberg-Baden nennen. Es hat sich kein Landesverband bisher im Rahmen des Ringes der politischen Jugend derartig hervorgetan und gearbeitet wie Württemberg-Baden. Nicht nur, daß sie gemeinsam ein Monatsblatt herausgeben, in dem zu einem Thema die Diskussionsbeiträge vorhanden sind. Sie haben eine Wanderausstellung in Stuttgart oder auch Heidelberg durchgeführt. Jedenfalls haben sie aufgrund dieser Ausstellung, die sich mit Steuerfragen befaßte, die Möglichkeit bekommen, einen Kreis um sich zu bilden und dort gemeinsam zu diskutieren.

Die Jungdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben nun eine Aktion gestartet, die versuchen soll, eine Lücke zu schließen zwischen den jetzt interessierten politischen Widerständen und den jungen Menschen, die darunter kommen. Die haben die katholische und evangelische Jugend, die starke Jugendbewegung der Falken. Aber eine Jugendbewegung, die nur in etwa versucht, einen rein charakterlichen Nachwuchs für unsere Partei zu stellen, gab es bisher nicht. Nordrhein-Westfalen hat die Jungen Adler ins Leben gerufen. Aber wenn ich die letzten Zahlen aus Rüdesheim durchsehe in einem politischen Seminar der Landesvorsitzenden, wozu uns erstmals der Bundesjugendplan die Möglichkeit gab, hat nach ungefähr sechs Wochen Arbeit die Organisation der Jungen Adler heute fast die Mitgliederzahl von 1 000 erreicht. Was damit getan werden soll, ist, diesen Jungens ein echtes Jungenleben zu vermitteln und dabei zu helfen.

Ein Weiteres mag Sie erschrecken. Wir haben diese jungen Leute uniformiert. Sie haben Fahnen und Wimpelbogen. Wir glauben aber, wenn wir diese Leute in Lager schicken, dann müssen sie eine Kluft haben, die das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt. Zweitens kann man von den Eltern, die 5 oder 10 oder 20 Mark noch aufbringen müssen für die Zeit, nicht verlangen, daß die Jungens nach 14 Tagen aus Österreich, aus Tirol oder sonstwo wieder mit zerrissenen Sachen zurückkommen. Der Landesverband der FDP der Jungdemokraten hat in Verbindung mit der Jugendorganisation der Jungen Adler vor wenigen Wochen im Lande Nordrhein-Westfalen eine große Feier gehabt zum Todestag des *Freiherrn von Stein*. Dabei ist die Organisation der Jungen Adler zum ersten Mal in die Öffentlichkeit getreten und hat durch ihr bloßes Auftreten im

Lande und in der näheren und weiteren Umgebung einen hervorragenden Einfluß zurückgelassen.

Ich darf einmal herausstellen, [. . .] das unseren Parteifreund *Bleek* interessieren [wird]. Wir haben im Bundesinnenministerium in der Abteilung V im Rahmen des Bundesjugendplans hauptsächlich mit drei Leuten zu tun. Dr. *Kitz*, Dr. *Rothe* und Dr. *Lades*. Einzig der Letztgenannte steht den politischen Jugendverbänden positiv gegenüber, und wenn wir Rat oder Hilfe brauchen, können wir uns nur an Herrn Dr. *Lades* wenden. Er hat aber äußerst wenig Einfluß auf die Verteilung und Überprüfung der Ausgaben und Mittel, was von Herrn Dr. *Rothe* geschieht, der ausschließlich im Fahrwasser von *Rommerskirchen* wirkt. Dr. *Lades* hat uns, als er das Lager besucht hat, das Angebot gemacht: Stellt mir ein Drehbuch für einen Tonfilm zusammen, und wir werden es vervollständigen. Wir würden bei den anderen Herren aber auf Widerstand stoßen, wir wissen aber nicht, ob sich die Möglichkeit der Finanzierung bietet.

In Bremen stehen wir vor einer Neugründung des Landesverbandes der Jungdemokraten. Die Bayern stehen kurz vor der Einführung ihrer Jugendorganisation der Jungen Adler. In Niedersachsen läuft der Versuch, daß der B[und] d[er] J[ungdemokraten] mit dem Bund Deutscher Jugend[20] zusammenarbeitet. Es wäre schön, wenn wir uns über den BDJ unterhalten könnten. Eins ist klar, es gibt keine ausländischen Stellen, die diesen Bund finanzieren, sondern nur inländische Quellen, die das getan haben.

Wir dürfen abschließend Ihnen noch einmal vor allen Dingen im Hinblick auf Freund *Naase* die Bitte aussprechen und im Hinblick darauf, daß wir engsten Kontakt mit der Partei haben wollen, vorschlagen oder Sie darum bitten, uns *Naase* freizustellen. Sollten sich personelle Schwierigkeiten ergeben oder unseren Wünschen entgegenstehen, dann bedürfte es sicher einer längeren Vorbereitungszeit, bis wir wieder einen Menschen gefunden haben, wie das bei *Naase* der Fall ist. Meine Freunde haben mich aber beauftragt, Ihnen noch einige Wünsche vorzutragen. Sie erstrecken sich auf das, was der Bund der Jungdemokraten ist und bleiben wird. Wir möchten in den Gremien der Partei einen bestimmten Einfluß haben und geltend machen.

Wir möchten, daß der jeweilige erste Vorsitzende der Jungdemokraten automatisch geschäftsführendes Vorstandsmitglied ist, ob mit Sitz und Stimme oder nur beratender Stimme.

Wir möchten das dann satzungsgemäß festgelegt haben, daß nicht mehr zwei, sondern jetzt drei Delegierte von seiten der Jungdemokraten im Hauptausschuß vertreten sind. Hierüber wird wohl wahrscheinlich wie in allen diesen Dingen auch der Parteitag entscheiden, und wir möchten beantragen, daß dem

20 Der „Bund Deutscher Jugend" wurde im Juni 1950 als „überparteiliche und nicht konfessionell gebundene" Jugendorganisation gegründet, die ihre Hauptaufgabe in der Abwehr des Bolschewismus erblickte. Vgl. JUGEND, Anm. 12, S. 28. Der BDJ wurde im Januar 1953 in den Ländern Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Bremen wegen Verstoßes gegen die „verfassungsmäßige Ordnung" aufgelöst. Hierzu und allgemein zum BDJ: PARTISAN GEGEN BEZAHLUNG, Das dunkle Spiel des BDJ, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J., passim.

jeweiligen Reichsvorstand mit seinen sämtlichen Mitgliedern auf dem Bundesparteitag das Stimmrecht zusteht. Wir wollen unter allen Umständen ein wertvoll arbeitendes Mitglied der Partei sein. Wir wollen aber niemals die Gelegenheit versäumen, Sie auf die Notwendigkeit und Erkennung der Fragen der jungen Generation hinzuweisen.

BLÜCHER dankt für die Ausführungen von *Müller* und bittet, daß die die Satzung betreffenden Anträge rechtzeitig bis zum 15. August, dem letzten Termin, eingereicht werden müssen, sonst würden wir die Diskussion ins Uferlose auslegen.

BLEEK: Sie werden verstehen, daß mich die Ausführungen besonders interessiert haben. Ebenso werden Sie verstehen, daß ich vermeiden will, allzuviel auf die näheren Einzelheiten einzugehen. Ich habe aber schon ausgedrückt, daß mir einige grundlegende Änderungen in der Aufmachung des Bundesjugendplans notwendig erscheinen, und es wird zunächst einmal auch Aufgabe der Fraktion sein, sich dafür einzusetzen, daß in den Entwurf des Haushaltsplans meinerseits eine Änderung kommt. *Bleek* bittet, daß sich *Müller* mal an ihn persönlich wendet.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich bin erfreut, diesen Tagesordnungspunkt hier vorzufinden, bedauere jedoch, daß wir den Problemen insgesamt und grundsätzlich nicht den Raum geben können, und ich möchte mich nur auf einige Aspekte und Anregungen beschränken. Zunächst muß ich einmal sagen, daß man sich mehr vorgenommen hat als man durchhalten konnte. Ich möchte aber zuallererst noch sagen, es scheint mir notwendig zu sein, daß wir in den einzelnen Ländern versuchen, anständige Landesjugendpläne[21] durchzusetzen, das hat die Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen erreicht. Wir haben es fertiggebracht, daß der Ministerpräsident sich gezwungen sah, einen Landesjugendplan zuzusichern. Als er nicht erschien, haben wir eine Debatte ausgelöst[22], und dann erschien der Landesjugendplan in einer großen Aufmachung von 34 1/2 Millionen Mark [und] zusätzlich 11 1/2 Millionen Mark. Weiter ist es unserer Einwirkung gelungen, nachdem es unseren Fraktionskollegen, die tätig sind, *Baumann,* Frl. *Funke* nicht gelungen war, hier im Hauptausschuß gerade die Position für den Ring der politischen Jugend unter allen Umständen zu fordern und die Position von 50 % auf 100 % zu erhöhen. Wir sagen das nicht, um Lorbeeren für Nordrhein-Westfalen herauszuholen, sondern um zu sagen, und ich glaube, das ist hier erforderlich, daß unsere Landtagsfraktionen den Weg von Nordrhein-Westfalen beschreiten, weil Mittel herausgeholt werden können, denn ohne diese Mittel ist es nicht möglich, eine Jugendarbeit zu leisten, die in Nordrhein-Westfalen, das hat *Müller* betont, mit außergewöhnlicher Aktivität im Zuge ist, und [ich] hoffe, daß sich die Landesverbände stärker an der Bildung der Formation der Jungen Adler im Rahmen unserer Partei beteiligen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen auf Anregung von *Baumann,* der Vorsitzender des Landesverbandes der Jungdemokraten ist, ein Jugend-

21 In der Vorlage irrtümlich „Bundesjugendplan".

22 Die Debatte im Landtag über den Landesjugendplan fand am 24. 11. 1951 auf Antrag der FDP statt. LANDTAG NRW, STEN. BER., 2. WP., Bd. 1, S. 406 D–426 D.

heim jetzt in Aussicht genommen, das wir erwerben werden und den Jungdemokraten der Jungen Adler pachtfrei zur Verfügung stellen werden für fünf oder zehn Jahre. Dann hat der Gesamtverband der Jungdemokraten der Jungen Adler in der westlichen Lage eine zweite Stätte.

Dann möchte ich anregen, wir sollten alles tun von der Bundespartei her mit den Mitteln, um die Arbeit der Jungdemokraten zu fördern, und wenn das Anliegen, das *Müller* gestellt hat, daß wir *Naase* als Bundesjugendsekretär zur Verfügung gestellt erhalten, erfüllt wird und er durch die Partei finanziert würde, würde das ein großer Fortschritt sein. Denn nur so werden wir die Mitarbeit der Jugend erwirken können. Wir sind auf dem besten Wege, eine Jugendbewegung im Rahmen unserer Partei zu bekommen.

RADEMACHER: Ich habe mit sehr großer Aufmerksamkeit die Ausführungen von *Müller* verfolgt. Wir haben viel gehört von den Geldsorgen, der unfreiwilligen Regelung des Bundesjugendplans und den Organisationsfolgen. Ich habe aber leider zu wenig gehört über die Ziele dieser Organisation. Ich glaube aber nicht, daß man das mit einem allgemeinen Wort abtun kann. Es wäre schön, nun im Interesse der anderen Landesverbände eine Bejahung zu hören, welche Dinge dort betrieben werden und was das letzte Ziel der Jungdemokraten ist. Herr *Müller,* Sie haben auch den Freiheitsring Hamburg erwähnt, aber Sie haben leider nicht erwähnt, daß die Junge Union sich dieser Sache nicht angeschlossen hat und die Organisation der SPD. [Sie haben] leider nicht erwähnt, daß durch die DP-Hereinnahme unerfreuliche Auswüchse entstanden sind. Dann ist noch etwas bezüglich der Uniformierung zu sagen. Sie werden verstehen, wenn ich fürchte, daß sich auf der unteren Ebene, also auf der Ebene der Jugend unter Umständen das wiederholen würde, was sich in Deutschland nicht wiederholen darf, daß sich die Uniformverbände wie z. B. Stahlhelm und Reichsbanner wegen der unterschiedlichen Uniformierung auf der Straße schlagen.

REVENSTORFF: Ich möchte zu der Forderung, die *Müller* beim geschäftsführenden Vorstand eingebracht hat, die Bitte aussprechen, es uns nicht so schwer zu machen. Wir sind gerne bereit, die jungen Menschen stimmberechtigt zu machen. Es müßte dazu kommen, daß keiner im Vorstand ist, der hauptamtlicher Parteiangestellter ist. Zur Uniformierung möchte ich dieselben Bedenken anmelden.

MAYER: Dr. *Middelhauve* hat mich angesprochen. Ich glaube, ich bin den Weg gegangen, den Sie gegangen zu sehen wünschen. Ich habe Freund *Baumann* geschrieben. Was den Wunsch von Freund *Müller*[23] betrifft in bezug auf *Naase,* darüber werden wir uns unterhalten und schnell einig werden. Aber bitte, das Freistellen darf nicht bedeuten, daß ich nun von übermorgen ab mich um die Hilfsstelle Ost selbst kümmern soll und muß. Ein Hinübergleiten in dieser Beziehung muß möglich sein. Was die Uniformierung aber anbetrifft, so sehe ich trotzdem nicht ein, warum es nicht in irgendeiner Form geht. Ich glaube, Herr *Rademacher,* bei all den Formationen kommt es nicht so sehr auf das an,

23 In der Vorlage irrtümlich „Mayer".

was sie anhaben. Ich glaube, wenn ich *Baumann* richtig beurteile, so brauchen wir derartige Bedenken nicht zu haben. Abschließend möchte ich sagen, daß wir die Jungdemokraten finanziell so gefördert haben, wie es uns möglich gewesen ist. Wenn es nicht mehr sein konnte, so liegt es bei Gott nicht an unserem guten Willen.

BLÜCHER: Wenn wir erfolgreich die Debatte fortsetzen wollen, wie es *Rademacher* angesprochen hat, so müssen wir es zweiteilen, einmal über die Jungdemokraten und einmal über die Überparteilichen. Bezüglich der überparteilichen Dinge hat sich *Müller* klar geäußert und gesagt, daß es auch das Ziel sein soll, im großen und ganzen an der demokratischen Arbeit in unserem Staate mitzuwirken. Ich würde dann diese Dinge dem Hauptausschuß vorlegen.

MÜLLER: Ich kann Herrn *Rademacher* in zwei Sätzen antworten. Er hat nach den Zielen gefragt. Ich glaube, im vollen Einverständnis mit meinen Freunden sagen zu können, die Ziele der FDP wollen wir als Nachwuchs der Partei vertreten und nicht innerhalb der Partei eine Gruppe für sich bilden, sondern auch vielleicht manchmal über das Ziel hinausschießen mit denen, die mitarbeiten wollen und sich in den Gesamtrahmen der Partei eingliedern wollen. Die Ziele der Jungen Adler, die politischen Ziele, haben wir für diese Jugendorganisation ganz bewußt nicht gewählt, denn wir wären nicht die Organisation einer liberalen Partei, wenn wir gestatten würden, junge Menschen von vielleicht 10, 12, 14 oder 16 Jahren mit politischen Gedanken einseitig zu bearbeiten. Ich teile die Bedenken der Uniformierung nicht. Ich habe gerade an dem Beispiel Tirol darauf hingewiesen, warum wir gerade bis zu einem gewissen Grade verpflichtet sind, eine strapazierfähige Kleidung zu schaffen, weil wir vom sozialen Standpunkt aus nicht verlangen können, daß die Jungens mit einem zerrissenen Anzug nach Hause kommen. Dann möchte ich wegen der Stimmberechtigung noch sagen, es handelt sich doch um den Bundesvorstand. Wenn Sie so freundlich sind, in Schleswig-Holstein das Gleiche zu machen, so habe ich nichts dagegen. Ich glaube, bezüglich der hauptamtlichen Kräfte ist dies Sache der Landesverbände, ob er einen hauptamtlichen Mitarbeiter als vollwertigen Parteifreund oder nur einen Angestellten meldet.

Dann abschließend noch eins, was vielleicht die Fraktion interessieren muß. Im Rahmen des sagenhaften Objektes von 53 Millionen [DM] wurden 30 Millionen davon gestrichen. [Das ist der Teil], der über das Wirtschaftsministerium an die Industrie fließen sollte, um davon Lehrlings-Ausbildungsstätten ins Leben zu rufen. Die Bedingungen hierfür sind jedoch so schwierig, daß es keinen Industriebetrieb gibt, der diese Bedingungen annimmt, nämlich 60 % muß das Werk nachweisen und bekommt dann vom Bund aus die 40 % dazu. Es ist beschämend, daß große Teile in Nordrhein-Westfalen – es ist schon mehr wie einmal vorgekommen – heute auf dem Standpunkt stehen, speziell die Wirtschaft: Dann brauchen wir unsere Mittel nicht mehr freizugeben, das tut ja der Bund. Der Hauptsinn des Bundesjugendplans ist der, anreizend zu wirken, um dadurch in den Ländern noch weitaus mehr Mittel freizuhaben, als sie die 53 Millionen [DM] des Bundes darstellen. Ich habe es mit Absicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß wir im Hinblick auf die Ostzone auch die Verpflichtung haben, hier etwas für unsere Menschen zu tun. Ich habe im Jugendaus-

schuß des niedersächsischen Landtages betont, daß wir uns im September/Oktober über den Landesjugendplan unterhalten müßten.

Es sind Anträge gekommen, dem Plenum des Landtages vor der ersten Sitzung den Film der Festspiele von Pfingsten 1950 der FDJ in Berlin zu zeigen, damit bei den verantwortlichen Männern und Frauen das gesehen wird, und zwar, welche ungeheure dynamische Kraft dort drüben die Bewegung hat. Wenn ich Ihnen sage, daß die Weltjugendfestspiele, die dieses Jahr vom 5. bis 19. August, ich glaube in Berlin, stattfinden[24], mit 500 Millionen DM von der Ostzone gefördert werden und 200 Millionen DM dafür verauslagt werden und veranschlagt sind, damit die westeuropäische Jugend nach Berlin kommt, dann sind die Mittel aus der Bundesrepublik natürlich verschwindend gering. Wir haben uns heute nachmittag überlegt, was können wir als Gegenaktion starten, und es ist nur ein Gedanke im Moment, um dessen Durchführung wir die Fraktion und um dessen Unterstützung wir bitten. Wir wollen nicht eine gleichartige Kundgebung starten, denn dazu sind keine Mittel und auch nicht die Organisationsmöglichkeiten vorhanden. Wir sollten aber bedenken, daß 20 000 Jugendliche aus Westdeutschland freiwillig abgewandert sind. Wir haben uns überlegt, eine Aktion zu starten, die vielleicht folgendes zum Gegenstand hat, daß wir die jungen Menschen zusammenrufen zur UN-Versammlung in Paris.[25] Wenn wir schon der Jugend in Deutschland wirklich die Freiheit zeigen wollen, wenn wir sie an etwas Politisches herantragen wollen, dann sollten wir bestimmte junge Menschen auslesen, die dann dorthin fahren und dann in ihre Dörfer hineingehen und zu dem Thema sprechen können, was habe ich in Paris gesehen und gehört, und zu Themen sprechen, die an sie herangeführt werden.

Blücher: Ich möchte nur ein kleines Wort sagen. Ich habe einmal gerechnet. Bei dem gegenwärtigen Aufwand in dem Haushaltsjahr für Vertriebene und politische Flüchtlinge werden für diese Gruppen 750 Millionen DM aufgewandt, das sind 17,5 %. Ich glaube, die Antwort, was die Ostzone kann und was wir nicht können, die liegt darin begründet, mit welcher Grausamkeit sie diese jungen Menschen gezwungen haben, als Flüchtlinge rüberzugehen. Wir sind immer wieder verlegen um Antworten, aber das sind Zahlen, die wirklich feststehen.

Schäfer: Ich habe mit Interesse gehört, daß man die Dinge nicht parteipolitisch machen will. Ich glaube, das ist ein guter Weg. Die Entscheidung für die politische Richtung bei einem jungen Menschen muß er sich selbst geben. Durch Turn- und Gesangvereine kommen wir in diese Kreise rein. Es ist so, die Stärke der Systeme ist größer als die Stärke von Bekenntnissen.

Wir sollten anerkennen und es als notwendig betrachten, daß die Uniform schlechthin ein Ausdruck der Verbundenheit ist. Wer die alte Jugendbewegung miterlebt hat, hat davon eine Vorstellung. Das Raffinement der Nazis bestand darin, diese Dinge auszunutzen. Das hat aber mit militärischen Dingen nichts

24 Hierzu die Hinweise in: AdG 1951, S. 3065 C, 3067 F und 3078 G.
25 Die 6. Session der Vollversammlung der Vereinten Nationen begann am 6. 11. 1951 in Paris.

zu tun. Entscheidend ist, das Bewußtsein der Verbundenheit durch diese militärischen Dinge zu pflegen. Ich glaube, gegen diesen Versuch ist nichts einzuwenden.

EULER: Wir müssen eine besondere Aufmerksamkeit den Dingen des Bundesjugendplanes zuwenden. Ich begrüße es, daß *Bleek* unseren Jungdemokraten zugesagt hat, zu einer ausführlichen Besprechung zur Verfügung zu stehen. Die Zweckbestimmung muß gewahrt bleiben, aber ich glaube, es gibt noch andere Zweckbestimmungen. Man sollte nicht in den Fehler der falschen Uniformierung verfallen. Dann zur Frage der Organisation. Man sollte wohl mal das Bundesjugendkuratorium unter die Lupe nehmen.

STEGNER: Ich komme zur Kluft. Da muß ich widersprechen. Kluft war kein Gemeinschaftssymbol der bündischen Jugendrevolutionäre. Man trug in den Jugendverbänden gemeinschaftliche Kleidung. Diese ist dann im Dritten Reich unter Vergiftung der Symbole zu anderen Dingen gemacht worden.

Ich glaube, wir sind uns klar geworden darüber, was *Mayer* als Wunsch und Bitte ausgesprochen hat, daß wir rechtzeitig Anträge einreichen.

BLÜCHER: Ich möchte heute abend in diesem Kreis mit großer Freude drei Herren des Landesvorstandes begrüßen, und zwar Herrn *Wenhold,* Herrn *Eberhard* und Herrn *Revenstorff.*

[NATIONALHYMNE]

Blücher führt weiter aus: Bei der Vertretung der Bundesrepublik in Koblenz beim französischen Nationalfeiertag bin ich mit gutem Abstand von 2 000 m vorgefahren nach den drei Hochkommissaren, und ich geriet in peinlichste Verlegen[heit], daß bei mir dieselben Signale usw. gegeben wurden, bis ich auf meinem Platz stand. Wir müssen auch einmal die Frage der Nationalhymne erledigen, wir müssen versuchen, hier unbedingt einzuwirken, denn sonst werden wir ohne weiteres überrollt.

Zwischenbemerkung: Die deutsche Ausfuhr hat die 300 Millionengrenze nahezu erreicht, und zwar mit 298 Millionen DM.

[LIBERALE WELTUNION]

Dr. MIDDELHAUVE: Tagung Uppsala.[26] Die Tagung der Liberalen Weltunion in Uppsala soll von uns Deutschen gut beschickt werden. Die Schweden werden sich bemühen, in diesem Jahre genau wie im vergangenen in Stuttgart eine ähnlich freundliche Atmosphäre zu erreichen. Die Engländer werden mit großen Kommissionen kommen. Wie die Franzosen vertreten sind, hängt jeweils von der politischen Situation ab. Bei den Italienern kann man es nicht genau sagen. Nun, wir sollten als Deutsche versuchen, eine möglichst starke Delegation nach dort zu bringen, sind aber durchaus in der Lage, über diese Delegation auch noch Gäste mit hinzunehmen. Wir haben nämlich das Recht, 18 Dele-

26 Tagung der Liberalen Weltunion in Uppsala vom 9. bis 12. 8. 1951; AdG 1951, S. 3065 B. Dazu auch E. MENDE, 1984, S. 277–280.

gierte in Uppsala zu präsentieren. Auf jeden Fall sollten wir mindestens mit 18 Delegierten antreten, und ich glaube, dies dürfte wohl auch nicht schwer sein. Die Tagung steht unter dem Motto der liberalen Sozialpolitik. *Schäfer* hat einen wesentlichen Beitrag durch programmatische Entschließungen geleistet. Zu diesem Thema und zu den Themen Abwehr Sklavenstaat und Konzentrationslager müssen von deutscher Seite Äußerungen gemacht werden, die vorher zugeteilt sind und allgemein nicht die Zehnminutengrenze überschreiten sollen, wobei nicht irgendwie das Recht des Eingreifens in die Diskussion beschnitten werden soll. Ich glaube, wir sollten auch so verfahren, neben den beiden Fremdsprachen englisch und französisch deutsch als Sprache zu sprechen. Für Dolmetscher ist gesorgt. Von Nordrhein-Westfalen ist ein Presseecho ermöglicht worden, das einen Referenten mitnimmt. Dies wird auch von Nordrhein-Westfalen finanziert. Darüber hinaus ist Nordrhein-Westfalen aber in diesem Jahre nicht in der Lage, noch Weiteres zu tun. Die Tagung selbst findet so statt, daß ein Sonderwagen am 6. 8. in Flensburg mittags 12.00 Uhr abfährt und in Uppsala um 9.50 [Uhr] eintrifft. Rückfahrt 17. August von Uppsala um 6.24 [Uhr] mit Anschluß nach Hamburg. Die Fahrt kostet zweite Klasse ab Flensburg und zurück DM 129.70. Unsere Aufgabe heute würde sein, uns schlüssig zu werden über die Zusammensetzung der Delegation von deutscher Seite dorthin.

BLÜCHER: Ich würde vorschlagen, daß sich die Landesverbandsvorsitzenden in dieser Frage zusammensetzen würden, denn ich sehe darin die am meisten praktische Lösung. Ich bedauere selbst sehr, daß ich nicht daran teilnehmen kann, da ich in diesen Wochen ohne Bundeskanzler bin und bei drei fehlenden Ministern damit rechnen muß, daß ich der einzige bin, der die Bundesregierung vertreten kann.

Herr *Blücher* wird dann gebeten, doch wenigstens mit Flugzeug einen Tag den Aufenthalt in Uppsala zu ermöglichen.

Blücher antwortet, das würde er gern tun, aber wenn es ihm möglich wäre, einen Tag dort wirklich zu sein, so könne man ihn ja nicht als Delegierten zählen.

STEGNER: Herr Dr. *Middelhauve,* ist bei der Abfassung der Einladung dem Büro der Liberalen Weltunion nicht die Tatsache bekannt gewesen, daß es eine deutsche Sprache gibt?

BLÜCHER: Das ist nicht unser Verschulden, bisher war deutsch nicht die dritte offizielle Sprache.

SCHÄFER: Es ist seinerzeit gesagt worden, daß die Sprachen sich nach dem Gebrauch für Völkerbund und ähnliche Einrichtungen richten. Von uns aus gesehen wäre es bestimmt anders, aber die Sache wird erst spruchreif, wenn in Straßburg durchgesetzt wird, daß deutsch als offizielle Sprache betrieben wird.

BLÜCHER: Ich habe in der Ruhrbehörde[27] für mich das Recht in Anspruch genommen, deutsch zu sprechen, in privaten Sitzungen habe ich französisch gesprochen, weil sonst zu viel Zeit zum Übersetzen verwandt werden muß. Ich habe umgekehrt erreicht, daß wir in Paris deutsch sprechen, in der öffentlichen Presse aber nicht.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich glaube, es ist eine Kleinigkeit zu erreichen, daß in Einladungen in Zukunft auch deutsch als Sprache eingebaut wird.

Ich möchte noch sagen, Frau *Lüders* hat gefragt, ob die Frauen unter diese 18 Delegierten fallen dürfen. Im Rahmen der Tagung findet auch eine Frauentagung und eine Jugendtagung statt, und es wäre sehr begrüßenswert, wenn zahlreiche Frauen und Jungdemokraten nach Schweden gingen. Wie wir die dann auf die Delegierten verteilen, das ist vielleicht nicht so ausschlaggebend, denn die Entschließungen, die gefaßt werden, werden ja unter uns noch vorher eingehend besprochen. Wichtig ist nur, daß die deutsche Delegation mindestens 25 Leute beträgt.

MAYER: Ich möchte in Erinnerung an voriges Jahr darum bitten, daß unsere Delegation in ihrer Zusammensetzung nicht vom Zufall besetzt ist und daß die Landesverbandsvorsitzenden etwas derartiges berücksichtigen.

QUARTIERBESTELLUNG IN MÜNCHEN [FÜR VORSTANDSMITGLIEDER ANLÄSSLICH DES BUNDESPARTEITAGES]

Die Frage wird aufgeworfen, warum der Punkt auf der Tagesordnung steht?

Weil Bayern angeregt hat, daß der Vorstand geschlossen in dem Hotel Vier Jahreszeiten untergebracht wird. Hotel Vier Jahreszeiten sei aber das repräsentativste Hotel von München.

MAYER: Ich glaube, damit sollten wir uns nicht beschäftigen.

BLÜCHER: Ich muß um des Ansehens unserer Partei Besuche machen bei *Ehard,*[28] bei dem Landtagspräsidenten und dem Oberbürgermeister, und ich muß auch Gegenbesuche empfangen. Entweder hält man auf sich oder nicht.

TEILNAHME VON FRAU BUSCHAM AN DER SITZUNG DES VÖLKERKONVENTS DER WELTBÜRGER IN PARIS

Frau *Buscham* fragt nur an, ob sie offiziell als Vertreter der FDP auftreten darf?

BLÜCHER: Es ist doch wohl unsere einheitliche Meinung, daß wir dies nicht tun sollten.

Der Antrag wird einheitlich abgelehnt. Der letzte Punkt:

27 In der Vorlage irrtümlich „Rheinbehörde".
28 In der Vorlage irrtümlich „Erhard".

[ANTRAG DER KAMPFGEMEINSCHAFT DER OST-LDP-FLÜCHTLINGE]

MAYER: Ich bin in Berlin angesprochen worden zur Kampfgemeinschaft der Ost-LDP-Flüchtlinge in der FDP.[29]

Die Leute haben sich konstituiert vor einem Vierteljahr, sie kamen damals mit gewissen Wünschen in Berlin an mich heran. Ich will kurz versuchen, die Leute so zu schildern, wie sie mir erschienen sind. Sie sind Aktivisten der Ostzone. Darunter waren solche, die aktiv waren bis vor zwei Jahren, und solche bis vor einem Jahr, und auch solche bis vor einem halben Jahr. Wenn ich den von vor zwei Jahren frage, wann ist der letzte Anständige aus der Ostzone heraus, dann sagt er am 30. Juni, weil er am 29. getürmt ist; wenn ich den, der vor vier Wochen kam, frage, dann sagt er das Gleiche in diesem Rahmen. Die Leute sind alle miteinander von dem ehrlichen Willen beseelt zu helfen. Es würde zu weit führen, alles näher zu erläutern. Sie kamen alle mit konkreten Wünschen. Ich habe bereits in Berlin abgewinkt und gesagt, sie sollen sich an unsere LV-Oststelle wenden, veranlaßt, daß von dort etwas geholfen wird. Es ist aber zuviel, was verlangt wird. Die Leute sind arbeitslos, sie wollen geholfen haben, Posten und Ämter haben und fragen jetzt, ob sie in irgendeinen Landesverband der Westzone einrücken können. Sie stellten Grundsätze auf demgemäß, daß die Mitglieder der LDP jetzt alle der FDP angehören. Jetzt wissen Sie auch, warum ich die Einleitung gemacht habe. Das ist aber vollkommen unmöglich. Man schickt uns die SED in den Westen.

Unter anderem haben sie auch folgenden Punkt in ihren Leitsätzen. Die FDP-Mitglieder aus Brandenburg, Mecklenburg usw. werden bis zur Wiedervereinigung [. . .][30] durch die Landesgruppen der Kampfgemeinschaft vertreten. Sie konstituieren sich zu Landesverbänden der FDP mit dem vorläufigen Sitz in Berlin. Man will die Partei in der Partei. Ich möchte vielleicht meinen, daß *Schwennicke* noch einiges dazu zu sagen hat.

SCHWENNICKE: Ich bedauere, zunächst einmal feststellen zu müssen, daß das Schreiben der Kampfgemeinschaft[31] nichts mit dem Landesverband Berlin zu tun hat. Ich habe das Schreiben hier erst heute bekommen. Ich bin jetzt acht Tage von Berlin weg. Diese Anträge, die hier gestellt sind, sind nicht im Einvernehmen mit dem Landesverband Berlin gestellt worden. Herr *Mayer* hat darauf aufmerksam gemacht, wie unendlich schwierig die Behandlung der Frage der Ost-LDP-Flüchtlinge in Berlin ist. Über dieses ganze Thema Flücht-

29 Die Kampfgemeinschaft der Ost-LDP-Flüchtlinge war ein Zusammenschluß von aus der SBZ in den Westen gelangten ehemaligen LDP-Mitgliedern, deren Bestreben es war, „mehr oder minder abhängig bzw. unabhängig von der FDP die in der SBZ begonnene politische Arbeit im Westen fortzusetzen". Innerhalb der FDP beobachtete man die Kampfgemeinschaft mit kritischer Distanz, da in ihrer Tätigkeit die Gefahr einer „Spaltung der liberalen Organisation" gesehen wurde. Aufzeichnung *Naases* „Die organisatorische Erfassung der Ost-LDP-Flüchtlinge in der Bundesrepublik" für die Ost-LDP-Tagung am 19. 9. 1951, ADL, Ordner-Nr. 2483.

30 In der Vorlage irrtümlich „Schleswig-Holstein".

31 Hinweis auf dieses Schreiben, ein Memorandum, das die Forderungen der Kampfgemeinschaft aufführte, in: Protokoll über die Sondertagung ehemaliger Angehöriger der Ost-LDP anläßlich des Bundesparteitages der FDP in München am 19. 9. 1951, ADL, Ordner-Nr. 2483.

lingsangelegenheit könnte man stundenlang sprechen. Wir befinden uns aber, was die Flüchtlinge der Ost-LDP anbetrifft, nicht in einer leichten Situation. Es sind sicherlich eine Reihe von ordentlichen und brauchbaren Menschen darunter, die in der Zone ihre politische Arbeit geleistet haben, die enttäuscht sind, daß sie nun in Berlin nicht die Resonanz finden, die sie sich erhofft haben.

Wir haben uns mit der Frage oft beschäftigen müssen und werden es auch noch weiter tun müssen. Wir sind der Auffassung, daß es unzweckmäßig ist, aus diesem Gremium der politischen Ost-LDP-Flüchtlinge eine politische Organisation zu machen und einen Staat im Staate entstehen zu lassen. Es kann sich nur darum handeln, daß diese politischen Flüchtlinge, die Mitglieder der Ost-LDP waren, nach einer vorgenommenen Prüfung in den Landesverbänden als Mitglieder in die Orts- und Kreisgruppen aufgenommen werden. Wir haben darüber hinaus geglaubt, ein Entgegenkommen in der Form zu zeigen, daß wir den Gruppen aus den einzelnen Landesverbänden die Möglichkeit gegeben haben zu einer Art mannschaftlicher Zusammenfassung. Sie kommen im Monat ein- oder zweimal in ihrem Kreise zusammen. Wogegen nichts gesagt zu werden braucht. Die Tendenz geht aber dahin, daß sie bestimmte Rechte fordern, die satzungsmäßig verankert werden sollen. Sie wollen in Berlin mit ein oder zwei Vertretern im geschäftsführenden Vorstand des Landesausschusses vertreten sein. Wir sind aber der Auffassung, daß wir diese Forderung ablehnen müssen aus einer Fülle von Gründen, die ich nicht zu erwähnen brauche.

Es wäre falsch, wenn man den Ost-LDP-Flüchtlingen jegliche Möglichkeit eines Zusammenkommens in eigenen Flüchtlingskreisen untersagen würde. Solange sich das nicht zu einer politischen Organisation auswirkt, sondern mehr auf der Ebene eines menschlichen Zusammenseins sich abspielt, ist [das] durchaus zu verstehen. Wir haben diese Schwierigkeiten bereits seit Wochen und Monaten in Berlin, wir sind ihrer nicht Herr geworden. Wir wehren uns aber dagegen, hier eine Organisation zu schaffen, weil dabei nichts herauskommen kann. Es genügt doch, wenn die Flüchtlinge mit in die Organisation aufgenommen werden und innerhalb der Gesamtorganisation des Landesverbandes sich betätigen. Wir haben ja nochmal festgelegt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Ich glaube, daß der Vorstand zu keiner anderen Entscheidung kommen kann, als dieser Kampfgemeinschaft in freundlicher Form mitzuteilen, daß er nicht in der Lage ist, diesen Forderungen nach Schaffung einer [eigenen Organisation nachzukommen], daß wir darüber [hinaus] bemüht sein werden, beispielsweise auf dem Parteitag zu sagen, Ihr könnt einen Vertreter entsenden, der als beratende Stimme oder als Gast teilnehmen kann.

Wir möchten vorschlagen, *Mayer, Schäfer, Euler* und ich, wir machen gemeinschaftlich eine Antwort, einen Entwurf, und bevor er abgesandt wird, werde ich dazu Stellung nehmen. Es darf ja nicht irgendwie die Stimmung des Abgeschriebenseins aufkommen. Die Sache muß gewissenhaft überlegt sein.

MAYER: Dies muß natürlich gründlich überlegt werden, denn die Leute würden, wenn sie in Formationen auftreten könnten, die Partei des Westens ver-

sauen, weil sie mit einem anderen Temperament und aus einer anderen Vorstellungswelt herauskommen.

BLÜCHER: Es kommt ja nur auf die positive Formulierung an. Wir müssen positiv formulieren, nämlich aus der von uns als bestehende Einheit erklärlichen bewußten Situation heraus.

STEGNER: Wir haben gerade damit die schlechtesten Erfahrungen gemacht. In Uelzen kommen sie zu uns und bleiben, weil sie kein Geld haben, auch dort sitzen, so daß wir nächst Berlin mit Ost-LDP-Leuten vollkommen angefüllt sind. Es ist da schon manches Strafverfahren vorgekommen.

Herr *Mayer* wird gebeten, einen Entwurf zu machen und denselben an Herrn *Blücher* zu senden.[32]

[BUNDESTAGSNACHWAHL IM WAHLKREIS NEUSTADT/WEINSTRASSE]

EBERHARD: Wir haben bezüglich der Bundestagsnachwahl[33] Schwierigkeiten gehabt. Wir haben hierfür einen jungen Bauern nominiert, den hat die CDU aber abgelehnt. Den zweiten Kandidaten, den wir nominierten, hat die CDU ebenfalls abgelehnt, er wäre kein Pfälzer und zu wenig bekannt, den dritten haben sie abgelehnt mit der Erklärung, er sei Katholik und zu stark politisch gezeichnet. Ich möchte Sie bitten, wie Sie sich zu dieser Angelegenheit stellen.

BLÜCHER: Der Vorschlag der gemeinsamen Kandidatur muß abgelehnt werden.

EBERHARD: Aufgrund unserer Meldungen von drei Kandidaten und der Ablehnung der CDU sind wir zu keinem Ergebnis gekommen. Seinerzeit – die CDU hat einen Kandidaten benannt – hat dieser von der CDU benannte jetzige Kandidat bei den Bundestagswahlen immer die Wahl abgelehnt, und jetzt soll er kandidieren.

Der Bundesvorstand ist der Auffassung, wir sollten nur an der Kandidatur eines wirklichen FDP-Mannes festhalten. Sie haben noch zwei weitere Herren namhaft gemacht, und wenn sie davon niemand anerkennen wollen, dann sollen sie es bleiben lassen.

---

32 Eine Antwort der FDP-Bundesleitung auf das Memorandum der Kampfgemeinschaft erging nicht. *Mayer* begründete dies auf der in Anm. 31 erwähnten Sondertagung mit „Zeitmangel". Diese Begründung war jedoch eher vorgeschoben, da der Bundesvorstand die Existenz der Kampfgemeinschaft weiterhin ablehnte. Auf der Sondertagung vom 19. 9. 1951 erfolgte daher die Bildung eines Bundesbeirates der Ost-LDP beim Bundesvorstand der FDP, an dessen Spitze der ehemalige Minister des Landes Brandenburg, Walther *Kunze,* gewählt wurde. Hierzu auch die Aufzeichnung *Naases,* Anm. 29.

33 Der Bundestagsabgeordnete Ernst *Roth* (SPD) war am 14. 5. 1951 gestorben. Aus diesem Grund war eine Nachwahl im Wahlkreis Neustadt/Weinstraße notwendig, die am 23. 9. 1951 stattfand. Hieraus ging Willy *Odenthal* (SPD) als Sieger hervor. DATENHANDBUCH, 1986, S. 75.

13.

16. 8. 1951: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 94. Überschrift: „Vorstandssitzung am 16. 8.1951, Bonn, Moltkestr. 5." 16.50 Uhr–21.20 Uhr.

Teilnehmer: Andersen, [Bleek], Blücher, Luise Brinkert, Eberhard, Erika Fischer, Kohut, Mayer, Mende, Middelhauve, Schäfer, Stegner, Vogel, [Wellhausen, Wildermuth], Wolf.

Franz BLÜCHER eröffnet die Sitzung, die zum Zwecke der Unterrichtung der Vorstandsmitglieder über die laufenden Dinge und zur Stellungnahme zu bestimmten Beschlüssen einberufen wurde. Folgende dringende politische Fragen stehen zur Debatte: 1. Südweststaat, 2. Frage des Hafens Kehl, 3. Unterrichtung über die Revisions-Verhandlungen über das Besatzungs-Statut, 4. Ruhrbehörde- und Kohlefragen, 5. DGB.

1. SÜDWESTSTAAT

Franz BLÜCHER weist auf den bekannten Einspruch *Wohlebs* bei der Bundesregierung[1] und auf die Erklärungen *Brentanos*[2] dazu hin. Das Problem der gesamten Angelegenheit besteht, abgesehen vom Verfassungsrechtlichen, darin, daß die Regierung in dieser Woche nicht beschlußfähig ist, die Antwort auf *Wohlebs* Intervention aber nicht verzögert werden darf.

Nach den Mitteilungen BLEEKS will *Adenauer* die Angelegenheit auf der ersten Kabinettsitzung, an der er wieder teilnimmt, besprechen.[3] Dadurch kommen aber alle technischen Vorbereitungen in Verzug, so daß es angebracht erscheint, daß *Blücher* als Vertreter des Kanzlers gemeinschaftlich mit dem Innenministerium, dem Justizministerium und dem Kanzleramt handelt.

Es wird beschlossen, ein Telegramm an *Wohleb* von *Bleek* in Zusammenarbeit mit den genannten Stellen am nächsten Tag *Blücher* zur Absendung und Ge-

---

1 Schreiben vom 9. 8. 1951, KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 598. Hierin hatte *Wohleb* darum ersucht, den Termin für die Volksabstimmung über den Südweststaat, die für den 16. 9. 1951 angesetzt war, solange zu verschieben, bis das zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierende Bundesverfassungsgericht hierzu eine Vorentscheidung getroffen habe. Vgl. auch P. FEUCHTE, 1983, S. 147.

2 *Brentano* war im Verlauf einer Pressekonferenz am 15. 8. 1951 auf die Lage im Südwesten zu sprechen gekommen und hatte im Hinblick auf die umlaufenden Gerüchte, daß „die Bundesregierung [...] notfalls unter Zuhilfenahme von Artikel 37 GG die Durchführung der Volksabstimmung über den Südweststaat erzwingen" werde (FAZ vom 15. 8. 1951), erklärt: „Eine Bundesexekutive im Hinblick auf die Südweststaatabstimmung" lehne er „für seine Fraktion ab. Es sei das gute Recht einer Landesregierung, Vorstellungen zu erheben." AdsD, Sammlung Personalia, v. Brentano.

3 Dies geschah am 21. 8. 1951, KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 598 ff.

genzeichnung vorzulegen. In diesem Telegramm sollen vor allen Dingen drei Dinge zum Ausdruck gebracht werden:

a) Der Verfassungsnotstand besteht nicht.

b) Die Abstimmung kann gesetzmäßig nicht ausgesetzt werden.

c) Von *Wohleb* wird die Vorbereitung für die Abstimmung erwartet.[4]

2. ZUR FRAGE DES HAFENS KEHL

Nach den Ausführungen von Dr. VOGEL über das Hafenabkommen[5] betont Franz BLÜCHER, daß für die Freie Demokratische Partei aus politischen Gründen die Notwendigkeit besteht, das Abkommen über eine gemeinsame Hafenverwaltung von Kehl, trotz der einleuchtenden wirtschaftlichen Gründe, abzulehnen. Die Bedenken richten sich vor allem auf den Vertragsabschluß eines Landes der Bundesrepublik mit dem Ausland, gegen Vertragsinhalte, die in der Betriebsführung ein klares Übergewicht der Franzosen ergeben, und gegen die gemeinsame Hafenverwaltung allein für Kehl, nicht aber für den Gesamtraum unter Einbeziehung von Straßburg.

Dr. WOLF unterrichtet den Vorstand davon, daß die Freie Demokratische Partei von Kehl aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen heraus maßgeblich bei den Verhandlungen beteiligt sei.

Dr. SCHÄFER betont das Novum dieser Tatsache, da die FDP-Kreise in Kehl zunächst das französische Angebot der Ufertrennung abgelehnt und als sinnvoll nur eine Gemeinschaftsverwaltung für beide Seiten, also für Kehl und Straßburg, angesehen hätten. Im übrigen könnte *Wohleb* die Abschließung eines solchen Hafenvertrages nicht als Positivum für sich buchen, da der Vertrag so schlecht sei, daß sich auch wirtschaftlich im Endeffekt keine Vorteile ergeben würden.

WILDERMUTH und MIDDELHAUVE führen ergänzend dazu aus, daß das Ziel eindeutig eine gemeinsame Verwaltung von Kehl und Straßburg bleiben muß. Es würde aber der Weg dazu verbaut werden, wenn der jetzige Vertrag angenommen würde, der Kehl faktisch den Franzosen überantwortet, da diese die Kompetenz-Kompetenz haben. Der Wiederaufbau des Kehler Hafens und eventuelle geringe wirtschaftliche Vorteile dürfen nicht mit einer übergewichtlichen französischen Verwaltung bezahlt werden, zumal dieser Vertrag ein endgültiges Abkommen bei den Friedensverhandlungen präjudizieren würde. Die FDP-Minister müssen deshalb im Kabinett dagegen stimmen[6], und die

4 Ein entsprechender Entwurf des Innenministeriums lag bereits am 15. 8. 1951 vor, ist aber anscheinend nicht ausgefertigt worden. Siehe ebd., S. 599.

5 Das Abkommen, das die gemeinsame Verwaltung des Hafens Kehl durch das Land Baden und den Autonomen Hafen Straßburg regelte, hatte der badische Staatspräsident *Wohleb* am 25. 6. 1951 paraphiert. Das Bundeskabinett, dessen Zustimmung zum Inkrafttreten des Vertrages erforderlich war, hatte hierüber am 10. 8. 1951 beraten, einen Beschluß aber zurückgestellt. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 588 f.

6 Ihre Bedenken gegen das Abkommen trugen *Blücher* und *Wildermuth* in der Kabinettssitzung am 21. 8. 1951 vor. Eine Beschlußfassung wurde weiterhin ausgesetzt. Ebd., S. 602 f.

Freie Demokratische Partei als solche muß gegen diesen Vertrag öffentlich Geschrei erheben, da er von politischen Aspekten aus gesehen untragbar ist.

Es wird beschlossen, die Herren der Freien Demokratischen Partei von Kehl über diese Haltung des Bundesvorstandes zu unterrichten. Franz *Blücher* übernimmt es, die Besprechung in den nächsten Tagen durchzuführen.[7]

3. REVISIONSVERHANDLUNGEN ÜBER DAS BESATZUNGSSTATUT

Franz BLÜCHER stellt heraus, daß der Verlauf der Verhandlungen über die Änderung des Besatzungsstatutes[8] geeignet ist, sehr ernste Besorgnisse auszulösen. Die Bedenken erstrecken sich vor allen Dingen auf folgende Kernpunkte:

1. Die Beratungen haben einen Umfang angenommen, der zu einer immer stärkeren Ausdehnung des Verhandlungsthemas geführt hat, so daß praktisch damit einer künftigen Friedensvertragsregelung vorgegriffen würde.

2. Die Alliierten haben in zunehmendem Maße eine Tendenz zu erkennen gegeben, die nicht auf Ablösung des Besatzungsrechtes, sondern auf dessen Konservierung gerichtet ist.

3. Das primäre Recht des Staates zur Freiheit seiner eigenen Gesetzgebung wird von den Alliierten auch jetzt noch nicht anerkannt.

4. Sehr deutlich wurde die Tendenz sichtbar, Kontrollen über das deutsche Verhalten einzuführen (Dokument über die „besondere Stellung der Drei Mächte") und damit die deutsche Gesetzgebung zu binden.

5. Die Auffassung der Alliierten über ihre besondere Stellung in Deutschland gibt zu den allergrößten Bedenken Anlaß, da sie an der „obersten Regierungsgewalt" nach wie vor festhalten. Sie beanspruchen nicht nur Rechte, die ihnen auch vom deutschen Standpunkt aus nicht vorenthalten werden können (z. B. Unterhaltung von Streitkräften in Deutschland, Teilnahme an der Besatzung Berlins, Klausel über den Belagerungszustand), sondern erstreben sehr weitgehende Befugnisse (z. B. Verantwortung in bezug auf Gesamtdeutschland, Gewährleistung der Beachtung internationaler Vereinbarungen über Deutschland usw.).

6. Materielle Bedenken bestehen gegen die alliierten Auffassungen auf drei Hauptgebieten: a) Dekartellisierung und Entflechtung, b) Außenpolitik, c) Beziehungen zu anderen Teilen Deutschlands.

Nachdem Dr. VOGEL zu den von Franz *Blücher* angeführten Fragen im einzelnen referiert hat, wird in der Debatte klargestellt:

1. Unterschriften von der deutschen Delegation sind nicht geleistet und Zusagen nicht gemacht worden.

---

7 Einem Eintrag in *Blüchers* Terminkalender zufolge fand die Besprechung am Abend des 17. 8. 1951 statt. NL Blücher 294.

8 Zum bisherigen Verlauf dieser Verhandlungen und ihren Stand im August 1951 W. G. GREWE, 1979, S. 130–145.

2. Die deutsche Regierung muß Einblick in sämtliche Dokumente, auch in den alliierten Bericht, verlangen und erhalten.

3. Die weitere Behandlung der Gesamtfrage muß auf entsprechender parlamentarischer Ebene erfolgen.

4. Es muß den Alliierten gegenüber zum Ausdruck gebracht werden, daß es bei einer inferioren Stellung des deutschen Staates nicht möglich ist, zu einem Wehrbeitrag zu kommen.

Im Anschluß an die Debatte fordert Franz BLÜCHER, daß in der Frage des Besatzungsstatutes und der damit im Zusammenhang stehenden Probleme eine intensive Zusammenarbeit aller Parteigremien zum Zwecke einer einheitlichen Publizistik erfolgen müsse.

Diese Ansicht wird vom Vorstand gebilligt.

Ernst MAYER erklärt dazu, daß, da das Bundespresseamt nicht in der Lage sei, diese Dinge zu erledigen, die Partei das selbst machen müsse unter dem Motto: „Die FDP stellt klar." Notwendig wäre auch eine eingehende Besprechung und Abstimmung mit dem NWDR (Besprechung *Blücher - Grimme* ist vorgesehen[9]).

4. KOHLEFRAGE

Franz BLÜCHER berichtet über die Kohlefrage insgesamt, über die letzten Sitzungen der Ruhrbehörde und über die Motive seines Austritts aus der Ruhrbehörde.[10] Dieser sein Entschluß sei unabänderlich.

Der Entschluß *Blüchers,* aus der Ruhrbehörde auszuscheiden, wird vom Vorstand einstimmig gebilligt und als sehr gut empfunden. In der weiteren Debatte werden bestimmte Vorschläge für Einsparungsmaßnahmen (Beschränkungen im Bahnverkehr, aus optischen Gründen bei der Reklame, Drosselung der Spitzen, usw.) gemacht.

5. DGB

Franz BLÜCHER gibt eine eingehende Darstellung über die Entwicklung der Ereignisse.

Die Besprechung der Vertreter des DGB mit *Blücher* im Bundeskanzleramt[11] war kein oberflächliches Gespräch, das schon zu Beschlüssen führen sollte. Es

9 Im Terminkalender *Blüchers* für das Jahr 1951 ist eine Besprechung mit *Grimme* nicht vermerkt. NL Blücher 294.

10 Anlaß für den Austritt *Blüchers* war die Festlegung des deutschen Exportkohlenkontingents für das 3. Quartal 1951 durch die Interalliierte Ruhrbehörde am 11. 8. 1951. Der Wunsch der deutschen Delegation auf eine Herabsetzung der Lieferungen war bereits am 9. 8. 1951 abgelehnt worden. Adg 1951, S. 3064 A. In dem Demissionsschreiben vom 9. 8. 1951 an *Adenauer* begründete *Blücher* seinen Schritt damit, daß eine angemessene Vertretung der deutschen Belange in der Behörde immer weniger möglich sei. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 593. *Adenauer* nahm das Rücktrittsgesuch am 30. 8. 1951 an. Ebd., S. 613.

11 Das Treffen fand am 30. 7. 1951 im Bundeskanzleramt statt. Zum Verlauf der Aussprache der Bericht *Blüchers* im Kabinett am 2. 8. 1951, KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 576 f. Teil-

wurde vielmehr vorgesehen, in paritätisch besetzten Fachausschüssen eine gründliche Einzelarbeit zu leisten. Zugeständnisse wurden nicht gemacht. Folgende Punkte standen bei dem Gespräch zur Debatte[12]: a) elfter Mann, b) C-Gesellschaften, c) Stellungnahme der Regierung, d) Aktientausch, e) Frage der Mieten.

Über die Besprechung auf dem Bürgenstock[13] ist *Blücher* am ersten Tage laufend in Perioden unterrichtet worden. Zwei Dinge wären dabei bedenklich gewesen: a) Bundesbahngesetz[14], b) Ansprechen der Frage des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Über den Verlauf der Verhandlungen des zweiten Tages sei er erst zwei Tage später durch *Lenz* ins Bild gesetzt worden. Als Ergebnis seien ihm folgende Tatsachen geschildert worden:

1. Der bisher bloß berichtende Vertreter der Gewerkschaften im Bundeswirtschaftsministerium soll eine stärkere Stellung erhalten.

2. Bundeswirtschaftsrat.[15]

Franz *Blücher* äußert den Verhandlungen insgesamt gegenüber seine Bedenken, da nicht festgestellt werden konnte, was tatsächlich gesprochen, bzw. versprochen worden sei.

Abschließend verliest *Blücher* seinen Antwortbrief in dieser Sache an *Adenauer*.[16]

Ernst MAYER erteilt im Namen des Vorstandes *Blücher* die Ermächtigung, dem Kanzler zu erklären, daß seine Freunde diesen Brief für gut hielten. Diese Billigung kann publiziert werden.[17]

---

nehmer an der Besprechung waren auf Gewerkschaftsseite Christian *Fette*, Hans vom *Hoff*, Matthias *Föcher*, August *Schmidt* und Erich *Bührig*. Von der Bundesregierung nahmen neben Franz *Blücher* die Staatssekretäre Otto *Lenz*, Ludger *Westrick* und Maximilian *Sauerborn* teil. AdG 1951, S. 3048 D.

12 Folgende Punkte beziehen sich auf eine vom DGB-Vorstand am 24. 7. 1951 verabschiedete Verlautbarung, AdG 1951, S. 3040 A. Vgl. H. THUM, 1982, S. 125 f.; D. BUCHHAAS, 1985, S. 277 f.

13 Während seines Urlaubsaufenthaltes auf dem Bürgenstock hatte *Adenauer* führende Repräsentanten des DGB unter Führung des Vorsitzenden Christian *Fette* am 8. und 9. 8. 1951 zu Gesprächen empfangen. *Blücher* kritisierte daraufhin in einem veröffentlichten Telegramm an *Adenauer* den Bundeskanzler, woraufhin dieser scharf replizierte. AdG 1951, S. 3058 J; H. THUM, 1982, S. 126; D. BUCHHAAS, 1985, S. 278; TEEGESPRÄCHE, 1984, S. 123; KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 597. Telegramm und Briefwechsel abgedruckt in: ADENAUER. BRIEFE 1951–1953, 1987, S. 108 f. und S. 519. Vor dem Vorstand der CDU bezeichnete *Adenauer Blüchers* Vorgehen als „dumm". CDU-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE, 1986, S. 57.

14 Das am 6. 7. 1951 verabschiedete Bundesbahngesetz stieß bei den Gewerkschaften auf Widerstand, da es „weder eine den Gewerkschaften ausreichende Mitbestimmung im Verwaltungsrat noch einen Arbeitsdirektor im Vorstand vorsah". D. BUCHHAAS, 1985, S. 277.

15 Zu den Angeboten des Bundeskanzlers in diesen beiden Punkten: AdG 1951, S. 3083 D. Vgl. H. THUM, 1982, S. 127 f.

16 In seinem Antwortbrief vom 15. 8. 1951 ging *Blücher* vor allem auf die Kritik ein, die *Adenauer* in seinem Schreiben vom 13. 8. 1951 an einer Rede *Blüchers* in Münster betr. Mitbestimmung bei Kohle und Stahl geäußert hatte. Siehe ADENAUER. BRIEFE 1951–1953, 1987, S. 108 f. und S. 519.

17 So geschehen in: fdk, 2. Jg., Nr. 55 vom 17. 8. 1951, S. 1 ff.

Dr. WELLHAUSEN rollt die Frage auf: Was steht vom DGB aus bevor? Der zweite Akt des Angriffs sollte das Bundesbahngesetz werden, was verhindert wurde.

Im Mitbestimmungsausschuß[18] würde man sehr bald vor entscheidenden Fragen stehen. In vielen Dingen sei eine Einigung möglich und schon erfolgt. Zwei wichtige Punkte bleiben offen:

1. Betriebsfremde im Aufsichtsrat (DGB);

2. Welche Lösung ist für die fünf Punkte (Verlegung, Produktionsänderung, Schließung, usw., usw., eines Betriebes) möglich? In den drei vorliegenden Entwürfen[19] sind verschiedene Lösungen angegeben; es ist aber unmöglich zuzustimmen, daß eine dritte Stelle den Streit entscheidet.[20]

STEGNER weist auf zwei weitere strittige Punkte hin, die in der Zukunft zur Debatte stehen werden:

a) Der Aufsichtsrat an sich (Parität und elfter Mann).

b) Vorbereitung eines Gesetzes gleicher Art wie für Kohle und Eisen für den Gesamtkomplex Chemie durch den DGB.

Franz BLÜCHER faßt zusammen und betont besonders, daß die Freie Demokratische Partei in der Auseinandersetzung ebenso stark in außenpolitischen wie in sozial- und wirtschaftspolitischen Dingen sein muß.

Außerdem teilt *Blücher* mit, daß er, nicht als Regierungsmitglied, einen sehr ausführlichen Brief (Besatzungsstatut usw., usw.) an *McCloy* zu schreiben beabsichtige.[21]

Dr. MIDDELHAUVE regt dazu an, daß er die Wirkung dieses Briefes durch einen Passus: „Mein Parteivorstand hat mich gebeten,. . .", verstärken solle.

---

18 Gemeint ist offensichtlich der 16-köpfige Arbeitskreis, der auf der Grundlage der vorliegenden Gesetzentwürfe für ein allgemeines Mitbestimmungsgesetz im Auftrage der Bundestagsausschüsse für Arbeit und Wirtschaft einen Entwurf für ein Betriebsverfassungsgesetz ausarbeitete und am 18. 11. 1951 vorlegte. Vgl. D. BUCHHAAS, 1985, S. 267 f.

19 Gesetzentwürfe der CDU/CSU-Fraktion, BT STEN. BER. Anlg.-Bd. 4, Drucks. Nr. 970, der SPD-Fraktion, BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 5, Drucks. Nr. 1229, und der Bundesregierung, BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 7, Drucks. Nr. 1546

20 Vgl. D. BUCHHAAS, 1985, S. 272 f.

21 Ein Brief *Blüchers* an *McCloy* ist überliefert vom 27. 9. 1951. Hierbei handelt es sich um ein Begleitschreiben, dem die Entschließung des Münchener Parteitages der FDP vom 23. 9. 1951 zur Außenpolitik Nr. 1 „Gleichberechtigung und Partnerschaft" beilag. Entschließung abgedruckt in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 9. Der Brieftext lautete: „Als Vorsitzender der FDP übergebe ich Ihnen in der Anlage den Wortlaut eines Beschlusses des Bundesparteitages meiner Partei, wie er in der vorigen Woche in München gefaßt wurde. Ich halte dies für notwendig, weil ich Ihnen gegenüber und Ihren Beratern gegenüber schon mehrfach zum Ausdruck brachte, daß Ihre Kenntnisse der politischen Haltung der Gesamtpartei offenbar nicht immer ausreichend durch die direkten Quellen unterstützt werden. Es wird mir immer ein Anliegen sein, auf etwaige Fragen oder sonstwie sehr präzise zu antworten, um auch so gute Bedingungen für eine Partnerschaft zu gestalten." ADL, A 1–15.

14a.

19. 9. 1951 (9.00 Uhr): Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 94. Überschrift: „Vorstandssitzung 19. 9. 51, 9 Uhr vormittags, München, Hotel Vier-Jahreszeiten. Protokoll des Gesamtvorstandes am 19. September 1951."

Teilnehmer: [Bezold, Bleek, Blücher, Brandt, Dehler, Haußmann, Herta Ilk, Mayer, Middelhauve, Müller, Rademacher, von Rechenberg, Schäfer, Schwennicke, Ungeheuer, Weirauch, Wildermuth.]

Vizekanzler BLÜCHER: Ich begrüße die Erschienenen. Vorweg habe ich die sehr angenehme Aufgabe, schon jetzt vor Beginn der Tagung unseren Freunden vom Landesverband Bayern für die Herzlichkeit und die Aufmerksamkeit, mit der sie uns begrüßt haben, zu danken.

Ich darf nun das Folgende sagen. Wir haben ein ungeheures Arbeitsprogramm. Der Grund liegt darin, daß die angenehme Zeit vorbei ist, wo man sich über Grundsätzliches einig war. Mit der wachsenden Verantwortung wächst auch die Arbeit des einzelnen, und außerdem drängt sich sehr viel zusammen, und man erwartet von uns eine Unzahl von Antworten. Ich bin der Ansicht, wir sollten zuerst kategorisieren und schon auf die Schreiben unserer Parteifreunde *Rademacher, Middelhauve*[1] eingehen hinsichtlich der Tagesordnung und Ablauf des Partei[tags]programms.

[VORBESPRECHUNG DER TAGESORDNUNG DES BUNDESPARTEITAGES UND DER PARTEITAGSANTRÄGE]

Dr. MIDDELHAUVE: Das Tagungsprogramm ist ohne meine Mitwirkung zustandegekommen. Ich bin nicht dafür verantwortlich, daß eine wesentliche Änderung im Ablauf des Programms vorgenommen wurde, als es ursprünglich vorgesehen war; daß die Vorstandswahlen am Samstag, den 22. 9. nachmittags, stattfinden sollten und nun auf Sonntag verlegt worden sind. Ich halte diesen Zeitpunkt für völlig unmöglich. Vergessen Sie nicht, daß am Samstag schon ein wesentlicher Teil der Delegierten nicht mehr zugegen ist. Ich halte den Sonntag vormittag für eine sehr schlechte Zeit. Deswegen möchte ich vorschlagen und zur Diskussion stellen, daß wir am Samstag nachmittag die Vorstandswahlen durchführen und die Berichte über Frauen, Ausschüsse, Jugend und Ostarbeit evtl. auf den Sonntag vormittag verlegen. Das Programm sieht vor für Freitag nachmittag das Thema Gesellschaftspolitik, vertreten durch Dr. Her-

1 Das Schreiben *Rademachers* vom 12. 9. 1951 nicht ermittelt. Hinweise auf seinen Inhalt in der ersten Wortmeldung *Rademachers* in diesem Dokument. *Middelhauves* Schreiben vom 13. 9. 1951 enthielt vier Forderungen. 1. Mehr Zeit zur Diskussion der Vorschläge für ein Sozialprogramm; 2. Einsetzung eines eigenständigen Gremiums zur Erarbeitung einer neuen Vorlage für ein Sozialprogramm; 3. Erweiterung der Tagesordnung des Parteitages um den Punkt Diskussion der wirtschaftspolitischen Lage; 4. Vorbehandlung der Sozialprogrammentwürfe in der Vorstandssitzung am 18. 9. 1951. ADL, A 1 - 16.

mann *Schäfer* und Frau Dr. *Kiep-Altenloh*, und sozialpolitische Aussprache. Jeder weiß, daß die Sozialpolitik im Mittelpunkt der Diskussion des Parteitages stehen wird, denn eine Reihe von Landesverbänden haben Programme ausgearbeitet und vorgelegt. Ich glaube, es ist im Augenblick noch nicht angebracht, näher darauf einzugehen. Aber was ich vermisse, ist die Möglichkeit einer Aussprache über wirtschaftspolitisch notwendige Dinge. Auf jeden Fall müssen wir die wirtschaftspolitischen Probleme besprechen. 1. Vorschlag Dr. *Preusker*, der in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt hat.[2] 2. Dann meiner Ansicht nach die Stellungnahme der FDP und die Stellungnahme der Bundestagsfraktion zum Problem Investitionsselbsthilfe.[3] Schon allein die Diskussion dieser Themen muß eingebaut werden können.

Ob das möglich ist, daß wir Freitag nachmittag nicht nur für Sozialpolitik, sondern für Wirtschaftspolitik zur Verfügung stehen, wäre meiner Ansicht nach die letzte Notlösung. Aber die Möglichkeit, zur Wirtschaftspolitik zu sprechen, muß im Rahmen des Parteitages gegeben und gesichert sein.

BLÜCHER: Ich habe vorgemerkt, daß Ihnen zunächst daran liegt, die Wahlen auf Samstag nachmittag zu verlegen. Sie werden aber dann Sonntag ein unbesetztes Haus haben, und dann, daß Sie auf der anderen Seite Zeit für eine Aussprache der Sozial- und Wirtschaftspolitik vermissen.

RADEMACHER: Meine Herren, wir haben für unsere Delegation betr. Abfahrt und Abreise eine besondere Vereinbarung mit der Bundesbahn getroffen. Meine Delegation muß Sonntag morgen wieder abreisen. Wir sind nicht einmal in der Lage, Stimmen zu übertragen, da nur die Vereinigung von drei Stimmen auf einen möglich ist. Wir haben noch am 12. September geschrieben, daß es vielleicht richtiger wäre, bereits Freitag die Vorstandswahl vorzunehmen.

Dann möchte ich darauf hinweisen, daß für Freitag die allgemeinpolitische Aussprache auf zwei Stunden festgesetzt ist. Wenn nun am Freitag nachmittag noch mal für eine sozialpolitische Aussprache zwei Stunden vorgesehen sind, ist das meiner Meinung nach zu wenig. Wir möchten derartige Vorwürfe innerhalb unserer Tagung vermeiden. Ich bitte, das noch einmal zu überlegen. Dann vermisse ich auf der Tagesordnung einen Punkt, der sich mit den Anträgen der Landesverbände befaßt; oder gehört dies zum Punkt Entschließungen?

MAYER: Ich möchte gleich mit dem Letzteren beginnen. Ich habe es mir so gedacht, daß unter dem Punkt Entschließungen das behandelt werden soll, was

2 *Preusker* hatte vorgeschlagen, für Unternehmen, die „den Verbrauchern günstigere Beschaffungsmöglichkeiten oder Kosteneinsparungen ganz oder teilweise zukommen" ließen, einen „steuerfreien Marktleistungsgewinn" einzuräumen, an dem auch die Belegschaften der betroffenen Unternehmen partizipieren sollten. Im Unterschied hierzu sollten Unternehmen, die „ohne eigene Leistung Marktsituationen zu Lasten der Verbraucher" ausnützten, „Marktübergewinne" abführen. fdk, 2. Jg., Nr. 67 vom 28. 9. 1951, S. 2. Die *Preusker*schen Vorschläge im Wortlaut ebd., S. 3 f.

3 Zum Stand der Diskussion über das Investitionshilfegesetz und die Haltung der FDP hierzu im September/Oktober 1951 H. R. ADAMSEN, 1981, S. 185–188.

an Anträgen vorliegt. Die Änderung wurde mit Rücksicht auf unseren Parteifreund *Luchtenberg* vorgenommen.

Zuerst war vorgesehen, die kulturpolitische Sache am Sonntag morgen ablaufen zu lassen. Ich wollte aber *Luchtenberg* davor bewahren, vor einem leeren Hause zu sprechen. Dann habe ich mir gedacht, das hält den Verein am besten zusammen, wenn man die Wahl auf den Sonntag verlegt. Aber mit Samstag nachmittag bin ich sehr einverstanden. Dann die allgemeinpolitische Aussprache. Wir reichen schon jetzt nicht hinten und vorn trotz der drei Tage. Was wird die allgemeinpolitische Aussprache sein? Es wird sich zu 50 % bis 60 % um die Themen drehen, die Dr. *Middelhauve* bereits angesprochen hat. Dürfte ich einen Vorschlag machen? Wir sind doch gebunden durch die abendliche Kundgebung[4], die wir zu keinem anderen Zeitpunkt machen konnten.

BLÜCHER: Das ist ja das Schlimme, daß wir leider durch die Veröffentlichung dieses Programms gebunden sind. Es wird jeder Delegierte, der nicht guten Willens ist, behaupten, er hätte die Zeit seiner Anwesenheit bemessen nach dem ihm vorliegenden Programm, so daß die Programmänderungen erschwert werden. Vergessen Sie daneben nicht die öffentliche Rede, die ich bedaure, weil es nicht gut ist, wenn wir, *Dehler* und ich, reden, obwohl wir zu einigen Punkten noch nicht die abschließende Erklärung der Partei kennen.[5] Dazu kommt noch, daß wir so mit unserer Zeit beschränkt sind, weil wir am Samstag abend um 7.00 Uhr hier das Lokal räumen müssen. Herr Dr. *Middelhauve* hat den Vorschlag gemacht, den Samstag nachmittag (Programm des Samstag nachmittags) auf Sonntag zu verschieben.

RADEMACHER: Ich stimme mit Herrn Dr. *Middelhauve* überein, Wahlen am Sonnabend nachmittag, also auch Entlastung des Vorstandes.

MIDDELHAUVE: Um 15.45 Uhr ist der Bericht über die Ausschüsse vorgesehen bis 17.00 Uhr. Ich möchte vorschlagen, daß wir am Samstag nachmittag trotzdem bis 18.30 Uhr abschließend noch die Vorstandswahlen einbauen. Ich könnte mir vorstellen, daß der Bericht des Schatzmeisters und der Revisoren kurz ist, auch die Aussprache über Organisationsfragen. Ich glaube, der Vorschlag, den ich gemacht habe, ist akzeptabel, die Wahlen am Samstag nachmittag zu machen.

Dann ist es ein berechtigtes Anliegen, für die Diskussion einen weiten Raum zu geben. Die allgemeinpolitische Aussprache mit zwei Stunden ist zu knapp. Aber ich sehe da auch keine Möglichkeit. Weil wir dem Wunsche von Prof. *Luchtenberg* Rechnung tragen wollten, wurde dies auf den Vormittag gelegt, und das hat auch für die Kulturpolitik seine Berechtigung. Das können wir nicht ändern, wir müssen nur unseren Parteifreunden die Gelegenheit geben, im Rahmen der Diskussion nicht nur über die Sozialpolitik, sondern auch über

4 Für den Abend des 21. 9. 1951 stand eine öffentliche Kundgebung im Augustinerkeller mit Ansprachen *Blüchers* und *Dehlers* auf dem Programm, fdk, 2. Jg., Nr. 62 vom 13. 9. 1951, S. 7.

5 Neben den in Anm. 4 erwähnten Reden waren zur Eröffnung des Parteitages am Morgen des 21. 9. 1951 ebenfalls Ansprachen *Blüchers* und *Dehlers* vorgesehen. Ebd., S. 7 f.

die Wirtschaftspolitik zu diskutieren, und daß über den Vorschlag *Preusker* eine Stellungnahme des Parteitages gefunden werden muß.

BLÜCHER: Darf ich vorschlagen, daß wir Punkt für Punkt vorgehen. Es würde dann so aussehen: Samstag nachmittag 14.30 Uhr Bericht Ernst *Mayer.* Anschließend Bericht des Schatzmeisters und der Revisoren. Anschließend Aussprache zu Organisationsfragen. Anschließend Entlastung des Vorstandes und anschließend die Neuwahl.

Dann käme am Sonntag morgen um 9.00 Uhr der Bericht über Ausschüsse, Frauen, Ostarbeit, wobei wir es so einteilen können, daß wir es so vorsehen, daß *Wildermuth* zu seinem ausgewogenen Schlußwort kommt, und zwar vor dem Presseempfang. Diese Tagesordnung würde zunächst den Wünschen von Herrn Dr. *Middelhauve* und *Rademacher* entsprechen. Die zweite Frage ist, ob wir es verantworten können, am Freitag abend während der öffentlichen Kundgebung bestimmte Aussprachen zu führen.

MAYER: Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Aussprache glaube ich, daß wir dadurch Zeit gewinnen, da wir damit rechnen müssen, daß *Euler* nicht kommt.[6] Dann müßte irgend jemand aus der Fraktion mit einem kurzen Bericht einspringen. Ich halte einen weit gespannten auch nicht für erforderlich, und dadurch hätten wir dann Zeit für eine allgemeinpolitische Aussprache. Was die Wirtschaftspolitik betrifft, Sie sehen, ich habe schon formuliert „Gesellschaftspolitik" statt Sozialpolitik: Es sollte darin selbstverständlich die Wirtschaftspolitik inbegriffen sein.

BLÜCHER: Darf ich weiter fortfahren? Noch niemals ist von einem Parteitag so viel an Äußerungen erwartet worden wie von diesem. Ich nehme da gar nicht auf die Anträge der Landesverbände Bezug. Wenn wir beim Menschen anfangen, liegt zunächst der Antrag *Middelhauve* hinsichtlich des Sozialprogramms [vor].[7]

Als zweiten Punkt, wenn wir in der Richtung bleiben, ist die Frage Erziehungswesen, die vereinheitlicht werden muß und in einer Resolution niederzulegen ist. An einer Stelle muß es gesagt werden.

Als dritten Punkt kommen wir nicht vorbei an einem klaren Wort zur Grundsatzstellung zu den Gewerkschaften.

Vierter Punkt: Was haben wir über die Dinge in den Betrieben zu sagen? (Einwurf *Mayer:* kann unter 1 genommen werden.) Auftrag an ein zu bestimmendes Gremium. In diesem Zusammenhang dann auch eine politische Frage, eine sehr ernste Frage: das Problem der Juden in Deutschland. Wir sind da ein für allemal festgelegt.

---

6 Im Gegensatz zu dieser Erwartung erschien *Euler* und berichtete am Morgen des 22. 9. 1951 über die Arbeit der Bundestagsfraktion. Kurzbericht in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951. Ausführlicher hierzu: FAZ vom 22. 9. 1951, S. 3.

7 Hierbei handelte es sich um ein sozialwirtschaftliches Programm, das der Landesverband NRW auf seinem Parteitag am 22. 7. 1951 in Münster verabschiedet hatte. Vgl. hierzu fdk, 2. Jg., Nrn. 49 und 50 vom 19. und 25. 7. 1951, S. 5 bzw. S. 4–7.

RADEMACHER: Herr *Blücher* muß darüber ein geschicktes Wort in seinem Referat bringen.

BLÜCHER: Wir kommen an der Frage der Stellung der Soldaten nicht vorbei. (Erwähnt ein Telegramm von General *Friessner*, mit dem er auf *Blüchers* Brief klar und betont geantwortet hat und eine Verpflichtung zum Staate übernimmt.[8]) Übrigens wird *Manteuffel* morgen auch hier sein.

Wir kommen auch nicht an einer Aussprache oder an einer Erklärung über die Angelegenheit *Grotewohl* vorbei.[9] Was bisher in diesen Dingen erklärt wurde, genügt nicht. Der Weg von *Reuter* scheint mir sehr gefährlich.[10]

RECHENBERG: Das ist ein sehr schwerwiegendes Thema. Mein Vorschlag: Wir sollen die Leute blamieren und entlarven, es ist dies allerdings heute viel schwerer, als das z. B. zu Weihnachten gewesen wäre. Es muß erwähnt werden, daß eine Aussprache darüber nicht stattfinden kann.

BLÜCHER: Bei der völligen Verworrenheit und dem Nicht-sehen-können oder Nicht-sehen-wollen muß auch die Klärung über die Frage der Außenpolitik schlechthin herbeigeführt werden. Und wenn wir diese beiden großen Themen nehmen, müssen wir uns fragen, ob wir nicht zum Schumanplan auch etwas sagen müssen, und zwar das gleiche, was wir schon bei der Hauptausschußsitzung in Bonn gesagt haben.[11] Ich möchte, daß man die rein wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht allzusehr mit der Außenpolitik verbindet.

MAYER: Wir kommen in die Gefahr, daß Äußerungen zu der einen oder anderen Sache als Äußerungen zur Gesamtheit genommen werden. In der Presse werden nur Schlagzeilen gebracht, das können wir nicht ändern.

MIDDELHAUVE: Die Partei selbst ist festgelegt und gebunden durch die Erklärung der Fraktion[12] und des Hauptausschusses. Es handelt sich aber um die Bestätigung dieser Äußerungen durch das oberste Gremium der Partei, den Parteitag.

---

8 *Blücher* hatte dem Generalobersten a. D. Hans *Friessner* nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Verbandes deutscher Soldaten ein Glückwunschschreiben geschickt. Hierin hatte *Blücher* u. a. von der „größten Verpflichtung" gesprochen, „unserem jungen Staate zu dienen", fdk, 2. Jg., Nr. 61 vom 11. 9. 1951, S. 7.

9 Regierungserklärung *Grotewohls* vor der Volkskammer der DDR am 15. 9. 1951, in der er seinen Vorschlag für eine Wiedervereinigung Deutschlands vom 14. 3. 1951 modifizierte. AdG 1951, S. 3122 B.

10 *Reuter* hatte am 18. 9. 1951 erklärt, er könne nicht von vornherein sagen, „es handelt sich nicht um ein echtes Angebot des Herrn *Grotewohl*." Zum Beweis der Ernsthaftigkeit des Angebotes hatte *Reuter* von *Grotewohl* gefordert, „in Berlin Wahlen auf der Grundlage der Wahlgesetzgebung von 1946 abzuhalten". Ebd.

11 Bezieht sich auf die Sitzung am 24. 5. 1951. Die angesprochene Entschließung lautete wie folgt: „Der Hauptausschuß der FDP ist der Auffassung, daß eine Ratifizierung des Schumanplans erst dann vorgenommen werden kann, wenn im Bereich der deutschen Eisen- und Kohlenwirtschaft sowie der Chemie wieder klare privatwirtschaftliche Verantwortlichkeiten geschaffen sind." Dies wurde im folgenden in zwei Punkten näher präzisiert. ADL, A 12 - 3.

12 Ausführungen *Eulers* im Deutschen Bundestag am 12. 7. 1951, BT STEN. BER., Bd. 8, S. 6522 A-6525 D.

Es ist auch notwendig, daß in der allgemeinen politischen Aussprache – nicht nur aufgrund des Antrages von Nordrhein[13] – das Problem der Generalamnestie besprochen wird.

BLÜCHER: Wir stehen auch vor der Abstimmung Südweststaat. Wir kommen ebenso nicht vorbei an einer Grundsatzfrage zur Verfassungsentwicklung schlechthin.

WILDERMUTH: Damit brauchen wir unseren Parteitag nicht belasten. *Blücher* kann da ein beruhigendes Wort mit einfließen lassen.

MAYER: Wir müssen Stellung nehmen, da Anträge vorliegen.[14]

RECHENBERG: Die Meinungen werden da scharf aufeinanderprallen.

RADEMACHER: Es geht hier um eine taktische Frage im Bremer Wahlkampf.[15] Wir wollten uns auf allgemeine Forderungen beschränken, aber von *Eulers* Äußerungen[16] abrücken.

MIDDELHAUVE: Wenn wir den Antrag Bremen diskutieren[17], dann wird eine Stimmung entstehen, die unsere Bremer Freunde nicht wollen. Etwas muß gesagt werden. *Euler* hat das nur als Vorschlag gebracht.

BLÜCHER: Ich sage darüber vier bis fünf Sätze.

---

13 In diesem Antrag hieß es u. a.: „Der Bundesparteitag der FDP fordert im siebenten Jahre nach der Beendigung der Feindseligkeiten die Freilassung aller deutschen Kriegsgefangenen, die Einstellung aller Untersuchungsverfahren, die im Zusammenhang mit Kriegsereignissen gegen Deutsche in den ehemaligen Feindländern eingeleitet wurden, und die Freilassung der Untersuchungshäftlinge und bittet die Regierung der Bundesrepublik und alle beteiligten ausländischen Regierungen im Geiste christlicher und humanitärer Verantwortung und im Bewußtsein der europäischen Schicksalsgemeinschaft dahin zu wirken, daß die im Zusammenhang mit Kriegsereignissen verurteilten Deutschen begnadigt und ihrer Heimat und ihren Familien wiedergegeben werden. Hierzu ist die Vereinbarung einer Generalamnestie auf der Grundlage des Tabula-rasa-Prinzips anzustreben." ADL, A 1 - 17.

14 Bezieht sich auf die Anträge Bremens und Niedersachsens. Siehe Anm. 17 und 19.

15 Die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft waren auf den 17. 10. 1951 angesetzt.

16 Bezieht sich anscheinend auf Darlegungen *Eulers* vom 29. 6. 1951 vor der Presse zum Problem der Neugliederung des Bundes. *Euler* trug in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Neugliederung eine Reihe von Eventualvorschlägen vor, die dem Zweck dienten, „in der Öffentlichkeit zeitig eine Erörterung über die zweifellos bedeutsame, wenn auch nicht unmittelbar drängende Bundesaufgabe [der Neugliederung] in Gang zu bringen". In einer auf Distanz bedachten Stellungnahme hierzu hatte die FDP zwar ihre grundsätzliche Zustimmung zu einer „vernünftigen Neuordnung der Ländergrenzen" erteilt, jedoch neben „vernunftmäßigen Erwägungen" auch auf die „geschichtlichen Gegebenheiten, wie sie etwa in den Hansestädten wirksam sind", hingewiesen und insbesonders betont, daß *Eulers* Äußerungen nicht im Namen der Partei erfolgt seien. fdk, 2 Jg., Nr. 44 vom 3. 7. 1951.

17 Der Antrag Bremens datierte vom 13. 8. 1951 und lautete: „Da in Verbindung mit der gemäß Art. 29 GG geplanten innerpolitischen Neuordnung von Teilen der deutschen Länder durch Presse und Rundfunk mißverständliche Äußerungen über die Stellungnahme der FDP verbreitet worden sind, erklärt der Parteitag der FDP, daß bislang Beschlüsse der FDP in dieser Sache noch nicht vorliegen. Bevor sie gefaßt werden können, müssen die FDP-Organisationen der betreffenden Länder und der Hauptausschuß gehört werden. Hinsichtlich der Hansestädte Hamburg und Bremen betont der Parteitag deren besondere Aufgabe als Mittler des Welthandels, die sie im Interesse der Bundesrepublik nur erfüllen können, wenn ihre Selbständigkeit gewahrt bleibt." ADL, A 1 - 17.

UNGEHEUER weist auf Bedenken hin, die in Rheinland-Pfalz laut geworden sind. Abkommen mit der CDU, das besagt, daß ein isoliertes Vorgehen von beiden Parteien nicht vorgesehen ist.[18] Eine Neugliederung sieht man im Rahmen der Bundesreform.

BLÜCHER: Wir sind uns klar geworden, daß wir einwirken auf Bremen und Niedersachsen[19] zur Zurücknahme. Wenn ich offen spreche, so bekenne ich mich zur Selbstverwaltung, so weit diese möglich ist. Wenn wir vernünftig handeln, dann können wir uns um so nachhaltiger und besser durchsetzen. Es ist sehr viel Verwirrung angerichtet worden.

MÜLLER/Osterode: Der Antrag ist dadurch entstanden, daß Bremen einen Antrag gestellt hat bzw. eine Resolution erreichen will. Dieser Antrag ist vier bis fünf Monate alt. Ich glaube, daß ich ihn hier an Ort und Stelle zurückziehen kann im Auftrage des Landesverbandes, weil er aus meinem Bezirksverband kommt, aber nur dann, wenn wir von den Bremer Freunden dieselbe bindende Zusage im umgekehrten Falle bekommen. Ich darf feststellen, daß ich vorbehaltlich der gleichen Art des Verfahrens diesen Antrag von Niedersachsen dann zurückziehe.

DEHLER: Ich hoffe im Interesse der bayerischen Situation, daß die Dinge sich zwangsläufig entwickeln.

Der andere Punkt, die Verfassungsentwicklung, sollte unter dem gleichen Gesichtspunkt die Probleme fördern. Hier muß man auf die Kraft der Entwicklung bauen.

Dr. MIDDELHAUVE: Das ist alles richtig, und trotzdem können wir nicht nur aus reiner Zweckmäßigkeit und im Hinblick darauf, daß sich eine Entwicklung durchsetzen wird, nicht unseren ursprünglichen Ausgangspunkt außer acht lassen. Dazwischen steht unser altes Anliegen an den Unitarismus. Das ist ein Unterschied. Das können und dürfen wir keinesfalls verlassen. Wir sollen nicht darüber diskutieren, zumal ich der Auffassung bin, daß das Problem in seinen Einzelheiten noch nicht diskussionsreif ist und falsche Aspekte auftreten könnten. Auf der anderen Seite muß meiner Ansicht nach etwas dazu gesagt werden zu dem Ausgangspunkt der FDP in der öffentlichen Kundgebung durch *Blücher*. Bezüglich der Verfassungsentwicklung glaube ich doch, daß wir hier unseren Freunden gegenüber verpflichtet sind zu irgend einer Äußerung. Wir werden da nicht Einzelheiten diskutieren können: Problemverlagerung auf den Bundespräsidenten, Beziehungen zum Bundesrat und Bundeskanzler, wie die Konsequenzen in der Bundesregierung selbst verbreitert werden können. Alle diese Dinge werden wir durchsprechen müssen, aber daß dazu meiner Ansicht nach eine Grundhaltung und Grundlinie durch den Bundestag bestärkt werden muß, das halte ich für notwendig.

---

18 Siehe Nr. 14 b, Anm. 13.

19 Der Antrag Niedersachsens datierte vom 1. 9. 1951 und hatte folgenden Wortlaut: „Der Bundesparteitag beauftragt ein Gremium von fünf bis sieben Parteimitgliedern mit der Ausarbeitung einer Resolution, die in programmatischer Form die Stellung der FDP zur Frage des Wiederaufbaus der Bundesrepublik Deutschland festlegt. Der Entwurf ist dem diesjährigen Bundesparteitag zur endgültigen Entscheidung bzw. Zustimmung vorzulegen." ADL, A 1 - 17.

WILDERMUTH: Ich möchte vor Ihrem Vorschlag warnen. Die Dinge sind nicht akut. Wir haben nur nebelhafte Vorstellungen. Ich möchte dringend warnen, das Wort Unitarismus in den Mund zu nehmen, das mit Zentralismus identifiziert wird. Draußen ist es dasselbe. Wir wissen nur das eine, daß dieses Grundgesetz ein Provisorium ist, und daß vermutlich, wenn man die Dinge außenpolitisch sieht, der Moment an uns herankommt, wie wir das Grundgesetz ändern wollen. Darüber sind wir uns, abgesehen von allgemeinen Grundsätzen, noch nicht klar; dazu kommt Machtverteilung des Bundeskanzlers, der Ländergliederung, Stellungnahme des Bundesrates, Senat. All diese Dinge sind doch bei uns noch nicht durchgesprochen. Es würde vielleicht ein Wort genügen, daß man vielleicht jetzt an eine Verfassungsänderung herangehen kann. Da ist eine Verzwickung des Grundgesetzes.

BLEEK: Grundsätzlich bin ich der Auffassung von *Wildermuth*. Wir haben so viele Fragen, daß man diese Dinge überdecken sollte durch ein Eingehen auf die Fragen, die das Volk wirklich interessieren. Es ist tatsächlich so, es steht in der Konzeption in keiner Weise fest, wie die Dinge ein Ende nehmen sollen. Im übrigen bin ich der Auffassung, sie haben so viele natürliche Schwerkraft in sich, daß sie sich zum gegebenen Zeitpunkt selbst entwickeln. Eine Frage möchte ich aber doch in der Debatte anklingen lassen, das ist die Frage der Bundesregierung. Ich weiß, daß der Kanzler es im Augenblick nicht gern sehen würde, wenn die Frage der Vereinigung des Kanzleramtes und des Auswärtigen Amtes[20] allzu intensiv angeschnitten wird. Wir sind uns darüber ja klar, daß es im Augenblick wegen der schwebenden Verhandlungen nicht geht.

Dr. HAUSSMANN: Ich glaube, wir hatten uns zum Ziele gesetzt zu katalogisieren. Ich vermisse die ganze wirtschaftspolitische Situation und die unerhörte Fülle der Miseren des Bundes, der Länder und Gemeinden. Wenn wir da nicht irgend etwas dazu sagen, sind unsere Freunde mit Recht verärgert.

Dr. MIDDELHAUVE: Die Tatsache besteht, daß 35 Änderungsanträge zur Änderung der Verfassung vorliegen. Das Problem ist aktuell, weil wir jeden Tag in den Fangnetzen dieses Grundgesetzes stolpern und auf der Nase liegen. Daran vorbeizugehen, halte ich deswegen nicht für richtig. Es ist gesagt worden, es sei nicht opportun. Aber, meine Parteifreunde, was ist denn der Sinn eines Parteitages? Ich glaube, die Richtlinien festzulegen für das kommende Parteijahr, festzulegen, was richtunggebend sein soll. Es muß m. E. das Schwergewicht unserer innenpolitischen Bejahung darauf hinausgehen, bessere Verhältnisse innenpolitisch zu schaffen als was das Grundgesetz ermöglicht, und wir können nicht einen Katalog machen, ohne die Reformbedürftigkeit des Bonner Grundgesetzes klar zu betonen. Dies halte ich für unbedingt notwendig. Es gibt vielleicht folgenden Ausweg, daß der Bundesparteitag einen bestimmten Ausschuß, ein Gremium beauftragt, das Grundgesetz zu prüfen, welche Veränderungen wir wünschen, und dies dann einem Hauptausschuß in absehbarer Zeit vorzulegen.

---

20 *Adenauer* nahm seit dem Frühjahr 1951 beide Funktionen in Personalunion war.

Dr. Ilk: Wäre es nicht besser, wir würden erst einmal wirklich das Programm zu Ende bringen und dann diskutieren?

Blücher: Es ist zumindest eins nötig, daß wir tatsächlich Experten aus unseren eigenen Reihen bei diesem Parteitag damit beauftragen, die Frage der Verfassungsentwicklung zu behandeln. Ich muß Ihnen eins sagen: Ich bin persönlich der Auffassung, wenn wir nicht binnen zwei Jahren eine ganz wesentliche Umgestaltung des Grundgesetzes erreichen, dann sind wir untergegangen unter der Voraussetzung, daß eine wirtschaftliche Beruhigung eintritt. Wenn jetzt eine wirtschaftliche Beruhigung eintritt, wird es zu der Ansicht kommen, daß das Grundgesetz in der heutigen Form nur Sinn hat, wenn es sich in zwei Parteien aufteilt.

Dehler: Wir sind im Wachsen und wollen aufbauen. Wollen wir denn alles das, was wir geschaffen haben, als minderwertig hinstellen? Wir tun das aber, wenn wir schon wieder einen Ausschuß einsetzen.

Blücher: Jeder wird uns dann Sympathien entgegenbringen, denn jeder weiß, daß es kein deutsches Grundgesetz ist, das wir haben.

Dehler: Es hat aber doch keinen Sinn, die Reformbedürftigkeit zu proklamieren.

Middelhauve: Es kommt darauf an, daß wir irgendwie Politik machen in der Partei. *Blücher* hat darauf hingewiesen, daß wir durch das Grundgesetz in große Schwierigkeiten kommen können.

Wildermuth: Der Parteitag ist mit Arbeit überlastet. Ich bin damit einverstanden, daß Ausschüsse eingesetzt werden, um Verfassungsfragen zu prüfen. Aber weiter können wir nicht gehen.

Bezold: Ich erinnere daran, daß wir in Bayern sehr erheblich und sehr erbittert gekämpft haben.

Blücher: Ein Grundgesetz, unter dem wir leben, können wir nicht in scharfen Worten öffentlich kritisieren. Auf der anderen Seite aber ist es notwendig, einen Ausschuß unter Berücksichtigung der durchzuführenden Arbeit in Gang zu setzen, um eine Entwicklung zu ermöglichen. Daß wir schlecht regieren – in diesem Kreis kann man es aussprechen –, hat seinen Grund darin, daß es nicht möglich war, bei unseren ersten Maßnahmen das zu überblicken, was kommen würde. Daraus kann uns aber kein vernünftiger Mensch einen Vorwurf machen.

Mayer: Zu den Ausführungen von *Müller* eine Bemerkung: Die Situation da oben muß berücksichtigt werden, wir müssen aber auch die Situation südlich des Mains berücksichtigen. Es würde nichts schaden, wenn wir daran auch bei den Landesparteitagen denken würden.

Blücher: Etwas, was nicht am Parteitag besprochen werden kann, wofür sich aber einige Freunde bereithalten wollen, ist, mit *Schwennicke* über die Berliner Frage zu sprechen. Es wird über dieses Thema so viel gesagt, aber es muß einmal abgeschlossen werden. Wir müssen überlegen, wann wir in Berlin sein können, um über diese Dinge zu sprechen.

RECHENBERG: Wir sind schon viel zu weit gegangen und haben die Amerikaner schon viel zu viel entlastet. Wir können es aber jetzt nicht noch vertiefen.

BLÜCHER: Wirtschaftspolitik: Ich würde es persönlich für unglücklich halten, wenn wir eine ganz ins einzelne gehende offensive Erklärung ausschließlich für die freie Wirtschaft, ohne auf die sittliche Bindung hinzuweisen, verabschieden. Wir können das nicht, wir müssen aber ganz sicher Stellung nehmen, auch zu den *Preusker*schen Vorschlägen im Sinne *Middelhauves*, wobei ich aber nicht der Ansicht bin, daß es richtig ist, dies nun öffentlich zu tun.

Dr. VON RECHENBERG: Die *Preusker*schen Vorschläge sind mißverstanden worden. Sie kamen völlig verfrüht. So geht es nicht.

BLÜCHER: Ich habe ganz konkrete Vorstellungen.

Der Teil 1 der *Preusker*schen Vorschläge ist geeignet, wenn man Diskontsatz über [?] Prozent anerkennt und Wucherzinsen nicht anerkennt, so sind sie etwas Gesundes. Man könnte eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen machen, aber nicht in einer Resolution des Parteitages.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich schätze Dr. *Preusker* außerordentlich. Aber sein Vorschlag ist nur akzeptabel, nur diskussionsreif in einer einigermaßen normalen Zeit. Aber in der Gegenwart, ich denke an die bombenzerstörten Betriebe, an den Irrsinn der augenblicklichen Importregelung, an die Menge von Ostbetrieben, die neu aufgebaut werden müssen, das ist im Augenblick nicht zu machen. Der Vorschlag *Preusker* ist in der letzten Zeit diskutiert worden und hat die Öffentlichkeit in irgendwelche Rage gebracht. Er hat die Herren *Schäffer* und *Erhard* positiv auf den Plan gerufen. Ich kann nur sagen, was ich gelesen habe, in der „Frankfurter Allgemeinen" und irgendeiner anderen Zeitung. Es geht nicht an, daß wir lediglich [über] so etwas den Mantel der parteipolitischen Nächstenliebe darüber decken, da muß was Konkreteres gesagt werden. Ich halte diesen Vorschlag für etwas derartig wirtschaftlich Abwürgendes, daß die Partei unbedingt eine Erklärung abgeben muß dazu, die deutlich davon abrückt. Ich halte dies für erforderlich, nicht weil finanzielle Interessen vorhanden sind, sondern weil es sich hier um die Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft handelt.

Dr. HAUSSMANN: Wir sollten im Vorstand den Wortlaut der *Preusker*schen Vorschläge fordern.

BLÜCHER: Es ist die Tendenz klar geworden. Der Ausgangspunkt war die *Rechenberg*sche Bemerkung, die ich gestern schriftlich den handwerklichen Organisationen abgegeben habe, daß es sich um einen von *Preusker* der Fraktion vorgelegten Entwurf handelt, über den die Fraktion beraten wird. Ich habe mich nicht negativ, sondern positiv ausgedrückt.

Dr. *Haußmann* hat einige fundierte Forderungen gestellt, z. B. eine Erklärung über die Kohlefrage. Ich bin jederzeit in der Lage, Ihnen einen Drei-Stunden-Vortrag über die Kohlenfrage zu halten. Aber ob in diesem Augenblick mehr als ein Wunsch, daß die Hausbrandversorgung sichergestellt ist, opportun ist, wage ich zu bezweifeln. Man könnte uns vor allen Dingen nachsagen, daß gerade auch Parteifreunde von uns durch eine bewiesene mangelnde Disziplin

zumindest eine sehr erhebliche Verzögerung in der Einfuhr von Importkohle herbeigeführt haben.

Da ist auch die Außenpolitik von Herrn *Erhard*. Sie wissen, daß im letzten Pariser Ausschuß Herr *von Maltzan* darauf gedrängt hat, den Franzosen 200 000 to Koks mehr zu geben.[21] Ich glaube, das ist eine Sache, wo wir vorsichtig sein müssen; ich glaube, daß es nicht gut wäre, im allgemeinen auf allzu viele Einzelheiten in der Wirtschaftspolitik in Form von Entschließungen einzugehen. Es ist ein grundsätzliches Bekenntnis notwendig. Wir sollten erneut unsere Ansicht sagen, daß wir an dem Ziel festhalten, sämtliche Preisbindungen aufzugeben und eine einheitliche Wirtschaftspolitik zu bekommen. Ob wir sonst viele Einzelheiten aufgreifen, darüber müssen wir uns klar werden.

WILDERMUTH: Darf ich darauf hinweisen, daß die sogenannten mittelständischen Kräfte, Handwerker, Hausbesitz, Bauern, drauf und dran sind, eine eigene Partei zu gründen.[22] Das ist für uns eine Frage auf Tod und Leben. Wir müssen zur Mittelstandpolitik Stellung nehmen und darauf hinweisen, daß der Mittelstand nicht nur aus Handwerk und Hausbesitz und Einzelhandel besteht, sondern appellieren an die freien Berufe, die Angestellten und die Beamtenschaft. Nach meiner Meinung sollten wir die Organisation als Gegengewicht im Sozialen erringen.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich halte die Gründung des Mittelstandsblocks für falsch, sie muß aufgefangen werden, darüber besteht kein Zweifel. Nun darf ich auf die anderen Probleme zurückkommen.

Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft: Dies ist bereits geschehen in dem sozialpolitischen Programm Nordrhein-Westfalens.[23] Wir sollten darüber hinaus im Rahmen der sozial verpflichteten Marktwirtschaft doch das Problem der Investitionsselbsthilfe aufgreifen. Wir sollten hier verhandeln. Man wartet darauf, und das Parlament kann es sich nicht gestatten, die erste große Geste der Wirtschaft versanden zu lassen, ohne in die schwerste Kollision durch die Gewerkschaften hineinzukommen und berechtigte Attacken [herauszufordern]; es geht nicht ohne eine Erklärung in dem Parteivorstand. Nochmals zurückkommend auf die *Preusker*schen Vorschläge. Wenn eine Diskussion entsteht, so muß *Preusker* ran. Ich bin der Überzeugung, es wird ein Delegierter scharf Stellung nehmen, und dieses Problem ist auch von ungeheurer Bedeutung, daß es offen in die Diskussion hineingebracht werden muß und *Preusker* gebeten werden sollte herzukommen, damit er seinen Vorschlag verteidigen kann. Diskutiert werden müßte dies auf alle Fälle. Dann sollten wir zu der Frage der Freigabe des Kohlenpreises unbedingt Stellung nehmen.[24]

---

21 Näheres nicht ermittelt. Zur Haltung *Erhards* in Fragen des Kohlenexportes speziell gegenüber Frankreich in dieser Zeit seine Rede im Deutschen Bundestag am 18. 9. 1951, BT STEN. BER., Bd. 9, S. 6615 C.

22 Die Gründung eines „Mittelstandsblocks in Stadt und Land" hatte Andreas *Hermes* anläßlich einer Sitzung des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes am 10. 9. 1951 verkündet. AdG 1951, S. 3108 B. Dazu auch Fritz REICHARDT, Andreas Hermes, Neuwied 1953, S. 252 f.

23 Siehe Anm. 7.

24 Die Bundesregierung hielt zu diesem Zeitpunkt entgegen den Forderungen der AHK an einer

DEHLER: Die Aussprache hat etwas sehr Wertvolles. Wir erkennen langsam eine Regelung der Probleme. Die *Preuskers*chen Vorschläge zu debattieren, ist jedoch unmöglich. Der Parteitag soll große Linien geben, das klärt unser Volk auf, aber nicht eine Frage von steuertechnischer Bedeutung aufrollen.

Noch eine Bitte: Dr. *Wellhausen* hat heute Geburtstag. Kann ich ihm im Namen des Vorstandes unsere Grüße senden?

Allgemeine Zustimmung.

HAUSSMANN: Es mögen einige Herren bestimmt werden, die sich – wenn nicht am Parteitag, so in allernächster Zeit – zusammensetzen und diese Fragen besprechen. Ich glaube, daß diese Fragen zusammenhängen mit der Unzufriedenheit dieser Kreise über die unbefriedigende Situation auf steuerlichem Gebiet. Der finanzpolitische Ausschuß wird hier eingeschaltet werden müssen.

Und was hat der Vorstand vor, im Hinblick auf Art. 107 des Grundgesetzes?[25] Wir sollten im Rahmen des Grundgesetzes diese Bestimmung im Auge haben und rechtzeitig an diese Dinge denken. Wir kommen über Art. 107 auch noch zu Art. 29.[26]

BLÜCHER: Wir waren uns klar, nicht in Fachdebatten eintreten zu können, sondern die gesamte Linie festzulegen.

RECHENBERG: Zur Investitionshilfe weiß ich kaum, was man sagen kann. Inzwischen ist die Stimmung gegen die Investitionshilfe in den Verbänden selbst groß geworden. Es sollte eine einmalige Hilfe sein, davon ist jetzt keine Rede mehr.[27]

BLÜCHER: Zu *Hermes:*[28] Man darf nicht glauben, daß es die Bosheit des Herrn *Hermes* allein ist. Wir müssen eine sehr kluge Politik treiben, damit die Politik von *Hermes* nicht zum Zuge kommt. Für mich zeichnet sich das auch so ab: Wir können von der Notwendigkeit der Selbsthilfe sprechen, z. B. bei der Kohle, wir werden da nicht auf Gegensätzlichkeiten stoßen.

MIDDELHAUVE: Wir dürfen nicht die Schwierigkeiten betonen, die sich ergeben, sondern müssen darauf hinweisen, daß es sich um ein Politikum erster Ordnung handelt. Das ist kein Problem am Rande.

WILDERMUTH: Die Debatte läuft durcheinander mit der Mittelstandsgeschichte. Die Geschichte mit der Investitionshilfe ist nicht so einfach gemacht, sondern hier sehe ich Gefahren.

---

zentralen Kohlenverkaufsorganisation (mit Preisfestsetzungrechten) fest. AdG 1951, S. 3098 C.

25 Finanzausgleich.

26 Neugliederung des Bundesgebietes.

27 Zu den in diesen Wochen laufenden Beratungen über die Vorfinanzierung der Investitionshilfe H. R. ADAMSEN, 1981, S. 202–206.

28 Vgl. Anm. 22.

BLÜCHER: Ich glaube, wir haben den Kreis abgesteckt. Es bleibt als nächstes die Frage des bitterbösen Lastenausgleichs.[29] Aber es muß hier irgend etwas bestimmt dazu gesagt werden.

Dr. VON RECHENBERG: Es wird aber niemand befriedigen, daß wir an irgend einer Stelle die Hoffnung ausdrücken, daß das Gesetz baldigst verabschiedet wird. Auch in dieser Beziehung werden wir in bezug auf die Kulturpolitik etwas sagen müssen.

BLÜCHER: Darf ich annehmen, daß Sie zum größten Teil mitgeschrieben haben? Es käme nun auf die Arbeitsverteilung an.

Den ersten Antrag haben Sie, Dr. *Middelhauve*, gestellt wegen Bearbeitung verschiedener sozialer Dinge[30] [wie] Erziehungskosten.

Dann: Unsere Stellung zu den Gewerkschaften muß knapp und klar präzisiert werden, positive Einstellung zu dem Gewerkschaftsgedanken. Wollen Sie das machen, Herr Dr. *Schäfer?*

SCHÄFER: Wann soll das sein? Wir wollen sehen, wie wir unsere Zeiteinteilung machen; ob wir uns heute nachmittag zusammensetzen können, damit wir doch vielleicht heute abend dann weitermachen können und beraten über die bereits vorgelegten Entwürfe. Beim Parteitag können wir das nicht machen, weil wir das ja alles vorbereiten müssen.

[BLÜCHER:] Dann käme die Frage Ordnung im Betrieb, mit anderen Worten praktisch Mitbestimmungsrecht.

MAYER: Das ist in der Beratung drin. Wollen wir da noch etwas tun? Ich glaube, da machen wir nichts Besonderes mehr.

Dr. HAUSSMANN: Ich glaube, wir müssen mindestens vom Vorstand her jemand bitten, in den sozialpolitischen Ausschuß hineinzugehen. Darf ich bemerken, daß sich der Stuttgarter Deutsche Juristentag in der letzten Woche [31] auch mit diesen Fragen befaßt hat nach der rechtlichen und wirtschaftsrechtlichen Seite hin. Ich glaube, es wird von uns als Partei erwartet, daß wir in der Mitbestimmungsrechtssache noch etwas sagen aus Anlaß des Parteitages.

BLÜCHER: Ich bin der Ansicht, daß wir so vorgehen sollen. Wenn wir den Antrag *Middelhauve* betr. kulturpolitischen Ausschuß[32], den wir vorliegen haben, durchlesen und beraten, so ergibt sich eine Entscheidung dabei bei der Bearbeitung.

Dann zu den Soldatenverbänden.

---

29 Über das Lastenausgleichsgesetz begannen im September 1951 die abschließenden Beratungen im Lastenausgleichsausschuß des Bundestages. Hierzu R. SCHILLINGER, 1985, S. 264–273.

30 Vgl. Anm. 7.

31 Deutscher Juristentag vom 13. bis 15. 9. 1951 in Stuttgart. Eine Abteilung der Arbeitssitzungen befaßte sich mit dem Thema „Die Gestaltung der Unternehmensformen unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen und sozialen Verfassung". NEUE JURISTISCHE WOCHENZEITUNG, 4. Jg. (1951), S. 753.

32 Antrag auf „Schaffung eines Bundesbeirats für das Erziehungs- und Bildungswesen beim Bundesinnenministerium". Vom Parteitag als Entschließung Nr. 17 verabschiedet. Abgedruckt in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 15.

Dann zur Außenpolitik.

Wir müssen versuchen, in dieser Frage etwas Klares zu sagen. Wir müssen überall zu Formulierungen kommen.

Jetzt kommt die von Dr. *Middelhauve* angeschnittene Sache Generalamnestie. Ich erinnere Sie nur daran, daß die Kohleförderung durch die völlige Entthronung aller Bergwerksbeamten, die von der Seite der kommunistischen Ausschüsse in der Frage der Entnazifizierung beseitigt worden sind, beeinträchtigt worden ist. Wir haben ungeheure Energien lahmgelegt.

1. Wir haben (Generalamnestie) einen Entschließungsantrag durch den Landesverband Nordrhein-Westfalen vorliegen.[33]

2. Bitte darum, daß dieses Problem nicht in eine allgemeine außenpolitische Entschließung eingebaut wird. Dies ist so bedeutend, daß es unbedingt herausgestellt werden muß. Wir sind zum zweiten Mal, was die Atmosphäre angeht, Problem Entnazifizierung, führend und [haben] eine vernünftigere Regelung gefordert [. . .] als die anderen. Ich glaube, es ist an der Zeit, zu diesem Problem auf dem Parteitag eine Stellungnahme zu erreichen. Wenn heute auch noch in einigen Kreisen Hemmungen zu überwinden sind, sollten sie überwunden werden. Dann können wir überzeugt sein, daß das in zwei Jahren ein Problem ist, das in der ganzen Welt diskutiert werden wird.

SCHÄFER: Ich muß einige Bedenken geltend machen. Ich schrecke zurück vor dem Wort Generalamnestie und ich kann mich nicht einsetzen dafür, daß Leute amnestiert werden, die mit Menschen Tierversuche gemacht haben. Dazu kann ich nicht sagen: Generalamnestie. Dort, wo Leute in dienstlicher Verpflichtung, die mit Krieg und Kriegsführung zusammenhängt, gehandelt haben, dort kann man davon sprechen. Aber auch nur in dieser Hinsicht. Zum zweiten: Es soll alles vernichtet werden, was an Aufzeichnungen vorhanden ist. Es gibt aber doch Fälle, wo ich auf Leute zurückgreifen muß, ob sie tragbar sind.

BLÜCHER: Es handelt sich hier um zwei Ergänzungen, die fehlen. Wir wollen nicht Verbrecher schützen. Der Antrag Nordrhein-Westfalen muß an zwei Stellen ergänzt werden.

SCHÄFER: Das Wort Generalamnestie muß verschwinden.

MIDDELHAUVE: Das Wort Generalamnestie ist ein völkerrechtlicher Begriff geworden. Ich bin einverstanden, daß diese Leute in die Gerichtsbarkeit des eigenen Volkes hineingehören. Wir wollen aber den Begriff „Generalamnestie" nicht verändern. Die Einschränkung, die *Blücher* vorgeschlagen hat, werde ich noch mit meinen Freunden besprechen.

BLÜCHER: Es tagt um diese Zeit die Ostzonen-LDP. Ich habe ohne Aussprache in diesem Kreis Bedenken, dort zu sprechen.

MAYER: Ich kann mir nicht denken, daß viel passieren könnte. Sie kennen meine Einwendungen gegen die Art der Aktivität der neu aus der Ostzone her-

33 Siehe Anm. 13.

übergekommenen Leute. Der große Teil des Gremiums dort sind Leute wie *Kunze, Engler* u. a. Es wäre gut, wenn sich *Schwennicke* an der Aussprache der Ostzonen-Leute beteiligen würde.

MIDDELHAUVE: Bezüglich der Ost-LDP sollten wir nicht nur bitten Herrn *Schwennicke,* zu dieser Tagung hinzugehen, sondern es ist wichtig, daß auch Herr *Schäfer* dort hingeht. Wenn er hier entbehrlich ist, sollten wir ihn bitten hinzugehen.

WEIRAUCH: Die Ausschüsse haben zum erheblichen Teil die Absicht, selbst Entschließungen zu formulieren. Die Landesverbände haben gebeten, diese Entschließungen noch vor Beginn des Parteitages zu publizieren. Es ist erforderlich, daß diese Entschließungen durch den Vorstand oder durch ein noch zu bildendes Redaktionskomitee überprüft werden.

BLÜCHER: Der Sinn, daß wir heute um 6.00 Uhr wieder zusammentreten, ist der, daß wir die Aussprache fortsetzen und anhand der dann vorliegenden Entschließungen weiter beraten können.

WEIRAUCH: Trotzdem halte ich es für unbedingt erforderlich, daß diese Entschließungen überprüft werden. Es geht darum, daß die Entschließungen auch verständlich gehalten werden. Es kommt darauf an, daß nicht die Entschließungen für Ausschußspezialisten erstellt werden, sondern für die Gesamtpartei.

BRANDT: Die Presse hat begreifliches Interesse an den Ausschußsitzungen. Wenn sie am Donnerstag von den Ausschüssen nichts bekommt, hat sie Freitag keine Substanz. Wenn die Entschließungen erst über den Parteitag laufen [und] Samstag/Sonntag verabschiedet werden, dann werden diese Entschließungen erschlagen durch die Hauptreferate. Darüber hinaus hat die Presse ein besonderes Interesse an den Entschließungen, da sie glaubt, daß darin Punkte angesprochen werden, die die Meinung der FDP zu bestimmten Punkten präzisiert. Wenn wir für die Presse das unterbinden, laufen wir Gefahr, daß die Reporter sich in Lokalen herumbewegen und sich dann unter der Hand Informationen besorgen, die nicht in unserem Sinne sich bewegen.

MAYER: Selbst auf die Gefahr hin, daß die Presse übermorgen ihre Spalten nicht füllen kann, müssen wir an dem Grundsatz festhalten. Die Entschließungen sind solange vertraulich zu behandeln, ehe sie nicht vom [Parteitag verabschiedet sind].

Ich möchte anregen, die Landesschatzmeister zusammenkommen zu lassen, daß diese dann eine Reihe von Leuten benennen, die dann als Finanzausschuß der Partei funktionieren. Im übrigen sollten wir so verfahren, daß wir den Satzungsausschuß bindend beauftragen, auch andere Dinge zu formulieren, und der Parteitag den Auftrag erteilt, im Laufe des nächsten Jahres eine Satzung zu verabschieden. Ich würde Ihnen die Anträge, die ich zu stellen hätte, heute abend formuliert vorlegen.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich möchte folgende Anregung machen. Wir haben im Landesverband Nordrhein-Westfalen einen dreiköpfigen Ausschuß, Organisationsausschuß gebildet, der alle Organisationsfragen, auch finanztechnischer

Art [behandelt], um die Last einer Reihe von wichtigen Fragen nicht auf einer Schulter zu lassen. Das hat sich in Nordrhein-Westfalen gut bewährt, und ich könnte mir vorstellen, daß sich dies auch im Rahmen der Gesamtpartei bestens bewähren würde.

BLÜCHER: Wir haben dann sofort zu beraten und zu beschließen; es entstünde nämlich ein großer Zeitverlust, wenn wir nicht vorher den Prüfungsausschuß, der aus einem Vorstandsmitglied und zwei Mitgliedern bestehen muß, installiert haben, also ordnungsmäßige Einberufung sowie Überwachung der Beschlußfähigkeit der Versammlung, Stimmberechtigung der Vertreter. Die Landesverbände müssen sich sofort, wenn sie eingetroffen sind, melden, und es muß festgestellt werden, wer vom Vorstand und welche Parteifreunde mit dem Wahrnehmen der Funktionen des Prüfungsausschusses beauftragt werden. An sich würde ich einen Juristen wie *Haußmann* vorschlagen.

HAUSSMANN, Einwurf: Ich habe mit meinem LV noch etwas zu besprechen, was aber nur fünf Minuten dauern wird.

BLÜCHER: Es ergibt sich die schwierige Frage. Wir alle werden mit großem Bedauern an die Bestimmungen des Gesetzes denken, wonach also *Bleek* nicht amtierend in Erscheinung treten sollte.[34] Wir werden ihn hoffentlich nur für kurze Zeit vermissen. Ich möchte ihn aber auch auf der entgegengesetzten Seite nicht mit irgendwelchen anderen Funktionen noch belasten.

Wollen wir uns darauf einigen, daß wir die Geschäftsordnung des Bundestages für die Abwicklung des Parteitages zugrunde legen, oder halten Sie dies für bedenklich?

SCHÄFER: Für den Abstimmungsmodus usw. ist es das Gegebene.

BLÜCHER: Können wir jetzt die Helfer für die Durchführung bestimmen? *Weirauch* mit Herrn *Brandt* und die übrigen Helfer.

SCHWENNICKE: Zum Berliner Antrag[35] möchte ich noch etwas sagen.

Auf Antrag einiger Kreisverbände war der Antrag eingebracht worden wegen der Nationalhymne des Deutschlandliedes. Dazu möchte ich folgendes sagen. Die Dinge sind für uns zur Zeit schwierig, weil der Bundespräsident da sehr stark sich auf den Fuß getreten fühlen kann.[36] Es war jetzt in einer Vorstandssitzung, die wir kurz vor dem Parteitag abgehalten haben, nochmals die Frage besprochen worden, und der Landesverband Berlin wäre damit einverstanden,

---

34 Bezieht sich auf das vorläufige Bundespersonalgesetz vom Juni 1950 und die Durchführungsverordnung vom 17. 6. 1950, die festlegte, daß ein Beamter in der Öffentlichkeit nicht als aktiver Anhänger einer Partei in Erscheinung treten durfte. Vgl. U. WENGST, Beamtentum, 1988, S. 136.

35 Der Berliner Antrag datierte vom 5. 9. 1951 und hatte folgenden Wortlaut: „Die Bundestagsfraktion wird gebeten, sich baldmöglichst für die Wiedereinführung des Deutschlandliedes (3. Strophe) als Nationalhymne einzusetzen, bevor es von rechtsradikalen Gruppen als Kampflied für eine nationale Opposition verwendet wird." ADL, A 1 - 17.

36 Zur Diskussion über die Nationalhymne und die Einstellung von *Heuss* in dieser Angelegenheit Eberhard PIKART, Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie, Stuttgart 1978, S. 95–98; U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 280 f.

wenn grundsätzliche Bedenken bestehen, daß sich der Vorstand überlegt, welche Möglichkeiten bestehen und was da geschehen kann.

BLÜCHER: Es ist selbstverständlich, daß die schweren Mängel und Peinlichkeiten, die aus der immer noch nicht feststehenden Nationalhymne hervorgehen, uns nicht nur in der Partei, sondern auch in der Regierung beschäftigt haben. Innerhalb der Bundesregierung hat eine Beratung stattgefunden mit einem einstimmigen Ergebnis zugunsten der dritten Strophe des Deutschlandliedes.[37] Diese Frage haben wir keinesfalls in den letzten Monaten laufen lassen. Es ist dieserhalb schon mit dem Führer der Opposition gesprochen worden. Der Führer der Opposition konnte nichts anderes tun, als seine positive Einstellung zur dritten Strophe zu bekennen.[38]

MAYER: Wir dürfen den Bundespräsidenten nicht dadurch desavouieren, daß wir morgen[39] singen. Er weiß, daß sein Versuch gescheitert ist. Wir sollten die Situation von sich aus sich entwickeln lassen.

MIDDELHAUVE: *Heuss* hat eingesehen, daß sein Versuch gescheitert ist. Fest steht, daß das Deutschlandlied wieder zur Volkshymne geworden ist, und so befindet sich die Bundesregierung in der peinlichen Situation, einen Beschluß zu fassen. Wenn gesagt wird, die Nationalhymne festzulegen, ist ein Vorrecht des Bundespräsidenten, so dürfen wir hier nicht eine Stellungnahme eingehen. Vorschlag: Bitte an das Staatsoberhaupt, den Herrn Bundespräsidenten, zu richten um einstimmige Annahme am Bundesparteitag.

BLEEK: Der Bundesparteitag kann nichts tun, was *Heuss* desavouiert. Der Antrag Berlin dürfte in keiner Form, auch nicht abgeändert vorgebracht werden. Wir, die wir *Heuss* nahestehen, müßten ihn aber bitten, eine Entscheidung im positiven Sinn in allerkürzester Zeit herbeizuführen. Auf der Schlesier-Kundgebung wurde nur die dritte Strophe des Deutschlandliedes angestimmt, gesungen wurde aber von der Mehrheit die erste Strophe.[40] Man kann das ja dann nicht verhindern.

[. . .][41]

RADEMACHER: Meine Damen und Herren! Es wäre natürlich ein idealer Zustand, wenn es gelingen würde, durch eine Entscheidung des Bundespräsidenten die dritte Strophe des Deutschlandliedes zur Nationalhymne zu erheben. Wir haben ja mit Realitäten zu rechnen. Was ist eigentlich gegen die erste und zweite Strophe des Liedes überhaupt einzuwenden? Bei der Fahnenfrage haben

37 Besprechung am 21. 8. 1951. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 603 f.

38 Im Gegensatz hierzu die Mitteilung in der Kabinettssitzung am 21. 8. 1951, daß *Schumacher* die dritte Strophe des Deutschlandliedes als Nationalhymne ablehne. Ebd., S. 603.

39 Bezieht sich wohl auf die öffentliche Kundgebung am 21. 9. 1951, siehe Nr. 14 d, Anm. 2.

40 Bezieht sich auf die Großkundgebung am 16. 9. 1951 anläßlich des schlesischen Bundestreffens vom 13.–17. 9. 1951 in München. Hierzu die Berichte in: DER SCHLESIER. Breslauer Nachrichten. Offizielles Organ der Landsmannschaft Schlesien für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und Berlin, 3. Jg., Nr. 27 vom 25. 9. 1951, S. 1 f.

41 In der Vorlage an dieser Stelle anscheinend irrtümlich die Passage: „Beschluß des Vorstandes . . .", die unten nach der Wortmeldung *Haußmanns* eingefügt ist.

wir uns damals durchgesetzt.[42] Ich spreche in dieser Beziehung nicht von übermorgen abend.[43] Ich glaube nicht, daß uns *Heuss* es übelnehmen würde.

MAYER: Darf ich mit dem Letzten beginnen. *Heuss* würde es uns übelnehmen. Seine Auffassung kenne ich. Aber er wird es übelnehmen, wenn wir, bevor er gesprochen hat, es singen würden. Wir können nicht los von der Geschichte. Wir würden da gegenüber *Heuss* etwas machen, was *Adenauer* beklatschen würde und es gegen ihn ausnützen würde. Ich kann mir aber nichts Fürchterlicheres vorstellen, daß man es gegen die Sozialdemokraten machen würde. Eine Nationalhymne darf nicht das Ergebnis eines Machtkampfes sein. Wählen wir kurz den Weg, den *Bleek* vorgeschlagen hat. Der Vorstand bittet in der geeignet erscheinenden Form den Bundespräsidenten, in der Frage der Hymne eine Entscheidung zu treffen.

Dr. VON RECHENBERG: Sie sprechen immer davon, die Nationalhymne zu bestätigen. Wir wollen den Bundespräsidenten bitten, daß in bezug auf die Nationalhymne die dritte Strophe verkündet wird. Es soll nicht gesungen werden. Wie wollen Sie aber gegebenenfalls dies verhindern? Wäre es nicht vielleicht in bezug auf die Gefahr hin, daß es gesungen wird, zweckmäßig, wenn *Blücher* in der Kundgebung sagt, daß wir den Bundespräsidenten in dieser Beziehung ansprechen wollten. Vielleicht wird es dann nicht gesungen.

WILDERMUTH: Was wollen wir denn eigentlich? Wir wollen nichts anderes als wieder eine Nationalhymne haben. Sie selber haben doch die Lage umrissen. Wir stehen doch nicht so, daß wir Nationalhymnen proklamieren können. Dies wird von ganz von selber kommen. Es ist schon verschiedentlich gesagt worden, lassen Sie die Geschichte laufen, in einem halben Jahr spricht keiner darüber. Wenn wir es aber verhindern wollen, können wir es nicht proklamieren.

Nun komme ich auf eine andere Schwierigkeit. Wäre es richtig, wenn wir den Parteitag mit dem dritten Vers schließen? So sagte Freund *Mayer*, das würde uns der Bundespräsident übelnehmen.

HAUSSMANN: Ich glaube, die staatsrechtliche Seite ist absolut klar. Wir sollten jetzt nicht eine vollendete Tatsache gerade auf unserem Parteitag schaffen. Das würde nicht allein von *Heuss*, sondern auch von anderen Parteien mit Recht aufgegriffen werden und das, was wir gutmachen wollen, wieder zerschlagen. Ich bin der Auffassung, wir bitten die Parteifreunde *Wildermuth, Mayer* und *Blücher* sowie Hermann *Schäfer* bei nächster Gelegenheit, von sich aus ins Gespräch zu kommen und eine Entscheidung herbeizuführen. Im übrigen darf ich sagen, es ist etwas untergegangen. . .

[Beschluß des Vorstandes: *Mayer, Schäfer, Blücher* werden mit *Heuss* in diesem Sinne sprechen.

---

42 Bezieht sich offensichtlich auf die Beratungen des Parlamentarischen Rates über Art. 22, an denen *Heuss* maßgeblich beteiligt war. ENTSTEHUNGSGESCHICHTE, 1951, S. 211–215.

43 Wie Anm. 39.

BLÜCHER: Ich habe keinen Anlaß, einen an der Rechtslage vorbeigehenden Antrag von Berlin behandeln zu lassen.][44]

MIDDELHAUVE: Der Antrag Berlin liegt der Öffentlichkeit vor. Es handelt sich darum, daß die Öffentlichkeit den Antrag kennt und eine Stellungnahme erwartet. Ich verstehe die Rücksicht auf den Bundespräsidenten und bin der Auffassung, daß es uns gelingen wird, unsere Freunde davon abzuhalten, das Deutschlandlied zu singen, wenn wir etwas anderes dafür einzusetzen haben. Der Vorstand hat meiner Ansicht [nach] auch hier eine Vorarbeit zu leisten, indem er eine Stellungnahme des Parteitages herbeiführt, um diese Frage entsprechend zu formulieren. Man sollte das nicht abschieben auf ein Gespräch einer Reihe von Freunden mit dem Bundespräsidenten. Das Beste, was wir aus dem Antrag machen können, ist eine Bitte an den Bundespräsidenten.

ILK: Wie wollen wir verhindern, daß zum Schluß doch gesungen wird?

UNGEHEUER: Wir werden von der Presse bereits gefragt. Vielleicht können wir dazu schon etwas sagen. Es könnte verlautbart werden, daß der Vorstand den Bundespräsidenten bittet, in der Frage der Nationalhymne eine Entscheidung zu treffen. Es ist damit nicht vorgegriffen.

BLÜCHER: Ich fasse zusammen: An dem Willen [von] *Heuss*, die Dinge zu lösen, ist kein Zweifel. Es ist uns bekannt, daß es sein besonderer Wille ist, noch einmal einen Versuch zu unternehmen. Er möchte dann dieser seiner Verfügung eine besondere Note verleihen, daß als Anlaß dazu die Totenehrung oder Auflassung des Besatzungsstatuts genommen wird. Wir haben unsere Entscheidung nicht zu binden an die Stellung von *Heuss* zu uns, sondern als Bundespräsident.

Meine Freunde, es liegt ein Antrag des Landesverbandes Berlin in der Frage der Nationalhymne vor. Wir sind uns alle aufgrund der Aussprache mit den Freunden des LV Berlin klar, daß hier nicht ein Antrag der Partei erstrebt wird, sondern daß hier eine Frage gelöst wird, die eine Frage des Gesamtvolkes ist. Wir verstehen alle diese Ansicht unserer Freunde in Berlin. Wir werden die Stimmung, die wir hier erneut festgestellt haben, von Seite des Vorstandes dem Bundespräsidenten vortragen. Dann ist die Sache irgendwie erläutert und unterstrichen, daß auch Berlin es nicht als Sache der FDP ansieht, sondern als eine allgemeine Notwendigkeit.

Nun noch etwas außerhalb der Tagesordnung: Das Grußwort von *Heuss* an den Parteitag. Es ist mir nicht ganz klar, ob es im gesamten Wortlaut verlesen werden soll. Verliest den Brief *Heuss*.[45]

Wir haben den Antrag von Nordrhein-Westfalen bereits besprochen. Dann ist aber der des Landesverbandes Niedersachsen wegen der Zeitung.[46] Ja, meine

---

44 Siehe Anm. 41.

45 Grußwort von *Heuss* veröffentlicht in: fdk, 2. Jg., Nr. 64 vom 22. 9. 1951, S. 2. Anschluß der folgenden Textpassage unsicher.

46 Nach diesem Antrag vom 1. 9. 1951 sollte der Parteitag den Bundesvorstand beauftragen, „unverzüglich alle notwendigen Vorbereitungen in Angriff zu nehmen und Maßnahmen zu ergrei-

Herren, das ist ein Wunsch von uns allen. Aber wie wollen wir das nun, eine Verpflichtung übernehmen, bis spätestens zum nächsten Parteitag ein Parteiorgan erscheinen zu lassen. Ich weiß nicht, ob wir dies zum Gegenstand eines Beschlusses machen können.

MAYER: Darf ich noch einen Vorschlag machen.

Ich habe mir einen Titel dafür bereits ausgedacht, z. B. „Liberale Monatshefte", ein verbindliches Organ der Partei, in dem aber nur ausgewählte Dinge angerührt werden sollen. Es würde aber einen Nachteil haben, daß ein Teil uns freundlich gegenüber stehender Zeitungen sich gegen uns wenden würde. Lassen Sie mal die Entwicklung weitergehen.

Ich weiß nicht, ob man diese Sache zu einem Gegenstand der Debatte auf dem Parteitag machen kann.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich möchte das Problem in wenigen Sätzen beleuchten. Es war immer das Vorrecht der SPD, daß sie ein Parteiorgan hatte. Ich halte dies aber als eigene Zeitung nicht für etwas Gutes. Unser Bestreben muß dahin gehen, eine gut fundierte und breit fundierte Basis zu haben.

MÜLLER: Alles, was die Herren gesagt haben, habe ich bei der Diskussion in Niedersachsen auch bereits angeführt. Lassen Sie mich bitte nicht auch noch diesen Antrag zurückziehen. Ich glaube, es wird das Beste sein, daß Herr *Mayer* es kurz in seinem Referat beleuchtet. Ich habe nicht gemeint, dieses Problem während des Bundesparteitages auszuarbeiten. Ich bin aber der Auffassung, daß dieses Programm von den verschiedenen Landesverbänden auch verschieden beleuchtet werden wird. Nehmen Sie da nur mal Niedersachsen und Hamburg an.

14b.

19. 9. 1951 (20.00 Uhr): Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 94. Überschrift: „Vorstandssitzung 19. 9. 1951, 20.00 Uhr."

Teilnehmer: [Bleek, Blücher, Dehler, Haußmann, Herta Ilk, Middelhauve, Rademacher, von Rechenberg, Ungeheuer, Wildermuth.]

---

fen, damit spätestens zum nächsten Parteitag ein Bundeszeitungsorgan auf gesamtdeutscher Basis erscheinen kann". ADL, A 1 - 17.

[VORBESPRECHUNG DER PARTEITAGSANTRÄGE]

[BLÜCHER]: Zunächst ist die Rede davon, daß der Landesverband Bremen seinen Antrag[1] zurückzieht. Es wird dann hinterher eine grundsätzliche Aussprache notwendig sein. Dann kommt etwas sehr Wichtiges, der Hamburger Antrag wegen des Wahlrechts.[2] Das ist für uns schlechthin eine Daseinsfrage. Es wird dafür wichtig sein, daß wir dafür einen eigenen Ausschuß berufen. Ich bin der Auffassung, daß die Dinge im Laufe der Jahre so geklärt sind, daß der Entschluß des Ausschusses vorher feststehen müßte.

RADEMACHER: Dieser Antrag kommt von unserem Parteifreund *Büll*. Es kommt m. E. hier darauf an, daß aus einem Querschnitt der ganzen Partei wirkliche Fachleute sich zusammensetzen, um noch einmal über diese Frage zu sprechen.

BLÜCHER: Ich habe die Wichtigkeit betont, obwohl ich der Überzeugung bin, daß es gegenwärtig feststeht.

RADEMACHER: Darf ich fragen: Wenn das Grundgesetz nach Ablauf der vier Jahre bestehen bleibt und nicht geändert ist, wird dies dann bis zur nächsten Wahl übernommen?

BLÜCHER bejaht diese Frage.

Ich bin der Auffassung, daß man an der Notwendigkeit einer grundsätzlichen Überlegung des Grundgesetzes vorbeigeht. Allein dieses Grundgesetz mit Bundeskanzlergewalt macht an sich das Zweiparteiensystem zwingend für jeden, der die Dinge einsichtig betrachtet. Wir sind mit unseren Anträgen hinsichtlich Präsidialgewalt nicht durchgekommen.[3] In diesem Augenblick hätte die Stellung des Bundeskanzlers wieder geändert werden müssen, denn es hat keinen Sinn, wenn Sie den Wähler auf der Straße nehmen, eine Partei wie die FDP zu wählen. Denn bei der Allgewalt des Bundeskanzlers müßte man sagen, wir gehen auf eine der beiden Teile zu. Wir haben eben keine demokratische Verfassung.

DEHLER: Ich bin nicht so resigniert wie *Blücher*. Man darf nicht alles aus den Auspizien *Adenauers* sehen. Auch der Kanzler wird immer wieder von uns abhängig sein.

---

1 Vgl. Nr. 14 a, Anm. 17.

2 Der Antrag datierte vom 17. 8. 1951 und lautete: „Der Parteitag wolle beschließen, die Systeme des Wahlrechts für den Bundestag und die Länderparlamente zu überprüfen und eine einheitliche Auffassung in dieser Frage zu erarbeiten. Hierzu wird die Einsetzung eines Ausschusses aus Mitgliedern aus allen Landesverbänden angeregt." ADL, A 1 - 17.

3 In den Beratungen des Parlamentarischen Rates hatten die FDP-Abgeordneten *Becker* und *Dehler* versucht, eine Präsidialdemokratie nach nordamerikanischem Vorbild durchzusetzen. Vgl. Erhard H. M. LANGE, Die Diskussion um die Stellung des Staatsoberhauptes 1945–1949 mit besonderer Berücksichtigung der Erörterungen im Parlamentarischen Rat, in: VfZ, 26. Jg. (1978), S. 644 ff. Im Frühjahr 1950 gab es Initiativen *Blüchers*, das Amt des Bundespräsidenten mit politischen Leitungsfunktionen auf Kosten des Bundeskanzlers zu versehen, die aber bei *Heuss* keinen Anklag fanden. U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 279.

BLÜCHER: Sie sehen an der Sache vorbei. Entweder *Adenauer* oder *Schumacher*. *Adenauer* macht mit uns, weil wir sonst *Schumacher* hochkommen lassen.

DEHLER: Aber auch wir können den Kanzler nötigen, ihm unseren Willen aufzuzwingen. Wenn ich die Äußerungen *Adenauers* überdenke über den nächsten Wahlkampf, wir können nur gemeinsam siegen oder gemeinsam untergehen, so sage ich, er weiß, daß er uns leben lassen muß.[4] Das Wahlrecht wie das letzte wird sich immer wieder bewähren. Wir beschließen nun den Antrag, wir werden uns ernstlich darüber unterhalten müssen.

Wenn Korea nicht gewesen wäre, wären die Dinge anders gelaufen. Es ist heute nicht die Folge eines wirtschaftspolitischen deutschen Versagens, daß wir vor einer Situation stehen, wie sie heute ist. Der Zustand einer Bedarfsdeckung, die jahrelang forciert wurde – eine Konsumgüterfrage. In dem Augenblick fangen die Leute wieder an, politisch zu denken. Im Februar, März war die Situation ärger.

RADEMACHER: Wir stehen in Hamburg vor der Frage, daß 1953 die SPD, die jetzt die Alleinherrschaft hat, uns Überraschungen zuteil werden läßt, ob wir nicht gezwungen sind, wegen des nach unserer Auffassung undemokratischen Wahlgesetzes[5] den Verfassungsgerichtshof anrufen zu müssen. Alle diese Themen stehen zur Debatte.

DEHLER: Das setzt eine gesetzliche Regelung des Landes voraus.

WILDERMUTH: Das ist ein reiner Rechtsfall.

BLÜCHER: Ich nehme an, daß Württemberg-Baden den Antrag auf das Sozialprogramm zurückzieht.[6] Es kommt ein Antrag *Middelhauve*, daß wir die vorliegenden Anträge als Unterlage und Ausgangspunkt annehmen werden.

HAUSSMANN: Wir sollten endlich einen Weg finden zur Auswertung der Ausschußarbeit, um sie mit der Parteitagsarbeit zu koordinieren. Die Leute, die in den Ausschüssen mitgearbeitet haben, sind dann verärgert, daß ihre Arbeit nicht genügend gewürdigt wird. Ich möchte anregen, daß wir uns vor dem Parteitag zusammensetzen, um die Arbeit zu koordinieren.

BLÜCHER: Ich bin mit Ihnen einer Ansicht, daß wir das, was die einzelnen von uns erarbeiteten, hier schon besprechen müssen.

ILK: Wir geben den Ausschüssen das bekannt, was der Vorstand erarbeitet hat.

---

4 Vgl. die Äußerungen *Adenauers* vor dem CDU-Vorstand am 10. 5. 1951: „Die Koalition muß unter allen Umständen zusammenhalten bis zur nächsten Bundestagswahl. Man kann nichts an ihre Stelle setzen." CDU-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE, 1986, S. 34.

5 Das Wahlgesetz vom 18. 8. 1949 legte fest, daß 72 der 120 Sitze nach dem Mehrheitswahlsystem und 48 Sitze unter Berücksichtigung der Reststimmen nach dem Verhältniswahlrecht vergeben wurden. Dies führte bei den Bürgerschaftswahlen von 1949 zu einer Bevorzugung der SPD, die mit einer Stimmenzahl von 42,8 % 65 Sitze errang. Am 6. 12. 1956 wurde in Hamburg das reine Verhältniswahlrecht eingeführt. Hans Wilhelm ECKARD, Wahlrecht und Wahlen in Hamburg, in: Manfred ASENDORF u. a. (Hrsg.), Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft. 125 Jahre gewähltes Parlament, Berlin 1984, S. 133 f.

6 Entwurf eines Sozialprogramms der Landesverbände Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. Übersicht über seinen Inhalt in: fdk, 2. Jg., Nr. 51 vom 1. 8. 1951.

BLÜCHER: *Weirauch* und seine Mitarbeiter und die Münchener Herren werden dafür sorgen, daß die anfallende Arbeit verwaltungsmäßig durchgeführt wird.

RADEMACHER: Man sollte anstreben, daß die Entschließungen heute abend noch vom Vorstand verabschiedet werden, daß mindestens morgen im Laufe des Tages an den Ausschüssen ein Vorstandsmitglied teilnimmt und daß so ein erheblicher Teil abgefangen werden kann, was an Umfang zu weit gehen würde.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß tagt nicht; die Eingaben, die dafür vorliegen, müssen einem kleinen Gremium übergeben werden.

UNGEHEUER: Wir wollen das, was publikationsreif erscheint, entsprechend auswerten. Dazu ist eine politische Verantwortung notwendig.

BLÜCHER: Wir sind uns über die große Arbeitsverteilung einig. *Schwennicke* und *Schäfer* gehen zur Ost-LDP. Intern möchte ich noch zu einer Aussprache kommen: Berlin [als] zwölftes Land.

WILDERMUTH regt eine Verteilung der einzelnen Vorstandsmitglieder bei den morgigen Ausschüssen an.

BLÜCHER: Über den Antrag der Jungdemokraten[7] können wir jetzt nicht sprechen.

Es liegen die ersten Arbeitsergebnisse des Nachmittags vor. Wir beginnen mit der Erklärung *Schäfer:* verliest die Erklärung.[8]

SCHÄFER stellt anheim, ob man diese sehr deutliche Feststellung fortlasse oder nicht. Wenn wir bei der gegenwärtigen Kohlenlage vor der Androhung des Kohlenstreiks stehen, dann ist die Streikandrohung ein Mittel, die gesetzgebenden Körperschaften unter Druck zu setzen. Jeder wird sich dann unter diesem Druck fühlen.

RADEMACHER beantragt, den Satz „Bedrohung. . ."[9] herauszulassen.

WILDERMUTH schlägt vor, einen positiven Schluß zu bringen. Die Gewerkschaften sind eine Macht, auch der Mittelstand wird bald eine Macht sein, auch die Bauern haben uns gezeigt, daß sie eine Macht sind.

BLÜCHER: Wir können allen gleiches Initiativrecht geben. (Es folgt eine längere Debatte über wirtschaftliche Fragen.)

MIDDELHAUVE: Daß wir eine klare Äußerung tun müssen, das hat uns ja die letzte Kontroverse mit den Gewerkschaften bewiesen. (Unterstellung, die

---

7 Die Jungdemokraten hatten mit Schreiben vom 17. 7. 1951 beantragt, daß ihr jeweiliger „Reichsvorsitzender" satzungsmäßiges Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes sei, die Anzahl der Vertreter der Jungdemokraten im Hauptausschuß auf drei angehoben werde und den Mitgliedern des Reichsvorstandes auf den Bundesparteitagen kraft Amtes Sitz- und Stimmrecht zu erteilen sei. ADL, A 1 - 17.

8 Entwurf zur Entschließung Nr. 20 des Parteitages „Förderung der Gewerkschaften". Abgedruckt in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 17 f.

9 Der Satz lautete: „Versuche, durch Drohung die Entschlußfreiheit der gesetzgebenden Körperschaften zu beeinträchtigen, sind als Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat zurückzuweisen."

FDP wolle die gelben Gewerkschaften wieder haben.) Das ist ausgewertet worden. Die Gewerkschaften sind nicht nur eine Macht, sie gebrauchen auch ihre Macht. Ich stimme zu, man sollte mit irgend einer positiven Äußerung schließen. Wir sind gefragt, wie steht ihr zu der Sache, bzw. zu den Gewerkschaften, das sagen die ersten beiden Absätze. Es ist das, was man von uns zunächst nach der Verwirrung, die angerichtet worden ist, erwartet.

RADEMACHER: Ebenso erwartet die Öffentlichkeit eine Stellungnahme zu den Ereignissen der letzten Zeit, das geht in die Reihen der Angestellten hinein. Es muß drin bleiben: politische und gesetzgeberische Entscheidungen.

Beschluß: Die beiden letzten Sätze werden umgestellt.[10]

MIDDELHAUVE: Ich möchte vorschlagen, daß wir das an den Anfang des Entschließungsentwurfes stellen sollten. Wenn sich der Vorstand über die Verfassungsentwicklung Gedanken machen soll, dann bilden wir doch eine Verfassungskommission und verzichten auf die Entschließung.[11]

Zu dem Anliegen unserer Bremer Freunde: Wir können nicht in einer Entschließung so viel sagen, wie die Bremer Freunde erwarten und es dienlich wäre. Das kann nur durch die Sprecher der Partei im Bremer Wahlkampf ausgesprochen werden. Deshalb müßte man auf eine Entschließung verzichten, denn diese Entschließung wird in Bremen sehr genau gelesen und enttäuscht dort.

WILDERMUTH: Man müßte nicht nur von einer Kommission für die Entwicklung des Grundrechtes sprechen, sondern auch die Frage der Gliederung innerhalb des Grundgesetzes studieren.

HAUSSMANN: Diese Verfassungskommission ist unbedingt notwendig. Die Länder vermerken die Mängel auch dauernd. Wir müssen aber daran denken, daß wir in München tagen und müssen die bayerische Situation berücksichtigen. Ich bin der Auffassung von *Wildermuth*, wir werden eine Vorarbeit in diesen Dingen leisten müssen.

WILDERMUTH: Im Grunde sind wir alle einig. Die Frage ist nur, wer bringt die Resolution ein.

BLÜCHER: Alle Resolutionen werden als Vorstandsresolution eingebracht.

BLEEK: Ein akutes Bedürfnis ist die Frage einer Bundesreform.

---

10 Im Anschluß an den in Anm. 9 zitierten Satz hieß es sodann abschließend: „Politische und gesetzgeberische Entscheidungen stehen nach dem Grundgesetz ausschließlich den verfassungsmäßig gebildeten Staatsorganen zu." Anschluß der folgenden Textpassage unsicher.

11 Folgende Diskussion über den Entwurf zur Entschließung Nr. 11 des Parteitages „Grundgesetz und Neugliederung", abgedruckt in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 12 f. Darin das Ersuchen an den Bundesvorstand, „ohne Verzug eine dauernde Verfassungskommission zu berufen", deren Aufgaben in erster Linie darin bestehen sollten, eine „Grundlage für eine sinnvolle Weiterentwicklung des Grundgesetzes unter Berücksichtigung der bisher gemachten Erfahrungen und der dabei zu Tage getretenen Mängel [zu] entwickeln" und „sich mit den Fragen einer Neugliederung des Bundesgebietes zu befassen und hierüber den Organen der Partei zu berichten".

BLÜCHER: Ich hatte die Absicht, mich auf das in der Breite Durchsetzbare zu beschränken.

MIDDELHAUVE: Das Problem ist zu viel auf Neuordnung abgestellt und zu wenig auf Verfassungsänderung. In zwei bis drei Sätzen müßten wir das ausdrücken, was auch *Bleek* fordert.

HAUSSMANN: Soll über die Neugliederung überhaupt nichts gesagt werden?

BLÜCHER: Wir haben bisher immer die Parteiauffassung vertreten, im nächsten Frühjahr das Gebilde Rheinland-Pfalz zu beseitigen und dafür alle Energie aufzuwenden. Sie haben heute bereits eine Stimme darüber gehört.

MIDDELHAUVE: Davon kann doch die Politik unserer Bundespartei nicht ausgerichtet werden.

HAUSSMANN: Die Äußerung *Euler*[12] gilt als eine Äußerung der Bundespartei der FDP. Wir sehen alle, daß es so nicht mehr weitergeht.

BLÜCHER: Wenn ich sehr logisch denke: Die Antwort auf *Euler* war durch meine Vorlage gegeben.

WILDERMUTH: Zur Verfassungskommission: – „. . . soll die Weiterentwicklung prüfen oder ergänzen."

MIDDELHAUVE: Dezentralisierte Selbstverwaltung. Folgen wir der Anregung *Wildermuth*. Vorher der allgemeine Auftrag für die Überprüfung und Weiterentwicklung.

WILDERMUTH: Diese Kommission soll die Aufgabe haben, die Grundlage für eine Weiterentwicklung des Grundgesetzes zu sammeln und zu überprüfen.

RADEMACHER: Wer weiß in der Bevölkerung, was Auftragsverwaltung ist. Anliegen des Volkes ist eine einheitliche Finanzverwaltung.

BLÜCHER: die einzige Möglichkeit: in fünf oder sechs Zeilen, ganz allgemein.

RADEMACHER: Wir haben alle politisch erkannt, daß eine Neugliederung erfolgen muß. Man weiß, daß der Bund stärkere Befugnisse haben muß. Jetzt ist folgendes passiert: Diese Notwendigkeit ist jetzt etwas überstürzt gegeben durch die spontane Äußerung eines Ausschusses in einer Sache, die mit sehr viel Genauigkeit und Gründlichkeit getan werden muß. Wir müssen an unserem Grundsatz festhalten. Die Sache macht aber eine sehr sorgfältige Untersuchung nach der neuen Entwicklung erforderlich. Wir beseitigen damit die Äußerungen *Eulers*, die beunruhigen. Wir kommen zu der Notwendigkeit, auf gewissen Gebieten die stärkere Kraft des Bundes zu betonen. Wir haben nur die Aufgabe, das in eine Form zu bringen, die auch von der Presse gebracht wird.

UNGEHEUER: Die Stellungnahme von Rheinland-Pfalz[13] ist nicht recht verstanden worden. Es ist der Standpunkt der Partei, daß Rheinland-Pfalz aufgelöst

12 Vgl. Nr. 14 a, Anm. 16.

13 Beim Abschluß der Regierungskoalition hatten sich CDU und FDP Anfang Juni 1951 in Rheinland-Pfalz geeinigt, die Interessen des Landes „pflichtgemäß und tatkräftig wahrzunehmen". Die Neugliederung selbst wurde „nur aufgrund eines konstruktiven Gesamtplanes" für

werden muß und wird. Es ging nur um die Methode. Wenn ein Gesamtplan vorgelegt wird, dann wird Rheinland-Pfalz dem nicht entgegenstehen.

WILDERMUTH verliest die Mittelstandsentschließung (bleibt in der Fassung).[14]

DEHLER: Darf ich vorschlagen, was morgen im außenpolitischen Ausschuß beraten werden soll? Es geht bei dieser Erklärung zur Außenpolitik darum, im Augenblick keine Verwirrung irgendwelcher Art anzurichten, auf der anderen Seite aber doch das, was wir zur Außenpolitik zu sagen haben, stark auszusprechen. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe.

RECHENBERG: Die Erklärung liegt dem außenpolitischen Ausschuß vor.

Wenn ich nur kurz interpretieren darf, so will ich das tun. Es betrifft hier Aufhebung Besatzungsstatut und auch bestimmte Zielsetzungen hinsichtlich Osteuropa, das ist gänzlich klar ausgedrückt. Ich habe mir schon den Kopf zerbrochen, wie man nur alles hineinbringen kann.

WILDERMUTH: Das wird alles im außenpolitischen Ausschuß besprochen, und die Debatte hierüber können wir uns ersparen. Dieses zweimal zu machen, ist eine unnötige Belastung.[15]

Dann zu den Soldatenverbänden.

BLÜCHER: Ich möchte hier betonen, nichts wäre schlimmer, als wenn die Soldaten sagen, sie hätten nach dem Staate gesucht und wären wieder auf das Unverständnis der Partei gestoßen. Das ist die Situation, die die jungen Soldaten nach ihrem Fronterlebnis 1918 gehabt haben.

RADEMACHER: Das Problem ist ein anderes. Ich könnte mich zu diesem Kreise hinzurechnen. Ich stelle meine Tätigkeit und Arbeit als Staatsbürger über die Soldaten. Hier werde ich das Gefühl nicht los, daß hier die Tätigkeit und Funktion des Soldaten über die des Staatsbürgers gestellt wird.

Dr. MIDDELHAUVE: Diese Auffassung stimmt nicht. Diese Leute empfinden als Kameraden und haben einen kameradschaftlichen Bund gebildet.[16] Dieser Bund hat kein anderes Ziel als das der kameradschaftlichen Vereinigung, dadurch, daß sie auf dem Boden des Staates stehen. Wer hätte erwartet, daß das

---

sinnvoll gehalten, wobei auch auf die „zur Zeit noch außerhalb der Bundesrepublik Deutschland befindlichen deutschen Gebiete im Westen und Osten Rücksicht zu nehmen" sei. Diese umfassende Neugliederung hielten die Koalitionspartner derzeit „rechtlich und tatsächlich" nicht für möglich, weil das in Art. 29 GG vorgeschriebene Verfahrensgesetz fehle. fdk, 2. Jg., Nr. 37 vom 7. 6. 1951, S. 7 f.

14 Entschließung Nr. 14 des Parteitages „Tuchfühlung mit dem Mittelstand", fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 14.

15 Der Parteitag verabschiedete insgesamt zehn Entschließungen zur Außenpolitik, die unter folgenden Überschriften standen: „Gleichberechtigung und Partnerschaft; Europäische Föderation; Hindernisse für Schumanplan; Parlamentarischer Staatssekretär des Auswärtigen Amtes; sorgfältige Personalpolitik und besonderer Schutz; Aufbau zu langsam; Besoldung im Auswärtigen Dienst; Institut für Außenpolitik; Schlußstrich unter den letzten Krieg." Abgedruckt in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 9–12.

16 Bezieht sich auf die Gründung des Verbandes deutscher Soldaten am 8. 9. 1951 in Bonn. DER SPIEGEL, 5. Jg., 1951, Nr. 38 vom 19. 9. 1951, S. 6–9.

Panzerkorps Deutschland ein solches Telegramm an den Bundesvorstand schickt.[17]

BLEEK: Ich glaube, man darf nicht von sich aus auf andere schließen. Es gibt Leute, die das Bedürfnis haben, sich in dieser Form zusammenzuschließen.

BLÜCHER: Letzten Endes geht es doch nur darum, Einfluß zu gewinnen.

Dr. MIDDELHAUVE: Dieser Einfluß ist doch bereits vorhanden.[18]

[BLÜCHER:] Ich habe dann etwas Unmögliches versucht, ausgleichend zwischen den antragstellenden Landesverbänden zu wirken, damit wir nicht zu radikalen Beschlüssen kommen, aber auf der anderen Seite die beschrittene Parteilinie nicht aufgeben. Ich darf das in wenigen Worten ausführen:. . .

WILDERMUTH gibt dazu bekannt, man solle formulieren: Die grundsätzliche Auffassung der Freien Demokratischen Partei entspricht den Ländern usw., usw.

BLÜCHER: Ich wollte nur eine konkrete Geschichte darstellen.

Dr. MIDDELHAUVE: Es sollte eine Kommission gebildet werden, die sehr stark in eine Prüfung der staatsrechtlichen Konstruktion zwischen Bund und Ländern eintreten soll. Wir können keine großen Dinge einbauen hinsichtlich Kulturpolitik, aber ich habe den Eindruck, hier ist die Aufgabe etwas zu stark abgegrenzt und geht an dem Kernpunkt vorbei. Die Verfassung ist unserer Ansicht nach stark reformbedürftig. Man soll deswegen nicht ins Konkrete gehen, aber den allgemeinen Auftrag, den vermisse ich.

BLÜCHER: Ich glaube nicht, daß es einem Parteigremium möglich ist, von sich aus tatsächlich inhaltsausreichende Vorschläge für die Gliederung zu machen. Anders ist es mit der Verfassungsentwicklung. Durch eigene Vorschläge sollte die Verfassungsentwicklung weitergetrieben werden. Hier glaube ich, auf große Bedenken bei einem Teil unserer Freunde zu stoßen, und nehme an, daß sie sich auf dem Parteitag außerordentlich stark äußern.

RADEMACHER: Bremen steht vor der Situation des kommenden Wahlkampfes. Wir haben in Bremen das Verhältniswahlrecht, und die Partei steht dort für Äußerungen ihrer Persönlichkeiten ein.

BLÜCHER: Ich möchte ausdrücklich eines sagen: Mir liegt nichts an dem Antrag.[19] Auf der anderen Seite sehe ich, daß wir mit diesem Grundgesetz nicht hinten und vorn zurechtkommen. Ich bin der Ansicht, daß wir mit eigenen Vorschlägen überhaupt nicht nachlassen dürften.

---

17 Nicht ermittelt.

18 Die vom Parteitag verabschiedete Entschließung (Nr. 13) zu den Soldatenverbänden lautete: „Die Freie Demokratische Partei begrüßt den Zusammenschluß aller derjenigen ehemaligen Soldaten im Verband deutscher Soldaten, die es frei von jeder engen politischen Bindung wie während ihrer Soldatenzeit auch jetzt als größte Verpflichtung empfinden, dem Staate zu dienen. Dieser Entschluß wird dazu beitragen, sehr viel wertvolle und selbstlose Kräfte für eine Aufgabe frei zu machen, die durch harte Arbeit die soziale Wohlfahrt und dadurch jene Einigkeit unseres Volkes sichert, die die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands als freier Rechtsstaat ist." fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 13 f.

19 Siehe Nr. 14 a, Anm. 17.

RECHENBERG: *Blücher*, Sie haben letzten Endes die Gedanken von Dr. *Middelhauve* unterstützt. *Middelhauve* begrüßt darin ein Provisorium. Man macht sich aber auch darüber Gedanken, wie eine vernünftige Verfassung aussehen soll.

BLÜCHER: Mein erster Entwurf beginnt, daß die FDP die Haltung nicht aufgibt, die sie im Parlamentarischen Rat, Wirtschaftsrat vertreten hat.[20]

RECHENBERG: Wir haben vergessen, die Angelegenheit *Preusker*[21] zu besprechen.

BLÜCHER: Zu der Sache *Preusker* müssen wir die richtige Form finden. Sie ist für uns ein wertvoller Ausgangspunkt.

Zu der Ausarbeitung von *Mayer*[22]: Es scheinen sich bei den Beratungen der früheren Ost-LDP-Leute gefährliche Exil-Regierungs-Tendenzen zu zeigen. Das ist mit Erfolg bekämpft worden und es kam zu folgender Resolution: (verliest den Wortlaut).[23]

Dagegen ist nach meiner Ansicht nichts mehr zu sagen, denn daß das in der Tat Aufgabe von *Kaiser* sein müßte, darüber sind wir uns wohl alle im klaren. Daß auf der anderen Seite ein Stück Hoffnungsfreudigkeit daraus spricht, ist psychologisch wertvoll.

RECHENBERG verliest den Entwurf bezüglich der Antwort auf *Grotewohl*-Brief.[24] Lächeln Sie nicht, meine Herren, das ist ein ernster Vorschlag. Wir haben gewählt, Ihr sollt frei wählen, dann kommt zu uns.

RADEMACHER: Es darf nicht von vornherein wie eine Farce aussehen. Voraussetzung für freie Wahlen, und nun können beide Seiten zusammentreten. Die Idee ist nicht schlecht, wenn wir es nicht in zynischer Form bringen. Wir sind uns als politischer Kreis über den Ausgang klar, aber wir vergessen darüber die psychologische Wirkung auf die Bevölkerung. Es ist immer noch ein verblendeter Teil da, der auf die Friedensvorschläge *Grotewohls* hereinfällt und daran glaubt.

---

20 Anschluß der folgenden Textpassage unsicher.

21 Vgl. Nr. 14 a mit Anm. 2.

22 Hierbei handelt es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um die Ausarbeitung *Naases*, Nr. 12, Anm. 29.

23 Sie lautete: „Aus Anlaß des Parteitages der FDP in München fand eine Zusammenkunft ehemals führender Mitglieder der Ost-LDP statt. Nach einem ausführlichen Referat eines Sachverständigen beschlossen die Tagungsteilnehmer zur Förderung der bisherigen vorbereitenden Bemühungen der FDP, dem Parteitag die Schaffung von Arbeitsgremien zur Förderung und Vorbereitung aller zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung Deutschlands erforderlichen Maßnahmen, insbesondere in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung, unter starker Einschaltung von Sachverständigen aus den Kreisen der Ost-LDP-Flüchtlinge zur Beschlußfassung zu unterbreiten." ADL, A 1 - 17.

24 Zum Vorschlag *Grotewohls* vgl. Nr. 14 a mit Anm. 9. Entschließung Nr. 12 des Parteitages hierzu abgedruckt in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 23. 9. 1951, S. 13. Darin die Erklärung der Bereitschaft des Bundestages, „mit aus wirklich freien und geheimen Wahlen hervorgegangenen Abgeordneten der Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone zu gemeinsamer Beratung und Beschlußfassung in Berlin über eine gesamtdeutsche Verfassung zusammenzutreten".

BLÜCHER: Wenn Herr *Grotewohl* mit seinem letzten Schreiben das Angebot, tatsächlich in jeder Beziehung unbeeinflußte und freie Wahlen mit entsprechender Vorbereitung in der sowjetischen Besatzungszone anbietet, so nehmen wir von diesem Angebot mit . . .[25]

Zur Kohlengeschichte wird eine Resolution vorgelegt werden.[26]

Zur Pressefrage: Es wird durchweg behauptet, die Presse hörte nichts von der Partei. Diesem muß man begegnen. Ich bin der Auffassung, daß jede Resolution unbedingt verbreitet werden muß, ein Resümee nützt nichts. Infolgedessen ist die Grundarbeit für uns zunächst immer eine eingehende Beschlußarbeit, die ja letzten Endes für uns von protokollarischer Bedeutung ist. Daneben entstünden natürlich für einen Pressestab, der hier zugehört hat, zwei Aufgaben, das gesamte Material in einer pressewirksamen Form zusammenzuziehen. Voraussetzung dafür ist, daß die Tendenz richtig ist, das Vorliegen eingehender Beschlüsse und Erklärungen. Ich glaube wirklich, daß wir der Zweiteilung bedürfen. Das muß morgen alles zusammengefaßt werden.

MIDDELHAUVE: Wir werden diese nunmehr gefaßten Vorschläge, Entwürfe noch vielleicht drei oder vier Leuten in die Hand geben, die sich damit besprechen. Inzwischen werden sie von den Ausschüssen beraten worden sein, und von den Ausschüssen liegt auch die geleistete Arbeit vor. Deswegen bitte ich, daß der geschäftsführende Vorstand morgen nochmals um 5.00 Uhr zusammenkommt[27], um die ganze Geschichte auf den Nenner zu bringen, nachdem nach meinem Vorschlag betr. der drei oder vier Leute diese innerhalb des Tages das entsprechende Material bekommen haben und sich bemühen, eine Koordinierung vorzunehmen und um 5.00 Uhr dieses dann dem Vorstand zu unterbreiten. Das muß zwischen 5.00 [Uhr] und 7.00 Uhr erledigt werden, weil morgen abend die meisten Landesverbände mit ihren Delegierten zusammensitzen. Dann haben wir für den Parteitag nochmal das, was überdacht und durchgesprochen werden muß.

BLÜCHER: Wir brauchen das Material für die Parteigliederungen, Landesverbände usw., und wir brauchen ja auch die Entschließungen unter Berücksichtigung der fachlichen Gesichtspunkte. Ich möchte hierzu die Herren *Mayer, Ungeheuer* vorschlagen, die das machen.

Dann möchte ich noch ein Wort sagen. Unsere Leute erwarten von diesem Parteitag sehr viel mehr als wir irgendwie provozieren können.

RADEMACHER: Wir haben in den meisten Landesverbänden Organe, die sehr stark nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von der Wirtschaft bezogen werden. Was die Presse in diesem Zusammenhang bringt, ist nur ein Bruchteil des Beschlossenen, und ich glaube, die Entschließungen werden Stück für

25 Direkter Anschluß fehlt in der Vorlage. Anschluß der folgenden Textpassage unsicher.

26 Zur Kohlenlage der 1. Absatz in Entschließung Nr. 21 „Verschiedene Wirtschaftsfragen", abgedruckt in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 23. 9. 1951, S. 18.

27 In der Protokollsammlung der Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes der FDP ist eine Sitzung für diesen Termin nicht nachgewiesen. ADL, Ordner-Nr. 81.

Stück in den Organen abgedruckt, und es ist ein wertvoller Stoff, mit dem wir eine Menge erreichen können.

BLÜCHER verliest eine Entschließung für den Satzungsausschuß.[28]

MIDDELHAUVE: Ich möchte mit *Blücher* bezweifeln, ob der Hauptausschuß das annehmen kann. Ich bitte noch hinzuzusetzen, mit der satzungsmäßigen Mehrheit von zwei Dritteln des Hauptausschusses. Dann möchte ich weiterhin sagen, man sollte sich damit begnügen, ohne das Eigenleben der Landesverbände zu gefährden. Der Satz Wahrnehmung ihrer landespolitischen Interessen klingt mir FDP-widrig.

HAUSSMANN: Wenn der Parteitag den Beschluß mit Zwei-Drittel-Mehrheit faßt, dann können wir es auf den Hauptausschuß übertragen, und dann würde ich noch die zusätzliche Sicherung vorschlagen, die *Middelhauve* genannt hat, daß wir im Parteiausschuß nochmals eine Zwei-Drittel-Mehrheit haben.

RADEMACHER: Es wird die Entschließung zur Verfassungskommission vorgelesen.[29]

BLÜCHER: Ich möchte vorschlagen, daß *Dehler* diese Sache nochmals überprüft. Es hat keinen Zweck, jetzt hier nochmals über diese Fragen zu diskutieren.

Dr. HAUSSMANN: Darf ich folgendes noch sagen? Ich bin der Überzeugung, daß wir gegenüber einer Reihe von Kreisen der Partei nun noch ein Bekenntnis zur [sozial]verpflichtenden Marktwirtschaft in einer Auslassung über die Wirtschaftspolitik in einem Satze vorausschicken müssen, und daß wir dann an der zweiten Stelle von der Notwendigkeit sprechen, eine hohe Initiative von Finanz- und Wirtschaftspolitik herbeizuführen; daß wir an dritter Stelle sprechen über die Notwendigkeit, die an anderer Stelle behandelten Maßnahmen zur allgemeinen Produktionssteigerung nach Kräften zu unterstützen, und in diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Kohle und machen dann zusammengefaßte Ausführungen.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir dürfen nicht vergessen, daß der Auftrag erteilt wurde, eine Entschließung vorzulegen über die Verabschiedung des Sozialprogramms, und dabei habe ich mir gedacht, darin einige Grundsätze in der Entschließung festzulegen.

BLÜCHER: Ich habe deshalb ins Unreine gesprochen, weil ich noch nichts anderes vorliegen habe. Wenn Ihr Entwurf vorliegt, können wir ja anschließend noch diesen machen.

---

28 Hiernach war der Hauptausschuß zu ermächtigen, „satzungsändernde Vorschläge des Satzungsausschusses zu beschließen, die die Herstellung eines gesunden Verhältnisses der Stimmrechte der Landesverbände und ihrer Wählerstimmen zum Ziele haben und die Ausübung von Stimmrechten von der Erfüllung der Beitragspflichten abhängig macht". Außerdem war hierin ein Auftrag an den Satzungsausschuß enthalten, „dem Vorstand so rechtzeitig einen neuen Satzungsentwurf vorzulegen, daß ihn der nächste Parteitag verabschieden kann". Die neue Satzung sollte eine „engere Zusammenarbeit" zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei gewährleisten und eine „klare Aufgliederung der Zuständigkeiten" erbringen. ADL, A 1 - 17.

29 Entschließung Nr. 11 des Parteitages „Grundgesetz und Neugliederung". Siehe Anm. 11.

MIDDELHAUVE: Ich werde diese Regelung mit Ihnen und Hermann *Schäfer* besprechen.[30]

Dann hätte ich noch von der Entschließung zur Generalamnestie zu berichten.

BLÜCHER: Ich habe mir das nochmals reiflich überlegt und habe vor allen Dingen den Vorschlag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen[31] zu diesem schwierigen Problem nochmals geprüft. Dieser Vorschlag ist so gehalten, daß er akzeptiert werden könnte.

Ich darf wegen der Wichtigkeit diese Entschließung einmal verlesen. Sie ist mit Rundschreiben 40/51 bekanntgegeben worden. Damit sollen aber in keiner Weise Verbrecher geschützt werden.

DEHLER: Können wir damit etwas erreichen, daß sieben Jahre nach Kriegsende noch etwas Derartiges gemacht wird und gerade bei den Franzosen? Wir haben bisher immer gekämpft gegen diese ganze Sache. Was erreichen wir hiermit, wirkt es wenigstens psychologisch?

BLÜCHER: Ich möchte von der ganzen Rechtsgrundlage einmal absehen, weil Rechtsbrüche auch nach ihrer Ansicht in so rauhen Mengen hier vorgekommen sind, daß wir hier nicht vom Recht sprechen sollen. Selbst wenn wir diese Dinge besprechen, geht uns manchmal das Bewußtsein des Ernstes der Situation verloren. Hier, wo wir uns jetzt befinden, könnten die Düsenjäger der Russen und die russischen Bomber in etwa 14 Tagen [?] eintreffen, wenn sie aufsteigen. Das ist eine außerordentlich [un]erfreuliche Tatsache. Nun versuchen wir doch überhaupt, durch ein entschiedenes Bekenntnis zur Verteidigung der freien Welt das Schicksal zu bannen und dadurch selbst in eine politische Aktivität hinein[zu]geraten, die uns aus dem Objekt zum Subjekt der Politik macht. Diesem Bestreben stehen besonders arterienverkalkte Ansichten auf der Gegenseite gegenüber. Bei den Engländern ist das Inselgefühl vorhanden, sie freuen sich, daß sie nicht in das europäische Verteidigungssystem hineingezogen werden sollen, und die Franzosen glauben, aus der Tatsache der Kampffolgen politische Schlußfolgerungen ziehen zu können. Diejenigen aber, die klarsichtig sind, führen seit drei Monaten einen Feldzug gegen uns und versuchen, uns in materielle Notlagen zu bringen, versuchen uns einzuschüchtern, weil sie eine reagierende Presse haben. Verstehen Sie, wenn ich, der ich ein Mann des europäischen Ausgleichs bin, mit einer solchen Skepsis spreche? Die Erlebnisse haben uns in die Haltung hineingezogen. Nun geht es für uns um das Übergeordnete. Wir müssen reinen Tisch machen. Bezüglich des Verteidigungswesens und Kraft, da lastet auf uns die Schwerfälligkeit des französischen Strafwesens, die Tatsache, daß man immer noch wegen Tatbeständen, die nichts anderes ansprechen als die Frage der Befehlsgewalt im Kriege, ob der einzelne einem Befehl gehorchen soll oder ob er deswegen der deutschen Gerichtsbarkeit übergeben werden kann. Ich halte den Zustand für unerträg-

30 Diese Anregungen gingen in die Entschließung Nr. 19 des Parteitages „Sozialverpflichtende Marktwirtschaft" ein, abgedruckt ebd., S. 16 f.

31 Nr. 14 a, Anm. 13.

lich. Mir scheint es, man sollte heute die Forderung aussprechen, daß dies entfällt gerade in dem Augenblick, wo es an eine Generalbereinigung herangeht. Man versucht, in einem großen Gewaltspiel uns im Augenblick völlig zurückzudrängen. Ich gebe zu, daß wir nicht den wirklichen Verbrecher schützen wollen, aber daß wir sonst mal einen Schluß ziehen müssen und dies fordern müssen, ist uns klar, sonst gehen wir in die fürchterlichsten Auseinandersetzungen herein, bei der das ganze Wagnis auf deutscher Seite liegt. Wenn wir das versäumen und wenn wir uns unzulänglich verteidigen, dann steht am Ende dieses unseres Schrittes nicht nur die moralische, sondern auch die materielle Vernichtung Deutschlands. Wir sollten aber alle überlegen, daß wir mit unserem Entschluß eine Verantwortung übernehmen. Ich stehe dahinter, daß wir es tun sollten. Ich bin aber der Überzeugung, daß jedes Wort überlegt werden muß, damit ich nicht bzw. wir nicht als Beschützer von Verbrechern oder Verbrechen erscheinen.

MIDDELHAUVE: Man sollte die Aufhebung des Besatzungsstatutes abwarten. Ist es anständig, diese Forderung jetzt zu erheben? Die Generalamnestie ist noch lange nicht da, wenn sie von uns erhoben wird. Aber es ist notwendig, sechs Jahre nach Beendigung des Krieges davon zu sprechen. Ich habe sie auch in Uppsala[32] erhoben, und sie wurde dort auch von der Gegenseite erhoben. Ich verstehe die Bedenken und Hemmungen, die Sie, meine Herren, gegen eine volle Auswirkung dieser Amnestie haben. Es ist heute morgen besprochen worden, daß eine Einfügung in die Entschließung gebracht werden sollte. Wir in Nordrhein-Westfalen werden auf die Entschließung nicht verzichten wollen und können.[33]

HAUSSMANN stellt fest, daß die Vorstandssitzung nicht mehr beschlußfähig ist.

BLÜCHER verliest die Erklärung von *Mayer* in der Judenfrage.[34]

RADEMACHER schlägt vor, diese letzten beiden Entschließungen nicht am Parteitag zu fassen, sondern es der Geschicklichkeit des Vorsitzenden zu überlassen, an geeigneter Stelle die geeigneten Worte zu diesen Fragen zu finden.

32 Anläßlich der Tagung der Liberalen Weltunion vom 9. bis 12. 8. 1951. Vgl. Nr. 12 mit Anm. 26.

33 Der Parteitag verabschiedete eine Entschließung Nr. 10 „Schlußstrich unter den letzten Krieg", die das Wort Generalamnestie nicht enthielt, aber inhaltlich darauf hinauslief. Abgedruckt in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 12.

34 Siehe Nr. 14 c, Anm. 17.

14c.

20. 9. 1951: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 94. Überschrift: „Vorstandssitzung 20. September 1951, 15.00 Uhr." Fragment.

Teilnehmer: [Biermann-Ratjen, Bleek, Blücher, Luchtenberg, Elisabeth Lürßen, Mayer, Middelhauve, Ungeheuer.]

[KULTURPOLITIK]

Prof. Dr. LUCHTENBERG: Wir danken Ihnen, daß wir endlich einmal Gelegenheit haben, unsere Gedanken vor dem höchsten Gremium der Partei niederzulegen. Ich habe [sie] wiederholt in Briefen an den Vorstand zur Kenntnis gebracht. Es ist doch so, als ob die SPD die liberale Kulturgesinnung an sich reißt. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß von führenden Leuten gesagt worden ist, daß, seitdem *Heuss* aus der Partei ausgeschieden sei, die FDP tatsächlich Gefahr laufe, nun eine reine Wirtschaftspartei zu werden, und daß man nicht mehr von der Kulturgesinnung des Liberalismus spricht. Wie gesagt, ich habe dagegen das Meine gesagt, aber es dringt nicht durch, wenn nicht der Parteivorstand von sich aus hier hilft. Ich erkenne dankbar an, daß man uns jetzt für die Kulturpolitik einen halben Tag eingeräumt hat. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß die Lehrerschaft, insbesondere die Volksschullehrer und Berufsschullehrer darauf warten, daß sie eine Möglichkeit finden, auch bei uns ihre Interessen wahrzunehmen. Ich bin der Meinung, daß wir uns der ganzen Materie besonders annehmen müssen, und dazu gehört in erster Linie auch die Lehrerschaft. Denken Sie nicht, daß wir in der morgigen Tagung nur schulische Pläne und Reformen sehen, aber aus dieser Situation gibt es Wesentliches, dem wir uns zuzuwenden haben. Das sollten wir wirklich tun, damit wir nicht ins Hintertreffen kommen. Zunächst haben wir die Entschließungen, die wir heute morgen zusammengestellt haben. Darüber hinaus liegen uns andere Dinge auf dem Herzen. Zunächst möchte ich den Vorstand bitten, doch einen Referenten zu betrauen, der sich ausschließlich der Kulturpolitik widmet. Ich habe mich in Bonn umgesehen und weiß, daß die SPD in dieser Beziehung genau so wenig Chancen hat wie wir, und doch nutzt sie ihre Position aus. Ich habe das deswegen feststellen können, weil derjenige, der die Kulturpolitik macht, zufällig in Dresden saß.[1]

Wenn wir feststellen und sehen, was die CDU in diesen Dingen tut[2], was vor allen Dingen die katholische Kirche macht[3], dann ist es nicht zu verantworten,

1 Gemeint ist der Kulturreferent der SPD-Bundestagsfraktion Arno *Hennig*, Mitglied des kulturpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand. Zur kulturpolitischen Diskussion innerhalb der SPD von 1947 an K. KLOTZBACH, 1982, S. 181–187 und 255-260.

2 Die Diskussionen und Beschlüsse des CDU-Bundesvorstandes in kulturpolitischen Fragen in 1951, in: CDU-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE, 1986, S. 24 f. und 68 f.

3 Zur kultur- und gesellschaftspolitischen Position der Katholischen Kirche im Nachkriegs-

daß die Partei, die den liberalen Geist zu betreuen hat, so diese Dinge schlendern läßt. Ich habe mir überlegt, ob wir nicht mal über *Blücher* ERP-Mittel bekommen könnten. Wenn die Amerikaner in Bremen und Berlin Geld regnen lassen, und wenn wir unseren *Heuss* dafür gewinnen, daß wir eine repräsentative Dachorganisation durch die Förderung der Volksbildung befürworten würden, läßt sich etwas schon machen. Es geht mir darum, dem Vorstand diese Dinge einmal warm ans Herz zu legen; daß wir das nicht schaffen können, ohne einen Referenten zu haben, ist wohl auch einzusehen. Es gibt da so vieles, was nicht auf zwei oder vier Schultern gelegt werden kann, und im Augenblick ist es so, daß sich die Berufsschullehrerschaft zusammengefunden hat mit sämtlichen Verbänden, die überhaupt an der Berufserziehung ein Interesse haben. Wir brauchen nicht darauf hinzuweisen, daß die werktätige Jugend am meisten gefährdet ist und der wir gegenüber eine große Verpflichtung haben, ganz abgesehen davon, daß diese berufstätige Jugend, wenn sie gebildet wird, wie wir das möchten, ja auch einen Faktor für die Wirtschaft bildet. Deswegen haben wir eine Entschließung gefaßt[4], die nichts anderes will als die Bildung einer Zentralstelle, und ich glaube, diese würde allgemein begrüßt.

Dann ist noch die Sache, daß wir mit der „Kulturpolitischen Korrespondenz"[5] noch nicht zurechtkommen, die wir auf der Wiesbadener Tagung zu gründen beschlossen haben, und die uns in einen guten Widerhall, insbesondere bei den Kulturschaffenden bringen würde.

BLÜCHER dankt für die Ausführungen von Professor *Luchtenberg*.

MAYER: Ich kann mich zu dem Referenten noch nicht äußern. Ich weiß noch nicht, wie die Kassenlage in einem Vierteljahr sein wird und ob es uns gelingt, hierfür Mittel bereitzustellen.

Frau Dr. DAHRLS:[6] Ich spreche aus Erfahrung. Ich habe der Deutschen Volkspartei angehört vom Tage ihrer Gründung [an] bis zum Tage ihrer Auflösung. Man sagt allgemein, wir seien die Partei von Besitz und Bildung. An sich sind das bejahende Werte. Es ist aber doch jetzt so, daß wir die notwendige Basis schaffen müssen. Es wird Zeit, daß unsere Partei auch nach außen hin für die kulturellen Probleme genau so wie für die sozialen Belange eintritt und Verständnis auf breiter Basis zeigt. Herr Prof. *Luchtenberg* hat etwas gesagt, dem ich aber nicht beipflichten kann. Er hat sich an Sie gewandt, um amerikanische

---

deutschland der Überblick von Ernst Gottfried MAHRENHOLZ, Die Kirchen in der Gesellschaft der Bundesrepublik, Hannover 1969, S. 73–88.

4 Entwurf zur Entschließung Nr. 18 des Parteitages „Berufliches Bildungswesen", abgedruckt in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 15 f.

5 Das Erscheinen einer Korrespondenz „Kulturpolitische Mitteilungen des kulturpolitischen Ausschusses der Freien Demokratischen Partei" kündigte *Luchtenberg* mit einem Rundschreiben im Dezember 1951 an. ADL, Ordner-Nr. 693. Heft 1 erschien am 9. 4. 1951 (Hrsg. Paul *Luchtenberg*, verantwortlich: Josef *Ungeheuer*), bis zum Jahresende folgten weitere sechs Ausgaben in unregelmäßigen Abständen. Belegexemplare in den Beständen des ADL.

6 Offensichtlich ein Hörfehler. Gemeint ist Elisabeth *Lürßen*, die am Münchner Parteitag als Delegierte teilnahm, von 1919–1933 der DVP angehört hatte und Mitglied des kulturpolitischen Ausschusses der FDP war. Biographische Angaben in: Horst ADAMIETZ, Das erste Kapitel, Bremen 1975, S. 297 f.

Gelder mobil zu machen. Ich bin da gegenteiliger Meinung. Jetzt hat Bremen zwei Millionen [DM] geschenkt bekommen, weil dort ein Berufsschulzentrum aufgebaut werden sollte, das einzig dastehen sollte. Als wir das hörten, haben wir gesagt, lieber die Schüler in einer Holzbaracke untergebracht als in einem Prunkpalast mit amerikanischem Geld. Aber das nur nebenbei. Wir können nur fordern, daß wir die kulturellen Belange genau so wichtig behandeln wie die wirtschaftlichen.

Dr. MIDDELHAUVE: Das Anliegen war, uns mit allem Ernst und Nachdruck der Kulturpolitik zu widmen; das ist geschehen durch die Ausführungen von Prof. *Luchtenberg*. Ich glaube auch, daß wir den Eindruck gewinnen durften, daß die Sorgen wirklich sehr ernst aufgenommen wurden und wir uns nicht darauf beschränken werden, nur kleine Konsequenzen daraus zu ziehen. Der kulturpolitische Ausschuß bittet den Vorstand um einen hauptamtlichen Referenten in der Bundesgeschäftsstelle, der auf diese Weise für die Kulturpolitik arbeitet und wir somit eine Stelle haben, die verantwortlich ist. Herr *Mayer* hat gesagt, daß man es im Moment noch nicht überblicken könne, aber wir können dem Parteivorsitzenden und dem Vorstand nur dieses Anliegen des kulturpolitischen Ausschusses wärmstens ans Herz legen. Ich glaube, damit wäre das, was uns zusammengeführt hat, positiv beantwortet, und ich hoffe, daß die Freunde aus dem kulturpolitischen Ausschuß den Eindruck mitnehmen, daß das Echo bei uns da ist. Auf jeden Fall war es positiv, und die Aussprache hat sich gelohnt.

BLÜCHER schlägt vor, die Lehrerschaft nach München einzuladen. Darüber hinaus möchte ich noch folgendes sagen. Wenn es möglich ist, würde ich gerade mal in einer Zusammenkunft vor den Lehrern sprechen. Diese Einladung sollte sofort mit unseren Freunden überlegt werden.

Dann möchte ich noch eins betonen, was Frau Dr. *Dahrls* gesagt hat: Es ist nicht getan mit den amerikanischen Geschenken. Sie kosten immer sehr viel.

Dann möchte ich noch sagen, man kann nicht von der Schule sprechen, wenn man von der Erziehung spricht. Die Kultur beruht nicht allein auf der Schule, sondern auch auf dem Elternhaus.

BLEEK: Erste Entschließung[7]: Das Wichtigste steht ja darin. Es müßten aber die Zuständigkeiten und Einflußnahmen gesichert werden, und es wäre da zu überlegen, ob nicht dafür ein besonderes Ressort vorhanden sein müßte. Es ist uns im übrigen ja schon zum Teil gelungen, wenn auch langsam nach gewissen Kämpfen, Einsicht zu nehmen und eine gewisse Teilnahme zu erwecken. Im übrigen wäre ein Beirat durchaus wünschenswert. Er wird vielleicht in der ersten Zeit ein nicht allzugroßes Arbeitsfeld vorfinden. Er wird sich im übrigen mit Forschungen und künstlerischen Dingen zu befassen haben.

---

7 Entwurf zur Entschließung Nr. 17 des Parteitages „Gegen die Kulturzersplitterung", in der die „Schaffung eines Bundesbeirats für das Erziehungs- und Bildungswesen beim Bundesinnenministerium" gefordert wurde. Abgedruckt in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 15.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich glaube, wir sollten nicht zu sehr in die materielle Diskussion eintreten. Ich will noch eins sagen: Ich habe heute morgen bewußt darauf gedrängt, daß die Forderung nach der Bildung eines Kultusministeriums nicht in die Entschließung mit hineingefaßt wurde, obwohl ich der Erste war, der von seiten der FDP diese Forderung erhoben hat. *Bleeks* Einwand war richtig, aber den Relativsatz bezüglich der Rahmengesetzgebung für den Bund sollten wir bestehen lassen. Ich möchte vorschlagen, diese Entschließung zu akzeptieren.

Dr. UNGEHEUER: Wir sollten statt des Wortes Kulturföderalismus Kulturzersplitterung sagen.

RABE:[8] Ich glaube, daß wir damit zur nächsten Entschließung übergehen dürften, Entschließung über berufliches Bildungswesen.[9]

Punkt „Wochenzeitschrift" der Juden, die uns um Stellungnahme bittet.[10] Wir können es uns nicht leisten aus außenpolitischen Gründen, etwa nun mit Nichtachtung zu reagieren und keine Antwort zu geben. Auf der anderen Seite halte ich es für geschmacklos. Der Vorstand braucht sich aber nicht damit zu belasten. Ich bin bereit, ein derartiges Antwortschreiben mit meinem Namen wegzuschicken.

BLÜCHER: Ich habe seit Juli mit dem Bundeskanzler schriftlich Verhandlungen geführt wegen einer zentralen Äußerung der Bundesregierung in dieser sehr heiklen Frage.[11] Für mich war das, was zur moralischen Seite zu sagen ist, durch die Rede des Bundespräsidenten[12], die in vielen Stücken bekanntgegeben wurde, erledigt. Ich habe drei- oder viermal im Kabinett Ansätze gemacht zu einer praktischen Erledigung des Problems[13], und ich habe von jüdischer Seite Vorschläge erhalten, die jedoch an der Halsstarrigkeit der Bank deutscher Länder gescheitert sind.[14] Wir haben im Augenblick ein neues Projekt, das für beide Teile vortrefflich wäre.[15] Ich hoffe, es fördern zu können.

---

8 Offensichtlich ein Hörfehler. Gemeint ist sehr wahrscheinlich Hans Harder *Biermann-Ratjen,* Mitglied des kulturpolitischen Ausschusses der FDP.

9 Siehe Anm. 4.

10 Gemeint ist die „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland". Einzelheiten nicht ermittelt. Siehe aber Anm. 17.

11 *Blücher* hatte *Adenauer* am 6. 7. 1951 von einem Schreiben von Karl *Marx,* des Herausgebers der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland", in Kenntnis gesetzt, in dem *Marx* die Zurückhaltung der Bundesregierung mit öffentlichen Äußerungen zur „jüdischen Frage" beklagte. Daraufhin antwortete *Adenauer* am 13. 7. 1951 *Blücher:* „Ich suche nach einer Gelegenheit, namens des Kabinetts eine Erklärung zur Judenfrage abzugeben. Man muß doch eine passende Gelegenheit haben, damit die Sache nicht so an den Haaren herbeigezogen aussieht." ADENAUER. BRIEFE 1951–1953, 1987, S. 82 f. und S. 507.

12 Rede datiert vom 7. 12. 1949; abgedruckt in: Theodor Heuss. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden, ausgewählt und kommentiert von Martin VOGT, Tübingen 1984, S. 381–386. Hierin die Äußerung von *Heuss,* daß er eine Kollektivschuld ablehne, jedoch eine Kollektivscham des deutschen Volkes für die Untaten *Hitlers* anerkennen müsse.

13 In der Edition der KABINETTSPROTOKOLLE kein Hinweis hierauf enthalten.

14 *Adenauer* führte das relativ späte Ingangkommen von Zahlungen an Israel auf die Devisengesetzgebung der AHK zurück, die bis 1951 jegliche Finanzierungen von deutschen Exporten nach Israel unmöglich gemacht hätten. K. ADENAUER, Bd. 2, 1966, S. 133–136.

15 Bezieht sich auf die Verhandlungen zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952. Hierzu Kai

MAYER: Was ich weiß, ist, daß es diesen Juden, die nie materiell eingestellt waren, darauf ankommt, daß die Deutschen, die heute in der Regierung sind, abrücken von den Nazis und ihren Verbrechen.[16] Ich glaube, wir müssen da etwas tun.[17]

14d.

22. 9. 1951 (8.00 Uhr): Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 94. Überschrift: „Protokoll der Vorstandssitzung am 22. 9. 1951 (Samstag), 8.00 Uhr früh, in München, Salvatorkeller." Fragment.

Teilnehmer: [Haußmann, Middelhauve.]

[INNERPARTEILICHER KONFLIKT]

MIDDELHAUVE: Damit bin ich einverstanden. Ich verwahre mich dagegen, wir würden Verschwörungen machen. Es ist ein Unglück, daß zwei Richtungen in der Partei sind, das ist nun zum Ausdruck gekommen. Gewisse Jugendtorheiten, die ich genauso sehe wie Sie, meine Herren, lasse ich nicht irgendwie derartig überwuchern. Man muß diese Dinge nicht so ernst nehmen, als ginge die Partei daran zugrunde. In allernächster Zeit müssen wir uns in einer Vorstandssitzung darüber unterhalten.

HAUSSMANN: Wir sind außerordentlich bestürzt, ja, unsere Freunde aus Württemberg-Baden sind sehr enttäuscht. Die Stimmung für *Blücher* ist ausgezeichnet, Entsetzen war aber darüber, daß *Euler* statt 40 Minuten, 80 Minuten gesprochen hat.[1] Es ist keine klare Aussprache zustande gekommen, die allgemein erwartet und gewünscht wurde. Das gebe ich im Namen meiner Freunde zum Ausdruck. Zu gestern abend[2]: Jetzt rächt es sich, was schon lange schwel-

---

VON JENA, Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952, in: VfZ, 34. Jg. (1986), S. 457–480.

16 So geschehen durch Bundeskanzler *Adenauer* am 27. 9. 1951 im Bundestag. BT STEN. BER., Bd. 9, S. 6697 D–6698 C.

17 Überliefert ist ein von Ernst *Mayer* gezeichnetes Telegramm an die „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland", dessen genaues Datum unbekannt, das anscheinend aber unmittelbar nach dem Parteitag abgegangen ist. Es lautete: „Die Freie Demokratische Partei begrüßt alle Bemühungen zur Überwindung der durch den Nationalsozialismus, Krieg und Nachkriegszeit entstandenen Haßatmosphäre. Sie appelliert an das jüdische Volk, dessen Glieder das Ziel besonderer Grausamkeit waren, die Versöhnung nicht dadurch zu erschweren, daß es seinerseits an der Kollektivverdammnis festhält. Die FDP wird jeder billigen und gerechten Regelung der Wiedergutmachung zustimmen." ADL, A 1 - 16.

1 Referat *Eulers* am 21. 9. 1951 zur Einleitung einer allgemeinen politischen Aussprache „über die abgelaufenen zwei Jahre der Bundesrepublik". Ein zweites Einleitungsreferat hielt *Blücher*. fdk, 2. Jg., Nr. 62 vom 13. 9. 1951. Inhaltsangabe beider Referate in: FAZ vom 22. 9. 1951, S. 2.

2 Öffentliche Kundgebung im Augustinerkeller. DER SPIEGEL, 5. Jg., Heft 40 vom 3. 10. 1951,

te, jetzt behandeln wir eine Stunde vor Beginn des Parteitages diese so ungeheuer wichtigen Dinge. Wir machen Resolutionen, statt daß wir uns klar werden, wo wir stehen. Ich gebe *Wildermuth* vollkommen recht. Wir haben gestern nach der Rede von *Euler* geschwiegen, aber nur im Interesse der Einheit der Partei geschwiegen. Es ist eine Tatsache, meine Herren aus Nordrhein-Westfalen, daß ständig Besprechungen darüber gehen, wer in den geschäftsführenden Vorstand soll usw. So können wir nicht miteinander arbeiten. Es ist eine Unruhe in den Parteitag hereingekommen. Wenn heute die Wahlen steigen, so werden wir erleben, daß morgen ein großer Teil der Leute nicht mehr da ist, wenn heute nicht der Versuch gemacht wird, die Geschlossenheit zu erhalten.

14e.

22. 9. 1951 (8.30 Uhr): Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 94. Überschrift „Vorstandssitzung. Protokoll Vorstandssitzung am 22. 9. 1951, vormittags 1/2 9 Salvator-Keller." Fragment.

Teilnehmer: [Bezold, Blücher, Dehler, Haußmann, Herta Ilk, Mayer, Mende, Middelhauve, von Rechenberg, Revenstorff, Schwennicke, Stegner, Wildermuth.]

[INNERPARTEILICHER KONFLIKT]

RECHENBERG: Sie verstehen nicht, worum es geht, Sie sind an allem vorbeigegangen.

WILDERMUTH: Es geht nicht um das Deutschlandlied[1], sondern meine Herren, es geht darum, ob wir nicht ein Gewicht besitzen. Es geht nicht um das Deutschlandlied, sondern meine Herren, es geht darum, daß diese Geschichte von den Hauptgeschäftsführern ins Leben gerufen wurde, und das erfüllt gerade in vielen das Gefühl: Können wir den politischen Weg noch zusammen gehen? Die Konsequenz ist klar, dann ist es aus, und unsere Partei verschwindet bei den nächsten Wahlen. Wir können nur zusammen bleiben, wenn wir zueinander Vertrauen besitzen und nicht unseren Hauptgeschäftsführern gestatten, derartige kindische Attacken zu machen. Das müßte man abklären.

S. 3, meldete hierzu: „Geplant war, nach der FDP-Kundgebung das Lied ‚Ich hab' mich ergeben' singen zu lassen. Die Teilnehmer stimmten aber alle drei Strophen des Deutschlandliedes an. Als Vizekanzler *Blücher* bei den ersten beiden Strophen unschlüssig, ob er sich erheben sollte oder nicht, auf dem Stuhl herumrutschte, wurde ihm energisch zugerufen: ‚Aufstehen'. Erst da erhob sich *Blücher*." Vgl. Th. RÜTTEN, 1984, S. 260.

1 Vgl. Nr. 14 d, Anm. 2.

MAYER: Ich möchte mich *Wildermuth* anschließen. Ist dies dazu angetan, als ob wir noch eine Einheit wären? Ich habe mich für die Jungen eingesetzt, sie gefördert. Ohne zu fragen, werden die Wimpel aufgehängt. Bei den Hauptgeschäftsführern wird in einer Art gehetzt, die nicht mehr schön ist.[2] Da wird versucht, Herrn *Mayer* rauszuboxen, *Blücher* anzugreifen, Gegenkandidaten aufzustellen und dergleichen Sachen mehr. Hat denn unter diesem Gesichtspunkt das alles noch einen Sinn?

MIDDELHAUVE: Was geschieht heute im Laufe des Tages? Wenn irgendwie von dem Vorsitzenden abgerückt wird, ist der Kladderadatsch da. Ich warne dringendst davor, etwas Derartiges zu tun.

Gegen das Unterminieren verwahre ich mich schärfstens. Es liegt uns nicht daran, die Partei zu unterminieren, im Gegenteil, wir sind genauso wie die anderen an einer engen Zusammenarbeit interessiert. Wir sind dabei, aufzubauen genauso mit der gleichen Leidenschaft wie die anderen. Nun ist die Frage, können wir denn überhaupt an einem Tisch sitzen, wenn gestern Thomas *Dehler* sagte, ich setze mich nicht mit Herrn *Döring* an einen Tisch.

WILDERMUTH: Wir haben uns etwas auseinandergelebt. Wir leiden hier in der Partei an Spannungen, und diese Spannungen werden ausgetragen. Gestern haben die Hauptgeschäftsführer der Partei und dem Beschluß entgegen eine SA-ähnliche Geschichte inszeniert und die Nationalhymne gesungen. Die Frage ist, ob Sie dieses Vorgehen billigen und für richtig halten? Ich muß Ihnen nur sagen, wenn wir nicht die Gegensätze austreiben, dann geht es nicht mehr, dann ist das Vertrauen hin.

BLÜCHER: Es geht ja nicht um das Deutschlandlied, wir wollen es nicht in die Feuerlinie der Partei bringen, das liegt uns schon wegen des Liedes selbst am Herzen. Es war doch auch so, die Leute blieben bei der zweiten Strophe sitzen, erhoben sich und setzten sich wieder, und bei der dritten Strophe haben sie sich aus Nationaldisziplin erhoben. Wenn die Leute so handeln wollten, dann mußten sie vorher die Aussprache suchen. Seien Sie der Überzeugung, es hätte sich noch ein Weg finden lassen, so daß dieses Lied nicht der Inhalt einer Demonstration werden mußte. Dieses Vergewaltigen wollen, das geht einfach nicht.

Dr. VON RECHENBERG: Habe ich denn nicht das Recht, den Vorstandsbeschluß, den ich als falsch erachte, zu bekämpfen? Ich habe Ihnen, Herr *Blücher,* auch vorausgesagt gestern, daß es gesungen würde.

BLÜCHER: Der Wille zur Demonstration war aber so deutlich, weil der meiste Teil ja gar nicht richtig den Text kannte.

Dr. VON RECHENBERG: Ich habe ein Recht für die Richtung, die ich vertrete, und man verurteilt mich hierfür. Wenn ich dieses Recht nicht hätte, hätten wir eine hitlerische Einheitspartei. Nun die Aktion gegen die Hauptgeschäftsführer, die sich auf diese Weise disziplinwidrig verhalten haben sollen. Ich sagte Ihnen voraus, was kommen würde. Sie können die Dinge drehen, wie Sie wollen. Die Aktion gegen die Hauptgeschäftsführer wird in eine Stellung gegen

2 Zum Problem der Hauptgeschäftsführer Th. RÜTTEN, 1984, S. 259 f.

das Deutschlandlied umgefilzt. Seien Sie sehr vorsichtig. Mir wäre es am liebsten, auch heute nicht mehr mit den Hauptgeschäftsführern zu reden.

MAYER: Man sollte beim Parteitag darauf hinwirken, daß die Diskussion nicht geschieht. Man sollte aber daraus eine Lehre ziehen, und ich kann Ihnen nur sagen, daß ich als LV-Vorsitzender die Dinge mit meinem Hauptgeschäftsführer besprechen würde.

STEGNER: Ich glaube, das wäre das Verkehrteste, was wir machen könnten. Daß die Entwicklung so kam, ist unsere Schuld. Diese Debatte, die wir jetzt führen, hätten wir vor zwei Jahren zu führen gehabt. Wir müssen diese Unterlassung schnellstens nachholen. Heute in der Öffentlichkeit etwas zu tun, würde in der Optik nach außen hin Folgen haben, die die Sache nur verschlimmern.

Zu *Mayer*: Die Konstellation „rechtsstehender Landesverbände" weise ich zurück. Wir haben gestern zum erstenmal eine Sitzung gehabt und zum erstenmal Beschlüsse gefaßt. Gegen meinen Landesverband ist auch ein Kesseltreiben im Gange, und auch ich habe es schwer gehabt, meine Delegierten zum Schweigen zu bringen. Wir werden uns sehr bald zusammensetzen müssen, um innerhalb des Vorstandes die Dinge abzuklären.

REVENSTORFF: Wir sehen es auch in der Fraktion so, das hat schon lange gegoren, aber wir konnten es bisher verhindern, daß die Dinge nach außen zum Ausdruck kamen. Es ist unklug, solche Sachen nach außen zu bringen. Wenn wir auseinanderplatzen, dann haben wir nur erreicht, daß die Einheitsfront kommt, die sich an die CDU anschließt. Es darf auf keinen Fall etwas an die Öffentlichkeit dringen. Es darf auch auf keinen Fall versucht werden, daß wir heute nachmittag *Blücher* gegen *Rechenberg* vorschlagen.[3] Entweder wir versuchen, heute nichts zu tun, oder alles kommt an die Öffentlichkeit.

DEHLER: *Middelhauve* sagt uns, er habe nichts davon gewußt. *Wildermuth* wirft die Frage auf: Besteht wirklich ein Vertrauenskonflikt? Spannungen sind da. Jedes Parteimitglied hat das Recht, seine eigene Meinung zu haben. Man darf doch nicht aus persönlicher Empfindlichkeit den Bestand der Partei aufs Spiel setzen. Wir wissen genau, die Leute haben sich zusammengesetzt und haben gegen den Beschluß des Vorstandes gehandelt. Das muß hier besprochen werden, damit wir nachmittags in die Wahl gehen können.

MENDE: Es ist bereits heute Redaktionsschluß, die Presse bringt nichts mehr, bis Montag ist es nicht mehr aktuell. Ich würde die Sache nur auf die Geschäftsführer ausdehnen. Es ist allgemein diskutiert worden, daß die dritte Strophe des Deutschlandliedes gesungen wird.

SCHWENNICKE: Ich möchte mich den Ausführungen von *Dehler* anschließen. Wenn wir uns darüber einig sind, daß es nicht um das Deutschlandlied geht,

3 *von Rechenberg* kandidierte am 22. 9. 1951 gegen *Blücher* bei der Wahl um den Parteivorsitz und unterlag mit 91 gegen 153 Stimmen. Im nachhinein begründete *von Rechenberg* seine Kandidatur damit, er habe klarmachen wollen, „daß die bisherigen Belastungen der Koalitionspolitik nunmehr eine für uns unüberschreitbare Grenze erreicht haben." Es sei nicht seine Absicht gewesen, „*Blücher* zu stürzen". fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 4 f.

sondern um eine Disziplinlosigkeit, dann wäre es ein Fehler, diese Dinge jetzt im Forum des Parteitages zu behandeln. Dadurch bringt man die Gegensätze nur viel stärker zum Ausdruck. Wir haben dann die Dinge nicht mehr in der Hand. Wenn wir die Einheit der Partei gewahrt lassen wollen, dann müssen wir einen Weg finden, um die, die verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen. Ich warne aber davor, die Dinge vor der Öffentlichkeit am Parteitag zu verhandeln.

ILK: Man muß versuchen, die Spannungen im gegenseitigen Vertrauen zu bereinigen. Es ist eine Sache des menschlichen und persönlichen Vertrauens, das unsere Freunde zu dem Vorstand haben müssen, daß sie nicht nur warnen, das und das kann passieren, sondern daß sie sich auch einsetzen. Ich hörte, daß Leute im Saal verteilt wurden, um die Sache zu starten. Das ist ein Mißtrauen, das von den Leuten in den Landesverbänden entgegengebracht wurde.

HAUSSMANN: Zur Frage des Deutschlandliedes: Wir haben klar beschlossen gehabt, daß wir der Person des Staatsoberhauptes Rechnung tragen. Heute nachmittag kommt es bei den Debatten zu den Wahlen zu schweren Auseinandersetzungen. Das wird nicht zu verhindern sein.

BEZOLD: Ich kann mir vorstellen, daß es sich nicht um das Deutschlandlied handelt. Es liegt uns vor allen Dingen daran, nicht ein nazistisches Lied zu haben, das hat aber mit dem Deutschlandlied nichts zu tun. Nun ist Verschiedenes einzuwenden. Ich habe bis jetzt in der Partei immer erlebt, daß sie auf die Verhältnisse des einen oder anderen Landesverbandes Rücksicht nimmt. Sie wissen, ich hatte einen ungeheuren schweren Kampf.

Ich kann nur sagen, nach den Reden von *Euler* und *Middelhauve*[4] habe ich sofort von den Bayern die schwersten Vorwürfe bekommen und immer wieder die Anregung erhalten hinauszugehen. Ich habe statt dessen das nicht gemacht und habe dann Mann für Mann mit den Leuten gesprochen, weil ich weiß, welch ein Schaden durch ein solches Verhalten entstanden wäre. Wir stehen zwischen zwei Zonen, die beide erwarten, daß wir aufgerieben werden. Auch die guten Worte von *Hundhammer* und Thomas *Wimmer*[5] ändern daran nichts. Die Dinge sind eben nach außen passiert, die Dinge haben sich nach außen ausgewirkt.

Ich möchte sagen, nach meiner Meinung muß eine Erklärung nach außen gegeben werden. Wie man das macht, ist gleichgültig.[6]

---

4 *Middelhauve* sprach am 21. 9. 1951 vormittags gleich nach den Referaten *Blüchers* und *Eulers* und begründete in längeren Ausführungen seinen Antrag auf Generalamnestie. Protokoll des Parteitages, ADL, A 1 - 19, S. 60–64.

5 Der Präsident des bayerischen Landtages, Alois *Hundhammer*, und der Münchener Oberbürgermeister Thomas *Wimmer* richteten zu Beginn des Parteitages am Morgen des 21. 9. 1951 Grußworte an die Delegierten. fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 4.

6 In der abschließenden Pressekonferenz ging *Blücher* hierauf nicht ein. Statt dessen verwies er auf das „neu gewonnene Bewußtsein von der ‚Jugend' der Partei, die auf dem weiten Spannungsfeld zwischen abwägenden und vorwärtsdrängenden Elementen zur echten Synthese des Fortschritts statt zu falschen Kompromissen vorgestoßen sei". fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 4.

15.

13. 1. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes[1]

ADL, Ordner-Nr. 95. Bonn. Beginn: 10.00 Uhr.[2]

Teilnehmer[3]: Andersen, Bezold, Blücher, Dehler, Eberhard, Entholt, Euler, Erika Fischer, Frühwald, Margarethe Geldner, Hassenkamp, Haußmann, Hepp, Hoffmann, Hoffmeister, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Editha Marischler, Meinicke-Pusch, Mende, Müller, Naase, Onnen, von Rechenberg, Revenstorff, Richter, Rubin, Schwennicke, Stegner, Ungeheuer, Vietzen, Wellhausen, Wenhold, Wildermuth.

Tagesordnung[4]:
1. Außenpolitik.
2. Bundeswahlrecht.[5]
3. Betriebsverfassungsgesetz.
4. Sozialwirtschaftliches Programm.[6]
5. Bericht Dr. *Mende* über die Auswertung der Parteitagsbeschlüsse.
6. Bildung einer Verfassungskommission.[7]

---

1 Ein Protokoll ist nicht überliefert.

2 Angabe der Uhrzeit aufgrund einer Mitteilung in der fdk, 2. Jg., Nr. 95 vom 10. 1. 1952, S. 9.

3 Ein Name wurde nicht ermittelt.

4 Sie datiert vom 11. 1. 1952.

5 Hierzu hieß es in dem Artikel „FDP im Kieler Landtag wieder selbständig" in: FRANKFURTER RUNDSCHAU (Titelseite) vom 15. 1. 1952: „Beim künftigen Bundeswahlrecht müsse beachtet werden, sagte Vizepräsident *Schäfer,* daß einerseits die politischen Kräfte nicht zersplittert werden und andererseits ihre Entwicklung nicht stranguliert wird. Die Tendenz der FDP für das künftige Bundestagswahlrecht gehe dahin, ein Verhältniswahlrecht zu schaffen, das eine zu starke Zersplitterung ausschließt, aber eine gleiche Stimmberechtigung in möglichst großem Maße sichert."

6 Nach dem Bericht des Bonner GENERAL-ANZEIGERS (Titelseite) über die Sitzung des FDP-Bundesvorstandes faßte dieser den Beschluß, das sozialpolitische Programm am 9. und 10. Februar 1952 in Bonn fertigzustellen.

7 Laut GENERAL-ANZEIGER (Anm. 6) beschloß der FDP-Bundesvorstand hierzu, „dem Parteivorstand einen wissenschaftlichen Beirat zur Seite zu stellen, dem u. a. die Aufgabe zufällt, in wenigen Monaten die Vorarbeiten für eine große Steuerreform zu leisten". Diese Steuerreform sollte „eine grundsätzliche Neuverteilung der Lasten aller Steuerzahler bringen, gekoppelt mit einer Vereinfachung des gesamten Steuersystems und damit einer Entlastung des gesamten Verwaltungsbetriebes. Gleichzeitig setzte sich der Vorstand für die Errichtung einer Familienausgleichskasse ein." Zu der in einer Münchener Entschließung enthaltenen Einsetzung eines Verfassungsausschusses hieß es in dem Zeitungsbericht: „In Zusammenarbeit mit Verfassungswissenschaftlern will die FDP das Funktionieren des Bonner Grundgesetzes einer eingehenden Überprüfung unterziehen und dabei feststellen, wie weit etwaige Verfassungsänderungen im Interesse des Staatsaufbaus liegen. Der Vorstand vertrat jedoch die Ansicht, daß im Sinne einer weitgehenden Stabilität des Grundgesetzes erst alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten ausgeschöpft werden müßten, ehe man an Verfassungsänderungen herangehe." In diesem Zusammenhang kam der FDP-Bundesvorstand auf die Wehrgesetzgebung zu sprechen: „Die Frage der Wehrhoheit z. B. beinhaltet in ihrer Verwirklichung nach Ansicht des Vorstandes keine Verfas-

7. Koalitionskrise in Schleswig-Holstein und in diesem Zusammenhang Erörterung der Frage Länderkoalitionen in Beziehung zur Bundeskoalition.

[Beschlüsse:]

Dem Landesverbandsvorsitzenden von Schleswig-Holstein wird die folgende Ansicht mitgeteilt:

Punkt 1: Nach der einheitlichen Ansicht des Gesamtvorstandes ist aufgrund der seitherigen Vorgänge und der politischen Entwicklung ein Verbleiben von FDP-Abgeordneten in der Fraktion des deutschen Wahlblocks unmöglich.[8] Der Landesverbandsvorstand wird gebeten, diese Ansicht den Abgeordneten der FDP, die noch nicht aus der Wahlblock-Fraktion ausgeschieden sind, mitzuteilen.

Punkt 2: Der Gesamtvorstand beschließt und teilt vor allen Dingen auch dem Organisationsausschuß innerhalb des Vorstandes der Partei mit, daß er der Ansicht ist, es sollten alle Anträge des Landesverbandes Schleswig-Holstein auf Stärkung seiner inneren Organisation und seines Aufbaues nachdrücklichst unterstützt werden.

Punkt 3: Der Gesamtvorstand ist der Auffassung, daß sofort Verhandlungen zur Bildung einer einheitlichen selbständigen FDP-Fraktion aufgenommen werden sollten, damit die Tatsache der Bildung dieser einheitlichen selbständigen FDP-Fraktion dem zum 19. 1. 1952 einberufenen außerordentlichen Parteitag bereits mitgeteilt werden kann.[9]

8. Verfassungsanfechtungsklage Nordrhein-Westfalen.[10]

---

sungsänderung. Ein Beitritt Deutschlands zum europäischen Verteidigungssystem brauche daher nach FDP-Ansicht nur mit einer einfachen Mehrheit vom Parlament gebilligt zu werden."

8 Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident *Lübke* hatte am 4. Januar 1952 die Entlassung des der FDP angehörenden Wirtschaftsministers *Andersen* ausgesprochen. Daraufhin hatte der Landesvorstand die Mitgliedschaft in der Fraktion des Deutschen Wahlblocks aufgekündigt. Drei FDP-Abgeordnete hatten indessen im Gegensatz zu diesem Beschluß entschieden, ihre Mitgliedschaft in der Wahlblockfraktion aufrechtzuerhalten. fdk, 2. Jg., Nr. 94 vom 8. 1. 1952, S. 6.

9 Punkt 3 ist in der Vorlage zwar handschriftlich durchgestrichen, aus dem Artikel in der FRANKFURTER RUNDSCHAU (Anm. 5.) ergibt sich jedoch, daß der Bundesvorstand entsprechend beschlossen hat.

10 Der Landesparteitag der FDP von NRW hatte im Juli 1950 beschlossen, „mehrere Rechtsgutachten darüber anzufordern, ob die Verfassung Nordrhein-Westfalens rechtsgültig zustande gekommen und rechtsverbindlich sei". GENERAL-ANZEIGER vom 17. 7. 1950. Aufgrund der daraufhin von den drei Staatsrechtslehrern Walter *Jellinek,* Hermann *von Mangoldt* und Richard *Thoma* erstellten Gutachten beriet der geschäftsführende FDP-Landesvorstand am 16. 10. 1951 die Frage, ob er gemeinsam mit der SPD eine Verfassungsanfechtungsklage gegen die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen beim Bundesverfassungsgericht einreichen sollte. In der Absicht, „die anfallenden Unkosten [der Bundespartei] aufzulasten", wurde der Bundesvorstand mit der Frage befaßt. Prot. der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes NRW vom 16. 10. 1951, FDP-Landesgeschäftsstelle NRW, Akten des FDP-LV NRW. In der Sitzung des Bundesvorstandes am 13. 1. 1952 hatte sich dieser zu diesem Punkt dahingehend geäußert, „daß er eine Verfassungsanfechtungsklage für wenig aussichtsreich halte, um so mehr als die SPD heute nicht mehr zu ihrem Wort stehe. Der Grund sei, daß die Verfassungsanfechtungsklage über eine so schwierige Materie sich bestimmt bis Ende dieses Jahres hinzöge, so daß das Ergebnis wohl erst zur Jahreswende vorliegen würde und somit eine ungeheure Rolle im Wahlkampf spiele. Die SPD wolle sich nicht die Angriffe des Zentrums und der CDU um die Ohren schlagen lassen." Der Bundesvorstand war schließlich „zu der Auffassung gekommen, keine Verfassungsanfechtungsklage durchzuführen". Prot. der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes der FDP von NRW vom 30. 1. 1952, FDP-Landesgeschäftsstelle NRW, Akten des FDP-LV NRW.

9. Verschiedenes: a) Antrag des Bundesbeirats der Ost-LDP, je ein Mitglied des Bundesbeirats dem Gesamtvorstand und dem Hauptausschuß zu kooptieren, bis durch eine erfolgte Satzungsänderung auf dem nächsten Parteitag eine Wahl möglich ist.

b) Antrag des wirtschaftspolitischen Ausschusses, einen Koordinierungsausschuß zu schaffen und im Bedarfsfalle einzuberufen.[11]

16.

1. 5. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes und des Vorstandes der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 95. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der Freien Demokratischen Partei am Donnerstag, dem 1. Mai 1952, in Bad Godesberg, Hans Carstanjen." 9.45 Uhr–19.25 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Bezold, Blücher, Dehler, Eberhard, Hassenkamp, Hepp, Herta Ilk, Kohut, Kühn, Kunze, Leuze, Leverenz, Lindemann, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mayer, Mende, Middelhauve, Müller, Onnen, Pfleiderer, Preusker, Rademacher, Rahn, Rinné, Rubin, Schäfer, Schneider, Schwennicke, Sonnenhol, Stegner, Ungeheuer, Vogel, Wellhausen, Will.

[ZUR GESCHÄFTSORDNUNG]

Franz BLÜCHER eröffnet die Sitzung und erledigt zunächst einige Fragen der Geschäftsordnung:

1. Die Diskussion über die Bildung der Regierung im Südweststaat[1] wird auf die Zeit nach dem Mittagessen vertagt, da abgewartet bzw. festgestellt werden soll, ob Vertreter des Südweststaates noch eintreffen werden.

---

11 Aus Zeitungsmeldungen ergibt sich, daß der FDP-Bundesvorstand auch über die Südweststaatfrage, die nicht auf der Tagesordnung stand, beraten hat. Hierüber berichteten die STUTTGARTER NACHRICHTEN (Titelseite) in dem Artikel „Bildung des Südweststaates wird nicht verzögert" am 14. 1. 1952 wie folgt: „Der Gesamtvorstand der FDP betont in einem einstimmig angenommenen Antrag, der von Dr. Wolfgang *Haußmann* in Namen der FDP Südwestdeutschlands gestellt wurde, daß gegen die *Wohleb*-Novelle [Antrag südbadischer CDU-Bundestagsabgeordneter vom 14. 12. 1951, die für den 9. 3. 1952 vorgesehene Volksabstimmung zu verschieben; BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 15, Drucks. Nr. 2942] alle zulässigen Mittel angewandt werden sollen, damit eine weitere Verzögerung des Südweststaates verhindert wird. Jede Verzögerung würde dem Artikel 118 des Grundgesetzes widersprechen. Die FDP will erreichen, daß der Bundestag über die *Wohleb*-Novelle einfach zur Tagesordnung übergeht, so daß die Wähler, wie sich der Fraktionsvorsitzende *Euler* ausdrückte, nicht verwirrt in die Abstimmung am 9. März hineingehen. Wie aus Kreisen des Bundesvorstandes der FDP verlautet, besteht Grund zur Annahme, daß eine Zustimmung zur *Wohleb*-Novelle, die durch das persönliche Gewicht und den Einfluß des Kanzlers herbeigeführt werden könnte, das Ende der Koalition bedeuten würde."

1 Bildung einer Regierung aus SPD, FDP und BHE unter Reinhold *Maier* am 25. 4. 1952. Dazu R. MAIER, 1966, S. 376–389; J. M. GUTSCHER, 1984, S. 120 f.; P. FEUCHTE, 1983, S. 159 f.

2. Der Gesamtvorstand ist bei dieser Sitzung erweitert um einen Vertreter des Bundesbeirates der Ost-LDP (Dr. *Kunze*), um Vertreter des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages (Dr. *Pfleiderer*, Dr. *Schneider*) und um Dr. *Achenbach* als Vertreter des außenpolitischen Ausschusses der Gesamtpartei.

Der Vorstand stimmt dieser Erweiterung zu.

3. Aus Anlaß seines 60. Geburtstages wird Dr. *Schäfer* mit den Glückwünschen des Gesamtvorstandes ein Gemälde überreicht, wofür dieser seinen herzlichsten Dank zum Ausdruck bringt.

I. GENERALVERTRAG

Franz BLÜCHER: Leider muß ich eine kurze Einleitung über die Vorgeschichte geben, obwohl ich so wenig wie möglich reden möchte, da die Zeit sowieso sehr knapp ist. Seit einer Reihe von Monaten, richtiger sogar seit fast zwei Jahren, sind bei den verschiedensten Anlässen immer wieder von seiten der Kabinettsmitglieder der Partei und von seiten des Fraktionsvorstandes die ernstesten Vorstellungen beim Bundeskanzler zum Vorgehen in Fragen der Außenpolitik erhoben worden. Ich erinnere an die Anlaufverhandlungen des Schumanplanes[2], ich erinnere an den offenen Konflikt, der im vorigen Jahre wegen der außenpolitischen Verhandlungen (Friedensvertrag) auszubrechen drohte.[3]

Im allgemeinen werden Gefahren immer dann gegeben sein, wenn in dieser Zeit ernstester außenpolitischer Bedrohung der Eindruck entsteht, daß die Regierung seitens der Mehrheitsparteien keine Gefolgschaft findet, weil diese mit dem Inhalt der vom Bundeskanzler geführten Verhandlungen nicht einverstanden sind. Es hat uns viel Mühe gekostet zu erreichen, daß unmittelbar nach der Osterpause der Bundeskanzler zusagte, daß wir in den Besitz all dessen, was – fertig oder unfertig – verhandelt sei, gelangen würden[4], um dann in eine Beratung darüber einzutreten.

Es ist nun praktisch so, daß fast täglich eine Reihe von Stunden *Dehler* und ich, *Schäffer*, *Seebohm* und Vertreter der drei Koalitionsparteien über die gesamten Einzelheiten des Generalvertrages und der Annexe beraten haben, und es wird Anlaß sein, den geeigneten Parteigremien mitzuteilen, in welchem Umfange sich die Mitarbeit als notwendig erwiesen hat und was als wesentliche Veränderung des vorher Vereinbarten geplant ist. Technisch ist es allerdings nicht möglich, heute etwa schon über alles zu beraten, weil wir überhaupt erst vorgestern abend den Wortlaut des Verteidigungsbeitrages erhalten haben und noch keine Gelegenheit hatten hineinzusehen. Man muß also auf

2 Vgl. Nr. 8 mit Anm. 14.

3 Bezieht sich anscheinend auf die Verhandlungen zum Londoner Schuldenabkommen. Zu den Auseinandersetzungen über das Procedere zwischen *Adenauer* und *Blücher* Nr. 9 mit den Anm. 12 bis 15.

4 Zunächst war es *Adenauers* Absicht gewesen, den Text des Generalvertrages den Koalitionsfraktionen erst nach der Unterzeichnung auszuhändigen und es bis dahin „bei der bisherigen Übung zu belassen, nur Grundgedanken mündlich darzulegen". Auf Druck der Fraktionen sah sich *Adenauer* indessen in der zweiten Aprilhälfte 1952 gezwungen, die Texte vorzulegen. Vgl. A. BARING, 1969, S. 151; W. G. GREWE, 1979, S. 151.

die vorhergehenden Texte zurückgreifen. Das ist aber nicht so erschütternd, weil wir sowieso nicht an einem Tage zur vollständigen Erledigung kommen können und, da die Dinge von außerordentlicher Bedeutung für die Stellungnahme der Partei sind, einen weiteren Sitzungstermin festlegen müssen.

Hinsichtlich des heutigen Vorgehens halte ich es für zweckmäßig, Ihnen eine schematische Übersicht durch Dr. *Vogel* geben zu lassen.

Dr. VOGEL: Der Generalvertrag ist der beherrschende politische Teil des Vertrages. Im engsten Zusammenhang mit dem Generalvertrag muß das sogenannte Übergangsabkommen (Abwicklung des Besatzungszustandes) gesehen werden. Der Generalvertrag selbst ist – wie bekannt – im November 1951 in direkten Verhandlungen der Außenminister in Paris im Wortlaut festgelegt worden.[5] Der Bundeskanzler hat die Einigung über diese nicht unterschriebenen und nicht paraphierten Texte als ein Gentlemen's Agreement bezeichnet, an das die Bundesregierung in seiner Person gebunden sei. Ob Änderungen vorgenommen werden können, ist in dem Ausschuß ausführlich erörtert worden. Dabei wurde man sich klar, daß gerade vom Generalvertrag eine gewisse Schockwirkung ausginge, wenn der reine Wortlaut als solcher dem Leser oder Hörer bekannt würde[6], der bisher nur allgemeine Diskussionen gehört hat. Man war sich klar, daß gewisse Einzelheiten in dieser Formulierung oder im sachlichen Gehalt doch noch zur Diskussion gestellt werden müßten. Diese Anregung ist dem Bundeskanzler weitergegeben worden. Darüber hinaus bleibt die Frage offen, ob der Generalvertrag auch in seiner Grundlage noch zur Erörterung gestellt werden könne. Regierungsvertreter haben das für unmöglich erklärt, da eine Verzögerung um Monate eintreten würde.

In den Einzelbestimmungen wird gegenüber Deutschland keine eindeutige Haltung angenommen. Das Gepräge einer Umstellung der Bundesrepublik auf das Prinzip der freien Partnerschaft wird nur in Artikel 4,4 angesprochen: Das Prinzip des Generalvertrages ist ganz deutlich, indem der Bundesregierung die Drei Mächte als Ganzes gegenüberstehen. Es heißt schon in der Überschrift „Generalvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten". Die Frage ist nun, ob eine derartige Konstellation den politischen Verhältnissen genügend Rechnung trägt. Ein Generalvertrag zwischen der Bundesregierung und den einzelnen Mächten, USA, England, Frankreich, würde den Vertrag auf eine ganz andere Ebene stellen.

Artikel 1 enthält zwar die grundsätzliche Anerkennung, aber mit Vorbehalten, die im Vertrag später einzeln erörtert werden, z. B. Stationierung der Streitkräfte (in Auswirkung auf die Souveränität der Bundesrepublik), Berlin-Frage, Deutschland als Ganzes, usw.

In bezug auf die Grundfrage der Souveränität fußen für die Drei Mächte sehr weitgehende Rechte auf der Tatsache des Rechtes, daß Truppen hier unterhal-

---

5 Zu diesen Besprechungen K. ADENAUER, Bd. 1, 1965, S. 513–516; Das Kommuniqué der Außenminister und die Stellungnahmen *Adenauers* hierzu in: AdG 1951, S. 3213 A. FRUS 1951, Vol. 3, Part 2, 1981, S. 1607 ff.

6 Diese Einschätzung war darauf zurückzuführen, daß die im Vertragsentwurf enthaltenen alliierten Vorbehaltsrechte immer noch „gravierend" waren. Hierzu H.-P. SCHWARZ, 1981, S. 144.

ten werden können. Das findet auch seinen Niederschlag in der Bestimmung über den Notstand, bei dem der Kreis der Maßnahmen nicht begrenzt ist. Die Drei Mächte können im gesamten Bundesgebiet einen Notstand erklären, was zur Folge hat, daß sie unter dieser Erklärung diejenigen Maßnahmen ergreifen können, die Recht und Ordnung gewährleisten, einschließlich der Waffengewalt. Die Alliierten werden die Erforderlichkeit ihrerseits prüfen, die Bundesregierung soll konsultiert werden, und man soll sich der Unterstützung der Bundesregierung, ihrer Dienststellen und Behörden bedienen.

Der Notstand ist gegeben, wenn die Drei Mächte zu der Auffassung gelangen, daß die Sicherheit ihrer Streitkräfte gefährdet ist und die Bundesrepublik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft außerstande sind, der Lage Herr zu werden. Notstand liegt vor: 1. bei subversivem Umbruch, 2. bei schwerer Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Bei Artikel 7 hat der Bundeskanzler es wiederholt als einen politischen Erfolg in Anspruch genommen, daß die Drei Mächte sich gemeinsam mit der Bundesrepublik auf das Ziel festlegen: frei vereinbarte Friedensregelung mit friedlichen Mitteln für ein freiheitliches Deutschland, das in die westeuropäische Gemeinschaft integriert ist. Um das Wort „West" hat sich eine starke Diskussion entwickelt, und man war sich darüber einig, daß unter allen Umständen das Wort „West" gestrichen werden und man von europäischer Gemeinschaft sprechen müßte.

Artikel 7, Absatz 3[7], enthält eine sehr wesentliche und umstrittene Bestimmung, bei der gerade Herr Minister *Blücher* mit großer Entschiedenheit in den letzten Tagen darauf bestanden hat, daß die Möglichkeit einer Streichung zur Debatte gestellt worden ist. Es wird jedoch nicht so einfach sein, den Herrn Bundeskanzler zu überzeugen, da er auf diese Bestimmung sehr stolz ist. Die Entgegnung von *Blücher* war – und diese hat sehr viel Klares und Gründliches für sich –, daß man verhindern müsse, daß Deutschland bei den Verhandlungen zwischen den vier Mächten nicht unter den jetzt erreichten Status wieder absinken wird, und daß durch den Generalvertrag die jetzt erreichten Rechte garantiert werden. Das wäre zweifellos ein sehr großer Erfolg. In der Natur der Sache liegt eine gewisse Garantie. Man wird aber auch sagen müssen: Man kann nie wissen, in welcher Form die vier Mächte gegen Deutschland eingestellt sind, und so ist der Gedanke, sich davor zu schützen, begrüßenswert. Nun ist aber auf der Gegenseite folgendes Argument sofort zur Diskussion gestellt worden: Wenn Ihr die Rechte für das wiedervereinigte Deutschland in Anspruch nehmt, dann auch die Pflichten. Diese Verpflichtung bezieht sich nicht nur auf den Vertrag selbst, sondern auch auf die Zusatzverträge und die Verträge über Bildung einer europäischen Gemeinschaft. Dies ist sehr bedenk-

7 Text des in der Diskussion äußerst umstrittenen Artikel 7 Abs. 3: „Die Bundesrepublik und die Drei Mächte sind darüber einig, daß ein wiedervereinigtes Deutschland durch die Verpflichtungen der Bundesrepublik gemäß diesem Vertrag, den Zusatzverträgen und den Verträgen über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft [. . .] gebunden sein wird, und daß dem wiedervereinigten Deutschland ebenso die Rechte der Bundesrepublik aus diesen Vereinbarungen zustehen werden." KABINETTSPROTOKOLLE 1952, 1989, S. 290.

lich, weil das von der russischen Seite so ausgelegt werden könnte, als würde damit die Brücke zu ernsthaften Verhandlungen mit der Sowjetunion zerschlagen. Das beweist, wie gefährlich die Auslegung dieser Bestimmung wirken kann. Die Bestimmung selbst sieht gewisse Schutzmöglichkeiten vor: Es heißt, die Verpflichtungen, die für das wiedervereinigte Deutschland bestehen, gelten sinngemäß ihrer Bestimmungen oder für Veränderungen und den Veränderungen angepaßten Fassungen, d. h. in dem Generalvertrag ist eine Revisionsklausel enthalten, und das Bestreben der FDP geht dahin, auch in die Zusatzverträge noch Revisionsklauseln einzubauen, da es eine offene Frage ist, ob wir in der jetzigen Form der Revisionsklausel genügend Sicherungen haben.

In bezug auf Artikel 2 haben die Alliierten erklärt, daß sie eine vertragliche Festlegung der Vorbehaltsrechte schon deshalb wünschen müßten, weil sie ja etwas anderes aus ihrer Hand geben. Sie fassen die Dinge so auf, daß es eine sehr schwierige Frage sei, wie die oberste Gewalt in Deutschland zu konstituieren sei.

Dr. Dehler: Die Vorbehalte müssen wir vertraglich ausfüllen, da die Vorbehalte mit dem Truppenvertrag gekoppelt sind. Deshalb macht es keinen großen Unterschied aus, ob der Artikel steht oder fällt.

Franz Blücher: Das andere Argument ist das folgende: Die Gegenseite sagt, für uns sei es von entscheidender Bedeutung, daß wir in einer solchen Form in diesen Generalvertrag eintreten, der eine Neuordnung einleiten soll, und daß vertragliche Möglichkeiten für die jetzige westliche Besatzungsmacht gesichert bleiben, als der Verhandlungspartner gegenüber den Russen aufzutreten.

Wir müssen uns nun geschäftsordnungsmäßig klar werden, wie wir vorgehen. Die Kardinalfragen sind: 1. Drei Mächte – oder Vertragsabschluß mit den drei Einzelstaaten; 2. die Frage der Vorbehalte; 3. die Frage des Notstandes; 4. Hilfeleistung an Berlin; 5. das Wort: „west"-europäisch; 6. die Frage der Revisionsklauseln.

Dr. Schneider: Ich glaube, wir unterliegen alle einem Irrtum, wenn wir glauben, daß wir an dem Generalvertrag noch etwas ändern können. Wie uns die Rapporteure berichteten, könnten wohl theoretisch noch Vorschläge gemacht werden, aber eine praktische Änderung sei nicht mehr möglich.

Dr. Dehler: Die Rapporteure machen sich ziemlich wichtig. Der Kanzler hat mir auf unseren aggressiven [Einsatz gegen] Absatz 3 zugesagt, daß noch Änderungen vorgenommen werden können.

Franz Blücher: Ich möchte noch bemerken, daß ich es für sehr verhängnisvoll halten würde, wenn wir das hier Gesagte in der Presse verkünden würden. Das aber nur nebenbei. Im übrigen müssen wir dem Bundeskanzler erklären können: Bis hierher können wir mitmachen, und hier verlangen wir die und die Änderung. Das ist der Sinn unserer Arbeit überhaupt, und deshalb ist es auch notwendig, daß wir uns heute nur auf die wesentlichsten Dinge diszipliniert konzentrieren. Da aber der Generalvertrag Ausgangspunkt für alles andere ist, ist es wichtig, ihn in den Hauptpunkten durchzusprechen. Von da aus ergibt sich alles andere.

Dr. ACHENBACH: Ich halte es in bezug auf die Diskussion für erforderlich, einen kurzen historischen Rückblick der Entwicklung zu geben: Der entscheidende Ausgangspunkt für die Verhandlungen zu dem jetzt vorliegenden Text war die Washingtoner Zusammenkunft der westlichen Außenminister, die nach dem Abschluß am 15. September vorigen Jahres ein Kommuniqué erstellt haben.[8] Das, was damals beschlossen wurde, ist der Öffentlichkeit allein bekannt, etwas anderes hat sie kaum erfahren. Dieses Kommuniqué enthält folgende Grundsätze:

1. Die Außenminister haben die Beziehungen ihrer Länder zu der deutschen Bundesrepublik überprüft und sind übereingekommen, in Zusammenarbeit mit der Alliierten Hohen Kommission, Instruktionen für ein gegenseitiges akzeptables Übereinkommen mit der Bundesrepublik zu geben.
2. Die Beziehungen sollen gestellt werden auf die Grundlage der Gleichberechtigung.
3. Als Folge davon ist es unvereinbar, sich in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik einzumischen.
4. Als Vorbehaltsrechte werden lediglich die drei Punkte, die Dr. *Vogel* vorgetragen hat, erwähnt.

Man mußte doch davon ausgehen, daß diese Washingtoner Besprechungen vorbereitenden Charakter hatten. Deshalb wurde auch von der FDP die Forderung auf dem Münchener Parteitag erhoben, an den Verhandlungen beteiligt zu sein.[9] Das Gentlemen's Agreement durch den Bundeskanzler in Paris bedeutet ein ungeheuerliches Vorgehen, insbesondere da die darauf fußenden Verträge ratifiziert werden müssen. Der Unterschied zwischen dem Washingtoner Kommuniqué und den jetzigen Tatsachen muß zurückgewiesen werden.

Dr. DEHLER: Was in Washington verkündet wurde, war Schalmei, die Realität sieht anders aus. Zunächst liegen die drei Vorbehalte nicht nur im Interesse der Alliierten, sondern auch in unserem Sinne. Es ist doch auch unser Wunsch, daß die Alliierten neben der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ihre Truppen hier unterhalten. Auch die gesamtdeutsche Frage ist eine Frage, die uns brennend interessiert, und daß wir den Alliierten, wenn sie ihre Truppen hier stationieren, gewisse Sicherheiten bieten müssen, ist selbstverständlich. Wir müssen das Vertragswerk auf dem Hintergrund der großen politischen Entwicklung überhaupt sehen, und das ist die Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Dr. PREUSKER: Zu den Annexverträgen möchte ich folgendes unterstreichen: Wir haben die Rapporteure ganz klar gebeten, in gemeinsamen Besprechungen zu berücksichtigen, daß Dinge, die nach deutschem Recht nicht akzeptabel sind, von uns nicht in irgendeiner Form weitergeführt oder anerkannt werden

8 Abgedruckt in: AdG 1951, S. 3114 A.
9 Entschließung Nr. 1, abgedruckt in: fdk, 2. Jg., Nr. 65 vom 26. 9. 1951, S. 9.

können. Für uns als Staat, der eine Souveränität bekommen soll, ist die Gesetzgebungsbefugnis die Vorbedingung überhaupt.

Dr. SCHNEIDER: Durch die Annexverträge zieht sich wie ein roter Faden das Prinzip, sich in die innerdeutschen Angelegenheiten einzumischen, das dem Washingtoner Abkommen ins Gesicht schlägt. Wir sollen z. B. die Berichterstattung wie bisher fortsetzen; wir sollen das alliierte Recht als deutsches anerkennen. Das alles ist unmöglich, vor allem im Hinblick auf einen zukünftigen Friedensvertrag, der damit von vornherein präliminiert wird.

Dr. DEHLER: Das stimmt nicht ganz. Rechte und Pflichten, die durch die Gesetzgebung der Alliierten Gesetz geworden sind, sind zunächst als aufgrund deutschen Rechts begründete Rechte und Pflichten anzuerkennen, dann aber der Revision zu unterstellen. Wir sind auch nicht irgendwo verpflichtet, hier eine Rechtsordnung zu zementieren. Es handelt sich nur um Überführungen, d. h., das Ganze ist die Weiterentwicklung eines Zustandes.

Dr. ACHENBACH: Wenn die drei Außenminister Prinzipien verkünden, die sie dann nicht halten, woran soll man sich dann überhaupt noch halten? Die Zusage der vertraulichen Behandlung durch die deutschen Unterhändler war der erste große Fehler, der gemacht wurde. Man hätte in aller Öffentlichkeit verhandeln sollen und die Dinge der Öffentlichkeit – und zwar auch der Öffentlichkeit der anderen Länder, nicht nur Deutschlands – unterbreiten müssen. Wie ist die Situation? Wir befanden uns mit den Westmächten im Krieg. Wir haben den Krieg verloren. Wir sind schlecht von ihnen behandelt worden. Die Westmächte haben diese Politik nun revidiert und wollen aus dem geschlagenen Feind einen Verbündeten machen. Aber man kann nur Bündnispartner auf der Basis der freien Beteiligung werden. Auf diesem Hintergrund muß man die Lage sehen, denn wir bieten ihnen ja auch etwas, indem festgelegt wurde, daß dieser Vertrag nur mit dem Verteidigungsbeitrag zusammen in Kraft tritt.

Franz BLÜCHER: Alle unsere Bedenken gegen die Art der Verhandlungsführung haben sich als gerechtfertigt herausgestellt. Insofern ist die Kritik unter allen Umständen angebracht, und sie muß ihre Auswirkung darin finden, daß wir uns einer solchen Art der außenpolitischen Geschäftsführung widersetzen, jetzt und für die Zukunft. Ich muß aber wieder zur konkreten Behandlung des Generalvertrages drängen. Das erste Bedenken, das wir alle gemeinschaftlich vorgebracht haben, war, daß in dem Vertrag von den Drei Mächten als Kollektivbegriff gesprochen wird, und daß nicht die Rede ist von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich England und der französischen Republik. Das wird im Artikel 1, Absatz 3, nur noch bekräftigt, indem zwar einerseits das Besatzungsstatut aufgehoben wird, andererseits aber künftig die Drei Mächte ihre Beziehungen mit der Bundesrepublik durch Botschafter aufrechterhalten, die gemeinsam tätig werden. Wir haben bei den Beratungen den Vertragswortlaut, insofern er von den Drei Mächten als Kollektiv spricht, abgelehnt. Der Einwand, der uns gegenüber gemacht wurde, war, daß in der Praxis zweifellos die Drei immer die Möglichkeit haben würden, sich gegenseitig zu konsultieren und durch einen Botschafter, der gleichzeitig im Auftrage der beiden anderen handelt, vorstellig zu werden. Dadurch aber sind unsere Bedenken nicht zerstreut worden, und es bleibt dieser Punkt als erster offen.

Dr. RAHN: Ein gemeinsames Auftreten ist den Drei Mächten unbenommen, aber wir dürfen das nicht unterschreiben, da sich die deutsche Souveränität augenblicklich auf die freiwillige deutsche Zustimmung beschränkt. Das Wesentliche sind nicht die einzelnen Bestimmungen, sondern der Verzicht auf den Grundsatz. Wenn wir den nicht durchsetzen, sind wir politisch klein geworden. Ich erinnere an *Talleyrand*: les principes, d'abord les principes! Über alles läßt sich reden, wenn die Prinzipien (Washingtoner Abkommen) nicht verletzt werden.

Dr. DEHLER: Was ist das Prinzip? Für mich sind es die zwölf deutschen Divisionen. Wenn wir diese zwölf Divisionen bekommen, dann haben wir die Vormacht in Europa. Wenn jetzt dieser Vertrag nicht zustande kommt, besteht die Gefahr des amerikanischen Isolationismus. Für uns ist es das Wichtigste, die russische Gefahr zu paralysieren, und das können wir nur durch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Anlehnung an die atlantische.

Franz BLÜCHER: Die drei Vorbehalte sind zum Teil aus deutschen Bedürfnissen heraus verständlich. Es ist sicherlich nicht notwendig, sie so zu formulieren. Zunächst aber muß die Frage, wird die deutsche Souveränität angetastet, klar beantwortet werden, sonst laufen wir Gefahr, dieses Gespräch bis heute abend zu führen. Wir müssen hier und jetzt die Mindeständerungsbedürfnisse feststellen und deshalb zu einer sachlichen Erörterung der einzelnen Teile kommen.

Dr. ACHENBACH: Über das Prinzip der westlichen Solidarität bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Wir wollen sie, aber dieser Vertrag gefährdet ja gerade die westliche Solidarität. Und noch etwas ist wichtig, das ist die von *Dehler* angeschnittene Frage des Einflusses der amerikanischen Innenpolitik auf unsere Entschlüsse hier. Der Bundeskanzler hat festumrissene Vorstellungen von dem, was uns nützt, und von dem, was uns nichts nützt. Er ist der Auffassung, daß *Eisenhower* für uns das A und O ist. Diese Einstellung entspricht aber nicht der Wirklichkeit. *Taft* wäre für uns, angesichts seiner allgemeinen Haltung, wesentlich besser.

Zu dem Vertragswerk im einzelnen: Der Vertrag soll nicht zwischen den Drei Mächten und Deutschland, sondern zwischen den vier Mächten abgeschlossen werden, einmal aus prinzipiellen Gründen und weil diese Formulierung eine Ungeschicklichkeit gegenüber dem Osten darstellt.

Dr. SCHÄFER: Es besteht für uns allerdings ein gewisses Interesse, den Vertrag mit den Drei Mächten als Kollektiv abzuschließen, d. h. das Ausscheren der Franzosen zu verhindern.

Franz BLÜCHER: Hinter den Worten *Schäfers* steht die Beobachtung der letzten Monate (Saar, Russen). Die Franzosen haben die Neigung, fremd zu gehen. Wir müssen deshalb das Für und Wider sehr wohl abwägen.

Dr. ACHENBACH: Es ist nicht unsere Aufgabe, an der Solidarität der Westmächte mitzuarbeiten, und bei unseren Änderungsanträgen sollten wir uns durch diese Argumente nicht beeinträchtigen lassen. Wenn die Franzosen einzeln gehen, verlieren sie Kredit und Dollars.

Franz BLÜCHER: Ich glaube nicht daran. In der Praxis kommt immer zuerst „poor little France", dann noch einmal Frankreich und dann wieder Frankreich, und es besteht die Gefahr, daß die glänzend geführte französische Außenpolitik sich in verhängnisvoller Weise durch die Absetzung von europäischen Dingen in Washington durchsetzen könnte.

Dr. PREUSKER: Ich bin der Auffassung, die von Herrn *Rahn* vertreten wurde. Das Erste und Wichtigste ist das Prinzip. Außerdem kommt es zur Vermeidung der außenpolitischen Gefahr nicht darauf an, daß hier in Deutschland zwölf Divisionen sind – dies wäre eher eine Verstärkung der politischen Gefahr. Den Russen wird nur eins imponieren, daß sie wissen, hinter den zwölf Divisionen steht ein ganzes Volk. Das aber bekommen wir nur auf Grundlage des Gefühls einer echten gleichberechtigt ausgehandelten Partnerschaft.

Ernst MAYER: Wenn die Fiktion der Bindung der Westalliierten gegenüber dem Osten noch bestehen und in diesem Vertrag ihren Niederschlag finden soll, dann müßten die Westmächte gerade dazu kommen, als einzelne und nicht als Kollektiv mit uns den Vertrag zu schließen.

Carl Hubert SCHWENNICKE: Ich glaube, man sollte das Vertragswerk auf dem Hintergrunde der Auseinandersetzung mit den Sowjets und nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Westalliierten sehen. Aus diesem Obligo dürfen wir sie nicht herauslassen, und das ist im Kollektiv leichter zu erreichen (Gefahr Frankreich).

Ernst MAYER: Es denkt doch niemand an Einzelverträge.

Carl Hubert SCHWENNICKE: Dieser Eindruck wurde aber hervorgerufen.

Dr. WELLHAUSEN: Ich bin der Ansicht *Dehlers*. Ich glaube, diejenigen, die seit Tagen an den Verhandlungen teilnehmen und die Hintergründe der Angelegenheit übersehen können, sind aus den Erfahrungen bei den Vertragsverhandlungen in vier Sitzungen der Meinung, daß drei Dutzend Punkte hier vorgebracht werden können, die an Wichtigkeit meines Erachtens den eben erörterten Punkt übersteigen.

Franz BLÜCHER: Jedes Parteianliegen muß unter zwei Gesichtspunkten gesehen werden: Einmal kommt es darauf an, einen möglichst vollständigen Katalog unserer Bedenken aufzustellen, zum anderen – und zwar für den Fall, daß wir einmal eine größere Verantwortung zu tragen haben als heute – uns Revisionsmöglichkeiten zu sichern. Unser praktisches Vorgehen muß folgendes sein: Wir sollten unsere Bedenken zu den einzelnen Punkten in einem Schreiben an den Bundeskanzler aufstellen, nochmals verhandeln, um sie zu versuchen durchzusetzen und darauf noch einmal zum Vortrag und zur Abstimmung zusammenzukommen.

Beschluß: Die Abstimmung ergibt: Die Abschließung des Vertrages soll nicht im Verhältnis 3:1, sondern durch die vier einzeln aufgeführten beteiligten Mächte erfolgen. Nur Berlin (vertreten durch *Schwennicke* und *Will*) hält es aus den vorgetragenen Gründen für notwendig, gegen diesen Beschluß zu stimmen.

Artikel 2 (Vorbehalte)[10]

Franz BLÜCHER: Verlesung und Interpretation.

Dr. ACHENBACH: Meiner Auffassung [nach] gehört Artikel 2 nicht in den Generalvertrag. Absatz 1 a betrifft die Truppenstationierung, die im Truppenvertrag ausreichend behandelt wird. 1 b das Verhältnis der Westmächte zu Rußland hat in dem Generalvertrag nichts zu suchen. Artikel 2, Absatz 2 ist abzulehnen.

Die These der Alliierten, daß diese Rechte hier enthalten sein müssen, ist absurd. Es genügt vollkommen, wenn dieser Artikel verschwindet, daß in bezug auf Fragen, die Berlin und die Wiedervereinigung betreffen, wir uns zu gegenseitiger Konsultation verpflichten.

Franz BLÜCHER: Die Stationierung der Truppen ist in dem sogenannten Truppenvertrag und in dem Artikel Notstand, die Frage Berlin ist im Artikel 6, die Frage Deutschland als Ganzes im Artikel 7 geregelt.

Dr. ACHENBACH: Der Kernpunkt des Vertrages ist Artikel II, 2. Er bedeutet die Unterordnung Deutschlands unter die Alliierten.

Dr. DEHLER: Ich möchte nochmals betonen, wir können das Ziel der Wiedervereinigung nicht ohne die Hilfe der Alliierten erreichen und müssen deshalb hier mitmachen.

Dr. ACHENBACH: Es ist wohl richtig, daß in der Präambel und auch sonst als Ziel herausgestellt wurde, die friedliche Vereinigung ganz Deutschlands. Es ist aber nicht gesagt, wie und wann das geschehen soll. Nun begeben wir uns in diesem Absatz 2 vollkommen unter die Willensbildung der drei westlichen Mächte. Wenn die drei Westmächte z. B. erklären, wir wollen das in fünf Jahren machen, dann verpflichtet uns der Vertrag, uns nicht anderweitig zu bemühen. Das Rad der Geschichte dreht sich jedoch schnell. Unterstellen wir den hypothetischen Fall, daß in Rußland ein Durcheinander entsteht und ein Regime kommt, das uns die Möglichkeit gibt, selber und allein die Wiedervereinigung zu bewerkstelligen. Dann haben wir uns festgelegt und politisch entmannt.

Dr. SCHÄFER: Ich sehe diese Argumentation nicht ein. Eine wechselseitige Bindung ist doch keine einseitige Unterordnung.

Hans Wolfgang RUBIN: Ich halte den Absatz 2 in der vorliegenden Form für völlig unmöglich. Der Grundsatz für diesen Absatz 2 lag in der Angst der Franzosen, daß wir irgendeine Situation provozieren oder zu Handlungen schreiten könnten, die die Westalliierten in eine Zwangslage bringt. Ich glaube, man sollte sich zumindestens überlegen, inwieweit die Formulierung geändert

10 Vorbehaltsrechte der Alliierten in bezug auf die Stationierung ihrer Streitkräfte in Deutschland, auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung und einer friedensvertraglichen Regelung. Absatz 2 enthielt die Zusagen der Bundesregierung, sich jeder Maßnahme zu enthalten, die die in Absatz 1 aufgeführten Rechte der Alliierten beeinträchtigte, und mit den Alliierten zusammenzuwirken, um ihnen die Ausübung der Rechte zu erleichtern. KABINETTSPROTOKOLLE 1952, 1989, S. 287.

werden kann, damit wir nicht den Anspruch aufgeben, in der Wiedervereinigung selbst aktiv werden zu können.

Carl Hubert SCHWENNICKE: Angenommen, die Ziffer 2 wird gestrichen, welche Möglichkeit besteht dann noch, im Falle einer sozialistischen Regierung, die sich unter Umständen mit *Pieck* und *Grotewohl* an einen Tisch setzt, für die Alliierten innerhalb des Vertragswerkes sich einzuschalten?

Dr. ACHENBACH: Wenn sich eine Regierung Schumacher etabliert, so entspricht sie dem Willen des deutschen Volkes. Wir können dann unter diesen Aspekten nicht mehr argumentieren. Wenn aber diese Regierung Schumacher nicht an die Macht kommt und es bleibt bei der jetzigen Regierung und es kommt eines Tages ein russischer Kurier und sagt: Wir haben kein Interesse mehr an der Ostzone, wir gehen heraus, dann muß erst um Erlaubnis gefragt werden, ob das Angebot angenommen werden kann oder nicht; d. h., wir begeben uns der Handlungsfreiheit vollständig.

Carl Hubert SCHWENNICKE: Meine Frage entspringt der Sorge. Wenn von sozialdemokratischer Seite her eine Vereinigung mit den Kommunisten erfolgt, und wir keine Möglichkeit haben, auf die Dinge dann irgendwie Einfluß zu nehmen, dann wäre die politische Entwicklung außerordentlich gefährdet.

Franz BLÜCHER: Im Gegensatz zu *Achenbach* bin ich der Ansicht, daß auch eine sozialdemokratische Regierung an das Vertragswerk gebunden bliebe. Aber das Problem ist augenblicklich, daß wir die Auseinandersetzung nicht mit dem richtigen Vorzeichen führen. Wir müssen die Fragen auseinanderziehen: Stationierung der Streitkräfte, Frage der Wiedervereinigung Deutschlands.

STEGNER: Ich verteidige den Standpunkt *Achenbachs,* trotzdem ich die Berliner Lage verstehe. Wenn wir Änderungswünsche erwägen, müssen wir die Optik nach außen bedenken, und wenn Sie sehen, wie sehr das Liebeswerben um die deutsche Wiedervereinigung hier im Westen Anklang findet, dann muß dieser Absatz 2 umformuliert werden, um ihn für die deutsche Öffentlichkeit tragbar zu machen. Wir müssen den Artikel 2 im Gesamtvertragswerk sehen.

Franz BLÜCHER: Der Artikel 2 findet seine Begründung im Hinblick auf die internationale Lage.

Dr. MIDDELHAUVE: Der Kernpunkt muß sein, wie wird dieser Artikel 2 in der Öffentlichkeit wirken, denn er bringt eine Einschränkung deutscher Möglichkeiten. Diese Klausel wird in der öffentlichen Auseinandersetzung die umstrittenste sein. Aus diesen innerpolitischen Gründen, die zu großen Schwierigkeiten führen werden, zu einer Radikalisierung des rechten Flügels, ist es notwendig, daß wir den Standpunkt *Achenbachs* vertreten und den Absatz 2 einfach fortfallen lassen müssen. Es bleibt uns mit Rücksicht auf die kommenden Bundestagswahlen keine andere Wahl, sondern nur diese Entscheidung.

Franz BLÜCHER: Ich bin der Ansicht, man sollte die Vorbehalte zu 2 aus taktischen Verhandlungsgründen auf Abschnitt 2 konzentrieren, und wenn wir so vorgehen, wird der sachliche Vertragsinhalt nicht geändert.

Dr. ACHENBACH: Wir sollten bei den Verhandlungen auf die innerpolitischen Schwierigkeiten, die das ganze Vertragswerk in Frage stellen, hinweisen.

Franz BLÜCHER: Ich möchte hier keine allgemeine Diskussion führen, aber dieser Abschnitt 2 des Art. 2 und Abschnitt 3 des Art. 7 sind geeignet, uns die Menschen in der sowjetisch besetzten Zone verlieren und die innere Opposition breiter werden zu lassen. Es kommt doch beim Abschluß dieses Vertragswerkes insgesamt darauf an, eine sehr breite Basis zu finden oder die SPD ins Unrecht zu setzen. Wenn wir das wollen, müssen wir den Versuch machen, den Vorwurf der Aufgabe der Wiedervereinigung zu entkräften, und insofern können wir leider Gottes an der politischen Taktik nicht vorbeigehen.

Dr. DEHLER: Wir müssen *Adenauer* aufputschen, daß er zu der Hohen Kommission geht und erklärt, was die FDP will.

Dr. MIDDELHAUVE: Dabei sollten aber nicht parteitaktische Gründe angegeben, sondern angeführt werden, daß es gilt, die Bundespolitik vor gemeinsamen Aggressoren zu schützen.

Beschluß: Bei Artikel 2 soll insgesamt auf Streichung, vor allem aber auf Streichung des Absatzes 2 hingearbeitet werden.

Artikel 3[11]:

Beschluß: Die Behandlung des Artikels 3 wird der Fraktion überlassen.

Artikel 4[12]:

Franz BLÜCHER verliest Artikel 4: Hieraus ergibt sich die Überflüssigkeit des Artikels 2: Also nur im Falle eines Angriffes werden Truppen von hier nicht stationierten Einheiten zugezogen.

RAHN verliest aus seinem Memorandum.[13] Es ist unsinnig, im ersten Absatz zu sagen: „auf jede der Drei Mächte" und dann „die Bundesrepublik nimmt daran teil". Warum sagt man nicht: „von den Unterzeichnerstaaten"?

Im Absatz 2 sollte es heißen: In bezug ... die Unterzeichnerstaaten laufend konsultieren.

Absatz 3 und 4 können wegfallen.

Dr. PFLEIDERER stimmt zu.

Dr. ACHENBACH stimmt zu.

Beschluß: Die von *Rahn* verlesene Formulierung des Artikels wird angenommen.

---

11 Prinzipien der Außenpolitik der Bundesrepublik; Zusammenarbeit mit den Alliierten auf diesem Gebiet. Ebd., S. 287 f.

12 Alliierte Streitkräfte. Absatz 1: Aufgabe der Drei Mächte: Verteidigung der freien Welt. Absatz 2: Erklärung der Konsultationsbereitschaft der Alliierten mit den Deutschen im Falle von Truppenstationierungen. Absatz 3: Stationierung von alliierten Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik nur nach vorheriger Einwilligung der Bundesregierung, es sei denn, daß ein Angriff auf die alliierten Truppen erfolge oder erfolgt sei. Absatz 4: Bereitschaftserklärung der Bundesrepublik zur Beteiligung an der EVG. Ebd., S. 288.

13 Nicht ermittelt.

Artikel 5[14]:

Franz BLÜCHER verliest den Artikel und weist darauf hin, daß im Gegensatz zu der Formulierung im September eine wesentliche Besserung eingetreten ist, so daß von den Unmöglichkeiten, die darin standen, nichts mehr übrig blieb.

Zu 5,1: sinngemäße Änderung entsprechend der Formulierung des Artikels 4.

Zu 5,2: Annahme der im *Rahn*schen Memorandum formulierten Änderung.

Zu 5,3: bleibt.

Zu 5,4: bleibt.

Zu 5,5: wird gestrichen.

Zu 5,6: Klärung der Fragen: warum soll Schiedsgericht ausgeschaltet sein, und was heißt „Atlantikrat"?

Zu 5,7: bleibt.

Zu 5,8: bleibt.

Dr. ACHENBACH: Die Erwähnung des Nordatlantikrates ist eine unnötige Provokation. Bei einer Hereinnahme in den Schiedsvertrag werden wir zwar überstimmt, aber das Prinzip ist gewahrt worden.

Dr. MIDDELHAUVE: Die Hereinnahme in den Schiedsvertrag macht die Behandlung zu langatmig.

Franz BLÜCHER: Die Entscheidung kommt auf jeden Fall zu spät. Es steht ferner fest, daß die Deutschen, die sich bemüht haben um eine Aufnahme Deutschlands in die NATO, weder die Präambel noch die Erklärungen der Außenminister gelesen hatten. Das ganze Rennen um die Mitgliedschaft bei der NATO ist nicht verständlich. Hier liegt ein Denkfehler, sowohl bei einem Teil der Koalitionspolitiker als auch beim Bundeskanzler. Es entsteht in bezug auf die Formulierung von Herrn *Rahn* die Frage, ob eine Ausdehnung auf andere als deutsche Gebiete vertragstechnisch möglich ist.

RAHN: Wenn alle betroffen werden, ist ein psychologischer Druck gegeben.

Hans Wolfgang RUBIN: Es ist die Frage, ob die NATO die richtige Institution ist.

RAHN: Es kommt darauf an, daß das Verfahren rasch und elastisch ist.

---

14 Notstandsklausel. Absatz 1: Bindungserklärung der Drei Mächte an die folgenden Absätze. Absatz 2: Recht der Alliierten zur Erklärung des Notstandes. Absatz 3: Recht der Alliierten, im Falle des Notstandes alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Absatz 4: Begrenzung der Befugnisse. Absatz 5: Konsultationszusage der Alliierten gegenüber den Deutschen und Ankündigung, sich der Hilfe deutscher Stellen zu bedienen. Absatz 6: Verfahren für die Aufhebung des Notstandes, wenn die Bundesrepublik darum ersucht (Einschaltung des NATO-Rates). Absatz 7: Feststellung des Rechtes für alliierte Militärbefehlshaber, bei Gefahr im Verzuge angemessene Schutzmaßnahmen zu ergreifen, ohne daß zuvor ein Notstand erklärt ist. Absatz 8: Festlegung, daß abgesehen im Falle von Absatz 7 für den Schutz der Sicherheit der alliierten Streitkräfte allein die Bestimmungen des Truppenvertrages Anwendung finden. KABINETTSPROTOKOLLE 1952, 1989, S. 288 f.

Artikel 6[15]:

Franz BLÜCHER verliest den Artikel. „Die Drei Westmächte werden die Bundesregierung hinsichtlich der Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Berlin konsultieren." Durch diesen Satz wird von uns als vertragsschließender Teil der Bestand von Rechten der Westmächte hinsichtlich oder gegenüber oder in bezug auf Berlin anerkannt.

„Die Bundesrepublik wird mit den Drei Mächten zusammenwirken, um es ihnen zu erleichtern, ihrer Verantwortlichkeit in bezug auf Berlin zu genügen.

Die Bundesrepublik wird ihre Hilfeleistung für den politischen, kulturellen und finanziellen Wiederaufbau von Berlin fortsetzen. Sie wird Berlin insbesondere die Unterstützung gewähren, die in der anliegenden Erklärung der Bundesrepublik enthalten ist."

Über den Inhalt dieses Abschnittes haben in dem Ausschuß von Ministern und Parlamentariern die lebhaftesten Auseinandersetzungen stattgefunden. Ich erkläre, daß ich in einem derartigen Vertrag eine derartige Verpflichtungserklärung ablehne, denn

1. ist das ein derartiger Eingriff in die innerdeutschen Beziehungen, daß ich der Ansicht bin, daß dies nicht in einen Völkerrechtsvertrag hineingehört und gestrichen werden sollte;
2. ist dies ein Mißtrauensvotum uns gegenüber, das wir von uns aus nicht billigen sollten;
3. bedeutet es, daß durch die Festlegung gewisser Hilfeleistungen die Alliierten immer wieder entlastet werden und so viel wie möglich auf uns abschieben können. Daß dies praktisch ohnedies der Fall sein wird, wissen wir, es aber noch durch Verträge zu provozieren, erscheint mir in keiner Weise richtig.

Ich habe bereits im November 1949, als es sich um ein gleichlautendes Vertragsabkommen handelte, gegen einen derartigen Vertragsteil opponiert und wurde unterstützt von *Schwennicke* und von vernünftigen Leuten der CDU in Berlin, jedoch von dem damals noch rein sozialistischen Magistrat dauernd von hinten beschossen. Ich bin der Überzeugung, daß wir, wenn wir überhaupt ein Ehrgefühl haben, die Regelungen unserer Beziehungen zu Berlin nicht in einem Vertrag zwischen den vier Mächten behandeln, sondern als eine innerdeutsche Angelegenheit betrachten sollten.

RAHN schließt sich der Ablehnung durch *Blücher* an und verliest die entsprechende Umformulierung aus seinem Memorandum.

Carl Hubert SCHWENNICKE: Ich glaube, es ist zweckmäßig, hier noch ein Wort der Ergänzung zu sagen. Ich habe den Entwurf der Erklärung vorliegen, den die Berliner Kommandantur herausgeben wollte, wenn der Generalvertrag unterzeichnet ist. Sie stimmt dem Sinne nach mit der *Rahn*schen Formulierung überein und lautet ungefähr folgendermaßen: In Anbetracht der zwischen

15 Berlin. Text ebd., S. 289.

Frankreich, dem Vereinigten Königreich England, den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland hergestellten Beziehungen besteht der Wunsch, den Berliner Behörden größtmöglichste Freiheit zu gewähren. Es wird die Berliner alliierte Kommandantur die Machtbefugnisse nur [insoweit] in Anspruch nehmen, als dies zur Aufrechterhaltung von Berlin und den alliierten Interessen erforderlich ist.

Franz BLÜCHER: Wir sind bereit, in gewissenhafter Zusammenarbeit eine Erklärung der Bundesregierung unter Zustimmung des Bundestages und damit des deutschen Volkes über unsere Bereitschaft der Verpflichtung zur eigenen Verantwortung abzugeben.

Beschluß: Es soll im Sinne der Vorschläge von *Blücher* und *Rahn* vorgegangen werden.

Artikel 7, im Zusammenhang mit Artikel 10[16]:

Franz BLÜCHER: Das Ergebnis unserer Beratungen ist, daß wenn Artikel 2 fallen sollte, eine Gesamtänderung des Artikel 7 Platz greift. Wir sind bei den Beratungen seitens aller politischen Parteien und der anwesenden Kabinettsmitglieder zu dem Entschluß gekommen, daß aus ernsten politischen Erwägungen der Abschnitt 3 des Artikel 7 fallen sollte. Wir haben vor allem gegen das Wort „westeuropäische Gemeinschaft" protestiert, weil sonst die ganze Frage der europäischen Mitte in einer unheilvollen Weise präjudiziert ist und eine Beschränkung der Integration auf Westeuropa gegeben wird, die uns nicht tragbar erscheint.

RAHN: Vorschlag zu Absatz 2: „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die unterzeichneten Staaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln. . ."

Die Worte „eine freiheitliche demokratische Verfassung besitzen" sollten gestrichen werden, Absatz 3 und 4 sollte wegfallen.

Franz BLÜCHER: Mit dem Begriff „freiheitliche demokratische Verfassung" ist solcher Mißbrauch getrieben worden, daß wir auch nichts kaputt machen, wenn wir sagen „Bundesrepublik".

Dr. PFLEIDERER: Ich möchte aus meinen Erfahrungen aus dem entsprechenden Ausschuß im Europarat darauf hinweisen, daß in den Ländern hinter dem Ei-

16 Wiedervereintes Deutschland und Revisionsklausel. Artikel 7: Absatz 1: Erklärung, daß eine frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ein wesentliches Ziel der Politik und bis dahin die endgültige Festlegung der Grenzen aufzuschieben sei. Absatz 2: Erklärung, daß die Alliierten und die Bundesrepublik bis zu diesem Zeitpunkt mit friedlichen Mitteln auf ein wiedervereintes Deutschland mit freiheitlich-demokratischer Verfassung und integriert in die europäische Gemeinschaft hinwirken werden. Absatz 3: Bindungsklausel. Absatz 4: Erklärung der Drei Mächte, daß sie die Bundesrepublik in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten konsultieren werden. Artikel 10: Überprüfung des Vertrages und der Annexverträge im Falle der Wiedervereinigung oder der Bildung einer europäischen Föderation bzw. eines Ereignisses von ähnlich grundlegendem Charakter. Ebd., S. 289 f.

sernen Vorhang sich bereits europäische Entwicklungen anbahnen. Auch aus diesem Grunde muß das Wort „West" fallen.

Frau Dr. LÜDERS: Ich möchte etwas anderes sagen. Es wird immer von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen. Was versteht man darunter? Incl. oder excl. der Oder-Neiße-Linie? Dies ist für mich nicht eine Angelegenheit der Grenzfrage, denn dort hat für mich nie eine echte Grenze bestanden. Was wollen wir aber machen, wenn die Drei Mächte ein wiedervereinigtes Deutschland meinen unter Hinausschiebung der Grenzfragen oder ohne diese Oder-Neiße-Linie?

Franz BLÜCHER: Der wirkliche Wohltäter ist in dieser Beziehung *Stalin* gewesen, weil er in seinen beiden letzten Noten[17] diesen Zankapfel so aufgegriffen hat, daß die Gegenseite sich verteidigen mußte und auf die Unwahrhaftigkeit der *Stalin*schen Behauptungen hingewiesen hat: Es ist immer von Deutschland gesprochen worden im Sinne des Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.[18]

Carl Hubert SCHWENNICKE: *Middelhauve* hat vorhin mit Recht hervorgehoben, daß wir in der allgemeinen Diskussion mit sehr viel Gegnerschaft zu rechnen haben, sei es von sozialistischer oder auch östlicher Seite her. Ich würde es deshalb für richtig halten, wenn das, was eben gesagt wurde, in einer internen Mitteilung den Landesverbänden bekanntgegeben würde, damit die Redner unserer Partei zu diesen Fragen, die zweifellos aufkommen, Stellung nehmen können.

Franz BLÜCHER: Wir müssen nicht nur das, wir müssen überhaupt zu dem Generalvertrag eine ausführliche Dokumentation und Interpretation herausgeben.

Was den so ungeheuer entscheidenden Absatz 7,3, den *Blücher* verliest und interpretiert, anbetrifft, so wollte der Bundeskanzler für das wiedervereinigte Deutschland von vornherein schon jetzt die vertragliche Zusicherung unserer drei Partner für gelockerte Bestimmungen.

Dr. SCHNEIDER: Wir müssen uns klar sein, welche Theorien wir bis jetzt vertreten haben. Kann sich ein Teil binden für einen Teil, der nicht zu ihm gehört? Wir haben uns mit großer Entschiedenheit, als der Kampf entbrannte, festgelegt: Die Bundesrepublik ist nicht nur nicht der erste Nachfolger, sondern ist identisch mit dem ehemaligen Deutschen Reich, nur in anderer Verfassungsform. Wenn wir diese Theorie bejahen, dann ergibt sich zwangsläufig, daß wenn die Bundesrepublik heute einen Vertrag abschließt, sich das automatisch auf den anderen Teil auswirkt.

Dr. ACHENBACH: Ich unterstreiche das voll und ganz. Ob die Russen ehrlich sind, steht nicht zur Debatte, aber im Wortlaut der Russennote steht „völlige

17 Noten vom 10. 3. 1952 und 9. 4. 1952, AdG 1952, S. 3387 B und S. 3422 E.

18 Antwortnote der westlichen Alliierten vom 25. 3. 1952, AdG 1952, S. 3404 A. Im Gegensatz zur Feststellung in der Note *Stalins* von der Festlegung des deutschen Territoriums durch die Potsdamer Konferenz wies die alliierte Antwortnote darauf hin, daß dort keine endgültigen Entscheidungen über die deutschen Grenzen gefallen seien.

Bereitschaftsfreiheit" [?]. Es ist aber doch unmöglich, daß man uns in wirtschaftlicher Weise überall belämmert. Schon aus diesem Grunde müssen Abschnitt 3 und 4 fallen.

Dr. SCHÄFER: Die Anerkennung von Artikel 7,3 und 7,4 durch uns könnte die ganze Wiedervereinigung unmöglich machen.

RAHN: Wir müssen den Vertrag so gestalten, daß die Gegenseite irgendeine Chance sieht, uns aus der westlichen Verklammerung herauslösen zu können. Das müssen wir offen lassen. Wir können kein doppeltes Spiel spielen, aber wir müssen elastisch sein. Artikel 10 ist zu eng gefaßt. Wir könnten sagen: „Die Unterzeichnerstaaten sind bereit, bei einer grundlegenden Verschiebung der politischen Lage die Zusatzverträge erneut zu prüfen und zu ändern in einer Form, die erforderlich geworden ist und ratsam erscheint." Wir haben dann die Möglichkeit, die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen.

Franz BLÜCHER: Es wird jetzt allen klar sein, warum ich um Artikel 7,3 so viel gesprochen habe. Es ist der politisch bedeutsamste Punkt, und seine Streichung ist für uns die conditio sine qua non.

Dr. DEHLER: Ich bin der Überzeugung, daß es uns gelingen wird, den Abschnitt 7,3 zur Streichung zu bringen, da er auf Antrag der deutschen Seite aufgenommen wurde. *Adenauer* allerdings ist gegen die Herausnahme, und wir müssen hier noch einmal sehr gründlich mit ihm sprechen.

Franz BLÜCHER: Wie bringen wir die Argumente in kürzester Form dem Bundeskanzler zur Kenntnis?

RAHN: Ich schlage vor, dem Kanzler den Entwurf eines Schreibens an *Truman* oder *Acheson* vorzulegen.

Franz BLÜCHER: Ich würde bitten, daß wir das noch besprechen.

Abschnitt 7,4 ist vielleicht nicht nötig, man kann ihn aber stehen lassen.

Beschluß: Das Wort „West" muß gestrichen werden und 7,3 soll fallen. Artikel 10 wird entsprechend dem Vorschlag *Rahn* geändert.[19]

Artikel 8[20]:

Franz BLÜCHER: Da uns hierzu die Texte fehlen, muß die Beratung vertagt werden.

Artikel 9[21]:

Franz BLÜCHER: Ich habe den Schiedsgerichtsvertrag noch nicht vorliegen, und ich möchte dazu sagen, daß, wenn wir an unserem heutigen Zeitplan fest-

19 Letzter Satz handschriftlich eingefügt.

20 Zusatzverträge.

21 Einrichtung eines Schiedsgerichtes, zuständig für Streitigkeiten zwischen den alliierten Mächten und der Bundesrepublik über die Bestimmungen des Generalvertrages und der Zusatzverträge. Text in: KABINETTSPROTOKOLLE 1952, 1989, S. 290.

halten wollen, wir diese juristisch außerordentlich komplizierte Angelegenheit gesondert behandeln müssen.

Dr. ACHENBACH: Das Problem bei diesem Artikel ist, daß Grenzen und Mißbrauch der Vorbehaltsrechte hineingearbeitet werden müssen. Absatz 3 von Artikel 9 ist nicht akzeptabel.[22]

Dr. DEHLER: Über die Vorbehaltsgebiete an sich kann das Schiedsgericht nicht entscheiden. Entscheiden kann es darüber, ob ein bestimmter Gegenstand unter die Vorbehalte fällt. Die Grenzen der Vorbehalte kann meines Erachtens das Schiedsgericht bestimmen.

Dr. SCHNEIDER: Es ist kein Zweifel, daß auf den Vorbehaltsgebieten das Schiedsgericht nicht entscheiden kann.

Franz BLÜCHER: Nehmen wir an, wir könnten die Aufhebung von Artikel 2 nicht erreichen, dann müßte doch unser Ziel das Folgende sein: Es ist an sich nicht möglich, wenn man tatsächlich ein Vorbehaltsgebiet bestimmt, bei Gelegenheiten, die an sich in den Vorbehalt hineinfallen, ein Schiedsgericht zu berufen. Hier käme es auf die Frage an, die Grenze der Zuständigkeit durch das Schiedsgericht feststellen lassen zu können.

Dr. VOGEL: Es ist eben die Schwierigkeit, ob das Schiedsgericht in der bisherigen Form genügt.

Franz BLÜCHER: Gesetzt den Fall, es geschieht in Berlin etwas, das von Berlin nicht entschieden werden kann, weil zu seiner Sicherung unsere Hilfe notwendig ist, so daß wir unmittelbar einbezogen werden. In diesem Falle muß doch in der Tat durch ein Schiedsgericht festgestellt werden können, ob der (im übergeordneten Sinne) Vorbehaltsfall gegeben ist oder aber, ob es Maßnahmen betrifft, zu denen die Bundesregierung zweifellos das Recht hat, weil es nichts anderes bedeutet als die Sicherung Berlin/Bundesrepublik.

Dr. ACHENBACH: Es ist besser, der Absatz 3 fällt weg, und wir haben die übliche Form: Bei Streitigkeiten entscheidet das Schiedsgericht. Sobald Sie den Absatz 3 hinzufügen, schwächen Sie diese Konzeption.

Franz BLÜCHER: Es ist schon erforderlich, daß das Schiedsgericht über die Zuständigkeit oder Nichtzuständigkeit entscheidet.

RAHN: Ich schlage folgendes vor: Das Schiedsgericht ist zuständig für alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Unterzeichnerstaaten aus den Bestimmungen dieses Vertrages oder einer der Zusatzverträge ergeben und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen beizulegen vermögen.

Beschluß: Artikel 9 erfährt eine nochmalige Sonderberatung.

Artikel 10: Behandlung im Zusammenhang mit Artikel 7.

---

22 Nichtzuständigkeit des Gerichts betreffend Fragen der alliierten Vorbehaltsrechte (Artikel 2) und der Notstandsklausel (Artikel 5).

Artikel 11[23]: Verlesung durch Franz *Blücher.*

Dr. ACHENBACH: Ziffer 2 b, die das Inkrafttreten dieses Generalvertrages abhängig macht von dem Inkrafttreten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, müßte gestrichen werden, weil daraus der Osten Argumente zieht.

Frau Dr. LÜDERS: Dieser Passus kann und wird gegen uns ausgewertet werden.

Beschluß: Abschnitt 11,2 soll weggelassen werden.

Franz BLÜCHER: Wir haben damit die Lesung des Generalvertrages abgeschlossen.

Die nächste Sitzung des Gesamtvorstandes wird auf Donnerstag, den 8. Mai 1952, 14.30 Uhr, im Roten Zimmer des Bundeshauses festgesetzt.[24]

Dr. ACHENBACH weist darauf hin, daß bis dahin die Texte vorliegen müssen.

Dr. PREUSKER beantragt die Herausgabe einer entsprechenden Presseverlautbarung über die heutigen Verhandlungsergebnisse.

Franz BLÜCHER: Wir müssen berichten, weil bekannt ist, daß wir zusammengekommen sind. Man sollte sich aber mit den Äußerungen nicht zu weit vorwagen. Von Änderungsvorschlägen zu sprechen, halte ich nicht für richtig. Wir können sagen, daß wir die notwendigen Verhandlungen führen, aber nichts darüber hinaus.

Gerd B. HASSENKAMP: Wir könnten doch unter Beweis stellen, daß wir uns ernsthaft bemüht haben. Einige Beratungspunkte bekanntzugeben, ist durchaus richtig und dient der Dokumentation unseres Willens. Der Artikel von *Ungeheuer*[25] ist bereits eine großartige Vorbereitung dazu.

Dr. ACHENBACH: Sagen wir doch: Die Überprüfung hat sich erstreckt auf die Frage, ob der Inhalt des Generalvertrages sich an die in Washington entwickelten Grundsätze hält.

Dr. PREUSKER: Die Verhandlung ging von der Prüfung der verschiedenen Verlautbarungen der Außenminister über die Gestaltung der neuen Rechtsstellung Deutschlands aus und prüfte in dieser Beziehung den Generalvertrag. Die Einzelergebnisse werden dem Bundeskanzler in den nächsten Tagen mitgeteilt werden. Die Verhandlungen gehen am 8. Mai 1952 weiter.

---

23 Ratifizierung. Inkrafttreten. Text in: KABINETTSPROTOKOLLE 1952, 1989, S. 291.

24 Vgl. Nr. 17.

25 Der Artikel stand unter der Überschrift „Generalvertrag in der parlamentarischen Entscheidung", erschienen in: fdk, 3. Jg., Nr. 27 vom 29. 4. 1952, S. 7 ff. Hierin bezog *Ungeheuer* eine kritische Position zum Generalvertrag, dessen Problematik er vor allem darin sah, daß hiermit der Versuch gemacht werde, der Bundesrepublik „im Rahmen des Möglichen die Souveränität" zu geben, zugleich aber auch eine „Art Vorfrieden" abzuschließen und den Vertrag „zu einer Art Bündnis- und Beistandspakt" auszubauen. *Ungeheuer* hielt es in der anstehenden parlamentarischen Behandlung für unumgänglich, die „Gliederungsproblematik des Vertragswerkes [. . .] einer grundlegenden Überprüfung zu unterziehen". Desweiteren verlangte *Ungeheuer* die Beseitigung der Gefahr, „daß durch den Abschluß dieses Vertragswerkes die Wiedervereinigung Deutschlands gefährdet und die Entscheidungsfreiheit des wiedervereinigten Deutschland von vornherein gebunden wird".

Franz BLÜCHER bittet die Herren Dr. *Ungeheuer, Rinné, Hassenkamp* und Dr. *Sonnenhol*, sich zurückzuziehen und die Fassung der Erklärung für die Presse vorzubereiten.[26]

II. REGIERUNGSBILDUNG IM SÜDWESTSTAAT[27]

(Anwesend nur der Vorstand und die direkt beteiligten Herren.)

Franz BLÜCHER: Auf meine telefonische Anfrage hat das Stuttgarter Büro keine verständliche Antwort gegeben. Inzwischen ist jedoch ein Telegramm von *Haußmann* eingetroffen, das, da er an der Teilnahme verhindert ist, um Aufschub der Beratungen bittet.[28] Wie sollen wir vorgehen?

Dr. MIDDELHAUVE: Die Sache ist für die Zukunft der Partei von so außerordentlicher Bedeutung, daß sich der Hauptausschuß damit beschäftigen muß. Ich bitte die Freunde von Hessen, sich damit einverstanden zu erklären, daß diese Dinge auf der Hauptausschußsitzung, nicht auf einem außerordentlichen Parteitag behandelt werden[29], um Klarheit und Sicherheit zu schaffen, daß sol-

---

26 Der Text der Erklärung lautete: „Am Donnerstag, dem 1. Mai 1952, trat in Bad Godesberg unter Vorsitz von Vizekanzler Franz *Blücher* der Gesamtvorstand der FDP gemeinsam mit dem Vorstand der Bundestagsfraktion und Vertretern des außenpolitischen Ausschusses der FDP zu Besprechungen über den Generalvertrag zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurden sämtliche Bestimmungen des Generalvertrages unter dem Gesichtspunkt überprüft, ob sie mit den im Washingtoner Kommuniqué der drei westlichen Außenminister vom September 1951 niedergelegten Grundsätzen übereinstimmen. Die Außenminister hatten damals als Richtlinien für die Verhandlungen über den Vertrag mit der Bundesrepublik folgende Grundsätze verkündet: 1) Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten werden durch für alle Partner annehmbare Abkommen auf eine völlig neue Grundlage gestellt. 2) Die Bundesrepublik wird auf der Basis der Gleichberechtigung in die europäische Gemeinschaft eingefügt. 3) Diese Einfügung ist unvereinbar mit der Aufrechterhaltung eines Besatzungsstatuts oder der Befugnis der Mächte, sich in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik einzumischen. Der Vergleich der Washingtoner Grundsätze mit den Bestimmungen des Generalvertrages ergab die Notwendigkeit, an den Bundeskanzler heranzutreten mit dem Ziel, im Interesse einer gedeihlichen und wirksamen Zusammenarbeit im europäischen Raum darauf hinzuwirken, daß in dem Vertragswerk den Grundsätzen der Washingtoner Erklärung im vollen Umfang Geltung verschafft wird. Der Gesamtvorstand der FDP wird am kommenden Donnerstag zu einer Fortsetzung seiner Erörterungen zusammentreten." Die Bedenken und Forderungen der FDP unterbreitete *Blücher* am 6. 5. 1952 in einem längeren Schreiben an Bundeskanzler *Adenauer*. Dazu K. ADENAUER, Bd. 1, 1965, S. 528. Die Antwort *Adenauers* vom selben Tag abgedruckt in: ADENAUER. BRIEFE 1951–1953, 1987, S. 212 ff.

27 Siehe Anm. 1.

28 Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut: „ Meine Abreise zu heutiger Gesamtvorstandssitzung infolge unaufschiebbarer politischer Beanspruchung unmöglich. Bitte dringend, irgendwelche Beschlußfassung Südwesten zurückzustellen. Erbitte zunächst Ihre Antwort auf mein Brieftelegramm vom 29. 4. Hiesige parlamentarische und parteipolitische Situation in Abwicklung und auf dem Wege zur Beruhigung begriffen. Erbitten dringend Verlautbarungen zu verhüten, die Einheit Gesamtpartei gefährden. Legen Wert auf Erörterung Gesamtsituation unter Zuziehung unserer Minister. Bezugnahme zunächst auf Bericht Hermann *Schäfer* über einheitliche Auffassung hiesiger Gesamtfraktion nach gewissenhafter Abwägung aller Umstände." ADL, Ordner-Nr. 95.

29 Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages hatte der LV Hessen verlangt; außerdem darüber hinaus den sofortigen Parteiausschluß von *Maier* und *Haußmann*. J. M. GUTSCHER, 1984, S. 122. Zur folgenden Diskussion ebd., S. 123 ff.

che einseitigen Bindungen ohne Kenntnis der Gesamtpartei verhindert werden. Ich schlage deshalb vor, den Beschluß zu fassen, binnen 14 Tagen den Hauptausschuß einzuberufen.

Franz BLÜCHER: Es ist vom Vorstand wohl erwogen gewesen, bis heute mit einer verbindlichen Äußerung zu warten. Bei einer Annahme des Antrages *Middelhauve* müßten wir uns entschließen, uns heute jeder Äußerung zu enthalten. Ich halte das für unmöglich, denn bis zum Zusammentritt des Hauptausschusses würde noch zu vielen undurchsichtigen Erörterungen Anlaß gegeben werden.

Dr. PREUSKER: Ich bitte, die Dinge heute zu erörtern, und zwar im Hinblick auf die besondere Situation in Hessen: Wahlkampf[30] und Tagung des Landes-Hauptausschusses. Wenn wir zurückkommen, ohne die Meinung des Bundesvorstandes kennengelernt zu haben, ist die Entwicklung der Dinge nicht abzusehen.

Dr. SCHÄFER: Ich habe nichts gegen die Besprechung der Sache im Hauptausschuß einzuwenden. Ich halte es aber für bedenklich, jetzt gar nichts zu machen. Verbinden wir die Dinge, sagen wir etwa, daß der Gesamtvorstand die Haltung der Landtagsfraktion in Württemberg-Baden mit sehr ernster Besorgnis und mit großen Bedenken sieht und deshalb den Hauptausschuß einberuft. Dann ist eine Distanzierung erfolgt und die Vertreter von Württemberg-Baden können uns nicht vorwerfen, daß, ohne sie anzuhören, entschieden worden sei.

BEZOLD: Ich halte es für unmöglich und für noch nie dagewesen, daß jemand verurteilt wird, ohne daß man ihn gehört hat. Wir haben kein Beweismittel, daß *Haußmann* absichtlich weggeblieben ist. Man muß ihm zugestehen, daß er bei der Behandlung der Angelegenheit anwesend ist und sich verteidigt. Wenn wir so verfahren, wie *Schäfer* sagt, präjudizieren wir. Natürlich ist es, daß jedes Land und jeder Landesverband seine Dinge so ordnet und so an sie herangeht, wie es ihm notwendig erscheint.

Franz BLÜCHER: In dieser Angelegenheit ist die Autorität unseres Bundespräsidenten, der sich ausgiebig damit beschäftigt hat, die Autorität des Parteivorsitzenden und des Parteivorstandes abgenützt worden. Ich muß mich vor allem auch dagegen verwahren, daß von einer Verurteilung gesprochen wird. Ich muß aber auch eines sagen: Die Verwirrung, die angerichtet worden ist, ist so riesengroß, daß wir zumindest feststellen wollen, daß die Verantwortung nicht von der Gesamtpartei, sondern allein von den Vertretern des Südweststaates getragen wird, und daß wir darüber beraten werden. Daran kommen wir nicht vorbei, sonst entsteht der Eindruck, daß wir faktisch keine politische Partei sind. Wir haben uns wochenlang bemüht, freundschaftlichst bemüht, die Dinge in die Reihe zu bringen, und zwar nicht im Sinne einer Nachgiebigkeit gegenüber der CDU. Es liegt uns nichts ferner, als zu verurteilen. Wenn aber schon dieses Thema ansteht, dann hätte ein Vertreter von Württemberg-Baden entsandt werden müssen, wenn *Haußmann* nicht selbst kommen kann. Ich

30 In Hessen waren für den 4. 5. 1952 Kommunalwahlen angesetzt.

kann ihm deshalb den Vorwurf nicht ersparen, daß er keinen Vertreter entsandt hat.

Dr. EBERHARD: Die Sache sollte grundsätzlich im Hauptausschuß behandelt werden, aber irgendeine Stellung müssen wir jetzt auch beziehen. Wir sind bereits davon unterrichtet, daß Bestrebungen im Gange sind, bei uns die Kluft, die kaum überbrückt ist, wieder aufzureißen. Wenn der Gesamtvorstand keine Stellung nimmt, besteht die Gefahr, daß wir in Rheinland-Pfalz wieder vor einer Regierungskrise stehen.[31]

Dr. KOHUT: Wir sind keine einheitliche Partei mehr, sondern faktisch eine DVP und eine FDP. Wir brauchen eine schnelle und klare Entscheidung, denn morgen tritt der Hauptausschuß in Hessen zusammen. Er wird darüber befinden, ob ein Verbleiben des Landesverbandes Hessen in einem Gesamtverband zusammen mit einer DVP noch tragbar ist. Wir fragen uns, scheiden wir aus der Gesamtpartei aus, weil uns die Linie nicht gefällt und weil der Vorstand es vermieden hat, sofort auf Äußerungen von Reinhold *Maier* zu reagieren. Wir fragen uns, ob diese Partei geeignet ist, mit der hessischen Partei gemeinsam in einer Gesamtpartei zu sein.

Wir haben es in Hessen verstanden, 31 % der Bevölkerung hinter uns zu bringen; d. h. wir haben eine gute Politik gemacht. Wir haben aus einer liberalen Partei in Hessen eine Partei der Massen gemacht. Das wollen wir uns nicht zerstören lassen. Wir wollen nicht unehrlich sein gegen unsere Wähler. Wir haben mit Bewußtsein unsere Erklärungen abgegeben, und wir brauchen eine Vorentscheidung, daß der Gesamtvorstand das Verhalten Württemberg-Badens mißbilligt. Die Erklärung von *Schäfer* hat uns nicht genügt. Wir brauchen weiter einen außerordentlichen Parteitag oder den Hauptausschuß, der diese Dinge behandelt. Wir sind im übrigen gern bereit, von Hessen aus die Reorganisation für eine richtige Partei in Württemberg-Baden zu übernehmen.

Verkennen Sie die Situation nicht, sie ist ernst. Das, was in Württemberg-Baden geschehen ist, können wir nicht verantworten. Es liegen bei uns Stöße von Austrittserklärungen vor, und wenn wir uns auf Zugeständnisse einlassen, die von unserer Linie abweichen, dann treten bei uns ganze Kreisverbände geschlossen aus.

BEZOLD: Es ist erklärt worden, daß man in Württemberg-Baden wissen müßte, was heute behandelt wird. Die Einladung vom 23. April liegt vor mir, aber von dieser Angelegenheit ist darin mit keinem Wort etwas gesagt.[32] Ich sehe die Sache juristisch. Man kann nicht jemandem den Vorwurf machen, absichtlich der Diskussion ferngeblieben zu sein, wenn in der Einladung das Thema nicht aufgeführt wurde.

---

31 In Rheinland-Pfalz war erst Ende März 1952 eine Regierungskrise, die durch unterschiedliche Ansichten von CDU und FDP zur Schulpolitik ausgelöst worden war, überwunden worden. fdk, 3. Jg., Nr. 22 vom 1. 4. 1952.

32 Hierin hieß es lediglich, daß „zur Beratung wichtiger innen- und außenpolitischer Fragen" eingeladen werde. „Mit Rücksicht auf die Bedeutung der zur Behandlung anstehenden Fragen" wurde allerdings „dringend" um Teilnahme gebeten. ADL, Ordner-Nr. 95.

Franz BLÜCHER: Dem muß ich mit Rücksicht auf die grundsätzliche Bedeutung widersprechen. Es ist zur Durchführung der ordnungsgemäßen Geschäfte, ob bei einer Partei oder einem Wirtschaftsunternehmen, im Staate oder sonstwo, immer erforderlich, daß bei plötzlich auftretenden Notständen außerhalb der Tagesordnung durch Mehrheitsbeschluß eine Sache behandelt werden kann. Die Vorstandsführung ist völlig unmöglich, wenn dies nicht der Fall sein darf.

Im übrigen ist ein Telegramm von *Haußmann* eingegangen, aus dem hervorgeht, daß er angenommen hat, daß dieser Punkt heute hier behandelt wird.

Im übrigen möchte ich zur Sache noch folgendes feststellen: Der geschäftsführende Vorstand[33] war einmütig der Meinung, die Fraktion in Stuttgart solle die große Koalition anstreben und wenn dies nicht möglich wäre, mit der CDU in [eine] Koalition gehen. Hessen hat also nicht den geringsten Anlaß, der Gesamtpartei einen Vorwurf zu machen. Wir haben auch keine Möglichkeit, den Landesverband Württemberg-Baden aufzulösen; denn dort ist eine parlamentarische Entscheidung der Fraktion getroffen worden. Eine Fraktion aber ist souverän, sie bezieht ihre Rechte aus der Wahl ihrer Abgeordneten.

Was immer wir beraten, wir sollten nicht daran vorbeigehen, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, zu unseren Lasten die CDU und die DP reinzuwaschen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Situation zu einem großen Teil durch das Verhalten der CDU in der Vergangenheit herbeigeführt worden ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß die eigentliche große Entscheidung der Bundestagswahlkampf ist, in den wir nur scharf profiliert hineingehen können. Wir müssen deshalb vermeiden, daß wir uns so ausdrücken, als ob wir auf Gedeih und Verderb mit beiden (CDU und DP)[34] verbunden sind.

Wir sollten aber auch die bereits eingeleitete parteiinterne Auseinandersetzung in den Ländern des neuen Südweststaates nicht durch eine gewisse Grobschlächtigkeit stören, die nur eine Vertrotzung mit sich bringt und den Reinigungsprozeß aufhält. Wir sollten mit Weisheit, mit dem Blick auf das Ganze und dem Blick auf die Zukunft die Dinge sehen.

Ernst MAYER: Es ergab sich nach der Wahl für uns alle die auch vom Bundeskanzler empfohlene Bildung einer großen Koalition als das einzige sinnvolle Ergebnis dort unten. Diese Koalition ist gescheitert nicht nur an der CDU, sondern auch daran, daß man sie von unserer Seite aus nicht energisch genug gewollt hat. Zweifellos wirkte auch das mit, was *Blücher* anführte, was in den eineinhalb Jahren voraufgegangen ist, in denen die CDU entgegen aller staatspolitischen Notwendigkeit, entgegen den bundespolitischen Interessen der Bonner Koalition sich abseits stellte, weil sie die Vorstellung hatte, ihre Parteieinheit nicht aufs Spiel setzen zu wollen.

---

33 Er tagte am 21. 4. 1952. Hierzu J. M GUTSCHER, 1984, S. 122 f.
34 Klammerzusatz handschriftliche Einfügung.

Die Fraktion dort unten ist und war innerlich mit der getroffenen Lösung nicht einverstanden, sie sah sich aber am letzten Abend vor der Entscheidung in eine Zwangslage hineinmanövriert. Es wird – und das hat *Blücher* angedeutet – in unserer Landespartei zu einer sehr energischen heftigen Auseinandersetzung kommen. Es wird aber nicht kommen zu einem Reinigungsprozeß, denn es handelt sich um keinen Reinigungsprozeß, sondern darum, daß ein oder zwei Leute in ihre Schranken zurückgewiesen werden.

Ich möchte hier noch eines feststellen. Sobald wir, *Leuze* und ich, unten erscheinen als gewissermaßen die Willensvollstrecker der Herren aus Hessen, die sich vor die Überlegung gestellt sehen, ob sie mit uns noch können; sobald wir dort unten erscheinen als die Vollstrecker des Willens eines Bonner Organs, dann ist diese Möglichkeit von vornherein sehr eng. *Leuze* hat ein gutes Beispiel gebraucht, indem er sagte, die Schwaben verprügeln sich hinter geschlossenen Gardinen, aber wenn einer von außen kommt und die Familie angreift, dann igeln sie sich ein und kehren die Stacheln nach außen.

In der Frage, ob die Hessen noch mit uns können, bin ich nicht kompetent. Wenn die Bundespartei vor die Alternative gestellt würde: Hessen oder Württemberg, müßte ich mich als Mitglied des Bundesvorstandes der Stimme enthalten.

Ich habe versprochen, nicht zu polemisieren, das eine aber, meine lieben Freunde aus Hessen, darf ich noch bemerken. Wir können anstreben, daß die Landesparteien vor grundsätzlichen Entscheidungen sich mit der Bundesparteileitung besprechen, wir können das auch satzungsmäßig regeln. Wir können soweit wie irgendwie möglich gehen, wir können aber niemals soweit gehen, daß wir einer Landespartei zumuten, ihre Entscheidungen von parteipropagandistischen Notwendigkeiten eines benachbarten Landesverbandes abhängig zu machen. Auch Württemberg-Baden hat mitunter durch die Sondertouren, die andere Landesverbände geritten sind, zu leiden gehabt.

Wer mich kennt, weiß, daß ich diesen Kampf dort unten durchstehen werde. Ich habe die Hoffnung, daß mich die anderen Freunde nicht im Stich lassen. Wem aber am Zusammenhalt der FDP etwas gelegen ist, wem daran gelegen ist, daß der deutsche Liberalismus bei der Neugestaltung unseres Vaterlandes noch etwas mitzureden hat, der sollte sich Drohungen und Alternativen, wie sie aufgekreuzt sind, überlegen. Wir hätten dann nämlich unsere Bonner Rolle ausgespielt.

LEUZE: Ich spreche nicht für mich allein, sondern für unseren geschäftsführenden Vorstand, der sofort nach der Beschlußfassung der Fraktion getagt und eine sehr einheitliche Haltung eingenommen hat. Zur Entstehungsgeschichte: Wir haben die Überzeugung bekommen, daß man von uns aus von allem Anfang an die große Koalition nicht gewollt hat. *Haußmann* hat immer in einer Atmosphäre der Zwielichtigkeit verhandelt. Er hat keine Position klar bezogen und durch geheime Besprechungen das Verhältnis zur SPD gefestigt, bis man die Fraktion vor vollendete Tatsachen stellte. Zu diesem unerquicklichen Spiel kommt, daß man die Gremien der Partei nicht in ordnungsmäßiger Weise unterrichtet und gehört hat.

Das Spiel begann schon bei der Beerdigung von *Wildermuth*.[35] Wir (Württemberg-Hohenzollern) haben schon damals opponiert. Am 17. 3. fand eine Besprechung mit der Industrie statt, am 18. 3. tagte das Direktorium der drei Landesverbände mit einer anschließenden Fraktionssitzung. Auch damals hat man mit einer wenig erfreulichen Taktik großer Reden die Dinge bewußt in eine gewisse Richtung getrieben. Am 17. 4. war nochmals eine Direktoriums-Sitzung, in der die gleiche Haltung eingenommen wurde. Wir haben opponiert. Eine Abstimmung, die von mir verlangt wurde, fand nicht statt. Als Resultat kann man festhalten, daß von einigen wenigen, *Haußmann* und Reinhold *Maier*, über den Rücken der Partei hinweg gespielt wurde, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir uns gar nicht hätten zu beraten brauchen, die Vereinbarungen waren von langer Hand her vorbereitet, und zwar wahrscheinlich schon vor der Wahl.

Für uns in Württemberg-Hohenzollern hat die kleine Koalition die Bedeutung, daß unsere gesamte politische Wirkung und Arbeit auf das Empfindlichste gestört, wenn nicht ganz zerstört ist. Die kleine Koalition schafft aber auch für den Südweststaat als solchen sehr wenig günstige Perspektiven und gibt einen schlechten Start. In der Ravensburger Gegend z. B. stoßen wir auf verschlossene Türen, und wir werden viel Mühe haben, diese Türen wieder zu öffnen. Die kleine Koalition bedeutet den Sieg einer Art niederbayerischen Schwabismus, der glaubt, nach nichts mehr fragen zu müssen und sich abriegeln zu können. Wir haben immer neben dem schwäbischen Empfinden ein gutes gesamtdeutsches Empfinden gehabt. Der süddeutsche Liberalismus war überaus fruchtbar für die gesamte Partei, sein Einwirken aber wurde inhibiert, und es ist ein schwerer Fehler, daß diese positive Haltung zum Bund kaputt gemacht wurde.

Haußmann war verpflichtet, selber oder durch einen Vertreter heute hier zu erscheinen. Die Bundespartei hat das Recht, dies zu verlangen.

Was sind die Folgen aus dem gesamten Tatbestand? Ich bin nicht so attackiert durch das Wort „Reinungsprozeß" wie Ernst *Mayer*. An einen Massenausschluß brauchen wir nicht zu denken. Wir haben aber die Aufgabe, Verschiedenes bewußt zu machen. Der autoritäre Anspruch Stuttgarts muß zurückgewiesen werden.

Es ist weiter notwendig, durch eine angemessene und sicher angelegte Aktion das Vertrauen in unserer Partei als bürgerliche Partei wiederherzustellen, denn dieses Vertrauen ist schwer erschüttert. Diese beiden Punkte, Bereinigung der inneren Atmosphäre und Wiederherstellung des Vertrauens nach außen, müssen wir in einer groß angelegten Aktion vornehmen. Und wichtig für die Mitglieder des Vorstandes ist noch eines: Ich habe heute mit einigem Schrecken die Töne aus Hessen vernommen. Wenn wir im Südweststaat unsere Funktion erfüllen sollen, dann glaube ich, ist es völlig richtig, was Ernst *Mayer* gesagt hat. Man kann uns daran hindern, wenn man uns unter die Presse eines Aus-

35 *Wildermuth* war am Tag der ersten Landtagswahlen in Baden-Württemberg, am 9. 3. 1952, gestorben. Die Beisetzung erfolgte wenige Tage später in Tübingen.

schlußverfahrens legt. Läßt es wirklich das liberale Empfinden zu, daß die Freunde aus Hessen so losschlagen? Man muß auch auf die gesunden Teile dort unten Rücksicht nehmen, und es besteht die Verpflichtung zu einem Verständnis. Stören Sie die normale Entwicklung nicht, handeln Sie nicht hart, mit Härte kommen Sie sehr erheblich auf unseren Lebensnerv. Ich kann gut verstehen, daß, wer im Wahlkampf steht, an uns keine Freude hat, aber wir haben auch nicht immer Freude an den anderen Landesverbänden gehabt.

Franz BLÜCHER: Ich darf, bevor weitere Wortmeldungen abgewickelt werden, einen bundespolitischen Standpunkt zur Geltung bringen.

Wir stehen vor einem Versprechen der SPD, aus dem wir sie nicht leichtfertig entlassen sollen. Der Wortlaut unserer Vereinbarungen darf es der SPD nicht gestatten, mit Berufung auf das, was wir jetzt sagen, das Versprechen nicht einzuhalten, das sie den Stuttgartern gegeben hat. Wir müssen deshalb auf der ganzen Linie etwas tun, was uns nicht hinterher in irgendeiner Weise praktisch zu den Unterlegenen macht. Es kommt nicht auf die Propaganda, sondern den Erfolg an, und ich warne nochmals davor, es der SPD zu leicht zu machen, ihr Wort nicht zu halten.

Dr. PFLEIDERER: Ich habe wenig zu sagen, da ich erst seit Januar dieses Jahres Mitglied der Partei bin. Im übrigen kann ich mich ganz und gar den Ausführungen von *Mayer* und *Leuze* anschließen. Man soll nicht vergessen, daß die Situation dort unten sehr schwierig ist. Wir haben in unserem Grundgesetz Zuständigkeiten zwischen Ländern und Bund und wissen, daß wir uns in der Bundespolitik wirtschaftspolitisch und außenpolitisch mit der CDU zusammengetan haben, daß aber gerade im Raum Südwesten auf dem Gebiet der Landeszuständigkeit eine starke Oppositionsstellung zur CDU natürlicherweise gegeben ist. Daher würde ich glauben, daß man innerhalb der Landeszuständigkeiten, in einzelnen Punkten also, eine große Freiheit geben muß. Es ist schwer zu verdauen, daß da etwas in Erscheinung getreten ist, was uns nicht paßt, was wir aber als Abgeordnete des Bundestages durch unsere eigene Haltung ausbalancieren können. Drohungen jedenfalls sollten wir nicht machen, sie wären verhängnisvoll.

Dr. SCHÄFER: Als ich nach Stuttgart fuhr[36], hatte ich die Hoffnung, daß sich noch etwas ändern ließe. Aber es waren schon feste Positionen bezogen worden. Ich habe mir zunächst die Diskussion in der Fraktion angehört und erlebt, wie einer nach dem anderen in klarer Analyse die Situation darstellte. Einer nach dem anderen sagte: Ich bin bis gestern dagegen gewesen, aber heute der Meinung, daß wir die Geschichte machen müssen. Minister *Frank,* Prof. *Gönnenwein,* Prof. *Erbe, Schaefer* vom Arbeitgeberverband, Frau Dr. *Diemer* usw. erklärten, die kleine Koalition, gegen die sie gestern noch gestanden hätten, als die Politik des kleineren Übels. Es wurden verschiedene Argumente angeführt wie die Wahlkampfgeschichten in Württemberg-Hohenzollern, die

36 *Schäfer* hatte an der entscheidenden Sitzung der DVP-Landtagsfraktion als Vertrauensmann des Bundesvorstandes teilgenommen. Vgl. R. MAIER, 1966, S. 393. Hinweis hierauf auch im Telegramm *Haußmanns,* Anm. 28.

Unmöglichkeit des Zusammengehens mit der CDU aus kulturpolitischen und verfassungsrechtlichen Gründen, die gemeinsame Opposition mit der SPD usw.

Es ist kein Zweifel, dort unten hat man andere Vorstellungen als in Bonn. Ich habe zwar auf die Rückwirkungen im Bundesrat hingewiesen, auf die innerparteilichen Schwierigkeiten und erklärt: Ihr bedroht eure eigene staatliche Entwicklung über die Bundespolitik. Aber die Sache war so festgelegt, daß man sie nicht mehr rückgängig machen konnte. Es wurden in der Debatte eine solche Fülle von Behauptungen aufgestellt, daß der Außenstehende sehr schwer ein objektives Urteil abgeben kann. Wie weit die Situation gefingert wurde, kann ich nicht beurteilen. Ich kann nur sagen, bei der ganzen Geschichte war eine solche Verkrampfung der Standpunkte eingetreten, daß im Augenblick kein anderer Weg zu finden war. Hinzu kommt, daß unsere versuchte Einmischung nur das eine bewirkt hat, daß die Leute sich vertrotzt haben und sich nun erst recht geschlossen hinter Reinhold *Maier* stellen mit der Begründung: Wir entscheiden aufgrund unserer eigenen Ansicht.

Was die CDU und die DP anbetrifft, so ist es eine Pikanterie, daß diese den größten Radau machen, zumal wenn man bedenkt, daß Herr *Seebohm* jahrelang Mitglied im Kabinett Kopf gewesen ist.

Ich bin der Meinung, daß, wenn wir als Partei für die Bundespolitik gemeinsam wirken wollen, wir uns eine gemeinschaftliche bundespolitische Haltung auch in den Ländern angewöhnen müssen. Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß wir nun prinzipiell nur als Anhängsel der CDU in Erscheinung zu treten haben. Wir haben jetzt schon eine gestörte Position in der Bundespolitik, weil die sich einbilden, daß wir nur mit ihrer Hilfe koalitionsfähig sind. Das ist nicht richtig für eine politische Partei, sie muß die Möglichkeit besitzen, schwenkbar zu sein.

Was wir machen sollten, ist, daß wir durch den Hauptausschuß die Ermächtigung bekommen, die Satzungen zu ändern und Bestimmungen einzuführen, die die Möglichkeit bieten, eine bundespolitische Linie zu verfolgen, an die bis zu einem gewissen Grade auch die Landesverbände gebunden sind. Tun wir das nicht, verlieren wir eine gewisse Einheitlichkeit des Einsatzes, zersplittern uns, fallen auseinander und schwächen uns.

Franz BLÜCHER: An den empfehlenden Einwirkungen hat es nicht gefehlt, und wir können ja satzungsmäßig nur empfehlen.

Dr. HEPP: In der letzten Vorstandssitzung wurden sehr eingehende Beschlüsse wegen Schleswig-Holstein erörtert[37], jetzt sind es Südweststaat-Fragen. Das gibt zu Bedenken Anlaß. Als einer der ältesten Parlamentarier hat man gewisse Erfahrungen machen können. Wenn ich in diesem Zusammenhang Frau Dr. *Lüders* nenne, so erkennen Sie, daß es zwei Lager sind, aus denen sich die heutige FDP zusammensetzt. Ich sehe eine Gefahr darin, wenn die alten Parlamentarier glauben, das, was sie aus der Vergangenheit übernommen haben, in die FDP hineintragen zu können. Es würde dies eine Belastung bedeuten,

37 Vgl. Nr. 15.

denn die heutige FDP hat eine ganz andere Aufgabe zu erfüllen. Nach meinem Dafürhalten ist die FDP eine Rechtspartei. Je klarer man das sagt, desto besser werden wir uns verstehen. Wenn wir die Lage nicht erkennen, schaffen wir ein Vacuum, das von einer anderen Partei aufgefüllt werden wird. Dann aber hat die FDP ihre Aufgabe nicht erfüllt, sondern an andere Parteien abgegeben.

Es ist ein bizarrer Zustand, daß bei dem ersten Versuch einer Reinigung mit unserer Hilfe die Macht auf die SPD ausgedehnt worden ist. Das hat mit Liberalismus nichts mehr zu tun. Der Liberalismus muß zulassen, daß in den einzelnen Ländern nach eigenem Geschmack Politik gemacht wird. Warum erlaubt es die sehr straff geführte SPD, daß eine Koalition mit der kapitalistischen FDP gemacht wird? Man darf den Schluß ziehen, daß Herr *Schumacher* mit vollem Wissen der politischen Konzeption gehandelt hat. Ein besseres Sprengpulver kann sich Herr *Schumacher* im Sinne der staatszerstörenden Kräfte gar nicht denken. Schon die Überlegung, daß ein *Schumacher* gewillt ist, dieses Experiment zu machen, hätte unsere Freunde davon abhalten müssen. Ob die SPD im Südweststaat vernünftig ist, weiß ich nicht. Die SPD hat aber eine so straffe Führung, daß ich wünschte, wir hätten sie auch. Auch *Adenauer* wird sich mit der Tatsache abfinden, daß seine Partei dort unten in die Opposition geht. Man macht da oft ganz gute Geschäfte. Ich sehe in *Adenauer* den Mann, der von einem anderen Blickpunkt aus genau das gleiche Interesse wie die SPD hat: die FDP über eine gewisse Stärke nicht hinauskommen zu lassen.

Zu Hessen: Sie haben sich mit mehr oder minder scharfen Worten mit dem Schreiben von *Kohut* beschäftigt.[38] Wenn darin eine so scharfe Sprache gefunden wurde, dann wohl deshalb, weil er die Gefahr erkannt hat, die für unsere Gesamtpartei daraus erwächst. Die Linie unserer Partei ist nirgends klarer in der Bekämpfung des Marxismus wie in Hessen. Wenn wir deshalb mitteilen mußten, daß wir den Hauptausschuß einberufen haben, dann nicht nur im Hinblick auf die Wahlen oder auf die Austrittserklärungen, sondern aus der Sorge um die Linie unserer gesamten Politik im Bund. Darum haben wir uns zu diesem Schritt entschlossen. Wir müssen der hessischen Landtagsfraktion das Recht einräumen, ihre Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Eine Revision unserer Satzung wird notwendig werden, um solche Dinge auszuschließen. Anders kann ich mir auf die Dauer die Führung einer Partei nicht vorstellen.

Carl Hubert SCHWENNICKE: Ich möchte davor warnen, daß wir uns hier auf irgendeine starre politische Linie etwa in der Form festlegen, daß es für uns nur eine Koalition mit dieser oder jener Partei und niemals eine mit einer anderen Partei dieser oder jener Richtung gibt. Das wird immer von den Gegebenheiten abhängen. Worauf es ankommt, ist, daß in den Ländern keine Politik getrieben wird, die zu der Bundespolitik in einem offenen Widerspruch steht, und daß man in den Ländern der Auffassung ist, Teil eines Ganzen zu sein, und bei noch so starker Berechtigung auf die Verfolgung eigener Wege Rücksicht nimmt auf dieses Ganze. Was zu bedauern ist, ist die Tatsache, daß man

38 Siehe Anm. 29.

in Stuttgart Wege gegangen ist, die ausschließlich von örtlichen Gesichtspunkten bestimmt waren, und sich weder an die Empfehlungen des Bundespräsidenten, noch die des Parteivorsitzenden gehalten hat. Ich glaube, es geht nicht so sehr um die Frage, ob die FDP mit der SPD Koalition macht oder nicht, es kann so was mal möglich sein, aber wenn so etwas in einem Lande geschieht, so sollte das nur möglich sein, wenn dazu die Bundespartei ihr Placet gibt und erklärt, unter diesen Umständen ist es möglich, und wir sind damit einverstanden.

Wenn es nun so ist, daß – nach dem Bericht von *Mayer* und *Leuze* – dieses Vorgehen das eigenmächtige Vorgehen einiger Persönlichkeiten war, dann verstehe ich den Antrag von Hessen nicht; denn man kann nicht gegen einen Landesverband vorgehen, der gar keine Beschlüsse gefaßt hat. Der Landesverband würde sagen, wir haben ja gar nicht die Koalition beschlossen, wendet Euch doch gegen die Fraktion.

Ich möchte vorschlagen, daß wir so verfahren, wie es heute früh dargetan wurde, daß wir nämlich innerhalb vierzehn Tagen den Hauptausschuß über diese Dinge sich aussprechen lassen und daß die Gesamtpartei ausdrücklich feststellt, daß die Vorgänge in Württemberg-Baden rein örtliche Bedeutung haben und einer rein örtlichen Entscheidung entsprechen. Eine derartige Distanzierung scheint notwendig zu sein, ob man dabei deutlich auf die Fraktion abhebt und nicht zu sehr auf den Landesverband, ist eine zweite Frage.

Nun ein anderes Wort. Ich glaube, wir sollten, was den Landesverband Württemberg-Baden anbetrifft, umgekehrt handeln, wir sollten nicht den Landesverband vor den Kopf stoßen, sondern alles tun, die dort vernünftigen Leute zu stützen und sie nicht in Opposition zum Bundesvorstand bringen. Wir müssen sie gerade im Revolutionieren unterstützen. Nur dadurch erreichen wir auf lange Sicht eine Revision der Vorgänge.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich möchte auf folgende Dinge hinweisen:

1. Entsprechend meiner Anregung sollte der Hauptausschuß mit dem möglichst kürzesten Termin einberufen werden, nicht zu einem Scherbengericht, sondern um zu überlegen, wie ein solcher faux-pas in Zukunft verhindert werden kann. Wir werden die Geschlossenheit der Partei bei Entscheidungen, die auf Landesebene gefällt werden, aber nicht gefällt werden dürfen, sicherstellen müssen. Der Vorstand hat alle Mittel eingeschaltet, um seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen, aber auch gar nichts erreicht. Wir müssen deshalb die Satzungen ändern. Ich lasse mich nicht von irgendwelchen Einwendungen beeindrucken, die besagen, Fraktionen sind souverän in ihren Entscheidungen. Sie sind es im bezug auf Entscheidungen, die die Abgeordneten über Gesetze usw. treffen, aber Entscheidungen bei Regierungsbildungen sind Parteientscheidungen und müssen unter die Obhut der Gesamtpartei gebracht werden.

2. In Württemberg-Baden sind Vereinbarungen von langer Hand getroffen worden, vor die die Fraktion als vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Angesichts dessen, daß die Partei nicht nur im württemberg-badischen Raum, sondern im gesamten westdeutschen Raum dabei an Ansehen verloren hat, liegt ein parteischädigendes Verhalten vor, über das gesprochen werden muß.

3. Wir müssen heute eine Publikation in die Presse bringen, in der wir uns klar zu der Koalitionsentscheidung *Haußmann-Maier* äußern. Wir sollten aber in dieser Erklärung auch sehr deutlich sagen, daß wir der CDU das Recht aberkennen müssen, uns einen Vorwurf zu machen.

Ernst MAYER: Ich möchte, um die Situation nochmals zu beleuchten, einen Brief von *Gönnenwein* vorlesen. Es ist so, wie *Leuze* gesagt hat. Die Fraktion ist überfahren worden.

Dr. DEHLER: Grundsätzlich möchte ich noch einmal feststellen, daß von uns aus nichts unterlassen worden ist, was die Dinge in die richtige Bahn hätte lenken können.

Aber wir dürfen auch eines nicht vergessen. Reinhold *Maier* ist eine Gestalt, die einen gewissen Respekt verdient. Er ist sehr eigenwillig, aber wir können nicht verleugnen, was dieser Mann in den letzten Jahren für die deutsche Entwicklung geleistet hat. Wenn der Süden nicht verlorenging, dann war das sein Werk. Sie wissen ja gar nicht, wie hochverräterisch sich die CDU dort unten verhalten hat (Abtrennung – Donaumonarchie usw.). Da war Reinhold *Maier* der Eckpfeiler. Wir wollen ihm also manches zugute halten, wenn wir auch jetzt sein Vorgehen nicht verstehen.

Die Dinge dort unten sind schief gegangen. Was ziehen wir daraus für Konsequenzen? Ich habe von *Adenauer* manches gelernt. Er hat Schlag um Schlag bekommen. Er hat sie hingenommen und versucht, das Beste daraus zu machen, und hat vor allem versucht, die Konflikte intern innerhalb der CDU auszutragen. Das Verlangen von Hessen ist unmöglich. Wir sind eine Partei, die gegen den Sozialismus und gegen den Klerikalismus steht, aber wir sind doch auch eine Partei, die in Zeiten der Not und Spannung zusammenhält, ihre Konflikte austrägt, aber nicht in der Öffentlichkeit.

Zur Satzungsänderung: Hier eine Änderung in dem von *Middelhauve* vorgeschlagenen Sinne [vorzunehmen], ist unmöglich, denn Fraktionen können niemals gebunden werden.

Wir sind eine junge Partei. Haben Sie doch etwas Geduld. Wenn es uns nicht gelingt, eine liberale, weit gespannte, freiheitliche, nationale Partei zu schaffen, dann geht dieser Staat zugrunde. Im Interesse der Gesamtpartei dürfen wir jetzt keine scharfen Wertungen hinausgeben. Das nützt niemandem und schadet uns nur. Der Hauptausschuß muß zusammentreten, und es ist sehr richtig, was *Blücher* sagt, wir dürfen nicht zulassen, daß die Sozialdemokratie aus der Bindung ihrer Zusage durch uns selbst herauskommt.

Dr. LEVERENZ: Das Wesentlichste ist gesagt. Der Antrag von Hessen scheint nicht mehr gerechtfertigt zu sein. Was die Satzungsänderung anbetrifft, so bin ich der Auffassung, daß eine solche Änderung nicht erforderlich ist, wenn man das politische Primat der Partei für die entscheidenden politischen Dinge anerkennt.

Franz BLÜCHER: Wir sollten hier die Satzung nicht weiter behandeln. Ich bin persönlich der Ansicht, daß wir aber bei den satzungsmäßigen Vorschriften über die Zusammensetzung der Landesvorstände und des Parteivorstandes auf

die Tatsache Rücksicht zu nehmen haben, daß die Abgeordneten das Schicksal der Partei bestimmen. Wir werden also im Gegensatz zu den landläufigen Theorien Schlußfolgerungen ziehen und prüfen müssen, ob im Interesse der organisatorischen Arbeit eine neue Satzung erstellt werden soll.

Dr. KOHUT: Wir stehen mitten in den Wahlen in Hessen und werden, wenn wir nichts mitbringen, gewisse Einbußen bei den Kommunalwahlen durch die Ausstrahlungen von Württemberg-Baden erleiden. Es muß etwas geschehen, damit wir zu einer einheitlichen FDP-Politik kommen. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich von unterschiedlichen Kreisen, Unternehmerkreisen und Kreisen der Wirtschaft, von einfachsten Parteimitgliedern entrüstete, empörte Vorstellungen bekommen habe. Die Kreisvorsitzenden haben erklärt, wir müssen Schluß machen mit der FDP. So sieht die Situation in Hessen aus.

Es hat sich herausgestellt, daß der Bundesvorstand nicht hinter den Ereignissen im Südweststaat steht. Das genügt aber nicht. Wir brauchen eine eindeutig mißbilligende Formulierung für unseren morgen tagenden Landesausschuß, um zu versuchen, die revolutionäre Welle zu brechen. Ob das gelingen wird, steht allerdings dahin.

Es hat sich herausgestellt, daß die Landtagsfraktion in Württemberg-Baden Opfer persönlicher Intrigen geworden ist. Opfer einer Art des politischen Betruges, woran *Haußmann* schuld ist. Es ist doch nicht so, daß wir aus der FDP ausscheiden wollen, aber wir müssen etwas mit nach Hause bringen, damit wir bei den Wahlen keine zu große Einbuße erleiden.

Dr. PREUSKER: Auch ich möchte etwas Schlagartiges haben, darauf kommt es an. Ich habe eine Formulierung vorgelegt und auch die Formulierung von *Blücher* gesehen. Ich möchte nur sagen, daß die *Blücher*sche Formulierung bestimmt keinen Erfolg hat. Ich verstehe durchaus das, was *Dehler* sagt, es soll nicht Sinn einer Strafe sein, daß sie straft, sondern daß sie bessert. Es geht aber im politischen Raum um eine absolute Klarheit, und zu dieser Klarheit müssen wir vom Bundesvorstand aus kommen. In der Formulierung muß klipp und klar stehen, ob hier etwas mißbilligt oder ob im großen und ganzen nun etwas verstanden und verziehen wird.

Ich möchte auch noch anführen, daß wir in Hessen nicht nur eine bestimmte Schicht des Bürgertums als unsere Wähler haben, sondern in alle Schichten der Bevölkerung eingedrungen sind. Der Ministerpräsident *Maier* hat erklärt, die SPD sei die berufenste Vertreterin der Industriearbeiterschaft. Das merken sich die Arbeiter sehr wohl. Daß wir bisher 31 % der Stimmen erhalten konnten, ist doch immerhin ein gewisses starkes Echo der politischen Wirkungen gegenüber anderen Landesverbänden, wo aus Gründen, die ich niemandem vorwerfe, dies nicht möglich war. Wir müssen morgen Klarheit haben. Wenn die Erwartungen der Bevölkerung enttäuscht werden, dann geschieht mehr, als daß eine Partei untergeht, es entsteht die ernste Bedrohung der Demokratie.

Dr. MENDE: Ich bin nicht der Meinung, daß eine noch so gute Satzung den Konflikt lösen kann. Der Konflikt liegt tiefer. Er liegt in der Divergenz zwischen der Parteiendemokratie und den überkommenen repräsentativen Manda-

ten. Ich warne hier vor übertriebenen Hoffnungen, durch Satzungen entscheidend etwas regeln zu können.

Wir dürfen unsere Politik nicht nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachten. Auch die SPD hat in der deutschen Politik gewisse Aufgaben. Verfassungs- und kulturpolitisch sind wir auf die Partnerschaft mit der SPD angewiesen. Wie hat *Euler* z. B. die Neugliederung des Südweststaates geschaffen? Mit der SPD. Ich bin nicht SPD-freundlich, aber wir sind in mancher Hinsicht auf sie angewiesen. Ich möchte noch eine Äußerung von *Adenauer* wiedergeben: Er hat die CDU-Journalisten bei sich gehabt und ihnen gesagt: Ich bitte Sie dringend um Mäßigung, keine Überspitzung, wir dürfen das Tischtuch nicht zerschneiden. Also auch *Adenauer* weiß, daß eine Grenze gegeben ist.

Franz BLÜCHER: Ich wollte zunächst den Hessen gegenüber einiges Grundsätzliche ausführen:

1. Sie haben das gute Recht, auf die Haltung des Vorstandes hinzuweisen und zu erläutern, warum wir da unten, um das Land lebensfähig zu gestalten, eine große Koalition CDU, SPD und FDP für unbedingt notwendig gehalten haben.

2. Sie haben weiter das Recht, sehr deutlich zu sagen, daß wir die verschiedenen Motive, die zum Stuttgarter Beschluß geführt haben, nicht billigen, wobei wir nicht daran vorbeigehen können, daß in der Vergangenheit die deutsche Stellung im Südwestraum nur von Reinhold *Maier* getragen worden ist.

3. Jede überscharfe Erklärung von uns schädigt das Ansehen der Partei im Gesamtbild der deutschen Politik. Wir wollen uns gar nicht an Entscheidungen vorbeidrücken, aber wir wollen uns nicht deklarieren und unseren Hausstreit betonen. Wir müßten dann vielleicht Schlußfolgerungen ziehen, die wir vier Wochen später bedauern.

4. Wir dürfen das historische Verschulden der CDU nicht vergessen und nicht vergessen, daß wir uns mit der DP sehr energisch werden auseinandersetzen müssen. Wir können weder der CDU Oberwasser noch der SPD Anlaß zum Ausbrechen zu dem in Stuttgart gegebenen Wort geben.

Anschließend verliest *Blücher* den Wortlaut seiner abgefaßten Erklärung, die zur Diskussion gestellt wird. In der Diskussion ist vor allem der Schlußpassus, der auf das Zusammentreten des Hauptausschusses in 14 Tagen in dieser Angelegenheit hinweist, lebhaft umstritten. Frau Dr. ILK und BEZOLD sprechen sich gegen RADEMACHER für eine Abschwächung (Benennung noch anderer Tagesordnungspunkte), SCHWENNICKE, Frau Dr. LÜDERS, MAYER und die hessischen Herren für den Schlußsatz aus, der damit als angenommen gilt.[39]

---

39 Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut: „Der Bundesvorstand der FDP hat in seiner Sitzung vom 1. Mai 1952 die Lage erörtert, die durch die Regierungsbildung im Südweststaat entstanden ist. Der Vorstand stellt ausdrücklich fest, daß diese Regierungsbildung nicht von der Gesamtpartei, sondern nur von den für die Verhandlungsführung verantwortlichen württemberg-badischen Unterhändlern zu vertreten ist. Er wird in aller Kürze den Hauptausschuß der Gesamtpartei mit dieser Frage befassen." ADL, Ordner-Nr. 95. Zum Ergebnis der diesbezüglichen Diskussion des Hauptausschusses Nr. 20 a, Anm. 7.

17.

8. 5. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 95. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der Freien Demokratischen Partei am Donnerstag, dem 8. Mai 1952, im Bundeshaus." 15.00 Uhr–19.15 Uhr.

Teilnehmer: [Achenbach, Becker, Blücher, Dehler, Mayer, Pfleiderer, Preusker, Rahn, Schneider, Vogel, Wellhausen].

[DEUTSCHLAND- UND EVG-VERTRAG: SCHWERPUNKT ÜBERLEITUNGSVERTRAG]

Franz BLÜCHER begrüßt die Anwesenden und schlägt vor, sofort mit dem Überleitungsvertrag[1], der sich in eine Reihe von Einzelabmachungen gliedert, zu beginnen.

Dr. DEHLER: Teil I des Überleitungsvertrages macht die wenigsten Beschwerden mit Ausnahme der Bestimmung über die Behandlung der sogenannten Kriegsverbrecher. Er (Teil I) regelt insgesamt das Schicksal des bisherigen Besatzungsrechtes. Im allgemeinen war bei den Verhandlungen der Leitsatz maßgebend, daß grundsätzlich die Gesetzgebungshoheit auf uns zurückgeht. Dieser Grundsatz der Gesetzgebungshoheit ist bereits im Generalvertrag in Art. 1, Abs. 1 festgelegt worden.[2] Der Rechtssicherheit wegen müssen wir festlegen, daß zunächst dieses von den Alliierten gesetzte Recht weiter gilt, sonst würde eine Gefahr chaotischer Zustände auf diesem Gebiet eintreten. Bis zum heutigen Tage ist z. B. das Ehescheidungsrecht kein deutsches, sondern ein von den Besatzungsmächten erstelltes Gesetz. Dieser Grundsatz ist in Art. 2 festgelegt: Die Rechte bleiben solange in der Hand der Alliierten, bis sie von den zuständigen Organen des Bundes und der Länder entsprechend dem Grundgesetz und der Länderverfassungen außer Kraft getreten sind.

Von diesem Grundsatz der Gesetzgebungshoheit der Bundesrepublik werden Ausnahmen gemacht für bestimmte von den Alliierten erlassene Gesetze, die der Durchführung ihrer Programme dienen, die wir als doktrinär empfinden, vielfach nicht anerkennen, die aber angelaufen sind und nicht mit einem Male außer Kraft treten können. Durch eine Reihe von Klauseln sind diese allgemeinen Bestimmungen wieder zu unseren Gunsten eingeengt.

Wir haben an sich auch das Recht, Kontrollratsgesetze außer Kraft zu setzen. Dies ist in Art. 2, Abs. 2, Teil I, der Überleitungsverträge festgelegt. Wir haben aber die Verpflichtung, die Alliierten dabei zu konsultieren. Die Rechte und Pflichten während der Besatzungszeit, diese Maßnahmen der Rechtspre-

1 Text abgedruckt in: AdG 1952, S. 3489 ff.

2 Der von *Dehler* angesprochene Absatz lautet: „Die Bundesrepublik hat volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Vertrages." Ebd., S. 3485 A. Das im folgenden angesprochene Ehescheidungsrecht war durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 20. 2. 1946 in der Fassung vom 21. 4. 1947 geregelt.

chung exekutiver Art, Art. 1, Abs. 1, Rechte und Pflichten nicht strafrechtlicher Art, die wir in der Besatzungszeit bekommen haben, diese Rechte und Pflichten bleiben in Kraft. Es geht aus taktischen Gründen nicht anders. Die Besatzungsmächte hatten aufgrund der von ihnen in Anspruch genommenen höchsten Gewalt die Möglichkeit, Recht zu setzen. Es ist nicht möglich, dieses Recht und die Verpflichtungen außer Kraft zu setzen. Entscheidend ist, daß wir in dem Überleitungsvertrag die Unzulässigkeit dieser Rechtsetzung nicht anerkannt haben. Es ist festgelegt worden, daß alle Rechte und Verpflichtungen gesetzgeberischer, verwaltungsmäßiger Art, die von den Besatzungsmächten festgelegt worden sind, in Kraft bleiben. Wir behandeln diese Rechte und Pflichten, als ob sie nach deutschem Recht entstanden wären. Aber die so entstandenen Rechte und Pflichten sind denselben gesetzgeberischen, richterlichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen unterworfen. Diese Rechte sind also weder privilegierend, noch diskriminierend.

Ich meine, daß diese Regelung für uns tragbar ist.

Ein besonderes Problem sind die Schutzbestimmungen für Kollaborateure, d. h., Personen, die in der Besatzungszeit mit den Alliierten zusammengearbeitet haben. Ich weiß nicht, ob die Damen und Herren Entwürfe des Textes vorliegen haben.

Franz BLÜCHER erklärt, daß keine Exemplare vorhanden sind.

Dr. VOGEL: Je ein Exemplar ist an den Fraktionsvorsitzenden zur Unterrichtung der Abgeordneten gegangen. Wenn man mehr Exemplare haben will, müßte man durch einen massiven Beschluß auf *Hallstein* einwirken.

Dr. DEHLER: An sich muß die Stellungnahme des Kabinetts vorliegen, ehe die Fraktion unterrichtet wird.

Franz BLÜCHER: Wenn der Fraktionsvorsitzende ein Exemplar erhalten hat, dann ist die Möglichkeit der Vervielfältigung gegeben.

Dr. ACHENBACH: Man muß auf jeden Fall den Text in toto haben, um das mehrere 100 Seiten umfassende Vertragswerk in Ruhe studieren zu können.

Franz BLÜCHER: Der Bundeskanzler kann folgendermaßen argumentieren: Ich kann den Vertrag unterzeichnen, und hinterher bekommt das Parlament die Unterlagen zur Ratifikation. Diese Argumentation wäre bei der ungeheuerlichen Wichtigkeit der Entscheidung falsch.

Dr. BECKER: Wenn *Adenauer* in diesem Sinne vorgeht, kann das Parlament nur Ja oder Nein zu dem Vertrag sagen, aber auf keinen Fall mitberaten.

Franz BLÜCHER: Rein formal ist der Bundeskanzler im Recht, denn man paraphiert die Verträge, ohne dem Parlament vorher die Texte vorzulegen. Es wäre aber klug, anders zu handeln.

Dr. ACHENBACH: Es ist meines Erachtens sehr die Frage, ob das auch formal in Ordnung ist.

Dr. DEHLER: Es ist formal in Ordnung. In keinem anderen Lande wird es anders gehandhabt.

Dr. *Dehler* fährt in seinem Bericht fort: Schutzbestimmungen für Kollaborateure: Es ist festgelegt, daß niemand nur deshalb unter Anklage gestellt werden kann, weil er vor Inkrafttreten dieses Vertrages mit einer der Drei Mächte sympathisiert oder ihnen Dienste geleistet hat. Also eine sehr weitgehende Regelung in unserem Sinne, die z. B. vom Falle *Kemritz* weit abrückt. Die Lex Kemritz[3] wurde also nicht aufrechterhalten.

Artikel 3 ist noch bedeutsamer, speziell der Schlußabsatz. Er behandelt die Regelung des Problems, wenn in einem Gerichtsverfahren Verfahrensfragen entstehen. Wie kann ein solcher Tatbestand durch ein deutsches Gericht festgestellt und nachgeprüft werden? Praktisch gibt es kaum eine Möglichkeit dazu. Die Frage wurde so geklärt, daß ein Zertifikat des betreffenden Rechtsträgers ausgestellt und als schlüssiger Beweis gelten soll. Wir haben uns mit dieser Regelung abgefunden.

Artikel 4: Liquidation der Besatzungsgerichte. Sie werden verschwinden. Nach dem Inkrafttreten gibt es keine alliierte Gerichtsbarkeit mehr, abgesehen von den Militärgerichten. Die z. Zt. bestehenden Gerichte müssen die Verfahren innerhalb einer bestimmten Zeit abschließen, und nur noch drei Monate nach Vertragsabschluß steht eine Geltendmachung offen. Neue Strafverfahren können gegen Deutsche vor einem Besatzungsgericht nicht mehr eingeleitet werden. Das ist ein Zugeständnis. Urteile, die früher für nichtstaatliche Angelegenheiten erlassen worden sind, gelten als nach deutschem Recht rechtskräftig. Für Strafurteile soll ein gemischter beratender Ausschuß gebildet werden. Die Vollstreckungshoheit geht auf uns über. Im Hinblick auf die normalen Strafurteile der Besatzungsmächte besteht das Bedenken: Sollen wir die Vollstreckung ihrer Urteile überhaupt für die deutschen Gerichte übernehmen? Diese Urteile entsprechen im allgemeinen deutschen strafrechtlichen Urteilen, im Gegensatz zu den Urteilen von den Kriegsverbrechern. Das Verteidigungsrecht des Angeklagten ist gewahrt geblieben. Verstöße gegen das Grundgesetz bestehen hier also nicht, und wir haben keine verfassungsrechtlichen Bedenken, die Vollstreckung zu übernehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auf eine kleine Pikanterie aufmerksam machen, die darin besteht, daß mir Rechtsanwalt Dr. *Kempner* schrieb und empfiehlt, darauf zu drängen, daß die Urteile der Besatzungsgerichte gemildert werden!

Der wunde Punkt von Teil I ist Artikel 6, die Behandlung der sogenannten Kriegsverbrecher. Der Artikel lautet:

---

3 Bezieht sich auf Auseinandersetzungen der AHK und der Bundesregierung im Falle des Rechtsanwaltes Hans *Kemritz*. Dieser hatte Deutsche aus den Westzonen in den Ostsektor Berlins gelockt und sie dem Zugriff der SMA preisgegeben und gleichzeitig Deutsche, die von der SMA gesucht werden, der Verhaftung entzogen. Ein von deutscher Seite gegen *Kemritz* eingeleitetes Strafverfahren hatte die amerikanische Hohe Kommission an sich gezogen und *Kemritz* schließlich von allen Vorwürfen freigesprochen. Die Bundesregierung hielt die Eingriffe von alliierter Seite in dieser Frage aufgrund des Besatzungsstatuts für nicht legitimiert. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. XXXI; BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 17, Drucks. Nr. 3379.

„Geheim. I. Teil des Überleitungsvertrages, Artikel 6 (Stand vom 3. Mai 1952):

1. Hiermit wird eine gemischte Behörde (in diesem Artikel als ‚die Behörde' bezeichnet) errichtet. Aufgabe dieser Behörde wird es sein, ohne die Gültigkeit der Urteile in Frage zu stellen, Empfehlungen für die Beendigung oder Herabsetzung der Strafe oder für die Entlassung auf Ehrenwort zu machen im Bezug auf Personen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder gegen das Kriegsrecht und den Kriegsbrauch oder wegen Verbrechen, die während des Krieges begangen wurden – gemeinhin als Kriegsverbrechen bezeichnet –, von einem Gericht einer alliierten Macht verurteilt worden sind und von den Drei Mächten zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages in Haftanstalten der Bundesrepublik in Haft gehalten werden.

2. Die Behörde besteht aus sechs Mitgliedern, von denen drei von der Bundesrepublik und je eines von jeder der Drei Mächte ernannt werden. Die Mitglieder der Behörde müssen unabhängige Personen sein, die keine andere amtliche Tätigkeit außer der eines Richters oder eines Universitätslehrers ausüben und die bei der Abfassung ihrer Empfehlungen nicht den Weisungen der Regierungen, die sie ernennen, unterworfen sind. Niemand, der in irgendeiner Weise an irgendeinem Verfahren wegen Kriegsverbrechen teilgenommen hat, darf ernannt werden.

3a. Das Recht, die Strafe zu beenden oder herabzusetzen und die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Personen auf Ehrenwort zu entlassen, wird von der Macht ausgeübt, welche die Strafe verhängt [hat].

b. Dieses Recht darf nur ausgeübt werden, wenn die Behörde vorher eine Empfehlung gemacht hat. Eine einstimmige Empfehlung der Behörde ist für die Macht, welche die Strafe verhängt hat, bindend.

c. Außer in den in Absatz 5 und 8 dieses Artikels behandelten Angelegenheiten wird die Behörde nur auf Ersuchen einer der vier Regierungen in einem bestimmten Fall oder aufgrund eines Gesuches tätig werden, das von einer oder im Namen einer der in Absatz 1 genannten Personen eingereicht wird.

4. Die Drei Mächte behalten sich im Hinblick auf den Gewahrsam und die Vollstreckung der Strafen der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Personen die von ihnen bisher besessenen und ausgeübten Rechte vor und werden diese Rechte weiterhin ausüben, bis die Bundesrepublik in der Lage ist, den Gewahrsam dieser Personen zu übernehmen.

5. Die Bundesrepublik verpflichtet sich zu der Zeit, wenn die Drei Mächte den Gewahrsam über die in Absatz 1 bezeichneten Personen übertragen, diese Personen für den Rest ihrer Strafen, wie sie zu dieser Zeit gültig sind oder später nach dem in diesem Artikel vorgesehenen Verfahren geändert werden, unter denselben Bedingungen, die bei einer solchen Übertragung des Gewahrsams für ihre Haft gelten, in Haft zu lassen. Änderungen dieser Bedingungen nach diesem Zeitpunkt dürfen nur in Übereinstimmung mit Entscheidungen der Behörde vorgenommen werden. In diesen Angelegenheiten sind die Entscheidungen der Behörde endgültig.

6. Nach Errichtung der Behörde werden ihre Mitglieder freien Zugang zu den Haftanstalten haben, in denen die in Absatz 1 genannten Personen in Haft gehalten werden, und zu diesen Personen selbst.

7. Die Behörde entscheidet durch Mehrheitsbeschluß ihrer sechs Mitglieder.

8. Die Behörde hat die ausschließliche Befugnis, ohne Einholung von Weisungen der Regierungen und in Übereinstimmung mit Verfahrensvorschriften, die sie sich selbst gibt, über Fragen der Aussetzung der Strafe aus Gründen der Menschlichkeit oder aus anderen Gründen zu entscheiden und Entlassungen wegen guten Verhaltens vorzunehmen.

9. Ungeachtet der Bestimmungen der Absätze 3 und 8 dieses Artikels kann jede der Drei Mächte weiterhin nach den bestehenden Verfahren die Strafe wegen guten Verhaltens herabsetzen oder Entlassungen vornehmen und die Strafe aus Gründen der Menschlichkeit oder aus anderen Gründen aussetzen ohne eine Empfehlung der Behörde, bis diese ihre Tätigkeit aufgenommen hat.

10. Die im Unterabschnitt a des Abs. 3 und im Abs. 4 dieses Artikels erwähnten Rechte der Drei Mächte und – unbeschadet der Bestimmungen des Unterabschnittes b des Abs. 3 und des Abs. 6 und 8 – aufgrund dieser Rechte getroffenen Maßnahmen sind nicht der Gerichtsbarkeit des Schiedsgerichtes oder irgendeines anderen Gerichtes unterworfen.

11. Die Bestimmungen des Art. 7 finden auf Angelegenheiten, die in diesem Artikel behandelt werden, keine Anwendung."

Die Drei Mächte werden also die bisher von ihnen ausgeübten Rechte weiterhin ausüben, bis die Bundesrepublik in der Lage ist, den Gewahrsam dieser Personen zu übernehmen. Wir haben es abgelehnt, den Strafvollzug zu übernehmen. Die Frage ist, aufgrund welcher Rechtslage sollen die Alliierten in Deutschland die Vollstreckung vornehmen? Wir wollen nicht, daß die hier inhaftierten Deutschen ins Ausland geschafft werden. Ich habe *Hallstein* gefragt, wie die Meinung der Alliierten ist. *Hallstein* antwortet: Die Franzosen würden ohne weiteres nach Frankreich transportieren, die Amerikaner auch, aber die Engländer würden Hemmungen haben. Diese Frage ist offen.

Diskussion über Artikel 6:

Franz BLÜCHER: Wie *Dehler* bereits ausgeführt hat, war der erste und entscheidende Punkt der Auseinandersetzung die Frage, ob es für uns überhaupt möglich sei, nicht entlassene sogenannte Kriegsverbrecher in deutschen Gewahrsam zu überführen. Wir sind nicht nur aus politischen Gründen, sondern zunächst aufgrund unserer Verfassung zu der Ansicht gekommen, daß uns dies nicht möglich ist, und zwar deswegen, weil es sich ja zum großen Teil oder ausschließlich um Urteile handelt, die aufgrund eines ad hoc gefundenen Rechts durch eine Sondergerichtsbarkeit zustande gekommen sind. Wesentlich waren für uns außerdem politische Motive, und hier möchte ich nachdrücklich auf die Äußerungen von General *Heusinger* verweisen, die dieser im Interesse seiner Kameraden gemacht hat: Der Gewahrsam durch die Alliierten wird in einem gewissen Sinne als eine Art Ehrenhaft betrachtet, durch die sie sich in ihrer persönlichen Ehre nicht beeinträchtigt fühlen. Wenn wir sie in Gewahr-

sam nehmen, würde sich eine Änderung dieser moralischen Situation ergeben, die unerträglich sein würde. Wir haben aus diesen rechtlichen und politisch-moralischen Bedenken heraus die Empfehlung an den Bundeskanzler gerichtet, unverzüglich neue Verhandlungen aufzunehmen. Das Verhandlungsergebnis kenne ich dem genauen Wortlaut nach nicht. Es ist die Frage, wieweit die bisherige Verwahrung der Deutschen in deutschen Anstalten, aber nicht unter deutscher oberster Leitung, also unter der Verantwortung der Alliierten, gehandhabt werden soll. Es war die einstimmige Meinung und Ansicht, daß wir auf keinen Fall die Verantwortung und die Verwahrung übernehmen sollten. Es ist mir nun mitgeteilt worden, daß sowohl von *Hallstein* wie vom Bundeskanzler eine Regelung gefunden sei. In der Besprechung ergab sich aber eine Auseinandersetzung über die Behauptung von *Hallstein,* daß dazu dann wieder erst aus dem Vertrag ein Recht für die Verwahrung zugunsten der Alliierten geschaffen werden müßte. Es herrschte bei den teilnehmenden Mitgliedern mit Ausnahme der Vertreter des Auswärtigen Amtes und der Rapporteure einstimmig die Ansicht, daß dies nicht notwendig sei, sondern in einem Schlenker an den Truppenvertrag gesetzt werden könne, während *Hallstein* hier klar der Ansicht war, es müßte das irgendein anderer Vertragsartikel regeln. Er ging sogar so weit, es für notwendig zu halten, dies zu den drei Vorbehaltsartikeln des Generalvertrages als vierten hinzuzusetzen. Ich halte dies persönlich nach wie vor für völlig abwegig.

Was die Zusammensetzung der Behörde anbetrifft, so ist nichts hinzuzufügen (je ein Vertreter der drei Westmächte und drei Deutsche). Ich habe persönlich die Frage aufgeworfen, ob es opportun sei, den letzten Satz des Abs. 2 zu belassen: „Niemand, der in irgendeiner Weise an irgendeinem Verfahren wegen Kriegsverbrechen teilgenommen hat, darf ernannt werden." Erstreckt sich das auf Verteidiger und Zeugen?

Es wurde gesagt, auf Zeugen nicht, auf Verteidiger ja. Ich bin für die Mitwirkung von Verteidigern, die ja die ganze Materie kennen. Aber das ist wohl keine so entscheidende Frage, obwohl sie von praktischer Bedeutung sein würde.

Würden bei Art. 3 a die Gedanken, die geäußert wurden, daß das Recht, die Strafe herabzusetzen, von der Macht ausgeht, die die Strafe verhängt hat, wirklich eine Verschlechterung bedeuten und soll ein gemeinsames Handeln der Drei Mächte eintreten?

Dr. ACHENBACH: Der nächste Satz (3 b) muß fallen, da er ein bösartiger und kapitaler ist.

Franz BLÜCHER: Wenn wir diesen Satz stehen lassen, dann sehen wir tatsächlich große Gefahren. Aufgrund gegenseitiger Einigung würde eine große Anzahl von Inhaftierten bestimmter Merkmale nicht mit einem Schlag entlassen werden können. Wir haben ausdrücklich gebeten, den Zusatz fallen zu lassen, um nicht die Beschleunigung des Verfahrens zu verhindern.

Dr. ACHENBACH: Die Zustimmung, die der Essener Ausschuß[4] zu seiner Haltung in der Frage der Generalamnestie täglich erhält, erfaßt immer weitere Kreise der Bevölkerung im In- und Ausland. Es könnte möglich sein, daß eines Tages eine großzügige Friedensgeste kommt (z. B. Wahl von *Taft*). Aber der Satz (3b) entläßt die Drei Mächte aus ihrer Verantwortung. Wir können ihn nicht unterschreiben.

Franz BLÜCHER: Es ist doch so, ein Mehrheitsbeschluß ist nicht bindend für jede Macht, aber ein Mehrheitsbeschluß genügt absolut, wenn sich die betroffene Macht ihm unterwirft. Wir können deshalb 3a und 3b annehmen, denn ein Mehrheitsbeschluß kommt mit den drei deutschen Vertretern und dem Vertreter der betreffenden Macht, die begnadigen will, im board immer zustande.

Dr. ACHENBACH: Die Mitglieder in der Behörde sind aber an die Weisungen der Regierung nicht gebunden.

Franz BLÜCHER: Jede Regierung ernennt ihren Vertreter und hat das Recht, ihren Vertreter abzuberufen. Wenn es der politische Wille der Regierung ist, [daß] diese Frage liquidiert wird, hat sie das Recht, den Mann abzuberufen.

Dr. ACHENBACH: Warum steht dann der Satz überhaupt drin? Er ist bösartig und sollte von uns nicht unterschrieben werden.

Die Abschnitte 4 und 5 sind unklar.

Franz BLÜCHER: Die Gegenseite wollte uns von vornherein die ganze Geschichte übertragen. Wir wollten nicht aus Gründen, die sie billigten, und infolgedessen behalten sie sich jetzt das Recht vor, bis die Bundesrepublik in der Lage ist, den Gewahrsam dieses Personenkreises zu übernehmen. Besser wäre allerdings die Formulierung: bis die Bundesregierung sich in der Lage sieht.

Dr. SCHNEIDER: Ziffer 5 sagt aber doch, daß es eines Willensaktes der Drei Mächte bedarf!

Ernst MAYER: Das ist durch [Ziffer] 4 ausgeschlossen.

Franz BLÜCHER: Wir sind in einer schwierigen Lage, denn diese wesentlichen Verbesserungen sind durch unsere Initiative zustande gekommen. Außerdem scheint der englische Text „. . .undertakes that. . ." deutlicher zu sein.

Dr. SCHNEIDER: Ich bin der Auffassung, es müßte umgekehrt formuliert sein.

Dr. DEHLER: Es muß immer wieder eines betont werden: Die Drei Mächte haben uns die Übernahme doch angeboten! Wir wollten sie doch nicht!

---

4 Gemeint ist der „Vorbereitende Ausschuß zur Herbeiführung der Generalamnestie", der im Februar 1952 mit einer großangelegten Werbeaktion an die Öffentlichkeit trat. Zu seinen Mitgliedern zählten u. a. die FDP-Politiker *Achenbach, Middelhauve* und *Rubin* sowie die CDU-Politiker Hans *Toussaint* (Oberbürgermeister von Essen) und Josef Hermann *Dufhues*. *Middelhauve* an *Dehler* vom 15. 2. 1952 mit Anlage, ADL, N 1-2332 (NL Dehler). Vgl. auch J. M. GUTSCHER, 1984, S. 153.

Dr. SCHNEIDER: Ja, das war unser Wille. Ich habe nur die Zweifel und die Angst, daß trotz unseres Willens eine Formulierung jetzt vorliegt, die die anderen dann anders auslegen.

Franz BLÜCHER: Wir haben jetzt den Fall nach vielen Seiten diskutiert. Vergessen wir aber dabei den eigentlichen Sinn und die politische Situation nicht. Durch unser Eingreifen ist wirklich ein Fortschritt erzielt worden genau wie bei den Reparationen. Wir können den Katalog unserer Bedenken nochmals zusammenstellen, aber ob wir davon eine politische Entscheidung größten Stiles abhängig machen können, das ist dabei das Entscheidende.

Dr. ACHENBACH: Ich stimme damit überein, aber ich möchte grundsätzlich ein Problem zur Debatte stellen: Es ist nicht zu verleugnen, daß eine Reihe der für uns erlassenen Gesetze völkerrechtswidrig ist (Nr. 10 und Nr. 27).[5] Wir machen diese völkerrechtswidrigen Gesetze durch den Abschluß des Vertrages rechtmäßig, und wir dürfen uns über diese Tragweite keinem Zweifel hingeben.

Dr. DEHLER: Man muß die Dinge doch in der richtigen Konstellation sehen. Es besteht objektiv gesehen nicht die geringste Gefahr, daß wir etwas Völkerrechtswidriges anerkennen. Wenn darüber noch Zweifel bestehen sollten, kann nach der Wiedererringung der deutschen Souveränität sofort ein entsprechendes Gesetz erlassen werden.

Franz BLÜCHER: Historisch gesehen, haben wir uns zu den Grundsätzen des Gesetzes Nr. 27 mit ausdrücklichen Worten bekannt, obwohl *Dehler* und ich damals dagegen waren.[6] Es liegt also faktisch seit langem ein deutsches Handeln vor, und darauf muß mit abgehoben werden.

Dr. DEHLER: Wir wollen nicht vergessen, was auf dem Spiel steht: unsere Souveränität. Man muß doch sehen, was geschieht, daß wir im Grundsatz Herr im eigenen Hause werden, daß es keine alliierten Gesetze und Behörden mehr in Deutschland gibt. Das ist doch das Gewaltige, das Vorwärts, nur auf diesem Hintergrund kann man die Einzeldinge richtig bewerten.

Dr. ACHENBACH: Es ist doch so, daß die Außenminister erklärt haben, sie wollten uns als Partner auf die Basis der Gleichberechtigung stellen.[7] Wir selbst haben immer wieder erklärt, daß wir unsere innerwirtschaftlichen Dinge selbst zu gestalten vermögen. Der Versailler Vertrag war ein harter Vertrag, aber die innere Souveränität blieb unantastbar. Hier wird aber vorgeschrieben,

---

5 Gesetze der Alliierten Hohen Kommission. Nr. 10: Gesetz zur Ausweisung unerwünschter Personen vom 27. 10. 1949, AMTSBLATT DER AHK 1949, S. 30; Nr. 27: Gesetz zur Umgestaltung des deutschen Kohlebergbaus und der deutschen Stahl- und Eisenindustrie vom 16. 5. 1950, AMTSBLATT DER AHK 1950, S. 299.

6 Bezieht sich auf ein Schreiben *Adenauers* an *McCloy* vom 14. 3. 1951, KABINETTSPROTOKOLLE 1951, 1988, S. 231, dessen Inhalt *Blücher* im nachhinein kritisierte, ebd., S. 276, da sich darin die Bundesregierung „sehr weitgehend festgelegt habe", ebd., S. 461. Zur Kritik *Dehlers* an der Übernahme der Verantwortung für die Durchführung des Gesetzes Nr. 27 durch die Bundesregierung ebd., S. 475 und 523.

7 Kommuniqué der Außenministerkonferenz in Paris vom 22. 11. 1951, abgedruckt in: AdG 1951, S. 3213 A.

wie groß ein Unternehmen sein darf usw. Die Bundesregierung hat sich möglicherweise zu diesem Gesetz bekannt. Über die wirtschaftliche Struktur hat aber der Bundestag zu bestimmen. Im ganzen gesehen liegt also eine Gefährdung des Prinzips und Zwecks der freien Partnerschaft vor.

Dr. DEHLER: Was liegt dann an diesen Einzelheiten? *Blücher* und ich waren dagegen, aber es ist geschehen. Kränkt es uns denn in unserer nationalen Ehre, wenn bestimmt wird, wer Großaktionär ist und wer nicht? Sollen wir daran den ganzen Vertrag scheitern lassen?

Franz BLÜCHER: Ich möchte auf die Worte *Dehlers* zurückgreifen. Es geht doch darum: Wollen wir auf den weitaus meisten Gebieten in drei Monaten frei sein oder den gegenwärtigen Zustand mit den materiellen und finanziellen Schäden beliebig weiter fortführen? Es ist besser, wir kommen auf die konkreten Dinge zurück.

Dr. BECKER: Ich finde, daß sich bei Artikel 6, Ziffer 5 auf Ziffer 4 aufbaut. Es wäre nur zweckmäßig, die Worte „in der Lage" durch einen erläuternden Text, etwa durch „gesetzlich in die Lage zu versetzen" in einem Brief oder einem Zusatzprotokoll zu interpretieren.

Dr. DEHLER: „In der Lage ist", ist subjektiv. Protokolle über die Auslegung liegen vor.

Beschluß: Es soll darauf hingearbeitet werden, daß in Teil I, Art. 6, Abschn. 4 „. . .in der Lage ist", ersetzt wird durch „. . .sich in der Lage sieht", und der Schlußabsatz von Abschn. 9 soll fallen.

Dr. ACHENBACH: Meine Bedenken sind: In der Ziffer 3b heißt es: „Dieses Recht darf nur ausgeübt werden, wenn die Behörde vorher eine Empfehlung gemacht hat." Das ist ein bösartiger Satz, der mit Geschick hereingebracht wurde. Er bedeutet, daß wir uns nicht mit Pathos an die einzelnen Mächte wenden können, sondern immer nur an die Behörde, die jetzt erst zusammengestellt wird. Auf diese Art und Weise schieben die Alliierten die Verantwortung von sich und schieben sie einer Behörde zu.

Franz BLÜCHER: Der Vertrag wäre dreimal so gut, wenn man rechtzeitig die Möglichkeit zu unserer Einwirkung gegeben hätte. Wenn es zu einem „Ja" kommt, dann sollte unsere Schlußfolgerung das beinhalten. Wir gehen jetzt zur Behandlung von Teil VI (Reparationen)[8] über.

Dr. VOGEL berichtet: Dieser Teil ist in einem Sonderausschuß eingehend durchgesprochen worden, und die Ergebnisse haben zu weiteren Verhandlungen des Bundeskanzlers mit den Hohen Kommissaren geführt.

Von deutscher Seite aus bestand das Interesse, in erster Linie die Frage der Auslandsvermögen im Sinne zweiseitiger Verhandlungen zu lösen. Der Ausgangspunkt der Alliierten war das Gesetz Nr. 63[9] als conditio sine qua non.

---

8 AdG 1952, S. 3490.

9 Gesetz der Alliierten Hohen Kommission zur Klarstellung der Rechtslage in bezug auf deutsches Vermögen und andere im Wege der Reparation oder Rückerstattung erfaßten Vermögensgegenstände vom 31. 8. 1951, AMTSBLATT DER AHK 1951, S. 1107.

Der Vorschlag der Alliierten wurde von uns als unannehmbar bezeichnet, und eine neue Formulierung wurde vorgesehen, bei der die wichtige Verpflichtung der Drei Mächte: „Die Drei Mächte verpflichten sich, keinerlei Forderungen aus der laufenden Produktion der Bundesrepublik zu keiner Zeit geltend zu machen", anerkannt wird.

Franz BLÜCHER: Dabei ist nach unserer Ansicht jede finanzielle Neubelastung eine Entnahme aus der laufenden Produktion.

Dr. VOGEL: Bis zur endgültigen Regelung gelten folgende Formulierungen: (verliest den Text). Es ist gelungen, das Kontrollratsgesetz Nr. 5[10] zu eliminieren. Das Gesetz Nr. 63 soll auf die Bundesregierung übergehen. Die Bundesregierung kann das Gesetz 63 nur mit Zustimmung der Drei Mächte aufheben oder ändern.

Dr. PFLEIDERER: Ich weiß nicht, ob aus dem Vortrag von Dr. *Vogel* klar geworden ist, daß es sich hierbei um eine Angelegenheit von grundlegender Bedeutung handelt.

Einmal handelt es sich darum, ob wir das Rechtsprinzip preisgeben oder nicht, nämlich, daß das Privateigentum unantastbar ist. Wir haben sieben Jahre überall den Standpunkt vertreten, daß für die Reparationen nicht die privaten Personen, die über Eigentum im Ausland verfügen, sondern der Staat haftbar ist, und vor allen Dingen den Standpunkt vertreten, daß man Reparationen nicht vorwegnehmen kann ohne einen Friedensvertrag, und diese Reparationen sind vorweggenommen worden. Wir dürfen die Dinge nicht aus dem Zusammenhang, nämlich der Auslandsschulden, die an einer anderen Stelle im Vertrag ausgesprochen worden sind[11], reißen. Die Unterhändler haben uns zugesagt im November letzten Jahres, nach der vorbereitenden Londoner Konferenz[12] wird ein Notenwechsel den Parlamenten vorliegen. Die Absicht dabei war zu ratifizieren, wenn das Auslandsvermögen zu zweiseitigen Verhandlungen freigegeben wird. Wir hätten dann ein Druckmittel gehabt zu erreichen, was hier nur bruchstückweise erreicht worden ist. Als weiteres procedere war geplant, der in London behandelte Zahlungsplan wird nur unterschrieben von deutscher Seite unter der Bedingung, daß später keine irgendwie geartete Reparationsforderungen von fremder Seite noch hinzu kommen.[13]

Hier (Teil VI) aber geben wir das Auslandsvermögen preis und anerkennen die Wegnahme und den Bruch des Privateigentumsrechts, das die Voraussetzung

10 Gesetz betr. Übernahme und Erfassung des deutschen Vermögens im Ausland vom 30. 10. 1945, AMTSBLATT DES KONTROLLRATES IN DEUTSCHLAND 1945, S. 27.

11 Achter Teil des Überleitungsvertrages: Hierin bekräftigte die deutsche Seite ihre Schuldenerklärung vom 6. 3. 1951 und verpflichtete sich, „weiterhin an der ordnungsmäßigen Regelung der deutschen Auslandsschulden teilzunehmen". AdG 1952, S. 3490.

12 Zum Ergebnis dieser Konferenz ebd. 1951, S. 3237 A.

13 Zu den Vorgängen bei der Ratifizierung des Londoner Schuldenabkommens die Schilderung von Hermann J. ABS, Die Wiederherstellung des deutschen Kredits, in: H. P. SCHWARZ (Hrsg.), Die Wiederherstellung des deutschen Kredits. Das Londoner Schuldenabkommen, Stuttgart und Zürich 1982, S. 35 f.

unserer westlichen Rechtsordnung ist. Ich würde mich deshalb nicht in der Lage sehen, dieser Bestimmung meine Zustimmung zu geben.

Ich bedauere, daß dieser ganze Fragenkomplex in den Vertrag hineingenommen wurde. Ich habe auch *Adenauer* gesagt, nehmen Sie das heraus, denn im auswärtigen Ausschuß waren wir einstimmig der Ansicht, wenn wir das hereinbringen, politisieren wir das Ganze und schwächen unsere Position. Ich bedauere, daß *Adenauer* nicht zu seinem Wort gestanden hat. Wir können unsere Rechtsprinzipien, alles wofür wir die ganzen Jahre gekämpft haben, nicht in dem Augenblick preisgeben, wo uns unsere privaten Gläubiger selbst zu Hilfe kommen. Das Ganze ist auch taktisch schwierig, denn die Zeitpläne in London und hier sind andere.

Franz BLÜCHER: Nehmen Sie wirklich an, wir würden es erreichen, daß wir zunächst feststellen, daß noch ein außerordentlich erheblicher Teil des deutschen Auslandsvermögens realisierbar zu unseren Gunsten ist? Dann würde eine Reihe von großen Problemen auftauchen. Zunächst würde dann doch wahrscheinlich die Fortsetzung einer Reparationsverpflichtung anschließend kommen, d. h., es würde ein Reparationsvertrag festgesetzt. Das wäre eine neue Aufforderung zum Tanz für die Russen. Ich habe bisher absichtlich dieses Thema noch nicht angesprochen. Was mir bei den Bestimmungen gefährlich erscheint, ist, Gesetze zu machen, die wir dann später, wenn die Russen in den Friedensvertrag einbezogen würden, als ein gefährliches Instrument haben würden. Dann, sehen Sie innenpolitisch überhaupt die Möglichkeit, mit der Gesetzgebung durch das folgende Chaos durchzukommen? Wir werden es bei der Schweiz schon erleben. Da ist es wahrscheinlich, daß, wenn jetzt den Leuten, die mehr als 10 000 Franken Vermögen haben, daß die rund 260 Millionen Vermögensteile, die aus der Schweiz den deutschen Eigentümern zufließen, daß die eine Fülle von Konfliktstoffen haben.

Dann haben wir den Zustand, daß der eine Teil der Auslandsvermögen bereits liquidiert ist. Wir müssen die Fragen klar trennen können.

1. Private Schulden müssen für sich, losgelöst von öffentlichen Schulden, behandelt werden.

2. Welche innergesetzliche Regelung müßte vorbereitet werden, um die ungeheuren Auseinandersetzungen zu verhindern?

3. Was wird, wenn Sie dadurch, daß Sie Erfolg hätten, die Konstruktion neuer Zahlungsverpflichtungen aus Reparationen heraufbeschwören? Wir müssen an die Auswirkungen im Ganzen denken. Wichtig ist die Frage, wie soll es vertragstechnisch gemacht werden, daß man diesen Teil überhaupt herausläßt? Wir kommen nämlich dann dazu, daß wir eine Menge anderer Teile auch herauslassen müssen.

Dr. PFLEIDERER: Ich bin dafür, die Reparationsfragen schlummern zu lassen. Es gibt keinen Zahlungsplan über deutsche Auslandsschulden ohne den Verzicht auf Reparationen.

Dr. PREUSKER: Es ist so, daß das, was in London zur Debatte steht – Regelung der Vorkriegsschulden – uns mit 250 bis 300 Millionen Dollar Transfersorgen

per Jahr belastet. Das ist ein Betrag, der schon sehr schwer zu verdauen ist. Es gibt Möglichkeiten, wenn man den Mut hat, von dem System der Zwangskurse herunterzukommen. Aber mit einem solchen Abschluß in der Tasche werden dann die Gläubiger ringen, und dieses Gewicht wiegt schwer.

Dr. RAHN: Ich würde die Dinge laufen lassen oder „schlummern" lassen, wie *Pfleiderer* vorhin sagte. Das Gefälle kommt auf uns zu.

Franz BLÜCHER: Unsere Unterhändler müssen sich daran gewöhnen zu sagen, es ist noch nicht alles abgeschlossen.

Dr. DEHLER: Ich schlage vor, die rechtlichen Bedenken noch stärker zu unterstreichen.

Dr. PFLEIDERER: Ich bereite den Bericht über die rechtlichen Bedenken vor.

Franz BLÜCHER: Wir müssen immer die Frage der Zweckmäßigkeit überlegen.

Dr. PFLEIDERER: Im japanischen Friedensvertrag[14] werden alle japanischen diplomatischen Gebäude zurückgegeben. Bei uns ist nicht an einer Stelle darauf Bezug genommen. Unsere Botschaft in Washington ist versteigert worden. Der Erlös aus diesem deutschen Reichseigentum geht in den Topf, aus dem die amerikanischen Soldaten entschädigt werden für Unrecht, das ihnen in Deutschland oder Japan geschehen ist. Kraft des Gesetzes gilt jeder Soldat, der in Gefangenschaft war, als völkerrechtswidrig behandelt. Die japanische Botschaft wird freigegeben, und wir haften mit unserem Geld. In diesem ganzen Vertrag ist für uns nicht ein Wort gesagt worden, und solche Verträge soll man ratifizieren!

Franz BLÜCHER: Ich mute mir nicht zu, hier so über den Tisch apodiktisch zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Wir müssen alle Argumente ganz außerordentlich gewissenhaft abwägen.

Wir müssen die Frage des Auslandsvermögens ganz gesondert betrachten, und was den Verteidigungsbeitrag anbetrifft, so liegt es in unserem Interesse, ihn nicht zu schmälern.

Dr. ACHENBACH: nochmals zur Geschäftsordnung: Meiner Ansicht nach ist es unerläßlich, daß wir die Texte bekommen.

Franz BLÜCHER: Das ist nur durch ein gemeinsames Vorgehen der Koalition möglich.

Dr. BECKER: Dieser Antrag ist nicht nur eine außenpolitische Frage, es ist das erste europäische Gesetz, und die Parlamentarier werden sich schneller einigen, wenn sie alles besprechen können. Man sollte auch nicht vergessen, rechtzeitig die Opposition hineinzuziehen.

Dr. DEHLER: Die Gegenseite weiß, daß die Opposition unter allen Umständen Nein sagt.

Franz BLÜCHER: Ich möchte noch bemerken, daß die politische Lage überhaupt nicht berücksichtigt worden ist, die hinter jeder vernünftigen Entschei-

14 Datiert vom 8. 9. 1951. Hierzu näheres in: AdG 1951, S. 3100 A.

dung steht. Es muß aber jetzt eine Entscheidung in dieser Sache getroffen werden. Halten Sie es für richtig, daß jeder Abgeordnete einen Vertragstext bekommt – was allerdings ein absolutes Novum wäre – oder können wir vier bis fünf, die an den Verhandlungen beteiligt sind, nach menschlichem Ermessen sagen, daß unterzeichnet wird?

Dr. PREUSKER: Wir sollten hier die Koalition als Ersatz für die Opposition betrachten. Das kann man nur tun, wenn man eine relativ stabile Mehrheit hat. Wenn zehn oder zwölf Nein sagen, dann müssen wir auch den letzten Mann überzeugen und überzeugt haben, sonst geht das schief.

Franz BLÜCHER: Halten Sie es wirklich für möglich, in der Zwischenzeit, bis die Fraktion sich durchgekämpft hat, Meinungsäußerungen öffentlich von einzelnen zu verhindern, die dann, weil sie nur einen Ausschnitt sehen, sich zu Deklarationen verleiten lassen? Sie können diese Sache nur als Ganzes sehen. Es ist doch so, daß zwei oder drei typische Leute, die sich leidenschaftlich für die Außenpolitik interessieren, ein Exemplar haben. Dann kommen die Juristen, die Finanzpolitiker, und dann kommt die ganze Fraktion. Es ist damit die Gefahr einer innerpolitischen und außenpolitischen Schädigung gegeben.[15] Es ist ungewöhnlich, daß *Dehler* und ich in gewisser Weise gegen das verstoßen haben, was landläufig ist. Aber wir müssen dann der Disziplin sicher sein.

Ernst MAYER: Es ist nicht so, daß wir nichts dabei zu sagen gehabt hätten. Wenn ich mir zurückrufe, was wir über Kriegsverbrecher und Reparationen gehört haben, so ist das schon etwas ganz anderes, als was wir vor acht Tagen noch besprochen haben.[16] Aber die Arbeit des kleinen Kreises und unser Vorstoß hat sich gelohnt, auch unsere Arbeit vom 1. Mai in Godesberg. Über das Verfahren wird man nur zum Teil mitbestimmen können, und es hat nicht viel Sinn, darüber zu debattieren. Es ist nicht möglich, daß jeder Abgeordnete den Vertrag in die Hand bekommt.

Dr. DEHLER: *Blücher* und ich haben die Fraktion doch ständig über den Stand der Verhandlungen unterrichtet.

Dr. WELLHAUSEN: Es ist richtig, daß in unregelmäßigen Abständen und großen Zwischenräumen die Fraktion über diese oder jene Probleme unterrichtet worden ist. Unser Wunsch an *Adenauer,* den wir dreimal angestoßen haben, ist, uns laufend zu unterrichten über den zeitweiligen Text. Dieser Wunsch ist erst seit Anfang voriger Woche erfüllt worden.

Franz BLÜCHER: Die Koalitionsparteien haben das eine als Ziel, daß wir unter Beschränkung auf das Wesentlichste dem Bundeskanzler sagen, bis hierher und nicht weiter. Wenn du dies mit den drei Hochkommissaren nicht durchsetzen kannst, dann mußt du sagen: Ich habe meine Möglichkeiten überschätzt, und muß mit den Außenministern verhandeln, wobei ich der Auffas-

15 Vgl. hierzu den mahnenden Brief *Adenauers* am 6. 5. 1952 an *Blücher,* abgedruckt in: K. ADENAUER, Bd. 1, 1965, S. 528 ff.

16 Nr. 16.

sung bin, daß die Außenminister die vernünftigeren Verhandlungspartner sein werden.

Dr. ACHENBACH: Wir sollten uns auf den Standpunkt einigen: Wir haben auf die Prinzipien (Washingtoner Abkommen[17]) hingewiesen. Was damit nicht übereinstimmt, lehnen wir ab. Dadurch könnten wir uns jede weitere Debatte sparen, die ohne Texte sowieso in der Luft hängt.

Franz BLÜCHER: Die Sache ist etwas anders. Erstens haben die letzten Wochen erwiesen – soweit es *Dehler* und mich angeht –, daß ein sehr lebhaftes Gespräch, um Sie zu unterrichten, vorliegt. Zweitens halte ich diese Unterrichtung ganz unabhängig von der endgültig zu treffenden Entscheidung für notwendig. Es wird so viel unsinniges Zeug gesprochen, daß wir daran interessiert sind, möglichst verantwortliche Leute im Lande zu haben, die wohl ein abgewogenes Wort aus der Kenntnis der Dinge sagen können. Wir werden eine wirkliche Entschließung ohne den Gesamtvorstand und Hauptausschuß nicht treffen können, soweit die Fraktion das nicht als Eingriff in ihre Rechte betrachtet. Unsere Beschlüsse können immer nur Ratschläge sein. Worauf es ankommt, ist, daß wir unsere Arbeit weitermachen. *Adenauer* muß klar werden: Ich muß noch verhandeln, hier oder woanders, und er muß einsehen, daß er eine bessere Rückenstärkung nicht haben kann als die, daß Leute hinter ihm stehen, und daß es dumm ist, diese Leute in die Wüste zu schicken und eine Entwicklung des „Nein" heraufzubeschwören. Wir werden gehalten sein, uns weiter zu unterhalten, wir werden Anregungen für unsere Weiterarbeit bekommen. Die letzte Entscheidung fällt jetzt nicht. Wenn er mich fragt: Ist nach Ihrem menschlichen Ermessen die Sicherheit der Zustimmung gegeben, wenn ich unterzeichne, kann ich nur sagen, daß ich die Antwort verweigere.

Es wird beschlossen, den Termin für die Weiterberatung festzusetzen, wenn die Zeittafel im ganzen vorliegt.

18a.

15. 6. 1952 (14.50 Uhr): Sitzung des Bundesvorstandes und des außenpolitischen Ausschusses

ADL, Ordner-Nr. 95. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes und außenpolitischen Ausschusses der Freien Demokratischen Partei am Sonntag, dem 15. 6. 1952, in Bad Godesberg, Haus Carstanjen." 14.50 Uhr–18.20 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Becker, Bernhard, Bezold, Blank, Bleek, Blücher, von Bülow-Schwante, von Braun, Brillinger, Dehler, Döring, Eberhard, Eu-

17 Kommuniqué der Washingtoner Außenministerkonferenz vom 10. bis 14. 9. 1951, AdG 1951, S. 3114 A.

ler, Frühwald, Goedecke, Gönnenwein, Hepp, Hoffmeister, Margarete Hütter, Jantzen, von Lersner, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Middelhauve, Müller, Pfleiderer, Preusker, Rademacher, von Rechenberg, Rubin, Schäfer, von Schlitter, Sonnenhol, Waeldin, Waiblinger, Wellhausen.

[DEUTSCHLAND- UND EVG-VERTRAG]

Franz BLÜCHER eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Erschienenen. Wir haben heute eine Aussprache über nur einen einzigen Tagesordnungspunkt, der aber so viel Gewicht hat, daß man dafür ein mehrwöchentliches Konklave anberaumen könnte. Es geht um den Ablauf der Beratungen im Parlament.[1] Die Dinge werden auf das Lebhafteste beeinflußt dadurch, daß der Herr Bundespräsident nicht aus eigener Unsicherheit handelte[2], sondern – ich bin da genau unterrichtet – deswegen ein Gutachten des Bundesverfassungsgerichtes angefordert hat, weil er die überparteiliche Stellungnahme der Präsidialgewalt besonders dadurch unterstreichen wollte, daß er das Votum der höchsten Stelle haben will. Er hält es für nötig, daß sich die Präsidialgewalt als besonderer Zeuge äußerster Vorsicht und als Zeuge für die Vermeidung einer jeden irgendwie partei- oder koalitionsgebundenen Gewalt darstellt; ein Grund, den ich gebilligt habe. Wenn wir veranlaßt werden, in den Koalitionsparteien lebhaft zu diskutieren über den Ablauf der Verhandlungen, über den Zeitpunkt der Voten, so läßt sich das praktisch nicht machen, ohne den Spruch des Verfassungsgerichtes zu kennen.

Was die Frage des Deutschlandvertrages und seiner Ratifizierung betrifft und die Frage der Zustimmung oder Nicht-Zustimmung, so ist das heute so, daß manche Leute im Bundesrat diese Frage lieber nicht angesprochen hätten.[3] Es wäre ihnen dann der Ausweg geblieben, so wie beim Schumanplan zu operieren.[4]

Uns – ich sage das mit großem Nachdruck – im geschäftsführenden Vorstand beschäftigt die Frage des Zeitpunktes außerordentlich.[5] Diese Frage kompliziert sich auch noch weiterhin. Wir übernehmen ein solches Maß an wirtschaftlicher und finanzieller Verpflichtung, daß wir nur glauben, diese Verpflichtung erfüllen zu können, wenn ein ganz grober Eingriff in den Wirtschaftsablauf vermieden wird, wenn er ein möglichst geordneter und friedlicher bleibt. Das aber ist nach der Ansicht eines großen Teiles von uns und nach Ansicht der Gesamtpartei nicht der Fall, wenn etwa durch ein Umfallen

---

1 Die erste Lesung des Deutschland- und EVG-Vertrages im Bundestag begann am 9. 7. 1952. BT STEN. BER., Bd. 12, S. 9788 D–9841 C.

2 Bezieht sich auf das Gutachtenersuchen des Bundespräsidenten beim Bundesverfassungsgericht vom 10. 6. 1952. Hierzu ausführlich A. BARING, 1969, S. 224–249; knappe Zusammenfassung U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 286–290.

3 Zur Haltung des Bundesrates detailliert A. BARING, 1969, S. 261–293.

4 Bei der Verabschiedung des Schumanplanes einigte sich der Bundesrat auf eine Kompromißformel, die das Inkrafttreten des Vertrages ermöglichte, ohne daß ihm zuvor der Bundesrat ausdrücklich zugestimmt hatte. Vgl. U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 311.

5 Der geschäftsführende Vorstand beriet über den Zeitablauf der Verabschiedung der Verträge am 21. 4. 1952, ADL, Ordner-Nr. 82.

von Teilen der CDU und ein oder zwei Männern der Regierung das Betriebsverfassungsgesetz nicht auf der Grundlage des schon sehr weitgehenden Kompromisses verabschiedet wird, wie er vom Ausschuß erarbeitet wurde.[6] Ich spreche aber nicht nur davon, sondern auch von der gerechtfertigten Sorge, daß man sich unserer Dienste bei den außenpolitischen Dingen bedienen und dann eigene Wege gehen möchte. Ich mache keinen Hehl daraus, daß eine Verabschiedung erst Erfolg hat, wenn bei den anderen Gesetzen eine für uns befriedigende Lösung gefunden ist. Man muß diese Dinge sehr offen aussprechen.

Unsere Auffassungen von Staat und Recht gestatten keinerlei Kompromisse bei der Grundkonzeption des Personalgesetzes[7], abgesehen von einzelnen Kleinigkeiten. Aber von dem Grundsatz dürfen wir nicht abgehen, daß Bedienstete der Verwaltung und der öffentlichen Betriebe nicht der Gewalt der gesetzgebenden Organe entzogen werden können. Wenn wir das alles zusammenfassen, dann haben wir eine ganze Reihe von Fragen, die wir uns vorzulegen haben, und wir dürfen die Dinge nicht überstürzen. Wir werden auch die außenpolitische Lage im ganzen mitbestimmend für unsere Handlungen machen müssen. Der früheste Termin für eine Beschlußfassung des französischen Parlamentes kann etwa bei November liegen. Auch das werden wir berücksichtigen müssen. Und weil das so ist, werden wir jeden auch noch so phantasievollen Vorschlag begrüßen, der die Russen zu dem Glauben verführt, es gäbe noch Gesprächsmöglichkeiten, um dadurch überstürzte russische Entschlüsse zu verhindern.

Dr. ACHENBACH: Ich bin über die Ausführungen von *Blücher* glücklich, denn sie laufen darauf hinaus, daß die Ratifizierung nicht überhastet durchgeführt werden kann. Ich habe mir wochenlang durch den Kopf gehen lassen, warum die Ratifizierung vor der amerikanischen Präsidentenwahl durchgeführt werden soll.[8] Ich habe keine Antwort gefunden. Ich bin der Auffassung, daß eine Ratifizierung im November geprüft werden soll. Die Verträge sind sehr umfangreich, und wir sind zu einer gründlichen Prüfung verpflichtet. Eine solche Prüfung ist aber nicht vor Ablauf einiger Monate möglich.

Zu der Sache selbst weiß ich nicht, in welchem Umfang wir überhaupt eine sachliche Diskussion führen können. Ich hoffe, daß Gelegenheit dazu sein wird. Es wäre gut, in der Frage des Zeitpunktes vorweg eine Übereinstimmung zu erzielen. Das ist das Wichtigste. Seitens der Partei sollte versucht werden, daß noch einmal eine grundsätzliche Unterhaltung mit *Adenauer*

---

6 Das Betriebsverfassungsgesetz wurde am 19. 7. 1952 im Bundestag verabschiedet. Hierzu D. BUCHHAAS, 1985, S. 285–288. Zur Ausschußberatung ebd., S. 267–274.

7 Der Entwurf eines Personalvertretungsgesetzes, BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 19, Drucks. Nr. 3552, war vom Bundesrat am 28. 3. 1952 in erster Lesung behandelt worden. Er ging dem Bundestag am 4. 7. 1952 zur Beratung zu. Zur Verabschiedung kam er in der ersten Legislaturperiode nicht mehr.

8 Die Präsidentenwahlen in den USA standen am 4. 11. 1952 an. *Adenauer* drängte auf die Ratifizierung vor diesem Termin. TEEGESPRÄCHE, 1984, S. 282; siehe auch E. MENDE, 1984, S. 307 f.

stattfindet, um festzustellen, welche Motive ihn bewegen. Wir sind das unserer Partei schuldig.

Franz BLÜCHER: Wir sollten zunächst in eine Debatte über das Verhalten der Fraktion hinsichtlich des Zeitablaufes eintreten und müssen uns die Gewähr holen, ob die von mir ausgesprochenen Wünsche bzw. Bedingungen über die Sicherheit der Gesetze gebilligt werden.

Dr. SCHÄFER: Zu der Terminfrage war die Haltung der Fraktion so: Wir lassen uns nicht auf einen Termin bis zu den Parlamentsferien festlegen, sondern wir machen die Frage des Termins von der ersten Lesung abhängig. Dann wird eine abschließende Stellungnahme gegeben werden. *Wellhausen* hat im Ältestenrat diese Auffassung ebenfalls vertreten. Der Ältestenrat wird aber nur Vereinbarungen treffen, er kann ja nicht abstimmen. Der Termin des 15. 8., den sich *Adenauer* vorgestellt hat, wird keine Mehrheit bekommen. Ob man sich auf November festlegt, weiß ich nicht. Ich bin der Meinung, es wird an den Arbeiten des Bundestages nichts geändert, die Dinge gehen an die Ausschüsse im normalen Ablauf, ob das dann Oktober oder November wird, weiß ich nicht. Wir haben dann auch Zeit, die Dinge zu beobachten und evtl. Ost-West-Gespräche anzuknüpfen. Auch die Zusammenhänge mit dem Wahlrechts-[9] und Betriebsverfassungsgesetz müssen beachtet werden. Letzteres soll sobald wie möglich verabschiedet werden. Wir sind der Meinung, daß es auch in dem Rahmen, in dem es vereinbart ist, abzuschließen ist. Es werden keine großen Veränderungen kommen. Auch die CDU wird nicht aus den Vereinbarungen ausbrechen. Gerade bei dem Gespräch mit den Gewerkschaften[10], wo ja die Koalitionsparteien separat verhandelt haben, ist sehr eindeutig von uns die Forderung ausgesprochen worden, daß es nur über die Koalition gemacht wird. Ich habe keine abweichenden Äußerungen gehört. Irgend ein Anzeichen für ein Ausbrechen der CDU aus der bis jetzt erreichten Entwicklung ist nicht sichtbar geworden. Eines ist allerdings für uns die Voraussetzung für alle weitere Beteiligung, nämlich ein uns nicht hemmendes Wahlrecht.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich halte es für wichtig, daß heute nachmittag über die Ratifizierung und über den Vorschlag *Pfleiderer*[11] gesprochen wird. Wenn wir uns im wesentlichen klar sind, daß eine Verabschiedung bis Mitte Juli oder August unmöglich ist, so kann ich nur unterstreichen, was *Blücher* gesagt hat. Der Parteitag von Nordrhein-Westfalen hat dazu in einer Entschließung Stel-

9 Der Wahlrechtsausschuß und die Bundestagsfraktion der FDP hatten sich im Mai und Juni 1952 mit Wahlrechtsfragen befaßt und im Unterschied zur CDU für die Beibehaltung des geltenden Bundestagswahlrechts plädiert. Vgl. E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 460 f.

10 Zu den Besprechungen zwischen DGB und der Bundesregierung bzw. Koalitionsparteien über das Betriebsverfassungsgesetz im Zeitraum von 1951 bis 1952 zusammenfassend D. BUCHHAAS, 1985, S. 275–284.

11 *Pfleiderer* hatte am 6. 6. 1952 in Waiblingen eine Aufsehen erregende Rede gehalten, die einen Vorschlag zur Wiederherstellung der deutschen Einheit enthielt. Näheres in den Ausführungen *Pfleiderers* unten in diesem Dokument. Vgl. A. BARING, 1969, S. 177. Rede abgedruckt in: K. G. PFLEIDERER, 1961, S. 83–99. Hierzu auch R. MAIER, 1966, S. 455–458; E. MENDE, 1984, S. 309–312; sehr detailliert – besonders auf die Involvierung *Maiers* eingehend – K.-J. MATZ, 1989, S. 407–410.

lung genommen.[12] Auch aus psychologischen Gründen der deutschen Öffentlichkeit gegenüber ist es notwendig, vor einer voreiligen Ratifizierung zu warnen. Im übrigen bin ich ebenfalls mit dem Parteivorsitzenden der Auffassung, daß Fraktion und Kabinettsmitglieder eine gewisse Relation zwischen der Verabschiedung der Verträge, dem Betriebsverfassungs- und dem Wahlgesetz herbeiführen müssen.

Dr. VON RECHENBERG: Für mich ist die Frage des Zeitpunktes absolut davon abhängig, daß wir klar sind, daß das Gesetz auch in den anderen Ländern, z. B. in Frankreich, ratifiziert wird. Es wäre für jeden, der zustimmt, geradezu verhängnisvoll, bzw. für jeden, der nicht zustimmt, daß er, wenn die anderen nicht ratifizieren – denn nur wenn alle Ja sagen, könnte ja dieser Makel durch die Praxis widerlegt werden – mit dem Makel des Vaterlandsverrates belastet würde; ein Makel, der hängenbleiben würde. Und da die Haltung aus ganz verschiedenen Gründen durchaus unsicher ist, müssen wir damit rechnen, daß die Verträge nicht ratifiziert werden. Und deshalb bin ich der Ansicht, gegenüber dem Drängen von *Adenauer* nicht nachzugeben.

VON SCHLITTER: Herr *von Rechenberg* hat die Berücksichtigung der Entscheidung des französischen Parlamentes herausgestellt, aber auch England und Amerika sind in dieser Hinsicht zu berücksichtigen. Wir sollten dabei nicht auf die Präsidentenwahl Rücksicht nehmen, sondern auf die Generallinie der amerikanischen Politik. Mir scheint es wichtig, daß man eine Terminverschiebung so vornimmt, daß man uns keine Vorwürfe machen kann, daß man nicht durch eine falsche Begründung der Verzögerung alles aufs Spiel setzt.

(Zwischenruf *von Rechenberg:* nicht verschieben, sondern den normalen Ablauf verlangen!)

Wir sollten nach außen hin keine Unsicherheit zur Schau tragen; denn nicht allein der Vertrag steht zur Debatte – er soll nur ein Ausgangspunkt sein –, sondern alles, was darauf aufbaut. Es ist wichtig, daß wir im Gespräch mit der Koalition eine gewisse Linie entwickeln, und es ist an der Zeit, daß wir uns selbst ein genaues Bild über Frankreich, England und Amerika machen. Jede Partei von der Größe unserer Partei hat in England ihre eigenen Forschungsinstitute, um Material zu bekommen. Wir haben diese Dinge nicht, aber wir müssen sie in den nächsten Wochen erarbeiten. Hier müßte von uns ein kleiner Kreis tätig werden, der die Strömungen im Ausland beobachtet.

August Martin EULER: Wir lassen uns wieder auf eine ganz falsche Terminologie bringen. Es handelt sich darum: Leistet man dem Kanzler Widerstand gegen sein Bestreben, die Ratifizierung zu beschleunigen? Diese Verträge müssen nicht nur nach ihrem Inhalt, sondern auch hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen sehr gründlich geprüft werden. Wer das nicht zuläßt, der hat ein schlechtes Gewissen. Das ist ein Argument der Opposition. Wir sollten dann aber nicht mit die Leidtragenden sein. Es handelt sich nicht

12 Auf einem außerordentlichen Parteitag am 29. 5. 1952 in Dortmund. In einer Entschließung zu den Westverträgen war die hierin enthaltene „Lösung der Frage der sogenannten Kriegsverbrecher als unbefriedigend" zurückgewiesen worden. ADL, Ordner-Nr. 995.

darum zu verzögern, sondern die ganze unsachgemäße Überbeschleunigung abzuwehren, die innenpolitisch nur die Lage verschärft.

Franz BLÜCHER schlägt vor, diese Debatte abzuschließen. Wir werden alles tun, um so schnell wie möglich zu arbeiten, wir sind uns aber klar, daß in Anbetracht des gewaltigen Stoffes eine sehr eingehende Einzelarbeit notwendig ist. Wie lange das dauern wird, können wir heute nicht sagen, das hängt von der Arbeit der nächsten Wochen ab. Wir haben das Bestreben, die Dinge so schnell wie möglich zu tun, aber es wird von jedem einzelnen eine sehr weittragende Entscheidung gefordert.

Dr. DEHLER: Die natürlichen Hemmnisse werden so groß sein, daß alles von selbst kommt. Nach einem Gespräch von mir mit *Höpker Aschoff* wird der Senat den Streitparteien nahelegen, das Verfahren auszusetzen, bis das Plenum das Gutachten erstattet hat.[13]

Was *Rechenberg* gesagt hat, hat mir weh getan: Wir müssen zuwarten, bis die anderen entschieden haben, damit wir uns nicht dem Makel des Vaterlandsverrates aussetzen. Es sitzen in diesem Raum zwei Leute, die im Kabinett zugestimmt haben. . .

Franz BLÜCHER unterbricht Dr. *Dehler* und führt aus: Es ist bei dieser Besprechung nicht dazu gekommen, einen Beschluß zu fassen.

Dr. DEHLER: Es war anders, wir haben gesagt, wir entscheiden nicht, wir fassen keinen Beschluß, wir leiten diesen uns aufoktroyierten Apparat lediglich an den Bundesrat weiter.

Franz BLÜCHER: Das ist doch etwas anderes! Trotz der Besprechung ist es nicht zu einer Entscheidung gekommen.

Dr. VON RECHENBERG: Es wird uns aber der Vorwurf gemacht, es wird behauptet werden, wer das unterschreibt, ist kein Deutscher mehr.[14]

Dr. DEHLER: Wir werden uns doch nicht den Standpunkt von *Schumacher* zu eigen machen.

Franz BLÜCHER: Ich darf wiederholen: Wir waren uns über die Haltung in dem Sinne, wie ich es zusammengefaßt habe, klar. Ich bin der Ansicht, daß es an der Zeit ist, nunmehr in die Diskussion über die gesamtpolitische Lage, in die uns die Verträge hineingebracht haben, einzutreten.

Wir werden von uns aus mit der für jeden einzelnen und die Fraktion möglichen Beschleunigung diese schwierigen Vertragswerke prüfen. Wir sind uns darüber im klaren, daß es heute unmöglich ist zu sagen, daß eine Prüfung in drei Wochen oder vier Wochen möglich sei. Wir gehen aber sofort mit dem

---

13 Einen entsprechenden Beschluß faßte der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts am 13. 6. 1952; A. BARING, 1969, S. 227.

14 *Schumacher* hatte Mitte Mai 1952 den Bundeskanzler und seine Regierung vor der Unterzeichnung des Generalvertrages mit den Worten gewarnt: „Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein Deutscher zu sein. Dann gibt es keine Gemeinschaft mit ihm." Willy ALBRECHT (Hrsg.), Kurt Schumacher, Reden-Schriften-Korrespondenzen 1945–1952, Berlin-Bonn 1985, S. 902.

besten Willen an die Arbeit. Jeder einzelne muß genügend Zeit haben, um nach seinem Gewissen entscheiden zu können.

Dr. ACHENBACH: Eine gewissenhafte und sorgfältige Überprüfung der Verträge ist objektiv gesehen nicht in drei bis vier Wochen möglich. Wir müssen zumindest fordern, daß wir die Prüfung in einer längeren Zeit, d. h. nicht vor Ablauf einiger Monate durchführen können.

Franz BLÜCHER: Wir sollten bei der Grundsatzerklärung bleiben, daß wir guten Willens sind, diese schwierige Aufgabe zu lösen.

Dr. SCHÄFER: Ich möchte eine Bemerkung zur Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes machen. Meine Überzeugung ist, daß das Parlament seine Entscheidungen zu treffen hat nach der politischen Willensmeinung und nicht nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes. Hier sollten wir nicht koppeln, denn das würde durch die Opposition ausgenützt.

Dr. ACHENBACH: Ich stimme Herrn Dr. *Schäfer* hundertprozentig zu, daß man die Politik nicht in die Justiz hineinbringen soll. In diesem Falle aber hat der Bundespräsident dieses Gutachten eingeholt und dadurch das Problem aus dem Parteienstreit herausgenommen.

Franz BLÜCHER: Ich möchte betonen, daß wir diese Grundsatzfrage sobald wie möglich auch noch für andere Fälle, die auf uns zukommen – politische Verantwortung oder Verantwortung auf verfassungsgerichtlicher Ebene – diskutieren werden. Im Augenblick, so glaube ich, sollten wir darauf verzichten, dieses Argument zu nennen.

Jetzt zu der allgemeinen politischen Frage. Bevor sie angesprochen wird, möchte ich die Herren des Gesamtvorstandes bitten, wenn der außenpolitische Ausschuß als solcher zu Ende ist, noch für eine halbe Stunde hier zu bleiben.

[AUSSPRACHE ÜBER DEN PFLEIDERER-PLAN]

Dr. ACHENBACH: Ich habe den Wunsch, Herrn Dr. *Pfleiderer* zu bitten, seine Auffassungen kurz vorzutragen. Ich möchte noch auf den Beschluß des außenpolitischen Ausschusses im April hinweisen, der damals zusammengetreten war, um sich mit dem Saarproblem zu befassen. Es wurde dabei der einmütige Beschluß gefaßt, daß der außenpolitische Ausschuß die Abtrennung der Saar von Gesamtdeutschland als mit der europäischen Politik für unvereinbar hielt. Merkwürdigerweise ist damals von der Saar in der Presse nicht gesprochen worden. Nachdem die Franzosen jetzt wieder durch ihre Forderungen einen gewissen Druck ausgeübt haben[15], könnten wir doch zumindest verlangen, daß die zwischen dem Westen und uns bestehenden Probleme geklärt werden.

15 Zur Haltung der Franzosen in der Saarfrage im Frühjahr 1952, die auf Erhaltung des status quo, d. h. Aufrechterhaltung der „saarländischen Wirtschaftsunion mit Frankreich und Trennung von Deutschland" hinauslief, J. FREYMOND, 1961, S. 131 f.

Dr. PFLEIDERER: Ich möchte mich kurz fassen: Die Rede, die ich in Waiblingen gehalten habe, war keine improvisierte Wahlkreisrede, sie war lange überlegt. Man hat in der Presse davon gesprochen, ich sei ein Komplott mit Reinhold *Maier* bzw. mit der DVP eingegangen. Tatsächlich war es aber so, daß ich Reinhold *Maier* drei Tage vor der Rede aufgesucht und ihn unterrichtet habe, als auch der Wortlaut der Rede schon festlag. Er hat mir geantwortet, daß meine Gedankengänge den seinen entsprächen.

Das Echo der Rede war außerordentlich. Deshalb habe ich den Eindruck, daß die Nation es für richtig befunden hat, daß hier ein Problem angesprochen wurde, das ein Problem von ihr selbst ist und durch das das Volk in den letzten Wochen sehr unruhig geworden ist. Ablehnend hat sich *Gerstenmaier* verhalten. Er hat mir allerdings gestanden, daß er seine Rede gehalten habe nur aufgrund von Zeitungsmeldungen, die ihm vorgelegen hätten.[16] Am kritischsten war die „Welt"[17], und ich habe den Eindruck, daß der Redakteur meine Rede nicht ganz gelesen hat. Die fdk hat sich stark distanziert[18], Schweizer Zeitungen haben die Rede sehr ernst genommen.

Ausgangspunkt meiner ganzen Überlegungen ist folgendes: Wir wollen die Wiedervereinigung unter der Voraussetzung der Räumung der Sowjetzone durch die Russen und der Liquidierung des dortigen Systems. Darüber sind wir uns wohl einig. Nun müssen wir prüfen, was dafür die Verträge bedeuten, die jetzt von *Adenauer* unterschrieben worden sind. Sie bedeuten, daß die Wiedervereinigung zum Programm gemacht worden ist, daß aber die Zone nur eingegliedert wird in ein westeuropäisches System, d. h. also eine Wiedervereinigung unter Eingliederung der Sowjetzone in das europäische Vertragssystem. Es ist klar, daß die Russen dem nie zustimmen werden.

Wenn wir die Verträge so aufrechterhalten, dann gibt es entweder keine Wiedervereinigung, oder wir bekommen Krieg, denn daß die Russen freiwillig herausgehen, halte ich für unmöglich. Demgegenüber steht die russische Konzeption, die allen eingehämmert wird. Dieser Konzeption würden die Westalliierten nicht zustimmen und wir auch nicht. Also muß irgendeine Lösung versucht werden, die zwischen diesen beiden Systemen steht. Dieses Wort „Dazwischen" ist der Ausgangspunkt meiner Überlegungen gewesen. Unter den Alliierten wird mit einer Konferenz gerechnet, bei der Deutschland der am meisten Betroffene ist. Also muß ich einen Vorschlag von Deutschland aus ausarbeiten. Dann kann das von den Alliierten bei den Verhandlungen auf kei-

16 Rede nicht ermittelt. Hinweis hierauf aber in: CDU-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE, 1986, S. 122. Hiernach hatte sich *Kaiser* im CDU-Vorstand am 13. 6. 1952 „gegen die Art und Weise" ausgesprochen, „wie Dr. *Gerstenmaier* sich mit dem *Pfleiderer*-Plan auseinandergesetzt habe".

17 Artikel vom 9. 6. („Kuckuckskonstruktion") und 10. 6. 1952 („Der Plan des Dr. Pfleiderer").

18 Artikel unter der Überschrift „Um welchen Preis?" in Nr. 38 (3. Jg.) vom 10. 6. 1952, S. 2 ff. Hierin wurde im Hinblick auf den *Pfleiderer*-Plan vor „Konstruktionen im luftleeren Raum" gewarnt und unterstellt, daß *Pfleiderers* Vorstellungen zur Schaffung eines „unbesetzten Vichy-Deutschland" mit in „Ost und West als Faustpfänder okkupierten Teilgebieten" führen würde.

nen Fall überhört oder übersehen werden. Aus diesem „Dazwischen" also ist mein Vorschlag hervorgegangen. Er ist nicht originell, aber auch die Geographie ist nicht originell. Ich bin gern bereit, jeden Verbesserungsvorschlag entgegenzunehmen. Wenn der Osten einen Teil Deutschlands noch besetzt hält, dann wird der Westen wahrscheinlich auch irgendeinen Teil noch besetzt halten wollen, um ein Gegengewicht zu haben. Es ist immerhin möglich, daß es überhaupt keine Lösung gibt, wenn man aber eine Lösung sucht, dann muß sie in der Richtung liegen, wie ich sie vorgeschlagen habe. Daß ich nicht in die Irre gegangen bin, zeigt die Zustimmung von vielen Seiten. Ich will keine Neutralisierung Deutschlands, sondern eine Macht mit eigenen politischen Entscheidungen, ein System, das zwischen Ost und West die Balance hält.

Ich habe begrüßt, daß wir die Verträge unterschrieben haben, und die Stärkung, die in dieser Unterschrift liegt, habe ich als Ausgangspunkt genommen. Nun wäre es das Nützlichste, man könnte zwischen Unterschrift und Ratifizierung etwas erreichen, denn es ist fraglich, ob nach der Ratifizierung noch Variationsmöglichkeiten bestehen.

Ich greife den Vorschlag von Herrn *von Schlitter* auf, einen kleinen Kreis zu bilden, der sich mit diesen Dingen befaßt.

Parteipolitisch fasse ich zusammen: Die SPD hat sich sehr gefreut, sie sieht einen Rebell in der Fraktion nach meiner Rede. Aber man ist dort auch in eine gewisse Verlegenheit gekommen, denn wenn die *Adenauer*-Konzeption sich nicht durchsetzt und mein Plan auch nicht, was denn dann? Dann muß die SPD mit einer Wunderwaffe herauskommen, um zu einer Einigung zu gelangen. Und es ist fraglich, ob es gut ist, wenn die FDP sich so sehr von dieser Frage distanziert.

Dr. VON RECHENBERG: Die Reaktion hat gezeigt, daß Sie in eine Wunde hineingestoßen sind; denn das deutsche Volk ist in der Frage der Wiedervereinigung ungeheuer vernebelt worden. Meiner Meinung nach gibt es keine Wiedervereinigung, weil das ein falscher Begriff ist; denn er setzt Verschmelzung voraus. Ich möchte aber, daß die Ostzone befreit wird. Die Wiedervereinigung hat nichts mit den Verträgen zu tun. Der Russe denkt gar nicht daran, die Ostzone freizugeben. Der Amerikaner denkt seinerseits nicht daran, die Westzone freizugeben zu einer Vereinigung mit dem Osten. Die Wiedervereinigung hängt davon ab, daß die beiden Großen sich einigen. Wenn die sich einigen, dann können wir unterschrieben haben, was wir wollen, dann können noch so schöne Verträge da sein, dann sagen die nachher, man hat sich geirrt, es muß so und so sein. So liegt die Sache.

Daß wir neutralisiert werden, ist für uns alle untragbar. Selbstverständlich würde ein solches Rumpfdeutschland von Amerika nicht neutralisiert werden dürfen. Erwarten Sie aber, daß die Russen zustimmen würden zu einem freien nicht neutralisierten Deutschland in Form eines Rumpfdeutschlands, wenn der Garant auf der anderen Seite sitzt?

Wenn Sie es so machen würden, dann würden Sie erreichen, daß sehr bald in Köln die grün-weiß-rote Flagge[19] gehißt wird, Sie würden erreichen, daß der Russe zustimmt, daß der Franzose mit Begeisterung zustimmen würde, und Westdeutschland kommt langsam aber sicher unter französischen Einfluß.

Sie schaffen mit Ihrem Vorschlag folgenden Zustand: Die Russen sitzen an der Oder-Neiße-Linie, hier Franzosen und Amerikaner, dazwischen bleibt es neutral. Wie soll das jemals durchgeführt werden? Warum soll der Russe und Amerikaner das Gebiet freigeben, es sei denn, sie einigen sich. Da stehe ich aber auf dem Standpunkt, demgegenüber wenigstens jetzt den Versuch zu machen, einen Zustand für die Freiheit der westdeutschen Menschen zu schaffen gegenüber dem Zustand der Unfreiheit des Ganzen. Ihr Vorschlag ist nicht zu Ende gedacht worden, Ihr Vorschlag, der davon ausgeht, wir müßten uns danach richten, was die Russen wollen. Sie müssen sich aber hier danach richten, was die anderen wollen, und das Wollen der Amerikaner ist für uns der günstigste Versuch. Dies müssen wir beachten und auch danach handeln.

Franz BLÜCHER: Ich bin der Auffassung, daß es zum Wesen der Politik gehört, das einmal mühselig Erreichte zu halten. Wir würden aber das Erreichte, insofern gehe ich mit Dr. *von Rechenberg* einig, aufgeben und würden in der Tat, wenn Ihr Vorschlag durchkäme, die Bundesrepublik aufgeben. Das würde aber eine Aufhebung des erreichten Zustandes mit verheerenden Wirkungen bedeuten, weil eine Machtpolitik durch die Sowjets uns gegenüber einträte und es unvermeidlich zum Bürgerkrieg käme. Dieser Bürgerkrieg wäre das von den Russen Erhoffte, weil Deutschland völlig in den Zustand der Okkupation zurückfallen würde. Woran wir zuerst denken müssen, ist doch, das Erreichte zu halten. Ohne europäische Integration gibt es überhaupt keine Einigung Deutschlands, weil es nicht existenzfähig wäre.

Dr. BECKER: 1. Wir haben es in den letzten Monaten wiederholt erlebt, daß in der großen Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, die FDP weiß nicht, was sie will. Bevor wir solche Dinge wie den Vorschlag von Dr. *Pfleiderer* an die Öffentlichkeit tragen, sollten wir uns vorher mit drei oder vier Parteifreunden in Ruhe besprechen und uns eine freiwillige Zensur auferlegen.

2. Herr *Pfleiderer* meinte, wenn jetzt der Vorschlag einer Viermächtebesprechung gemacht würde, wäre es wichtig, daß wir daran teilnehmen. Umgekehrt sollte es sein: Wenn die verhandeln, dann sollten wir erst abwarten, was dabei herauskommt. Wenn wir eigene Vorschläge machen, die von der Linie abweichen, d. h. wir den Russen entgegenkommen, sind wir festgelegt. Der Russe bekommt es in die Hand, und der Westen hat es schwerer, auf der bisherigen Linie zu bleiben.

3. Ich kann den Vorschlag des Kollegen *Pfleiderer* in allen Punkten nicht verstehen. Wenn ich recht verstanden habe, so sollen im Grundsatz die jetzt unterschriebenen Verträge ratifiziert werden nur mit der Abweichung, daß ein Mittelstück von Deutschland frei bleibt, in dem eine Nationalarmee stehen soll. Ich halte das für undurchführbar; denn wer gewährt uns die Nationalar-

19 Flagge der rheinischen Separatisten der zwanziger Jahre.

mee? Und vergessen Sie nicht, was in der Ostzone geschehen ist. Alles, was eine Spur von Wert hatte, ist in die SAGs überführt worden.

4. Nach Ihrem Vorschlag hätten wir bald kein freies Deutschland und kein wiedervereinigtes Europa mehr, sondern ein dreigeteiltes Europa nach bestenfalls österreichischem System. Deshalb bin ich der Ansicht Dr. *von Rechenbergs,* zunächst in dem Teil, der für eine künftige Befreiung die Grundlage gibt, frei [zu] sein.

5. Wir wissen aber ferner auch, daß, wenn wir innenpolitisch in irgendeiner Form als Staat weiterkommen wollen, [wir] endlich wieder zur Macht kommen müssen. Die zwölf Divisionen, die wir bekommen, werden deutsche Divisionen sein, und die sind etwas wert in dieser Hinsicht.

Die Nachteile des Vorschlages *Pfleiderer* sind nach allen Richtungen sehr groß, denn Europa geht dabei kaputt. Wenn der Vorschlag von *Pfleiderer* durchgeführt würde, ist es zwangsläufig, daß wir von den Russen geschluckt werden.

Dr. ACHENBACH: Ich glaube, daß es zweckmäßig ist, wenn wir uns nüchtern vor Augen halten, wie die augenblickliche Situation ist und die Lage, in der wir uns befinden. Die Diskussion bitte ich zu führen unbelastet von der Frage, ob *Pfleiderer* die Fraktion hätte fragen sollen oder nicht. Ich hatte mit dem amerikanischen Verbindungsstab kürzlich eine Unterredung: Der Westen will mit uns ein Militärbündnis schließen auf 50 Jahre, und ich darf bemerken, daß in dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft eine Revisionsklausel nicht enthalten ist. Er ist unwiderruflich.

Franz BLÜCHER: Im Augenblick der Wiedervereinigung ist eine Revision möglich.

Dr. ACHENBACH: Das ist eine juristische Frage. Es dreht sich darum, was der Osten sagt – ich sage damit nicht, daß ich es glaube. Er will ein neutrales, bewaffnetes Deutschland, das sich nicht an den Westen binden darf. Es braucht sich auch nicht an den Osten zu binden. Der Westen sagt, ich will, daß dieses Deutschland durch Verträge mit Händen und Füßen an uns gekettet ist. Der Westen bietet einem Teil Deutschlands eine Militärallianz, die eindeutig gerichtet ist gegen die Macht, die den anderen Teil von Deutschland besetzt hält. Daraus ist die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß die Russen bei dieser Sachlage die von ihnen besetzte Zone nicht gratis und franco zum Anschluß an den Westen freigeben werden, und die Folgerung von *Pfleiderer* ist richtig: Entweder es bleibt, wie es ist, es kommt zu keiner Wiedervereinigung, oder aber sie kommt durch Krieg, oder aber die Russen ziehen sich zurück. Dafür verlangen sie einen Preis. Oder glauben Sie, es würde die Macht der westlichen Koalition so groß, daß die Russen freiwillig zurückweichen? Nach meiner Meinung tritt das nicht ein.

Wenn wir die Westzone[20] wieder anschließen wollen, wenn die 18 Millionen Deutschen zu einer Rechtsordnung kommen sollen, dann werden wir dafür auch etwas bezahlen müssen.

Es ist wichtig, daß wir uns von der Vorstellung entfernen, daß nur die Verträge, so wie sie jetzt sind und wir sie vor uns haben, die einzige Patentlösung seien. Das, was wir jetzt machen, nämlich die Militärallianz, hätten wir vor zwei Jahren schon machen sollen, wenn in Amerika eine vernünftige Politik am Ruder gewesen wäre. Es wäre richtiger gewesen, wenn man uns damals eine zivile Luftschutzorganisation zugestanden hätte. Über diese Organisation hätten wir junge Leute nach Amerika schleusen können. Das alles ist nicht geschehen.

Es wird von uns jetzt eine Militärallianz verlangt. Das ist die stärkste Bindung, unter der sich eine Nation an eine andere anschließt. Das aber ist nur bei vollständiger Gleichberechtigung möglich. Wir sollten uns nicht fürchten vor dem Wort Neutralität. Schweden ist eindeutig antikommunistisch, und die Schweden werden sich immer gegen einen russischen Eingriff verteidigen; sie werden auch immer dann Europa hinter sich haben. Schweden ist am immunsten gegen den Kommunismus. Wenn Wahlen in der Ostzone sein würden, wäre eine Niederlage der Kommunisten gewiß. Wir sollten uns ernsthaft überlegen, ob wir nicht auch mit anderen Mitteln weiterkommen. Ein antikommunistisches, bewaffnetes Deutschland ist das sicherste Mittel.

Wir haben im Monat November die Neuwahl für den amerikanischen Präsidenten. Unterstellen wir, daß *Taft* durchkäme, so bin ich davon überzeugt, daß er solche Gesichtspunkte einsieht und Frankreich widerstrebt, um eine direkte Allianz mit uns einzugehen. Wir brauchen einige Monate Zeit für die Verträge. Wir müssen einmal mit *Adenauer* selbst sprechen. Es ist doch in England und Frankreich möglich, mit den zuständigen Ministern zu sprechen, warum bei uns nicht? Sie sollen sehen, welche Opfer wir bringen, wenn wir die Militärallianz eingehen und den Osten abschreiben. Denn wenn die Verträge ratifiziert werden, dann bedeutet das eine Abschreibung der Ostzone, darüber müssen wir uns klar sein. Wenn ich eine Militärallianz eingehe mit einer Mächtegruppe gegen die Macht, die den anderen Teil von Deutschland besetzt hält, dann ist das so. Es wird immer gesagt, mit den Russen ist nicht zu sprechen. Man hat Prag, China, Korea erlebt. Die Russen haben dank der Dummheit der Amerikaner und dank der Dummheit von Jalta und Potsdam machen können, was sie wollten. Aber seit dieser Zeit hat sich die Welt geändert, und vielleicht überlegt sich *Stalin* einmal, daß er eine Dummheit gemacht hat. Insofern spreche ich nicht gegen die Politik *Adenauers*. Es ist schon richtig, daß durch die Politik, wie sie geführt wurde, der Osten mit Vorschlägen herausgekommen ist, die er sonst nie gemacht hätte. Man spricht dort heute schon von einem bewaffneten Deutschland. Daß es hier echte Probleme gibt, sollte keiner bestreiten, und daß das deutsche Volk nach Lösungen sucht, da es am Staat interessiert ist und am Frieden, ist selbstverständlich. Es gibt nur zwei Lösungen

20 Gemeint ist die Ostzone.

für die West-Ost-Spannung: Entweder es knallt, oder es werden die Spannungen langsam abgebaut. Und wir haben keinen Anlaß, die Spannungen zu verstärken.

Wir bewundern die Haltung von Berlin, aber es wird gerade in Berlin oft in sehr starken Worten gesprochen, die den Ausgleich nicht fördern. Wenn also der Wunsch des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung vorhanden ist, dann müssen wir alles tun, um die letzten Möglichkeiten auszuschöpfen. Wir brauchen das moralische Alibi.

Es wäre richtig, wenn die FDP folgende Haltung einnähme:

1. Sie prüft mit größter Gewissenhaftigkeit die Texte der Verträge.
2. Sie prüft, ob und wie eine Lösung zwischen Ost und West möglich ist.
3. Erst wenn beides geschehen ist, sollte ratifiziert werden.
4. Wir sollten uns aussprechen für eine Viererkonferenz mit deutschen Beobachtern.

VON SCHLITTER: Herr *Pfleiderer* hat, darin können wir uns alle einig sein, die Problemstellung, mit der er sich befaßt hat, richtig herausgestellt zwischen Ost und West. Wir müßten nur im Auge behalten, daß wir erst langsam in die Dinge der Außenpolitik hineinwachsen und es wesentlich darauf ankommt, nun einen gewissen außenpolitischen Kredit im Westen zu stabilisieren, deshalb dürfen wir aber bei unseren Überlegungen keinerlei Schädigung unseres Kredits nach dem Westen riskieren. Es erscheint mir jedoch wichtig, daß man den Sowjets immerhin gewisse Möglichkeiten zeigt, daß sich aus dem Vertragssystem doch etwas machen ließe. Ich habe in Versammlungen gesprochen und habe zu dem Thema Generalvertrag und zur Frage Neutralisierung gesagt, der deutsche Neutralismus sei eine Utopie, wir könnten nur überlegen, ob man nicht eines Tages zum europäischen Neutralismus kommt.

Es ist doch im politischen Leben so, daß Vorschläge irgendwelcher Art gemacht werden müssen. Selbst wenn wir uns mit den Vorschlägen von *Pfleiderer* nicht einverstanden erklären können, so glaube ich, kann man im Laufe der Zeit doch etwas daraus entwickeln. Es liegt an uns, eine politische Linie zu formen, die uns allerdings dem Vorwurf des Westens, daß wir unzuverlässig seien, nicht aussetzen darf.

Dr. PREUSKER: Die Vorschläge von *Pfleiderer* haben innerhalb der Öffentlichkeit eine erhebliche Verwirrung angerichtet. Ich unterstreiche, was *Achenbach* gesagt hat, nämlich daß das deutsche Volk in erster Linie am Frieden interessiert ist. Es will, daß dafür alle Möglichkeiten ausgenutzt werden. Ich selber habe in der Fraktion gesagt, wir sollten jetzt wirklich, um nach innen alles abzufangen, die Zwischenzeit zwischen Unterzeichnung und Ratifikation benutzen, den Russen Gelegenheit zu geben, Vorschläge zu machen, auch in der klaren Erkenntnis, daß es nicht dazu kommt. Ich möchte noch betonen, daß das Denken des größten Teiles des deutschen Volkes noch auf der falschen Vorstellung, daß Deutschland der Mittelpunkt der Welt sei, beruht, die ihm vom Nationalsozialismus eingeimpft worden ist. Diese Vorstellung hat *Pfleiderer* mit seinen Vorschlägen wieder angesprochen. Unser langjähriges Bemü-

hen ist es aber doch, unserem Volke klarzumachen, daß das ganze Problem nur gelöst werden kann aufgrund einer weltpolitischen Bereinigung der Dinge und daß Deutschland nie allein Sowjetrußland veranlassen kann, seine Pläne aufzugeben.

HOFFMEISTER: Es mag 20 Monate her sein, da griff unser Parteifreund *Abatz* den gleichen Vorschlag wie Dr. *Pfleiderer* auf und erklärte, er würde sich für eine solche Lösung einsetzen.[21] Damals haben *Waiblinger* und ich in scharfer Form reagiert. Ich bin auch der Meinung, daß sich dadurch nur anstatt eines zweigeteilten ein dreigeteiltes Deutschland ergeben würde. Es ist doch die entscheidende Frage, ob wir es uns im gegenwärtigen Zeitpunkt leisten können, das, was durch die Fraktion und das Kabinett geschaffen worden ist, aufzugeben; aufzugeben zugunsten einer Konzeption, von der wir nicht wissen, welchen Weg sie gehen wird. Der Vorschlag *Pfleiderer* ist deshalb für uns völlig untragbar.

Frau Dr. LÜDERS: Dr. *Achenbach* meinte, wir Berliner brauchten zu scharfe Worte. Es ist aber ein ungeheurer Unterschied, ob diese Worte aus eigener Initiative gesagt oder als Antwort darauf gegeben werden, daß einem dauernd auf die Füße getrampelt und man dauernd gepufft wird. Das ist der große Unterschied, den Sie bei den Berlinern wirklich nicht vergessen dürfen. Wenn diese Worte nicht gebraucht würden als Reaktion auf die Fußtritte, dann wäre die Berliner Koalition längst vor die Hunde gegangen, denn das ist doch das einzige, was die Koalition noch zusammenhält.

Ich glaube, Herr Dr. *Pfleiderer*, ohne Ihnen auf die Füße treten zu wollen, daß Sie bei den Russen Taktik mit Strategie verwechselt haben. Die Russen sind in der Taktik ungeheuer frei, aber das Ziel, alles zu erreichen und unter ihren politischen Griff zu bekommen, dieses Ziel wird sich niemals ändern, es wird sich auch durch die noch so gut gemeinten Vorschläge Mitteldeutschland gegenüber niemals ändern.

Ich habe die Versammlung in der Paulskirche mitgemacht, auf der *Heinemann* und *Wessel* sprachen.[22] *Heinemann* berief sich begeistert auf Ihre Vorschläge und kassierte damit nur auf der negativen Seite ein.

Was die Nationalarmee anbetrifft, so muß ich fragen, wer soll denn legitimiert sein, sie zu bilden? Sie würde zu einem großen Teil aus Volkspolizisten bestehen, die inzwischen derart gegen Westdeutschland in psychologischer, geistiger und materieller Verfassung eingestellt sind, daß man die peinliche Frage

---

21 Bezug im einzelnen nicht ermittelt. Daß das Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Harald *Abatz*, außenpolitischen Vorstellungen anhing, die sich mit denen *Pfleiderers* berührten, ergibt sich daraus, daß er Anfang 1952 der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas" beitrat und einen öffentlichen Aufruf dieser Organisation unterschrieb, in dem Gedanken zum Ausdruck kamen, „die im krassen Gegensatz zum Standpunkt der Gesamtpartei [FDP] in der Frage des Wehrbeitrages" standen. Der Landesverband NRW strengte daher ein Parteiausschlußverfahren gegen *Abatz* und seinen Fraktionskollegen Edgar *Engelhard* an. Der entsprechende Antrag vom 16. 5. 1952 in: ADL, Ordner-Nr. 95.

22 Öffentliche Kundgebung zum Abschluß eines Treffens der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas" am 8. 6. 1952. Dazu Diether KOCH, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 337 f.

stellen muß, nach welcher Seite werden diese Leute unter russischem Druck eines Tages schießen.

Wo soll das Oberkommando sein? Im Brückenkopf Berlin? Daß sich die Russen auf irgend etwas einlassen würden, das gleichbedeutend auch nur mit der Aufgabe des Ostsektors von Berlin wäre, ist aber absurd. Sie tun es nicht, und sie können es nicht tun, wenn sie nicht ihre politische Gesamtexistenz aufs Spiel setzen wollen.

Was sollen wir den Russen als Gegenleistung bieten? Wir haben jedenfalls nichts, wenigstens nichts, bevor nicht Europa stärker ist, und bevor wir nicht in diesem europäischen Konzert ein hörbares Instrument spielen können.

Was ich begrüße an Ihrem Vorschlag, ist, daß Dinge in die Debatte geworfen worden sind, die debattiert werden müssen. Es ist ein schweres Unglück für das ganze deutsche Volk, daß die deutsche Regierung ihm nicht beizeiten gesagt hat, was man machen kann, was man evtl. machen will, und daß man sich überall die propagandistisch wirksamen Parolen vom Osten hat aus der Hand nehmen lassen. Es gibt kein anständiges Wort, weder Verständigung, Frieden, Vereinigung, Treu und Glauben, was drüben nicht derartig mißbraucht und uns vorweggenommen wäre, daß nichts mehr übrig bleibt. Das ist ein Grund, weshalb viele bereit sind, Ihren Vorschlägen Gehör zu schenken.

WAIBLINGER: Den Argumenten von Herrn *von Rechenberg* schließe ich mich an. Es ist von einigen Freunden mit Recht gesagt worden, daß wir sowohl im Innern wie auch im Äußern eine zielstrebige eindeutige Linie verfolgen müssen. Es wurden Gedanken aufgeworfen, die zur Voraussetzung hätten, daß wir noch in einem Zeitpunkt leben, wo man die Macht eines vereinigten Deutschen Reiches hinter sich hatte. Da konnte man noch fragen, was hast Du zu bieten. Wir opfern ja das, was wir bisher erreicht haben. *Pfleiderer* ist besorgt über die Fehler, die die Unterzeichnung der Verträge mit sich bringen würde; ob aber diese Folgen nicht eintreten, wenn wir nicht unterschreiben, ist die Frage. *Pfleiderer* ist davon ausgegangen, daß wir dann den Osten für die Ewigkeit abgeschrieben haben. Aber die Geschichte hat gezeigt, daß oft über Nacht große Reiche und Systeme zusammengebrochen sind. Wir dürfen nicht davon ausgehen, daß, wenn heute nichts geschieht, wir ein für allemal verlassen sind. Der gesamte Vorstand ist mitverantwortlich für das Geschick von 48 Millionen Menschen, und es darf nichts geschehen, daß diese 48 Millionen etwa unter dem gleichen System leben müssen, wie leider schon die 18 Millionen leben.

Was würde aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße? Glauben Sie denn, daß die Russen darauf eingehen würden, auf das Gebiet bis zur Oder-Neiße-Grenze zu verzichten?

Was den Westen anbetrifft: Man ist uns gegenüber nach wie vor mißtrauisch. Vergessen Sie nicht, daß England einen Außenminister hat, der sehr frankophil ist. Wir müssen uns den Kredit im westlichen Lager bewahren. Wir dürfen uns nicht zwischen zwei Stühle setzen.

August Martin EULER: Dr. *Achenbach* hat gesagt, daß unser Volk stärkstens am Frieden interessiert ist. Das Entscheidende, wenn man einen Frieden sichern will, ist die Risikolage, und da waren die Chancen in der Nachkriegszeit

für die Russen sehr günstig. Sie konnten alles tun, weil ihnen praktisch ein Risiko kaum entgegenstand. Ein Risiko stand ihnen nicht entgegen, weil die Amerikaner in unverantwortlichem Maße abgerüstet hatten und sie [die Russen] mit ihrer Militärmacht darauf rechnen konnten, zumindest innerhalb der Grenzen, die ihnen durch Jalta zugewiesen worden waren, frei operieren zu können. Es ist selbstverständlich, daß nur der Widerstand der Völker, denen daran gelegen ist, nicht ebenfalls in den Bereich hineingezogen zu werden, Spannungen erzeugt. Die Risikolage Europas sieht heute anders aus als vor zwei Jahren bei Beginn des Koreakrieges. Diesen Weg muß man konsequent weitergehen. Wenn man diesen Weg weitergehen will zur Sicherung und Erhaltung des Friedens unter Ausschluß der Gefahr jeglicher Invasion, so ist es nur dadurch möglich, daß man eine von den Sowjets respektierte Gegengewalt schafft. Diese Gewalt können wir auf uns gestellt nicht machen, und es besteht die Gefahr, daß die Amerikaner weich werden in ihrem Bemühen, wenn sie nicht von anderen Völkern eine Unterstützung erfahren. Wenn wir heute die Sicherheit haben können – wir sind in Westdeutschland nicht in Kriegsgefahr –, dann daher, daß insonderheit amerikanische Truppen hier sind, also Truppen derjenigen, die unter den heutigen Umständen von den Sowjets respektiert werden müssen, weil durch einen Angriff auf Westdeutschland sofort eine gegnerische Wirkung seitens der Amerikaner ausgelöst würde. Sicher ist aber diese Gegenwirkung nur so lange, als amerikanische Truppen hier stehen. Wenn amerikanische Truppen nicht in großen Teilen Deutschlands stehen, sondern nur an Rhein und Ruhr, ist es zweifelhaft, ob ein Überfall der Sowjets – indirekt oder durch Bürgerkrieg – in dem Teil, der von amerikanischen und englischen Truppen frei sein soll, ob der Angriff auf diesen freigewordenen Teil Deutschlands die sofortige Reaktion der Amerikaner und Engländer nach sich ziehen würde. Es ist eine fahrlässige These, die von der SPD vertreten wird, daß das Interesse der Amerikaner an Deutschland und Mitteleuropa so groß wäre, daß auch, wenn amerikanische Truppen nicht hier wären, sie unter allen Umständen zu gegnerischen Wirkungen greifen würden.

Es muß das Ziel der Politik sein, jedenfalls für die eines so ungeheuer gefährdeten Landes wie Deutschland, den allerschlimmsten Fall zu berücksichtigen und auszuschließen; dieser gefährlichste Fall ist gerade durch Ihren Plan nicht ausgeschlossen, sondern dieser gefährlichste Fall wird gegenüber dem augenblicklichen Zustand durch Ihren Plan erst möglich gemacht. Darin scheint mir das A und O zu liegen. Wer die Sowjets so beurteilt, wie sie sind, als zynische, völlig bedenkenlose Materialisten der Macht, der weiß, daß die Sowjets nicht mit guten Worten und ohne Gegenleistung aus Deutschland wegzubringen sind. Etwas anderes anzunehmen, ist utopisch.

Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß die Sowjets genötigt sind, sich mit Kompensationen zufriedenzugeben. Sie werden sie zu diesem Verzicht nicht bewegen, wenn die Machtlage nicht so ist, daß es ihnen ratsam erscheint, das Angebot anzunehmen. Solange aber die Machtlage nicht so ist, sind sie nicht genötigt, die offensive Linie ihrer Politik fallenzulassen. Solange handelt es sich für sie überhaupt nicht um ein Preisgeben, sondern um ein Mehrgewinnen, und das ist, was ich der SPD zum Vorwurf mache und den Gewerkschaften, daß

sie hier die Illusion betreiben, daß die Sowjets so weit wären, eine Politik der Reaktion begonnen zu haben. Die Machtgegebenheiten sind ja nicht so, daß sie ihre Ausgangsstation Ostdeutschland zu räumen bereit wären. Sie suchen nur Dumme, mit denen sie Verhandlungen machen können, die nach außen einen Tatbestand vortäuschen, der in Wahrheit nicht gegeben ist. Die Leute gehen nur mit ihnen auf dem Papier ein Agreement ein, aber in Wirklichkeit ändert sich nichts. Damit können sie ihre Strategie a konto der Dummheit der Partner fortsetzen, und ich möchte nicht, daß sich zu diesen Partnern auch noch maßgebende Leute der FDP gesellen. Es wird eines Tages dazu kommen, daß die Sowjets einen Anlaß zu Verhandlungen sehen, bei denen es dann feststeht, wer gibt das und das, und was sind dafür die Voraussetzungen. Daß es hierzu kommt, setzt voraus, daß die Machtgegebenheiten weiter gründlich verändert werden. Diese können in Europa nur geschaffen werden über eine europäische Föderation, und im Zuge dieser Entwicklung wird sich die besondere Chance entwickeln. Wenn erst 40 oder 60 Divisionen da sind und man sagen kann, mit Gewalt könnt Ihr nichts mehr wollen, wir sind gefestigt, aber wir sind dafür, eine vernünftige dauerhafte Regelung anzustreben, die zugunsten aller Beteiligten, auch der Sowjets gemacht wird, kommen wir weiter. Die Gegebenheiten, die jetzt in Deutschland vorhanden sind, genügen nicht, um einen Erfolg zu erreichen, sondern nur, einen Mißerfolg zu vermeiden.

Dr. SCHÄFER: Die Wiedervereinigung mit dem sowjetisch besetzten Gebiet dürfen wir nicht allein sehen, wir hätten auch in den ganzen Raum der westslawischen Völker hineinzuwirken. Wenn ich aber schon an diese Breite denke, dann sieht man, daß dies nicht von heute auf morgen geht. Man muß Geduld haben. Wir hören aber von dem Elend und begreifen die Beweggründe von *Pfleiderer,* in dieser Frage weiterzukommen. Wir haben mit einem ungeheuer kompakten Gegner zu tun. Es herrscht dort drüben ein großes Schweigen, wir haben es mit der Stellung einer Sphinx zu tun. Es herrscht ein großes Schweigen – im Westen wird immer geredet. Wir kommen nicht daran vorbei, nachdem wir angefangen haben mit dem Sicherheitsanspruch für die Bundesrepublik, das in irgendeiner Form weiter zu fördern. Wenn wir immer wieder betonen, wir zweifeln an den Verträgen, wir halten sie für dürftig oder kümmerlich, dann vertreten wir sie schlecht. Man hat nie Wucht in der Propaganda, denn mit der Skepsis kann man nicht überzeugen. Noch eine weitere Frage: Ist der Augenblick schon gekommen für eigene Vorschläge? Alles ist herausgewachsen aus der Spannung Ost-West. Das war das Kräftestreben, von dem wir uns haben herauftragen lassen aus dem Niedergang. Nicht unser Verdienst. Aber wir konnten aus der Spannung Nutzen ziehen, und wir werden es weiter tun müssen. Für das Lösen der Spannung ist da schon der richtige Moment da? Im Windschatten von Herrn *Stalin* weiterwirken, ist eine Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Das muß man schon in Rechnung stellen. *Pfleiderer* hat gesagt: Isolierschicht. Die Gefahr der Explosion ist gegeben. Daher hat *Pfleiderer* die Idee abgeleitet zu dem Isolator. Immerhin, es ist ein kleines Stück. Bringen wir uns aber nicht dahin, den Kontakt herzustellen. Sind wir denn nicht das Feld, was sich allzuleicht entzündet?

Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß Ost-West-Gespräche erfolgreich sind, wenn wir mit solchen Vorschlägen kommen. Wir hätten besser gewartet, wenn[23] wir die Antwort der Ostzone haben.[24] Es wird ja so etwas wie ein Viermächtegespräch verlangt. In ein solches Gespräch mit einem solchen Vorschlag einzusteigen, das könnte ich mir denken. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß wir da eine Entwicklerrolle spielen. Ich fürchte, daß wir dann zwischen beiden Stühlen sitzen. Ehe ich auf das Wagnis Ihres Vorschlages eingehe, Herr *Pfleiderer,* (Einwurf *Pfleiderer:* Es ist kein Wagnis!) es ist ein ungeheures Wagnis. Wissen Sie, was Rußland als Kompensation ansieht? Ich möchte das erst einmal wissen, dann möchte ich die Viererbesprechungen abwarten, und dann möchte ich Vorschläge herausbringen. Die anderen haben sich gebunden, nicht ohne uns zu handeln. Bei Ihrem Vorschlag bringen wir uns in eine Spielballrolle hinein. Wenn Sie die eine Anlehnung wollen, können Sie nicht auf der anderen Seite die Zwischenstellung haben. Man kann nur eines haben, sonst wird man fragwürdig. Unsere Glaubwürdigkeit würde auch darunter leiden. Viele von den kleinen schikanösen Bindungen und Vorschriften sind nur entstanden, weil man uns nicht für ganz glaubwürdig hielt. Die Ostzone ist abgeschrieben mit Annahme dieses Vertrages, heißt es. Ich bin der Meinung, so schreibt man doch nicht ab. Ein Element, eine Forderung, die ich einbringen kann, schreibe ich da ab? Wenn ich einen Vertrag mache, wenn ich einen anderen Partner binde, mich zu unterstützen, dann untermauere ich doch meine Forderung. Da ist nichts abgeschrieben, sondern eine Forderung ist besser gestützt worden, indem ich mir einen Rückhalt schaffe bei der Möglichkeit, die Forderung einzubringen.

Baron von Lersner: Das Ausland ahnt ja nicht, in welcher fürchterlichen Lage wir uns befinden. Sie wollen es entweder nicht oder wissen nichts von uns. Auch in Amerika wissen nur einige wenige Kreise Bescheid über Deutschland, die große Masse weiß überhaupt nichts, beschäftigt sich mit Präsidentenwahlen oder wirtschaftlichen Fragen und hat für uns wenig übrig. Da drängt sich mir die Frage auf, kann ein Vorschlag, gleichgültig, in welcher Form er gemacht ist, gleichgültig welcher Art er ist, der eine Diskussion hervorruft, nicht dem Ausland die Augen öffnen über die Verhältnisse, wie sie bei uns sind? Ich muß sagen, ganz abgesehen von allem, was man gegen den Vorschlag *Pfleiderers* sagen kann, er erfüllt nach meiner Überzeugung doch seinen Zweck. Wir haben eine Diskussion gehabt, wie sie wohl selten ein größeres Interesse hat finden können. Wenn es uns jetzt gelingt, mit diesem Vorschlag die wirkliche

23 Gemeint: „bis".

24 Bezieht sich offensichtlich auf die noch ausstehende Antwort auf den Wahlgesetzentwurf des Deutschen Bundestages vom 6. 2. 1952 für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen, den die Bundesregierung am 16. 2. 1952 an die alliierten Mächte und die Regierung in Ost-Berlin gesandt hatte. Die Aufnahme von Viermächtegesprächen über Deutschland, die im folgenden angesprochen werden, forderte die Sowjetunion in ihren Deutschlandnoten vom Frühjahr 1952. Alle erwähnten Dokumente abgedruckt in: Heinrich von Siegler (Hrsg.), Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961, 1. Hauptband, Bonn u. a. 1961, S. 133–152.

Aufmerksamkeit oder gar das Verständnis des Auslands für uns zu fördern, so kann ich nichts anderes als ehrlich sagen, ich begrüße den Vorschlag.

MÜLLER: Herr Dr. *Pfleiderer* sagte, seine Äußerungen hätten große Zustimmung gefunden. Ich will in keiner Weise richten und rechten. Aber bei uns in Deutschland ist eines der erschütterndsten psychologischen Merkmale der Versuch von Millionen Menschen, in privaten wie in politischen Dingen der Endlösung einer echten Entscheidung durch irgendwelche Auswege aus dem Wege zu gehen und immer zu versuchen, sie aufzuschieben, wobei die Endlösung doch klar auf uns zukommt. Eines sollte uns jedoch bedenklich machen, nämlich, daß heute vor acht Tagen Herr *Heinemann* diesen Vorschlag vollinhaltlich fast zu dem seinen gemacht hat. Wir wissen, welche unheilvollen Rollen er und Frau *Wessel* spielen. Ich glaube, Sie wollen doch mit diesem Vorschlag in erster Linie den 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone helfen. Ich bin Abgeordneter eines Grenzkreises in Niedersachsen, und ich habe mich in den letzten drei Wochen verpflichtet gefühlt, in den Orten an der Grenze zu sein und mich mit den Leuten, die von drüben gekommen sind, zu unterhalten, eingehend, stundenlang. Diese Menschen, für die Sie sich einsetzen wollen, was jederzeit anerkannt werden soll, diese Menschen haben mir eine Antwort gegeben: „Wir haben mit aller Härte und Konsequenz den Russen kennengelernt, und wir glauben nicht an die so oft besprochene Version, daß der Beschluß und Abschluß des Generalvertrages eine endgültige Aufteilung ergibt und es [k]eine Wiedervereinigung gibt." Diese Leute und auch die Leute an der Grenze in der Westzone haben nur den einen Wunsch, so schnell wie möglich in diesen Fragen Klarheit zu schaffen.

Franz BLÜCHER: Die Debatte hat gezeigt, daß 30 oder 40 Gesichtspunkte, die im Hintergrund stehen, berücksichtigt werden müssen. Es wird infolgedessen notwendig sein, daß wir zum Schluß tatsächlich einen kleinen Kreis von Freunden bilden, die diese Fragen nach allen Richtungen in harter Verhandlungsarbeit beraten. Das muß das Ergebnis sein.

Gestatten Sie mir, doch noch zwei Dinge zu sagen. Wir gehen – und das spricht für *Pfleiderer,* wenn auch nicht für den Inhalt seiner Vorschläge – an einer Gesetzmäßigkeit vorbei: Die Wiedervereinigung Deutschlands kommt, so oder so. Es ist nur die Frage, ob wir sie dahingehend beeinflussen können, daß sie so kommt, wie wir sie haben wollen.

Nun möchte ich aber auf das Gefährliche der Äußerungen *Pfleiderers* hinweisen. Vergessen Sie nicht, die Vierergespräche, die jetzt stattfinden sollen, finden höchstens mit einer moralischen Bindung des Westens, aber nicht mit einer vertraglichen statt. Und wir müßten uns darüber im klaren sein, daß sie ohne unsere Beteiligung geführt werden. Das sollte bei jeder Äußerung bedacht werden.

Ich darf jetzt versuchen, einige Fragen, die in der Debatte gestellt worden sind, zu beantworten. Der wirkliche Sinn des *Adenauer*schen Handelns, wobei ich nicht über die von ihm gewählten Zeitpunkte und über die Dosierung seiner Äußerungen spreche, ist unzweideutig der, daß er in den letzten 14 Monaten ausschließlich die amerikanische Karte gespielt hat, und daß er ein ame-

rikanisches Handeln erst in dem Augenblick für möglich ansieht, wo wir etwas darstellen. Er möchte ein Gegengewicht gegen Frankreich haben, daß wir da sind, wo wir heute noch nicht sind. Ich muß sagen, daß ich diese Überlegung bewußt und willig mitgemacht habe.

Und ein anderes: Bei der Betrachtung der Verträge sind wir im Grunde noch immer in der Gefahr, der Psychologie nicht nur der Sieger, sondern auch der Besiegten zu unterliegen. Zugestanden, die Verträge hätten anders aussehen können, wenn wir verhandlungsmäßig und personell besser vorgegangen wären. Aber der Überleitungsvertrag kann doch zu einem guten Teil in volle Souveränität umgewandelt werden, wenn wir schnell genug handeln. Aber ich glaube, wir sind hier von der Besiegtenpsychose befallen wie heute die andere Seite von der Siegerpsychose.

Der Vorschlag von *Pfleiderer* tut so, als ob die Verhandlungsgruppe „West" gleichzusetzen ist mit der Verhandlungsgruppe „Ost". Ich glaube aber bei einer ausreichenden vertraglichen Sicherung an ein Wort des Westens, ich glaube aber nicht, wenn nicht ein Vielfaches an materieller Sicherheit vorhanden ist, an ein Wort des Ostens.

Heute ist nun hier ein böses Wort gefallen, und nehmen Sie mir es nicht übel, wenn ich im Interesse einer Auseinandersetzung vor diesem Wort ausdrücklich warne: „Militärallianz". Ich lehne das Wort ab. Wir würden damit die russische Gefahr heraufbeschwören. Ich sehe aber in der EVG etwas anderes. Tatsächlich entsteht in ihr unter deutscher Mitwirkung eine dritte Kraft als Friedenselement. Ich möchte also, daß das genannte Wort nach außen hin unter allen Umständen verschwindet, weil dieses Wort eine politische Gefahr ist.

Jetzt komme ich auf das Entscheidende. Wir sind alle Politiker. Worunter leidet Deutschland am meisten? Daß Deutschland noch keine politische Substanz hat, und, lieber *Pfleiderer,* ein Volk ohne Substanz zwischen Oder und Rhein in irgendeiner Form sich selbst zu überlassen, führt unwiderlegbar zur Katastrophe. Ihre Kalkulation hat zur Voraussetzung, daß es ein Volk mit einheitlicher nationaler Substanz gibt. Dies fehlt uns, wir sind noch nicht so weit. Wir können bei den politischen Überlegungen mit Deutschland nicht so denken, als ob wir es mit dem Deutschland vor 1933 zu tun hätten. Ich glaube, das wissen wir alle zu unserem Schmerz.

Es bleibt bei dem Vorschlag *Pfleiderer* die Frage unbeantwortet, was wird mit dem Gebiet östlich des Rheins, das heute der Bundesrepublik zugehört, und den Leuten östlich von der sowjetisch besetzten Zone im Raume zwischen Neiße und Oder? Eine Frage, die Sie mir nicht beantworten können.

Es ergeben sich wirtschaftliche Fragen. Sie werden mir antworten, in diesem Augenblick kommen wir in den natürlichen wirtschaftlichen Austausch mit dem Osten. Und eben diese Antwort möchte ich nie hören. Ich darf Ihnen nach wie vor sagen, und wenn alle deutschen Kaufleute mich totschlagen, ich würde niemals zustimmen, daß der Warenverkehr mit dem Osten einen solchen Umfang annimmt, daß er in unserer Wirtschaft eine Rolle spielt, denn das würde dahin führen, daß der Osten eines Tages den Kran zudrehen wird.

Ich bin nicht mit einem Wort gegen *Pfleiderer* öffentlich aufgetreten, weil ich zwei Dinge möchte,

1. daß die Russen sich solange wie möglich Hoffnungen machen hinsichtlich der Möglichkeit der Beeinflussung unseres Lebens; denn diese Hoffnung gibt Sicherheit für uns;
2. weil ich die Vorschläge als den Ausfluß eines Willens sehe, aus der völligen Untätigkeit herauszukommen, und weil ich diesen Willen für richtig halte.

Ich stimme deshalb dem Vorschlag zu, hier einen Ausschuß zu beschließen, der die Dinge genau bearbeitet. Dabei wird es notwendig sein, an das zu erinnern, was *Preusker* gesagt hat. Eine Lösung läßt sich ohne die Lösung der asiatischen Fragen nicht damit machen, daß hier die mitteleuropäische Frage gelöst wird. Aber wenn wir von unserer Seite mit viel Mut dazu etwas beitragen wollen, wäre es das eine, daß wir zunächst daran denken, daß nicht von den Russen allein die Lösung der Frage der deutschen Wiedervereinigung abhängt, sondern von den Regierungen in Prag und in Warschau, auf die ja die Russen eine unendliche Rücksicht nehmen müssen, wenn sie an die deutschen Dinge denken. Es müßte eine funktionierende arbeitsfähige europäische Ostabteilung im Auswärtigen Amt geschaffen werden. Hier müßten auch die Fragen des Verhältnisses Deutschland/Tschechoslowakei, Deutschland/Polen erörtert werden in einem bewußt friedlichen Sinne unter Verzicht auf Erinnerungen an das, was geschehen ist.

Wir sollten immer daran denken, daß rein historisch gesehen unser bisheriger Weg ein zwangsläufiger gewesen ist: von der Gemeinde zum Kreis, zum Regierungsbezirk, zur Provinz, zum Land und zum Bund. Es war eine völlig klare historische Linie, die Sie seit 1945 beobachten können. Wir würden aber mit Ihrem Vorschlag den Bund aufgeben, ohne dafür Größeres einzuhandeln.

Ich habe Ihnen die ganzen Schwierigkeiten aufgezeigt, denn wir müssen uns entschließen, einige Leute, die Fanatiker der Sache sind, zu finden. Wer will sich dieser Dinge annehmen?

Dr. ACHENBACH: Die heutige Aussprache war sehr fruchtbar. Wir haben uns geeinigt, daß wir nicht Hals über Kopf unterschreiben dürfen. Wenn wir uns zu dieser Sache bekennen, werden wir zweifellos ein großes Opfer bringen. Es ist so, daß auch die anderen das wissen. Wir machen uns unsicher. Innenpolitisch mag das richtig sein, außenpolitisch ist es falsch. Wir sind uns einig, daß alles sorgfältig überprüft werden soll, da in den nächsten Monaten noch allerhand auf uns zukommen wird. Ich darf nochmals anführen, ob es nicht richtig wäre, in absehbarer Zeit eine Aussprache mit *Adenauer* zu ermöglichen. Evtl. müßte das festzusetzende Gremium an Ort und Stelle in Frankreich, England und Amerika feststellen, wie die Dinge sind.

RADEMACHER: Soll sich der kleine Kreis nur mit dem Fall *Pfleiderer* beschäftigen?

Franz BLÜCHER: Nein, mit dem ganzen Komplex.

RADEMACHER: Ich möchte an Herrn *Pfleiderer* noch eine Frage stellen: Kann sich auf Ihrem Plan eine Endlösung der Freiheit aufbauen?

Dr. PFLEIDERER: Eine Endlösung wird es nie geben in der Politik. Ich hatte vor, erst die Möglichkeit zu schaffen, die Russen aus der Zone herauszubringen. Das war der Ausgangspunkt. Wenn die Russen draußen sind, dann ist eine vollkommen neue Lage geschaffen.

Dr. ACHENBACH: Es ist von dem dreigeteilten Deutschland gesprochen worden.

Dr. PFLEIDERER: Ich möchte keine neue Diskussion eröffnen und nur zu wenigen Punkten etwas sagen: *Euler* sprach von dem Preis, der bezahlt werden muß. Ob dieser Preis mit Geld oder etwas anderem bezahlt wird, ist die Frage.

Ich möchte auf die Wurzel des Mißtrauens des Auslandes hinweisen. Das Mißtrauen kommt daher, daß das Ausland glaubt, es kann von uns nicht ehrlich gemeint sein, wenn wir 18 Millionen Deutsche aufgeben, wenn die Deutschen ihre allerprimitivsten Interessen verleugnen.

Wäre es denn nicht möglich, heute schon das Gremium zu bilden? Es wird sicher wieder eine Presseerklärung herauskommen.

Franz BLÜCHER: Nein, das ist nicht der Fall. Meine Herren, sind Sie bereit, sich auf Wort zu verpflichten, über die heutige Besprechung nichts verlauten zu lassen? Ich bitte sich zu melden, wer glaubt, das nicht tun zu können.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Dr. LÜDERS: Es wäre kollegial, die Bitte *Pfleiderers* zu erfüllen und ein Gremium zu ernennen. Es heißt das ja nicht, daß wir ihm zustimmen. Wenn das in die Presse kommt, so ist das wohl kaum ein Malheur.

Es wird beschlossen, den Ausschuß zusammenzusetzen aus: Dr. *Pfleiderer,* Dr. *Achenbach, Euler,* Dr. *Becker,* Dr. *von Rechenberg, von Schlitter, Waiblinger.* Falls notwendig, sollen Sachverständige hinzugezogen werden.

Franz BLÜCHER: Wir sind anschließend im Gesamtvorstand zusammen.[25] Ich schlage vor, dort ein kurzes Kommuniqué zu erarbeiten.

25 Nr. 18 b.

18b.

15. 6. 1952 (19.00 Uhr): Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 95. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der Freien Demokratischen Partei am Sonntag, dem 15. Juni 1952, in Bad Godesberg, Haus Carstanjen." 19.00 Uhr–19.35 Uhr.

Teilnehmer: [Bezold, Blücher, Euler, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Middelhauve, Rademacher, Rubin].

[EINBERUFUNG EINES AUSSERORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAGES]

Franz BLÜCHER: Das Erste, was heute morgen im geschäftsführenden Vorstand[1] besprochen wurde, waren die Anträge der Landesverbände Berlin, Hamburg, Bayern und Württemberg-Baden, von der Abhaltung eines außerordentlichen Parteitages abzusehen.

Es ist mit sehr viel Ruhe und Gründlichkeit über diese Frage gesprochen worden. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß man diese Frage nicht ausschließlich von der Seite der Satzung her ansprechen sollte, weil sich hier ein Mangel an Unzulänglichkeiten ergibt. Es wurde auf der anderen Seite aber auch sehr stark die Ansicht vertreten, daß es unrichtig sei, die Unruhe dadurch zu vergrößern, indem man auf die Abhaltung verzichtet. Wir sind uns im geschäftsführenden Vorstand nach einer sehr ruhigen Erörterung darüber klar geworden, daß zweifellos die materielle Belastung durch zwei Parteitage in einem Jahr ein Übel ist, und daß wir uns verpflichtet sehen, unseren Freunden von Berlin hier entgegenzukommen. Es ist ferner erwogen worden, ob es möglich ist, einen gewissen Ausgleich für die verschiedenartige Belastung der Teilnehmer durch die Anreisekosten zu schaffen, ohne daß wir hier aufgrund irgendeines theoretischen Berechnungsschlüssels zu einem Ergebnis gekommen wären. Wir sind dann so verblieben, damit man endlich wieder zur Ruhe in der Partei kommt, daß es zweckmäßig sei, aufgrund von bestimmten, von mir angebotenen Beschlußtexten im Gesamtvorstand zu beraten – und zwar am Sonntag, den 6. 7. – über die allgemeine weltanschauliche Grundhaltung, darunter unsere Stellung im engsten kulturpolitischen Raum, über das nie bis zu Ende diskutierte Thema zur Nation und anderen Nationen und schließlich zur Frage des innerpolitischen Friedens, wozu nicht zuletzt unsere Haltung zur Entnazifizierung und ähnliches gehört werden soll. Das würde der Gegenstand der Beratungen des Gesamtvorstandes der Partei sein.

Es soll weiter der Hauptausschuß zum Zwecke der Beratung über das sozialwirtschaftliche Programm am Freitag, den 4. Juli, und am Sonnabend, den 5. Juli, zusammentreten. Der Parteitag soll in den Nachmittagsstunden des 12. und am Tage des 13. Juli tagen, und es soll auch dort so sein, daß die vom ge-

1 Protokoll dieser Sitzung in: ADL, Ordner-Nr. 82. Diskussion der im folgenden genannten Anträge auf S. 1–4.

schäftsführenden Vorstand und vom Gesamtvorstand geprüften Beschlüsse zur Eröffnung des Parteitages bekanntgegeben werden. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, daß diese Beschlüsse innerhalb der Landesverbände am Sonnabend abend noch gründlich durchberaten und Stellung genommen werden kann. Als Ort des Parteitages ist Essen vorgeschlagen worden.

Frau Dr. LÜDERS: Soll der außerordentliche Parteitag nur von Delegierten beschickt werden, oder ist er öffentlich?

Franz BLÜCHER: Wir denken nur an Delegierte bei dem außerordentlichen Parteitag. Eine öffentliche Rede am Abend im Sommer ist nicht immer ein garantierter Erfolg. Das muß sehr umsichtig vorbereitet sein. Eine Ausschließung der Öffentlichkeit dabei ist aber eine Unmöglichkeit.

BEZOLD: Wir müssen Beschluß darüber fassen, ob Gäste zugelassen werden oder nicht. Heute früh haben wir ausdrücklich beschlossen, die Presse unter allen Umständen fernzuhalten. Die Presse wird nur die Mißtöne bringen, nicht aber die gemeinsamen Töne. Das können wir nur tun, wenn wir sagen, es dürfen nur Personen mit Delegiertenkarte teilnehmen. Ich bitte beschlußmäßig festzuhalten, daß wir diesen außerordentlichen Parteitag ohne Gäste und nur für Delegierte mit Delegiertenkarte machen.

RUBIN: Jede Pressemitteilung hat zu unterbleiben.

LEVERENZ: Soll das Problem Südweststaat auf dem außerordentlichen Parteitag nicht behandelt werden? Das war doch der Vorschlag.

Franz BLÜCHER: Es ist richtig, daß eine Reihe von Besprechungen mit Nordrhein-Westfalen notwendig sein werden. Die Einlauffrist für Anträge muß streng eingehalten werden. Wir müssen den anderen Landesverbänden die eingegangenen Anträge unverzüglich vorlegen. Ein großer Teil der Mißhelligkeiten kommt aus den Anträgen, die im letzten Augenblick bekannt werden. Ich schließe mich im übrigen dem Antrag von *Bezold* an.

RADEMACHER: Wenn sich der Parteivorsitzende der Ansicht anschließt, daß ein außerordentlicher Parteitag notwendig ist, ist es für mich schwer, den Wunsch meines Landesverbandes zum Ausdruck zu bringen. Einen Bundesparteitag mitten im Sommer hält der Landesverband Hamburg nicht für glücklich, er hält deshalb an seinem Einspruch gegen die Abhaltung des außerordentlichen Parteitages fest. Es hat aber wohl nicht viel Zweck, die Angelegenheit noch weiter zu begründen. Sie sprachen von den Entschlüssen für den Parteitag. Habe ich die Ausführungen so zu verstehen, daß für diesen außerordentlichen Parteitag vom Gesamtvorstand das Thema von vornherein festgelegt wird? Es besteht also nicht die Gefahr, daß eine Unzahl von Anträgen von den Landesverbänden eingebracht wird?

Dr. MIDDELHAUVE: Nordrhein-Westfalen ist wohl der Landesverband, der am stärksten auf die Durchführung des außerordentlichen Parteitages gedrängt hat. Warum? Um die immer deutlicher fühlbar werdende Klaffung in der Partei nicht zu erweitern, sondern zu überwinden. In einer offenen Aussprache, die stattfinden, die aber nicht gegängelt werden soll, müssen wir die Dinge durchsprechen. Ich bin der Auffassung, daß unter allen Umständen dieser Par-

teitag, gerade weil er die Möglichkeit gibt, in geschlossenem Kreis zu sprechen, eine Aussprache in aller Offenheit möglich macht. Wenn es uns dann nicht gelingt, die Partei wieder zusammenzuraffen, dann sieht es schlimm aus. Nordrhein-Westfalen ist entschlossen, seinen Beitrag damit zu beweisen, die Partei in ihrer Geschlossenheit wiederzufinden und zu erhalten und damit törichte Äußerungen, wie sie in den letzten Wochen immer wieder getan wurden, zunichte zu machen. Ich erkläre nur, daß die Äußerungen von Dr. *Reif* in Berlin vor den Hochschulgruppen[2] abwegig sind. Ich habe deshalb begrüßt, daß man auf diesem außerordentlichen Parteitag eine Diskussionsgrundlage vorbereiten will. Das kann niemals bedeuten, daß eine Einengung der Aussprache eintritt. Das ist ein Vorwurf, der von den verschiedensten Seiten her dem Münchener Parteitag[3] gemacht wurde. Ein außerordentlicher Parteitag ist dazu viel mehr in der Lage als ein ordentlicher Parteitag. Wenn der Parteitag in Essen stattfinden sollte, dürfen Sie überzeugt sein, daß die Presse nicht in den Raum hineinkommt. Was die Gefahr von Anträgen angeht, so können und wollen wir das nicht verhindern, wenn die Anträge termingerecht gestellt werden. Die Partei befindet sich in einer Krise, die nur durch eine sehr offene Aussprache gelöst werden kann. Reden wir doch miteinander offen, oder aber geben wir die Partei auf.

Franz BLÜCHER: Ich fasse also nochmals als Beschluß zusammen:

1. Für den außerordentlichen Parteitag werden keine Gäste zugelassen.

2. Schluß der Frist für die Einbringung von Anträgen ist Sonnabend, der 28. Juni, damit wir die Möglichkeit haben, den einzelnen Landesverbänden die Anträge noch zuzustellen, die durchberaten werden sollen.

RADEMACHER: Ich bin von *Middelhauve* falsch verstanden worden. Natürlich muß jede Aussprache möglich sein, etwas anderes habe ich nie gewollt. Aber ich möchte davor warnen, daß ungezählte Anträge von allen Landesverbänden eingereicht werden. Man muß so viel Vertrauen zum Vorstand haben, daß er in seinen zwei bis drei Grundsatzthemen die Grundlage schafft, auf der eine weitgehende Diskussion möglich ist.

Franz BLÜCHER: Das, was den Landesverbänden vorgelegt wird, muß alle Möglichkeiten des ganzen Für und Wider umfassen.

Dr. MIDDELHAUVE: Das einzige Thema dieses Parteitages ist die Aussprache über die Grundlage der parteipolitischen Situation. Dieser Parteitag dient nur diesem Ziel, und daran müssen sich die Anträge halten.

---

2 Bezieht sich offensichtlich auf die Rede *Reifs* auf der dritten Arbeitstagung des LSD, Landesverband Berlin, im Mai 1952. Hierin hatte sich *Reif* gegen das „Kokettieren mit kleinen reaktionären Gruppen ausgesprochen, „alle Restaurationsbestrebungen" innerhalb der FDP abgelehnt und auf die Gefahr hingewiesen, die drohe, wenn „echte Funktionäre des vergangenen Systems zu echten Funktionären demokratischer Organisationen werden, ohne sich in ihrem Inneren geändert zu haben und dabei noch einen festen Zusammenhalt pflegen". Auszug des Vortrages mit den o. g. Zitaten abgedruckt in: Hans Reif, Liberalismus aus historischer Vernunft. Vermächtnis eines freiheitlichen Demokraten und Europäers, hrsg. von Ella BAROWSKY und Peter JULING, Baden-Baden 1986, S. 57 f.

3 Zum Münchener Parteitag die Nrn. 14 a–14 e.

EULER: Das Thema des außerordentlichen Parteitages ist die politische Linie der Partei. Alle Anträge, die die politische Linie betreffen, müssen zur Erörterung kommen.

[PRESSEERKLÄRUNG ÜBER DIE SITZUNG VON BUNDESVORSTAND UND AUSSENPOLITISCHEM AUSSCHUSS]

Franz BLÜCHER verliest die von ihm formulierte Presseerklärung der Sitzung des Gesamtvorstandes und des außenpolitischen Ausschusses, die nach kurzer Diskussion in folgendem Wortlaut angenommen wird:

„Der Vorstand und der außenpolitische Ausschuß der Freien Demokratischen Partei beriet[en] in der heutigen Sitzung die außenpolitische Lage; sie traten in die Prüfung der beiden Vertragswerke ein und erörterten auch die Rede des Bundestagsabgeordneten Dr. *Pfleiderer*. Es besteht Einmütigkeit darüber, daß die bisherigen außenpolitischen Grundsätze der Partei unverändert weiterverfolgt werden, wie sie auf der Hauptausschußsitzung in Kassel im Herbst 1950 festgelegt wurden.[4]

Gesamtvorstand und außenpolitischer Ausschuß stellen gleichzeitig fest, daß der Bundestagsfraktion eine ausreichende Zeit belassen werden muß für die Prüfung der umfangreichen Verträge und ihrer Anlagen."

19.

6. 7. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 95. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am Sonntag, dem 6. Juli 1952, in Bad Godesberg, Haus Carstanjen." 10.00 Uhr–19.30 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Blücher, Borttscheller, Dehler, Eberhard, Euler, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Middelhauve, Müller, Preusker, Rademacher, Rubin, Schäfer, Schwennicke, [Wellhausen], Will.

Franz BLÜCHER eröffnet die Sitzung mit Worten des Gedenkens für Herrn *Lindemann*.[1]

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Dr. *Mende* gebeten, einen Bericht über die Rundfunkpolitik zu geben.

---

4 Genaues Datum: 24. 9. 1950. Zum Inhalt der „Kasseler-Beschlüsse" Nr. 11, Anm. 44.

1 Der FDP-Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft Wilhelm *Lindemann* war am 3. 7. 1952 verstorben.

[BERICHT UND AUSSPRACHE ÜBER DIE RUNDFUNKPOLITIK]

Dr. MENDE: Das Problem der Neuordnung des Rundfunks hat uns schon mehrfach in der Bundestagsdebatte beschäftigt.[2] Die ganze Rundfunkangelegenheit, die Einbringung eines Rundfunkgesetzes, ist bisher daran gescheitert, weil die Rundfunkhoheit beim Alliierten Rat liegt.[3]

Wenn ich vom Nordwestdeutschen Rundfunk spreche, so gilt dies auch für andere Sendegesellschaften. Als die Rundfunkintendanten merkten, daß wir die Dinge in einem Rundfunkgesetz neu zu ordnen wünschten, haben sie ihrerseits sich zu einer Abwehrarbeitsgemeinschaft der Intendanten zusammengeschlossen und einen Entwurf unter dem Motto ausgearbeitet, jedem Intendanten seinen eigenen Sender. Es ist für uns klar, daß dieses Rundfunkgesetz von uns nicht akzeptiert werden kann, ganz abgesehen von Kompetenzschwierigkeiten technischer Art. In Hamburg haben Tagungen stattgefunden unter dem Motto Professorentagung, die letzte vor drei Wochen. Dort vertrat man die Ansicht, daß die Bundesregierung nicht Vertreterin und Repräsentantin des Gesetzes sei, sondern lediglich der Mehrheit, und ich habe sehr bedauert, daß außer mir und *Mangoldt* niemand widersprochen und darauf hingewiesen hat, daß ein Bundesgesetz verbindlich für alle ist.

Wie weit die politische Abhängigkeit gediehen ist, zeigt folgendes: An der Spitze steht der Generaldirektor *Grimme*.[4] Die Generaldirektion umfaßt 250 Köpfe, und über dieser Generaldirektion steht der Verwaltungsrat mit sieben und der Hauptausschuß mit 16 Köpfen. Von diesen 16 Leuten sind mindestens neun reine SPD-Leute. Dieser Hauptausschuß hat den Verwaltungsrat gewählt. Die beabsichtigte Entflechtung des Rundfunks würde so sein, daß wir einen Sender Hamburg haben, also wo die SPD tätig wäre, einen Sender Hannover und einen Sender Köln. Beim Kölner Sender würde der klerikale Einfluß größer sein, aber es würde gleichzeitig der Hauptausschuß und Verwaltungsrat entfallen und die Generaldirektion hätte keine Aufgaben mehr.

Nachdem das Bundesrundfunkgesetz auf sich warten läßt, betreibt der Bund die Einrichtung einer Kurzwelle über den ganzen Erdball und einer Langwelle, die einen Strahlungskreis über Ost- und Südeuropa hat. Die Langwelle würde die Aufgabe des alten Deutschlandsenders übernehmen. Die Kurzwelle soll nach Köln gelegt werden. Ich glaube, wir sollten die Kurzwelle Köln fordern, nicht allein wegen der Nähe zu Bonn, sondern wir haben dort vor allen Dingen einen Exponenten, August *Hoppe*, und wir haben Herrn *Wesemann*, der Mitglied der FDP ist.

Die lange Welle hat eine spezielle Aufgabe, nämlich Aufklärung nach der sowjetisch besetzten Zone. Diese kann aus technischen Gründen nicht in Köln stationiert werden, man hat hierfür Stuttgart vorgesehen, und ich bin der Mei-

2 Siehe BT STEN. BER., Bd. 2, S. 1550 A–1553 C; Bd. 7, S. 5562 A–5580 A; Bd. 9, S. 7200 B–2707 C.

3 Vgl. hierzu Nr. 10 mit Anm. 43 und 44.

4 Dies und das Folgende bezieht sich auf den NWDR. Dazu ebd. mit den Anm. 41 und 42 sowie 45 und 46.

nung, daß auch wir uns bei der langen Welle für Stuttgart entscheiden. Die SPD will, weil sie den Plänen von *Lenz*[5] mißtrauend gegenübersteht, eine große Anfrage einbringen, aber nur einbringen, wenn die FDP ebenfalls dazu stehen wird. Ich weiß nicht, ob dies der richtige Weg ist. Mir scheint es wichtig zu sein, den Ausschuß für Presse, Rundfunk und Film damit zu befassen und unsere Leute zu beauftragen, die ganze Entwicklung zu beobachten und mit *Lenz* zu verhandeln.

Zwei Fragen also müssen durch den Vorstand entschieden werden: Soll auch die FDP die Entflechtungstendenz vertreten, und soll sie sich bei dem Kurzwellensender für Köln, das eine gewisse Unabhängigkeit garantieren würde, aussprechen?

Diese Entscheidung würde ich erbitten mit der gleichzeitigen Legitimation, Verhandlungen in dem von Ihnen beschlossenen Sinne zu führen.

Dr. MIDDELHAUVE spricht sich für die Stationierung des Kurzwellensenders in Köln, für die Entflechtung und für Rundfunkräte, die aus Sachkennern zusammengestellt werden sollen, aus.

Dr. SCHÄFER stimmt für eine Vertretung der politischen Kräfte in den Rundfunkräten, weil dadurch, indem sich die politischen Richtungen gegenseitig neutralisieren, eine größere politische Unabhängigkeit gewahrt wird.

Auf dem Gebiete der Programmgestaltung sollte man eine Entflechtung, im Technischen aber eine Zentralisierung anstreben.

Die Quotenverteilung sollte folgendermaßen vorgenommen werden: Ein bestimmtes Quantum muß zunächst der Regierung vorbehalten, der Rest soll auf die politischen Parteien aufgeteilt werden.

Außerdem sollten wir parteiintern eine Rundfunküberwachung durchführen, um dadurch gegebenenfalls die Möglichkeit der sofortigen Beschwerdeführung zu erhalten.

Franz BLÜCHER verliest Teile aus dem vorliegenden Entwurf des Rundfunkgesetzes und fährt fort: Es geht um zwei Dinge: zunächst einen grundsätzlichen Beschluß zu fassen, wonach der Vorstand sobald wie irgend möglich, wieder eine Rundfunküberwachung einrichtet mit dem Ziel, die Sendungsinhalte zu verfolgen und überall da, wo politische Wege der Diskriminierung gegen uns oder der Verletzung der notwendigen Objektivität begangen werden, einzugreifen (Kriegsblinde).

Ich würde vorschlagen, daß wir, soweit das bei den anderen Landesverbänden nicht geschehen ist, überall Verbindungsstellen zu den Landessendegesellschaften einrichten mit einer Zentralapparatur [in der Bundesgeschäftsstelle] in

---

5 Staatssekretär *Lenz* verfolgte die Absicht, für das Bundespresseamt Einflußmöglichkeiten auf die Programmgestaltung des geplanten Deutschlandfunkes (lange Welle) zu erlangen. LENZ-TAGEBUCH, 1988, S. 355 f. Die von *Mende* im folgenden angeregten Verhandlungen mit *Lenz* lassen sich nicht nachweisen. Am 16. 7. 1952 hatte *Lenz* aber eine Besprechung mit dem der FDP angehörenden Berliner Senator Hugo *Holthöfer* „wegen der langen Welle". Ebd., S. 393.

Bonn, Moltkestr. 5. Ich wäre bereit, dieses zu übernehmen und darf noch vorschlagen: Prof. *Luchtenberg.*

Wir wollen nun diesen Punkt verlassen und sofort zu unserem Thema kommen:

VORBEREITUNG DES PARTEITAGES[6]

[BLÜCHER:] Es ist unbedingt erforderlich, daß wir zunächst einmal die Satzung und etwaige hinsichtlich der Satzung zu stellende Anträge besprechen.

Wir sind verpflichtet, zu Beginn des Parteitages eine Geschäftsordnung für den Parteitag zu beschließen. Wir können so vorgehen, daß wir vorschlagen, für die Abwicklung des Parteitages die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sinngemäß anzuwenden. Es muß aber vermieden werden, daß etwa von seiten des Vorstandes ein Einwand erfolgt, deshalb sollten wir das hier beschließen:

Beschluß: Sinngemäße Anwendung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages für die Abwicklung des Parteitages in Essen.

Franz BLÜCHER: Das Zweite ist schon schwieriger. Es bezieht sich auf den Beschluß des Gesamtvorstandes in seiner letzten Sitzung, die Teilnahme an diesem Parteitag auf die Delegierten zu beschränken.[7] Dazu gehören a) der Vorstand, b) die Delegierten, die nach den Satzungen bestimmt sind.

Hiergegen ist in einem einzigen Falle, und zwar vom Kreisverband Siegen, mit Rücksicht auf § 7,1 der Satzung Einspruch erhoben worden. Die Lage ist so, daß wir große Schwierigkeiten gehabt haben, den Saal in Essen zu bekommen, in dem der Parteitag stattfinden soll. Dieser Saal faßt aber nur eine Höchstzahl von 300 Menschen. Wir müssen uns aber jetzt über die Frage der Zulassung von Gästen klar werden, denn es wäre sehr schlecht, wenn wir über diese Angelegenheit auf dem Parteitag diskutieren müßten.

MÜLLER: Ich möchte betonen, daß in vielen Kreisverbänden in Niedersachsen Beschwerden darüber geführt worden sind, daß die Mitglieder der FDP als Gäste nicht zugelassen werden sollen. Es hat sich in den Kreisverbänden herumgesprochen, daß dort eine bestimmte Linie gefunden werden soll, und es besteht ein reges Interesse an der Teilnahme trotz der Ferien.

Dr. DEHLER: Nach den Satzungen ist es nicht möglich, einen außerordentlichen von einem ordentlichen Parteitag zu unterscheiden, so daß wir um die positiven Satzungsbestimmungen von § 7,1 nicht herumkommen. Wir haben die Landes- und Kreisverbände darauf aufmerksam gemacht, daß Gäste nicht zugelassen sind. Eine Reihe von Kreisverbänden hat sich bereits dagegen gewehrt. Wenn Gäste kommen, können wir diesen den Zutritt nicht verwehren.

Dr. HAUSSMANN: Wir stehen hier vor Beschlüssen, um die wir nicht herum-

6 Außerordentlicher Parteitag der FDP am 12. und 13. 7. 1952 in Essen. Siehe J. M GUTSCHER, 1984, S. 127 ff. Einzelheiten in Nr. 20 a und b.

7 Siehe Nr. 18 b.

kommen. Es wäre die Frage zu prüfen, ob wir im Rahmen der Satzung als Vorstand einen Weg finden können, mit Rücksicht auf die Vertraulichkeit der Dinge nicht von einem Parteitag, sondern von einer Delegiertenversammlung zu sprechen.

Dr. MIDDELHAUVE: Auch ich habe Zuschriften bekommen, darunter Anfragen guter alter Parteifreunde, die einfach nicht glauben können, daß der Parteitag beschränkt sein soll auf die Teilnahme von Delegierten.

Ursprünglich hatte der Parteitag[8] auf dem Standpunkt gestanden, einen internen Parteitag durchzuführen und die Presse auszuschließen. Wir wollen doch die Offenheit besitzen und zugestehen, daß wir da einen Fehler gemacht haben. Die Satzungen nehmen uns das Recht, irgendeine Ausschließlichkeit für den Parteitag festzulegen. Ich bin der Auffassung, wir sollten jetzt noch den Landesverbänden mitteilen, daß der Vorstand heute beschlossen hat, Parteimitglieder zuzulassen, aber darauf hinweisen, daß wir nur einen Raum für 300 Personen haben, also nicht mehr Teilnehmer zulassen können, und ein anderer Raum nicht zu finden ist.

Dr. PREUSKER: Was *Dehler* wegen der Satzungsbestimmungen gesagt hat, ist richtig. Die Satzung kann nicht anders ausgelegt werden. Von der praktischen Seite her glaube ich nicht an Schwierigkeiten. In Hessen haben wir schon auf Ersatzdelegierte zurückgreifen müssen; denn Urlaub und Ferien machen sich bemerkbar.

BEZOLD: Ich kann mich der Auffassung von Dr. *Dehler* nicht anschließen. Es ist überall so, daß, wenn ein Gremium einen Beschluß faßt, es diesen auch ändern kann. Satzungsänderungen sind möglich. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Beschluß des Vorstandes als Antrag auf eine solche Satzungsänderung zu verstehen ist. Sie kann angenommen werden von Fall zu Fall oder für immer. Eingebracht kann sie werden von wem immer, wenn es ein Mitglied ist. Sie ist rechtzeitig eingebracht, das zeigen die Einsprüche, die gekommen sind. Wenn die Mehrheit des Parteitages „Nein" sagt, dann bleibt es bei den Satzungen.

Mit Klarheit ergibt sich außerdem nicht aus der Satzung, ob die einzelnen Parteimitglieder zugleich Mitglieder der Bundespartei sind. Die Aufnahme ist an die Landespartei geknüpft. Man kann erleben, daß ein Landesverband sich einige Tausend Menschen kauft, und die Bundespartei müßte den Druck anerkennen, der von irgendeiner Seite kommt. (Bringt das Beispiel *Meißner*-München.)[9] In den Satzungen müßte klar stehen, woraus der Parteitag besteht. Die Leute kommen als Delegierte des Landes, daran ist nichts zu ändern. Wenn wir Gäste zulassen, dann lassen wir die Presse zu, und da ist es fast besser, sie gleich einzuladen. Man kann nicht Gäste einladen und die Presse ausschließen.

---

8 Gemeint: „Parteivorstand."

9 Bezieht sich möglicherweise auf die Vorgänge, die der Gründung des Deutschen Blocks durch Karl *Meißner* im Herbst 1947 vorausgingen. Vgl. Hans WOLLER, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955, Stuttgart 1982, S. 81 f.

Die Möglichkeit, nur Delegierte einzuladen und den Parteitag als Delegiertenparteitag anzusehen, besteht nicht.

EBERHARD: Ich halte es für unklug, wenn wir mitteilen, daß zwar jedes Parteimitglied zugelassen, aber nur für 300 Personen Platz ist. Man wird sagen, hier liegt eine Absicht vor. Der Vorschlag von *Bezold* ist zweifellos juristisch richtig. Wenn aber 200 Gäste kommen und der Beschluß gefaßt wird, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, was würde das wohl auslösen?

Dr. DEHLER: Sollen wir denn den Parteitag wirklich abhalten? Es steht uns doch frei, nur eine Delegiertenzusammenkunft zu machen, wenn wir nur bestimmte Dinge erledigen und nicht nach § 9 der Satzung[10] vorgehen.

Franz BLÜCHER: Wir waren uns gestern völlig klar darüber, daß dies nicht möglich ist. Der Sinn der Sache ist eine politische Grundsatzaussprache. Wir kennen in unserer Satzung den Begriff des Delegiertentages nicht. Wir haben den Beschluß zu schnell gefaßt und nicht überlegt. Mir scheint, das Richtige wird in der Mitte liegen. Die entfernteren Landesverbände werden nicht geringe Mühe haben, die volle Delegiertenzahl in Marsch zu setzen.

EBERHARD: Darf ein Delegierter drei Stimmen haben?

Franz BLÜCHER: Wir waren uns immer einig, daß wir das nach Möglichkeit vermeiden sollen. Ich bin der Ansicht, daß wir keine Mitteilung an die Landesverbände geben. Sofern sich Gäste einfinden, müssen sie zugelassen werden. Es kommt dabei dann auf eine sehr scharfe Kontrolle der Mitgliedschaft der Partei bei den Landesverbänden an. Ich bitte Herrn *Weirauch*, morgen dem Kreisverband Siegen entsprechenden Bescheid zu geben.

Wir kommen nun zu etwas sehr Wesentlichem: Seit 1949 haben wir uns, ohne daß das Thema zum Schweigen gekommen wäre, immer wieder über die Delegiertenzahl und -bestimmung unterhalten. Das Ergebnis: Der Münchener Parteitag hat beschlossen, daß der Hauptausschuß berechtigt sein soll, verbindlich einen Teil der Satzungsbestimmungen zu ändern, und zwar jenen Teil, der sich befaßt mit der Feststellung der Delegiertenzahlen für die einzelnen Landesverbände. Wir müssen uns heute noch darüber klar werden, was wir beschließen. Es liegen zwei Anträge vor (verliest den Antrag Hessen und anschließend den von Nordrhein-Westfalen).[11]

Der Unterschied ist bedeutend, da sich das Kräfteverhältnis bei den einzelnen Wahlen jeweils verschoben hat. Man kann nicht von dem Vorteil oder Nach-

---

10 § 9 der Satzung enthielt eine Aufzählung der „regelmäßigen Verhandlungsgegenstände" eines ordentlichen Parteitages.

11 Im Gegensatz zu § 7 der geltenden Satzung, die die Delegiertenzahl der einzelnen Landesverbände von der Zahl der Mitglieder und der Anzahl der Wählerstimmen der voraufgegangenen Bundestagswahl abhängig machte, stellten die Anträge von Hessen und Nordrhein-Westfalen nur noch auf den Wahlerfolg ab. Während Hessen allein das Ergebnis der voraufgegangenen Bundestagswahl als Maßstab anerkennen wollte, schlug der Landesverband NRW alternativ vor, auch das Ergebnis „der der letzten Bundestagswahl folgenden Landtagswahl" als Grundlage anzuerkennen. Beide Anträge stimmten darin überein, daß sie eine Übertragung von drei Stimmen auf einen Delegierten nur dem Landesverband Berlin konzedieren wollten. ADL, A 1-41.

teil im Ganzen reden, da ja die Landtagswahlen in vielen Ländern im Zeichen von bestimmten Wahlabreden standen. Wir müssen uns über beides klar werden, einmal über diese an sich mögliche Änderung der Satzung und zum zweiten, wie wir uns zu dieser Grundsatzfrage äußern. Alle Vertreter des Vorstandes haben in der Vergangenheit, ebenso wie der Parteitag in München, eine Revision gefordert. Es fehlt eine Einheitlichkeit der durchgeführten Kontrolle. Eine Übersicht über die Mitglieder, eine zentrale Überwachung der Karteiführung, hat sich als unmöglich erwiesen. Wir waren uns immer einig über die Änderung, deshalb müssen wir heute zu einem Beschluß kommen.

RADEMACHER: Selbstverständlich ist eine Satzungsänderung für diesen außerordentlichen Parteitag wegen der Delegierten nicht beabsichtigt. Darf ich fragen, wie sich die Antragsteller die Lösung des Problems bei den Wahlbündnissen denken?

Dr. PREUSKER: Das war der Grund, weshalb wir darauf verzichtet haben, die Landtagswahl mit hereinzunehmen, weil die Bundestagswahlen in jedem Falle für die Partei als Ganzes eine gleichmäßigere Lage ergeben werden. In Bayern wird es nach dem Landeswahlrecht schwer sein, Vergleichszahlen aufzustellen. Wir werden, wenn uns auf dem anderen Gebiet eine brauchbare Lösung aufgezeigt wird, nicht ablehnen.

RADEMACHER: Es hat auch bei der Bundestagswahl Bündnisse gegeben, z. B. in Hamburg mit der CDU.[12]

Dr. PREUSKER: Die Landtagswahlen sind verschieden. Es kommen noch hinzu verschiedene Zeitpunkte und verschiedene Bedingungen. Die eine Landtagswahl hat in einem günstigen und woanders in einem ungünstigen Zeitraum stattgefunden. Das entspricht nicht der echten Situation. Wenn man schon von einer gerechten Situation spricht, kann man eigentlich nur die Bundestagswahlen als Grundlage nehmen. Bezüglich der Wahlbündnisse glaube ich nicht, daß dies so tragisch ist. Man sollte aber keinesfalls von Wahlen ausgehen, die zu verschiedenen Zeitpunkten zu verschiedenartigen Bedingungen stattgefunden haben. Denn dann wird ein Landesverband doch dafür bestraft, daß wir gerade in diesem Zeitpunkt eine durch die Bundespolitik ungünstige Situation hatten und ein schlechtes Ergebnis erzielt worden ist, während bei einem anderen Landesverband genau das Gegenteil der Fall ist.

EBERHARD: Ich begrüße die Vorschläge, entweder die Bundestagswahl oder die letzten Landtagswahlen zugrundezulegen.

Dr. MIDDELHAUVE: Die Delegiertenzahl sollte sich in einem Verein nach der Mitgliederzahl richten, vorausgesetzt, daß diese Zahl festgesetzt werden kann. Es ist die Aufgabe des Bundesvorstandes der Partei, dafür zu sorgen, daß wir zu einer Zentralkartei kommen.

Die Frage bleibt, wie werden die Wählerstimmen angesetzt? Es ist richtig, wenn gesagt wurde, daß dann die Startbedingungen unter Umständen ver-

12 Vgl. Udo WENGST, Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, in: VfZ, 34. Jg. (1986), S. 19–23.

schieden sind. Aber wir befinden uns in einer Zeit des Aufbaues aller Parteien. Das bedeutet aber, daß eine vierjährige Zeit als Berechnungsgrundlage schlecht ist. Es steht doch fest, daß in einzelnen Landesverbänden der Gang der Dinge überholt ist, besonders bei Landesverbänden, die sich um eine aktive Parteiarbeit bemüht, ihre Organisation befestigt haben und weitergekommen sind. Das ist aber nicht das Wichtigste. Wichtiger ist, daß wo Wahlvereinbarungen zustande gekommen sind mit anderen Parteien und Gruppen, das sich nicht auseinanderdividieren läßt. Ich würde deshalb geneigt sein, daß man der parteipolitischen Entwicklung Rechnung trägt und nicht die Delegiertenziffern für vier Jahre festlegt.

Dr. HAUSSMANN: *Dehler* hat die Frage erörtert, daß keine Beschlüsse im materiellen Sinne gefaßt werden sollen. Die Frage muß vorweg geklärt werden. Ich möchte dem das Wort reden. Wir könnten uns das in unserem Landesverband noch überlegen.

BEZOLD: Die schwerste Frage, wenn sie klar und gerecht gelöst werden soll, ist das Bewerten der Intensität der Arbeit. Nehmen Sie als Beispiel ein kleines Land, in dem nur FDP gewählt wird. Dieses kleine Land wird weniger Delegierte bekommen als ein großes Land, wo nichts getan wird. Man soll einem Land, das etwas erreicht hat, Zusatzdelegierte geben. Ich spreche hier nur vom Rechtsstandpunkt, wir Bayern hätten ja 19 Delegierte mehr. Aber dem, der die schwersten Startbedingungen hat, darf nicht noch eins drauf gegeben werden. Wir haben auch in den verschiedenen Gebieten verschiedene religiöse Schichtungen, wo sich die FDP leichter und schwerer tut. Den Leuten, die in unfruchtbaren Gebieten arbeiten, darf man nicht die Luft abdrosseln.

RUBIN: Haben Sie einen konkreten Vorschlag?

BEZOLD: Wir haben die Lösung gefunden, daß wir zur Mitgliederzahl Zusatzdelegierte gegeben haben, weil wir sagen, wer gearbeitet hat, soll auch eine Zusatzstimme haben. Konkrete Vorschläge kann ich keine machen, es sind nur mahnende Überlegungen. Man muß sich zusammensetzen und diskutieren und die Dinge auch mathematisch vorbereiten. Das kann man aber nicht auf einem Parteitag, denn die Diskussion würde dann stundenlang dauern und die Zeit für die politische Arbeit wegnehmen.

Dr. WILL: Ich habe den Eindruck aus der Debatte, daß die Angelegenheit nicht spruchreif ist. Vom Standpunkt Berlin aus möchte ich dem Vorschlag, die Zahl der Delegierten nach der Zahl der Wähler festzusetzen, zustimmen.

Franz BLÜCHER: Ich habe den Eindruck, daß geklärt werden müßte, wie sich diese an sich interessanten Vorschläge der Landesverbände Hessen und Nordrhein-Westfalen auswirken würden. Darf ich dazu die Bitte aussprechen, die Dinge nicht zu eingehend zu behandeln, sondern sie einem gesonderten Ausschuß zu überweisen, der sich damit befassen soll.

Ich selbst bin der Auffassung, daß wir das Folgende tun sollten: Wir müssen uns an den Beschluß des Münchener Parteitages halten und müssen die Sache in einer Hauptausschußsitzung Anfang September verabschieden.

Ich möchte die drei Nachredner *Preusker, Middelhauve* und *Euler* bitten zu überlegen, ob nicht die Herren Vorsitzenden der Landesverbände ihre besten

Leute für einen Ausschuß bestimmen, der sich mit dieser Frage beschäftigt, damit sich der Hauptausschuß darüber Anfang September aufgrund der Vollmacht, die ihm vom Parteitag in München gegeben wurde, befassen kann.

Als Faktoren sind wichtig: Das Verhältnis von Bodenfläche zur Einwohnerzahl und die erreichten Wahlstimmen. Im übrigen müssen Mindestzahlen (Berlin, Hamburg, Bremen) garantiert werden.

Dr. PREUSKER: Es gibt kein anderes Mittel, als die Stimmenzahl zugrunde zu legen. Ich habe noch nie eine so leidenschaftliche Anklage gegen die Demokratie gehört wie eben von *Bezold*. Wir wollen ja eine Bundespartei sein, in der regionale Dinge in den Hintergrund treten. Aber wir können über so etwas am 12. und 13. 7. nicht abstimmen. Ich warne davor, daß wir auf diesem Parteitag Dinge klären, die er nicht fähig ist zu beschließen.

Franz BLÜCHER: Es ist kein einziger Antrag fristgerecht eingelaufen.

Dr. PREUSKER: Die Anfechtbarkeit mag gegeben sein.

Franz BLÜCHER: Die große Schwierigkeit liegt darin, daß es ein satzungsändernder Beschluß ist.

Ich würde empfehlen, von der Bundespartei aus die zahlenmäßigen Unterlagen den Landesverbänden zur Verfügung zu stellen.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich möchte zunächst auf das Problem eingehen, daß die Anträge nicht fristgerecht eingereicht worden seien. Es ist bedauerlich, daß sofort unter unseren Parteifreunden einige gesagt haben, wir widersprechen. Wenn das schon als Ungeist über unserem außerordentlichen Parteitag schwebt, der eine saubere Aussprache zur Grundlage haben soll, kämen wir am besten überhaupt nicht zusammen.

Wie kommen wir nun mit den beiden satzungsändernden Anträgen zurecht? Wir haben im geschäftsführenden Vorstand darüber gesprochen und haben beschlossen, daß sich mit diesem Problem auf der Grundlage der beiden vorliegenden Anträge Hessen und Nordrhein-Westfalen der Satzungsausschuß beschäftigen soll.[13] Spätestens im September soll dann der Hauptausschuß diesen geänderten Paragraphen verabschieden oder den bestehenden Paragraphen annehmen, damit dies dann rechtskräftig für den ordentlichen Bundesparteitag, dessen Termin für voraussichtlich Ende Oktober festzusetzen ist, vorliegt. Das möchte ich zu diesem Punkt äußern, so daß die Anträge von Hessen und Nordrhein-Westfalen den außerordentlichen Parteitag nicht zu belasten brauchen.

Das Zweite, was beschlossen wurde, war, daß *Blücher* dem Gesamtvorstand zur Kenntnis geben sollte, daß außer den Abänderungsanträgen zu § 7,1 auch eine Überarbeitung der Satzungen vorgenommen werden soll, so daß der Hauptausschuß im September dies vorbereitend für den Bundesparteitag im

13 Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes vom 5. 7. 1952, ADL, Ordner-Nr. 82, S. 7–14.

Oktober behandeln kann, damit dem ordentlichen Bundesparteitag das Konzept der neuen Satzung zur Verabschiedung vorgelegt werden kann.

EULER: Der Hauptausschuß ist ermächtigt, gerade diese Frage von Hessen und Nordrhein-Westfalen bindend zu regeln, ohne daß eine Vorlage an irgendeinen Parteitag geht. Also müssen beide Anträge an den Hauptausschuß mit der Bitte um Verabschiedung verwiesen werden, damit die geänderte Satzung dem ordentlichen Parteitag zugrunde gelegt wird. Es darf nicht sein, daß beim ordentlichen Parteitag auf Phantasiezahlen zurückgegriffen wird.

Dr. HAUSSMANN: Ich möchte kein Mißverständnis gegenüber *Middelhauve* aufkommen lassen. Wenn ich auch sagte, wir müßten widersprechen, dann deshalb, weil wir einfach nicht die Zeit hatten, die Anträge ordnungsgemäß zu beraten und Stellung zu nehmen. Ich bitte dafür um Verständnis.

Zur Frage der Anfechtung und der Frage der Gäste möchte ich in aller Form die Anfrage stellen, ob wir uns nicht entschließen sollten, diesen außerordentlichen Parteitag mit einem ordentlichen zu verbinden, bzw. die zu behandelnden Fragen auf einem Parteitag zu vereinen und uns dafür mehrere Tage Zeit zu lassen. Wir hätten dann genügend Raum, alle Fragen, einschließlich der Satzungsänderungen, gründlich durchzuberaten. Ich möchte im Anschluß an den Antrag Hamburg bitten, diese Frage ernsthaft zu erörtern.

Franz BLÜCHER: Wir wollen möglichst keine Beschlüsse fassen, die angefochten werden können. Durch die Ausführungen von *Middelhauve* ist die Sache klargestellt worden. Es ist gestern beschlossen worden, weil es ein Parteiengesetz noch nicht gibt, auf unsere ursprünglichen Bedenken zu verzichten und unabhängig von der Verabschiedung eines Parteiengesetzes im Bundestag in den Monaten Juli und August im Satzungsausschuß die notwendigen Satzungsänderungen vorbereiten und sie in einer Hauptausschußsitzung Anfang September verabschieden zu lassen, wobei wir dann aufgrund der Vollmachten, die München gegeben hat, die Bestimmungen hinsichtlich der Delegierten als endgültig verabschiedet betrachten können, während die anderen Satzungsänderungen eine Vorlage an den ordentlichen Parteitag erfahren müssen.

Wir haben weiter im geschäftsführenden Vorstand überlegt, wie es im September aussieht. *Middelhauve* hat auf die zweite und dritte Lesung der Vertragswerke[14] hingewiesen. Wir werden weiter im September das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen[15] zu verabschieden, wir werden schwierigste Haushaltsdebatten haben. Dazu kommt der entscheidende Kampf nicht im Plenum, aber in den Ausschüssen, um das Bundesnotenbankgesetz.[16] Es ist die Frage, ob die dritte Lesung des Betriebsverfassungsgesetzes nicht an irgend-

14 General- bzw. Deutschland- und EVG-Vertrag.

15 Einen entsprechenden Gesetzentwurf hatte das Kabinett am 13. 6. 1952 der Legislative zur Beratung zugeleitet. Die Verabschiedung des sog. Kartellgesetzes erfolgte jedoch erst im Juli 1957. Neueste Darstellung des Gesetzgebungsprozesses durch V. BERGHAHN, 1985, S. 152–179.

16 Der Entwurf des Bundesnotenbankgesetzes, das ebenfalls erst im Juli 1957 verabschiedet wurde, ging am 12. 11. 1952 zur ersten Beratung an den Bundesrat. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 21, Drucks. Nr. 4020.

welchen Formalitäten scheitert, selbst, wenn wir die zweite Lesung durchsetzen können.[17] Wir haben eine ganze Reihe von Finanzvorlagen zu verabschieden, so daß der September voll besetzt ist. Ab 20. September laufen die Wahlvorbereitungen für die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen auf vollen Touren.[18] Deshalb sind wir zu dem bedauerlichen Beschluß gekommen, daß der Termin für den ordentlichen Bundesparteitag erst nach den beiden Kommunalwahlen liegen kann, und ich habe Ihnen diese Schlußfolgerung, die der geschäftsführende Vorstand gefaßt hat, mitzuteilen.

Ich möchte weiter die Landesverbandsvorsitzenden mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hinweisen, Leute in den Satzungsausschuß zu bestellen. Ferner weise ich darauf hin, daß es Aufgabe der Landesverbände ist, einen Vorsitzenden für den Satzungsausschuß in Vertretung zu wählen, da nicht mit Gewißheit anzunehmen ist, daß im August für die Beratungen schon unser Freund Ernst *Mayer* zur Verfügung stehen wird.

RADEMACHER: Die Aussprache hat bereits ergeben, in welcher Situation wir uns schon aus rein formellen Gründen befinden. Was soll dann geschehen, wenn jemand aufsteht und sagt, nicht ein einziger Antrag ist fristgemäß eingegangen?

Ich habe damals von Hamburg aus, nicht um einer grundsätzlichen Aussprache aus dem Wege zu gehen – im Gegenteil, wir wünschen sie, aber wir wünschen, daß sie grundsätzlich und gut, außerordentlich gut vorbereitet ist, und das ist sie für Sonnabend und Sonntag nicht –, Einspruch gegen die Abhaltung des außerordentlichen Parteitages erhoben.[19] Ich bitte nochmals, jetzt zu überlegen, ob man nicht auf diesen außerordentlichen Parteitag verzichten kann und statt dessen einen wirklich gründlich vorbereiteten ordentlichen Parteitag von fünf Tagen einberuft. Ich bin überzeugt davon, daß, wenn diese Frage ernsthaftest diskutiert wird, die Mehrzahl der Landesverbände sich meiner Auffassung anschließen würde.

Franz BLÜCHER: Darüber müssen wir diskutieren.

EULER: zur Geschäftsordnung: Wir können nicht über das gleiche Thema zwanzigmal sprechen. Der Parteitag ist einberufen worden und soll stattfinden.

Franz BLÜCHER: Ich weiß nicht, ob das nicht zur Sache gesprochen und nicht geschäftsordnungsmäßig ist.

Dr. SCHÄFER: Das ist keine Geschäftsordnungsfrage, sondern eine materielle Frage.

Franz BLÜCHER: Wenn widersprochen wird, bleibt uns keine andere Lösung, als abzustimmen.

---

17 Das Betriebsverfassungsgesetz wurde am 19. 7. 1952 vom Deutschen Bundestag in dritter Lesung verabschiedet. Hierzu die Ausführungen von D. BUCHHAAS, 1985, S. 285–288.

18 Die Kommunalwahlen fanden in den beiden von *Blücher* genannten Ländern und in Rheinland-Pfalz am 9. 11. 1952 statt. Ergebnisse in: AdG 1952, S. 3732 A.

19 Siehe Nr. 18 b.

Dr. SCHÄFER: Der Antrag *Haußmann* und der Antrag *Euler* können zur Debatte gestellt werden.

Dr. DEHLER: zur Geschäftsordnung: Das, was *Euler* sagte, nämlich, daß die Frage eingehend und wiederholt behandelt worden sei, stimmt nicht. Die Einberufung ist mangelhaft besprochen worden. Einberufen kann der Vorstand. Die Vorgänge am 17. Mai waren nicht sehr ausgereift.[20] Es kam die Anregung für einen außerordentlichen Parteitag. Es wurde widersprochen. Ganz unvermittelt sagte dann *Blücher:* „Es wird ein Parteitag einberufen." Ich habe das resigniert über mich ergehen lassen. Am 15. 6. wurde das nochmals behandelt.[21] Und ich halte es für richtig, das Thema auch heute nochmals zur Sprache zu bringen, vielleicht kommen wir heute doch noch zu einem vernünftigen Beschluß.

Dr. WELLHAUSEN: Welche der Anträge von Hessen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen können behandelt werden, ohne daß sie durch Einspruch – als nicht rechtzeitig eingegangen – wieder von der Tagesordnung herunterkommen?

Dr. DEHLER: Nur Satzungsänderungen bedürfen der vorgeschriebenen Frist. Anträge können behandelt werden.

Franz BLÜCHER: Der zweifelsohne geschäftsordnungsmäßig beim Hauptausschuß vom 17. 5. bestehende Mangel ist geheilt worden durch die Beratung im Gesamtvorstand am 15. 6. Dieser außerordentliche Parteitag ist in der Öffentlichkeit angekündigt worden. Wenn wir ihn absagen, würde es dann wieder in dreitausend Überschriften heißen: „Völlige Zerrissenheit bei der FDP" oder „FDP weicht der Entscheidung aus" usw. Die dumme Rederei, von der ich annehme, daß sie jeder Grundlage entbehrt, ginge dann im stärksten Umfange weiter. Ich spreche im Interesse der Gesamtpartei und glaube, daß sehr viel sich in offener Aussprache bereinigen läßt. Wollen wir denn nach außen hin zu dem Beschluß kommen, daß wir nicht in der Lage sind, uns zusammenzuraufen und deshalb von einem Parteitag absehen?

Ich kann leider keinen Geschäftsordnungsantrag einbringen, sonst hätte ich es getan, und zwar, daß diese beiden Anträge nicht zur Abstimmung gestellt werden (Antrag *Haußmann* und Antrag *Euler*).

RUBIN: Ich verstehe nicht, daß wir über Geschäftsordnungsdinge der Grundsatzdebatte, dem eigentlichen Problem, das vor uns liegt, aus dem Weg gehen. Es hat keinen Zweck mehr, auch nur den Anschein zu erwecken, als drückten wir uns vor einer Aussprache, die den Sinn hat, uns wieder zusammenzufinden.

Vernünftige Leute würden sich dann fragen: Was haben wir noch in dieser Partei zu tun? Wir werden uns doch nicht blamieren und jetzt erklären, daß

20 Bezieht sich auf die Sitzung des Hauptausschusses. Protokoll dieser Sitzung in: ADL, A 12-7; die Diskussion über die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages auf S. 46–52.

21 Nr. 18 b.

dieser Parteitag nicht stattfinden soll. Bringen wir positive Vorschläge und verschanzen wir uns nicht hinter Dingen, die Chance sein können.

Franz BLÜCHER: An dem Zustandekommen eines ordentlichen Beschlusses über die Abhaltung des außerordentlichen Parteitages ist nicht zu zweifeln. Ich schlage vor, ehe wir nicht den Ablauf des heutigen Tages kennen, über diese Anträge augenblicklich nicht mehr zu sprechen.

Dr. DEHLER: Ich unterstütze das. Der Hamburger Antrag erscheint mir überaus vernünftig. Wenn wir uns heute einigen, können wir uns fragen, ob noch ein außerordentlicher Parteitag erforderlich ist.

Dr. LEVERENZ: Ich bin der Meinung, daß der Hauptausschuß dem Vorstand gegenüber ein bestimmendes Organ ist. Wenn der Beschluß des Hauptausschusses für die Abhaltung des außerordentlichen Parteitages vorliegt, können wir nichts mehr ändern.

Es war doch zuerst so, daß zwei Hauptausschußsitzungen zur Vorbereitung des ordentlichen Parteitages stattfinden sollten. Darauf kam der Vorschlag von *Blücher,* einen außerordentlichen Parteitag zu machen, aber nur mit der Sinnbestimmung, auf diesem außerordentlichen Parteitag eine einheitliche Linie zu finden und damit in den ordentlichen Parteitag zu gehen.

Franz BLÜCHER: Wir können auf diese Angelegenheit heute nachmittag zurückkommen. Zunächst möchte ich jetzt finanzielle Dinge besprechen. Der Parteitag kostet über DM 3 500 bis DM 4 000. Ich bitte daher, die Delegiertengebühr auf DM 15 festzusetzen.

RADEMACHER: Für den außerordentlichen Parteitag bestanden auch finanzielle Bedenken in den Landesverbänden. Es wurde gesagt, für Berlin sollen die Kosten übernommen und für die anderen Landesverbände sollte ein Ausgleich gefunden werden.

RUBIN: Ich darf richtigstellen. Wir haben anerkannt, daß in dieser Hinsicht etwas geschehen müßte, und es ist auch darüber im Organisationsausschuß gesprochen worden. Wir müssen einen besseren Schlüssel finden. Wir müssen aber einen Beschluß haben, daß die einzelnen Landesverbände in eine gemeinsame Kasse bestimmte Beträge einzahlen, damit ein gerechter Ausgleich erfolgen kann. Dies hat aber nichts mit der Delegiertengebühr zu tun. Wenn die Anwesenden einverstanden sind, wollen wir wohl die erste Sache, aber nicht die Delegiertengebühr rückwirkend in den Schlüssel einbauen, den wir vorbereitet haben, aber noch nicht abschließend behandeln konnten.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich spreche jetzt nur zu den DM 3 500, die die Durchführung des Parteitages die Parteizentrale kosten wird. Ich möchte nicht, daß hier finanzielle Einwände gemacht werden könnten und erkläre, ohne den Landesschatzmeister gefragt zu haben, daß der Landesverband, der diesen außerordentlichen Parteitag am stärksten gefordert hat, um zu einer Aussprache zu kommen, diese DM 3 500 übernimmt.

RUBIN: So geht es nicht. Ich weiß nicht, wie die Verhältnisse in den einzelnen Landesverbänden aussehen und möchte nur sagen, daß die DM 15 Delegiertengebühr sicherlich von allen getragen werden können.

Franz BLÜCHER: Es soll doch, abgesehen von der Delegiertengebühr, ein Streckenausgleich erfolgen.

Nach Befragen der einzelnen Landesverbände wird beschlossen, daß die Delegiertengebühr von jedem Landesverband (außer Berlin) bezahlt wird. Der Streckenausgleich erfolgt rückwirkend.

Franz BLÜCHER: Es muß ein Prüfungsausschuß für die Legitimation der Delegierten bestellt werden, der aus einem Vorsitzenden und zwei Prüfern bestellt ist. Zweckmäßig ist es, daß dies einigermaßen erfahrene Mitglieder aus dem gastgebenden Landesverband sind.

Beschluß: Der Prüfungsausschuß besteht aus: Dr. *Mende* (Vorsitzender), *Gerhard* und *Weyer*.

[Mittagspause]

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Franz BLÜCHER die einstimmige Verabschiedung des Sozialprogramms durch den Hauptausschuß am 5. Juli bekannt.[22]

[DIE POLITISCHE LINIE DER PARTEI]

Franz BLÜCHER: Wir kommen nun zu dem Thema „Die politische Linie der Partei". Eine der Ursachen, daß viele von uns die politischen Neugründungen[23] mit Unruhe beobachten, ist die Rederei im Volke, daß es den politischen Parteien nicht gelungen sei, unmittelbar das Volk anzusprechen. Aus verschiedenen Gründen kommt es zu fortgesetzten Auseinandersetzungen über die Existenzgrundlagen und die Berechtigung der Parteien überhaupt. Dazu kommt ferner bei einem großen Teil des deutschen Volkes die schwere Sorge, daß manche, die heute politisch tätig sind, sich nicht die notwendige Mühe gegeben hätten, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Was zum Teil verlorengegangen ist, ist das Gefühl, daß wir uns nicht aus einer uns ehemals aufgezwungenen Orthodoxie in eine andere Orthodoxie hineinzwingen lassen dürfen. Was fehlt, ist das Gefühl und der Wille zu einer Haltung, die den Namen Verständnis und Toleranz um der Einheit willen verdient. Nehmen Sie das alles zusammen, dann ergeben sich daraus Formen, die für Außenstehende nicht schön erscheinen und Grund für die Auseinandersetzungen in der eigenen Partei sind.

---

22 Protokoll der Sitzung in: ADL, A 12-8. Programm abgedruckt in: J. M. GUTSCHER, 1984, S. 295–308.

23 Bezieht sich wahrscheinlich vor allem auf die von *Hermes* und *Nadolny* im Herbst 1951 betriebene Gründung eines „Mittelstandsblockes", die den Vorstand seinerzeit beschäftigt hatte (siehe Nr. 14 a mit Anm. 22), und die versuchten Zusammenschlüsse im Vorfeld der Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei. Hier ist u. a. hinzuweisen auf die Gründung einer Wählergemeinschaft „Freie Mitte für dauernden Frieden, soziale Gerechtigkeit und menschliche Freiheit" Anfang Februar 1952, AdG 1952, S. 3327 D. Zur Vorgeschichte der GVP zusammenfassend Siegfried HEIMANN, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, in: R. STÖSS, 1984, S. 1478–1483.

Ich darf sicherlich sagen, daß man nicht behaupten kann, daß wir auf wirtschaftspolitischem Gebiete keine einheitliche Linie hätten. Nicht einheitlich, soweit es das Handeln anbetrifft, sind wir auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Hier ist doch häufig entweder eine Hinneigung zur Aufnahme marxistischer Schlagworte vorhanden oder ein Vorbeigehen an den sozialen Grundproblemen der Zeit.

Aber das ist, wie wir festgestellt haben, nicht so sehr Gegenstand der heutigen Unterhaltung und der Unterhaltung auf dem Parteitag. Da geht es um Fragen, von denen ich der Ansicht bin, daß bei gutem Willen und bei dem Willen, nicht unbedingt eigene und schlagkräftige Formulierungen finden zu wollen, sondern sich anzupassen, ein gemeinsamer Weg gefunden werden kann. Ich darf in diesem Zusammenhang auf den ausgezeichneten Vortrag von Prof. *Luchtenberg*, den er auf dem Parteitag in München gehalten hat, hinweisen,[24] in dem keine Gegensätzlichkeit war und in dem wirklich die Einheit unseres Volkes in dieser Zeit gesucht wurde.

Es geht doch im wesentlichen um die Beziehung zwischen dem einzelnen Menschen und dem religiösen Bekenntnis auf der einen Seite und dem Staate und seinen Verpflichtungen und Grenzen auf der anderen Seite.

Wichtig ist die Beziehung des Menschen, unseres Menschen, zu den anderen Völkern und alle die Dinge, die damit im Zusammenhang stehen. Und dabei kommen wir zu zwei Tagesproblemen, die uns aufs äußerste beschäftigen. Das ist einmal die Frage der sogenannten Kriegsverbrecher, die jetzt mit den Verträgen zusammenhängt, und die Frage der Entnazifizierung.[25] Es geht um das Problem des politischen Irrtums überhaupt, und hier haben sich in der Ausdrucksweise erheblich schwerste Gegensätzlichkeiten anscheinend aufgetan. Das dritte Problem, was uns in den letzten Monaten immer wieder beschäftigte, ist ein innerpolitisches. Es ist die Frage unserer wirklichen Auffassung von der Staatsorganisation, die Frage nach der Abgrenzung des deutschen Föderalismus, und es hat sich hiermit im Zusammenhang die Frage des Einflusses der Gesamtpartei auf das Verhalten einzelner Landesverbände aufgetan. Es geht sehr stark um die Gestaltung des Staates im ganzen und um das Finden einer Homogenität in der Partei.

Wenn wir dann auf das Letzte kommen, so ist das in der Tat eine Frage der Selbstzucht. Es ist der mir niemals verständliche Streit über den Begriff, ob wir national oder nicht national sind, ich rede nicht von nationalistisch!

Es geht also beim außerordentlichen Parteitag wirklich darum, daß wir in diesem Sinne eine Aussprache und eine Aussage finden, um allen wieder das Gefühl zu geben, daß sie einen festen Boden unter den Füßen haben. Daß dafür

---

24 Siehe Nr. 14 c.

25 Das Problem der Kriegsverbrecher war im Überleitungsvertrag angesprochen. Siehe Nr. 17, S. 322 ff., mit anschließender Diskussion. Der Landesverband NRW hatte zu der Frage der Entnazifizierung und der Kriegsverbrecher Entschließungsanträge eingebracht, in denen Gerechtigkeit und das Ende der Diskriminierung für die von der Entnazifizierung Betroffenen und eine Änderung der die sog. Kriegsverbrecher betreffenden Bestimmungen in den Westverträgen gefordert wurde. ADL, Ordner-Nr. 995.

eineinhalb Tage zu weit gezogen sind, darüber bin ich mir klar, aber das Bedürfnis nach dieser Klärung ist vorhanden.

Ich möchte noch eines aussprechen: Das Wort von „rechts" und „links" gehört in eine politische Auseinandersetzung von heute nicht hinein, weil es kein rechts und links gibt. Rechts steht heute aus Oppositionsgründen Herr *Schumacher*. Wir sollten uns aber auch nicht mit so mißverständlichen Aussagen aufhalten, daß die FDP zwischen der CDU und der SPD stünde. Eine solche Generalisierung der Frage des „Zwischen" ist falsch.

Verzeihen Sie, wenn ich diesen Fragenkomplex in aller Offenherzigkeit angesprochen habe. Ich habe es getan, um uns die heutige Schwierigkeit und die der kommenden Wochen vor Augen zu halten und deutlich zu machen, wie notwendig es ist, zur Aussprache zu kommen.

Ich möchte betonen, daß wir so alle drei vorliegenden Anträge von Nordrhein-Westfalen und Hessen[26] in gleicher Weise erscheinen lassen als Ausgangspunkt für die Führung einer tiefgreifenden Erörterung. Ich vermeide es zu klassifizieren, aber es ist meiner Ansicht nach unmöglich, sie einzeln zu behandeln. Das ist meine Auffassung, und damit möchte ich von mir aus jetzt meine Ausführungen beschließen.

EULER: Ich möchte zur Klarstellung vorausschicken, daß wir erst eine Generaldebatte und dann Spezialdebatten führen sollten. Ohne Diskussion gibt es keine lebendige Partei. Was es nicht geben darf, ist aber, daß gewisse Gruppen innerhalb unserer Partei die Gesamtlinie öffentlich verlassen haben. Nicht in der Partei wurden diese Äußerungen getan und diese Auseinandersetzungen geführt, sondern von einer bestimmten Gruppe immer wieder nach außen getragen, um den anderen Flügel ins Unrecht zu setzen. Es sind viele Artikel erschienen, die uns schon in ihrer Gesamtanlage schädigten, und es ist ein Schaden, wenn eine geistige Auseinandersetzung in der Partei so geführt wird, daß man versucht, diejenigen, die man bekämpft, über die Presse ins Unrecht zu setzen.

Das Anliegen an den außerordentlichen Parteitag ist im Sinne des Hamburger Antrages klar herauszustellen, daß Erklärungen in der Presse und vor der Öffentlichkeit, die die Verhältnisse in der Partei berühren, vorher abzustimmen sind. Notwendige Auseinandersetzungen sind in den satzungsmäßig zuständigen Gremien zu führen. Entgegenstehendes Verhalten ist parteischädigend.

Unsere Diskussion, sowohl in den eigenen Reihen als auch gegenüber der Öffentlichkeit, leidet zuweilen unter dem Umstand, daß versucht wird, ein bestimmtes Verhältnis zu früheren Parteien derart herzustellen, daß diese als Traditionspartei angesehen werden. Wir haben das in Hessen immer für unzweck-

26 Bezieht sich offensichtlich auf die Entschließungsanträge Nr. 1 (Betonung der „selbständigen und unabhängigen Position" der FDP und Ablehnung ihrer Funktion als „Zünglein an der Waage") und Nr. 4 (Ablehnung der politischen Konzeptionen der Notgemeinschaft Heinemann/Wessel) des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, ADL, Ordner-Nr. 995, und des Entschließungsantrages Nr. 3 des Landesverbandes Hessen (Unvereinbarkeitsbeschluß der „Bildung oder Fortsetzung einer Regierungskoalition mit der SPD in einem deutschen Lande" – Ausnahme Berlin). ADL, A 1-41.

mäßig gehalten. Traditionen ja, aber nur wenn sie erfolgreich waren, nicht aber, wenn sie Mißerfolge hatten. Man findet sich sehr schwierigen Problemen gegenüber, wenn man frühere Parteien, die sehr klein waren oder wurden, nun als Traditionsparteien betrachtet. Man erschwert sich die politische Aufgabe damit. Wir haben dagegen in Hessen gesagt, wir übernehmen nicht irgendeine Tradition, wir sind eine neue Partei mit dem Blick in die Zukunft, und wir werden die Fehler der Vergangenheit meiden. Wir sind eine neue Partei, die modernst das Gedankengut aufnimmt, das früher schon vertreten wurde. Unser Verhältnis zu den jetzigen Parteien zeigt selbstverständlich Ablehnung jeder Art von Totalitarismus, Kollektivismus und Materialismus. Wenn man das tut, und wenn man sich nicht nur auf Ablehnung beschränkt, sondern allen solchen Bestrebungen kämpferisch gegenübersteht, dann können wir einen neuen Liberalismus zu Ehren bringen. Aber wir müssen verstehen, dafür zu kämpfen.

Ich komme dann zum zweiten Problem: Die richtige Verhältnisbestimmung gegenüber den beiden großen Parteien zu beziehen, die heute und seit 1946 im Mittelpunkt der Diskussion stehen: SPD und CDU. Wir sind uns seit 1946 in Hessen klar, daß wir die CDU in dem Maße mittreffen, wie wir die SPD mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Die CDU neigt zu einer Verbindung mit der SPD. 1946 hatte sie (CDU) in vielen Ländern Koalitionen mit der SPD. Wenn da ein Wandel eingetreten ist, dann ist das nicht zuletzt unser Verdienst. Durch das entschiedene Auftreten unserer kleinen Fraktion im Wirtschaftsrat ist es gelungen, die CDU davon abzuhalten, sich mit der SPD zu verbinden. Nur so war es möglich, eine Wirtschaftspolitik, die nun leider unter dem Namen *„Erhard"* läuft, in Deutschland durchzusetzen. Wir sind mit dieser Politik gut gefahren, denn die Bevölkerung hat erkannt, daß wir die Träger dieser Politik waren und daß wir die Linie, die da durchgesetzt wurde, vertraten, und zwar reiner vertraten als die CDU, die starken Widerstand in sich zu überwinden hatte. Beim Wirtschaftsrat war es so, daß wir aus einer geistigen Position, die rechts von der CDU war, die CDU abgehalten haben, nach der SPD die Verbindung zu suchen, und darauf beruhte unser gutes Abschneiden bei den Bundestagswahlen. Meiner Auffassung nach tun wir nicht gut daran, dies gar zu stur und nachhaltig fortzusetzen. Wir sollten auch im Parlament hervorkehren, was uns von der CDU scheidet und unterscheidet. Der primitive Wähler empfindet das durchaus in dem Sinne, daß wir rechts von der CDU stehen (Sitzordnung im Parlament). Die CDU hat viel mehr Verbindendes zu der SPD als zu uns, und die Wähler erkennen das, indem sie eine Koalition SPD–CDU als natürlicher empfinden als eine Koalition FDP–SPD. Die Entscheidung war gut getroffen, wir waren von dem Argwohn befreit, eine Mittlerstelle in Anspruch nehmen zu wollen, die uns gar nicht ansteht. Vom „Zünglein an der Waage" halte ich nichts.

Es wird dagegen eingewendet, wir verschlechterten unsere taktischen Möglichkeiten in den Parlamenten, wenn wir von vornherein eine klare Stellung einnehmen, die es unmöglich macht, mit der SPD gegen die CDU zu koalieren. Wir sind die Antipoden des Marxismus in einem viel stärkeren Maße als die CDU. Was nicht gesehen wird, das ist, daß ein Verlust an verschiedenen takti-

schen Möglichkeiten in den Parlamenten aufgewogen wird durch unsere bessere Stellung bei den Wahlen.

Es ist eine Verkürzung des Blicks, wenn man immer wieder auf die taktischen Gegebenheiten im Parlament abstellt und nicht sieht, daß wir bei den Wahlen die besseren Chancen haben, je mehr die CDU nach links abrückt. Wenn wir sie davon nicht zurückhalten, um so besser für uns.

Wenn nun dieses grundlegende Verhältnis zwischen uns und der CDU nicht verkannt worden wäre, dann wäre die Südweststaat-Koalition nicht zustande gekommen.[27] Ich bin unterrichtet über die Umstände. Die Wähler sind enttäuscht. Nun ist aber in den letzten Monaten eines immer wieder hervorgetreten und sollte für die nächste Zukunft bestimmend sein.

Im Normalfalle wäre eine Koalition FDP–SPD möglich gewesen. Aber wenn es uns darum geht, nach Möglichkeit eine Entschließung des Parteitages herbeizuführen, daß die Koalition mit der SPD in dieser Zeit, in diesem Augenblick – nicht aber für unabsehbare Zukunft – nicht vereinbar mit unserem Wollen sein soll, dann hat das seinen Grund darin, daß die SPD seit Wochen immer radikaler wird und mit Mitteln äußerster Diffamierung arbeitet, die eine Bonner Regierungspartei nicht auf sich sitzen lassen kann. Wir sind das unserer Selbstachtung schuldig; denn wir haben es nicht mit irgendeiner SPD, sondern mit der des Herrn *Schumacher* zu tun.

Mit einer solchen Partei können wir nicht mehr koalieren, nicht auf Bundesbasis und nicht auf Länderbasis, weil breiteste Wählerschichten das nicht begreifen. Und noch eines: Die SPD wird bis zu den Bundestagswahlen nicht abgehen von dieser Kampfesweise, im Gegenteil. Sie behält sich das Mittel „Gewerkschaftsbund" für erpresserische Maßnahmen vor.

Wir wollen mit unserer Entschließung keine Festlegung auf unbestimmte Zeit, sondern in dieser jetzigen konkreten Situation halten wir es im Interesse unserer Partei nicht für vereinbar, das[28] hinzunehmen und bestehen zu lassen.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich möchte zunächst auf das, was *Euler* gesagt hat, zurückgreifen, d. h. die Notwendigkeit der klaren Abgrenzung unserer Partei gegenüber den beiden großen Parteien CDU und SPD. Unsere Partei hat immer noch bewiesen, daß sie am besten aus jedem Kampf hervorgeht, wenn sie sich klar distanziert, wenn sie also die Eigenständigkeit behalten hat.

Um so mehr kommt ein Zweites hinzu, nämlich die Aussicht auf die Bundestagswahlen im nächsten Jahre. Ich glaube, Herr Kurt *Schumacher* hofft auf einen Wahlsieg, er hofft, an die Regierung zu kommen. Daß uns die Standhaftigkeit besonders in wesentlichen Fragen der Wirtschaftspolitik negativ angekreidet wird, bedarf keiner Frage. Das liegt im Wesen der Demokratie. Wir stehen unter der Bedrohung der Aufspaltung breiter nationalsozialistischer

27 Koalitionsbildung zwischen DVP (FDP), BHE und SPD am 25. 4. 1952. Diskussion im FDP-Bundesvorstand hierüber in Nr. 16.

28 Gemeint: Koalitionsbildung in Baden-Württemberg, Anm. 27.

Kräfte. Wie kann dem abgeholfen werden? Wir müssen einen klaren politischen Willen haben und entschlossen sein, nicht das Zünglein an der Waage zu bilden. Wir können noch eine größere Partei werden. Es ist nicht zu verkennen, daß wir im Laufe weniger Jahre aus einer neuen Partei die drittstärkste Partei geworden sind, die mit einem erheblichen Abstand vor den nachfolgenden Parteien rangiert. Wir können größer werden, wir müssen aber verhindern, daß unsere Aufspaltung im parteipolitischen Gefüge bis zu den Bundestagswahlen Herrn *Schumacher* zu einem Siege verhilft.

Wir können größer werden, wenn wir zunächst einmal diesem „Zünglein an der Waage-Standpunkt" eine klare Absage geben. Wir könnten es weiter tun dadurch, daß wir nun einmal auf die Suche nach Menschen gehen. Da sind wir dabei, aber wir haben es noch nicht intensiv genug getan, vor allen Dingen, wir haben unsere Tore noch nicht weit genug aufgemacht. Es ist ein entscheidender Punkt, wieweit wir dies können, ohne daß das Gesicht der Partei den liberalen Schwerpunkt verliert. Ich erhebe die grundsätzliche Forderung, national, liberal und sozial zu sein.

Wir müssen aber diese Menschen nicht nur als Wählerstimmen gewinnen, sondern als aktive Mitarbeiter der Partei. Kann es uns dann stören, wenn einige Kreisleiter der NSDAP waren? Gerade weil wir liberal sind, können wir das tun. Es sind gerade in der Entnazifizierung Dinge geschehen, die mit dem Rechtsstaat nichts zu tun haben. Wir haben die Entnazifizierung bekämpft, und aus diesem Grunde heraus haben wir auch die Pflicht, hier Konsequenzen zu ziehen. In dem Augenblick, wo jemand gewillt ist, auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie und dem Boden unserer Partei zu stehen und diesen guten Willen manifestiert in der Gegenwart, in dem Augenblick haben wir die Pflicht, nicht nur das Recht, ihn in bezug auf Ausübung des bürgerlichen Rechtes der Mitgestaltung und Verantwortung [in] unserer Partei mitarbeiten zu lassen. Ich bin nach wie vor der Auffassung, wenn jemand den ehrlichen Willen hat, sich in den Aufbau einer Demokratie einzuschalten, haben wir nicht danach zu fragen, was der Betreffende 1934 gewesen war, sondern was er heute ist. Wir haben nicht danach zu fragen, ob jemand früher einmal, so bedauerlich es ist, Schulungsbriefe der NSDAP geschrieben hat. Deswegen haben wir in dem Entschließungsentwurf, den wir eingeleitet haben, das klare Bekenntnis zu einer großen Partei, die wir werden wollen, zu einer kämpferischen Haltung, die wir einnehmen wollen, ausgesprochen und uns in Klarheit zu dem Standpunkt der Entnazifizierung bekannt.

Aus dem gleichen Denken, aus der Rechtsstaatlichkeit heraus, kommt m. E. automatisch unsere Haltung zu den früheren Soldaten. Auch hier können wir uns nur durch ein klares Ja behaupten. Wenn wir uns von Anfang an als Partei für die Ehre des Soldaten, des deutschen Soldaten, eingesetzt haben, so müssen wir auch klare Konsequenzen ziehen gerade in diesem Punkt, und wir müssen eine klare Stellung einnehmen zu der Frage, wie wir stehen zur Entlassung der sogenannten Kriegsverbrecher sieben Jahre nach dem Kriege.

Es ist in der Entschließung nochmals sehr eindeutig abgegrenzt unsere Haltung gegenüber den Konzeptionen *Heinemann, Niemöller,* Frau *Wessel.* Was der

Bundesausschuß bereits am 17. 5. klar ausgesprochen hat[29], sollte vom Parteitag bestätigt werden. Da sind gewisse Grundlagen, die von jedem in der Partei bejaht werden müssen. Wenn wir uns auf diesen Boden stellen, haben wir einen klaren Standpunkt. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir als FDP, als liberale Partei, so stark sind, daß wir das Einströmen der Leute, die vor zehn Jahren einen Standpunkt einnahmen, den wir verurteilt haben, als Mitarbeiter hinnehmen können ohne Schaden für die Partei.

Dr. DEHLER: Es ist bedrückend, daß wir uns nach sieben Jahren gemeinsamer Arbeit über diese Dinge unterhalten müssen. Sind wir denn uneins? Gab es eine Entscheidung im Bundestag, die nicht homogen getroffen wurde? Kaum eine! Gab es Entscheidungen, die wir nicht gebilligt oder die wir als groben Verstoß empfunden haben? Mir ist nichts Wesentliches gegenwärtig, weder im Bundestag noch innerhalb einer Landtagsfraktion. Das Reden um die geistige Krise hat in der praktischen Arbeit keine Rechtfertigung.

Zu den anderen Parteien: Daß wir beiden am Ende fern stehen, ist richtig herausgestellt worden. Wir wissen, was in der klerikalen Partei steckt, was wir nicht billigen: eine nicht immer unbedingt deutsche Haltung, speziell in Bayern; es gibt auch im Rheinland solche Momente. Es gibt keine unbedingte Fixierung zu einer anderen Partei, es gibt nur eine Fixierung der Richtung unserer Partei. Es gibt immer nur bestimmte politische Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Allein werden wir politisch nicht bestehen können. Wenn wir die letzten 30 Jahre zurückblicken, so hat sich an der Struktur nicht viel geändert. Es wird keine großen Verschiebungen geben. Wir werden nie allein operieren können, wir werden immer auf Bündnisse angewiesen sein. Wenn wir das Stuttgarter Problem so sehen, daß die Frage für unsere dortigen Freunde vorhanden war: Wie können die Ziele richtiger und besser erreicht werden, dann war das eine Erwägung, die notwendig war. Daß darüber noch bei der Struktur unseres Grundgesetzes ein anderer Aspekt vorhanden war, das rechtfertigt die Kritik, zweifellos, nicht aber die Verurteilung ohne weiteres.

Um noch auf einen Punkt von *Middelhauve* einzugehen: Sollen wir uns überhaupt mit diesen sekundären Fragen wie Generalamnestie, Entnazifizierung usw. das Leben schwer machen? Es gibt keine Partei, die liberaler war als wir. Wir haben verziehen, wir trachten niemanden nach der Vergangenheit, aber es gibt doch überall eine Grenze der Delikatesse. Ob ein Mann, der an einer ganz schlimmen Entwicklung mitgeholfen hat, ob der dann berechtigt ist, heute auf einer besonderen Position zu stehen? Diese Frage können wir aufwerfen.

HEDERGOTT: Wir haben oft das Gefühl, daß wir uns zu viel Mühe geben festzustellen, wo wir herkommen, aber nicht wo wir hinkommen oder wo wir gelandet sind. Das Streiten ist gefährlich, und traurig ist es, daß wir uns mit solchen Gedanken noch immer herumplagen müssen. Die FDP ist eine Partei, die unter ganz anderen Voraussetzungen mit Problemen fertig werden muß, als es

29 Die angesprochene Entschließung lautete: „Die Mitgliedschaft in der ‚Notgemeinschaft für den Frieden Europas' und in allen Organisationen gleicher Zielsetzung sowie die Mitunterzeichnung von Aufrufen dieser Verbände sind mit der Mitgliedschaft in der FDP unvereinbar." ADL, A 12-7.

je eine Partei vorher war. Es war ein sehr bestechender Vorschlag, daß wenn jemand abweichende Meinungen äußern will, daß er da erst in einer Aussprache die Dinge in die richtigen Bahnen leiten soll. Wenn wir aber zusammenkommen, haben wir immer viel zu wenig Zeit, um uns eigene Standpunkte angeeignet zu haben, um festzustellen, das ist eine abweichende Annahme. Meistens ist es ein kleines Gremium von Leuten, die vor einigen Jahren gesagt haben, das und das tun wir, und das und das tun wir nicht. Inzwischen haben sich die Ansichten geändert, der kleine Mann draußen aber weiß das nicht, und er vertritt noch das Vorherige. Nun wird er angegriffen. Das ist kein Abweichen von der Linie, es darf nicht so sein, daß man hinterher, wenn man sich nicht die Zeit genommen hat (Abstimmung *Heinemann* neulich), sagt, die FDP will dies und will dies nicht.

Wir gleiten in die Gefahr ab, daß wir nur noch sehr farblose Erklärungen bekommen werden, wenn man sich erst in einer Situation Gedanken macht, wenn die Dinge festgefahren sind. Ich sehe es für bedenklich an, wenn die Diskussion von lebenswichtigen Fragen auf ein kleines Gremium beschränkt bleibt.

Zur Frage SRP: Jeder ist inzwischen so tolerant, den Bayern z. B. eine Art Narrenfreiheit zuzu[ge]stehen. Die FDP hat in Bayern eine schwierige Position, eine Sonderstellung, einen scharfen politischen Kampf. Wir erkennen das an, aber nehmen Sie es doch auch uns in Niedersachsen nicht übel, wenn wir uns mit der SRP besonders stark auseinanderzusetzen haben. Ich halte das für einen Beweis mangelnden Vertrauens, wenn man sagt, die Niedersachsen rutschen ab.

Es ist sehr gefährlich, wenn man versucht für die Wahl 1953 aus einer Koalition, die nur notwendige Zweckgemeinschaft ist, Schlüsse zu ziehen. Ich stimme *Dehler* zu. Wir werden auch in Zukunft Wahlbündnisse notwendig haben, aber schon in die Wahl zu gehen und sich schon auf die Koalition einzustellen, das ist politischer Selbstmord. Wir dürfen nicht als Anhängsel der CDU angesehen werden. Gefährlich ist es auch, wenn wir in den Verdacht kommen innerhalb unserer Bundestagsfraktion, daß die FDP nur schreie aber doch mitmacht. Hätten wir eine klare Stellungnahme z. B. bei Kohle und Stahl auch *Adenauer* gegenüber bewiesen[30], dann wäre das besser für die Bundestagswahl gewesen. Ich halte in der Entschließung doch einige Dinge für bedenklich. Verschließen wir nicht die Augen, daß es noch heute FDP-Mitglieder gibt, die fragen, ob dieser Weg wirklich der einzig mögliche und einzig richtige ist. Es ist nicht nur der Gegensatz von rechts und links, sondern auch der Gegensatz von national und nicht national. Eine Partei, die eine Volkspartei, eine starke Partei werden will, muß national sein und muß sozial sein. Man kann auch noch liberal dazwischen bauen. Wir müssen die Furcht davor überwinden, eine Stellung zu beziehen, die vielleicht schon von *Niemöller, Pieck* oder *Adenauer* bezogen wurde.

---

30 Bezieht sich auf das Montanmitbestimmungsgesetz vom 21. 5. 1951, das gegen die Stimmen der FDP verabschiedet wurde. Zur Haltung der FDP in dieser Frage die entsprechenden Seiten in: MONTANMITBESTIMMUNG, 1984.

Der eine hat schon vor 1945 gesessen und ist verbittert, der andere hat nach 1945 gesessen und ist auch verbittert, damit beschäftigen wir uns, aber für die praktischen Zukunftsaufgaben fehlt uns die Zeit.

Franz BLÜCHER: Ich glaube, worauf es ankommt, ist folgendes: Wir stehen sehr nahe vor den Wahlen, und es ist nicht so, daß etwa die aktuellen augenblicklichen Aufgaben die wirtschafts- und sozialpolitischen sind. Das Gros der Wähler will heute gerade im Grundsätzlichen eine klare Linie bei einer Partei.

Was steht nun hinter der Frage „Entnazifizierung"? Hier entsteht einmal die Gefahr, daß durch die übermäßige Herausstellung von politisch Verantwortlichen aus dem Dritten Reich diese bestimmend werden können. Das andere Problem ist, daß es heute Millionen gibt, die wegen der formalen Behandlung der Entnazifizierung nicht mehr in ihrer Stellung sind. Durch diese Handlungsweise ist eine neue Art Radikalismus entstanden, mit dem wir uns beschäftigen müssen.

Dann etwas anderes. Die Heimkehrer und Soldaten fühlen sich zu Unrecht behandelt. Sie behaupten, sie sind moralisch diffamiert worden. Sie sind in der Tat durch ihre verspätete Heimkehr materiell sehr schwer getroffen und sehen eine Deklassierung darin, daß wir keine Möglichkeit haben, ihnen zu helfen. Wenn wir es täten, dann hätten wir die Inflation. Diese Sache müssen wir in die Hand nehmen und uns ebenfalls derer annehmen, die durch die Entnazifizierung wirtschaftlich und sozial entwurzelt worden sind.

Ich glaube, es ist falsch, hier einen Meinungsstreit aufkommen zu lassen. Es handelt sich lediglich darum, die wirkliche Aufgabe zu erkennen. Ich glaube, wir können diese Aufgabe nur durch ein großes Maß von Selbstverzicht lösen. Glauben Sie, ich wüßte nicht, daß, wenn das Dritte Reich gesiegt und Erfolg gehabt hätte, wir dann nicht hier säßen? Ich gestehe mir kein Recht zu, mich in Ressentiments zu verlieren.

Dr. LEUZE: Ich neige dazu, nicht zunächst mit dem Abstrakten anzufangen, sondern vom Konkreten auszugehen. Ich will mich auch nur kurz zu ein paar allgemeinen Fragen äußern.

Es ist notwendig, daß man sich darüber klar ist, als was man sich fühlt, ob als das „Zünglein an der Waage" oder ob man eine Aufgabe hat. Wir sollten uns entschließen für ein selbständiges „Großes" im politischen Gefüge und sollten uns dafür einsetzen. Wir sollten uns davor hüten, den Eindruck eines neuen „alten Kämpfertums" zu machen, indem diejenigen, die zwölf Jahre dagegen gekämpft haben – ich gehöre selbst dazu –, jetzt Nutzen davon haben wollen. Wir sollten davon absehen, mit Paragraphen und Entschließungen zu arbeiten. Wir sollten sagen, jeder Mensch hat ein Recht auf Änderung, auch Gauleiter und SS-Gruppenführer, und wenn er sich geändert hat, dann kann er in unsere Reihen eintreten. Die Frage des „Aktivwerdens" liegt an uns. Wir sollten miteinander sprechen, ob wir einen gemeinsamen Boden haben. Ich habe Bedenken: Harte Rechtsätze der Partei machen Ausschlußrechtsätze. Wir würden in rechtsförmiger Weise dem oder jenem begegnen, und dann hieße es: raus! Wir würden uns der eigenen Elastizität begeben.

Zum Südweststaatverhältnis: Nicht nur wir im Südweststaat sind bekümmert, wir hören es von überall, daß man sich mit dieser Koalition erheblich auseinandersetzt. Tatbestand ist, daß in der Anhängerschaft und noch viel mehr in der Wählerschaft unseres südwestdeutschen Landes eine ungeheure Skepsis gegen uns eingetreten ist. Unsere Aktivität liegt einfach lahm. Unsere Geschäftsführer sagen, wir können nicht mehr hinausgehen, weil wir immer hören müssen: „Euch kann man doch nicht mehr wählen." Und das passiert uns ein Jahr vor den Bundestagswahlen, die wir als etwas kardinal Wichtiges empfinden.

Man hat sich um die große Koalition nicht ehrlich bemüht, sondern ist mit einem vorher angelegten Drall in die kleine Koalition gegangen. Unser Wille zu einer einheitlichen Geschlossenheit der Partei im Südweststaat ist etwas unter Null.[31] Die zwei Landesverbände wollen für sich bleiben. Ist der Partei damit gedient? Nein, denn die Fraktion macht eine gemeinsame Politik. Wer ist bei uns die FDP? Wir? Die DVP, die zum Bund eine andere Stellung einnimmt als wir? Wir haben die Pflicht, durch eine öffentliche Kontrapunktierung den Schaden zu versuchen abzufangen.

Franz BLÜCHER: Gestern wurde im geschäftsführenden Vorstand die Ansicht vertreten, daß die Öffentlichkeit ausreichend unsere Haltung kennt und daß eine öffentliche Auseinandersetzung in Zukunft im Rahmen des Menschenmöglichen vermieden werden soll. Das ist zweifellos das Endziel. Es muß durch eine freundschaftliche Auseinandersetzung ein Zusammenschluß der zwei Landesverbände möglich sein zu einem Zeitpunkt, wo man glaubt, wieder zu einer einheitlichen Linie zu kommen. Und Sie haben selbst gesagt, daß dieses Ziel [als] ein notwendiges erscheint. Daß das im gegenwärtigen Zustand nicht leicht ist, wissen wir. In Zukunft hoffen wir, daß beide Seiten versuchen, nach außen hin die Gegensätze nicht noch mehr zu betonen.

Dr. LEUZE: Ich bitte den geschäftsführenden Vorstand, sich darüber klar zu sein, daß er von uns damit fast das Opfer unserer politischen Überzeugung verlangt.

Franz BLÜCHER: Wir waren der Ansicht, daß es sich aus der Situation ergeben hat, nicht erfreulich, aber unvermeidlich (Endziel: entsprechende verfassungsmäßige Gliederung). Auf der anderen Seite besteht die Notwendigkeit, die Auseinandersetzung so zu betreiben, daß dieses Ziel im gegebenen Augenblick erreicht werden kann. Wir sind uns klar, daß der Vorstand verpflichtet ist, dazu beizutragen, daß eine solche Klärung herbeigeführt wird. Eine Klärung wird sich auch aus der Sache ergeben. Ich hoffe, daß wir bald klar sehen, ob es einen Ansatzpunkt für den Versuch einer Klärung gibt oder ob es ihn jetzt noch nicht gibt.

---

31 In Baden-Württemberg existierten zu diesem Zeitpunkt noch drei voneinander unabhängige Landesverbände der DVP. Ein Vereinigungsparteitag fand erst am 19. 10. 1952 statt. Dessen Ergebnis akzeptierte *Leuze* allerdings nicht. Erst am 22. 2. 1953 löste er den Landesverband Südwürttemberg auf, und erst von diesem Zeitpunkt an existierte ein von allen Seiten anerkannter Landesverband Baden-Württemberg. Vgl. Uwe Dietrich ADAM, Politischer Liberalismus im deutschen Südwesten von 1945–1978, in: P. ROTHMUND und E. R. WIEHN, 1979, S. 227–231.

Dr. LEUZE: Der geschäftsführende Vorstand möge überzeugt sein, daß wir uns mit seiner Meinung auseinandersetzen.

Franz BLÜCHER: Für die freundlich gesinnte Presse wird diese Auseinandersetzung zu einer ewigen gemacht. Man sollte versuchen, die Auseinandersetzung in der Presse zum Abklingen zu bringen.

Dr. SCHÄFER: Ich glaube, das Ziel der Diskussion müßte sein, die verbindenden Momente herauszubringen. Man muß aber zunächst auch das Unterschiedliche sehen mit dem Ziel, ein Höchstmaß an Geschlossenheit zu erreichen.

Es gibt bestimmte Entscheidungen, die man nicht treffen darf. Bestimmte Dinge, die dem Grundsätzlichen zuwider sind, kann man ablehnen. Aber Stellungnahmen, die sich aus unrichtigen oder richtigen Voraussetzungen ergeben, kann man nicht zum Dogma machen. Man soll in der Politik nie „Nie" sagen. Wir dürfen nicht als politische Partei Mittlerstellung haben, wir sind nicht dazu da. Es kann sich das einmal ergeben bei einem Notstand, aber niemals als Aufgabe einer Partei. Sie muß sich als etwas Selbstverständliches und Eigenwüchsiges durchsetzen. Aber man kann auch niemals eine einseitige Bindung eingehen, die Entscheidungsfreiheit müssen wir uns vorbehalten.

Ich war zweimal in Stuttgart, ich kenne die Dinge dort. Daß man aber daraus so etwas wie einen Teil von [einer] Grundsatzentscheidung macht, halte ich für falsch. Das ist ein Stückchen parteipolitische Machtpolitik. Wenn man sich nur nach der einen Seite für verbindungsfähig hält, schwächt man die Position nach der anderen Seite. Ich finde, man sollte Festlegungen vermeiden.

Zu der Frage von Dr. *Middelhauve:* Entnazifizierung. Zweifellos kann es hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte eine Diskriminierung nicht geben. Schon 1947 im Zonenbeirat habe ich mich um diese Dinge gerauft. Ohne daß wir die Unversöhnlichen sind, kommen wir aber über bestimmte Erfahrungen aus der Vergangenheit nicht hinaus bzw. hinweg. Das ist aus Erfahrung stammendes Mißtrauen, und darum geht es. Die „Tore weit aufmachen", jede Möglichkeit und jede Chance geben, ist richtig, aber auch die Gewähr geben für eine kritische Beurteilung. Das bedeutet keine persönliche Geringschätzung. Es hat Leute gegeben, die waren in der NSDAP, und es hat welche gegeben, die konnten es sich leisten, nicht drin zu sein. Entnazifizierung ist kein Maßstab. Nicht was einer früher war, ist entscheidend, was er heute macht, ist wichtig. Man muß aber auch die Folgerungen sehen. Wenn man schon wieder hört, daß die, die im Dritten Reich ein gedrücktes Leben führen mußten, nach 1945 „aufgetaucht" sind, dann wird man skeptisch und kritisch.

Niemand versucht, die früheren liberalen Parteien fortzusetzen. Für den, der sich mit der aktiven Politik beschäftigt, für den ist es gar nicht möglich, etwas aus der Vergangenheit fortzusetzen. Das Schwerste ist, daß wir einen entsetzlichen Kräfteverbrauch haben. Die Hälfte der Energie, die wir gegeneinander aufwenden, nach außen verwenden: Dann würden wir die Schichten ansprechen, die wir zu uns herüberziehen wollen. Im Politischen ist das Bürgertum entsetzlich indifferent. Um Großes zu leisten, müssen wir über die inneren Auseinandersetzungen hinwegkommen. Das Prinzip sollte sein, die innere

Auseinandersetzung so weit wie irgend möglich zurückzustellen, um zur Sammlung der Kräfte zu kommen. Beim Sammeln muß man aber aufpassen, daß kein Sammelsurium entsteht.

Eine Frage ist noch, ob wir im Sozialen nicht etwas nachhinken. Das Schicksal der kleinen Leute hat uns nicht genügend interessiert. Wir sollten uns mehr um die Lebensfragen dieser kleinen Leute kümmern.

Ein weiteres Kapitel ist die außerordentliche Bedeutung der Wehrpolitik. In der Armee wird es völlig neue Typen geben. Außenpolitisch stehen wir vor der Frage, daß demnächst die gesamte westliche Welt von einer einheitlichen militärischen Organisation erfaßt wird. Da entstehen Netze von Verbindungen und Zusammenhängen, die die Demokratie hinfällig machen können. Hier stehen wir vor politischen Aufgaben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dafür nicht die Möglichkeit gegeben wäre, etwas zu tun.

Wir haben noch mehr Aufgaben, wir müssen das Bild der Partei nach außen hin verbessern, wir müssen Werbemaßnahmen schaffen für den Wahlkampf, für die Gewinnung von Mitgliedern. Man sollte einen Wahlkampf ohne Wahlen gut vorbereitet starten, aber nicht so viele Tagungen.

Zu den Entschließungen zum Parteitag: Es gibt da Formulierungen, die durchaus zu verwenden sind, wenn guter Wille vorhanden ist. Ich schlage folgendes Vorgehen vor. Eine Plenarsitzung mit bestimmter allgemeiner Aussprache, dann Ausschüsse aus bestimmten Leuten für bestimmte Gebiete zur Bearbeitung und am Schluß eine gemeinsame Sitzung, die die Abstimmung herbeiführt. So würden wir zu einer fruchtbaren Entwicklung kommen.

BEZOLD: Ich möchte mich kurz fassen, nachdem was *Dehler* gesagt hat. Was ich zur Entnazifizierung sagen wollte, ist bereits erwähnt worden. Ich möchte aber doch betonen, daß, wenn man die Soldaten allzusehr mit der Entnazifizierung gleichstellt, man Ursache und Wirkung verwechselt.

RADEMACHER: Nach den Ausführungen von *Bezold* will ich mich kurz fassen. Ich habe eigentlich bei den Anträgen nichts Neues entdeckt und kann das in allen Einzelheiten beweisen.

Herr *Euler,* wenn ich bei Ihnen anfangen darf. Es ist behauptet worden von einem Landesverband, wir seien Nachfolger der alten Volkspartei. Wir stehen doch im Grundsatz noch beim Syker Programm.[32] Wir müssen nur unsere Grundsätze neu durcharbeiten. Wir hoffen, in Hamburg mit der CDU/DP 1953 den Wahlkampf zu gewinnen.[33] Wenn aber die SPD bereit ist, ohne Herrschaftsanspruch, ohne selbstsüchtige Parteistandpunkte, die Verantwortung mitzutragen, dann werden Sie durch keinen Parteibeschluß sich in dieser Beziehung festlegen können. Ich warne Sie, eine Entscheidung zu treffen, die die SPD in die Richtung *Schumacher* hineinbringt. Warum ist denn gerade im-

32 Programm des Zonenverbandes der FDP (britische Zone) vom 5. 2. 1946. Vgl. K. SCHRÖDER, 1985, S. 159 f.

33 In der Bürgerschaftswahl am 1. 11. 1953 kandidierten CDU, FDP und DP zusammengeschlossen in Hamburg-Block und errangen 50 % der Stimmen. STATISTISCHE BERICHTE, 1957, S. 6 f.

mer in unserer liberalen Partei der Familienstreit, der nach außen ausgetragen wird? Bei uns, sofern irgend etwas geschehen ist, kommen sofort individuelle Erklärungen, Erklärungen gegen Landesverbände usw. Das scheint mir der große Fehler zu sein. Wir treiben es dabei so weit, daß wir die Partei wirklich in große Gefahr bringen.

Ich möchte aber noch ein letztes Wort sagen zur Frage der Entnazifizierung. Ich will auf das einzelne nicht eingehen. Wir sind heute in der Situation, daß wir uns für gewisse Leute schämen müssen. Wir müssen wirklich den Mut haben, endlich mit der Entnazifizierung Schluß zu machen. Wir müssen aber von uns aus auch darüber wachen, daß sich die Kräfte nicht untereinander und hinter den Kulissen organisieren.

RUBIN: Es ist pro und kontra Parteitag gesprochen worden. Aber ich glaube, wir sollten uns davor hüten, so zu tun, als ob überhaupt nichts da wäre, als setzten wir uns aus purer Lust zusammen und um uns auseinanderzuraufen. Es sind doch gewisse Spannungen da, und die können wirklich nur bereinigt werden, wenn wir uns einmal zusammensetzen und restlos aussprechen.

Was erreichen wir, wenn wir einer dem anderen vorwerfen, daß die positiven Absichten der Partei unterminiert werden? Sollten wir nicht anerkennen, daß die Ausgangspunkte und Gegebenheiten verschiedene sind und daß wir darum kämpfen müssen, eine vernünftige Basis zu finden? Ich habe den Eindruck, als wenn wir viel zu sehr in allgemeinen Dingen abwägen. Tun wir doch nicht so, als ob die Dinge nicht gelöst und besprochen werden müßten. Wir haben dies doch an dem Problem „Südweststaat" gesehen. Was dort geschehen ist, ist symptomatisch für eine Fehlentwicklung, und es liegt in unser aller Sinn, etwas Gemeinsames zu suchen. Ich habe die Bitte, daß wir uns am nächsten Wochenende alle bemühen, uns über die ganzen Dinge auszusprechen und eine wirkliche Lösung zu suchen.

Dr. HAUSSMANN: Ich danke den Herren für ihre Ausführungen, soweit sie unsere Verhältnisse angehen. Ich will zunächst auf die Ausführungen von *Euler* und *Middelhauve* zurückkommen, die davon gesprochen haben, wir müßten eine Parteilinie finden. Daraus ergibt sich die Auffassung dieser Herren, daß eine solche Linie nicht vorhanden ist. Wenn sie nicht vorhanden gewesen ist, dann kann sie ja auch nicht verletzt worden sein. *Dehler* hat darauf hingewiesen, daß uns das liberale Gedankengut in all den Jahren zusammengeführt und gehalten hat. Ich möchte, der ich außer den beiden letzten, immer den Sitzungen beigewohnt habe, für uns in Anspruch nehmen, daß wir der Bundespartei nie irgendwelche Schwierigkeiten gemacht haben. In sehr vielen Fällen, wo wir aus unserer Region heraus anderer Auffassung waren, haben wir das Trennende zurückgestellt, um der Einheit der Partei willen, und das nehmen wir nun auch von Ihnen in Anspruch.

Ich glaube, vieles liegt vielleicht auch daran, daß wir uns noch zu wenig kennen. Jeder einzelne von Ihnen war in den vergangenen Jahren in den ganzen politischen Dingen und existenziellen Fragen so ungeheuer angespannt, daß eine Aussprache in Ruhe nicht stattfinden konnte. Wir haben Verständnis dafür gehabt und haben uns sogar oft gewundert, daß Sie überhaupt diese Zeit auf-

bringen konnten. Vergessen wir nicht, daß, wenn wir auch in der liberalen Grundhaltung einig waren, wir doch in der ganzen Entwicklung, die mit 1945 begann, aus verschiedenen Zonen und Ländern, aus verschiedenen staatsrechtlichen Entwicklungen zusammengekommen sind, und wenn wir das alles berücksichtigen, dann können wir doch eigentlich behaupten, die Dinge sind verhältnismäßig gut gegangen.

Eins muß allerdings gesagt werden. Es ist uns doch gewiß beim Münchener Parteitag klar geworden, daß wir verschiedene Auffassungen in bestimmten Fragen haben. Deswegen bitte ich es mir auch nicht zu verübeln, wenn wir uns dagegen wehren, daß die Entwicklung, wie sie sich bei uns abgespielt hat, ausschließlich verantwortlich gemacht wird für die Entwicklung der Partei. Wir wollen selbstverständlich nach wie vor die Einheit der Partei, aber wir wollen, da wir in einer liberalen Partei sind, uns doch gegenseitig auch so viel Spielraum zubilligen, daß wir in einzelnen Fragen uns im Rahmen unserer Aufgaben selbständig verhalten.

Wir haben die Dinge, die hier von einem Redner erörtert worden sind, in keiner Weise angestrebt, aber wir sind bereit, zu diesen Dingen zu stehen. Wir sind der Auffassung, daß wir eine klare Hausaufgabe mit der Schaffung dieses Staates haben, und es ist doch ganz selbstverständlich, daß eine große Koalition, wie sie von der Bundesleitung gewünscht war, uns viel lieber gewesen wäre als jede andere Lösung, da sie für uns nicht nur parteiintern, sondern auch nach außen hin leichter gewesen wäre.

Wir nehmen weiter für uns in Anspruch, daß wir unsere Parteifreunde nicht nur hier, sondern auch in Frankfurt wahrheitsgetreu unterrichtet haben, und ich bitte, sich zu vergegenwärtigen, daß es für uns deprimierend sein müßte, wenn wir hier oder in Essen weggingen in dem Gefühl, daß man unserer Berichterstattung weniger glaubt als denen, die einen anderen Standpunkt einnehmen. Eines dürfen Sie nicht vergessen: Die Koalition, die wir haben, ist nach dem Unterschied, den das Grundgesetz mit der derzeitigen Verfassung hat, in diesem neuen Staate im Sinne einer Lösung und Auflösung staatsrechtlich und politisch viel leichter zu vollziehen als nach dem Inhalt und der Bestimmung des Grundgesetzes und nach den Erfahrungen, die mit dem Grundgesetz gemacht worden sind auf der Bundesebene.

Deswegen möchten wir in allererster Linie Sie bitten, geben Sie doch den Männern, die nun für uns als Partei die Dinge in der Regierung vertreten, einmal eine angemessene Chance der Bewährung und Nichtbewährung, wie es immer üblich ist und wie es in unserer Partei selbstverständlich sein müßte. Man wird doch nicht annehmen, daß ein Mann wie *Maier* und *Frank* durch eine solche Koalition andere Männer geworden sind und daß sie im Grundsätzlichen die Gedanken unserer Partei irgendwie im Stich lassen. Es ist in den ganzen Monaten, in denen diese Regierung auf der Bundesebene durch den Bundesrat in Erscheinung getreten ist, bundespolitisch gesehen, nichts passiert. Ich bin ausdrücklich ermächtigt, auch für die jetzige Situation, für die Fragen, die der Vorsitzende angedeutet hat, zu erklären, daß unser Freund *Maier* seine Stellungnahme erst, nachdem die Ausschußberatungen erfolgt sein werden, erst mit Zustimmung nicht nur unserer Fraktion in Stuttgart und den Parteistellen,

sondern auch in engster Konsultation mit der Bundesparteileitung beziehen und verkünden wird. Wir können und müssen einem Mann, der nun immerhin beinahe sieben Jahre die undankbare Aufgabe auf sich genommen hat, das Vertrauen entgegenbringen und froh sein, daß er es tut.

Ich möchte aber noch eine weitere Frage aufwerfen: Ist es überhaupt möglich, wenn die Partei, die wir miteinander bilden, im Rahmen der Entwicklung des Grundgesetzes und Bundes, im Rahmen unserer jetzigen Satzungen, den beabsichtigten Beschluß erwirkt? Wir haben geglaubt, daß es uns gelingen würde, uns über diese Dinge mit Ihnen zu verständigen. Ich begrüße die Anregung von *Leverenz*, den Versuch im Interesse der Gesamtpartei zu machen, uns auch nach außen wieder zu verständigen.

Wir sind die Letzten, die nicht die Bedeutung der Bundestagswahl von 1953 erkennen, und wir sind alle durchaus bereit, in diesen Dingen mitzuwirken. Aber dann geben Sie uns auch als Bundesparteivorstand der Öffentlichkeit gegenüber die Möglichkeit hierzu. Wir werden durchaus mit Ihnen immer im Sachlichen und Persönlichen die Fühlung halten. Wir konnten die große Koalition nicht erzwingen. Das darf aber nicht dazu führen, daß unsere Partei ihr Gesicht verliert. Wir werden keine Zumutungen hinnehmen. Aber wir werden ja nie in der Lage sein, unsere Auffassung in der Gesetzgebung aus eigener Stärke durchzusetzen, sondern immer dazu übergehen müssen, in diesen Fragen zu koalieren, und wir glauben, daß wir gerade im Rahmen dieser Koalition etwas schaffen können, ohne daß unsere Partei ihr Gesicht verliert.

Dr. PREUSKER: Es ist von den verschiedenen Seiten zum Ausdruck gebracht worden, daß es ja gar nicht so viel sei, was uns trennt, und *Schäfer* sagte, man kann zweierlei Gesichtspunkte in den Vordergrund bringen, das Trennende und das Verbindende. Man kann auch über die Probleme hinwegreden und ablenken, indem man sagt, es ist ja nichts.

Es ist ein ausgesprochenes Spannungszeichen, wenn eine Situation entstanden ist, daß sich einzelne Landesverbände gar nicht mehr in der Lage sehen, mit den anderen zusammenzuwachsen, daß sie sagen, uns trennt so viel, daß wir zu keiner Einheit kommen. Wenn das keine Spannungszeichen sind!

Wir haben sehr große Aufgaben, das ist richtig, aber wir können zu konkreten Lösungen nicht gelangen, wenn diese Dinge, die jetzt innerhalb dreier Landesverbände aufgebrochen sind, nicht ins reine kommen. Es ist von *Haußmann* herausgestellt worden, daß es schon in München klar geworden ist, daß wir verschiedener Auffassung waren. Es ist dies auch nichts, was zu verurteilen wäre. Die Frage ist nur, ob wir wirklich noch die Fähigkeit besitzen, uns zu einigen oder ob man das nicht mehr schafft. Wir müßten vor diesem außerordentlichen Parteitag aus dem Willen heraus, zu einer Einheit zu kommen, die Klärung herbeiführen.

Ich bin noch in anderer Hinsicht anderer Meinung. Alle deutschen Parteien sind aus verschiedenen Lagern zusammengekommen, wir wollen zusammenwachsen zu einer einheitlichen Partei und selbst, wenn wir es nicht wollten, müßten wir es tun aus dem Zwange heraus.

Das, was im Südweststaat entscheidend war, ist, daß der Wahlkampf von unseren Gegnern und von unserer Partei unter dem Aspekt über die Entscheidung der Bundespolitik geführt wurde. Und so ist die Antwort der Wähler ausgefallen.

Zu der Frage: Wo stehen wir politisch? Die Frage ist von *Schäfer* beantwortet worden. Wir müssen uns die Freiheit der Entscheidung, so eine Art von Drehscheibenrolle vorbehalten. Dann kam der Zwischenruf von *Hedergott:* „Auch für die Außenpolitik." So lange wie dieser Osten ein bolschewistisch angriffslustiges Unternehmen ist, so lange ist diese Freiheit à la Drehscheibe nicht gegeben. Auf Dasselbe sind wir innenpolitisch im Augenblick auch angewiesen.

In den Augen der Wähler ist die Koalition im Südweststaat eine neue Harzburger Front. Die Vorstellung, daß die FDP als kleine Partei in der Lage wäre, die SPD auf den Pfad der Tugend zurückzubringen, ist irgendwie wider jede tatsächliche und politische Erfahrung und entbehrt jeder Glaubhaftigkeit. Hier hilft nur eine ganz klare Entscheidung von unserer Seite.

Dr. LÜDERS: Ich habe ein peinliches Gefühl über das große und allgemeine Mißverständnis über das, was Föderalismus ist. So kann man einen Föderalismus nicht exerzieren, daß man für sich in Anspruch nimmt, daß man eine Koalition bildet, ohne rechtzeitig mit der Parteileitung zu sprechen. Niemand hat etwas dagegen, daß eine Koalition gebildet wird, die man in den einzelnen Landesverbänden für richtig hält. Aber die Parteileitung muß rechtzeitig instruiert werden.

Zu den Nazidingen: Ich bin sehr dafür, die Tore weit offen zu halten, aber mit Kritik und Nachprüfung. Und daran scheint es in großem Maße zu fehlen.

BORTTSCHELLER: Wenn wir in Bremen nicht mit der SPD zusammengingen, müßten wir das mit der SRP machen.[34] Ich glaube doch, daß unsere hessischen Freunde uns nicht auf die Hörner nehmen, sondern uns leben lassen wollen. Die SPD würde, wenn sie nicht in der Verantwortung wäre, uns einen Streik nach dem anderen vorsetzen. Das ist eine gesamtdeutsche Angelegenheit, denn die beiden Häfen Hamburg und Bremen sind die tragenden Häfen von Deutschland. Ich glaube nicht, daß ich hierzu noch irgend etwas zu sagen brauche. Wir haben in Hamburg und Bremen in *Brauer* und *Kaisen* zwei Männer, die sich einsetzen. Aber wenn wir diese Männer vor die Nase stoßen, erreichen wir das, was die SPD haben will, nämlich deren Kassierung.

Franz BLÜCHER: Gestatten Sie mir zusammenzufassen, und nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das Gefühl der tiefen Enttäuschung zum Ausdruck bringe.

---

34 In Bremen existierte seit dem 29. 11. 1951 ein Senat aus SPD, FDP und CDU. A. C. STORBECK, 1970, S. 172. Die SRP hatte in der Bürgerschaftswahl am 7. 10. 1951 7,7 % der Stimmen gewonnen. STATISTISCHE BERICHTE, 1957, S. 7. Eine Senatsbildung unter Ausschluß der SPD wäre möglich gewesen durch ein Zusammengehen von CDU, FDP, DP, GB/BHE und SRP, die zusammen über 48,9 % der Stimmen und 55 der 100 Mandate verfügten. Ebd. S. 9.

Wir haben in der Partei genau die Situation wie in der Presse. Worunter leiden wir, was ist der Grund für die augenblickliche Entfremdung zwischen Regierung und Volk? Es wäre verbrecherisch, diese Entfremdung leugnen zu wollen. Sie hat einen bösen Grund nicht nur in der Überbeschäftigung des einzelnen, sondern [darin], daß wir hier in Bonn viel zu viel gearbeitet haben und arbeiten mußten, daß darüber aber bei dem einzelnen das Unterscheidungsvermögen zwischen groß und klein verloren gegangen ist. Was uns in der Partei fehlt, sind bestimmte Grundsätze, Probleme, Grundsatzforderungen, die jeder versteht und die an die Bevölkerung herangebracht werden können.

Nun komme ich auf etwas anderes zurück. Es ist doch aufgeklungen, als ob bestimmte Äußerungen, von denen ich zuerst gesprochen habe, nicht so nötig gewesen wären. Ich habe mir die Mühe gemacht, willkürlich aus einer Rede vom 10. 4. 1946 in Essen einiges herauszuziehen, und es hat sich erwiesen, daß ich damals bezüglich der Entnazifizierung genau das gleiche wie heute gesagt habe. Wir können an den Tatsachen nicht vorbeigehen. Wir sollten abheben auf das Problem der Bewährung.

Und bei diesem Wort Bewährung befinde ich mich in einem krassen Widerspruch zur bloßen juristischen Betrachtungsweise. Das ganze Problem des Abgeordneten und seiner Vollmacht oder Nichtvollmacht wird deswegen so formaljuristisch betrachtet, weil man aus den bisherigen Erfahrungen bei uns feststellen muß, daß wir nicht erst die Abgeordneten sich haben bewähren lassen. Ich möchte eines sagen: Wir haben uns zum Teil auf Mandatsträger eingelassen, die es besser nicht geworden wären. Die Schwierigkeit der nächsten Wahl wird darin bestehen, die politische Bewährung des Mandatsträgers vor jede Erwägung zu stellen. Ich muß da Hamburg zustimmen, daß letzten Endes die Herausstellung eines Mandatsträgers für eine Partei die Schlußfolgerung ergibt, daß er sich an die großen Grundsätze der Partei als Abgeordneter gebunden hält, sonst darf er das Mandat als ehrlicher Mensch nicht annehmen.

Ich komme also jetzt wieder auf die Frage der Resolutionen zurück. Nach meiner Auffassung sollte die heutige Aussprache in der Form geführt werden, die Voraussetzungen für die nächsten Tage und für die Entschließungen zu haben, die am Samstag dem Parteitag vorgelegt werden sollen.

Wir müssen den Parteitag unter einem anderen Licht sehen. Für viele Leute sind wir die großen Köpfe. Aber wir sind dem Volke gegenüber „entrückt", und dieses Volk ist bei uns repräsentiert durch die Delegierten des Parteitages, und diese dürfen nicht das Gefühl haben, daß wir uns einer Aussprache nicht stellen wollen.

Nun komme ich auf eine Schwierigkeit des Entschließungsentwurfes Hessen. Ich glaube, wir müssen diesen Entschließungsentwurf im positiven und nicht im negativen Sinne formulieren, damit wir nicht Gefahr laufen, an die CDU angeschmiedet zu werden. Aber es ist noch eine andere Gefahr vorhanden. Selbst wenn wir sagen, innerhalb der großen Koalition: ja, dann bedeutet das, daß wir Gewehr bei Fuß stehen müssen, bis die beiden anderen sich freundlichst geeinigt haben und wir die Konditionen dann schlucken. Wir sollen solche Grundsatzfestlegungen nicht treffen, aber um so härter uns zu unseren wirtschaftspolitischen Forderungen aussprechen.

Die Meinung, unsere Aussprache heute sei durch die Südweststaatgeschichte ausgelöst worden, bestreite ich. Sie ist es nicht, es ist das allgemeine Gefühl einer Hilfs- und Führungslosigkeit. Wir werden mit dem, was wir am Sonntag sagen, viel deutlicher sein müssen als in den Anträgen.

Was die Frage Südweststaat so sehr vergiftet, ist der bisher uns gegenüber noch nicht geführte Beweis einer völligen Ausschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten im Sinne der Vermeidung der jetzigen Koalition. Das ist das, worunter wir nicht nur parteipolitisch, sondern auch im Sinne des freundschaftlichen Zusammenlebens leiden. Es hat keinen Sinn, hier weiterzumachen, so lange wir nicht zu einer Urteilsfindung und Urteilsbildung gekommen sind. Da genügt eine Aussprache nicht, entscheidend sprechen hier die Akten, und entscheidend spricht hier Rede und Gegenrede. Aufgrund von Akten und Vorgängen und ihrer Kenntnis sollen 240 Leute in die Lage versetzt werden, sich ein Urteil zu bilden. Ich persönlich möchte hier, nachdem ich zunächst gesagt habe, wir müssen aufgrund der ganzen Aussprache sehr viel weiter ins einzelne gehende Entschließungen dem Parteitag vorlegen, zu folgendem Vorschlag kommen:

Wir bestimmen fünf Männer, die weder feindlich noch voreingenommen sind, dazu, spätestens in zwei bis zweieinhalb Wochen an Hand sämtlicher aktenmäßiger Unterlagen festzustellen: Wir haben den Eindruck, *Haußmann* und seine Freunde haben alles versucht, die Fraktion ist über alles unterrichtet gewesen, es ging nicht anders; oder aber sie kommen zu einem anderen Schluß. Wir müssen diesen Schluß dann mit Geduld abwarten. Eine bloße Aussage in einem Gespräch erscheint mir nicht beweiskräftig, das hat die Vergangenheit gezeigt.

Das zweite in diesem Fragenkomplex ist die fürchterliche Behauptung „Balingen".[35] Sie darf nicht im ungeklärten Raume belassen werden. Dazu kommen bestimmte Dinge, über die *Dehler* ausgesagt hat. Ich glaube, wir müssen hier zu einem Ende kommen, ich glaube aber nicht, daß eine große Aussprache mit 300 Menschen zu einem Ziel führen kann. Wir müssen vermeiden, daß allein aus unserer Zerrissenheit der Verlust einer Mehrheit im kommenden Bundestag hervorgeht. Diese Gefahr besteht. Wir müssen sie in absehbarer Zeit angehen.

Dr. Dehler: Ich bin nicht enttäuscht über unsere Aussprache, sondern erfreut. Wir stehen vor einem außerordentlichen Parteitag, den man verlangt hat, weil ohne diesen außerordentlichen Parteitag die Partei auseinanderbrechen würde. In der Öffentlichkeit ist der Eindruck da, die Partei sei brüchig. Wenn ich sachliche Gegensätze sehe, dann trage ich sie mit großer Begeisterung aus.

35 Bezieht sich auf eine Rede *Maiers* in Balingen am 2. 7. 1952, in deren Verlauf es zu Auseinandersetzungen zwischen *Maier* und einer liberalen Studentengruppe gekommen war. Hierzu das Referat Reinhold *Maiers* auf dem außerordentlichen Parteitag der FDP in Essen am 12. 7. 1952, ADL, A 1-182. *Maier* beabsichtigte mit diesem Auftritt im Gebiet des Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern, die dortige Opposition gegen seine politische Linie zu schwächen. Die Parteiführung um *Leuze*, aber auch *Blücher* empfand sein Auftreten als provokativ. Siehe Nr. 20 a mit Anm. 18–20.

Mir ist ein sachlicher Gegensatz heute nicht aufgegangen. Nennen Sie mir eine politische Entscheidung, wo wir auseinandergegangen sind. Die Frage einer Koalition ist eine taktische Frage und keine politische.

(Widerspruch).

Ich verstehe nicht, wieso ein Zusammenschluß der drei Landesverbände nicht möglich sein soll. Die Abgeordneten aller drei Landesverbände sitzen in der Fraktion. Es ist doch selbstverständlich, daß man dieser Fraktion den organisationstechnischen Hintergrund der Partei gibt.

Worauf *Blücher* mit Recht hingewiesen hat, ist die Verwirrtheit unserer Wähler. Das hat aber viele Gründe, und nur ein Grund ist Stuttgart. Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist eine politische Aufgabe. Wie kommen wir über die Situation hinweg? Für uns als Bundespartei ist die schlimme Folge die Gefährdung der Bundespolitik im Bundesrat. Darum drehen sich die Dinge. Es war mein Bemühen, eine klare Stellung von Reinhold *Maier* zu erreichen. Er hat mir mit aller Bestimmtheit gesagt: Er ist frei in der Bundesrats-Politik. Es ist nicht so, daß im Falle der Meinungsverschiedenheit Stimmenthaltung geboten wäre. Er kann notfalls auch gegen die SPD entscheiden und kann es ihr überlassen, welche Folgerungen sie daraus zieht. Er hat die gleiche Erklärung abgegeben, die von *Haußmann* abgegeben worden ist. Er wird alles tun, um konform mit uns zu gehen. *Haußmann* hat es so formuliert, daß er in engster Konsultation mit der Bundespartei handeln wird. Wir müssen Reinhold *Maier* doch binden. Er hat bisher noch keinen Grundsatz unserer Partei verraten, er hat sich als ein guter gerader Mann bewährt, und er hat nach einer Aussprache mit uns sich für verpflichtet gehalten, bei der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages anwesend zu sein. Das war eine Demonstration.

Zur Klärung können diese Dinge nur vom Bund her geführt werden: daß wir durch starke Bindung von Reinhold *Maier* an uns die SPD zwingen, aus der Koalition auszuscheiden. So wird es kommen, wenn Reinhold *Maier* mit uns die Vertragswerke beschließt. Ich weiß nicht, was ein Parteitag hier ändern und bessern soll. Man muß die Dinge klären, und ich hoffe, daß die Stuttgarter nichts zu verbergen haben. Was aber soll uns denn Essen nützen? Können Sie sich vorstellen, daß dort eine Verständigung über diese Dinge erfolgen kann?

EULER: Ich gehöre zu denjenigen, die über die heutige Unterhaltung sehr froh sind. Ich bedauere nur, daß ein solches politisches Gespräch im Gesamtvorstand so selten zustande kommt. Ich bin im übrigen der Auffassung, wenn wir den Punkt Verhältnis SPD – CDU früher so gründlich durchgesprochen hätten, dann wäre es nicht zu der berüchtigten Koalition gekommen, und es wäre uns das nachträgliche Nachdenken darüber wirklich erspart geblieben. Herr *Dehler*, ich will mit Ihnen nicht streiten, ob eine Koalitionsbildung nur taktisch aufzufassen ist. Das Taktische kann sehr viel sein. An der Harzburger Front haben sich Welten geschieden. Wir wollen den wahren Umfang der Gefahren erkennen und überlegen, wie wir diese eindämmen. Mit dem Wort Taktik die Gefahr beseitigen zu wollen, ist absurd. Die Gefahr besteht doch, daß wir mit 30 Mandaten werden bezahlen müssen. Wenn wir uns nicht um das Schicksal der FDP so viel Sorge machten, könnten wir uns ja als Landesver-

band Hessen aus dieser Gefahr befreien. Aber der Ernst der Lage nötigt uns, so zu sprechen. Erst wenn man dies berücksichtigt, kann man überhaupt über den hessischen Antrag sprechen und hat dann eine Grundlage gewonnen, von der aus man die Sache betrachten kann.

Franz BLÜCHER: Ich hatte es vermieden, die Lage so schwarz zu malen, muß es aber nun wohl doch tun. Wir werden geradezu gezwungen, alles zu tun, um die Stuttgarter zu beraten. Vor welcher Situation stehen wir aber tatsächlich, wenn die Haltung der SPD in der einen oder anderen Frage so ist, daß es Stuttgart nicht möglich ist weiterzumachen? Dann erfolgt ein absolutes Übergewicht der CDU. Das zwingt uns, uns rechtzeitig auf gemeinsame Operationen einzustellen. Bitte kein Spiel mit Worten, wir müssen zu einem Ergebnis kommen, und wir müssen in einer übersehbaren Zeit enden.

Dr. MIDDELHAUVE: Die FDP ist nicht brüchig, denn dann säßen wir hier nicht mehr beisammen, dann hätten wir die Aussichtslosigkeit erkannt. Wenn Sie fragen, was haben wir denn an Gegensätzlichkeiten gefunden, nun ist denn nicht *Dehler – Euler* ein Beweis?

Die Entwicklung ist weiter gegangen, unser Kampfruf gegen den Kollektivismus muß schärfer sein als früher, die Fronten haben sich verschärft. Sie sagen, das sind nur technische Erwägungen. Das beweist aber doch, daß wir uns zusammenraufen müssen.

Diese Dinge offen auszusprechen, ist Aufgabe des Parteitages, nicht nur des heutigen Tages. Wir haben eine Verpflichtung als Vorstand, selbst wenn wir alle der Auffassung wären, wir würden schon zu einer gemeinsamen Entschließung kommen, auch dann müßte der Parteitag stattfinden, um den Freunden das Gefühl zu geben, sie haben mitgeschafft. Dieser Parteitag muß als echte politische Aussprache durchgeführt werden. Er soll nicht dazu dienen, die Koalition im Südweststaat zu klären. Er soll eine politische Aussprache sein. Aber deswegen ist das Problem Südweststaat noch nicht gelöst.

Ob der Vorschlag *Blücher* zu einem Ergebnis führt, weiß ich nicht. Wenn wir fünf Leute finden, stimme ich zu, wenn nicht, dann muß etwas anderes geschehen.

Ich schlage vor: In dieser Woche zu einer Zusammenfassung der Entschließungsvorlagen in einer einheitlichen Entschließung zu kommen und dann den gesamten Komplex in einer grundlegenden und profilierten Entschließung auszuarbeiten als Diskussionsgrundlage. Die Entscheidungsgrundlage soll am Samstag diskutiert werden, Änderungen werden noch notwendig sein, ein kleinerer Redaktionsausschuß könnte die Dinge überarbeiten. Ich habe den guten Glauben, daß wir eine vernünftige und tragbare Entschließung verabschieden können. Wir sollten im Anschluß dann am Sonntag nachmittag zu den Entschließungen von Hessen und Nordrhein-Westfalen sprechen.

EBERHARD: Auch ich bin erfreut über die Aussprache am heutigen Nachmittag und bedauere nur, daß die Dinge nicht schon einmal früher besprochen worden sind. Ich bedauere auch, daß unser Parteifreund *Haußmann* nicht schon früher gekommen und diese Aussprache erst acht Tage vor dem außerordentlichen Bundesparteitag zustande gekommen ist. Wir haben nun vier Stunden de-

battiert, und nur der Vorsitzende hat einen praktischen und brauchbaren Vorschlag gemacht. Ich sehe gerade in der Tatsache, daß ein Prüfungsausschuß eingesetzt werden soll, die beste Möglichkeit, alles einwandfrei zu klären.

Dr. LEUZE: Vielleicht ist es mehr als Taktik, wenn einer unserer Freunde aus der Fraktion vor Abschluß der Koalition Herrn *Haußmann* schreibt: Machen Sie sich nicht zum Totengräber der Partei. Wenn es trotzdem passiert, weil man nach niemand fragt, dann bin ich der Meinung, daß die Frage aufgeworfen werden muß, wie stehen wir zu diesem Ergebnis. Es ist doch merkwürdig, Herr *Dehler,* daß am 15. 12. 1951 in Freudenstadt eine allgemeine Bereitschaft zum Zusammenschluß geherrscht hat.[36]

Franz BLÜCHER: Sollen wir dieses Thema noch weiter behandeln? Wir sind in einer blödsinnigen Situation. Wir wollen doch den Leuten, die hin und her gerissen werden, die Sache nicht noch schwerer machen. Wir wollen doch zur Einigkeit kommen, wo immer es geht, ohne zuzukleistern. Es muß ein klarer Sachverhalt geschaffen werden, der eine Abklärung bringt.

EULER: Wir sollten versuchen, die hessische Entschließung so zu fassen, daß Mißverständnisse nicht eintreten.

Wir wissen auch, wie wichtig es ist, die Partei zu aktivieren, damit rechtzeitig Propagandamaßnahmen und Werbefeldzüge zur Vorbereitung des Wahlkampfes gemacht werden können.

Wir halten deshalb einen Aktionsausschuß des geschäftsführenden Vorstandes für erforderlich, um klare Verantwortlichkeiten zu schaffen und Mißverständnisse zu vermeiden. Hat man persönlich Verantwortliche, dann weiß man, an wen man sich zu halten hat.

Dann noch ein Problem. Es ist mir zu Ohren gekommen, daß die Delegierten für den außerordentlichen Parteitag aus Württemberg-Baden nicht durch einen Parteitag bestellt, sondern benannt worden sind.

Dr. HAUSSMANN: Aufgrund von Vorschlägen aus den Kreisverbänden hat der erweiterte Landesvorstand nach den Gebieten die einzelnen Leute ausgewählt. Wir haben keinen außerordentlichen Parteitag zur Wahl der Delegierten einberufen, es sind aber im wesentlichen die alten Delegierten der früheren Parteitage bestimmt worden.

Franz BLÜCHER: Dies war kein Vorwurf, sondern nur eine Frage. Was den „Aktionsausschuß" anbetrifft, so wird es eine Überbeanspruchung, wenn wir noch zwei verschiedene Ausschüsse haben. Das wird ein Gegeneinander statt ein Miteinander.

---

36 Hierbei handelte es sich um eine „gemeinsame Tagung der drei Landesvorstände und Landtagsfraktionen der FDP des Südwestraums", in deren Verlauf „einstimmig die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft" beschlossen wurde mit dem Ziel, „den endgültigen Zusammenschluß der drei Landesverbände herbeizuführen und den organisatorischen und politischen Aufbau des neuen Verbandes zu vollziehen". fdk, 2. Jg., Nr. 90 vom 18. 12. 1951.

BEZOLD: Das ist nicht möglich nach § 12, Abs. 3. Der Vorstand gibt sich seine Geschäftsordnung. Sie bedarf der Bestätigung des Hauptausschusses.

Dr. MIDDELHAUVE: Das werden wir schon nächsten Samstag machen.

Franz BLÜCHER: Dieses Gremium wäre praktisch nur zu einer Aufgliederung des geschäftsführenden Vorstandes zu benützen, der dann immer gehalten wäre, in toto zu entscheiden.

Dr. SCHÄFER: Den Vorschlag Hessen könnte man zu einem Bestandteil der Geschäftsordnung machen. Der Ausschuß bleibt immer dem Vorstand verantwortlich.

Zu den Entschließungen über die organisatorischen Anregungen gehört noch das Fünf-Männer-Gremium wegen Württemberg-Baden. Mit einem solchen Vorschlag muß Württemberg-Baden einverstanden sein.

Dr. HAUSSMANN: Ich werde meinem Landesverband berichten, da ich selbst keine Erklärung abgeben kann.

Dr. LEUZE: Wir begrüßen diese Erklärung und begrüßen die Ausdehnung auf die Balinger Sache.

20a.

13. 7. 1952 (9.10 Uhr): Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 95. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am 13. 7. 1952 in Essen." Beginn: 9.10 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Blücher, Dehler, Eberhard, Euler, Herta Ilk, [Kessler], Leuze, Leverenz, Middelhauve, [Rademacher], von Rechenberg, Rubin, Schäfer, [Schwennicke], Stegner, [Weirauch, Wellhausen].

[KOALITIONSBILDUNG IN DEN LÄNDERN: HIER BADEN-WÜRTTEMBERG]

Franz BLÜCHER eröffnet die Sitzung und beantragt zur Geschäftsordnung, daß, da wir heute über einen größeren Raum verfügen, die Delegierten und die Gäste an getrennten Tischen sitzen sollen. Außerdem sollen die Gäste gebeten werden, sich jeder Beifalls- oder Mißfallenskundgebung zu enthalten.

Franz *Blücher* fährt fort: Die ganze Diskussion gestern[1] war überflüssig, denn wir hatten bereits im Gesamtvorstand sehr ernsthaft diskutiert.[2] Sie haben den

1 Diskussion auf dem außerordentlichen Parteitag; Protokoll in: ADL, A 1-182.
2 Siehe Nr. 19.

Antrag für den Untersuchungsausschuß ja vorliegen.[3] Ich habe eine glatte Ablehnung erhalten, und zwar durch den Antrag von Württemberg-Baden[4], daher mein entsetztes Antworttelegramm an *Haußmann*; denn damit war der Ablauf des Parteitages vermurkst.

Ich bitte Württemberg-Baden, seinen Antrag fallenzulassen. Ist es nicht möglich, sich auf den abgeänderten Antrag von Hamburg[5] zu einigen?

Dr. KESSLER: Unser Antrag ist nur die Reflexbewegung gegen die vorliegenden Anträge. Wenn über die anderen Anträge nicht debattiert und abgestimmt wird, haben wir kein Interesse daran, unseren Antrag zum Gegenstand einer Diskussion zu machen.

Franz BLÜCHER: Wir haben uns doch hier zusammengefunden, um uns zu bestimmten Dingen zu äußern. Die Landesverbände haben das nach meiner Ansicht gerechtfertigte Anliegen, dem Wähler ein abschließendes und klares Bild zu geben. Es wäre wesentlich, wenn man sagen könnte, daß alle Delegierten des Parteitages erneut zusammengetreten sind und an der bisherigen Linie der Partei festgehalten haben.

Dr. KESSLER: Es kommt auf die Formulierung an. Man sollte vielleicht erst eine Aussprache stattfinden lassen und dann sagen, daß hier ein Spezialfall vorliegt, der zwar nicht gebilligt wird, aber immerhin verständlich erscheint aus der besonderen Situation heraus.

Franz BLÜCHER: Das ist politisch zu kompliziert.

RADEMACHER: Nach meiner Auffassung könnte man so sagen: daß, wenn die Koalition in Württemberg-Baden Schädigungen für die Bundespolitik mit sich bringt, dann die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen wären. Dies müßte

---

3 Antrag *Blüchers* auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, bestehend aus je zwei Parteifreunden der drei Landesverbände in Baden-Württemberg und vier vom Parteitag zu wählenden Mitgliedern aus anderen Landesverbänden, zur Untersuchung der Vorgänge, die im April zur Regierungsbildung in Baden-Württemberg geführt hatten, und zur Beantwortung der Frage, „ob nach den Geschehnissen seit der Regierungsbildung und den vereinbarten Regelungen die Beeinträchtigung der Politik der Bundespartei gegeben, wahrscheinlich oder unvermeidbar und unwahrscheinlich ist"? ADL, A 1-41.

4 Er lautete: „Die FDP kann ihrem liberalen Wesen nach Koalitionen mit jeder anderen Partei für zeitlich und sachlich begrenzte Aufgaben sowohl im Bund als in den einzelnen Landesverbänden bilden. Jede derartige Koalition ist parteiwidrig und aufzulösen, wenn sie die Preisgabe unverzichtbarer Grundprinzipien der Partei, nämlich Aufrechterhaltung der Gewissensfreiheit des einzelnen und Aufrechterhaltung der freien Wirtschaft unmittelbar zur Folge hat." Ebd.

5 Er lautete: „Regierungskoalitionen im Bund und in den Ländern unter Beteiligung der FDP sind zu erstreben, wenn es dadurch gelingt, staatsbejahende politische Parteien von einseitiger Parteipolitik hinweg zur verantwortlichen Mitarbeit zu gewinnen. Regierungskoalitionen und Wahlabkommen im Bund und in den Ländern dürfen nur nach Beratung mit dem Gesamtvorstand der FDP abgeschlossen werden; sie dürfen die Bundespolitik der FDP nicht gefährden. Regierungskoalitionen und Wahlabreden mit totalitären, chauvinistischen, restaurativen und faschistischen Parteien und Organisationen widersprechen der Zielsetzung und historischen Aufgabe der FDP. Zur Gewissenspflicht eines Abgeordneten gehört auch die Berücksichtigung der von den Parteiorganen ausgesprochenen politischen Gesamtnotwendigkeiten der Partei, der er sein Mandat verdankt." Ebd.

aber erst bewiesen werden; denn bis heute ist der Fall nicht eingetreten, daß diese Koalition der Bundespolitik Schaden gebracht hat.

Dr. VON RECHENBERG: Ich habe die Erklärung Reinhold *Maiers*[6] nicht gehört, und nach meiner Meinung stimmt eine solche Festlegung nicht.

Franz BLÜCHER: Herr *Rechenberg* ist durch seine Krankheit nicht über die Details unterrichtet. Ich habe das Gefühl, daß wir von uns aus versuchen müssen, von dem, was Reinhold *Maier* gesagt hat, Gebrauch zu machen. Ich möchte damit aber nicht von dem großen Thema ablenken. Wie können wir etwas Konkretes sagen, was uns sichert und bei dem unsere Wähler das Gefühl der Sicherheit haben?

SCHWENNICKE: Ich glaube, wir gingen gegenüber der Öffentlichkeit am besten den Weg, daß wir das noch einmal festlegen, was angedeutet wurde. Es ist doch zweifellos so, daß in weiten Kreisen der Wählerschaft der Eindruck entstanden ist, daß durch die Regierungskoalition in Stuttgart nunmehr die Bundespolitik von Stuttgart aus aufgerollt werden kann, und wenn man aus den Erklärungen von *Maier* eine Formulierung finden könnte, aus der sich schließen läßt, daß die FDP keine Politik zulassen wird, die eine Torpedierung der Bundespolitik durch die Koalition zuläßt, dann werden wir eine gewisse Applanierung der größten Unruhe erreichen. Ich glaube, wir sollten und müßten auf diesen Punkt kommen; denn das ist es, was die Öffentlichkeit am meisten interessiert.

BEZOLD: Könnte man nicht sagen, daß die gegenwärtige Koalition nur solange aufrechterhalten wird, als sie die Grundsätze der FDP wahrt und die Regierungspolitik unterstützt?

Franz BLÜCHER: Man könnte vielleicht etwa so sagen, daß bei dem Parteitag, bei dem alle Landesverbände vertreten waren, die feste Absicht bestand, daß die Grundlagen der Politik, wie sie die FDP seit 1948/49 verfolgt, nicht verlassen werden. Wenn die Bundespolitik gefährdet ist, müßten die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen werden.

Dr. MIDDELHAUVE: Die Situation ist gar nicht einfach. Was sich hier abgespielt hat, ist sehr unerfreulich. Eines ist festzuhalten: Die Partei hat sich durch den Beschluß des Hauptausschusses am 17. Mai klar geäußert.[7] Diese Äußerung hält die Partei auch heute aufrecht. Wir müssen nun versuchen, zur Zusammenarbeit zu kommen und nicht auseinanderzufallen. Das ist uns klar, und das ist wohl auch die Absicht aller Teilnehmer. Auf der anderen Seite haben

6 Bezieht sich auf die Ausführungen Reinhold *Maiers* vor dem Parteitag am Tage zuvor. ADL, A 1-182, S. 96–111.

7 Die Entschließung lautete: „Der Hauptausschuß der FDP mißbilligt die Bildung der derzeitigen Koalition im Südweststaat, insbesondere wegen der verhängnisvollen Auswirkungen auf die Bundespolitik sowie auf die Gestaltung des Südweststaates. Diese räumt der SPD im Südweststaat eine Vormachtstellung ein, die im Widerspruch zu dem im Wahlergebnis zum Ausdruck gekommenen Wählerwillen steht. Der Hauptausschuß begrüßt die beabsichtigte Einberufung eines außerordentlichen Landesvertretertages der Landesverbände der FDP im Südweststaat bis zum 7. Juni 1952 und erwartet, daß dieser Vertretertag die Lage im südwestdeutschen Raum im Sinne der Politik der Bundespartei bereinigt." ADL, A 12-7.

wir mit Erschrecken gesehen, wie schwer es ist und welche Gegensätze bestehen. Es wäre am besten, zu der Südweststaatgeschichte so wenig wie möglich zu sagen. Zu meinem Entsetzen habe ich gehört, daß gestern die Presse dagewesen sei, und die Presse wird gerade zu diesem Komplex eine klare Stellungnahme des Parteitages erwarten. Wenn man dies unauffällig aufhängen könnte an der Entschließung vom 17. Mai, wäre das vielleicht zu umgehen. Wir haben aber die verschiedensten Entschließungen zur Frage der Südweststaatskoalition vorliegen. Eine ist klar abgelehnt, die von Württemberg-Hohenzollern[8], und ich glaube, wir sollten zunächst *Leuze* fragen, wie er zu diesem Entschließungsentwurf von sich steht.

Dr. LEUZE: Ich gebe zu, daß unser Antrag im politischen Teil aus dem Antrag Hessen hervorgegangen ist und eine Konkretisierung des hessischen Antrages[9] bedeutet. Er zerfällt in zwei Teile, und zwar in den politischen und den parteipolitischen Teil, wobei wir auf dem ersten Teile bestehen müßten, damit unsere Haltung gegenüber der SPD wieder eindeutig wird.

Dr. MIDDELHAUVE: Die Dinge klären sich dann, wenn wir das Problem zweiteilen. Wir müssen zunächst in einer Grundsatzerklärung eine klare politische Distanzierung von der SPD aussprechen. Das zweite wäre, wie stehen wir zu den Fällen in der Vergangenheit? Hohenzollern ist die einzige darauf abzielende Entschließung. Da könnte sich *Leuze* damit einverstanden erklären, wenn wir das so machen, wie es sich aus der ursprünglichen Diskussion ergeben hat. Also Hinweis auf den Beschluß des Hauptausschusses und fortfahren, so wie *Blücher* vorgeschlagen hat. Dann könnten wir auch Hohenzollern zumuten, dieser Entschließung zuzustimmen. Eine solche Entschließung würde für die Partei nach außenhin gesehen die Konflikte, die durch das Südweststaatsproblem entstanden sind, abschließen. Dieser Antrag müßte einstimmig angenommen werden, und *Leuze* muß dazu das entscheidende Wort sprechen.

Franz BLÜCHER: *Middelhauve* hat uns einen gewissen Ausweg gezeigt, indem wir hinweisen auf die Beschlüsse des Hauptausschusses. Infolgedessen sollten wir sagen: Gemäß den Beschlüssen des Hauptausschusses vom 17. Mai 1952 hat sich der Parteitag der FDP ausführlich mit der politischen Gesamtlage und den Regierungs- und Koalitionsverhältnissen in den Ländern befaßt. Der Parteitag, an dem sämtliche Landesverbände satzungsgemäß vertreten waren, war einstimmig der Ansicht bzw. kam zu folgendem Entschluß:

Alle Landesverbände sind an die grundsätzliche Politik der Partei gebunden, wie sie diese seit Jahren vertreten hat. Insbesondere gilt dies für bestehende Koalitionen usw., so ungefähr, und daß diese in keiner Weise die Bundespoli-

8 Sie lautete: „Der außerordentliche Bundesparteitag wolle beschließen, die in Baden-Württemberg gebildete kleine Koalition zwischen SPD, DVP und BHE ist mit der Zielsetzung und der historischen Aufgabe der FDP in dieser für Deutschland schicksalentscheidenden Zeit unvereinbar. Der außerordentliche Parteitag mißbilligt die Haltung der Stuttgarter Parteileitung der DVP, weil diese Haltung den Zusammenschluß der drei südwestdeutschen Landesverbände verhindert hat." ADL, A 1-41.

9 Siehe Nr. 19, Anm. 26.

tik der Partei gefährden werden. Das müßte in besserem Deutsch gesagt und richtig formuliert werden.

Dr. SCHÄFER: Nachdem die württembergische Geschichte eine solche Rolle gespielt hat, kann man sie nicht einfach wegstreichen. Wir sollten folgende Fassung überlegen:

Daß der Parteitag mit schwersten Bedenken diese Entwicklung sieht, weil dadurch in der politischen Öffentlichkeit Zweifel an der grundsätzlichen Haltung der FDP entstanden sind.

Es kommt dann die Folgerung, daß wir eine Beendigung dieser Bindungen erwarten, wenn und sobald die Grundsätze der Partei und die politische Linie der Partei gefährdet werden.

In unserer Grundhaltung sind Zweifel entstanden. Stellen wir das einfach fest und sagen dann: Wenn und sobald die Grundsätze der Partei und die Politik der Bundestagsfraktion durch die Fortsetzung der Koalition gefährdet sind, erwarten wir die Beendigung.

Franz BLÜCHER: Darf ich noch vorschlagen, daß *Schäfer, Bezold* und einer von den Herren aus dem Südwestraum eine genau präzisierte Formulierung durcharbeiten und zu Papier bringen.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich bin mit diesem Vorschlag einverstanden. Aber es ist erforderlich, damit nicht der Eindruck entsteht, als wenn der Parteitag den Beschluß des Hauptausschusses irgendwie berichtige, daß der Hinweis auf diesen Beschluß des Hauptausschusses vom 17. Mai mit hineingebaut werden muß.

SCHWENNICKE: Könnte man nicht noch hineinbringen: Der Parteitag ist mit den Freunden aus Württemberg-Baden der Meinung, daß usw.?

Franz BLÜCHER: Eine solche Formulierung schwächt ab.

Dr. DEHLER: Sie müßten aber doch in diesem Falle den Wortlaut des Beschlusses des Hauptausschusses angeben; der Wortlaut ist hart.

Dr. MIDDELHAUVE: Das nützt nichts.

Franz BLÜCHER: Es ist aber doch ein notwendiger Anschluß. Gegenüber den in der Öffentlichkeit lautgewordenen Bedenken stellt der von allen Landesverbänden beschickte Parteitag einstimmig fest, und dann die Formulierung, dann haben wir eine klare und saubere Gesamtlösung, die entscheidend ist.

LEUZE: Die einzigen Bedenken, die ich gegen diese Formulierung hätte, sind: Man sieht eine zukünftige Beendigung der Koalition und Behebung des Schadens vor, der daraus entstanden ist. Unser Gedanke war der, die Koalition ist früher zu beendigen, so schnell wie möglich, damit auch der Schaden so schnell wie möglich behoben werden kann. Schön, ich will zugeben, daß es für den Parteitag schwer ist, eine derartige Forderung zu akzeptieren. Ich würde, glaube ich, einverstanden sein können mit der Formulierung von *Schäfer*, „wenn und sobald". Diese Formulierung scheint mir sehr wichtig zu sein.

[DISKUSSION DER ENTSCHLIESSUNGSENTWÜRFE FÜR DEN BUNDESPARTEITAG]

Franz BLÜCHER verliest die von ihm verfaßte Resolution zur Grundlinie der Partei.[10]

Dr. MIDDELHAUVE: Ich habe den Entwurf am Samstagvormittag bekommen, als Nordrhein-Westfalen mit seinem Entschließungsentwurf durch beispielhaftes Eingehen auf die Verpflichtungen der Gegenwart und für die Zukunft eine Grundlage schaffen wollte für den Parteitag und die Wiederherstellung der Einheit und Klarheit in der Partei. Wir sind hier im Vorstand, und ich darf deshalb offen sagen, ich habe einen Einwand gegen den Entschließungsentwurf von *Blücher* zu machen. Er bezieht sich zu sehr auf das, was die FDP in der Vergangenheit war, was sie gewollt und bewirkt hat. Es ist klar, wir können das mit gutem Recht herausstellen. Ich war aber der Ansicht, daß wir hier auf die Zukunft abstellen sollen. Verliest anschließend seinen Entwurf.[11]

Der Parteitag könnte ja entscheiden zwischen beiden Entschließungen.

Franz BLÜCHER: Ich freue mich, im Grundsätzlichen eine Übereinstimmung feststellen zu können.

Ich könnte mir auch vorstellen, daß wir meinen Entwurf als Material – das wir ja in nächster Zeit sehr dringend brauchen werden – für Redner usw. entsprechend verwenden können.

Mir kommt es darauf an, hier etwas Positives und Konkretes zu finden, und ich schlage vor, daß sich noch einige Herren wegen der sprachlichen Überholung zusammensetzen.

EULER: Wir können den Entwurf von Nordrhein-Westfalen zugrunde legen.

Dr. WELLHAUSEN: In dem Antrag spricht *Middelhauve* von organisatorischen Maßnahmen.

---

10 Hierin der „Anspruch auf geistige Freiheit"; die Ablehnung, „Vertreter eines einzelnen Standesinteresses zu sein"; Bekämpfung des „volkszerreißenden Klassenkampfes"; Betonung der Tatsache, daß die FDP „nicht der Nachfolger einer früheren politischen Partei" sei. Ablehnung des Militarismus, aber Anerkennung des „Ethos des deutschen Soldaten"; Bekenntnis zum Einsatz für die Kriegsgefangenen, die ehemaligen Angehörigen des Arbeitsdienstes und der Waffen-SS, die Heimatvertriebenen und politischen Flüchtlinge sowie die unter Art. 131 GG fallenden Personen. Ablehnung der Entnazifizierungsmaßnahmen und Anerkennung des Rechts auf politischen Irrtum: für diesen Personenkreis das Angebot zur politischen Mitarbeit: maßgeblich hierfür allein das „Bekenntnis zum freien demokratischen Rechtsstaat" und ein diesem Bekenntnis entsprechendes „Leben und Handeln". ADL, A 1-41.

11 Hierin ebenfalls die Ablehnung der Entnazifizierung, die „anstelle einer geistigen Überwindung der Vergangenheit [...] in vielen Fällen neues Unrecht geschaffen" habe. Übereinstimmend mit *Blücher* die Forderung des Rechts auf politischen Irrtum und das Angebot zur politischen Mitarbeit an diejenigen, die sich „ehrlich auf den Boden der Demokratie" stellen, das Verlangen nach einer befriedigenden Regelung der Kriegsverbrecherfrage durch eine „Generalamnestie oder sonstige geeignete Maßnahmen" sowie schließlich der Antrag auf Einsetzung eines Parteidirektoriums zur Erhöhung der Schlagkraft der Partei, zur Sicherstellung ihrer Einheitlichkeit und zur Durchsetzung der (organisatorischen) Maßnahmen, die „die auch im politischen Leben unerläßliche Disziplin als Auswirkung freiwilliger und echter Ein- und Unterordnung" sicherstellen. ADL, Ordner-Nr. 995.

Dr. MIDDELHAUVE: Das Wort „organisatorisch" ist gestrichen. Ich wollte damit sagen, daß sich ein Direktorium der Dinge annimmt, damit das nicht zu einer Diskussion auf dem Parteitag kommt.

Franz BLÜCHER: Ich bitte, zu meinem Vorschlag und dem Vorschlag *Middelhauve* zu sprechen.

RADEMACHER: *Middelhauve* hat zur Frage der Generalamnestie wieder den Zusatz gemacht „oder andere Maßnahmen". Wir sind aber in Hamburg der Meinung, daß wir einen ganz geringen Zusatz machen, der darauf hinweist, daß ausgenommen ist, wer sich gegen die deutschen Strafgesetze vergangen hat. Das sind klare Formulierungen. *Schäfer* hat den gleichen Standpunkt eingenommen.

Vielleicht kann man so formulieren: . . .daß sich unbeschadet der Generalamnestie und anderer Maßnahmen die deutsche Gesetzgebung vorbehält, Dinge, die gegen das Strafgesetzbuch verstoßen.

Franz BLÜCHER: Die Leute haben sieben Jahre und länger gesessen und haben gebüßt, auch wenn sie schuldig waren. Wir werden uns das Wort für Wort noch einmal durchdenken.

Dr. DEHLER: Sagen wir „unbeschadet nach deutschem Recht".

Dr. MIDDELHAUVE: Zum Grundsätzlichen hätte ich eine Menge zu sagen, ich möchte aber nicht diese kurze Stunde damit belasten. Machen wir es so, daß wir insgesamt den Vorschlag noch kurz überarbeiten.

Franz BLÜCHER: Ich schlage dafür vor: *Middelhauve, Dehler* und *Rademacher.*[12]

STEGNER: Es liegen eine Fülle von Entschließungen vor. Ich bitte, die Entschließung, die jetzt ausgearbeitet wird, zur Debatte zu stellen. Die Frage der Kriegsverbrecher bitte ich, so unklar wie möglich festzulegen. Von den Amerikanern werden da Meinungen vertreten, die unmöglich sind. Man soll nichts abhängig machen von dieser Frage.

---

12 Ergebnis ihrer Arbeit war eine programmatische Entschließung, die der Parteitag am 13. 7. 1952 verabschiedete und die die fdk unter der Überschrift: „Gegen Unduldsamkeit und Vermassung. Schärfste Kampfansage an Klassenkämpfertum" veröffentlichte. Nach scharfen einleitenden Worten gegen den „klassenkämpferischen Marxismus", was vor allem auf SPD und DGB abzielte, hieß es sodann: „Die FDP fordert, daß dem endlich erreichten formellen Abschluß der Entnazifizierung nun auch die innere Befriedung folge durch die gegenseitige Bereitschaft zu tatsächlicher Gleichberechtigung. Niemand darf wegen seiner politischen Gesinnung in der Vergangenheit Staatsbürger minderen Rechts oder Ansehens sein. Wer sich innerlich auf den Boden der Demokratie stellt und zur Mitarbeit und Mitverantwortung bereit und geeignet ist, ist als gleichberechtigter Staatsbürger mit allen sich daraus ergebenden Wirkungen anzuerkennen." In die gleiche Richtung zielte die anschließende Forderung, durch eine „Generalamnestie" eine „schnelle und abschließende Lösung des Problems der sogenannten Kriegsverbrecher" herbeizuführen. fdk, 3. Jg., Nr. 48 vom 14. 7. 1952, S. 6 f.

[EINSETZUNG EINES SATZUNGSAUSSCHUSSES]

Wir werden uns auch noch über die Satzungsdinge unterhalten müssen.[13] Mein Landesverband steht auf dem Standpunkt, die zur Debatte stehenden Fragen sind schwerwiegender Natur. Diese Fragen können nicht auf einem Parteitag gelöst werden. Darüber sollten wir uns auf einer Hauptausschußsitzung unterhalten. Ich schlage deshalb vor: Je ein Mitglied jedes Landesverbandes und drei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes bilden einen Satzungsausschuß, um zu brauchbaren Richtlinien zu gelangen.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir waren mit den Terminen so abgekommen: Im September Hauptausschußsitzung, Beratung der neuen Satzungen dergestalt, daß die Änderung zu § 7: Errechnung der Delegiertenziffer, vom Hauptausschuß verabschiedet würde. Der Hauptausschuß hat dazu in München das Recht bekommen.[14] Beim Bundesparteitag im Oktober dann die sonstigen Satzungsparagraphen.

Gegenvorschlag: Der Gesamtvorstand der Partei sollte sich über die Richtlinien, die er dem Satzungausschuß gibt, klar werden: Die Grundlage haben wir ja in dem Entschließungsentwurf von *Blücher*. Dann kann der Vorstand der Partei zu einer Festlegung von Richtlinien kommen, die dann in einer Satzungsänderung ihren Niederschlag finden sollen.

Franz BLÜCHER: Ich bin kein Mann, der sich wegen solcher Dinge streitet. Ich bestehe auch darauf nicht. Es wäre mir lediglich lieber, wenn wir hier etwas Konkretes getan hätten. Diesen Gesamtvorstand werde ich so schnell wie möglich einberufen, damit dem Satzungsausschuß die Weisungen erteilt werden können.

Dr. WELLHAUSEN: Ich schlage vor, den Antrag *Blücher* anzunehmen, aber die Ziffern 3 und 6[15] zu streichen.

Franz BLÜCHER: Die Ziffer 3 habe ich wegen dem Antrag *Euler* hineingenommen und Ziffer 6 wegen des Parteiengesetzes, das ja kommen wird.[16]

EULER: Ihr Entwurf könnte bei der Vorstandsarbeit zugrunde gelegt werden, mit Ausnahme des Absatzes Ziffer 6. Ernste politische Meinungsverschiedenheiten zu schlichten, ist Sache der Exekutivorgane.

---

13 Von *Blücher* lag ein Antrag auf sofortige Einberufung des Satzungsausschusses vor. ADL, A 1-41.

14 Zur Ermächtigung des Münchener Parteitages an den Hauptausschuß betr. Satzungsänderung siehe Nr. 14 b, Anm. 28.

15 Ziffer 3 enthielt den Auftrag an den Satzungsausschuß, bei der Feststellung des Delegiertenschlüssels für die Parteitage die Anträge der LV Hessen und NRW einzubeziehen, siehe Nr. 19, Anm. 11. Ziffer 6 enthielt die Empfehlung, neben dem Ehrengericht der Partei noch einen Schlichtungsausschuß einzurichten. ADL, A 1-41.

16 Der Bundestag hatte die Bundesregierung erstmals am 18. 10. 1950 aufgefordert, ein Parteiengesetz vorzulegen. BT STEN. BER., Bd. 5, S. 3431 C. Auf Anfrage der Föderalistischen Union teilte das BMI am 5. 8. 1952 mit, daß die Bundesregierung einen entsprechenden Entwurf wiederholt beraten habe, ohne daß bisher „eine völlige Klärung aller Probleme" erreicht worden sei. „Kürzlich" habe der Innenminister einen neuen Entwurf unterbreitet, über den das Kabinett „demnächst" beraten werde. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 19, Drucks. Nr. 3657. Tatsächlich wurde das Parteiengesetz erst im Dezember 1959 verabschiedet.

STEGNER: Ich widersetze mich dem Vorschlag von *Wellhausen*. Selbst wenn ein solcher Beschluß herbeigeführt wird und wenn dieser Antrag zum Beschluß erhoben wird, ist keine volle Auswertung gegeben.

Dr. MIDDELHAUVE: Wenn wir nach Ihrem Vorschlag, Herr *Wellhausen*, die Sache dem Parteitag vorlegen, redet dieser drei Stunden darüber. Deshalb sollten wir so verfahren, wie vorgeschlagen ist.

Franz BLÜCHER: Ich bitte selbst, daß ich den von mir ausgearbeiteten Antrag als Material dem Gesamtvorstand vorlege.

STEGNER: zur Frage Satzungsausschuß: Ich wiederhole, daß wir es für richtig halten würden, wenn ein Mitglied von jedem Landesverband und drei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes den Ausschuß bilden.

WEIRAUCH: Wenn der Vorstand hier einen Beschluß faßt, dann müssen zu den bereits bestehenden Mitgliedern neue Mitglieder zu dem Ausschuß delegiert werden.

Franz BLÜCHER: Der alte Ausschuß hat ja keine Gewalt. Ich sehe keinen Anlaß, den Ausführungen *Stegners* zu widersprechen. Der Gesamtvorstand wird beauftragt, einen Satzungsausschuß zu berufen, der auf die Landesverbände, auf die die neue Satzung ja Auswirkungen hat, Rücksicht zu nehmen hat.[17] Es genehmigt doch der Hauptausschuß.

[ENTSCHLIESSUNGSANTRAG ZUR KOALITIONSBILDUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG]

Dr. LEUZE: Ich muß nochmals auf den Antrag Südweststaat zurückkommen. Die politische Seite wird erledigt, nicht aber die parteipolitische Seite. Die Spaltung besteht fort durch die Äußerung Reinhold *Maiers*, er würde Hohenzollern systematisch bereisen.[18] Das ist eine Kampfansage, und ich werde diese Kampfansage aufnehmen und werde dann eben am nächsten Donnerstag in Ravensburg sprechen.[19] Dadurch werden aber die Verhältnisse immer unhaltbarer. Es hat sich eine Entwicklung abgezeichnet, die auf eine klare Abgrenzung abzielt.

Dr. LEVERENZ: Erste Voraussetzung ist, daß sich die drei Landesverbände so schnell wie möglich zu einem Landesverband zusammenschließen. Ich bitte ernstlich zu überlegen, ob man nicht doch von Ihrer Seite aus, Herr *Leuze*, erst einmal einen Schritt zurückgeht, um dann die Dinge zu beeinflussen.

---

17 Entsprechend beschloß der Parteitag. Vorgesehen war ein Zusammentritt des Satzungsausschusses im Laufe des Monats August 1952. Die von ihm zu erarbeitende Satzung sollte sodann „dem Anfang September zusammentretenden Hauptausschuß" vorgelegt werden. Inhaltlich war intendiert, „in dieser neuen Satzung der Einheit der FDP auf allen ihren Organisationsstufen in stärkerem Maße Rechnung zu tragen". fdk, 3. Jg., Nr. 48 vom 14. 7. 1952, S. 8.

18 Diese Ankündigung hatte *Maier* am Tage zuvor in seiner Rede vor dem Parteitag gemacht. ADL, A 1-182, S. 101 f.

19 Für diesen Termin hatte Reinhold *Maier* eine Rede in Ravensburg angekündigt. Siehe ebd.

RADEMACHER: Diese Frage bedarf wohl einer gewissen Zeit. Im Augenblick geht es darum, eine einstimmige Entschließung zu formulieren. Wenn die angenommen wird, dann kann doch auch das nur die Grundlage sein, um sich von dort aus hinter diesen Antrag zu stellen und auf eine Beruhigung hinzuarbeiten. Sonst hat der Beschluß keinen Sinn. Dann müssen auch persönliche Unterhaltungen stattfinden. Es ist nicht Sache des Parteitages, diese Frage zu einer Diskussion zu machen.

Franz BLÜCHER: Es geht nicht, daß sich zwei Seiten in Unfehlbarkeit gegenüberstehen. Wenn die Sache Sinn haben soll, dann geht es auch nicht, daß Württemberg-Hohenzollern von Stuttgart aus erobert werden soll. Wenn Abgrenzungen vereinbart werden, dann muß das auch eingehalten werden, wie es überhaupt nicht geht, daß *Leuze* hier etwa als der Gemaßregelte gilt. Hier sollte sich niemand einmischen, es muß aber der gute Wille beiderseitig vorhanden sein. Württemberg-Baden darf nicht die widerliche Art des „Vaterlandes" beibehalten. Ich habe einen Schrecken bekommen, als ich das gelesen habe (Bericht über die Versammlung in Balingen von Reinhold *Maier*).[20]

Dr. MIDDELHAUVE: Es geht doch nicht so, daß man sagt, es bleibt jeder in seinem Land. Es ist doch etwas anderes, ob *Leuze* gebeten wird, in Südbaden zu sprechen, oder ob jemand bewußt darauf ausgeht, Eroberungspolitik zu betreiben. Das ist ein großer Unterschied. Und das ist leider geschehen. Es wäre notwendig, daß sich der Parteivorsitzende mit *Maier* und *Haußmann* ausspricht, denn wir muten *Leuze* sehr viel mehr zu, als wir den Parteifreunden von Württemberg-Baden zumuten. Es muß irgendeine Expansionspolitik oder Hauspolitik von Reinhold *Maier* unter allen Umständen von dem Parteivorsitzenden ausgeräumt werden.

Franz BLÜCHER: Beide Teile müssen Opfer bringen. Verlesung der Resolution:

„In Verfolg der Beschlüsse des Hauptausschusses der FDP vom 17. Mai äußert auch der Parteitag zu der Regierungsbildung in Württemberg-Baden schwerste Bedenken, weil dadurch in der politischen Öffentlichkeit Zweifel an der grundsätzlichen Haltung der FDP entstanden sind.

Demgegenüber hat der Parteitag mit Befriedigung von den Versicherungen des Chefs der badisch-württembergischen Regierung, Ministerpräsidenten Dr. Reinhold *Maier,* Kenntnis genommen, wonach für ihn die Voraussetzung zu dieser Regierungsbildung die Wahrung der Möglichkeit gewesen ist, jederzeit die unverzichtbaren Grundsätze der FDP auch innerhalb dieser Koalition aufrechtzuerhalten bzw. [ihnen] gerecht zu werden.

Der Parteitag erwartet also die Auflösung oder Umbildung, wenn und sobald Tatsachen eintreten würden, die die Verfolgung der innen- und außenpolitischen Ziele der Partei unmöglich machen sollten."

Ich bitte, mich in der Geschäftsordnung zu unterstützen.

---

20 Siehe Nr. 19, Anm. 35.

LEVERENZ: Ich habe festgestellt, daß alle Vorsitzenden der Landesverbände vertreten sind. Können wir nicht eine Pause einschalten, in der die Vorsitzenden mit ihren Delegierten eine kurze Rücksprache nehmen? Wir haben jetzt eine einheitliche Linie, und jeder Landesvorsitzende hat die Pflicht, seine Leute dafür zu gewinnen.

Dem Vorschlag von Dr. *Leverenz* wird zugestimmt.

20b.

13. 7. 1952 (11.00 Uhr): Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 95. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am Sonntag, dem 13. Juli 1952, in Essen." Beginn: 11.00 Uhr.

Teilnehmer: [Ella Barowsky], Bezold, [Blücher], Borttscheller, Dehler, Eberhard, [Euler], Frühwald, [Haußmann], Kessler, Kohut, [Leuze, Leverenz], Marie-Elisabeth Lüders, [Maier], Middelhauve, [Müller, Preusker], Rademacher, von Rechenberg, Rubin, Schäfer, Schwennicke, Stahl, Stegner, Waeldin, Wellhausen.

[ENTSCHLIESSUNGSENTWURF ZUR KOALITIONSBILDUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG]

EULER: Bei der Besprechung der Resolution[1] sind in einigen Landesverbänden gewisse Schwierigkeiten aufgetaucht.

Bei meinen hessischen Freunden bestand die Auffassung, daß, wenn die Entschließung so gefaßt würde wie nach dem Entwurf vorgesehen, in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt würde, als sollte letzten Endes alles nur auf die Koalitionsbildung der Regierungsbildung von Reinhold *Maier* abgestellt werden, und das würde sich so auswirken, daß die Presse diese Entschließung als einen Sieg der DVP interpretiert. Es ist uns deshalb die Entschließung in dieser Fassung untragbar. Ich darf auch sagen, daß wir im Hinblick auf das Betriebsverfassungsgesetz[2] ernste Bedenken haben. Es muß darauf hingewiesen werden, daß in der Regierungserklärung von Reinhold *Maier* ein Passus enthalten war, daß der Inhalt des Betriebsverfassungsrechtes nicht verschlechtert werden soll im Verhältnis zu den Regelungen, die bereits im Bereich des Südweststaates gelten.[3] Das Gesetz von Südbaden ist aber das am weitestgehende Betriebs-

1 Siehe Nr. 20 a, S. 401.

2 Dessen Verabschiedung durch den Bundestag in dritter Lesung am 19. 7. 1952 stand kurz bevor. Vgl. D. BUCHHAAS, 1985, S. 285–288.

3 Gehalten am 27. 5. 1952. Wörtlich hieß es in der von *Euler* monierten Passage: „Die gesetzlichen Bestimmungen über die Mitwirkung der Betriebsangehörigen und deren Vertretungen in sozialen und personellen Angelegenheiten wichen in den drei bisherigen Ländern voneinander

verfassungsrecht.[4] Es ist das radikalste im Bunde. Und wie soll eine Regierungserklärung zu verstehen sein, die sagt, daß die Landesregierung sich anheischig macht, daß das Betriebsverfassungsrecht des Bundes nicht hinter den Regelungen zurückbleibt, die im Bereich des Südweststaates gelten?

Zur Außenpolitik. Die *Pfleiderer*-Rede in Waiblingen mit dem sogenannten *Pfleiderer*vorschlag[5], der in die Öffentlichkeit gegangen ist, hat jetzt nach vier Wochen gezeigt, auch nach einmütiger Auffassung der Fraktion, daß sie am besten nicht der Öffentlichkeit vorgetragen worden wäre, ohne die vorherige Fühlungnahme mit unserer Bundestagsfraktion durchzuführen. Es steht fest, daß in der Bundestagsfraktion sich niemand hinter *Pfleiderer* gestellt hätte, sondern alle dagegen gewesen wären, diesen Vorschlag in die Öffentlichkeit zu bringen. *Pfleiderer* hat seinen Vorschlag gemacht nicht nach Abstimmung in der Bundestagsfraktion, sondern nach Abstimmung mit Herrn Ministerpräsidenten *Maier*. Er war über die gesamten Vorgänge unterrichtet, so daß man den Haupttenor der Entschließung unseres Bundesparteitages nicht einfach auf die Versicherung abstellen kann, daß die Voraussetzung der Regierungsbildung die Wahrnehmung usw. Die Öffentlichkeit weiß, daß Dr. *Pfleiderer* nach Abstimmung mit *Maier* seinen Vorschlag publiziert hat und die Öffentlichkeit interpretiert demgemäß eine solche Entschließung.

Dr. Leuze: Württemberg-Baden ist hier mit drei Herren vertreten: dem Landesverbandsvorsitzenden, dem Ministerpräsidenten und dem stellvertretenden Landesverbandsvorsitzenden. Ich habe eine nicht unbeachtliche Verantwortung zu tragen.

Franz Blücher: Bei diesen so schwierigen Verhandlungen ist es m. E. gut, daß Herr Ministerpräsident *Maier* hier ist. Das ist mehr als eine Notwendigkeit.

Dr. Leuze: Ich wollte seiner Anwesenheit nicht widersprechen, sondern nur auch noch gern zwei Freunde hinzuziehen.

Zustimmung.

Dr. Haussmann: Ich möchte nachdrücklich mitteilen, daß heute morgen Herr *Kessler* mitgewirkt hat und dann auch mit Ministerpräsident *Maier* gesprochen wurde.

Reinhold Maier: Die Regierungserklärung in dem Teil zum Betriebsverfassungsgesetz ist von mir formuliert worden, ohne daß sie irgendwelche Änderung von seiten der SPD erfahren hat. Da in Württemberg-Baden die Streikbe-

---

ab. Doch erwiesen sich alle ohne Unterschied als brauchbare Instrumente zur Erhaltung des Arbeitsfriedens. Beide Sozialpartner bestätigen diesen Sachverhalt. Es ist der Wunsch der Regierung, daß die seitherigen Rechte der Betriebsangehörigen nicht geschmälert und bei dem geplanten Betriebsverfassungsgesetz des Bundes nicht unterschritten werden (Bravo-Rufe und Beifall bei der SPD). Die Regierung läßt sich angelegen sein, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch weiter zu fördern." Verhandlungen der Verfassunggebenden Landesversammlung Baden-Württemberg, Bd. 1, S. 171.

4 Betriebsrätegesetz vom 24. 9. 1948. Vgl. die übereinstimmende Bewertung in: P. Feuchte, 1983, S. 86.

5 Siehe Nr. 18.

wegung der Gewerkschaften[6] gerade mit der Gründung des neuen Bundeslandes zusammenfiel – wie hätte sich ein Regierungschef denn da anders verhalten sollen, als eine solche Erklärung abzugeben? Wenn sich *Wohleb* äußert, daß er volles Verständnis habe, daß der Arbeiter sich seine Rechte nicht nehmen läßt, wenn von einem der wichtigsten Männer der CDU eine solche Erklärung abgegeben wird, so kann sie von uns nicht unterschritten werden.

Sie könnten sich aufregen, meine Herren, wenn ich gesagt hätte: „Sie sollen ausgebaut und unterstrichen werden", dann wäre Ihre Aufregung in Ordnung. Ich bitte zu sehen, daß unsere Ebene die CDU ist, und drei oder vier Redner der CDU haben diese Sache so behandelt.

Zur *Pfleiderer*-Rede: Ich gebe die Erklärung ab, daß ich von der *Pfleiderer*-Rede Kenntnis erhalten habe Freitag nachmittags um 2.00 Uhr, um 8.00 Uhr abends wurde sie gehalten. Ich habe mich dann des groben Verstoßes schuldig gemacht, daß ich diese Rede den Bundesratsmitgliedern übergeben habe. Man muß sich ja an den Kopf greifen, daß solche Dinge überhaupt beanstandet werden. Ich habe nach einem Weg suchen müssen, wo ich die SPD-Politik mir zu eigen machen konnte. Ich habe versucht, einen selbständigen Antrag vorzubereiten. Die *Pfleiderer*-Rede enthält zwei Dinge: den Vorschlag, eine Pause eintreten zu lassen zwischen der Unterzeichnung und der Ratifizierung, und auch einen sachlichen Vorschlag. Ich wollte mich bei der Gelegenheit lediglich auf den Standpunkt stellen, daß zwischenzeitlich weitere Verhandlungen stattfinden. Wenn ich auch die Taktik der Bundestagsfraktion verstehe, mit derartigen Dingen soll sie eine Ablehnung des Antrages nicht begründen.

Dr. PREUSKER: Es tut mir leid, daß ich noch einmal auf die Mitbestimmungsgeschichte zurückkommen muß, weil ja Herrn *Blücher* besser als Ihnen bekannt ist, in was für einem entsetzlichen Abwehr- und Angriffskampf gerade die FDP im Bundestag steht. Seit der Mitbestimmungsgeschichte Stahl und Eisen wird die Gewerkschaft von der SPD so getragen, daß die SPD im Ausschuß sich voll mit den Gewerkschaften identifiziert. Es werden wirklich noch schwere Kämpfe kommen, bevor das Mitbestimmungsgesetz durchgesetzt werden kann.

C. H. SCHWENNICKE: Es ist durchaus verständlich, daß *Euler* die Gründe dargelegt hat, die den Landesverband Hessen veranlaßt haben, eine ablehnende Stellung zu dieser Resolution einzunehmen. Ich bin aber der Meinung, daß wir

6 Am 8. 5. 1952 hatte der DGB beschlossen, „Kampfmaßnahmen zu ergreifen, wenn der von der Bundesregierung ausgearbeitete Betriebsverfassungsgesetzentwurf, der eine echte Mitbestimmung der Arbeitnehmer verhindere und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu untergraben suche, nicht geändert würde". AdG 1952, S. 3473 A. Dieser Drohung wurde im folgenden durch Demonstrationen und Warnstreiks Nachdruck gegeben. Eine der Demonstrationen mit 60 000 Teilnehmern fand in Mannheim statt. Dazu Eberhard SCHMIDT, Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1970, S. 211.

im Gesamtvorstand nicht dazu kommen sollten, in eine Gesamtdiskussion über diese Fragen einzutreten. Ich bin deshalb der Meinung, daß Hessen einen Abänderungsvorschlag macht, um auch für seine Freunde die Möglichkeit einer Annahme zu sichern.

STEGNER: Ich kann für meinen Landesverband sagen, daß die größere Anzahl der Delegierten gegen die vom Bundesvorstand beschlossene Erklärung ist und nicht zustimmen würde. Niedersachsen hat sich in der Frage Südweststaat außerordentlich zurückgehalten und hat mit Württemberg-Baden einige Parallelen. Unser Standpunkt ist: Wenn sich die Bundespartei anschickt, einen Bundestagswahlkampf zu führen, muß sie ein ganz klares Gesicht haben.

Dr. VON RECHENBERG: Die Delegierten von Nordrhein-Westfalen waren einverstanden mit der Erklärung mit kleinen textlichen Änderungen wie „trotz stärkster Bedenken" usw. Was in privaten Besprechungen gesagt wurde, daß wir beruhigt sein können, daß in keiner Weise die Politik der Bundesregierung beeinflußt werden könnte, das müßte allerdings schriftlich fixiert werden.

Die *Pfleiderer*-Angelegenheit hat unsere Politik erheblich erschwert im Verhältnis zu den Amerikanern. Die Amerikaner glauben, daß wir hinter der Sache stehen. Ihr Verhalten in der Angelegenheit *Pfleiderer* hat das Vertrauen erschüttert. Wenn auch nur wegen einer gewollten Verzögerung durfte ein solcher Vorschlag nie von einem deutschen Politiker kommen. Das hat Unklarheiten geschaffen, und wir sind gezwungen, uns davon abzusetzen, damit nicht der Eindruck entsteht, es gebe bei uns beachtliche Kreise, die eine solche Politik unterstützen.

Reinhold MAIER: Ich möchte hier erklären, daß ich mich mit Mr. *McCloy* eingehend ausgesprochen habe. Ich möchte nicht wiederholen, was dort besprochen worden ist, sondern nur zum Ausdruck bringen, daß Mr. *McCloy* vollkommen befriedigt von meiner Erklärung war.

EULER: Ich möchte an eine Ausführung erinnern, die eben Herr *Maier* abgegeben hat. Er hat den Satz gefunden zur Erklärung seines Verhaltens gegenüber dem Vorschlag von Dr. *Pfleiderer:* Ich mußte doch einen Weg finden bzw. suchen, daß ich die sozialdemokratische Politik nicht vollinhaltlich zu decken brauchte. Es ist doch so, daß der Ministerpräsident nicht machen kann, was er will, daß er an die Kabinettsbeschlüsse gebunden ist, wenn er nicht die Existenz in Frage stellen will. Da zeigt sich uns eine Gefahr, die wir nicht bagatellisieren lassen dürfen, weil das darauf hinauslaufen würde, uns selbst zu betrügen. Wir müssen einen Weg suchen im Interesse der gesamten Partei.

Ich bin nach den vielen Erklärungen von Ministerpräsident *Maier* über diesen Satz erstaunt. Ihr Satz hat mir bewiesen, daß Sie die Schwierigkeiten genauso sehen, wie wir sie sehen müssen, wenn wir uns nicht betrügen wollen. Deshalb sind wir zu der Auffassung gekommen, daß der Vorstandsbeschluß kein Weg ist, um die Chancen unserer Partei zu wahren und die Zweifel [an] der Parteilinie des Bundes, die in der Öffentlichkeit entstanden sind, wieder zu beseitigen. *Schwennicke* hat gefragt, was schlagt Ihr vor?

Wir sind der Auffassung, man sollte sich auf die Linie des Entschließungsentwurfes von Württemberg-Hohenzollern[7] begeben, wonach klar festgestellt wird: Unvereinbarkeit mit der Parteilinie und den Aufgaben der Partei in dieser Sache.

Dr. LEUZE: Meine Freunde vom Landesverband Württemberg-Hohenzollern haben sich zur Annahme der vorgelegten Entschließung nicht entschließen können, und zwar deshalb, weil hier die Frage der Auflösung der doch als unrichtig erkannten Koalition auf ungewisse Zeit vertagt worden ist. Sehr ungewiß, weil abgestimmt worden ist auf Tatsachen, die die Verfolgung der außenpolitischen Ziele der Partei unmöglich machen sollen. Mit dieser Haltung ist die Stuttgarter Politik anerkannt. Wir sehen in dieser Entschließung eine einseitige Konzession an die Stuttgarter Position und sehen, um es präzise auszudrücken, hierin eine Preisgabe der Haltung unserer Landesverbände.

Dr. SCHÄFER: Wir müssen doch von der Frage ausgehen: Wozu diskutieren wir dauernd gegeneinander? Das ist doch unfruchtbar. Wir haben alle nach meiner Auffassung das Ziel und den Willen, eine Formulierung zu finden, die eine Übereinstimmung ermöglicht. Es kommt im Endeffekt darauf an, daß der eine dem anderen eine Möglichkeit eröffnet, wie er das macht, ist eine andere Sache.

Zu *Leuze* möchte ich sagen: Ich bin, wie Sie wissen, zutiefst davon überzeugt, daß das, was in Stuttgart geschehen ist, falsch war und für die gesamte Entwicklung einen Schaden bedeutet. Wenn wir bei dem Versuch der Klärung aber nur an das Negative denken, dann schaffen wir es wirklich nicht. Im übrigen habe ich bis jetzt nur Negationen gehört. Ich würde bitten, wirklich Vorschläge zu machen, aber nicht Vorschläge, die die Partei nur aus einer Situation in eine neue bringen. Ich glaube, bevor man sich ungeheure Mühe gibt, den anderen ins Unrecht zu setzen, sollte man sich darum bemühen, etwas zu tun, was bei dem anderen Verständnis erweckt. Eine Koalition heißt doch, eine gewisse Sache unterstützen. Wenn Sie auf einem schiffbrüchigen Floß sitzen und anfangen, die Bänder zu zerschneiden, ist eine Rettung nicht mehr möglich. Glauben Sie nicht, daß Sie vielleicht dadurch, daß Sie in bestimmten Dingen eine absolut bakterienfreie Politik treiben wollen, daß Sie die Leute weiter unterstützen werden. In dem Moment, wo die FDP auseinanderfällt, hört praktisch alles auf, weil die Leute Rechner sind.

Franz BLÜCHER: Wenn wir heute nicht zu einer Lösung kommen, so bedeutet das, daß eine stoßkräftige und aktionsfähige Partei, die wir allmählich im Begriffe zu werden waren, tot ist. Die Konsequenz ist: Wir zerfallen, wir werden leicht abgewürgt. Man kann nicht eine norddeutsche Gruppe, eine mitteldeutsche Gruppe und eine süddeutsche Gruppe machen. Wir sollten doch versuchen, uns auf den Ernst der Lage zu besinnen.

MÜLLER: Ich habe mich als Vertreter der jungen Generation bisher jeder Äußerung enthalten. Wir hätten uns alle sehr gefreut, wenn es heute zu einer tragbaren Lösung gekommen wäre oder noch kommt. Ich bin verpflichtet, dem Ver-

7 Siehe Nr. 20 a, Anm. 8.

langen und dem Wunsche meiner jungen Freunde aus Württemberg-Baden nachzukommen und zu erklären, daß meine Freunde von dort ebenfalls die Erklärung von heute morgen ablehnen und sich hinter den Antrag von Württemberg-Hohenzollern stellen. Sie wollen eine eigene Erklärung abgeben: nach wie vor Ablehnung der Koalition, und zwar Ablehnung aus Gründen, wie sie *Euler* und *Leuze* dargelegt haben, und daß sie für den Fall, daß heute keine Lösung gefunden wird, sich zwar auf den Boden der Partei stellen und den Beschlüssen der Bundespartei folgen werden, sich aber von der DVP lösen werden.

Dr. DEHLER: Die Dinge treiben zur Krisis. Ist das notwendig? Ich verstehe die Haltung nicht mehr. Wir haben die Dinge nicht ausgesprochen, wir haben die Verhandlungen unterbrochen. Aber wenn wir uns nicht einigen, müssen wir weiter diskutieren, mit allem Ernst und mit aller Härte. Haben alle, die hier sind, den guten Willen, beieinander zu bleiben? Ich war tief erschüttert, als gestern abend *Brenner*, der erst einige Monate bei uns ist, noch nichts getan und nichts geleistet hat und nur kritisiert, frenetischen Beifall von einer Seite bekommt und ein Mann wie Reinhold *Maier*, der zehn Jahre Minister unserer Sache war, der auf ein Lebenswerk zurückblicken kann und von sich und von seinem Wirken Zeugnis ablegte, bei dem haben die gleichen Leute geschwiegen. Wollen Sie es zum Exzeß treiben? Wir müssen nach außen wirken! Eine Partei, die das Vertrauen der Wähler verliert, ist verloren. Ich bin bereit, alles zu tun, was nötig ist. Sie aber wollen vorher die Gemeinsamkeit der Partei, die Wirkung haben will und soll, zerschlagen. Sie werden doch nicht glauben, daß der Antrag von Württemberg-Hohenzollern angenommen wird, der diffamierend ist?

Ich habe erwartet, daß die Stuttgarter Freunde den Antrag des Vorstandes ablehnen werden, denn er mutet ihnen unglaublich viel zu. Ich bin überrascht, daß er angenommen wurde. Und nun kommen Zweifel, ob es möglich sein wird, daß Reinhold *Maier* das auch hält! Ist denn das notwendig? Reinhold *Maier* war von der Situation in Bonn nicht genügend unterrichtet. Eine Folge der Tatsache, daß der Kontakt zwischen Bonn und den Ländern nicht so funktioniert, wie es nötig wäre. Ist das denn aber ein ernsthafter Zweifel für uns? Warum sollte er im Bundesrat nicht unseren Standpunkt einnehmen, wenn er ausdrücklich erklärt, daß er es tun will? Diesen Grund, den man angibt, um sich nicht auf den Boden der Entschließung zu stellen, halte ich nicht für gerechtfertigt. Zur Angelegenheit *Pfleiderer*-Rede: Was hat Reinhold *Maier* hier anderes getan, als die Rede eines Mannes, der auf dem Gebiete der Außenpolitik und speziell der Ostpolitik große Kenntnisse hat, weitergegeben, damit andere sie nachlesen können? Ich halte Zweifel in die Zuverlässigkeit des Wortes, das unsere Stuttgarter Freunde zu geben bereit sind, nicht für gerechtfertigt, ich halte es für unmöglich, daß solche Zweifel unter Parteifreunden gestellt werden.

Lassen Sie es doch auf den Kampf ankommen. Man kann nicht jedem jedes Wort nachmessen, was er spricht. Wir müssen zu einem Ergebnis kommen. Ich mahne ernsthaft: Der Weg, der in dieser Stunde begangen wird, ist entscheidend.

Setzen wir uns doch zusammen und versuchen wir, die Dinge vernünftig zu besprechen. Wir haben eine große politische Aufgabe. Wenn diese Partei scheitert, dann wird die Demokratie in Deutschland, dann wird dieser Staat keine Chance mehr haben. Wir haben es schwer – wir wissen es, es ist klar – zusammenzuwachsen, aber vergrößern wir doch diese Geburtswehen nicht. Das, was sich da auftut, ist ein bedenklicher Mangel an menschlicher Bindung! Haben wir doch ein klein bißchen Nachsicht füreinander.

Diese Resolution müßte eine Diskussionsgrundlage sein, bitte formulieren wir anders. Es kommt nicht in Frage, daß der Antrag *Leuze* zur Abstimmung gestellt wird. Wenn es geschieht, ist es mit unserer Partei zu Ende. Ich flehe Sie an, formulieren Sie anders. Die württemberg-badischen Freunde haben bewiesen, wie verständig sie sind. Kämpfen wir um das Wort. Überschätzen Sie doch Resolutionen nicht, aber hier ist eine, die einen Staatsmann zu einem bestimmten Verhalten bindet.

BEZOLD: Ich habe das Gefühl, wir beweisen hier, wie recht das Ausland hat, wenn es sagt, daß die deutsche Politik schwierig sei. Was heißt denn, *Euler,* bakterienfreie Politik? In einer Koalition muß man immer nachgeben, denn Sie können von dem Gegner nicht erwarten, wenn Sie in eine Koalition gehen, daß er seine Gesichtspunkte aufgibt. Werden wir uns doch über eines klar. Die CSU und CDU liebt uns genauso wenig wie die SPD. Wir tun den anderen den größten Gefallen, wenn wir uns heute nicht einigen, denn dann ist für die der Stein weg, an dem sie sich gestoßen haben.

Ich möchte doch fragen, wo in aller Welt hat ein Gericht einen Schriftsatz einer der beiden Parteien zur Grundlage eines Vergleichs genommen? Sinn des Vergleichs ist es doch, daß jeder der beiden dann einen Schritt entgegenkommt und nachgibt. Wir müssen selbstverständlich etwas erarbeiten, was von beiden Teilen angenommen werden kann. Ich beschwöre Sie, es hängt die Arbeit von sieben Jahren an den nächsten Stunden, die irrsinnige Arbeit, Tag und Nacht keine Ruhe, keinen Sonntag und Feiertag! Wenn Sie diese ganze Arbeit heute opfern wollen, dann trennen Sie sich heute. Dann werden Sie eins haben: Diejenigen, die für diese Trennung gewesen sind, werden wenige Wochen nach der Trennung diese bedauern, denn wenn das Floß auseinanderbricht, wird jeder gleichmäßig absaufen, und dann wird keine Erklärung mehr helfen, denn das Volk und auch die Kreise, die wir ansprechen, sind nicht so, daß sie sich mit weltanschaulichen Erklärungen begnügen. Sie wollen für ihre Arbeit, dafür, daß sie bei uns stehen, etwas haben. Und wenn sie das nicht mehr bekommen, weil wir uns nicht durchsetzen können, dann werden sie sagen: Ihr hättet irgendeinen Verein gründen, aber keine Politik machen sollen. Es gibt in jeder Partei Spannungen. Auch in der CDU waren Spannungen, aber die haben sich ernsthaft bemüht, diese nicht in die Öffentlichkeit zu bringen. Ich glaube, daß wir doch weltanschaulich und politisch auf einem Boden stehen, und wenn jetzt irgendeiner von uns Porzellan zerdeppert hat, dann hat es doch keinen Sinn, daß wir wochenlang darüber schimpfen, sondern zusehen, wie die Sache weiterlaufen kann. Wenn wir dies nicht tun, werden wir die Antwort bekommen, und wir werden sie sehr schnell bekommen, denn in allen Ländern wird es bald dahinkommen, daß Parteifreunde abbröckeln, freiwillige Mitarbeiter

abbröckeln. Wir können nicht nur mit einem Funktionärsapparat arbeiten, weil dabei die Begeisterung fehlt. Wenn wir dies heute machen, werden sich Kreisvereine auflösen, und es wird eine Welle der Vernichtung über uns kommen, auf die andere nur gewartet haben.

EULER: Es handelt sich bei uns nicht um persönliche Gegensätze, sondern um weltanschauliche Gegensätze. Die Wähler wollen nicht, daß sie demnächst Bundesgenossen der SPD werden. Ich will gerade verhindern, daß die Arbeit von sieben Jahren von denen, die sie weiter leisten sollen, nutzlos gemacht wird.

Ich habe überlegt, ob der Beschluß des Vorstandes abgeändert werden könnte (verliest einen Abänderungsvorschlag).

Dr. MIDDELHAUVE: Hier ist wiederholt und mit Recht wiederholt ausgesprochen worden, daß die Partei in der Gefahr steht auseinanderzubrechen. Eindeutig muß festgestellt werden, daß unsere Parteifreunde in Württemberg-Baden geglaubt haben, sich nicht an die Grundlinie halten zu müssen. Wenn *Dehler* davon gesprochen hat, daß ein empfindlicher Mangel an menschlicher Bindung vorhanden sei, so muß ich sagen, daß diese Bindung gerade in Württemberg-Baden nicht beobachtet werden konnte. Deshalb ist alles so krisenhaft verstärkt. Wir haben es ja versucht, uns mit unseren Freunden aus Württemberg-Baden auszusprechen, vorher! Da hätten wir uns aussprechen können. Ich bin erschrocken über den Satz, den Reinhold *Maier* oder *Kessler* ausgesprochen hat, es sei doch gleichgültig, ob einige Posten mit SPD-Leuten besetzt worden sind. Da kann ich einfach nicht mit.

Wir waren uns im Vorstand einig, daß wir zu einer Grundsatzentschließung kommen. Das scheint mir das Wichtigste. Ich glaube, wir schaffen es. Die Schwierigkeit ist, daß der akute Fall Schärfe bekommen hat durch die Erklärung von Stuttgart.[8] Es ist notwendig, daß wir jetzt diese Zumutung möglichst gleichmäßig verteilen. *Eulers* Vorschlag geht weit. Ich könnte mir denken, wenn sich ein Parteifreund aus Württemberg-Baden, ein Freund aus Württemberg-Hohenzollern und zwei von uns zusammensetzen, so bringen wir die Geschichte vielleicht doch so bald wie möglich in Ordnung. Es ist für jeden schwer. Wenn aber die Partei nicht auseinanderfallen soll, müssen wir zu einer Entscheidung kommen.

Dr. LEUZE: Wenn nicht alle für das Beieinanderbleiben der FDP wären, säßen wir nicht hier. Es wäre besser, wenn wir nicht so viel aufeinander einreden würden. Es kommt im übrigen doch immer auf den Ton an. Die Aufforderung an den anderen heißt, gib auch Du nach. Ich schlage deshalb folgende Formulierung vor:

„In Übereinstimmung mit dem Beschluß des Hauptausschusses vom 17. 5. 1952 äußert auch der Parteitag zu der Regierungsbildung in Württemberg-Baden schwerste Bedenken, weil dadurch Zweifel an der grundsätzlichen Haltung der FDP entstanden sind.

---

8 Siehe Nr. 20 a, Anm. 4.

Daraus folgt, daß eine baldige Beendigung dieser Koalition notwendig oder erwünscht ist. Im Hinblick auf die Versicherungen des Chefs der badisch-württembergischen Regierung, Dr. Reinhold *Maier,* auf dem Parteitag erwartet der Parteitag spätestens bis ... die Auflösung oder Umbildung."

WAELDIN: Sie reden von einer baldigen Beendigung der Koalition. Politisch ist dies doch unmöglich. Sie wissen genau, daß ich kein Freund dieser Sache war und auch heute noch nicht bin, daß ich mich nur den Notwendigkeiten gebeugt habe. Sie wissen doch genau, daß es unmöglich ist, daß die Koalition beendet wird. Wir wissen nicht, was wir an die Stelle setzen sollen. *Euler* hat vorhin gesagt, wir müssen auf die Wähler Rücksicht nehmen. Wir haben versucht, mit der CDU einig zu werden. Ich kann Ihnen sagen, mir wäre nichts lieber gewesen als die große Koalition, denn sie hätte auch unseren südwestdeutschen Verhältnissen am besten entsprochen. Aber man muß auch Bereitwilligkeit finden, und wenn man im Sinne von Herrn *Leuze* verfahren würde, entsteht nichts, und wir sind doch im Neuaufbau des Landes. Mit der CDU ist nichts zu wollen. Sie müssen dazu dort unten die Verhältnisse kennen. Es ist für uns unannehmbar, einer Resolution zuzustimmen, die diesen Standpunkt vertritt, daß wir gezwungen sind, nach Stuttgart zu fahren und zu erklären, wir müssen jetzt die Koalition auflösen. Damit sind wir erledigt ein für allemal. Ich möchte noch eins sagen, *Leuze,* verlassen Sie den Machtstandpunkt! Ich bin der Meinung, wir sollten aufpassen – und das steht ja in der Resolution[9] drin -, wenn die Grundsätze verlassen werden. Wenn man dies tut, wenn etwas geschieht, was nicht vereinbar ist mit unseren Grundsätzen der Politik, dann sollte man zurücktreten.

Franz BLÜCHER: Ich schlage vor, daß heute nachmittag nochmals versucht werden sollte, eine andere Formulierung zu finden, denn wenn Sie mich und *Dehler* im Kabinett durch einen überformulierten Beschluß ohnmächtig machen wollen, dann können wir keine selbständige Politik mehr treiben. Zum zweiten: Auch die Landesverbände müssen Opfer bringen. Sie, *Euler,* sind in der glücklichen Lage als CDU-Chef Herrn *Hilpert* zu haben. Gerade Sie, die Sie in schwerstem Kampf mit der CDU gestanden haben, sollten auch dies bedenken.

Ich habe mich auch fürchterlich über das Radiogespräch[10] geärgert und noch mehr über die Regierungserklärung[11], habe aber auf der anderen Seite gedacht: Laß *Maier,* Bundesrecht bricht Landesrecht. Wir haben uns niemals als Preußen, sondern als Deutsche gefühlt.

---

9 Gemeint ist der Resolutionsentwurf Württemberg-Badens. Ebd.

10 Bezieht sich wahrscheinlich auf eine Äußerung *Maiers,* die dpa am 17. 5. 1952 wie folgt meldete: *Maier* „erklärte zu der Stellungnahme des FDP-Hauptausschusses [Siehe Nr. 20 a, Anm. 7] am Sonnabend in Stuttgart, er sehe diesen Beschluß als ‚ziemlich bedeutungslos' für die praktische Landespolitik im neuen südwestdeutschen Bundesland an. Die DVP/FDP-Fraktion in der Verfassunggebenden Landesversammlung Baden-Württembergs vertrete eine geschlossene einheitliche Linie. Jede Zuständigkeit von Bundesinstanzen der FDP für Fragen des Landes müsse von ihm abgelehnt werden." AdsD, Sammlung Personalia, Reinhold Maier.

11 Anm. 3.

Nun will ich Ihnen noch etwas sagen. Wenn Reinhold *Maier* der SPD das Leben schwermachen will, so bin ich persönlich der Ansicht, daß ich vielleicht in einer ähnlichen Lage entsprechend taktiert hätte: in einem entscheidenden Augenblick die Bestimmungsfreiheit zu sichern, ohne daß ich vorher gewisse Äußerungen gemacht hätte.

Ich habe das Gefühl, alles, was wir an politischen Schwierigkeiten seit 1949 haben, ist zu 50 % auf den Perfektionismus zurückzuführen. Ich bitte Sie nochmals, ernstlich zu bedenken, daß wir dadurch die Freiheit der Entscheidung aufgeben würden. Wir haben mit dem vorliegenden Entwurf ein Maximum erreicht. Ich bin der Überzeugung, mit dem guten Willen aller und dadurch, daß man versucht zu schweigen, damit können wir am weitesten kommen. Das andere ist das Gespräch zwischen Reinhold *Maier,* einigen Parteifreunden und mir. Ich warne vor Überspitzungen.

Reinhold MAIER: Als wir heute morgen Kenntnis von dem Vorschlag des Vorstandes[12] erhielten, entstand unter den ca. zwei Dutzend Delegierten von Württemberg-Baden und Süd-Baden eine allgemeine Entrüstung über den Inhalt dieses Vorschlages. Dr. *Kessler* hat die Zusammenhänge auseinandergesetzt, und ich war der erste, der auf den Boden dieses Entschlusses getreten ist. Überlegen Sie sich einmal, was dieser Beschluß für mich bedeutet? Was dieser Beschluß für die Abgeordneten der Länderversammlungen bedeutet in der Zukunft? Daß in jeder Wahlversammlung, in jeder politischen Versammlung ein Gegner auftreten kann, der sagt: Der Bundesparteitag der FDP hat das beschlossen! Es ist das eine Situation, deren Entwicklung nicht abzusehen ist. Es ist wahrscheinlich so, daß dieser Beschluß dazu führt, was die Herren gerne möchten, die ich als meine Widersacher bezeichnen kann, daß diese Koalition aufhört. Die SPD wird sagen, ja lieber *Maier,* Sie sind ja nicht mehr koalitionsfähig nach den Beschlüssen. Dies kann sehr gut eintreten, aber ich nehme dieses Risiko auf mich. Ich habe auch den Delegierten der Landesverbände klargemacht, daß wir es annehmen sollten, aber weiter kann nicht mehr gegangen werden.

Ich möchte Ihnen noch etwas anderes sagen: Wir fühlen uns als Demokratische Volkspartei von Württemberg-Baden zusammen mit den Südbadener Parteifreunden so stark, daß wir unsere Organisation in jedem Falle halten können. Das haben die Kundgebungen in der letzten Zeit bewiesen. Ich habe nicht die Absicht, Württemberg-Hohenzollern zu erobern, aber es ist eine leichte Sache aufzuzeigen, nicht die Richtung Reutlingen ist maßgebend, sondern die Richtung Stuttgart. Wir haben den Gesamtvorstand loyal unterstützt. Sie können nun machen, was Sie wollen, unter diese Formulierung gehen wir nicht. Wir sind uns der Unterstützung unserer sämtlichen Delegierten sicher, und wir sind uns auch absolut sicher, daß mit Ausnahme eines einzigen Herrn diese gesamte Fraktion sich so verhalten wird. Und wenn sie nicht alles aufs Spiel setzen will, kann sie sich nicht anders verhalten.

---

12 Zielt auf den Vorschlag *Blüchers* am Ende der morgendlichen Vorstandssitzung ab. Siehe Anm. 1.

Dr. LEVERENZ: Ich glaube, wir verschieben die ganze Grundlage. Als wir heute morgen auseinandergingen, war ich der Überzeugung, daß sich alle Landesverbände bzw. alle Vorsitzenden der Landesverbände für die Resolution einsetzen werden. Wir sind auch mit diesem Willen auseinandergegangen. Wir sind wegen zweier Bedenken nun wieder zusammengekommen. Da wir zu beiden Punkten die Erklärungen von Dr. *Maier* gehört haben, müssen wir sagen, daß diese Bedenken weggefallen sind.

Über die Bedenken wegen der *Pfleiderer*-Rede bin ich erstaunt. Wir haben doch in Godesberg einmütig festgestellt, daß der Hauptausschuß sich distanziert.[13] Damit war das Problem geklärt, denn in der Entschließung heißt es, die Voraussetzung ist, daß sich Württemberg-Baden auf den Standpunkt der Bundespolitik stellt. Wir müssen anerkennen, daß Württemberg-Baden zurückgestellt hat, daß sich Dr. *Maier* selbst bei seinen Delegierten eingesetzt hat. Das müssen wir doch anerkennen, und wir müssen hier schnell zu Ende kommen.

Dr. LÜDERS: Ich habe mit großem Interesse die Erklärung von Präsident *Maier* angehört, und mir will erscheinen – als politischer Laie –, daß wir die Erklärung nicht unterschätzen dürfen, wenn wir zu einer Verständigung kommen wollen. Württemberg hat recht, man kann doch Termine für Koalitionsbrüche nicht in der Öffentlichkeit proklamieren. Ich würde von Reinhold *Maier* gern hören, da ich für meine Person an dem Wort keines Parteifreundes zweifle, daß er nichts dazu tun wird, um eine Störung der Bundespolitik herbeizuführen. Ich möchte gern hören, ob ich mich irre oder nicht, daß er uns gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, daß der die Gelegenheit suchen und finden wird, die Koalition sprengen zu können. Das ist eine Sache, die wir niemandem vorschreiben können, aber ich nehme an, daß Reinhold *Maier* eine solche Gelegenheit gern ergreifen wird. Ich glaube, daß das Aufklärung bringen kann. Ich habe ernst und heftig auf die Konsequenzen hingewiesen, die eine Nicht-Einigung nach sich ziehen wird. Es werden sich zahlreiche Freunde nur noch die Frage vorlegen, wo gehe ich hin, wenn dieser Zusammenschluß nicht mehr vorhanden ist? Wir stehen vor der Frage: deutsche FDP oder überhaupt keine FDP, und wir haben eine Verantwortung in der Entwicklung des Ost-West-Problems.

Dr. SCHÄFER: In dieser Art sind keine Ergebnisse zu erzielen. Das kann man nur innerhalb einer kleinen Gruppe machen. Ich bin der Auffassung, wir brechen ab.

Reinhold MAIER: Ich möchte nochmals betonen, daß wir die Resolution in diesem Wortlaut annehmen, aber keine Änderung mehr zulassen können.

Franz BLÜCHER: Mir ist vor etwa zwei Stunden etwas Unmögliches gesagt worden. Ich habe kein Wort dazu geäußert, weil wir alle Opfer bringen müssen. Ich vertrete die Auffassung, die Vorsitzenden haben die Aufgabe, ihren Parteifreunden nunmehr im Ernst zu sagen, worum es sich handelt, und ich

13 Siehe Nr. 20 a, Anm. 7.

halte Ihre Freunde für ebenso große Idealisten, wie ich andere für Idealisten halte.

Dr. MIDDELHAUVE: Die Partei wird entweder dadurch, daß wir uns auf eine Entschließung in dieser Frage heute nachmittag einigen, weiterbestehen, und dann werden wir sie durchsetzen, wenn wir gemeinsam den Willen haben, oder sie wird heute nachmittag zu Bruch gehen. Das ist die klare Alternative, die heute morgen schon ausgesprochen worden ist.

EULER: Wir dürfen uns darüber im klaren sein, daß, wenn die Erklärung von Reinhold *Maier* gleich zu Beginn der Unterhaltung erfolgt wäre („Diese Entschließung ist das letzte Wort."), die ganze Unterhaltung überflüssig gewesen wäre, denn das war ein unveränderter Tatbestand. Die Delegierten werden wieder vor dieselbe Entschließung gestellt, darüber hinauszugehen ist unmöglich. Da ist erneut dasselbe Verhalten [wie das], aus dem die Situation entstanden ist. Wir haben uns die größte Mühe gegeben, darauf hinzuweisen, ehe die Koalition zustande gekommen ist. Wir haben die größten Schwierigkeiten gehabt. Ich will versuchen, eine andere Fassung zu finden, denn mit einem unveränderten Tatbestand können wir den Delegierten nicht kommen.

Dr. BAROWSKY: Sie sagen, diese ganze Südweststaatsache hat die Bundespolitik gefährdet. Ich weiß nicht, ob die Bundespolitik nicht weit mehr gefährdet ist [. . .][14] durch diesen Streit. Ich möchte vom Standpunkt Berlin aus folgendes sagen: Die Bundespolitik muß darauf ausgerichtet sein und bleiben, daß das ganze Deutschland einmal wieder zusammenkommt. Wir werden uns dann mit den Leuten der LDP aus Sachsen usw. wieder an einen Tisch setzen müssen, und es werden dann weit größere Spannungen da sein. Sehen Sie die Problematik doch unter diesem Gesichtspunkt!

Franz BLÜCHER: Geben wir doch endlich das Persönliche und Bösesein auf, denken wir an das, was vor uns steht. Wir müssen uns doch entscheiden! Oder wollen wir morgen fünf oder sechs Parteien sein? Das ist doch die Tatsache!

Reinhold MAIER: Ich möchte aber nochmals darauf aufmerksam machen, daß diese Angelegenheit uns vorgelegt worden ist von dem Vorstand, und daß wir die Sache so angenommen haben, daß wir bereit sind, morgen zu bekunden, daß wir uns unter die Oberhoheit des Vorstandes stellen, daß wir dann aber auf der anderen Seite erwarten, daß auch die übrigen Landesverbände dieselbe Disziplin und die Opferwilligkeit gegenüber unserem Vorstand aufbringen. Ich kann Ihnen versichern – und wenn Sie noch so viele Redaktionskomitees einsetzen –, es muß eine gewisse Mindestbasis mit konsequenter Haltung darin sein.

Franz BLÜCHER: Ich glaube, es ist doch natürlich, daß es unser aller Wunsch war, daß wir zur Einstimmigkeit kommen. Nach meiner Ansicht ist bisher noch nichts gegen diesen Text gesagt worden. Alles was drinsteht, ist doch die Erfüllung des von Ihnen Vorgetragenen. Man erwartet die Umbildung oder Auflösung, wenn und sobald Tatsachen. . . Man sollte sich doch zusammensetzen, damit nicht das letzte versäumt worden ist.

---

14 An dieser Stelle in der Vorlage ein sinnentstellendes „als".

Wir müssen uns mit dem festen Entschluß tragen, daß sich die Vorsitzenden hinterher vor ihre Landesverbände stellen und ganz deutlich sagen, worum es geht.

RADEMACHER: Ich verspreche mir von einer nochmaligen Redaktion dieses Beschlusses nichts. Wir haben doch heute den außerordentlichen Parteitag, den Nordrhein haben wollte. Jetzt sitzen wir in der kameradschaftlichen Aussprache. In diesem Redaktionskomitee sitzen sich zwei Gruppen gegenüber. Es wird versucht werden, stilistische Änderungen zu machen. Wir haben aber erklärt, daß Grundsatzänderungen nicht hereingenommen werden können. Wir Hamburger waren sehr überrascht, daß Südbaden diesen Entschluß nicht akzeptiert hat. Hamburg geht auch keinen Schritt weiter.

Reinhold MAIER: Auch der Vorstand muß dann wieder genehmigen, was das Redaktionskomitee beschließt. Ich glaube, wir können darauf verzichten. Ich mache nochmals aufmerksam auf die Auswirkungen. Es wird so ausgehen, die Nachfolgeschaft wird nicht die große Koalition sein und nicht die Bonner Koalition, sondern es wird eine SPD-CDU-Koalition sein. Mir ist das eine Befriedigung, wenn das eintritt. Jeder ist seines Glückes Schmied, auch die FDP von Gesamtdeutschland.

Dr. DEHLER: Die Frage einer Koalition ist politisch wichtig, ist taktisch politisch wichtig, ist aber keine Grundsatzfrage. Grundsatzfragen sind die Fragen unserer politischen Anschauungen. Wir überschätzen eine taktische Frage und wollen am Ende einer taktischen Frage wegen die Partei aufgeben. Es gibt bei uns Landesverbände, die sagen: einheitliches Recht und einheitliche Partei. In groteskem Widerspruch steht, daß dieselben Landesverbände hier sagen, wir haben das und das beschlossen und gehen davon nicht ab. Ich stelle mir aber vor, daß man versuchen sollte, richtig zu entscheiden. Es handelt sich nicht um ein Redaktionskomitee, sondern um ein kleines Gremium, das einer Aufgabe näherkommen soll. Ich sehe die Möglichkeit, daß man zu Formulierungen kommt, die die Lage entspannen.

Dr. MIDDELHAUVE: Nennen wir diesen Ausschuß „Ausschuß des guten Willens".

Zusammensetzung: Dr. *Schäfer*, *Euler*, *Bezold*, Dr. *Leuze*, *Kohler*, Dr. *Kessler*, Dr. *Middelhauve*.[15]

---

15 Dieser Ausschuß erarbeitete eine vom Parteitag verabschiedete Entschließung, die folgenden Wortlaut hatte: „Im Verfolg des Beschlusses des Hauptausschusses der FDP vom 17. Mai 1952 stellt der Parteitag fest, daß die Regierungsbildung in Baden-Württemberg der politischen Aufgabe der FDP angesichts der gegenwärtigen staatsgefährdenden Obstruktionspolitik der SPD im Bund zuwiderläuft. Demgegenüber hat der Parteitag von den Versicherungen des Chefs der baden-württembergischen Regierung, Ministerpräsidenten Dr. Reinhold *Maier*, Kenntnis genommen, wonach für ihn die Voraussetzung dieser Regierungsbildung die Wahrung der Möglichkeit gewesen ist, jederzeit den unverzichtbaren Grundsätzen der FDP auch innerhalb dieser Koalition gerecht zu werden. Der Parteitag erwartet also die Auflösung oder Umbildung dieser Koalition, wenn und sobald Tatsachen eintreten würden, die die Verfolgung der innen- und außenpolitischen Ziele der Partei unmöglich machen sollten." fdk, 3. Jg., Nr. 48 vom 14. 7. 1952, S. 6.

21.

5./6. 9. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 95. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am 5. und 6. 9. 1952 in Unkel." Beginn: 16.40 Uhr (5. 9.) und 9.30 Uhr–15.00 Uhr [6. 9.].

Teilnehmer: [Becker (6. 9.)], Bezold, Blücher, Borttscheller, Brinkmann, Eberhard, Entholt, Euler, Frühwald, [Haußmann], Herta Ilk, [Kellner], Leuze, Marie-Elisabeth Lüders, [Maier (6. 9.[1])], Mende, Middelhauve, Müller, Neumayer, [Onnen (6. 9.)], Richter, Schäfer, Schifferer, Schwennicke, [Weirauch].

[5. 9. 1952]

[PRÄLIMINARIEN]

Franz BLÜCHER: Meine lieben Freunde! Ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstandes und darf meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß trotz aller Anfragen und Bemühungen es nicht möglich gewesen ist, früher zusammenzukommen. Deshalb werden wir in den nächsten Monaten wieder in den anscheinend unvermeidlichen Zeitdruck geraten.

Ich muß dann leider bekanntgeben, daß wir eine Menge von Fehlmeldungen bzw. Abmeldungen haben. Zunächst fehlen zwei Herren wegen Erkrankung. Ernst *Mayer* ist, wie Sie wohl zu einem Teil nicht wissen, von einer Thrombose befallen worden. Wir hoffen aber, daß die Kette seiner Leiden bald zu Ende ist. Thomas *Dehler* ist in seinem Urlaub nicht gesünder, sondern kranker geworden und mußte abermals zur Kur wegfahren.

Es fehlen weiter entschuldigt die Herren *Rubin, Bleek* und *von Rechenberg* sowie *Günzel.*

Es haben Vertreter gesandt *Stegner* in der Person von *Brinkmann, Leverenz* in der Person Dr. *Schifferers, Rademacher* Herrn *Richter.*

Darf ich Ihnen zunächst Kenntnis geben von einem Brief unseres Freundes Theodor *Heuss* an die Partei. Verlesung des Dankschreibens betr. Parteistiftung für das von seiner Gattin errichtete Müttererholungswerk.

Schließlich habe ich heute Frau *Lüders* herzlichst Glück zu wünschen für eine Auszeichnung, die einem kämpferischen Leben gilt[2], und ich darf der Hoff-

1 Für seine Teilnahme an der Bundesvorstandssitzung erhielt *Maier* am 9. 9. 1952 ein Dankesschreiben von *Haußmann,* der es begrüßte, daß *Maier* in Verfolg der Sitzung nunmehr in der Lage sei, sich „über die Personen sowie über die Behandlung der Tagesordnungspunkte und meine *[Haußmanns]* Stellungnahme ein unmittelbares Urteil zu bilden". HStASt, Q 1/1, Bü 333 (NL Maier).

2 Der Bundespräsident hatte Frau *Lüders* auf Vorschlag des Berliner Senats „in Ansehung ihrer Verdienste um die demokratische Frauenbewegung und im Hinblick auf ihre großen sozialpolitischen Leistungen das Große Bundesverdienstkreuz verliehen". fdk, 3. Jg. Nr. 57 vom 2. 9. 1952.

nung Ausdruck geben, daß dieses kämpferische Leben noch lange andauern wird.

Frau Dr. LÜDERS: Ich danke Herrn Minister *Blücher* und sehe in dieser Auszeichnung einen Dank und eine Anerkennung aller der Frauen, die mir auf dem steilen Weg gefolgt sind.

Franz BLÜCHER: Dann darf ich sofort eintreten in die Arbeit und bitte, sehr konzentriert zu verfahren, damit das gewaltige Pensum, das vor uns liegt, bewältigt werden kann.

Darf ich vorschlagen, daß wir zunächst abstimmen, wie lange wir, wenn wir konzentriert beraten, heute abend zusammen arbeiten wollen?

Dr. MIDDELHAUVE: Wie lange wollen wir denn morgen tagen?

Franz BLÜCHER: Das kann niemand sagen. Wir haben jetzt 16.45 Uhr und ich würde vorschlagen, daß wir heute bis 20.45 Uhr zusammenbleiben.

Wir sollten morgen früh wieder um 9.30 Uhr pünktlich zusammenkommen. Bei einigen Teilnehmern drängt die Zeit. Frau Dr. *Lüders* muß morgen um 12.29 Uhr nach London, Frau Dr. *Ilk* muß um 15.30 Uhr weg. Wir sollten deswegen versuchen, möglichst morgen durchzuarbeiten ohne Unterbrechungen, denn diese hätten bei dem Zeitdruck keinen Zweck.

Ferner darf ich bemerken, daß zum Punkt Verschiedenes einige Ausführungen zu machen sind, und ich möchte anregen, hierfür die Zeit morgen von 11.30 Uhr bis 13.30 Uhr vorzusehen. Wir müssen versuchen, heute und morgen früh bis 10.00 Uhr mit unseren Beratungen und den Anweisungen für den Satzungsausschuß fertigzuwerden, um dann zum Punkt 2 der Tagesordnung übergehen zu können.

Es herrscht also Klarheit über den Ablauf der Dinge, und ich möchte jetzt vorschlagen, unverzüglich in die Arbeit (Punkt 1) der Tagesordnung einzutreten.

[BERATUNG ÜBER DIE WEISUNGEN AN DEN SATZUNGSAUSSCHUSS]

Herr Dr. *Kellner* hat eine Arbeitsvorlage ausgearbeitet[3], er hat damit keinen Autorenehrgeiz zeigen wollen, sondern lediglich eine Unterlage erstellt als Richtlinie.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich möchte vorschlagen, daß Dr. *Kellner* seine Vorlage verliest.

Dr. KELLNER verliest § 1.[4]

---

3 Die Arbeitsvorlage stand unter der Überschrift: „Entwurf. Freie Demokratische Partei. Satzungen", ADL, Ordner-Nr. 553.

4 § 1: Zweck: „1) Die FDP ist eine politische Partei im Sinne des Art. 21 Abs. 1,1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Sie vereinigt Deutsche ohne Unterschied des Standes, der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts und des Bekenntnisses, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer vom sozialen Geist getragenen freiheitlichen Gesellschaftsordnung mitwirken wollen und totalitäre und diktatorische Bestrebungen jeder Art ablehnen. 2) Sie erstrebt eine Zusammenarbeit mit gleichberechtigten politischen Vereinigungen

Dr. SCHÄFER: Wird zu Absatz 1 das Wort gewünscht?

EULER: Es stand in der alten Satzung „vom sozialen Geist", es muß aber heißen „von sozialem Geist usw.".

Dann 1, 3 (Anhang): Eingetragene Vereine sind Turnvereine, Gesangvereine usw. Wir dürfen den Parteien nicht den Anstrich der bürgerlichen Vereine geben, sondern müssen sie anders verankern. Die Rechtsfähigkeit kann auch anders sichergestellt werden.

Dr. MENDE: Das Parteiengesetz[5] sieht nur die Eintragung ins Parteienregister vor. Parteienregister sind aber keine Vereinsregister des bürgerlichen Rechts. Ich möchte auf das Problem der Haftung verweisen.

Dr. SCHÄFER: Als Vermögensträger haben wir nebenbei noch einen eingetragenen Verein. Die Partei ist Aktionsträger für politische Aufgaben, für die anderen Aufgaben haben wir die andere Form. Und wir haben seit Jahrzehnten diese Form. Aus welchen Motiven ist Dr. *Kellner* zu diesem Vorschlag gekommen?

Dr. KELLNER: Die Partei ist kein Rechtssubjekt, aber Träger von Vermögen, man muß praktisch immer einen Strohmann haben (Grundstückkauf etc.). Wir haben Schwierigkeiten durch diese verkappten Verträge.

WEIRAUCH: Wenn z. B. ein Vorstandsmitglied im Dienste der Partei als Erwerber eines Kraftwagens in Erscheinung tritt und ein Unfall passiert, müssen wir damit rechnen, daß das Vorstandsmitglied zur Haftung herangezogen wird. Das ist eine Schwierigkeit, mit der wir immer rechnen müssen.

Dr. KELLNER: Dazu kommt, daß bereits drei Landesverbände eingetragene Vereine sind (Bremen, Bayern, Rheinland-Pfalz). Es ist schwierig, wenn dann die Bundespartei kein Rechtssubjekt ist.

(Einwurf *Eberhard:* Rheinland-Pfalz ist noch nicht so weit.)

Franz BLÜCHER: Das Psychologische, auf das *Euler* hingewiesen hat, sollte bestimmend für uns sein. Man sollte deshalb die Rechtsstellung abwarten, die ja im Parteiengesetz zu klären wäre, was allerdings noch zwei Jahre dauern kann. In der Zwischenzeit müssen wir wohl das Risiko auf uns nehmen.

EULER: Wenn aus bestimmten Gründen die Partei doch einstweilen in das Vereinsregister eingetragen werden müßte, dann sollte man das tun, aber nicht in der Satzung verankern, daß es so sein soll.

Dr. SCHÄFER: Es bestehen also scheinbar erhebliche Bedenken. Lassen wir doch die Sache, bis das Parteiengesetz entschieden hat. Im übrigen hat sich bisher kein praktischer Fall ergeben, der uns unübersteigbare Schwierigkeiten gebracht hätte. Wenn ein solcher Fall einmal eintritt, wird doch wohl die Solidarität untereinander so sein, daß die Parteifreunde den anderen nicht im Stich lassen.

---

anderer Länder mit dem Ziel, eine zwischenstaatliche Ordnung im Geiste liberaler Lebensauffassung herbeizuführen."

5 Siehe Nr. 20 a, Anm. 16.

Franz BLÜCHER: Wir sollten die Rechtsfähigkeit der Partei als gegeben erachten. Die Parteien sind im Grundgesetz verankert.

Dr. SCHÄFER: Ich stelle aber fest, daß wir von dem eingetragenen Verein absehen.

EULER: Sollten wir nicht sagen im Geiste „freiheitlicher" Lebensauffassung?

Dr. SCHÄFER: Da es sich bei diesem Begriff um zwischenstaatliche Beziehungen handelt, haben wir „liberale" Lebensauffassung gewählt.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich sehe keine andere Möglichkeit. Freiheitliche Lebensauffassung würde international gesehen nicht genügend konkret substantiiert sein.

Franz BLÜCHER: Ich kenne die Gedanken, die bei *Euler* mitsprechen. Liberal stellt aber einen historisch-politisch anerkannten Tatbestand und ein Bekenntnis dar.

Frau Dr. LÜDERS: Das Wort liberal hat in der ganzen Welt einen bestimmten Sinn und Inhalt. Freiheitliche Lebensauffassung, das ist etwas anderes. Unter dem Gesichtspunkt nur der freiheitlichen Lebensauffassung kann sich nie eine Partei zu einer geschlossenen Auffassung und Aktionsfähigkeit durchringen, dann verlieren wir in der internationalen politischen Öffentlichkeit den Wert des Zusammenseinwollens. Ich würde davor warnen, jetzt da etwas anderes hineinzusetzen, was einen ganz anderen Sinn hat.

Dr. SCHÄFER: Zwischenstaatliche Ordnung ist die Regelung, mit der eine internationale Zielsetzung ausgesprochen ist. Das haben wir damals bewußt getan. Wenn wir profilieren wollen, können wir an dem Begriff liberal nicht vorbei.

EULER: Ich bin damit einverstanden. Erheblichen Wert messe ich dem Wort „liberal" sowieso nicht bei.

Beschluß: Das Wort „liberal" bleibt bestehen. Anstatt „gleichberechtigten" muß es heißen „gleichgerichteten".

Dr. KELLNER: Die Paragraphen sind deshalb in 1 a[6] usw. unterteilt worden, damit, falls sich Änderungen ergeben, nicht umnummeriert zu werden braucht. § 1 a sollte deshalb nur vorsorglich gelten.

Dr. MIDDELHAUVE: Es ist ausdrücklich in § 1, Absatz 1, gesagt worden, die FDP ist eine politische Partei im Sinne des Art. 21 [GG]. Wenn in der Folge nur von der Partei die Rede ist, kann es sich nur um die Bundespartei handeln. Ich halte die Zufügung des § 1 a für überflüssig, abgesehen davon, daß sie nicht schön ist. Wir können auf diese Begriffsbestimmung verzichten.

SCHWENNICKE: Ich erinnere mich, daß wir schon hin und wieder bei der Auslegung der Satzung auf Schwierigkeiten gestoßen sind. Ich habe die Fälle zwar nicht mehr alle in Erinnerung, führe aber als Beispiel an den § 14. Es heißt dort: „Mitglieder des Ehrenrates dürfen kein Amt in der Partei . . . ausüben."

---

6 § 1 a: Begriffsbestimmung: „Soweit im folgenden die Rede von der Partei schlechthin ist, ist darunter die Bundespartei (Gesamtpartei) zu verstehen."

Nach Auslegung von Dr. *Middelhauve* also kein Amt in der Bundespartei, während seinerzeit gemeint war, überhaupt kein Amt innerhalb einer Ortsgruppe usw. Hier treten Zweifelsfälle auf, und es gibt noch mehr Beispiele dieser Art.

Dr. MIDDELHAUVE: Das überzeugt mich nicht. Wenn man sagt Parteiämter, so sind das doch sämtliche Ämter der Partei, die nicht nur auf der Bundesebene zu liegen brauchen, sondern ebensogut bei den Ortsgrupen usw. liegen können. Jemand, der kein Amt in der Partei haben kann, kann nicht nur nicht Mitglied des Vorstandes der Gesamtpartei sein, er kann auch nicht als Vorsitzender des Kreis-, Bezirksverbandes usw. fungieren.

EULER: Ich möchte darauf hinweisen, wir haben hier die Satzung der FDP und nicht der CDU. Es ist die Satzung der Gesamtpartei und nicht der Landes- oder Kreisverbände. Wenn in irgendeinem Zusammenhang von der Partei gesprochen wird, dann ist die FDP als solche gemeint. Will man differenzieren, dann läßt sich das mit einfachen Worten deutlich tun.

Dr. SCHÄFER: Geht das nicht aus dem übrigen Inhalt der Satzung hervor, daraus, daß sich die Partei als bundeseinheitliche Organisation ansieht? Ich kann keinen anderen Schluß folgern, wenn ich die folgenden Ausführungen durchlese.

Franz BLÜCHER: Ich bin der Ansicht, wir sollten dies zunächst zurückstellen, da es sich aus der Diskussion ergibt.

Dr. KELLNER verliest den Paragraphen 2.[7]

Die Landessatzungen sehen das 18. Lebensjahr vor.

Frau Dr. LÜDERS: Es heißt, Mitglieder können die Deutschen werden. . . und zum Schluß, die keiner anderen Partei angehören und gegen deren Zugehörigkeit Bedenken nicht bestehen. Müßte es nicht heißen, gegen deren Aufnahme?

BEZOLD: Dieser Paragraph geht an die Grundfrage heran, die Frage, woraus die Partei besteht. Besteht sie aus einzelnen Mitgliedern oder aus den Landesverbänden? Wenn sie nämlich aus einzelnen Mitgliedern besteht, dann ist es unlogisch, wenn es dann unter § 2 a[8] heißt, daß diese Mitgliedschaft nur über

---

7 § 2: Mitgliedschaft: „Mitglieder können alle Deutschen werden, die das 17. Lebensjahr vollendet haben, die Grundsätze der Partei anerkennen, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, die keiner anderen Partei angehören und gegen deren Zugehörigkeit Bedenken nicht bestehen."

8 § 2 a: Erwerb der Mitgliedschaft: „1) Die Mitgliedschaft wird erworben durch Aufnahme nach Antragstellung. Die näheren Einzelheiten regelt die Satzung des für den ständigen Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Landesverbandes. Dieser kann die Entscheidung über die Aufnahme von Mitgliedern auf seine nachgeordneten regionalen Gliederungen übertragen. 2) Wer in einem Landesverband die Mitgliedschaft erworben hat, erwirbt dadurch gleichzeitig die Mitgliedschaft bei der Bundespartei. 3) Ein Landesverband ist verpflichtet, eine Aufnahme zu unterlassen oder rückgängig zu machen, wenn dies vom Vorstand der Bundespartei innerhalb von zwei Monaten nach Kenntnisnahme von der erfolgten Aufnahme gefordert wird. 4) Der Bundesvorstand ist berechtigt, jederzeit die in bezug auf den Mitgliederstand und die Aufnahme bei den nachgeordneten Gliederungen angelegten Unterlagen und Verzeichnisse überprüfen zu lassen."

die Mitgliedschaft des Landesverbandes, also nicht unmittelbar, sondern mittelbar möglich ist. Es ist die Frage, hat die Gesamtpartei wirklich Mitglieder im eigentlichen Sinn juristisch gesehen?

Dr. MIDDELHAUVE: Die grundsätzliche Frage ist damit angeschnitten. Die Partei ist aus dem Besatzungsrecht heraus geboren, aus verschiedenen Landesverbänden entstanden, die sich zusammengefügt haben, zunächst auf Zonenbasis, dann auf Bundesbasis. Dadurch haben die Landesverbände in den Satzungen eine so starke Verwurzelung gefunden, daß es gar nicht möglich war, eine Einzelmitgliedschaft bei der Gesamtpartei festzusetzen. Das scheint mir völlig unmöglich. Die Mitgliedschaft nur mittelbar ist nicht mit der Auffassung von einer Partei zu vereinbaren, und deswegen muß hier eine völlig andere Regelung eintreten. In meinem eigenen Landesverband kämpfe ich schon lange um eine Mitgliederkartei. Das ist einfach nicht durchzusetzen. Ich bin überzeugt, daß kein Landesverband eine solche Mitgliederkartei hat, vielleicht mit Ausnahme von Hamburg und Bremen, die ja Städte sind, Stadtverbände in großem Ausmaß. Ganz anders ist es bei einem Landesverband mit Kreis- und Bezirksverbänden. Auch törichten Einwendungen begegnet man da. Aber wir können nicht warten, bis das Parteiengesetz kommt, aus eigener Kraft und Einsicht muß das geregelt werden, und zwar muß das von der Gesamtpartei ausgehen. Die Gesamtpartei muß stark gemacht werden in ihrer Geschlossenheit, und die Satzungen sind ein Hilfsmittel dazu. Das war der Sinn des Auftrages des Parteitages für die bessere Aktivität.[9] Deshalb muß in § 2 die Einzelmitgliedschaft bei der Partei das Primäre sein. Diese grundsätzliche Klärung muß erst erfolgen.

Dr. SCHÄFER: Entweder sind wir eine Partei von Landesverbänden, oder wir haben eine unmmittelbare Mitgliedschaft. Wenn wir so verfahren, wie *Middelhauve* will, müssen wir alles umändern und im Widerspruch zu dem föderalistischen Aufbau des Grundgesetzes stehen. Jeder Staat hat eine bestimmte Art von Gesetzgebung und eine bestimmte Souveränität. Von oben her ist das alles gar nicht zu erreichen. Wie wollen wir denn einen Aufnahmeantrag des Herrn X bearbeiten? Die Landesverbände werden nicht willens sein, sich die Rechte, die sie erworben haben, plötzlich nehmen zu lassen, indem sie einer Satzung zustimmen, die besagt, daß ihre Mitglieder nicht Mitglieder des Landesverbandes, sondern Mitglieder der FDP sind.

EULER: Die FDP ist kein föderalistischer Zusammenschluß, sondern eine einheitliche Partei, die im ganzen Bundesgebiet ein und dieselbe und nur aus Zweckmäßigkeitsgründen gegliedert ist. Diese Gliederung ist so zu verstehen, wie sie in Heppenheim beschlossen wurde[10], sonst hätten die Satzungen ganz anders sein müssen, sonst hätten sich die Parteien nur zu einem Dachverband zusammengeschlossen. Daß der Bund diese föderalistische Struktur bekommen hat, ist geschehen, weil die Besatzungsmächte noch andere Prinzipien in der Politik hatten. Wir dürfen aber nicht durch unsere Satzungen den Ein-

9 Siehe Nr. 20 a, Anm. 17.
10 Gründungsparteitag der FDP am 11./12. 12. 1948. Vgl. D. HEIN, 1985, S. 333–342.

druck erwecken, als wären wir etwas anderes, als wir gemäß unserer politischen Linie vertreten.

Zur Aufnahme von Mitgliedern: Das ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Es wäre unzweckmäßig, wollte man die Mitgliedschaft dadurch erwerben, wenn man von den Leuten verlangt, sie sollten sich in Bonn anmelden. Es gibt doch auch keine Mitgliedschaft bei den Landesverbänden. Die Mitgliedschaft wird erworben durch Antrag bei der untersten Stufe, dem Orts- oder Kreisverband. Das hat man zu sagen und nicht mehr. Eine Mitgliedschaft beim Landesverband gibt es nicht, höchstens eine Überprüfung durch ihn.

Dr. SCHIFFERER: Ich bin Deutscher, der in Schleswig-Holstein wohnt, und nicht Schleswig-Holsteiner, der in Deutschland wohnt. Ich bin FDP-Mann, in Holstein organisiert, und bin aber nicht schleswig-holsteinischer FDP-Mann, der über den Landesverband Beziehungen zur Bundespartei hat.

BEZOLD: Wir müssen uns zu dieser Frage klar bekennen. Nur ein Beispiel: Was geschieht, wenn diese untersten Organisationsstufen die Aufnahme verweigern? Zweifellos muß eine Berufungsinstanz oder eine, wie man sagt, nächsthöhere Instanz vorhanden sein, die über die Frage, ob das Mitglied aufgenommen wird oder nicht, sich entscheidet. Das waren bisher die Landesverbände, die aus ihrer Erfahrung und aus der politischen Atmosphäre heraus erkannten, ob der Antragsteller für die Partei tragbar [ist] oder nicht ist. Es ist aber doch nicht so, daß alle in der untersten Organisationsstufe den Antrag stellen würden. Es gibt doch sicher in vielen Ländern Fälle, wo ein Mann sagt, ich will nicht in diese unterste Organisation aufgenommen werden, weil mir die Personen, die Vorstandsmitglieder usw. nicht gefallen, ich will in den Bezirksverband aufgenommen werden. Wenn wir auf dem Standpunkt von *Euler* stehen, dann müßte die letzte Instanz über die Aufnahmemöglichkeit die Bundespartei sein. Das würde aber bedeuten, daß die einzelnen Landesverbände in ihrer praktischen Arbeit und in ihrer Bedeutung eine außerordentliche Herabminderung erfahren, die sich natürlich unter Umständen in der politischen Arbeit auswirken wird. An sich sind die Dinge nicht so tragisch. Es ist doch schließlich vollkommen gleichgültig, ob das einzelne Mitglied mittelbar oder unmittelbar Mitglied der Zentralpartei ist, mittelbar ist es immer, es handelt sich nur um die praktische Erfassung und um die praktische Arbeit, die hinsichtlich der Person dieses einzelnen Mitgliedes zu tätigen ist. Bis jetzt waren die Leute Mitglied nur unmittelbar der Partei, genau wie im Landesverband Mitglied des Kreisverbandes evtl. des Bezirksverbandes und nur unmittelbar Mitglied des Landesverbandes. Es werden doch auch zu allen Tagungen der Landesverbände nicht Mitglieder, sondern Delegierte entsandt, also besonders Ausgewählte, das ist in keiner Partei der Bundesrepublik anders und auch nicht anders zu machen.

Dr. MIDDELHAUVE: Es ist wesentlich, was *Euler* gesagt hat. Es kommt hinzu, daß der § 2 a, 2 unmöglich ist. Ich erinnere auch daran, daß das für die britische Zone nicht stimmt. Unsere Mitgliedskarten, *Blüchers,* meine und Dr. *Schäfers* sind meines Wissens von Wilhelm *Heile* unterschrieben, und ich habe die Mitgliedsnummer 7 gehabt. Das scheint irgendwie den politischen Grundsätzen der Partei zu widersprechen. Es muß doch so sein, daß jemand, der von

einem Landesverband abgelehnt wird, aus Gründen, die für die Bundespartei nicht maßgebend sind, Mitglied werden kann. Dieser Betreffende muß doch die Möglichkeit haben, trotzdem Mitglied der Partei zu werden, und die Gesamtpartei muß die Möglichkeit haben, die Mitgliedschaft zu vollziehen. Dies besteht an sich jetzt nicht. Allerdings heißt es, es kann ein Landesverband die Mitgliedschaft rückgängig machen, wenn usw. Die originäre Mitgliedschaft also muß bei der Partei liegen aus Gründen, die uns bekannt sein dürften. Organisatorisch gibt das keine Schwierigkeiten.

BEZOLD: Der jetzige Zustand ist unmöglich. Die höchste Instanz für die Aufnahme von Mitgliedern muß die Bundespartei sein. Daß das oberste Organ der Parteihierarchie keinerlei Einfluß- und Entscheidungsmöglichkeiten hat, ist doch unmöglich, und deswegen muß hier diese Geschichte geändert werden. Die Gesamtpartei muß vor die Wahl gestellt werden, hier Entscheidungen zu treffen, originäre Mitgliedschaft bei der Gesamtpartei. Technisch ist das eine Sache für sich, der Kernpunkt wird dadurch aber nicht berührt.

NEUMAYER: Meiner Ansicht nach ist zu unterscheiden: Mitgliedschaft durch den Landesverband oder originäre Mitgliedschaft. Mitglied kann man nur sein von der Gesamtpartei, also keine Mitgliedschaft bei einem Landesverband. Die Art der Aufnahme ist eine sekundäre Frage und kann bei den Gliederungen der Partei erfolgen. Die Frage von *Middelhauve* wäre zu erwägen, ob gegen den Bescheid eines Kreises oder Landesverbandes ein Rekurs möglich ist. Diese Frage kann aber nachher behandelt werden. Fest steht, daß jeder, der in die Partei eintritt, Mitglied der Gesamtpartei wird.

BEZOLD: *Middelhauve* hat genau dasselbe gesagt wie ich. Es kann der Fall eintreten, daß einer aus bestimmten Gründen nicht in dem Landesverband oder Kreisverband Mitglied sein will, wo er wohnt und sich an einer anderen Stelle um die Aufnahme bewirbt. Um der Einheit der Partei willen muß die letzte Instanz die Bundespartei sein, ob ein Antrag abgelehnt wird. Damit ist aber nicht gesagt, daß das Mitglied dann auch Mitglied bei der Bundespartei ist. Wenn Sie das unmittelbar machen wollen, dann müssen Sie die Aufnahme der Zentralpartei übergeben, dann können Sie nur delegieren, dann wird ein Auftrag erteilt, dann sind die Statuten der Landesverbände überflüssig, dann muß ein Statut von der Gesamtpartei gemacht werden, und das ist dann bindend für die Landesverbände. Damit schließen Sie die Landesverbände aus und übernehmen eine Aufgabe, die sehr groß ist. Wenn die letzte Entscheidung die Zentralpartei hat, dann ist die engste Verknüpfung gegeben, so ist es organisatorisch auch bis jetzt gewesen. Wenn man von dem Standpunkt abginge, so hat das doch nichts mit der politischen Zielsetzung zu tun. Wenn ein Landesverband mit der politischen Zielsetzung nicht einverstanden ist, dann muß er das offen sagen, dann wird abgestimmt, und er muß sich fügen oder die Konsequenz ziehen. Aber das gehört doch nicht hier herein. Die Landesverbände sind für die Mitglieder verantwortlich.

Dr. SCHÄFER: Ich glaube, einmal einwerfen zu müssen, daß wir längst über § 2 hinausgehen. Ich schlage vor, daß wir in die Diskussion einbeziehen 2a und 2b und den Verlust der Mitgliedschaft zunächst herauslassen.

Dr. KELLNER verliest § 2a und 2b.[11]

FRÜHWALD: Wenn die Leute Mitglieder der Landesverbände sind, wie es daraus hervorgeht, dann kommt das Problem, inwieweit können die Satzungen der Landesverbände von denen der Bundespartei abweichen. Wenn sie nicht abweichen können, dann haben sie keine eigenen Satzungen notwendig, und wenn wir eine Vereinigung von Einzelpersonen sind, dann sind die Satzungen der Bundespartei für alle Mitglieder im ganzen Bundesgebiet einzig und allein maßgebend.

Aber warum ich spreche, ist folgendes: Ich möchte einen Fall konstruieren. Es ist eine reine Rechtsfrage. Es kann ja die bayerische FDP auf den Gedanken kommen, wir sind die FDP Bayern, wir haben eigene Satzungen. Wir arbeiten zusammen mit der Bundespartei, aber wir sind eine eigene Partei usw. Aber ich will auf etwas anderes hinaus. Gesetzt den Fall, ich bin damit nicht einverstanden: Was mache ich dann? Kann ich dann bei der Bundespartei Mitglied werden? Das kann ich nicht, und dann bin ich gezwungen, aus der Partei auszuscheiden. Das sind die Gedanken, und das müssen Sie juristisch klären. Ich für meine Person bin für eine Vereinigung von Einzelpersönlichkeiten und Satzungen, die maßgebend sind für sämtliche Landesverbände.

Dr. MIDDELHAUVE: *Frühwald* hat recht. Die FDP muß sich zusammensetzen, wenn sie überhaupt einen Parteicharakter haben will, aus Einzelmitgliedern. Das muß zunächst festgestellt werden. Wenn man dies festgestellt hat, ergibt sich alles andere von selbst. Es ist jetzt so, daß die FDP behauptet, sie bestünde aus Einzelmitgliedern, in Wirklichkeit besteht sie aber aus der Summe der Landesverbände, und wenn irgendein Landesverband plötzlich eigene Wege geht, wenn dieser Verband sagt, wir hauen ab, wir sagen uns los, dann werden andere Mitglieder aus diesem Landesverband sagen: Wir wollen aber nicht. Diese können aber nichts machen nach der bisherigen Gestaltung der Satzungen, zumal jetzt die Mitgliedschaft bei der Bundespartei auf Sonderfälle abgestellt ist. Das schafft eine solche Differenzierung in dem Erwerb der Mitglieder, daß diese Konstruktion unmöglich ist. Es ist gesagt, die näheren Einzelheiten der Aufnahme der Mitglieder regelt die Satzung des für den Wohnsitz zuständigen Landesverbandes. Dieser Landesverband kann seine Satzungen gestalten, wie er will. Sie können im Landesverband völlig anders aussehen, und das ist ein unmöglicher Zustand. Es geht hieraus hervor, wie heterogen diese Dinge werden, wenn man sie den Landesverbänden überläßt. Ich habe immer wieder gesagt, wir müssen Rahmensatzungen für die Landesverbände haben.

Um nun auf die Mitgliedschaft zurückzukommen. Ich lehne es ab, Mitglied bei der Partei über meinen Landesverband zu werden. Diese Grundsatzfrage muß nun einmal geklärt werden, und wir müssen, so wichtig die anderen Punkte unter § 2a sind, dies zuerst erledigen. Diese grundsätzliche Entschei-

11 Text von § 2 a in Anm. 8. § 2 b: Doppelmitgliedschaft: „Die gleichzeitige Mitgliedschaft bei der FDP und bei einer anderen politischen Partei ist ausgeschlossen. Hiervon kann der Parteivorstand Ausnahmegenehmigungen erteilen."

dung regelt alles andere und fordert neue Formulierungen, und darum bitte ich jetzt, das zunächst zu klären. Ich glaube auch, daß die Standpunkte verhältnismäßig weitgehend abgeklärt sind. Wir sollten deshalb diesen wichtigen Punkt zu einem Abschluß bringen, evtl. durch Abstimmung.

EULER: Die ganze Diskussion wäre gar nicht notwendig, wenn nicht in dem Entwurf der § 2 a enthalten wäre. Das ist ein Mißverständnis. Die Diskussion ist so langatmig geworden, weil *Bezold* vorher anderer Meinung war. Die Partei ist entstanden durch einen einheitlichen Zusammenschluß. Nur ein Landesverband hat noch ein eigenes Unternehmen beibehalten und damit den Anschein erweckt, daß es in der FDP so etwas gäbe wie eine CSU. Es besteht keine Meinungsverschiedenheit: Man wird nur Mitglied der FDP. Es entsteht das Problem Verhältnis der Bundesstatuten zu den Landesverbandsstatuten. Keine Landesverbandssatzung kann in der Struktur der Satzung der Gesamtpartei widersprechen. Es waren nur einige Dinge aus Zweckmäßigkeitsgründen im Bundesstatut nicht geregelt. Nun wird man diese Dinge regeln. Wir sind so weit, daß die Aufnahmemodalitäten und -bestimmungen so sind in der Bundessatzung, daß es keiner Ergänzung in den Landesstatuten bedarf. Darüber sollte nun Klarheit bestehen: Die Aufnahme wird erworben durch Antrag bei der untersten Organisationsstufe, wo keine Ortsgemeinschaften bestehen, bei den Kreisverbänden. Ich wäre weiter dafür, daß wir auf den Wohnsitz abstellen. Entscheidung durch den Vorstand des Ortsverbandes oder Kreisverbandes. Bei Ausnahmefällen (bringt ein Beispiel von Hersfeld) Aufnahme bei der übergeordneten Organisationsstufe. Auch Ausnahmemitgliedschaft durch die höchste Organisationsstufe. Nicht zulässig ist aber die Mitgliedschaft bei der FDP und einer anderen Partei. Hier ist es unmöglich, daß Ausnahmen zugelassen werden.

Franz BLÜCHER: Nach den geleisteten Zahlungen müßte man schließen, daß oft auch die Mitgliedschaft bei anderen Parteien Tatsache ist.

EULER: Ich wiederhole: Mitgliedschaft nur bei der FDP, wie sie erworben wird, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Die Aufnahmemodalität wird in der Bundessatzung unmittelbar geregelt. Ausnahmen werden zugelassen bei besonderen persönlichen oder politischen Gründen. Ich bin aber ganz entschieden dagegen, daß wir Mitglieder haben, die auch bei anderen politischen Parteien Mitglieder sind.

Dr. LEUZE: Ich will es kurz machen. Ich bin auch der Meinung, daß die Sache, wie sie heute ist, nicht mehr genügt, das ergibt sich aus der Diskussion. Man muß hier abklären, welche Stelle über den Antrag entscheidet. Ich bin der Meinung, diese Möglichkeit muß sowohl bei den Kreisverbänden, Landesverbänden und der Bundespartei gegeben sein. Ich möchte aber jetzt noch auf folgende Punkte aufmerksam machen.

§ 2a, Absatz 3 besagt, daß der Bundesvorstand berechtigt ist, einer Aufnahme zu widersprechen oder die Rückgängigmachung zu verlangen. Es ist aber nichts darüber gesagt, was geschieht, wenn die Aufnahme nicht vollzogen oder abgelehnt wird. Hierzu hat *Frühwald* schon gesprochen. Nehmen Sie an, unser Landesverband nimmt nur Leute auf, die für oder gegen die kleine Koaliti-

on sind. Die Gesamtpartei muß nach meiner Auffassung die Möglichkeit haben, auch korrigierend bei der Aufnahme einzugreifen.

Franz BLÜCHER: Wir haben jetzt so lange debattiert, daß es klar sein sollte, daß wir jetzt versuchen müssen, die Sache in eine Form zu bringen. § 2a: Die Anträge sind zu richten im Regelfall an die untersten Gliederungen, die für den Wohnsitz des Antragstellers zuständig sind. Jetzt kommt der schwere Fall, den *Leuze* erwähnt hat, daß die Aufnahme überhaupt abgelehnt worden ist, ohne daß es dagegen eine Regreßmöglichkeit gibt. Dieser Fall muß als erster behandelt werden.

BEZOLD: Wir müssen zuerst einmal überlegen, wie die Modalitäten sind. Wir dürfen nicht vergessen, der Mann gibt seinen Aufnahmeantrag zunächst an den Vorsitzenden eines kleinen Kreisverbandes. Was geschieht? Meistens kriegt er dann keine Antwort. Der Mann weiß also nicht, ist er aufgenommen worden oder nicht. Wir könnten Wege gehen, indem man sagt, er gilt als aufgenommen, wenn er nicht binnen einer bestimmten Frist eine Ablehnung bekommt, gegen die Revisionsmöglichkeiten bestehen. Wenn wir uns auf den anderen Standpunkt stellen, daß er erst als aufgenommen gilt nach einer Beratung im Vorstand, der vielleicht alle zwei Jahre mal zusammenkommt, kommen wir nicht weiter.

Ist es nicht praktischer, wenn man sagt: Die Aufnahme geschieht durch die Abgabe eines Aufnahmeantrages? Die Aufnahme gilt als erfolgt, wenn nicht binnen einer Frist von vielleicht einem Monat der zuständige Kreisverein einen ablehnenden Bescheid erteilt. Erteilt er diesen Bescheid, ist folgender Revisionsweg möglich: Die letzte Instanz ist dann eine Art Revisionsgericht, welches durch die Bundespartei gebildet wird. Wenn der Mann also weder beim Kreis-, Bezirks- oder Landesverband sein Recht bekommt, hat er jetzt die Möglichkeit, den Revisionsweg der letzten Instanz, des Bundes, zu gehen. Es ist dann selbstverständlich, daß dabei durch diese Instanz dann auch ein Vertreter der Landespartei und der letzten ablehnenden Instanz wegen der Gründe der Ablehnung hinzugezogen werden müßten.

Franz BLÜCHER: Es ist unmöglich, daß wir das hier im Wortlaut machen können.

BEZOLD: Lassen wir doch die ganzen Formalitäten und sagen, wenn der Mann aufgenommen ist, vielmehr daß der Mann aufgenommen ist, wenn er nicht innerhalb eines Monats einen ablehnenden Bescheid erhält.

Dr. SCHÄFER: Sollen wir uns hier mit diesen Details beschäftigen?

BRINKMANN: Die Auffassung *Bezold* ist schon laufend praktisch durchexerziert worden. Wir haben des öfteren schon den Fall gehabt, daß der Kreisverband die Leute, die ihm nicht genehm sind, nicht ablehnt, sondern den Leuten einfach keine Antwort gibt. Schließlich sagen sich dann die Leute: Wir laufen doch nicht hinter der FDP her, wir gehen einfach woanders hin. So können wir die wertvollsten Kräfte, die wir gebrauchen können, verlieren. Ich meine auch, man müßte deshalb einen solchen Passus mit einbauen. Wenn der Betreffende innerhalb von vier Wochen keine Antwort erhält, daß er dann als aufgenommen gilt.

EULER: Die Frage ist, wie soll der Mann Mitglied bei uns werden? Genügt ein Antrag und Stillschweigen über diesen Antrag? Dieser Weg ist deshalb nicht möglich, weil ein Mann, der einen Aufnahmeantrag gestellt hat und keinen Bescheid bekommt, sich doch nicht als Mitglied der Partei versteht und er vielleicht nur durch einen Zufall unsere Satzungen liest und daraus ersieht, daß, wenn er nach vier Wochen nichts gehört hat, Mitglied geworden ist. Eine Bindung an die Partei kann aber nur erzielt werden, wenn der Mann durch einen Aufnahmeakt Mitglied wird, und zwar muß sich das deklaratorisch niederschlagen, indem er eine Mitgliedskarte bekommt. Wenn die Leute zu bequem sind, neue Mitglieder aufzunehmen, dann muß es Aufgabe der übergeordneten Institution sein, daß der Landesverbandsvorstand jederzeit eine Mitgliederversammlung einberufen kann, in der die Zustände zur Diskussion gestellt werden, oder eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Wenn das geschieht, und es wird den Mitgliedern klargemacht, welche Schlampen sie als Kreisvorstand haben, dann wird eine Änderung eintreten. Bei uns ist das so, daß die Kreisverbände beaufsichtigt werden hinsichtlich Finanzgebarung etc. Für diese negativen Fälle fahren wir vom Landesverband dazwischen und sorgen dafür, daß derartige unmögliche Kreisverbands- oder Ortsverbandsvorsitzende nicht länger bleiben. Sie können nicht Leute, die außerhalb der Partei stehen und hinein wollen, durch Stillschweigen auf einen gestellten Aufnahmeantrag zu Mitgliedern machen. Sie werden sich nicht als Mitglieder verstehen. Infolgedessen ist nicht der Aufnahmeantrag entscheidend, sondern der Aufnahmebescheid.

Dr. MIDDELHAUVE: Eine Partei, die sich nicht aufraffen kann, einen Aufnahmeantrag zu bescheiden, sollte sich auflösen.

Franz BLÜCHER: Wir waren uns klar, wo der Antrag gestellt werden muß. Wir müssen jetzt festlegen, wie die Entscheidung über den Antrag – spätestens binnen zwei Monaten von der Antragstellung ab – gehandhabt werden soll. Von jeder erfolgten Aufnahme oder auch Zurückweisung ist sowohl dem Landesverband als auch dem Bundesvorstand Meldung zu machen. Anders kommen wir niemals dazu, eine Übersicht zu bekommen. Wenn über den Vollzug oder die abgelehnte Aufnahme dem Landesverband Nachricht gegeben wird, bekommen wir auf diese Weise Kenntnis über die Mitgliederbewegung. Das Nächste wäre ein Regreßrecht, wie es *Middelhauve* vorgeschlagen hat, beim Landesverband und der Gesamtpartei.

Es bleibt noch eine Frage. Ich denke da nicht an egoistische Machenschaften der Kreisverbände, sondern an andere Zustände. Wir können doch Wahlkreisverbände haben, die nichts mit der FDP zu tun haben. Nun sind dort Leute, die sich nur dort zur Aufnahme melden können. Dieser Fall muß vorgesehen werden; denn wir werden dazu kommen, wenn die SRP aufgelöst wird.[12]

BEZOLD: Ich warne vor einem: Sie gehen vom Idealzustand aus. Es ist nicht so, daß sich die Mitglieder drängen. Wir müssen ja mühsam versuchen, Mitglieder zu bekommen. Wer wird sich der Mühe unterziehen, noch Meldungen um

12 Das Verbot der SRP durch das Bundesverfassungsgericht erfolgte am 23. 10. 1952.

Meldungen zu machen, wenn alles so umständlich gehandhabt wird? Wir müssen die Tatsache nehmen, wie sie ist. Die Arbeit für die Partei wird so und so oft nur nebenbei gemacht. Wie können wir dann den Mann verpflichten, binnen zwei Monaten Bescheid zu geben? Wir könnten nur auf die Formulare drucken lassen, daß er Mitglied ist, wenn er nicht innerhalb von zwei Monaten einen gegenteiligen Bescheid erhält.

Dr. SCHÄFER: Wir haben die Vorschläge gehört. Die ganzen Dinge sollten zusammengefaßt und dann vom Satzungsausschuß formuliert werden. Ich will nicht die Debatte verlängern, möchte aber doch noch eine Frage anschneiden. Sollen wir nicht überhaupt eine allgemeine Mitgliederkarte einführen? Der Antrag läuft also durch bis zum Bund, und die Aufnahme wird bestätigt durch die Zustellung der Mitgliedskarte. Es würde dies den Leuten in den unteren Gliederungen eine ungeheure Arbeit wegnehmen, wenn wir das zentral machen könnten. Das kann man aber nur, wenn man die Aufnahmebestätigung durch die Mitgliederkarte erledigt. Ich möchte deshalb vorschlagen, mit in die Satzungen hineinzunehmen, daß die Aufnahmebestätigung durch einen vom Bundesvorstand auszustellenden Mitgliederausweis erfolgt.

Der Aufnahmeantrag läuft mit Begleitformular durch bis zur Bundesgeschäftsstelle. Der Bundesvorstand bestätigt durch die Zustellung der Mitgliederkarte über die Instanzen oder sonst die Mitgliedschaft.

EULER: Ich bin nicht dafür, daß die Zentralkartei errichtet wird. Die Leute haben Angst vor Zentralkarteien. Im übrigen sollten wir die Zentrale nicht überlasten mit bürokratischen Dingen. Es kommt doch darauf an, daß unsere Bundeszentrale produktiv arbeitet. Die Vorteile der Zentralkartei werden weit überschätzt gegenüber dem erzielten Erfolg damit. Ich bin sehr für die Mitgliedskarte, wehre mich aber gegen die Erstellung einer Zentralkartei. Die Mitgliedskarten sollten die aufnahmeberechtigten Organisationsstufen, die Kreisverbände und die Ortsgemeinschaften, ausstellen.

RICHTER: In einzelnen Landesverbänden und Kreisverbänden herrscht eine derartige Schlamperei, daß in den Satzungen in bezug auf die Aufnahme wirklich eine Weisung enthalten sein sollte. Aber wir haben einen anderen Fall immer nur am Rande berührt: Es kann vorkommen, daß eine prominente Persönlichkeit, irgendein Direktor sagen wir mal, erklärt, mir paßt die Nase der Leute des Landesverbandes nicht, und er stellt den Antrag an die Bundespartei. Wollen wir diesen Mann nicht aufnehmen, weil wir uns hier in Paragraphen verzetteln? Wir dürfen aber andererseits auch nicht die Rechte der Landesverbände schmälern. Soweit muß ein jeder Landesverband durchorganisiert sein, daß er entscheiden kann, ob und warum er ein Mitglied aufnimmt oder nicht.

Beschluß: § 2a, 1: Nach dem ersten Satz wird eingefügt etwa: Die Anträge sind in der Regel zu richten an die unterste Gliederung, die für den Wohnsitz des Antragstellers zuständig ist. Der Rest von § 2a, 1 wird gestrichen. § 2a, 2 wird gestrichen.

Dr. SCHÄFER: zum Begriff der Doppelmitgliedschaft: § 2b.

Dr. SCHIFFERER: Es genügt nicht, die Mitgliedschaft bei anderen Parteien auszuschließen. In Schleswig-Holstein haben wir Tarnorganisationen. Es tauchen CDU-Vereine und Vereine der Niederdeutschen Union auf. Den Herren ist bekannt, daß schleswig-holsteinische Abgeordnete beim Bundeskanzler gewesen sind und ihn gebeten haben, den Namen CDU fallenzulassen. Der Kanzler hat sie aber ganz energisch abgewiesen und gesagt, ich falle und stehe mit der CDU. Wir müßten hier außer Parteien auch noch Organisationen nennen, die politische Ambitionen haben.

Franz BLÜCHER: Man könnte sagen: Parteien oder Organisationen, die politischen Charakter haben.

Frau Dr. ILK: Es sind aber doch auch vor den Kommunalwahlen Wählergemeinschaften mit uns gegründet worden als eine Art parteiähnlicher Organisationen. Wenn wir hier so formulieren wollen, müßten wir auch alle diese Leute ausschließen. Ich glaube, wir müßten hier sehr vorsichtig sein.

Dr. SCHIFFERER: Diese Wählergemeinschaften sind aber doch gebildet worden ganz offiziell von den Kreisverbänden aller in Frage kommenden Parteien für die Kommunalwahlen.

Es geht hier doch um etwas anderes, um die Bundestags- und Landtagswahlen, wo offensichtlich Tarnorganisationen entstehen. Die kommunalen Wählervereine sind mit Billigung der Parteien geschlossen worden.

Dr. SCHÄFER: Wir müssen festhalten, daß dieser Gesichtspunkt vom Satzungsausschuß berücksichtigt wird.

BEZOLD: Es ist wichtig, daß die Landespartei kein Eigenwesen ist. In den Statuten jeder Landespartei wird stehen, daß parteischädigendes Verhalten zum Ausschluß führt.

Beschluß: § 2b wird gestrichen. Dafür wird in § 2 nach „. . .Partei" eingefügt: „oder parteiähnlichen Organisationen".

Dr. SCHÄFER: Bei § 2e[13] könnte das Wort „vergeben" durch einen anderen Ausdruck ersetzt werden.

NEUMAYER: Mitgliedschaft wird erteilt durch eine Gliederung der Partei oder durch die Bundespartei selbst.

Franz BLÜCHER: Die Formulierung, die *Bezold* brachte, ist richtig: daß „in besonderen Fällen auch eine übergeordnete Instanz die Mitgliedschaft erteilt".

Dr. MIDDELHAUVE: Wir formulieren hier nicht, sondern legen nur Grundsätze fest. Ich bin dafür, die Möglichkeit einer direkten Mitgliedschaft bei der Landespartei oder Bundespartei nicht besonders hervorzuheben, sondern durch den Zusatz „ist möglich" hineinzubringen. Komplizieren wir doch nicht. Wir dürfen die Kreisverbände nicht ins Boxhorn jagen, aber auch nicht auf die Palme bringen. Wir sind uns klar geworden über die unmittelbare Mitgliedschaft der Partei. Daraus ergibt sich logisch alles andere von selbst, und zwar Auf-

13 § 2 e: Sonderfälle: „Der Vorstand der Bundespartei ist berechtigt, unmittelbare Mitgliedschaften bei der Bundespartei als solcher zu vergeben."

nahme, Berufung, Ablehnung und Mitgliedschaft bei übergeordneten Instanzen.

Franz BLÜCHER: Wir könnten noch sagen „grundsätzlich".

Beschluß: § 2e soll vom Satzungsausschuß gemäß den ausgesprochenen Richtlinien neu formuliert werden.

Dr. SCHÄFER: § 2 c, 1[14] ist so selbstverständlich, daß es nicht in der Satzung ausgesprochen zu werden braucht. Ich würde die ganze Ziffer weglassen. Der zweite Satz aber ist gefährlich. Beitrag und Erfüllung der Beitragspflicht ist ein Kriterium. Befreien kann nur der Landesverband nach Antragstellung. Die Beitragspflicht ist also klar.

EULER: Der Kreisverband hat da die bessere Übersicht: soziale Gründe.

Dr. SCHÄFER: Der Landesverband kann ja dieses Recht auf den Kreisverband delegieren.

Dr. MIDDELHAUVE: Die Beitragsabführung ist jeweils in die Hand des Landesverbandes zu legen.

Beschluß: Befreiung kann nur aus sozialen Gründen erteilt werden. Die Einzelheiten über die Durchführung von Stundung und Erlaß von Parteibeiträgen werden durch die Landesverbände geregelt.

Dr. SCHÄFER: § 2c, 3[15] ist in dieser Form nicht tragbar. Vielleicht sollte im Hinblick auf die nächste Wahl grundsätzlich eine Richtlinie für die Kandidatenaufstellung gegeben, aber dies nicht in der Satzung verankert werden.

Dr. MENDE: Es ist zur Satzung ja ein Ausführungsprotokoll zu erstellen. Ich glaube, daß wir in der Fraktion Grund haben, den Landesverbänden zur Pflicht zu machen, die Kandidaten zu überprüfen. Das sollte Gegenstand der Beschlußfassung des Vorstandes sein.

MÜLLER: Das wird man nicht so ohne weiteres durchsetzen können. Ich halte es aber für unbedingt erforderlich, daß von seiten der Bundespartei klar gesagt wird, wie verhindert werden kann, daß sämtliche Organisationen und Verbände und Vereine nun plötzlich mit irgendwelchen Forderungen vor Landes- oder sonstigen Wahlen auftreten und uns unter Druck setzen.

Ich kann dafür noch ein Beispiel sagen. 1949 hat es praktisch an einem Haar gehangen und Herr *Rössler* hätte auf der Landesliste der FDP kandidiert.[16]

---

14 § 2 c: Rechte und Pflichten der Mitglieder: „1) Jedes Mitglied hat das Recht a) das Programm der Partei mitzugestalten und auf die politische Arbeit Einfluß zu nehmen, b) an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen, c) bei der Aufstellung von Bewerbern für Wahlen mitzuwirken. Diese Rechte können nur innerhalb der Einrichtungen und auf den Tagungen der Partei wahrgenommen werden. Die Ausübung der aus der Mitgliedschaft folgenden Rechte setzt die Erfüllung der Mitgliederpflichten, insbesondere der erfolgten Beitragszahlung voraus; von der Vorstandsschaft gewährte Stundung oder Befreiung ist der Beitragszahlung gleichzusetzen."

15 § 2 c, 3: „ Die Übernahme eines politischen Mandats auf Bundes- oder Landesebene setzt eine mindestens einjährige Mitgliedschaft voraus. Hiervon kann der Vorstand der Bundespartei Ausnahmen genehmigen."

16 Der ehemalige Gauhauptstellenleiter der NSDAP in Sachsen, Fritz *Rössler*, war auf der Liste der DRP unter dem Falschnamen Franz *Richter* im August 1949 in den Bundestag gewählt

Gott sei Dank ist er in Niedersachsen abgelehnt worden. Kein Mensch hat gewußt, wer er war, er ist von der sudetendeutschen Landsmannschaft benannt worden. Wir haben dann an seiner Stelle Herrn *Langer*[17] genommen, daß wir damit auch Pech haben sollten, war nicht abzusehen. Die Kandidatur *Rössler* aber wäre noch ein größeres Unglück gewesen.

Beschluß: Absatz 3 des § 2c wird zurückgestellt.

Es sollen dafür aber besondere Richtlinien für die Kandidatenaufstellung ausgearbeitet werden.

Dr. SCHÄFER: [zu § 2 d[18]:] Es ergeben sich hier dieselben Konsequenzen wie für die Aufnahme. Um die Beitragsentrichtung zu regeln, schlage ich bei Austritt eine vierteljährliche Kündigung für Mitglieder vor.

MÜLLER: Wäre es nicht richtig, eine sehr scharfe Form in besonders eklatanten Fällen des Ausschlusses aus der Partei zu finden? Ich könnte mir vorstellen, daß sich die Partei von einem Mitglied, meinetwegen von einem Vorstandsmitglied in irgendwelchen Sachen in der schärfsten Form distanzieren muß. Sollte man da nicht in besonders krassen Fällen anstatt Ausschluß Ausstoß sagen?

Franz BLÜCHER: Davon bitte ich abzusehen, diese Dinge sind abschreckend, weil man nicht weiß, wer dazu greifen könnte. Es ist selbstverständlich, daß da, wo wir uns trennen, auch gesagt wird, weshalb wir es getan haben, das ergibt sich aus dem Ablauf der Dinge. Ich bitte aber, von einer satzungsmäßigen Festlegung abzusehen.

BEZOLD: Ich nehme an, daß, wenn jemand einen Meineid geschworen hat, er für die Partei nicht mehr tragbar ist. Man müßte also sagen: Verlust der Mitgliedschaft bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Franz BLÜCHER: Das heißt also, daß wir einschieben: „Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte".

Dr. MIDDELHAUVE: § 2d, 2 ab „Verfahren". Nachdem wir die Aufnahmeregelung festgelegt haben, müssen wir hier entsprechend vorgehen.

BEZOLD: Letzter Absatz Seite 4 ist unmöglich[19] und muß neu formuliert werden.

Beschluß: In § 2 d, 1 wird als f eingefügt: „Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte". § 2 d, 2 muß gemäß der Aufnahmeregelung neu formuliert werden. Im letzten Absatz von § 2 d, 2 soll es anstelle von „Gremien" heißen „Gruppen der Partei".

---

worden. Am 20. 2. 1952 wurde er im Bundeshaus verhaftet. DATENHANDBUCH, 1983, S. 1059 und S. 1144.

17 Der auf der Landesliste der FDP Niedersachsen im August 1949 in den Bundestag gewählte Erich *Langer* schied am 10. 6. 1952 aus der FDP-Fraktion aus. Am 29. 4. 1953 schloß er sich der WAV an. Ebd., S. 1129.

18 Detaillierte Ausführungen (1 1/4 Schreibmaschinenseite) über den „Verlust der Mitgliedschaft".

19 „Ein Ausschluß aus der Partei bedeutet für den Betroffenen automatisch den Ausschluß aus den zuständigen parlamentarischen Gremien."

Dr. SCHÄFER: [zu § 3[20]:] Die eigentliche Kampfeinheit der Partei ist der Wahlkreis. Das ist der Frontabschnitt des politischen Kampfes. Nach ihm sollte sich die Gliederung richten.

EULER: Die Wahlkreise ändern sich. Die Wahlkreise, die zu einer Kreistagswahl oder einer Landtags- oder Bundestagswahl zusammengefaßt sind, diese Gebilde kann man nicht zu organisatorischen Gliederungen der Partei machen. Die Partei gliedert sich in Landesverbände und diese wieder in Bezirks- und Kreisverbände.

Dr. SCHÄFER: In Hamburg haben wir es anders.

BEZOLD: Ich würde den einen Satz schreiben: Die Partei gliedert sich in Landesverbände, d. h. als einzige Gliederung steht der Bundesverband tragend den Landesverbänden gegenüber.

Dr. MIDDELHAUVE: Gerade, weil wir heute dabei sind, Satzungen von Grund her neu zu erstellen auf der Basis einer geschlossenen Partei, ergibt sich die Notwendigkeit, daß deren Gliederungen von der unitarischen Partei festgelegt werden. Aber der Satz, die Partei gliedert sich in Landesverbände, wäre m. E. völlig unvollständig und unzureichend. Wir müssen so festlegen, daß sich nicht eine Atomisierung in der Organisation eines Landesverbandes ergibt.

BEZOLD: Was ist, wenn ein Landesverband sagt, wir gliedern uns nicht unter?

Dr. LEUZE: Ich würde vorschlagen: Die Landesverbände gliedern sich in der Regel in Kreisverbände, in Ortsverbände usw. Damit ist eine Organisationsregelung geschaffen, aber die Möglichkeit gegeben, örtlich zu variieren.

BEZOLD: Sie haben eine Satzung der Partei und nicht der Länder.

Dr. MENDE: Das muß aber doch in der Satzung festgelegt werden.

BORTTSCHELLER: Irgendwo muß es eine Grenze geben. Lassen Sie den Landesverbänden doch etwas von ihrer Selbstverwaltung. Sie können doch nicht kommandieren bis in die kleinsten Gliederungen. Ich mache selbstverständlich mit, daß wir besser organisieren. Aber man muß auch den Landesverbänden noch etwas lassen. Überhaupt sehe ich große Schwierigkeiten bei den Dingen, die wir heute durchsprechen, auftauchen.

Dr. SCHÄFER: Lassen wir es doch bei der alten Fassung.

Dr. HAUSSMANN: Es findet doch heute nur eine Vorberatung der ganzen Angelegenheit durch den Vorstand statt. Durch diese Beratung soll aber der Satzungsausschuß nicht präjudiziert sein. Ich gehe davon aus, daß die Dinge dann endgültig nochmals durchgesprochen werden.

Franz BLÜCHER: Unsere Aufgabe ist doch heute, dem Satzungsausschuß gewisse Richtlinien zu geben. Der Satzungsausschuß versucht dann, schnell zu einer Fassung des Vorschlages zu kommen. Dieser Vorschlag geht dann an den Hauptausschuß. Dem Hauptausschuß müssen wir die Dinge mindestens zwei

---

20 § 3: Gliederung: „Die Partei gliedert sich in Landesverbände. Die Landesverbände können nach ihren örtlichen Bedürfnissen Untergliederungen in beliebiger Form schaffen."

bis drei Wochen belassen, damit die Hauptausschußdelegierten aufgrund der Beratungen in ihren Landesverbänden genügend Klarheit haben und dann versuchen, eine Einstimmigkeit im Hauptausschuß zu erzielen, damit wir uns dann auf dem Parteitag nicht drei Tage lang über die neuen Satzungen unterhalten müssen.

Beschluß: § 3 soll lauten: „Die Partei gliedert sich in Landesverbände. Die Landesverbände können Untergliederungen nach ihren regionalen Bedürfnissen in beliebiger Form schaffen."

Dr. MIDDELHAUVE: § 3a[21] muß schärfer formuliert werden.

Beschluß: § 3a soll schärfer formuliert werden. Hinweis auf Rahmensatzungen für die Landesverbände. Das Wort „Bundespartei" wird durch „Partei" ersetzt.

EULER: [zu § 3 b[22]:] Die Satzungen der Landesverbände sind soweit gültig, als sie nicht den Satzungen der Bundespartei widersprechen. Die Sätze 2, 3, 4 sind überflüssig.

Franz BLÜCHER: *Euler* hat recht. Das bedeutet aber für uns, daß wir, sobald wir den Entwurf des Satzungsausschusses haben, nachprüfen müssen, ob diese Satzung ausreichend ist, d. h. ob wir nicht generelle Bestimmungen über alle Wahlen von Delegierten usw. in dieser Satzung zu regeln haben. Ich weiß natürlich nicht, ob wir im einen oder anderen Falle gegen das Wahlrecht der Länder verstoßen, das entzieht sich meiner Kenntnis. Es wäre theoretisch denkbar. Dann ist ein Einwand von Frau *Lüders* richtig, daß gleichwohl eines notwendig ist, daß nämlich Satzungsänderungen dem Vorstand bekanntzugeben sind.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich habe darauf hingewiesen, daß ich es für notwendig halte, daß die Partei (ich sage absichtlich nicht Gesamtpartei) Rahmensatzungen für die Landesverbände schafft. Dann scheint es notwendig zu sein, daß in diesem § 3a auch darüber ein Satz eingefügt wird, daß die Landesverbände verpflichtet sind, ihre Satzungen im Rahmen dieser Mustersatzung zu halten.

BEZOLD: Das ist selbstverständlich, denn sonst sind sie ungültig.

Dr. MIDDELHAUVE: Man sollte hier auch einer Diskussion mit den Landesverbänden nicht ausweichen.

---

21 „Satzungsbestimmungen der Bundespartei gehen den Bestimmungen der Landesverbände vor."

22 § 3 b: Pflichten der Landesverbände: „Die Landesverbände sind verpflichtet, die von ihnen beschlossenen Satzungen sowie allfällige Satzungsänderungen dem Vorstand der Bundespartei zur Genehmigung vorzulegen. Erhebt dieser keine Bedenken oder macht er diese nicht binnen Monatsfrist nach Eingang geltend, dann sind die Satzungen der Landesverbände als genehmigt anzusehen. Gegen einen ablehnenden Bescheid des Vorstandes sowie gegen angeordnete Satzungsberichtigungen steht dem betroffenen Landesverband binnen drei Wochen nach Zugang der Ablehnung der Einspruch zum Hauptausschuß der Bundespartei zu. Dieser entscheidet endgültig."

SCHWENNICKE: Wir müssen das in Verbindung bringen mit 3a. Bei dieser Formulierung muß dieser Satz mit eingebaut werden. Der Gedanke 3b wird mit verbunden.

Beschluß: Bei § 3b bleibt nur der erste Satz bestehen. In der Gesamtformulierung muß § 3b mit § 3a abgestimmt werden.

SCHWENNICKE: Bei § 4[23] müssen wir Ziffer für Ziffer diskutieren. Zu Ziffer 1 ist nichts zu sagen. Bei Ziffer 2 ist nach „verpflichtet" einzufügen: „von sich aus oder" auf Aufforderung usw.

Franz BLÜCHER: In Ziffer 3 ist die Frage der völlig mangelnden Exekutive der Partei angesprochen. Es fehlt tatsächlich ein Exekutivrecht. Deshalb sind die Ziffern 4–7 eingefügt worden.

Dr. MIDDELHAUVE: Ziffer 3 entspricht genau den bisherigen Satzungen.

Dr. SCHÄFER: Es heißt hier: „Landesverbände bei Versäumnissen und Verstößen . . .anzuhalten. . ." Es muß aber auch möglich sein, Einzelmitglieder anzuhalten. Die Gefahr ist ja viel größer bei Einzelmitgliedern. Wir haben das Recht auszuschließen. Wir müßten also einfügen in Ziffer 3, erste Zeile: „Landesverbände, ihre Gliederungen und gegebenenfalls Mitglieder".

Dr. MIDDELHAUVE: Es muß seitens des Vorstandes der Partei eingeschritten werden können gegen Landesverbände, Untergliederungen und Einzelmitglieder.

SCHWENNICKE: In Punkt 4 muß es heißen: „Bundes[tags]fraktion" nicht „Bundespartei".

Dr. SCHÄFER: Zur Gewissenspflicht des Abgeordneten gehört aber auch die Befolgung von Beschlüssen der Partei, der er sein Mandat verdankt.

BEZOLD: Das ist verfassungswidrig, Sie können ihn nicht zwingen!

EULER: Es ist verkehrt, daß eine Regierungsbildung einfach Angelegenheit der Fraktion sei, sie ist Angelegenheit der Partei. Eine Regierungsbildung ist so wichtig, denn es kann dadurch der ganze Ausdruck einer Partei plötzlich ins

---

23 § 4: Bundespartei und Landesverbände: „1) Die Landesverbände sichern die Einheit der Partei innerhalb ihres Bereichs. 2) Sie sind verpflichtet, auf Anforderung des Vorstandes gegen örtliche Gliederungen, die gegen Parteibeschlüsse verstoßen, vorzugehen. 3) Der Vorstand ist berechtigt, die Landesverbände bei Versäumnissen und Verstößen gegen Beschlüsse der Parteiorgane zu deren Einhaltung und Durchführung anzuhalten. Er ist berechtigt, einen Landesvorstand anzuweisen, einen Landesparteitag einzuberufen oder dessen Einberufung selbst vorzunehmen. 4) Der Vorstand der Bundespartei ist berechtigt, den Landesverbänden zwingende Weisungen in Fragen der Regierungsbildung in den Ländern zu erteilen. Er trifft ebenso die Entscheidung über die Zulässigkeit von Wahlkoalitionen bei Landtagswahlen [folgt Einspruchsrecht des Landesverbandes]. 5) Beauftragte Mitglieder des Gesamtvorstandes haben auf Landesparteitagen ein Antragsrecht. 6) Die Bundespartei ist berechtigt, im Gebiet eines jeden Landesvorstandes durch von ihr Beauftragte Ermittlungen und Prüfungen sowohl in politischer als auch in organisatorischer Hinsicht durchzuführen. 7) Der Bundesvorstand ist berechtigt, im Falle eines Notstandes oder aus sonstigen erheblichen Gründen im Wege von Sofortmaßnahmen jedes nachgeordnete Parteigremium einschließlich eines Landesvorstandes zu suspendieren und die betreffenden Funktionen durch von ihm eingesetzte Beauftragte kommissarisch wahrnehmen zu lassen. Derartige Maßnahmen sind jedoch nur bis zur satzungsmäßigen Neuschaffung der betroffenen Gremien zulässig."

Paradoxe verkehrt werden. Deshalb kann man das nicht einer Fraktion überlassen. Es ist ganz klar, die Abgeordneten sind ihrem Gewissen unterworfen, aber zu der Nachprüfungspflicht gehört auch, daß sie der Parteilinie verpflichtet sind. Sie haben sich ja verpflichtet, die Ziele der Partei zu vertreten. Die Leute werden sich ja selbst untreu, wenn sie sich später distanzieren, wenn sie plötzlich von den Zielen und Aufgaben der Partei abrücken.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich bin der Meinung, daß eine solche Einwirkungsmöglichkeit verfassungsrechtlich zulässig ist und parteipolitisch durchgesetzt werden muß. Aber so, wie das hier steht, ist das nicht möglich, ganz abgesehen davon, daß Anweisungen an Landesverbände nicht einmal im Entscheidungsfall den richtigen Adressaten meinen. Es handelt sich um die Fraktionen in den einzelnen Landtagen, die solche Regierungsbildungen beschließen. Wir müssen uns über den Grundsatz klar sein, daß eine solche Einwirkungsmöglichkeit, die auch einen starken Charakter der Verbindlichkeit haben muß, dem Satzungsausschuß überlassen bleiben muß.

SCHWENNICKE: Kann man das Ganze nicht umdrehen, indem man nicht von der Berechtigung spricht, sondern von der Verpflichtung?

Franz BLÜCHER: Den gleichen Vorschlag habe ich auch machen wollen. Es ist selbstverständlich möglich und notwendig, daß man hier sagt: „Bei der Vereinbarung von Koalitionen in den Länderparlamenten oder bei Regierungsbildungen in den Ländern sollen die Landesverbände rechtzeitig in Beratungen mit dem Vorstand der Partei eintreten."

Es ist schwierig, das weiß ich, aber wir können die Fraktion nicht hereinbringen, denn eine Fraktion ist kein Organ der Partei. Ein ähnlicher Punkt ist das Verhältnis von Bundestagsfraktion und Vorstand und Landtagsfraktion und Vorstand. Wir können nur Empfehlungen beschließen. Aber in die Satzungen können wir über diesen Ratschlag hinaus den Gesamtvorstand oder den Hauptausschuß hineinbringen, und das wird sicher gut sein und den Landesausschuß oder Parteitag stark beeinflussen. Nur zwingen können wir nicht. Einer der nächsten wichtigen Paragraphen ist: Wie kommen die Landesvertretungen zustande?

Dr. LEUZE: Bei einer Regierungsbildung hätten die Landesverbände eine allgemeine Pflicht, sich an den gegebenen Rahmen der Bundespartei zu halten bzw. diesen Rahmen nicht zu stören. Also eine Konsultationspflicht gegenüber dem Vorstand. Zu der Frage Gewissensfreiheit und Parteilinie: Eine Koalitionsbildung ist nie nur Sache der Fraktion, sondern sie ist Sache der Landespolitik. Hier ist ein Unterschied. Ich finde, es besteht hier kein Widerspruch zu der Gewissenspflicht des Abgeordneten. Ich habe ja immer die Möglichkeit, aus der Partei auszutreten und kann nach meinem Gewissen abstimmen. Aber es geht nicht, daß man sich von einer Partei auf das Schild erheben läßt und dann gegen diese Partei handelt.

BEZOLD: Das, was Sie sagen, *Leuze*, steht ja bereits in den Satzungen drin. Wenn sich der Abgeordnete so verhält, daß er sich als Parteimitglied als parteischädigend erweist, so können Sie seitens der Partei selbstverständlich Ihre Schritte unternehmen und sagen, bitte, wir machen ein Ausschlußverfahren

gegen Dich, Du hast Dich parteischädigend verhalten, Du wirst ausgeschlossen. Dann kommt aber die andere Seite. Soweit er Mitglied der Fraktion ist, ist er selbständig. Es ist aber durchaus nicht so, daß sich da immer eine Übereinstimmung ermöglichen ließe. Ich kann mir Fälle denken, wo unter Umständen bei einer Koalitionsbildung in fast einer halben Stunde – in Bayern war es damals fast so – eine Entscheidung fallen muß. Es war ausgeschlossen, in der kurzen Zeit zwischen 9.00 [Uhr] und 12.00 Uhr ein Gespräch mit Bonn zu bekommen, das einen Erfolg gehabt hätte. Wenn wir uns da loyal verhalten hätten wollen, dann hätte dies zur Folge gehabt, daß wir die Verbindung nicht bekommen hätten und unter Umständen um 12.00 Uhr hätten sagen müssen, wir haben keine Verbindung mit der Zentrale bekommen, wir können keinen Bescheid geben. Dann hätte der Ministerpräsident gesagt, ich nehme den BHE.[24]

Es kommt auf die Meinung des Volkes an. Der Wahltag ist der Gerichtstag. Das Volk wird sich wenig darum kümmern, was da geschieht. Es kommt ja auch immer auf die Verhältnisse an. Es wird doch keinem Menschen einfallen, sich mit der KPD zu koalieren. Ich könnte mir vorstellen, daß es Momente gibt, wo man sich in Stunden entscheiden muß. Wenn dann etwas passiert, dann müssen Sie den einzelnen Abgeordneten sagen, Du hast Dich parteischädigend verhalten. Ich glaube, daß es keinem von Ihnen, soweit er eine Fraktion führt oder dieser angehört, einfällt, leichtsinnig auszuschließen bei der so ungeheuren (!!) Menge, die wir haben. Man verlangt doch von den Leuten, daß sie mit Ihnen zusammenarbeiten, das ergibt sich doch aus dem politischen Sinn. Das wird sich keine Partei erlauben können, einen Abgeordneten, weil er nicht genau spurt, einfach auszuschließen. Aber die Möglichkeit besteht. Insofern sind ja die Dinge, wie Sie sie meinen, bereits in der Satzung verankert. Aber eine solche Verpflichtung hineinzuschreiben, davor möchte ich doch warnen.

Franz BLÜCHER: Ich bin der Überzeugung, daß im allgemeinen die Zeit zwischen Wahlergebnis und Regierungsbildung ausreichend ist. Ich meine, man sollte wirklich für diesen Fall, in dem Sinne, wie ich es formuliert habe, die Beratungspflicht vorsehen, und zwar zwischen Fraktion, Landesvorstand und Gesamtvorstand der Partei. Es wird nämlich dann der Fall eintreten, daß einzelne Leute ausscheiden. Nicht die Fraktion ist gebunden, der einzelne ist gewissensgebunden. Wir sollten dabei bleiben. Das andere könnte gegen uns ausgelegt werden.

Dr. MIDDELHAUVE: *Bezold* meint, daß der Sache dadurch, indem es bei der Mitgliedschaft in § 2 steht, Genüge getan wäre. Wir sollten aber auch an die heiklen Fälle denken, die wir erlebt haben. Gerade die Erfahrungen der letzten Monate haben bewiesen, daß die Notwendigkeit gegeben ist, hier eine beson-

24 Bezieht sich auf die Regierungsbildung nach den Landtagswahlen vom 26. 11. 1950. Ganz verständlich ist der Hinweis *Bezolds* nicht, denn es kam zu einer Regierung aus CSU und SPD, die FDP war nicht beteiligt. Hierzu Wilhelm HOEGNER, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 313 f.

dere Satzungsbestimmung zu schaffen, und deswegen können und dürfen wir nicht darauf verzichten, sie zu formulieren.

Die Frage ist, daß wir hier eine Beratungspflicht für die davon betroffenen parlamentarischen Gremien einbauen wollen, und ich bin nach wie vor der Überzeugung, daß dies in keiner Weise verfassungswidrig ist. Zu Punkt 4 möchte ich folgendes sagen: Es kann nicht nur abgestellt werden auf die Konsultationspflicht der Landesverbände oder auf Landesbasis generell, sondern auch für eine kommende Koalition auf der Bundesebene oder eine Regierungsbildung auf der Bundesebene. Die Partei ist der Ausgangspunkt für jeden einzelnen von uns, für jede politische Initiative und für jede politische Entscheidung. Sie muß es bleiben und stärker werden, und deswegen ist es nötig, dies auszusprechen, generell für die Länder wie für den Bund.

Die Bundestagsfraktion hat die Konsultationspflicht gegenüber dem Parteivorstand genauso wie sie die Landtagsfraktionen und Landesverbände bei Wahlkoalitionen und Regierungsbildungen gegenüber dem Parteivorstand haben. Das bezieht sich auch auf die Landesverbände und die Wahlkoalitionen bei Landtagswahlen in den Ländern.

Franz BLÜCHER: Wir können nicht den Landtagsfraktionen eine Bindung auferlegen, die die Bundestagsfraktion nicht hat.

BORTTSCHELLER: Bisher war die Debatte abgestellt auf die Gewissenspflicht der Abgeordneten. Es gibt aber auch Situationen, wo ein zwingender Kurs bei einer Regierungsbildung eingenommen werden muß und nicht mit der Parteilinie in Einklang zu bringen ist. Ich erinnere an *Rademacher*. Er hat damals gesagt, er würde sich maßregeln lassen, aber er müsse doch in Hamburg das tun, was er für richtig hielte.[25]

Wir müssen uns auch dahin verstehen, daß den notwendigen Ländergegebenheiten von seiten des Bundesvorstandes Rechnung getragen wird. Es geht nicht allein um die Gewissenspflicht, sondern es geht auch um die jeweiligen Situationen in den einzelnen Ländern.

Franz BLÜCHER: Ich entsinne mich an die Begründung von *Rademacher*, der darauf hingewiesen hat, daß in Hamburg unter Umständen die Gefahr auftreten würde, daß es zu Ent- und Beladungsstreiks käme und damit ein allgemeiner deutscher Schaden eintreten würde. Das ist ein Einwand, den wir anerkennen. Aber halten Sie denn den Vorstand für so wenig einsichtig, daß er derartige ernste Dinge nicht überlegen wird? Es tut mir leid, daß *Haußmann* gegangen ist, weil ich zu dem, was hinter uns liegt, in Offenherzigkeit etwas aussprechen möchte. Ich bin der festen Überzeugung, daß fortgesetzte Konsultationen in der Zeit zwischen dem 9. 3. und 5. 4. 1952 dazu geführt hätten, daß die Verhandlungen uns besser im einzelnen bekanntgeworden wären und – ich spreche gemessen aus – daß sich dann vielleicht die Fraktionsmitglieder vom

25 Der Hamburger Landesverband war nach den Bürgerschaftswahlen vom Oktober 1949 zunächst für eine Erneuerung der Koalition mit der SPD eingetreten, obgleich er zusammen mit der CDU, vereint im Vaterstädtischen Bund Hamburg, im Wahlkampf gegen die SPD agiert hatte. Vgl. D. HEIN, 1985, S. 97.

Württembergisch-Badischen Landtag stärker der Auswirkung ihres Entschlusses auf [die] Bundesebene bewußt geworden wären.[26] Das, was ich ausspreche, gilt doch für jeden von uns, die wir zu einem großen Teil Abgeordnete sind. Es handelt sich für jeden darum, daß wir dieses Konsultativ einschalten sollten. Das halte ich für dringend erforderlich.

Dr. SCHÄFER: Wir können zwar keine bestimmenden Weisungen geben, aber immerhin können wir es zur kameradschaftlichen Pflicht in der Satzung machen, uns in gegenseitigen Beratungen auszusprechen. Das gilt nicht nur im Verhältnis Landesverbände zum Bund. Wir müssen auch dafür sorgen, daß die Landesverbände durch Deklamationen nicht einen anderen Landesverband schädigen. Dieser moralische Appell muß ausgesprochen werden, kein bestimmendes Gesetz. Eine Formation hat Gewicht nicht durch die Stärke ihrer Mitgliederzahl, sondern durch die Manövrierfähigkeit, die nach einheitlichen Gesichtspunkten geschieht. Wir bringen uns ja um politisches Gewicht und Macht, wenn wir dauernd innere Diskrepanzen zeigen.

Frau Dr. LÜDERS: Es kommt darauf an, eine Formulierung zu finden aus Erfahrungen und Praxis. Es handelt sich hier um eine Frage des Taktes: Wie trete ich keinem auf die Füße, wie verhindere ich, daß solche Dinge wie in Württemberg-Baden noch einmal vorkommen, die unter Umständen noch ganz andere böse Konsequenzen haben können? Es können da ganz dumme Dinge passieren und alle Maßnahmen von oben nichts mehr nützen, weil unten schon das Porzellan zerschlagen ist.

Frau Dr. ILK: Wenn wir das in unsere Satzungen aufnehmen nach allem Vorangegangenen, legen wir den Finger auf die Wunde. Wir erreichen dann nur das Gegenteil, wir schaden uns nach außenhin viel mehr. Sollten wir das nicht übergehen und in internen Besprechungen darauf hinweisen? Ich würde das nicht in die Satzungen aufnehmen.

Franz BLÜCHER: Wenn wir gesündigt haben, dann aus dem Bestreben, über bestimmte Dinge hinwegzugehen. Wir dachten, wir machen es uns möglichst bequem. Wir haben da eine gewisse Schuld, auch ich. Es hat aber keinen Zweck, an dem Geschehenen vorbeizugehen. Wenn Sie das Buch von *Bergstraesser* über die politischen Parteien[27] lesen, dann ist dort der Finger schon in unsere Wunde gelegt. Wir sind die Partei der geringsten Disziplin. Ich würde es für ein Zeichen von Stärke halten, wenn mit großer Mehrheit eine solche Verpflichtung beschlossen würde. Es wäre ein Zeichen von Stärke, wenn wir das in die Satzungen bringen könnten. Wir konnten uns bisher auf nichts stützen.

Darf ich nochmals zusammenfassen? Es muß hinein die Konsultationspflicht und die moralische Verpflichtung, die zusätzlich ausgesprochen werden sollte.

---

26 Siehe hierzu die Debatten in Nr. 20 a und 20 b.

27 Ludwig BERGSTRAESSER, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 7. Aufl. München 1952. Über die FDP S. 284–287.

Diese beiden Dinge müssen in der Satzung verankert werden. Alles andere ist eine Formulierungsform des Satzungsausschusses und sollte diesem überlassen bleiben. Damit, meine ich, könnten wir dann diesen Punkt endgültig verlassen.

SCHWENNICKE: Das heißt also, daß die Konsultationspflicht sowohl für die Bundestagsfraktion gegenüber dem Vorstand (Parteivorstand) wie auch der Landesverbandsorganisationen gegenüber dem Parteivorstand klargestellt wird.

BEZOLD: An und für sich sind die Dinge, die wir da machen, doch eine Selbstverständlichkeit. Noch nie in der Welt ist durch ein Gesetz eine Revolution verhindert worden, und noch nie in der Welt ist durch eine moralische Vorschrift erreicht worden, daß diese beachtet wurde. Es ist dies nicht die Sache einer gesetzlichen Formulierung, sondern eine Sache der Erziehung. Wenn wir das in die Satzung hineinschreiben und die anderen Parteien geschickt sind, dann wird dies nur zu einem Gelächter über uns führen. Dann wird es heißen, die fangen an, Unitarismus zu treiben, die fangen an, gesetzmäßig einen Gehorsam erzwingen zu wollen. Sinn eines Gesetzes ist es, daß der Gesetzgeber Statutsätze prägt und Vorschriften an die ihm Unterworfenen gibt, die, wenn sie nicht eingehalten werden, bestraft werden. Wenn Sie hier etwas hineinnehmen, was zu keiner Konsequenz führen kann, so schaffen Sie eine lex imperfecta. Sie nehmen in die Satzung etwas hinein, was durch Erziehung, gegenseitige Absprache erzielt werden muß und was der Sinn der Struktur unserer Auffassung ist, und ich finde es reichlich unnötig, dies an die große Glocke zu hängen, um den anderen die Möglichkeit zu geben, damit Wahlpropaganda zu machen.

Franz BLÜCHER: Wenn dieser Teil der Satzung mit 51:49 Stimmen zustande käme, würde ich darauf verzichten. Ich möchte aber auf folgendes hinweisen. Wenn ich z. B. meinen Freund *Bezold* in einem solchen Augenblick anrufen würde und sagen [würde:] „Ich bin morgen früh in München", dann würde *Bezold* erwidern: „Ich freue mich, mich mit Ihnen über die Dinge zu unterhalten." Was Sie nämlich sagen, ist ausgegangen von einer Situation, die zwischen Menschen herrscht, die sich auseinander geredet haben. Nehmen wir an, ein Landesverband hat sich so weit entfernt, daß der schmerzliche Schnitt nicht vermieden werden kann, dann könnte es das Ergebnis eines Vorstandsbeschlusses sein, daß man bittet, von dem Vorhaben abzusehen, weil sonst eine ernste Schädigung für die Partei eintritt, und es könnte ebenso sein, daß ein Abrücken von sämtlichen Abgeordneten der Fraktion wertvoller wäre als ein Schweigen. Man sollte also nicht sagen, daß dahinter nichts steht.

Dr. ENTHOLT: Wir unterhalten uns über Dinge, ohne daß wir uns über die Begriffsbestimmungen klar sind. Wir können doch nur einer dem anderen einen Rat geben. Wir können doch aber nicht Konsequenzen ziehen, wenn der Rat nicht befolgt ist, und es ist gleichgültig, ob das in der Satzung steht oder nicht.

EULER: Eine lex imperfecta zu schaffen, ist nicht richtig. Aber es kann davon keine Rede sein, wenn wir Empfehlungen und Mahnungen geben und, wenn

das nicht befolgt wird, politische Konsequenzen ziehen, die unvermeidlich geworden sind. Wie sehr wir Anlaß haben zu einer solchen Einfügung, ergibt sich ja aus der historischen Entwicklung im letzten Konfliktsfall, der damit begann, daß die Behauptung aufgestellt wurde: „Das geht Euch in Bonn überhaupt nichts an." Ich würde sagen, das Gegenteil ist eine Selbstverständlichkeit, daß man sagt, wir müssen gründlich beraten. Es soll ja der Zweck einer solchen gegenseitigen Beratschlagung der sein, daß man durch das Gewicht der Gründe ein entsprechendes richtiges Verhalten herbeiführt. Wenn das aber nichts nützt, muß man sich klar sein, daß, wenn man nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis kommt, die Partei ein Recht hat, Empfehlungen zu geben, die sich verdichten können. Es sind aber noch ganz andere Situationen denkbar, in denen es im Interesse der Gesamtpartei überhaupt nichts Besseres geben kann, als daß sie sich von einem Landesverband trennt, der auf seinem Standpunkt und Vorhaben beharrt. Wenn die Partei ein solches Mitspracherecht hat, das verankert werden soll, dann sind wir auf eine solche Satzungsgrundlage angewiesen, und man kann dann nicht von einer lex imperfecta sprechen.

SCHWENNICKE: Wir sind uns doch in der überwiegenden Mehrheit darüber einig, daß nicht der Begriff der „zwingenden Weisungen", wohl aber die wechselseitige Konsultationspflicht in der Satzung verankert werden soll.

Dr. SCHÄFER: Für mich ist der Beweggrund dafür nicht nur die Angelegenheit in Württemberg. Es ergeben sich auch andere Konsequenzen. Wenn eine Handlung vorgenommen ist, die mißbilligt wurde, dürfen nicht dauernd Erklärungen abgegeben und losgelassen werden. Das fällt in Zukunft weg, es wird konsultiert, und es darf den öffentlichen Streit und Krawall nicht mehr geben. Wir beraten, und der eine prüft die Argumente des anderen. Daß man unter Umständen die Entscheidungsfreiheit nicht dadurch beseitigt, wissen wir, aber der Lärm fällt weg. Es wird die Beratungspflicht eingeführt, damit es nicht mehr zu solchen unliebsamen Vorkommnissen kommt.

SCHWENNICKE: Ich glaube, wir können es dem Satzungsausschuß überlassen, eine Neuformulierung der Ziffer 4 des § 4 vorzunehmen.

Franz BLÜCHER: § 4, 7 fällt weg und wird ersetzt durch Satz 2 von Ziffer 3.

Beschluß: In § 4, 2 werden nach „verpflichtet" die Worte „von sich aus oder" eingeschaltet. In § 4, 3 wird nach „Landesverbände" eingefügt: „ihre Gliederungen oder Einzelmitglieder". § 4, 4 soll vom Satzungsausschuß nach dem Ergebnis der soeben geführten Diskussion (Formulierung *Blücher*) neu formuliert werden. § 4, 7 entfällt und wird ersetzt durch § 4, 3, Satz 2, wobei das Wort „anzuweisen" anders ausgedrückt werden soll.

BEZOLD: [Zu § 5[28]:] Es muß gewährleistet sein, daß ein Organ in letzter Instanz entscheidet, ob ein Mitglied aufgenommen wird oder nicht. Deshalb sollte als Organ der Partei eine Art Revisionsausschuß geschaffen werden. Der Revisionsausschuß muß so zusammengesetzt sein, daß nicht einmal ein Mitglied des Vorstandes ihm angehört. Er muß objektiv sein.

---

28 § 5: Organe der Partei: „Organe der Partei sind a) der Parteitag, b) der Hauptausschuß, c) der Vorstand."

SCHWENNICKE: Ich schlage vor, eine Ziffer d anzufügen.

Beschluß: In § 5 soll als Ziffer d in einer durch den Satzungsausschuß vorzunehmenden Formulierung als Organ der Partei ein Revisionsausschuß, Ehrenrat oder Schiedsgericht aufgeführt werden.

[Zu § 6[29]:] Beschluß: § 6, 1 bleibt bestehen bis „verbindlich". Alles andere entfällt.

BEZOLD: Es steht unter a: Ein ordentlicher Parteitag findet alljährlich statt. Man sollte sagen, mindestens alljährlich einmal. Ich halte einen Parteitag für einen ordentlichen, der nach ordentlicher Form und von dem ordentlichen Vorstand einberufen wird, und nur dann einen Parteitag für einen außerordentlichen, wenn er erzwungen wird von vier Landesverbänden.

Es ist das gleiche wie beim Landtag. Nach der Verfassung hat der Präsident die Möglichkeit einzuberufen. Er kann aber auch von einer bestimmten Anzahl der Mitglieder oder [der] Regierung erzwungen werden. Wenn er ordentlich vom Präsidenten einberufen ist, ist es ein ordentlicher Landtag, daß das Motiv und der Zeitpunkt außerordentlich ist, hat nichts damit zu tun.

Franz BLÜCHER: Sollten wir nicht schreiben, der ordentliche Parteitag findet mindestens alljährlich statt?

Dr. MIDDELHAUVE: Wir könnten sagen, der ordentliche Parteitag findet alljährlich mindestens einmal statt. Dann ist jeder andere ein außerordentlicher Parteitag.

Franz BLÜCHER: Der ordentliche Parteitag findet alljährlich statt. Parteitage können weiter vom Vorstand mit einer Frist einberufen werden. . .

SCHWENNICKE: Wir müssen unterscheiden zwischen ordentlichem Parteitag mit Regularien und sonstigen Parteitagen.

Franz BLÜCHER: *Schwennicke* hat recht. Das Wort außerordentlich ist außerdem häßlich und müßte vermieden werden.

Beschluß: In § 6, 2 wird das Wort außerordentlich im Absatz 2 a und b gestrichen, § 6, 2 soll lauten:

---

29 § 6: Der Parteitag: „1) Der Parteitag ist das oberste Organ der Partei: Seine Beschlüsse sind für alle Gliederungen und die einzelnen Mitglieder verbindlich. Beschlüsse des Parteitages können von jedem Mitglied der Partei nur dann mit dem Rechtsmittel der Revision zum Ehrenrat angefochten werden, wenn glaubhaft dargetan wird, daß die angefochtenen Beschlüsse satzungswidrig sind. Der Ehrenrat entscheidet hierüber endgültig. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Ehrenrates. 2) Es gibt ordentliche und außerordentliche Parteitage. a) Ein ordentlicher Parteitag findet alljährlich statt. Zu ihm hat der Vorstand unter Mitteilung der Tagesordnung und des Tagungsortes mit einer Frist von sechs Wochen einzuladen. b) Außerordentliche Parteitage können vom Vorstand mit einer Frist von mindestens zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen werden. Ein außerordentlicher Parteitag muß einberufen werden, wenn mindestens vier Landesverbände dies gemeinsam beim Vorstand beantragen. Bei außerordentlichen Parteitagen kann durch Vorstandsbeschluß die Teilnahme auf die Stimmberechtigten beschränkt werden."

„a) Der ordentliche Parteitag findet alljährlich statt. Zu ihm hat der Vorstand unter Mitteilung der Tagesordnung und des Tagungsortes mit einer Frist von mindestens vier Wochen einzuladen.

b) Parteitage können weiter vom Vorstand mit einer Frist von mindestens zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen werden.

Ein Parteitag muß einberufen werden, wenn mindestens vier Landesverbände dies beim Vorstand beantragen.

Bei Parteitagen nach Ziffer b kann durch Vorstandsbeschluß die Teilnahme auf die Stimmberechtigten beschränkt werden."

Franz BLÜCHER: Eine Frage, die entscheidend ist: § 7,2[30]. Wir müssen davon ausgehen, daß wir keine Zentralkartei haben und keine Nachweise über die Beitragsleistungen. Wir haben keine Möglichkeit, Angaben über Mitgliederzahlen nachzuprüfen.

EULER: Die Fassung des Entwurfes entspricht aber nicht dem Beschluß, den wir bereits gefaßt haben.[31]

SCHWENNICKE: Stellen wir doch zunächst fest, ob § 7 weiter diskutiert werden soll oder nicht.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich schlage vor, daß die schwierigen Punkte, die umstritten sind, aus den Satzungen herausgenommen werden. Dr. *Kellner* sollte bis morgen diese Punkte zusammenstellen, damit wir sie vordringlich diskutieren können. Es wird dann leichter sein, zu einem raschen Ende zu kommen.

[6. 9. 1952]

[WAHLRECHTSFRAGEN]

Franz BLÜCHER bittet nach Begrüßung der Anwesenden Herrn Dr. *Becker*, einen Bericht über die gestrige Sitzung des Wahlrechtsausschusses zu geben.

Dr. BECKER: Es sind im Ausschuß in der Hauptsache zwei Punkte erörtert worden. Die Idee *Scharnberg*, CDU: Dreier-Wahlrecht, d. h. die Schaffung von Wahlkreisen mit drei Abgeordneten, wobei Listenverbindungen möglich sind.[32] Man will dann keine Landesliste machen, sondern Bundeslisten, da wir dann mehr und besser zum Zuge kämen, um damit den Ausgleich zu schaffen

30 § 7: Teilnahme und Stimmrecht auf Parteitagen. Abs. 2 regelte das Stimmrecht. Es sollte zustehen allen Mitgliedern des Hauptausschusses und den Bevollmächtigten der Landesverbände. Deren Anzahl sollte sich richten nach der Mitgliederstärke (pro 1 000 Mitgliedern ein Vertreter) und der Zahl der erworbenen Wählerstimmen in der letzten vorausgegangenen Bundestagswahl (pro 100 000 Wählerstimmen ein Delegierter). Ein Zuschlag war außerdem vorgesehen in der Weise, daß „jeder Landesverband so viel weitere Vertreter" erhielt, „als er Prozente bei der letzten Wahl von der Gesamtsumme der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat." Die Übertragung von drei Stimmen auf einen Delegierten innerhalb eines Landesverbandes sollte zulässig sein.

31 Vgl. die Diskussion im Bundesvorstand in Nr. 19 mit Anm. 11–13 und in Nr. 20 a mit Anm. 13–17.

32 Vgl. hierzu E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 456–459. Ebenso mit knapper Zusammenfassung der Wahlrechtsdiskussion 1952/53 E. JESSE, 1985, S. 98–103.

für das, was wir verloren haben würden. Dagegen ist u. a. einzuwenden: Ein Wahlkreis mit drei Abgeordneten wäre ein Wahlkreis mit 600 000 Einwohnern, der also weder vor noch nach der Wahl praktisch zu bearbeiten ist. Der regionale Gedanke würde sich sehr stark bemerkbar machen. Die gleichen Erörterungen finden wir auch im Wahlrechtsausschuß des parlamentarischen Ausschusses.[33] Dort hatte man Ausrechnungen angestellt mit einem Sechser-Wahlkreis (wurde aber abgelehnt). Ein Herr *Unkel[bach]* hat mit Wahlrechtsvorschlägen beweisen wollen, daß er seinerzeit das Wahlrecht gemacht hat, jedenfalls hat er an der Bonner Universität Vorträge über Wahlrecht gehalten.[34] Man hat da aus dem Wahlrecht eine Wissenschaft gemacht, während es doch eine politische Frage ist. Sein Vorschlag wurde vom Wahlausschuß abgelehnt. Wir haben dann den Entwurf durchgearbeitet, indem Änderungen von uns hereingebracht wurden. Wer im Wahlkreis gewählt wird, ist auf jeden Fall gewählt, auch wenn Überhangmandate entstanden sind. Gibt es also die Möglichkeit, Überhangmandate zu schaffen? Die Möglichkeit besteht, wenn man Listenverbindungen in den Wahlkreisen herstellt. Jeder gibt für seine Partei die Stimme ab, für die Frage der absoluten Mehrheit gilt die Listenverbindung. Man verhindert dabei Überhangmandate zugunsten der SPD. Aber zu wessen Gunsten? Ich sehe nur in Württemberg und Hessen, vielleicht in Berlin und Hamburg die Chance des Überhangmandates für uns, sonst sehe ich die Gefahr, daß die CDU der große Nutznießer sein wird, ein so großer Nutznießer, daß sie uns dann gar nicht mehr nötig hätte. Ich glaube das aber nicht, wenn man 60:40 annimmt.

Wir haben noch die Frage Berlin kurz erörtert. Soll das Bundeswahlgesetz auch auf Berlin ausgedehnt werden?

Weitere Fragen sind: Sollte man für Hamburg, Bremen und Berlin, die doch nur Großstädte sind, sollte man da nicht nur das Proportionalwahlrecht einführen? Die Vertreter von dort waren dagegen.

Weiter war die Frage der Wahlpflicht zur Debatte gestellt. Wir haben uns seinerzeit dagegen ausgesprochen, da wir das für völlig undurchführbar hielten. Es kämen zum Schluß 3 Millionen Strafmandate heraus, und dann kommt eine Amnestie.

Zur Frage Wahltermin: Schleswig-Holstein war für einen möglichst frühen Wahltermin, etwa Juni 1953. Wir haben uns dem angeschlossen, und zwar aus folgenden Erwägungen: Ende Mai, Anfang Juni läßt sich am besten wählen. Die Landwirte sind fertig, die Ernte hat noch nicht begonnen, die Städter sind noch nicht in den Ferien. Wahlversammlungen sind leichter zu organisieren.

---

33 Gemeint ist der Parlamentarische Rat. Zu den Beratungen seines Wahlrechtsausschusses E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 346–357 und S. 381 ff.; E. JESSE, 1985, S. 91–97.

34 Helmut *Unkelbach* hatte 1949 ein Buch mit dem Titel „Wahlverfahren und Demokratie. Ein Beitrag zur Diskussion der Wahlreform" veröffentlicht. Zwei Jahre später folgte ein Aufsatz mit dem Thema: „Das Dreier-Wahl-Verfahren", in: DER WÄHLER, Bd. 1 (1951), S. 211–214. Anfang 1952 wurde er als Dozent an die Universität Bonn berufen. Seine Antrittsvorlesung am 20. 2. 1952 stand unter dem Thema: „Möglichkeiten und Grenzen einer mathematisch-exakten Fundierung der Wahlgesetzgebung", veröffentlicht in: ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTE STAATSWISSENSCHAFT, Bd. 108 (1952), S. 703–716.

Andererseits ist aber der Tag noch nicht so lang, daß man mit einer Versammlung nicht vor 21.00 Uhr oder 21.30 Uhr abends anfangen könnte.

Im Frühjahr ist der Mensch auch immer hoffnungsfreudiger als im Herbst. Nach der Verfassung ist auch ein Wahltermin zu dieser Zeit möglich, denn nach der Verfassung kann innerhalb der letzten drei Monate der Wahlperiode gewählt werden. Der Vorschlag ist: Sonntag, der 14. Juni 1953.

Zur Nachwahl: Man war der Ansicht, daß ein Barometer da sein muß in Form der Nachwahl. Nun sagen die großen Parteien, die vielen Nachwahlen kosten ca. 100 000 DM, die können wir besser anwenden. Wenn aber eine Nachwahl stattfindet, dann müssen alle die Parteien wieder auftreten, die im ersten Wahlgang aufgetreten sind, also Blockbildung ist nicht möglich. Ein Barometer haben wir ja auch in Form der Landtags- und Kommunalwahlen. Wir schlagen also vor: keine Nachwahlen. Bei Ausscheiden auf der Liste rückt der Nächste nach, im Kreise auch. Steht keiner mehr da, dann findet Nachwahl statt. Ein Nachrücken ist nur möglich, wenn der Betreffende im Augenblick des Nachrückens noch der Partei angehört, durch die er auf die Liste gekommen ist.

Franz BLÜCHER dankt Dr. *Becker* für seine aufschlußreichen Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

EULER: Zur Frage des Wahltermins: Es muß vermieden werden, daß der Bundestag vorzeitig aufgelöst wird. Es kann auch nicht von einer Vorverlegung die Rede sein. Vom 7. 6. bis 7. 9. ist Zeit für den Wahltermin, und der Wahltermin am 14. 6. 1953 dürfte richtig gewählt sein. Wenn der neue Bundestag am 14. 6. 1953 gewählt wird, so amtiert der jetzige Bundestag bis zu den Ferien, und nach den Ferien kommt der neue Bundestag. Wenn später gewählt würde, kämen wir überhaupt nicht in die Ferien. Es geht aber nicht, daß ein Teil der jetzigen Bundestagsabgeordneten völlig erschöpft in den neuen Bundestag hineingeht.

Zur Art des Wahlrechtes: Es besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß grundsätzlich das 1949er Wahlrecht zugrunde zu legen ist, mit entsprechenden Verbesserungen, und zwar:

1. Ausschluß der Nachwahl, denn die Kosten stehen in keinem Verhältnis dazu. Dabei erscheint es zweckmäßig, daß außer dem Kandidaten noch ein Ersatzmann gewählt wird, damit man nicht gleich auf die Landesliste zurückgreifen muß;

2. ist es unbedingt erforderlich, daß die Wahlkreise im Wahlgesetz bestimmt werden müssen. Es darf nicht so sein, daß die Landesregierungen die Wahlkreise festsetzen;

3. zur Frage Splitterschutz: Die 5%-Klausel soll statt auf Landesbasis auf Bundesbasis abgestellt werden. Es wäre zu prüfen, ob man dann eine Majorität im Bundestag bekommt;

4. im Wahlrechtsgesetz muß außerdem die Listenverbindungsmöglichkeit berücksichtigt werden, um dadurch einen Sieg der SPD verhindern zu können. Das würde bei den augenblicklichen Verhältnissen in fast allen Wahlkreisen Niedersachsens und Hessens der Fall sein, abgesehen von den besonders ka-

tholischen Gebieten, wo die CDU stärker sein würde. Um Mißverständnisse auszuräumen, möchte ich betonen: Es soll nicht die Notwendigkeit von Listenverbindungen geschaffen werden, sondern die Möglichkeit dazu. Es könnte so sein, daß die listengebundenen Parteien jede ihren eigenen Wahlvorschlag einbringen, diese Vorschläge aber listengebunden sind. Dann hat der Wähler die Möglichkeit, mit dem Namen zugleich eine der ihn aufstellenden drei Parteien zu wählen. Wir wollen also das Wahlrecht so verändern, daß man das Mehrheitswahlrecht hat, ohne durch dieses Mehrheitswahlrecht zugunsten der stärksten und zur Vernichtung der kleinsten Partei zu kommen. Das würde dazu führen, daß wir uns behaupten, daß wir aus sämtlichen Wahlkreisen die Einsatzzahlen für unsere Landesliste bekommen, ohne daß die SPD Chancen hat, einen Wahlsieg zu feiern, weil ihr gegenüber konkurrierende bürgerliche Parteien stehen. So kann man das Ziel erreichen, daß wir als Partei uns nicht schädigen zugunsten der CDU oder andererseits ein Sieg der Sozialdemokratie erfolgt.

Ich glaube, das scheint mir der entscheidende Gedanke zu sein, aus der Schwierigkeit herauszukommen. Warum sollen sich nicht die Wahlvorschläge mehrerer Parteien auf einen Namen vereinigen lassen, so daß jede der drei Parteien denselben Kandidaten als ihren Kandidaten aufstellt? Es braucht ja nicht in allen Wahlkreisen zu geschehen, sondern nur da, wo die Zersplitterung gegenüber der SPD gegeben ist.

Franz BLÜCHER: Ich glaube, wir müssen uns kürzer fassen bei dem, was vorgetragen wird.

Zur Sache: So wie es bisher aussieht, glaube ich, daß wir beim Zustandekommen des Wahlrechts auf die SPD angewiesen sind, da die CSU und auch Teile der CDU bestimmt das jetzige Wahlrecht ablehnen.

SCHWENNICKE: Zu der Frage, ob Berlin in die Bundestagswahlen einbezogen werden soll: Herr *Reuter* hat an Minister *Lehr* ein persönliches Schreiben gerichtet, aber es nicht für notwendig gehalten, die Fraktionsvorsitzenden und den Senat in irgendeiner Form zu unterrichten. Dieses Vorgehen beruht auf einem Beschluß des SPD-Parteitages in Berlin vom Mai dieses Jahres.[35] Wir haben uns gegen den Vorschlag gewandt, und ich will nur in knappen Zeilen aus der Begründung sagen, daß wir darauf aufmerksam gemacht haben, daß nach unserer Auffassung wirkliche Bundestagswahlen in Berlin erst dann stattfinden können, wenn die Vorbehalte der Alliierten gegenüber Berlin weggefallen sind und die Berliner Abgeordneten im Bundestag volles Stimmrecht haben. Ich möchte das nur rein informatorisch bemerken und darauf hinweisen, daß diese Auffassung in vollem Umfange von der CDU geteilt wird. In gleicher Weise haben wir uns gegen die Aufnahme der Berlinklausel ausgesprochen, die der

35 Landesparteitag der Berliner SPD am 25. 5. 1952. Hierauf wurde „einstimmig festgestellt, daß die SPD in der Eingliederung Berlins in das Gesetzgebungs- und Finanzssystem der Bundesrepublik in Übereinstimmung mit der Berlinpolitik des Gesamtparteivorstandes und der Bundestagsfraktion den einzig möglichen Weg der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Sicherung Berlins sehe". AdG 1952, S. 3941 A. Hinweis auf den zuvor genannten Brief *Reuters* in: BERLIN 1951–1954, 1968, S. 407.

Bundeskanzler Berlin mitgeteilt hat.[36] Wenn es bei der Aufnahme der Berlinklausel bleiben würde, dann würde es bei einer notwendigen Beschlußfassung so sein: SPD dafür, CDU und FDP dagegen. Wir wünschen, daß die Zahl der Abgeordneten im Wahlgesetz aufgenommen wird.

BEZOLD: An sich ist es unsympathisch, wenn durch Wahlarithmetik die Rechte und die Überzeugungskraft eines Wahlkampfes behindert werden sollen. Ich gebe aber zu, daß es notwendig ist.

Wir vertreten den Gedanken, daß eine Partei nur dann zum Zuge kommen kann, wenn sie in sämtlichen Wahlkreisen Kandidaten aufstellt. Ich möchte auf die Folgen hinweisen, die daraus entstehen könnten in bezug auf die uns Unterstützenden, die passieren können als Folge solcher Erwägungen, nämlich in ein Mehrheitswahlsystem ohne Wollen hereinzukommen. Es ist eine juristische Frage. Ich würde Ihnen dringend raten, lesen Sie sehr langsam das Urteil des bayerischen Verfassungsgerichtes, woraus sich ergibt, daß derartige Klauseln, soweit sie nicht durch Verfassung oder Grundgesetz geschützt sind, sehr bald Gefahr laufen können, durch ein Verfassungsgericht aufgehoben zu werden.[37] Die Klausel, daß etwa eine Partei in allen Kreisen aufstellen muß, verstößt gegen das Prinzip der Gleichheit.

Im übrigen ist der Gedanke unseres Freundes *Euler*, daß ein Kandidat unter Umständen auf drei Parteilisten stehen kann, schön. Ich fürchte aber, daß dies gegen den Begriff der Gleichheit geht, denn dieser Begriff umfaßt nach der Gesetzgebung auch, daß jeder die gleiche Chance des Gewähltwerdens hat und daß natürlich diese Gleichheit der Chance vermindert wird, wenn die Möglichkeit besteht, daß ein Kandidat auf mehreren Listen stehen kann. Aus diesem Grunde ist in fast allen Wahlgesetzen die Klausel festgelegt, daß ein Kandidat nur für eine Partei kandidieren darf.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir sind uns alle über eines einig, nämlich, daß wir uns gegen ein Mehrheitswahlrecht wehren müssen. Es hat keinen Zweck, daß wir ein Wahlgesetz, das auf uns zugeschnitten ist, praktizieren und dann keine Mehrheit dafür bekommen. Die CSU ist für ein Mehrheitswahlrecht, ebenso

---

36 In den das Wahlrecht betreffenden Aktenbänden der Bestände des Bundeskanzleramtes und des BMI konnte für den Sommer 1952 keine „Berlinklausel" *Adenauers* ermittelt werden. In einem Aktenvermerk eines Referenten des BMI von Ende August 1952 zum Wahlgesetzentwurf lediglich der Hinweis: „Die Berliner Frage ist Gegenstand eines gesonderten Vorganges, dessen Klärung abzuwarten sein wird." BA, B 106/58934. Denkbar ist, daß es sich bei der vom Berliner Senat Ende Juni 1952 zurückgewiesenen Formel, „nach der Berlin nach eigenem Ermessen seine 19 Bundestagsabgeordneten bestimmen könne", um die in Frage stehende „Berlinklausel" *Adenauers* handelte. BERLIN 1951–1954, 1968, S. 407. Im November 1952 haben *Adenauer* und das Bundeskabinett „ein Einschalten Berlins in den Bundestagswahlkampf für politisch inopportun" erklärt und Bürgermeister *Reuter* entsprechend unterrichtet. *Vockel* an *Adenauer* vom 10. 11. 1952, BA, B 136/1714. Hinweis hierauf auch in: KABINETTSPROTOKOLLE 1952, 1988, S. 661 f.

37 Bezieht sich auf die Entscheidung Nr. 12 des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 30. 5. 1952, abgedruckt in: SAMMLUNG VON ENTSCHEIDUNGEN DES BAYERISCHEN VERWALTUNGSGERICHTSHOFS mit Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, des Bayerischen Dienststrafhofs und des Bayerischen Gerichtshofs für Kompetenzkonflikte, NF Bd. 5, München 1952, 2. Teil, S. 125–147.

ein Teil der CDU. Das bedeutet, daß wir mit einem Wahlgesetz nur dann durchkommen, wenn es die Billigung der SPD findet. Man kann es also nicht gegen die SPD ausrichten, wenn man es durchbringen will.

Meine Vorschläge sind: Nachwahlen sollen und können vermieden werden. Es darf nicht so sein, daß eine Partei große Kanonen direkt kandidieren läßt, und dann tritt dafür irgendein Herr Schulze ein. Was können wir tun, um die Aufsplitterung der Parteien zu vermeiden? Wenn es möglich wäre, die 5%-Klausel auf Bundesbasis zu bringen, hätten wir einen erheblichen Schritt vorwärts getan. Es muß aber die Frage untersucht werden, ob das verfassungsrechtlich möglich ist. Wenn wir das durchsetzen, brauchen wir nicht zu bestimmen, daß Wahlvorschläge in allen Wahlkreisen gemacht werden müssen. Wenn eine Partei eine Reserveliste aufstellen will, gilt die Forderung von 500 Unterschriften. Diese ist nur aufgehoben zugunsten der alten Parteien. Ich schlage vor, diese 500 Unterschriften generell zu fordern, dann gibt es keine Ausnahme. Wir werden doch 500 Unterschriften in jedem Wahlkreis bekommen. Das ist eher durchzusetzen, als wenn man Ausnahmen schafft.

Zum Vorschlag *Euler,* denselben Kandidaten auf verschiedene Listen zu setzen. Es kämen auf diese Weise der CDU Stimmen zugute, die ihr gar nicht zugedacht sind. Es würde auch eine Verwirrung unter den Wählern entstehen. Deshalb halte ich den Vorschlag *Euler* nicht für glücklich. Zum Schluß möchte ich sagen, daß es dringend notwendig ist, daß unsere Fraktion endlich zu einem Initiativ-Antrag kommt. Es ist wenig schön, daß uns die CDU zuvorkommt[38], und wir sollten wenigstens jetzt so schnell wir möglich handeln.

Dr. HAUSSMANN: Bei der Frage der Listenverbindungen bestehen große Bedenken. *Euler* sagt, sie seien ein Schutzgesetz gegen die SPD-Mehrheit. Es ist aber gar keine Gewähr dafür gegeben, daß die Koalition in dieser Frage einig ist. Ich möchte an die Herren des Kabinetts die Frage richten: Wie sieht es mit den Aussichten dieses Wahlrechtes aus, mit den Aussichten im Rahmen der Koalition? Man müßte doch annehmen, daß das eine echte Koalitionsfrage ist. Man müßte doch die Koalition nicht nur halten, sondern stärken wollen. Dann müßten doch aber auch alle, die das wollen, alles tun, um die letzten Chancen für die einzelnen Koalitionsparteien und nicht nur für eine auszuschöpfen. Wir bitten, daß die Frage, was gelten soll, raschestens entschieden wird. Im Hinblick auf das strenge [gemeint wohl: letzte] parlamentarische Jahr wird die CDU eher geneigt sein, unseren Wünschen Rechnung zu tragen, da uns ja die CDU braucht. Es müßte dann in allererster Linie, auch aus diesem Grunde, das Wahlgesetz forciert werden. Der ganze Apparat darf nicht erst zu Anfang des nächsten Frühjahres in Gang kommen, das ist viel zu spät. Ich bitte, darauf zu dringen, daß wir rascher zum Zuge kommen. Wir möchten wissen, was kann geschehen, um eine stärkere Profilierung im Verhältnis zur CDU zu erreichen? Das ist ein Problem, das von uns sehr deutlich gesehen werden muß im Hinblick auf den Weiterbestand und die Daseinsberechtigung unserer Partei. Wir werden uns hoffentlich am Parteitag über eine politische Plattform ei-

38 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion hatten am 16. 7. 1952 einen Wahlgesetzentwurf im Bundestag eingebracht. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 19, Drucks. Nr. 3636.

nigen, um dadurch eine Anziehungskraft auf breite Wählerschichten auszuüben. Es ist aber leichter möglich, ein uns entgegenkommendes Bundeswahlrecht zu schaffen mit der SPD als mit der CDU, die an einer starken FDP kein Interesse hat.

Dr. ENTHOLT: Erlauben Sie mir, zu einigen Fragen Stellung zu nehmen. Ich glaube nicht, daß es richtig wäre, in den Wahlkreisen Ersatzleute mitzuwählen, das führt zur Verwirrung. Im übrigen gibt dies keine Garantie, daß der Ersatzmann nachrückt, genauso wie der ursprünglich Gewählte wegfällt, kann vor ihm ein Ersatzmann wegfallen.

Die weitere Möglichkeit, einen Kandidaten für drei Parteien kandidieren zu lassen, halte ich ebenfalls für bedenklich. Abgesehen davon, daß man es nur in wenigen Fällen fertigbringen würde, die Parteien dazu zu bringen, den Kandidaten einer anderen Partei unter ihrem Namen wählen zu lassen, könnte man schon nicht bei der Aufstellung in den Wahlkreisen unseren Freunden zumuten, Kandidaten einer anderen Partei zu wählen und zusätzlich ihren Namen der Partei zur Verfügung zu stellen.

Der Hauptgesichtspunkt für mich ist aber, Ihnen die Verhältnisse in Bremen kurz vor Augen zu führen. Wenn sich in Bremen die Notwendigkeit ergeben würde, in allen Wahlkreisen zu kandidieren, dann würde das zur Folge haben, daß wir die Wahlkreise nicht mehr unter uns aufteilen können. Andererseits würde uns auch der Kompromißvorschlag nichts nützen, da rein schichtenmäßig uns die SPD überlegen ist und sich dadurch genau dasselbe Ergebnis zeitigen würde wie beim Gegeneinanderkandidieren, in beiden Fällen also ein unerwünschtes Ergebnis. Das könnte dadurch vermieden werden, daß die drei Bonner Koalitionsparteien sich zu einer Überpartei zusammenfinden. Wenn wir überhaupt unter diesem Wahlrecht, wie es hier vorgesehen ist, oder unter dem reinen Proporz einen Wahlkampf führen wollten, ginge dies nur unter einer neuen Firma; denn nach diesem Gesetz oder nach dem Proporz einen Wahlkampf zu führen, wäre sinnlos, da dieser Wahlkampf sich nur unter den drei Koalitionsparteien abspielen würde und der Kampf gegen die SPD erfolglos wäre.

FRÜHWALD: Das Wahlgesetz muß unbedingt noch vor Abstimmung über den Generalvertrag unter Dach und Fach sein. Bei der Wahl in den Bayerischen Bauernverband hat ein Mitglied der CSU-Fraktion – und die Äußerung war nicht in seinem Gedankenkreis entstanden – gesagt: „Wählt den *Frühwald* wieder, denn wenn das Wahlgesetz nach dem Generalvertrag gemacht wird, dann wird die SPD zustimmen, daß wir ein absolutes Mehrheitswahlgesetz bekommen, und dann scheidet eine Beteiligung der FDP aus." In Ettal wurde einstimmig beschlossen, an der Forderung des absoluten Mehrheitswahlrechtes unbedingt festzuhalten. Das Problem ist also, erst das Wahlgesetz und dann die Abstimmung über die Verträge.

Zu dem, was *Euler* sagte: Machen wir uns doch von dem Gedanken frei, wir könnten die CDU als Schutzpatron über uns stellen. Alle bürgerlichen Parteien im Jahre 1930, die sich auf der absteigenden Linie bewegten, haben immer wieder versucht, unter dem Begriff Sammelbewegung eine Auffangbewegung

zu finden. Aber das Volk gibt nichts auf Sammler, sie sind bei ihm gleichbedeutend mit Bettlern. Parteipolitische Subventionen werten sich bei dem Empfänger immer als Gift aus. Entweder wir sind eine Partei, die aus eigenen Kräften in den Wahlkampf eintritt, oder wir haben die Existenzberechtigung verloren.

Dr. SCHIFFERER: Die Verhältnisse in Schleswig-Holstein liegen so: Die Deutsche Partei ist nicht existent. Die Neigung zum schwarzen Sozialismus ist dort genauso groß wie zum roten. Die Lage in Schleswig-Holstein mit der CDU ist derart schlecht, daß irgendeine Meinung für eine Listenverbindung mit der CDU unmöglich erscheint. Wenn schon aber nur ein Kandidat für drei Parteien aufgestellt wird, dann ohne eine Listenverbindung.

Franz BLÜCHER: Ich bin überzeugt davon, daß sich Teile der CDU und erst recht die CSU durch ihre Propaganda in ihrer eigenen Wählerschaft in einer solchen Weise festgelegt haben, daß sie kaum noch von dem Mehrheitswahlrecht abkommen. Das ist ein Faktum, womit wir rechnen müssen.

Da wir politisch hier nicht allein ausschlaggebend sind, würde ich es bedauern, wenn wir bereits mit Initiativanträgen, von denen wir später viel zu viel abstreichen müßten, wieder den Eindruck machen: Wir haben den Mund aufgerissen und können dann doch nicht durchkommen. Das soll man nicht machen. Ich glaube, daß die 31 Unterzeichner dem Bundeskanzler mit ihrem Initiativantrag[39] sehr viel Kummer machen, denn er hat mit einem ungewöhnlichen Fleiße vermieden, im Kabinett zu dem Antrag Stellung zu nehmen, nachdem ich erklärte, ich könne ohne Auftrag meiner Partei sagen, daß wir im Grundsatz an dem Bisherigen festhielten.

Was die Profilierung der Partei betrifft, so stehen wir ohnedies völlig in Opposition beim Bundesnotenbankgesetz.[40] Und die Profilierung beim Bundesnotenbankgesetz wird sich vielleicht auch noch bei anderen Anlässen deutlich ergeben, denn hier zeigt sich keine Möglichkeit der Einigung.

Wie steht es aber in Wirklichkeit? Was kann man erreichen? Ich finde, das wäre zunächst die 5%-Klausel. Ist sie verfassungsrechtlich möglich?

Ich darf darauf hinweisen, daß in dem Wahlgesetz für NRW von 1946, wo meiner Erinnerung nach *Middelhauve* und ich den letzten Abschluß bis nachts gemacht haben, die 5%-Klausel besteht.[41] Ich darf darauf hinweisen, daß in Niedersachsen[42] und anderen Ländern diese Klausel besteht. Das dürfte für das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht ohne große Bedeutung sein.

---

39 Siehe Anm. 38.

40 Zum Bundesnotenbankgesetz Nr. 19, Anm. 16. Die Bundestagsfraktion der FDP rief nach dem ersten Durchgang des Gesetzentwurfs durch den Bundesrat das Verfassungsgericht an „wegen des Umfanges der Rechte des Bundesrates beim Erlaß des Bundesbankgesetzes". BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 25, Drucks.-Nr. 4586.

41 Das Gesetz über die erste Wahl zum Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen (Landeswahlgesetz) datierte vom 22. 1. 1947, revidierte Fassung nach Beschluß des Landtages vom 5. 3. 1947. Zum Entstehungsprozeß und seinen Regelungen E. H. M LANGE, Wahlrechtsstreit, 1980, S. 54–69.

42 Niedersächsisches Landeswahlgesetz vom 31. 3. 1947. Vgl. G. ROTH, 1954, S. 22 f.

Ich bin der Ansicht, daß wir die Frage der DP dabei außer acht lassen sollten, deswegen, weil sie in NRW und in Hessen und in der Vergangenheit uns nur Störungen gebracht hat. Es ist die Frage, ob wir das, was in Niedersachsen, in NRW so entscheidend gewesen ist beim Wahlrecht, ob wir das durchsetzen können. Bei der Wahl 1947 standen der CDU nach Prozentsatz 75 Mandate zu, sie bekam wegen des Rechtes der relativen Mehrheit der Wahlkreise 91.[43] Infolgedessen erhöhte sich die Zahl von 200 auf 216. Es muß eine Möglichkeit geschaffen werden, genau nach dem Ziel der erreichten Stimmen den anderen Parteien ihren Anteil an der Gesamtzahl der erreichten Wählerstimmen zuzugestehen. Das werden wir auf gar keinen Fall durchsetzen, wenn wir an die Haltung der CSU und DP wie der CDU denken, obwohl sie uns theoretisch die Möglichkeit gab, in der Frage des Verhältnisses 60:40[44] entgegenzukommen. Wenn wir die Abgeordneten so aufstocken könnten wie in NRW und Niedersachsen, je nach dem Wahlergebnis, dann hätte man ein Handelsobjekt bei 60:40.

Ich möchte nun auf das kommen, was für mich ein Kinderschreck ist, ein Alpdruck: die Möglichkeit der Listenverbindung. Wenn wir die Listenverbindung vorsehen und wir haben morgen den Sieg des Arnold-Flügels und die ihm im Wahlgesetz geschaffene Möglichkeit der Listenverbindung, dann ist das Instrument für die schwarz-rote Koalition geschaffen. Das ist das, was mich entscheidend gegen jede Form der Listenverbindung einnimmt. Ich glaube, wir werden an kämpferischen Auseinandersetzungen nicht vorbeikommen, und wir sollten uns einsetzen für die Beibehaltung des bisherigen Bundestagswahlrechts und die 5%-Klausel. Wir müssen uns für die Bundestagswahlen entscheiden, und da sollten wir in Gottes Namen dieses Wahlgesetz eher gemeinschaftlich mit der SPD machen, als die Möglichkeit der Listenverbindung schaffen.

EULER: Ich glaube, ein Teil Ihrer Äußerungen hält einer Prüfung nicht stand. Die Listenverbindung, die mir vorschwebt, ist nicht eine Notwendigkeit, sondern nur eine Möglichkeit, die nur dort auftreten soll, wo es notwendig erscheint, wenn ein Wahlkreis nicht verlorengehen soll. Es ist ausgeschlossen, wenn man sich durch die Listenverbindung darauf einigt, daß zwei Parteien den gleichen Kandidaten aufstellen, ein anderer Mann in dem Wahlkreis kraft einer Listenverbindung Aussicht hat, akzeptiert zu werden. Lassen wir uns doch nicht schrecken durch 1957, vor uns steht vorerst die Wahl 1953. Wir müssen die Schwierigkeiten meistern. Es kommt ja weder die CDU, noch die DP, noch wir zum Zuge, wenn wir uns gegenseitig bekämpfen. Es gibt genügend Wahlkreise, die verlorengehen, wenn nicht zwei oder drei Parteien zusammengehen. Der SPD-Sieg ist sonst unabwendbar.

BRINKMANN: Wir sind in Niedersachsen für Listenverbindungen auf keinen Fall zu haben. Wir müssen kämpfen, sonst sagen uns die Leute, daß wir unsere

43 Landtagswahlen in NRW am 20. 4. 1947, in denen die CDU 92 Direktmandate erringen konnte. Vgl. E. H. M. LANGE, Wahlrechtsstreit, 1980, S. 70.

44 Bezieht sich auf das Verhältnis von Direkt- und Listenmandaten.

Schwäche verdecken. Jede Verbindung mit einer anderen Partei lehnen wir ab.

Dr. SCHÄFER: Ich wäre an sich dafür, die Möglichkeit der Listenverbindung hereinzunehmen. Es fragt sich nur dann, wie folgen die Wähler? Auch der Austausch der Wahlkreise geht, wo nicht große Gegensätze vorhanden sind. Wichtig aber ist die taktische Erwägung: Die Listenverbindung würde die CDU – wahrscheinlich – mitmachen, aber die SPD macht da nicht mit, und dann ist das Bundestagswahlrecht nicht mehr zu retten. Wir dürfen uns nicht festlegen, wir müssen nur versuchen, das Wahlrecht so günstig wie möglich für uns durchzuziehen. Wir dürfen nicht zu starr sein, wir müssen eine für uns möglichst günstige Form entwickeln. Das ist eine Sache, die ausgehandelt werden muß in den Ausschußberatungen und im Plenum.

Franz BLÜCHER: Die 5%-Klausel können wir rechtfertigen aus der Sorge um den Staat heraus. Eine Sorge um die Zersplitterung ist ein echter staatspolitischer Grundsatz.

Die CDU/CSU mit uns unter einen Hut zu bringen, wird nicht gehen, ohne daß letzten Endes wir in den Mandatsziffern erhebliche Einbußen haben. Sie sehen an den von *Scharnberg* errechneten Zahlen einen Gewinn für die CDU, und das führt er mit der Absicht aus, uns zu überzeugen. Wir sollten das ganze Für und Wider mit großem Ernst erwägen und grundsätzlich an dem Bundestagswahlrecht festhalten.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir sollten die Diskussion abschließen, indem wir unseren Freund, Dr. *Becker*, bitten, noch einmal alles zusammenzufassen.

Dr. BECKER: Ich möchte, wenn ich zusammenfassend berichten darf, herausstellen, daß wir im Grundsatz, genau wie im Wahlrechtsausschuß, uns darüber einig sind, daß wir auf dem Bundestagswahlrecht von 1949 bestehen bleiben. In der Frage, ob es möglich ist, Mandate für die Koalition zu gewinnen, durch besondere Vorschriften zu verbinden, haben wir keine Übereinstimmung erzielt. Es ist an sich auch richtig, was unser Vorsitzender und Herr *Schäfer* sagten: Das ist eine Frage der taktischen Behandlung.

Wenn ich jetzt die Aussichten des Zustandekommens betrachten möchte, dann muß ich Stellung nehmen zu dem, was *Euler* sagte. Es ist unmöglich, das Wahlrecht auf der Basis zu machen, daß wir erklären: Wir bewilligen Euch die Verträge nur, wenn Ihr unseren Wahlrechtsvorschlag annehmt. Wir würden uns unmöglich machen, wenn wir die Menschen, die das Gesamtinteresse über das Parteiinteresse stellen, unter Druck stellen würden.

Die taktische Lage ist so, daß wir die Verhandlungen mit der Koalition durchführen. Ich möchte allerdings am Montag Schluß machen mit den Verhandlungen mit der Koalition.

Ich darf hierzu noch folgendes sagen: Vorweg die Gründe der Auseinandersetzungen bezüglich der CDU. Nach meinen Erfahrungen hat die CDU in einer solchen Weise in einer scharfen internen Debatte gegen das Gesetz gestimmt, daß sie heute ein Opfer des Intellekts bringen müßte, wenn sie geschlossen für das Wahlrecht 1949 stimmen sollte.

Jetzt hatte *Scharnberg* das Dreier-Wahlrecht vorgeschlagen als einen Weg, von dem er glaubt, daß er seine Partei dahin bekommen könnte. Der Pferdefuß ist der, daß er mit Hilfe von uns die absolute Mehrheit oder eine heranreichende Stimmenzahl für sich zu bekommen hofft, so daß die CDU mit der DP aber ohne uns regieren kann. Wenn die Verhandlungen mit der CDU scheitern, dann bitte ich nicht um Ermächtigung, sondern um stillschweigende Duldung, mit *Menzel*, bei dem ich mich bereits ansagte, zu sprechen. Ich bin aber davon überzeugt, daß wir für das Bundestagswahlrecht von 1949 nur ohne Listenverbindung die Zustimmung der SPD und evtl. der DP bekommen.

Die zweite Frage betrifft die Verminderung der Splitterparteien über die 5%-Klausel. Da glaube ich, werden wir Schwierigkeiten haben mit dem Zentrum, dem BHE, der bürgerlichen Rechten und der SRP. Das ist aber immerhin eine Stimmenzahl von 30 Mandaten.

Abschließend schlage ich vor, so zu taktieren: Die Basis muß vorsichtig abgesteckt und der gerade Weg gegangen werden, den wir auch im Parlament gegangen sind. Wir müssen unter allen Umständen verhindern, eine Mehrheit für das englische Wahlrecht zu bekommen.

FORTSETZUNG DER SATZUNGSBERATUNG

Dr. MIDDELHAUVE: Wir sind gestern bis zum § 7 der Satzungen[45] gekommen; Stimmrechte für die Delegierten der einzelnen Landesverbände auf dem Parteitag. Dazu liegen zwei Vorschläge von Hessen und von Nordrhein-Westfalen vor.[46]

Die Frage ist, nach welchem Grundsatz sollen die Delegierten bestimmt werden: nach Wählerstimmen oder nach den Mitgliederzahlen?

Die Anträge von Hessen und Nordrhein-Westfalen haben bewußt die Mitgliederzahlen ausgeschaltet, da keine Mitgliederkarteien vorliegen. Die Zahlen waren nur fiktiv, und es könnten Ziffern zustande kommen, denen jeder Schein der Berechtigung fehlt. Deshalb sollte man abstellen auf die erzielten Wählerstimmen (verliest anschließend den Antrag von Nordrhein-Westfalen, der im wesentlichen mit dem Antrag Hessen übereinstimmt).

BEZOLD: zur Übertragbarkeit der Stimmen: Wir sind finanziell leider noch immer schlecht gestellt. Ich sehe nicht ein, weshalb nicht ein Vertreter drei Stimmen abgeben kann. Im allgemeinen stimmen die Landesverbände doch gemeinsam ab. Wir sollten deshalb nicht nur für Berlin die Übertragbarkeit von drei Stimmen auf einen Mandatsträger belassen.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir können es meiner Ansicht nach bei der bisherigen Regelung, also der Übertragbarkeit, belassen.

EULER: Die Übertragbarkeit zu beschränken, hatte zwei Gründe. Einmal sollten unsere Parteitage stark gemacht werden, um mit entsprechenden Abstimmungsziffern in der Öffentlichkeit zu erscheinen. Das zweite Bedenken ist,

45 Vgl. Anm. 30.
46 Siehe Nr. 19, Anm. 11.

daß dadurch der Anschein entsteht, daß ein ganz kleiner Kreis von Leuten alles in der Partei macht. Es ist deshalb nicht wünschenswert, daß nur zwölf Delegierte da sind, die 36 Stimmen abgeben, denn dann besteht wieder der Verdacht, daß ein kleiner Kreis das durchsetzt, was er will.

BEZOLD: Wir könnten die Übertragung von zwei Stimmen auf einen Vertreter zulassen.

Beschluß: § 7, 2 Abs. 3, soll lauten: „Die Übertragung von zwei Stimmen auf einen Vertreter. . .".

Dr. MIDDELHAUVE: Nun zum grundsätzlichen Punkt: Stimmrechte. Worauf werden die Stimmrechte gestützt? Auf die Mitgliederzahlen und Stimmergebnisse bei den letzten politischen Wahlen oder nur auf die politischen Wahlergebnisse? Es wurde schon ausgeführt, weshalb es nicht möglich ist, auf die Mitgliederzahlen abzustellen. Wenn wir auf die Mitgliederzahlen abstellen wollen, müssen wir eine Zentralkartei schaffen, um eine rechtliche und stimmende Grundlage zu haben. Dann müßten wir uns zu dem Vorschlag entschließen, den ich gestern machte: zur Zentralmitgliederkartei. Diese ist jedoch abgelehnt worden, damit entfällt aber die Möglichkeit, die Stimmrechte auf die Mitgliederzahlen zu stützen, die nicht nachweisbar sind. Das würde bedeuten, daß wir uns zu den Vorschlägen von Hessen und Nordrhein-Westfalen bekennen müssen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Man kann annehmen, daß dem nicht widersprochen wird. Die Delegiertenstimmen stützen sich also auf die Wählerzahlen. Es fragt sich aber, wie dies festgelegt werden soll?

Dr. SCHÄFER: Ich wollte auf eine andere Sache hinaus. Der Parteitag setzt sich zusammen aus Delegierten, aber auch aus denen, die sozusagen hauptamtlich hinkommen. Das setzt voraus, wenn wir die gleiche Grundlage haben wollen, daß wir bei der Bildung dieser Ämter in allen Landesverbänden gleiche Auswahlgrundsätze haben. Das gehört auch in die Satzung.

Man müßte im Verhältnis zur Stärke des Landesverbandes auf einem gleichen Wahlsystem in allen Landesverbänden für die Bildung der Ämter bestehen.

Dr. MIDDELHAUVE: Deswegen mein Vorschlag, daß wir an der bisherigen Satzungsregelung festhalten, daß die Mitglieder des Vorstandes ex officio Stimmrechte auf dem Parteitag haben. Wer ist aber der Personenkreis, der Delegiertenstimmen auf dem Parteitag haben soll, der Bundesvorstand oder der Hauptausschuß? Ich spreche mich für den Bundesvorstand aus.

BEZOLD: Sie können schwer, nachdem der Hauptausschuß ein Gremium ist, das die Politik des Parteitages sozusagen in der Exekutive durchführt, diese Mitglieder von der Wahl ausschließen. Damit tun Sie etwas, das nicht richtig ist. Wenn diese Leute nicht mehr stimmberechtigt sein sollen, dann entziehen Sie ihnen ihre Eigenschaft als Mitglieder des Hauptausschusses, und das wird schwer zu machen sein.

Dr. KELLNER: Ich habe in der Berichtigung geschrieben: ohne die zum Hauptausschuß gewählten Delegierten.

Dr. MIDDELHAUVE: Halten wir uns die Zusammensetzung des Hauptausschusses einmal vor Augen. Ein Vertreter für je volle 3 000 beitragzahlende Mitglieder: Hier muß eine Änderung geschaffen werden. Dann weiterhin drei Vertreter der Bundestagsfraktion, Parteimitglieder, die der Bundesregierung angehören. Diese Mitglieder überschneiden sich mit denen des Vorstandes. Ein Vertreter jeder Landtagsfraktion, die Vorsitzenden der Fachausschüsse, zwei Frauen, zwei gewählte Vertreter der unter 32 Jahre alten Mitglieder.

Das ergibt sich doch z. T. automatisch von der Länderseite her. Wir müßten da eine Regelung finden, denn wir können nicht zweimal Vertreter der Landesverbände haben, die einmal als Mitglieder des Hauptausschusses fungieren und zum zweiten nach den Wählerstimmen. Das ist nicht ganz richtig.

BEZOLD: Dann müssen Sie diese ziffernmäßig aufteilen nach den einzelnen Landesverbänden. Wir werden doch zugeben müssen, daß es ein Nonsens ist, dem Hauptausschuß die gleiche Aufgabe zu geben wie dem Parteitag und andererseits nicht sämtliche Hauptausschußmitglieder mitstimmen zu lassen.

Franz BLÜCHER: Ich pflichte *Bezold* bei. Nur ergibt sich dann, wenn wir zweckmäßig mit Rücksicht auf die angemessene Vertretung der Länder entsprechend den von ihnen erreichten Wählerstimmen abheben, eine sehr schwierige Frage, deren praktische Lösung mir im Augenblick nicht deutlich wird, außer in dem Falle, wenn Sie die Delegierten für den Parteitag wählen lassen durch den Landesparteitag. Wenn Sie an dem Grundsatz der Wahl durch den Landesparteitag festhalten, dann müßte dies eine bindende Vorschrift sein. Sonst kommen Sie in die Unmöglichkeit, daß ein relativ kleiner Landesverband mit einer geringen Zahl von Delegierten zum Parteitag hoch vertreten ist. Meine Auffassung ist, daß die Wahl der Delegierten zum Parteitag allein zulässig ist durch einen Landesverbandsparteitag, und das müßte in der Satzung im einzelnen festgehalten werden.

BEZOLD: Wir müssen uns überlegen, wie wir das Gremium festlegen, das die organisatorische und politische Arbeit leistet, denn das ist der Hauptausschuß. Wir müssen überlegen, wie groß dieses Gremium sein soll. Danach müssen wir den Ländern eine bestimmte Anzahl von Delegierten im Hauptausschuß geben. Dazu können wir dann prozentual nach dem jeweiligen Wahlergebnis einen Zusatz geben. Dann haben wir den Hauptausschuß. Ob der Parteitag groß ist, spielt keine Rolle. Nehmen Sie den Hauptausschuß als Kristallisationspunkt und dazu eine größere Menge von Delegierten. Wir müssen doch eine Grundlage haben.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir sollten uns von *Bezold* überzeugen lassen und sollten den Hauptausschuß als Kern ansehen und dazu die Delegierten nehmen, und zwar auf 10 000 Wählerstimmen zum Bundestag berechnet. Der Vorschlag muß genehmigt werden.

Franz BLÜCHER: Diese bevollmächtigten Vertreter müssen aber gewählt werden.

MÜLLER: Ich sehe da Schwierigkeiten im Hinblick auf die Wahl der Delegierten durch einen Landesparteitag. In Württemberg-Baden ist z. B. der Parteitag immer am 6. Januar, der Bundesparteitag wird aber erst im November sein. Je

länger der Zeitraum ist, von dem ab die Delegierten gewählt wurden, desto größer werden die Verschiebungen sein. Es würde voll ausreichen, wenn die Delegierten durch die Landesausschüsse gewählt würden.

Dr. MIDDELHAUVE: Die Delegierten eines Parteitages haben ein so starkes Bestimmungsrecht auf die Entwicklung der Partei, daß ihre Wahl vom höchsten Gremium getroffen werden muß. Das Beispiel von Württemberg-Baden ist nicht stichhaltig, denn man kann auch noch einen Parteitag einlegen.

Franz BLÜCHER: Wir werden überhaupt gezwungen sein, wie *Middelhauve* schon sagte, in das Gefüge der Landesverbände einzugreifen. Denn es ist ja so, daß einige Landesverbände nur einen Landesvertretertag haben, aber nicht den Begriff eines Landesparteitages. Das wird zwangsläufig an der einen oder anderen Stelle geändert werden müssen.

Es gibt eine Möglichkeit, das Stimmrecht ganz anders festzulegen, ohne Rücksicht auf die erreichte Stimmenzahl, daß nämlich jeder Wahlkreis zum Bundestag einen Vertreter entsenden würde. Das wäre eine Regelung, wie sie es früher gegeben hat. Dann würde aber von den Landesverbänden, die das Gefühl haben, daß sie besonders gut gearbeitet haben, Einspruch erhoben werden. Wenn man den politischen Willen des gesamten Bundesgebietes vertreten sehen will, so müßte in der Tat ein Vertreter für jeden Wahlkreisverband genommen werden. Dies wird aber aus den jeweiligen Gegebenheiten nicht durchzusetzen sein.

Dr. MIDDELHAUVE: Wenn wir die Klausel einarbeiten würden, daß die Wahl der Delegierten durch einen Landesparteitag zu erfolgen hat, hätten wir genug erreicht.

BEZOLD: Wenn aber von den Landesparteitagen die Delegierten gewählt werden sollen, dann müssen selbstverständlich auch die Landesverbände vorschlagen. Wir haben aber gesagt, daß die Partei als solche die Bundespartei ist und die Landesverbände eigentlich nur eine Art Gliederung [sind].

Dr. SCHIFFERER: Wir haben auch noch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Es ist für uns leider nicht nur der schöne Gesichtspunkt maßgebend, die besten Leute zu wählen. Wir müssen auch berücksichtigen, wer sowieso in der Nähe des Ortes des Parteitages ist usw. Wir können aber dem Landesparteitag im Februar noch nicht sagen, wer z. B. im November in München ist.

Franz BLÜCHER: Dann würden wir ja in der Tat letzten Endes die Entscheidungen des Parteitages von außerpolitischen Verhältnissen abhängig machen. Die Frage des Parteitages und der Parteitagsdelegation muß so gelöst werden, daß der Landesverband notfalls Kostenzuschüsse bekommt. Wir müssen an der regulären Wahl durch das höchste Gremium des Landesverbandes unter allen Umständen festhalten, sonst bleibt vom politischen Charakter eines Parteitages nichts übrig.

BEZOLD: Es könnten ja auch Ersatzdelegierte gewählt werden.

ONNEN: Ich wollte nur bemerken, daß wir dem Satzungausschuß auch noch etwas an Arbeit überlassen sollten. Wir können hier doch nur Richtlinien geben. Wir müssen an der Hauptsache festhalten, daß die Landesparteitage die

Delegierten wählen. Ich bin der Auffassung, wir können von diesem Grundsatz nicht abgehen.

RICHTER: Wenn finanzielle Schwierigkeiten auftauchen, dann sollte man von Bonn aus gewisse finanzielle Zuschüsse geben. Die Bundespartei müßte für einen gewissen Ausgleich sorgen.

Dr. MIDDELHAUVE: Darüber haben wir uns im Organisationsausschuß schon Gedanken gemacht. Wir wollen einen finanziellen Ausgleich zu schaffen versuchen, um auch den schwachen Landesverbänden die Möglichkeit zu geben, Delegierte zu entsenden.

Wir sind uns doch im Grundsatz darüber klar, daß die berechtigten bzw. die bevollmächtigten Vertreter der Landesverbände durch die Landesparteitage in geheimer Wahl zu wählen sind.

SCHWENNICKE: Wir sollten uns auch noch darüber klarwerden, welchen Stand von Wählerstimmen wir zur Grundlage geben sollen für einen Delegierten.

Dr. MIDDELHAUVE: Wenn wir 10 000 annehmen, ergibt sich eine Zahl von 316 Delegierten. Wenn wir das bisherige System für den Hauptausschuß beibehalten, ergibt sich eine zusätzliche Anzahl von 88 Delegierten, insgesamt also 400 Delegierte. Ich halte diese Zahl für nicht zu hoch.

BEZOLD: Ich schlage noch einmal vor, über den Hauptausschuß später zu sprechen und erst § 7 zu verabschieden. Es stehen zwei Vorschläge zur Diskussion: die Anträge Hessen und Nordrhein-Westfalen mit 10 000 Wählerstimmen und der von Dr. *Kellner.*

360 Delegierte sind tragbar. 10 000 Wählerstimmen: Jetzt müssen wir feststellen, welche Wählerstimmen? Nach den beiden Vorschlägen sollten es die der letzten Bundestagswahl sein oder die der letzten Landtagswahlen. Nordrhein-Westfalen ist bereit, sich dem Vorschlag Hessens anzuschließen. Wir sollten sagen: grundsätzlich Ergebnis der letzten Bundestagswahl. Wenn sich dann Schwierigkeiten ergeben, muß der Hauptausschuß der Partei einen Modus finden, aber das kann nicht in den Satzungen festgelegt werden.

Franz BLÜCHER: Wir sind ja hier nicht zum letztenmal zusammengekommen. Es ist notwendig, daß von Natur aus benachteiligte Landesverbände eine Prämie bekommen. Ich behalte mir vor, auf der nächsten Hauptausschußsitzung darauf zurückzukommen.

Zugrunde gelegt wird das Ergebnis der letzten Bundestagswahl, für Berlin die letzte Wahl in das Berliner Abgeordnetenhaus. Zur Prämie, die eingebaut werden soll, verlese ich den Vorschlag von *Kellner.*[47]

BEZOLD: Dieser Vorschlag ist unlogisch.

Dr. MIDDELHAUVE: Wenn jemand über den Durchschnitt hinauskommt, kann er doch eine Prämie erhalten.

Franz BLÜCHER: Wenn ich mir vorstelle, daß die 400 000 Bremer Einwohner 13 % bekämen, so gäbe das eine Verschiebung des Durchschnittswahlergeb-

47 Siehe die Bestimmungen über den „Zuschlag" in Anm. 30.

nisses (Rücksichtnahme in einer gewissen Beziehung zur Größe des Landesverbandes).

BEZOLD: Wir müssen uns im Grundsatz klarwerden. Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder die Größe des Landes nehmen und durch die Grundbevölkerung dividieren, oder Sie müssen es nach dem reinen Erfolg machen, so wie beantragt. Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten: die Größe des Landes und die Erfolgsziffern in einer entsprechenden Prozentzahl der überhaupt erreichten Stimmen. Das ist zwar kompliziert, aber zu erreichen. Dieser Weg wäre der gerechtere. Wir müssen einen Weg finden, um dem Satzungsausschuß bestimmte Richtlinien zu geben.

Dr. MIDDELHAUVE: Es müßten zunächst einmal die stimmenmäßigen Auswirkungen für die drei Möglichkeiten festgestellt und dem Satzungsausschuß vorgelegt werden. Dann könnte man bei der Verabschiedung entscheiden, welche Form schlecht ist und wo uns die Auswirkungsmöglichkeiten fehlen. Es wäre aber m. E. gut, doch eine Erfolgsprämie einzubauen.

ONNEN: Es ist m. E. nur dann möglich, die prozentuale Berücksichtigung vorzunehmen, wenn man von dem Gedanken ausgeht, daß in jedem Landesverband die Erfolgsmöglichkeiten dieselben sind, dann könnte man von einem Prozentsatz ausgehen. Aber man kann doch nicht einem Landesverband, der aus seinen Verhältnissen heraus einen hohen Prozentsatz hat, auch noch etwas hinzugeben. Der Erfolg liegt doch in der jeweiligen Struktur des Landes. Wir müßten dann noch Versuche unternehmen, die Wertigkeit der verschiedensten Landesverbände gegeneinander abzustimmen.

SCHWENNICKE: Was *Onnen* sagte, ist nicht ganz logisch, und ich muß es im Prinzip ablehnen. Ich glaube, wir sollten den Vorschlag machen, von einer Kombination auf der Grundlage der Einwohnerstimmen und einem Zuschlag über den Durchschnittssatz auszugehen.

Franz BLÜCHER: Ich stimme dem Vorschlag von *Middelhauve* zu, daß die Bundesgeschäftsstelle beauftragt wird, verschiedene Varianten gewissermaßen durchzurechnen. Zur Sache: Die Einwohnerzahl allein ist kein Maßstab, weil die Schwierigkeit der Arbeit nicht berücksichtigt wird. Man müßte dann ausgehen von der Bevölkerungsdichte, Größe usw.

Beschluß: Es soll ein plausibler Vorschlag gemacht und die Bundesgeschäftsstelle beauftragt werden, die Unterlagen für den Satzungsausschuß auszuarbeiten.

Dr. SCHÄFER: [zu § 8[48]:] zur Frage der Leitung des Parteitages: Es war bisher so üblich, daß der Vorsitzende der Partei die Leitung des Parteitages hat. Bei

48 § 8: Geschäftsordnung des Parteitages: 1) Beschluß der Geschäftsordnung für die Beratung, Beschlußfassung und die Wahlakte des Parteitages durch den Vorstand; dieser hat auch einen Prüfungsausschuß (Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Einberufung, der Beschlußfähigkeit der Versammlung und der Stimmberechtigung der Delegierten) zu bilden. 2) Bestimmungen über die Leitung des Parteitages: Vorsitzender, Stellvertreter oder im Verhinderungsfall durch ein Vorstandsmitglied. 3) Festsetzung, daß über den Parteitag eine stenographische Niederschrift oder eine Tonbandaufnahme herzustellen ist.

vielen politischen Parteien ist es aber so, daß man diesen Akt als eine Ehrung betrachtet und einem verdienten Parteimitglied die Leitung des Parteitages überträgt. Man sagt da, der Parteitag wählt sich einen Vorsitzenden. Das ist z. B. bei der SPD so Usus.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich glaube doch, daß man dieses Problem nicht vertiefen sollte, denn dann würden wir noch lange diskutieren. Es spricht vieles für den Vorschlag *Schäfer,* aber auch sehr viel dagegen. Man kann mit einer solchen Bestimmung die herrlichsten Pleiten erleben. Man bedenke nur, daß auf dem Parteitag die wichtigsten Gegensätze herausgestellt werden müssen und daß dann jemand die Leitung hat, der einer solchen Verhandlungsführung nicht gewachsen ist. Ich glaube, wir sollten es hier bei der alten Regelung belassen.

Beschluß: Es bleibt bei der bisherigen Regelung.

Dr. KELLNER: [zu § 9[49]:] Ich verweise besonders auf den letzten Absatz. Es ist das primitivste Recht eines Vorstandsmitgliedes, dieselben Rechte zu haben wie jeder andere Delegierte.

BEZOLD: Wir in Bayern haben die schöne Einrichtung, daß den Rechnungsprüfungsbericht der Hauptausschuß prüfen kann. Es ist eine unangenehme Sache, wenn die gesamte Rechnungslegung vor dem ganzen Parteitag, vor der Presse und vor allen anderen Leuten geschehen muß. Wollen wir uns nicht überlegen, den Rechnungsbericht vom Hauptausschuß prüfen zu lassen?

Dr. MIDDELHAUVE: Es fragt sich, wie das Parteiengesetz dazu steht? Aber ich könnte mir vorstellen, daß wir wie in Nordrhein-Westfalen vorgehen können. Der Landesausschuß nimmt den detaillierten Bericht des Schatzmeisters entgegen, und ein Vertreter wird beauftragt, diesen Bericht zusammenfassend dem Parteitag zu geben.

BEZOLD: Wenn aber nun ein Parteifreund aufsteht und sagt, ich möchte den ganzen Bericht haben?

Franz BLÜCHER: Ich möchte *Bezold* beipflichten. Es ist Aufgabe des Parteitages, den Bericht entgegenzunehmen. Wenn er entgegengenommen werden muß, ist auch das Recht zur Fragestellung und Erörterung gegeben. Das könnte unangenehm sein. Wir sollten dies dem Hauptausschuß überlassen.

Dr. MIDDELHAUVE: Das Parteiengesetz wird zweifelsohne die öffentliche Rechnungslegung jeder Partei verlangen. Wie dieser dann formuliert wird, liegt an der Geschicklichkeit des Schatzmeisters.

Franz BLÜCHER: Wir sind im Übergangszustand.

SCHWENNICKE: Könnten wir es nicht handhaben wie bei einer Aktiengesellschaft?

Franz BLÜCHER: Dort kann jeder das Zahlenmaterial lesen.

---

49 § 9: Tagesordnung des Parteitages: 1) Entgegennahme der Rechenschaftsberichte. 2) Entlastung des Vorstandes. 3) Wahl der Parteiorgane. 4) Wahl der Rechnungsprüfer. 5) Wahl des Ehrenrates. Berechtigung der Mitglieder des alten Parteivorstandes, „an der Wahl [. . .] teilzunehmen".

Dr. MIDDELHAUVE: Ich würde es bei der bisherigen Regelung lassen. Wir würden auch im Hauptausschuß Schwierigkeiten bekommen bei der Verabschiedung. Es ist eine Frage der Geschicklichkeit, daß der Rechnungsbericht akzeptiert wird, ohne vor der Öffentlichkeit des Parteitages allzuviel hineinzuleuchten.

Wir kommen jetzt zu § 10: Zusammensetzung des Hauptausschusses. Hier muß der Absatz b[50] (c = alte Fassung) geändert werden, da nicht mehr auf die Mitgliederzahlen abgestellt wird.

MÜLLER: Ich halte es nicht für nötig, daß wir uns darüber gesondert unterhalten.

Frau Dr. ILK: Hier wird das Alter der Jungdemokraten mit 32 Jahren fixiert. Das passive Wahlalter liegt aber schon bei 25 Jahren.

Dr. MIDDELHAUVE: Der Satzungsausschuß ist sich über den Grundsatz klar, was der Vorstand will, und er soll entsprechende Vorschläge ausarbeiten. Jetzt haben wir uns zu unterhalten über die Gruppenvertretungen: Frauen, Jungdemokraten, liberaler Studentenbund, Ostzonen-LDP[51]; zwei Vertreter der Frauen sollten beibehalten werden.

BEZOLD: Wir müssen uns überlegen, ob wir überhaupt diese Spezialdelegationen haben wollen. Sie sind zwar praktisch, aber ungerecht. Die Leute sollen schließlich wegen ihrer Tüchtigkeit gewählt werden, und es ist ein bedauerlicher Zustand, wenn Vertreter einer bestimmten Klasse, eines bestimmten Geschlechtes usw. nun ein bedingungsloses Recht haben, Mitglied des Hauptausschusses zu sein. Die Frauen müßten doch so stark sein, daß sie ohne weiteres zwei Vertreterinnen hineinbekommen. Mit dem gleichen Recht können ja die Flüchtlinge zwei Vertreter verlangen, die Ostzonenfreunde, womöglich die Lastenausgleichsgeschädigten usw. Jede Gruppe könnte mit solchen Anliegen kommen. Es ist auch eine böse Sache um das Vorschlagsrecht. Soll die Gruppe von sich aus wählen können, soll sie nur Vorschläge machen? Was es dann für Kämpfe gibt in den einzelnen Gruppen, ist ja allen bekannt. Ist es nicht besser, wenn wir sagen, zum Hauptausschuß soll gewählt werden, wer tüchtig ist, und eine Frau, die so tüchtig ist wie Frau *Ilk,* kommt bestimmt in den Hauptausschuß.

Frau Dr. ILK: Ich rede nicht von der Stärke der Frau, sondern von der Schwäche der Männer. Es hat schon viele präzise Fälle gegeben, wo die Männer nicht die Frauen wählten, die für die Arbeit qualifiziert sind.

MÜLLER: Ich bin der Meinung von Herrn *Bezold,* daß man die Sonderdelegationen wegfallen lassen sollte. Wir haben in Niedersachsen damit die besten

50 Berechnung der Mitgliederzahl der einzelnen Landesverbände: „Ein Vertreter für die ersten angefangenen 3 000 beitragszahlenden Mitglieder sowie für jede weiteren vollen 3 000 Mitglieder je einen weiteren Vertreter."

51 Hierzu hieß es in § 10 des Entwurfs im einzelnen: je zwei Vertreter der Frauen, der Jungdemokraten und des liberalen Studentenbundes sollten im Hauptausschuß vertreten sein. Sie waren vom Parteitag auf Vorschlag ihrer jeweiligen Gruppen zu wählen. Über die Vertretung der Ostzonen-LDP enthielt der Entwurf keine Bestimmung.

Erfahrungen gemacht. Zu der Frage von Frau Dr. *Ilk* bezüglich des Alters bei den Jungdemokraten: Ich halte die Altersgrenze von 25 Jahren nicht für gut, denn wir haben z. B. bei der Jungen Union und den Jungsozialisten 35- bis 40jährige Bundestagsabgeordnete. Man könne auch z. B. einem 23- bis 24jährigen doch nicht die Aufgabe übertragen, 40 oder 60 Menschen so im Ausland zu führen, daß der Name und das Ansehen der Partei nicht darunter leidet.

Frau Dr. ILK: noch eine Frage: Ist die Organisation der Jungdemokraten soweit verselbständigt, daß sie von sich aus entscheidet oder ist dies Sache der Gesamtpartei?

MÜLLER: Das ist Sache der Gesamtpartei.

Frau Dr. ILK: Das Argument, daß Sie diese 25jährigen nicht für reif halten, Menschen ins Ausland zu führen, ist doch nicht stichhaltig. Das ist doch ein Sonderfall. Die Hauptvertretung und Arbeit unserer Jungdemokraten liegt doch nicht in diesen Dingen. Es wäre bei solchen Fahrten z. B. die Möglichkeit gegeben, jüngeren Parteimitgliedern eine solche Leitung zu übertragen.

Aber ich halte es für unmöglich, daß eine Frau oder ein Mann, die altersmäßig Volksvertreter sein, im Bundestag oder Landtag sitzen können, in einer Jugendorganisation sind.

Dr. MIDDELHAUVE: Vielleicht darf ich etwas zu dem sagen, was uns seinerzeit dazu bewogen hat, dies in die Satzungen einzubauen. Es war die Überlegung, wir müssen die Frauen, die kraft ihrer ziffernmäßigen Überlegenheit nicht stark genug vertreten sind, durchzusetzen versuchen. Wir müssen auch den jungen Menschen, die eine Parteibindung ablehnen, die Möglichkeit geben, in der Partei zu arbeiten. Die Widerstände konnten in einer Reihe von Jahren überwunden werden, und ich glaube auch, daß wir einmal mit diesen Kooptationen Schluß machen müssen. Grundsätzlich stimme ich Frau Dr. *Ilk* zu, daß der Zeitpunkt verfrüht ist, aber Satzungen werden nicht in jedem Jahre erstellt. Wir gehen an eine gründliche Neuregelung der Satzungen heran und sind dabei verpflichtet, auch alles zu regeln, was geregelt werden kann, selbst wenn uns der Zeitpunkt erst für das nächste Jahr gegeben erscheint. Ich glaube, daß wir der Mehrheit der Auffassung des Vorstandes Rechnung tragen und auf die Sonderdelegationen verzichten sollten.

EULER: Ich bin sehr dafür, den Hauptausschuß nicht weiter zu vergrößern. Unter 90 Mitgliedern müßten genügend geeignete Jungdemokraten, Frauen usw. sein.

BEZOLD: Wir müssen uns aber darüber klarwerden, daß wir mit dieser Streichung den Landesstatuten keine Bindung geben. Wir müssen dann in den Übergangsvorschriften bemerken, daß die Landesstatuten davon nicht berührt werden.

Dr. MIDDELHAUVE: Für die Landesverbände sollten doch Rahmensatzungen erstellt werden.

RICHTER: Man müßte nur sagen, daß die Landesverbände ihre Satzungen in der Vorbereitung schon auf die Bundessatzung abstellen.

Dr. KELLNER berichtet zum Doppel-Stimmrecht.[52]

BEZOLD: Bei uns ist es so, wenn einer durch Amt in einem Gremium ist, rückt ein Vertreter nach. Ich halte diese Regelung für richtig.

Beschluß: In § 10, 1 muß Ziffer b (alte Satzung Ziffer c) entsprechend den Beschlüssen geändert werden.

Kooptationen in den Hauptausschuß sollen grundsätzlich entfallen. Der LDP-Bundesbeirat der FDP soll als Fachausschuß behandelt werden.

BEZOLD: In § 11, 2[53] werden die Minister auf Bundesebene offiziell erwähnt. Sie gehören kraft Amt dem Vorstand an, brauchen also nicht eigens erwähnt zu werden. Wenn ein Minister ausscheidet, behält er trotzdem sein Amt bis zum nächsten Parteitag.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir haben bei § 11 Abs. 1[54] nicht festgehalten, daß Punkt c gestrichen werden muß.

Beschluß: § 11 c wird gestrichen.

Dr. HAUSSMANN: Ich mache darauf aufmerksam, daß es bereits 13.00 Uhr ist. Können wir nicht den Rest der Arbeit an den Satzungsausschuß verweisen, um endlich dazu überzugehen, mit der Vorbereitung des Parteitages zu beginnen?

Dr. MIDDELHAUVE: Die Tagesordnung ist aufgestellt worden vom Vorsitzenden. Wir werden mit den §§ 12, 13 und 14[55] bald fertig sein.

BEZOLD: Gerade die Fassung bezüglich des Ehrenrates ist nicht diskutabel, so wie sie vorliegt. Man hat sich hier bemüht, zwei Dinge zusammenzufassen, aber das ist unmöglich. Es handelt sich ja hier um zwei ganz voneinander verschiedene Dinge. Hier müssen wir bindende Vorschläge haben und müssen den Ausschuß bitten, etwas vorzubereiten, und zwar auf der einen Seite den Revisionsausschuß und auf der anderen Seite den Ehrenrat.

Das einzige politische Faktum ist die Frage der Kooptierung (§ 12 a).[56] Zuerst hatte die Militärregierung die Kooptierung verboten, sie widerspräche jedem demokratischen Gedanken, hieß es. Ich möchte hier dringend raten, die Kooptierung nicht zu wählen. Man sagt dann, wir modeln uns die Dinge irgendwie zurecht. Das ist eine außerordentliche Gefahr.

Franz BLÜCHER: Ich bin der Überzeugung, daß das, was *Haußmann* angeregt hat, von *Bezold* vertieft worden ist. Es kommt uns darauf an, einige wenige

---

52 § 10 Abs. 2: Möglichkeit der Übertragung von Stimmberechtigungen der Vorstandsmitglieder und innerhalb der Gruppe der durch die Landesverbände entsandten Mitglieder.

53 § 11 regelte die Zusammensetzung der Vorstände: Abs. 1: Gesamtvorstand (Bundesvorstand), Abs. 2: geschäftsführender Vorstand, Abs. 3: Wahlverfahren für den geschäftsführenden Vorstand.

54 Feststellung, daß unter den Beisitzern des Vorstandes mindestens eine Frau und ein Jungdemokrat vertreten sein müssen.

55 § 12: Aufgaben des Vorstandes, § 13: Fachausschüsse, § 14: Ehrenrat. § 14 a–f: Zuständigkeiten des Ehrenrates.

56 § 12 a: „Jedes Organ der Partei ist von sich aus berechtigt, für die Dauer seiner Amtsperiode für Sonderaufgaben Mitglieder mit beratender Funktion zu kooptieren."

politische Grundsätze geltend zu machen. Das ist geschehen. Der Vorstand – der geschäftsführende und der Gesamtvorstand – werden sich mit den Ergebnissen des Satzungsausschusses noch befassen müssen. Wir werden auch noch eine Vorstandssitzung vor dem Hauptausschuß abhalten müssen wegen der Beschickung des Parteitages und der Bestimmung der Delegierten. Dabei können wir auch alle anderen Dinge besprechen.

Was die Kooptierung anbetrifft, so ist wohl eine bestimmte Entwicklung zu Ende gegangen, und wir sollten jetzt von ihr absehen. Von den Landesverbänden wird dann erwartet werden, daß sie eine entsprechende Berücksichtigung in ihren Vorschlägen Platz greifen lassen.

Dr. MIDDELHAUVE: Der Vorschlag *Bezold* ist richtig, nämlich daß das Problem Ehrenrat anders gesehen werden muß, vor allen Dingen, nachdem wir die originäre Mitgliedschaft in der Partei verankert haben. Das muß aber den Satzungsausschuß beschäftigen.

EULER: § 12 a und § 16 Abs. 2[57] sollten wir streichen. Ämterhäufung läßt sich bei unserem Mangel an qualifizierten Mitgliedern nicht vermeiden. Es sollte aber dem Satzungsausschuß überlassen werden zu überlegen, wie eventuell eine Ämterhäufung gesteuert werden kann.

Ich übernehme gern die Arbeit, einen Entwurf auszuarbeiten, der so geartet ist, daß man annehmen kann, der Satzungsausschuß wird an einem Tage mit der Arbeit fertig.

Franz BLÜCHER: Da Sie dem Satzungsausschuß angehören, ist es Ihr Recht, diese Vorlage zu machen, und wir werden dafür Ihnen dankbar sein.

Was die §§ 12 a: Kooptierung, und 16 Abs. 2: Ämterhäufung, angeht, sind wir uns doch in der Mehrzahl darüber einig, daß die Kooptierung fortfallen sollte. Der Satzungsausschuß sollte sich überlegen, in welcher Form einer übermäßigen Ämterhäufung satzungsmäßig entgegengesteuert werden kann. Aber das liegt beim Satzungsausschuß, darüber wollen wir keine Vorschläge machen, das kann dann später diskutiert werden.

Dr. HAUSSMANN: Ich stimme *Euler* zu hinsichtlich Kooptierung und Ämterhäufung.

Wir wären aber sehr dankbar, wenn der Entwurf *Euler* den Mitgliedern des Satzungsausschusses und des Gesamtvorstandes einige Zeit vor der Sitzung des Satzungsausschusses zugeht, damit wir das mit unseren Leuten zu Hause durchsprechen können.

MÜLLER: Zu § 16, 1[58] würde ich vorschlagen, die Amtsdauer der gewählten Organe auf zwei Jahre festzulegen. Das ist für die Zusammenarbeit viel günstiger.

---

57 § 16: Amtsdauer und Ämterhäufung: Abs. 2: „Niemand darf auf zwei verschiedenen Ebenen das gleiche Parteiamt bekleiden. Es darf auch niemand mehr als drei Parteiämter überhaupt innehaben. Politische Mandate fallen nicht unter diese Bestimmung."

58 § 16 Abs. 1 legte die Amtsdauer der Parteiorgane auf ein Jahr fest.

Dr. HAUSSMANN: Ich stimme *Müller* vollkommen zu. Wir können es uns gar nicht gestatten, diese Dinge so oft zu praktizieren.

Dr. SCHÄFER: Wir hatten festgelegt, daß die Minister kraft Amtes dem geschäftsführenden Vorstand angehören. Ich bitte aber zu bedenken, daß der Fall eintreten kann – im Augenblick ist es zwar nicht akut –, daß der Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion dem Vorstand nicht angehört. Er sollte – und das wäre vor allem wichtig, wenn wir uns einmal in Opposition befinden würden – dem geschäftsführenden Vorstand deshalb auch kraft Amtes angehören.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich schlage vor, Wahl für zwei Jahre mit dem Hinweis von *Schäfer,* der zu berücksichtigen wäre.

Dr. HAUSSMANN: Man sollte in den Gesamtvorstand auch noch die Länderminister und auch die Fraktionsvorsitzenden der Länder kraft Amtes aufnehmen.

Dr. MIDDELHAUVE: Diese Personengruppen können ja zu den Sitzungen eingeladen werden, das Gremium wird sonst zu groß. Sagen wir doch: „. . .sind einzuladen die Länderminister und die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen."

Franz BLÜCHER: Ich schlage vor: Länderfraktionsvorsitzende ohne Stellvertreter.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir haben also jetzt: Vorsitzende der Landesverbände oder deren Stellvertreter, sechs Beisitzer. Dazu kämen noch die Länderminister und die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen ohne Stellvertreter. Das Gremium wird aber dann sehr groß. Ich warne vor einem übereilten Beschluß.

Stellen wir es doch dem Satzungsausschuß anheim, wie der Vorschlag *Haußmann* eingebaut werden könnte, und ob man sich beschränken soll auf die Teilnahmeberechtigung oder Stimmberechtigung. Wir sind uns wohl klar darüber, was als Auftrag an den Satzungsausschuß geht.

Dr. KELLNER: Den Bundesbeirat der Ostzonen-LDP haben wir also gestrichen?

EULER: Wir müssen den Bundesbeirat der Ostzone betrachten als einen Ausschuß und den Vorsitzenden dieses Bundesbeirates als Ausschußvorsitzenden.

Dr. MIDDELHAUVE: Das ist ein guter Vorschlag. Ich wäre dankbar, wenn wir die Richtlinien so schnell als möglich bekämen, damit wir die Dinge noch in Ruhe durcharbeiten können, um dann die Vorschläge an den Satzungsausschuß zu geben.

Franz BLÜCHER: Es ist selbstverständlich, daß aufgrund der heutigen Beratungen die Geschäftsführung der Partei das Beschlossene in neuer Form vorlegt. Es fördert die Arbeit, wenn wir sowohl die Vorschläge von *Euler* und die Ergebnisse der heutigen Besprechung vorliegen haben.

Beschluß: Für [die] §§ 12–16 sollen gemäß den Ergebnissen der Diskussion Richtlinien an den Satzungsausschuß ergehen.

Die Bundesgeschäftsstelle (Dr. *Kellner*) soll einen neuen Satzungsentwurf zusammenstellen, in dem die Ergebnisse der Gesamtdiskussion verarbeitet werden.

Dieser Neuentwurf und der Entwurf *Euler* sollen sowohl den Mitgliedern des Gesamtvorstandes als auch des Satzungsausschusses zugestellt werden.

VORBEREITUNG DES PARTEITAGES

Franz BLÜCHER: zum organisatorischen Punkt: Es sind zwei Orte vorgeschlagen: Kreuznach und Bad Ems.

Ich hatte mich persönlich für Kreuznach entschieden, weil es zentral liegt und mit dem D-Zug zu erreichen ist. Wir müssen uns aber hier über den Ort entscheiden. Herr Dr. *Nowack* setzt sich sehr für Bad Ems ein, da die Unterbringung der Delegierten in Bad Ems einfacher wäre, und außerdem hätten wir in Ems im Kurhaus auch alle notwendigen Nebenräume für Sondersitzungen usw. zur Verfügung. Ich kann nicht entscheiden, ob dies für Kreuznach auch zutrifft.

EBERHARD: Ich bin für Kreuznach, weil durchaus die Möglichkeit der Unterbringung vorhanden ist. Wenn Sie sich für Kreuznach entscheiden würden, würde ich mich selbst einmal darum kümmern, ob die Unterbringungsmöglichkeiten in Kreuznach so gut sind, daß wir zufrieden sein können.

EULER: Wir sollten an den letzten Parteitag denken und ebenfalls daran, wie ungünstig das Lokal war. Soweit ich unterrichtet bin, hat Bad Kreuznach keinen für uns geeigneten Saal.

WEIRAUCH: Es ist nicht sichergestellt, ob wir in Kreuznach auch die für jeden Parteitag erforderlichen Nebenräume zur Verfügung haben. Im übrigen weiß ich nicht, ob es einen glücklichen Eindruck macht, wenn der Parteitag in einem Gebäude abgehalten wird, was noch ein Arbeitsgebäude der Alliierten darstellt. Wir müssen auch an die Presse, Nachrichtendienst usw. dabei denken.

Franz BLÜCHER: Wollen wir uns also auf Bad Ems einigen?

Dr. MIDDELHAUVE: Wir müssen uns vor allem über den Termin einigen.

Franz BLÜCHER: Ein Parteitag, der auf zwei Tage zusammengepreßt ist, geht nicht.

EULER: Ich schlage als Beginn den Buß- und Bettag vor (Mittwoch, den 19. November).

Dr. SCHÄFER: Wir brauchen einen Parteitag im Zusammenhang mit dem Wahlkampf. Im November liegen wir aber da zu früh. Wenn wir uns für November entscheiden, entscheiden wir uns damit auch gleichzeitig für einen zweiten Parteitag, also einen außerordentlichen Parteitag. Die Frage ist, ob man nicht etwa noch weiter hinausschieben kann, um nur einen Parteitag zu machen? Die Kosten für zwei Parteitage sind sehr erheblich.

MÜLLER: Ich schlage vor, einen kurzen Parteitag im November und einen großen Parteitag Anfang oder Mitte April zu machen.

Franz BLÜCHER: Wenn wir einen Parteitag machen, ohne die Satzungen zu verabschieden, und wenn wir diesen Parteitag nicht als großen politischen Startschuß tun, dann weiß ich nicht, wozu wir überhaupt jetzt einen Parteitag machen sollen.

Dr. HAUSSMANN: Die Beratungen über die Satzungen haben doch ergeben, daß wir es zeitlich nicht schaffen. Wenn wir sowieso auf zwei Jahre wählen wollen, dann können wir doch auch den Parteitag in der zweiten Hälfte des März machen und dann mit gut vorbereiteten Satzungen.

EULER: Es ist nicht möglich, mit dem Parteitag bis zum Frühjahr zu warten. Wir brauchen im Frühjahr einen Parteitag als Auftakt für die Bundestagswahl. Es ist doch auch sehr wünschenswert, daß man dann einen vertrauten, erneut bekräftigten Vorstand hat, der schon die ganze Vorbereitung des Wahlkampfes übernimmt. Wir müssen nach dem Rezept vorgehen, daß wir sehr tatkräftig sein müssen, und eine Stimmung erzeugen, die überall standhält, wenn die anderen großen Parteien mit ihren Agitationen kommen. Wir brauchen den Parteitag im März oder April für die Wahlen, und ich möchte warnen vor Vorstandswahlen im April nächsten Jahres. Machen wir jetzt einen Parteitag im November. Das geht durchaus, und nehmen wir diese Gelegenheit wahr, um unseren Leuten draußen im Lande die entsprechenden organisatorischen und politischen Anweisungen gerade für die Winterarbeit zu geben. Wir dürfen uns nicht, wenn wir uns als große Partei bezeichnen wollen, in propagandistische Nachteile bringen lassen gegenüber der CDU und SPD. Beide werden zweifellos noch einen Parteitag im nächsten Frühjahr abhalten.

Wir müssen den Winter gründlich benutzen für den Aufbau und die Vorbereitungen des eigentlichen Wahlkampfes. Wir sollten uns in dieser Beziehung den anderen Parteien, in deren Größenordnung wir allmählich einrangieren wollen, anpassen. Es erscheint mir deshalb unbedingt notwendig, im November einen Parteitag stattfinden zu lassen. Was den Zeitpunkt anbelangt, so haben wir eine gute Chance. Wir haben am 19. 11. den Buß- und Bettag. Von Montag bis Donnerstag wird zweifellos in Bonn kein Betrieb sein, so daß wir ihn vom 14.–18. 11. stattfinden lassen könnten.

Dr. MIDDELHAUVE: Da ich selbst Landesverbandsvorsitzender in einem Lande bin, in dem Kommunalwahlen sind, glaube ich, daß diesen Zeitpunkt auch die übrigen beiden Landesverbände akzeptieren würden.

Was die Finanzierung anbetrifft, so hoffe ich, daß die Bundespartei in der Lage ist, notfalls den Landesverbänden, die darauf angewiesen sind, irgendwelche Unterstützung für ihre Teilnahme am Parteitag zu gewähren. Ein Hinausschieben des Parteitages bis zum nächsten Frühjahr ist vollkommen unmöglich. Das würde mein Landesverband sicherlich nicht billigen.

Beschluß: Es sollen vor den Bundestagswahlen zwei Parteitage stattfinden. Der ordentliche Parteitag wird angesetzt auf die Zeit vom 19.–22. November 1952 in Bad Ems.

Franz BLÜCHER: Dann müssen wir den dringenden Wunsch von Berlin, die nächste Hauptausschußsitzung in Berlin abzuhalten, klären. Wir haben von der einen kleinen Vorstandssitzung derartig starke Wirkungen in Berlin ge-

habt, daß wir, wenn wir schon nicht den Hauptausschuß dorthin einberufen, dann aber den Gesamtvorstand dort tagen lassen sollten.

Es ist doch so, daß die Wirkung in Berlin selbst weniger wichtig ist als die Wirkung auf die Zone. Die CDU läßt ihren Parteitag in Berlin stattfinden.[59] Wir müßten wenigstens eine Gesamtvorstandssitzung in Berlin machen, sonst kommen wir durch den Parteitag der CDU in Berlin in Rückstand.

Beschluß: Die vor dem Parteitag stattfindende Gesamtvorstandssitzung soll Mitte bis Ende Oktober für Berlin festgesetzt werden.

Franz BLÜCHER: Zur Frage des Ablaufes des Parteitages selbst: Ich persönlich bin der Ansicht, daß bisher immer ein schwerer Fehler gemacht worden ist, daß bestimmte Berichte mündlich erstattet wurden. Ich bin der Ansicht, daß man sowohl von dem Schatzmeister wie von mir verlangen kann, daß wir unsere Berichte schriftlich abfassen, und daß sie spätestens am Tage vorher den Delegierten zum Parteitag zur Verfügung stehen, damit die Gefahr gebannt wird, daß ein ganzer Tag mit Berichten verlorengeht. Wenn wir uns darüber schlüssig werden könnten, wie wir den Organisationsbericht halten und die Rechnungsprüfung behandeln, so werden wir das gemäß der Satzung auf ein Gremium beschränken können. Wir würden Verärgerungen verhindern können. Ich würde gerne Ihre Ansicht dazu hören.

Dann käme aber das Nächste. Es ist gesagt worden, der große Auftakt zu den Wahlen soll erfolgen im kommenden März. Man erwartet aber von uns mindestens einen kräftigen Startschuß. Deswegen müßte der jetzige Parteitag in seinem politischen Teil unter einem besonderen Zeichen stehen. Wir müßten diesen Parteitag unter ein bestimmtes Motto stellen.

Was ich für die Besprechung außerdem zur Erörterung stellen möchte, ist das Folgende: Ich habe es bisher immer als störend empfunden, daß die geistige Konzentration, die auf politische Auseinandersetzungen zu richten ist, durch das Hin- und Hergerenne im Saal wegen der Wahl leidet. Ich bin deshalb der Überzeugung, man sollte zuerst die Regularien erledigen und das eigentliche politische Thema vom Mittag des zweiten Tages an ansprechen, wenn die übliche Unruhe beseitigt ist und die Regularien über die Bühne gegangen sind.

Dr. HAUSSMANN: Am Buß- und Bettag kann man nicht, auch nicht mit einer Vorstandssitzung beginnen. Das können wir schwer[lich] machen. Auch der Münchener Parteitag hat darunter gelitten, daß wir ein sehr unruhiges Lokal hatten, aber es war nicht nur das: Wir hatten versäumt, den Parteitag richtig vorzubereiten.

Franz BLÜCHER: Es war damals die Reihenfolge umgeworfen worden, daher kamen dann die Schwierigkeiten.

Dr. HAUSSMANN: Es ist möglich, daß wir die vorbereitenden Dinge in einer Gesamtvorstandssitzung machen, die in der dem Parteitag vorangehenden Woche evtl. stattfindet. Wir können uns doch jetzt keine Auseinandersetzungen in

59 Am 18./19. 10. 1952.

Personalangelegenheiten leisten. Wir müßten schon in der nächsten Gesamtvorstandssitzung über diese Dinge reden.

Franz BLÜCHER: 1. Ich bin der Ansicht, daß acht oder zehn Tage vor dem Parteitag eine Sitzung des Gesamtvorstandes stattfinden sollte. Ich halte jeden Parteitag für nicht abwickelbar, bei dem eine Undiszipliniertheit in der Einreichung der Anträge herrscht. Die Einreichfristen müssen unbedingt eingehalten werden.

2. Erst seit Bremen ist von dem Brauch abgegangen worden, unverbindlich einen Wahlaufsatz des Vorstandes vorzulegen.

EULER: Der Vorschlag mit Berlin ist richtig, ebenso der Vorschlag, daß die Wahl vorweggenommen wird, um alle für die politische Diskussion freizumachen. Im Mittelpunkt sollte als Motto die soziale Frage stehen. Wir müßten einige Leute gut vorbereitet sprechen lassen, damit es zu keinem Köpfe-Einschlagen kommt.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich verstehe die Einwände, die von *Haußmann* gemacht worden sind. Ich bin aber der Auffassung, daß man am Spätnachmittag des Bußtages sicherlich eine Vorstandssitzung machen kann. Diese Vorstandssitzung muß stattfinden. Wir müssen uns doch auch am Vorabend offen über personelle Vorschläge oder personelle Auseinandersetzungen unterhalten.

Nun zum eigentlichen Schwergewicht, der politischen Aussprache. *Euler* schlägt vor die Sozialpolitik. Aber wir haben doch die Sozialpolitik schon sehr stark in den Mittelpunkt unserer Beratungen gestellt: in München und durch die Verabschiedung des Sozialprogramms.[60]

Ich glaube, Ihnen einen anderen Vorschlag machen zu dürfen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen das Sozialprogramm erarbeitet, und dies ist nach Überarbeitung vom Hauptausschuß verabschiedet worden. Wir waren in bezug auf das Kulturprogramm initiativ. Wir haben in dem Syker-Programm[61] eine Grundlage, worauf die Mitglieder des ehemaligen Vorstandes der FDP der britischen Zone mit Genugtuung zurückblicken.

Wir sind dann konkreter in die politischen Kompetenzzuständigkeiten hineingewachsen, und es schien uns notwendig zu sein, eine programmatische Grundlage für die Partei zu schaffen, nicht nur aus der Überlegung heraus, eine Lücke zu schließen, sondern aus der Überlegung heraus, daß es notwendig für uns sei, nach unserer Auffassung eine programmatische Grundlage zu schaffen, die über unsere Partei hinaus bekannt wird und neue Kräfte für die FDP über ihre bisherigen Kristallisationskerne erwirbt und die Menschen erfaßt, die hin und her geistern und sich nicht darüber klar sind, was zu tun ist. Deswegen ist das „Deutsche Programm“[62] geschaffen worden, das bewußt nicht den Namen FDP trägt, es soll über die FDP hinaus Wirkungskraft haben. Ein solches Programm ist verabschiedet worden vom Landesverband

60 Verabschiedet am 15. 7. 1952. Abgedruckt in: J. M. GUTSCHER, 1984, S. 295–308.
61 Datiert vom 4. 2. 1946. Vgl. ebd., S. 94 f.
62 Vorgelegt dem Landesparteitag der FDP in NRW am 25. 7. 1952, verabschiedet vom Landesausschuß am 21. 8. 1952; abgedruckt in: ebd., S. 309–315.

Nordrhein-Westfalen. Es ist seinerzeit in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit in seinen wesentlichen Bestandteilen bekanntgegeben worden. Die Öffentlichkeit hat positiv und negativ reagiert. Ich kann aber sagen, daß dieses „Deutsche Programm" – positiv und negativ – weitgehend zu einem politischen Gespräch geworden ist.

Gleichzeitig hat der Landesparteitag Nordrhein-Westfalen in Dortmund vor einigen Monaten den Beschluß gefaßt, dem Vorstand den Auftrag zu geben, zunächst auf der Basis von Nordrhein-Westfalen alles zu tun, um den grundsätzlich gleichgerichteten politischen Gruppen und Kräften die Möglichkeit zu geben, sich zu sammeln, um auf diese Weise vor den Bundestagswahlen zu erreichen, daß die Aufspaltung der Kräfte zugunsten der SPD verhindert wird. Die Nationale Rechte ist durchaus bereit, sich zu einer solchen Sammlung zu bekennen.

Was wir wollen, ist, die nationale Sammlung in Form einer Holding-Gesellschaft zu schaffen. Das „Deutsche Programm", das nicht nur auf der Ebene eines Landesverbandes durchgeführt werden sollte, müßte die Grundlage dafür sein. Deshalb schlage ich vor, als Thema des Parteitages das „Deutsche Programm" zu wählen.

Was den Artikel „Die Stunde der nationalen Sammlung ist angebrochen" in der letzten Nummer der „Deutschen Zukunft" anbetrifft[63], so haben weder ich noch Herr *Döring* davon gewußt. Herr *Zoglmann* aber war in Urlaub.

SCHWENNICKE: Ich möchte die Frage stellen, wie lange wir hier die Besprechungen noch fortsetzen wollen? Ich habe festgestellt, daß um 15.30 Uhr verschiedene Leute wegfahren müssen. Wir sollten deshalb uns jetzt darauf beschränken, Ort und Zeitpunkt des Parteitages festzulegen und noch den Punkt Verschiedenes abzuhandeln. Die programmatische Ausgestaltung des Parteitages bleibt der nächsten Vorstandssitzung vorbehalten. Wir sollten uns jetzt auf rein formale Dinge beschränken, damit nicht zu viel Zeit verlorengeht.

Franz BLÜCHER: Zum „Deutschen Progamm": Im Besitze davon ist keiner von uns, auch ich nicht als Mitglied des Landesverbandes. Ich halte es in bezug auf die Öffentlichkeit und auch sonst für dringend notwendig, daß wir darüber nur dann im Gesamtvorstand beraten, wenn jeder einzelne es sehr gründlich durchgearbeitet und zu den einzelnen Fragen Stellung genommen hat.

Dr. SCHÄFER: Ich freue mich, daß sich *Middelhauve* von dem Artikel in der „Deutschen Zukunft" distanziert hat, denn er ist so, daß darüber die ernstesten Bedenken entstehen könnten.

---

63 DIE DEUTSCHE ZUKUNFT. Illustrierte Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur und Unterhaltung, 1. Jg., Nr. 32 vom 6. 9. 1952, Titelgeschichte. Der Untertitel des Artikels lautete: „Appell zur Sammlung aller nationalen Kräfte erfolgreich. Nordrhein-Westfalen als der Ausgangspunkt für eine Neuorientierung der deutschen Innenpolitik." In dem Artikel hieß es u. a.: „Im Hinblick auf die vor uns liegenden schwerwiegenden Probleme der Außen- und Innenpolitik ist die politische Konzentration aller Kräfte rechts der CDU das Gebot der Stunde."

Darüber hinaus möchte ich aber eine Bitte aussprechen: Es ist sehr schön, wenn Programme ausgearbeitet und geschaffen werden, um unser Schriftenmaterial zu verbessern. Ich würde es nur für gut halten, wenn diese Dinge nicht vor der Aussprache publiziert werden. Programme werden gemacht, bei denen man ganze Sätze liest, die man nicht billigt. Dann ist man in der Zwangslage, dagegen Stellung zu nehmen oder das stillschweigend zu schlukken. Ich bin dafür, daß wir auch programmatische Dinge zusammen machen und nicht an der einen oder anderen Stelle aussteigen. Diese Methode geht nicht. Wir dürfen nicht überfallen werden. Ich plädiere dafür, daß solche Publikationen erst dann erfolgen, wenn der eine oder andere Text miteinander abgesprochen worden ist. Alle deklaratorischen Dinge, soweit sie über Bisheriges hinausgehen, dürfen nicht publiziert werden, ehe sie nicht abgesprochen worden sind. Sonst ist eines Tages der Punkt erreicht, wo man gegen die eigenen Parteifreunde Stellung beziehen muß. Ich wäre dankbar, wenn man mich vor einer solchen Verlegenheit bewahren würde.

Dr. HAUSSMANN: Die Verkündung des „Deutschen Programms" ist publizistisch stark in Erscheinung getreten, nicht nur bei uns, sondern in anderen Gegenden des Bundes auch. Es hat sich daraus die Frage ergeben: Wie steht die Gesamtpartei zu den Dingen? Es bringt den einzelnen in Verlegenheit, nichts sagen zu können, weil er das Programm nicht kennt. Ich möchte mich deshalb, ohne daß mich Herr Dr. *Middelhauve* mißversteht, Herrn *Schäfer* vollinhaltlich anschließen. Man erfuhr, daß auf dem Parteitag in Nordrhein-Westfalen dieses Programm nach dem Fanfarenstoß einem Ausschuß zur Beratung überwiesen worden sei, und zwar auf der Ebene des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. In welchem Stadium befinden sich die Dinge? Ist das der Entwurf und legt der Landesverband Nordrhein-Westfalen denselben der Bundespartei vor mit dem Wunsch, daß so etwas das Programm der Gesamtpartei werden soll?

Dr. MIDDELHAUVE: Ich muß auf ein Wort von *Schäfer* eingehen. Ich habe schon zu Anfang erklärt, daß der Landesverband Nordrhein-Westfalen sich einiger „Vergehen" schuldig gemacht hat, indem er das Kulturprogramm geschaffen und den entscheidenden Anstoß zum Sozialprogramm gegeben hat, weil er es für dringend erforderlich hielt. Dann haben die Freunde erlebt, wie diese Programme von der Gesamtpartei übernommen wurden. Gestatten Sie mir ein paar Sätze: Wir hätten das Sozialprogramm nicht, wenn wir uns nicht des Vorwurfes ausgesetzt hätten, vorzuprellen. Wenn der Eindruck entstanden ist, daß man überfahren worden sei, so bedauere ich dies sehr. Auf der anderen Seite bin ich der Auffassung, die Haltung der FDP in Nordrhein-Westfalen hat bewiesen, daß wir eines Parteiföderalismus nicht überführt werden können. Ich bin immer für die Stärkung der Partei eingetreten zuungunsten der Landesverbände. Deswegen kann ein irgendwie noch so freundschaftlich vorgebrachter Vorwurf uns nicht treffen.

Was den Stand der Verabschiedung angeht, so ist damals mit Recht in die Presse gekommen, daß das in Bielefeld vorgelegte „Deutsche Programm" vom Parteitag nicht sofort verabschiedet, sondern dem Landesausschuß überwiesen wurde. Die Verabschiedung dort erfolgte am 21. 8. 1952, und danach erst

konnte der endgültige Druck erfolgen. Die Vorlage, die vor Ihnen liegt, ist die neue Fassung. Diese Fassung selbst ist mir erst vor zwei Tagen zugegangen, und es ist Anweisung gegeben worden, daß mit einem persönlichen Schreiben von mir nicht nur den Mitgliedern des Vorstandes, sondern sämtlichen Landesverbandsvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden und einem weiteren großen Personenkreis der Partei das Programm zugänglich gemacht wird, damit es endlich nun in die Parteidiskussion offiziell hineingebracht werden kann. Ich bin dankbar, wenn wir uns bei einer Vorstandssitzung mit dem „Deutschen Programm" beschäftigen, und ich bin der Überzeugung, daß es ebenso wie das sozialwirtschaftliche Programm noch Änderungen und Aufbesserungen erfahren kann und soll, damit die Partei dann beim Parteitag sich auf den Boden dieses oder jenes gearteten Programms stellen kann.

Franz BLÜCHER: Ich muß mich an die Geschäftsordnungsanträge halten. Zu *Euler:* Wenn wir schon zwei Parteitage abhalten, dann sollten wir auch ein wenig gerissen sein und das, was wir für den Wahlkampf als Plattform herausbringen, nicht allzufrüh von den Gegnern zerpflücken lassen. Ich habe Bedenken, den Inhalt des Wahlkampfes schon im November zu verkünden. Wir lassen dem Gegner dann viel zu viel Zeit.

Zur Betriebspartnerschaft als Motto: Ich kann Ihnen vier oder fünf Stunden dazu referieren mit dem Ergebnis, daß dann hinterher nur noch ein schwankender Boden übrig bleibt für eine Diskussion über dieses Thema.

Reinhold MAIER: Ich bin heute hier erschienen, weil mir der Vorwurf gemacht wurde, daß ich nie komme. Zum Thema Parteitag möchte ich folgendes sagen:

Wir können nicht daran vorbeisehen, daß in der FDP zwei verschiedenartige Richtungen vorhanden sind. Die eine ist etwas links, die andere ist im Begriff, ziemlich weit rechts zu gehen. Es sollte ein Ausgleich dieser beiden Richtungen geschaffen werden. Wir können nicht allein dadurch, daß wir gegen die anderen Parteien polemisieren, eine Sache weiterbringen. Wir müssen erst wissen, wo wir selbst stehen. Auf dem Parteitag müssen beide Richtungen zu Wort kommen, damit ein Ausgleich gefunden wird.

Franz BLÜCHER: Ich werde mich sehr freuen, wenn bei der nächsten Vorstandssitzung diese Dinge gründlich durchgesprochen werden.

[VERSCHIEDENES]

Wir haben jetzt den Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses zu bestimmen. Herr *Brennecke* hat abgelehnt, aber Herr *von Manteuffel* ist bereit, dieses Amt zu übernehmen.

Beschluß: Vorsitzender des Sicherheitsausschusses: Herr *von Manteuffel.* Stellvertretender Vorsitzender: General a. D. d. Fl. *Schulz.*

Was den Satzungsausschuß betrifft, so hofft Herr *Mayer,* in 14 Tagen gesund zu sein. Sollen wir warten oder werden andere Vorschläge gemacht? Ich bin dafür, *Bezold* zu bitten, die Sache zu übernehmen.

Beschluß: Vorsitzender des Satzungsausschusses: Otto *Bezold.*

Franz BLÜCHER: Es fehlt uns immer noch ein Vorsitzender des finanzpolitischen Ausschusses. Herr Oberfinanzpräsident *Ellinger* hat abgelehnt, *Wellhausen* können wir es nicht zumuten, er ist zu überlastet. Wir müssen aber einen Vorsitzenden haben, gerade in bezug auf die kommenden Anforderungen für den Wahlkampf. Wo nehmen wir einen her, der nicht nur deklamiert? Wir können da nicht an den Prototyp eines Mittelständlers schlechthin denken.

Es werden genannt *Ullmann,* Dr. *Frank, Nöll von der Nahmer* und Dr. *Vetter.*

Beschluß: Dr. *Leuze* soll bei Dr. *Vetter* vorfühlen, ob er zur Übernahme dieses Amtes bereit ist.

Die nächste Vorstandssitzung wird vorläufig auf Montag, den 22. September 1952, festgesetzt.

22a.

29. 9. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes und des außenpolitischen Ausschusses

ADL, Ordner-Nr. 96. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des außenpolitischen Ausschusses gemeinsam mit dem Gesamtvorstand der FDP am 29. September im Hotel Schaumburger Hof, Bad Godesberg." 15.15 Uhr–19.30 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Bernhard, Bezold, Fürst Bismarck, Blank, Blücher, Borttscheller, Brennecke, Brillinger, von Bülow-Schwante, Dehler, Diewerge, Eberhard, Hans Erbe, Euler, Erika Fischer, Frühwald, Hassenkamp, Hedergott, Hoffmeister, Margarete Hütter, Herta Ilk, Kunze, Frhr. von Lersner, Leuze, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, von Manteuffel, Mayer, Mende, Middelhauve, Müller, Neumayer, Niebel, Nowack, Pfleiderer, Rademacher, Rahn, Frhr. von Rechenberg, Rinné, Rubin, Sander, Schäfer, von Schlitter, Schulz, Schwennicke, Sonnenhol, Ungeheuer.

Franz BLÜCHER begrüßt die Anwesenden und fährt fort: Wir müssen uns bemühen, sehr konzentriert zu arbeiten und auf die Kerndinge einzugehen. Wir werden in den nächsten Wochen kaum wissen, wie wir mit den Terminen durchkommen sollen. Von der Tagung der Satzungskommission am gestrigen Tag ist mir gemeldet worden, daß die Arbeiten sehr gut fortgeschritten sind.

Es erscheint zweckmäßig, wenn auch zu der neuen in sechs Tagen stattfindenden Sitzung die gleichen Herren aus den Landesverbänden kämen, damit Wiederholungen vermieden werden können. Ich bitte die Landesverbandsvorsitzenden, dafür zu sorgen, daß der Kreis der gleiche bleibt.

[DEUTSCHLAND- UND EVG-VERTRAG]

Zu unseren heutigen Beratungen bitte ich Herrn *Achenbach,* einführend zu sprechen. Die Aussprache geht um ein Thema, worüber sich die Fraktion noch in dieser Woche wird schlüssig werden müssen: Unterzeichnung der Verträge. Mitteilungsmäßig dazu folgendes: Der Bundeskanzler hat den Wunsch, die Beschlußfassung des Parlaments so schnell wie möglich durchzuführen. Er macht hier nicht nur politische, sondern auch Verfahrensgründe geltend, die darin liegen, daß die bekannte Bearbeitung des vom Bundesverfassungsgericht angeforderten Gutachtens[1] zu geschehen hat. Beiden Parteien – wenn man so sagen darf – ist eine Äußerungsfrist bis 31. 10. eingeräumt, was bedeutet, daß dieses Gutachten erst Ende November erstattet würde. Ich setze als bekannt voraus, daß die Ansicht darüber, ob dieses Gutachten überhaupt erstattet werden soll, keineswegs eine einheitliche ist.

In Briefen von verschiedenen Landesverbänden ist auf bedeutende Schwierigkeiten hingewiesen worden. Von Bremen und von *Pfleiderer* liegen eine Reihe recht beachtlicher Bedenken vor über von uns bisher nicht erkannte Vertragsinhalte.[2] Es wird unvermeidlich sein, daß wir darauf zu sprechen kommen.

Mir erscheint es auch notwendig, die großen Grundsatzfragen zu erörtern, die durch den Ablauf der Luxemburger und Straßburger Verhandlungen[3] aufgetreten sind. Wir brauchen positive und negative Stellungnahmen zu dieser Frage, um durchzuberaten.

Ich bitte jetzt *Achenbach,* mit seinen Ausführungen zu beginnen.

Dr. ACHENBACH: Zur Debatte steht der Zeitpunkt der Ratifizierung des Generalvertrages, des Deutschlandvertrages und des EVG-Vertrages. Wir müssen zwei Gruppen von Fragen unterscheiden: Die erste Gruppe ist die, die mit den Westmächten gelöst werden können, ohne daß der Osten eine Rolle spielt. Die zweite Gruppe betrifft die großen politischen Spannungen.

---

1 Gutachtenersuchen des Bundespräsidenten vom 10. 6. 1952. Hierzu in knapper Zusammenfassung U. WENGST, Staatsaufbau, 1984, S. 286–290.

2 Bericht des Rechtsausschusses und wirtschaftspolitischen Ausschusses der FDP, Landesverband Bremen, vom 1. 9. 1952. Anlage zum Rundschreiben *Borttschellers* an die Mitglieder der FDP-Fraktion des Bundestages vom 13. 9. 1951. ADL, N 1-2286 (NL Dehler). Karl-Georg *Pfleiderer* hatte im September 1952 eine Denkschrift zur Lage Deutschlands im internationalen Zusammenhang vorgelegt, die seine Waiblinger Rede vom Juni 1952 vertiefte. Denkschrift abgedruckt in: K. G. PFLEIDERER, 1961, S. 100–123. Siehe auch Nr. 18 a.

3 Bezieht sich auf die erste Tagung des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die anschließende Konferenz der sechs Außenminister vom 8. bis 10. 9. 1952 in Luxemburg (AdG 1952, S. 3642 F) und die Tagung der Konsultativversammlung des Europarats vom 15. bis 30. 9. 1952 in Straßburg (AdG 1952, S. 3655 A und S. 3701 A).

Die erste Frage ist wiederum zu unterteilen. Es handelt sich einmal um wirtschaftliche Fragen, die unserer Meinung nach nicht befriedigend gelöst worden, aber in absehbarer Zeit zu regeln sind. Diese Fragen haben in den weiten Bevölkerungskreisen kaum Empfindungen ausgelöst, die gefährlich sind. Bei der zweiten Untergruppe aber gibt es zwei Fragen von Bedeutung, und hier dürfen wir die Stimmung des Volkes nicht unterschätzen: die Kriegsverbrecherfrage[4] und die Saarfrage.[5]

Ich bin der Meinung, daß beide Fragen Anlaß genug sind, um unter keinen Umständen die Ratifizierung zu beschleunigen, denn es sind keinerlei Vorteile von einer schnellen Ratifizierung zu erwarten. Man sollte nicht ratifizieren, ehe nicht beide Fragen befriedigend gelöst sind.

Zur deutschen Stellung im Rahmen der Ost-West-Spannung: Hier bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß man allmählich des Propagandageschwätzes über freie Wahlen überdrüssig wird. Die Leute im Land wissen und begreifen, daß man nichts geschenkt bekommt und daß die Russen nicht um unserer schönen Augen willen aus der Ostzone herausgehen.

Die FDP sollte sich zu einer ganz klaren Forderung entschließen: Einberufung einer Viererkonferenz mit deutscher Beteiligung und Vertretern von der DDR.

Das wären die Probleme im wesentlichen. Eine Verzögerung wäre zu begründen mit dem parlamentarischen Kalender. Es sind verschiedene juristische Bedenken vorgebracht worden. Ein Vertrag, der so bedeutend ist für das Schicksal der Menschen in der Ostzone, muß sorgfältig überlegt werden. Darüber hinaus müssen wir wissen, wie in Frankreich die Debatte im Parlament verlaufen wird.

Franz BLÜCHER: Man wird uns zwei Dinge entgegenhalten: einmal, ob wir auf dem Boden der realen Mächte- und Kräfteverhältnisse stehen und ob es vertretbar erscheint, durch eine Verzögerung auf unserer Seite den desolaten Zustand Europas in bezug auf die Verteidigung zu verlängern? Die zweite Frage ist, ob es opportun erscheint, den Russen einen Scheinerfolg zuzuschanzen. Beide Fragen müssen wir mit aller Offenheit beantworten.

Dr. VON RECHENBERG: Ich bin der Auffassung, daß wir keinerlei Veranlassung haben, die Ratifizierung zu beschleunigen: Erst die Präsidentenwahlen in Amerika[6], dann können wir klarer das Schicksal übersehen. Aber das war nicht die Absicht meiner Intervention. Wie meint es *Achenbach,* wenn er sagt: Es müssen Fortschritte gemacht werden, bevor die Ratifizierung vorgenommen wird? Sind Sie der Meinung, daß, wenn Fortschritte in dieser Sache nicht gemacht werden, wir die Verträge abzulehnen haben? Wollen Sie, daß sich die

4 Siehe hierzu die Diskussion in Nr. 17 sowie Nr. 20 a mit den Anm. 10–12. Hier vor allem angesprochen das Problem einer „Generalamnestie".

5 Über die Saarfrage liefen zu diesem Zeitpunkt Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der französischen Regierung, die auf eine „Europäisierung der Saar" gerichtet waren. Vgl. J. FREYMOND, 1961, S. 134 ff.

6 Wahltermin war der 4. 11. 1952.

FDP einsetzt, wenn es nicht gelingt, zu einem befriedigenden Abschluß in der Kriegsverbrecherfrage zu kommen, daß die Verträge dann nicht ratifiziert werden sollen? Sie haben sich zur Saarfrage geäußert. Wollen Sie, daß uns von englischer und amerikanischer Seite in der Form eines schriftlichen Dokumentes versichert wird, daß wir die und die Ansprüche auf die Saar haben? Und was versprechen Sie sich von einer Viererkonferenz?

SCHWENNICKE: Ich möchte nicht zur Saarfrage und Kriegsverbrecherfrage sprechen, aber zu den anderen Dingen. Wir sollten uns bei unseren Überlegungen, die wir anstellen, nicht davon leiten lassen, ob man bei einem Gegner einen Erfolg erzielt oder nicht. Wir sollten vielmehr die Dinge genauer und fiktiver betrachten, und zwar im Hinblick auf das Endziel, das damit erreicht wird. Es ist im Zusammenhang mit den Ost-West-Spannungen immer wieder davon gesprochen worden, daß die Sowjets eines Tages einen Preis dafür verlangen, wenn sie bereit sein werden, das Gebiet aufzugeben. Ich glaube, daß dies eine Sache ist, die man berücksichtigen muß. Wir wissen, daß die Sowjets nüchterne Rechner sind, und es hat sich doch in den letzten Jahren immer wieder ergeben, daß es letzten Endes alles darauf zurückzuführen war, daß nicht eine entschlossene Willensstärke von westlicher Seite vorhanden war. Dadurch haben die Russen Vorteile für sich herausholen können, weil sie mit der Unentschlossenheit und der Nichtübereinstimmung der Meinungen auf westlicher Seite spekulieren konnten.

Ich glaube, wenn man in diesem Stadium vor der Ratifizierung der Verträge jetzt abseits des Notenwechsels von unserer Seite sehr stark auf Vier-Mächteberatungen abhebt, dann haben wir damit nicht nur einen Augenblickserfolg der Sowjets erreicht, sondern eine wesentliche Stärkung ihrer Position überhaupt. Ich will jetzt nicht damit sagen, daß die Verträge im Oktober ratifiziert werden sollen. Aber wenn man jetzt davon spricht, einen anderen Weg zu gehen, dann fürchte ich, daß dieser Weg nicht zu unseren Gunsten ausgehen wird, zumindestens weniger, als wenn durch eine klare Haltung den Sowjets gegenüber dokumentiert wird: Durch Abschluß der Verträge sind wir entschlossen, uns zusammenzufinden. Dann wird auch die Bereitwilligkeit zum Nachgeben von sowjetischer Seite größer sein. Das sollte man dabei berücksichtigen, und daran sollte man vor allen Dingen denken, wenn man an eine wesentliche Änderung der außenpolitischen Taktik herangehen will.

ACHENBACH: Zu den Fragen, die Herr *von Rechenberg* aufgeworfen hat: Der Abschluß der Verträge soll nicht an dem Problem der Kriegsverbrecher scheitern. Ich weiß aber, daß, wenn wir erst im Januar ratifizieren, wir dann in der befriedigenden Lösung dieses Problems ein gutes Stück weitergekommen sind. Wenn wir aber jetzt ratifizieren, dann gefährden wir die befriedigende Lösung in sich.

Bezüglich der Saarfrage möchte ich folgendes erklären: Ich für meine Person gehe nicht in eine Militärallianz mit einem Land, das mir ein Stück meines Gebietes wegnimmt. Ich bin der Meinung, daß wir vor der Ratifizierung der Verträge hier unseren Standpunkt klar formulieren müssen. Ich bin auch der Meinung, daß wir es durchdrücken müssen, eine Abtrennung der Saar von

Deutschland unmöglich zu machen. Es ist jetzt vor der Ratifizierung erforderlich, klar zu sagen, daß das nicht geht.

Nun zu dem, was *Schwennicke* gesagt hat: Es besteht doch allgemein die Auffassung, daß die Russen dadurch verhandlungsbereit gemacht werden, daß der Westen stark wird. Das ist eine gefährliche These, die nicht bewiesen werden kann. Ich bin der Auffassung, wenn ein Gespräch möglich ist, sollte man es tun. Es soll aber nicht so sein, daß die Ratifizierung abhängig gemacht werden soll von der vorherigen Viererkonferenz. Aber ich bin auch der Auffassung, daß die Viererkonferenz mit Deutschland stattfinden soll, und zwar beschleunigt.

VON MANTEUFFEL: Drei Argumente sprechen gegen die Beschleunigung der Ratifizierung: Bei der Wählermasse ist die Frage der Generalamnestie ein sehr wichtiges Argument und nicht zweitrangig. Diese Hypothek muß gelöscht werden von der moralischen Ebene her. Es war eine außerordentliche Enttäuschung für das ganze deutsche Volk, als man erst hörte, daß die jüngere Generation protestieren würde und man dann nichts mehr hörte. Diese Frage ist identisch mit der Frage der Kriegsgefangenen. Solange im Westen noch ein Mann im Gefängnis sitzt, können im Osten die Menschen nicht mit der Freiheit rechnen.

Artikel 3 des Grundgesetzes ist verletzt, indem die anderen Kameraden schutzlos sind. Wenn wir den Artikeln 5, 6, 7 des Überleitungsgesetzes[7] zustimmen würden, verliert das deutsche Volk sein Gesicht.

Ich mache einen Vorschlag zu einer vernunftsgemäßen Lösung: Das Ergebnis der Überprüfung des gemischten Ausschusses[8] soll bis Ende dieses Jahres der Bundesregierung vorliegen. Wir schützen dann die jungen Leute, und wir haben nicht die Verurteilten von gestern in den Gefängnissen sitzen und die Soldaten von heute mit Gewehr als Posten vor ihren Gefängnissen stehen. Die Art. 5, 6, 7 des Überleitungsvertrages zu akzeptieren, halte ich für unmöglich.

HEDERGOTT: Ich meine, es ist nicht so interessant, wie die Russen reagieren. Etwas anderes ist leichter durchzusetzen. Wir müssen die Forderungen denen präsentieren, mit denen wir es zu tun haben, und das ist der Westen.

Noch eine Frage: Ist jemand von uns sicher, daß Frankreich unterzeichnen wird? Man weiß es nicht, man hält es für möglich. Frankreich wird nach Möglichkeit den Zeitpunkt immer wieder hinausschieben. Es gibt in England und Frankreich genügend maßgebende Leute, die nicht wissen, wer mitmacht. Wir müssen unsere Meinung nicht um 180 Grad herumdrehen, es genügen 90 Grad. Wir müssen von unserer Einseitigkeit abgehen. Man hat immer das Gefühl, wenn wir nicht jetzt unter den gegebenen Bedingungen ratifizieren, dann sind alle Möglichkeiten einer westlichen Verteidigungsgemeinschaft ein für al-

7 Siehe hierzu die Diskussion in Nr. 17.

8 Bezieht sich offensichtlich auf den Bundestagsausschuß zur Mitberatung des EVG-Vertrages und der damit zusammenhängenden Abmachungen, der sich am 19. 7. 1952 konstituierte. DATENHANDBUCH, 1983, S. 571.

lemal vorbei. Wenn wir sagen, so unterzeichnen wir nicht, nun dann kommen eben neue Verhandlungen. Wir suggerieren uns zu sehr, daß Deutschland diese Chance wahrnehmen muß. Die sechs europäischen Länder befinden sich in einer Interessengemeinschaft, die genauso existent sein wird in einem halben Jahr oder in einem Jahr. Wenn wir denken, wir müßten nur jetzt schnell zupacken, so ist das keine Grundlage, die haltbar ist für später.

SCHWENNICKE: Kurz zur Stellungnahme *Rechenbergs:* Ob die Verhandlungsaussichten der Sowjets vor der Ratifizierung besser oder günstiger als nach der Ratifizierung sind, ist noch nicht bewiesen. Ich möchte da nur an das Beispiel der Berliner Blockade erinnern. Die Russen sind zu nüchterne Rechner, als daß sie sich in Dinge einlassen, die für sie aussichtslos wären. Darum ist unsere Auffassung: Es muß eine Entschlossenheit und Stärke auf der westlichen Seite vorhanden sein, ehe man in Verhandlungen hineingeht.

Dr. DEHLER: Es ist hier mehrfach über die Kriegsverbrecherfrage und die Saarfrage diskutiert und gesagt worden, die Stimmung der Bevölkerung ist so und so. Ich halte aber diese Argumentation nicht für möglich in unserer Lage. Wenn die Demokratie einen Sinn haben soll, dann den, daß die verantwortlichen Menschen die Verantwortung tragen, den bestmöglichen Beschluß zu fassen, zumal wenn es sich doch in gesteigertem Maße um Schicksalsfragen unseres Volkes handelt. Da kann nicht die Frage, wie sich eine Entscheidung wahltaktisch äußert, eine Rolle spielen.

Wir sind beteiligt an dem Kabinett Adenauer, beteiligt an Entscheidungen, die es getroffen hat. *Blücher, Neumayer* und ich haben die Politik des Kabinetts bisher mitgetragen. Gedanken, wie sie heute aufgeworfen worden sind, würden bedeuten, daß wir die Linie dieser Kabinettspolitik verlassen. Wir haben als Kabinett beschlossen, wir wollen die baldmögliche Ratifizierung der beiden Verträge haben, weil sie notwendig ist. Ich will auf die Gründe nicht im einzelnen eingehen. *Blücher* hat es im wesentlichen angedeutet. Ich weiß nicht, wie lange das Interesse Amerikas an Europa besteht. Auf jeden Fall, wenn sich Amerika engagiert an Europa, dann fallen jetzt schon Entscheidungen.

Wir haben die Antwortnote der Alliierten auf die letzte Sowjetnote[9] gebilligt. Sie kennen die Note, die mit einer Präzision sondergleichen festlegt: freie Wahlen sind die Voraussetzung für die Einigung und den Friedensvertrag mit Deutschland. Nur eine auf gesamtdeutsche freie Wahlen gegründete Regierung ist friedensvertragsfähig. Die Alliierten haben den Russen erklärt, daß die Machthaber in der Sowjetzone keine Vertreter ihrer Bevölkerung sind. Wir haben das gebilligt als Standpunkt der verantwortlichen deutschen Regierung. Sie können von uns nicht erwarten, daß wir davon abgehen.

Sie müssen sich doch die Konsequenzen einer solchen Handlungsweise vor Augen führen. Es würde den Bruch der Regierung bedeuten. Gewiß, wir empfinden diesen Weg auch als schwer und belastend. Keiner hat so um die richtigen Verträge von Anfang an gekämpft wie *Blücher. Blücher* war es, der die

9 Antwortnote der Westmächte vom 23. 9. 1952 auf die Note der Sowjetunion vom 23. 8. 1952, AdG 1952, S. 3665 A.

Dinge aus der undurchsichtigen Verhandlungsatmosphäre herausgerissen hat. Wir haben, sobald es möglich war, in dem außenpolitischen Ausschuß die Dinge vorgetragen und sind dahin gekommen, diese Verträge zu billigen, weil wir glauben, in diesen Verträgen reißen wir das deutsche Schicksal um ein wesentliches Stück vorwärts. Soll das nicht mehr bestehen?

Dann die Frage der späteren Ratifizierung. Ist es denn möglich, diese entscheidende Frage von irgendwelchen Bedingungen abhängig zu machen? Deshalb lassen wir doch unsere Forderungen nicht fallen. Wir denken nicht daran. Wir sind hier nicht gewillt, in dieser Beziehung die geringsten Konzessionen zu machen, aber auf keinen Fall darf die Ratifizierung davon abhängig gemacht werden. Durch die Ratifizierung haben wir die Möglichkeit, den umgekehrten Weg zu gehen und unsere Ziele zu erreichen.

Ich weiß nicht, ob unsere Diskussion fruchtbar ist. Wir kennen alle den Standpunkt *Pfleiderers.* Aber wir sind doch bereits einen Weg gegangen, und es taucht die Frage auf, ob wir diesen Weg rückwärts gehen wollen. Verzeihen Sie, wenn ich manche meiner Worte überspitze. Überschätzen Sie aber nicht die Möglichkeit, die wir noch haben: Wir können nicht den Weg zurückgehen; denn dann kommt es am Ende zu dem Aspekt, daß wir zusammen mit der Opposition gegen die Regierungspolitik zu Felde ziehen, und das scheint mir nicht gerade eine verlockende Angelegenheit zu sein.

Dr. MENDE: zu den Ausführungen von Herrn *von Manteuffel:* Die Reflexwirkung der Debatte im Bundestag[10] war nach innen gar nicht so schlecht und nach außen ganz und gar nicht. Es ist etwas geschehen. In der Zwischenzeit sind doch wieder Leute freigelassen worden. Meine persönliche Einstellung hat sich nicht geändert, und wenn das nicht geschieht, was wir gefordert haben, werde ich mit Nein stimmen. Ich habe aber im Bundestag für die Fraktion gesprochen. Man warnte mich, seien Sie vorsichtig mit dem „Nein". Sie kommen damit in Frankreich einem Kreis entgegen, der will, daß alles schon in Bonn scheitert. Die Debatte hat manche Verbände nicht befriedigt, die Kapital daraus schlagen wollten. Aber wenn man das Protokoll der 230. Sitzung liest, wird man feststellen, daß wir unsere Linie nicht verlassen haben.

Frau Dr. LÜDERS: Ich darf bemerken, daß kein Zweifel darüber besteht, daß in den Weststaaten die Frage der Wünschbarkeit der Unterzeichnung durch uns sehr unterschiedlich beurteilt wird, daß Teile in Frankreich den Wunsch haben, wir würden nicht unterzeichnen, damit man uns das Nichtunterzeichnen zuschieben kann.

Ich möchte ferner daran anknüpfen, was *Schwennicke* zur Haltung Berlins bezüglich der Blockade gesagt hat. Damals war es aber so, daß wir in bezug auf die Frage der Blockade nicht einen einzigen Schritt rückwärts gegangen sind. Seien Sie mir nicht böse, ich weiß nicht mehr, was ich denken soll und nicht mehr, was sich sagen soll. Ich glaube, ich werde verzichten, irgend etwas in

10 Bezieht sich auf die Sitzung am 17. 9. 1952: Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der DP betr. Lösung der „Kriegsverbrecher"-Frage. BT STEN. BER., Bd. 13, S. 10492 D–10509 B.

der Öffentlichkeit zu sagen. Wir stehen seit Monaten vor der frappierenden Sturheit: 1. freie Wahl, 2. Gesamtregierung, 3. Friedensvertrag.

Nun, verehrte Freunde, wenn das geschieht, was hier heute Nachmittag vorgeschlagen wird, dann sehe ich mich außerstande, überhaupt noch zu sagen, was ich nun eigentlich früher gewollt habe und was ich heute will, und warum ich das, was ich früher gewollt habe, heute nicht mehr wollen kann usw. usw.

Dr. ACHENBACH: Die Debatte hat ergeben, daß wir im Grunde gar nicht so weit auseinander sind. Ich möchte mich noch kurz auseinandersetzen mit den Ausführungen des Parteifreundes *Dehler*. Ich kann Ihnen da den kleinen Vorwurf nicht ersparen, daß Sie an dem Kernpunkt vorbeigeredet haben. Sie haben erklärt, wir müssen uns alle bemühen, aus sachlichen Gesichtspunkten heraus die richtige Politik zu machen. Ich stimme damit absolut überein.

Aber dann ist doch auch, wenn Sie uns um die sachliche, richtige Entscheidung bemühen, die Frage des Bestandes der Regierung nicht entscheidend. Entweder wir diskutieren sachlich, was politisch richtig ist, dann stehen alle anderen Gesichtspunkte zurück.

Daß Sie sich nicht mit aller Intensität bemüht hätten, hat niemand bestritten. Aber was wir Ihnen zubilligen, muß auch uns zugebilligt werden. Man muß aber dann in einer solchen Situation auch den moralischen Mut haben zu sagen, daß, wenn man erkannt hat, daß eine gewisse politische Linie nicht richtig ist, man sich zu einer neuen Linie durchgerungen hat. Ich glaube, es hat niemand die geringste Idee, irgend jemand einen Vorwurf zu machen. Ich möchte aber trotzdem gern die Gründe hören, die das Kabinett bewegen, sofort zu ratifizieren. Wenn Sie mich überzeugen, daß die Ratifizierung am Montag im Interesse der Nation notwendig ist, gut. Nach meiner außenpolitischen Erfahrung sehe ich aber zur Zeit keinen Grund der sofortigen Ratifizierung.

Franz BLÜCHER: Ich möchte kurz zusammenfassen. Ich glaube, wir müssen danach streben, heute nachmittag zu einer präzisen Einigung zu kommen, denn alle Kollegen aus der Fraktion, zu denen auch die Mitglieder der Regierung gehören, sind in dieser Woche vor die Frage gestellt:

a) Sollen wir einer sehr schnellen Beratung der vorliegenden Ratifizierung in der zweiten und dritten Lesung zustimmen?

b) Sollen wir auf längere Zeit vertagen?

c) Sollen wir unsere Verschiebung an bestimmte Voraussetzungen binden?

Nun ist aber doch, abgesehen von all den vielen Fragen, die hier behandelt worden sind, eins ohne Zweifel: Wir haben nicht etwa wie bei einem Gesetz, das nur drei oder vier Wochen beraten wird, jetzt plötzlich eine Gelegenheit zu einem völligen Meinungsumschwung gehabt, sondern wir haben diese Fragen zum ersten Mal in extenso auf dem Hauptausschuß im September 1950 in Kassel besprochen.[11] Wir haben seit dieser Zeit niemals eine im Grundsätzlichen abweichende Ansicht geäußert. Das ist ein Faktum, an dem wir nicht

11 Ergebnis dieser Beratungen waren die am 24. 9. 1950 verabschiedeten sog. Kasseler Beschlüsse, abgedruckt in: fdk, 1. Jg., Nr. 66 vom 27. 9. 1950. Siehe auch Nr. 11, Anm. 44.

vorbeikommen können. Ich bekenne auch noch, daß ich die Linie der Partei für richtig gehalten habe, so wenig mir der Inhalt und die Verhandlungsebene gepaßt haben.

Ich leugne nicht, daß ich bessere Einzelergebnisse für möglich gehalten hätte. Nun heißt es, es sei eine gewisse parteipolitische Überlegung, wenn man sagt, wie können wir das heute umschmeißen. Da muß ich widersprechen. Ein Umschmeißen heute bedeutet zweifellos: Die SPD an die Regierung lassen. Ein In-die-Erscheinung-treten mit einer völlig geänderten Linie würde bedeuten, daß wir annehmen, daß im Osten die Dinge anders geworden sind, als sie bisher waren. Ich kann dies nicht sagen, und ich stelle mit großem Nachdruck meine Frage, ob man es überhaupt verantworten kann, nur auch vier Wochen von deutscher Seite her die materiellen Vorbereitungen für ein Kräftigmachen des Westens hinauszuzögern? Ich beantworte vor meinem Gewissen diese Frage in der Tat mit „Nein". Ich halte mich nicht für berechtigt, dieses bißchen, was versucht wird, auf die Beine zu stellen, noch weiter hinauszuzögern. Hier lege ich mich eindeutig fest.

Darf ich aber auch ein häßliches parteipolitisches Wort sagen, nämlich, daß man einen plötzlichen Umschmiß nur als eine Flucht aus der Verantwortung betrachten würde, die uns schlechthin übel genommen würde. Auch das müssen wir uns überlegen.

Aber um diese Frage geht es nicht. Es geht um Tatsächliches: In welcher Weise soll unser gerechtfertigter Anspruch auf Freilassung der Kriegsgefangenen verbunden werden mit der parlamentarischen Abstimmung?

Ich will an dieser Stelle die Frage beantworten, weshalb die parlamentarische Abstimmung zweckmäßig erscheint: weil wir auf diese Weise einen ungünstigen Spruch in der einen oder anderen Beziehung gegen uns hinsichtlich der Verträge beeinflussen könnten, einen Spruch, der von einer Stelle gefällt wird, die gegen die Grundauffassungen unserer Partei aufgrund eines gewählten „Kollegiums" arbeitet.[12]

Das ist ganz klar und deutlich gesprochen. Das ist der eigentliche Grund, weshalb hier doch nun die Dinge einmal auch von dieser Seite überlegt werden müssen. Wie sollen wir einen Rechtsstaat bilden, wenn wir die politische Verantwortung von Parlament und Regierung wegnehmen und in die Hände von einem Dutzend Juristen legen? Dieser Entwicklung müssen wir entgegenarbeiten.

Es ergeben sich technische Fragen. Wenn ich zunächst auf die Frage der Kriegsverbrecher komme, dann wiederhole ich, daß wir eine gerechtfertigte Forderung stellen. Es entsteht die Frage, soll man deswegen die Parlamentsberatung überhaupt hinauszögern, oder soll man eine ausreichende Mehrheit dafür zustande bringen, daß die Aushändigung der Ratifikationsurkunde, die nur in Frage kommt, wenn Frankreich gesprochen hat, daß man die der Regierung

12 Gemeint ist das Bundesverfassungsgericht.

untersagt, wenn nicht bis dahin der board in Tätigkeit getreten ist und von seinem Recht Gebrauch gemacht hat?

Das Zweite, was meiner Ansicht nach überlegt werden muß, ist folgendes: Es sind in der Tat schwere Bedenken, über die sich Herr *Pfleiderer* und andere äußerten. Hier ist es bei der Ungunst eines Ratifikationsgesetzes fast unmöglich, Vertragsänderungen zu erzielen. Es wäre aber möglich, den Ratifikationsurkunden Deklarationen und Verpflichtungen der Gegenseite beizufügen. Damit kann man an einer Änderung der Verträge vorbeikommen. Im Osten hat sich nichts geändert, im Gegenteil! Als vor zwei Jahren die Verhandlungen angefangen haben, ist das im Osten als Alarmsignal aufgefaßt worden und die Anstrengungen sind vervielfältigt worden. Hier ist doch fast nichts geschehen, so daß wahrscheinlich das Kräfteverhältnis sich zu unseren Ungunsten verschoben hat. Ich glaube, wir sollten überlegen, wie wir unter Wahrung unserer grundsätzlichen Haltung, die wir bisher vertreten haben, nun dazu kommen, daß wir das Notwendige sichern, ohne eine erhebliche politische Stärkung der Gegenseite vorzunehmen und ohne von uns aus noch der Gefahr einer Stärkung des Isolationismus zuzustimmen. Auch dies muß bei unserer Entscheidung überlegt werden, und ich würde bitten, dieses wirklich gründlich zu überlegen.

Dr. PFLEIDERER: Zwei Fragen stehen heute zur Erörterung: Ratifizierung und Saar. Mehr wird von der Tagesordnung kaum zu bewältigen sein. Hervorzuheben wäre die Frage: Können Einzelfälle in großen politischen Fragen Rückwirkungen haben in den Fragen der Reparationen? Bisher ist die Frage wesentlich unter dem Gesichtspunkt des deutschen Auslandsvermögens behandelt worden. Ich bin Berichterstatter im auswärtigen Ausschuß über diese Fragen und bin gezwungen, mich damit zu befassen. Hier ist folgende Befürchtung aufgetaucht, daß im sogenannten Überleitungsabkommen, Vertragsteil 6, Art. 3, gesagt ist, daß wir gegen die Maßnahmen keine Einwendungen erheben können, die gegen das deutsche Auslands- und sonstige Vermögen von alliierter Seite geschaffen worden sind. Hier befürchtet man, daß durch diesen Artikel alle französischen Maßnahmen an der Saar heute schon unsere Unterschrift erhalten, daß also alles, was die Franzosen getan haben, diese vorweggenommenen Maßnahmen, gedeckt werden, daß damit nicht nur gedeckt ist die Wegnahme des deutschen Vermögens in den neutralen Ländern, sondern auch die Abkommen von Jalta und Potsdam, daß also die Deutschen, die hier ausgetrieben sind, ihr Vermögen verloren haben. Bei einer theoretischen Rückkehr wäre z. B. der polnische Neusiedler Eigentümer, nicht aber der deutsche Vorbesitzer. Ich halte eine gesonderte Sitzung des außenpolitischen Ausschusses für dringend notwendig, um über die Fragen des Auslandsvermögens und die anderen aufgetauchten Probleme zu diskutieren.

Franz BLÜCHER: Nach der Rechtsauffassung von *Pfleiderer* müssen wir bei der Fassung der Verträge unterscheiden: alles, was geschehen ist von den drei Besatzungsmächten und das, was geschehen ist, von den Alliierten. Dazu zählen auch die Russen.

Dr. MIDDELHAUVE: Es müßte erst einmal geprüft werden, ob der Standpunkt von *Pfleiderer* angenommen wird. Dann müßte etwas geschehen, ehe die Verträge ratifiziert werden.

Dr. DEHLER: Darüber hat sich Prof. *Kaufmann* sehr eingehend geäußert.[13]

Frau Dr. LÜDERS: Es handelt sich meines Erachtens nicht nur um vertragliche Abmachungen, und es ist unwahrscheinlich, daß alles das darunter fallen soll, was durch den Status quo heute gegeben ist und damit z. B. die Repatriierung unserer Leute in die Ostzone und in die besetzten Gebiete unmöglich gemacht wird. Das ist eine so ungeheure wichtige Frage, daß festgestellt werden muß: Wie haben die anderen das aufgefaßt, und wie können sie es aufgefaßt haben?

Dr. PFLEIDERER: Die Situation ist ähnlich wie nach dem Versailler Vertrag. Diese Lage scheint mit als Vorbild gedient zu haben.

HEDERGOTT: Die Folgen, die *Pfleiderer* aufgezeigt hat, sind von den Westmächten hinsichtlich der russischen Aktiengesellschaften sicher nicht gewollt. Gewollt sind sie aber sicher hinsichtlich aller übrigen Maßnahmen. Und da jede Differenzierung fehlt, steht zu befürchten, daß die Westmächte eine Einigung Platz greifen lassen, die ihre Ansprüche nicht schädigt. Ich meine, daß diese Frage allerdings vorher zu klären ist.

Franz BLÜCHER: Ich spreche jetzt nicht als Kenner der Verträge, aber es ist an einer Stelle ein klarer Unterschied zwischen den drei vertragsschließenden Partnern und den Handlungen, die von 1945 bis zur Errichtung des Kontrollrates geschehen sind, gemacht worden. Da ist von den Alliierten die Rede, und dazu würden dann auch die Russen gehören.

VON RECHENBERG: Ich glaube, daß wir hier zu einem abschließenden Urteil nicht kommen. Wir werden im außenpolitischen Ausschuß eingehend über diese Fragen sprechen müssen.

Dr. BORTTSCHELLER: Wir stehen unter dem Einfluß der Tatsache, daß *Adenauer* das deutsche Auslandsvermögen vollständig preisgegeben hat. Es ist dringend notwendig, daß der außenpolitische Ausschuß sich damit eingehend beschäftigt, denn es könnte sonst alles, was bisher geschehen ist, gedeckt werden. Es könnte auch so ausgelegt werden, daß die Alliierten die Möglichkeit haben, in Verhandlungen, die sie interessieren, in ihrem Sinne einzugreifen (Schuldenabkommen).[14] Es ist erwogen worden, ob es nicht empfehlenswert sei, daß die Alliierten ab sofort darauf verzichten, Forderungen anzumelden.

---

13 *Kaufmann,* der dem Bundeskanzleramt als Rechtsberater diente, war in den Vertragsverhandlungen für das Sachgebiet Reparationen und Restitutionen zuständig. Vgl. W. G. GREWE, 1979, S. 132 f. Bei der von *Dehler* erwähnten Äußerung handelt es sich um das Rechtsgutachten zum Vertrage über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und zum Deutschlandvertrage vom 17. 8. 1952, das sogleich veröffentlicht wurde.

14 Gemeint ist das sog. Londoner Schuldenabkommen, das am 8. 8. 1952 von einer Expertenkonferenz verabschiedet worden war. AdG 1952, S. 3598 B. Hierzu in knapper Zusammenfassung H.-P. SCHWARZ, 1981, S. 181–184.

Dr. MIDDELHAUVE: Mich hat seit Wochen nichts so stark erschüttert wie die Auslegung *Pfleiderers.* Das ist so schwerwiegend in der Konsequenz, daß es nicht genügt, daß da klare Erklärungen durch die Vertragspartner auf der westlichen Seite gefordert werden, sondern daß die Festlegung und Abgrenzungen schriftlich so einwandfrei gegeben werden müssen, daß dann erst die Unterzeichnung vorgenommen werden kann. In dieser Form ist der Vertrag für uns so belastet, daß er in bedrohliche Nähe des Friedensvertrages von Versailles gerückt ist. Ich schlage vor: *Adenauer* muß veranlaßt werden, als Vorsitzender der CDU, ein Gremium aus den Reihen der Koalitionspartner zusammenzubringen, damit dieses Thema gegenüber den Verträgen besprochen und eine klare Forderung an *Adenauer* gestellt wird, auf die er auch eine ganz klare Antwort geben muß. Nur schnelle und einwandfreie Klärung kann hier helfen, wenn wir in der Zukunft bestehen wollen und wenn die kommenden Bundestagswahlen nicht gefährdet werden sollen.

Dr. DEHLER: Ich glaube nicht, daß ein ernster Anlaß zur Sorge besteht. Was gewollt ist, ist klar: Abkommen zwischen den Westmächten und uns, Ansprüche der West-Alliierten. Sie haben erklärt, sie wollen keine Leistungen aus der laufenden Produktion mehr, also neu gebildetes Auslandsvermögen kann keinesfalls mehr von den West-Alliierten in Anspruch genommen werden. Über das Verhalten konnte natürlich nichts gesagt werden. Was die Russen verlangen, kann nicht Gegenstand dieses Vertrages sein.

Franz BLÜCHER: Was etwaige Ansprüche der Alliierten betrifft, so ist es möglich, daß auf diplomatischem Weg gegen uns intrigiert wird; das wird immer möglich sein mit und ohne Rechtstitel. Es ist weiter so, daß ein Teil der Verhandlungen völlig frei, daß das Veto aller gemeinschaftlich notwendig ist. Worauf es entscheidend ankommt und was wir gewissenhaft klären müssen, ist, ob dieser eine Teil einbezieht nun tatsächlich auch die Handlungen der Alliierten oder ob von den vertragsschließenden Mächten die Rede ist. Das ist die Frage, um die es geht, und ich kann sie auswendig nicht beantworten. Was die Zukunft betrifft, so ist der wesentliche Kampf ja schon in den letzten vier Tagen da. Gewissenhafte Kleinarbeit ist nötig, und die Protokolle von Prof. *Kaufmann* müssen zugezogen werden.

Dr. BORTTSCHELLER: *Kaufmann* hat unser Vertrauen nicht hundertprozentig. Es muß unbedingt auch Hamburg und Bremen noch gehört werden.

Franz BLÜCHER: Wenn wir hinsichtlich der Verurteilten vor der Öffentlichkeit aktiv werden, so versteht das das ganze Volk. Wenn wir wegen relativ – ich betone ganz [deutlich] relativ – weniger bedeutender Dinge es werden, dann würde hier die Unterstützung eine nicht so starke sein. Es ist unsere Pflicht, das klarzustellen. Wir können das in unsere Vorschläge mit hineinbringen, aber wir dürfen uns nicht mit einer schwachen Interpretation eine schlechte Verhandlungsbasis schaffen.

EULER: Bei der Montanunion ist alles noch ganz glücklich verlaufen. Klarheit kann aber nicht erzielt werden durch Fortsetzung der Diskussion. Klarstellung ist nur möglich durch Notenwechsel. Bedenklich ist: Der Wortlaut ist so allgemein, daß jede Willkür in der Interpretation möglich ist.

Franz BLÜCHER: Wir sind an einem Punkte angekommen, an dem ich die Frage stellen muß: Sollen hier Beschlüsse gefaßt werden? Ich muß darauf aufmerksam machen, formell, daß Beschlüsse Sache der Bundestagsfraktion sind. Das soll in keiner Weise den Wert der heutigen Aussprache mindern. Wir sind zumindest zu zwei Punkten gekommen, die überlegt werden müssen.

Das ist einmal die Frage hinsichtlich der Verurteilung und die von *Pfleiderer* aufgeworfene Frage.

Es kommt jetzt darauf an, sollen wir in der grundsätzlichen Frage der Terminfestsetzung der Ratifizierung die Debatte in kurzer Zeit erledigen oder nicht? Wenn nicht, dann werden wir noch bis in die späten Abendstunden darüber sprechen. Ich würde deshalb versuchen, wenn man sich einig geworden ist, zu einer Formulierung zu kommen unter Hinzuziehung des Fraktionsvorstandes.

Dr. RAHN: Wie wäre es, wenn die FDP vor der zweiten oder dritten Lesung folgenden Entschluß bekanntgibt: daß die Ratifikation des Deutschlandvertrages und der Gesamtverträge in der Form erfolgt, daß dem Herrn Bundespräsidenten zur Auflage gemacht wird, die Ausfertigung der Ratifikationsinstrumente erst am Tage der Ratifikation durch die französische Nationalversammlung, frühestens am 1. Januar 1953 durchzuführen, damit in den Monaten den Vier Mächten Gelegenheit gegeben ist, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege unter deutscher Beteiligung praktisch zu lösen?

Diese Sache hätte nach meiner Ansicht folgende Wirkung: Es würde sich zeigen, ob das Argument des Bundeskanzlers richtig ist, daß die Russen in der Lage wären, sehr rasch taktische Vorschläge zu machen, und die Gefahr der Verzögerung von russischer Seite wäre durch die zeitliche Bindung zum 1. Januar gebannt.

Dr. MENDE: Es ist rein technisch nicht denkbar, daß die zweite und dritte Lesung vor Mitte November stattfinden kann. Mitte Oktober ist der Parteitag der CDU, vom 12. bis 19. Oktober ist eine plenarsitzungsfreie Woche, vom 2.–9. 11. ebenfalls eine plenarsitzungsfreie Woche. Es ist nicht zu erwarten, daß hiervon abgegangen wird. Im außenpolitischen Ausschuß ist Carlo *Schmid* Vorsitzender. Keine Geschäftsordnung bestimmt, daß der Bericht früher fertig gemacht werden muß, als er es für richtig hält.

Franz BLÜCHER: Ich möchte, *Mende* hätte recht. Aber es ist der Wille des Bundeskanzlers, mit den Ausschüssen im Sinne der Mehrheitsbildung zu sprechen, um die Dinge zu beschleunigen. Was das Letzte betrifft, so ist ein Beschluß eines Parlaments, das zunächst die Ratifikationsgesetze beschließt, dann aber Änderung der Vertragsinhalte durch Beschlüsse herbeizuführen versucht, nicht möglich.

EULER: Ich halte nach dem, wie die Dinge liegen, es für ausgeschlossen, daß vor Mitte November ratifiziert werden kann. Das einzige, was ich für möglich halte, ist, die Beschleunigung dadurch zu erzielen, daß sich die Vertreter der Koalition in den Ausschüssen zielbewußt verhalten.

Im übrigen halte ich von allen derartigen Beschlüssen nichts, aber daß der Kanzler sagt, bis Ende Oktober muß ratifiziert werden, das ist Illusion, das sollte man ihm ausreden.

Der politische Effekt für Deutschland liegt nicht darin, ob zwei oder vier Wochen früher oder später ratifiziert wird. Aber ich glaube, je näher wir an die Ratifikation heranrücken, um so gewichtiger werden unsere Vorstellungen sein, noch dieses und jenes zu sagen, was wir bis jetzt noch nicht erreicht haben.

Bezüglich der Kriegsverbrecherfrage teile ich die Bedenken. Ich halte es psychologisch für die Verträge von Vorteil, wenn da etwas erreicht wird. Das ist mehr wert, als wenn vier Wochen oder 14 Tage früher ratifiziert wird.

Wir sollten aber über die Details nicht mehr diskutieren. Ich werde mich stark dafür einsetzen, daß wir die alte klare konsequente Haltung, wie wir sie im Schumanplan vertreten und mit Erfolg vertreten haben, beibehalten, daß durch unser Einstehen doch in vielen Dingen noch ein Erfolg erreicht wird.

Ich bin nicht dafür, daß man die Ratifikation verschiebt mit Rücksicht auf die Sowjets. Ich bin davon überzeugt, wir kommen der deutschen Frage nur näher, wenn wir dazu beitragen, eine Abwehrfront zu schaffen, von der die Sowjets die Überzeugung gewinnen, daß sie weder kleine noch große Stücke daraus brechen können.

RADEMACHER: Bezüglich der ganzen Diskussion möchte ich im Hinblick auf die Kriegsverbrecherfrage, die Frage des Saargebietes und die politische Situation bemerken, daß die Entscheidung darüber letzten Endes bei den einzelnen Mitgliedern der Fraktion liegt. Ich finde es gut, daß der Vorsitzende darauf hingewiesen und Herr *Mende* darauf aufmerksam gemacht hat, daß diese Entscheidung[en] stark in den Ausschüssen getroffen werden. Ich glaube, jeder einzelne Abgeordnete wird sich alles eingehend überlegen müssen. Wenn hier die Diskussion eine ganze Reihe von sehr schwerwiegenden Zweifelsfragen ergeben hat, dann sollte es die Aufgabe sein, die Mitglieder der FDP in den einzelnen beteiligten Ausschüssen auf diese Bedenken mit aller Deutlichkeit aufmerksam zu machen und in den einzelnen Ausschüssen zu verlangen, daß diese Zweifelsfragen einwandfrei dort geklärt werden. Ich glaube, der richtige Weg ist nicht die voreilige Ratifizierung, sondern in den Ausschüssen die Zweifelsfragen zu klären. Ich glaube, daran kann auch der Bundeskanzler nichts ändern, daß man nicht zu einer zweiten und dritten Lesung kommt, bis nicht Klarheit über die Zweifelsfragen besteht, so daß jeder einzelne Abgeordnete nach eigenem Gewissen entscheiden kann. Ich möchte da besonders auf die Zweifelsfragen in bezug auf Auslandsschulden und Reparationen hinweisen.

Dr. VON RECHENBERG: Es scheint mir so zu sein, daß vorerst nicht ratifiziert wird und daß wir abwarten, was unsere Vertreter in den Ausschüssen dazu sagen.

Ich möchte aber noch etwas anschneiden: Können die Beratungen des Bundesverfassungsgerichtes irgendwie bedeutend sein für den Zeitpunkt der Ratifizierung? Wenn man eine Verfassung hat und ein Verfassungsgericht, dann kann

doch das Verfassungsgericht feststellen, was richtig ist und was nicht richtig ist.

Dr. SCHÄFER: zu den Modalitäten im Ratifikationsverfahren: Die Dinge werden in zwei Stufen von uns verarztet werden müssen. Zunächst durch Ausschußberatungen. Ich bin der Meinung, diese Ausschußberatungen müssen irgendwie begrenzt sein.

Im übrigen wird ein Vertrag, der von sechs Parlamenten, Regierungen, von sechs Meinungen erstellt wird, natürlich ein so widerspruchsvolles Gebilde sein, daß es bis zum Letzten nicht aufgehen wird. Irgendwo muß da mal Schluß sein. Ich bin der absoluten Überzeugung, eines Tages muß man diese Debatte beenden und sie nicht zur Lebensaufgabe werden lassen. Selbstverständlich muß die Regierung Auskünfte geben. Dann werden sich die Dinge herausstellen aus den Prüfungen und Ergebnissen, die Aufklärung erforderlich machen. Das ist durchaus möglich. Dann ist das Werk des Vertragsabschlusses reif, ratifikationsreif, das ist die Stufenfolge.

Ich halte es [für] verkehrt, zu motivieren gegenüber der Öffentlichkeit mit Rücksicht auf andere Parlamente oder Dinge, die so und so sind. Diese Gründe können wir nicht bringen, sondern wir haben die Verpflichtung zur gewissenhaften Prüfung und zum stufenweisen Vorgehen. Nach gewisser Zeit erfolgt Berichterstattung an die Fraktion, dann gemeinsame Besprechung und dann an die Ratifikation. Das wird so oder so in das Novemberende hereinführen.

Dann bezüglich des Bundesverfassungsgerichtes: Gründe, um ein Verfassungsgericht anzurufen, findet die Opposition immer. Wir kommen dabei ins Uferlose. Mein Standpunkt ist, das Bundesverfassungsgericht muß von sich aus die unerhört umständliche und zeitraubende Untersuchung machen: Was ist an dem Vertragswerk verfassungswidrig? Ist die Opposition geschickt, dann geht die Klage nicht von denen heraus, sondern das Bundesverfassungsgericht untersucht die Geschichte. Das ist die häßliche Sache, die über den Verhandlungen schwebt.

Ich meine: ratifizieren, selbst auf die Gefahr, daß das Bundesverfassungsgericht zu dem einen oder anderen Punkt sagen könnte, der ist verfassungswidrig. Es ist dann Sache des Kabinetts, sich damit auseinanderzusetzen.

Frau HÜTTER: Meine Erfahrungen in den Verhandlungen bezüglich der Kriegsverbrecherfragen ist, daß sich die Alliierten in diesen Fragen selbst noch nicht ganz klar sind. Ich wäre dankbar für einen Beschluß.

In Art. 6 ist etwas enthalten, wovon die Alliierten wenig oder gar nicht Gebrauch gemacht haben: die Gnadenaktion. Einen Vorstoß in dieser Richtung würden die Alliierten am ehesten annehmen, und wir würden dann sehen, ob sie ehrlich bereit sind zu bereinigen.

Ein weiterer Vorschlag wäre der Beitritt zur Genfer Konvention, der bisher abgelehnt wurde, da wir keine Truppenkontingente haben. Ist dieser Grund noch stichhaltig? Andere Hindernisse scheinen nicht zu bestehen. Die Vergünstigungen aber wären erheblich. Die Wirkung tritt aber nur ein durch Beitritt.

Diese Anregung kommt von einem italienischen Verteidiger, und auch französische Verteidiger haben schon darauf hingewiesen. Es genügt, daß Deutschland den Beitritt zur Genfer Konvention vorbereitet, um die Freilassung zu bewirken.

Dr. DEHLER: Bedingte Ratifizierung ist nicht möglich, aber der Bundestag kann bestimmte Wünsche äußern. Die Ratifizierung besteht ja in der Niederlegung der Urkunde bei uns, und der Vertrag tritt ja erst in Kraft, wenn der EVG-Vertrag in Kraft tritt. Man kann, wie *Euler* sagte, den Druck ausüben, daß bestimmte Fragen in unserem Sinne weiter vorangetrieben werden, und man kann sich dann auch über den Wunsch von Frau *Hütter* unterhalten. Der Art. 9[15] bezieht sich auf die Zeit zwischen der Ratifizierung des Vertrages und der Aufnahme der Tätigkeit. Das ist eine Bestimmung, daß der Vertrag erst wirksam wird, wenn er ratifiziert ist.

Dr. ACHENBACH: *Schäfer* hat zum Ausdruck gebracht, daß nicht voreilig ratifiziert werden soll. Ich schlage vor, daß wir zum Ausdruck bringen bzw. einen Entschluß fassen, in dem wir erneut die Forderung auf eine umfassende Befriedungsamnestie abgeben. Ich bitte erneut zu unterstreichen, daß wir den Entschluß vom 22. April bezügl. Abtrennung der Saar[16] (verliest den Wortlaut) nicht in Verbindung bringen mit der Ratifizierung. Und wir sollten uns zu dem Entschluß durchringen, daß die FDP Gespräche mit der Sowjetunion wünscht - unter Hinzuziehung der Vertreter der DDR. Ich bin der Ansicht, daß wir ratifizieren sollten, aber nicht voreilig, und daß wir durch einen anhaltenden moralischen Druck das Kriegsverbrecherproblem lösen sollten.

Zur Saarfrage: Wir sind hier zweifelsohne nicht unterrichtet im einzelnen, wie die Gespräche des Herrn *Adenauer* mit den Franzosen verlaufen sind. Wenn aber ratifiziert wird, dann nicht ohne die FDP. Bei dieser Sachlage ist es nur billig zu verlangen, daß er mit der FDP entscheidende außenpolitische Fragen bespricht, und wir müssen *Adenauer* bitten, uns dafür zur Verfügung zu stehen. Als Gremium würde ich vorschlagen: die Minister, der Vorstand, ein Vertreter des außenpolitischen Ausschusses und des Sicherheitsausschusses und Reinhold *Maier* als Vorsitzender des Bundesrates. Vor diesem Gremium soll *Adenauer* seine Meinung darlegen bezüglich der Saarfrage. Nur dann sind wir in der Lage, uns überzeugen zu lassen und vielleicht auch ihn zu überzeugen, denn nur auf diese Weise kann zur Beruhigung und Geschlossenheit beigetragen werden.

Franz BLÜCHER: Es ist deutlich geworden, daß mindestens vier bis fünf Wochen die Ausschußberatungen noch andauern werden. Das dürfen wir als sicher unterstellen. Wenn das so ist, dann müßte unverzüglich von seiten des Fraktionsvorstandes mit den wesentlichen Mitgliedern der Sonderausschüsse das Programm, in dem die von den Sonderausschüssen festgestellten Forde-

---

15 Artikel 9 des Deutschlandvertrages behandelt die Errichtung eines Schiedsgerichts.

16 Bezieht sich offensichtlich auf den Entschließungsantrag der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP und DP vom 23. 4. 1952 betr. Saargebiet (BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 17, Drucks. Nr. 3315), den das Bundestagsplenum am selben Tag verabschiedete. BT STEN. BER., Bd. 11, S. 8851 D.

rungen enthalten sind, beraten werden. Sonst kommt die Sache so aus, daß die Ausschüsse heute fertig werden, übermorgen die zweite Lesung stattfindet und zwischenzeitlich keine Möglichkeit der Abklärung der Dinge mit den Verhandlungspartnern erfolgen konnte.

Die heutige Entschließung zur Kriegsverurteilung kann gefaßt, muß gefaßt werden. Sie kann aber platonisch sein in dem Augenblick, wo die Frage auftaucht, daß es erpresserisch wirken könnte.

Die Frage ist doch so, daß bereits am Tage der Unterzeichnung der Verträge schriftlich von seiten der Bundesregierung gefordert worden ist, daß der board unabhängig von dem Ablauf der Ratifizierungsverhandlungen in Kraft tritt. Es ist bisher dabei geblieben, und die sehr schmerzliche Frage der nicht in deutschem Verwahr befindlichen Kriegsverurteilten ist noch nicht geklärt worden, so daß ich gewisse Zweifel habe, daß wir bei den Verurteilten weiterkommen.

Sie erinnern sich, daß, bevor die Abgeordneten hereingezogen wurden, ein Kampf um Art. 7, 3 von mir geführt wurde.[17] Sie werden sich entsinnen, daß der Ausschlag herbeigeführt wurde durch die Aussprache zwischen *Schäfer, Brentano, McCloy, Acheson.*[18] Hier sollten wir überlegen, ob nicht einige unserer Freunde veranlaßt werden sollten, in den nächsten Wochen die Verhandlungen mit *Donnelly* aufzunehmen und zu sagen: Wir haben die große Sorge, daß es nicht zumutbar ist, daß die echte Konsolidierung nach einer Ratifikation zu erreichen ist, wenn nicht der Beweis eines weitreichenden guten Willens gegeben ist.

Dr. RAHN: Ich schlage vor, daß sich eine Kommission nach England begibt.

Franz BLÜCHER: Ich würde bitten, daß in spätestens drei bis vier Tagen von Ihnen Überlegungen deshalb angestellt werden und wir sofort davon hören, damit wir uns äußern können.

Wir kommen in bedeutende politische Entscheidungen bezüglich der Saar. Dahinter stehen Dinge, die dringend der Aussprache bedürfen. Ich bitte *Ungeheuer* zu berichten.

[ZUR SAARFRAGE]

Dr. UNGEHEUER: Nach einem Bericht des DPS-Vorsitzenden *Becker* sieht die Situation so aus, daß deutscherseits in einem Schreiben an *Schuman* zum Ausdruck gebracht werden soll, daß der Zeitpunkt für eine endgültige Lösung des ganzen Saarproblems noch nicht gekommen sei.[19] Es wird ein Provisorium vorgeschlagen, und zwar ein provisorisches Statut der Saar, befristet auf fünf Jahre. Das ist der ungefähre Wortlaut eines Entwurfes für einen Brief von *Adenauer* an Außenminister *Schuman.* Es ist dann weiterhin die Rede davon, daß

17 Zur Diskussion hierüber im FDP-Vorstand Nr. 16 mit Anm. 7.

18 Hierzu W. G. GREWE, 1979, S. 152 f.

19 Vgl. J. FREYMOND, 1961, S. 136. Brief vom 2. 10. 1952 abgedruckt in: ADENAUER. BRIEFE 1951–1953, 1987, S. 281 ff.

demokratische Freiheiten und die Möglichkeit zu freien Wahlen geschaffen würden an der Saar, und es heißt wörtlich: „Freie Wahlen setzen voraus, daß die bisher nicht zugelassenen Parteien nunmehr zugelassen werden."

Das große Rätsel ist die Konkretisierung dieses provisorischen Statutes. Es soll zum Inhalt haben: Selbstverwaltung der Saar, Kontrolle der demokratischen Grundrechte, Vertretung der Saar-Außenpolitik durch den Rat der Minister der Montanunion.

Ein Wunsch der Saarvertreter ist: Es soll keine unheilbare Spaltung in der Saarvertretung herbeigeführt werden etwa durch eine Volksabstimmung. Das ist die Substanz der Vereinbarung, die zwischen dem Bundeskanzler und den drei Saarvertretern getroffen wurde, nachdem die Saarvertreter mit aller Entschiedenheit eine Lösung des Saarproblems im Sinne einer endgültigen Europäisierung abgelehnt haben. Ich bitte, diese Dinge vertraulich zu behandeln.

Dr. VON RECHENBERG: Ich möchte offen sprechen. Ich traue niemanden von den Leuten, weder *Hoffmann,* noch *Becker,* noch *Schneider.* Wenn die Frage gestellt wird, möchtest Du autonom sein, dann würden 97% zustimmen. Wenn es zur Europäisierung kommt, dann ist es gleichgültig, aber nur dann. Da niemand weiß, ob dieses Ziel erreicht wird, sind wir nicht in der Lage, jetzt zu sagen, wir wollen ein provisorisches Saarstatut für fünf Jahre. Das ist alles so töricht, weil der Kanzler ein Doppelspiel treibt. Er ist bereit, die Saar zu opfern, wenn es darauf ankommt. Die Franzosen stehen den Dingen auch mit großer Sorge gegenüber. *Schuman* will auf diese Weise den Zankapfel beseitigen. Die Franzosen sind sehr mißtrauisch eingestellt, sie sagen mit Recht: Haben wir erst mal so ein Statut, auch ein vorübergehendes, dann macht man sich Gedanken auf die Rückwirkung auf Elsaß. Die Leute würden dann dort mit Begeisterung das Schicksal der Saar haben wollen. Ich nehme daher an, daß dieser Versuch bei den Franzosen keine Gegenliebe finden wird, und wir haben als Deutsche alles Interesse daran, das nicht zuzulassen. Wir haben ein einziges Interesse, und zwar den jetzigen Zustand aufrechtzuerhalten mit dem Verlangen, die französische Vorherrschaft abzuschwächen. Uns als FDP kommt es darauf an, dem Kanzler zu sagen, wir nehmen nichts an, was unter dem Vorwand eines Provisoriums einen endgültigen Zustand schaffen würde.

Franz BLÜCHER: Für uns ist das Saarproblem im Rahmen der gesamtdeutschen Politik, vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Auswirkungen bei der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone zu betrachten.

Vor allen Dingen aber wollen wir uns über eines klar sein: In demselben Augenblick, wo bei uns die Verhältnisse sich fortschreitend konsolidieren unter der Voraussetzung, daß wir bereit sind, gewisse Sonderregelungen für die Bevölkerung an der Saar in einem gegebenen Augenblick zuzusagen, ist es so, daß man davon sprechen könnte, daß die Entscheidung an der Saar gegen uns fallen könnte. Ich bin aufgrund der Gespräche, die ich mit *Hallstein* geführt habe, der Überzeugung, wir sollten uns vor dem Mißbrauch des Wortes Europäisierung schützen. Jede Mitwirkung bei einer halben Lösung unsererseits, aus der zum Teil die Verzweiflung der Leute an der Saar spricht, wird uns in Zukunft in eine unvertretbare Lage bringen. Dafür werde ich bis zum Letzten

plädieren. Ich werde als einziger gegenstimmen, wenn wir hier die Hand dazu böten.

EULER: Das, was *Blücher* eben gesagt hat, läuft darauf hinaus, was ich schon verschiedentlich gesagt habe. Die endgültige Lösung kommt noch nicht in Betracht. Die Natur der Dinge bringt es mit sich, daß auch unser Rechtsstandpunkt gesichert wird. Es ist insofern jetzt begründet, daß der Kanzler von seiner Idee herunter ist und jetzt eine Endlösung anstrebt.

Was aber jetzt zu tun ist, ist auch das, daß die Freiheit an der Saar hergestellt wird durch die Parteien, die für Deutschland eintreten, daß diese Parteien zugelassen werden. Es ist verständlich, daß die Franzosen diesem Zugeständnis gegenüber abgeneigt sind, weil sie ahnen, daß diese Zulassung der Entwicklung nach im deutschen Sinne verläuft und dadurch die französische Position nicht verbessert wird. Unser Rechtsanspruch auf die Saar ist so klar, daß wir darauf warten können, wie er sich im Laufe der Zeit verbessert, wenn es uns gelingt, die Demokratisierung der Saar durchzusetzen.

Dr. UNGEHEUER: Wir werden auf dem Parteitag in Bad Ems ein Referat von Rechtsanwalt *Schneider* von Saarbrücken hören, der die notorische Kraft des deutschen Widerstandes an der Saar ist. Es ist nicht unwichtig zu präzisieren, daß diese Vertreter auf dem Standpunkt stehen, ein Provisorium ist zwar das äußerste Zugeständnis, es hat aber auch entschiedene Vorteile. Es würde die deutsche Arbeit an der Saar ermöglicht, und zwar in voller Freiheit; die Parteien würden zugelassen.

MAYER: Wir sind in der Gefahr, um Worte zu streiten. Ich glaube, *Blücher* will nicht viel anderes als *Adenauer,* es sei denn, daß man andere Motive unterstellt. Ich teile die Ansicht *von Rechenbergs* nicht, aber ich bin überzeugt – und ich bin der, der am längsten die Verbindung hält –, wenn es zu einer Abstimmung käme, daß sie für eine echte Autonomie ausfallen würde. Wir können keine Regelung verlangen, die das Verlangen der Saarbevölkerung ignoriert. Wir müssen also eine Zwischenlösung finden, die eine Entscheidung so weit hinausschiebt, bis die Stimmung sich eindeutig wieder zu unseren Gunsten geändert hat. Wir sind auch noch zu einem Weiteren verpflichtet: Wir müssen nicht nur im Interesse der Saarbevölkerung, sondern auch im Interesse einer Meinungsbildung nach allem streben, was die Situation und das Leben dort erleichtert. Parteien müssen zugelassen werden usw. Wir streiten uns wirklich nur um die Überschrift, die darüber gesetzt werden soll. Das Wesentliche scheint mir hier das Nicht-Präjudizieren. Aber wir dürfen uns nicht in den Geruch setzen, daß wir den Willen der Bevölkerung ignorieren.

Franz BLÜCHER: Was *Mayer* ausführt, würde Erleichterungen für die Saarbevölkerung bedeuten, aber es werden zweifellos Gegenleistungen von der anderen Seite verlangt werden, und darüber wissen wir nichts. Man soll sagen, was man sich konkret unter dieser Zwischenlösung vorstellt.

Es bleibt nichts anderes übrig, als daß ich morgen früh dem Kanzler einen Brief schreibe und ihm den Wunsch nach einer Aussprache vortrage.[20]

---

20 *Blücher* an *Adenauer* vom 30. 9. 1952, NL Blücher 80. Hierin hieß es: „Mit der gestrigen Sit-

Ich würde vorschlagen, daß wir damit die außenpolitische Aussprache abschließen.

Beschlüsse[21]:

„In der gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstandes und des außenpolitischen Ausschusses der FDP am 29. 9. 1952 in Bad Godesberg wurden einmütig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die FDP fordert erneut die Bereinigung des Problems der Kriegsverurteilten. Sie erwartet insbesondere, daß noch vor dem Zusammentritt der gemischten deutsch-alliierten Kommission die einzelnen Gewahrsamsmächte im Interesse der allgemeinen Befriedigung und der Schaffung wahren Vertrauens Freilassungen im weitesten Umfang vornehmen.

2. Die FDP betrachtet nach wie vor eine politische Abtrennung des Saargebietes und seiner deutschen Bevölkerung von Deutschland als unvereinbar mit den Grundsätzen des Völkerrechts und der Politik der europäischen Einigung. Die FDP glaubt, daß die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs im Saargebiet durch freundschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gewahrt werden können, ohne daß die politische Zugehörigkeit der Saarbevölkerung zu Deutschland angetastet wird."

22b.

29. 9. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 96. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am 29. 9. 1952 in Bad Godesberg, Hotel Schaumburger Hof." 20.00 Uhr–23.00 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Blücher, [Borttscheller], Dehler, Euler, Frühwald, Herta Ilk, Leuze, [Leverenz], Mayer, Mende, Middelhauve, Müller, Neumayer, Rademacher, Rinné, Rubin, Sander, Schäfer, Schwennicke, Ungeheuer.

Franz Blücher: Das Programm wird nicht abgewickelt werden können. Frage: Wann kann der geschäftsführende Vorstand zusammentreten?

Beschluß: Nächste Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes: Montag, den 6. Oktober 1952. 17.00 Uhr. Außerhalb der Tagesordnung:

---

zung des außenpolitischen Ausschusses meiner Partei hat eine Reihe von Arbeitstagungen begonnen, die der Abklärung der politischen Gesamtsituation dienen sollen. Das Ergebnis der gestrigen Tagung ist u. a. der Auftrag an mich, Sie sehr dringlich um kurzfristige Anberaumung eines Termins für eine Aussprache zu bitten." *Adenauer* antwortete am 2. 10. 1952, daß für den 7. 10. 1952 bereits eine Aussprache mit der FDP-Fraktion angesetzt sei. Ebd.

21 Abgedruckt in: fdk, 3. Jg., Nr. 65 vom 29. 9. 1952.

FINANZBERICHT

RUBIN: Ich werde nicht ausführlich werden, sondern nur über die wichtigsten Dinge berichten, da drei Landesverbände in großer Notlage sind. Die Finanzierung kompliziert sich in den letzten Monaten, da sich in den einzelnen Ländern Fördergesellschaften gebildet haben, die uns die Finanzierung abnehmen wollten. Wir haben aus politischen und aus sachlichen Gründen diesen Weg nur mit großen Bedenken teilweise mitgemacht. Es hat sich herausgestellt, daß die politischen Bedenken berechtigt waren und daß die Erwartungen, die gehegt wurden, in keiner Weise eingehalten worden sind. Es ist von tollen Zahlen die Rede gewesen, die draußen in den Ländern alles verrückt gemacht haben, und jetzt sind die Gesellschaften überhaupt nicht zum Arbeiten gekommen. Nur in einzelnen Landesverbänden ist die Sache halbwegs angelaufen. Man ist sich nur in einem einig, daß das gesteckte Ziel nicht zu erreichen ist, daß die Gesellschaft nur viel für ihre eigenen Zwecke haben will und daß von den großen Zahlen, die ins Auge gefaßt wurden, höchstens ein Drittel zur Verfügung stehen werden. Dies würde bedeuten, daß wir nur einen Bruchteil der Aufgaben erledigen könnten, die wir uns gesteckt haben.

Wir müssen uns eigene Möglichkeiten erhalten. Das ist aber nur bedingt möglich, denn unsere eigenen Quellen wurden blockiert. Wir haben dann erleben müssen, daß auf Veranlassung der CDU das Gutachten des Bundesfinanzhofes außerordentlich ungünstig ausgefallen ist[1] und daß alle Verbände, die eingeschaltet waren, einen Rückzieher gemacht haben, so daß aus diesen Quellen fast gar keine Mittel mehr fließen. Entgegen manchen Gerüchten ist festzustellen, daß wir in Bonn von irgend welchen zentralen Stellen keine Mittel bekommen haben und daß wir das, was wir bekommen haben, auch weitergegeben haben. Kritisch ist es in Bayern, und ganz ernst ist das Problem in Schleswig-Holstein, wo noch dazu die Lage eingetreten ist, daß Mittel, die schon bewilligt waren, nun festgehalten werden, um uns zu zwingen, politische Konzessionen zu machen.

Dr. LEVERENZ berichtet über die Lage in Schleswig-Holstein.

Franz BLÜCHER: Ich möchte nur bemerken, daß ich gerade wegen dieser Frage ständig in schriftlicher und mündlicher Verbindung mit Herrn *Rubin* gewesen bin. In den nächsten Tagen soll aufgrund dieser Tatsachen eine Besprechung mit dem Kanzler und einigen prominenten Persönlichkeiten stattfinden. Ich lege Wert darauf, daß Herr *Rubin* anwesend ist.

RUBIN: Die Dinge wurden falsch aufgezogen. Sie setzen dort am stärksten an, wo sie glauben, daß wir am schwächsten sind. Also ist die Gefahr dort groß, wo wir sowieso schwer zu kämpfen haben. Frage: Was sollen wir politisch tun, damit diese Gebiete besser zum Zuge kommen? Es ist sinnlos, wenn wir die letzten Groschen irgendwohin leiten, wo wir uns dann sagen müssen, wir hätten das Geld besser verwenden können.

---

1 Gutachten des Bundesfinanzhofes vom 18. 5. 1952, abgedruckt in: SAMMLUNG DER ENTSCHEIDUNGEN UND GUTACHTEN DES BUNDESFINANZHOFES, 56. Bd., 1953, Nr. 168, S. 591–603.

Dr. MIDDELHAUVE: Der Bundesschatzmeister ist bemüht, denjenigen Landesverbänden, die sich in einer schwierigen Situation befinden, nach bestem Ermessen zu helfen. Es darf nicht dazu kommen, daß die organisatorische Arbeit der Landesverbände zum Erliegen kommt. In diesen Fällen muß von Bundesseite her geholfen werden. Ich würde das Vertrauen zu *Rubin* haben, daß nach gerechter Abwägung der Gesamtsituation hier durch die Bundespartei geholfen wird.

Dem Vorschlag von *Middelhauve* wird zugestimmt.

TOP 1: VORBEREITUNG DES NÄCHSTEN PARTEITAGES, VOR ALLEM IN PROGRAMMATISCHER HINSICHT

Franz BLÜCHER: Es ist Ihnen bekannt, was wir bei der letzten Vorstandssitzung beschlossen haben, am Buß- und Bettag tagen zu lassen.[2] Am 20., 21. und 22. November 1952 soll der eigentliche Parteitag stattfinden. Diesem Parteitag soll im März ein weiterer Parteitag folgen, der keine andere Aufgabe hat, als das Programm für den Wahlkampf bekanntzugeben.

Nun legt uns die Presse Verpflichtungen auf für den Parteitag in Ems. Wir müssen mit jeder Rede zum Äußersten vorbereitet sein und müssen uns schriftlich wahrscheinlich auf einen großen Teil des von uns Vorzutragenden vorbereiten. Wir müssen das tun, weil der NWDR anläßlich des Parteitages der SPD[3] ausführlich berichtet hat und auch über die anderen Parteitage so ausführlich berichten will. Wir sind hier einer Publizität ausgeliefert, die eine große Vorsicht erforderlich macht.

Nun möchte ich anregen aus der These unserer Verpflichtung heraus, die wir alle anerkennen, die rein politische Aussprache mehr zu beachten, und ich habe vorgeschlagen, daß wir den Bericht über die eigentliche Geschäftsführung der Partei, daß wir auch allenfalls den Bericht über das letzte politische Jahr und auch über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion schriftlich erstatten in der Form, daß einige Tage vor dem Parteitag diese Berichte vorliegen, so daß wir nicht einen ganzen Tag mit berichterstattenden Reden ausfüllen. Ich glaube, wir sollten uns darüber einig sein, daß wir bei diesem Vorschlag verbleiben.

Weiter ist vorgeschlagen worden, daß wir versuchen sollten, die Regularien auf den ersten Parteitag zu legen. Ich habe nur einen Grund. Ich habe bisher beobachtet, daß, wenn dies am Schluß kommt, die sachliche politische Arbeit dadurch gestört wird, daß sich immer nur die Hälfte der Delegierten im Saal befindet.

Das Nächste ist: Unter welchem Thema soll dieser Parteitag stehen?

Es liegen bisher zwei konkrete Anträge vor: Der erste von *Haußmann,* daß auf diesem Parteitag Reinhold *Maier* über „demokratische Politik" spricht, der zweite von Nordrhein-Westfalen über das „Deutsche Programm".

---

2 Siehe Nr. 21, TOP „Vorbereitung des Parteitages".

3 24.–28. 9. 1952 in Dortmund. AdG 1952, S. 3671 A. Zum hier verabschiedeten Aktionsprogramm K. KLOTZBACH, 1982, S. 260–264.

Wir müssen vor der Bundestagswahl zu einem aktuellen Tagesfragen-Unterrichtsmaterial bis zu den Ortsgruppen kommen, damit man auch hier eine wirklich objektive und schlagkräftige und vor allen Dingen wirklich erklärende Antwort zur Hand hat. Das wird eine umfangreiche Arbeit sein, die sich aber nach meiner Ansicht mühelos leisten läßt.

Über die andere Frage, Bearbeitung des Werbematerials, werden wir recht bald gesondert sprechen müssen, damit wir erreichen, daß die Partei ein einheitliches Gesicht hat und damit möglichst etwas Kämpferisches und Positives gesagt wird. Dabei komme ich auf eine weitere Frage: Wie finden wir jemand, der mit Sachlichkeit und Kenntnis dem schwersten Problem entgegentritt: „Wie kämpfen wir gegen die Interessenlosigkeit unseres Wählernachwuchses?"

Dann möchte ich noch erwähnen, daß die Arbeiten im wirtschaftspolitischen Ausschuß bei seiner letzten Tagung ausgezeichnet angelaufen sind. Dagegen hat mir der offene Brief an mich[4], auf den *Mende* freundlicherweise geantwortet hat, einmal deutlich gemacht, daß wir nicht daran vorbeikommen, nachdem das Sozialprogramm[5] allgemein ein sozialpolitisches war, in der nächsten Zeit uns eingehend mit einem Programm der Opfer des Krieges und der Nachkriegszeit zu beschäftigen.

SCHWENNICKE: Zum Vorschlag, am Donnerstag mit den Regularien zu beginnen: Ich kann mir vorstellen, daß wir hierbei aber auch über die Satzungen diskutieren müssen, was nicht so völlig reibungslos vonstatten gehen dürfte. Aber wir müßten am Donnerstag mit den Regularien anfangen, dann hätten wir das erreicht, was *Blücher* angedeutet hat.

Was die programmatische Ausgestaltung angeht, so möchte ich nur eine Bemerkung machen, die nicht unmittelbar mit der grundsätzlichen Problematik des Parteitages zusammenhängt. Wir haben bisher auf keinem unserer Parteitage die Frage des Ostproblems besprochen. Ich weiß genau, wenn wir dieses Thema behandeln, daß wir vieles wiederholen würden. Aber wir sollten daran denken, daß die Wirkung nach außen nicht unterschätzt werden darf. Es ist m. E. sehr erforderlich, den Menschen, die sich bemühen, hinter dem Eisernen Vorhang die Fahne hochzuhalten, das Gefühl zu geben, daß man sich auch im Bundesgebiet mit ihren Fragen ernsthaft befaßt.

Es spricht etwas Weiteres für dieses Thema. Die CDU wird ihren Bundesparteitag Mitte Oktober in Berlin abhalten.[6] Die Wirkung dieses Parteitages ist auf die Ostzone abgestellt. Aus diesem Grunde würde ich es für richtig halten, daß wir uns nicht mit einem Grußwort begnügen, sondern zu irgendeiner Zeit doch Gelegenheit zu nehmen, diese Fragen zu einer Diskussion zu führen.

---

4 Nicht ermittelt.

5 Verabschiedet vom Hauptausschuß am 5. 7. 1952, abgedruckt in: J. M. GUTSCHER, 1984, A. 295–308.

6 Am 18. und 19. 10. 1952. AdG 1952, S. 3702 B.

Ich würde es für richtig halten, Ihrem Vorschlag zu folgen, zuerst Regularien und dann das Zweite, wir wollen uns nicht mit einem Grußwort begnügen. Wir können da nicht viel Neues sagen, aber darauf kommt es ja nicht an.

Dr. DEHLER: Wir haben zwei Parteitage vor uns, einen im November und einen im März nächsten Jahres.

Unser Novemberparteitag folgt dem der SPD und CDU. Die SPD hat ihren Parteitag unter der Problematik Außenpolitik und Innenpolitik grundsätzlich aufgezogen. Wir müssen das Gespräch aufnehmen und weiterführen. Ich würde es auch für richtig halten, wenn wir uns grundsätzlich von der CDU distanzieren. Ich würde vorschlagen, daß wir im März herausstellen die Steuerpolitik, Kriegsopferversorgung mit vielen konkreten Problemen. Sonst laufen wir Gefahr, daß der Märzparteitag nur eine neue Auflage des Novemberparteitages wird.

EULER: Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß wir den Novemberparteitag zu Auseinandersetzungen zu dem, was die SPD in Dortmund gesagt hat, benutzen. Die SPD hat einen schweren Fehler gemacht, daß sie, was sie im Laufe des dreiviertel Jahres [bis] zu den Wahlen zu tun gedenkt, jetzt schon proklamiert hat. Auch das Ostproblem ist wichtig, und wir sollten hier nicht nur eine Schilderung der Zustände geben, sondern durch Einzelheiten versuchen zu erläutern, wie wir die Verhältnisse zu ändern gedenken für den Fall, daß wir zu freien Wahlen in der Sowjetzone kommen. Ich glaube, mit diesen beiden Problemen würden wir die Position unserer Partei sehr vorteilhaft in die Öffentlichkeit bringen.

BLÜCHER: Ich stimme mit *Euler* überein, daß wir das Manifest der SPD[7] beantworten müssen. Aber ich warne davor, daß das einen Parteitagserfolg bringt. Das ist das Negative. Den Wahlkampf aber wollen wir nur mit positiven konkreten Äußerungen beginnen.

Dr. MIDDELHAUVE: Was ich einwenden wollte, ist schon gesagt worden. Es liegen zwei Anträge für die Diskussion des Parteitages vor. Nachdem die Gegensätzlichkeiten der letzten Monate durch den Südweststaat ausgelöst wurden, würde es unverständlich sein und allem einen falschen Aspekt geben, wenn im Mittelpunkt des Parteitages ein Referat von Reinhold *Maier* stünde. Es wird deshalb nicht möglich sein, dem Antrag *Haußmann* zu entsprechen. Der zweite Antrag kommt von Nordrhein-Westfalen, um Stellung nehmen zu lassen zu dem „Deutschen Programm".[8] Wenn der Vorstand sich damit einverstanden erklären würde, hätten wir eine politische Grundlage, die es uns möglich macht, gerade von der positiven Grundlage aus gegen die SPD zu polemisieren, aber nicht in ablehnender Stellungnahme zu einer Äußerung der gegnerischen Partei, sondern ausgehend von einer eigenen politischen Grundlage. Denn daß wir gegen das SPD-Programm Stellung nehmen müssen, ist klar, nur hat *Blücher* recht, wir können das nicht zum Mittelpunkt machen.

---

7 Abgedruckt in: ebd., S. 3671 A.

8 Abgedruckt in: J. M. GUTSCHER, 1984, S. 309–315. Hierüber bereits die Diskussion in Nr. 21, ab Anm. 60.

Es wäre die Verquickung von Punkt 1 und Punkt 2 der Tagesordnung notwendig, damit wir wissen, ist das „Deutsche Programm" überhaupt als Grundlage für den Parteitag möglich?

[TOP 1 VERBUNDEN MIT TOP 2: STELLUNGNAHME ZU DEM VOM LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN VORGELEGTEN „DEUTSCHEN PROGRAMM"]

Dr. BORTTSCHELLER: Das Volk hört immer nur das Nein von *Adenauer* und hat für dieses Nein kein Verständnis mehr. Wir werden in Ems in aller Breite die Probleme aufrollen müssen, und wir werden Stellung beziehen müssen. Wenn wir nicht alle Mittel und Wege suchen, um das zu ermöglichen, sehe ich wenig Erfolg. Wenn ich die Dinge richtig beurteile bezüglich der Abgrenzung der Fronten für das nächste Jahr, dann „Front der freien Menschen" [auf der einen], auf der anderen Seite die rote Front der SPD-Vermassung. Wenn wir diese Dinge auch erst ganz scharf umreißen können bei dem Parteitag im März, so sollten wir doch in Ems schon die Fronten abstecken.

Dr. SCHÄFER: Der Parteitag hat den Zweck, gewisse Grundlinien herauszustellen, er kann aber nicht aufgehen in Details. Als Ausdruck des gemeinsamen Wollens können nur grundsätzliche Themen behandelt und vertreten werden. Und da ist das außenpolitische Thema herauszubringen, Erhaltung des Friedens und der Einheit. Das sind die Stichworte, und dann muß die Sache in die freiheitliche Basis gebracht werden. Darüber kommen wir nicht hinweg. Zum Propagandistischen müssen wir überlegen, wie weit wir die Dinge zu bringen in der Lage sind, die mitreißend sind. Was kann man für Folgerungen ziehen auf sozialem Gebiet? Verständigung über das, was demokratisch ist, Attacke gegen den Spießbürger, so daß man ihm seine Gedankenlosigkeit vor Augen führt. Gerade das Bürgertum ist doch allerhöchstens bereit, etwas Geld zur Verfügung zu stellen. Da steckt der Gefahrenherd, in der Darstellung der gesellschaftlichen Vorstellung, in der sozialen Umschichtung. Der, der gut über die Währungsreform kam, der kann von den Vorteilen der Steuer Gebrauch machen, der aber nichts hat, kann keine Vorteile für sich in Anspruch nehmen. Wir stehen vor einer Umschichtung der Besitzverhältnisse, aus der sich große Spannungen ergeben. Das hat mit den äußeren Korrekturen nichts zu tun. Der kleine Mann muß wieder Kapital bilden. Wie müßte ein Steuersystem aussehen? Wie eine Übergangsform vom jetzigen zum neuen gefunden werden? Wir müßten einen Vorschlag haben auf dem sozialpolitischen Gebiet, Beseitigung der Arbeitslosen. Wir könnten uns gegen die schreiende Ungerechtigkeit wenden, daß Mittel der kleinen Leute verwendet werden, um andere Dinge zu finanzieren. Man kann an die Entrüstung schon herankommen.

RUBIN: Die Diskussion hat bewiesen, daß in den Mittelpunkt des Parteitages konkrete politische Forderungen gestellt werden müssen. Es ist bedauerlich, daß hier gesagt wurde, daß in der Tat nur von einem einzigen Landesverband ein konkreter Vorschlag vorliegt. Eins ist sicher, daß dieses Programm, was Nordrhein-Westfalen hat, nun – mit Wahrscheinlichkeit – zweckmäßigerweise auf dem Bundesparteitag diskutiert wird und sich aus der Diskussion etwas ergibt, womit man was anfangen kann.

Dr. DEHLER: Ich schlage vor, einen Ausschuß von vier Leuten zu bilden, der mit *Middelhauve* und seinen Mitarbeitern das „Deutsche Programm" durcharbeitet. Das Wort „Deutsches Programm" ist ausgezeichnet. Aber das Programm auf dem Parteitag durchzusprechen und darzulegen, ist wohl nicht richtig. Ich stelle mir den Parteitag kämpferischer vor. Wir müssen uns mit dem, was die SPD gesagt hat, auseinandersetzen. Einzelne Fragen wie Steuerfragen usw. ergeben sich aus dem Grundsätzlichen. Wenn wir aber über Rundfunk und Presse an die Menschen herankommen [wollen], dann müssen wir mit etwas kommen. Wir müssen unsere große außenpolitische Konzeption herausarbeiten. Das muß in einer einheitlichen großen Rede geschehen, das kann man wohl kaum in Referate aufteilen.

Franz BLÜCHER: Sie schlagen beschleunigt einen kleinen Ausschuß vor für die Aussprache und zum Redigieren des „Deutschen Programms". Derselbe Ausschuß oder ein anderer würde zu überlegen haben, wie wir nun auf das SPD-Programm Antwort geben. Das würde auch mit *Eulers* Ansicht übereinstimmen, wobei ich nachdrücklich meine warnende Stimme erhebe: Nichts wäre verheerender, als wenn wir zu Forderungen kämen, von deren innerer Wahrhaftigkeit wir nicht überzeugt sind.

Dr. MIDDELHAUVE: Zunächst nehme ich an, daß Sie den blöden Unsinn, der bezüglich des „Deutschen Programms" in den Zeitungen steht, nicht glauben. Das Programm hat eine bestimmte Absicht:

1. hielten wir es für notwendig, daß wir zu einer gesamtprogrammatischen Grundlage in der Partei kämen, und da sollte das „Deutsche Programm" eine Grundlage sein.

2. ist es notwendig, daß, wenn wir einen Wahlsieg der SPD im nächsten Jahre unter allen Umständen verhindern wollen, daß wir verhindern müssen, daß sich Kräfte, die sich in der Ablehnung des Sozialismus einig sind, aufspalten. Das ist aber nur möglich, wenn wir eine programmatische Zusammenfassung schaffen. Die Möglichkeit, daß dieses „Deutsche Programm" eine solche Grundlage bietet, hat sich herausgestellt. Wir sollten die Sache ernst nehmen. Auf jeden Fall verdient es, als Grundlage der Diskussion angesehen zu werden, zumal es weder abgeschrieben ist, noch banale Sätze enthält, sondern allgemeine Dinge zusammenfaßt.

Daß das Programm doch einen bestimmten Anspruch erheben kann, beweist die Tatsache, daß es in dieser Form Aufsehen in der Öffentlichkeit erregen konnte. Es ist doch so, daß auch andere Parteien der Auffassung sind, daß dieses „Deutsche Programm" eine Grundlage sein könnte für einen Zusammenschluß.

Die Frage ist doch die: Wie will die FDP eine Zusammenfassung der Kräfte, die sich nicht nur in der Abwehr und Ablehnung der SPD, sondern auch sonst durch positive politische Voraussetzungen einig sind, erreichen?

Meine Auffassung ist, daß eine solche Aufgabe von keiner anderen als unserer Partei gelöst werden kann und wir daraus eine Verpflichtung für die nächsten Wahlen haben. Diese Frage müßte meiner Ansicht nach erst geklärt werden. Bezüglich des Programms selbst habe ich in einer Sitzung des geschäftsführen-

den Vorstandes erklärt, daß dieses Programm nicht in dieser Formulierung der Weisheit letzter Schluß zu sein braucht.[9] Darüber hat letzten Endes die Partei zu entscheiden, wenn sie eine solche Entscheidung herbeiführen will. Sie könnte ja auch sagen, was geht es uns an, wir lassen es hängen. Aber ich glaube, das wäre doch nicht der richtige Weg. Diese Prüfung muß erfolgen, und dazu ist zweifellos der Weg, den *Dehler* vorschlägt, der beste; ein Weg, der schnell zu einem Ergebnis gebracht werden kann, daß der Parteitag in Ems im November an dem „Deutschen Programm" dann nicht vorbeigehen kann.

Gerade deswegen scheint es mir unerläßlich zu sein, daß der Parteitag zu diesem „Deutschen Programm" Stellung nimmt, also es diskutiert. In welcher Form das geschieht, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Es kann durch Referate, aber auch in anderer Form geschehen. Darüber will ich nicht sprechen.

RADEMACHER: Ich glaube, Herr *Middelhauve,* daß wir erst einmal das Grundsätzliche anschneiden. Es soll sich ja nicht um ein Programm von Nordrhein-Westfalen handeln, sondern um ein „Deutsches Programm", also um Entschließungen, die die ganze Partei zu fassen hat.

Herr *Middelhauve* hat uns ein Beispiel der Selbstdisziplin gegeben mit dem Sozialprogramm. Ein großer Teil des Sozialprogramms von Nordrhein-Westfalen hat Niederschlag gefunden in dem verabschiedeten Sozialprogramm. Ich will also nicht sagen, daß die Initiative der Landesverbände unterdrückt werden soll. Jeder Beitrag ist willkommen, aber es ist unerträglich und nicht richtig, daß solche Programme von einem Landesverband der Öffentlichkeit übergeben werden. Wir stehen heute vor der Tatsache, daß wir uns damit auseinandersetzen müssen. Es wird Änderungen erfahren, und das ist keine angenehme Situation für den Urheber eines solchen Programms. In dieser Beziehung sollte man immer etwas mehr an das Gesamte denken, zuerst Vorschläge an ein berufenes Gremium machen und dann schlagkräftig in die Öffentlichkeit treten.

Was die Dinge anlangt, die wir am Parteitag herausbringen wollen: Wir sollten uns mit aller Deutlichkeit mit dem Problem befassen: Der Staat als Unternehmer, als immer größer werdender Unternehmer. Ich möchte bitten, auf dem Parteitag nicht in einem ganz starken Maße zu einer Erwiderung zu kommen auf das SPD-Programm. Das wäre ein großer Fehler. Wir müssen mit unserem eigenen Programm herauskommen. *Schäfer* hat das entscheidend schon gesagt. Wir könnten uns ja freuen, daß die Gedanken der Individualität bei der SPD sich immer mehr durchsetzen, nachdem, was sich in Dortmund zugetragen hat. Unsere schwierige Aufgabe ist es einmal, das Programm der SPD zu geißeln, aber nicht am Parteitag, und dann aber auch selbst etwas Positives herausbringen.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir haben mit dem „Deutschen Programm" den gleichen Weg wie mit dem Sozialprogramm beschritten. Wir hatten selbstverständlich auch damals damit gerechnet, daß sich wesentliche Unterschiede dieses Sozial-

9 Bezieht sich anscheinend auf die Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 11. 9. 1952. Über diese Sitzung ist ein Protokoll nicht überliefert. ADL, Ordner-Nr. 82.

programms in der Umgestaltung durch die Gesamtpartei vor der Annahme durch die Gesamtpartei ergeben würden. Wir haben damals den Schritt getan, weil wir gesagt haben, es muß etwas geschehen. Die Gesamtpartei ist schwerfälliger, das liegt in der Struktur der Sache. Wir haben dieses Wagnis auf uns genommen, selbst auf die Gefahr hin, daß uns der verständliche Vorwurf gemacht wurde, den *Schäfer* gemacht hat: Ihr prescht vor und überfahrt uns. Aber das Überfahren liegt uns nicht, denn letzten Endes waren wir uns bewußt, daß dieses Programm in seinem Inhalt ein liberales Programm ist. Wir glaubten, diesen Weg gehen zu können, um die Partei zu einem schnellen Ergebnis zu zwingen.

Franz BLÜCHER: Ich will über den Inhalt des Programms im einzelnen nichts sagen. Aber daß bei dem Programm die Unterscheidung zwischen dem, was für die nächsten Jahre und dem endgültig zu Erstrebenden notwendig ist, nicht deutlich wird, das ist eine Sache, die gefährlich sein kann.

Ich will nur auf einen Punkt abheben: Wir würden zum Teufel gehen, wenn wir mit diesem Programm gesamtdeutsche Wahlen durchführen und hätten nicht das Bißchen an Länderexekutive, was wir als Rückgrat dafür brauchten.

Hinter diesem Programm steht eine entscheidende, ganz entscheidend wichtige Frage, nämlich die Frage nach der Entwicklung des Parteilebens überhaupt. Das ist die Frage dahinter, darüber müssen wir uns klar werden.

Ich glaube nicht, daß es zuviel ist, wenn ich sage, daß ich täglich 30 bis 40 Briefe erhalte, die sich letzen Endes mit denselben Dingen befassen, die hinter der Entstehungsgeschichte des „Deutschen Programms" stehen: Das ist die Frage nach dem Weg, den in Zukunft die deutschen Parteien gehen werden, die die politische Verantwortung zu tragen haben. Da kommt es immer auf eins leider Gottes an. Nämlich, daß man immer noch geneigt ist, nicht die Dinge, die Wirklichkeit ganz leidenschaftslos abzuklären, und daß man noch viel mehr geneigt ist, eine Kritik von außen, aus dem Ausland als schlechthin wertvoll oder bestimmt anzunehmen. Das ist eine Tatsache, die man mit Offenherzigkeit aussprechen muß.

Weiter: Ich halte die DP nur für berechtigt in Niedersachsen und nirgendwo anders. Sie hat kein politisches Gesicht und keinen politischen Inhalt. Sie gebärdet sich außer in Niedersachsen in anderen Ländern unerträglich nationalistisch. Auf der anderen Seite sind die Wähler der DP in jedem deutschen Land ein Begriff. Ich denke da an Nordrhein-Westfalen. Die Leute sind politisch nicht hoch zu werten, und ich möchte sie sozusagen als Anhänger eines Kriegervereines nominieren. Sie sind aber keineswegs Radikalsozialisten. Ich denke da nur an die Vorgänge in Hamburg vor drei Jahren.[10]

Ich sehe hier keine andere Möglichkeit als das Folgende: Wir haben im Jahre 1930 schon einmal eine völlige Verkennung der Situation erlebt. Es wäre da-

10 Bezieht sich sehr wahrscheinlich auf den Bundestagswahlkampf. Hierzu die Schilderung *Scharnbergs* in der Sitzung führender Politiker aus CDU und CSU am 31. 8. 1949, AUFTAKT, 1985, S. 99.

mals die Chance gegeben gewesen, der Bildung einer gemäßigten Rechten auf breitester Grundlage. Wir sollten heute nicht die Möglichkeit eines neuen Radikalismus unterschätzen.

Vergessen wir auch nicht das völlig unabgeklärte politische Bild der CDU. Die CDU steht unter dem Eindruck, daß die Leute wissen, daß eine Partei nicht nur sachliche, sondern auch persönliche Symbole braucht. Ich spreche das ungern aus. Das ist das, worunter wir am meisten leiden und sündigen. Uns fällt es nicht im Traume ein, schlechthin einige Leute als Vorbilder herauszustellen. Unsere parteipolitische Tätigkeit besteht im wesentlichen darin, daß wir möglichst vermeiden, nun einmal die Leute, die in der zentralen Parteiarbeit etwas bedeuten, überhaupt zu erwähnen.

Nun aber auf die Partei zurück. Ich halte es für völlig falsch, sich irgendwo anzubiedern. Ich halte es für völlig falsch, Gesinnungsopfer zu bringen. Ich halte es aber für ebenso richtig, wenn wir in einer ganzen Reihe von Fragen einmal lauter und deutlicher das sagen, was wir seit 1946 unablässig getan haben und was andere Leute für sich in Anspruch nehmen. Ich halte es sogar für notwendig, das zu sagen, was wir getan haben, weil dadurch unser politisches Bild klarer und erkennbarer wird, gleichgültig, ob es sich um die Frage der Nürnberger Urteile oder der Kriegsgefangenen oder die zum Teil bis zur Unsittlichkeit führende Entnazifizierung handelt. Wenn wir also mit anderen Worten sehr viel deutlicher als bisher unsere in der Vergangenheit eingenommene im guten Sinne vaterländische Haltung herausstellen, und wenn wir weiter zeigen, daß wir Liberale des 20. und nicht des 19. Jahrhunderts sind, dann halte ich das für einen großen Vorteil als Ausgangspunkt für die Bildung einer größeren Partei.

Ich habe das absichtlich einmal mit einer solchen Deutlichkeit gesagt. Das ist unser gutes Recht und unsere Pflicht. Aber wir sollten nicht so viel Bilderbuch-Politik machen, und wir sollten uns eingehend damit beschäftigen und nachdenken, wie weit nicht jeder von uns schon Opfer einer bestimmten Vorstellung geworden ist. Wenn wir von einem ganz bestimmten Radikalismus loskommen wollen, dann sehe ich die Aufgabe darin, daß wir das, was 1930 verabsäumt wurde, heute tun. Es ist immer wieder die Angst, daß wir zu sehr besorgt sind, Puritaner zu sein.

Wir wollen von unserer Gesinnung nicht abgehen und sie so äußern, wie wir sie längst praktizieren. Das ist auch die Frage, die hinter dem „Deutschen Programm" steht. Daß das Programm Änderungen bedarf, Erweiterungen, darüber sind wir uns doch klar. Daß es mir zu sehr des Neuen entbehrt, dessen, worauf die junge Generation wartet, das ist eine Sache, die wir uns gut überlegen müssen.

Euler: Wir sollten die beiden Fragen auseinanderhalten. Ich begrüße die Initiative von Nordrhein-Westfalen. Ein kleines Gremium soll sich mit dem „Deutschen Programm" beschäftigen, um etwas daraus zu machen. Das schließt nicht aus, daß wir uns alle Gedanken gemacht haben, inwieweit das, was wir uns vorgestellt haben, damit geschafft und nicht geschafft ist. In kurzen Kampfsätzen müssen wir sagen, was wir wollen. Auf einem anderen Blatt

steht die Frage der mehr oder weniger engen Zusammenarbeit mit anderen Parteien. Auch diese Zusammenarbeit hat verschiedene Seiten, wahltechnische und wahltaktische Dinge, um zu verhüten, daß die SPD Mandate bekommt aufgrund einer Zersplitterung. Es werden in den verschiedenen Wahlkreisen in den einzelnen Landesverbänden Listenverbindungen eingegangen werden müssen.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich bin der Auffassung, wir könnten noch stundenlang diskutieren und würden kein Ergebnis haben.

Ich bin der Meinung, am Montag sollte sich der geschäftsführende Vorstand damit weiter befassen. Heute abend verspreche ich mir keinen Erfolg. Vor allen Dingen möchte ich anregen, daß der Vorschlag *Dehler* zum Beschluß erhoben wird, daß sich ein kleines Gremium hiermit befaßt, um dann das Ergebnis an den Vorstand sobald als möglich zu bringen, daß sich der Gesamtvorstand in 14 Tagen wieder zusammenfindet, um auf der Grundlage des Ergebnisberichtes der Kommission Stellung zu nehmen.

Franz BLÜCHER: Darf ich zu einem Schluß kommen? Wir haben den Vorschlag *Dehler,* der Billigung findet. Wir haben *Middelhauve* gehört, der nur vorpreschen wollte. Wir müssen uns also zusammensetzen und sehen, ob das richtig ist und genügt, was das Programm bringt. Mir scheint das nicht zu genügen. Wir werden ohne jeden Zweifel viel mehr Wert darauf legen müssen, unsere eigene Stellung zu profilieren. Mir liegt nicht so viel daran, daß das Wort Liberalismus zwanzigmal vorkommt, aber Liberalismus der Tat muß zum Ausdruck kommen. Erwähnt muß werden unsere selbstverständliche Haltung gegenüber der Gewissensfreiheit des einzelnen, auch muß die Verbindung zwischen liberal und sozial deutlich werden, das heißt: soziale Haltung, sonst sind wir keine Liberalen mehr. Alle diese Dinge lassen sich gewissenhaft überlegen und neu formulieren. Nur haben wir damit nicht das allgemeine Thema des Parteitages. Wenn wir daraus ein Ganzes machen, so kann das eine Proklamation sein, aber nicht eine Debatte, in der so und so viele reden. Wir kommen nicht daran vorbei, daß Sie uns Vollmacht geben müssen, in Gesprächen ein Programm vorzubereiten, das die Billigung [bis] zur Berliner Sitzung finden müßte.

Ich darf um Bestätigung bitten, daß wir: 1. an diese Ausschußarbeit herangehen, 2. am Montag ein Programm zusammenstellen, 3. dieses Programm dann sofort allen zuleiten, damit Sie Kritik üben können, 4. und schließlich ist es nicht möglich, das abzuschließen. Es muß die Zustimmung eines großen Gremiums vorerst gefunden werden.

Beschluß: Zusammensetzung des Ausschusses: *Blücher, Schäfer, Ungeheuer, Rademacher, Middelhauve.*

Der Termin für den Ausschuß wird Montag abgesprochen.

TOP 3A: STELLUNGNAHME DES BUNDESPRÄSIDENTEN ZU EINEM VERSAMMLUNGSPLAKAT DER FDP IN HOLZMINDEN, NIEDERSACHSEN.[11]

Beschluß: In einem Brief von *Blücher* an das Bundespräsidialamt soll die Mißbilligung des Vorstandes zum Ausdruck gebracht werden.[12]

MÜLLER: Wenn die Angelegenheit Jungdemokraten am nächsten Montag behandelt wird, bitte ich, *Hoffmeister* und mich hinzuzuziehen.

Franz BLÜCHER stimmt dem zu.

23.

25./26. 10. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 96. Prot. Kellner. Überschrift: „Sitzung des Gesamtvorstandes in Berlin am 25. 10. 1952, 16.20 Uhr [und am] Sonntag, dem 26. 10. 1952, Beginn 10.00 Uhr." 16.20 Uhr–20.30 Uhr (25. 10.) und 10.00 Uhr–17.00 Uhr.

Teilnehmer: [Ella Barowsky, Bezold, Blücher, Dehler, Eberhard, Euler, Günzel, Haußmann, Hoffmeister, Kohler, Kohut, Kunze, Middelhauve, Müller, Richter, Schäfer, Schifferer, Schwennicke, Weirauch].

[25. 10. 1952:]

BLÜCHER: Meine Herren, ich eröffne die außerordentlich schlecht besuchte Sitzung. Ich will von allen denen, die bestimmt verhindert waren, schweigen. Mit größerer Bekümmernis muß ich jedoch Kenntnis davon allen denen geben, die es noch nicht wissen. Ernst *Mayer* mußte schleunigst nach Ulm gebracht werden, um sich erneut gründlichst untersuchen zu lassen. Ich glaube, daß wir alle ihm bei dieser Mitteilung und bei unserem Wissen, was er tatsächlich an Schmerzen mitgemacht hat, sehr von Herzen unsere besten Genesungswünsche sagen (einhellige Anteilnahme und Zustimmung). Wenn ein so junger Freund, der noch nicht 51 Jahre ist, bereits in einem solchen Zustande ist, stimmt das bedenklich.

---

11 Ein Ingenieur namens Franz *Plutz* hatte *Heuss* mit Schreiben vom 18. 9. 1952 darauf hingewiesen, daß die FDP in Holzminden mit Wahlplakaten in den Farben schwarz-weiß-rot werbe. *Heuss* antwortete *Plutz* am 24. 9. 1952, er habe der „hiesigen Parteileitung der FDP sein Befremden" darüber ausgedrückt. Brief in: NL Blücher 101.

12 Dies geschah mit Schreiben *Blüchers* an *Klaiber* vom 4. 10. 1952, ebd.

[AUSEINANDERSETZUNGEN ZWISCHEN DEN SÜDWESTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDEN]

Ich möchte noch eines sagen: Ich bitte Sie, meine kommende Äußerung als eine des geschäftsführenden Vorstands anzusehen, von der wir bitten, daß Sie sich ihr anschließen. Es ist unvermeidlich, daß in diesem Augenblick Vertreter sowohl des am 19. 10. in Stuttgart-Bad Cannstatt ins Leben getretenen Landesverbandes Baden-Württemberg anwesend sind als auch des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern, der ja seine letzten Endes entscheidende Sitzung seines höchsten Organisationsgremiums erst am 2. November treffen wird.[1] Es ist nicht unsere Absicht, der gegenwärtigen Situation tatenlos zuzusehen. Im geschäftsführenden Vorstand ist heute gefordert worden, ganz bestimmte Vorschläge von seiten des geschäftsführenden Vorstandes in den Verhandlungen mit beiden Teilen zu machen.[2] Ich betone aber, daß es uns nicht mehr als recht und billig erscheint, nichts anderes zu tun, als die gemeinschaftlichen Anliegen gemeinschaftlich zu beraten, ohne daß dadurch ein Präjudiz für eine Endlösung geschaffen werden soll. Wir wollen abwarten, was sich aufgrund ernstlicher Bemühungen am 2. 11. ergeben wird. Die Ansicht des geschäftsführenden Vorstandes ist daher die, heute nicht anders als wie bisher auf der gleichen Ebene zu verhandeln. Wir erkennen beide an, bis eine Endlösung gefunden ist. Meine Herren, ich darf Sie jetzt um Ihre Meinung bitten. Ich bitte Sie aber ausdrücklich, keine langatmigen Erörterungen anzustellen, welche der Sache nur schaden könnten. Sicherlich käme es dann auch zu etlichem Unguten. Dies erscheint mir abträglich. Ich darf also um Wortmeldungen bitten.

HAUSSMANN: Ich nehme von den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden Kenntnis, die er gleichzeitig im Namen des geschäftsführenden Vorstands gemacht hat. Einige Herren waren heute vor 14 Tagen bei den Verhandlungen anwesend[3] und haben sich an ihnen aktiv beteiligt. Wir haben in der darauffolgenden Woche vor unserem allgemeinen Vertretertag noch auf Nachrichten gewartet, wie sie auch von seiten des Herrn Vorsitzenden als wünschenswert bezeichnet worden waren. Wir haben gewartet, aber nur die Mitteilung erhalten, daß die Herren, die in Bad Godesberg erschienen waren, nicht an dem allgemeinen Vertretertag in Baden-Württemberg teilnehmen würden. Ich darf sagen, daß wir dort nicht eine Vereinigung von Landesverbänden vollzogen haben, sondern daß wir einen vollkommen neuen Landesverband geschaffen haben, daß wir sämtliche Kreisverbände des gesamten neuen Bundeslandes zu dieser Konstituierung des Landesverbandes eingeladen hatten.

(Zwischenruf *Euler:* Das konnten Sie gar nicht!)

---

1 Zu diesen Vorgängen J. M. GUTSCHER, 1984, S. 132 ff.; Uwe Dietrich ADAM, Politischer Liberalismus im deutschen Südwesten von 1945–1978, in: R. ROTHMUND/E. R. WIEHN, 1979, S. 230 f.

2 Protokoll dieser Sitzung in: ADL, Ordner-Nr. 82.

3 Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der FDP am 11. 10. 1952 in Bad Godesberg, Protokoll in: ebd.

Ich darf hierzu bemerken, Herr *Euler,* Sie waren leider nicht anwesend. Es ist hierüber Klarheit geschaffen worden, warum dies rechtlich und tatsächlich möglich ist. Nach dem Verlauf und dem Ergebnis dieser fünfstündigen Besprechung konnten wir der Ansicht sein, daß [sich] die Herren des geschäftsführenden Vorstands der sich nun entwickelnden Sachlage nicht verschlossen haben.

Middelhauve, der die Frage an uns richtete, die Frage, ob eine Verschiebung möglich sei, hatten wir erklärt, unterstützt von den anderen Herren, warum eine solche unmöglich ist. Ich will insoweit dem vorgetragenen Wunsche entsprechen, als ich die übrige Tagesordnung in keiner Weise verzögern will. Ich möchte aber in aller Form darauf hinweisen, daß Punkt 4 a der Tagesordnung[4] rein formal und auch nach der gesamten Situation an die Spitze unserer Verhandlungen gestellt werden müßte, weil es ja auch nach den Erklärungen, die der Herr Vorsitzende unter Zustimmung in Bad Godesberg abgegeben hatte, vor dem Bundesparteitag in Bad Ems geklärt werden sollte.[5] Es ist meiner Ansicht nach unmöglich, den Hauptausschuß damit zu beschäftigen oder auf dem Parteitag in Bad Ems die Atmosphäre damit zu belasten. Ich habe dem Herrn Vorsitzenden Unterlagen und Belege darüber übergeben müssen, aus welchen hervorgeht, daß gestern abend die Neubildung eines Kreisverbands Tübingen unter Ausschluß und ohne Zulassung der bisher dort tätigen alten Parteifreunde stattgefunden hat. Dies trotz eines von Dr. *Kellner* nach Rücksprache mit Herrn Dr. *Schäfer* abgesandten Telegramms. Im Hinblick auf die heutige Sitzung des Gesamtvorstandes halte ich eine Klärung der Dinge für wichtig. Unserem Verhalten ist es zu verdanken, daß – ganz im Sinne und Geist der Besprechung von Bad Godesberg – es vermieden worden ist, eine gerichtliche Entscheidung darüber herbeizuführen, wer berechtigt ist, den Namen FDP zu führen. Unsere Freunde, die ordnungsgemäß als Delegierte gewählt sind, haben einen vorläufigen Landesbezirksverband im Rahmen der Satzung vom 19. 10. 1952 ins Leben gerufen. Ich bin es der Sache schuldig, daß hier weitere Mißverständnisse vermieden werden. Ich möchte Sie aber darüber nicht im unklaren lassen, daß ich unmöglich morgen abend um 18.00 Uhr wegfliegen kann, ohne daß in diesen Dingen im Interesse der Gesamtpartei und des Landesverbandes absolute Klarheit geschaffen worden ist.

Blücher: Ich muß sagen, daß hier von beiden Seiten viel versaubeutelt worden ist. Ich will nicht sagen von den einen mehr und den anderen weniger. Ich muß aber sagen, daß wir in der Vergangenheit mit öffentlichen Äußerungen losgegangen sind. Ich möchte ausdrücklich bestätigen (zu *Haußmann* gewandt), daß das von Ihrer Seite nicht der Fall gewesen ist. Ich darf Ihnen ebenso deutlich versichern, daß ich von Beschlüssen, ohne daß wir einen sehr großen Teil anwesend haben, mir verhältnismäßig wenig verspreche. Wenn wir eineinhalb Tage diskutieren wollen, dann lieber als Punkt 1, ob Bad Ems stattfinden soll oder nicht. Eine Auseinandersetzung in Ems heraufzubeschwören,

4 Dieser TOP lautete: „Vertretung der FDP des Landes Württemberg-Baden in den Gremien der Partei, insbesondere unter Berücksichtigung des Parteitages."

5 Protokoll, Anm. 2, S. 18.

das ist völlig unmöglich. Sonst haben wir dann keinen politischen Parteitag, sondern drei Tage lang Auseinandersetzungen. Meine Herren, ich glaube, ich habe Ihnen sehr deutlich gesagt, welches die Haltung des geschäftsführenden Vorstandes ist.

BEZOLD: Die Sache hat nicht nur eine politische, sondern auch eine juristische Seite. Hier Vorstand, hier Statuten. Nach den Statuten ist der Vorstand ein ganz bestimmtes Gebilde der Partei. Die Erwägungen des geschäftsführenden Vorstandes hinsichtlich des Südweststaates mögen so geklärt werden, soweit es sich darum handeln würde, nicht Beschlüsse zu fassen, sondern nur Diskussionen abzuhalten, bei welchen jeder nur eine beratende Stimme hat, um so zu einer Klärung zu kommen. Durch die Statuten ist uns vorgeschrieben, daß der Vorstand nur dann selbstverständlich zu rechtsgültigen Beschlüssen kommen kann, wenn er im Sinne der Statuten rechtsgültig besetzt ist. Er besteht einmal in gewählten Mitgliedern und sodann aus solchen, welche Kraft ihres Amtes ihm angehören. Diese beiden Gruppen von Mitgliedern sind stimmberechtigt. Wir haben leider Gottes in den Statuten bisher keine klare eindeutige Bestimmung, was der Begriff Landesverband bedeutet, und diese damals deswegen nicht vorgesehen, weil man nicht vorhersehen konnte, daß sich politische und staatsgeographische Änderungen ergeben könnten, wie es tatsächlich geschehen ist. Wir haben damals unter dem Begriff „Landesverband" einfach das verstanden, was gegeben war, nämlich eine Gliederung, die sich auf das staatspolitische und staatsgeographische Gebiet der verschiedenen Länder erstreckt.

Ich mache darauf aufmerksam, es ist dies nicht der einzige Fall, in dem wir vor derartigen Schwierigkeiten stehen. In der Freien Stadt Bremen hatte sich aus irgendwelchen Gründen des geschichtlichen Ablaufs eine zweite FDP-Gruppe gebildet.[6] Wir standen damals vor demselben Problem, welche der Gruppen nun anerkannt werden sollte. Beide Gebilde waren für den ganzen staatspolitischen Bereich Bremens zuständig. In § 4 der Satzungen heißt es jedoch ausdrücklich: „Die Landesverbände sichern die Einheit der Partei innerhalb ihres Bereiches." Hier verlangt der Gedanke des „ganzen Bereiches" zweifellos eine Klärung, welcher Landesverband die Einheit zu sichern gehabt hätte.

Die neuen Satzungen nehmen auf solche Möglichkeiten bereits Rücksicht, und zwar insofern, als sie regeln, wie durch staatspolitische Änderungen sich die Grenzen der Landesverbände abzuzeichnen haben, wobei natürlich in einem Gebiet in staatspolitischer und staatsgeographischer Hinsicht nur ein Landesverband gelten kann. Wenn man aber juristisch auf dem Standpunkt steht, der Landesverband sei nur eine notwendige Zwecklösung, ergibt sich die Folgerung, daß nur ein Landesverband entsprechende stimmberechtigte Mitglieder in den Bundesvorstand entsenden kann, und zwar nur Mitglieder, die auf der Ebene dieses Landesverbandes als Landesverbandsvorsitzende der FDP gelten können. Das bedeutet letzten Endes, daß man unter Umständen zwar freundschaftliche Besprechungen mit den beiden Gruppen, wenn ich so sagen darf, führen und diese beiziehen kann, wenn es günstig erscheint, daß es aber un-

6 Vgl. Nr. 3 mit Anm. 4 und Nr. 5 c mit Anm. 2.

möglich ist, wenn bei Beschlüssen, die durch Abstimmung zustande kommen, jemand mitwirkt, der seine Stimmberechtigung nicht aus einer Eigenschaft als stimmberechtigtes Mitglied ableiten kann. Man stünde sonst vor der Frage, ob nicht der Vorwurf möglich sei, man hätte zugelassen, daß jedes beliebige Parteimitglied evtl. Beschlüsse des Vorstands anfechten könne, wenn ein Vorstand nicht ordnungsgemäß besetzt war. Genauso wie jeder Staatsbürger die Urteile eines Gerichtes, das nicht ordnungsgemäß besetzt war, anfechten kann. Durch Absprache und gegenseitige Diskussion in der vorliegenden speziellen Frage zu einer Klärung zu kommen, fällt durch die bestimmte Hartleibigkeit einzelner Herren immer schwerer. Die Frage taucht dann auf, wenn wir andere Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung haben und wenn zu ihnen abgestimmt werden soll. Dann müssen wir uns – jeder einzelne – über die notwendige Konsequenz klar sein, daß eine solche Abstimmung nur von stimmberechtigten Mitgliedern erfolgen kann. Andernfalls könnte jeder Beliebige sagen, laßt mich mit herein und abstimmen.

SCHÄFER: Was der geschäftsführende Vorstand vorgeschlagen hat, ist keine definitive, sondern eine Übergangslösung. Es ist eine politische Notwendigkeit, daß die Dinge behoben werden. Dazu müssen wir jedoch mit den Beteiligten sprechen können. Unsere Statuten sehen darüber nichts vor. Wer hat denn an eine solche Sache gedacht, an eine Zusammenlegung und wie sich eine solche organisatorisch vollzieht? Das ist doch nicht die politische Ordnung, um die es geht. Die kann nur darin bestehen, daß nur ein Landesverband besteht. Wir müssen versuchen, zu dieser Realität hinzukommen unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte, die geeignet sind zu verhindern, daß der Partei Nachteile zugefügt werden. Dauernd diese Hü- und Hott-Politik! Juristische Erwägungen haben beiseite zu bleiben, es kommt auf den praktischen Weg an, um eine Entwicklung zu vermeiden, die auf jeden Fall Schaden anrichtet. Wir müssen den Fall von der politischen Seite her ansehen und von der formalen Seite ganz absehen. Es ergibt sich die praktische Notwendigkeit der Verständigung mit den Beteiligten und die Notwendigkeit der Erörterung der Möglichkeiten eines Zusammengehens.

BLÜCHER: Es ist nun nicht so, als ob wir irgendwie versuchten, unsere Brust nicht hinzuhalten. *Kohler* soll doch veranlassen, daß am 2. 11. aus sämtlichen Kreisen des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern je zwei Vertreter entsandt werden, und zwar sowohl des bisherigen Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern als auch eventueller neuer. Ich will nicht, daß der Vorstand in einer gewissen Anonymität untergeht. Der Objektivität wegen wäre ich dankbar, daß ein beauftragter Vertreter des Landesverbandes Baden-Württemberg als Zeuge zugezogen wird, damit es nicht immer so aussieht, als ob etwas gemuschelt würde. Ich gebe zu, Stuttgart-Bad Cannstatt war öffentlich. Verzeihen Sie, wenn ich diesen Zwischenvorschlag mache.

KOHLER: Ich kann mich nur persönlich äußern. Ich halte das nicht für richtig. Wir haben am 2. November unseren Landesparteitag, der öffentlich stattfinden wird. Ob also auch Zeugen vom neu gegründeten Landesverband Baden-Württemberg zugegen sein sollten, kann ich nicht ausdrücklich gutheißen, da ja auch wir die große Aussprache sowieso in aller Breite stattfinden lassen

werden. Ich kann aber den Vorschlag übermitteln, und wir werden dann sofort Antwort geben.

BLÜCHER: Ich will nur nicht, daß alles in Anonymität untergeht.

KOHLER: Auch der Landesvertretertag vom 19. 10. 1952 in Stuttgart-Bad Cannstatt hat ohne Beiziehung von Zeugen unserer Seite stattgefunden. Auf diesem Vertretertag ist das Schicksal besiegelt worden, d. h. des neu gegründeten Verbandes. Die rechtliche Seite, da stimme ich ganz *Schäfer* zu, die rechtliche Seite ist nicht ganz einfach, und es ist besser, man bespricht sie nicht in aller Breite. Selbst wenn hier in der Satzung ausgedrückt wäre, daß das Gebiet des geographischen Landes gemeint wäre, müßte der Vorgang der Bildung eines Landesverbandes organisatorisch irgendwie klar geregelt sein. Bei der Abfassung der Satzungen hat man überhaupt nicht daran gedacht, man hätte dann wahrscheinlich die Satzungen in diesen Punkten viel präziser abgefaßt. Nun ist jedoch mal ein Landesverband als ein eigener auf seiner Satzung beruhender da. Er kann nur über sich selbst bestimmen. Wenn er einmal ausgeschlossen würde, dann wäre das eine Aufgabe der Bundespartei. Gesetzt den Fall, es würden keine anderen Gründe aufkommen als diese rechtliche Seite der Sache. Ich gebe *Schäfer* Recht, wenn die rechtliche Seite der Angelegenheit gar nicht berührt wird. Über mich selbst nur ein Wort. Ich bin der stellvertretende Landesverbandsvorsitzende, ich bin also nicht irgendwer. Noch eine Richtigstellung: *Leuze* hat in Tübingen keinen neuen Kreisverband gegründet, sondern der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende waren dort als Delegierte nach Stuttgart zur Vertretertagung gefahren und sind damit ausgeschieden. Der Kreisverband war demnach in seiner Spitze verwaist. Nun ist eben lediglich ein neuer Vorsitzender gewählt worden.

BLÜCHER: Meine und *Schäfers* Ansichten decken sich mit der des geschäftsführenden Vorstands. Ohne Präjudiz der Rechtsfrage müßte hier eine Entscheidung getroffen werden.

KOHLER: Ich möchte noch einen Satz sagen. Es wäre ungerecht, wenn wir nicht auch, wie am 19. 10. in Stuttgart geschehen, in einem öffentlichen Parteitag zusammentreten würden. Das Ergebnis von Stuttgart-Bad Cannstatt entspricht nicht der tatsächlichen Stimmung und den tatsächlichen Verhältnissen in diesem Bereiche.

EULER: Bezüglich der Rechtsauffassung muß ich betonen, daß die von Herrn *Haußmann* irrig ist und keinerlei Stütze weder in der Satzung noch in allgemeinen Erwägungen findet, was ich schon am 6. 10. im geschäftsführenden Vorstand vorgetragen [habe]. Ich darf feststellen, daß meine Auffassung die der Mehrheit des geschäftsführenden Vorstandes war. Am 11. 10. war ich bedauerlicherweise an einer Teilnahme verhindert, sonst hätte ich auch dort meine Rechtsauffassung vorgetragen, und zwar mit allem Nachdruck. Die Satzung spricht von Landesverbänden, sagt aber nichts für den Fall, daß aus mehreren Landesverbänden ein Landesverband entstehen soll, nachdem nun aus drei Ländern ein Land entstanden ist. Wenn keine politischen Komplikationen vor sich gegangen wären, dann hätten die drei Landesverbände nicht verabsäumt, schon längst einen einheitlichen Landesverband zu bilden. Es hätte keinen Wi-

derspruch gegeben, und die Gründung wäre ohne Schwierigkeiten über die Bühne gegangen. Nun sind aber die Schwierigkeiten in scharfer Form eingetreten.

Der Landesverband Württemberg-Hohenzollern hat nicht zugestimmt, gemeinsam mit Württemberg-Baden und Süd-Baden einen Landesverband zu bilden. Rechts- und Tatsache ist weiter die, daß eine solche Bildung nur unter Zustimmung von allen Beteiligten erfolgen kann. Mit der Zustimmung von Württemberg und Süd-Baden könnte nur ein Landesverband, bestehend aus dem früheren Landesteil Württemberg-Baden und Süd-Baden geschaffen werden. Er kann sich aber nicht entsprechend auf den Landesverband erstrecken, der von vornherein sich von diesem Vorgange ausgeschlossen hat, nämlich Württemberg-Hohenzollern. Es bestehen also jetzt zwei Landesverbände, einer, welcher Württemberg-Baden und Süd-Baden, sowie ein anderer, welcher Württemberg-Hohenzollern umfaßt. Selbstverständlich ist es politische Aufgabe des Vorstandes, diesen jetzt bestehenden Zustand möglichst schnell zu überwinden und Vorschläge, wie man aus diesen zwei Landesverbänden einen macht, zu machen. Die rechtliche Situation ist die, daß wir zwei Landesverbände haben, die nach unseren Satzungen mit Fug und Recht jeder durch ein Mitglied im Vorstand vertreten sind. Der Stuttgart-Bad Cannstatter Parteitag konnte nicht durch Einladungen. . .

BLÜCHER: Stop! Wir kommen schon wieder in die Debatten.

EULER: Es ergeben sich bestimmte praktische Konsequenzen.

BEZOLD: Gar nicht, gar nicht, beide können nicht stimmen.

EULER: Das ist eine praktische Konsequenz, dies ist nach meiner Auffassung falsch.

BLÜCHER: Wir sind im geschäftsführenden Vorstand nicht der Auffassung gewesen, daß nicht abgestimmt werden könnte. Wir sind der Auffassung, daß am 2. 11. das satzungsgemäße Organ Württemberg-Hohenzollerns zusammentreten wird und daß dann eine Entscheidung fällt. Wir haben es mit einem Übergangszustand zu tun, so daß beide hier vertreten sein können. Es ist dies eine auf diesen Übergangszustand zu erstreckende, für die Zukunft nicht präjudizierende Maßnahme.

EULER: Ich habe festgestellt, daß beide stimmberechtigt sind, und das hat *Bezold* bestritten.

MIDDELHAUVE: Meine Parteifreunde, ich bin im Grunde genommen erschüttert, daß hier der Versuch gemacht wird, eine Angelegenheit formaljuristisch abzustempeln, die viel mehr ist. Wenn wir nicht mit beiden Teilen versuchen, die Sache kameradschaftlich zu lösen, dann dürfen wir uns über die Folgen nicht wundern. Ob *Kohler* stimmberechtigt ist oder nicht, ist völlig gleichgültig, es handelt sich um mehr. Es ist nicht möglich, die Freunde in Württemberg-Hohenzollern immer mehr in eine Enge hineinzutreiben. Meine Vertagungsbitte war dem Wunsche entsprungen, eine Klärung herbeizuführen. Sie wurde nicht erfüllt. Dann fand diese Vertretertagung statt. Gut, dasselbe Recht haben die Freunde in Württemberg-Hohenzollern, nämlich ihren Ver-

tretertag am 2. 11. stattfinden zu lassen. Es sind Unzuträglichkeiten hineingebracht worden, die wirklich unerfreulich sind. Sie bedrohen uns insofern, daß allmählich die Öffentlichkeit vor uns nicht einen Funken Achtung mehr hat. So in Ems noch fortzusetzen, ist völlig ausgeschlossen. Sprechen wir bitte nicht mehr über Formalien, sondern darüber, was kann gerettet werden. *Blücher* sollte erst die Vorschläge, die er dem geschäftsführenden Vorstand unterbreitet hat, hier unterbreiten, damit der Gesamtvorstand Stellung nehmen kann. Sodann sein Vorschlag, am 2. 11. hinunterzugehen und eine möglichst breite Plattform zu finden, welche die Chance bietet, womöglich doch zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Ich wäre dankbar, wenn sich der Vorstand dem Vorschlage *Blüchers* anschließen würde. Ich glaube, daß ist ein derartig loyaler Vorschlag, wie er besser nicht gemacht werden kann. Wir müssen zu einer positiven Lösung dieser furchtbar verfahrenen Situation kommen.

RICHTER: Die bisherigen Ausführungen hatten zum Teil zum Gegenstand, was seinerzeit in Essen [7] die Hintergründe waren. Überhaupt keine Beachtung hat bis jetzt die Frage gefunden, wer Anspruch auf die Mittel hat, welche jahrelang mit ungeheurer Mühe erschlossen worden sind. Wer hat Anspruch, wer ist berechtigt zu verfügen, wer, diese Mittel aufzuteilen? Wir können an diesen Dingen nicht vorübergehen. Wer ist denn in diesen Bezirksverbänden aktiv legitimiert?

BLÜCHER: Hinter unseren Sorgen steht etwas noch Wichtigeres, nämlich die Bundestagswahlen.

DEHLER: Es wurde gesagt, der 2. 11. dürfte nicht verhindert werden. Ich sage im Gegenteil, er müßte verhindert werden. Denn sie gründen ja dann einen zweiten selbständigen Landesverband. *Leuze* meint, die anderen hätten die Spaltung vollzogen, und zwar am 19. 10. *Euler,* Sie waren führend beteiligt an der Schaffung des Südweststaates. Hier muß sinngemäß, hier muß ein Analogon eintreten, nämlich sinngemäß nach dem vermutlichen Willen der Satzungen zu entscheiden. Bei der Abstimmung über den Südweststaat ist Süd-Baden überstimmt worden, es ist gezwungen worden.[8] Dies Kraft eines Gesetzes von Bundes her. Kann es hier anders sein? Können wir hierzu schweigen? Dabei nehme ich für die Bundespartei das Recht in Anspruch, die Dinge zwangsweise zu ordnen. Wir können doch die Dinge nicht schweben lassen. *Blücher* hat bereits auf das Wahlrecht hingewiesen. Hier spielt die Sperrklausel eine Rolle. Wie ist es mit der Landesliste? Soll es zwei Landeslisten geben? Welche Vorstellungen! Das wären ja in Wirklichkeit zwei Parteien. Es ist davon ausgegangen worden, der Landesverband decke sich mit dem Lande bzw. einer Stadt. Es ist nicht möglich, innerhalb eines Landes zwei oder mehrere Landesverbände haben zu können. Wie hätte man aber verfahren sollen? Hat der jetzige Landesverband Baden-Württemberg sich illegal verhalten? Dann könnte man nur zurückgehen auf die Mitglieder.

---

7 Parteitag vom 13. 7. 1952, siehe Nr. 20 a und b.

8 Volksabstimmung vom 9. 12. 1951. Zur Gesamtproblematik die Darstellung von P. FEUCHTE, 1983, S. 117–164.

BLÜCHER: Sollen wir jetzt nicht von was anderem sprechen, lieber Thomas? Hier kommen wir schon wieder ins Juristische.

DEHLER: Nach meiner Ansicht sollen sie sich ja gar nicht sperren, sie sollen einen einheitlichen Landesverband schaffen. Reinhold *Maier* und *Haußmann* gefallen ihnen nicht, mir auch nicht. Aber gibt ihnen das das Recht der politisch und staatsrechtlichen Notwendigkeit der Bildung eines einheitlichen Landesverbandes sich zu versagen? Sie versuchen noch jetzt beinahe künstliche Schwierigkeiten zu machen, um ein materiell politisches Ziel zu erreichen. Wir sollen die Stuttgarter unter Druck setzen, weil ihnen irgendeine Nase nicht gefällt? Ich möchte die Frage verneinen.

EULER: doch, doch, Herr *Dehler*!

[DEHLER:] Das ist doch nicht demokratisch.

EULER: unter der Voraussetzung der Verhandlung.

DEHLER: Ja selbstverständlich, das gestehe ich Ihnen zu!

Herr *Kohler*, Sie haben sich doch gesperrt, weil Ihnen die Richtung in Stuttgart nicht gefallen hat?

BEZOLD: Das kann in jedem Staat passieren.

[DEHLER:] Wir müssen den 2. 11. 1952 vermeiden, das gibt ein Unglück. Herr *Kohler*, Württemberg-Hohenzollern ist eine Schöpfung der Franzosen, das Böswilligste, was es geben kann. Ohne dieses Bemühen der Franzosen hätte es nie einen Landesverband Württemberg-Hohenzollern gegeben. Er wurde gegründet, weil uns diese Situation aufgezwungen worden war. Sie dürfen doch nicht aus dieser Not eine politische Tugend machen. Zum Vorschlag *Blüchers* meine ich nur, es lohnt sich wirklich, das Letzte aufzuwenden, um hier ein Unglück zu vermeiden. Darum müßten wir uns zusammensetzen.

MÜLLER: Wir haben im September 1946 aus staatsrechtlichen Gründen dasselbe durchgemacht[9]; in der Partei erging es uns so im Februar/März 1947.[10] Zwischen Oldenburg und Hannover und Göttingen gab es so viele Unterschiede. Wenn man an den September 1947 denkt, sieht man, daß wir uns ein halbes Jahr nach der Konstituierung restlos zusammengerauft haben.[11] Herr *Dehler* hat Gott sei Dank etwas gesagt, daß es einzig und allein um politische Gründe geht. Wir haben immer den Standpunkt geteilt, den Württemberg-Hohenzollern vertritt, glauben aber, jetzt auch sagen zu müssen, wenn man gewisse Dinge will, darf man sich nicht absperren, sondern muß hineingehen, um dort diese Dinge zum Tragen bringen zu können. Ich will die ganze Sache nicht juristisch betrachten. Ich sehe die Dinge im Bilde der Öffentlichkeit. Wir gehen auf einen Bundesparteitag zu ohne Grundlage für die Bundes-

9 Gründung des Landes Niedersachsen am 1. 11. 1946. Dazu Thilo VOGELSANG, Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963, S. 70–80. In knapper Zusammenfassung Theodor ESCHENBURG, Jahre der Besatzung 1945–1949, Stuttgart-Wiesbaden 1983, S. 87 f.

10 Die Gründung eines einheitlichen Landesverbandes Niedersachsen der FDP erfolgte am 28. 5. 1947. Dazu H. G. MARTEN, 1978, S. 142–151; D. HEIN, 1985, S. 128.

11 Bezieht sich auf die Neuwahl des Landesvorstandes am 26. 9. 1947, in den nunmehr erstmals *Stegner* und *Onnen* gewählt wurden. Vgl. H. G. MARTEN, 1978, S. 154.

tagswahl. Ich sitze hier als Vertreter der Jungdemokraten zum letzten Mal in meiner Periode. Ich muß mich oft fragen, wie kann man junge Menschen bei der Stange halten, wenn man selbst Vernunft und Sauberkeit nicht beachtet? Wie kann man das, wenn wir uns immer mehr auseinanderleben?

EBERHARD: Was ich sagen wollte, haben eigentlich schon *Dehler* und *Müller* gesagt. Wie ich die Dinge kenne, ist doch die Landesvertretertagung sämtlichen Freunden auch in Württemberg-Hohenzollern bekanntgegeben worden, und sie sind eingeladen worden. Wenn nun dort eben der Beschluß zustande gekommen ist, haben sich ihm die Freunde in Württemberg-Hohenzollern zu fügen. Darüber hinaus muß der 2. 11. unter allen Umständen vermieden werden. Wir stehen nicht nur vor den Bundestagswahlen, wir stehen auch vor Kommunalwahlen.[12] Auch mir sind die möglichen Auswirkungen klar, ich sehe darin absolut schwarz. Die Möglichkeit zum Zusammenschluß der drei Landesverbände wäre vielleicht auf der Basis gegeben, daß die früheren drei Landesverbände sich ein Direktorium als Kopf bilden oder irgendeine andere Form. Wenn uns das nicht gelingt, bin ich mit *Blücher* der Meinung, den Bundesparteitag abzusagen, da es unzumutbar ist, daß man dort Porzellan zerschlägt.

BLÜCHER: Man sollte niemals zurückliegende Vorgänge ohne genaue Kenntnis beurteilen. In Bremen ging es damals darum, daß der Ursprung der Bremer Volkspartei der zu sein schien, wie ihn einmal die Deutsche Partei dann befolgte. Es paßte uns absolut nicht, daß die [B]DVP sich dem Ami-Diktat fügte. Deswegen hat sich die FDP damals aufgemacht, welche sich als zum nordwestdeutschen Raume [zu]gehörig betrachtete.[13] Der Ausgangspunkt war nicht eine Zweiteilung damals. Wo die Willkür aufhörte, hat sie sich verflüchtigt.

Was ist nun tatsächlich los? Man sollte nicht anfangen zusammenzutreiben. Der Südweststaat ist durch die Tätigkeit der Bonner Fraktion und des gesamten Parteivorstandes mit zustande gebracht worden. Es hat uns nicht geringe Mühe gekostet, manche Mittel der Drohung und des Druckes einzusetzen. Es gab damals ein Direktorium. Es hatte Vollmachten zur Vorbereitung des Zusammenschlusses. Hierzu selbst sind zweifellos Einladungen erforderlich. Ich wähle absichtlich den Weg der politischen Vernunft und des guten Willens. Wenn wir keinen einheitlichen Landesverband bekommen, könnte etwas ganz Unmögliches passieren, nämlich daß man sich im Augenblick freut, um dann zu einer Arbeitsgemeinschaft sich zusammenzufinden, an die erst recht niemand glauben würde, weil man völlig sein politisches Gesicht verlöre. Wir sind in einer Zwangslage.

Für die Freunde, die die Zahlen nicht im Kopfe haben, weise ich darauf hin, daß in Baden-Württemberg 4,8 bis 4,9 Millionen Wahlberechtigte wohnen. Bei einer Wahlbeteiligung von rund 80 % ergäbe dies rund 3,9 Millionen abge-

12 In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz am 9. 11. 1952. AdG 1952, S. 3732 A.

13 Zu diesen Vorgängen in knapper Zusammenfassung D. HEIN, 1985, S. 77–81.

gebene Stimmen. 5 % hiervon machen ungefähr 195 000 Stimmen aus. Das stellen Sie bitte den 78 000 in Württemberg-Hohenzollern erreichten Stimmen gegenüber, meinetwegen billigen wir noch Stimmengewinne zu. Dann erst kommt uns die politische Misere ins Bewußtsein. Da ich nicht als Mitglied eines Landesverbandes hier sitze, muß ich zwischen den Überlegungen stehen. Bei der Essener Entschließung[14] hat niemand mehr über mich geschimpft als beide Richtungen. Es ist notwendig und möglich, die Spielregeln einer Demokratie in einer Partei zur Geltung zu bringen, in einer Partei, die sich als demokratisch katexochen fühlen sollte.

Die große Zahl der Mitglieder in Hohenzollern sind nach unserer persönlichen Kenntnis opferwillige und vorbildliche Mitglieder der Partei. Ich war aufrichtig dankbar über *Kesslers* Vorschläge vom 11. Oktober[15], bei welchen staatspolitische Erwägungen Pate gestanden haben. Was jahrelange Willkür getrennt hat, sollte allmählich zusammenwachsen. Wir sollten zu dem Endergebnis kommen, daß wir in zwei bis drei Jahren die derzeitige Lösung als Übergangslösung rückblickend betrachten können. Derjenige, der sich stark fühlt und von seinem guten Willen überzeugt ist, kann jedes Zugeständnis machen. Wer keines machen will, der fühlt sich innerlich schwach. Mein Vorschlag ist nicht gemacht worden, um den Landesvertretertag abzurufen, mein Vorschlag lautet: Angebot eines freundschaftlichen Gespräches des Parteivorstandes mit den Parteivorsitzenden des Landesverbandes. Nichts als eine Pflichterfüllung ist unser Ausgangspunkt. Wenn wir mit Recht bei der staatspolitischen Entwicklung des Landes peinlichst auf ein organisches Wachsen Rücksicht nehmen, dann müssen wir das genauso gut in der Partei machen. Es käme darauf an, daß wir uns *Kesslers* Vorschläge und einige andere Dinge überlegen,

(Zwischenruf *Haußmann*: Sie sind schon berücksichtigt!)

und zwar käme es darauf an, daß

1. die geborenen Vertreter des Vorsitzenden die Vorsitzenden der Bezirksverbände sind;

2. daß bei Bestimmung der Delegierten zu den Wahlkörperschaften und den Instanzen der Partei die Bezirksverbände und nicht der zentrale Vorstand verantwortlich und bestimmend sind;

3. und dies ist vielleicht der Hauptstreitpunkt, daß bei den Vorschlägen der Abgeordneten für die Landes- und Bundesliste ebenfalls die Bezirksverbände ihre echte Autorität behalten. Ich halte es für notwendig, wenn wir nicht wieder Streit haben wollen. Bei der Eigenart des Zusammenwachsens ist dies wichtig, daß da z. B. die Reihenfolge der Landesliste oder Bundesliste in einer gewissen Form festgelegt wird, z. B. daß von 1 bis 4, 5 bis 8, 9 bis 12 usw., je

14 Siehe Nr. 20 b, Anm. 15.

15 *Kessler* hatte eine Aufteilung des neuzuschaffenden Landesverbandes in vier Präsidialbezirke (Nord-Baden, Nord-Württemberg, Süd-Baden, Süd-Württemberg) vorgeschlagen, die das Recht auf ein gewisses Eigenleben haben sollten – mit jeweils eigenen Vorsitzenden, die gleichzeitig als stellvertretende Landesvorsitzende fungieren sollten. Damit hoffte *Kessler*, ein „An die Wand drücken" von Minderheiten zu vermeiden. Protokoll, Anm. 2, S. 14 f.

ein Kandidat aus den vier Bezirksverbänden ist, um jedes Mißtrauen in der Übergangszeit zu beseitigen.

Ich würde so weit gehen, wenn ich der Vorsitzende des neuen Landesverbands wäre. Ich würde so weit gehen, daß ich in der Tat durch Los 1 bis 4 bestimmen würde. Mag man das auch „die Demokratie auf die Spitze treiben" nennen. Dazu käme noch die Verpflichtung, daß auf dem Bundesparteitag die Frage der Legitimation nicht angesprochen werden sollte. Dann kann in angemessener Zeit tatsächlich die Vereinigung durchgeführt werden. Meine Herren, ich möchte dringend bitten, daß wir jetzt in anderer Weise zu den anderen Fragen debattieren.

Mir schwebt der Gedanke vor, erweitert das, was am 11. 10. gesprochen worden ist. Wir müssen das Problem mit Wagemut lösen. Tun wir es nicht, dann droht die Gefahr, daß aus der Überspitzung der gegenseitigen Standpunkte der Zerfall der Partei kommt, daß sich dann Dinge ergeben, die die Sprengung der Partei herbeiführen. Die Quelle aller Überspannungen läßt sich nur durch Gründung eines echten einheitlichen Landesverbandes beseitigen. Wir wollen nicht präjudizieren, nicht vor dem Spruch der Landesvertretertagung. Wenn hier beide Herren teilnehmen genauso wie bisher, dann ist dies eine faire Lösung. Wenn diese Lösung von vornherein nicht akzeptiert würde, dann müßte an dem Willen zu einem Zusammengehen gezweifelt werden. Wir müssen alles mit heißem Willen und großem Ernst im Sinne einer Einigung tun.

HAUSSMANN: Meine Herren, ich darf auf den letzten Appell zurückkommen. Ich glaube sagen zu dürfen, der Wille ist in Bad Godesberg auch nach Ihrer Auffassung vorhanden gewesen. *Blücher* hatte *Kesslers* Vorschläge begrüßt, welche in der Satzung, die am letzten Sonntag angenommen worden ist, verwirklicht sind. Die Vorsitzenden der ganzen Bezirksverbände sind gleichzeitig stellvertretende Landesverbandsvorsitzende, eine Selbstverwaltung ist gewährleistet, das Mitwirkungsrecht bei der Aufstellung der Kandidatenliste entsprechend den Stimmergebnissen bei den letzten politischen Wahlen ist gewährleistet. Sowohl bei den Bundestags- als auch bei den Landtagswahlen ist eine einheitliche Ergänzungsliste vorgesehen. Herr Vorsitzender, Sie haben in sehr freundlicher Weise an mich gewandt erklärt, was Sie, wenn Sie in meiner Lage wären, alles konzedieren würden. Wir haben seit Essen keinerlei Verlautbarungen mehr, nicht erst seit dem 11. 10. in die Presse gegeben, auch dann nicht, nachdem seitens Württemberg-Hohenzollern das bis in die letzte Vergangenheit fortgesetzt worden ist.

Ich bin an die Satzung gebunden, die wir letzten Sonntag angenommen haben. Dies ist keine juristische Spitzfindigkeit, sondern eine Selbstverständlichkeit, außerdem daran, was in Konsequenz der Beschlüsse von Stuttgart-Bad Cannstatt sich ergibt. Es hat schon eine Besprechung der Delegierten für den Bundesparteitag stattgefunden. Auch weitere Unterhaltungen in dem Sinne, daß ich weiß, hier nicht nur für mich zu sprechen. Ich werde niemals so unvorsichtig sein, mich hier der Gefahr auszusetzen, daß ich hier etwas sage, was mir später irgendwie vorgeworfen werden kann. Die Geduld ist mir langsam leid. Ich weise darauf hin, daß in der Gesamtvorstandssitzung in Bonn mehrere

Stunden Sonntag früh nach dem Ausbruch *Andersens* in Schleswig-Holstein auch hier der Gesamtvorstand sich die Zeit genommen hat.[16]

Selbstverständlich, Herr *Blücher,* ist unser aller Bestreben, die Sprengung der Partei zu verhüten. Eine Gegenfrage: Wann und wo soll sich vorbehaltlich des Zustandekommens und des Ergebnisses der Vorbesprechungen der Bundesvorstand in aller Bälde sich mit der Frage der Vertreterbefugnis auseinandersetzen? Ich bitte es nicht als unfreundlich anzusehen gegenüber dem Vorstand oder gegenüber *Kohler,* wenn ich pflicht- und auftragsgemäß die Frage bitte aufzuklären und zu entscheiden, damit wir wissen, woran wir sind. Daß wir eine eindeutige Auffassung haben, auch auf der politischen Seite, ist ganz selbstverständlich. Vom Rechtlichen sehe ich auf Wunsch ab. Es ergibt sich das, was die Herren *Vortisch* und *Erbe* in Bad Godesberg ausgeführt haben[17], praktisch das, daß in der Satzung nur ein Landesverband vorgesehen ist und sein kann. Infolgedessen ist es absolut klar, daß Freunde aus Württemberg-Hohenzollern als Delegierte anwesend waren. Der vorläufige Landesbezirksverband ist mit der klaren und offenen Absicht geschaffen worden, daß aus diesem vorläufigen alsbald durch Hinzutritt der am letzten Sonntag noch nicht vertretenen Kreise ein endgültiger Bezirksverband geschaffen werden kann.

Wir haben es sehr bedauert, daß wegen dienstlicher Verhinderung – der Herr Vorsitzende war in Paris – kein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes anwesend war, d. h. Ernst *Mayer* war da, der auch in Godesberg anwesend gewesen war. Ich habe vorhin dem Herrn Vorsitzenden das Wortprotokoll übergeben. Daraus geht hervor, daß ich mich ganz im Geiste von Bad Godesberg zurückgehalten habe. In aller Form möchte ich hier festgestellt wissen – *Euler* bitte mich nicht mißzuverstehen –, daß es von Interesse und Bedeutung ist, daß Herr *Bezold* in seiner Eigenschaft als Richter und Satzungsexperte uns immer ausgezeichnet beraten hat und ja auch dem Satzungsausschuß vorsitzt, daß er hier eine Auffassung vertreten hat, welche sich mit der deckt, die wir immer vertreten haben. Mit Ihnen bedauern kann ich nur, daß *Dehler* und *Euler* verhindert waren und *Bezold* der Natur der Sache nach.

Die Freunde von Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg wünschen, daß wir hier den Standpunkt vertreten, daß der Landesverband Baden-Württemberg unabhängig von Beschlüssen von Sigmaringen das einzig vertretungsberechtigte Organ in der Gesamtpartei ist. Ich bitte, es mir nicht zu verdenken, genauso wenig wie man es Herrn Dr. *Leuze* in Godesberg gegenüber getan hat, daß ich mich mit meinen Freunden noch besprechen muß. Ich gebe zu bedenken, daß ein einziger Vertreter von Baden-Württemberg mir zu wenig erscheint, wenn also diese Besprechung zustandekommt. Im übrigen hatte sich ja *Kohler* auch eine Stellungnahme vorbehalten. Rein vorsorglich bitte ich, daß die Zahl von einem Beobachter natürlich angemessen erhöht wird. Ich nehme nicht an, daß dieser Wunsch eine ausschlaggebende Rolle spielen würde. Es kann dies alles

16 Siehe Nr. 15.

17 Ausführungen von *Erbe* und *Vortisch* in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 11. 10. 1952 in: Protokoll, Anm. 2, S. 4 und S. 9 f.

nicht [auf] eine einzelne Person abgestellt werden, weil wir es niemandem von unseren einzelnen zumuten wollen. Es müßte eine möglichst breite Basis geschaffen werden.

BLÜCHER: Ich will ganz klar formulieren: 1. Niemand soll vergewaltigt werden. 2. Hier soll nur eine Arbeitsgrundlage geschaffen werden. 3. Ebenso eine Arbeitsgrundlage für Bad Ems. 4. Ich persönlich erkenne den Anspruch auf das ordnungsgemäße Stattfinden eines Landesvertretertags in Württemberg-Hohenzollern an.

Deswegen sollen wir uns hier doch nicht irgendwie anders als sachlich und ruhig unterhalten. Zusammenfinden und nicht Auseinanderleben durch neue Grundsatzerklärungen, darauf kommt es an. Ich muß feststellen, daß wir drei Gesamtvorstandssitzungen, einen außerordentlichen Parteitag aufgewendet haben, um diese Frage zu klären. Eigentlich wollen wir eine politische Partei für das gesamte Bundesgebiet sein. Dies ist nämlich der Grund, weshalb ich nochmals dazwischen quassele. Ich bin gehalten, dafür notfalls die notwendige Zeit zu schaffen, wenn eine Satzungsänderung notwendig sein sollte. Man kann ja nicht sagen „Roma = Stuttgart-Bad Cannstatt locuta, causa finita". Wenn es nun wirklich möglich wäre, in Sigmaringen zu Beschlüssen zu kommen, die Satzungsänderungen verursachen, dann müßten wir dies erwogen haben. Es geht um die Rettung des liberalen Gedankens. Wir müssen leidenschaftslos abwarten, ob sich nicht ein Weg findet. Es geht um die Abwehr des Klassenkampfes. Wir müßten Temperament für große Dinge aufwenden, aber nicht für Dinge, wo nur eines entscheidend sein kann: der gute Wille! Ihn könnten alle haben. Jeder möge prüfen, ob etwas, was er sagt, wirklich notwendig ist, ob es nicht auseinandertreibt, weil das rednerische Temperament und mangelnde Auswahl der Worte solche Folgen haben könnten. Nachlässigkeiten müssen ebenfalls vermieden werden. Dies gilt auch für den heutigen Abend.

HAUSSMANN: Die in Stuttgart-Bad Cannstatt verabschiedete Satzung sieht vor, daß einmalig mit einfacher Mehrheit durch einen Landesvertretertag Satzungsbestimmungen geändert und ergänzt werden können.

EULER: Ich hatte nichts anderes erwartet, als daß Sie, *Haußmann*, uns erklären, an die Satzungen gebunden zu sein. Es wurden in Stuttgart auch Beschlüsse gefaßt über die Aufnahme von Kreisverbänden aus Württemberg-Hohenzollern. Es wurde ein neuer Landesbezirksverband geschaffen. Wenn es dabei bleibt, dann wird es bald heißen, holt die Flagge ein. M. E. wäre man weitergekommen, wenn der geschäftsführende Vorstand klar gesagt hätte, Ihr in Stuttgart seid nicht berechtigt, mit Wirkung für das Gebiet Württemberg-Hohenzollern einzuladen oder einen Parteitag abzuhalten. Das muß jetzt erkannt werden.

(Zwischenruf *Haußmann*: Das ist nicht erklärt worden!)

Ja, leider.

BLÜCHER: Eingeladen hat das Direktorium.

EULER: Ich sehe schwarz, nachdem man jetzt die Erklärungen von Baden-Württemberg gehört hat. Es wird nunmehr auf die Verwirklichung der

Vorschläge des geschäftsführenden Vorstands ankommen. Daraus muß die Konsequenz gezogen werden, daß seine Beschlüsse in die Satzungen aufzunehmen sind, andernfalls werden die Schwierigkeiten erneut lediglich um zwei bis drei Wochen hinausgeschoben. Wenn unser Vorschlag von Württemberg-Hohenzollern angenommen wird, müssen wir daraus die Konsequenzen ziehen, sonst bewegen wir uns im Nebel. Wir werden nach drei Wochen feststellen, daß auf der Grundlage einer illusionären Einigung die Dinge nur hinausgeschoben worden sind.

BLÜCHER: Wir wollen die Dinge nicht komplizieren. Erforderlich sind ausgereifte Beratungen bei Württemberg-Hohenzollern, dann bei Württemberg-Baden. Wir wollen nichts jetzt schon vorwegnehmen, sondern überlegen, wie wir uns auf ein bestimmtes Vorgehen einigen.

EULER: Ich habe unterstellt, daß Württemberg-Hohenzollern Ja sagt, dann liegen aber die Konsequenzen bei Baden-Württemberg, das muß klargestellt werden.

BLÜCHER: Wir verheddern uns ja ständig. Erst müssen wir klare Verhandlungsgrundlagen schaffen.

SCHWENNICKE: Es ist bedauerlich, daß wir immer mehr in formale Schwierigkeiten hineingeraten, statt *Blüchers* Vorschlag aufzugreifen, einen entscheidenden guten Willen herbeizuführen und die Grundlagen der Verständigung zu schaffen. Zu den einzelnen Punkten möchte ich bemerken, daß ich es nicht für möglich halte, daß der Vertretertag abgesagt wird. Dies diente auch der Sache nicht, sondern nur einer weiteren Verhetzung und würde nicht den Weg für eine Verständigung freimachen. Wir kommen nicht weiter damit, daß wir immer wieder danach suchen, wer hat etwas gesagt, wer hat mehr und wer hat weniger Schuld. Völlig einig sollten wir uns darüber sein, daß, wenn es nicht gelingt, am 2. 11. zu Beschlüssen zu kommen, die unmittelbar zur Einigung führen, wir dann den Parteitag absagen müssen. Denn, wenn Beschlüsse gefaßt werden, die die Selbständigkeit betonen, dann können wir in diesem Zustande keinen Parteitag machen, ohne den Schaden, der bereits vorhanden ist, noch zu vergrößern. Hat es dann überhaupt noch einen Sinn, im Bundestagswahlkampf von Versammlung zu Versammlung zu fahren, wenn Gegensätze innerhalb unserer Partei vorhanden sind, an welchen außerhalb die Partei aufgehängt wird? Es darf nicht sein, daß man sich das eine oder andere öffentlich vorhält.

Dahinter stecken politische Probleme, welche nur innerhalb der Partei durchgefochten werden dürfen. *Haußmann* hatte einmal die Situation Berlins gestreift. Hier besteht eine Zwangslage. Seit Jahren sind wir in der Koalition mit der SPD. Wir haben seit den letzten Wahlen eine knappe Mehrheit für FDP und CDU. Trotzdem hat uns die Gesamtsituation Berlins gezwungen, so eine Regierung zu bilden. Der ständige Druck zwingt uns dazu, die größeren Aufgaben mit der SPD zu überlegen. Gegenüber persönlichen Wünschen eines Landesverbandes kann man da einfach nicht nachgeben, solche müssen zurückstehen. Beide Landesverbände im Südweststaat sollten soviel Altruismus zeigen, Dinge zurückstellen, die im einzelnen bereinigt werden müssen. Wir

müssen uns bemühen, mit den Freunden in Württemberg-Hohenzollern genauso [wie] mit denen in Württemberg-Baden einen Weg vorzubereiten, der die Verständigung einschließt. Ich glaube nicht, daß man in Stuttgart uneinsichtig sein will. Echte Verständigung kann es nie durch Unterwerfung geben, aber dann, wenn beide Teile in ihrem Standpunkt etwas nachgeben, dann können sie sich auf einer Linie treffen. Wenn wir so verfahren, dann finden die Dinge des Südweststaates einmal ihren Abschluß.

Die politischen Dinge sind eine andere Frage, die nicht unmittelbar so eng damit verkoppelt sein können. Wir müssen Wege der Gemeinsamkeit suchen wegen der weiteren politischen Konsequenzen. Was wir brauchen, ist absolute Geschlossenheit nach außen, sonst sind bei Wahlen Rückschläge nicht unvermeidbar. Die CDU hat es fertiggebracht, nach außen hin ein Bild der Geschlossenheit abzugeben, zumindest diesen Eindruck in der Öffentlichkeit zu erwecken, und das wirkt sich günstig aus. Warum sollten wir es nicht fertigbringen, unsere Standpunkte abzuklären, ohne nach außen Meinungsverschiedenheiten zu erkennen zu geben? Dies ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Wenn weiter so verfahren wird, ist dies eine Politik des politischen Selbstmordes.

GÜNZEL: Wie *Schwennicke* richtig erklärt hat, ist jeder Konflikt innerhalb der Partei schädlich. Als primär ist das Politikum anzusehen, das Juristische als sekundär. Wir sollten uns insofern beschränken, als wir zu überlegen haben, wie wir diesem Politikum gerecht werden. Das erwähnte Beispiel ließe sich erweitern, Herr *Schwennicke,* wenn wir an unsere Streitigkeiten denken. Wir haben sie bereinigt wegen der außerordentlichen schädlichen Rückwirkungen für Berlin. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Presse nur allzu leicht geneigt ist, solche Streitigkeiten auszuschlachten. Die Öffentlichkeit nimmt Kenntnis von ihnen, und es vergehen dann keine Versammlung[en], ohne daß man gezwungen ist, diesbezügliche Auskünfte zu geben. Wenn der Wille klar ist, dann gibt es doch auch juristische Möglichkeiten. Wir dürfen nicht nur an unsere Parteifreunde denken, die dieses und jenes beschlossen haben und uns diesen oder jenen Auftrag als Mandatsträger gegeben haben. Wir müssen an die große Zahl unserer Wähler denken. Wenn *Blücher* sich bemüht, den Konflikt aus der Ebene des Juristischen, des Formalen herauszuheben, dann folgen wir doch *Blücher* auf diesem Wege.

SCHIFFERER: Wir in Schleswig-Holstein sehen die Dinge mehr aus der Ferne. In der nordischen Luft kondensieren sie sich. Ich möchte sagen, die FDP hat den Staat geschaffen, ein einheitlicher Parteizusammenschluß ist jedoch nicht gelungen. Wir sind politisch über die Regierungsbildung dort unten nicht glücklich. Ich stimme juristisch Herrn *Euler* zu. Darum geht es hier aber nicht. Es gilt, die Vorschläge des Herrn *Blücher* zu besprechen und zu beschließen. Wir sollten Herrn *Haußmann* darum bitten nachzusehen, ob die Satzungen in Richtung der Vorschläge diesen angepaßt sind. Wenn *Leuze* die Politik nicht mitmachen will, dann kann dies ja kein Grund sein, den Zusammenschluß nicht zu wollen. Ich hatte eben scherzhaft zu meinem Nachbarn zur Linken (Anmerkung: *Richter,* Hamburg) gesagt, wenn Schleswig-Holstein und Hamburg eine Provinz würden, würde eine organisatorische Verschmel-

zung wahrscheinlich Jahre dauern. *Haußmann,* wenn Sie sich als der Starke fühlen, dann können Sie, dann müssen Sie Konzessionen machen. So etwas wird verschämt gesteuerte Demokratie genannt. Steuern Sie bitte.

EULER: Steuern kann man sehr gut in Stuttgart, wenn man will.

HAUSSMANN: Nein, ich muß doch bitten!

BLÜCHER: Ich habe schon eingegriffen.

HOFFMEISTER: Ist die Zeit nicht zu kurz zwischen dem 2. 11. und Bad Ems?

BLÜCHER: Nein, im Augenblick haben wir zunächst einmal Sigmaringen, sodann müßten sofort die Vorschläge geprüft werden. Das bedarf natürlich gewisser Zeit. Das wird uns nicht hindern, beide als vollberechtigt am Bundesparteitag auftreten zu lassen; anders gibt es keine Lösung für uns.

KOHUT: Solange von Stuttgart aus politische Anschauungen verbreitet werden, die so stark von denen verschiedener Landesverbände abweichen, ist es ausgeschlossen, zu einer festen Einheit in der Partei zu kommen. Diese Gegensätze sind dort und in der ganzen Partei nicht zu leugnen. Entweder wir billigen die Anschauungen der Richtung Reinhold *Maier/Haußmann* und unterwerfen uns, oder wir ziehen eine klare Scheidungslinie. Anders können die Gegensätze nicht aus der Welt geschaffen werden.

KOHLER: Sie können versichert sein, meine Herren, uns allen sind diese Mahnungen schon oft gesagt worden. Wir wissen genau um die jetzigen und kommenden Schwierigkeiten, wenn wir zur Wahl schreiten. Dies bewegt uns genauso wie Sie. Es handelt sich um zwei Probleme, welche die Schwierigkeiten hervorgerufen haben: einmal die Methodik des taktischen Vorgehens, zum anderen Male die parteipolitisch sachlichen und persönlichen Politika. Bezüglich des ersten Grundes bitte ich mir zu gestatten darzulegen, warum wir so hartnäckig, warum wir so dickköpfig sind. Es dreht sich nicht um persönliche Dinge, es dreht sich jetzt um mich als Vertreter von Württemberg-Hohenzollern, also nicht um *Kohler.* Wenn Sie mir gestatten, die Dinge zu sagen, dann können Sie Klarheit bekommen, sonst können Sie es nicht verstehen.

BLÜCHER: Verzeihen Sie, wenn wir das tun, kommt die Forderung von *Haußmann,* nämlich zu erwidern, wir kommen wieder in die Sachdebatte.

(Zwischenruf *Günzel:* Das hoffe ich!)

[KOHLER:] An die Adresse *Haußmanns* möchte ich sagen, daß er sich die ganze Situation noch einmal reiflich überlegen sollte, weil die politische Haltung seines Landesverbandes Anlaß zum Tadel gegeben hat, unsere dagegen nie. Dies, damit man die Eigenart der Abklärung deutlich erkennt, mit der wir uns zu befassen haben.

MIDDELHAUVE: zur Geschäftsordnung: Die Situation ist durch Stuttgart-Bad Cannstatt erheblich erschwert worden. Die Freunde in Württemberg-Hohenzollern haben auf der anderen Seite durch so scharfe Maßnahmen, durch Ausschlüsse von Parteifreunden reagiert, so daß es notwendig ist, in diesem Kreise der Bitte *Kohlers* zu folgen, hier noch einmal auszubreiten, was sich alles getan hat. Er hat ja versprochen, daß es kurz geschieht.

DEHLER: zur Geschäftsordnung: Wir wissen doch alle[s]. Ich habe größte Bedenken gegen diese Absichten. Hat es einen Sinn, das auszutragen? Es kommt auf Organisationsfragen an. Soweit ist das in hervorragendem Maße eine statutenrechtliche Frage. Ich gebe *Bezold* vollkommen Recht. Die Grundfrage muß so ausgetragen werden, daß wir erörtern, wie sie rechtlich zu lösen ist.

EULER: zur Geschäftsordnung: *Kohler* hat, wie ich glaube mit gutem Recht, nicht das Materiell-Politische als Erstes genannt, sondern die Methode des Verfahrens. Wir hatten ja schon einmal Ähnliches. Wir sollten es uns anhören, unbeschadet, daß Herr *Haußmann* erwidert.

BLÜCHER: Darf ich einen dummen Vergleich wählen? Der Kreis Rhein-Wupper ist politisch in jeder Beziehung in unseren Augen untadelig. Jetzt kommt eine Organisationsfrage, wo er nicht pariert. Jetzt soll ich zum Ausschluß des Kreises Rhein-Wupper übergehen?

BEZOLD: sehr richtig, sehr richtig! Sonst tut jeder, was er will.

KOHUT: Reinhold *Maier* tut das schon lange.

BLÜCHER: Das tun alle, die Sünder sitzen auf allen Seiten, aber der Krieg in der Öffentlichkeit ist von uns zu mißbilligen.

KOHLER: Ich meine nur das Methodisch-Taktische.

BLÜCHER: Sollen wir darüber abstimmen? Man sagt Nein.

KOHLER: Ich betone wiederholt, daß ich nicht wegen meiner Person sprechen will, sondern lediglich als Vertreter des Landesverbandes Einspruch einlege gegen die Art, wie vorgegangen worden ist. Bei der ersten Fraktionssitzung im neuen Bundesland wurde die Wahl der Vorstandsmitglieder durchgeführt. Ich hatte gedacht, man würde an die drei Länder in gleichem Maße denken. *Haußmann* wurde erster Vorsitzender, zweiter entweder *Waeldin* oder *Gönnenwein*. Dann hatte sich *Leuze* zu Wort gemeldet und seiner Enttäuschung Ausdruck gegeben bezüglich meiner Kandidatur. Es hat eine lange Debatte gegeben, in welcher wenig Schmeichelhaftes über mich hinsichtlich meiner Qualität gesagt worden ist, jedenfalls wurde ich nicht gewählt. In der Debatte machte Reinhold *Maier* den Vorschlag, dann eben den *Kohler* als beratendes Mitglied hinzuzuwählen, während die anderen die drei Vorstandsmitglieder sein sollten.

Bei der Wahl der Mitglieder der Koalition für den Verhandlungsausschuß wurde ich von *Erbe* vorgeschlagen. Wieder gab es in der Debatte wenig Schmeichelhaftes; ich bin als Sieger hervorgegangen. Zu den Verhandlungen mit der CDU wurden die Rollen vergeben. *Kohler* erhielt die Schulfrage, sehr zum Mißfallen des Herrn *Haußmann,* wie sich nachher herausstellte. Ich hatte die Meinung vertreten, daß wir uns auch von der SPD in dieser Frage unterscheiden, weil wir die christliche Gemeinschaftsschule betonen. Dies besonders, weil ich der CDU eine Brücke bauen wollte, bei welcher die Schulfrage eine große Rolle spielt.

Als wegen des Todes meiner Schwiegermutter ich an der zweiten Koalitionsverhandlung teilzunehmen verhindert war, habe ich *Haußmann* deswegen angerufen: Er möge einen Stellvertreter schicken. Er hat mir mitgeteilt, er habe

Erbe schon eingeladen. Zu späteren Koalitionsverhandlungen wurde ich überhaupt nicht mehr eingeladen, auch zu Verhandlungen mit der SPD nicht, obwohl ich doch ordentlich gewählt war.

Einmal wurden wir zur Direktoriumssitzung eingeladen. Von Württemberg-Baden erschien hierzu der gesamte Landesausschuß, ungefähr 20 bis 25 Leute. Aus diesen Erfahrungen heraus hatte ich mich für eine ganz genaue Festlegung ausgesprochen, daß nur das Direktorium zusammenkomme. Es wurde einberufen mit der Zusage, daß nur Direktoriumsmitglieder an neutralem Orte zusammenkommen würden. Wir wurden verständigt, die Sitzung sei in die Villa Reinhold *Maiers* verlegt worden. Wir waren dann aus Protest abgefahren. Es war uns auch gesagt worden, einige seien schon dort (Villa Reinhold *Maier*): *Maier* würde uns auch noch zu einem Imbiß einladen.

Vor einigen Monaten hatten wir unser klares Bestreben in einer Direktoriumssitzung zum Ausdruck gebracht, die politischen Gegensätze abzuklären, und Antrag auf Einberufung eines gemeinsamen Landesvertretertages gestellt. Dies wurde abgelehnt. Einige Wochen nachdem wurde dieser für Stuttgart-Bad Cannstatt für den 19. 10. 1952 anberaumt, aber nicht zur Abklärung der Ansichten, sondern zur Konstituierung des neuen Landesverbandes. So wurde im Direktorium verfahren.

Es gab auch noch andere Kuriositäten. So wurde einmal eigenartig mit der Fraktion umgegangen. Eines Tages hat die Regierungskoalition einen gemeinsamen Verfassungsentwurf dem Landtag eingereicht. Der Entwurf war vorher nicht in der Fraktion beraten worden. Als ob das eine Sache wäre, die man so nebenbei an den Ausschuß schickt. Das sind Dinge zum Beweis, wie verfahren wird. So kann man kein Vertrauen mehr haben. Ich persönlich habe in keiner Weise mehr Vertrauen für *Haußmann* als Führer der Partei und Fraktion, sachlich und politisch.

Aus dem Vorherigen wissen Sie, daß erwähnt worden ist, daß auch andere Landesverbände da sind, die unsere sachliche Haltung unterstützen und anerkennen. Es ergibt sich eine schwierige Aufgabe für die Bundespartei. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Vorstand oder der Bundesparteitag den Vertretern von Württemberg-Hohenzollern das Recht, als Delegierte auf dem Emser Parteitag zu erscheinen, übelnehmen wird. Unter diesen Umständen ist das Vertrauen einzusteigen nicht gegeben. Ich weiß, daß ich nicht allein dastehe. Es wurde gesagt, wir sollten bis zum 2. 11. 1952 uns friedlich verhalten. Dies ist ein Unrecht, da schon der 19. 10. 1952 hinter uns liegt. Ganz besonders kann ich nicht anerkennen diese Modifizierung *Blüchers*, daß aus den kritischen Kreisen zwei Vertreter, aus den anderen einer erscheinen soll.

BLÜCHER: Wir dürfen eines nicht verwechseln. In einem Falle handelt es sich um ein beschlußfähiges Organ, im anderen Falle nur um eine Aussprache auf breiter Ebene. Der Vertretertag ist souverän.

KOHLER: Ich will auch nicht, daß Vertreter von Stuttgart kommen.

BLÜCHER: Dies soll ein Ausfluß von einem Maximum an gutem Willen sein.

KOHLER: Ich mußte diese Einzelheiten alle erwähnen, die so unschön sind, die aber gesagt werden müssen, wenn man Verständnis haben soll, warum wir nicht mehr können, warum wir kein Vertrauen mehr entgegenbringen können.

HAUSSMANN: Ich will mich ebenfalls bemühen, kurz zu antworten. *Kohler* hat von der konstituierenden Fraktionssitzung gesprochen. Über diese Frage war vorher nicht gesprochen worden. Meine Wahl ist in geheimer Abstimmung erfolgt. Das Protokoll weist es aus. Für Württemberg-Baden wurde *Gönnenwein* als stellvertretender Vorsitzender und als weiterer stellvertretender Vorsitzender *Waeldin* gewählt. Dem übrigen Fraktionsvorstand gehörten nach meiner Erinnerung noch zwei weitere Kollegen, *Kohler* und *Nischwitz* an. Zum Falle Koalitionskommission ist zu sagen, daß am Schluß nach Verhandlungen mit der CDU, es ist am 21. 3. gewesen, die Herren der CDU erklärt haben, es kämen auch einige Mitglieder der Fraktion. Man hat uns anheimgestellt, daß auch von unserer Seite einige Herren mitgebracht werden können. Mit *Waeldin* und *Nischwitz* waren auch wir stärker aufgetreten, deswegen hatte ich *Kohler* auch gesagt, es werde auch *Erbe* kommen. Der Ihnen bekannte Dr. *Vietzen* hat das Protokoll über sämtliche Verhandlungen geführt. Er wird jederzeit dartun können, daß ich unter ausdrücklicher Zustimmung *Menges* nach Aussprache mit Dr. *Schäfer* gehandelt habe. Am 14. 4. war Direktoriumssitzung. Morgens hat die Fraktion allein getagt, nachmittags der geschäftsführende Vorstand. Fraktion und geschäftsführender Vorstand wurden eingeladen, an den Besprechungen im Direktorium teilzunehmen, um so mehr, als *Leuze* erst um 17.30 Uhr wegen eines Gerichtstermins in Stuttgart sein konnte.

Euler hat zwischenruflich Art. 14 angeschnitten.[18] Die Sache ist am 11. 10. 1952 in Bad Godesberg behandelt worden. Da die Sache noch im Verfassungsausschuß behandelt wurde, bestand für die Fraktion kein Anlaß, sich ebenfalls damit zu beschäftigen. Weder einzelne Abgeordnete, noch die Fraktion hatten Anlaß, sich damit zu beschäftigen. Es ging hier nur um eine Diskussionsgrundlage. *Middelhauve,* Sie können mit dem Kopf nicken, das muß ich Ihnen überlassen. *Gönnenwein* u. a. sind ja auch Männer, die sich politisch etwas denken. Das Ganze habe nicht ich gemacht. Es handelt sich um insgesamt sieben Personen.

Kohler war so erfreulich offen, mir zu erklären, daß kein Vertrauen zu mir besteht. Ich nehme es als Demokrat zur Kenntnis und nicht übel. Meine Wahl ist in meiner Abwesenheit erörtert und darüber auch abgestimmt worden. Ich habe erst nach Abschluß des Ergebnisses den Saal betreten und den Vorsitz über-

18 Aus den im folgenden gegebenen Hinweisen ergibt sich, daß sich der Zwischenruf *Eulers* auf Art. 15 Abs. 4 des Vorentwurfs der Landesregierung von Baden-Württemberg für eine Landesverfassung bezieht, in dem es u. a. hieß: „In allen Schulen waltet der Geist der Duldsamkeit und der sozialen Ethik. Der Unterricht ist so zu erteilen, daß die Gefühle Andersdenkender nicht verletzt werden und die gegenseitige Achtung vor dem anderen Glaubensbekenntnis gefördert wird. Die geistigen und sittlichen Werte der Humanität und des Sozialismus sollen zur Geltung kommen." VERFASSUNGGEBENDE LANDESVERSAMMLUNG VON BADEN-WÜRTTEMBERG, Beilagen-Bd. 2, Stuttgart 1954, Beilage Nr. 850, S. 762.

nommen. Die Dinge sind vollkommen demokratisch behandelt worden. Nicht immer haben Kandidaten freiwillig sich in Abstand bei der Beschlußfassung begeben. Wir haben im neuen Vorstand auch Leute aus Württemberg-Hohenzollern und Süd-Baden, wir haben auch Delegierte gewählt.

Zum Schluß möchte ich noch auf die Ausführungen *Kohlers* wegen des 2. 11. hinweisen. Ich habe als Vorsitzender die Sache immer so verstanden, daß so verfahren wird, daß Baden-Württemberg sein Einverständnis zur Klärung von Sigmaringen geben soll. So haben es auch Vertreter aus den Kreisen verstanden, die Delegierte nach Stuttgart entsandt hatten, um hier eine Klärung herbeizuführen. Anderenfalls könnte ich mir nicht vorstellen, was der 1. 11. für einen Sinn haben solle.[19] Nur so, daß dieser 1. November der Vorbereitung des 2. November dienen sollte. Dies unter unserer Teilnahme. Wir wollen uns selbstverständlich nicht aufdrängen. Wenn *Kohler* sagt, er wünsche keine Vertreter oder Beobachter von Stuttgart, dann wird dies der Bundesvorstand zu entscheiden haben, ob einige Herren von Baden-Württemberg anwesend sein müßten, um eine möglichst breite Grundlage für eine Beurteilung zu schaffen.

Zum Schluß möchte ich den Ausführungen *Schäfers* und *Eulers* hinzufügen, daß auch ich mich von juristischen Behauptungen ferngehalten habe. Ich habe dafür Sorge getragen, daß die eingehende schriftliche Ausarbeitung, die nicht von mir stammt, sondern von *Erbe* und *Vortisch*[20], ergänzend vorgenommen wurde. Es wurden politische Gegensätze festgestellt. Wir haben nicht von einer vorläufigen Satzung, sondern von einer einmaligen, durch einen ordentlichen Landesvertretertag im Wege der einfachen Mehrheit abzuändernden gesprochen. Wenn *Euler* sagt, es müsse eine Gewähr dafür geboten sein, daß die Beschlüsse von Sigmaringen hinsichtlich der Änderungswünsche der Satzungen berücksichtigt werden, dann kann ich nur sagen, sie sind bereits in der Satzung verwirklicht. Sie wären wahrscheinlich genauso wenig wie ich und die anderen Herren geneigt, nur Ja zu sagen, daß wir diesen Sigmaringer Beschlüssen Rechnung tragen werden in einem Zeitpunkt, wo wir die dort zu erwartenden Wünsche noch gar nicht kennen. Herr *Euler,* ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie Ja sagen wollten. Eine Mehrheit von 248 Stimmen hat in geheimer Wahl die Zustimmung zur Politik der Fraktion erteilt. Man darf doch nicht annehmen, daß diese Mehrheit sich nun einer Minderheit fügen würde. Die sachlichen Voraussetzungen sind in der Satzung berücksichtigt. Ich will mich nicht selbst zitieren, aber der Herr Vorsitzende hat eine Abschrift von der Satzung des Vertretertags vor sich liegen. Er hat nicht zum Ausdruck gebracht, daß diese in irgendeiner Richtung etwas verbaue. Der Standpunkt Baden-Württembergs ist absolut klar.

---

19 Für den 1. 11. 1952 war eine Aussprache vorgesehen, die dann auch stattfand, an der 25 Vertreter des Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern und 6 Vertreter des neuen Landesvorstandes Baden-Württemberg unter Vorsitz *Blüchers* und *Dehlers* teilnahmen. Vgl. J. M. GUTSCHER, 1984, S. 134.

20 Zu den Auffassungen von *Erbe* und *Vortisch* der Hinweis in Anm. 17.

Wir sollten die Frage der Legitimation für Bad Ems klären, um Bad Ems zu retten, damit dort eine Diskussion ausgeschlossen ist. Ich bitte Sie alle, einschließlich *Kohler* – wenn es auch schwer fällt –, sich davon freizumachen, als ob diese Dinge in diesen Monaten von Reinhold *Maier* und Wolfgang *Haußmann* gemacht worden seien. Die Erklärung Ernst *Mayers* zu diesen Dingen in Stuttgart-Bad Cannstatt liegt vor. Wir haben alles versucht, das Tor aufzumachen. Wir sehen den Beschlüssen des geschäftsführenden Vorstandes und des Gesamtvorstandes entgegen – wir werden dazu Stellung nehmen. Für uns handelt es sich nur noch darum, ob es uns gelingt, aus dem vorläufigen Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern einen alle Kreise umfassenden Bezirksverband zu machen. Dessen Vorsitzender wird automatisch Stellvertreter des Landesverbandsvorsitzenden sein. Ich weise darauf hin, daß wir vor Bad Ems keinen Vertretertag mehr abhalten können und dies auch nicht tun werden, weil diese Dinge nach unserer Auffassung klar sind.

BLÜCHER: Meine Herren, ich möchte nachdrücklichst vor langen Reden warnen. Hier haben wir schon wieder die Proklamation eines feierlichen Nein.

HAUSSMANN: Warum sagen Sie solches immer nur nach meinen Worten?

BLÜCHER: Herr *Haußmann*, durchaus nicht, das gilt für alle! Ich bin für konkret, klar, präzis. Die Verstimmungen und Mängel an Vertrauen sind uns bekannt. Wir kennen nicht nur die Darstellungen *Leuzes* und *Kohlers* und nicht nur die Ihrige, wir kennen alle Unterlagen. Darüber wollen wir uns hier auch gar nicht unterhalten. Wir haben ein Grundgesetz. Es bedürfte nicht der Interpretation von *Kohler*. Wir sind derselben Ansicht, daß alles vorher gründlich beraten werden muß. Wir wollen nicht darüber streiten, daß wir hier unschöne Dinge erlebt haben. Wir müssen von der Realität ausgehen, daß Mißtrauen vorhanden ist, und wir müssen Wege für seine Beseitigung finden.

An Sie, Herr *Kohler*, möchte ich die Worte richten: Sagen Sie nicht „non possumus", sondern machen Sie in aller Ehrlichkeit und Sauberkeit sehr präzise Abänderungsvorschläge, die geeignet sind, in der Zukunft jegliches Mißtrauen zu zerstreuen. Ich halte mich nicht für eine Circe. Dazu bin ich auch ein viel zu schlechter Taktiker, um jemanden zu übertölpeln. Ich bin für den Grundsatz „audiatur et altera pars". Es geht hier auch nicht um Abstimmungen, sondern um freundschaftliche Überlegungen. In diesem Sinne müßte man die Freunde laden. Es wäre zweckmäßig, Zuhörer aus dem neuen Landesverband dabei zu haben – auch das nicht aus irgendwelchen hinterhältigen Gründen, sondern nur im Bestreben, aus dieser vergifteten Atmosphäre herauszukommen. Ich kriege auf jeden Fall einen Knacks ab dabei. Was ich zu sagen haben werde, wenn Ems zustande kommt über Standort und Ziele der Partei, dabei wird vieles sein, was der einen und was der anderen Seite mißfällt. Wir müssen uns eben freimachen von Dogmen und Vorurteilen. Wenn nun der eine Landesverband zusammentreten wird, dann geht es doch darum – sagen wir mal –, ihn zu liquidieren. Angenommen, er tut dies und äußert ganz bestimmte Wünsche – vielleicht nicht unerhebliche – hinsichtlich der Satzungen des Verbandes, von welchem er ein Teil werden soll. Die Zeit ist unterdessen knapp geworden. Man kann aber deswegen nicht sagen, wir dulden die Vertreter von Württemberg-Hohenzollern nicht. Es bleibt also wie beschlossen am 2. 11.

1952. Wenn es uns billiger scheint, daß wir in einem Übergangszustand es bei der bisherigen Regelung lassen, dann können wir nicht erklären, wir schließen die Vertreter von Württemberg-Hohenzollern aus. Wenn sie von vornherein zeigen, daß man sich nicht bemüht, einen Weg zu finden, dann erst müßte vom Vorstand hinsichtlich der Folgen überlegt werden.

DEHLER: Bittere Dinge sind gesagt worden, so z. B. von *Kohler,* welcher erklärt hat, er habe kein Vertrauen mehr. Darum geht es nicht. Gerade darum ist es notwendig, eine Gemeinschaft herzustellen. Man müßte sich deswegen durchsetzen. *Kohut* ist noch viel weiter gegangen. Ob wir das billigen könnten, nämlich eine Alternative, entweder hinaus oder wir unterwerfen uns? Also, ich habe das Gefühl, wenn man solches hört, Essen war umsonst gewesen. Die dortigen Beschlüsse gelten. Bisher sind Störungen nicht erfolgt. Ich habe die Hoffnung, daß dies auch weiterhin nicht geschehen wird. Für uns besteht die Aufgabe, die Landesverbände zu vereinigen. Stimmt denn dies überhaupt? Es geht doch um die Bildung eines Landesverbandes in Baden-Württemberg. Nehmen Sie an, Baden-Württemberg wird aufgelöst unter der ganz gleichen Sachlage. Ich will ja nur das rechtliche Problem klarmachen. Nehmen wir an, Rheinland-Pfalz wird aufgelöst. Werden wir dann vom Bunde her sagen, daß der Landesverband bleibt? Er müßte neu konstituiert werden.

BEZOLD: weil die Mitglieder Mitglieder der Bundespartei sind.

DEHLER: Also die Aufgabe ist es nicht, daß sich die drei Landesverbände verschmelzen, sondern daß von unten her ein neuer einheitlicher Landesverband gebildet wird. Und wenn Sie sich da aus irgendwelchen materiellen Gründen verschließen, dann verstoßen Sie gegen eine parteipolitische Pflicht.

(Zwischenruf *Euler:* Das ist eine ganz falsche Deduktion!)

Aber nein. Es handelt sich um eine petitio principii. Wenn man davon ausgeht, ich will von Reutlingen her den Kampf gegen Stuttgart, dann kann man so argumentieren.

EULER: Aber wer ist denn dann legitimiert, die Kreisverbände zusammenzuholen?

SCHÄFER: das Direktorium durch einen Konsensus.

DEHLER: Das ist entscheidend.

BLÜCHER: Meine Herren, ich mache einen Vorschlag. Wir sprechen nicht mehr über die rechtlichen Fragen, sonst könnte ich jetzt auch Fragen dieser Art stellen, und man könnte daraus eine juristische Geschichte machen noch und noch.

EULER: Ich habe meine Rechtsauffassung. Wie kommen wir zum Erfolg? Im Interesse der Sache halte ich es nicht für gut, wenn am 1. 11. die Vertreter miteingeladen werden, die von Württemberg-Hohenzollern aus gesehen als Abtrünnige angesehen werden. Viel richtiger wäre eine Besprechung lediglich im Kreise der Delegierten des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern, sonst haben wir Leute dort, die durch ihr bloßes Dasein die psychologische Situation verschärfen, statt die Bereitschaft zu stärken, auf Vorschläge einzugehen.

Nehmen wir einmal an, man erklärt, gut, wir gehen auf den Vorschlag des Vorstands ein. Dann erhebt sich die Frage, wie die Landesverbände Württemberg-Baden und Süd-Baden darauf reagieren werden.

(Zwischenruf *Haußmann:* gibt es nicht mehr!)

Württemberg-Hohenzollern ist in Ems genauso berechtigt wie die anderen. Eine Versteifung der Lage kann nur dann verhindert werden, wenn die Abtrünnigen nach Sigmaringen nicht eingeladen werden. Im Interesse der Klarheit: Bis Baden-Württemberg erwidert hat, muß klar sein, daß Württemberg-Hohenzollern ebenso berechtigt ist, auf dem Bundesparteitag aufzutreten wie die anderen Landesverbände auch.

BLÜCHER: Das ist ja wohl der Ausgangspunkt, von dem wir ausgegangen sind. Der Vorschlag sollte lediglich dazu dienen, die Fenster aufzumachen.

EULER: Das erkenne ich an, aber nur, ich habe Bedenken.

KOHLER: Das würde der Vorstand bei uns auch ablehnen.

BLÜCHER: Das war ein pflichtgemäßer Vorschlag des guten Willens.

HAUSSMANN: Das müßte ich erst mit Baden-Württemberg besprechen.

BLÜCHER: aber nach dem 2. 11. 1952.

MIDDELHAUVE: Der Vorschlag *Blüchers* entspringt seiner Pflicht, eine Brücke zu bauen. Ich begrüße ihn, und ob er nun den psychologisch berechtigten Bedenken *Eulers* entspricht, das mag *Blücher* entscheiden. Daß die Schwierigkeiten fast unüberwindlich sind, hat sich heute nachmittag bewiesen. Eine Seite will nicht, die andere will nicht.

DEHLER: Es geht doch um den Rechtsstandpunkt.

BLÜCHER: Das „fiat justitia pereat mundus" ist abzulehnen.

MIDDELHAUVE: Darum handelt es sich ja, um den letzten Versuch des Vorstandes, eine Brücke zu bauen. Es muß dies der letzte Appell an beide Teile sein, sich sowohl nicht nach innen als auch nach außen zu verkapseln und zu verriegeln, wie es Ernst *Mayer* immer ausgedrückt hat. Es soll versucht werden, daß man zugänglich ist und durch Entgegenkommen und durch Verständnis für den anderen zu einem positiven Ergebnis kommt. Es ist der letzte Versuch, der noch Aussicht auf irgendeinen Erfolg bietet. Wenn es Schwierigkeiten gibt, liegt es an einer der beiden Parteien oder an beiden. Ich danke dem Vorsitzenden für seine Bemühungen.

MÜLLER: zur Geschäftsordnung: Ich unterstütze restlos *Middelhauve.* Morgen werden wir darüber weiter sprechen. Einige von uns müssen ja weg. Zwischenzeitlich werden wir Möglichkeiten zu privaten und persönlichen Gesprächen haben.

BLÜCHER: Es geht hier nicht um einen Vorstandsbeschluß, sondern um einen Appell.

MÜLLER: um eine echte Empfehlung.

BLÜCHER: Die Situation, vor der wir stehen, heißt, entweder die einen oder die anderen.

MIDDELHAUVE: Man darf das gar nicht ausdenken und schon gar nicht aussprechen.

[WAHLRECHTSFRAGE]

BLÜCHER: Nun wollen wir einmal kurz die Tagesordnung besprechen. Zunächst handelt es sich um den Bericht über das Bundestagswahlrecht. Heute vormittag erst hatte ich temperamentvoll gegen die Listenverbindung gesprochen.[21] Aber hier handelt es sich um eine taktische und nicht politisch-weltanschauliche Frage. Ergo füge ich mich nicht nur dem Willen der Fraktion, sondern ich werde sie auch nach außen vertreten. Ich sage dies zur Entspannung.

EULER: Die Fraktion hat mehrfach ausführlich die Frage beraten, wie das Wahlrecht für die im Sommer nächsten Jahres stattfindende Bundestagswahl aussehen soll. Die Fraktion ist mit großer Mehrheit zu dem Vorschlag gekommen, daß wir die Einzelausarbeitung in dem Standpunkte Dr. *Schneiders* sehen, das bedeutet, wir treten für ein moduliertes Wahlrecht von 1949 ein. Damit Sie nun die Modifikationen im Rahmen dieses Wahlrechts von 1949 richtig sehen, muß ich noch einmal über das Wahlrecht von 1949 einiges sagen. Im Verhältniswahlrecht wird die Zahl der Abgeordneten in den einzelnen Ländern im Verhältnis der für die Parteien abgegebenen Stimmen bestimmt und dieser Grundsatz nur insofern durchbrochen, als außer über Landeslisten auch in Wahlkreisen gewählt worden ist. Über die Wahlkreise mehr als nach dem Verhältnisschlüsselzustand. Auf die Gesamtzahl wurden die Mandate im Wahlkreis angerechnet. Dann kamen auf der Landesliste nur noch die zum Zuge, die sich nicht im Wahlkreis durchgesetzt hatten. Wenn in einem Lande 14 Mandate z. B. zu vergeben waren und acht auf Wahlkreise entfielen, dann verblieben für die Landesliste nur noch sechs.

Eine kleinere Modifikation ist die, daß es keine Nachwahlen mehr geben wird, sondern daß künftig der nächste auf der Landesliste nachrücken wird. Darüber waren sich alle Parteien schon lange einig. Dies im Hinblick auf die nicht zu vertretenden Aufwendungen. Eine wesentliche Modifikation ist aber die Möglichkeit der Listenverbindung in Wahlkreisen, was aber die SPD ablehnt. Niemand wird zu einer solchen Listenverbindung genötigt. Jede Partei hat die Möglichkeit, mit Wirkung nur im Wahlkreise Verbindungen einzugehen. Es werden sich in einem solchen Falle Wirkungen hinsichtlich der Überhangmandate ergeben. Die Wahlkreismandate haben eine gewisse psychologische Auswirkung. Es kann einer Partei nicht gleichgültig sein, ob sie nur im Wahlkreis Mandate erhalten hat oder nicht. Überall da, wo außer CDU und FDP auch die DP auftritt, droht die große Gefahr, daß Wahlkreissieger die SPD wird. Wenn man verhindern will, daß die SPD aus dieser Zersplitterung Gewinne zieht, dann muß man die richtige Möglichkeit der Listenverbindung schaffen. Wie soll diese aussehen, wie soll sie laufen? Es wäre falsch, wollte man die Par-

21 Bezieht sich auf eine Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion. Hierzu und zum folgenden E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 479 f.

teien dazu nötigen, gemeinsame Vorschläge einzureichen. So etwas ergibt dann regelmäßig einen langwierigen Kuhhandel. Kompensationen kosten schließlich viele zeitraubende Verhandlungen, und dann begreift dies der Wähler noch lange nicht. Lieber verzichtet er auf seine Wahlbeteiligung. Abgesehen davon sind solche Gespräche immer höchst gefährlich, weil als deren Ergebnis oft gerade die stärksten Leute für eine Kandidatur abgelehnt werden. Es kommt dann zu Verlegenheitskandidaturen und Konzessionen gegenüber gewissen Gruppen, die der Wirtschaft und anderer. In solchen Fällen dürfe man nicht einfach addieren nach dem Schema 1+1+1 = 3, sondern = 2,2 oder sogar 1,8. Bei den Listenverbindungen soll, obwohl die Listen als solche selbständig sind, derjenige als gewählt gelten, der von den an der Listenverbindung beteiligten Parteien die meisten Stimmen erzielt hat. Bei dieser Art des Vorgehens gehen die Stimmen auf der Landesliste nicht verloren, da man ja die Einsatzstimmen hat.

BEZOLD: Hier braucht der Wähler auch nicht befürchten, daß seine ach so wertvolle Stimme verlorengeht.

EULER: Der Wähler hat die Möglichkeit, eine bestimmte Partei zu wählen, und weiß, obwohl die Parteien getrennt auftreten, daß man gegenüber der SPD die Möglichkeit eines Sieges im Wahlkreis hat. Der Traum der SPD darf nicht in Erfüllung gehen, aus der Zersplitterung Profit zu schlagen. So ließen sich auch Überhangmandate erzielen, und zwar zugunsten der Koalition. Von der Koalition gesehen bietet dieses Wahlrecht nur Vorzüge. Jeder reicht Vorschläge ein, und für die Ergänzungsliste geht keine Stimme verloren. Es ist kein Wunder, daß sich die Fraktion mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen hat. Wir haben unseren Vorschlag auch der DP zugeleitet, welche ebenfalls auf dem Boden dieses Vorschlages steht. Die CDU wird einsehen, daß dieser vorteilhafte Vorschlag nur mit den Stimmen der Koalition durchzusetzen ist. Die SPD wird ihn aufs schärfste bekämpfen. Bundeslisten sollte es keine geben, es sollte vielmehr auf Landeslisten abgestellt werden. Eine Bundesliste wäre ein Problem, das ein Bundesparteitag nicht lösen kann. Es gäbe da nur schreckliche Kämpfe. Etwas anderes ist die Frage der Ergänzung der Landeslisten durch eine Bundesliste, welche der Reststimmenverrechnung der nicht verbrauchten Stimmen in den Ländern dienen könnte. Darüber würden nur sehr wenige Abgeordnete zum Zuge kommen.

BLÜCHER: Herr *Euler,* es wäre vielleicht angebracht, etwas über die Zahl der Wahlkreise zu sagen.

EULER: Wir sind der Auffassung, daß es bei der Zahl der Wahlkreise bleiben sollte, und sogar darüber hinaus diesmal durch Gesetz dieselbe Wahlkreiseinteilung zu belassen, wie sie 1949 war.

BEZOLD: Ich denke an die Wahlkreismathematik der CSU in Bayern.

EULER: Salamandriert [Saldiert?] ist erst bei den auf die Bundestagswahl folgenden Landtagswahlen worden. Da haben es die Landesregierungen nach Möglichkeit versucht. 1949 hat dies keine große Rolle gespielt. Deswegen ist es am besten, die alte Wahlkreiseinteilung höchstens mit geringfügigen Regulierungen zu übernehmen.

Der geschäftsführende Vorstand hat sich heute morgen damit einverstanden erklärt mit der Maßgabe, daß die Listenverbindung durch den Gesamtvorstand genehmigt wird, um zu verhüten, daß auch noch wilde Verbindungen gemacht werden, z. B. mit der SPD.

BLÜCHER: Dann wäre es ja vorbei.

DEHLER: In welchem Rahmen soll die 5 %-Klausel gelten?

EULER: auf der Bundesebene.

BLÜCHER: Auch Listenverbindungen im Rahmen der Landtagswahlen müßten durch den Bundesvorstand genehmigt werden.

BEZOLD: Das muß in die Statuten hinein.

BLÜCHER: Jawohl, damit wir nicht plötzlich die verrücktesten Listenverbindungen haben.

BEZOLD: Das mag ja alles ganz schön sein. Aber besteht denn nicht die Gefahr, daß die CDU zu viel Wahlkreismandate erzielt? Gibt es dann die Möglichkeit, die Zahl der Mandate zu vergrößern?

EULER: ja, selbstverständlich. Wir haben ja im Bundestag nicht 400 Abgeordnete, sondern 402.

BLÜCHER: Ein typisches Beispiel für diese Mandatszahlvergrößerung hat Nordrhein-Westfalen bei der Landtagswahl 1950 abgegeben. Die CDU hat dadurch ihren Mandatsbestand um 16 von 75 auf 91 aufgestockt, so daß der Landtag statt 200 216 Abgeordnete zählt.[22] Diese Aufstockung von 200 auf 216 dürfte wohl das krasseste Beispiel sein.

BEZOLD: Es kann demnach niemals der Partei etwas schaden.

BLÜCHER: Es bleibt ein gewisser geringer Vorteil der Partei, die die meisten Überhangstimmen hat.

BEZOLD: Es kann dies alles in die Statuten gesetzt werden. Wenn es aber doch geschieht, dann ändern Sie nichts mehr daran. Sagen wir, es kommt ein Kreisverband und erklärt uns, er habe bereits in seinem Bereiche eine Listenverbindung eingegangen.

EULER: Sie können aber nicht in das Wahlgesetz schreiben, Listenverbindungen sind nur dort zulässig, wo der Parteivorstand zugestimmt hat.

BEZOLD: Nehmen Sie an, Gruppe M beschließt eine Listenverbindung mit der SPD.

EULER: Dann können wir sie ja herauswerfen.

BEZOLD: Wenn Sie noch zurechtkommen. Ich glaube auch, daß *Dehler* nicht Recht hat mit seiner psychologischen Wirkung.

BLÜCHER: Mit dem Herzen stehe ich woanders. Ich füge mich aber der Fraktionsdisziplin. Noch hat *Adenauer* seine CDU beisammen. Was geschieht aber, wenn *Ehlers, Heinemann* und *Arnold* dran sind? Das schwere politische Be-

22 Die etwas abweichenden genauen Zahlenangaben in: E. H. M. LANGE, Wahlrechtsstreit, 1980, S. 110.

denken bleibt bei mir bestehen, daß wir für die Zukunft durch dieses Wahlgesetz die Listenverbindung CDU/SPD gangbar machen, ich will sagen, sehr erleichtern.

BEZOLD: Wir schaffen ihnen das Ehebett.

BLÜCHER: Ja, das sind meine Bedenken. Ich sage es, weil ich mich [für] verpflichtet halte, das ganz klar auszusprechen.

MIDDELHAUVE: Ich teile das Bedenken *Blüchers* wegen des Einbaus der Möglichkeit von Listenverbindungen, welche immer zu einer gewissen Vermantschung führen, da die Adam-*Riese*sche Addition nicht richtig funktioniert.

EULER: Sie treten ja diesmal getrennt auf.

MIDDELHAUVE: jawohl! Der Vorteil ist aber nicht so, wie man zunächst denkt. Ich bin nicht überzeugt, daß die CDU trotz dieser Listenverbindung das Gesetz schluckt. *Scharnberg* ist so scharf darauf aus, seinen Entwurf durchzudrücken.

BLÜCHER: Darf ich Sie korrigieren? Drei Entwürfe liegen vor.[23] Wenn wir den Vorschlag nicht durchbringen, dann in Gottes Namen mit der SPD, natürlich ohne diese Listenverbindungen. Wenn nach vier bzw. fünf Jahren erneut angetreten wird, dann ist diese Geschichte unser Untergang, unser Grab. Das ist die Gefahr.

EULER: ja wenn nicht, dann eben mit der SPD.

MIDDELHAUVE: Noch ein Wort dazu, daß Listenverbindungen der Genehmigung des Bundesvorstandes bedürfen. Ich halte dies unbedingt für notwendig, damit Listenverbindungen nicht uferlos gemacht werden. Das halte ich nach wie vor nicht für richtig.

BLÜCHER: Gerade deswegen halte ich die Genehmigungspflicht für richtig. Das wirkliche Problem ist nicht das der Bundestagswahl von 1949. Diesmal geht es in der Tat um etwas ganz Primitives, nämlich darum, daß wir den Versuch unternehmen, eine Möglichkeit der Regierungsbildung zu bekommen. Diese Möglichkeit erscheint im Augenblick nicht gegeben. Ich meine damit als Ergebnis der Wahlen. Eine Mitsprache ist deswegen wichtig, weil die Situation beim BHE ungeklärt ist. Es sieht so aus, als ob weder die Koalition, noch die SPD mit Verlängerung Zentrum + KPD hierzu in der Lage wäre. Die Vergangenheit muß in uns die Befürchtung aufkommen lassen, daß mehr als ein Drittel der bisherigen Nichtwähler für den BHE stimmen. Der BHE ist politisch etwas Diffuses. Wir kommen kaum an dem peinlichen Versuch vorbei, anhand der Persönlichkeiten, die der BHE aufstellen wird, diese Frage auch in der Richtung hinsichtlich der Listenverbindung zu prüfen. Dies ist eine sehr ernste Frage. Schon bei der zweiten Wahl zum Bundestag stehen wir vielleicht vor der Frage, daß sich eine Regierung nicht bilden läßt, ein Grund, weshalb ich bereit bin, auf die Frage der Listenverbindung einzugehen.

---

23 Bezieht sich auf drei unterschiedliche Ausarbeitungen im Bundesinnenministerium. Vgl. E. JESSE, 1985, S. 98.

HAUSSMANN verliest hierauf eine Stelle aus dem Vorstandsprotokoll von der Sitzung von Unkel, wonach lt. Bericht Dr. *Becker* die CDU nach scharfer Debatte gegen das modifizierte Verhältniswahlrecht gestimmt habe.[24] Damals war die Situation die, daß die CDU auf keinen Fall mit uns mitmacht. Daher lautet meine Frage: Welche Gewähr ist gegeben, daß wir hier nicht überfahren und benachteiligt werden? Verzeihen Sie.

EULER: Diese Frage ist sehr berechtigt.

BLÜCHER: Die Geschichte ist die, daß *Scharnberg* stets ohne die innere Überzeugung von *Adenauer* gehandelt hat, daß das, was er wollte, auch durchzusetzen wäre. Dies habe ich deutlich aus gewissen Äußerungen *Adenauers,* die sozusagen über die Schulter hinweg erfolgt sind, entnommen. *Adenauer* ist von *Scharnberg* sehr bald abgerückt. Sie wissen, daß die kleinen Parteien ein derartiges Wahlrecht nicht mitmachen können. Die CSU wird nicht zustimmen können und wird es auch nicht.

EULER: Mit der SPD ist gesprochen worden, und maßgebende Herren haben immer versichert, am Wahlrecht von 1949 festzuhalten, allerdings ohne Listenverbindung. Dies ist ein wichtiger Rückhalt bei den Verhandlungen mit der CDU, besonders dann, wenn[25] die CDU weiß, wir können auch anders herum. *Adenauer* ist gezwungen, eine Stärkung des linken Flügels seiner eigenen Partei nur durch unsere gewisse Stärke zu verhindern.

BLÜCHER: Es ist doch eigentlich unerhört, daß es *Adenauer* immer wieder gelingt, unsere Interna zu wissen.

EULER: Das ist kein Wunder. Unsere Abgeordneten sprechen im Bundeshausrestaurant über interne Dinge, die SPD, CDU, DP usw. Wenn ich ein theoretisches Beispiel sagen darf? Ich stelle mir die Auswirkungen z. B. so vor: In einem Wahlkreis erreicht die CDU 14 000, die FDP 10 000 und die DP 2 000, das wären zusammen 26 000 Stimmen. Demgegenüber erzielt die SPD allein 24 000 Stimmen. In direkter Wahl wäre der von der CDU präsentierte Kandidat gewählt. Die Einsatzstimmen gehen auf die Landeslisten der einzelenen Parteien. Übrigens, *Adenauer* hat mir gesagt, die CDU werde zustimmen.

BEZOLD: Ich habe satzungsrechtliche Bedenken, daß der Vorstand die Kreisverbände binden kann, ob und was sie tun dürfen.

EULER und BLÜCHER aus einem Munde: Das ist nicht gegen die Verfassung.

EBERHARD: Ich möchte auf einen merkwürdigen Fall aufmerksam machen. Der mittelrheinische Wirtschaftsverband Koblenz hat uns bis jetzt nur DM 6 000 zur Verfügung gestellt. Damals ist uns bedeutet worden, daß man erwarte, daß wir uns nicht in Kampfstellung zur CDU begeben. Scheinbar will man abwarten, wie wir uns gegenüber der CDU verhalten.

BLÜCHER: In einer Beziehung ist mir dieses Verhalten gar nicht unangenehm, weil wir zu einem Teil eine derart lächerliche und bösartige Wortpropaganda

24 Siehe Nr. 21, S. 450 f.
25 In der Vorlage „daß.

machen, die es merkwürdig erscheinen läßt, daß wir zusammen mit der CDU die Verantwortung in der Regierung zu tragen haben. Folgendes ist doch ein Paradoxon. Ursprünglich unterstützt von *Wellhausen, Schäfer* und *Preusker* haben wir erbitterte Attacken im März gegen die Einmischungsversuche dieser Geschäftsführer geritten. Darauf hatte ich an einer Zusammenkunft in Köln teilgenommen.[26] Derselbe Herr Dr. *Baier,* den ich damals attackieren mußte, hat mich gebeten, er möchte sich mit mir aussprechen, die ganze Sache läge schief. Ich werde ihm bittere Vorwürfe nicht ersparen können. Jetzt wird er seiner eigenen Leute nicht mehr Herr.

[ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNGEN ZUM SITZUNGSVERLAUF]

KOHLER: Von dem Problem Südweststaat sollte kein Wort an die Öffentlichkeit, sonst wird es so schwierig für unseren Parteitag.

BLÜCHER: Ich habe eine einzige Bitte, nämlich, daß Sie das ganze Gewicht Ihrer Person geltend machen, daß *Leuze* und *Brillinger* nichts in die Presse bringen. Es ist doch so traurig, daß immer wieder Fakten in der Zeitung stehen.

KOHLER: Die Notiz in der Zeitung ist nicht von *Brillinger.* Ein befreundeter Reporter hatte ihn besucht und ihm versprochen, nichts in die Presse zu bringen. Dieser hat sein Versprechen nicht gehalten.

BLÜCHER: Ich persönlich führe eine Liste der Journalisten, die als mögliche Gesprächspartner gestrichen werden. Zweidrittel von ihnen sind heute völlig gekauft. Ich könnte erschreckende Namen nennen. Ein einziger verdient uneingeschränktes Vertrauen. Dies ist *Rapp* von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

HAUSSMANN: Wir haben uns streng daran gehalten, nichts zu veröffentlichen. *Erbe* ist aber in Tübingen erklärt worden, die Franzosen wüßten von allem.

BLÜCHER: Es steht fest, daß der François-Poncet-Dienst im Raume Bonn wesentlich verstärkt worden ist.

HAUSSMANN: Selbstverständlich werden wir gefragt werden. Ich werde sagen: Es ist alles Mögliche gesprochen worden. Der Bundesvorstand bemüht sich nach wie vor. Ich kann nicht einsehen, daß da irgendwie ein Schaden daraus erwächst.

BLÜCHER: Die Frage war ja kein Tagesordnungspunkt. Ich würde sagen, natürlich ist es zum Gespräch gekommen, und der Vorstand bemühe sich im Interesse beider Teile. Wenn wir uns zur Frage des Wahlrechts äußern sollen, dann könnten wir ja erklären, wir hätten den Beschluß gefaßt, wir seien zu korrekt, uns dazu zu äußern, weil am Montag eine Sitzung. . .

Nach kurzer Umfrage wird beschlossen, die Sitzung am Sonntag, den 26. 10. 1952 um 9.00 Uhr fortzusetzen.

---

26 Bezieht sich möglicherweise auf den März 1951. Siehe Nr. 11 mit Anm. 45.

[26. 10. 1952]

BLÜCHER eröffnet die Sitzung: Meine Herren, ich möchte einleitend nur ganz kurz darauf hinweisen, daß in Berlin ebenfalls eine SPD-Vorstandssitzung stattfindet.[27] Und nun wird uns unser Freund *Schwennicke* einiges zur Frage der Einbeziehung Berlins in die Bundestagswahlen berichten.

[EINBEZIEHUNG BERLINS IN DAS BUNDESTAGSWAHLGESETZ]

SCHWENNICKE: Eine Einbeziehung Berlins in das Bundestagswahlgesetz halte ich nicht für zweckmäßig, da sonst die Alliierten, ich denke an die Sowjets, ein solches Vorgehen ablehnen werden. Dies wäre eine Änderung des formell nach wie vor bestehenden Viermächtestatus. Die Bundesrepublik kann uns im Notfalle den Schutz nicht gewähren, welchen wir nur von den westlichen Alliierten erwarten können. Ich denke nur einmal an evtl. neue Verkehrsbehinderungen usw. Die SPD setzt sich nach außen hin sehr für die Einbeziehung Berlins ein und verfolgt hierbei ein rein juristisches Motiv. Sie rechnet nämlich mit der Gewinnung von drei bis vier Überhangmandaten. Die Frage des Stimmrechtes der Berliner Bundestagsabgeordneten, welche bis jetzt keins haben, ist nicht stichhaltig. Man könnte deswegen ruhig bei dem alten Modus bleiben. Eine direkte Wahl der Abgeordneten erscheint insofern nicht geboten. Die CDU denkt genauso wie wir. Die SPD ist Antragstellerin im Bewußtsein, daß die westlichen Alliierten sowieso ablehnen werden. Für die Frage der Einbeziehung ist der Zeitpunkt noch nicht gegeben.

BLÜCHER: Sollen wir hierzu eine Resolution fassen oder nicht? Ich persönlich neige dazu, dies nicht zu tun. Mein Vorschlag geht dahin, keinen Beschluß zu fassen.

SCHWENNICKE: Gegenüber der Presse werden wir diese Frage ansprechen müssen.

[EINSPRUCH NIEDERSACHSENS GEGEN DEN ZEITPUNKT DER SITZUNG DES HAUPTAUSSCHUSSES: BETR. SATZUNGSFRAGEN]

BLÜCHER: Ich mache den Vorschlag, Punkt 4 d der Tagesordnung vorzuziehen, und zwar den Einspruch Niedersachsens gegen den Zeitpunkt der Sitzung des Hauptausschusses. Es ist richtig, wir haben in drei Ländern Wahlen.[28] Wir stehen auch alle sehr erheblich in der Arbeit drin. Andererseits müssen wir die Hauptausschußsitzung unter allen Umständen haben. Hier geht es darum, daß wir unmöglich die neue Parteisatzung stundenlang diskutieren können.

BEZOLD: Das wäre aber schön, wenn wir nur Satzungen machten.

BLÜCHER: Ich gebe zu, daß es Leute mit wacherem Geist, als ihn abgekämpfte Bundespolitiker haben, sehr interessieren könnte. Zur Frage des Termins selbst haben wir kaum Ausweichmöglichkeiten. Allerheiligen empfiehlt es sich

27 Diese Sitzung fand am 26./27. 10. 1952 statt. K. KLOTZBACH, 1982, S. 282. Abdruck der hier verabschiedeten Resolution zugunsten Berlins in: AdG 1952, S. 3715 B.

28 Siehe Anm. 12.

nicht, eine Sitzung in Bonn abzuhalten. Dies ist der Vortag von Allerseelen, wo ab 15.00 Uhr Wallfahrten zu den Friedhöfen und Gräbern stattfinden. Allerseelen ist der Gedenktag an die katholischen Toten. Allerseelen hat in katholischen Landesteilen besondere Bedeutung. Außerdem sind wir der Ansicht, daß diejenigen, die nicht wie unser armer Freund *Kohler* tagen müssen, ihre eigene Arbeit haben werden.

(Zwischenruf *Dehler:* wieso arm?)

Wir zerreißen uns. Der Buß- und Bettag muß ebenfalls freigehalten werden. Wir können uns doch nicht allgemein beschimpfen lassen. Abgesehen davon tagen, da dies so erforderlich ist, einige Ausschüsse. Wir haben die Beginnzeit bewußt auf 14.30 Uhr festgelegt, um unseren Freunden die Möglichkeit der Anreise zu lassen. Es ist dies ein Notbehelf. Ich hätte nichts dagegen, wenn wir erst um 16.00 Uhr beginnen. Jedenfalls, ich weiß keinen anderen Termin.

MIDDELHAUVE: Nordrhein-Westfalen hat in einer geschäftsführenden Vorstandssitzung das Terminproblem besprochen. Ich bin heftig wegen meiner Terminzustimmung für den 9. 11. beschimpft worden. An dem Tage sind die ganzen Kreisverbandsvorsitzenden eingesetzt, die Kreisverbände machen einen Schleppdienst, und man hat mich direkt gefragt: In welchem Wolkenkukkucksheim leben Sie eigentlich? Ließe sich denn der Termin nicht am 15./16. durchführen?

EBERHARD: Da habe ich dieselben Bedenken.

BLÜCHER: Außerdem, meine Herren, müssen Sie mir da gestatten, daß ich am 16. nicht dabei sein werde. Ich muß doch schließlich einmal an einem Wochenende – und wie fände ich denn sonst Zeit dafür – über den Parteitag nachdenken.

HAUSSMANN: Wäre denn Samstag, der 8. November, nicht möglich?

BLÜCHER: An diesem Tage sind die letzten Vorarbeiten für die Wahlen vom 9. 11. zu leisten. Am 15. findet übrigens der traditionelle Presseball statt.

(Zwischenruf *Bezold:* Auch gut, der Kongreß tanzt!)

Die SPD tagt von Samstag bis Sonntag abend.

MIDDELHAUVE: Die hat auch nichts anderes zu tun.

BLÜCHER: Darf ich nicht vorschlagen, damit wir wirklich durchkommen, am 15. abends schon zu beginnen, damit es am 16. früh losgehen könnte?

MIDDELHAUVE: Darf ich dazu etwas sagen: Der Hauptausschuß hat ja nur die Satzungsbestimmungen, welche die Delegiertenziffern usw. betreffen, zu verabschieden. Darüber hinaus kann er ja gar nichts weiter tun.

(Zwischenruf *Blücher:* aber empfehlen!)

Er kann höchstens die Sache insofern erleichtern, daß er zu einem Vorschlag nach Beratung an den Bundesparteitag kommt. Ich habe den Satzungsentwurf vor einigen Tagen erhalten. Die dringlich angebrachten Beratungen der Landesverbände sind vor dem 9. November nicht mehr möglich. Diese sind aber notwendig, damit die Landesverbände klar in die Hauptausschußsitzung hin-

eingehen können. Wir haben doch beschlossen, einen zweiten Parteitag im März nächsten Jahres abzuhalten. Könnte sich dieser nicht mit den Satzungen befassen? Es ginge doch, daß der Hauptausschuß sich damit begnügt, die Satzungsparagraphen über die Delegierten zu verabschieden. Damit wäre ja die Delegierten-Grundlage für den Bundesparteitag gegeben, und der nächstjährige verabschiedet die Satzungen als solche. Ich sehe sonst keine Möglichkeit zur Durcharbeit dieser grundsätzlich mit Recht geänderten Satzungen.

BEZOLD: Ich möchte darauf hinweisen, daß wir noch Übergangsbestimmungen einbauen müssen. Wohl oder übel wird der kommende Parteitag nach der alten ursprünglichen Fassung ablaufen müssen. Man könnte es so machen, daß einfach mit der alten Delegiertenart getagt wird. Wenn große Änderungen noch vorgeschlagen werden, dann müßte nach meiner Auffassung mit zu großer Hast gearbeitet werden. So gäbe es aber noch einige Arbeitsmöglichkeiten für das nächste halbe Jahr. In dieser Zeit kann sich noch allerhand ergeben, z. B. eine erforderlich werdende weitere Straffung oder die Berücksichtigung der Frage Wahlbündnisse. Wir haben z. B. doch gestern erst beschlossen, einen diesbezüglichen Passus aufzunehmen.

MIDDELHAUVE: Dies könnte der Parteitag auch so beschließen.

BLÜCHER: Wir können uns alles leisten, nur nicht plötzliche Parteitagsbeschlüsse zur Änderung der Satzungen, die die Satzung zerstörend fassen. Die Verabschiedung der Satzungen, das höchste Gesetz der Partei, kann nur von dem höchsten Gremium, dem Parteitag, vorgenommen werden.

DEHLER: Ich habe ein ungutes Gefühl. In den Parteitag mit nicht abgeklärten persönlichen und sachlichen Fragen hineinzugehen, halte ich für bedenklich. Ist die Legitimation der Delegierten gewährleistet? Wir müssen durch den Hauptausschuß einen Modus über eine gemeinsame Art der Delegiertenwahl finden, und das ginge, wenn kein Widerspruch geschieht.

MIDDELHAUVE: Es geht um den § 11[29] in dem neuen Entwurf, der die Grundlage festlegt. Der Hauptausschuß brauchte ja nur einen Auftrag auszuführen, das soll ja auch dort geschehen.

BLÜCHER: Man könnte ihn nur zum Zwecke der Erledigung dieses einen Punktes für Montag in acht Tagen einladen.

MIDDELHAUVE: Die Delegierten-Grundlage ändern können wir sowieso nicht mehr. Das würde angefochten werden.

DEHLER: Es geht doch, wenn es alle Landesverbände billigen und der Parteitag es so beschließt.

MIDDELHAUVE: Ich persönlich würde für meinen Landesverband Nordrhein-Westfalen eine diesbezügliche Zustimmungserklärung abgeben. Der kleinste Landesverband kann jedoch widersprechen. M. E. kann der Parteitag auch über Wahlbündnisse beschließen.

---

29 § 11 betr. den Delegiertenschlüssel für den Parteitag.

SCHIFFERER: Ich wollte dringend darum bitten, nicht zu verschieben. Einerseits hängen die Landessatzungen davon ab, andererseits müßten wir die neue Satzung angemessene Zeit vor den Bundestagswahlen unter Dach und Fach haben.

MÜLLER: Man sagt, es sei nicht möglich, Satzungen durch den Hauptausschuß verabschieden zu lassen. Der letzte Münchener Parteitag hat dem Hauptausschuß bereits die Aufgabe gegeben, die wichtigste Bestimmung zu regeln.[30] Wenn er diesen Auftrag gibt, kann der Hauptausschuß auch die Gesamtsatzung verabschieden. Es ginge, wenn der Vorstand dem Parteitag den Vorschlag macht, die Satzungen am 1. 1. oder 31. 12. durch den Hauptausschuß unter allen Umständen zu verabschieden.

EULER: Der Parteitag kann dem Hauptausschuß einen derartigen Auftrag geben. Es ist m. E. zu erreichen, daß der Parteitag sagt, der Hauptausschuß soll die Satzung verabschieden, und zwar bis zu einem vom Parteitag festzusetzenden Zeitpunkt. Einige Landesverbände haben eine geringere Delegiertenzahl. Hessen hat Vorsorge getroffen und schon zusätzliche Delegierte gewählt.

MÜLLER: Ich persönlich sage, es geht zeitlich. Ich betone jedoch, daß ich für Niedersachsen kein Wort sage.

BLÜCHER: *Schäfer* hat einen vorzüglichen Vorschlag gemacht. Zum 1.[11.] ist von *Middelhauve* zur Zusammenfassung der gesetzgeberischen Arbeit nach Schloß Burg eingeladen worden. Könnte man nicht bei dieser Gelegenheit. . .

BEZOLD: Vollkommen ausgeschlossen, das ist gegen jede Rechtsauffassung. Es ist hundertmal von Verfassungsgerichten entschieden worden. Es ist rechtlich unzulässig, daß der Gesetzgeber reine gesetzgeberische Arbeit auf untergeordnete Gremien überträgt.

RICHTER: Hamburg hat den Landesausschuß vor zehn Tagen einberufen. Es ist zu wenig Zeit. Ist es denn wirklich so schlimm, wenn der Parteitag mit den alten Delegierten stattfindet? Herr *Middelhauve* fährt dabei vielleicht schlecht.

BLÜCHER: *Middelhauve* ist nicht die Triebfeder des Standpunkts mehr oder weniger.

SCHWENNICKE: Auf der einen Seite beklagen wir es immer wieder, daß wir mit unserer Arbeit nicht fertig werden, auf der anderen Seite finden wir keine Termine, um etwas zu erledigen. Es wird nicht darauf ankommen, daß der Hauptausschuß, der sich mit der Frage der Satzungen beschäftigt, kopfzahlmäßig voll besetzt ist. Bis zu drei Stimmen kann doch übrigens auch kumuliert werden. Man kann doch beschließen. Wir sollten die Dinge nicht immer weiter hinausschieben. Die Schwierigkeiten sind in vier oder acht Wochen wieder dieselben, dann allerdings bei anderen Landesverbänden. Also sollten wir nicht diese Frage derart behandeln.

EBERHARD: Wir haben die Wahl der Delegierten durch den Landeshauptausschuß bereits durchgeführt.

---

30 Siehe Nr. 14 b, Anm. 28.

HAUSSMANN: Es ist sehr bedauerlich, daß der Auftrag noch nicht erledigt werden konnte. Ich halte es für dringend notwendig, daß wir uns hierüber ausführlich unterhalten. Der Satzungsausschuß, das muß man zugeben, hat sehr schnell gearbeitet. Ich gehöre selbst nicht dazu, also kann ich es ja ruhig sagen. Wir haben bereits nach dem Entwurf III die Formulierung der Landessatzungen berücksichtigt. Hauptausschußbeschlüsse unterliegen allerdings m. E. der Beschlußfassung durch den gesamten Parteitag. Delegierte sind nur aufgrund der derzeitigen Satzungen zu wählen.

MÜLLER: Es handelt sich um einen klaren Auftrag. Es ist damit zu rechnen, daß man den Vorstand in schärfster Form angreifen wird, warum er den Beschluß des Parteitages bezüglich Hauptausschuß noch nicht hat durchführen lassen. Wir müßten selbst unter Zugrundelegung der Tatsache der Zeitnot oder anderer Schwierigkeiten da oder dort den Hauptausschuß so schnell wie möglich tagen lassen.

BLÜCHER: Allmählich stehen sich hier zwei Lager gegenüber. Wir müssen da irgendwie zusammenkommen. Ich glaube, wir können einfach nicht damit fertig werden. Die Landesverbände konnten den Entwurf noch nicht gründlich durcharbeiten, also müßten wir den März-Parteitag in Erwägung ziehen.

Seit zwei Jahren liegt wie ein Schatten über den Parteitagen der Zweifel an der Glaubwürdigkeit aller Abstimmungsergebnisse, weil man nicht weiß, ob die Vertreterzahlen richtig sind.

(*Schäfer*-Zwischenruf: die fehlende Zentralkartei!)

Sehr richtig. Der Parteitag in München war in seiner überwältigenden Mehrheit der Auffassung, eine Einzelbestimmung durch den hierzu ermächtigten Hauptausschuß verabschieden zu lassen. Es fragt sich, ob dies nicht möglich ist. Wenn wir das wollen, dann könnten wir doch eine ähnliche Tagung, ich meine anläßlich der Tagung in Schloß Burg, eine Hauptausschußsitzung abhalten, und zwar nur über diese eine Frage. Erschwerend wird es sein, je nach der Entscheidung der Freunde von Herrn *Kohler.*

BEZOLD: Sie haben die zweijährige Periode, die der ganze Vorstand will, nur dann, wenn Sie die ganzen Satzungen in Ems verabschieden.

BLÜCHER: Die Ermächtigung des Hauptausschusses erstreckt sich nur auf die Vertretung der Landesverbände auf dem Parteitag, weiter hinausgehende Vollmachten hat der Hauptausschuß nicht.

MIDDELHAUVE: Wir können einen derart, die grundsätzlichen Satzungsgrundlagen der Partei abändernden Beschluß nicht verabschieden lassen aufgrund der Delegiertenzahlen alter Art. Wir können höchstens einzelne Dinge so behandeln lassen wie z. B. die Sache mit der zweijährigen Amtsdauer. Ich bitte ferner, doch den 2. November und nicht den 9. November zu nehmen, nicht so sehr wegen der Wahlbehelligung als deswegen, daß, wenn wir zu einer ehrlichen Grundlage für die Delegierten kommen wollen, wir dadurch den Landesverbänden die entsprechende Zeit geben. Ich glaube, *Bezold,* am 2. 11. könnten Sie notfalls abkommen, und wir könnten dann auf Schloß Burg tagen.

BEZOLD: Wenn Sie demokratisch vorgehen, und das ist der Wille des Vorstandes, werden Sie die Delegierten ordentlich wählen lassen wollen und nicht durch ein vorübergehendes Verfahren. Der Delegierte ist ja bei derartigen Abstimmungen praktisch der Träger aller Rechte. Er ist dann wichtiger als der Vorsitzende. Wenn Sie nun die Delegierten durch die Landespartei-Versammlungen wählen lassen, dann kommen Sie niemals hin, gleichgültig, ob der Hauptausschuß am 2. oder 9. 11. stattfinden wird. Möglicherweise macht uns das Parteiengesetz einen Strich durch die Rechnung, da dieses vorsieht, daß die Demokratie auch in den Parteien von unten her aufgebaut wird. Einen zweiten Strich könnte die Tatsache machen, daß gegebenenfalls der Vorstand durch Parteiinstanzen gewählt wird, die ihrerseits nicht in einem richtigen Verfahren gewählt worden sind.

HAUSSMANN: Ich muß mich der Auffassung *Bezolds* vollinhaltlich anschließen. Meine Damen und Herren, wenn die Ausführungen von *Bezold,* welcher ja unser Spezialist ist, zutreffen, dann müßten also in Ems, ob für ein oder zwei Jahre, die Wahlen von diesen kommissarisch gewählten Delegierten vollzogen werden. Können wir es verantworten, in dieser Situation der Partei und vor der Bundestagswahl? Kann die Arbeit auf dieser Grundlage vonstatten gehen? Wir sind von der Sache insofern nicht betroffen, als wir unserer Satzung die Grundsätze bereits eingebaut haben. Unsere Delegierten sind auch in geheimer Wahl gewählt. Außerdem sind, wenn es Ausfälle geben sollte, Ersatzleute in geheimer Wahl gewählt worden.

BLÜCHER: Ich habe so ein schlechtes Gefühl. Ich denke in diesem Zusammenhange an eine Parallele, nämlich an die Herren Länderfinanzminister. Die wissen, was im Grundgesetz steht, haben aber trotzdem ihren Haushalt so gemacht, als ob im Grundgesetz nichts stünde. Damit haben sie uns um 700 Millionen DM bescherbelt.[30a] Die Landesverbände haben ebenfalls längst gewußt, worum es geht. Sie konnten also längst den kommenden Tatsachen Rechnung tragen.

HAUSSMANN: Der Auftrag von München ist einfach noch nicht vollzogen. Das ist eine ganz belämmernswerte Situation. Ich möchte etwas sagen, selbst wenn ich wie der Elefant im Porzellanladen, selbst wenn ich wie ein enfant terrible wirke. Ich habe allerdings nicht den Ehrgeiz, das auf die Dauer zu sein. Ich kann mich auf Unkel beziehen.[31] Ich frage, ob Formalfehler in gutem Willen vor Ems bereinigt werden können? Dies, damit es in Ems und noch nach Ems [nicht] zu einem schlechten Geschmack führt. Das können wir politisch und persönlich nicht verkraften. Im Hinblick auf die Wahlen ist es schon ganz un-

30a Bezieht sich wahrscheinlich auf die Auseinandersetzungen über den Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer (Art. 106 GG). Der Versuch der Bundesregierung, diesen Anteil im Jahr 1952 von 27 % auf 40 % zu erhöhen (BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 16, Drucks. Nr. 3168) stieß auf den Widerstand des Bundesrates, der Anfang Mai den Vermittlungsausschuß anrief. Dieser empfahl einen Bundesanteil in Höhe von 37 % (BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 19, Drucks. Nr. 3548), der die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat fand.

31 Bundesvorstandssitzung am 5./6. 9. 1952, Nr. 21.

möglich. Sollen wir nicht die Dinge im Hauptausschuß so rechtzeitig und sauber durchführen, daß wir die Wahlen und den Parteitag überhaupt unter Berücksichtigung der Arbeit des Satzungsausschusses durchführen? Auf jeden Fall müßten wir dies noch rechtzeitig vor den Bundestagwahlen machen. Ich könnte mir vorstellen, daß der Parteitag sich unter diesem Eindruck zustimmend verhält. Sonst kann es Anfechtungen und Beanstandungen geben. Meine Damen und Herren, wollen wir nicht – Herr *Eberhard,* Sie sind angesprochen, es ist auch das kleinere Übel unter diesen Umständen – Ems im November nicht abhalten und die Sache hinausschieben, um die Mängel zu heilen?

BLÜCHER: Wir haben drei Möglichkeiten: Entweder werden auf jeden Fall Einsprüche in Ems mit Rücksicht auf unmögliche Terminsetzungen vermieden. Einsprüche kommen auf jeden Fall, sowohl von Landesverbänden mit bestimmten parteitaktischen Gründen oder aus Ordnungsgründen, wie Sie sie eben nannten, Herr *Richter.* Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung: Wir lassen alles beim alten und treten im übrigen nach dem Programm des Parteitags zusammen und beschließen, die Satzung am März-Parteitag zu verabschieden; oder zweitens, wir treten am 1. und 2. November zusammen und verabschieden im Sinne des Münchener Parteitages die eine Bestimmung über die Zusammensetzung der Delegierten. Diese könnte am ersten Tag des Parteitages evtl. Störungen der politischen Arbeit herbeiführen; oder drittens, die gestern von *Euler* aus rein politischen Beweggründen vorgetragene Möglichkeit. Ich habe auch die dritte Möglichkeit gestern morgen beleuchtet, bezweifle jedoch, daß uns niemand die Begründung für eine Verschiebung des Parteitags abnimmt. Man könnte dann sagen, die Brüder haben sich in Berlin doch nicht zusammengerauft. Es käme darauf an, ob wir den Mut hätten, noch vor Weihnachten oder nach Weihnachten im Januar 1953 den Parteitag abzuhalten, wobei wir die Zeit hätten, die Satzung in aller Ruhe – was aber nicht bedeutet, daß wir schlafen können – durchzuarbeiten. Ich habe nur zusammengefaßt, meine Damen und Herren. Es ist gut, daß wir zu dieser Aussprache gekommen sind.

(Zwischenruf *Haußmann:* Ihr Votum?)

Alles, so wie es ist, nämlich mit der alten Satzung am 20.[11. 1952] loslegen, alles im Gedanken daran, daß wir uns durch Satzungsfragen am ersten Tag auseinander verlieren.

SCHÄFER: Im Prinzip möchte ich sagen, daß wir zunächst von den Wählerstimmen ausgehen sollten. Man sollte, wenn das in den Landesverbänden nicht geht, gewisse Kombinationen machen, insbesondere berücksichtigen, wenn Stimmenzahlen der FDP nicht sicher sind. Eine Korrektur müßte übrigens möglich sein.

MIDDELHAUVE: Herr *Schäfer* scheint den Satzungsentwurf überhaupt nicht gelesen zu haben. Was hier *Bezold* gemacht hat, ist eine akrobatische Leistung.

(Zwischenruf *Bezold:* Aber ich bin doch so harmlos!)

Die erste Frage, nämlich die der Verschiebung des Parteitages Ems um der Satzungen willen ist doch nicht möglich. *Bezold,* warum haben Sie keinen Widerspruch erhoben? In den Satzungen heißt es: Ein ordentlicher Parteitag findet

alle Jahre statt. *Bezold,* Sie sind doch sonst so ein Satzungsfanatiker! Wir haben jetzt schon 16 Monate keinen gehabt.

(Zwischenruf *Blücher:* 14 Monate!)

Nach dem 14. Dezember können Sie keinen Parteitag mehr machen. Es wird demnach dann praktisch Januar des neuen Jahres.

(Zwischenruf *Bezold:* Dann spielen [wir] eben bei der Gelegenheit „Stille Nacht, heilige Nacht"!)

Wir sind doch wirklich verpflichtet, uns politisch in der Partei auszusprechen und die Dinge abzuklären. So etwas läßt sich nicht verschieben. Ich denke einmal an die Essener Grundsatzentscheidung.[32] *Haußmann* hat in Godesberg erklärt, gegen diese gewesen zu sein.[33] Wenn ein Protokoll da wäre, ginge das Gegenteil daraus hervor.

1. Ich wehre mich entschieden gegen eine Verschiebung von Ems. Das wird uns auch niemand abnehmen.

2. Geht es mir um einen schnellen korrekten Weg, wenn wir die §§ 11 und 14[34] am 2. November bzw. am 9. 11. im Hauptausschuß verabschieden und in Ems anwenden wollen. Ich weiß nicht, ob mein Landesverband mehr oder weniger Delegierte bekommen wird. Es steht nur fest, daß die jetzige Grundlage völlig abwegig ist.

(Zwischenruf *Schäfer:* umstritten ist!)

Mehr als umstritten, Hermann *Schäfer.* Wenn wir am 2. 11. diesen § 11 verabschieden, also einen neuen § 7 einbauen, kann er doch noch angewendet werden. Es wäre peinlich für den Vorstand und den Parteitag, dort evtl. in Gegenwart des Rundfunks und der Presse sagen zu hören, daß dieser Paragraph jeder Grundlage entbehre, um so mehr, als die Mitgliederzahlen falsch und in keiner Weise nachprüfbar seien. Das ist schlechter, als wenn plötzlich die Ziffern festgelegt worden sind und wirksam werden.

3. Der Hauptausschuß müßte die Satzungen soweit behandeln, daß der Parteitag im nächsten Frühjahr sie endgültig verabschieden kann.

BEZOLD: Die Ladungsfrist ist nicht gewahrt.

MIDDELHAUVE: dann eben am 9. November.

BLÜCHER: Da haben wir den Einspruch Niedersachsens.

EULER: Wir wollen doch nicht formell taktieren. Es ist ja immer nur die Rede von Einladungsfristen usw.

(Zwischenruf *Bezold:* Das geht halt einfach nicht, *Euler!*)

Wenn man den guten Willen hat, geht vieles. Nicht wünschenswert ist es, einen öffentlich angekündigten Parteitag zu verschieben. Dies würde in der Öf-

---

32 Siehe Nr. 20 b, Anm. 15.

33 *Haußmann* hatte im geschäftsführenden Vorstand am 11. 10. 1952 erklärt, Baden-Württemberg habe an der Verabschiedung „nicht mitgewirkt". Protokoll, Anm. 2, S. 17.

34 Paragraphen betr. die Berechnung des Delegiertenschlüssels für den Hauptausschuß und den Parteitag.

fentlichkeit und in der Presse außerordentlich nachteilige Spekulationen auslösen. Eine Verschiebung von Ems kann nur dann in Frage kommen, wenn wir sehen, es gäbe eine politische Katastrophe. Die gibt es auch, wenn der gute Wille zu wünschen übrig läßt.

Es darf diese Satzung nicht Gegenstand einer Debatte werden. Die Landesverbände, die, weil sie ehrlich waren, benachteiligt wurden, haben einen Anspruch darauf, daß sie berücksichtigt werden. Es geht nicht an, mit Mitgliederzahlen, die im Monde liegen, zu operieren. Die Verschiebung der Delegiertenzahlen wird gar nicht so groß werden.

BLÜCHER: *Euler,* ich darf daraus schließen, daß Sie wie *Middelhauve, Schäfer* und ich an der Abhaltung festhalten?

EBERHARD: Es liegen zweifellos eine Reihe wichtiger Verlegungsgründe vor. Trotzdem bin auch ich der Meinung, wir können eine Verlegung nicht verantworten. Wir kommen sonst zu nahe an die Bundestagswahlen heran. Ich wäre auch für Verlegung, wenn ich wüßte, daß die Südweststaatfragen vorher nicht aus der Welt zu schaffen sind. Eine rein praktische Erwägung spricht auch für die Abhaltung des Parteitages. Die meisten Hotels in Bad Ems schließen Ende Oktober. Wir haben verhandelt, daß sie wegen des Parteitages ihr Personal halten. Wenn wir nun den Parteitag abblasen, würden beträchtliche Kosten wegen des engagierten Personals entstehen.

BLÜCHER: Das sind praktische Erwägungen. Darf ich feststellen, bzw. wer ist der Ansicht, daß wir vom Termin abgehen sollen? (Allgemeines Nein) Also wir gehen davon aus, daß wir den Parteitag am 20. 11. abhalten können.

SCHWENNICKE: Wir greifen hier immer Schwierigkeiten auf. Ich erinnere daran, erst sollte der Parteitag im September stattfinden, dann in der zweiten Oktoberhälfte und dann schließlich im November. Wenn wir jetzt wieder eine Verlegung beschließen, dann wird wieder jemand kommen und eine weitere Verlegung verlangen. Irgendwie müssen wir zu einem Entschluß kommen, und zwar zu dem, am Termin festzuhalten und den Parteitag durchzuführen. Auch die Delegiertenfrage bildet da keine unüberwindbaren Schwierigkeiten. Es wird erforderlich sein, daß wir auch beim Hauptausschuß mit dem 9. 11. verbleiben. Die Bundesgeschäftsstelle müßte ein Rundschreiben versenden, in dem mitgeteilt wird, daß der Hauptausschuß zusammentreten wird und sich vor allem damit beschäftigen wird, eine Neuregelung in der Delegiertenfrage zu verabschieden. Sodann müßte man in dem Rundschreiben die Landesverbände bitten, sich bereits jetzt darauf einzurichten, daß mit Änderungen im Sinne des Satzungsentwurfes zu rechnen ist, selbst wenn der Hauptausschuß Änderungen an der dortigen Regelung vornimmt.

BLÜCHER: Dr. *Kellner* soll die Landesverbände darauf hinweisen, daß selbstverständlich der Hauptausschuß nach seiner bisherigen Zusammensetzung zusammentreten wird, ferner, daß der Vorstand sehr aufmerksam alle Einwände gegen den 9. 11. geprüft [hat], aber zu dem Entschluß gekommen ist, daß sich bei allem guten Willen der Termin nicht ändern lasse. Einziger Gegenstand der Beschlußfassung werde nicht die Verabschiedung der Satzungen schlechthin sein, sondern lediglich die der §§ 11 und 14 des Satzungsentwurfs des Sat-

zungsausschusses, welche die Wahlbestimmungen der Delegierten zum Bundesparteitag bzw. Hauptausschuß enthalten. Wie schon *Schwennicke* gesagt hat, möchten sich die Landesverbände darauf einrichten, daß bereits im Sinne der Formulierungen des Entwurfes des Satzungsausschusses die Entsendung der Delegierten zum Bundesparteitag erfolgen könne, vorausgesetzt, daß der Hauptausschuß am 9. 11. entsprechend beschließt.

RICHTER: Im Falle § 11 gilt also noch die alte Regelung. Es müßte aber auch § 14 vom Hauptausschuß geregelt werden, d. h. die Bestimmungen über die Zusammensetzung des Hauptausschusses.

BLÜCHER: Verzeihen Sie, es wird ausschließlich die Bestimmung der Delegierten für den Bundesparteitag gemäß den Münchener Beschlüssen geregelt werden.

MIDDELHAUVE: Der Einwand *Richter* ist richtig. Im Entwurf heißt es nämlich, daß zum Parteitag die Mitglieder des Hauptausschusses gehören.

SCHWENNICKE: Insoweit würde dies über den Auftrag an den Hauptausschuß gemäß den Parteitagsbeschlüssen von München hinausgehen.

BLÜCHER: Damit nichts passiert, werde ich die Leitung des Parteitages in diesem Zeitpunkt Herrn *Bezold* übertragen.

BEZOLD: Dann passiert aber etwas.

EULER: Dann passiert bestimmt etwas (allgemeines Gelächter!).

SCHIFFERER: Am 19. November sind also zunächst die Delegierten nach alter Masche da.

BEZOLD: Das haben wir bereits in den Übergangsvorschriften untergebracht. Liest die Übergangsvorschrift (Art. 3) vor.[35] Sie sehen, meine Damen und Herren, so arg dumm waren wir gar nicht.

1. Wir kommen mit den Delegierten der alten Statuten und lassen diese die ganze Zeit des Parteitags gelten. Dies wäre die erste Möglichkeit, oder [2.] die Delegierten nach den alten Statuten bleiben dies bis zu dem Augenblick, wo die neuen Satzungen verabschiedet und in Kraft getreten sind. Dann könnten die Personen der Delegierten die gleichen sein, allerdings mit der Maßgabe, daß je nach den Ergebnissen der Neuberechnungen für den einzelnen Landesverband die Zahl verringert oder vermehrt wird (Zurufe von allen Seiten: die zweite Form, die zweite Form!).

BLÜCHER: Eine Mitteilung hierüber müßte in Form einer Änderung der Tagesordnung für den Hauptausschuß ergehen.

---

35 „Soweit diese Satzung die Wahl von Delegierten durch Parteitage der Landesverbände vorschreibt, gelten die nach der Bremer Satzung von irgendwelchen anderen Organen der Landesverbände im Sinne des § 7 Abs. 3 der letzten Satzung gewählten Delegierten als im Befolg der Vorschriften dieser Satzung gewählt. Die entsprechenden Delegierten müssen jedoch auf dem nächsten Landesparteitag des jeweiligen Landesverbandes, spätestens jedoch bis 1. November 1953, gewählt sein." ADL, Ordner-Nr. 553.

HAUSSMANN: Vielleicht könnte man stilisieren: Im Nachgang zu der Tagesordnung vom ... Hier müßte eine entsprechende Erläuterung für die Hauptausschußmitglieder niedergelegt werden.

BEZOLD: Wir müßten in die Satzungen auch noch Bestimmungen aufnehmen, in welchem Sinne Vertretungen aufzufassen sind, ob als Auftrag oder als echte Delegation. Bis jetzt fehlt eine Bestimmung darüber, ob die Vertretenen von sich aus aus freiem Willen entscheiden können, oder ob eine Vertretung durch den Vorstand erfolgen muß. M. E. hat ein Parteitag nur dann einen Sinn, wenn auf die Überzeugung der Delegierten eingewirkt wird. Der Delegierte ist seiner Einsicht und seinem Gewissen unterworfen.

(Zwischenruf *Middelhauve:* Muß denn das expressis verbis festgelegt werden?)

Ja natürlich. *Bezold* verliest Skizzierung eines diesbezüglichen Entwurfs einer Satzungsbestimmung.

HAUSSMANN: Das sollte eigentlich noch in den Brief hinein.

BLÜCHER: *Bezold* und Dr. *Kellner* sollen das zunächst einmal miteinander ausführlich besprechen und sodann einen formulierten Vorschlag in Umlauf bringen.

MIDDELHAUVE: Soll das nur ein Entwurf des Satzungsausschusses sein?

WEIRAUCH: Ja, das ist er ja auch.

BEZOLD verliest hierauf aus den Empfehlungen des Vorstandes an den Satzungsausschuß die Stelle betr. die Grundlagen für die Ermittlung für Delegierte.

MIDDELHAUVE: Ich werde meinen Gegenentwurf machen.

HAUSSMANN: Wenn wir um 16.00 Uhr erst mit dem Hauptausschuß anfangen und wenn wir abends noch die Rückreise antreten wollen, befürchte ich, daß wir als Vorstand auseinanderfallen. Wir sollten es aus diesem Grunde bei 14.30 Uhr belassen.

SCHWENNICKE: Der Vorschlag *Haußmanns* ist sicherlich der Sache nach berechtigt. Wir sollten es vielleicht bei 14.30 Uhr belassen, selbst auf die Gefahr hin, daß der eine oder andere später erst hinzukommt.

BLÜCHER: Es ist doch eigentlich immer wieder dasselbe. Dieses alles nur deswegen, weil wir uns nicht zur Zentralkartei entschließen können. Wäre es eigentlich nicht viel richtiger, daß nur derjenige über die Partei mitbestimmt, der ordentliches Mitglied ist und Beiträge bezahlt? Ich kenne die Einwände von wegen Zentralkartei der NSDAP usw. Diese Einwände sind widerwärtig. Wir sollten doch die Zentralkartei noch durchsetzen.

Es bleibt also bei 14.30 Uhr.

BEZOLD: Ich spreche mich dafür aus, daß die Landesverbände ihre Satzungsausschußmitglieder als Sachverständige beim Hauptausschuß hinzuziehen.

BLÜCHER: Ja, das soll geschehen.

HOFFMEISTER: Ich darf mir den Hinweis erlauben, daß wir auf einer Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes über die engere Verbindung der Jungdemokraten mit der Partei in der Form des wechselseitigen Austausches und der Mitwirkung gesprochen haben. Wir kommen damit allerdings zum Thema Kontingentsträger.

BLÜCHER: Das wäre ein böser Verstoß. Ich bin grundsätzlich gegen Kontingentsträger.

MIDDELHAUVE: Ich schlage vor, wir sollten einen diesbezüglichen Beschluß fassen. Dazu braucht man doch gar keine satzungsmäßige Verankerung. Bei Aufnahme in die Satzungen ginge es dann wieder los.

KUNZE: Was ist eigentlich mit der Ost-LDP? Wenn die Jungdemokraten nun schon mal enger mit der Partei zusammengeschlossen werden sollen.

BLÜCHER: Die Ost-LDP soll ein regelechter Ausschuß werden. Der Ausschußvorsitzende hat dann die gleichen Rechte wie jeder andere Ausschußvorsitzende auch.

KUNZE: Dann bin ich einverstanden.

HOFFMEISTER: Der Vorschlag *Middelhauves,* in der Frage Jungdemokraten einen Beschluß zu fassen, sollte am Bundesparteitag durchgeführt werden.

BLÜCHER: Meine Herren, ich wiederhole nun die Bitte, die Gegenvorschläge zu § 11 so schnell wie möglich mitzuteilen, damit sie noch rechtzeitig allen zugeleitet werden können.

[HALTUNG DER FDP GEGENÜBER ANDEREN „RECHTEN" PARTEIEN]

Darf ich annehmen, daß dann diese Punkte damit erledigt sind, und nunmehr noch einmal kurz zu dem Thema Breittreten interner Vorgänge kommen. Es geht darum, daß, was immer wieder über Fusionsbesprechungen bekannt werden mag, [das] ein beliebtes Thema für die Presse und deren Formulierungen vom linken und rechten Kurs bildet. Vielleicht behandeln wir anschließend das zweite Thema. Wie stehen wir zu den anderen Parteien, wie ist es mit dem, was veröffentlicht worden ist über Verhandlungen und Zusammenschlüsse?

Zunächst möchte ich einiges grundsätzlich ausführen. Ich glaube, wir sind uns einig darin, daß wir uns alle gegen den Radikalismus wenden. Dies ist uns bei den Besprechungen des Vorstandes immer wieder klar geworden. Die SRP können wir aus unseren Betrachtungen ausschließen. Wir können dabei ausschalten, wie wohl Karlsruhe die Sache mit dem Verschwinden der Mandate begründen will.[36] Ich persönlich wäre dazu nicht in der Lage. Wir müssen ferner davon ausgehen, daß wir in eine Situation hineingeraten, bei der eine Regierungsbildung nicht möglich sein wird und dies bereits bei der zweiten Re-

36 Bezieht sich auf Punkt 4 des Verbotsurteils des Bundesverfassungsgerichts vom 23. 10. 1952: „Die Bundestags-, Landtags- (Bürgerschafts-) Mandate der Abgeordneten, die aufgrund von Wahlvorschlägen der SRP gewählt sind oder zur Zeit der Urteilverkündung der SRP angehörten, fallen ersatzlos fort." Druck des Urteils in: M. JENKE, 1961, S. 106 ff.

gierungsbildung. Das ist der wesentliche Ausgangspunkt für sehr viele Sorgen und Gespräche. Es handelt sich nicht, wenn ich die größeren Parteien nennen darf, dabei um die zwei, die bisher schon die Entscheidungen in den Ländern sehr beeinträchtigt haben, sondern um die Tatsache des Auftretens der DP außerhalb Niedersachsens.[37] Sie wissen, daß das ganze Thema *Arnold* in Nordrhein-Westfalen, das seit 1950 die Atmosphäre vergiftet, nicht zustande gekommen wäre, ohne den Entschluß der DP, nach Nordrhein-Westfalen zu gehen. Sie kennen weiter die Dinge in Hessen und die Verhältnisse in anderen Ländern außerhalb Hessens. Es taucht dann die Frage des BHE auf. Eine weitere große Sorge ist die, daß noch immer alle diejenigen Personen – und sagen wir es auch ruhig –, die die Demokratie stören wollen, nach wie vor größten Erfolg haben mit ihren Reden gegen die Parteizersplitterung. Es ist nun einmal so, und es ist die ganz große Gefahr, daß bei dem Gerede solcher Leute viele bei ihrer politischen Entscheidung dann denen nachlaufen, die ihnen sehr bewußt als Angreifer des neuen Staates erscheinen. Die vierte Sorge ist die, es könnten sich die Geschehnisse der Jahre 1933 ff. wiederholen. Alle diese Sorgen haben einen guten Grund.

Es hat daneben selbstverständlich auch wahrhaft politische Leute gegeben, die glaubten, vor einem Jahr unter ausschließlich taktischen Gesichtspunkten auf der Kreisebene Gespräche führen zu sollen, und zwar mit der DP. Wir haben mit *Hellwege* geredet. *Adenauer,* andere, und wir haben ihm hart zugesetzt. Es ist noch einmal sehr heftig mit ihm gesprochen und als absurd bezeichnet worden, daß er nach Bayern hineinging. Wir haben ihm immer und immer wieder zugesetzt. Zum ersten Mal sehr eindringlich, als die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen kamen.[38] Es ist dann schließlich so gekommen, und ich muß sagen, daß ich es für meine Pflicht gehalten habe, darüber damals meine unmittelbaren Bonner Nachbarn zu unterrichten. Im Oktober und November des vorigen Jahres sind diese Besprechungen im Sande verlaufen. Es gab auch keine autorisierten Gesprächspartner. Es waren Mitglieder der DP-Fraktion. Auf solche unserer Fraktion sind diese zugekommen. *Preusker, Fassbender,* und *Euler* haben mich damals unterrichtet. Das Dementi *Hellwege* war ein ehrliches und von dem ich vorher wußte.[39] Dies hat zur Folge gehabt, daß

37 Vgl. H. Meyn, 1965, S. 30–41.

38 Vgl. z. B. Adenauer. Briefe 1949–1951, 1985, S. 206 f.

39 Hierüber hatte *Blücher* im geschäftsführenden Vorstand am 11. 10. 1952 wie folgt berichtet: Er habe sich, nachdem er über den Verlauf der Gespräche informiert worden sei „mit *Hellwege* ausgesprochen und diesem auf seine diesbezügliche Frage erklärt, bei uns hätte es keinerlei Beschlußfassung oder Beauftragung in dieser Sache gegeben. *Hellwege* habe erklärt, er sei gegen die Besprechungen und hielte es für unkorrekt, daß seine Leute Mitglieder von uns angingen, ohne den Vorstand zu unterrichten, und er würde das Geschehene sogar dementieren." Protokoll, Anm. 2, S. 21 f. Vgl. auch die Stellungnahme *Hellweges* auf dem Parteitag der DP am 21. 10. 1952 in Goslar, mit der er eine „Fusion gegensätzlicher Parteien" ablehnte und dann fortfuhr: „Nicht anders kann ich die nutzlosen und verwirrenden Gespräche beurteilen, die in der letzten Zeit zwischen dem sogenannten rechten Flügel der FDP und einzelnen Mitgliedern der Deutschen Partei geführt [worden] sein sollen. Ich habe mich im Einklang mit dem Direktorium auf den Standpunkt gestellt, daß eine Fusion mit der FDP oder Teilen von ihr nicht in Betracht kommen kann." Abgedruckt in: Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat, Festschrift zu seinem 50. Geburtstag, Braunschweig 1958, S. 65.

eine gewisse Verwirrung entstanden war. Selbstverständlich war dieses Gespräch nicht immer unter der richtigen Nomenklatur geführt worden. Die Presse hat dann die Dinge noch anders gekennzeichnet, als sie wirklich sind, nämlich z. T. mit einer wenig glücklichen Namensgebung.[40]

Die DP ist in allen Ländern verschieden. Es ist ein Unterschied zwischen der DP Niedersachsen einerseits und der in Nordrhein-Westfalen und Hessen andererseits. Daneben wäre die allmählich schweigende, schlafende DP in Schleswig-Holstein zu erwähnen. Die DP ist in diesen Ländern entstanden unter der Annahme, daß sie schlechthin eine Partei des bundesstaatlichen Denkens sei, die sich mehr oder weniger christlich-konservativ gebärdet und es auch ist und sein will. Sie hat unvermeidlichen Zulauf überall da, wo man an „Sentimentalem, an Vergangenem und falscher Romantik" hängt. Daß ein Teil sich durchaus getäuscht fühlte, ist klar, besonders dann, wenn sie einem übertriebenen Föderalismus oder Monarchismus sich zuneigte.

Ich möchte eins deutlich machen, daß das nicht etwas Neues ist. Ich möchte Sie daran erinnern, daß auf einmütigen Beschluß der DP-Fraktion damals in Frankfurt ich der einzige Vorsitzende der DP- und FDP-Fraktion war.[41] Wir hatten eine echte Fraktionsgemeinschaft. Die DP war damals von der CDU weggegangen. *Merkatz* hat es versucht, ihr Gestalt zu geben, nämlich einen christlich-konservativen Charakter. Ich male hier nicht schön. Wenn Sie mich nach einem schlagwortartigen Ausdruck polemischer Art fragen sollten, müßte ich sagen, es sind Weihnachtsmänner an der Spitze, aber schließlich sind Weihnachtsmänner keine bösartigen Männer, das verbietet der angewachsene Bart. Außerhalb Niedersachsens kann die DP nicht den Anspruch erheben, eine Partei konservativen Charakters zu sein. Auch in der FDP war der kritische Augenblick aufgetaucht, wo die Funktionäre versuchten, daraus ein gefährliches Gebilde zu machen – oder frühere Funktionäre.[42] Wir hatten ein bitterböses Ergebnis in Hamburg. *Schäfer* wird das bestätigen können.[43]

RICHTER: Mein Namensvetter sollte die erste Rolle in Hamburg spielen.

BLÜCHER: In Hessen hat die DP auch schon alles Mögliche versucht.

(Zwischenruf *Euler: Krebs!*)[44]

Jawohl, *Krebs*. Das sind die Wegbereiter der SRP. Die DP hat ihre alten Leute verloren. Die sind unterschiedslos dort hinübergewechselt.

---

40 Gegenüber anhaltenden Pressespekulationen bzgl. einer bevorstehenden Fusion von FPD und DP hatte der geschäftsführende Vorstand der FDP bereits am 13. 3. 1952 öffentlich Stellung bezogen. Hierin wurden zwar Gespräche zwischen Abgeordneten der beiden Bundestagsfraktionen bestätigt, die jedoch lediglich dem Ziel gedient hätten festzustellen, „ob die Voraussetzungen für den Eintritt in offizielle Verhandlungen gegeben seien". Aufgrund innerparteilicher Entwicklungen in der DP müsse festgestellt werden, „daß keine gemeinsame Basis der Anschauungen" gegeben sei: fdk, 3. Jg., Nr. 17 vom 13. 3. 1952.

41 Im zweiten Frankfurter Wirtschaftsrat bildeten FDP und DP ab Mitte Oktober 1948 eine Fraktionsgemeinschaft. Vgl. H. POTTHOFF/R. WENZEL, 1983, S. 193 f.

42 Spielt auf die Vorgänge anläßlich des Münchener Parteitages an. Siehe Nrn. 14 d und 14 e.

43 Vgl. M. JENKE, 1961, S. 132.

44 Der ehemalige Frankfurter Oberbürgermeister und NSDAP-Kreisleiter Fritz *Krebs* war am 8. 3. 1952 neben Heinrich *Leuchtgens* zum gleichberechtigten Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen der DP gewählt worden. Ebd., S. 130.

MÜLLER: die ganze Lüneburger Heide.

BLÜCHER: Wir haben das Bild einer zwiegespaltenen oder dreigespaltenen DP. Der Rest der DP stellt sich als Vorläufer oder heute vielleicht Auffangbecken für die SRP-Kerntruppe dar. In Niedersachsen erscheint sie als christlich-konservativ-welfisch-föderalistisch. Das sind die Kreise, die unendlich beglückt sind, wenn sie von einer Königlichen Hoheit sprechen können. Ich erinnere an die Prozessionen zum Marienberg mit 10 000 und mehr von Bauernfahrzeugen. Dann gibt es noch Leute, die etwas völlig anderes unter der DP verstanden haben. Sie droht in die Hände von Abenteurern einer ganz gefährlichen Vergangenheit zu fallen. Die Parteileitung erkennt die Dinge, wenn auch ungern. *Hellwege* ist der klassische Repräsentant der reinen niedersächsischen Richtung. Er hat aber nicht den Mut zu sagen, wir beschränken uns auf das, was wir gewesen sind. Immer wieder macht er mit. In der Praxis aus meinem eigenen Erleben kann ich Ihnen sagen, daß bei den Kommunalwahlen jetzt doch noch eine ganze Reihe von Wahlkreisen oder Städten – ich denke an das Ennepetal, Krefeld usw. ohne jede politische Auflage irgendwelcher Art – sich an uns wenden mit dem Bemerken, wir haben da zwei ganz gute Leute, stellt sie doch bitte bei Euch mit auf. Sie stellen keinerlei organisatorische oder politische Bedingungen. Sie tun dies nur, damit sie nicht von einer einseitigen SPD-Mehrheit bestimmt werden. Bei uns in Nordrhein-Westfalen sind die Dinge so gefährlich, da ich mich an keiner Stelle gegen die Aufnahme dieser Leute ausgesprochen habe. Wenn Sie etwas von Kommunalpolitik verstehen, und es wird politisch nichts getan, warum denn nicht, daß wir eine Gemeinde nach der anderen aus der SPD-Mehrheit herausbringen.

Was wir unter politischem Standort verstehen, das soll Ems erreichen. Wir stehen unter einer Pflicht, nämlich zu ermöglichen, daß es überhaupt eine Regierung geben kann nach den nächsten Bundestagswahlen. Das ist etwas, was mich ganz schwer bedrückt. Dazwischen steht der Block der Radikalisten und des BHE.

Charakteristisch für die DP in Nordrhein-Westfalen ist der Umstand – wo ich die Menschen kenne –, daß sie keine Jugend – ich meine damit Leute unter 40 Jahren – haben. Ich bin nun der einen Auffassung, daß wir selbstverständlich unmöglich von Partei zu Partei irgendwelche Gespräche führen sollen und dürfen, die nun diese DP in eine Bedeutung hineinheben würden, die ihr nicht zukommt. Daß wir in Ems in allerklarster Formulierung darüber sprechen, darüber hat sich gestern vormittag bereits der geschäftsführende Vorstand unterhalten. Daraus ergeben sich eine ganze Menge von Schlußfolgerungen, nämlich sagen zu können, wer zu uns gehören kann. Dazu gehört Verschiedenes: 1. ganz selbstverständlich ein Bekenntnis zur echten Toleranz und ein Bekämpfen der Untoleranz nach beiden Seiten. Wirtschaftliche und soziale Toleranz und das Ablehnen des Liebäugelns mit restaurativen Bewegungen; 2. ohne jede reservatio mentalis das Bekenntnis zu einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen, echten Demokratie.

Daraus erwächst auch eine Verpflichtung, [. . .] die Außenpolitik nach den Bedürfnissen des Vaterlandes, nicht aber nach der Propaganda zu richten.

Ich könnte so fortfahren, eine Reihe von klaren Grundsätzen auszusprechen, die deutlich machen, wer zu uns gehören kann. Es wäre gänzlich verkehrt, nun ja, Auflösungserscheinungen der DP in Nordrhein-Westfalen und anderswo unbeachtet zu lassen und da nur wegen der Mitgliedschaft die kalte Schulter zu zeigen. Wir haben 1930/31 die große Chance verpaßt. Es wäre möglich gewesen, an *Hitler* vorbeizukommen, und zwar, wenn sich das zusammengefunden hätte, was man „bürgerliche Rechte" nennt. Daß dieser Fehler nicht etwa dadurch wiederholt werden darf, daß wir von vornherein hochmütig sagen, Du warst bei der DP, infolgedessen nein, ist klar. Wer sich ehrlich zu unserem politischen Wollen bekennt, und wer weiß, wie wir dieses umschrieben haben – es wird dies die eigentliche Aufgabe von Ems sein –, für den gibt es kein Hindernis eines Zusammenarbeitens und Zusammengehens. Nur keine zeitliche Selbstgefälligkeit, die uns vernichtet.

Tiefst bedenkliche Äußerungen, die sich nur im Negativen ergehen, erinnern an die Propagandaform des Dritten Reiches. Genauso scharf ist allerdings zu verurteilen jene geistige Trägkeit, die vergißt, daß Vergangenheit Vergangenheit sein muß. Dieses Negativum äußert sich in Sätzen wie: jeder, der früher einmal ... usw., sei ein Feind des Staates. Die Verhinderten von 1920 sind doch in der Zwischenzeit längst tot und, soweit sie leben, dürften die vergessen sein. Man muß den Menschen und die Tatsachen ansehen. Die Verhinderten von 1920 waren gegen die Demokratie, aber hier liegt ja gerade das Kriterium, nämlich daß wir den Leuten nicht den Beitritt billig machen sollten, indem wir sie über unsere Haltung im unklaren lassen und es nur auf die Beitragszettel abgesehen haben. Was in jedem Falle nötig ist: Eine derartige Überlegung über die Gewinnung eines einzelnen mag noch angehen, soweit sie darüber hinausgeht, muß im Rahmen der Gesamtpartei hierüber ein Gespräch geführt werden. Beide Teile müssen aber den Mund halten. Durch nichts sind wir in den letzten Jahren mehr geschädigt worden, als durch eine nicht zu bändigende Geschwätzigkeit. Wir können dann die Dinge 24 Stunden später in der Presse nachlesen. Erforderlich ist eine Beschränkung, bis es zur Entscheidung kommt.

Ich warne vor einer Selbstgefälligkeit, wir sind uns selbst genug. Wenn es in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen zu den von mir erwähnten Angeboten kommt, dann soll man [ihnen] in aller Gewissenhaftigkeit nachgehen, schon deswegen, damit die DP praktisch verschwindet. Das Übrige müßten wir in die Hände des Gesamtvorstandes legen. In dem Augenblick haben wir eine Gewähr, daß es nur eine einheitliche Entscheidung und Vertretung nach außen gibt. In der Öffentlichkeit ist zu einem guten Teile alles mögliche zu Unrecht behauptet worden, zu einem anderen Teile zu Recht, weil es an der nötigen Einsicht über die Verschwiegenheit wegen eines Privatgespräches gefehlt hat.

Ein sehr eitler und gefallsüchtiger Mann der Deutschen Partei in Bonn hatte es an die Presse gegeben. Der sah sich schon als der große Parteigründer. Kein Mensch berichtet auf der anderen Seite, daß Herr *Krebs* in Hessen abgemeiert wird, da sie ihn leid sind. Es wird auch nicht gesagt, daß die damaligen Gespräche sich ausschließlich um die Kommunalwahlen bewegt haben. Wo wir

stehen müssen, muß ganz deutlich umrissen werden beim Emser Parteitag. Verzeihen Sie die lange Rede, ich wollte lediglich die Diskussion in Gang setzen.

MIDDELHAUVE: Der Vorsitzende hat weit ausgeholt und auf die Bedeutung dieser Dinge hinweisen wollen und mit Recht hingewiesen. Ich habe erstmalig in Unkel von diesen Dingen gesprochen.[45] Gestatten Sie mir, einige grundsätzliche Ausführungen zu machen: Die parteipolitische Situation wurde zunächst durch die Besatzungsmacht bestimmt.

HAUSSMANN: Ich schaue nur wegen [des] Essens beim Senat auf die Uhr.

MIDDELHAUVE: Die FDP war bestimmt nicht das Lieblingskind der Besatzungsmächte. Als der Lizenzzwang aufgehoben wurde, hatten wir die verschiedensten Parteibildungen. Vor allem denke ich einmal an folgende drei Parteien: 1. die DP, 2. die bisher nicht besonders in Erscheinung getretene Nationale Rechte, 3. den BHE. Daneben noch so und so viele Gruppen. Es gab ein erhebliches Gewoge gerade in diesem Rechtsraum. Wie wird diese parteipolitische Entwicklung weitergehen? Was wir vor 1933 erlebt haben, muß uns veranlassen, zu einer vernünftigen Konstellation zu kommen.

Ich wäre dankbar, mit einiger Aufmerksamkeit,

(Zwischenruf *Dehler:* mit geziemendem Respekt!)

vielleicht auch nur mit Respekt [angehört zu werden].

Euler hat gestern abend mit Recht gesagt: Die SPD droht der Gewinner zu werden, wenn sich die der SPD abgeneigten Kräfte immer mehr auseinanderbewegen. Daran wird das Wahlgesetz nicht sehr viel ändern. Es bringt nur eine gewisse Optik in den Augen der Wählermassen. Mit Recht ist von *Blücher* die Sorge geäußert worden wegen einer kommenden Regierungsbildung. Es geht um die Kristallisationsmitte des nächsten Jahres. Sie in unserem Sinne zu beeinflussen, ist unser Bestreben. Es kann unsere Chance und unsere Möglichkeit sein und unsere Aufgabe. Wir haben hier wirklich eine besondere Funktion über die Möglichkeiten der CDU hinaus zu erfüllen. Diese hat bereits weitgehend durch *Adenauer* alles erfaßt, durch seine Zügigkeit [gemeint wohl: Zähigkeit] und Würdigkeit. Ich muß bemerken, daß unser Vorsitzender unrecht hat, wenn er gemeint hat, daß sie auseinanderbrechen würde.

(Zwischenruf *Blücher:* Das wird sie eines Tages!)

Das wird sie, jetzt aber nicht. Wir müssen bei unseren eigenen Überlegungen beachten, daß sie dort in einer Form heterogen zusammengesetzt ist. Der linke Flügel Arnold, der erhebliche Ambitionen hat, ist nur wegen des schlechten Verhaltens des Landtages in den Hintergrund getreten. Dann haben wir da den rechten Flügel von *Lehr,* welcher ja von den Deutschnationalen gekommen ist. Man kann es nur sehr schwer verstehen, daß dort die evangelischen Kreise und der katholische Teil angesprochen werden, am wenigsten von der evangelischen Kirche.

HAUSSMANN: Das bedeutet für diese Harakiri.

---

45 Siehe Nr. 21 mit Anm. 62 (Deutsches Programm).

BEZOLD: Die kommen mir vor wie das Kaninchen, das in den Rachen der Schlange läuft, weil es dort wärmer ist.

MIDDELHAUVE: Die CDU wird durch Herrn *Adenauer* zusammengehalten. Die FDP hat bewiesen, daß sie wirklich eine starke Kraft ist. Kann sie es sich gestatten, Kristallisationsmittelpunkt sein zu wollen gegenüber anderen Erscheinungen?

(Zwischenruf *Blücher:* gegenüber der DP!)

Es gibt auch noch Deutsche Gemeinschaft, Deutsche Union usw., lauter Gruppen, die bedeutungslos sind. Im Hinblick auf die von *Blücher* erwähnte Fraktionsgemeinschaft möchte ich erwähnen, daß es auch in Bonn so ist, daß auch da eine enge Zusammenarbeit mit der DP möglich gewesen ist. Ich denke nur an die gemeinsamen Fraktionssitzungen und anderes. Ist es nun noch möglich, doch zu einer Zusammenarbeit und Zusammenfassung zu kommen, ohne das Gesicht zu verlieren und hier zu versuchen, eine Sammlungsbewegung zu schaffen? Ich habe mir das lange überlegt. Ich bin zu der Auffassung gekommen: Ja, es ist möglich. Diese Leute haben schwarz-weiß-rot. Sie sind ja hoffentlich davon überzeugt, daß ich auch darüber gesprochen habe, wir wollen keinen Flaggenstreit. Es ist bedauerlich, wenn von unseren eigenen Freunden z. B. der Rednerschnellbrief mit der Begründung angegriffen wird, der wäre schwarz-weiß-rot, oder das „Deutsche Programm". Das sind doch schließlich die alten Buchdruckerfarben von Herrn Johannes *Gutenberg!* Not tut eine nationale Sammlung! In diesem Falle ist wirklich nicht nomen omen. Der Name hat sich angeboten.

Blücher hat eben einige Punkte herausgestellt, nämlich das Bekenntnis zur Toleranz und das Bekenntnis zur freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie. Diese Dinge sind im „Deutschen Programm" drin. Es hat auch die Zustimmung der Deutschen Partei und der Nationalen Rechten gefunden. Sogar ein alter Liberaler wie *Busse* hat erklärt, dieses Programm sei so liberal, daß es von ihm aus nicht anders gedacht werden könnte. Es kann eine verpflichtende Bindung für Kräfte schaffen, die gegebenenfalls sich dieser Sammlungsbewegung anzuschließen bereit sind. Eine andere Frage ist die, wie es technisch abgewickelt werden soll. Hat Nordrhein-Westfalen oder der Vorsitzende eigenmächtig gehandelt? Nein, die beiden genannten Parteien sind an mich herangetreten, zunächst im Hinblick auf die Gemeindewahlen. Die Nationale Rechte tritt da, wo sie Schwerpunkte hat, mit von uns genehmigten Bewerbern auf den Listen der FDP auf. Ich erinnere an die Zusammenarbeit mit der Nationalen Rechten im Landtag. Wir hatten da nie Divergenzen. Dies betrifft allerdings die Arbeit im Parlament. Divergenzen sind dort noch weniger zu erwarten, wo, wie in den Gemeinden, nur Kultur- und Verwaltungspolitik getrieben wird. Die Deutsche Partei war nicht dazu geneigt, auf den Listen der FDP zu kandidieren. Genauso wie vor zwei Jahren. Dann gab es bei der Deutschen Partei die Panne mit der 5%-Klausel. Jetzt sind sie von sich aus in einzelnen Kreisverbänden gekommen. Wir merken da schon, daß die Stärke der FDP und auch die politische Grundlage der FDP als gegeben anerkannt werden. Sonst würde man ja nicht auf unserer Liste kandidieren.

Von beiden Seiten – ich meine von der Nationalen Rechten und der Deutschen Partei – ist ebenfalls darüber gesprochen worden, ob nicht eine Möglichkeit eines gesamten politischen Zusammengehens, vor allem im Hinblick auf die Bundestagswahlen gegeben sei. *Blücher* hat schon auf die Divergenzen in der Deutschen Partei hingewiesen. Daß sie da sind, hat Goslar[46] bewiesen. Daran mögen die Verhandlungen Nordrhein-Westfalens und Hessens der FDP mit der DP, auf Initiative der DP, schuld gewesen sein. Wenn dort *Seebohm* nicht erklärt hätte, er nähme nicht an[47], weiß ich nicht, ob das Abstimmungsergebnis nicht noch beschämender für *Hellwege* gewesen wäre. Es gibt Bestrebungen, die DP aufzuteilen in einen Teil niedersächsische Welfenpartei und den Teil, der bereit ist, sich mit der FDP zusammenzufinden.

Die Nationale Rechte ist durchaus der Auffassung, daß die Zusammenfassung aller politischen Kräfte, die nicht zur CDU hingehen, geschaffen werden müßte, und zwar der Kräfte, die antisozialistisch sind. Diese Zusammenfassung sei möglich unter der Obhut der FDP. Deswegen scheint es mir notwendig zu sein, zunächst auf der Ebene von zwei Landesverbänden Gespräche zu führen, um zu einer vernünftigen Konstellation zu kommen. Nur so kann man der Gefahr der Parteienaufsplitterung und der Aufsplitterung der antimarxistischen Kraft wehren. Ich glaube, davon hängt es ab, ob die FDP den Weg der Staatspartei geht, was vermieden werden muß, oder ob sie wirklich die große dritte Partei wird, die sie werden kann und die sie werden wird, wenn wir genügend politische Einsicht und Selbstvertrauen zu unserer eigenen Kraft haben. Diese Möglichkeit ist sehr stark durch die parteipolitische Situation gegeben.

EULER: Ich kann da zur Ergänzung noch einiges sagen, nachdem *Blücher* schon darauf hingewiesen hat, wie wir im Wirtschaftsrat zu einer Fraktionsgemeinschaft gekommen waren. Das Vorspiel war bei den Bundestagswahlen 1949, wo die FDP mit 33 % aller abgegebenen Stimmen einen überwältigenden Wahlsieg erfochten hat. Zwölf Mandate, davon neun in Wahlkreisen.[48] Dies, weil es uns gelungen war, das, was heute DP ist, damals NDP, zu erfassen. Wir haben uns nicht eingebildet, daß wir damit das Problem ein und für allemal gelöst hätten. Wir sind immer wieder aufgetreten, auch wenn wir mit der Regierungsverantwortung belastet sind. Ich habe immer schon gesagt, daß wir nicht auf die Fettweide der Opposition gehen, sondern alle Möglichkeiten ausnützen sollen, um die Situation staatspolitisch mitzubestimmen. Es steht fest, daß wir im ganzen den Kurs viel nachhaltiger bestimmt haben, als unsere Freunde im Lande wissen. Am meisten hat uns allerdings mangelndes Selbstvertrauen zu uns selbst zu schaffen gemacht. In Hessen hatten wir eine sehr befriedigende Entwicklung. Die Bundestagswahlen waren der Höhepunkt.

---

46 Parteitag der DP, siehe Anm. 39.

47 *Seebohm* hatte auf dem Parteitag bei der Wahl des Vorsitzenden 146, *Hellwege* 145 Stimmen erhalten. Als *Seebohm* die Wahl ablehnte, wurde *Hellwege* durch Akklamation als Parteivorsitzender bestätigt. AdG 1952, S. 3703 A.

48 Das genaue Ergebnis der Bundestagswahlen vom 14. 8. 1949 in Hessen lautete für die FDP: 28,1 %. Das bedeutete 12 Mandate, davon 7 Wahlkreismandate. STATISTISCHE BERICHTE, 1957, S. 6 und S. 8.

Nun hat die DP in Hessen wieder aufgemacht. Bei den Kommunalwahlen ist sie zum ersten Male hervorgetreten.[49] Die DP hat in Hessen überall dort keine Erfolge erzielt, wo unsere Partei lokal gut geführt war, aktiv hervorgetreten ist und bei ihrer ganzen Haltung keinerlei Engherzigkeit gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten gezeigt hat. Andererseits waren wir durchaus vorsichtig in der Auswahl der „Früheren", die wir herausgestellt haben.

In Wiesbaden bekamen wir 23 Sitze, die DP nur zwei. Dort ist sie gar nicht auf die Beine gekommen. Wir haben dort einen hervorragend geführten Kreisverband. Ich erwähne nur den Namen *Preusker*. Dort werden im Abstand von drei bis vier Wochen Versammlungen abgehalten, die immer gut besucht sind. Die Personalpolitik wird mit großer Sorgfalt geleitet. Der Trumpf war der, daß der Oberbürgermeister aus der NS-Zeit an zweiter Stelle auf unserer Liste kandidiert hat. In Offenbach hatten wir das umgekehrte Ergebnis. Ein früherer Spruchkammervorsitzender, ein ganz braver Mann, hatte nicht die Härte, den Praktiken der SPD entgegenzutreten. Bei der Spruchkammer waren sehr viele krasse Entscheidungen gefällt worden, für die man den an sich schuldlosen Vorsitzenden verantwortlich machen wollte. Trotzdem hat der Kreisverband diesen Mann als Kreisverbandsvorsitzenden herausgestellt. Die DP trat mit dem Oberbürgermeister aus der Nazi-Zeit an, mit einem hervorragenden Mann, gegen dessen Wiedereintritt keinerlei Widerspruch erfolgt ist. Weder SPD noch KPD konnten gegen ihn auch nur ein Wort sagen. Diesen Mann hätten wir für uns gewinnen können, wenn unser Kreisverband nicht so töricht gewesen wäre, weiterhin den Spruchkammervorsitzenden herauszustellen. Im übrigen ist der Kreisverband Offenbach auch völlig inaktiv; so hat es dort die DP auf 12 Sitze gebracht, während wir von 10 auf 5 zurückgegangen sind. Wäre *Schranz* als Vertreter einer überparteilichen Gemeinschaft aufgetreten, hätte er einen noch größeren Erfolg gehabt. Es war dies ein persönlicher Erfolg des Herrn Dr. *Schranz*, welcher niemals als Nationalsozialist im üblichen Sinne abgestempelt war, welcher ein hervorragender Verwaltungsmann ist und der trotz seiner Zugehörigkeit zur NSDAP, soweit er konnte, böse Dinge verhindert hat. Er hat auch in der NS-Zeit ein rechtsstaatliches Regime verwirklicht, soweit dies damals überhaupt möglich war. Diese zwei Beispiele zeigen, was bei uns richtig und was falsch gemacht wird.

Nach den Kommunalwahlen kam die DP auf uns zu wegen der Bundestagswahlen. Wir hatten ja ziemlich stark gegen die DP aufkreuzen müssen. Zunächst fanden einmal Besprechungen statt, deren Gegenstand die Erörterung von Möglichkeiten für Wahlbündnisse gewesen ist. Viele der DPler haben dabei erklärt, sie wollten ja gar nicht bei der DP sein, und sie seien in die falsche Partei geraten. Sie lehnten vor allem den *Hellwege*-Kurs ab. Wir haben hier eine Chance, ganz einfach zu kassieren. Es bestand solange kein Hindernis, als es keine Koalitionen Baden-Württemberg gab. Als dies geschehen war, richtete man an uns die Frage: Wie stark sind denn die Kräfte in Eurer Partei, die evtl. auf Bundesbasis eine Koalition mit der SPD machten, oder wie wird es

49 Wahltermin war der 4. 5. 1952. Die DP errang landesweit 2,7 % der Stimmen. AdG 1952, S. 3454 A.

möglich sein, das Problem Stuttgart zu bereinigen? Wir können daran nicht vorbeikommen trotz allen guten Zuredens, nämlich, daß wir sagten, macht Euch keine Sorgen, dort geht es in erster Linie um lokalpolitische Dinge, so z. B. die Schulfrage auf Landesbasis. Der DP gegenüber haben wir so argumentiert, als ob wir aus dem Freundeskreis von Stuttgart wären.

Inzwischen sind von Reinhold *Maier* einige Reden gehalten worden, die das neue Charakteristikum aufweisen, daß die Koalition in Stuttgart nicht mehr landespolitisch begründet wird, sondern die den Schluß zulassen, daß man Stuttgart für ein Bewährungsstadium für das, was nachher in Bonn kommen wird oder könne, auffassen dürfe. Darin liegt eine ungeheure Gefahr. Die DP hat es einfach. Sie braucht nur die Sätze aus den Reden von Reinhold *Maier* abzudrucken. Man bezichtigt uns dann als möglichen Koalitionspartner der SPD.

(Zwischenruf *Bezold:* Was die CDU tun wird!)

Wir verlieren aber dann die Stellung, erklären zu können, daß wir das nicht tun, was die CDU evtl. bereit ist. Reinhold *Maier* hat eine geradezu antagonistische Stellung zum Sozialismus. Bisher trafen wir wirtschaftlich und politisch bei unseren Auseinandersetzungen die CDU immer mit. Hamburg und Bremen sind mehr oder weniger kommunalpolitische Probleme. Dort liegen die Koalitionsfragen im Bereiche anderer Erwägungen. Die Position, die uns bisher auszeichnete, ist durch Stuttgart in Gefahr. Wenn Reinhold *Maier* nunmehr dazu übergeht, dann gute Nacht. Dann werden wir den Abmarsch der Wähler zur DP und teilweise zur CDU nicht verhindern können. Sätze Reinhold *Maiers* vom temperierten Sozialismus kann nur ein Mann sagen, an dem die ganzen Probleme im Wirtschaftsrat vorbeigegangen sind. Wenn in diesem Sinne verfahren wird, dann werden wir, noch ehe der Wahlkampf begonnen hat, eine katastrophale Wahlniederlage einstecken.

Ich muß noch ein weiteres sagen: nämlich, daß wir eine Gruppe von Abgeordneten, ja, Parteifreunden in fast jedem Landesverband haben, die ihre Einstellung gegenüber den „Ehemaligen" nur von Ressentiments leiten lassen. Diese ist nicht produktiv. Ich habe dies überdenken müssen in einer Zeit, als wir uns Gedanken machten, was wir tun, wenn der 20. Juli 1944 Erfolg hat, um weiter kämpfen zu können, daß der Westen bereit ist anzuerkennen, daß nicht Deutschland geschlagen ist, sondern nur der Nationalsozialismus abgehalftert ist. Dies hatten wir damals im Kreise von Männern durchdacht, die nach dem 20. Juli 1944 Gegenstand des großen Schauprozesses waren. Mein Freund Adam *von Trott* z. B. Es ist ein Zufall, daß ich nicht auch in diesem Schauprozeß daringestanden habe. Eine staatspolitisch produktive Einstellung haben aber bis heute viele noch nicht. Wir unterstützen dadurch sozusagen Konkurrenzparteien. Eine Prüfung im Einzelfalle ist natürlich möglich. Wir waren energisch gegen die Herausstellung von Herrn *Krebs.* In unendlich vielen Fällen haben wir uns gegen die Aufnahme von Leuten gesperrt, die gern mitgearbeitet hätten, uns nicht belastet hätten und die nun heute völlig in unserer politischen Linie stehen. Wir fühlen uns den Abgeordneten der DP, die durch ihre Arbeit im Bundestag gezeigt haben, daß sie wirtschafts- und staatspolitisch auf unserer Linie liegen, näher als eigenen von uns, die unter dem Titel, „gegen

Faschismus und rechtsradikalistische Tendenzen zu kämpfen", ihre geringe Einsicht verbergen. Was die Herrschaften *Reif, Margulies, Ilk* und *Hoffmann* aufführen, rechnet dazu.

BEZOLD (springt auf, wirft seine Akten auf den Tisch und ruft): Da können wir ja Schluß machen! Ich gehe nach Hause! Hier habe ich nichts mehr verloren.

(Allgemeiner Tumult. *Dehler* versucht, *Bezold* mit den Worten „Ruhe, Ruhe" zu besänftigen.)

BLÜCHER: Wir müssen diskutieren.

BEZOLD: Das sind Gefühlssachen, das sollte in einer anderen Partei passieren, daß erklärt wird, Mitglieder einer anderen Partei stünden einem näher als die eigenen.

MIDDELHAUVE: Der Eifer ist übertrieben.

BAROWSKY: Aber da kann man doch diskutieren.

DEHLER: nur immer mit der Ruhe.

Unterbrechung 12.45 Uhr. [Fortsetzung 14.45 Uhr.]

[INNERPARTEILICHE AUSEINANDERSETZUNGEN]

BLÜCHER: Ich habe gestern und heute betont, daß wir entschlossen sein müssen, in aller Offenheit und auch mit einigem Niveau die Auseinandersetzungen, die sich vor der Öffentlichkeit abspielen, lieber intern auszutragen. Es geht darum, die Landesverbandsvorsitzenden zu Einwirkungen auf die Delegierten zu bewegen, daß sich der äußere Ablauf der Dinge in einer Form abspielt, die nicht gerade als mißbräuchliche Ausdeutung des Wortes parlamentarische Form erscheint. Durch rednerische oder Zuhörer-Entgleisung darf die Situation nicht beeinträchtigt werden. In den nächsten Wochen wird es heißen: auseinander oder nicht. Eine Entscheidung in Ruhe ist um so notwendiger, je schwerer es ist. Ich bedauere diesen Ausdruck von der großen Zuneigung zu anderen Leuten. So war das ja hier letzten Endes wahrscheinlich auch nicht zu verstehen. Ich möchte nur eines sagen, daß hinter dieser Äußerung ein bitterböses Wort stand, das von der mangelnden Disziplin. Diejenigen, die sie nicht gehabt haben, sind diejenigen, die als Schlappiers gelten. Lassen wir uns doch vom Gefühl unserer Verantwortung leiten.

Leider kommt um 17.00 Uhr die Presse. Leider müssen *Middelhauve* und *Schwennicke* um 17.30 Uhr weg. Schließlich haben wir genau noch zwei Stunden Zeit. Wollen wir diese in der Hoffnung verbringen, daß wir uns zusammenfinden. Setzen wir doch die Debatte fort, und zwar in der Reihenfolge der Wortmeldungen, wobei ich aber bitte, die Uhr vor sich zu legen.

HAUSSMANN: Wir begrüßen alle die Feststellung, die uns in solchen Augenblicken bewußt werden muß. Wir bedauern, daß wir unter dem natürlichen Zeitdruck stehen. *Middelhauve* hat gestern u. a. in ähnlicher Weise darauf hin-

gewiesen, daß jeder noch einen anderen Beruf hat. Das ist unsere Stärke. Manchmal ist es allerdings auch unsere Schwäche. Auf jeden Fall möchte ich unseren Berliner Freunden und allen, die sonst irgendwie daran beteiligt sind, *Schwennicke* und den anderen Erschienenen, Frau *Barowsky*, dafür danken, daß wir gestern und heute einen Eindruck [von] dieser Stadt bekommen haben. Dieser ist von allergrößtem Wert und bleibt.

SCHWENNICKE: Sie sind immer eingeladen.

HAUSSMANN: Ich sage dies sowohl vom persönlichen, als auch vom Standpunkt Württemberg-Baden aus. Leider müssen wir mit der Uhr vor uns die Diskussion durchführen. Ich bedauere es, daß *Bezold* sich veranlaßt gesehen hat, seinem Temperament so Ausdruck zu geben, obwohl ich dies für positiv werte. *Bezold* war und ist unser juristisches Gewissen oft gewesen. Wenn er so etwas sagt, so dürfen wir das nicht leicht nehmen. Im übrigen dürfen wir annehmen, daß die pointierte Formulierung von August Martin *Euler* nicht als eine vorsorgliche Kündigung der Freundschaft betrachtet werden sollte. Wir wollen keine Opposition sein.

Nach 1945 kam naturgemäß eine Entwicklung neu in Fluß. Wir hatten verschiedenartige Entwicklungen in den Zonen, welche durch die Besatzungsmächte bestimmt waren. Wir sind uns weiter darüber einig, daß wir die Erhaltung der Einheit der Gesamtpartei anstreben und nunmehr diese Einheit wirklich auch mit Wirkung auf unsere Parteifreunde und auf die Öffentlichkeit erreichen wollen. Wir sind uns klar, daß es noch nicht so weit ist. Es wäre richtig, wenn wir uns nach dem Hauptausschuß im Vorstand zusammensetzten, dringlich wegen des Parteitages und der Bundestagswahlen, und nun darf ich etwas sozusagen nur in Paranthese sagen: *Kessler* und ich haben wahrheitsgemäß darauf hingewiesen, daß wir bei den Beratungen über die Grundsatzentscheidung nicht mitwirken konnten wegen der damaligen Zwischenverhandlungen. Es ist schade, daß weder *Euler* noch *Middelhauve* da sein konnten, als wir am Schluß des 11. 10. die Frage der DP ganz offen anschnitten.[50] *Blücher* hat damals uns gegenüber in vollkommener Loyalität die Frage ja in etwa beantwortet. Dies hat er heute sehr klar und für mich begrüßenswerterweise dargestellt. Diese Dinge sind, ich bitte das nicht mißzuverstehen, nicht nur uns in Baden-Württemberg, sondern auch in anderen Landesverbänden für die politische Entwicklung kennzeichnend erschienen, zumindest genauso wie die in Essen und dann seither [die] wiederholt diskutierte Koalition in Baden-Württemberg. Herr *Euler* hat heute morgen auf die Zahlen von Hessen, nämlich 33 % verwiesen. Wir haben uns immer für und mit ihm über diese Erfolge gefreut, wie auch ich annehme, daß er sich über unsere Erfolge gefreut haben wird.

EULER: Das habe ich immer getan.

---

50 Dies geschah mit den Worten: „Man lese in der Presse davon, daß am 12. 10. [1952] Herr Dr. *Middelhauve* und *Euler* mit Herren der Deutschen Partei in Limburg wegen einer parteipolitischen Sammlung verhandeln würden." Protokoll, Anm. 2, S. 19. Auszug aus der Antwort *Blüchers* in Anm. 39.

(Zwischenruf *Blücher:* Wir sind uns einig, daß wir uns gegenseitig gernhaben.)

HAUSSMANN: Es ist schmerzlich zum Ausdruck gekommen, und ich habe nicht den Auftrag und die Ermächtigung, die Reden Reinhold *Maiers* zu internen Angelegenheiten zu kommentieren. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken schon hinsichtlich des Protokolls, als ob wir dieser Frage ausweichen wollten. Reinhold *Maier* hat eine Rede gehalten vor einer Mitgliederversammlung von Groß-Stuttgart. Er hat sie dann variiert vor jungen Unternehmern gehalten.[51] Er hat nicht für die Koalition diese Rede gehalten, sondern der großen politischen Diskussionen wegen. Wenn Sie wollen, um diese auch im Hinblick auf Ems anzuregen. Darin liegt jedoch noch keine Absicht im Hinblick auf die Koalition im Jahre 1953. Reinhold *Maier* war ja damals auf Einladung auch in Unkel dabei.[52] Er hat bei dieser Gelegenheit nur einmal das Wort ergriffen, als er sagte, er habe damals sinngemäß mindestens erklärt, es sei doch spätestens in Essen sicher geworden, daß in unserer Partei verschiedene Standpunkte herrschen. Diese müßten im Rahmen von Ems zum Ausdruck kommen. Dies ist eine Frage, die auch vorbereitet werden müßte. Wir müssen dann versuchen, aus diesen beiden verschiedenen Auffassungen auf eine gemeinsame Linie im Hinblick auf die Bundestagswahl zu kommen.

Es wird nicht ausbleiben, daß die verschiedenen Auffassungen von verschiedenen Personen auch in zeitlich ausreichender Weise auf dem Parteitag zum Ausdruck kommen müssen mit dem Bemühen, daß wir dann nach Ems mindestens wissen, woran wir sind. Deswegen, Herr *Middelhauve,* auch mein Hinweis in Godesberg.[53] Das war die Aufklärung eines Dissenses. *Kessler* und ich hatten bezüglich der Grundsatzentschließung etwas Verschiedenes gemeint. Es war notwendig, das in Godesberg zu klären. Wir haben nur erklärt, wir gingen davon aus, wir sollten in Ems den Versuch machen, die Dinge auf einer größeren Ebene und so verbindlich für uns klären. So ist es für eine liberale Partei tragbar, daß wir das Gesicht nicht verlieren, daß wir eine Partei bleiben und in einen Wahlkampf miteinander hineingehen sollen im Vertrauen darauf, daß

---

51 Auszug aus der Rede, die am 7. 10. 1952 vor den Unternehmern gehalten wurde, in der STUTTGARTER ZEITUNG vom 8. 10. 1952. Einige Kernsätze dieser Rede: „Die Gefahr nach rechts, von rechts ist aktuell. Sie liegt nicht im Wiederaufleben des Nationalsozialismus *Hitler*ischer Prägung, sie liegt nicht bei der SRP und Ähnlichem. Sie liegt in der Möglichkeit, daß eine ‚nationale Rechte' sich bildet, welche sich nicht radikal antidemokratisch geriert, aber die Demokratie als schließlich doch zweitrangige Angelegenheit behandelt und eben schließlich in die autoritäre und bald darauf in die totalitäre Form hineingestoßen wird, ob sie will oder nicht will [...]. Auch die Teilformel von der Einigung der bürgerlichen Parteien ist ein Phantom. Ihr Wählerkreis ist keine Einheit [...]. Wer um die Verwirklichung der Demokratie ringt, der muß einer staatsbejahenden Haltung der Unternehmer dieselbe Bedeutung beimessen wie der demokratischen Grundeinstellung der Gewerkschaften." Die Rede löste einigen Wirbel aus. Unterlagen hierüber in: NL Blücher 280. *Maier* äußerte sich über diese Rede auf einem Presseabend der FDP/DVP-Fraktion im baden-württembergischen Landtag am 11. 11. 1952 wie folgt: „Die Rede hält sich mitten zwischen links und rechts auf dem Boden der schwäbischen Demokratie." ADL, Ordner-Nr. 1059.

52 Nr. 21, Anm. 1.

53 Siehe Anm. 33.

nichts passiert und daß wir eine große und starke Anziehungskraft ausüben. Dies ist auch der Geist des Parteitages von Baden-Württemberg gewesen.

SCHWENNICKE: Es ist leider wenig Zeit, weshalb die von *Haußmann* berührte Form der Diskussion nicht fortgesetzt werden kann. Ich bin mit *Haußmann* der Meinung, daß die grundsätzlichen politischen Fragen, die hier berührt worden sind, zum Grundthema des Parteitages gehören und eine klare Abgrenzung vorgenommen werden muß. Deswegen sollten wir uns auf unseren Ausgangspunkt beschränken und die in Ziff. 1 der Tagesordnung vorgesehenen Gesichtspunkte berühren.[54] Es ist unsere Pflicht, unsere Tore weit aufzumachen, klar zu sagen, was wir wollen und jedem, der guten Willens ist, die Möglichkeit der Mitwirkung zu geben und nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Menschen, die bisher vielleicht in einem anderen Lager gestanden haben, die aber erklären, auf dem Boden unserer Grundsätze zu stehen, diesen gemeinsam mit uns auszuarbeiten. Hierüber könnte eigentlich keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Niemand ist davor sicher, wenn er Mitglieder aufnimmt, daß diese sich auch so verhalten, wie es der Gesamtauffassung entspricht. Es gibt immer wieder Menschen, die zu uns kommen, und wir müssen feststellen, der Betreffende scheint sich in der Auffassung der Partei geirrt zu haben. Man müßte dann nur die Konsequenzen ziehen.

Nun muß ich etwas sagen, was ich nicht als böswillige Kritik zu betrachten bitte. Es ist dies ein ernstes Anliegen unserer Berliner Freunde. Was *Middelhauve* und *Euler* über ihre Verhandlungen ausgeführt haben, hätte schon vor Wochen ausgeführt werden müssen.

(Zwischenruf *Haußmann:* sehr richtig!)

Es schadet in Berlin, alle paar Tage in der Presse Notizen über Fusionen zu lesen. Ich erinnere an den Artikel von *Lojewski* aus dem „Berliner Abend" und an andere ähnlicher Art.[55] Durch derartige irreführende, falsche und tendenziöse Berichte wird nur Schaden hervorgerufen.

Daß wir die Wiederholung derartiger Dinge vermeiden müssen, ist klar. Voraussetzung ist aber, daß wir wissen, was tatsächlich an Verhandlungen und ähnlichen Dingen Wahres dran ist. Zumindest müßte aber der Gesamtvorstand die Möglichkeit haben, immer so unterrichtet zu sein, daß er in der Öffentlichkeit falsche Behauptungen mit der erforderlichen Sachkenntnis bekämpfen kann.

Auch in der Koalitionsbildung im Südweststaat hatte sich eine große Presseagitation erhoben. Wir standen wieder vor der Situation, daß eine Spannung bis hinunter in die Ortsvereine hineingetragen worden ist, die hauptsächlich durch

---

54 TOP 1: „Berichte und Aussprachen über Wahlabreden mit anderen Parteien u.ä."

55 Artikel *Lojewskis* nicht ermittelt. Am 14. 10. 1952 berichteten mehrere Zeitungen über ein Zusammentreffen führender Persönlichkeiten von FDP und DP in Wiesbaden. „Die Teilnehmer dieser Zusammenkunft, darunter *Euler* und *Middelhauve,* seien übereingekommen, auf den kommenden Bundesparteitagen der beiden Parteien die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte in Deutschland im Sinne einer sozialen, christlichen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Entwicklung zu beantragen." BPA-Archiv, Inlands-Pressespiegel des Bundespresseamtes vom 14. 10. 1952.

irgendwelche falsche Unterrichtungen hervorgerufen worden ist. Es ist viel besser, das Entstehen solcher Spannungen von vornherein zu vermeiden. Wir kommen im Vorstand oft genug zusammen, um uns darüber verständigen zu können, wie wir die Einheit und Geschlossenheit nach außen sicherstellen können. Der Eindruck, der in der Wählerschaft hervorgerufen wird durch diese niederträchtigen Agitationen, ist nicht gut. Er wird dazu führen, daß wir tausende von Wählerstimmen verlieren, ohne daß sachlich ein Grund dafür vorgelegen hätte. Was wir hier dann verabreden, was wir für notwendig oder nicht halten, das kämpfen wir hier im Gesamtvorstand oder im Hauptausschuß aus. Aber von innen und nicht nach außen.

BEZOLD: Nach meinem Gefühl ist eine Partei nicht nur eine politische, sondern eine Schicksalsgemeinschaft. Schon wegen des Zusammenhaltes ist es mir vollkommen unbegreiflich, wie *Euler* derartige Ausführungen machen konnte. In der Partei ist es einfach unmöglich, ohne Rücksicht auf die Stellung über ein Parteimitglied solche Äußerungen abzugeben. Solange keinerlei rechtliche Schritte ergriffen worden sind, muß es vollkommen ausgeschlossen sein, daß derartige Sätze fallen können.

Es ist die Ansicht geäußert worden, daß wir evtl. auseinanderfielen. Hier scheinen Magnete von außerhalb am Werk zu sein. Ob diese allerdings so stark sind, daß sie solches bewirken könnten, ist eine andere Frage, vor allem: Ein guter Hund beschmutzt nicht sein eigenes Nest. Ich möchte nicht das wiederholen, was *Schwennicke* erklärt hat. Die Dinge sind aber sogar bis ins verschlafene Bayern gegangen und haben uns Rückfragen eingebracht, die wir immer zu klären versucht haben. Wir haben immer wieder sagen müssen, es wird wahrscheinlich nicht so sein, haltet die Schnauze. So geht es nicht, daß wir unseren eigenen Freunden in den Rücken fallen. Ich bin aus der Logik *Eulers* und *Middelhauves* nicht ganz klar geworden. Entweder hat die DP wirklich eine Stellung mit so großen Möglichkeiten des Ansprechens der Bevölkerung, daß sie gefürchtet werden muß. Dann muß man sich überlegen, daß es nicht so einfach sein wird, sie zu verschlucken, und denken, die werden dann schon mittun, oder sie sind nicht so stark, dann weiß ich nicht, ob wir gerade Ursache haben, sie stark zu machen.

Ich will mit einem Satz aus Brehms Tierleben schließen: Die Stichwespe ist sehr faul, sie fliegt über eine Raupe, die an sich stärker ist. Sie begirrt sie und macht sie müde, und wo sie bemüht ist stillzuhalten, sticht sie sie, legt ihre Eier. Die Eier entwickeln sich, und sie macht im Schmerz die gleichen Bewegungen der Abwehr. Tatsächlich ist es ein Organismus, der mit feindlichem Leben gefüllt ist, bis der Balg zerfällt. Wenn man die Geschichte betrachtet, kann man nicht leugnen, daß wiederholt in der Geschichte es eine außerordentlich gefährliche Sache ist, sich auf derartige Experimente einzulassen.

[AUSEINANDERSETZUNGEN ZWISCHEN DEN SÜDWESTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDEN]

HAUSSMANN: zur Geschäftsordnung: Ich möchte es nicht versäumen, pflichtgemäß von dem Beschluß unseres Vertretertages Kenntnis zu geben.

BLÜCHER unterbricht kurz und verliest ein eben eingegangenes Telegramm, welches von den Herren *Saam, Gönnenwein, Vortisch* und *Waeldin* unterzeichnet ist, in welchem vom Vorstand verlangt wird, Baden-Württemberg die Anerkennung nicht zu versagen, diese vielmehr ausdrücklich festzustellen.[56] Hierauf kann ich nur mit der Mitteilung des Tatbestandes reagieren, sonst kommen wir zu einem Zustand hoffnungsloser Verwirrung. Es geht darum, ein gemeinsames politisches Ziel zu erreichen. Es gilt, den Marxismus in seiner heutigen Erscheinungsform zu schwächen und andererseits die soziale Aufgabe zu ermöglichen. In anderer Richtung laufen die Gedanken, die glauben, daß es möglich sei, ihn zu erschüttern.

BEZOLD: Diese Trennung kann doch nicht durch unsere Partei gehen.

BLÜCHER: Nein, sie kann es nicht.

HAUSSMANN: zur Geschäftsordnung: Ich kann mich dazu nicht äußern. Ich wollte nur sagen, daß hier die Herren als Personen aus verschiedenen Landesteilen aus großem Ernst und Verantwortungsgefühl dies gegenüber der Gesamtpartei getan haben. Wir wollen gar nicht die Dinge vertiefen. Ich kann nur anheimgeben festzustellen, ob dieses Telegramm nicht doch die Bereitschaft dieser Männer zum Ausdruck bringt.

(*Haußmann* übergibt sodann den Wortlaut maßgebender Beschlüsse.)

Ich muß, gebeten von Stuttgart und vom Landesverband darauf Wert legen, daß ich meiner Verantwortung Ihnen gegenüber heute entsprochen habe. Ich möchte nicht, daß ich Ihnen hierdurch lästig geworden bin.

BLÜCHER: Wir kennen Ihre Aufgabe und wissen, daß Sie alles getan haben. Ich glaube nicht, daß wir die gegenwärtige Grundsatzdiskusion durch Beantwortung dieser Frage verwirren.

HAUSSMANN: Ich decke es natürlich trotzdem.

BLÜCHER: Ich werde das Telegramm beantworten.

DEHLER: Durch dieses Telegramm wird die gefährliche Situation noch einmal unterstrichen. Ist es nicht notwendig, jetzt schon in klarer Weise eine Position zu beziehen? Wenn die Sitzung vom 2. 11. stattfindet, wird sie sehr scharf. Dies haben wir aus den Worten *Kohlers* herausgehört. Es besteht die Gefahr, daß zwei Verbände nebeneinander bestehen. Die Frage ist die: Wie können wir jetzt noch diese unglückliche Entwicklung hemmen? Hat es nicht einen Sinn, daß sich der Vorstand hierin vielleicht doch schlüssig wird? Am Ende kann man das nur rechtlich entscheiden, es kann nur einer recht haben. Vielleicht machen wir uns einer Sünde schuldig, nicht einzugreifen.

BLÜCHER: In welcher Weise denn, lieber *Dehler?* Ich glaube, indem wir versuchen, mit allen Mitteln einen Vergleich herbeizuführen. Hier werden zweierlei Dinge gleichzeitig verlangt. Einmal, die Anerkennung nicht zu versagen. Wir haben für heute die volle Vertretungsberechtigung für beide anerkannt. Zum

56 Telegramm in: NL Blücher 280.

anderen die Möglichkeit einer neuen Vergleichsverhandlung. Es wird zweitens von uns verlangt, nämlich die Anerkennung der *Leuze*-Listen als Bezirksverband. Hier vermag ich nicht zu folgen. Ein Bezirksverband läßt sich nur unter Teilnahme aller Betroffenen ins Leben rufen und nicht in das splendid isolation.

DEHLER: Wir sollten irgendwie rechtlich entscheiden.

HAUSSMANN: Ich kann nicht verantworten, was evtl. in dieser Woche geschieht.

BLÜCHER: Ich lehne es ab, Herr *Haußmann,* daß wir uns unter Termindruck setzen lassen.

EULER: zur Geschäftsordnung: Wenn das geschieht, kann ich nicht darauf verzichten, alles noch einmal auszuführen, warum das Vorgehen unrechtmäßig gewesen ist. Es könnte dann auch *Leuze* durchs Telefon verlangen, heute unbedingt seinen Landesverband anzuerkennen. Das von uns Besprochene ist gut. Sonst müßten wir auf einer glatten Rechtsentscheidung beharren.

MIDDELHAUVE: Wir haben uns gestern sehr lange auseinandergesetzt. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, als letzten Versuch zu einer Überbrückung die Bemühungen des Vorsitzenden, unterstützt durch *Dehler,* zu fördern und alles daranzusetzen, auf dem Parteitag in Württemberg-Hohenzollern zu einer Entwirrung zu kommen. Es ist völlig unmöglich, nochmals lange Diskussionen zu führen, welche in diesem Stadium kein anderes Ergebnis haben können. Es ist nun so, daß wir als Bundesvorstand *Haußmann* bitten müssen, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, daß bis 1., 2. oder 3. November von der Seite Baden-Württembergs bzw. der Kreisverbände in Württemberg-Hohenzollern nichts geschieht. Diese Ruhepause ist ein Gebot der Parteidisziplin. Wir sollten diese Erwartungen erbitten.

SCHÄFER: Bei uns ist es sehr beliebt, Fakten zu schaffen. Dies ist immer verhängnisvoll und gefährlich. Wir würden, wenn wir eine Entscheidung treffen, nicht geschlossen sein und würden verschiedene Meinungen haben. Wir müßten immer noch den politischen Ausweg suchen. Ultima ratio ist die rechtliche Entscheidung, was ist legal oder illegal. Unter Umständen kommen wir an einer gerichtlichen Feststellung nicht vorbei. Diese zu fordern, wäre politisch nicht klug. Wir sollten von uns aus diese Entscheidung im Augenblick nicht treffen. Wir müssen daher noch einmal den Weg des Vermittlungsversuches gehen. Wir müssen die Folgen, die sich ergeben, erwägen. Eine Konsequenz wäre die, daß wir uns für den einen oder anderen entscheiden müßten. Zwei Dinge können nicht nebeneinander stehen.

Wir sollten die Freunde da unten bitten, noch einmal eine Schlichtung zu versuchen, welche auf der politischen Ebene liegt. Wichtiger als das Formale ist doch das Politische, und dann müßten wir ja doch wieder zu einem Landesverband kommen, denn diese häßlichen Geschichten machen uns ja in der Welt komisch. Das ist doch eine Groteske. Wir werden es entscheiden, wenn der letzte Versuch der Schlichtung schiefgegangen ist. Noch scheint mir der letzte Versuch nicht gemacht worden zu sein.

BEZOLD: Jetzt müßten wir eine vollständige Formulierung finden. Man kann selbstverständlich sagen, der Gesamtvorstand bäte, den Anspruch, den die Leute zu haben glauben, nicht früher geltend zu machen, bis nicht der Schlichtungsversuch durchgeführt ist. Wenn es nun wirklich zu dem Unglück einer gerichtlichen Auseinandersetzung käme, wüßte ich nicht, was ein Gericht, selbst wenn es politisch denkt, tun bzw. wie es um die Tatsache herumkommen soll zu fragen, was auf der geographischen Ebene die Mehrheit ist. Wenn die Mitgliedschaft in Zukunft eine der Zentralpartei ist, darf es praktisch auf die Gliederung in den Ländern nicht ankommen. Die Zentralpartei kann sich dann gliedern, wie sie lustig ist.

BLÜCHER: Dies wäre eine Überlegung für den Satzungsausschuß.

BEZOLD: steht ja schon drin.

KOHLER: Ich glaube, daß das heute eingegangene Telegramm ein letzter Versuch Dr. *Haußmanns* ist, nämlich das zu erreichen, was er nicht erreicht hat. Es dürfte das Ergebnis eines Telefongesprächs mit Württemberg-Baden gewesen sein. Wenn Sie eine solche Entscheidung treffen würden, dann wäre der Vermittlungsversuch zum Scheitern gebracht. Ferner wären dann die Konsequenzen zu ziehen. Was das heißt, werden Sie sich denken können.

BLÜCHER: Ich fühle mich verpflichtet, das Letzte im Interesse der Einigung zu tun. Das wird auch meine Antwort an die Telegrammaufgeber ergeben. Sonst brauchten wir keine Führungsfunktionen in der Partei.

HAUSSMANN: Durch die materiellen Gedanken *Middelhauves* und *Schäfers* ist eine andere Note in das Thema gebracht worden. Zu den Andeutungen *Kohlers* möchte ich erklären, daß die Freunde in Württemberg-Hohenzollern in größter Besorgnis ohne mein Zutun mich telegrafisch unterrichtet und sich erkundigt haben, wie die Dinge sind. Dies haben die Herren aus eigener Verantwortung getan. Nun zur Feststellung von *Schäfer.* Es sind keine Fakten geschaffen worden. Herr *Schäfer,* Sie waren mit dabei – er ist leider herausgegangen.

(Zwischenruf *Blücher:* Er mußte telefonieren!)

Es war Ihr Wunsch, daß die Dinge vor dem 19. Oktober 1952 zum Gespräch kämen. *Middelhauve,* Sie haben nach dem Protokoll erklärt, *Leuze* müsse die Voraussetzung bei sich suchen, ob er nun in den Landesverband Baden-Württemberg hineingehen könne.[57] Meine Herren, ich habe mitgewirkt, daß bisher das Gericht nicht in Anspruch genommen worden ist. Ich fasse das nicht als Verdienst auf. Ich kann eine Gewähr für eine Verpflichtung dafür nicht übernehmen. Dies deswegen, weil es nach der Satzung in die Zuständigkeit der neu gegründeten Landesbezirksverbände fällt. Wenn aber von Herrn *Middelhauve* ein Waffenstillstand gewünscht wird, dann gehört auch dazu, daß auch die andere Gruppe davon absieht, neue Kreis- und Ortsvereine sowie Vorsitzende unter Umgehung der nicht mit ihnen übereinstimmenden Delegierten zu gründen und zu wählen. Dies müßte aus Gründen der Billigkeit genauso unterblei-

57 Protokoll, Anm. 2, S. 16.

ben. Dr. *Leuze* und Dr. *Brillinger* reisen allerdings in dem von mir beanstandeten Sinne umher.

KOHLER: aber in unserem Landesverband.

HAUSSMANN: Der besteht ja gar nicht mehr.

BLÜCHER: Wenn die Sache vors Gericht käme, dann müßten ja die Richter auch politisches Fingerspitzengefühl haben und die Fragen nach der Vertretungsbefugnis der einzelnen Teile klären. Ich will die Dinge nicht komplizieren. Wir wollen wirklich nicht in die Sache eingehen.

HAUSSMANN: Neuberufungen und Neuwahlen müßten ebenfalls unterbleiben.

BLÜCHER: Ich würde ohnedies Herrn *Kohler* gebeten haben, den klaren Wunsch des Vorstandes, keinerlei Aktionen in keiner Weise zu unternehmen. D. h., wir wollen einen echten Waffenstillstand und daß nichts geschieht in der nächsten Woche. Das ist Voraussetzung. Damit hätte ich ohnedies geschlossen.

DEHLER: *Leuze* hat Parteifreunde automatisch ausgeschlossen.

GÜNZEL: Sie sind ausgetreten.

DEHLER: Das ist die *Stegner*sche Methode. Der Vorstand hat sich damals auf den Standpunkt gestellt, daß das nicht möglich ist. Es ist ein Verfahren möglich; es gibt keine Feststellung, wonach jemand durch ein Handeln ausscheiden könne.

KOHLER: Damit behandeln wir wieder juristische Fragen.

BLÜCHER: Wir wollen doch nicht in diesem Augenblick alle diese Fragen besprechen. Es muß ein Strich gezogen werden. Die Kreise sollen entscheiden.

KOHLER: Wir werden die verwaisten Stellen in dieser Woche besetzen, wir werden arbeiten.

DEHLER: In dieser Woche werden doppelte Kreisverbände gebildet.

KOHLER: Nein, nur die Vorsitzenden werden ersetzt. Der alte Kreisverband Tübingen z. B. hat eine Versammlung einberufen und neu gewählt. So lassen wir nicht mit uns umgehen.

HAUSSMANN: wir auch nicht.

BLÜCHER: Ich bitte, doch nicht durcheinanderzusprechen. Sie auch nicht, *Dehler*. Es ist unerträglich, ich habe es nicht für richtig gehalten, daß auch Reinhold *Maier* vor dem 19. 10. sich nach Württemberg-Hohenzollern hineinbegeben hat.

MIDDELHAUVE (zu *Haußmann* gewandt): Lassen Sie doch den Vorsitzenden ungestört sprechen. Kein Satz kann ungestört gesprochen werden.

BLÜCHER: Was in Württemberg-Baden nicht berücksichtigt wird, ist das, daß man im eigentlichen politischen Raume Württemberg-Hohenzollern keinen Vorwurf machen kann. Das erschwert doch die Sache. Wir sollten einen gewissen Hochmut nicht verlieren, dies deswegen, weil heute zuviel und einseitig von der DP gesprochen wird und zu wenig davon, daß diese Leute, die diese

FDP 1948/49 getragen haben, daß man ihnen nichts vorwerfen konnte als den Mut, gegen *Hitler* gestanden zu haben. Man darf nicht immer nur eine Seite sehen, wir müssen beide Seiten sehen. Hinsichtlich der DP ist meine Meinung die, daß man sie verfrühstücken kann, wenn man keine Konzessionen macht. Dies ist meine feste Überzeugung. Sie ist nicht mehr virulent. Es hat nicht der Kriegervereinsgeist zu Harzburg geführt, sondern die ewig Gestrigen und die Verhinderten. Um einen gleichen Personenkreis handelt es sich bei der DP. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir um 17.00 Uhr aufhören müssen. Wir haben da die Pressekonferenz. Dort können wir über diese Dinge natürlich nicht sprechen.

DEHLER: Reutlingen hat materiell-politische Hintergründe. Eigentlich liegen die Gründe viel, viel tiefer. Man hat sich politisch auseinanderentwickelt. Ich begrüße deswegen sehr die Aussprache, die sich heute entwickelt hat. Es geht darum: Bleibt unsere Partei zusammen – nicht nur das –, weitet sie sich aus? Eine Feststellung: Noch niemals hat sich ein ernster Konflikt gezeigt in der praktischen Arbeit der Bundestagsfraktion, sie war doch homogen. Es werden nur zu leicht von außen her Konflikte in unser Gefüge hineingetragen.

Gibt es wirklich einen Unterscheid im Grundsätzlichen? Im „Deutschen Programm" sind Grundlagen festgelegt, die man durchaus erörtern kann. Die CDU werden wir nicht erschüttern, die SPD auch nicht. Die Schicksalsfrage in unserer Partei ist die, ob es uns gelingt, das, was übrig bleibt, was nicht klerikal, was nicht sozialistisch ist, bei uns zu sammeln. Die Frage des Nationalsozialismus ist doch nur eine negative Wertung. Ich bin mir darin mit *Schäfer* einig, daß der, der sich geirrt hat, eine besondere Qualifikation haben muß, er muß sie beweisen. Man darf hier aber auch nicht stur sein. Was *Euler* formuliert hat, abgesehen von der einen Überspitzung, ist doch richtig.

Daß wir zumindest das Tor offenhalten müssen für diese Leute, ist klar. Wenn wir uns absperren, was bleibt denn dann noch übrig? Wenn wir neben dem BHE mit 40, der DP mit 25, vielleicht 30 Sitze haben, dann sind wir doch geschlagen und im Bundestag kaum arbeitsfähig. Unser Bestreben muß es sein, uns auszuweiten.

Wie schon *Euler* gesagt hat, entsteht durch die Reden Reinhold *Maiers* der Eindruck, als ob die Stuttgarter Regierungsbildung als Modell anzusehen wäre. Es entsteht zumindest das Empfinden, so könnte evtl. einmal eine Bundestagsmehrheit aussehen, und zwar FDP und SPD. Die nächste Regierung könnte auch aus linkem Flügel der CDU und SPD gebildet werden. Wir müssen allerdings berücksichtigen, daß *Ulrich* in Stuttgart kein *Ollenhauer* und *Mellies* ist.

(Zwischenruf *Blücher:* und kein *Arndt!*)

Wenn wir einen Wahlkampf mit undeutlichem Gesicht führen, dann sind wir erledigt. Dies sind auch die eigentlichen Hintergründe in der Auseinandersetzung Baden-Württembergs und Württemberg-Hohenzollerns. Es geht darum, wie man den Reutlingern die Überzeugung geben kann, daß hier keine rein politische Gefahr besteht.

SCHÄFER: Politik ohne Empirie kann man auch nicht gut machen. Der Blick auf die Vergangenheit des deutschen Liberalismus ist entsetzlich, weil der Liberalismus immer zwischen Sezession und Fusion hin- und hergegangen ist, auch deswegen, weil seine Gegner eine dort vorhandene mangelnde Aufgeschlossenheit in sozialen Fragen attackiert haben. Wir müssen Frontstellung beziehen gegenüber dem der menschlichen Freiheit gegenüberstehenden Sozialismus, aber auch gegenüber dem Klerikalismus. Theologie hat im Religiösen unbestreitbar ihre Berechtigung. Im Politischen, wo sie nicht hingehört, müssen wir sie zurückweisen. Als Feinde stellen sich ebenso dar die verschiedenen Apparate, Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmer. Eine weitere Gefahr ist eine gewisse traditionelle Substanz an Dingen, die dem liberalen Wesen entgegengesetzt sind. Wir müssen vor allem unsere Eigennützigkeit betonen, möglichst viele Menschen gewinnen, aber dabei auch versuchen, die Menschen zu wandeln. Wir dürfen aber nicht bereit sein, einfach alles zu nehmen, um dann alle bei uns zu wandeln zu versuchen. Wir dürfen insbesondere nicht Bazillen fremder Art bei uns aufnehmen. Es ist deswegen erforderlich, nach allen Seiten hin klare Grenzziehungen vorzunehmen. Ein Wandel muß sichtbar sein und deutlich. Es darf nicht dazu führen, daß sich Leute mit ihren alten Denkgewohnheiten bei uns einfinden, um dann Zellen zu bilden. Ein Lippenbekenntnis zum Rechtsstaat genügt da nicht. Eine möglichst weite Flügelspannung ist etwas anders. Eine Überprüfung muß sein. Das ist nicht Ressentiment. *Euler,* das ist vielmehr ratio, damit sich die Vergangenheit unter keinen Umständen mehr wiederholen kann. Wenn wir einerseits das Recht auf den politischen Irrtum anerkennen, müßten wir eigentlich andererseits ein gewisses Recht auf das Ressentiment anerkennen. Ich will kein Ressentiment, ich will Empirie. Man darf schließlich nicht übersehen, daß eine demokratische und liberale Bewährung mindestens so hoch gewertet wird als der politische Irrtum.

Nun zu den Dingen in unserer Partei. Ich habe vorhin schon die Wendung gebraucht, es gäbe immer den verfluchten Versuch, Fakten zu schaffen. Alles Theoretisieren nützt uns nicht. Ich habe immer den Eindruck, daß man uns vor feste Tatbestände stellt, daß man uns einfach vor programmatische Dinge stellt oder auch vor Fusionsgespräche. Es war früher einmal beschlossen worden, nicht so vorzugehen. Gegen diesen Beschluß ist verstoßen worden. Nicht einmal der Vorsitzende hatte Kenntnis. Es ist doch schrecklich, wenn man von der Zeitung, von Presseleuten und anderen gefragt wird und muß erklären, man wisse gar nichts. Es entsteht dann für einen die Frage: Soll man dagegen schießen und dadurch zur Fütterung der Presse beitragen, damit diese sensationelle Betrachtungen anstellen kann? Auf der anderen Seite erhebt sich die Frage: Soll man durch Schweigen Vorschub leisten? Solche Dinge müssen von allen getragen werden, es sei denn, man ginge davon aus, daß einem der andere lieber ist.

Die Abschwächung des Liberalismus ist hahnebüchen. Wenn man sieht, bis wieweit nun die Auseinandersetzung in der ökumenischen Theologie geht, wie die SPD anfängt zu stehen. Eines noch in diesem Zusammenhange bitte. Wir müssen uns Gedanken machen über die Reaktion, die wir anderswo auslösen. Man schafft sich unter Umständen neue Widerstände. Eine gewisse Klugheit,

eine gewisse Mäßigung sind angebracht. Man kann nicht mit der Geste des starken Mannes operieren, das sind noch Relikte eines falsch verstandenen *Nietzsche,* man kommt damit nicht weiter. Wir müssen uns davor hüten, uns eine Tönung zu geben, nach rechts zu gewinnen, aber nach links zu verlieren. Es geht entscheidend um die bürgerlichen Schichten.

Die Dynamik des Sozialismus wird ihn in die alte Richtung treiben. Millionen Handwerker, Facharbeiter usw. stehen zwischen den Dingen. Mit der Lehre vom Markte können wir sie nicht befriedigen. Hier fällt die Entscheidung. Und nun bitte ich, in bezug auf die Dinge auch bei den Betrachtungen der Möglichkeiten weitherzig und großherzig zu sein mit Exponenten des vergangenen Systems; [selbst unter der Voraussetzung,] daß man hier nicht nur gewinnen, sondern auch verlieren kann. Wir haben jetzt die große Scheidelinie, individualistische und kollektivistische Gesellschaftsvorstellungen. Diese wirkt sich zu unseren Gunsten aus. Sie verhindert den Abmarsch vieler Leute zur SPD. Es handelt sich um Menschen, die das nicht haben wollen, sondern die Instinktdemokraten sind. Es ist verhängnisvoll, gegenüber restaurativen Tendenzen allzugroße Konzessionen zu machen. Eine Trennungslinie muß bestehen zwischen nominellen und effektiven Demokraten. Anderenfalls macht die SPD ein Geschäft, welche mitten in einer geistigen Krise steht. Wir sollten bei dem Versuche, eine breite Flügelspannung zu haben, uns der Grenzen bewußt sein. Bei der Bereitschaft, alles in uns aufzunehmen, sollten wir bedenken, daß es nicht nur darauf ankommt, Mitgliederzahlen aufweisen zu können, sondern Gesinnungen zu gewinnen und zu formen. Zeitweiligen Modeströmungen darf man nicht nachgeben. Im Hinblick auf die Zukunft und die Stellung des deutschen Liberalismus müssen wir großzügig sein, aber auch genau unterscheiden, was paßt und was nicht paßt.

BLÜCHER: Sie sehen, in welchem Umfange wir uns werden unterhalten müssen. Darum sollten wir am 9. 11. möglichst schon um 11.00 Uhr wieder zusammenkommen. (Nach kurzer Umfrage:) Es bleibt also beim 9. November um 11.00 Uhr. Sie bekommen noch Bescheid.

MIDDELHAUVE: zur Geschäftsordnung: Es ist bedauerlich, daß wir diese Diskussion abbrechen müssen. Ich will ebenso wie *Barowsky, Richter* usw. kurz darauf eingehen. Zunächst bittet der Landesverband Nordrhein-Westfalen dringlichst darum, auf dem Parteitage in Ems mit dem Grundsatzreferat zu beginnen und dann erst die Regularien vorzunehmen.

RICHTER: Ich stelle den gleichen Antrag.

HAUSSMANN: Baden-Württemberg auch.

BLÜCHER: Man müßte beinahe überlegen, ob es nicht logisch und zweckmäßig wäre, demnächst einen Parteitag der Regularien und einen solchen für politische Gespräche abzuhalten. Wir haben doch die Erfahrung gemacht, daß sonst während des politischen Gespräches recht viele Besprechungen außerhalb des Saales stattfinden. Dann ist nämlich der Ablauf der politischen Gespräche nicht gut.

HAUSSMANN: Es geht nicht anders.

BAROWSKY: Ich will nicht lange aufhalten. Es ist nicht nur an der Frage der Logik. Ich habe Furcht, daß auch im empirischen Verfahren Gegensätze prononciert auftreten, nämlich daß die ganz genauso dann bei den Wahlen vertreten werden. Wir glauben damit auch durchaus, den empirischen Notwendigkeiten entgegenzukommen.

Zur grundsätzlichen Diskussion habe ich nach den Worten *Schäfers* nicht mehr viel zu sagen. Ich betone die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Klärung. Ich tue dies unter dem Hinweis auf die praktische Entwicklung der Partei. Ferner unter dem Hinweis darauf, was sie politisch darstellen muß, wenn sie den Anspruch darauf erheben will, Wählermassen zu erheben. Zu *Euler* noch etwas am Rande: Es handelt sich um die furchtbar leidig behandelte Frage der Entnazifizierung, über die längst Gras gewachsen sein sollte. Es dürfte wohl keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß einige gewisse Leute nicht mehr über die Profilierung unserer Partei bestimmen dürfen. Ich glaube, es geht doch nur noch um die Leute, die wir nicht wollen. Wenn in unserer Gesamtpartei hierüber noch nicht ausdiskutiert worden ist, dann müßten wir eben noch darüber sprechen.

SCHIFFERER: Wer ist der eigentliche Wähler der FDP? Dies ist doch nach Ländern verschieden. In Schleswig-Holstein ist es der Bauer, der ehemalige Soldat und der Mittelstand. Vielleicht auch die, die zur Zeit noch bei der DP stehen. Die platzt ja so[wieso] noch, weil *Wittenburg* es fertiggebracht hat, sie so zusammenzureißen, daß von acht Abgeordneten keiner mehr darin ist.[58]

(Zwischenruf *Dehler:* Deswegen schätzen Sie ihn wohl so!)

Ich schätze ihn persönlich sehr. Wir haben in Schleswig-Holstein große Dörfer, deren Einwohner seit 1933 in der „Partei" waren. Das sind ganz hervorragende SPD-Leute geworden. Sie waren schon vor dem Kriege weitgehend geheilt. Es sind dies prächtige, famose Bauern, die auch zu uns hineingehören. Wir haben vor dem Bazillus keine Angst. Unser Körper hat sich so gesund erhalten, daß wir etwaige Unzuträgliche wieder ausscheiden. Schwierigkeiten bei Verhandlungen sehe ich dann, wenn sie immer nur auf der obersten Ebene mit den anderen geführt werden. Ich verhandele in Schleswig-Holstein nicht mit dem Landesvorsitzenden der DP, sondern mit den Mitgliedern. Ich will lieber mit den Wählern als mit dem Apparat zusammenkommen. Und nun, lieber Herr *Haußmann,* bei allem, sogar dem größten Verständnis für Reinhold *Maier*, was er jetzt geäußert hat, hat bei uns ungeheuer eingeschlagen.

(Zwischenruf *Blücher:* wie eine Atombombe!)

---

58 CDU, DP und FDP, im schleswig-holsteinischen Wahlkampf 1950 als „Deutscher Wahlblock" gemeinsam angetreten, bildeten zunächst auch eine gemeinsame Landtagsfraktion. Im Februar 1952 schied die FDP aus, die Restfraktion bildete ab September 1952 – durch Parteiübertritte der DP-Abgeordneten – eine reine CDU-Fraktion. Vgl. Kurt JÜRGENSEN/Gabriele STÜBER, Die parlamentarische Arbeit der zehn gewählten Landtage 1947–1987, in: Rudolf TITZEK (Hrsg.), Landtage in Schleswig-Holstein. Gestern-heute-morgen. Zum 40. Jahrestag der ersten demokratischen Wahl am 20. April 1947, Husum 1987, S. 114.

Es hat sogar CDUler erschreckt, die ursprünglich dort austreten wollten. Sie befürchten jetzt, daß Reinhold *Maier* versuchen wird, daß seine Landespolitik in der Bundespolitik zum Tragen komme. Die Bauern sind sehr empfindlich bei uns. Wir müssen auch hie und da das eine oder andere machen, was woanders nicht gefällt. Die Speckdänen entwickeln sich zurück. Es ist nicht richtig, wenn man alle ihre Anhänger nun mit den Rufen „pfui Teufel, Landesverräter" bedenkt. Auch hier kann halt mal ein politischer Irrtum vorliegen.

RICHTER verzichtet auf seine Wortmeldung.

BLÜCHER: Wir müssen uns also möglichst früh am 9. 11. treffen, evtl. auch schon vor 11.00 Uhr.

HAUSSMANN: Was kann ich zu Hause sagen? Daß niemand wünscht, daß es eine einstweilige Verfügung gibt, ist doch klar.

BLÜCHER: Ich fühle mich jetzt allmählich wie [der] „Kaufmann von Venedig" in seiner schwierigen Lage.

HAUSSMANN: Ich muß aber etwas sagen.

DEHLER: Bis 1. 11. darf es doch keine gerichtlichen Maßnahmen geben.

HAUSSMANN: Das ist Gott sei Dank meine politische Entscheidung.

SCHIFFERER: Das geht natürlich nicht.

BLÜCHER: Sie haben für Ihre Person eine Erklärung abgegeben. Mir kommt es aber beinahe so vor, als ob zwei äußerst angespitzte Anwälte es darauf angelegt hätten, vor Gericht zu prozessieren. Ich habe leider keine Staatsanwaltschaft.

HAUSSMANN: Aber was soll ich denn sagen?

BLÜCHER: Sagen Sie, man solle vernünftig und anständig sein.

24.

9. 11. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 96. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am 9. November 1952 in Bonn, Hotel Stern." 11.00 Uhr–13.20 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Blücher, Borttscheller, Dehler, Entholt, [Euler, Frühwald, Gönnenwein], Haußmann, Ernst Ludwig Heuss, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Middelhauve, Rademacher, von Rechenberg, Schwennicke, Trucksaess, [Wellhausen].

Franz BLÜCHER begrüßt die Anwesenden und verweist auf die Tagesordnung. Da der Bundesschatzmeister noch nicht anwesend sei, schlägt er zunächst die Behandlung des Punktes 2 der Tagesordnung vor.

[SÜDWESTSTAAT, DELEGIERTE FÜR DEN BUNDESPARTEITAG]

Es war bei der letzten in Berlin stattfindenden Sitzung auf meine Bitte und mit Unterstützung der Mehrheit des Vorstandes beschlossen worden, noch einmal zu versuchen, in einer freundschaftlichen Aussprache mit den Vertretern aus Württemberg-Hohenzollern, aber auch, damit nicht der Eindruck entstände, als ob nun irgendwie eine Geheimbündelei getrieben würde, in Anwesenheit von Freunden aus Baden-Württemberg die ganze leidige Angelegenheit zu besprechen. Zu meiner Freude erklärte sich *Dehler* bereit, mich zu begleiten, um zur Erweiterung der Argumente und Diskussion beizutragen.[1]

Wir haben, glaube ich, mit sehr großer Offenheit eine große Anzahl von Stunden diskutiert; es ist dann aber doch zur Abstimmung nicht gekommen. Es hat dann der offizielle Vertretertag am 2. November in Sigmaringen stattgefunden. Es ist dort zu den Beschlüssen gekommen, die Ihnen aus der Presse bekannt sind.[2] Das hat mir Veranlassung gegeben, mit der größten Beschleunigung, schon für den 6. 11. vormittags, eine Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes einzuberufen.[3]

Wir haben im geschäftsführenden Vorstand die Sache nochmals gründlich durchgesprochen, und es ist von meiner Seite zu einem Vorschlag gekommen, der die folgenden Hintergründe hat: Ich halte es für völlig unmöglich, in diesem Augenblicke immer noch davon zu sprechen, daß aufgrund irgendwelcher formaler Geschehnisse, über deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit ich mich nicht äußern will, nun jemand angeklagt oder verurteilt würde. Die politischen Gründe, um es hart zu sagen, auch die politischen Fehler im Sinne und nach der Auffassung des Gesamtvorstandes liegen in den Monaten März/April[4]; die formalen Fehler liegen auf der Seite Württemberg-Hohenzollerns. Seit April dieses Jahres stockt unsere gesamte politische Arbeit wegen dieser lausigen Frage. Nehmen Sie mir meine Sprache nicht übel. Es geht nicht darum festzustellen, was rechtens war, weil man darüber vergißt, was uns in die Situation hineingeführt hat. Trotzdem und gerade deswegen muß etwas geschehen. Infolgedessen bin ich mit den Kollegen aus dem geschäftsführenden Vorstand zu der Meinung gekommen – *Euler* hat sich bei einer Abstimmung der Stimme enthalten –, daß jetzt der Augenblick da ist, wo wir uns entweder als Gesamtpartei als impotent erklären müssen, oder wo wir von seiten des Vorstandes eine Lösung herbeiführen, die an den guten Willen beider Seiten appelliert. Ich habe einen Vorschlag gemacht, der in einem Antworttelegramm von Baden-Württemberg bekämpft worden ist, daß wir wie folgt vorgehen sollten:

Es benennt für den Raum des Regierungsbezirkes (ehemaligen Landesverbandes) Südwürttemberg-Hohenzollern der bisherige Landesverband fünf Delegierte. Es benennt für eben diesen Raum, für einen Teil des früheren Landes-

1 Siehe Nr. 23 mit Anm. 19.
2 Vgl. Uwe Dietrich ADAM, Politischer Liberalismus im deutschen Südwesten von 1945–1978, in: P. ROTMUND/E. R. WIEHN, 1979, S. 230 f.
3 Protokoll der Sitzung in: ADL, Ordner-Nr. 82.
4 Bildung der ersten Landesregierung in Baden-Württemberg. Nähere Hinweise in Nr. 16, ab Anm. 27.

verbandes, der neue Vorstand aufgrund der von ihm zu treffenden ordnungsmäßigen Maßnahmen drei Delegierte.

Dieser Vorschlag ist dann auf Antrag unseres Freundes *Middelhauve* geändert worden, der noch mehr in seinem inneren Gehalt dem Ausgleich diente, und dieser Vorschlag war folgender:

Von den in Sigmaringen gewählten Delegierten sollen sechs auf dem Bundesparteitag vertretungsberechtigt zum Zuge kommen. Da uns aber berichtet worden war, daß in einer klaren und genauen Wahl auch Delegierte, die für eine unverzügliche Verhandlung mit dem neuen Landesverband Baden-Württemberg eingetreten waren, bei der Delegiertenwahl zum Zuge gekommen seien, hatten wir ausdrücklich gebeten, es möge von dem bisherigen Landesverband Württemberg-Hohenzollern so vorgegangen werden, daß vier Vertreter der etwas härteren Linie – ich vermeide jedes Wort des Unrechts – entsandt würden und zwei von den Opponenten von Sigmaringen (Richtung Dr. Brock).[5] Baden-Württemberg soll demnach für den Regierungsbezirk zwei Delegierte stellen. Das alles im Zuge eines Versuchs zur Abklärung.

Meine Damen und Herren, ich erwarte von keinem von Ihnen irgendwelche Begeisterung. Der Vorschlag ist ein Notprodukt, aber sogleich ein Ausdruck lebendigen guten Willens. Wir wollten damit nur das Eine erreichen, daß wir uns heute schlüssig würden über die grundsätzliche Ordnung der Dinge für Bad Ems.

Wir stehen also vor der Notwendigkeit, etwas Vernünftiges zu tun, um für den Parteitag zunächst einmal die Voraussetzungen zu schaffen für eine ausgedehnte politische Abklärung, gleichgültig, wie sie endet, oder aber schon jetzt durch einen rein formalen Streit in der Delegiertenfrage diesen Parteitag im letzten Ende sogar unpolitischen Sinne zu vergiften. Das war es, was mich gezwungen hat vor meinem Gewissen, diesen Vorschlag zu machen, der vom Bundesparteitag genehmigt werden soll.

Wir wollten weiter für die Zukunft die Wolken von Mißtrauen beseitigen. Wir wollten hier vorschlagen, daß unmittelbar nach dem Bundesparteitag ein Beauftragter der Partei in die Lage versetzt wird, durch entsprechende Parteitagsbeschlüsse in allen Kreisen des neuen Regierungsbezirks Württemberg-Hohenzollern aufgrund der nachgewiesenen Mitgliederbestände vom 1. 9. 1952, Landeswahlen und Wahlen zu einer Delegiertenversammlung und eine neue Landesverbandsversammlung abhalten zu lassen. Es kostet dies Zeit, und wir können es nicht bis zum Parteitag schaffen. Aber dann hört das Reden von beiden Seiten auf.

Das ist es, was ich zu sagen habe. Und es steht zuerst die Frage zur Erörterung: Wie ist es mit den Delegierten zum Bundesparteitag? Es geht letzten En-

5 Während des Parteitages des Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern am 2. 11. 1952 in Sigmaringen hatte *Brock* mit 21 Delegierten gegen die Politik *Leuzes* opponiert und einen Anschluß an den am 19. 10. 1952 gegründeten Landesverband Baden-Württemberg gefordert. J. M. GUTSCHER, 1984, S. 140.

des nicht an, daß die Landesverbände sagen, wir machen nicht mit. Sie sind Delegierte zum Parteitag der Gesamtpartei, und ich nehme an, daß man soweit faire politische Spielregeln noch gelten läßt. Es bedeutet jeder, aber auch jeder Zank im Vorstand die Vorwegnahme einer richterlichen Entscheidung oder rechtlichen Entscheidung, die in allen Einzelheiten nicht so unumstritten ist, wie das erscheint. Wenn wir aber als Politiker denken und guten Willen beweisen, dann müssen wir in der Lage sein, auch die Delegation zum Bundesparteitag zu ermitteln.

Nun ein Wort zu den Tatsachen des Ausgangspunktes der Schwierigkeiten. Bei der Haltung des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern war zweifelsohne die politische Linie der Gesamtpartei stärker vertreten als die politische Linie der anderen drei Bezirke des heutigen neuen Landes unter Berücksichtigung auch der Tatsache, daß immerhin – das richtet sich an Herrn *Leuze* und Herrn *Haußmann,* wenn ich zwei Namen nennen darf – die formalen Dinge bis zum Letzten nicht einwandfrei geklärt sind und sich nicht in so kurzer Zeit klären lassen.

Wenn wir dies alles mit gutem Willen berücksichtigen, müßte es möglich sein, sich auf den Boden des Vorstandes bzw. seines Beschlusses zu stellen. Wir müssen die Grundlagen für eine politische Klärung allererst schaffen. Dazu gehört der Fortfall jeglicher Diskussion über die Berechtigung der Delegierten. Wenn wir dies nicht fertigbringen, dann weiß ich nicht mehr, wie wir die größeren schwierigen politischen Dinge zusammenbringen wollen.

Dr. MIDDELHAUVE: zur Geschäftsordnung: Da aufgrund dieses Vorstandsbeschlusses, der einstimmig bei einer Stimmenthaltung (*Ilk*) gefaßt wurde – *Euler* hatte zugestimmt –, eine Äußerung unserer Freunde aus Baden-Württemberg erfolgte, und zwar durch Rundschreiben vom 7. 11., wäre es wünschenswert, wenn sich *Haußmann* zu dem Beschluß des Vorstandes äußern würde. Dann sollte auch *Leuze* sprechen.

RADEMACHER: Ich schlage ebenfalls vor, daß sich *Leuze* und *Haußmann* präzise zu dem Vorstandsbeschluß äußern.

Dr. HAUSSMANN: Ich hätte es dankbar begrüßt, wenn erst von anderen Mitgliedern des Gesamtvorstandes und von anderen Landesverbänden noch etwas gesagt worden wäre. Aber ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als ob ich mich drücken wollte. Ich möchte darauf hinweisen, damit Klarheit besteht, daß ich aufgrund der Gesamtvorstandssitzung in Berlin unseren Gremien, dem neu gewählten geschäftsführenden Landesvorstand und den Delegierten für Ems in einer gemeinsamen Sitzung eingehend berichtet habe. Was inzwischen dem Herrn Parteivorsitzenden und anderen Herren mitgeteilt worden ist, ist keineswegs meine persönliche Auffassung oder die von Stuttgart, es handelt sich hier vielmehr um die in stundenlangen offenen Aussprachen erarbeitete gemeinsame Auffassung unseres Landesverbandes. Es ist bedauerlich, dies hier aussprechen zu müssen, aber es ist notwendig, das zu sagen, um Zweifel auszuschalten.

Weiterhin darf ich davon ausgehen, daß unsere Auffassungen, einschließlich derjenigen zu dem Beschluß des geschäftsführenden Vorstandes vom 6. 11.,

durch Übersendung von Unterlagen bekannt geworden sind. Dies ist nur erfolgt, um die heutige Sitzung zu erleichtern.

Zur Sache selbst: Im Anschluß an den Bericht von *Blücher* möchte ich erklären, daß er und *Dehler* auf dem Traifelberg gewesen sind[6]; auch wir waren mit vier bis fünf Herren anwesend; von Hohenzollern waren ca. 25 Herren erschienen.

Wir haben klar zu erkennen gegeben, daß wir die Einheit der Partei nach wie vor anstreben und daß wir auch bereit sind, uns der Einheit der Partei entsprechend zu verhalten, daß wir die Erörterungen von 11. 10.[7] in unserer Satzung verwirklicht haben und daß wir es auch unter diesem Gesichtspunkt bedauert haben, daß *Leuze* dem Appell des Vorsitzenden nicht entsprochen hat.

Zu der Frage, die gestellt ist, habe ich auftragsgemäß folgendes zu erklären: Wir stehen primär und aus voller Überzeugung hinsichtlich der rechtlichen, politischen und organisatorischen Seite der Sache auf dem Standpunkt, daß im Rahmen der geltenden Bundessatzung der Partei und des Bonner Grundgesetzes, nachdem die drei Länder untergegangen sind und das neue Bundesland geschaffen wurde, das Land Baden-Württemberg hinsichtlich der Schaffung von Regierungspräsidien durchorganisiert, der Übergangszustand beendet ist, wir es staatsrechtlich und in der Partei nur mit einem Land zu tun haben. In Konsequenz dieses Standpunktes haben wir nicht zuletzt zur Vorbereitung des Emser Parteitages und der Wahl unserer Delegierten diesen Landesvertretertag, der keine Fusion von Landesverbänden, sondern eine Neugründung darstellte, auf den 19. 10. einberufen.

(Zuruf Dr. *von Rechenberg*: Neugründung! Dann müssen Sie erst um Aufnahme nachsuchen!)

Neugründung doch nicht in diesem Sinne, sondern organisatorisch im Sinne der Neukonstituierung! Wir standen am 19. 10. auf dem Standpunkt einer einheitlichen Auffassung unserer Freunde aus Hohenzollern, Südbaden und Nordbaden, daß nur ein Landesverband, nämlich der unsere, wirkungsberechtigt oder vertretungsberechtigt sein kann im Hinblick auf den Parteitag in Bad Ems. Es ist uns nun fernmündlich der Beschluß des Vorstandes vom vergangenen Donnerstag übermittelt worden. Wir hatten nun Gelegenheit, mit einer Reihe von Freunden, die auch an der Sitzung des Vortages teilgenommen hatten, die Dinge zu erörtern. Das hat zu der bekannten Antwort geführt, die nicht von mir formuliert worden ist, zu der ich aber meine Unterschrift geben mußte, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob ich mich hier drücken wollte. Ich will keineswegs die Verantwortung für meine Person nicht tragen, lege aber besonderen Wert hinsichtlich der Formulierung auf die Feststellung, daß das die Auffassung der übrigen Freunde, die auf dem Telegramm mit unterschrieben haben, primär gewesen ist gegenüber meiner eigenen.

---

6 Sitzung vom 1. 11. 1952, siehe Anm. 1.

7 Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes; dazu die Hinweise in Nr. 23, Anm. 2, 5, 15, 17 und 33.

Es ist so, daß wir nach der neuen Satzung in erster Linie die Selbstverwaltung bewußt in die Hände der angegliederten Landes-Bezirksverbände gelegt haben. Es ist unsere Überzeugung, daß wir als nicht rechtsfähiger Verein in der Lage waren, einen Landes-Bezirksverband infolge der zuvor beschlossenen Satzung ins Leben zu rufen. Ich möchte bemerken, daß bei der Schaffung des Landes-Bezirksverbandes Hohenzollern die anderen gar nicht beteiligt gewesen sind. Das hat Hohenzollern unter sich gemacht. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Anwesenden diese Auswirkung unserer Satzung beschließen konnten. In Konsequenz davon müssen wir die Legitimation bestreiten und sind befremdet über den Antrag *Blücher – Middelhauve*, in dem dieser Bezirksverband bestritten wird. Ich muß diese Ausführungen machen, weil es besser ist, hier als in Ems darüber zu sprechen. Aus dem Telegramm ist die Stellungnahme von Baden-Württemberg zu schließen[8], daß nämlich Baden-Württemberg grundsätzlich und unter Vorbehalt aller Rechte, die sich aus dieser Auffassung für die Zukunft ergeben, daran festhalten muß, daß der Vorschlag, wie ihn der geschäftsführende Vorstand dem Parteitag zu machen gedenkt, für uns aus folgenden Gründen nicht in Betracht kommt: Es ist vorgesehen, daß von den acht auf Hohenzollern entfallenden Delegierten, sechs auf die in Sigmaringen vertretenen Parteifreunde und zwei auf die in Baden-Württemberg fallen, die in Cannstatt gewesen sind. Es wird, wiederum in allererster Linie von den betroffenen Kreisen – nicht Personen – und von den Kreisen Südbadens zum Ausdruck gebracht, daß dies dem tatsächlichen Kräfteverhältnis, selbst bei dem Bestreben zu einer vergleichsweisen Erledigung der Dinge zu kommen, unter keinen Umständen entspricht. Daraus erklärt es sich, daß in unserem Telegramm ein anderer Verteilungsmodus hinsichtlich der Zahl als äußerste Möglichkeit in Aussicht genommen wurde und daß wir beauftragt wurden, hier zum Ausdruck zu bringen, daß wir uns, wenn überhaupt, nur so eine Lösung denken können, wie sie in dem Telegramm Ausdruck findet unter der Voraussetzung, daß die in Sigmaringen vertretenen Parteifreunde dieser Lösung zustimmen.

(Zwischenruf Dr. *von Rechenberg:* Ich verstehe nicht mehr, was er will!)

Wir möchten aber diese Erklärung nicht so verstanden wissen, als ob diese wider Erwarten von einer Seite herbeigeführt wird und wir einer etwa notwendig werdenden politischen Diskussion in Bad Ems ausweichen.

Wir müssen uns vorbehalten, die Frage der Legitimität in Ems anzuschneiden und einer Prüfung zu unterziehen. Ich muß das im Sinne einer Ankündigung erklären und uns auch eine Anfechtung der Parteitagsbeschlüsse vorbehalten. Ich glaube aber, daß dies niemand riskieren möchte und es keiner darauf an-

8 Das Telegramm, das von Walter *Erbe, Gönnenwein, Haußmann, Saam* und *Vortisch* unterzeichnet und von *Blücher* eingangs der Sitzung bereits angesprochen war, datierte vom 6. 11. 1952. Darin wurde der Vorschlag des geschäftsführenden Bundesvorstandes als „rechtliche und politische Unmöglichkeit" bezeichnet und damit gedroht, auf dem Emser Parteitag eine Klärung der Legitimation der Delegierten herbeizuführen. NL Blücher 280; vgl. J. M. GUTSCHER, 1984, S. 141.

kommen lassen will. Das ist die Stellungnahme, die wir zu den Dingen haben. Wir haben in Cannstatt vier Freunde in geheimer Wahl von dem Gesamtlandesvertretertag wählen lassen und sehen uns unter keinen Umständen in der Lage, aus grundsätzlichen Überlegungen von dieser Wahl der Delegierten Abstand zu nehmen. Wir müssen die Dinge deshalb rasch zu Ende bringen, weil wir als Landesverband eine organisatorische Vorbereitung der Bundestagswahl treffen müssen und auf eine einheitliche Organisation im allseitigen Interesse Wert legen müssen.

Ich bin noch gebeten worden, die Erklärung, die unter Zustimmung der übrigen Freunde von Hohenzollern gegeben wurde, zu wiederholen: Nach Bad Ems wird ein neuer Delegiertentag aufgrund ordnungsmäßiger Delegiertenwahlen zusammentreten und eine Konstituierung nach demokratischen Grundsätzen erfolgen. Die Freunde, die von Hohenzollern in Cannstatt erschienen waren, mußten sich zu einem Landes-Bezirksverband nicht nur wegen der Satzung entschließen, sie mußten es auch deshalb tun, weil sie sonst heimatlos gewesen wären. Sie hätten weder zu Baden-Württemberg gehört noch zu Hohenzollern, weil ihnen durch Dr. *Leuze* mitgeteilt worden war, daß die, die nach Cannstatt gingen, aus der Partei ausgeschlossen werden.

Franz BLÜCHER: Ich darf auf folgendes hinweisen: Es war und ist die Absicht des geschäftsführenden Vorstandes, dem Bundesparteitag neben der Frage der Delegierten vorzuschlagen, daß durch einen vom Parteitag Beauftragten aufgrund genauester Überprüfung in sämtlichen Kreisen des Regierungsbezirks Württemberg-Hohenzollern Gesamtmitgliederversammlungen und die Wahl von Delegierten zu einem Landesvertretertag veranlaßt werden sollen.

BEZOLD: Das ändert die Satzung ab.

Franz BLÜCHER: Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß das alles über die Satzung hinausgeht. Wir müssen uns aber auf dem Parteitag darauf besinnen, daß wir nicht die Partei dadurch in Schwierigkeiten bringen können, daß Zustände eintreten, die in der bisherigen Satzung nicht vorgesehen waren. Das geht nicht, daran können wir nicht die Partei scheitern lassen, das ist Sache des Parteitages.

Worum es geht und ausschließlich geht, das ist das eine, daß der von uns gemachte Vorschlag nicht eine Lösung präjudiziert, keine politische Entscheidung ist, sondern ausschließlich die Arbeiten des Bundesparteitages ermöglichen soll und die große politische Aussprache, die die eigentliche Aufgabe des Bundesparteitages ist.

Dr. HAUSSMANN: Ich möchte noch einmal kurz zu Protokoll geben:

1. Wir sind bereit, von der Frage der juristischen Prüfung der Legitimation der in Sigmaringen gewählten Delegierten im Falle einer Einigung von unserem Standpunkt aus und unserer Auffassung her aus den bekannten Gründen abzusehen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Delegierten für Bad Ems dem tatsächlichen Stärkeverhältnis entsprechen, 5 : 3.

2. Es muß grundsätzliche Klarheit darüber herrschen, daß dies ein Kompromiß ist, weil sonst juristisch alle Emser Beschlüsse anfechtbar sind.

3. Die Frage der Legitimation soll von Baden-Württemberg nicht aufgenommen werden im Falle einer Einigung. Wird sie von der anderen Seite aufgegriffen, so muß geklärt werden, ob in Sigmaringen überhaupt im Sinne der Bundessatzung rechtsgültige Beschlüsse gefaßt werden konnten und ob die Kreisdelegierten in Sigmaringen ordnungsgemäß gewählt waren.

4. Sollten diese Fragen in Ems angeschnitten werden, käme es zu einer endlosen Debatte über diese Dinge, oder der Parteitag könnte in eine Situation gebracht werden, die wir gar nicht wünschen. Bezüglich der Frage der Urabstimmung nach dem Emser Parteitag habe ich bereits geäußert, daß ich von mir aus nicht in der Lage bin, dazu eine Erklärung abzugeben.

FRÜHWALD: Ich muß vielleicht bereits Geklärtes nochmals zur Aussprache stellen. Stimmberechtigt sind die Delegierten der Landesverbände. Nun haben wir einen Landesverband Baden-Württemberg und einen Landesverband Hohenzollern. Die Frage ist nun: Erkennen wir an, daß noch ein eigener Landesverband in Hohenzollern besteht? Ich möchte dringend bitten, daß wir uns auf den Standpunkt stellen: Tatsache ist, wir haben im Südweststaat zwei Landesverbände. Das ist nicht aus der Welt zu schaffen, und es ist besser, sich mit dieser Tatsache abzufinden, als sich zu streiten. Wenn wir dem Rechnung tragen, dann ist zu unterscheiden, bzw. zu entscheiden, wer stellt die Delegierten? Für Baden-Württemberg ist das gleichgültig bzw. klar. Wenn wir aber Hohenzollern anerkennen als bestehend, dann hat Hohenzollern das alleinige Recht, die Delegierten dort zu bestimmen. Nun ist aber bereits die Vorstandsentscheidung getroffen worden, aus Südwürttemberg-Hohenzollern sechs Delegierte und zwei von der Gruppe, die bereit ist, sich dem neuen Landesverband anzuschließen, zu bestellen.

Herr Dr. *Haußmann*, ich zweifle Ihre rechtliche Stellungnahme keineswegs an. Ich bedauere aber, daß Sie sagen, wenn unserer Auffassung nicht Rechnung getragen wird, fechten wir die gesamten Beschlüsse von Ems rechtlich an. Wenn Sie das sagen, sprechen Sie bewußt folgendes aus: Wenn unserem Willen nicht Rechnung getragen wird in bezug auf die Verteilung der Delegierten, dann werden wir die Beschlüsse anfechten. Sie haben damit zum Ausdruck gebracht: Wir haben kein Interesse an der Gesamtpartei. Ich möchte *Leuze* bitten, sich um der Gesamtheit der Partei willen dem Vorschlag des Vorstandes anzuschließen, und möchte *Haußmann* bitten zu überlegen, welche Konsequenzen sich für den Ablauf des Parteitages aus seiner Haltung ergeben. Ich finde, daß der Vorschlag, den der geschäftsführende Vorstand gemacht und heute vor den Gesamtvorstand gebracht hat, als die einzige Lösung angesehen werden kann. Ich muß Herrn Dr. *Haußmann* nochmals bitten, das berücksichtigen und bedenken zu wollen.

Dr. LEUZE: Ich habe Stellung zu nehmen zu der Frage, ob wir uns dem Vorschlag des geschäftsführenden Vorstandes als Landesverband Württemberg-Hohenzollern anschließen, daß unser Landesverband von den acht Delegierten, die auf sein Gebiet fallen, sechs für Bad Ems stellt, während zwei Delegierte von Baden-Württemberg kommen. Das ist für uns ein nicht einfacher Entschluß. Auch unser Landesverband wünscht die Einheit der Partei, aber aufgrund einer klaren politischen Linie. Um diese klare politische Linie kämp-

fen wir. Das ist der Grund der ganzen Zwiespältigkeiten im Südweststaat. Wir kämpfen und ringen um eine klare politische Linie, das steht für uns im Vordergrund, nicht die rechtliche Auseinandersetzung, nicht die organisatorische. Aber unser Landesverband muß mit aller Entschiedenheit seine rechtliche Existenz behaupten und hart verteidigen.

Wir glauben aber nicht, daß wir alle diese Fragen rechtlicher und organisatorischer Art an der Delegiertenfrage austragen sollten. Wir erblicken in der Delegiertenfrage eine technische Angelegenheit, über die man sich verständigen sollte. Ich kann deshalb erklären, daß mein Landesverband, von allen grundsätzlichen Bedenken abgesehen und ebenfalls unter Aufrechterhaltung seines politischen Standpunktes, den Vorschlag des geschäftsführenden Vorstandes, daß wir sechs Delegierte für Bad Ems und zwei dem Landesverband Baden-Württemberg zur Verfügung stellen bzw. dem dortigen Bezirksverband im Landesverband, annimmt. Es ist weiter gesagt worden, wir sollten von den sechs von uns zu stellenden Delegierten zwei Delegierte aus der Gruppe Dr. *Brock* nehmen. Das stößt auf große Schwierigkeiten. Wir haben auf dem Landesvertretertag Delegierte wählen lassen, und es ist auch gesagt worden, daß die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes kommen sollten. Es sind auf dem Landesvertretertag als vier Delegierte in geheimer Wahl bestimmt worden: Landrat *Wagner, Högner, Rinke, Hellbeck.* Dr. *Brock* hat zur Wahl gestanden, ist aber nicht gewählt worden, das ist aber vielleicht dem geschäftsführenden Vorstand nicht bekannt gewesen. Ich möchte darauf hinweisen, daß das alles für mich nicht sehr einfach zu regeln ist.

Ich muß aber noch auf einen schmerzlichen Vorgang zu sprechen kommen. Es bestand vor dem geschäftsführenden Vorstand vielleicht der Eindruck, unsere Delegierten in Sigmaringen seien nicht alle Parteimitglieder gewesen. Das scheint unsubstantiiert, aber von bedeutsamer Seite vorgetragen worden zu sein. Ich muß mein Erstaunen ausdrücken und mit großem Schmerz zur Kenntnis nehmen, daß dies von Herrn Dr. *Heuss* jun. gesagt worden ist, und ich bitte mir ein Lächeln nicht zu verübeln, wenn nun der Gesamtvorstand mir zumutet, ich soll von den auf dem Parteitag gewählten Delegierten vier herausnehmen und dafür zwei benennen aus der Oppositionsgruppe Sigmaringen.

Franz BLÜCHER: Darf ich das hier richtigstellen? Ich möchte ausdrücklich bemerken, daß dies nicht eine Behauptung als solche gewesen ist, sondern nur als Befürchtung vorgetragen wurde. Sie ist auch nicht zum Gegenstand einer Entscheidung gemacht worden.

Es ist weiter gesagt worden aufgrund des Eindrucks von *Euler,* es seien bei der Delegiertenwahl zwei der einer sofortigen Verhandlung geneigten zum Zuge gekommen, darunter auch Dr. *Brock* und ein zweiter. Wir haben nicht das Recht, Namen von uns aus zu nennen, und infolgedessen haben wir unter dem Eindruck gestanden aufgrund des Berichtes von *Euler,* daß zwei aus der verhandlungsgeneigten Gruppe, die ich nicht Oppositionsgruppe nennen will, gewählt worden sind. Es war unsere Bitte, mit zwei anderen freundschaftlich zu verhandeln im Interesse der Partei. Wir sind nicht von der Vorstellung mangelnder Legitimation in Sigmaringen ausgegangen, sondern von der politischen

Vorstellung, daß ein Bundesparteitag hiervon nicht abhängig gemacht werden kann. Und so sind wir zu dem Ergebnis 6 : 2 gekommen.

DEHLER: Die Voraussetzung ist nun entfallen. Können wir nicht zu dem Vorschlag 5 : 3 zurückkehren? Im Gesamten gesehen spielt das doch gar keine Rolle, es soll doch nur eine Notbrücke sein.

Dr. LEUZE: zur Klarstellung: Dr. *Brock* und seine Gruppe nimmt den Standpunkt ein, daß wir uns sozusagen als Sauerteig dem Landesverband Baden-Würtemberg anschließen sollen.

Ich habe mir Gedanken darüber gemacht, ob wir nicht *Brock* und einen Freund bitten, nach Ems zu kommen, damit die Gruppe an den Beratungen der Delegierten teilnimmt.

Dr. VON RECHENBERG: Ich habe zu meiner Freude gehört, daß *Leuze* den Vorschlag des Vorstandes annimmt. Ich begrüße das.

Wir haben uns aber auch eine rechtliche Frage vorzulegen. *Haußmann* hat gesagt, es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß eine Fusion der drei Landesverbände stattgefunden hat. Ist das Wirklichkeit, so wäre eine Neugründung

(Zuruf: im Sinne der Neukonstituierung!)

vor sich gegangen. Dann müßten wir uns doch überlegen, ob diese Neugründung dann zu uns gehört. In Heppenheim[9] haben sich seinerzeit verschiedene Landesverbände zusammengeschlossen. Ich höre jetzt von einer Neugründung. Dann müßten wir uns entscheiden, ob wir diese Neugründung akzeptieren. Für mich ist der alte Landesverband Württemberg-Baden geltend, wenn die beiden fusioniert haben, gut; haben sie es nicht getan, handelt es sich im Lande Württemberg-Baden um eine neue Verbandsneugründung.

Dr. DEHLER: Ich möchte doch sehr bitten, *von Rechenberg*, daß wir die Rechtsfrage bewußt zurückstellen und ausschalten. Wir wollen nicht finassieren.

Dr. VON RECHENBERG: Das ist für den Scherz „Anfechtung der Beschlüsse des Parteitages" wichtig. Es sollte nur an Herrn *Haußmann* ein letztes Avis sein.

EULER: Ich habe in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes mitgeteilt, daß Dr. *Brock* sich unter den Delegierten befindet. Daß dies ein Irrtum war, hat sich in einem anschließenden Gespräch, das ich mit *Leuze* hatte, herausgestellt, und *Leuze* hat mich gebeten, *Blücher* möglichst schnell Mitteilung davon zu machen.

Franz BLÜCHER: Das ist geschehen.

EULER: Zu diesem Gespräch mit *Leuze* kam es im Bundeshaus. Ich hielt es für richtig, ihm das Gespräch der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes mitzuteilen, um wenigstens von einer Seite möglichst schnell Klarheit zu gewinnen, ob der Vorschlag unseres Vorstandes angenommen wird. Ich habe mich Dr. *Leuze* gegenüber dafür eingesetzt, andererseits konnte ich feststellen, daß *Leuze* ohne erhebliche Bedenken dazu bereit war, und ich glaube, es ist dann

9 Gründung der FDP am 12. 12. 1948.

noch am gleichen Tage *Blücher* mitgeteilt worden, daß Württemberg-Hohenzollern den Vorschlag annimmt mit dem Grunde und im Hinblick darauf, daß man darin den guten Willen sieht, daß der Parteitag von dieser Debatte entlastet wird.

SCHWENNICKE: Ich glaube, wir sollten uns in einer Frage unter allen Umständen einig sein, sowohl im Gesamtvorstand als auch bei der weiteren Erörterung, nämlich, daß, wenn wir in der Diskussion immer auf die Vergangenheit Bezug nehmen, wir nicht weiterkommen. Es sollte nicht immer wieder festgestellt werden, was auf der einen oder anderen Seite geschehen ist, sondern im Sinne des Beschlusses des geschäftsführenden Vorstandes die Voraussetzung dafür geschaffen werden, daß der Parteitag in Bad Ems ordnungsgemäß durchgeführt werden kann und die politische Klärung herbeigeführt wird, die dann eine wesentliche Voraussetzung für die Regelung der Frage im Südweststaat sein wird.

Ich möchte zur rechtlichen Seite nur eine Bemerkung ganz kurz einschalten, weil dies sowohl von *Haußmann, Frühwald* und *Rechenberg* erörtert worden ist. Sicherlich steht außer Zweifel, daß in unseren Satzungen festgelegt ist, daß die Grenze eines Landesverbandes mit der jeweiligen Grenze eines Landes identisch sein soll.

(Zwischenruf: steht nicht drin!)

Ich will mich nicht auf Formulierungen festlegen; es steht aber nicht in den Satzungen drin, was zu geschehen hat, wenn mehrere Länder zusammengelegt werden und die Landesverbände zusammengelegt werden müssen. Man könnte mit Recht sagen, der Vorstand hat eine Unterlassungssünde begangen, daß er nicht nach der Bildung des Staates Baden-Württemberg einen Beschluß gefaßt hat, daß nunmehr nach der Zusammenlegung der Länder diese drei Landesverbände sich zusammenschließen sollen innerhalb einer Frist von sechs, acht oder zehn Wochen. Wenn ein solcher Vorstandsbeschluß im Mai, Juni gefaßt worden wäre, hätten wir heute eine klarere Grundlinie.

Wir sollten aber von der Erörterung der Dinge hier Abstand nehmen und uns allein darauf konzentrieren, wie erreichen wir, daß der Parteitag in Bad Ems nicht mit einer Diskussion über die Zulässigkeit der Delegierten von der einen oder anderen Seite eröffnet wird. Wenn das passiert, hat niemand in der Partei es in der Hand zu sagen, wie der Parteitag ausgeht. Dann besteht die Gefahr, bevor wir zu einer politischen Erörterung kommen, daß eine derartige Erhitzung der Gemüter eintritt, daß wir überhaupt nicht mehr in der Lage sein werden, noch eine politische Aussprache zu führen. Ich möchte deshalb nicht lange Stellung nehmen, sondern an beide beteiligte Seiten oder die Vorsitzenden *Haußmann* und *Leuze* den dringenden Appell richten, sich mit den Vorschlägen des geschäftsführenden Vorstandes einverstanden zu erklären. Ob das nun im einzelnen für richtig oder nicht richtig befunden wird, meine Damen und Herren, das spielt bei einer Zahl[10] von 250 oder 260 Delegierten keine Rolle. Zwei Delegierte auf der einen oder auf der anderen Seite mehr, das sind keine

10 In der Vorlage irrtümlich „Rolle".

entscheidenden Fragen. Entscheidend ist, daß man diesen Vorschlag akzeptiert; ob man ihn für richtig hält, ist eine andere Sache. Ich bin der Meinung, man sollte diesem Vorschlag zustimmen. Die Entscheidung darüber, wie der Zusammenschluß im Südweststaat durchgeführt werden kann, hängt von der politischen Klärung in Bad Ems ab. Wenn eine Gesamtlinie mit Mehrheit sich herauskristallisiert hat, wenn die Grundlage für die zukünftige Arbeit feststeht, wenn das geschehen ist, kann entschieden werden. Jeder ist dann in der Lage zu sagen, kann ich diese Linie noch künftig vertreten oder nicht. Die Entscheidung liegt dann jedem einzelnen ob, aber sie kann erst getroffen werden, wenn die Klärung da ist.

Wir bitten deshalb im Interesse der Gesamtverpflichtung, die wir auch als Gesamtvorstand haben, sich dafür einzusetzen, daß von beiden Seiten der Vorschlag akzeptiert wird. Wenn wir darüber hinaus dazu kämen, daß für den Fall, daß dieses Thema geschäftsordnungsmäßig am Anfang des Parteitages in Gang gesetzt wird, dann sofort ein Antrag eingeht mit der Ablehnung, über diese Dinge zu sprechen. Es muß unter allen Umständen sichergestellt sein, daß uns nicht auf dem Parteitag durch eine solche Diskussion alles zerschlagen wird.

BLÜCHER: Grund für meinen Vorschlag war, die richtige Reihenfolge herauszustellen: zuerst die politische Aussprache, dann die anderen Entscheidungen.

BEZOLD: Dem Sinne nach sollen wir das nicht vom rechtlichen, sondern vom politischen Standpunkt aus sehen. Sämtliche Redner der Gegenseite haben sich auf Argumente gestützt, die rechtliche waren. Merkwürdig, daß eine Partei, die sich immer auf den Standpunkt des Rechtsstaates gestellt hat und diesen Standpunkt vertreten hat, daß die nun glaubt, über rechtliche Erwägungen hinweggehen zu können, die man ja doch letzten Endes braucht. Ihre ganzen Vorschläge, die Sie machten, bedeuten nichts anderes, als daß Sie auf einer rechtlichen Ebene stehen und Dispositionen treffen, die eine Diskussion über Delegiertenfragen in Ems sparen.

Niemand hat daran gedacht, wie sehr das Fragen des Rechts sind. Es ist sehr wohl möglich, daß in Baden-Württemberg die Parteien durch die Verfassung angehalten werden, wie sie sich zusammenzulegen haben. Es geht nicht anders als rechtlich, es geht nicht nur politisch. Wenn Sie sich auf den politischen Standpunkt stellen, meine Herren, dann können Sie nur eine geographische Ebene nehmen und dort die Mehrheit sprechen lassen. Wenn Sie das in Baden-Württemberg tun, würden die Vergleichsvorschläge schlecht wegkommen. Die Partei hat Statuten, die Nichtbeachtung würde bedeuten, daß Anfechtungen möglich sind, daß jeder Deutsche die Möglichkeit hat, Ems anzufechten. Ich für meine Person würde da nicht mitmachen. Ich bin ein Mann des Rechts und möchte mir nicht eines Tages sagen lassen, daß etwas geschehen ist, was jeder juristischen und demokratischen Auffassung Hohn spricht.

Zunächst kann der Beschluß des geschäftsführenden Vorstandes nur betrachtet werden als eine Empfehlung. Für uns entsteht die Frage: Können wir, ohne Schwierigkeiten mit den Statuten zu bekommen, es rechtlich so hinbringen,

daß keine Schwierigkeiten erwachsen? Ich glaube, wir können es, und zwar deshalb, weil die Partei den Beschluß gefaßt hat, daß der Hauptausschuß über die Zahl der Delegierten und die Art, wie sie gewählt werden, heute endgültig zu beschließen hat. Selbstverständlich muß der gleiche Hauptausschuß über die neuen Statuten beschließen, daß nach diesen überhaupt eine Bestellung von Delegierten möglich ist. Wenn wir uns hier einigen, dann kann dem Hauptausschuß empfohlen werden, in die Übergangsbestimmungen eine Sonderbestimmung aufzunehmen, wie die Delegierten gewählt werden. Die Regelung kann aber nur nach rechtlichen Gesichtspunkten getroffen werden, auch im Hauptausschuß.

Franz BLÜCHER: Ich habe deutlich gesagt, daß wir zu Beginn des Parteitages diese Empfehlung dem Parteitag zum Beschluß vorlegen.

BEZOLD: Soweit brauchen Sie nicht zu gehen, wenn Sie es heute fertigbringen, daß Ihnen der Hauptausschuß das in die Übergangsvorschriften hineinschreibt. Dann ist damit jede Debatte in Ems ausgeschlossen, dann ist das eine Linie, die für den Parteitag gilt.

RADEMACHER: Ich muß Ihnen ganz offen sagen, daß mich die formelle Seite wirklich weniger interessiert. Im Hintergrund steht der Wille zur politischen Auseinandersetzung und einer erträglichen vernünftigen Art der Verteilung der Delegierten als Plattform für den Parteitag in Bad Ems.

Herr *Blücher* hat schon mit Deutlichkeit gesagt, daß, wenn wir hier im Gesamtvorstand und nachher im Hauptausschuß zu einer Einigung kommen, es dann wahrscheinlich nur eine formelle Angelegenheit auf dem Parteitag in Bad Ems sein wird, daß die Versammlung diesen Vorschlag bestätigt, und ich sehe nicht ein, warum auf eine solche Weise und durch eine solche Lösung die Souveränität des Delegiertentages verletzt werden sollte.

Es geht doch darum, daß man sich über das Kräfteverhältnis streitet. Die eine Seite sagt, das Kräfteverhältnis ist so, und die andere sagt, es ist so. Niemand von uns aber, der objektiv bleibt, wird in der Lage sein, objektive Feststellungen zu treffen. Das haben doch die bisherigen Verhandlungen gezeigt. Was kann man in einem solchen Falle machen? Man kann nur sagen, daß die beiden Gruppen je paritätisch die Delegierten zum Vorschlag bringen, die einen vier und die anderen vier. Damit habe ich alles gesagt und erhebe dies hiermit zum Antrag.

Franz BLÜCHER: Es gibt aber drei Gruppen. Da ist die eine Gruppe, die ganz dezidiert etwas nach meiner Ansicht Unmögliches verlangt, nämlich, die schon politische Vorklärungen durchgeführt sehen will, bevor überhaupt große politische Auseinandersetzungen stattgefunden haben. Die zweite Gruppe sagt: Wir wollen als Sauerteig in den großen Topf hineingehen, und die dritte ist die, die von vornherein mitgemacht hat. Ich konnte bei meinem Vorschlag nur versuchen, ein äußerstes Maß an Objektivität zu erzielen und eine Dreiteilung vorzunehmen. Dies ist mir nicht ganz gelungen, wohl aber *Middelhauve*, indem er Württemberg-Hohenzollern veranlassen wollte, aus der verhandlungsbereiten Gruppe zwei Delegierte zu stellen. Zwei von der Gruppe, die keineswegs sagt, wir wollen unter allen Umständen mitmachen, sondern erst eine

Reihe von Vorfragen in der Verhandlung durchklären will, die aber politisch auf derselben Linie steht wie die Gesamtpartei.

Ilk: Nachdem ich zitiert wurde, muß ich sagen, was mich dazu bestimmt hat, dem Vorschlag des Vorstandes nicht zuzustimmen. Ich bin grundsätzlich der Meinung, daß wir zu einem Kompromiß kommen müssen. Nach dem Bericht von *Blücher* über Cannstatt und Sigmaringen bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß die Frage eine Rolle spielt, ob die Kreisverbände, die nach Cannstatt delegierten, stimmenmäßig einen größeren Prozentsatz von Hohenzollern ausmachen als die anderen. Es waren die großen Kreisverbände, aber ich habe mir gesagt, daß eine Aufgliederung von 4 : 4 die Grundlage sein müßte. Trotzdem habe ich den Antrag *Blücher* 5 : 3 unterstützt, den ich als sehr großzügig angesehen habe. Als der Vorschlag von *Middelhauve* kam, eine andere Unterteilung vorzusehen. . .

(Zwischenruf Dr. *Middelhauve:* Dann haben wir doch 4 : 4.)

Als ich dann aber die Berichterstattung über *Leuze* gehört hatte, war ich skeptisch, ob überhaupt zwei Delegierte da waren, die nach *Eulers* Vorschlag gewählt werden konnten, und darum habe ich mir gesagt, wenn das so ist, dann sind zwei Delegierte in unserem Sinne nicht vorhanden.

Wenn das die vier größten Kreisverbände waren und wir das stimmenmäßig ausrechnen können, bleibt die Frage: Wie sind die Delegierten für Sigmaringen zustande gekommen?

(Zwischenruf *Blücher:* Dann ist die Frage genauso unklar für Cannstatt wie für Sigmaringen.)

Vor Cannstatt haben Versammlungen stattgefunden und Delegierte sind bestimmt und gewählt worden von den Kreisverbänden. Dann möchte ich aber wissen: Wie sind die Delegierten für Sigmaringen bestimmt worden?

Wir müssen also von einem unklaren Tatbestand ausgehen, und deshalb bin ich für gleiches Recht für beide Teile, also 4 : 4. Ich unterstütze den Vorschlag *Rademacher,* da auch *Middelhauve* den Vorschlag machte: „Dann haben wir ja 4 : 4."

Franz Blücher: Ich hatte auch noch andere Anhaltspunkte, Herr *Rademacher,* die niemand kennen kann. Ich erwähnte den Versuch der Vorabklärung durch *Leuze* vorigen Samstag abend. Da war die Sache so, daß 13 von den vertretenen Kreisen absolut Nein sagten und sich drei einsetzten für eine Übernahme in den neuen Landesverband, während acht eine Reihe von sehr wichtigen Voraussetzungen nannten.

Prof. Gönnenwein: Ich wollte nur sagen, staatsrechtlich und satzungsmäßig ist der Fall klar. Die Landesverbände müssen sich mit den Grenzen der Länder decken. Zwei Arten des Übergangs sind aber für Ems möglich: Wir könnten durch Beschluß die Delegiertenziffern vermehren, um der Gruppe von Württemberg-Hohenzollern Rechnung zu tragen. Davor möchte ich warnen. Es ist dann eine Aufteilung vorgeschlagen worden 4 : 4 und 5 : 3. 4 : 4 ist indiskutabel nach Ansicht unserer Freunde, 5 : 3 ist schlechterdings indiskutabel.

Ich betone, daß wir, wenn wir auf das Verhältnis 4 : 4 eingehen, wir dann die demokratischen Rechte unseres Landesverbandes preisgeben, denn jede Unterteilung, die der Hauptausschuß vornimmt, kann nur mit unserer Übereinstimmung erfolgen; jede Unterteilung, die er ohne uns vornimmt, wäre eine Beeinträchtigung unserer satzungsmäßigen Rechte des Landesverbandes. Wenn wir das tun, ist es ein Entgegenkommen. Ich betone an dieser Stelle nochmals, wie oft haben wir Entgegenkommen gezeigt und zeigen wollen und sind nochmals bereit, aber äußerstenfalls 4 : 4. Das letzte Wort möchte ich aber noch nicht gesprochen haben.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich muß gestehen, ich hatte in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes die Hoffnung, daß wir einen beachtlichen Schritt vorwärts getan hätten. Wir waren zuversichtlich und sagten uns, hier ist endlich eine Grundlage geschaffen, die beiden Teilen zumutbar ist. Es ist doch nicht so, daß der Vorschlag, der an den Gesamtvorstand herangetragen worden ist, nicht eingehend und ernsthaft überlegt wurde. Ich bedauere es außerordentlich und habe fast keine Hoffnung mehr, wenn ich an das Telegramm von Baden-Württemberg denke. Können wir noch weiterkommen, wenn immer „unannehmbar" gesagt wird? Glauben wir in ein Feilschen mit Zahlen eintreten zu dürfen, wenn es sich darum handelt, den Bestand unserer Partei zu retten in einer anständigen Aussprache auf dem Parteitag? Wenn Sie die Rechtsfragen anrühren, so kann ich sagen, so klar liegen die Dinge nicht, wie *Gönnenwein* sie darstellt. *Schwennicke* hat recht, wenn er sagt, die Satzungen sind nicht so klar.

Der Vorstand hat den wohlerwogenen Vorschlag unterbreitet, der im Grunde genommen doch das Verhältnis 4 : 4 herbeiführt. Wenn *Leuze* sagt, ich stimme zu, aber meine Delegierten sind nicht so ausgewählt, wie es durch *Eulers* irrtümliche Darstellung geschah, dann müssen wir *Leuze* bitten, noch zu einer Änderung zu kommen, und daran wird es *Leuze* auch nicht scheitern lassen. Wir müssen aber auch erwarten, daß unsere Freunde aus Baden-Württemberg es an einem Zahlenspiel nicht scheitern lassen.

Ich führe zusammenfassend nochmals folgende Punkte aus:

1. Der Beschluß des Vorstandes wird angenommen.

2. *Leuze* wird gebeten, eine entsprechende Aufteilung der sechs Delegierten im Verhältnis 4 : 2 noch irgendwie möglich zu machen.

3. Es wäre zu beschließen, daß in Ems keine Diskussion darüber erfolgt, so daß also eine klare Rechtsgrundlage geschaffen wird in der Hauptausschußsitzung.

4. Wir müssen uns alle vornehmen: Die Vorstandsbeschlüsse in Ems werden nicht angefochten.

Was darüber ist, das scheint mir, nachdem der geschäftsführende Vorstand den Vorschlag einstimmig mit einer Stimmenthaltung angenommen hat, nicht möglich zu sein.

BORTTSCHELLER: Wenn ich mir überlege, daß wir jetzt eineinhalb Stunden über diese Dinge sprechen, so ist viel kostbare Zeit vergeudet worden. Der eine re-

det rechtlich, der andere politisch. Ich möchte vorschlagen: Überlegen wir im Rahmen des gesunden Menschenverstandes sowohl nach der rechtlichen wie auch nach der politischen Seite. Manchmal kommt es mir so vor, als wenn die Delegierten von Südwürttemberg-Hohenzollern oder Baden-Württemberg keine Demokraten wären. Ich meine, daß der Vorschlag des geschäftsführenden Vorstandes doch de facto die Parität erreicht. Wir sollten mit uns zu Rate gehen. Herr *Haußmann,* der reiche Mann Baden-Württemberg kann großmütig sein, er soll nicht auf die andere Seite losschlagen. Wir sollten nicht das öffentliche Schauspiel geben, daß wir über die Zahl von Delegierten, daß wir über Zwirnsfäden stolpern. Wir sollten manifestieren und beweisen, daß wir einig sind. Entweder sind wir Demokraten, oder wir sind es nicht, dann können wir einpacken.

KOHUT: Die Zumutung an den Landesverband Württemberg-Hohenzollern, 25 % seiner Delegiertenstimmen an andere Organisationen abzugeben, stellt einen Eingriff in die Souveränität des Landesverbandes dar. Von meiner Seite muß ich den Vorschlag des Vorstandes ablehnen. Unsere Satzung sieht keine Lösung vor für den Fall der Zusammenlegung von deutschen Ländern. Ich kann mir nur folgende Lösung vorstellen: Es haben sich zu einer Neugründung zwei frühere Landesverbände zusammengefunden, Württemberg-Baden und Süd-Baden. Ich kann ihnen nur die Stimmen zubilligen, die sie vorher hatten. Man sollte nicht versuchen, jetzt von der einen Seite sich Positionen in einem anderen Landesverband zu beschaffen, die der Organisation nicht zustehen. Württemberg-Hohenzollern muß die Stimmen des alten Landesverbandes behalten.

Franz BLÜCHER: Ich möchte noch ein persönliches Wort sagen. Auf der letzten Vorstandssitzung in Berlin ging die Frage um das Wahlrecht hin und her. Ich habe erklärt, wenn eine starke Mehrheit für die Listenverbindung da ist, gebe ich bereitwilligst meine Opposition auf und werde mich nach außen einsetzen für Beschlüsse der Mehrheit des Vorstandes.[11] Eine andere Handlungsweise gibt es nicht in einer zusammenbleibenden Partei.

Ich habe auch zuerst den Vorschlag 5 : 3 gemacht und dann den besseren von *Middelhauve* akzeptiert.

Ich möchte noch bemerken zu den Ausführungen von *Bezold,* obwohl er mich mißverstanden hatte, daß sie ein wesentlicher Beitrag zur Klärung der Diskussion waren. Ich bin ihm dankbar dafür und erteile nun *Haußmann* und *Leuze* abschließend das Wort.

Dr. HAUSSMANN: Wir sind unserem Freund *Bezold* zu Dank verpflichtet, daß er aufgrund seiner Kenntnis der Satzungsfragen einen Weg gewiesen hat, der im Anschluß an die Münchener Beschlüsse begangen werden kann. Ich möchte mich den Ausführungen *Gönnenweins* anschließen und erkläre, daß ich mich in der Hauptausschußsitzung bei unseren Freunden aus Baden-Württemberg dafür einsetzen werde, daß eine Übergangsregelung im Sinne der Ausführungen von *Bezold* und *Gönnenwein* getroffen wird. Ich nehme an, daß der ge-

11 Siehe in Nr. 23 die einleitenden Ausführungen *Blüchers* unter dem TOP „Wahlrechtsfrage".

schäftsführende Landesvorstand und die Delegierten von Ems sich dann unserer Auffassung anschließen, obgleich wir von unserem grundsätzlichen Standpunkt Wesentliches preisgeben. Ich möchte doch aber bitten, auch bei uns den gesunden Menschenverstand – zumindest das Streben nach ihm – anzuerkennen und nicht davon auszugehen, daß wir eine Zumutung erheben, sondern daß es auch umgekehrt für uns eine Zumutung ist.

Die Zahl 6 : 2 (auch mit der Untergliederung Dr. *Brock*) hat nicht die Stuttgarter, sondern die Hohenzollern und Südbadener beeindruckt. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Da es sich aber herausgestellt hat, daß die Gruppe Brock nicht vertreten ist, werde ich mich persönlich mit Unterstützung von *Gönnenwein* dafür einsetzen, daß unter Würdigung aller Gesichtspunkte vier Delegierte von Sigmaringen und vier von Cannstatt genommen werden. Ich erhebe das zum Gegenantrag.

Dr. LEUZE: Ich will mich kurz fassen und zum Ergebnis Stellung nehmen. Ich habe die Schwierigkeiten geschildert, die für uns darin bestehen, anstelle der vom Parteitag gewählten Delegierten, von denen ich nicht hundertprozentig sagen kann, wie sie stehen – es wurde geheim abgestimmt –, zwei aus der Gruppe von Dr. *Brock* zu entnehmen. Ich habe dem geschäftsführenden Vorstand in dieser Sache eine Bitte zu übermitteln: Der Gesamtvorstand soll an den Landesverband die Bitte richten, daß diese Ersatzdelegierten aus der Gruppe Dr. Brock nicht von dem vom Parteitag gewählten, sondern vom geschäftsführenden Vorstand unseres Landesverbandes anstelle der gewählten Delegierten bestimmt werden. Wenn das der Gesamtvorstand tut, gebe ich mein Wort, daß ich mich beim Vorstand dafür einsetzen werde, daß das so geschieht.

Dr. LEVERENZ: Das ist nicht nötig, wenn wir das Verhältnis 4 : 4 nehmen.

Franz BLÜCHER: Ich habe mich zu dem von *Leuze* Gehörten nicht geäußert, weil mir das natürlich eine ungewöhnliche Schwierigkeit zu ergeben scheint. Wir können als Vorstand nicht darauf verzichten, daß es sich um eine Wahl handelt. Hier sehe ich im Augenblick eine nicht mehr zu überwindende Schwierigkeit. Ich glaube nicht, daß durch langes Nachdenken diese Schwierigkeit beseitigt wird.

BEZOLD: In den Übergangsbestimmungen, die angenommen werden müssen, sonst nützen die Delegiertenziffern nichts, haben wir folgenden Wortlaut: (verliest aus dem Entwurf den genauen Wortlaut).[12]

Wenn das angenommen wird, dann kann auch ein wesentlich kleineres Organ wählen, dann kann auch ein Wahlkörper wählen, der aus Vorstand oder erweitertem Vorstand besteht, denn es heißt: „wie es bisher möglich war".

12 „Art. 1: Diese Satzungen treten mit ihrer Annahme auf dem Parteitag im November 1952 in Kraft. Art 2: Ihre Annahme erfolgt gemäß § 18 der Satzungen des Parteitages in Bremen hinsichtlich aller Paragraphen mit einfacher Mehrheit, ausgenommen den § 18, soweit es sich dort um eine qualifizierte Stimmenmehrheit handelt, für welche eine Mehrheit von zwei Dritteln der vertretenen Stimmen gefordert wird." Text von Art. 3 in Nr. 23, Anm. 35. ADL, Ordner-Nr. 553.

Franz BLÜCHER: Wenn das bisher nicht vorgesehen war, dann geht das nicht.

Dr. LEUZE: Es ist so, daß die Delegierten nicht vom Landesparteitag gewählt werden müssen, d. h. also, bei uns geht es.

EULER: Dieser Vorschlag 6 : 2 mit der Maßgabe, daß zwei von der Gruppe Brock sind, ist von Hohenzollern aus gesehen ein Nachgeben gegenüber dem Parteitag. Der Vorstand von Hohenzollern kann zu diesem Nachgeben bereit sein und, sollte die Frage strittig gemacht werden, sie beim kommenden Parteitag vertreten. Ich bin überzeugt, daß er recht bekommt, um zu sagen, es handelt sich darum, einen Kompromiß zustande zu bringen und nichts scheitern zu lassen. Das ist eine gute Begründung gegenüber Schwierigkeiten, die auftreten sollten. Da die Landessatzung nicht vorsieht, daß die Delegierten vom Parteitag gewählt werden müssen, sehe ich kein Hindernis. Dann kommt man zu dem befriedigenden Ergebnis 6 : 2 mit der Maßgabe einer Unterbeteiligung der Gruppe Brock, da man nun einmal drei verschiedene Gruppen hat. Unter diesen Bedingungen bitte ich dringend, nach den Klarstellungen von *Leuze* zu einem Beschluß des Vorstandes zu kommen.

RADEMACHER: Ich möchte auf folgendes aufmerksam machen. Zweifellos hat die Diskussion eindeutig ergeben, daß wir nicht zu einem einstimmigen Beschluß kommen. Herr *Blücher,* Sie werden eine Debatte darüber zum Parteitag nicht verhindern, wenn es hier zu einer Sezession in der Auffassung kommt. Wenn es hier zu dem Vorschlag bzw. zur Annahme des Verhältnisses 4 : 4 kommt und damit zu einer Einigung, so könnte dieser Vorschlag doch von seiten *Leuze* ohne die Einschränkung durch Delegierte aus der Gruppe Dr. Brock akzeptiert werden.

Franz BLÜCHER: Ich habe meinen guten Grund gehabt, als ich mich bei *Bezold* bedankt habe. Wenn Sie dagegen äußern, daß ein im Hauptausschuß gefaßter Beschluß dann noch zum Gegenstand von Auseinandersetzungen des Parteitages würde, würde ich dies nicht zulassen. Durch den Münchener Parteitagsbeschluß ist der Hauptausschuß ermächtigt.[13] Ich hätte nicht das Recht, einen mit ausreichender Mehrheit zustande gekommenen Beschluß des Hauptausschusses nochmals auf dem Parteitag durchdiskutieren zu lassen.

Aber auf der Tagesordnung steht die Vorbereitung des Bundesparteitages. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß alle drei Tage die Verhandlungen öffentlich sein werden. Wenn jemand so wenig Disziplin hat, daß er dann unter solchen Umständen, obwohl er weiß, wie das Ergebnis seiner Intervention sein wird, gleichwohl glaubt, deklamieren zu müssen, so muß ich sagen, der gehört nicht in die Partei und hat nicht den Willen, die Einigkeit unter Beweis zu stellen. Wir hätten dann nicht in so unzähligen Sitzungen des geschäftsführenden, des Gesamtvorstandes und des Hauptausschusses zu beraten brauchen. Dann geht es eben nicht mehr, dann haben wir nicht mehr die politische Disziplin, um eine Partei darzustellen. Wir gehören dann nicht mehr zusammen. Wir

13 Siehe Nr. 14 b, Anm. 28.

sollten uns das doch ausreichend überlegen. Ich glaube, daß eine ausgiebige Legitimation des Hauptausschusses gegeben ist.

RADEMACHER: Ich bestreite das, aber ich habe den Beschluß von München nicht vorliegen.

LEVERENZ: Ich warne vor einer Abstimmung, denn wir sind zwei Minuten vor der Einigung. Wir reden um Dinge, die nicht interessant sind. Wir sind dazu gekommen, daß *Haußmann* sich mit 4 : 4 einverstanden erklärt hat, und wir haben *Leuze* die Zustimmung dazu gegeben, daß er seine vier Leute aus seinem Kreis bestimmt, also er ist entbunden davon, zwei Leute aus der anderen Gruppe (Brock) zu nehmen. Herr *Leuze,* geben Sie Ihre Zustimmung zu 4 : 4. Ich warne vor einer Abstimmung. Ich habe Bedenken, ob die Ansicht von *Bezold* richtig ist, denn die Vollmacht, die München gegeben hat, bezog sich nur darauf, einen Delegiertenschlüssel festzulegen. Daß aber die Situation eintreten könnte der Zusammenlegung, daran hat niemand gedacht. Ich sage das nur deshalb, damit wir uns die Konsequenzen überlegen. Das ist aber alles nicht notwendig, wenn Sie dem Verhältnis 4 : 4 zustimmen.

Franz BLÜCHER: Es gibt aber drei voneinander ganz scharf getrennte Gruppen.

Dr. LEUZE: Die erste Gruppe ist die, die Sie vielleicht hier Gruppe Leuze nennen wollen. Sie sagt: Wir stehen in ernsten Gegensätzen und Meinungsverschiedenheiten, wir können nicht Baden-Württemberg hinnehmen vor einer Klärung. Die zweite Gruppe sagt, wir teilen die Bedenken der Gruppe Leuze bezüglich der Meinungsverschiedenheiten, aber wir ziehen andere Konsequenzen, als *Leuze* sie zieht, nämlich, daß wir hineingehen sollten als Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern mit einer wirklich ernsten und nachhaltigen Opposition. Die dritte Gruppe sind die, die gesagt haben, wir wenden uns überhaupt von Hohenzollern ab, wir gehen zu Stuttgart und schließen uns in den Meinungsverschiedenheiten grundsätzlich dem Stuttgarter Standpunkt an. Es handelt sich hier um die Kreise Tuttlingen, Balingen, Freudenstadt und Tübingen. Die Delegierten, die in Stuttgart gewesen sind, sind nur in Tübingen mit einer Mehrheit von 13 Leuten gewählt worden. Keine Kreisverbandswahl hat stattgefunden in Freudenstadt, Balingen und Tuttlingen. (Es folgt eine Charakterisierung der einzelnen Kreise.) So verteilen sich die Gruppen. Daß wir da nicht weitergehen können, als 2 : 2 : 4, das muß doch anerkannt werden.

EULER: Ich glaube, es sind alle Fragen hinreichend erörtert worden. Aber wenn wir heute nachmittag dem Hauptausschuß Bericht erstatten, müssen wir sagen können, wie die Auffassung des Vorstandes ist. Falls nun Meinungsverschiedenheiten bestehen, müssen diese Meinungsverschiedenheiten in einem Abstimmungsergebnis ihren Niederschlag finden. Ich schlage vor, den Antrag des geschäftsführenden Vorstandes 6 : 2 mit der Maßgabe, daß von den sechs Delegierten zwei der Gruppe Dr. Brock zu entnehmen sind, zur Abstimmung zu stellen.

RADEMACHER: Ich halte meinen Antrag (4 : 4) aufrecht und bin der Auffassung, daß mein Antrag der weitergehende ist.

Franz BLÜCHER: Es läßt sich eine Reihenfolge der Anträge nur an Hand der zeitlichen Eingänge feststellen. Zweifellos zuerst eingegangen ist der hier diskutierte Antrag des geschäftsführenden Vorstandes.

BEZOLD: zur Geschäftsordnung: Bevor wir abstimmen, müssen wir fest formulierte Vorschläge haben. Wir müssen dem Hauptausschuß heute nachmittag einen fest formulierten Vorschlag vorlegen. Ich weiß noch nicht, wie er gefaßt werden muß, aber er muß formuliert sein.

Dr. LEUZE: Darf ich formulieren: Von den acht Delegierten, die dem Bundesparteitag in Bad Ems zustehen, werden entsandt:

1. von dem Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern im Landesverband Baden-Württemberg zwei Delegierte,

2. von dem alten Landesverband Württemberg-Hohenzollern sechs Delegierte, wovon zwei Delegierte der Gruppe Dr. Brock entnommen werden müssen.

Dr. HAUSSMANN: Ich stelle den Gegenantrag, daß es heißt: Für den Parteitag in Bad Ems stehen dem ehemaligen Lande Württemberg-Hohenzollern acht Delegierte zu, die wie folgt gewählt werden: Für den Landesbezirksverband Württemberg-Hohenzollern im Landesverband Baden-Württemberg vier Delegierte, für die in Sigmaringen gewählten Delegierten vier.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich bin der Meinung, daß der weitergehende Antrag 6 : 2 ist, den der geschäftsführende Vorstand gestellt hat. Über dieses „weitergehend" werden wir uns nicht einigen können. Ich bin aber der Auffassung, wenn der geschäftsführende Vorstand dem Gesamtvorstand einen Beschluß unterbreitet, ist das der weitergehende Antrag.

Dr. WELLHAUSEN: Ich bin der Auffassung, daß Rechtsfragen nicht behandelt und nicht nach Rechtsfragen entschieden werden soll. Es soll im Sinne unserer Zielsetzung entschieden werden und nicht von einer einheitlichen Linie des Parteitages abgegangen werden. Wenn das unsere Tendenz ist, dann ist ganz zweifellos ein Antrag 50 : 50 der weitergehende.

Franz BLÜCHER: Ich glaube, dagegen ließen sich genauso viele Dinge einwenden.

FRÜHWALD: Ich bitte, im Protokoll festzuhalten: Zur Abstimmung steht der Antrag des geschäftsführenden Vorstandes nach der Formulierung Dr. *Leuzes.*

Dr. HAUSSMANN: Ich bedauere, nochmals unterbrechen zu müssen, aber ich halte es für meine Pflicht, diese Frage anzusprechen. Ernst *Mayer* ist nicht da. Ist dann die Stimmrechtsfrage für *Gönnenwein* und mich klar?

Franz BLÜCHER: Wir hatten im geschäftsführenden Vorstand beschlossen, daß eine Vertretung für Ernst *Mayer* geschaffen wird.

Dr. VON RECHENBERG bittet um Aufklärung der Stimmübertragung von *Mayer.* Ernst *Mayer* ist gewähltes Mitglied und kann nicht vertreten werden.

Franz BLÜCHER: Diese Frage ist doch im geschäftsführenden Vorstand schon so oft besprochen worden. Wir können doch jetzt nicht in dem einen Fall davon abweichen.

BEZOLD: *Preusker* hat doch auch mitgestimmt, wenn *Euler* nicht da war!

EULER: Wenn das der Fall war, so hat er nicht als Vertreter für mich mitgestimmt. Ich bin immer als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes gekommen und er als Vertreter von Dr. *Kohut.*

Franz BLÜCHER: Kein Stimmrecht haben Dr. *Heuss* und Dr. *Entholt.* Im übrigen handelt es sich um eine feststehende Vorabstimmung des Antrages des geschäftsführenden Vorstandes nach der Formulierung *Leuze.*

Abstimmungsergebnis des Antrags: 13 Zustimmungen, 8 Gegenstimmen.

Dr. VON RECHENBERG: Ich möchte festgehalten haben, daß ich meine juristischen Bedenken zurückstelle, mir aber vorbehalten muß, auf der Meinung zu verbleiben, daß durch die Neugründung Baden-Württemberg nicht Mitglied der FDP ist.

Franz BLÜCHER: Ich habe große Sorgen wegen des Ablaufs des heutigen Tages: Um 14.30 Uhr ist Hauptausschuß. Ich möchte empfehlen, jetzt zu unterbrechen.

Wir würden dann sagen: Zu dem Parteitag in Bad Ems im November 1952 entsendet der Landesverband des Gebietes Württemberg-Hohenzollern acht Delegierte, von diesen Delegierten entsendet

1. der Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern im Landesverband Baden-Württemberg zwei Delegierte,

2. der alte Landesverband Württemberg-Hohenzollern sechs Delegierte, wovon zwei Delegierte der Gruppe Dr. Brock angehören müssen.

Dr. DEHLER: Ist der Vorstand damit einverstanden, daß dieser Beschluß dem Hauptausschuß als Beschluß des Vorstandes mitgeteilt wird mit dem Stimmergebnis ohne Hervorhebung der Diskussion und zu sagen, der Vorstand hat sich geeinigt, die Dinge nicht mehr zur Diskussion zu stellen, aber dies in die Übergangsvorschriften mit hineinzubringen?

Dr. HAUSSMANN: Herr *Dehler,* es tut mir sehr leid, Ihnen für uns die Zusage bezüglich meiner Freunde im Hauptausschuß nicht machen zu können. Ich habe heute morgen unseren Standpunkt dargelegt. Ich würde Ihnen allen etwas vormachen, wenn ich die großen Bedenken für den Hauptausschuß und den Parteitag unterdrücken würde. Wir müssen uns sämtliche geschäftsordnungsmäßigen und rechtlichen Möglichkeiten für heute nachmittag und Bad Ems aufgrund dieses Ergebnisses vorbehalten.

Franz BLÜCHER: Wenn Sie das geltend machen wollen, darf ich heute nachmittag dafür sprechen, daß Bad Ems nicht stattfindet. Es wird Ihnen überhaupt faktisch nichts zugemutet von beiden Seiten.

Dr. LÜDERS: Ich kann nur konstatieren, ich bin entsetzt, und zwar in jeder Hinsicht, moralisch, politisch und parteimäßig. Ich habe es für vollkommen unmöglich gehalten, daß das Gremium einer Partei, die behauptet, liberal und demokratisch zu sein, derartige Auseinandersetzungen fertigbringt. Ich möchte nur die Frage stellen: Was denken Sie, was aus Berlin geworden wäre und

aus Ihnen allen, wenn wir unter solchen Gesichtspunkten diskutiert und uns verhalten hätten?!

Franz BLÜCHER: Bad Ems soll einer sachlichen Darstellung der Verstiegenheiten gelten. Eine solche Sache will man von vornherein unmöglich machen, indem man sie unter Androhung stellt, daß man diese Sache nochmals diskutiert. Ich habe heute morgen eine Erschütterung erlitten durch den überflüssigen Artikel im „Neuen Vaterland".[14] Ich werde auch aus dieser meiner Kritik an der öffentlichen Darstellung derartiger Dinge keinen Hehl machen, weil man es sich so bequem macht, den Ausgangspunkt der Auseinandersetzung zu vergessen.

Dr. DEHLER: Wir haben zwei Fragen zurückgestellt, und ich danke dafür. Die sachliche, politische Auseinandersetzung, weil die in Ems ausgetragen werden soll, und die politisch-rechtliche Frage, weil sie erst zu klären ist, wenn die Tatbestände geschaffen sind.

Wir haben uns nur geeinigt, wie wir mit einer Notlösung darüber hinwegkommen, und es ist gleichgültig, ob einer mehr oder einer weniger delegiert ist, ob 4 : 4 oder ob noch einmal eine Aufsplitterung geschieht. Das ist doch gleichgültig. Wir wollen uns doch über diese Bagatellangelegenheiten nicht weiter erhitzen. *Haußmann,* Sie kennen meinen Standpunkt, ich habe ihn nicht zurückgestellt, aber wir sind verpflichtet, einen Ausweg zu suchen.

Prof. GÖNNENWEIN: *Haußmann* hat keine Ermächtigung zu irgendeiner bindenden Erklärung.[15]

25a.

19. 11. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 96. Überschrift: „Vorstandssitzung, Mittwoch, den 19. November 1952, 17.00 Uhr." Bad Ems. Beginn: 17.00 Uhr.

Teilnehmer: [Ella Barowsky], Bezold, Blücher, Borttscheller, Dehler, Eberhard, Euler, Frühwald, Haußmann, Hepp, Herta Ilk, Leuze, Leverenz, [Marie-Elisabeth Lüders], Mayer, Mende, Middelhauve, Neumayer, Onnen, Rademacher, von Rechenberg, Rubin, Schäfer, Schwennicke, [Weirauch], Wellhausen.

---

14 Artikel von Ernst *Mayer* unter der Überschrift „Zur Klarstellung der Verantwortung: Spiel mit einer Partei" in der Ausgabe vom 7. 11. 1952. Hierin scharfe Angriffe gegen *Euler* und *Leuze,* denen Bestrebungen zur Parteispaltung angelastet wurden. NL Blücher 280.

15 Erst nachdem der Landesverband Baden-Württemberg einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte, teilte *Haußmann* am 17. 11. 1952 *Blücher* die Zustimmung zum Beschluß des Bundesvorstandes mit. NL Blücher 280. J. M. GUTSCHER, 1984, S. 141 f.

[REGULARIEN DES PARTEITAGES]

BLÜCHER: Meine Damen und Herren, ich eröffne die Vorstandssitzung und teile mit, daß nachgesehen wird, wo die Vertreter von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein im Augenblick sind. Ich schlage Ihnen vor, daß wir zunächst in eine Erörterung der mit der Abhaltung des Parteitages verbundenen Äußerlichkeiten und Regularien eintreten. Ich hoffe, daß Herr *Weirauch* mich unterstützen wird. Wir müssen jedoch, bevor wir darüber sprechen, uns über Einzelheiten im klaren sein. Wir haben in der Zwischenzeit eine solche Publizität gewonnen, die uns bis zu den entlegensten Orten unserer Tätigkeit verfolgt. Morgen äußert sich das in einem so unwahrscheinlichen Ansturm von Rundfunkvertretern und Presse, daß wir schon in die Zwangslage gekommen sind, unsere Gäste, nicht wie vorgesehen, auf der Galerie unterzubringen, sondern in einem anschließenden Raum, der mit Türen verbunden ist zu dem Saal für die Delegierten, also eine Sache, die uns sicherlich verpflichtet, ein Niveau der Diskussion und eine Form zu halten, die uns nicht hoffnungslos vor der Weltöffentlichkeit bloßstellt. Daß das so ist, sehen Sie daran, daß außer der unvermeidlichen englischen und französischen Rundfunkgesellschaft sich allein drei amerikanische Rundfunkgesellschaften angemeldet haben. Wir zwingen uns sicherlich dazu, daß wir den äußeren Ablauf würdig gestalten; daß wir nicht am Tische, sondern in Stuhlreihen sitzen, wird umgeändert, darauf möchte ich nur aufmerksam machen.

Dann haben wir kurz zu beraten:

a) Es bleibt doch bei der Geschäftsordnung, die für den deutschen Bundestag gilt und die in ihren Grundzügen angewandt werden soll?

b) Über den Vorsitz bei diesem Parteitag gibt es die satzungsgemäße Regelung.

Dagegen muß noch gesprochen werden über den Leiter des Wahlaktes während der Wahl des ersten Vorsitzenden oder darüber, ob wir ihm nicht überhaupt den gesamten Wahlakt übertragen wollen. Ich bitte um Vorschläge.

MIDDELHAUVE: Wir haben in Nordrhein-Westfalen es so geregelt, daß wir den Vorsitzenden des Ehrenrates, der kein Parteiamt haben kann und außerdem in der Atmosphäre steht, den Wahlakt durchführen lassen. Ich möchte das auch in diesem Falle vorschlagen. Ich glaube, *Froböss* ist für einen solchen Wahlakt geeignet. Die zweite Frage ist: Soll der Betreffende auch den gesamten Wahlakt durchführen? Es spricht vieles dafür, daß das geschieht. Ich glaube, man sollte den neugewählten Parteivorsitzenden nicht sofort in diesen Apparaturmechanismus des Wahlablaufs hineinbringen, und deswegen möchte ich, wenn ich es als Anregung sagen darf, vorschlagen, von dem Betreffenden den gesamten Wahlakt durchführen zu lassen, falls wir die Gewähr haben, daß der Betreffende dem komplizierten Ablauf der en-block-Wahl gewachsen ist. Herr *Froböss* dürfte hierfür die Gewähr als Vorsitzender des Ehrenrates bieten.

BEZOLD: Der Satzungsausschuß hat sich damals mit der Frage auch beschäftigt und im Sinne des internationalen Brauchs dies geregelt und festgehalten: Während des Wahlaktes zum Vorstand führt der Vorsitzende oder Stellvertreter des Landesverbandes des Tagungsortes den Vorsitz. Allgemein ist es üblich, daß

der Vorsitzende des Landesverbandes den Vorsitz führt, in dessen Land der Parteitag stattfindet.

RECHENBERG: Wenn er selber kandidiert?

BEZOLD: Wenn er selber kandidiert, ist es selbstverständlich, daß es sein Stellvertreter macht.

ONNEN: Der Wahlakt ist ein neutraler Vorgang. Ich würde auch sagen, daß es der Vorsitzende des Ehrenrates macht.

BLÜCHER: Wir haben zwei Vorschläge. Ich bedauere, daß *Eberhard* noch nicht hier ist. Ich könnte mir vorstellen, wenn er eine Reihe von Parteitagen mitgemacht hat, daß er sich an der Leitung des Wahlaktes mit wahrer Inbrunst vorbeidrücken würde. Ich habe nicht ohne Egoismus die Frage gestellt, denn ich habe siebenmal das gemacht.

SCHÄFER: Das setzt voraus, daß jemand mit den technischen Dingen und der Durchführung vertraut ist. Es könnten sonst Kalamitäten eintreten.

BLÜCHER: Ich habe die Frage nicht ohne Grund gestellt. Einmal muß sie entschieden werden. Ich halte es nicht für glücklich, wenn der neugewählte Vorsitzende mit dieser Aufgabe bedacht wird. Das macht keinen guten Eindruck, vor allen Dingen nicht, falls die Öffentlichkeit dabei ist.

SCHÄFER: Es ist die Frage, daß einer mit Routine die Modalitäten beherrscht gegenüber den komischen Interpretationen, die sich aus dem Wahlgang ergeben.

BLÜCHER: Ich glaube, daß wir keine Neigung haben, hieraus eine Diskussion zu machen. Aber eine andere Frage: Wird *Froböss* da sein?

MIDDELHAUVE: Ich versuche dauernd festzustellen, ob er anwesend ist. *Froböss* ist im Satzungsausschuß und hat an der Regelung mitgearbeitet.

BEZOLD: *Eberhard* sitzt auch drin.

MENDE: Als Vorsitzender darf er kein politisches Amt haben und nicht delegiert sein.

DEHLER: *Froböss* ist ein vornehmer Mann. Ich habe aber nicht das Gefühl, daß er einen komplizierten Wahlakt leiten kann.

BLÜCHER: Lieber *Dehler!* Ich wollte selbst einen Vorschlag nicht machen, aber ich hätte *Bezold* vorgeschlagen aus dem Grunde, weil er gezwungen gewesen ist, sich monatelang damit zu befassen. Es muß einer sein, der bekannt ist und der die Versammlung ansprechen kann.

ONNEN: Ich würde vorschlagen, daß wir diese Sache auch in Zukunft beibehalten. Grundsatzvorschlag: der Vorsitzende oder Vorsitzender des Ehrenrates, aber daran sollten wir auch in Zukunft festhalten.

BLÜCHER: Herr *Eberhard*, es handelt sich um eine Sache, für die wir nicht mehr viel Zeit aufwenden dürfen, um die Frage, wer den Wahlakt leiten soll. Unser Freund *Bezold* hat gesagt, wir sollten es zur Regel machen, daß der Vorsitzende des gastgebenden Landesverbandes das tut. Ich habe daraus die bescheidene Frage gestellt, ob er begeistert sein wird. Ein anderer Vorschlag ist, daß der Vorsitzende des Ehrenrates der Partei mit der Leitung des Wahlaktes beauf-

tragt wird. Unser Freund *Onnen* sagt, ich bin mit beidem einverstanden, aber wir sollten doch eine Dauerregelung schaffen. Nun möchte ich von Ihnen hören, wie Sie dazu stehen?

EBERHARD: Ich lege keinen bestimmten Wert darauf, aber wenn es Regel werden soll, habe ich nichts dagegen einzuwenden. Ich glaube jedoch, daß die andere Regelung die richtigere ist.

BLÜCHER: Wollen wir uns darauf einigen, daß es der Vorsitzende des Ehrenrates macht?

MIDDELHAUVE: *Froböss* kommt!

RECHENBERG: Wenn es eine Dauerlösung sein soll, muß es eine Persönlichkeit sein, die normalerweise nicht zum Vorstand gehört.

BLÜCHER: Wir wollen hoffen, daß Herr *Froböss* dies noch vier- bis fünfmal machen kann, so daß wir da einen besonders erfahrenen Mann haben.

RADEMACHER: Ich bin der Meinung, daß es eine gute Lösung wäre – wir haben gewisse Erfahrungen mit Alterspräsidenten –, daß wir ihm an die Seite stellen für den Wahlgang

1. den Landesverbandsvorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, wo die Sache stattfindet, und

2. den Vorsitzenden des Satzungsausschusses, soweit die beiden Herren nicht kandidieren.

Ich glaube, das wäre eine Lösung.

BLÜCHER: Es wäre eine ausgezeichnete Dauerlösung.

Beschluß: Leiter des Wahlaktes: Vorsitzender des Ehrenrates der Partei, Beisitzer: der Vorsitzende des gastgebenden Landesverbandes und der Vorsitzende des Satzungsausschusses.

BLÜCHER: Wahlprüfer und ihre Legitimation. Der Prüfungsausschuß besteht aus einem Vorstandsmitglied und zwei dem Vorstand benannten Mitgliedern der Partei.

MIDDELHAUVE: Vorstandsmitglied *Mende*. Dann vielleicht dazu einer der Herren der Bundesgeschäftsstelle oder Landesgeschäftsstelle. Ich möchte sagen, Herr *Weirauch* und Herr *Döring*. Es dürfte vielleicht noch zweckmäßig sein, zwei Beisitzer aus dem Landesverband zu nehmen. Vorsitzender *Mende* und zwei Beisitzer vom gastgebenden Landesverband.

HAUSSMANN: Ich darf Sie auf mein Schreiben vom 17. 11.[1] verweisen.

BLÜCHER: Darauf kommen wir nachher zurück. Zur Stimmenauszählung hat *Middelhauve* das Wort.

---

1 Siehe Nr. 24, Anm. 15. Hierin waren weiterhin drei Anträge enthalten: 1. Einsetzung einer Kommission zur Durchführung der Eingliederung der Kreisverbände des früheren Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern in den Landesverband Baden-Württemberg; 2. gleiche Redezeit für alle Landesverbände auf dem Parteitag; 3. Anwendung des neuen Delegiertenschlüssels bereits für den Emser Parteitag, zumindest aber die Durchführung der Vorstandswahlen aufgrund der neuen Delegiertenzahlen.

MIDDELHAUVE: Was soll das bedeuten? Wir haben festgelegt, daß der Wahlakt durchgeführt werden soll vom Vorsitzenden. Was heißt das nun: noch ein Vorstandsmitglied zur Überwachung?

WEIRAUCH: Die Übernahme der Stimmzettel, die Auszählung, das muß überwacht werden, das kann nicht der Leiter des Wahlaktes tun.

MIDDELHAUVE: Ich schlage dafür Herrn Dr. *Mende* vor. Er soll zur Zählung selbst Mitarbeiter der Geschäftsstelle dazu nehmen.

BLÜCHER: Wir kommen jetzt zu den eigentlichen Aufgaben der heutigen Sitzung, zur Besprechung der vorliegenden Anträge. Zuvor noch der mir gestern zugegangene Brief *Haußmanns.*

RADEMACHER: noch eine Frage zur Stimmberechtigung. Ist der Vertreter stimmberechtigt?

BLÜCHER: zunächst schon durch das Datum und die Form der Einladung. Wir wären meiner Ansicht schon jetzt in der Lage zu bestätigen, daß die Einladung fristgerecht erfolgt ist. Es besteht kein Hindernis, das festzustellen.

Zur Beschlußfähigkeit der Versammlung ist festzustellen, ob die die Beschlußfähigkeit garantierende Zahl von Anwesenden da ist. Herr *Rademacher* drängt auf die Einhaltung der Formalien. Es muß aus der Zahl der Erschienenen, die Ihnen hier mitgeteilt wird, deutlich sein, daß mehr als die Hälfte der Delegierten anwesend ist. Die Auszählung muß nachgeprüft werden.

Die Stimmberechtigung der Vertreter ergibt sich aus den dem Prüfungsausschuß vorliegenden Meldungen der Landesverbände und der Feststellung der Identität mit den von den Landesverbänden mitgeteilten Delegierten. Der bisherige Modus der Feststellung der Zahl der Delegierten ist noch immer verbindlich und daher auch die Zahl der auf die einzelnen Landesverbände entfallenden Delegierten.

[DEBATTE ÜBER ZAHL, LEGITIMATION UND UNABHÄNGIGKEIT DER PARTEITAGSDELEGIERTEN]

RADEMACHER: Ich möchte nochmals sagen, daß ich die Sache zurückstellen will, ich bezweifele aber, daß der Hauptausschuß nicht autorisiert war, und ich bezweifele in aller Deutlichkeit, ob in allen Landesverbänden die Delegierten nach demokratischen Grundsätzen gewählt worden sind.

BLÜCHER: Bisher ist das einzige uns zur Verfügung stehende Mittel die Meldung der Landesverbände gewesen.

EULER: Es ist gesagt worden, daß Landesverbände nach den Vorschriften nicht ordnungsgemäß verfahren sein sollen. Wieso?

BEZOLD: Die Frage ist entstanden durch die Ziffern der gemeldeten Delegierten. Ich verweise dabei auf § 7 Abs. 3 der alten Satzung, wo es heißt: (verliest den Wortlaut).[2]

---

2 „Die Wahl der jedem Landesverband zustehenden Vertreter ist in der Satzung des Landesverbandes nach demokratischen Grundsätzen zu regeln."

Sie werden sich erinnern, daß bei dem letzten Hauptausschuß[3] darüber abgestimmt worden ist, daß der jeweils zum Parteitag zu sendende Vertreter nicht an irgendeinen Auftrag gebunden ist, er muß nur seinem Gewissen verantwortlich sein. Der Hauptausschuß hat folgende Bestimmung angenommen: (verliest den genauen Wortlaut).[4]

Ich möchte darauf hinweisen, daß diese Regelung, die nur eine Ausführung des § 7 Absatz 3 ist, vom Hauptausschuß angenommen wurde. Der Hauptausschuß war nach dem Parteitag von München berechtigt und verpflichtet, die Bestimmungen über die Delegiertenwahl verpflichtend zu regeln.[5] Er hat es getan. Der Hauptausschuß hat sich über die verfassungsrechtlichen Bedenken hinweggesetzt. Darüber kann man juristisch reden, er hat es getan. Daraus ergibt sich, diese Vorschrift muß rückwirkend bei Aufstellung der Delegierten beachtet worden sein. Auf jeden Fall würde sich eines ergeben: Wenn Delegierte von irgendeinem Landesverband zum Parteitag geschickt wurden, die von ihrem Landesverband einen Auftrag im engeren Sinne bekommen haben, in einer Frage z. B. eine ganz bestimmte Route zu gehen und in einem ganz bestimmten Sinne abzustimmen, so würde das dem § 7 widersprechen, und es wäre dann der so geschickte Delegierte kein Delegierter im Sinne des § 7 Absatz 3 und des § 11 Absatz 5. Ich weiß nicht, ob das überall der Fall war, ich nehme an, daß es so gehandhabt worden ist. Bei uns in Bayern war es jedenfalls so.

Die zweite Frage, ob die Zahl der geschickten Delegierten stimmt, ob tatsächlich die Mitglieder vorhanden sind, die die Delegierten getragen haben. Sowohl die Frage 1 wie die Frage 2 können durch den Prüfungsausschuß geprüft werden. Es gibt dann zwei Möglichkeiten: Es wird geprüft, und es kann eine Einigung stattfinden; ich sehe aber keine Möglichkeit, wenn die Einigung nicht stattfindet. Die Prüfung müßte dann zu Beginn des Parteitages vor den Augen des ganzen Parteitages vor sich gehen, eine Sache, die außerordentlich unangenehm werden könnte. Ich habe nur die rechtliche Seite erörtert:

1. ist der Delegierte frei, nicht an einen Auftrag gebunden;

2. entspricht die Zahl der gemeldeten Delegierten den Tatsachen und ist somit begründet durch die jeweils gemeldete Mitgliederzahl?

MIDDELHAUVE: Sie haben uns hier aus den Satzungen die rechtliche Situation dargelegt. Ich frage Sie: Aus welcher Ursache wurden diese Ausführungen gemacht? Halten Sie sie für nötig? Sind Zweifel erhoben worden, daß gegen diese

---

3 Hauptausschußsitzung am 9. 11. 1952; Protokoll in: ADL, A12-9.

4 Es ist nicht eindeutig, auf welchen Beschluß sich *Bezold* bezieht. Die wichtigsten Beschlüsse des Hauptausschusses vom 9. 11. 1952 lauteten: 1. freies Entscheidungsrecht für die Parteitagsdelegierten; 2. Vorlage der Beschlüsse des Hauptausschusses über die neue Satzung zu Beginn des Emser Parteitages zur Abstimmung mit dem Vorbehalt, daß sie erst nach Abschluß des Parteitages in Kraft treten; 3. Verabschiedung eines neuen Delegiertenschlüssels: vier Delegierte als Grundzahl für jeden Landesverband zuzüglich je ein Vertreter für 15 000 Wählerstimmen in der vorausgegangenen Bundestagswahl; 4. Verpflichtung für die Landesverbände, die Delegierten durch einen Landesparteitag wählen zu lassen.

5 Siehe Nr. 14 b, Anm. 28.

beiden Bestimmungen verstoßen wurde? Es wäre notwendig, hier eine Klärung zu schaffen.

BEZOLD: Ich habe diese Ausführungen gemacht, weil ich vom Vorsitzenden darum gebeten wurde.

BLÜCHER: Ich war verpflichtet, diese Interpretation zu erbitten, da *Rademacher* bei der Besprechung der Aufgaben des Prüfungsausschusses mich unvermeidlich dazu gebracht hatte.

Ernst MAYER: Ob Aufträge erteilt worden sind, möge uns *Euler* mitteilen. Warum hat *Ilau* sein Mandat als Delegierter zurückgegeben? Es bestanden Zweifel von Anbeginn der Regelung an an der Zuverlässigkeit der angegebenen Mitgliederzahlen, die uns gemeldet wurden.[6] Bei diesem Parteitag sollten aufgrund eines neuen Modus, der auf kontrollierbaren Zahlen beruht, die Delegiertenzahlen festgesetzt werden.

BLÜCHER: Das ist durch den neuen Satzungsbeschluß im Hauptausschuß endgültig verabschiedet mit der Maßgabe, daß die Beschlußfassung terminmäßig zu kurz liege und für Ems nicht Anwendung finden kann. Wir haben lange debattiert, und wir waren in München alle anderer Ansicht. Das wird nicht bestritten. Es hatten noch Landesverbände Anträge gestellt.

NEUMAYER: Es steht fest, daß der Delegierte nur seinem Gewissen unterworfen ist. Ich halte aber nicht die Notwendigkeit für gegeben, daß das vorher geprüft werden muß. Eine gebundene Marschroute ist nicht gegeben; erst wenn Zweifel bestehen, kann eingegriffen werden oder das Delegiertenrecht abgesprochen werden. Aber eine vorherige Prüfung halte ich nicht für nötig.

BEZOLD: Wenn ein Gesetz geschaffen wird, ist das Natürliche die Beachtung. Nur wenn jemand auftritt und die Nachprüfung verlangt, muß nachgeprüft werden.

EULER: Durch die Worte von Ernst *Mayer* ist zunächst einmal das Problem aufgeworfen worden, ob der Beschluß des Hauptausschusses wieder in Frage gestellt werden soll, der Beschluß dahingehend, daß auf diesem Parteitag die Satzungsänderungen keine Anwendung haben, sondern erst auf dem nächsten Parteitag. Zur Frage *Ilau:* Wir haben am letzten Sonnabend im hessischen Landesverband Vorstand und Hauptausschuß versammelt, um die Fragen des Parteitages und der politischen Linie unserer Partei zu erörtern. Dabei wurde hinsichtlich Dr. *Ilau* geltend gemacht, daß er an Besprechungen teilgenommen habe, die *Rademacher* in Frankfurt einberufen hatte mit dem Ziel, eine bestimmte politische Linie durchzusetzen. Und diese Linie sieht anders aus, als es der gesamte hessische Landesverband für richtig hält. Deshalb legte *Ilau*

---

6 Seine Zweifel an der von Nordrhein-Westfalen gemeldeten Mitgliederzahl und damit zwangsläufig an der Zahl der Delegierten sowie an dem demokratischen Auswahlverfahren der Delegierten in diesem Landesverband hatte Ernst *Mayer* bereits am 17. 11. 1952 in einem Schreiben an *Haußmann* angemeldet. Hierin ebenso die Mitteilung *Mayers* über den Fall *Ilau* (Hierzu Anm. 9). HStASt, Q 1/22 Bü 70/90 (NL Haußmann). Inhaltliche Wiedergabe in: J. M. GUTSCHER, 1984, S. 139 f.

sein Mandat nieder. Da er diese Erklärung in voller Freiwilligkeit gegeben hatte, wurde ein Ersatzmann gewählt.

HAUSSMANN: Zunächst möchte ich in diesem Augenblick auf den Antrag hinweisen, den ich Ihnen im Anschluß an die Sitzung unseres geschäftsführenden Landesvorstandes vom vergangenen Samstag schriftlich vorgestern übersandt habe.[7] Wir haben dabei über die Verhandlungen des Gesamtvorstandes in Bonn und des Hauptausschusses am 9. November pflichtgemäß berichtet, und nach einer eingehenden Diskussion bin ich beauftragt worden, den Ihnen mit meinem Schreiben vom 17. November übersandten Antrag auf Seite 2 unten zu stellen, der sich auf den Punkt bezieht, und zwar die Änderung lt. Auftrag des Münchener Parteitages von §§ 11 und 14 der Satzungen. Nach diesem Auftrag sollten die Delegierten nach den neuen Bestimmungen berechnet werden. Die Delegiertenzahlen (Berechnung nach den Bestimmungen der jetzt bestehenden Satzungen) gründen sich auf nicht kontrollierbare Mitgliedermeldungen und ergeben kein klares Bild. Es ist daher nicht tragbar, den diesjährigen Parteitag von einem Gremium beschließen zu lassen, welches die tatsächliche Größe der einzelnen Landesverbände nicht richtig wiedergibt. Das Gegenargument, die technische Durchführung sei zu schwierig, weil dann teilweise Delegierte nicht zum Zuge kommen könnten, schlägt nicht durch. Wir müssen zugrunde legen, daß die Delegierten nicht ordnungsgemäß geschickt worden sind. Es ist in dem Brief, der mir in meiner Eigenschaft als Vorsitzender zugegangen ist, ausdrücklich auf die Münchener Beschlüsse und darauf abgehoben worden, [daß] es unmöglich sei, nun, nachdem die Beschlüsse von München nicht durch den Parteiausschuß angenommen worden sind, in Bad Ems die Delegiertenzusammensetzung aufgrund der alten Satzung bestehen zu lassen. Nachdem das der Fall ist, sind wir noch mehr veranlaßt, den Gesamtvorstand um Verständnis zu bitten, daß wir im Gesamtinteresse der Partei die Anwendung der Satzungsänderung hinsichtlich §§ 11 und 14, wie sie der Hauptausschuß am 9. November in Bonn beschlossen hat, nun schon in Bad Ems entgegen den Beschlüssen von Bonn vom 9. November wirksam werden zu lassen. Es ist sicher vom Standpunkt der Gesamtpartei aus das kleinere Übel, wenn wir so verfahren, wie wir beantragen, als wenn etwa von irgendeiner Seite nun die Verletzung der etwa doch zur Anwendung kommenden Satzungsbestimmungen in ihrer alten Fassung nun in der Öffentlichkeit des Parteitages gerügt werden müßte.

Das andere, die Frage, die auch *Bezold* behandelt hat, betrifft die Frage der Weisung an Delegierte. Wir sind darüber unterrichtet worden – in einer authentischen Weise –, daß am letzten Samstag bei der Sitzung, die Herr *Euler* erwähnt hat, in Hessen ganz bestimmte Richtlinien nicht nur festgelegt worden sind, sondern Weisungen an die Delegierten gegeben wurden. Hier ist eine Verpflichtung des einzelnen Delegierten zur Einhaltung einer bestimmten Linie beschlossen worden, und das ist der zweite Grund, der uns veranlassen muß, trotz der Beschlüsse von Bonn vom 9. 11. und trotz der Bedenken, die erhoben worden sind, uns zu entschließen, für den Emser Parteitag die An-

7 Siehe Anm. 1.

wendung der satzungsändernden Beschlüsse zu empfehlen. Ich beantrage das hiermit.

BLÜCHER: zunächst die Frage der Bindung des Delegierten. Es sprechen zwingende Gründe dafür, daß wir diese Frage jetzt schon verbindlich erledigen. Zunächst einmal hat noch niemals bisher die Ansicht vorgeherrscht, daß mit dem Charakter eines Delegierten zum Parteitag die Bindung an ein Mandat nicht vereinbar sei. Es ist einstimmig am 9. 11. diese selbstverständlich erscheinende Interpretation beschlossen worden, aber nur als Interpretation. Da wir einstimmig im Hauptausschuß beschlossen haben, sollte für eine praktische Erledigung es doch möglich sein, daß, sobald wir zu den ersten Beschlüssen und Abstimmungen kommen, von seiten des in dem Augenblick die Verhandlung Leitenden ausdrücklich darauf hingewiesen wird auf diese einstimmig von seiten des Hauptausschusses gegebene Auslegung, die mir etwas komisch vorgekommen ist. Wir sollten aber zunächst für Punkt 1 sprechen. Dieser Punkt behandelt gebundenes Stimmrecht oder nicht.

ONNEN: Ich bin bereit, mich zu einigen. Wir müssen m. E. das nicht auf dem Parteitag klären. Es muß genügen, wenn es hier festgestellt wird und es jedem Landesverband mitgeteilt wird.

Ich fühle mich nicht belastet, ich bin nicht angesprochen. Es ist doch wohl jedem Landesverband unbenommen, daß er seinen Weg, seine Organe zu wählen, und die Wahl, die er vornehmen will, selbst bestimmt. Es kann doch jeder Landesverband seine Delegierten rufen und sagen, wir haben das und das vor. Wir beschließen ja auch und beraten. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß es natürlich den Delegierten freisteht zu entscheiden. Ich bin der Auffassung, daß in der FDP es nicht möglich sein dürfte anzunehmen, daß sich ein Delegierter an einen Auftrag bindet. Man kann doch die Delegierten zusammenrufen und mit ihnen diskutieren. Ich bin nach wie vor der Auffassung, man sollte hier mehr persönliche Freiheit lassen.

BLÜCHER: Ich war unterbrochen worden. Der zweite Punkt könnte nur durch einen Antrag an den Parteitag geregelt werden, da der Hauptausschuß ja beschlossen hat und an sich zu bindenden Beschlüssen in der Lage war. Das ist die rechtliche Schwierigkeit.

ONNEN: Ich habe ein Bedenken im Gegensatz zu Ihnen nicht. Wenn man sagt, und zwar in vernünftiger und würdiger Form, es ist die selbstverständliche Ansicht, die sich in den Bestimmungen der Satzung niedergeschlagen hat und einstimmig angenommen wurde, daß es keine Stimmbindung gibt, daß dies keine Schädigung bedeutet.

Zu Punkt 2: Wir werden uns Mühe geben, dem Parteitag morgen einen äußeren Rahmen zu geben, so daß der Ablauf einen guten Eindruck auf die Öffentlichkeit macht. Wenn die Dinge so überspitzt werden, daß wir die Zuflucht zu Satzungsdingen nehmen, so halte ich das für die Zukunft der FDP für außerordentlich bedenklich. Ich darf nur darauf hinweisen: demokratische Grundsätze einer Wahl. Ich will weiter nichts sagen, ich hoffe, daß unser Freund *Haußmann* sich äußert zu den Schwierigkeiten, die uns erwachsen würden. Wir haben ordnungsgemäß die Delegierten gewählt und haben das nach den Sat-

zungsvorschlägen durch den Hauptausschuß und den Satzungsausschuß annehmen lassen. Diese Delegierten, dieser Ausschuß, der unsere Delegierten gewählt hat, sind durchgesprochen. Wir sind leider nicht in der Lage, nach dem anderen Prinzip zu entscheiden, denn in Niedersachsen sind in absoluter Aussprache die Delegierten gewählt worden. Wie sollen wir demokratisch feststellen, welche Delegierten nicht gewählt werden? Die ganze Wahl wird vollkommen rechtlich zweifelhaft. Ich möchte doch nicht, daß wir gezwungen sind, vor dem Parteitag zu erklären, wir werden uns nicht damit abfinden können. Wir haben Ihren Brief im Vorstand beraten, und ich kann Ihnen den Beschluß mitteilen, daß Niedersachsen sich nicht bereit erklärt, Ihrem Ansinnen zuzustimmen. Im Satzungsausschuß sind die Dinge durchgesprochen, und beim Hauptausschuß wurde der Beschluß gefaßt, daß wir den Parteitag sich nach der alten Satzung abwickeln lassen. Ich möchte Sie wirklich bitten, nun jetzt nicht die Dinge restlos durcheinander zu bringen und uns vor dem Parteitag mit Satzungsdebatten zu belasten.

VON RECHENBERG: Ich bedauere, es wird immer von Baden-Württemberg auf demokratische Methoden Wert gelegt. Hier war doch eine Regelung bereits beschlossen, und jetzt wird wieder neu diskutiert. Ich möchte anregen, daß wir wieder zu der alten Diskussion zurückkommen. Es ging um die Wahlprüfung. *Rademacher* hat behauptet bzw. durchblicken lassen, daß in manchen Landesverbänden nicht nach § 7 Absatz 3 vorgegangen worden ist. Ich bitte um nähere Aufklärungen.

ILK: Ich muß sagen, daß ich nach *Eulers* Ausführungen das Gefühl hatte, daß wir abweichen nicht nur von einer liberalen, sondern auch von einer demokratischen Linie. Wenn *Euler* sagt, daß *Ilau* deshalb, weil er an Besprechungen mit Parteifreunden teilgenommen hat, die nicht die Linie von Hessen teilen, sein Mandat zurückgegeben hat, so muß ich wohl doch sagen, Sie sind nicht genau informiert über die Verhältnisse in Hessen. Ich habe einen großen Teil meiner Verwandtschaft in Hessen sitzen, die mit ihren Freunden absolut nicht einig ist mit der Linie *Eulers.*

EULER: Dann sind sie wohl nicht in der Partei?

ILK: Es ist unmöglich, daß man die Leute madig macht, die eine andere politische Auffassung haben. Das ist doch nicht von ungefähr. In jeder liberalen und in jeder demokratischen Partei gibt es Menschen, die eine andere politische Einstellung haben. Es wäre traurig, wenn wir nur eine Partei der Befehlsempfänger wären. Das haben wir jahrelang gemacht. Wenn das das Muster ist, dann werden sich die Frauen bedanken für eine Mitarbeit. Diese Erklärung kann ich für mich und meine Frauen abgeben. Wenn Sie uns heute vorhalten, daß wir uns im Freundeskreis getroffen haben, so kann ich nur sagen, Sie und Herr *Middelhauve* haben sich ja mit anderen Freunden auch an einen Tisch gesetzt und mit anderen Parteien. Es ist besser, Herr *von Rechenberg,* wir sprechen uns hier offen aus, das grenzt an Parteiverrat. So lange ich mich mit Freunden unserer Partei zusammensetze, ist das etwas ganz anderes, und es ist für eine liberale Partei unmöglich, daß man so die Leute vor den Kopf stößt. Sie, Herr *Euler,* werden auch nicht die Stimmen finden, die Ihnen recht geben, in den einzelnen Landesverbänden werden sich die Leute absprechen. Es ist

doch nun einmal gesagt worden, wenn Du das und das nicht machst, dann mußt Du die Konsequenzen ziehen. Das darf es nicht geben. Ich bin entsetzt, daß man da als Landesvorstand kein Wort der Entschuldigung findet. Vielleicht sind wir Frauen doch zu naiv, daß wir glauben, daß eine Verständigungsmöglichkeit in unserer Partei gegeben sein muß. Wir sind doch angeblich Freunde, Herr *von Rechenberg*, und wie kann man einen Freund ausschließen, nur weil er in einer Linie abweicht!

BLÜCHER: Wir müssen uns auf den Kernpunkt konzentrieren, das andere wird sowieso den Parteitag füllen. Wir werden die Fragen freie Wahl der Delegierten und Zahl der Delegierten zu Ende diskutieren.

MAYER: Zum ersten Punkt möchte ich bemerken, daß einer der Herren vielleicht so gut sein möge, und den einschlägigen Passus aus dem Brief von Dr. *Ilau*[8] vorliest.

RADEMACHER: Ich wollte es geschlossen machen.

MAYER: Im übrigen halte ich den Hauptausschuß für nicht befugt, sich über einen Parteitagsbeschluß hinwegzusetzen. Der Hauptausschuß hatte den Auftrag, lt. Münchener Beschluß einen neuen Modus vorzuschlagen. Er hat den Auftrag nicht erfüllt. Ich halte ihn nicht für berechtigt, sich einem Auftrag zu entziehen, und bin der Meinung, daß, wenn man Einsprüche und Krawall vermeiden will, entsprechend den Beschlüssen von München diese Wahlen durchführen soll. Herr *Blücher* hat gemeint, es seien gute Gründe, zahlreiche Gründe gewesen. Ich war mal wieder nicht dabei. Ich kenne die Gründe nicht. Aber es liegt doch nahe, entschuldigen Sie, wenn ich in einige Fettnäpfchen hineintrete, daß man mit Hilfe der nach den früheren Bestimmungen gültigen Stimmen den Vorstand im Sinne einer bestimmten Richtung ganz einseitig besetzen will. Es soll mir niemand übelnehmen, wenn ich das zur Kenntnis gebe. Was ich am Bodensee erfahren habe, und wer die Einheit der Partei will, führt dazu, daß man einen bestimmten Tatbestand schaffen möchte oder einen Kurswechsel der Partei erstrebt und die neuen Satzungsbestimmungen erst dann in Kraft treten lassen will, wenn sich der Wandel vollzogen hat.

Meine Damen und Herren, was hier versucht wird, das beschwört die Gefahr der Spaltung, und wer sich daran beteiligt, muß sich darüber klar sein und trägt die Verantwortung.

MIDDELHAUVE: Ich will nicht darauf eingehen, daß Anständigkeit bewahrt und Krawall vermieden werden soll. Ich möchte nur eins hoffen, daß diese Worte nicht auf dem Parteitag gebraucht werden. Ich bitte den Vorsitzenden, daß wir uns Zeit nehmen, diese Dinge nochmal durchzusprechen. Ich halte mich an das, was der Parteivorsitzende fordert, die Klärung der Frage: Auftragsgebundenheit oder Freiheit der Delegierten. Wie ist es mit den Delegiertenrechten nach dem Hauptausschußbeschluß in Bonn?

Ich glaube, wir brauchen nicht darüber diskutieren, daß in unserer Partei Delegierte nicht an Aufträge gebunden werden sollten und nicht werden, und ich

8 Siehe Anm. 9.

muß *Rechenbergs* Frage wiederholen, daß Herr *Rademacher* von Landesverbänden gesprochen hat. Um welche Landesverbände handelt es sich? Ich erkläre hiermit, daß die Delegierten des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen an keinen Auftrag gebunden sind und auch nicht versucht worden ist, unsere Delegierten zu binden. Ich erkläre weiter, daß unsere Delegierten genau auf der Grundlage unserer Landesverbandssatzungen ausgewählt worden sind. Ich bitte Sie, sich in die Satzungen zu vertiefen. Ich wiederhole die Frage: Welche Landesverbände sollen es sonst noch sein? Das muß geklärt werden. Ich bin weiter der Auffassung, daß *Euler* sich zu Wort melden muß, um die Vorwürfe, die in der sehr krassen Form gegen ihn erhoben worden sind, aufzuklären.

Betr. Antrag Baden-Württemberg: Wir haben uns stundenlang in Bonn auf der Hauptausschußsitzung mit dem Problem der Delegiertenrechte beschäftigt. Ich habe sehr deutlich gesagt, daß der Hauptausschuß das so spät tut, einem Auftrage des Parteitages München so spät folgt, ist tief bedauerlich, ist unglaublich; aber es ist so, wenn jemanden die Schuld trifft, so trifft sie uns alle, uns Vorstandsmitglieder. Es lag an uns, den Auftrag von München so schnell durchzuführen dadurch, daß wir auftragsgemäß Richtlinien für den Satzungsausschuß ausarbeiteten, daß der Satzungsausschuß sehr schnell funktioniert hat, daß dann der Satzungsausschuß dem Hauptausschuß rechtzeitig vor Beginn des Parteitages seinen Vorschlag machen konnte. Wenn nämlich der Hauptausschuß vor acht Wochen seinen Beschluß gefaßt hätte, dann hätte termingerecht sein Beschluß sich auswirken können oder müssen für diesen Parteitag in Ems, für die Festlegung der Delegiertenziffern. Dies wäre wünschenswert gewesen. Da das nicht geschehen ist, mußte der Hauptausschuß zu der Entscheidung kommen, wir verabschieden zwar auftragsgemäß diesen neuen Paragraphen der Satzung, müssen uns aber dahin bescheiden, daß die Anwendung des neuen Paragraphen 7 für den Parteitag in Ems aus Termingründen, aus Gründen, die sonst in der Satzung liegen, nicht möglich ist. Er konnte zu keinem anderen Ergebnis kommen. Es ist nicht möglich, ein Versäumnis der Vergangenheit aufzuholen.

Ich bedauere, daß ich es für unmöglich halte, daß der Parteitag den Beschluß des Hauptausschusses, der mit Mehrheit gefaßt wurde, ordnungsgemäß zustande kam, über den Haufen wirft und entsprechend dem Antrage des Landesverbandes Baden-Württemberg handelt, zumal der Antrag nicht termingerecht eingereicht worden ist. Das ist alles nicht möglich. Wenn wir einmal Satzungen haben, stehen wir unter dem Gesetz der Satzung und haben uns einzuordnen. Deswegen bedauere ich sehr, daß nunmehr diese Diskussion erneut aufgerollt wird und wir in die Gefahr geraten, heute nicht mehr ordnungsgemäß und ausreichend über die beiden Anträge auf dem Parteitag zu sprechen. Das wollten wir schon in Bonn tun, und es ist nicht geschehen, und der Parteitag fängt morgen nachmittag an. Wenn wir da nicht als Vorstand mit einer gewissen Konzeption auf den Parteitag gehen, dann glaube ich, könnte das Interesse der Öffentlichkeit an dem Parteitag, das nicht nur aus Freundlichkeit kommt, könnte dieses Interesse sehr übel bekommen, und dann könnte die Partei einen Schaden erleiden, der durch tausend satzungsmäßige Überlegun-

gen nicht gutgemacht werden kann. Ich bitte darum, daß wir uns nicht mehr mit Problemen aufhalten, die durch ordnungsmäßige Beschlüsse durch das hierzu bestellte Gremium erledigt sind, und weiter darum, diese Probleme nicht mehr zu diskutieren. Ich muß festhalten, daß wir gebunden sind an den Beschluß des Hauptausschusses und nicht mehr nach dem Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg verfahren können, und ich bitte jeden dringend, es nicht zu einem Krawall auf dem Parteitag kommen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß wir diesen Parteitag – das war unsere Absicht in Bonn sowohl im Vorstand und im Hauptausschuß – nicht belasten mit Debatten wie heute abend. Dies darf sich nicht in einer Verschärfung auswirken, zumal es von untergeordneter Bedeutung ist, weil wir das Politische dort durchsprechen wollen.

RADEMACHER: Die Frage des Gewissenszwanges oder der Gewissensfreiheit bzw. des Auftrages, in etwa die gesamte politische Meinung eines Landesverbandes zu vertreten, bleibt selbstverständlich unbestritten. Es fragt sich nur, mit welchen Mitteln man dieses Ziel erreicht. Wenn man einen Landesverband durch Überzeugung an eine Linie bindet, soweit das mit dem Gewissen vereinbar ist, ist es gut. Aber zu diesem Punkt bin ich leider verpflichtet, einen konkreten Beitrag zu liefern, daß sich zumindest in einem Landesverband diese allgemeine Auffassung nicht durchgesetzt hat. Ich bin von Dr. *Ilau* autorisiert worden, von dem Auftrag Gebrauch zu machen, und wir kommen nicht weiter, wenn wir nicht offen sprechen (verliest den Brief von Dr. *Ilau*).[9] Das ist der eine Punkt, von dem wir glauben, daß es so nicht geht.

Der zweite Punkt ist die Frage, ob die Ziffern § 7 richtig angewandt worden sind. Es sind alle Landesverbandsvorsitzenden hier, und alle wissen, was es bedeutet, einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern zu gewinnen. Das mag hier und da möglich sein, aber Ziffern, wie sie hier bekannt geworden sind, ein Anstieg von 11 800 auf 28 242 Mitglieder innerhalb so kurzer Zeit[10] halte ich für höchst unwahrscheinlich nach meinen eigenen Erfahrungen und auch nach Aussprache mit anderen Freunden aus unserer Partei. Ihr zustehender Landesvorstand mag das beschlossen haben, aber ich kann es nicht für richtig ansehen, wenn man zwei Delegierte vorschlägt und der Vorstand wählt dann von den Vorgeschlagenen einen aus. Und zur Frage Beschlußfassung des Hauptausschusses: Es ist zweifelhaft, ob der Hauptausschuß in der Lage war, diesen Beschluß zu fassen. Ich bin überzeugt, wenn der Hauptausschuß diese Hintergründe gekannt hätte, dann hätte er dem Antrag nicht zugestimmt.

MENDE: Sie bringen den Prüfungsausschuß in eine peinliche Situation. Wenn dieser mit dem Wahlrecht beginnt, ist der Parteitag bereits gescheitert. Sie

---

9 *Ilau* an *Blücher* vom 17. 11. 1952, NL Blücher 103. Hierin der Vorwurf an die Adresse *Eulers*, in den Parteigremien der hessischen FDP am 15. 11. 1952 eine einheitliche Stimmabgabe der hessischen Delegierten für den Bundesparteitag festgelegt zu haben: a) in programmatischer Hinsicht („nationale Sammlung"); b) für die Wahl des Bundesvorstandes mit *Blücher* (1. Vorsitzender), *Euler, Leuze, Onnen, Frühwald, Entholt* und (mit Einschränkung) *Schwennicke* als weitere Vorstandsmitglieder. Eventualvorschläge: *Mende* und *Schneider*.

10 Diese Ziffern beziehen sich auf den Landesverband Nordrhein-Westfalen. Die Angaben nach dem Brief *Mayers*, Anm. 6.

können kaum erwarten, daß er da die Unterschiede richtig bringt, zwischen Delegiertenzwang und Disziplin klarlegt. Er muß in kurzen Worten berichten und hoffen, daß sich keine Diskussion auslöst, denn dann ist der Punkt 1 noch nicht begonnen, und es scheitert bereits an den Formalien.

Ich möchte daher einige technische Vorschläge machen. Der Fall *Ilau* läßt sich nicht in diesem Gremium lösen, sondern auf dem Beschwerdeweg über das Ehrengericht. Es wird Satzungen geben, die *Ilau* die Möglichkeit bieten, sich gegen die Art des Vorgehens zur Wehr zu setzen. Einen anderen Weg als den Disziplinarrechtsweg sehe ich nicht. Wir haben jetzt keine satzungsmäßige Möglichkeit, uns mit dem Fall *Ilau* zu beschäftigen.

Ich glaube, daß der Parteitag souverän ist und jede Art des Wahlmodus und der Delegiertenberechnung akzeptieren könnte. Mein Vorschlag [ist], daß die Landesverbandsvorsitzenden eine schriftliche Erklärung abgeben, denn der Prüfungsberichter muß etwas in der Hand haben, daß die Delegiertenauswahl im Sinne des Landesvorstandes stattgefunden hat. Über die Dinge hinwegzugehen, halte ich nicht für möglich, sehe ich nicht und betone, daß sonst der Parteitag am Prüfungsbericht scheitert.

RADEMACHER: Es gibt den Ausweg, [die §§] 11 und 14[11] anzuwenden, wenn man will.

EULER: Geehrte Parteifreunde, als ich vorhin zum Fall *Ilau* sprach, kannte ich den Brief noch nicht, mit dem er sich an den Parteivorsitzenden gewandt hat und von dem er mehrere Abschriften gegeben hat, und zwar an: *Schäfer, Dehler, Wellhausen* und *Bleek*. Ich muß feststellen, daß dieses Verfahren inkorrekt ist. Wenn Herr Dr. *Ilau* sich über irgend etwas beschwert gefühlt hätte, wäre er verpflichtet gewesen, sich beschwerdeführend an den Landesvorsitzenden oder Vorstand zu wenden. Wir haben von der Schilderung, die er gegeben hat, keine Kenntnis gehabt. Ich habe erst eben wegen eines sehr schätzenswerten Verhaltens von *Dehler*, der mir Abschrift gab, Kenntnis von dem Inhalt bekommen. Immerhin, den Inhalt dieses Briefes kannte ich bis eben nicht, so daß ich zu der Schilderung von *Ilau* vorhin noch nicht Stellung nehmen konnte. Aber bereits dieses von Herrn *Ilau* gewählte Verfahren der Mitteilung zeigt, daß Herr Dr. *Ilau* eine Schilderung gegeben hat, die den Tatsachen nicht entspricht. Er hat eine gefälschte Schilderung gegeben, die darauf angelegt ist, einen bestimmten, und zwar dem Landesverband Hessen und dem Verhalten seines Landesvorstandes, seines Landeshauptausschusses und seiner Delegierten abträglichen Eindruck zu vermitteln.

Was sagt der Brief? Um zunächst einmal das Problem ganz klar abzugrenzen, dieser Brief behauptet nicht, daß die Delegierten des Landesverbandes Hessen (23) nicht nach demokratischen Methoden gewählt wären. Herr Dr. *Ilau* sagt vielmehr, daß die Delegierten, die auf dem Alsfelder Parteitag für Hessen gewählt wurden, das und das getan haben. Es handelt sich um auf einem Parteitag einwandfrei gewählte Delegierte des Landesverbandes Hessen. Die demo-

11 Bezieht sich auf die neue Satzung: Zusammensetzung und Stimmberechtigung des Parteitages und Hauptausschusses.

kratische Legitimation dieser Delegierten kann in keiner Weise bestritten werden. Es handelt sich darum, daß Herr Dr. *Ilau* freiwillig auf seine Delegiertenеigenschaft verzichtet hat, das sagt er selbst. Durch diesen freiwilligen Verzicht war für uns die Notwendigkeit gegeben, einen Ersatzdelegierten zu bitten, und wir haben das durch freie Wahl in den Organen getan. Einen Parteitag konnten wir nicht mehr einberufen. Die Frage, die entsteht, ist: Ist ein Ersatzdelegierter für Dr. *Ilau* legitimiert? Sie ist zu bejahen, denn wir sind in die Notwendigkeit gekommen, einen Ersatzdelegierten zu benennen, nachdem Dr. *Ilau* verzichet hat.

Wie ist es nun zu dem Verzicht von Dr. *Ilau* gekommen? Dazu ist es nicht gekommen aufgrund des Vorganges, den er schildert, sondern aufgrund eines anderen. Wie ich vorhin schon sagte, wurde in der gemeinsamen Sitzung des Landesvorstandes und des Hauptausschusses sowie der ordnungsgemäß vom Parteitag gewählten Delegierten zur Sprache gebracht, daß Herr Dr. *Ilau* an einer Besprechung teilgenommen hat, die stattfand zwischen Parteifreunden mit dem Ziele, einen Vorstand durchzusetzen, der den politischen Intentionen der ganz überwältigenden Mehrheit des Landesverbandes Hessen zuwiderläuft. Es ergab sich über diese Tatsache, von der Herr Dr. *Ilau* auch keinerlei Mitteilung gemacht hatte, eine sehr unfreundliche Stimmung gegen Dr. *Ilau*, und aus dieser Atmosphäre heraus hat er sich entschlossen, auf seine Delegierteneigenschaft zu verzichten. Es hat ihn niemand genötigt, niemand gesagt: Verzichten Sie! Er hat den Schluß aus Tatsachen, die er selbst gesetzt hatte, freiwillig gezogen. Und ich muß sagen, es ist ein starkes Stück, wenn jetzt Herr Dr. *Ilau* uns zum Vorwurf macht, daß wir bestimmte Vorstellungen über die wünschenswerte Zusammensetzung eines neuen Vorstandes zur Bedingung gemacht hätten. Wie will er das rechtfertigen, daß er uns, der überwiegenden Majorität, zum Vorwurf macht, was er selbst getan hat, nur mit dem Unterschied, daß wir es offen tun und *Ilau* seltsame Wege beschreitet, wodurch seine Wertschätzung in Hessen gesunken ist? Er hat einen Eindruck in unserem Kreise erweckt, der außerhalb seines tatsächlichen sonstigen Verhaltens steht, daß er aufgrund eines Vertrauens, welches er bei uns hatte, sich Kenntnis von Tatsachen verschafft, die er nur unter dieser Voraussetzung erlangen kann. Von daher wird ihm ein moralischer Vorwurf gemacht. Das muß ich zunächst zur Klarstellung des Sachverhalts sagen.

Die Schilderung von *Ilau* entspricht nicht den Tatsachen, und daß das, was ich sage, richtig ist, liegt in der Tatsache, daß er den Brief, den er *Blücher* geschrieben hat, nicht auch mir zur Kenntnis gebracht hat, so daß ich bis vor einigen Minuten keine Kenntnis davon hatte. Er wußte genau, wenn mir der Inhalt rechtzeitig bekannt wird, ich sofort eine Gegenschilderung gegeben hätte, und dann wäre es ja an der Zeit, die zu fragen, die an der Sitzung teilgenommen haben. Es mag sein, daß *Ilau* überzeugt ist, daß seine Schilderung richtig ist, ich kann aber nur sagen, daß die überwältigende Mehrheit der Sitzung einen anderen Eindruck hatte und daß er bei der Schilderung wie bei der politischen Meinung, die er vertritt, allein dasteht. Das mag für ihn ein deprimierender Tatbestand sein, daß der gegen eine völlig geschlossene einheitliche Meinung gestanden hat, und das war keine Befehlsmeinung, denn wir haben über

alle Fragen sehr ausführlich diskutiert. Bei uns geht es nicht so zu, daß *Euler* hinkommt, bestimmte Meinungen vertritt und dann alles „Ja" sagt. Bei uns wird Stunde um Stunde um die richtige Meinung gerungen, meistens mit dem Ergebnis, daß wir uns dann zu einem Standpunkt zusammenraufen. Ich muß das alles hier sagen, da *Ilau* ein Verfahren eingeschlagen hat, das darauf angelegt war, einen nachteiligen Eindruck in Hessen zu erzeugen. Das muß ich zerstören, da es nicht der Wahrheit entspricht.

Wir haben sehr ausführlich diskutiert und haben dann abgestimmt in voller Freiheit, und dabei hat sich ergeben, daß *Ilau* mit seiner Meinung völlig allein stand. Es kann die demokratische Legitimation der 23 Delegierten nicht bestritten werden und auch nicht die der Ersatzdelegierten. Diese Benennung wurde notwendig durch den freiwilligen Verzicht von *Ilau.*

Und noch ein Wort zu dem Problem, das erneut aufgeworfen worden ist, ob die Satzungsänderungen schon für diesen Parteitag gelten sollen. Wir haben am 9. 11. in Bonn in beiden Gremien, Vorstand und Hauptausschuß, sehr sorgfältig die Dinge durchgesprochen und sind nach reiflicher Überlegung zu dem Beschluß gekommen: Wohin sollen wir denn kommen, wenn wir in einer Sitzung Beschlüsse fassen und uns in der nächsten schon wieder mit anderen Beschlüssen, also neuen Beschlüssen befassen?

Blücher: Es ist von Herrn *Euler* selbst zugegeben worden, daß man Herrn *Ilau* den subjektiven guten Glauben zuerkennen muß. Wenn diese Feststellung von ihm selbst getroffen wird, müssen wir zugeben, daß es nicht irgendeiner war, sondern ein Mann, der Erfolge zu verzeichnen hatte. Wir sollten von dieser persönlichen Sache, soweit sie persönlich ist, absehen, denn sonst können wir überhaupt nicht mehr diskutieren. Ich halte ihn für durchaus berechtigt, mir diese Mitteilung zu machen.

Euler: Das habe ich nicht bestritten, nur gerügt, daß er mich nicht in Kenntnis gesetzt hat.

Blücher: Wir müssen doch auf die Dinge lossteuern.

1. Wir haben Ihre Erklärungen, daß Ihre Delegierten ordnungsgemäß gewählt worden sind.

Punkt 2, um den es geht, ist die Ungebundenheit des Mandats.

3. Ich bin da anderer Ansicht, ich kann natürlich eine Aussprache mit Gesinnungsfreunden, von denen ich die Überzeugung habe, daß sie dasselbe politische Ziel für erstrebenswert halten, herbeiführen. Das sollten wir hier nicht strittig machen. Das Recht ist gegeben.

Herr *Rademacher* hat ausdrücklich gesagt, daß er und alle anderen Landesverbände dafür sind, daß jeder das vortragen kann, was seine politische Ansicht ist. Entscheidend ist die Aufrechterhaltung der freien Ausübung des Votums ausschließlich nach dem eigenen Gewissen. Damit sollten wir nun jetzt doch wirklich von diesem persönlichen Thema abgehen, aber an den Grundsätzen festhalten.

Rechenberg: Im Hinblick auf den Antrag *Haußmann* bin ich der Meinung, daß er widerspruchsvoll ist und in der Luft hängt. Es ist hier gesagt worden,

daß bestritten wird, daß ein Hauptausschuß diese Regelung beschließen könnte. Hier wird aber verlangt, daß nicht der Hauptausschuß, und zwar ein geringeres Gremium, Beschlüsse zur Abänderung des Beschlusses des Hauptausschusses faßt. Es ist hier etwas Falsches gesagt worden. Der Hauptausschuß hat in seiner Sitzung vom 9. 11. beschlossen, daß die neue Bestimmung in Kraft tritt. Der Hauptausschuß hat nicht neue Satzungen beschlossen, nachdem vorher Einmütigkeit darüber vorhanden war, daß diese neuen Satzungsbestimmungen erst zukünftig gemacht werden sollen. Ich frage, wie stellt sich Herr *Haußmann* die Erfüllung der ersten Seite vor?

BLÜCHER: Das betrifft nur die Delegiertenzahl. Wie stellt er sich das vor, sollen wir nach den neuen Satzungen mit acht Delegierten für Württemberg abstimmen lassen, und hier wird dies für Württemberg auf vier Delegierte beschränkt!?[12] Er kann also nicht verlangen, daß die neuen Satzungen maßgebend sind. Es wird hier etwas verlangt, daß also ein kleineres Gremium Beschlüsse des Hauptausschusses abändert. Der Beschluß des Hauptausschusses war von Voraussetzungen getragen. Dies entfällt jetzt. Es ist kein satzungsändernder Beschluß des Hauptausschusses zustande gekommen. Wir haben uns aus politischen Interessen und im Interesse der Gesamtpartei auf diese Regelung geeinigt. Unter Zurückstellung der Rechtsfrage, daran möchte ich erinnern. Wenn hier die Rechtsfrage aufkommt, stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, stimmberechtigt sind die uns angeschlossenen Vertreter unseres alten Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern, nicht aber die Vertreter der Neugründung. Es ist mündlich und schriftlich erklärt worden, wir können nicht fusionieren. Es ist also eine Neugründung, mit der sich Württemberg-Baden [gemeint: Württemberg-Hohenzollern] und Nordrhein-Westfalen bisher nicht einverstanden erklärt haben. Wenn wir die Rechtsfrage machen, dann kommen wir wieder in die neue Situation. Wir sollten mit der sinnlosen Diskussion aufhören im Interesse des Parteitages. Ich möchte Herrn *Haußmann* bitten, es zu unterlassen, die getroffene Regelung aufzuheben. Dies würde nur zum Auseinanderfallen der Partei führen. Wir können die Diskussion noch endlos fortsetzen und kommen zu keinem Schluß.

Ich muß sagen, wir müssen versuchen, im ganzen beim Thema zu bleiben und keine neuen Argumente reinzubringen.

DEHLER: Es wäre schön, wenn diese Aussprache sinnlos wäre, sie ist es aber nicht, sie wird geführt mit gutem Grund. Es geht um eine Machtentscheidung auf diesem Parteitag. *Euler* hat es klar gesagt, daß er in seinem Landesverband einig geworden ist, und auch andere haben sich ähnliche Gedanken gemacht. Wir haben also einen Machtkampf in unserer Partei, und man muß wohl sagen auf Grundlagen, die zweifelhaft sind, mit technischen Mitteln, die einer Überprüfung nicht standhalten. Wir haben Überprüfung gewünscht, weil wir wissen, die Dinge sind nicht in Ordnung, weil wir wissen, daß Delegiertenzahlen angegeben sind, die nicht richtig sind. Das geht doch nicht, daß mit solchen Mitteln der bisherige Vorstand geändert wird. Das ist doch das Problem. Wir

12 Zur Debatte über die Delegiertenfrage betr. Baden-Württemberg für den Parteitag siehe Nr. 24.

haben in Bayern niemals eine Abstimmung geschaffen, unsere Delegierten konnten sich immer frei entscheiden. Ist das noch eine Partei, wenn die Delegierten als Stoßtrupp kommen? Wie sehen die Dinge aus in den einzelnen Landesverbänden? Die Minderheiten sind unter den Tisch gebügelt worden. Ich komme herum im Lande, ich habe mit unseren Parteifreunden gesprochen, sie klagen, sie sind kaltgestellt, sie haben nichts mehr zu sagen. So ist es in den Landesverbänden, wenn man ein Haupt um die Partei ausficht. Kann man das, wenn wir der Überzeugung sind, die Delegierten beruhen nicht auf richtigen Zahlen? Eine solche Grundlage ist doch hoffnungslos, da kann man nicht mittun.

Warum sollten wir mit wirklich gutem Willen die Dinge nicht in Ordnung bringen können? Ich erinnere an Goslar(?)[13] Wir haben einen wilden Kampf ausgefochten, haben einen Beschluß gefaßt und haben danach gewählt. Der Vorstand ist nicht berechtigt, etwas zu ändern, er kann nur einen Antrag machen. *Ilau* ist schließlich nicht irgendwer, er ist in wirtschaftlichen Dingen eine Kapazität, ob seine politische Einsicht sehr groß ist, weiß ich nicht, aber er ist kein Schuft, der irrige Angaben macht. *Ilau* war gestern bei mir in Bonn und hat sehr erregt mit mir gesprochen; *Hammer* war dabei. Ich habe aus dem Benehmen von *Hammer* keine Verneinung der Vorwürfe herausgehört. Wie stellen Sie sich den Parteitag vor? Ich habe das Gefühl, es ist hoffnungslos. Ich sehe nur eine Möglichkeit: Wir kämpfen auf diesem Parteitag über Personen nicht. Ich weiß, wir muten damit manchem viel zu. Wir beschließen im Vorstand, wir bejahen diesen Vorstand bis zur nächsten Bundestagswahl. Ich will nicht, daß Sie so ohne weiteres akzeptieren, beraten Sie über diesen Vorschlag, aber sonst ist alles hoffnungslos. Ich weiß, daß damit manche Wünsche resignieren müssen, aber wenn wir uns die Voraussetzungen der Wahl vor Augen führen, sehe ich nicht, wie wir zu einem Erfolg kommen sollen. Wir haben Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei, und wir müssen in dreiviertel Jahren wählen. Ist es zeitgemäß, jetzt diesen Machtkampf durchzuführen? Ist es nicht das Wichtigste, die nächsten Bundestagswahlen zu gewinnen? Der Kampf soll nicht untergehen, er muß ausgetragen werden. Tragen wir nach dem Bundesparteitag die Dinge auf anständige Weise aus. Sonst bricht ein Unglück über unsere Partei hinein, und es geht mit uns mehr zugrunde als nur die Partei.

BLÜCHER: Es wird geglaubt, Entscheidungen herbeiführen zu können, indem der Parteitag in der bisherigen Zusammensetzung beschließen soll, es gilt eine neue Satzung. Sie wollen also eine angeblich kämpferische Entscheidung so treffen, und hinterher eine zweite kämpferische anders. Ich vermag keine Logik mehr zu sehen. Wir können trotzdem an einem Punkt nicht vorbei, näm-

13 Bezieht sich sehr wahrscheinlich auf den Parteitag der DP in Goslar am 18. 10. 1952, auf den auch in der Presseberichterstattung über den FDP-Parteitag in Bad Ems wiederholt Bezug genommen wurde. Im Verlauf des DP-Parteitages war es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem sog. Hellwege- und dem sog. Seebohm-Flügel gekommen, die dann jedoch beigelegt werden konnten. Am Ende des Parteitages stand die Bestätigung *Hellweges* im Amt des 1. Vorsitzenden. AdG 1952, S. 3703 A. Der folgende Satz im Dokument müßte dann grammatikalisch richtig mit „Sie" beginnen.

lich auf die Einigung unter uns selbst. Sonst geht es nicht gut. Das war der Schlußsatz. Daran denken wir offenbar nicht.

MIDDELHAUVE: Ich muß zunächst auf die Frage eingehen von Herrn *Rademacher*, die den Landesverband Nordrhein-Westfalen betrifft.

1. Die Zahl der Mitglieder: Wir haben am 28. 7. 1950 erstmalig Mitgliederzahlen gemeldet und ein halbes Jahr später [die] Mitgliederzahl von 28 500. Wir haben inzwischen festgestellt, wie ist es mit den Mitgliederziffern bei den Kreis- und Bezirksverbänden. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 825 000 Wählerstimmen erreicht und wenn ich 28 500 Mitgliederzahlen dem gegenübersetze, glaube ich nicht, daß der Prozentsatz als unnatürlich angesehen werden kann, wenn z. B. Bayern 9 162 Mitglieder hat. Da glaube ich, kann man annehmen, daß der Landesverband Nordrhein-Westfalen durchaus im Rahmen des gesunden Ausgleiches liegt. Ich betone auf jeden Fall, daß ich davon überzeugt bin, daß meine Hauptgeschäftsstelle keine falschen Zahlen genannt hat, und ich kann im Augenblick nur diese Erklärung abgeben.

Was die Wahl der Delegierten angeht, so weisen unsere Landessatzungen [in] § 16 ff. Abs. 2 wohl darauf hin, daß die Wahl der vom Landesverband zu bestellenden Delegierten zum Parteitag der Gesamtpartei durch den Landesausschuß erfolgt. Ist es nicht möglich, werden die Delegierten durch den Landesvorstand gewählt. Dr. *Dehler*, wenn das undemokratisch ist, müssen wir die Satzungen abändern. Ich darf fortfahren. Ich bin es gewesen, der immer wieder gesagt hat, wir müssen Rahmensatzungen für die Landesverbände schaffen. Weshalb haben wir es nicht getan? Hätten wir sie, dann wären diese Grundlagen einheitlich gewesen. Solange wie in den einzelnen Landesverbandssatzungen diese Bestimmungen stehen, wobei ich nicht anerkenne, diese Satzungen als undemokratisch zu bezeichnen, solange hat der Landesverband das Recht, hiernach zu verfahren.

DEHLER: Es steht im § 7 Abs. 3 der Bundessatzung, die Wahl der Vertreter hat nach demokratischen Grundsätzen zu erfolgen. Satzungsbestimmungen der Bundespartei gehen den Bestimmungen der Landesverbände vor.

BLÜCHER: Wie *Middelhauve* gesagt hat, ist die Wahl der Delegierten durch den Landesausschuß nicht nötig, es werden die Delegierten des Landesverbandes durch den Landesvorstand gewählt.

MIDDELHAUVE: Ich darf feststellen, der Landesvorstand wählt diese Delegierten nicht einfach nach dem Recht dieser Satzungen aus eigener Machtvollkommenheit und eigenem Ermessen, sondern in Nordrhein-Westfalen besteht die rechtliche Grundlage, daß die Kreisverbände die doppelte Zahl der auf sie entfallenden Delegierten dem Landesausschuß vorschlagen und dann der Landesvorstand das Recht hat, aus diesen Vorschlägen zu wählen. Nun fragt sich, weshalb hat nicht der Landesausschuß, sondern der Landesvorstand in diesem Falle die Auswahl vorgenommen. Und zwar deswegen, weil wir im Wahlkampf gestanden haben und es nicht möglich war, den aus ungefähr 80 Personen bestehenden Landesausschuß zusammenzurufen. Ich behaupte, daß die Wahl auf der Grundlage der Vorschläge der Kreisverbände den Satzungen entspricht und nicht als undemokratisch bezeichnet werden kann. Sollte das die

Auffassung sein, wäre es nötig, gegen die Satzungen Einspruch zu erheben und zweckmäßig, gemäß meinem gemachten Vorschlag Rahmensatzungen für die Landesverbände als verpflichtende Grundlagen zu erarbeiten. Solange das nicht der Fall ist, stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Auswahl der Delegierten von Nordrhein-Westfalen nicht angefochten werden kann.

LEVERENZ: Ich dächte, wir wären heute zusammengekommen, um endlich das zu tun, was wir dringend nötig haben, uns über politische Dinge und die Vorbereitung zum Bundesparteitag zu unterhalten. Deswegen habe ich alles möglich gemacht, um hier zu sein. Vieles, was hier vor sich geht, habe ich nicht erwartet. Ich glaube, wir sind in einer akuten Gefahr. Ich glaube, wir überspitzen die Dinge. Diese letzte Diskussion, die eben entstanden ist, dürfte nicht entstehen. Es ist richtig – ich habe mir die Satzungen von Nordrhein-Westfalen angesehen –, daß diese Bestimmung unter Umständen Bedenken auslösen kann, aber es fiel das Wort der mittelbaren Demokratie. Schließlich ist der Vorstand demokratisch gewählt und Repräsentation. Man kann das Recht aus demokratischen Grundsätzen herleiten. Bei uns wählt der Hauptausschuß die Delegierten. Das ist ein genügend großes Gremium. Das, worauf es ankommt, ist: Halten wir uns an die letzte Hauptausschußsitzung? In der letzten Sitzung hat *Leuze* folgende Erklärung abgegeben:

„. . ."[14]

Bei mir wird das Problem, daß nun zwei Leute aus der Oppositionsgruppe gewählt werden, nicht akut, denn nach unseren Bestimmungen kann ich die Leute selbst bestimmen. Wir haben uns alle damit einverstanden erklärt und zugegeben, daß das demokratisch sei. Wir haben das damals hingenommen, und wenn wir das getan haben, dürfen wir die Bestimmung von Nordrhein-Westfalen nicht überspitzen und sagen, es wäre undemokratisch. Wir müssen uns nach meiner Ansicht mit dem Beschluß des Hauptausschusses abfinden. Wir können nicht sagen, rein und dann wieder raus! Das ist zwei Minuten vor dem Parteitag nicht möglich. Es ist doch so, daß der Beschluß des letzten Hauptausschusses der Bestätigung des Parteitages bedarf, denn die Vollmacht von München ging dahin, daß der Hauptausschuß die Änderung des Schlüssels vornehmen sollte. Das hat er für den morgigen Parteitag nicht getan. Wir sind auseinandergegangen damit, daß der Parteitag der Kern der Demokratie ist und diesen Beschluß fassen kann. Mit einfacher Mehrheit. Er kann dies tun, wie wir es aus § 10 hergeleitet haben. Der Antrag *Haußmann* besagt, daß für die Wahlen der neue Schlüssel zugrunde gelegt werden soll. Das geht praktisch nicht. Die Dinge, die in Hessen passiert sind, gefallen mir nicht. Ich bitte zu prüfen, ob nicht der Weg von *Dehler* geradezu eine geniale Lösung ist.

HAUSSMANN: Ich schließe an *Leverenz* an. Wir sind uns einig, daß wir schon lange gewünscht hätten, Ruhe im Vorstand zu haben, um die politischen Dinge zu diskutieren. Ich muß an *Leverenz* als Parteifreund und Jurist appellieren dürfen. Es müssen doch zuerst die politischen und vertrauensmäßigen Voraussetzungen geschaffen sein, die Satzungsfragen überflüssig machen, und wenn

14 Bezieht sich auf die Äußerungen *Leuzes* in Nr. 24.

diese Voraussetzungen leider noch nicht geschaffen sind, dann ist etwa ein Gremium, wie wir es sind, dazu verdammt, in Klausur sich darüber klar zu werden, wie wir die Dinge ausbügeln, ohne unser Gesicht zu verlieren. Ich darf *Euler* erwidern, er hat sich zu der Frage *Ilau* geäußert, und sie ist Gegenstand dessen, was das Entscheidende ist, die Frage der Instruktion an die Delegierten. Ich stimme *Dehler* hinsichtlich *Ilau* zu. Die Dinge sind aber gerade in Hinblick darauf, daß ein Mann wie *Ilau* – ich bin *Blücher* für das Wort Gewissensnot dankbar –, um den es sich handelt, und wir sind es ihm und *Euler* schuldig, die Dinge auszuräumen und zu klären. Das können wir und das müssen wir.

Ein Vorschlag zur Geschäftsordnung: Wir machen eine Pause und werden uns darüber schlüssig, ob die Landesvorsitzenden mit ihren Landesverbänden die Dinge vorbesprechen. Wir können dann morgen früh im Gesamtvorstand die Verhandlungen unter Verwertung des bisherigen Ergebnisses fortsetzen, und wir können *Ilau,* der in Ems anwesend ist, bitten, vor uns zu erscheinen, und ich stelle den Antrag an *Bezold,* sich zu seiner Darstellung und zu der Gegendarstellung von *Euler* zu äußern. Diesen Antrag stelle ich und bitte abzustimmen.

Weiterhin möchte ich Herrn *von Rechenberg* bezüglich des Widerspruchs meiner Anträge folgendes sagen: Ich habe angenommen, daß Sie, auch wenn wir persönlich und politisch nicht übereinstimmen, anerkennen, daß seit Essen . . .(Satz nicht beendet)

(Zwischenruf *von Rechenberg* unverständlich)

Unsere Anträge sind aufgrund eines einstimmigen Beschlusses unseres Landesverbandes und unserer Delegierten in Stuttgart gefaßt und stehen in keinem Widerspruch zueinander. Die Bereitschaft, im Vergleichswege, unter Außerachtlassung von [§] 6, 2, 2[15] ist nach einem Wunsch von *Dehler* auf dem Traifelberg[16] erfolgt. Wir stehen vor der pflichtgemäßen Frage gegenüber dem Gesamtvorstand, wie wir diese Sache im Sinne der Erhaltung der Gesamtpartei politisch behandeln. Und mit diesen Dingen befaßt sich unser Antrag auf Seite 1. Wir glauben, daß die Anerkennung von [§] 11 und [§] 14 durch den Parteitag in Ems und die Anwendung der neuen Fassung, wie sie Bonn beschlossen hat, das kleinere Übel ist gegenüber einer Diskussionsfrage *Ilau* und gegenüber der Frage, ob 11 000 Mitglieder oder 28 000. *Dehler* hat zu diesen Dingen eindeutig gesprochen. Wir glauben, Herr *von Rechenberg,* daß diese unguten Gefühle für uns alle am leichtesten, am saubersten und am elegantesten überwunden werden, wenn wir beantragen, in Abweichung vom Beschluß [von] Vorstand und Hauptausschuß so zu verfahren. *Leverenz* und *Mende* haben recht, es ist eine Änderung. Aber ist nicht jeder Landesverband und jeder Vorsitzende berechtigt, über Bonn zu berichten, haben die Vorsitzenden der Landesverbände nicht die Pflicht, über diese Dinge sich zu äußern? Es kann doch nicht

15 Bezieht sich auf die Satzung der DVP: Ausschluß von Parteimitgliedern auf Antrag des Vorstandes durch ein Ehrengerichtsverfahren.

16 Besprechung am 1./11. 1952, siehe Nr. 23, Anm. 19.

so sein, daß wir uns gegenseitig die Absicht der Spaltung vorwerfen oder uns gegenseitig bestätigen, daß wir die Einheit wollen.

VON RECHENBERG: Wie soll denn *Leuze* stimmen?

HAUSSMANN: Ich bin nicht ermächtigt, von einem einmütigen Beschluß unseres Landesvorstands abzuweichen, bitte das nicht gleichzusetzen der Frage einer Weisung an die Delegierten. Das ist unser Standpunkt, und ich wäre dankbar, wenn ich vor der Abendpause über diesen Punkt Klarheit hätte. Ich möchte *Bezold* bitten, sich zu meinem Antrag *Ilau* zu äußern.

BLÜCHER: Es liegen noch vier Wortmeldungen vor. Ich möchte mal versuchen zu überlegen, was werden soll. Das ist die eine Frage. Es geht hier um den Beschluß des Hauptausschusses.

Zweitens um den Antrag von Württemberg-Baden.

Es besteht keinerlei Anlaß, das noch mal im einzelnen zu diskutieren. Wenn die Wahl beanstandet werden soll von Nordrhein-Westfalen, dann hat das zur Folge, daß Nordrhein-Westfalen keine gültigen Delegierten mehr hat, Hessen keine gültigen Delegierten mehr hat.

ONNEN: Wir können doch jetzt nichts mehr daran ändern. Es ergibt sich doch die Frage: Wie sollen die Delegierten, die mehr sind, gewählt werden? Das setzt doch voraus, daß ordnungsgemäß Delegiertentage einberufen werden.

Es wird versucht zu behaupten, wir kämen zu einer besseren Demokratie bei der neuen Wahl der Delegierten. Es ist ein rechtlicher Tatbestand der Unmöglichkeit. Sie können die Delegierten nicht mehr ergänzen.

Im übrigen möchte ich Ihnen von meinem Landesverband sagen, daß bei uns keine Aufregung darüber gewesen ist, wie demnächst der Vorstand gewählt werden soll. Ich erkläre Ihnen im Auftrage von Niedersachsen, daß wir nicht in der Lage sind, so und so viele Delegierte zurückzuschicken. Ich glaube allerdings nicht, daß der Parteitag so ernste Formen annimmt, wenn wir bereit sind, die angenommenen Sachen durchzuführen.

EBERHARD: Wenn wir noch zwei Stunden diskutieren, sind wir genauso weit. *Dehler* hat einen Vorschlag gemacht, auf den wir eingehen sollten. Es geht hier um einen Machtkampf. Um die Dinge abzubiegen, gibt es keinen anderen Ausweg.

BEZOLD: Ich habe die unangenehme Aufgabe, die Dinge vom rein rechtlichen Standpunkt zu untersuchen und darzulegen. Von unserer Entscheidung wird es abhängen, ob die Leute von den anderen Parteien, die bereits Wetten abschließen, ob wir platzen, die uns angrinsen, die sagen, „nun, Sie gehen ja das letzte Mal nach Bonn bzw. zu einer Zentralpartei", ob die recht haben oder nicht. Darüber müssen Sie sich klar sein, daß an den offenen Türen bereits die anderen stehen. Und die vielen, die morgen kommen, die hoffen alle, daß die Partei zerbricht, die Partei, die nach den letzten Erfolgen den Anspruch hat, eine große und führende Partei zu werden.

Die Dinge sind so, daß ein Appell an den guten Willen erfolgen muß. Juristisch kann man es niemandem verbieten, bestimmte Einwendungen zu machen, die zweifellos vorhanden sind. Wir sind bald so weit, daß jedem Landes-

verband vorgeworfen wird, daß die Delegierten, die er geschickt hat, nicht klar sind im Sinne der Satzung. Es belastet uns immer wieder, daß die Delegierten nach einer Ziffer gewählt werden, die nicht nachzuprüfen ist, weil wir keine Zentralkartei haben. Daß dieser Zustand nicht so schnell geändert wurde, das liegt nicht am Satzungsausschuß, sondern an einer Reihe von Entwicklungen. Herr *Middelhauve,* Ihre Erklärung, die Sie abgegeben haben, ist so verstanden worden, daß die Delegierten nach mittelbarer Wahl gewählt sind. Nach Grundlage der Demokratie hätten die Verfassungsgerichte zu befinden, und es besteht kein Zweifel, daß sie das tun würden, daß sie unmittelbar zu wählen sind. Eine Wahl ist dann unmittelbar, Herr *von Rechenberg,* wenn der Wahlkörper, der sie zu bestätigen hat, vorkommt, eine Partei, die in Wahlkörper eingeteilt ist. Ich möchte noch einmal sagen, das wäre eine Angelegenheit, die nur die Verfassungsgerichte zu entscheiden hätten, und, Herr *Middelhauve* wird mir recht geben, wenn es zu dieser Entscheidung käme, dann wäre es ein Widerspruch mit unseren Satzungen. Was demokratische Grundsätze sind, steht in Deutschland und in Europa fest. Die Satzungen der Zentralpartei gehen den Satzungen der Landespartei vor. Man könnte sagen, die Delegierten sind nicht ordnungsmäßig gewählt.

Herr *Euler,* wenn Sie sagen, daß die Differenzen mit *Ilau* zurückgehen auf die Besprechung in Frankfurt, so muß ich sagen, daß jeder Besprechungen haben kann, so viel er will, aber es darf nicht gegen die Grundsätze der Partei gehen. Wenn es wahr ist, daß den Delegierten gesagt wurde, Ihr müßt die Folgerungen tragen, dann wäre das unwirksam. Es hätte keinen Sinn, *Ilau* hierher zu bitten. Wir müßten ein Verfahren aufziehen, das lange dauert, und wir wüßten nicht, ob wir die Wahrheit erfahren. Wenn aber *Leverenz* sagt, es sind andere Instanzen da, um diese Dinge zu klären, dann muß ich sagen, daß dann hier Beschlüsse gefaßt werden, und eine andere Instanz sagt dann, dieser Parteitag war nicht richtig besetzt. Sie haben gehört, daß mit dem Lande Baden-Württemberg Schwierigkeiten angemeldet worden waren, alles Dinge, die uns bekannt sind, alles Dinge, die die neuen Satzungen zu klären versucht haben. Es ist bedauerlich, daß die neuen Satzungen noch nicht für diesen Parteitag angenommen werden. Er könnte es tun, aber es würden sich Spannungen und Mißlichkeiten ergeben, und es würde uns noch schwerer, die Partei zusammenzuhalten. Wir werden es bei dem Beschluß des Hauptausschusses belassen müssen, und es hat der Hauptausschuß nicht die Möglichkeit, wenn er erst so sagt, jetzt wieder anders zu sagen. Aber wenn in einer solchen Sache aus formalen Gründen Dinge nicht gemacht werden können, dann ist es eigentlich das Logische, daß man sie auch sachlich nicht ändert, sondern sie läßt, wie sie sind. Nachdem die neuen Satzungen nicht angenommen werden können und neue Delegierte nicht festgelegt werden können und es gleichgültig ist, wer im Vorstand sitzt und wir nur ein Ziel haben, die Bundestagswahl gut durchzuziehen, sagen wir, nach den neuen Satzungen muß der neue Vorstand gewählt werden. So ist es nicht, daß, weil die Delegierten für morgen nicht richtig gewählt sind, deswegen kann sich der Parteitag nicht auf den Standpunkt stellen, andere Satzungen annehmen. Dann könnte ja keine Partei die Satzungen ändern. Es ist morgen ohne weiteres möglich zu sagen, wir wollen über die Satzungen nicht

sprechen, aber wir können auch nicht groß über die Wahl sprechen. Wir können formal die Dinge nicht ändern, infolgedessen ändern wir sie auch nicht sachlich. Dann wird uns kein Mensch Unlogik vorwerfen können, das ist eine durchaus natürliche Sache. Wir haben dann das eine erreicht, alle Böswilligen werden mit langen Gesichtern abziehen. Und wenn das Ganze ein Machtkampf ist, dann können ruhig die Kämpfer den Kampf weiterführen, und sie haben dazu die Möglichkeit bis zu der Neuwahl nach den neuen Satzungen. Sie können dann ihre Mitglieder und die Mehrheit der Partei überzeugen, daß ihre politische Auffassung die bessere ist. Und wenn sie dann die Mehrheit haben, dann haben sie sie auf saubere Art. Das wäre ein Vorschlag, der tragbar wäre. Der Vorschlag kann deshalb gemacht werden, weil wir uns immer und immer bei allen Besprechungen darüber einig waren, daß es ungesund ist, die Delegiertenwahl nach Ziffern zu treffen, die nicht durch eine Zentralkartei festgestellt sind. Auf andere Bedingungen können wir sie nicht stellen, also lassen wir die Dinge, wie sie sind.

(Pause)

[DISKUSSION ÜBER DEN ABLAUF DES PARTEITAGES – INNERPARTEILICHE AUSEINANDERSETZUNGEN]

BLÜCHER: Bitte *Rubin.*

RUBIN: Meine lieben Parteifreunde! Wir wollen mal versuchen, uns vernünftig über die derzeitige Situation zu unterhalten. Es steht fest, daß alles, was wir morgen evtl. beschließen können oder wollen, angefochten werden kann, und da der entschlossene Wille anscheinend doch vorhanden ist, alles anzufechten, um gewisse Ergebnisse des Parteitages zu erzielen, scheint es mir nicht richtig, nun irgendwie andere Dinge zu überlegen. Von dieser Situation müssen wir ausgehen.

Meine Damen und Herren! Es wäre falsch, nun eine juristische Diskussion durchzuführen, sonst müßten wir uns auf den Boden der Tatsache stellen, den der eine bedauern und der andere begrüßen wird. Ich sehe keine andere Situation als diese. Wenn ich daran denke, daß wir im Falle Württemberg-Hohenzollern deutlich erklärt haben, wir wollen keine juristischen Dinge machen, so müssen wir nach meiner Auffassung dies auch hier anwenden.

Ich bin der Ansicht, wenn dieser Parteitag stattfinden soll, denn er platzt sonst an allen anderen Fragen vor Beginn, dann müssen wir m. E. jetzt uns die Zeit und Ruhe nehmen, nicht im Augenblick weiter zu diskutieren, sondern uns mit den Freunden zusammensetzen, um eine Lösung zu finden, die den Parteitag ermöglicht, und ich sehe diese Möglichkeit nur, daß wir jetzt wirklich aufhören, weiter zu diskutieren – die Fronten verhärten sich dadurch nur noch mehr –, daß wir uns jetzt zusammensetzen und überlegen: Ist der Vorschlag von *Dehler* möglich oder finden wir noch einen besseren? Es scheint mir notwendig, daß wir einen Kompromiß suchen. Worum geht es weiter? Ich glaube, jede Seite lebt in der Vorstellung, die andere Seite sollte total geschlachtet werden. Wir sollten versuchen, eine Lösung zu finden, sei es die von *Dehler,*

sei es die andere Sache. Ich stelle formell den Antrag, daß wir die Diskussion schließen und uns zuerst stärken und hinterher weiter über die wichtigen Fragen uns absprechen, allerdings im Kreise der Vernünftigen, und die sollte es doch auch noch unter uns geben. Wir sollten uns also zusammensetzen und dann wieder weiterberaten.

BLÜCHER: also Abbruch der Sitzung und Fortsetzung um 9.30 Uhr. Es darf doch nicht zu Kampfwahlen kommen. Es darf nicht so sein, daß wir Leute wählen, die dann hinterher bei der Zusammensetzung des Vorstandes erklären, ich trete zurück. Das sind Eventualitäten, die sich bei Kampfwahlen abzeichnen.

VON RECHENBERG: Den alten Vorstand bestätigen, das geht nicht, das machen die Delegierten nicht mit.

[BLÜCHER:] Wollen wir in der Zwischenzeit eine andere Sache behandeln? Herr Dr. *Schneider* hat kein Visum bekommen. Er kann seine Erklärung nicht abgeben. Ich habe Herrn Dr. *Ungeheuer* als den besten Sachkenner gebeten festzustellen, ob wir nicht im Vorstand oder in der Öffentlichkeit eine bekannte Persönlichkeit hätten, einen Saarländer. Das ist nicht der Fall. Wir hoffen aber, morgen vormittag den Wortlaut der von Dr. *Schneider* beabsichtigten Erklärung zu haben. Es ist die Frage: Wer soll die Erklärung bekanntgeben oder dazu sprechen?

Er schickt sie, der Fall ist abgesprochen.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich will versuchen, den heute begonnenen Komplex bald zu einem Ende zu bringen. Wir werden sonst unvorbereitet in den Parteitag gehen und stehen vor Überraschungen, die wir nicht übersehen können. Wir stehen, das beweist eine Meldung, die heute abend über den UKW-Sender ging, vor derartigen Überraschungen. Es handelt sich um eine Auseinandersetzung innerhalb Baden-Württemberg und zum anderen um die von der FDP betriebene Annäherung zur Deutschen Partei. Diese Meldung gibt die Wahl Dr. *Middelhauves* zum ersten Vorsitzenden durch, und u. a. sollen die hessischen Delegierten verpflichtet worden sein, sich dafür einzusetzen.

Wie kommt diese Meldung an den Rundfunk? Wenn wir uns vor Augen halten, was kann geschehen, wenn der Parteitag schon an dem Prüfungsbericht scheitert, an der Delegationsgrundlage? Da kann es m. E. nur eins geben, an der einzigen Rechtsgrundlage festzuhalten, und das ist die bisherige Satzung, darüber besteht kein Zweifel. Das kann nicht bestritten werden, auch nicht bestritten werden durch den Beschluß des Hauptausschusses, der ja ausdrücklich dahin ging, daß die Abänderung sich auf diesem Parteitag noch nicht auswirken sollte. Ich darf nochmals unterstreichen, daß die Rechtsgrundlage lediglich die des Hauptausschusses sein kann, wie sie auf dem Parteitag in Bremen beschlossen wurde.[17] Es sollte deswegen im Vorstand darüber Einigkeit herrschen, daß dies nicht angezweifelt wird.

---

17 Im Juni 1949. Zur damaligen Diskussion über die Satzung im Bundesvorstand siehe Nr. 5 b.

Wir sind alle der Auffassung, daß die Rechtsgrundlage der Delegiertenerrechnung nach § 7 als satzungsänderungsnotwendig angesehen wurde, aber leider nicht rechtzeitig zum Zuge kam. Deswegen müssen wir diese Frage zurückstellen bis zum nächsten Parteitag. Die Hauptsache der Auseinandersetzung betrifft die Vorstandswahlen, erstens, daß die Rechtsgrundlage nicht gegeben ist und die Mitgliederzahlen angezweifelt werden. Wir haben uns alle darüber unterhalten und sind uns darüber einig, daß die bisherigen Unterlagen nicht einwandfrei sind, aber die von uns mitgeteilte Zahl von 29 000 stimmt. Auch dagegen, daß bei uns die Delegierten nicht demokratisch gewählt worden sind, muß ich mich verwahren. Ich kann mich darauf berufen, daß die Wahl aufgrund ordnungsgemäß verabschiedeter Satzungen erfolgte. Wir sollten uns um so mehr nicht darum streiten, als wir im vergangenen Jahr nach dieser Delegiertenziffer gewählt haben, und da war keine Einseitigkeit zu verzeichnen. Wenn wir uns jetzt an die Rechtsgrundlage der bisherigen Satzung halten, haben wir erstens keinen einseitigen Willkürakt vorgenommen, sondern uns an das gehalten, was uns bisher als Rechtsgrundlage vorgelegen hat und auch bisher zu Ergebnissen geführt hat, die nicht als einseitig zu betrachten sind. Nun die Verpflichtung aufgrund der Satzung, daß wir den Vorstand neu wählen müssen. Der Vorstand muß jedes Jahr neu gewählt werden. Ich sehe mich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, dem Vorschlag zuzustimmen, und muß mich auf die einwandfreie Rechtsgrundlage, wie sie gegeben ist, berufen. Ich beantrage, daß als Grundlage unserer Entscheidungen zur Durchführung des Parteitages diese Satzung Anwendung findet.

BLÜCHER: Damit sind wir da, wo wir aufgehört haben.

DEHLER: So geht es nicht, Dr. *Middelhauve*, die Voraussetzungen, die Anwendung dieser Satzung, sind nicht gegeben. Sie haben uns selbst gesagt, daß in Nordrhein-Westfalen die Delegierten überhaupt nicht gewählt werden. Bei Ihnen werden die Delegierten vom Bezirksverband vorgeschlagen und hieraus bestimmt. Dann kommt hinzu, daß wir das Gefühl haben, daß die Angabe der Mitgliederzahlen bzw. der Aufstieg – und das ist bisher nicht bestritten worden – von 11 700 auf 28 242 nicht ganz richtig ist.

VON RECHENBERG: Es ist von *Euler* klar gesagt worden, man tritt zu einem Kampf an um die Macht in der Partei. Wir sollten uns doch nicht aufregen über Dinge, die nicht stichhaltig sind, und zwar die Delegierten von Nordrhein-Westfalen.

BLÜCHER: Es hat keinen Zweck, daß wir da in dieser Linie weiter fortfahren, wir kommen wieder in das alte Fahrwasser zurück. Es geht doch einfach um die folgende Sache. Wir sind in dem gegenwärtigen Zustand leider Gottes in der Lage, daß jeder anfechten kann.

(Pause)

MIDDELHAUVE: Sie stellen mich als Betrüger dar, Herr *Dehler.*

DEHLER: Wenn wir beharren auf einem Rechtsstandpunkt, den wir für zweifelhaft halten, so können wir nicht paktieren. Ich bin wenig interessiert. Aber *Euler* hat doch gesagt, wir treten zu einem Kampf an innerhalb der Partei.

BLÜCHER: Ich kann dann anfechten, wenn mir das erstemal Gründe für den Zweifel gegeben erscheinen. Das ist eine Rechtstatsache. Es ist hier von dem allgemeinen Unwillen die Rede gewesen. Herr *von Rechenberg,* ich muß Ihnen sagen, daß Sie anderen den Vorwurf gemacht haben, gegen den Sie sich wehren. Entweder wir finden einen Ausweg, oder wir finden keinen Ausweg. Wenn wir keinen Ausweg finden, dann sollten wir darauf verzichten, hier zu erscheinen und einen Parteitag machen zu wollen. Es ist uns mit einer derartigen Kampfstimmung nicht gedient. Dahinter würde nicht die Partei stehen, dann wäre der Bruch endgültig.

DEHLER: Ist das Ihr letztes Wort, *Middelhauve?* Es ist doch nichts Unvernünftiges, was wir vorgeschlagen haben.

LÜDERS: *Bezold* hat klar aufgezeigt, wo die Gefahr liegt. *Middelhauve* hat ein unmißverständliches Nein zu dem Vorschlag gesagt. Damit ist beinahe die Möglichkeit einer Verständigung nicht mehr gegeben. Ich beschwöre Sie, sich eine Erinnerung wieder zurückzurufen: 1931/32 – ein ganz schwerer Machtkampf ist das damals gewesen in der DDP, die damals eine neue Partei, die Staatspartei, schaffen wollte. Die DDP ging dabei kaputt, und die anderen kamen nicht zum Ziel, und das war die Aufstiegsleiter für die NSDAP. Wir sind nahe dabei, diesen Weg wieder zu beschreiten.

RUBIN: Ich glaube, wir müssen uns über folgendes klar sein: Der größte Teil unserer Wähler will die jetzt drohende Spaltung nicht, und ich glaube, auch wir wollen das gleichfalls nicht, das will niemand von uns. Ich hoffe, daß es niemand will, und trotzdem laufen die Dinge mit einer erschreckenden Eigendynamik, wie wir sie alle nicht wollen. Entweder wir suchen einen Kompromiß, und wenn wir ihn in einer Stunde nicht gefunden haben, muß weitergesucht werden, denn die Wähler erwarten nicht die Sprengung, sondern ein Ergebnis. Ich bin der Ansicht, daß wir uns nicht auseinanderdiskutieren sollten und eine Lösung finden müssen. Ich bitte Sie, vielleicht auch noch etwas anderes zu überlegen.

Es herrscht doch Klarheit darüber, daß wir die politische Aussprache unter allen Umständen haben müssen. Der Vorsitzende soll in einem breit angelegten Referat die Grenzen abstecken, in denen wir uns alle noch zu Hause fühlen können. Wäre es nicht vielleicht überlegenswert, eben diese politische Aussprache über die Bühne gehen zu lassen, ohne vorher irgendwelche Delegierten oder so etwas Ähnliches anzufechten und zu versuchen, nachdem wir die Aussprache gehabt haben, ob wir uns nicht mittlerweile doch irgendwie in irgendeiner Hinsicht gefunden haben und notfalls nochmals, um Zeit zu gewinnen, das im Augenblick fast unlösbar erscheinende Problem der Vorstandswahl unter neuen Aspekten aufzugreifen. Es gibt zwei Möglichkeiten, entweder heute abend hier zu einem Kompromiß zu kommen oder die politische Klärung erst herbeizuführen, und daß wir uns dann darüber klar werden, was hat dann nun

hinsichtlich der zukünftigen politischen Repräsentanz der Partei zu geschehen.

RADEMACHER: Das ist also so zu verstehen, daß durch diese Hinausschiebung vorher keine Abstimmungen über politische Fragen erfolgen sollen.

BLÜCHER: Ich habe es mir so vorgestellt, diese Frage bewußt, meine Freunde, frühestens am Freitag mittag akut werden zu lassen, um zunächst den Parteitag sich in Ruhe abwickeln zu lassen. Ich halte mich für verpflichtet, daß es zu der von der Öffentlichkeit geforderten Abklärung der Linie kommt. Diese Linie klärt sich nicht in Resolutionen, sondern zuerst in der Gesamthaltung, die sich zu den Grundfragen, um die gestritten wird, ergibt. Es gibt zunächst politische Grundfragen, wo wir wenig auseinander sind. Zum zweiten einen Kampf um die organisatorische Macht, dem ich verständnislos gegenüberstehe. Ich sage das mit Härte, weil dieser Kampf um die Macht, um die hier gestritten wird, auseinanderfällt. Ich sage das mit Härte, und zwar aus der Frage heraus, die ich zu stellen habe. Nämlich die des verhängnisvollen Berichtes in „Christ und Welt" über die Äußerungen des Herrn *Huisgen*[18], eines Bediensteten der Partei, der kein Recht hat, politische Erklärungen abzugeben, Erklärungen, die dazu angetan sind, unsere ganze außenpolitische Situation total zu verderben. Herr *Huisgen* hat erklärt, die DP sei zu klein, aber die FDP sei groß genug, und hier sei das beabsichtigte Auffangbecken. Ich habe die Frage gestellt, weil sie zur Abklärung der Dinge für alles andere die Voraussetzung ist und entscheidend ist. Das politische Verhalten und Handeln einer Partei wird nicht von der Organisation bestimmt, sondern das politische Handeln wird von der Parteilinie bestimmt, darüber wollen wir uns klar sein. Diese Aussprache sollte zuerst stattfinden. Ich hätte auf jeden Fall auch den Bericht des Wahlprüfungsausschusses frühestens auf den Freitag nachmittag gestellt. Ich hätte Ihnen im Laufe des Abends hierüber auch noch berichtet. Nun wird das alles unmöglich gemacht, weil sich alles auf einen einzigen Punkt konzentriert. Ich muß ehrlich sagen, ich glaube nicht, daß wir bei dem augenblicklichen Stand der Diskussion heute abend weiterkommen. Ich glaube wirklich, daß es notwendig ist, sich die Dinge im einzelnen zu überlegen.

Nun noch ein anderes. Ich sage das mit allem Ernst, meine Freunde. Ein Mehrheitsergebnis, hinter dem der Wähler steht, das ist etwas sehr Wesentliches. Ich bin der Ansicht, wir sollten jetzt versuchen und den festen Vorsatz

---

18 Artikel unter der Überschrift „‚Rechts ran' – Parole von Niedersachsen" auf Seite 4 von CHRIST UND WELT, 5. Jg., Nr. 46 vom 13. 11. 1952. Hierin auch die Wiedergabe eines Interviews mit *Huisgen* (im Artikel Huisken), in dem er sich wie folgt geäußert hatte: „Nur wir sind in der Lage, uns geistig mit den SRP-Leuten auseinanderzusetzen, denn bei uns sind noch mehr aktive Parteigenossen von früher als bei denen. Um eine Radikalisierung aufzufangen, müssen die SRP-Leute assimiliert werden [...]. Die Idee des Liberalismus entspricht nicht mehr unserer Zeit; es geht um die nationale Sammlung, die uns – wenn es sein muß mit Hilfe der Leute der SRP – aus der demoralisierenden Situation des Kolonialstaates zu einer bodenständigen deutschen Politik führt. Die Deutsche Partei kann diese Funktion niemals erfüllen, denn sie ist föderalistisch. Wir aber sind die Träger des Reichsgedankens." Im Hinblick auf Baden-Württemberg fiel die Äußerung: „So wie zur Weimarer Zeit geht es nicht mehr. Nicht wir sind die Spalter unserer Partei, die unbelehrbaren Liberalen sind es."

haben, morgen abend erneut zusammenzukommen und in Ruhe weiterzuberaten. Wir müssen uns eben dann mit der Verantwortung belasten, einen Versuch, der mit so viel Opfern gebracht wurde, scheitern zu lassen. Es kommt darauf an, was der Wähler beschließt, der Wähler ist der Kern der Partei. Da dürften wir dann ein böses Erwachen erleben, noch dazu in einem Augenblick, in dem die Wahlergebnisse von Nordrhein-Westfalen, in dem die Steigerung von Rheinland-Pfalz, wir sind dort etwas über 20% gekommen[19], also in einem Augenblick, wo wir sehen, daß wir standkräftig sind, in einem solchen Augenblick zerschlagen wir alles. Ich mache diesen Vorschlag nur, weil ich ein noch weiteres Auseinanderleben sehe in dieser Situation.

HAUSSMANN: Der Appell von Frau *Lüders* war das Eindrucksvollste, und sie hat leider nur zu recht mit dem, was sie als historisch für die jetzige Situation gesagt hat. Ich kann erklären, daß die Freunde von Baden-Württemberg, soweit sie anwesend sind, bereit sind, auf die Linie *Dehler/Bezold* zu treten unter der Voraussetzung, daß die politischen Fragen, wie vorgesehen, auf dem Parteitag ausdikutiert werden, daß aber keine politischen Entscheidungen durch den Parteitag im Wege der Beschlußfassung erfolgen und daß auch die Wahlen in der Form durchgeführt werden, daß Einigkeit darüber herrscht, daß der bisherige geschäftsführende Vorstand im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl noch einmal bis nach der Bundestagswahl wiedergewählt wird. Wir könnten uns aber auch mit dem Vorschlag *Rubin*, der hier zur Abstimmung steht, einverstanden erklären, indem wir nämlich versuchen, den Verlauf der politischen Aussprache am morgigen Nachmittag abzuwarten, und uns dann am morgigen Abend nach der Pause wieder zusammenfinden, um die Dinge von Freitag hier zu behandeln, und zwar mit einem größeren Abstand. Es ist sonst die Gefahr, daß wir uns sonst auseinanderreden, während wir das, was Frau *Lüders* gesagt hat, beschlafen sollten. Wir sollten uns darüber einig sein, daß so lange keine Abstimmungen politischer [Art] oder Wahlabstimmungen stattfinden, bevor wir uns nicht über den Modus geeinigt haben. Ich kann für Baden-Württemberg die grundsätzliche Annahme in Aussicht stellen.

[BLÜCHER:] Ich habe die Rednerliste gewissenhaft vorgemerkt, auch habe ich den Geschäftsordnungsantrag *Rubin* vorgemerkt, den ich unterstützen möchte. Zunächst möchte ich aber einige Worte von dem Manne hören, von dem ich bemerken will, daß ich mich mit ihm in der Pause nicht eine Minute unterhalten habe, ich möchte dazu gerne seine Ansicht hören. Ich möchte letzten Endes bemerken, daß ich Wert darauf lege, daß wir ihn hören. Dann bitte ich, noch meinen Stellvertreter in dieser Angelegenheit kurz zu Wort kommen zu lassen. Wir müssen uns nämlich die ganzen Dinge mit ausreichendem Ernst und dem Blick auf das Ganze überlegen.

---

19 Das Ergebnis für die FDP in den Kommunalwahlen am 9. 11. 1952 war: Nordrhein-Westfalen: 12,6 %; Rheinland-Pfalz: 16,1 %. Für Niedersachsen sind genaue Angaben nicht möglich, da Kandidaten der bürgerlichen Parteien vielfach auf gemeinsamen Listen kandidierten. AdG 1952, S. 3732 A.

SCHWENNICKE: Die Lage ist so: Wenn man vergleicht, welche Haltung die Bundestragsfraktion zu entscheidenden Fragen angenommen hat, so konnten wir immer feststellen, daß trotz Differenzen, die aufgetreten sind, die Fraktion nie auseinandergefallen ist. Und das ist auch der Grund der Erfolge in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz. Wir vergessen immer und unterschätzen immer, daß die FDP nicht nur die Hoffnung für Tausende, sondern für Millionen von Menschen ist, und es wäre nicht einzusehen, daß wir nicht in der Lage sein sollten, dahin zu kommen, daß wir Differenzen nach der persönlichen Seite insoweit zurückzustellen vermögen, daß wir uns überwinden, das Sachliche in den Vordergrund stellen und das Persönliche zurückstellen. Ich weiß nicht, wie man glaubt, mit einer Vorstandswahl die Richtung der Partei bestimmen zu können. Wenn dieser Vorstand mit einer knappen Mehrheit durchgesetzt wird, dann kann dieser Vorstand nie das Vertrauen der Wähler besitzen. Wir haben oft und oft darüber gesprochen, daß wir das breite Spannungsfeld der Partei haben wollen. Aber wir wollen das. Ich glaube, wir kennen uns doch und sollten darauf hinaus, wenn differenzierte Meinungen vorhanden sind, diese Meinungen auch im Vorstand sich auswirken zu lassen. Dann haben wir eine Spitze, die Vertrauen erweckt, auch bei denen, die sonst mißtrauisch werden. Ich habe, Herr *Middelhauve,* sehr bedauert, als Sie sagten, für uns gibt es nur die Rechtsgrundlage. Wenn aber die andere Seite nun sagt, wir bestehen darauf anzufechten?

MIDDELHAUVE: Ich habe gesagt, wir haben nur eine Rechtsgrundlage, auf die müssen wir uns stellen.

SCHWENNICKE: *Bezold* hat gesagt, rechtlich ist die Grundlage da. Es wird niemand leugnen können, daß ein starkes Mißtrauen zwischen verschiedenen Landesverbänden vorhanden ist, und das wird sich auswirken zum Schaden der Partei. Die Vorschläge, die gemacht worden sind, um über die Spannung hinwegzukommen (Verlegung der Vorstandswahl), wäre eine Möglichkeit, die Partei zusammenzuhalten. Aber der Vorschlag von *Blücher,* heute abend nicht zu definitiven Entscheidungen zu kommen und diese Aussprache morgen fortzusetzen, wird uns vielleicht etwas weiter bringen. Wenn mich *Blücher* darauf angesprochen hat, wie die Dinge von außen aussehen, so muß ich folgendes sagen:

Wir, die wir den Kontakt mit den Menschen drüben haben, wissen, daß dort die Vorstellung besteht, die FDP wird einmal die Partei sein, die uns aus unserem Elend herauslöst. Wenn die Partei nicht mehr zusammenhält, so wird eine Hoffnungslosigkeit dort drüben entstehen, weil man sagen wird, mit den bürgerlichen Parteien ist nichts mehr zu machen. Ich schließe mich deshalb der Auffassung an, die persönlichen Dinge zurückzustellen und von der sachlichen Seite her zu versuchen zusammenzukommen. Dann werden wir auch zu einem Wahlergebnis kommen, daß kein Teil sich als überfahren betrachtet. Wir sollten dem Vorschlag, der zuletzt gemacht worden ist, folgen, sollten Fragen der Wahl des Vorstandes nicht mehr diskutieren heute abend und die politische Aussprache führen. Versuchen wir morgen noch einmal zu diskutieren, ob wir dann nicht über die Gegensätze hinwegkommen. Eine Lösung muß möglich

sein, die Gegensätze sind nicht so unüberwindlich groß. Eine Partei kann nicht an Vorstandswahlen scheitern.

BLÜCHER: Meine Freunde! Erstens weise ich auf die Ihnen vorliegende Grußbotschaft aus der SBZ hin.[20] Sie ist zu unserer eigenen Überraschung gebracht worden. Sie wissen, was es für uns für einen Kampf gekostet hat, allmählich die FDP wieder neben der SPD in den Vordergrund zu schieben. Ich möchte sagen, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen – ich sitze weit genug von *Haußmann* weg, um einen Verdacht aufkommen zu lassen, daß ich mich mit ihm unterhalten hätte –, *Haußmann* hat sich dafür eingesetzt, für eine erschöpfende politische Aussprache, die eine Abklärung bringen soll.

Das alles muß aber doch einmal in der Gesamtaussprache abgeklärt werden und glauben Sie, wir seien bei einem solchen Parteitag in der Lage, etwas anderes als klare Grundsätze zu äußern? Aber wenn ich daran denke, was vorliegt – es liegt vor Nordrhein-Westfalen, Hamburg[21] –, dann glaube ich nicht, daß wir zu einer so abschließenden Formulierung kommen, aber an Hand der Verbalprotokolle nun die sehr einwandfreie Abklärung der politischen Haltung der Partei herbeiführen können. Und es ist Ihnen nur zu einem Teil bekannt, daß wahrscheinlich, und ich persönlich sage leider, ich halte es für ein Unglück, hinter dem nächsten Parteitag im März und den Wahlen ein erheblich längerer Zeitraum liegen wird, als wir angenommen haben. Persönlich habe ich wenig Neigung, den gegenwärtigen Tendenzen zu folgen, die darauf abgestellt sind, am 6. September zu wählen.

(Einspruch: Juni!)

RADEMACHER: Das geht nicht durch das Wahlgesetz: a) wegen des Wahlgesetzes, b) wegen der riesigen Auseinandersetzung über das Wahlgesetz.

BLÜCHER: Es wird bis zum 13. oder 20. Juni nicht gehen, ganz ausgeschlossen, das müssen wir bedenken. Ich wollte nur diese deutliche Klärung. Es soll zu politischen klaren Grundsätzen kommen, wobei ich wiederhole, wir werden entsetzt sein, wie wenig Meinungsverschiedenheiten da sind. Leider geht es jetzt hier um einen Streit über Gültigkeit von Satzungen, über die Einspruchsmöglichkeit und lauter letzten Endes unpolitische Tatsachen.

SCHÄFER: Ich habe bisher geschwiegen. Für mich ist die entscheidende Erkenntnis gewesen, daß in der deutschen Politik es ein Malheur war, daß, wenn die liberalen Richtungen der deutschen Politik sich zerfahren und zerfetzen, daß das ein Unglück für die deutsche Entwicklung ist, das beweist dies seit 1848. Deswegen scheint mir die Zusammenfassung als das Entscheidende, als eine entscheidende politische Notwendigkeit. Ich denke an die außenpolitischen Wirkungen, an die Zeit der verhängnisvollen Situation, an eine Zeit, wo die Kräfte, die den Aufstieg der Bundesrepublik gemacht haben und was in die

---

20 Hinweis auf die „Grußbotschaft der unterdrückten LDP-Freunde aus der Sowjetzone" in: fdk, 3. Jg., Nr. 80 vom 24. 11. 1952.

21 Bezieht sich auf die Entwürfe für ein „Deutsches Programm" (Nordrhein-Westfalen) und ein „Liberales Manifest" (Hamburg). Zum ersteren siehe Nr. 22 b mit Anm. 8. Das letztere abgedruckt in: J. M. GUTSCHER, 1984, S. 316–320.

Verträge[22] hineingeführt hat, Neid und Mißgunst verfolgen. Ich bitte, das zu bedenken, was es bedeuten würde, wenn wir zu politischen Entscheidungen kämen, nun über die politische innere Entwicklung Mißtrauen auszusprechen. Anziehungskräftig ist man am meisten, wenn man nicht zersplittert ist und sich im gleichen Raum bewegt.

Das zweite, die außenpolitische Entwicklung. Es ist schlecht, wenn man sich in solchen Situationen unter machtpolitischen Vorstellungen bewegt, und auch dies ist überhaupt ein Verhängnis. Ich weiß nicht, ob wir das nicht zurückstellen sollten. Wenn man einen Standpunkt behauptet, einen Rechtsstandpunkt, dann bedeutet das im Grunde genommen gar nichts angesichts der Dinge, die ich angesprochen habe, Dinge der politischen Entscheidungen und Gesichtspunkte. Ich weiß nicht, ob wir nicht unter diesen Umständen uns vor die Überlegung stellen sollten: Wie halten wir zusammen, was gemacht worden ist? Wie überwinden wir Diskrepanzen, die seit zwei oder drei Jahren in Erscheinung getreten sind? Wir sollten überlegen, wie kriegen wir eine Politik, die nun, wenn auch dem einen dieses oder jenes nicht paßt, möglichst zusammenfaßt? Wir haben eine Entwicklung gehabt, bei der der eine Laut gibt und der andere dies und jenes äußert. Schön, man gewinnt Publizität, wenn man aus der Reihe tanzt.

Man kann auf zweierlei Weise diskutieren, die Art des Auseinanderlebens und Zusammenfindens. Die juristische Vertretung ist sehr ungeschickt, weil sie so wirkt, daß sie, weil keiner einen Schiedsspruch stellen kann, ergebnislos verläuft. Dadurch verhärten sich nur die Gegensätze. Nun ist aber die Sache so, daß offenbar auf der anderen Seite Anfechtbarkeiten gesehen werden. Es gibt nur eine Lösung, über die Dinge hinwegzukommen, eine politische Situation herbeizuführen. Wir haben die Situation, daß an den Formalitäten mancherlei Widerspruch aufgehängt werden kann. Ich möchte den Vorschlag machen, daß wir alles unter den einen Gesichtspunkt stellen: Wie finden wir in dieser Situation den Ausweg, wie schaffen wir formale Voraussetzungen, die uns wenigstens vor der Situation bewahren, daß am Ende Entscheidungen getroffen werden, die mit formalen Auseinandersetzungen geführt werden?

Wir machen uns wechselseitig kaputt. Ich möchte anregen, am nächsten Tag unter dem Gesichtspunkt der ausgleichenden Lösung ein Gespräch zu betreiben. Wir kommen da nicht nur einer politischen Notwendigkeit nach, wir tun das, was unserer gemeinsamen Gesinnungsgrundlage entspricht.

EULER: Ich finde den von Herrn *Rubin* unterbreiteten Vorschlag ausgezeichnet, daß wir erst am Freitag abend nach der politischen Debatte die Dinge weiter besprechen, die heute hier wieder ausgelöst wurden und von denen ich glaube, daß die Klarheit bereits herbeigeführt worden ist. Ich finde die Lösung ausgezeichnet, weil der Niederschlag bei den Delegierten, um gewisse Veränderungen zu treffen oder nicht, nur entstehen kann aus den politischen Überlegungen, die in der Debatte ausgelöst werden. Nachdem sich heute wieder eine unfruchtbare Unterhaltung ergeben hat, bin ich sehr dafür, daß man zu-

22 Deutschland- und EVG-Vertrag.

nächst eineinhalb Tage Politik macht und die praktische Lösung erst am Freitag hier in diesem Kreis erörtert, um die Eindrücke aus der politischen Debatte zu beurteilen und um zu beurteilen, wie die organisatorischen Fragen am zweckdienlichsten behandelt werden. Ich setze mich also dafür ein, daß wir erst am Freitag uns zu den weiteren Besprechungen zusammensetzen und daß wir vorher in einem guten Stil politisch diskutieren, und zwar mit dem Ziel, nicht nur die Einheit der Partei zu erhalten, sondern sicherzustellen, daß diese Einheit sich manifestiert in einem politischen Kurs, der unserer Partei die Chancen nicht nur erhält, sondern verbessert gegenüber der Vergangenheit. Die ganzen Zweifel und Schwierigkeiten sind dadurch entstanden, daß wir darunter gelitten haben, daß, um einige Redewendungen aufzunehmen, in einer bestimmten Richtung „dauernd aus der Reihe getanzt wurde" und daß es Kräfte in der FDP gibt, die die Partei in die Arme des Sozialismus treiben.

RADEMACHER: Es ist nun wieder alles kaputt.

EULER: Wir sollten der Außenwelt nicht das Beispiel geben, daß wir wegen Satzung usw. nicht zur politischen Diskussion kommen. Die Abstimmungsentscheidungen müssen entsprechend vorbereitet werden.

Zu diesen Vorschlägen noch eines: Damit gut diskutiert werden kann, wäre es richtig, morgen im Anschluß an die Rede *Blücher* nicht sofort in die Diskussion einzutreten, sondern eine Pause zu machen, um dann zu einer wohl abgewogenen Diskussion zu kommen. Man kann sich dann noch eine Zeit lang überlegen, was man zu dem Gehörten sagen will. Die Grundlage muß ja doch erst einmal die Regierungserklärung *Blüchers* werden. Daß dann noch viel am Rande mitzuerledigen ist, ist klar, aber der Kurs der Partei nach außen hin wird morgen festgelegt durch das, was er zu verkünden hat.

Das zweite ist, daß wir die Diskussion übermorgen nicht bis in die späten Abendstunden laufen lassen, sondern daß wir um 17.00 Uhr Schluß machen, damit die Vorstandsmitglieder mit den Delegierten zu sprechen Gelegenheit haben, ehe die Vorstandssitzung beginnt.

BLÜCHER: Ich bin aus meiner Überzeugung von der Notwendigkeit einer erheblichen und gründlichen Aussprache nicht hineingegangen in aktuelle Dinge und habe mich auf das Grundsätzliche beschränkt, so daß die Diskussion ohne Mißverständnisse geführt werden kann. Ich habe dafür Sorge getragen, daß Sie im Schluß den Wortlaut bekommen. Ich habe eine Verpflichtung, ein Bekenntnis eines Mitgliedes der FDP zu Papier gebracht. Sie können sich damit auseinandersetzen, offen, deutlich, wie Sie wollen. Ich habe zur Grundsatzfrage außenpolitischer Art einige Richtsätze formuliert, und wie kommen wir zu einer Staatsjugend, wenn ich diesen Ausdruck mal gebrauchen darf, die nicht im faschistischen Sinne erzogen ist, und am Schluß habe ich in sechs oder acht Sätzen einige Grundsätze eines Programms aufgeführt, also ich bin [so] deutlich im Grundsätzlichen, wie man es nur sein kann. Ich habe es als notwendig erachtet, eine breite Grundlage für die Auseinandersetzung zu schaffen, organisatorisch habe ich dagegen Vorsorge getroffen. In diesem Sinne habe ich zusammengefaßt, damit eine Aussprache ermöglicht wird.

Ich habe deutlich gesagt, ich habe versucht, die Debatte zum Abschluß zu bringen.

HAUSSMANN: Es muß über den Geschäftsordnungsantrag von *Rubin* abgestimmt werden.

LEUZE: Ich halte es für notwendig, sich schlüssig zu werden: Wollen wir über diese Fragen weiter austauschen oder wollen wir uns einig werden, daß das Gespräch abgebrochen wird bis Freitag abend? Hierüber muß Beschluß gefaßt werden.

MIDDELHAUVE: Ich möchte zu dem Antrag erklären, daß es immer und immer wieder unhörbar und auch hörbar durch den Raum geistert, als wenn irgend jemand darauf aus wäre, unsere Partei aufzuspalten. Glauben Sie doch einmal der Versicherung, daß ich und wir alle davon überzeugt sein sollten, daß es niemand will. Das haben wir weder in Essen gewollt[23] – dort war es meine Absicht, die Diskrepanzen zu überwinden –, und dieselbe Absicht haben doch wohl alle unter uns, und es ist nicht recht, wenn von machtpolitischem Streben gesprochen wird. Daß in Ems politische Entscheidungen getroffen werden müssen, ist uns doch klar. Wenn *Schäfer* sagt, das Politische hat uns das Satzungsmäßige nicht erledigen lassen, so war das nicht das einzige. Es ist heute doch wieder so, daß wir über die politischen Vorbereitungen des Parteitages noch nicht sprechen konnten. Wenn *Haußmann* die Erklärung abgegeben hat, daß Baden-Württemberg den Vorschlag *Dehler* annehmen würde und mit einer politischen Diskussion nicht angefochten wird, kann man nicht morgen keine politischen Entscheidungen fällen können. Wir müssen doch einmal zu politischen Entscheidungen kommen, und das ist möglich ohne Aufspaltung der Partei, wenn wir alle eine gewisse Größe des Herzens haben. Allerdings müssen dann viele von uns manches, was aus dem Impuls heraus gesagt und geschrieben wurde, vergessen. Herr *Rademacher,* die beiden Briefe, die Sie geschrieben haben[24], habe ich nicht für richtig gehalten. Wenn wir zu einer einigen politischen Aussprache kommen wollen, müssen wir alle die Absicht haben, diese politische Aussprache ohne Voreingenommenheit und ohne machtpolitisches Streben zu führen. Wir müssen aber wissen, daß diese Aussprache eine Klärung herbeiführen muß.

Zum Vorschlag *Euler:* Wenn *Blücher* morgen sein Referat gehalten hat, ist es zweckmäßig, wenn wir uns dann mit allem auseinandersetzen und überlegen: Wie können wir daraus das Positive gestalten? Aber eine Anfrage: Sie haben Anträge vorliegen, und diese Anträge müssen irgendwie zu einer Entscheidung gebracht werden. Auch der SPD-Parteitag ist zu einer Entscheidung über das

23 Außerordentlicher Parteitag am 13. 7. 1952; dazu die Nrn. 20 a und 20 b.

24 Briefe datieren vom 20. 10. und 10. 11. 1952. Im ersten hatte sich *Rademacher* negativ über das „Deutsche Programm" („neue Harzburger Front") und den „Rednerschnellbrief" geäußert, im zweiten hatte er den Verlauf der Hauptausschußsitzung vom 9. 11. 1952 kritisiert und dabei vor allem auf *Blüchers* uneindeutige Haltung zu den Rechtstendenzen in der Partei abgezielt. Beide Briefe waren an die Bundesgeschäftsstelle gerichtet mit der Bitte, sie allen Mitgliedern des Gesamtvorstandes bzw. des Hauptausschusses zur Kenntnis zu bringen. Erster Brief in: ADL, A 1-29; zweiter Brief in: NL Blücher 280.

SPD-Programm gekommen.[25] Zur Frage der Vorstandswahl dann noch einmal am Freitag abend zu sprechen, scheint mir richtig zu sein, und dem stimme ich zu. Das würde bedeuten, daß man vorher nicht zu einer Entscheidung in dieser Richtung drängt.

BLÜCHER: Wenn wir nach dem Antrag verfahren würden, dann müßten wir uns darüber schlüssig sein, daß wir für den morgigen Abend nach außen hin – das Bild in der Öffentlichkeit ist so wesentlich – eine politische Aussprache der Landesverbände ansetzen. Das wäre eine Notwendigkeit. Wir kämen trotzdem an einer Vorstandssitzung nicht vorbei, damit wir am Freitag abend nicht mit Dingen belastet sind wie Bericht der Prüfer durch den Vorstand, Genehmigung, denn es ist ja unmöglich, daß wir am Samstag hingehen und nicht wissen, was erzählt wird. [Es] müßte eine formale, nicht sachliche Abklärung der Anträge stattfinden.

HAUSSMANN: Wie lange wird Ihre Rede dauern, Herr *Blücher?*

BLÜCHER: Eine Stunde und 50 Minuten.

Darf ich über den erweiterten Antrag *Middelhauve* – eine ausreichende Zeit für die Beschäftigung mit meinem Vortrag – um Wortmeldungen bitten; wer ist für Annahme dieses erweiterten Vorschlages?

RADEMACHER: Meine Damen und Herren! Ich habe den Vorschlag von *Rubin* begrüßt, weil ich ihn für den einzigen möglichen Ausweg sehe. Ich habe ihn aber so verstanden, daß wir zunächst einmal durch eine echte politische Aussprache abgrenzen wollen: Wie weit und wie groß ist denn die Kluft überhaupt? Das scheint mir eine der Voraussetzungen zu sein. Es scheint mir doch so zu sein: Es ist für eine Partei geradezu tragisch, die im Wirtschaftlichen, Sozialen, Kulturellen und Staatsrechtlichen kaum nennenswerte Meinungsverschiedenheiten hat, es derartige organisatorische Meinungsverschiedenheiten gibt.

Nun auf die persönliche Bemerkung. Ich glaube, es war das erste Mal, daß ich aus einer Gewissensnot heraus an einen begrenzten Kreis herangetreten bin.[26] Wenn Sie dagegen die Bilanz der Parteizeitungen ziehen, kommen Sie schlecht weg.

Die Auffassung, wie weit die Delegiertenversammlung berechtigt ist, ist eine Angelegenheit, die erst entschieden werden kann nach der politischen Auseinandersetzung. Das hängt damit zusammen, wie weit diese Dinge auseinandergehen.

Dr. RECHENBERG: Der Antrag von *Rubin* ist sehr angenehm. Wir sind alle müde, es ist schön, man vertagt die Geschichte. Wir wollen mal erst sehen, wie weit wir auseinander sind; wir sind nicht weit auseinander. Die Frage, um die es geht, ist in keiner Weise eine politische Frage: Bleibt der bisherige Vorstand, oder kann ein anderer gewählt werden? Wir haben die Situation, wir gaben die Mitgliederzahlen ehrlich an, und die anderen taten es nicht. Der Be-

25 Siehe Nr. 23, Anm. 27.
26 Siehe Anm. 24.

schluß, auf Wählerstimmen abzustellen, ist nicht durchgeführt worden, und es bleibt nun nichts anderes mehr übrig, als nach der alten Satzung zu wählen. Es hat keinen Zweck, wenn wir jetzt den Antrag *Rubin* annehmen. Wir müssen weiter diskutieren.

BLÜCHER: Antrag *Middelhauve* als weitergehenden zur Abstimmung. Also, in Abweichung von den gestellten Anträgen, nämlich die morgige Sitzung nur für eine Stunde zu unterbrechen, beantragt *Middelhauve* Schluß der öffentlichen Sitzung des Bundesparteitages nach der Rede *Blüchers*. Beginn der Diskussion aufgrund einer Zeit, in der man ausreichend Kenntnis zur Prüfung der Rede hat. Am Freitag die Sitzung möglichst gegen 17.00 bis 17.30 Uhr zu beschließen und dann Fortsetzung der Vorstandssitzung.

Ich hatte gebeten, gleichwohl für morgen abend eine kurze eineinhalbstündige Sitzung festzusetzen wegen des Berichtes der Rechnungsprüfer usw.

Wir müssen die Grundlagen schaffen zu einer Auseinandersetzung im politischen Raum, wir sind eine politische Partei, und da kann man nicht sagen, wir sind wieder da, wo wir waren.

FRÜHWALD: Wenn die politische Aussprache vorbei ist, dann entweder die Beschlüsse gelten lassen oder sie bezweifeln.

VON RECHENBERG: Wir müssen uns an den Beschluß des Hauptausschusses halten. Das kann der Parteitag entscheiden.

DEHLER[27]: Das ist ein politischer Irrtum, Herr *Frühwald*. Ich muß darauf zurückkommen. Was von *Middelhauve* mit Recht bestritten worden ist: daß es sich um die Durchsetzung von Machtstandpunkten handelt. Wenn es sich ergibt, daß politische Differenzen bestehen, dann möchte ich sehen, wer dann noch den Mut hat, den alten Vorstand bestehen zu lassen.

VON RECHENBERG: Ich wette!

BLÜCHER: Mir ist bisher das Wort „alter Vorstand" nicht zu Ohren gekommen. *Dehler* hat das nicht gesagt, um den alten Vorstand zu retten, sondern nur, um ein Platzen zu vermeiden. Um etwas anderes geht es nicht.

VON RECHENBERG: Das ist aber am Samstag das gleiche.

BLÜCHER: Dann ist es nicht zu verantworten, diese Stunden hier zu verbringen. Warum wehren wir uns gegen den ehrlich gemeinten Versuch? Ich habe von der notwendigen politischen Aussprache gesprochen. Mir ist nur zu Ohren gekommen, daß die Leute wissen wollen, wo die FDP in wichtigen politischen Fragen steht.

Die Beschlußfassung soll am Samstag hintereinander weg vorgenommen werden. Es gibt tatsächlich – das muß ich wieder sagen, so sehr mir das widerspricht – in der Politik nur schlechte Lösungen, wenn man die politische Logik betreibt. Das sollte sich jeder vor Augen halten, wenn er an die Logiker von gestern in der Außenpolitik denkt, dann kommt das Entsprechende dabei heraus.

---

27 In der Vorlage irrtümlich „Blücher".

Im wesentlichen ist also der Ablauf einigermaßen gewährleistet, daß wir also zur Durchführung des Parteitages kommen, der heute in Frage zu stehen schien.

Wir müssen allerdings heute abend doch klären – wir kommen da nicht um eine Klärung herum –: Was geschieht mit den der Presse sicherlich bekannten Anträgen politischen Inhalts, die nach der Tagesordnung am Freitag verabschiedet werden müssen und die nicht irgendwie an einen Vorstand verwiesen werden können? Das Problem muß gelöst werden. Ich wäre froh, wenn das ginge.

Bezüglich der Anträge möchte ich Ihnen sagen – ich sage das sehr offenherzig –: Niemals würde ich mehr einem so weitreichenden politischen Antrag wie dem Essener ohne eine Mindestüberlegungsfrist von 14 Tagen zustimmen.[28] Ich diene dem Frieden, wenn ich nicht zustimme, und einer späteren Auseinandersetzung, wenn ich ihm zustimme. Wenn wir den Frieden wollen, bleibt uns in der Tat nichts anderes übrig, als daß wir diese weitgehenden Anträge endlich so behandeln, wie wir es uns mit Gewalt abringen müssen, und zwar nach der Woche mit den außenpolitischen Debatten, wahrscheinlich 2. bis 9. 12., dann müssen wir in einem bestimmten Gremium, im geschäftsführenden Vorstand, in der Tat vier oder fünf Tage zusammenkommen und nichts anderes besprechen als dies, und dann wollen wir ein fertiges Ergebnis den Landesverbänden zuschicken, damit sie ihre Hauptausschußmitglieder instruieren können. Es sind im „Deutschen Programm" oder in anderen Anträgen Dinge, die uns vor der Wahl definitiv festlegen.

MIDDELHAUVE: Ich möchte nachweisen, daß ich meinen Delegierten gesagt habe, daß sowohl das „Deutsche Programm", dessen Beratung leider durch den Vorstand noch nicht möglich war, und das „Liberale Manifest", das Hamburg eingereicht hat, nicht am Parteitag verabschiedet werden können, sondern daß diese großen politischen Grundlagen dem Vorstand überwiesen werden, um sie bis zu einem bestimmten Termin verabschieden zu lassen. Aber darüber sind wir uns einig. Was ist aber mit den anderen Anträgen? Wir haben die Essener Entschließung im Vorstand besprochen...

BLÜCHER: nein!

DEHLER: Ich hatte sie kurz in der Hand und habe einige Bemerkungen dazu gemacht.

MIDDELHAUVE: Dann staune ich, daß diese Entschließung mit so viel Stimmen angenommen wurde.

BLÜCHER: Darin sehe ich den Beweis, daß der Beschluß gar nicht notwendig gewesen wäre. In drei Sitzungen war das Programm der Gegenstand unangenehmer Auseinandersetzungen, deshalb halte ich es für nötig, solche Dinge in der Zukunft mit der nötigen Umsicht zu behandeln.

---

28 Bezieht sich auf die Entschließung mit der Überschrift „Gegen Unduldsamkeit und Vermassung". Siehe Nr. 20 a, Anm. 12.

DEHLER: Abgestimmt wird nicht am Freitag, da wird nur beraten. Abstimmung erst Samstag.

BLÜCHER: Ich würde an der Entschließung nichts ändern, aber ich habe erlebt, daß diese Essener Beschlüsse[29] hinterher Gegenstand der Auseinandersetzung bildeten, da sie in einer Hetzerei abgestimmt wurden. Ich bin froh, wenn wir so schnell wie möglich zur Aussprache kommen werden. Leider sind wir heute nicht dazu gekommen.

RUBIN: Ich darf auf folgendes aufmerksam machen. Zunächst wird morgen ein umfassendes Referat von *Blücher* gehalten. Wir werden anschließend ja gar nichts anderes tun können, als uns mit diesen Ausführungen zu beschäftigen. Wir werden dann nach meinem Wunsch und Antrag doch morgen abend zusammenkommen und sehen, wie weit wir hoffentlich schon gekommen sind. Wir werden dann am Freitag doch sehen, was sich an weiteren Aussprachen über die Ausführungen des Vorsitzenden ergibt, was an weiteren Anträgen kommt. *Middelhauve* hat eben gesagt, wir sind uns alle in Nordrhein-Westfalen darüber einig, daß dieser Parteitag sicherlich nicht das „Deutsche Programm" annehmen wird, sich gründlich damit beschäftigen muß, und wenn *Blücher* meint, daß man es bis Ende Dezember schaffen könnte, wäre das schön. Dauerte es einen Monat länger, wäre es auch kein Unglück. Legen wir uns dahingehend fest, daß morgen die politische Aussprache beginnt, daß es vorher keine geschäftsordnungsmäßigen Debatten gibt. Dann sehen wir am Freitag, wie sich die Dinge gestalten, ohne daß wir zu Entschlüssen, endgültigen, im Einzelfall kommen. Darum geht es doch; es geht nicht anders, wenn wir überhaupt etwas erreichen wollen, und ich bitte dringend und herzlichst, daß Sie nun zu meinem Antrag anschließend Stellung nehmen. Das ist die einzige Möglichkeit, wie wir über diesen toten Punkt in der politischen Aussprache hinwegkommen können.

MIDDELHAUVE: Ich war noch weiter gegangen, daß wir morgen nachmittag uns noch zu einer Aussprache zusammenfinden sollten.

RADEMACHER: Herr Dr. *Middelhauve* hat selbst ausgeführt, daß wir die Entschließungen, die sich aus der Diskussion im Laufe dieser [Debatten] ergeben, nicht aufhalten können. Meine Einschränkung war die, daß erst die Entschließungen am Sonnabend, 15.00 Uhr, verabschiedet werden können.

BLÜCHER: Das ist in jedem Fall das Ergebnis der Aussprache.

EULER: Der Sinn des Antrages ist klar. Es soll morgen nicht zu Geschäftsordnungsdebatten und Beschlüssen kommen und nicht zu Satzungsdebatten und -beschlüssen, und es soll am Freitag nicht zur Abstimmung kommen über die Entschließungen, sondern die ganzen Entscheidungen, d. h. sämtliche Abstimmungen sollen konzentriert werden auf Sonnabend, damit wir Gelegenheit haben, am Freitag abend auf der Grundlage des Ergebnisses der Diskussion uns erneut über die Frage zu unterhalten. Die Frage ist dann nur, ob man für den Sonnabend es für richtig findet, die Entschließungen nach dem Wahlakt zu

29 Neben der in Anm. 28 genannten die Entschließung betr. Baden-Württemberg, siehe Nr. 20 b, Anm. 15.

nehmen. M. E. ist die richtige politische Fortsetzung, daß wir am Sonnabend morgen die Entschließungen behandeln, bevor wir in die Formalien eintreten und den Wahlakt, denn sonst entsteht die drohende Gefahr, daß ein großer Teil der Delegierten nach der Wahl nicht mehr da ist, weil er sagt, die Entschließungen haben nur formelle Bedeutung, im ganzen haben sie es aber zu einem erheblichen Teil nicht. Es handelt sich dabei um echte politische Anliegen, deswegen sollten wir die Entschließungen am Sonnabend früh behandeln.

Stellen wir den Wahlakt ans Ende, haben wir die Gewißheit, daß bei den politischen Entscheidungen über die Entschließungen die Delegierten noch da sind.

BLÜCHER: Ich bin einverstanden, weil das zur Abklärung der Diskussion führt.

EULER: Dann müssen Sie sich in den Landesverbänden dafür stark machen, daß nicht unerwünschte Situationen entstehen, daß wir den Bericht der Geschäftsführung und den von uns noch zu besprechenden Bericht der Kassen- und Rechnungsprüfer nicht diskutieren.

MIDDELHAUVE: Ich möchte uns allen vor Augen halten, was Sie in diesen Samstag alles hineinbringen wollen. Wir werden uns am Samstag morgen über das Problem der Delegiertenrechte auseinandersetzen. Das muß ausgeschaltet werden. Wir müssen dahin kommen, daß wir den Willen haben, das in der Vorstandssitzung am Freitag in Ordnung zu bringen.

BLÜCHER: Ich möchte nicht, daß am Samstag morgen bei Fortführung der politischen Aussprache 80% einer bestimmten Schicht abgefahren ist.

MIDDELHAUVE: Ich nehme an, daß der Parteitag am Samstag nicht mehr öffentlich ist. Dann kommt hinzu die Beschlußfassung über Anträge und Entschließungen, die vorliegen, die am Freitag beraten, aber nicht verabschiedet werden. Die müssen ohne neue Diskussion verabschiedet werden. Weiter müssen die Anträge über Anträge der Satzungen im Hauptausschuß ohne Debatte verabschiedet werden. Dann Bericht des Parteivorstandes, des Bundesschatzmeisters, der Revisoren. Bei diesem Bericht, der vorliegt, können wir das wohl ohne Diskussion machen. Dann käme die Neuwahl. Die Dinge sind einfach.

[Die] Mehrheit stimmt dem Vorschlag *Middelhauves* zu.

MIDDELHAUVE: Morgen nach dem Referat *Blücher* ist der öffentliche Parteitag für Donnerstag beendet. Die Landesverbände können dann zusammentreten, um sich über die politische Grundlage, die *Blücher* als Diskussionsgrundlage gegeben hat, klarzuwerden, und ebenfalls dann Stellungnahme zu den Anträgen.

BLÜCHER: Es ist so, daß ich Ihnen vorschlagen möchte, daß wir, wenn Sie von Ihren Landesverbänden bestürmt werden, um 20.30 [Uhr] wieder zusammenkommen.

RADEMACHER: Ich nehme doch an, daß wir eine ganze Reihe von Entschließungen und Anträgen noch einmal durchsprechen und uns vielleicht darüber einig werden, den einen oder anderen in der Versenkung verschwinden zu las-

sen oder aber zu beschließen, sie an die Ausschüsse zu überweisen oder zur Annahme zu empfehlen.

BLÜCHER: Wir haben Anträge, die wir durchaus bei Prüfung so beurteilen werden, daß wir sie dem Parteitag empfehlen werden, ohne Diskussion dieselben anzunehmen.

Dr. BAROWSKY: Nachdem wir den Antrag *Rubin/Middelhauve* angenommen haben, scheint es klar zu sein, daß wir von vornherein jedem Landesverband eine bestimmte Redezeit zubilligen.

RUBIN: Ich stehe vor dem großen Problem, wie ich meinen Finanzbericht machen soll, und habe den Wunsch, das morgen abend zu besprechen. Ich wäre der Ansicht, daß diese Aussprache, weil ich mit detaillierten Zahlen arbeiten möchte, im geschäftsführenden Vorstand plus Landesverbandsvorsitzende stattfindet.

ONNEN: Darf *Huisgen* erscheinen?

BLÜCHER: Wir haben es eben gestattet, den Fall *Ilau* zu besprechen, und wir müssen uns auch über etwas anderes unterhalten. Wenn ich von einer nicht nachprüfbaren Behauptung in einem beachtlichen Blatt spreche[30], kann ich nicht abgehen davon, daß ich hier den Finger an eine Wunde lege. Ich habe gesagt, wir werden diese Frage ansprechen.

ONNEN: Wenn hier die Gelegenheit gegeben ist: Leute sind angegriffen worden, *Huisgen* ist erwähnt worden.[31] Ich glaube, Sie erinnern sich, welche Gespräche ich geführt habe. Sie wissen doch, wie wir die SRP bekämpft haben. Ich finde das nicht korrekt. Wir sind in schärfster und klarster Form gegen die Versuche der CDU angetreten, jetzt muß so eine Erklärung in „Christ und Welt" herhalten. Wir werden diesen Erklärungen nachgehen.

BLÜCHER: Ich bedauere, daß Sie es dann nicht für notwendig halten, von sich aus die notwendige Aufklärung zu geben.

ONNEN: Ich habe den Artikel jetzt erst gelesen.

BLÜCHER: Ich habe ihn wohl fünfzigmal von allen Seiten bekommen. Ich bin sehr beruhigt, wenn Herr *Onnen* mir erklärt hat, daß er der Überzeugung ist. Ich hatte diese Frage sehr klar gestellt.

ONNEN: Es ist Ihnen doch genau bekannt, daß *Lenz* neulich erklärt hat, daß wir nicht mit der SRP die Regierung gebildet haben. Ich werde Ihnen dann morgen am Parteitag die Dinge bringen.

---

30 Siehe Anm. 18.

31 Die Haltung des Landesverbandes Niedersachsen gegenüber der SRP war in der FDP in der Vergangenheit umstritten gewesen. Im Sommer 1951 hatte der Landesverband Hamburg Beschwerde gegen den Landesverband Niedersachsen eingelegt, u. a. deswegen, weil „von der FDP Fäden zur SRP gingen". Kritisiert wurde darüber hinaus, daß sich die niedersächsische Verbandsgeschäftsführung „zum großen Teil aus ehemaligen führenden Mitgliedern der NSDAP bzw. deren Gliederungen" rekrutiere. An erster Stelle wurde in diesem Zusammenhang der Name Horst *Huisgen* erwähnt, ehemaliger NS-Reichstagsabgeordneter und HJ-Gebietsführer. Nach „Kurzgutachten in Sachen Landesverband Hamburg gegen Landesverband Niedersachsen", ADL, N 1-2313 (NL Dehler).

BLÜCHER: Ich kann Ihnen erklären, ich freue mich ehrlich über die Aussprache der letzten fünf Minuten. Dann habe ich nur eine Bitte, daß Sie morgen am Parteitag selbst eine Berichtigungserklärung an „Christ und Welt" schicken, wie das nur möglich ist.

ONNEN: Ich nehme diese Dinge sehr ernst, wenn uns so etwas unterstellt wird.

BLÜCHER: Das habe ich nicht gesagt. Wenn ein Funktionär der Partei. . .

VON RECHENBERG: Ich hatte das Gefühl, Sie glauben daran.

BLÜCHER: Nein, dann haben Sie schlecht aufgepaßt.

EULER: Es ist der Eindruck entstanden, als wenn Niedersachsen von diesem Artikel Kenntnis haben müßte und Niedersachsen zum Vorwurf gemacht werden müßte, trotz Kenntnis dieses Artikels nicht Stellung genommen zu haben. Ich freue mich, daß *Onnen* auf diese Mißdeutung reagiert und hier mit Entschiedenheit gesagt hat; das ist für mich sehr befriedigend.

Ich habe vorhin schon gesagt, für den Sonnabend, wenn jetzt alle mal zuhören, daß für den Sonnabend der Parteitag nicht öffentlich sein sollte. Wir haben zwei Tage öffentlichen Parteitag, davon einen Tag Diskussion in aller Öffentlichkeit, der Sonnabend dient den organisatorischen Fragen. Da müßte es der Öffentlichkeit verständlich sein, daß die Presse usw. keinen Zutritt hat. Für uns tritt dann ein Schaden nicht ein, denn die Sonntagszeitungen sind längst erschienen, und am Montag käme man mit den Dingen, die zu berichten wären, nicht groß heraus. Es sei denn, es seien aus dem Sonnabend Sensationen über uns zu berichten, und die zu verhindern, daran haben wir doch alle Interesse.

BLÜCHER: Es wäre psychologisch unrichtig, die Presse und Öffentlichkeit jetzt auszuschließen, da aus dieser Tatsache der Rückgängigmachung viel Schlimmeres geschlossen werden könnte.

EULER: Nachdem ich das weiß, nehme ich meinen Antrag zurück.

25b.

20. 11. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 96. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am Donnerstag, dem 20. November 1952, in Bad Ems." Beginn: 20.45 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Blücher, Borttscheller, Dehler, Eberhard, Euler, Frühwald, Günzel, Haußmann, Hepp, Herta Ilk, Leuze, Leverenz, Mayer, Mende, Middelhauve, Neumayer, Onnen, Rademacher, von Rechenberg, Rubin, Schäfer, Schwennicke, [Ullmann, Weirauch], Wellhausen.

Franz BLÜCHER: Wir müssen uns genau an die Beschlüsse des gestrigen Übereinkommens halten, und zwar:

1. Die beiden technischen Berichte, die zu erstatten sind, Bundesschatzmeisterbericht und Bericht der Rechnungsprüfer, müssen kurz besprochen werden.

2. Aus dem vorliegenden Antragsmaterial müssen wir unterscheiden diejenigen Anträge, über die sich mühelos eine Übereinstimmung hinsichtlich der Empfehlung an den Parteitag ergibt, und diejenigen, die zur Überweisung an die Ausschüsse vorgeschlagen werden.

Das muß heute behandelt werden, damit morgen möglichst wenig Stoff übrig ist.

[BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER UND DES BUNDESSCHATZMEISTERS]

RUBIN: Ich stehe vor der schwierigen Aufgabe, zum erstenmal in dieser Partei einen richtigen Kassenbericht erstatten zu müssen. Das ist eine Sache, die wir uns wohl überlegen müssen.

1. Es hat keinen Sinn, einen Bericht zu geben, wie wir ihn letzthin gegeben haben.[1] Damals war nicht viel zu berichten; denn wir lebten von der Hand in den Mund. Jetzt sind Gerüchte über die Parteifinanzierung im Lande herumgekommen, bei denen mit wenig konkreten Begriffen operiert wird.

2. Es war meine Absicht, vor dem Parteitag einmal selbstverständlich keine Einzelzahlen zu geben, aber andererseits doch den Freunden einen ungefähren Überblick über das zu geben, was nun in irgendeiner Form Voraussetzung für die ganze Parteiarbeit bedeutet, wobei wir uns genau überlegen müssen, wie weit wir gehen dürfen.

In diesem Zusammenhang noch etwas: Ist es nicht zweckmäßig, da die SPD sechs Wochen vor den Wahlen sicher mit großen „Enthüllungen" kommen wird[2], daß wir vielleicht jetzt die Gelegenheit benützen und mit Prozentzahlen operieren, die überraschen? Die Gesamteinnahmen, soweit sie über die Bundeszentrale durch meine Kasse gelaufen sind, machen 1,14 DM pro Jahr und Wähler aus. Ich weiß nicht, ob das nicht eine Zahl ist, die man nennen könnte bzw. nennen sollte. Ich kann den Bericht so oder anders machen.

Eine Anregung von *Ullmann* ist: Alles das, was über die Zentrale an die Landesverbände gegangen ist, von vornherein herauszunehmen, das wären ca. 60,8%, d. h., wir würden damit nicht auf 1,14 DM kommen, sondern auf –,60 DM. Wenn man sagt, daß wir drei Millionen Wähler gehabt haben, kann jeder aus den Zahlen lesen. Wer etwas von politischer Arbeit versteht und wer weiß,

1 Bezieht sich auf den Kassenbericht *Bleeks* auf dem Münchener Parteitag am 22. 9. 1951, der im betreffenden Kurzprotokoll nur einen Umfang von zwei Seiten ausmacht. ADL, A 1-21, Protokoll, S. 85 ff.

2 Im Mai 1953 veröffentlichte die SPD eine Denkschrift mit Dokumentenanhang unter dem Titel: Unternehmermillionen kaufen politische Macht. Finanzierung und Korrumpierung der Regierungsparteien durch die Managerschicht der „Wirtschaft".

was die andere Seite eingesetzt hat, sollte begrüßen, wenn eine solche Schlußfolgerung gezogen würde.

Wir müssen heute abend hier entscheiden, was zweckmäßig und richtig ist.

Eine Reihe anderer Gesichtspunkte: Es ist so, daß in irgendeiner Form der Bundesschatzmeister eine halbwegs echte Entlastung haben müßte. Soll ich Detailberichte dem Vorstand abgeben unter Hinzuziehung der Landesverbandsvorsitzenden? Der Kreis ist vielleicht recht groß. Die Zahlen, mit denen man etwas anfangen kann, wollen wir sie nun bringen oder nicht? Ich wäre dankbar, wenn wir zunächst einmal diese beiden Fragen klären wollten, denn je nach dem Ergebnis würde ich den Bericht abfassen.

Franz BLÜCHER: Es darf auf keinen Fall möglich sein, die vom Bundesschatzmeister im öffentlichen Bericht genannten Zahlen als nicht übereinstimmend mit unseren Büchern zu bezeichnen. Ich bin der Ansicht, daß es nach der Satzung nicht notwendig ist, über die reinen Bücher der Partei beim Bericht hinauszugehen. Wir bekommen sonst eine uferlose Debatte.

Ich sehe die Schwierigkeiten des Berichtes anders: in dem schwebenden Mißverhältnis oder dem überhaupt nicht mehr herzustellenden Verhältnis zwischen der nach dem Gesetz zu fordernden Aufgliederung zwischen Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, aus quasi pseudowirtschaftlicher Tätigkeit und aus Spenden. Hier liegt die Schwierigkeit. Und deshalb liegt mir daran, daß, wenn wir Zahlen nennen, wir uns auf die durch die Parteikasse gelaufenen Beträge und auf nichts anderes beschränken.

RUBIN: Es wäre wunderschön, wenn das Problem so einfach wäre. Aber wir können keine „Nur-Parteiakten" haben, es ist überhaupt eine Separatbehandlung nicht möglich. Ich sehe dann nur die Möglichkeit, mich darauf zu beschränken, Aufschlüsse zu geben, für welche Verwendungsgebiete die Beträge verwandt worden sind und allenfalls aus welchen regionalen Gebieten die Gelder gekommen sind. Das hat seine guten Gründe. Eines geht bestimmt nicht, daß wir versuchen, nur das reine Parteikassenbuch zu nehmen, denn wir haben eine große Anzahl der Beträge in die Partei hineintransferieren müssen, um die Länder mit den Mitteln zu versehen, die sie brauchen.

Franz BLÜCHER: Wir können nicht von 1,14 DM und Prozentsätzen reden, ein Kassenbericht gibt absolute Zahlen, daran kommen wir nicht vorbei. Wenn Sie eine öffentliche Erörterung des Kassenberichtes vermeiden wollen, dann brauchen Sie die Nennung absoluter und klarer Zahlen. Wir müssen überlegen, in welcher Weise es möglich ist, für die Zukunft die Praxis zu ändern, ohne Rücksicht auf rechtliche und steuerliche Schwierigkeiten.

Dr. GÜNZEL: Wie macht das die CDU?

Franz BLÜCHER: Die CDU ist disziplinierter als wir.

Dr. ULLMANN: Meine Damen und Herren, ich spreche zugleich im Namen meines Kollegen *Kussmaul*. Wir sind vor drei Tagen vor ein neues Problem gestellt worden, indem der Schatzmeister mitgeteilt hat, daß er den Bericht erstatten wollte vom 1. 10. 1951 bis 30. 9. dieses Jahres. Das ist etwas Neues. Dieser Parteitag hat nach meiner Ansicht die Aufgabe, in finanzieller Hinsicht

über das Jahr 1951 Bericht zu erstatten. Dementsprechend hatten wir die Arbeit angefangen und erledigt, und zwar für die drei in Frage kommenden Organisationen Partei, Vertriebs-GmbH. und Vereinigung.

Ich bin der Ansicht, daß wir, wenn wir uns nicht der Lächerlichkeit aussetzen wollen, von der Konzernbilanz ausgehen müssen und habe deshalb Herrn *Rubin* vorgeschlagen – und dies ist auch vertretbar –, daß man aus dieser Konzernbilanz diejenigen Posten herauslöst, die auf der einen Seite dem Konzern als Beiträge zugelaufen sind, die aber dann an die Landesverbände weitergegeben sind. Wenn man den anderen Weg geht, daß man sich auf Zahlen der Partei beschränkt, dann würde man sich lächerlich machen.

Wir haben nun in den letzten beiden Tagen versucht, ob wir die Zahlen bis zum 30. 9. 1952 erstellen können. Wir haben nochmals alles herausgezogen und eine Konzernbilanz bis zum 30. 9. 1952 gemacht, müssen aber erklären, daß wir für diese Zahlen auf ihre sachliche Richtigkeit hin keinerlei Verantwortung übernehmen können. In diesen zwei Tagen war eine ordnungsgemäße Überprüfung unmöglich, und ich bilde mir ein, daß ich aus meiner langjährigen Tätigkeit als Wirtschaftsprüfer in der Lage bin, in kürzester Zeit eine Bilanz aufzustellen. In dieser letztgenannten Bilanz ist mir nichts Besonderes aufgefallen. Dr. *Ullmann* führt Zahlenbeispiele für Zuschüsse, Ausgaben und Gehälter an und fährt fort: Dies zu spezifizieren wäre lächerlich, denn die Gehälter werden von anderen Stellen gezahlt. Wenn man von der Konzernbilanz ausgeht, kann man die Beträge, die an die Landesverbände gegangen sind, herauslassen. Dann sieht die Bilanz für den 31. 12. 1951 so aus, daß ein Überschuß zum Schluß verbleibt mit einer nicht erschütternden Zahl von 200 000 DM, die sich auf Einnahmen und Ausgaben wie folgt verteilt: Den Einnahmen von rund 835 000 DM stehen Ausgaben von 619 000 DM gegenüber. Das sind Zahlen, die nicht auffällig sind, und das kann man ruhig sagen. Ich würde vorschlagen, daß wir

1. ordnungsmäßig über das Geschäftsjahr 1951 einen Bericht aufstellen. Ob wir dann noch etwas sagen über die Form des Berichtes ist die zweite Frage.

2. Wir sollten diese von mir angefertigte Konzernbilanz zugrunde legen.

EBERHARD: Ich bin der Meinung, daß wir, wenn wir schon einen Bericht geben, einen Wahrheitsbericht geben. Die Zahlen können wir nicht der Öffentlichkeit freigeben. Wenn ich recht verstanden habe, möchte ich hieraus folgenden Vorschlag machen: Wir könnten sagen, das Rechnungsjahr 1952 konnte noch nicht abgeschlossen werden und lassen uns vom Bundesparteitag die Vollmacht geben, daß der geschäftsführende Vorstand mit den Landesverbandsvorsitzenden nach Prüfung akzeptieren kann. Ich glaube, das wäre ein Weg.

Franz BLÜCHER: Es kommt darauf [an], wie in München berichtet worden ist. War es per 31. 12. 1950? Wenn in München per 31. 12. 1950 berichtet wurde, dann ist es folgerichtig, daß wir jetzt per 31. 12. 1951 berichten und einen bloßen Übersichtsbericht, ohne auf die Entwicklung der Dinge im Jahre 1952 einzugehen, erstatten. Die Zahlen, die genannt wurden, sind sicherlich nach Ansicht von jedem von uns akzeptabel.

RUBIN: Ich möchte auf folgendes aufmerksam machen. Ich bin als Bundesschatzmeister Ende September gewählt worden. Ich kann unmöglich einen Bericht geben für einen Zeitraum, den ich nicht zu vertreten habe. Es ist mir von Herrn *Weirauch* erklärt worden, daß der letzte Bundesparteitag bis zu dem fraglichen Termin eine Verabschiedung vorgenommen hätte. Ich bin der Ansicht, daß ich an sich nur über einen Zeitraum berichten kann, in dem ich amtiert habe, und über nichts anderes. Wenn Überschneidungen entstanden sind, würde ich den Vorschlag machen, daß man beides kombiniert und wir jedenfalls einen anderen Weg suchen. Es ist unmöglich, über einen Zeitraum zu berichten, in dem ich keine Verantwortung hatte.

Franz BLÜCHER: Es läßt sich eine Kombination finden, daß wir einen Bericht über die Aufgaben und über die Entwicklung vom Bundesschatzmeister erstatten lassen und daß die Rechnungsprüfer Zahlen für das Jahr 1951 einschließlich der Prüfungsberichte geben, so daß also der Bericht über 1951 von den Rechnungsprüfern gegeben wird, während Sie, Herr *Rubin,* über die Aufgaben und über die Entwicklung sprechen.

RUBIN: Das wäre eine Möglichkeit. Ich bin der Meinung, daß dem Vorstand über das Berichtsjahr 1951 Entlastung erteilt wird.

Franz BLÜCHER: Wir haben kein festgelegtes Geschäftsjahr. Es ist immer so, daß auch bei Unternehmen, wenn die Bilanz im September entgegengenommen wird, diese auch erst für das vergangene Jahr gegeben wird.

Dr. MENDE: § 17 der Satzung lautet: Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

RUBIN: Der Kassenprüfer gibt also einen Bilanzbericht für 1950/51, und ich beschränke mich auf einen Bericht als Bundesschatzmeister.

Dr. DEHLER: Nach den Satzungen braucht nur ein Rechnungsprüfungsbericht gegeben werden. Dieser Bericht muß feststellen, die Kassenführung ist in Ordnung. Es ist also ein Bericht des Schatzmeisters nicht notwendig, sondern nur ein Rechnungsprüfungsbericht. Wir können da sehr zurückhaltend sein.

Dr. ULLMANN: Es gibt in unserem Beruf Regelungen, die nicht gesetzlich festgelegt sind. Aber es ist üblich, daß den Umfang des Berichtes der Prüfer nach eigenem Ermessen bestimmt. Ich bin vom Parteitag bestellt worden und werde dem Parteitag berichten. In einer Zeit wie jetzt ist es nicht vertretbar, wenn ich sagen würde, wir haben geprüft, es ist alles in Ordnung. Damit würde ich mich lächerlich machen und auch die Partei sich lächerlich machen. Ich werde für 1951 die Zahlen angeben.

Franz BLÜCHER: Ich halte damit die Sache für geklärt.

Dr. VON RECHENBERG: Sollte man nicht das Geschäftsjahr ändern? Von Oktober bis September?

Franz BLÜCHER: Wir haben auch schon im Mai Parteitage gehabt. *Ullmann* hat uns gesagt, daß er mit dem Hinweis, daß die Dinge noch nicht geprüft sind, eine kurze Übersicht über die ersten neun Monate geben will, dann würde *Rubin* zu Wort kommen, um über die Aufgaben und die Entwicklung zu sprechen.

Ich darf vortragen, wie im vorigen Jahr *Bleek* als Schatzmeister seinen Finanzbericht gegeben hat für das Jahr 1950. (Der Finanzbericht vom vergangenen Jahr wird verlesen.) Ich halte es für richtig, Herr *Ullmann,* wenn der Revisionsbericht entweder sich auf das Jahr 1951 beschränken würde, oder aber wir würden per 30. 9. genauso berichten. Wir müssen eigentlich von der *Bleek*schen Berichterstattung ausgehen, das ist die logische Voraussetzung.

Dr. ULLMANN: Ein Abschluß zum 30. 9. 1952 ist nicht mehr möglich. Die Zahlen, die ich habe, weichen etwas ab von denen, die *Rubin* nannte. Eingegangen sind in neun Monaten 1,2 Millionen [DM], ausgegeben wurden 476 000 DM.

Ich gebe vielleicht einen kurzen Bericht über 1951 und dann die Zahlen bis zum 30. 9. 1952: 835 000 DM Einnahmen und 619 000 DM Ausgaben. Eine Entlastung kann man aber nicht erteilen, das muß einer späteren Versammlung vorbehalten bleiben. Aber das schließt nicht aus, einen Bericht zu geben.

Franz BLÜCHER: Herr *Rubin* würde verweisen auf den gesamten angeschlossenen Bericht der Rechnungsprüfer per 31. 12. 1951 und würde dann einiges über das sagen, was er glaubt, sagen zu müssen. Ebenso wie es im Vorjahr gehalten wurde, möchte ich eine Übersicht über die Entwicklung in den ersten neun Monaten haben. Aus dem bisherigen Verlauf geht hervor, daß wir über Eingänge und Ausgänge zugunsten der Landesverbände berichten, die als transitorische Posten gelaufen sind.

Dr. GÜNZEL: Wir erstatten Bericht per 31. 9. 1952, Bericht und Entlastung, und sagen, daß sich die Finanzen im laufenden Jahr verbessert haben. Ich muß *Dehler* widersprechen. Ich glaube nicht, daß es so ist mit § 9. Es heißt: „Rechnungsberichte des Vorstandes"; das schließt wohl den Bericht des Schatzmeisters ein.

Dr. MIDDELHAUVE: Es ist nicht richtig, die Finanzierungskosten zu den Verwaltungskosten und Steuerkosten zu rechnen.

Dr. ULLMANN: Aus formellen Gründen möchte ich darauf aufmerksam machen, daß § 15, Ziffer 2, 3, 4 nicht eingehalten werden. In der Satzung steht: „Jeder Landesverband zahlt an die Partei eine Umlage, deren Höhe vom Parteitag festgelegt wird. Die Abrechnung erfolgt durch den Finanzierungsausschuß." Ich habe nicht feststellen können, daß ein Finanzierungsausschuß vorhanden ist, und nicht feststellen können, ob eine Umlage festgesetzt und bezahlt wird. Ein Landesverband hat regelmäßig Beträge und ein anderer Landesverband ein paar mal gezahlt. Das ist alles, was ich ersehen konnte. Damit ist ein Verstoß gegen die Satzungen gegeben.

Das zweite, was ich zur Sprache bringen wollte, und dafür halte ich mich verpflichtet: Es gibt eine Reihe von Verträgen, die die Finanzabgaben an die Landesverbände regeln. Ich habe nur Stichproben nehmen können im Jahre 1951, und dabei habe ich festgestellt, daß diese Verträge eingehalten worden sind. Ob sie im Jahre 1952 eingehalten worden sind, kann ich nicht sagen. Es ist mir aufgefallen, und ich fühle mich verpflichtet, dies zu sagen, daß im Mai oder Juni 1952 ein Beschluß des Organisationsausschusses gefaßt worden ist, der das Abrechungsverfahren zwischen der Zentrale und dem Landesverband Nord-

rhein-Westfalen auf eine neuen Basis stellt. Während bis dahin von den Gesamteinnahmen der Landesverband vorab 30% monatlich erhielt und der darüber hinausgehende Betrag anteilig zu 50 % zwischen Zentrale und Landesverband geteilt wurde, ist im Mai oder Juni dies dahingehend abgeändert worden, daß der Landesverband 70% und die Zentrale 30% erhält.

Meine persönliche Auffassung ist, daß ich mich für verpflichtet halte, dies vorzutragen. Ich bin der vom Parteitag bestellte Prüfer. Meine Ansicht geht dahin, daß die Art der Verteilung der eingehenden Beträge zwischen Landesverband und Zentrale nicht richtig ist. Es ist so, wie aus der Aufstellung des Herrn Bundesschatzmeisters hervorgeht, daß aufgrund dieser Beträge von rund 2 Millionen DM insgesamt vom 1. 10. [1951] bis 30. 9. [1952] Nordrein-Westfalen 1,1 Millionen erhalten hat, also mehr als die anderen Landesverbände zusammen. Es ist zu berücksichtigen, daß der größte Teil aus Nordrhein-Westfalen kommt, aber diesen Schlüssel halte ich nicht für zweckmäßig. Ich möchte anregen, daß man diesen Schlüssel ändert, entweder abstellt auf Wähler- oder Einwohnerzahlen. Das wäre gerechter, wenn man z. B. sieht, daß einzelne Landesverbände wie Niedersachsen 66 000 DM bekommen, während Nordrhein-Westfalen 1,1 Millionen erhalten hat. Ich hielt mich für verpflichtet, dies mitzuteilen.

RUBIN: Ich freue mich ja nun doch, daß *Ullmann* ein Thema angeschnitten hat, das ich ganz gern behandele. Ich finde es aber nicht gerade üblich, daß hier eine solche Aussprache provoziert wird, ohne daß darüber gesprochen worden ist vorher. Die Aufgabe des Kassenprüfers besteht darin, die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Ausgaben zu prüfen. Das andere, Herr *Ullmann,* ist ein so wiederholt zwischen dem Bundesschatzmeister und den Landesschatzmeistern behandeltes Thema, das über den Rahmen Ihrer Feststellungen hinausgeht.

Noch eine Kleinigkeit: Wenn Sie beanstanden, daß die Landesverbände nicht bezahlt haben, liegt es daran, daß ihre Beitragspflicht ersetzt wurde durch Finanzabkommen, die mit jedem einzelnen Landesverband abgeschlossen wurden. Es bestand Einvernehmen darüber, nachdem die Finanzierung leider über Beiträge nicht möglich ist. Selbstverständlich werden wir uns als Bundespartei nicht mit 25 Pfennig pro Mitglied begnügen können, sondern echte Verträge hätten das zu garantieren. Es war Ernst *Mayer,* der sich große Mühe gegeben hat. Diese Vereinbarungen sind mit allen Landesverbänden getroffen worden und mit Zufriedenheit behandelt worden.

Was den Schlüssel angeht, so ist zu sagen, daß im großen und ganzen ein halbwegs ähnlicher Schlüssel zustande gekommen ist. Er ist unterschiedlich, als eine Anzahl von Landesverbänden, z. B. Bayern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, nicht verpflichtet waren, jeden kleinen Betrag, den sie kassieren, aufzugeben. Die Abkommen haben mit den Landesverbänden wirklich gut geklappt. Ich hätte es begrüßt, wenn einheitliche Beträge dagewesen wären. Es war nicht zweckmäßig, daß man die ganzen Dinge über den Leisten schlägt, dazu sind die Verhältnisse zu unterschiedlich, was den Schlüssel und die Verteilung angeht. Die Herkunft der Mittel ist interessant:

Die Mittel, die der Bundespartei geblieben sind von Nordrhein-Westfalen betragen: 1950/51: 53,3% und 1951/52: 73,2%. Der zweitstärkste Geldgeber ist das kleine Ländchen Württemberg-Hohenzollern mit 7%. In den dritten Platz teilen sich Baden-Württemberg und Hamburg mit 5,1%. Dann folgen Niedersachsen mit 3,6%, Hessen mit 3,4%, Bayern [mit] 1,1 %, Bremen mit 0,6%, Schleswig-Holstein mit 0,3% und Rheinland-Pfalz mit 0,2%. Von Berlin und Südbaden wurden keine Beiträge gegeben. Nach Berlin sind recht erhebliche Summen gekommen, und auch Südbaden hat gewisse Zuschüsse erhalten. Wer nach diesen Zahlen glaubt, daß die Verteilung nicht richtig war, dem ist nicht zu helfen. Mehr als drei Viertel aller Beträge kommen aus Nordrhein-Westfalen.

Franz BLÜCHER: Mir ist es lieb, daß die Ausführungen von *Ullmann* und *Rubin* gekommen sind. Man muß sie beide zusammenfassen, um zu urteilen. Ich persönlich sehe keinen Anlaß, hierüber noch eine Aussprache zu führen, womit ich aber nur meine persönliche Meinung gesagt haben will.

RADEMACHER: Ich habe seinerzeit mit *Lindemann* die Dinge durchgesprochen. Es war doch praktisch so, daß alle Landesverbände möglichst wenig an die Bundespartei geben wollten. Ich bin gern bereit, da sich ohnehin eine Änderung als notwendig ergibt, daß wir diese Änderung dann mit mehr Aussicht auf Erfolg generell machen. Ich habe damals zugestimmt, daß das der beste Weg wäre.

Franz BLÜCHER: Wird noch das Wort gewünscht? Wir haben damit den Bericht der Rechnungsprüfer und des Bundesschatzmeisters abgeschlossen.

ENTSCHLIESSUNGEN [DES PARTEITAGES]

Wir hatten uns vorgenommen, noch zu überlegen, was von dem vorliegenden Antragsmaterial so ist, daß wir zu einem Beschluß kommen: Empfehlung an den Bundesparteitag oder Überweisung.

Dr. VON RECHENBERG: alles überweisen!

Franz BLÜCHER: Das wäre mir der liebste Vorschlag.

SCHWENNICKE verliest den Antrag des Bundesbeamtenausschusses.[3]

Dr. VON RECHENBERG: Das verstößt gegen die Verpflichtung, die wir mit den Koalitionsparteien eingegangen sind.

GÜNZEL: Wenn wir nicht aus diesen Gründen zu einer Ablehnung überhaupt kommen, bin ich dafür, den letzten Absatz auf jeden Fall herauszulassen.

Dr. MENDE: Der erste und zweite Absatz läßt sich halten; ich schlage vor, anstatt „meistens" das Wort „häufig" zu setzen.

---

3 Der Antrag enthielt drei Absätze: 1. Aufforderung an Anstellungskörperschaften, ihrer Treueverpflichtung gegenüber Beamten und Angestellten nachzukommen. 2. Maßnahmen gegen die Übersetzung der Behörden mit „unzulänglichen, meistens nicht aus dem Berufsbeamtentum hervorgegangenen Arbeitskräften". 3. Erwartung gegenüber der Bundestagsfraktion, daß sie keine Zustimmung zum Nachtragshaushalt 1952 gibt, „wenn nicht ausreichende Gehaltsaufbesserungen für die Beamten und Angestellten bewilligt sind". ADL, A 1-27.

Dr. DEHLER: Absatz 3 sollten wir fallenlassen. Wir sollten die Fraktion nicht als gebunden ansehen. Was *von Rechenberg* sagt, ist zu mildern; wir haben einen gewissen Spielraum gelassen, wir haben eine gewisse Grenze limitiert.

Franz BLÜCHER: Ich bitte Herrn *Mende*, mich zu berichtigen, da ich mir keine übergroße Sachkenntnis zumute. Was ist der Inhalt der Besprechungen mit den Beamtenverbänden? Unter einem Titel, der hoffentlich die Steuerfreiheit ermöglicht bis zur Verabschiedung der Besoldungsreform, sollen monatliche Teilbeträge gezahlt werden. Wenn wir den Absatz 3 annehmen, dann würden wir darauf hinsteuern, daß schon eine echte Neuordnung der Besoldungsreform erfolgt. Das geht nicht.

Frau Dr. ILK: Es ist ein Unterschied zwischen Neuordnung und Aufbesserung der Gehälter.

Franz BLÜCHER: Die Absicht kann nicht verwirklicht werden, wenn wir den Wortlaut des Absatzes 3 annehmen. Wir kommen im übrigen damit, genau wie mit dem nach dem Grundgehalt gezahlten steuerfreien Betrag vom Wege ab. Ich sehe eine unangenehme Geschichte in dem Beschluß.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich schlage vor, dem Antrag gerecht zu werden und „sehr oft" anstatt „häufig" zu sagen.

Dr. SCHÄFER: Ich habe gegen die ersten beiden Abschnitte keine Bedenken. Es wurde gesagt, daß der dritte Absatz eine grundsätzliche Überlegung darstellt.

SCHWENNICKE: Der Vorschlag *Middelhauve* ist die einzige Möglichkeit, den Antrag anzunehmen. Der Parteitag kann keine Entschließung annehmen, die eine Bindung der Fraktion beinhaltet.

Franz BLÜCHER: Ich darf darauf hinweisen: Im Augenblick ist die dritte Novelle zur Besoldungsreform beim Bundesrat eingegangen[4], und zum zweiten steht die Zwischenregelung im Einvernehmen mit den Bundesbeamtenorganisationen bevor. Darf ich feststellen, ob die Mehrheit dem beipflichtet? Das ist der Fall. Überweisung an den Satzungsausschuß.

Darf ich zur Entschließung des Bundesbeirates der LDP[5] darauf hinweisen, daß der geschäftsführende Vorstand schon vor Monaten beschlossen hat, mit beratender Stimme die Vertreter bestimmter Ausschüsse oder Organisationen zu seinen Sitzungen hinzuziehen, d. h. sobald die Tagesordnung dies erfordert.

BEZOLD: Ich darf vielleicht auf eines hinweisen: Als der Vorstand in Unkel zusammen war, ist ausdrücklich davon gesprochen worden, daß man derartige Kontingentsträger nicht mehr will.[6] Es ist aber doch für die LDP in die Satzung aufgenommen worden, daß sie insofern mit beratender Stimme zum Zuge kommt, als die LDP im Hauptausschuß mit beratender Stimme vertreten

---

4 Die dritte Novelle lag bereits dem Bundestag zur Beratung vor. Der Bundeskanzler hatte sie am 12. 11. 1952 übersandt. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 20, Drucks. Nr. 3847.

5 Antrag, daß ein LDP-Beiratsmitglied jeweils Sitz und Stimme im Bundesvorstand, im geschäftsführenden Vorstand und im Hauptausschuß erhält. ADL, A 1-27.

6 Siehe Nr. 21 mit Anm. 51.

ist. Ich würde vorschlagen, den Antrag dem Satzungsausschuß zu überweisen.

Dr. VON RECHENBERG beanstandet [den] Namen LDP-Bundesbeirat in der zweiten Entschließung LDP[7] in dem Sinne, daß der Satzungsausschuß dies machen soll.

WEIRAUCH: Die Namensführung LDP, Bundesbeirat, ist rein propagandistisch gemeint im Hinblick auf den Osten und die Flüchtlinge, die von drüben kommen. Wir haben eine Exil-CDU und außerdem die ständigen Versuche von Gruppen und Grüppchen, als Splittergruppen aufzutreten. Wir haben damals die Sache *Lieutenant* gehabt, der versuchte, LDP-Leute an sich heranzuziehen.[8] Man sollte aus rein zweckmäßigen und propagandistischen Gründen es bei diesem Namen belassen. Es tut uns doch nicht weh, wenn wir LDP-Bundesbeirat der FDP sagen.

SCHWENNICKE: Es ist ja praktisch ein Ausschuß wie jeder andere. Das können wir in der Entschließung nicht ändern.

Franz BLÜCHER: Darf ich einen Vorschlag machen: 1. gemäß Antrag *Schwennicke:* Abs. 1 bleibt erhalten. 2. In Abweichung vom Antrag *Schwennicke* bleibt der erste Satz Abs. 2 erhalten. Wir sind uns über das Deklamatorische klar.

BEZOLD: eine Frage: Wenn ich recht verstehe, sollte es ein Ausschuß sein, der einen besonderen Namen hat. Das muß in die Satzung.

Dr. MENDE: Die Entschließung des wirtschaftspolitischen Ausschusses[9] ist keine Entschließung, das ist ein Flugblatt.

EULER: Sie ist ausgezeichnet und als Flugblatt gut verwendbar. Der wirtschaftspolitische Ausschuß hat diese Entschließung einstimmig angenommen. Sie ist gut formuliert. Diese Entschließung ist mehr wert als viele andere.

Dr. LEVERENZ: Inhaltlich ist die Entschließung gut, aber pressemäßig nicht geeignet. Vielleicht sollten wir sie nur als Flugblatt versenden.

RUBIN: Redigieren wir sie.

Franz BLÜCHER: Im Flugblatt kann ich die 60–65 000 DM[10] nicht verwenden. Ich bin ein leidenschaftlicher Vertreter der Investitionshilfe. Ich weiß aber auf

---

7 Antrag enthielt das Bekenntnis zur Wiedervereinigung, die Aufforderung zu verstärkter Hilfe für politische Flüchtlinge und den Anspruch der FDP und des LDP-Bundesbeirates, für die „zum Schweigen verurteilten Freunde" in der SBZ zu sprechen und zu handeln. ADL, A 1-27.

8 Diese Vorgänge spielten im Herbst 1951. Arthur *Lieutenant* hatte damals in Berlin eine „Exil-liberaldemokratische Partei Deutschlands" gegründet, die in der FDP auf Ablehnung stieß. fdk, 2. Jg., Nr. 78 vom 6. 11. 1951.

9 Hierbei handelte es sich um eine polemische Auseinandersetzung mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD. ADL, A 1-27.

10 Bezieht sich auf den Satz der Entschließung: „Die FDP warnt das deutsche Volk und insbesondere den deutschen Arbeiter, dessen Interessen die SPD beispielsweise bei der angeblichen Mitbestimmung bei Kohle und Stahl so wahrt, daß Spitzenfunktionäre als ‚Arbeitsdirektoren' 60–85 000 DM beziehen, vor diesem neuen Anschlag auf seine soziale Sicherheit und persönliche Freiheit." Ebd.

der anderen Seite, in welcher unverantwortlichen Weise gesündigt worden ist. Wenn ich daran denke, blamiere ich mich nicht im höchten Gremium der Partei.

BEZOLD: Am besten sprechen wir mit dem wirtschaftspolitischen Ausschuß und bitten nochmals um Abänderung.

Dr. MENDE: Man müßte das Positive stärker herausstellen.

RADEMACHER: Man sollte den wirtschaftspolitischen Ausschuß bitten, die Sache nochmals zu überprüfen. Es gibt Formulierungen, die man den Leuten vorwerfen kann. Es gibt solche, die grundsätzlich sozialisieren wollen, und in dem Augenblick, wo sie an der Regierung sind, geht ihr Programm weiter. Ich bin überzeugt, daß es erforderlich ist, den Antrag des wirtschaftspolitischen Ausschusses morgen früh nochmals zu beraten.

Franz BLÜCHER: Ich darf feststellen: Morgen früh soll mit dem Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses nochmals darüber gesprochen, nochmals klar formuliert werden, und das Positive sollte man herausstellen, ohne angreifbare Stellen.[11]

Ich bitte, da Dr. *Ilau* nicht mehr zur Verfügung steht[12], namens des Vorstandes Herrn *Euler* mit seinem Freund *Preusker* die Entschließung zu überarbeiten. Im übrigen haben wir die Vorsitzenden zu benennen.

Dr. LEVERENZ: Auf das letztere müßte aber aufmerksam gemacht werden, da dies schief gelaufen ist. *Preusker* ist nicht zum ersten Vorsitzenden gewählt. Man sollte mit dem provisorischen Vorsitzenden Verbindung aufnehmen.

RADEMACHER: In der neuen Satzung wählt der Ausschuß seinen Vorsitzenden.

FRÜHWALD verliest den Wortlaut der Entschließung des agrarpolitischen Ausschusses.[13]

Anschließend lebhafte Debatte um die Abschnitte 1 – 4 der Entschließung.

Der geschäftsführende Vorstand wird beauftragt, mit dem agrarpolitischen Ausschuß über den Antrag von Rheinland-Pfalz[14] baldigst zu verhandeln.

---

11 Ergebnis abgedruckt in: fdk, 3. Jg., Nr. 80 vom 24. 11. 1952.

12 In seinem Brief vom 17. 11. 1952, siehe Nr. 25 a, Anm. 9, hatte *Ilau*, Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses und des Wirtschaftsprogramm-Ausschusses, geschrieben: „Da ich mich außerstande sehe, in der gegenwärtigen Schwebelage bis zu meiner endgültigen Entscheidung [über den Parteiaustritt, den er am 26. 11. 1952 vollzog] an der Willensbildung der Partei mitzuwirken, ist es mir moralisch verwehrt, an den Beratungen der beiden Ausschüsse teilzunehmen, geschweige denn sie zu leiten."

13 Der Antrag enthielt fünf Absätze: 1. Bildung einer „agrarpolitischen Arbeitsgemeinschaft" der FDP aus den Agrarausschüssen der Landesverbände. 2. Aktivierung der Agrarpolitik in engster Zusammenarbeit mit den Bauernverbänden. 3. Bildung entsprechender Arbeitsgemeinschaften auf Bezirks- und Kreisebene. 4. Bildung eines "agrarpolitischen Ausschusses der FDP-Bundesleitung" aus der Arbeitsgemeinschaft. 5. Wahl eines geschäftsführenden Vorstandes für diesen Ausschuß und Anstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers hierfür in der Bundesgeschäftsstelle. ADL, A 1-27.

14 Im wesentlichen identisch mit dem Antrag in Anm. 13. Ebd.

Die Debatte über die Entschließung betreffend die Kriegsverurteilten[15] ergibt, daß eine neue Formulierung notwendig ist.[16]

Die Debatte über die Saar-Entschließung[17] ergibt eine Ablehnung durch das, was heute vormittag geschehen ist.[18]

Die Entschließung des außenpolitischen Ausschusses mit den Abschnitten 1,2, unterteilt in a, b wird lebhaft diskutiert und Änderung der Fassung vorgeschlagen.[19]

PARTEITAG

Dr. HAUSSMANN: Ich möchte vorschlagen, daß morgen Reinhold *Maier* die Diskussion beginnt. Seine Ausführungen werden aber ca. 40 Minuten Redezeit benötigen. Ich bitte um Zustimmung.

Franz BLÜCHER: Der Vorstand muß eine bestimmte Redezeit haben. Es ging gestern die Debatte um die Vorstandswahl.

Dr. LEVERENZ: Wenn dieses Thema morgen anklingt, verlassen wir die Basis. Wir müssen einen Überblick bekommen: Wer will morgen reden? Eine gelenkte Diskussion ist oft sehr gut. Während der Mittagspause können wir uns dann noch eine Stunde zusammensetzen.

Dr. MENDE: Die Landesverbände werden sich zu Wort melden, aber die Vorsitzenden der Landesverbände müssen dafür sorgen, daß nicht jeder spricht. Im Referat *Blücher* ist schon viel gesagt worden.[20] Wortmeldungen müssen abgegeben werden.

---

15 „Der Bundesparteitag der FDP fordert erneut die Bereinigung des Problems der Kriegsverurteilten. Er erwartet, daß im Interesse der allgemeinen Befriedung und der Schaffung wahren Vertrauens Freilassungen im weitesten Umfang noch vor Weihnachten vorgenommen werden." ADL, A 1-27.

16 Abgedruckt in: fdk, 3. Jg., Nr. 80 vom 24. 11. 1952.

17 Feststellung, daß das Saargebiet „ein unabtrennbarer Teil Deutschlands" bleibe und daher eine „Europäisierung" abgelehnt werden müsse. ADL, A 1-27.

18 Bezug nicht eindeutig. Gemeint sein kann der Tod des Stadtverordneten von Saarbrücken und Mitgliedes der DPS, Georg *Geiger,* in den frühen Morgenstunden des 20. 11. 1952. *Blücher* ging zunächst von der Ermordung *Geigers* aus, was der Obduktionsbefund der Leiche jedoch nicht bestätigte. AdG 1952, S. 3749 A. Vom Inhalt der Resolution naheliegender erscheint jedoch ein Bezug auf eine Erklärung des Sprechers des französischen Außenministeriums. Danach lehnte Frankreich „mit Bestimmtheit eine völlige Auflösung der gegenwärtigen französisch-saarländischen Wirtschaftsunion ab. Es sei aber zu einer Änderung der Wirtschaftsvereinbarungen bereit, wenn über eine Europäisierung der Saar Einigung bestehe." DIE WELT vom 21. 11. 1952.

19 Abdruck der verabschiedeten Fassung in: fdk, 3. Jg., Nr. 80 vom 24. 11. 1952.

20 Grundsatzreferat *Blüchers* unter dem Thema „Politischer Standort und die Ziele der FDP" am Nachmittag des 20. 11. 1952. Als Quintessenz dieser Rede hieß es in der fdk, *Blücher* habe „deutliche Grenzstriche gegenüber den Irrtümern der einstigen Staatspartei" gezogen, „als könne sich eine Demokratie behaupten, die in dem männlich disziplinierten und gegenüber Worten ernüchterten Typ der Frontgeneration nur eine ‚Gefahr von rechts' sieht und nicht alles tut, um diesen soldatischen Menschen im Bewußtsein der nationalen Verantwortung an den demokratischen Staat zu binden. In scharfem Kontrast zur heutigen Erscheinung des englischen Liberalismus [...] zeichnete *Blücher* das Bild einer Partei, die ‚frei von überalterten Lehrsätzen' die politischen Aufgaben des Tages anpackt und so neben dem Sozialismus und

Franz BLÜCHER: Ich habe nicht vor, mehr vorzusetzen. Bei der morgigen Eröffnung kann *Schwennicke* nur mitteilen, daß sich der Vorstand in seinen Beratungen darüber schlüssig gewesen ist, daß er diese Regelung beschließt.

Dr. LEVERENZ: Die Landesverbandsvorsitzenden müssen das auch beschließen.

Dr. SCHÄFER: zu den unerledigten Anträgen: Einige Mitglieder des Vorstandes könnten sich zusammensetzen und die Dinge beschließen. Wenn wir das Material nach Durchsicht in die Hand bekommen, geht das schneller.

RADEMACHER: Ich schlage vor: Drei Herren des Vorstandes setzen sich um 16.30 Uhr zusammen, dann kann bis 18.30 Uhr die Arbeit geleistet sein.

Franz BLÜCHER: vielleicht die Herrn *Schwennicke, Mende, Dehler* und *Weirauch*. Wenn Herr *Weirauch* nicht abkömmlich ist, evtl. Herr *Bode*.

Dr. HAUSSMANN: Wenn wir hier (Vorstand) um 18.35 Uhr beginnen, müssen wir uns dann auch nur eine gewisse Zeit vornehmen, damit wir noch mit unseren Landesverbänden zur Verfügung stehen.

Franz BLÜCHER: Ich erinnere an das Sprichwort: „Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert."

Dr. HAUSSMANN: Wir sollten morgen nach der öffentlichen Sitzung zusammen kommen und über die Erledigung der Anträge beraten.

Es darf auch nicht passieren, daß dadurch, daß *Maier* spricht, wir (Württemberg-Baden) nicht mehr zu Wort kommen.

EULER: Es war nicht die Meinung, daß neben dem Hauptredner noch eine Sonderzeit dem Landesverband Württemberg-Baden zugestanden werden kann.

Dr. HAUSSMANN: Reinhold *Maier* als Ministerpräsident von Baden-Württemberg kann nicht als Exponent des Landesverbandes angesehen werden. So wenig wie der Parteivorsitzende für Nordrhein-Westfalen spricht. Er spricht als Präsident des Bundesrates.

EULER: Ich glaube nicht, daß wir morgen mit dem Parteitag zeitlich über 18.00 Uhr hinausgehen können. Die Aufgaben des Vorstandes sind zu groß. Es liegen eine ganze Anzahl Entschließungen vor, und es kommen noch einige dazu. Ich weiß nicht, ob die Ausschüsse mit ihrer Arbeit fertig sind. Außerdem haben wir neben den Entschließungen ganz bedeutende statuarische, organisatorische Fragen zu besprechen. Ich schlage vor, mit Rücksicht auf das große Pensum des Vorstandes die Diskussion nicht über 18.00 Uhr hinaus auszudehnen. Ich glaube, wir können zu einer richtigen Diskussion nur dadurch kommen, daß wir die Redezeit der Landesverbände quotieren, daß man, wenn 30 oder 35 Minuten zugestanden sind und sich zwei Redner melden, diese Zeit dann teilt. Dann haben wir jedenfalls schon das Gerippe einer Diskussion, wo-

---

Konfessionalismus zum entscheidenden Faktor im Kräftespiel des Staates wird." fdk, 3. Jg., Nr. 80 vom 24. 11. 1952.

von wir überzeugt sein können, daß sie wertvoll ist. Wenn wir 30 Minuten nehmen, macht das insgesamt fünfeinhalb Stunden.

Franz BLÜCHER erklärt sich hiermit einverstanden. Es wird beschlossen, Freitag abend um 18.30 Uhr wieder zusammenzukommen.[21]

25c.

21. 11. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 96. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am Freitag, dem 21. November 1952 (Bad Ems)." 18.00 Uhr–3.00 Uhr [22. 11.].

Teilnehmer: Bezold, Bleek, Blücher, Borttscheller, Dehler, Eberhard, Euler, Günzel, Haußmann, Herta Ilk, Kohut, [Kreitmeyer], Leuze, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mayer, Mende, Middelhauve, Neumayer, [Onnen, Preusker], Rademacher, Rubin, Schäfer, Schwennicke, Stegner, Wellhausen, Weyer.

[SCHLÜSSEL DER PARTEITAGSDELEGIERTEN, INSBESONDERE FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN; VORSTANDSWAHLEN]

Franz BLÜCHER: Meine Damen und Herren, ehe wir komplett sind, erscheint es mir richtig, die vorliegenden Anträge der weiteren Beratung und Prüfung zu unterziehen.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich glaube, es wird notwendig sein, daß wir uns über ein anderes Thema unterhalten. Ich habe gehört, daß damit zu rechnen sei, daß die Delegation von Nordrhein-Westfalen in der Öffentlichkeit angezweifelt werden soll. In der heutigen „Welt" stand ja bereits, daß z. B. der Landesverband Nordrhein-Westfalen mit etwa 60 Delegierten käme anstatt mit 25, wie sie ihm zustünden.[1] Wie dies in die Zeitung kommt, weiß ich nicht. Ich glaube, daß, wenn die Delegationsfrage öffentlich angesprochen werden soll, es dann notwendig ist, daß dies auch hier geschieht.

Ich bin weiter der Auffassung, daß wir uns über die Frage der Zusammensetzung des Vorstandes einige Gedanken machen sollten, nicht zuletzt über die Frage: einen oder zwei Stellvertreter. Der Antrag von Hessen[2] lag vor, er ist

21 Siehe Nr. 25 c.

1 Diese Feststellung in dem Artikel „FDP-Parteitag eröffnet. Absage Blüchers an die SPD" auf der Titelseite der Ausgabe.

2 Diesem Antrag gemäß sollte der geschäftsführende Vorstand bestehen aus „dem Vorsitzenden, seinen zwei Stellvertretern und sieben Mitgliedern". Die Begründung hierzu lautete: „Das außerordentliche Maß an organisatorischer und politischer Arbeit, das die Partei nicht nur bis zu den Bundestagswahlen, sondern auch nach den Bundestagswahlen zu bewältigen hat, läßt es als

zurückgezogen worden; deshalb sollten wir das heute hier klären und morgen nicht vor einer überraschenden und ausweglosen Situation stehen.

Ich bin nicht der Ansicht, daß dies notwendig ist, aber ich fürchte, nachdem, was ich gehört habe, daß es der Fall sein wird.

Franz BLÜCHER: Darf ich hierzu bemerken, daß im Laufe der Unterhaltung von vorgestern abend *Euler* den Antrag des Landesverbandes Hessen auf zwei stellvertretende Vorsitzende zurückgezogen hat.

Dr. MENDE: Ich habe die dringende Bitte, mir die Möglichkeit der Erstattung des Prüfungsberichtes zu geben. Die Möglichkeit der objektiven Berichterstattung muß gegeben sein.

EULER: Mißtrauen ist kein Anfechtungsgrund, substantiierte Angriffe gegen die Ordnungsmäßigkeit der Delegiertenbestellung sind nicht vorgetragen worden. Wenn nicht morgen eine äußerst unerfreuliche und für unsere Partei verhängnisvolle Debatte geschäftsordnungsmäßiger oder satzungsmäßiger Natur aufkommen soll, dann bleibt gar nichts anderes übrig, als die Möglichkeit eines Prüfungsberichtes dadurch zu geben, daß die einzelnen Landesverbandsvorsitzenden die Ordnungsmäßigkeit der Wahl gemäß den bestehenden Landessatzungen bestätigen. Ich möchte auf zwei Momente dabei besonderen Wert legen. Es kann nicht angegriffen werden die Gültigkeit der bestehenden Landessatzungen. Die Parteileitung, also der Vorstand und der geschäftsführende Vorstand, kennt die Satzungen der Landesverbände. Die Landesverbandssatzungen sind in keinem Landesverband vor kurzer Zeit eingeführt worden, abgesehen von dem neu gebildeten Landesverband im Südwestraum, der seine Satzungen auf dem Cannstatter Parteitag[3] beschlossen hat; aber auch diese Satzungen sind seit längerer Zeit bekannt. Es sind aus etwaigen Mängeln der Landessatzungen keine Konsequenzen gezogen worden. Es sind die Landesverbände vom Parteivorstand in keiner Weise darauf aufmerksam gemacht worden, inwieweit Landessatzungen mit der Bundessatzung in Einklang stehen oder nicht stehen. Es haben sich Organe der Gesamtpartei mit diesem Problem nicht beschäftigt, und infolgedessen ist es weder rechtlich tragbar noch politisch opportun, diese Frage jetzt überhaupt aufzuwerfen.

Was die alte Bundessatzung anbelangt, so waren wir uns seit langem darüber einig – und ich habe darauf immer wieder hingewiesen –, daß Unzulänglichkeiten da sind, daß dem Mißtrauen Tür und Tor geöffnet ist. Ich habe mich immer für ein neues Prinzip eingesetzt. Die neuen Statuten sind aber erst angenommen zu einem Zeitpunkt, bei dem feststand, daß für diesen Parteitag keine Konsequenzen gezogen werden könnten, da nicht mehr nach ihnen zum Bundesparteitag gewählt werden konnte. Aus diesem Grunde scheint mir der in Bonn getroffene Beschluß des Vorstandes und Hauptausschusses der richtige zu sein.[4] Es geht nun darum, daß wir die Satzungsänderung hier am Parteitag

---

dringend erforderlich erscheinen, daß dem Parteivorsitzenden zwei Stellvertreter zur Seite stehen." ADL, A 1-27.

3 19. 10. 1952.

4 Siehe Nr. 24 und Nr. 25 a, Anm. 4, Punkt 2.

annehmen. Wir waren uns alle klar, daß die neuen Satzungen erst für den nächsten Parteitag gelten können.

Die Prüfungsfrage wäre damit erledigt, daß die Landesverbandsvorsitzenden die Erklärung über die ordnungsmäßige Wahl Herrn Dr. *Mende* übergeben.

Dr. DEHLER: Verträge werden erst interessant, wenn man sich streitet. Man hätte in München die Dinge schon aufrühren können, ließ sie aber ruhen, weil man beschloß, alles in der neuen Satzung zu regeln.[5] Der nächste Bundesparteitag sollte anders über die Bühne gehen. Man hat das verhindert mit Dingen, die ein Mißtrauen erzeugt haben. Wir hätten in Bonn schon sagen sollen, dieser Parteitag wird zusammengesetzt in bezug auf die Delegierten nach den neuen Satzungen. Wir haben die Sache *Ilau* erlebt[6], und es wurde die Möglichkeit genommen, einen Ersatzmann zu bestellen. Wir haben festgestellt, daß in Nordrhein-Westfalen die Delegierten überhaupt nicht gewählt werden, in Hohenzollern ist es ähnlich. Was wir hier erklären oder was wir morgen erklären, hat eine Bedeutung. Jedes Mitglied kann die Dinge feststellen lassen, ob sie in Ordnung sind, und dann sagen, dieser Vorstand ist nicht ordnungsgemäß gewählt.

EULER: Mißtrauen ist kein Anfechtungsgrund.

Dr. DEHLER: Das sind ernste Bedenken. Der Parteitag soll überrundet werden. Sie haben erklärt, *Euler*, ich habe alles durchgesprochen, wir wollen für unsere politische Konzeption unseren Vorstand wählen. Ich habe den Eindruck, man will dieses Ziel mit Mitteln erreichen, die nicht zu billigen sind. In München hat niemand Konsequenzen gezogen, denn wir wußten, beim nächsten Parteitag wird sich das nicht wiederholen. Bei unserer letzten Zusammenkunft sind die Dinge beim Namen genannt worden: Die Mitgliederzahl hat sich verdreifacht.[7] Das kann man nicht widerlegen. Auf einer solchen Grundlage kann man nicht wählen, wenn man es dabei zum Kampf um die Macht in der Partei kommen lassen will. Unsere Satzung verlangt, daß die Delegierten gewählt werden von Wahlkörperschaften, nicht von Exekutivorganen. Wenn Vorschläge gemacht werden und der Vorstand bestimmt, so ist das keine Wahl. Bei einer Wahl soll nicht nur eine Richtung zum Zuge kommen. Es ist unmöglich, daß ein Landesverbandsvorstand die Delegierten zum Parteitag bestimmt. Das sind keine ordnungsgemäßen Grundlagen für korrekte Wahlen. Herr *Euler*, mit Ihrer Bestätigung der Landesverbandsvorsitzenden ist nichts getan. Das bindet niemanden, das hemmt niemanden anzukämpfen. Es geht auch um materielle Mittel, die vorhanden sind. Jeder Gläubiger der Partei hat das Recht, zu Gericht zu gehen. Niemand kann sich darauf berufen, daß in einer Landessatzung ein anderer Modus festgelegt sei. Die Bundessatzung geht den Landessatzungen vor. Wir müssen uns über den Modus der Wahl einigen. Eine Übergangslösung müssen wir finden. *Bezold* und ich haben vorgeschlagen: Wir bestätigen den bisherigen Vorstand. Mit ehrlichen Waffen kann man kämpfen.

5 Siehe Nr. 14 b mit Anm. 28.
6 Siehe Nr. 25 a mit Anm. 9.
7 Siehe Nr. 25 a mit Anm. 6.

KOHUT: Sie wollen dem Vorstand ein ewiges Leben geben.

Dr. DEHLER: Glauben Sie denn, wir können an eine Wahl gehen, wenn wir wissen, die Delegiertenzahlen sind nicht in Ordnung? Das ist das Ende.

Dr. LEUZE: Meine Damen und Herren! Ich habe aufmerksam zugehört. Es sind Tatbestände, die schon ab München dagewesen sind: Inhalt der Delegiertenbestimmung, Angabe der Mitgliederzahlen. Da ist zwar der eine Fall *Ilau*, wobei es sich aber lediglich nur um einen Delegierten handelt, um mehr nicht. Wir haben den Zustand, daß man Tatbestände benützt, an deren Beanstandung man vor München nicht gedacht hat, und heute, einen Tag nachdem der Parteitag begonnen hat, bringt man Beanstandungen vor, an die man nicht einmal auf der letzten Hauptausschußsitzung und im Gesamtvorstand gedacht hat.

Franz BLÜCHER: Hier reden Sie ohne Kenntnis. Bestimmend für eine Gerichtsentscheidung ist folgendes:

1. Man kann nicht reden von einer Nichtbeanstandung von München, da München selbst schon Beanstandungen geäußert hat und deswegen jenen Auftrag und die Vollmacht an den Hauptausschuß gab.

2. Die ganzen Debatten, die wir vorgestern und heute gehabt haben, sind dadurch unverständlich, weil bezüglich des Münchener Beschlusses gerade Hessen und Nordrhein-Westfalen selbst die Anträge gestellt haben, die eine Beschlußfassung des Hauptausschusses herbeiführen sollten.

Also, wenn Sie daraus Schlußfolgerungen ziehen mit einer gerechten Lösung, so kann es nur eine Übergangslösung sein. Es sind keinerlei Rechtsargumente, sondern Parteigründe am 9. November einem Ingangsetzen der Paragraphen, die sich auf die Delegiertenzusammensetzung beziehen, entgegengetreten. Es hat keinen Zweck, diese Dinge nun noch einmal von der rechtlichen Seite her aufzugreifen.

Dr. LEUZE: In München wurde nicht gesagt, die Lösung ist ungerecht, sondern die bisherigen Landessatzungen und die aufgrund dieser Satzungen erfolgten Delegiertenwahlen sind rechtlich nicht verständig, und dies müßte geändert werden.

Dr. DEHLER: Machen Sie mir nicht den Vorwurf des Rechtsmißbrauches!

Dr. MIDDELHAUVE: Sie verwahren sich gegen den Vorwurf des Rechtsmißbrauches, ich verwahre mich gegen den Vorwurf des Betruges, wenn hier heute und vorgestern behauptet wird, daß die Mitgliederzahlen von Nordrhein-Westfalen nicht stimmen. Ich habe schon vorgestern darauf hingewiesen, wenn Sie die Mitgliederzahlen von Nordrhein-Westfalen bezweifeln, dann müssen Sie mir das Recht zugestehen, Ihre Mitgliederzahlen zu bezweifeln.

Ich darf auf die Mitgliederzahlen von Nordrhein-Westfalen eingehen. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß sich diese Entwicklung nicht ergeben hat als eine Aufwärtsentwicklung der Mitgliederzahlen von 11 500 auf 28 000, sondern wir damals uns die inzwischen richtig stimmenden Mitgliederzahlen der einzelnen Kreisverbände haben melden lassen.

RUBIN: Hierzu möchte ich noch kurz eine Ergänzung geben: Die Mitgliederzahlen von Nordrhein-Westfalen sind dadurch so eigentümlich hoch gestiegen,

weil zum ersten Zeitpunkt die Kreisverbände gezwungen werden sollten, für ihre Parteimitglieder Beiträge zu zahlen. Dadurch ging die Kurve beträchtlich nach unten, dadurch wurden die Mitgliederzahlen sehr gering gehalten, und erst hinterher im Wege einer richtigen Geschäftsführung der einzelnen Kreisverbände bekamen wir vernünftiges Material, und nach und nach ist dann aufgrund dieser Unterlagen grundsätzlich die richtige Mitgliederzahl festgestellt worden. Das ist die vornehmste Erklärung für diese etwas komische Kurve.

Dr. MIDDELHAUVE: Nach meiner Meinung können wir uns bei der Wahl nur auf die bestimmten z. Z. gültigen Delegiertenzahlen berufen. Ich möchte feststellen, daß die Delegierten des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen ordnungsgemäß berufen worden sind nach den Satzungen. Wenn diese Satzungen nach Auffassung der Bundespartei rechtswidrig sind, hätten sie längst beanstandet werden können. Ich lehne es ab, wenn mir der Vorwurf gemacht wird, daß wir unsere Delegierten einseitig ausgewählt hätten. Unter unseren Delegierten befinden sich Leute wie *Altenhain, Wirths* und *Nolting*. Und ich könnte auch noch andere nennen. Die Delegierten sind nicht einseitig ausgewählt worden, sondern aus den von den Kreisverbänden gemachten Vorschlägen, aus Vorschlägen, die die Kreisverbände ordnungsgemäß dem Landesvorstand gemacht haben.

Der Streit heute ist nur deswegen, weil wir es versäumt haben, den Auftrag von München rechtzeitig auszuführen, einen Auftrag, der ausging von den Anträgen der Landesverbände Hessen und Nordrhein-Westfalen, weil wir eben eine Rechtsgrundlage schaffen wollten, die bei keinem Verband und von niemandem angezweifelt werden konnte. Es wurde gesagt, es handele sich um die Macht in der Partei. Darf ich dann vielleicht einmal die Frage der Fraktionsvorstandswahl[8] ins Gedächtnis rufen? Damals waren weder *Euler* noch *Rechenberg* da. Ich habe den Parteivorsitzenden telefonisch gebeten zu verschieben, bis die beiden da waren.

Franz BLÜCHER: Ich habe das erst erfahren, als ich in meinem Büro war.

Dr. MIDDELHAUVE: Sie haben es vorher gewußt!

Es sollte heute geklärt werden, ob morgen von irgendeiner Seite auf dem Parteitag solche Zweifel in die Öffentlichkeit getragen werden. Es wäre beschämend, wenn morgen solche Debatten ausgelöst würden. Es sollte deshalb jetzt überlegt werden, damit die Debatten nicht in die Öffentlichkeit kommen.

Wir stehen acht oder neun Monate vor den Wahlen, da ist es notwendig, daß wir die Kräfte des Vorstandes in einer stetigen Einsatzbereitschaft für die Wahlvorbereitungen einsetzen.

---

8 Bezieht sich auf die Neuwahl der Fraktionsvorsitzenden im Bundestag am 6. 5. 1952. Anstelle von *Euler* wurde damals Hermann *Schäfer,* bisher stellvertretender Fraktionsvorsitzender, zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Neuer Stellvertreter wurde Ernst *Mayer.* DATENHANDBUCH, 1983, S. 266. *Euler,* zu dieser Zeit krank, teilte am 6. 5. 1952 fernschriftlich aus Bad Hersfeld mit, daß sich kein hessischer Abgeordneter an der Wahl beteiligen werde. *Preusker* begründete diese Haltung mit der kritischen Einstellung der Hessen gegenüber den Vorgängen in Baden-Württemberg, die er „als einen schweren Affront gegen die freiheitliche Linie der Partei" bezeichnete. fdk, 3. Jg., Nr. 29 vom 6. 5. 1952.

KREITMEYER: Ich habe das Gefühl, daß Sie alles wieder verlieren, was Sie heute erarbeitet haben. So soll es doch nicht weitergehen.

Zur Sache selbst: Es ist ein Versäumnis gegeben. Sie haben es nicht fertiggebracht, in einem Jahr einen Auftrag zu erfüllen. Sie müssen die Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Man hat ja auch immer wieder die Chance zurückzugewinnen. Jeder ist ersetzbar von uns, keiner ist unentbehrlich.

Franz BLÜCHER: Sie zwingen mich zum erstenmal in der Geschichte der FDP, eine ungewöhnliche Bemerkung zu machen. Ich möchte nicht wünschen, daß eine derartige Ansprache so zu verstehen ist, daß es sich hier um ein Kleben an Ämtern oder Posten handelt. Wir wollen uns ruhig so hart wir möglich auseinandersetzen, aber solche Überlegungen wollen wir weglassen. Es könnte sich zum erstenmal sonst in diesem Kreis ergeben, daß es sich um einen echten persönlichen Machtkampf handelt. Wir müssen unsere Worte wägen, auf diese Bahn dürfen wir nicht abkommen.

BEZOLD: zur Geschäftsordnung: Ich bitte festzustellen, ob der vorletzte Redner Stimmrecht und Vertretungsrecht hat. Es kann nur der Landesverbandsvorsitzende vom stellvertretenden Landesverbandsvorsitzenden vertreten werden.

Franz BLÜCHER: Ich möchte nicht von diesem liberalen Brauch abweichen. Es ist schon vorgekommen, daß der stellvertretende Landesverbandsvorsitzende nicht da war, und ich habe dann die Vertretung gestattet.

BEZOLD: In Unkel ist ausdrücklich über die Vertretung gesprochen worden. Wir sind vom Gesamtvorstand ausdrücklich angewiesen worden, in die Satzung hereinzunehmen, wer vertretbar ist.[9]

Franz BLÜCHER: Ich habe nicht die Berechtigung, Ihren Standpunkt anzuzweifeln. Ich glaube, das ist heute die ernsteste Sitzung, die wir je gehabt haben. Aus diesem Grunde möchte ich nicht abgehen von dem bisher geübten Brauch.

RADEMACHER: Ich glaube, wenn ich auf *Kreitmeyer* zurückkommen darf, daß man von hier aus den Vorstand in Schutz nehmen sollte.

Meine Damen und Herren, ich will nicht juristisch werden, aber ich möchte folgendes betonen: Heute im Laufe des Parteitages ist doch, abgesehen von geringen Ausnahmen, in irgendeiner Form die Grundtendenz vorhanden gewesen zur sachlichen Debatte, das Streben, eine Einigung herbeizuführen. Das kann kaum bezweifelt werden. Einige Ausnahmen sind nicht zu diskutieren, aber in der Generallinie ist es doch so gewesen. Jetzt steht nicht die juristische Frage zur Debatte, sonden die Frage des guten Willens aller Beteiligten, um in der Frage von Personen zur Einigung zu kommen. Bei der schwierigen Situation kann es nur den einen Ausweg geben, den *Dehler* Mittwoch gemacht hat.[10] Ich möchte nur wissen, warum Sie ausweichen, daß wir hier zustimmen und

9 Siehe Nr. 21 mit Anm. 52.
10 Siehe Nr. 25 a, S. 601 f.

spätestens nach Ablauf von drei Monaten einen Parteitag einberufen und ordnungsgemäß nach den neuen Satzungen dann wählen?

Nun darf ich noch etwas Ernstes sagen. Es geht nicht um die angezweifelten Zahlen, die ein Teil der Beanstandung sind, sondern um die Methode. Ich habe eine Reihe von Delegierten, die ich auf dem Parteitag in München von einigen Landesverbänden gesehen habe, hier nicht gesehen, bzw. sie waren keine Delegierte. Alle diese Leute sind die Leute, die sich nicht unbedingt der zentralen Auffassung des Vorstandes des Landesverbandes beugen wollten. Das sind nicht nur vage Vermutungen, es sind eine Reihe von Freunden an mich herangetreten und haben erklärt, daß sie bewußt nicht wiedergewählt und delegiert worden sind. Meine Herren, wenn Sie es darauf ankommen lassen, daß aus diesen Gründen die Dinge angefochten werden, werden alle diese Männer und Frauen auftreten bei den entsprechenden Verhandlungen. Ich sehe nur einen Ausweg, den alten Vorstand bestehen zu lassen, also den Vorschlag *Dehler* anzunehmen.

Dr. HAUSSMANN: Die Debatte heute ist doch so verlaufen, daß es möglich ist, daß wir uns wieder zusammenfinden. Sie ist die Bewährungsprobe für die Erhaltung der Partei. Äußerungen wie: Es sei keine Rechtsgrundlage vorhanden, wenn wir morgen anders verfahren, schlagen nicht durch.

Rechtlich: Wir haben in München eindeutig den Willen des Parteitages beschlußmäßig festgestellt, daß die Dinge bis zu diesem Parteitag vorberaten werden, der Hauptausschuß war ermächtigt, die entsprechenden Satzungsänderungen zu verabschieden. Ich möchte *Dehler* vollkommen zustimmen zu seinen rechtlichen und politischen Ausführungen. Ich muß *Leuze* aber auf das Entschiedenste widersprechen. Der Münchener Beschluß ist eine rechtliche Tatsache, an der wir unter keinen Umständen vorbeigehen können. Diese Änderungen müssen morgen vorweg ohne Debatte beschlossen werden, dann wissen wir, was in dieser Richtung in Zukunft Rechtens ist. Dann haben wir in etwa dem Münchener Beschluß Rechnung getragen, denn der Münchener Beschluß mußte sich für den diesjährigen Parteitag auswirken.

Wir stehen vor der Frage, daß *Middelhauve* hier erklärt hat, er empfindet das als Mißtrauen. Das ist es doch, es hat uns im ganzen vergangenen Jahr an Vertrauen gefehlt gegenseitig. Was wir aber dem geschäftsführenden Vorstand nicht vorwerfen können, ist, daß er diese Dinge nicht termingemäß bereinigt hat. Ich spreche hier – und ich werde ja von der Einladung zur Abtretung nicht betroffen – offen aus, das wäre ein Versagen der Bewährungsprobe. Ich schließe mich *Dehler* und *Rademacher* an. Es gibt nur die Möglichkeit: Wir verwirklichen den Gedanken von *Dehler* und *Bezold.* Das ist nach Lage der Dinge die einzig denkbare rechtliche und saubere Lösung, weil sie uns über alle strittigen Fragen, von welcher Seite sie auch kommen, hinwegbringt, sowohl für die Landesverbände als auch für die ganze Partei. Und deshalb glaube ich, daß wir von diesem „übergeordneten" Gesichtspunkt der Gesamtpartei aus uns mit überwiegender Mehrheit dafür entschließen sollten. Ich glaube, daß *Euler, Middelhauve* und *Leuze* sich nichts vergeben, wenn sie diesem Vorschlag folgen und wenn wir damit das tun, was der Sinn unserer ganzen Arbeit ist, daß wir den organisatorischen und politischen Zusammenhalt der Partei er-

halten. Wir müssen versuchen, uns auf dieser tragbaren Brücke zu verständigen, denn wir sehen keinen anderen Ausweg. Ich kann Dr. *Mende* die Erklärung nicht in Aussicht stellen. Der Fall *Ilau* z. B., das sind Dinge, die wir nur überwinden, wenn wir die Linie *Dehler – Bezold* beschreiten. Wenn wir uns nicht einigen könnten, gäbe es nur die Überlegung, wie wir, ohne die Satzung zu verletzen, weiterkommen. Dann könnten wir auch sagen, wir setzen den Tagesordnungspunkt „Wahlen" ab, und dann wird das Ergebnis (*Dehler* und *Bezold*) auf diese Weise erreicht.

Franz BLÜCHER: Darf ich, damit die Dinge nicht unklar sind, folgendes sagen: Wir sind durch die Interpretation des Auftrages an den Hauptausschuß überrascht worden und in einer nicht mehr zu erwartenden Zeit vor die Notwendigkeit gestellt worden, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Die Schuld kann nicht beim Vorstand liegen, denn eines kann ich von mir behaupten, daß ich seit Juli hinter Terminen hergebettelt habe für jede Veranstaltung. Es konnte der Verlauf der Hauptausschußsitzung so nicht erwartet werden, weil die beiden Landesverbände, die Anträge auf eine Beschlußfassung in dem Sinne beantragt haben, wie sie dann erreicht worden ist, im Hauptausschuß eine andere Haltung einnahmen.

GÜNZEL: Wir sind uns darüber klar, daß wir in einer Zwangslage stehen. Selbst wenn wir uns entschlössen, morgen in keine Erörterungen einzutreten über die zwei strittigen Punkte, Zahl und Methode des Zustandekommens der Wahl der Delegierten, dann bleibt doch, wenn es zu einer Kampfwahl kommt, das eine Unangenehme bestehen, daß wir in die Öffentlichkeit hineingezerrt werden, daß die Öffentlichkeit sich monatelang damit befassen wird, daß eine Anfechtung der Wahlen erfolgt. Denn über eines sollten wir uns klar sein, wenn ich z. B. in der vorjährigen Generalversammlung einer AG keinen Protest zu Protokoll gegeben habe, daß ich dann nicht das Recht verloren habe, diesen Protest auf der diesjährigen oder nächstjährigen vorzunehmen.

Ich will nicht in einen Meinungsstreit eintreten oder Erörterungen heraufbeschwören. Ich will auch nicht beurteilen, wer recht hat oder nicht. Ich weiß nicht, wie lange ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht läuft, aber vor Durchführung der nächsten Bundestagswahlen dürften wir nicht in der Lage sein, ein Urteil zu haben, so daß wir in der Öffentlichkeit im Wahlkampf damit belastet sind. *Rademacher* und *Haußmann* haben nochmals den Vermittlungsvorschlag *Dehler – Bezold* angeführt. Könnte man nicht überlegen, ob man den Antrag Hessen auf Einsetzung eines zweiten stellvertretenden Vorsitzenden noch einmal aufnimmt. Könnte man nicht zu einem tragbaren Modus kommen bezüglich des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden Dr. *Middelhauve; Middelhauve,* Dr. *Schäfer.* Denn eins möchte ich zu bedenken geben: Kommt die Kampfwahl zustande im Sinne dieses Machtkampfes, von dem Herr *Dehler* gesprochen hat, so stehen wir im nächsten Jahre aufgrund der veränderten Satzungen und dadurch veränderten Mandatszahlen vor einer völlig neuen Situation, und ich weiß nicht, ob dies für uns von Segen sein wird.

RUBIN: Ich bin schon als unverbesserlicher Optimist bekannt, aber es ist notwendig, daß eine große Anzahl Optimisten da ist. Ich glaube, wir sind uns über eines klar: Wir müssen eine Lösung finden. Ich bitte Sie, zur Entgiftung

der ganzen Atmosphäre nicht davon zu sprechen, daß wir sagen, daß nur bei drei Landesverbänden angefochten werden kann – man könnte bei allen Landesverbänden anfechten. Es dreht sich darum, daß wir eine Lösung finden. Wir haben beschlossen, daß der neue Wahlmodus bei der nächsten Wahl Anwendung findet. Der Vorschlag von *Dehler* findet sicher nicht die notwendige Unterstützung, weil gegen einen Teil des Vorstandes Widerstand besteht. Einigen werden wir uns doch vielleicht auf eine Art Rumpfvorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern, dem Schatzmeister und den Landesverbandsvorsitzenden.

EULER: Bei den Ausführungen ist einiges ganz falsch vorgetragen worden. Zum Vorschlag *Haußmann,* von der Tagesordnung den Punkt Wahlen abzusetzen, eine Frage: Wieviel Stimmen genügen, einen Tagesordnungspunkt abzusetzen?

Dr. DEHLER: die einfache Mehrheit.

EULER: Es könnte also mit einfacher Mehrheit die Absetzung beschlossen werden. Es wird gesagt, die Wahlen seien anfechtbar, wenn sie nach den alten Satzungen stattfinden. Was müßte da der Kläger tun? Ich kann sagen, daß die Zahl nicht stimmt und das dartun, daß bei den Landesverbänden Meldungen nicht vorhanden sind oder nicht zu Recht vorhanden sind. Der Kläger müßte weiter dartun, welche Meldungen falsch sind. Eine solche Klage hätte einen sehr schwierigen Stand, um ihrer[11] Beweisführung zu genügen. Die Gültigkeit der Landessatzung im Verhältnis zur Bundessatzung zu begrenzen, wäre auch schwer. Die Bundessatzung sagt, daß die Delegierten zu wählen sind, aber nicht durch welche Organe. Daß sie bei den Landesverbänden gewählt worden sind, steht außer Zweifel. Es würde schwer sein, eine Entscheidung des Gerichtes zu gewinnen mit der Behauptung, daß die Satzung der Bundespartei in Widerspruch stehe zur Landessatzung. Wir haben für den Fall nach der Bremer Satzung damit zu rechnen, daß eine Anfechtungsklage nicht zum Zuge käme.

Wie ist es für den Fall, daß die in Bonn beschlossenen neuen Satzungsbestimmungen morgen durch den Bundesparteitag in Kraft gesetzt würden mit der Maßgabe, daß sie schon morgen Anwendung finden? Dann wäre es so, daß ein sicher durchschlagender Anfechtungsgrund gegeben wäre, weil dann bei den Landesverbänden die ganzen Delegierten nach den neuen Satzungen nicht hätten gewählt werden können. Wir haben also für diesen Fall eine rechtlich sichere Anfechtung, während wir für den anderen Fall glauben, daß die Anfechtungsklage keinen Erfolg haben würde. Daraus ergibt sich, warum sich die Majorität des Hauptausschusses in Bonn entschlossen hat zu sagen, wir können zwar die neuen Satzungsbestimmungen annehmen, aber sie können noch nicht Gegenstand der Anwendung für Bad Ems sein. Dabei muß es bleiben, weil man sonst eine Grundlage hat, die anfechtbar ist, weil sonst eine hoffnungslose Position entstehen würde. Sie wissen genau, daß bei uns zwei Parteien vorhanden sind, die zu gewissen Verabredungen kamen, und ich kann sa-

11 In der Vorlage „seiner".

gen, daß es in Hessen erst zu diesen Verabredungen gekommen ist nach der Frankfurter Verabredung.[12] Wir haben da genau denselben Tatbestand wie bei der Fraktionswahl im Frühjahr. Das war kein Grund, mich nicht wieder zur Wahl zu stellen. Ich habe diese Entscheidung für mich aus anderen Gründen getroffen. Herr *Dehler,* es ist nicht ganz fair, wenn Sie so sprechen.

Franz BLÜCHER: Jetzt muß ich etwas sagen. Ich habe noch zehn Redner auf der Rednerliste. Ich muß sagen, daß es mir allmählich zweifelhaft erscheint bei dieser Auseinandersetzung, ob wir sinnvoll gehandelt haben, daß wir sieben Jahre lang alles das, was man persönliches Leben nennt, aufgeopfert haben, daß man sich nun über eine solche Frage in einer solchen Form unterhält.

BEZOLD: Ich darf vielleicht damit beginnen, daß wir von Bayern nicht hergekommen sind, um zu trennen, sondern um zusammenzuhalten. Ich finde es merkwürdig, daß dem Vorstand vorgeworfen wird, daß er neun Stunden diskutiert hätte über diese Frage. Nicht deshalb, weil wir vielleicht besondere Freude hieran gehabt haben, ist diskutiert worden, sondern weil wir hofften, daß sich innerhalb dieser Diskussionen Formalien bereinigen lassen.

Es werden zwei Gesichtspunkte und zwei Tatbestände angegangen, einmal der Tatbestand der Möglichkeit der Anfechtung. Herr *Euler,* Sie wissen – Sie sind Jurist –, daß es selbstverständlich da zu einer Diskussion nicht kommen kann. Dann ein Zweites. Wenn immer wieder erklärt wird, daß der Wille des Hauptausschusses heilig sei, nämlich die neuen Bestimmungen hinsichtlich der Zahl der Delegierten noch nicht wirksam werden zu lassen, dann darf ich doch wohl auf eines hinweisen: Dieser gleiche Hauptausschuß hat eines geändert, nämlich Zahlen, die keiner rügen würde. Es ist doch da eine sachliche Entscheidung des Hauptausschusses getroffen worden, aber nur ein Teil der Entscheidung getroffen worden, während der andere Teil ausgesetzt wird.

Nun meine ich, müßte es, wenn wir in einer Gemeinschaft verschworen sind, eines möglich sein, daß man nämlich die Konsequenzen zieht aus der Tatsache, daß man formal mit den Dingen nicht zurechtkommt. Würden wir nach dem Vorschlag verfahren: Verschiebung um drei Monate, dann können die neuen Statuten stehen und die Delegierten danach einberufen werden. Wenn Sie sagen, es ginge nach der Geschäftsordnung des Bundestages, die ich genau kenne, weil ich z. Z. die des Landtages mache, ob der Antrag zurückgestellt werden könnte oder nicht, so ist es juristisch nicht richtig, nur auf die formale Seite abzustellen. Es ist sachlich so, daß dies insofern eine Änderung der Geschäftsordnung im juristischen Sinne ist, als durch die Verschiebung der Wahlen der bestehende Vorstand noch einige Monate bestätigt wird, daß dann das Geschäftsjahr nicht ein [Jahr], sondern eineinhalb Jahre dauert.

Sie können praktisch, wenn Sie wollen, morgen auf dem Parteitag das annehmen lassen, denn der Parteitag ist das souveräne Instrument, der letzte Gesetzgeber unserer Partei.

Wir können die Satzungsbestimmungen, wonach das Geschäftsjahr ein Jahr läuft, abändern und sagen in diesem Falle statt ein [Jahr] eineinhalb Jahre. Da

12 Siehe Nr. 25 a, S. 591.

kann kein Gericht, da kann niemand etwas juristisch machen. Es ist nur eine Frage, ob man will, eine Möglichkeit. Wenn es zu den Gerichten geht, würde es noch eine verheerendere Wirkung haben, wie wenn das der Parteitag morgen selbst entscheiden könnte. Dann würde die Presse mit Freude berichten: Jetzt haben sie sich endlich in den Haaren, jetzt ist es soweit, daß sich die Gerichte damit befassen, um den Streit zu entscheiden. Wollen wir wegen lumpiger drei Monate dieses Schauspiel der Öffentlichkeit geben? Sie wird es uns zu danken wissen. Es wird so wirken, wie die Streitigkeiten der Bayernpartei gewirkt haben. Die ist beim Amen und wird nicht mehr aufs Pferd kommen, weil das Volk sagt, eine Partei, die sich so verfeindet, die wollen wir nicht. Wenn wir das wollen, dann können wir es einfacher haben, dann lassen wir es auf die Wahl ankommen.

Es handelt sich um drei Monate, um mehr gar nicht, und ich garantiere Ihnen, in drei Monaten steht die Satzung da, und dann wird gewählt.

Dr. Dehler: zur Rechtslage: Was gilt für die Wahl zum Bundesparteitag? Welche Bestimmungen sind maßgebend? Nie die Bestimmungen einer Landessatzung, es handelt sich um den Bundesparteitag.

Franz Blücher: Ich habe Reinhold *Maier* gebeten, und außerdem habe ich festgestellt, daß an den Beratungen teilnehmen *Stegner* und *Onnen,* da *Onnen* ja *Stegner* häufig vertritt.

Meine Aufgabe ist es, hier das letzte Maß an echter Objektivität zu wahren.

Dr. Dehler: Die Dinge sind verfahren. Ich wiederhole, maßgebend sind unsere Bundessatzungen für die Wahl. Es muß eine Wahl stattfinden, sie kann nur stattfinden durch eine Wahlkörperschaft. Wenn jemand auf Kreisverbandsvorschläge hin gewählt wird, so ist das keine Wahl, das ist eine Benennung.

Ernst *Mayer* verläßt die Sitzung.

Dr. *Middelhauve* und seine Herren verlassen die Sitzung außer *Rubin,* der weiter an den Besprechungen teilnimmt.

Kohut: Zu Unrecht besteht der Vorstand, zu Unrecht besteht die Partei. Sie wollen uns hier erschlagen!

Dr. Dehler: Wahlen können nur stattfinden durch eine Wahlkörperschaft, das kann der Hauptausschuß sein. Es ist ausdrücklich folgendes gesagt worden: (verliest die entsprechenden Absätze).

Wenn *Kohut* sagt, das hätte beanstandet werden müssen – ich bin ja erst jetzt darauf gekommen! Wir sind erst jetzt darauf gestoßen. Für bayerische demokratische Vorstellungen ist so eine Wahl etwas Unmögliches. In dem Urteil gegen die SRP beim Bundesverfassungsgericht wurde als äußeres Merkmal festgestellt: die Ernennung von irgendwelchen Machtträgern in der Partei.[13] Halten Sie, Herr *Mende,* das für legal?

13 Urteil vom 23. 10. 1952, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 2, Nr. 1, S. 1–79.

KOHUT: Wir haben eine Zweckmäßigkeitsjuristerei, als wären wir in der Ostzone.

Dr. DEHLER: Hier wird versucht, mit Mitteln zu operieren... Es ist richtig, was *Ilau* schreibt und anführt: „daß wir auf diesem Parteitag es erstreben, eine Vorstandschaft zu erreichen, die unseren Vorstellungen entspricht!"[14]

KOHUT: Da haben Sie einen schlechten Zeugen, Herr *Dehler!*

Dr. DEHLER: Ich habe ihn nicht gesucht! Bestreiten Sie doch nicht, daß Sie zu einem Machtkampf angetreten sind aufgrund von Voraussetzungen, die strittig sind. Wir waren in München alle einig, daß diese Grundlagen gefestigt werden müssen. Das ist ein selbstverständliches Urteil gewesen, dem sich niemand entzogen hat. Wir haben doch alles getan, was möglich war, und man macht uns den Vorwurf, daß wir nichts getan haben. Es hätte die Möglichkeit bestanden, diese Satzungsänderung durchzuführen und sich auf diese Beschlüsse einzustellen.

Franz BLÜCHER verwahrt sich gegen die sehr heftig durcheinander gehende Diskussion.

KOHUT: Ich verlasse diese Sitzung!

Dr. DEHLER: Ich glaube, daß ich in der sachlichen Wahlauseinandersetzung den Standpunkt der Satzung klar gezogen habe; warum aus formellen Gründen die Gegensätze? Wir sollten doch an diesen Dingen nicht scheitern!

Ich habe nicht den Eindruck, daß diese Aussprache in dieser Art zum Ziele führt. Ich möchte deswegen zwecks Rücksprache mit den Delegierten vorschlagen, daß wir die jetzige Sitzung unterbrechen. Ich kann mir vorstellen, daß der eine oder andere der Landesverbände ähnlich denkt. Das ist sicherlich nicht schön. Aber durch Gespräche in den Landesverbänden etwas Besseres zu erreichen, als wir bisher erreichen konnten, wäre denkbar.

EBERHARD: Ich möchte dem Vorschlag *Rubins*[15] beipflichten. Ich könnte mir vorstellen, daß, wenn sich elf Landesverbandsvorsitzende zusammen an einen Tisch setzen, sich die Sache aushandeln lassen müßte.

Dr. MENDE: Ich sehe mich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, wenn wieder beim Zusammentreten des Vorstandes über den Vorsitzenden oder die Stellvertreter derartig weiter diskutiert wird, an einer solchen Vorstandssitzung teilzunehmen. Ich muß mich dagegen verwahren, daß ich in die Debatte gezogen werde. Wir haben die Sache mindestens viermal unterbrochen.

RADEMACHER: Ich verspreche mir von dem Antrag *Eberhard* wenig. Ich bin überzeugt, daß die Diskussion kaum anders laufen wird. Ich bitte, dies zu vertagen und jetzt mit den Landesverbänden und Delegierten zusammenzutreten.

Nun zu dem Antrag selbst: Es wäre richtig gewesen, wir hätten die Verhandlung so gelenkt, daß zu dem materiellen Vorschlag diskutiert wurde. Bevor

14 Siehe Nr. 25 a, Anm. 9.
15 Siehe oben S. 645 f.

man in die Landesverbände geht, muß man zum mindesten in diesem Kreis seine Meinung äußern und seine Bedenken anbringen können. Es hat doch keinen Sinn, zurückzugehen zu den Freunden, und wir sind nachher wieder da, wo wir vorher waren. Ich bitte doch zunächst hier ruhig einmal zu dem Vorschlag *Rubin* zu debattieren.

Es überrascht mich der Antrag der Verkleinerung des Vorstandes. Die eigentliche Aktivität wird dadurch nicht gestärkt. Es geht darum, wie z. Z. hier diskutiert wird, daß es sich nicht um die Sache, sondern um Personen handelt, und wenn ich richtig verstanden habe, stehen lediglich zur Diskussion *Schäfer, Middelhauve* und *Euler. Euler* und *Middelhauve* sind doch in dem Vorstand drin. Ihrer Aktivität wird doch kein Zwang auferlegt. Sie können so aktiv sein, wie sie wollen. Es bleibt nur noch der Fall übrig: Man will nach außen demonstrieren. Wir haben einen optischen Sieg errungen, indem ein Vertreter einer bestimmten Richtung nunmehr stellvertretender Vorsitzender geworden ist. Nach meinem Vorschlag könnte es nur *Schwennicke* sein; also: *Blücher, Schäfer, Schwennicke.*

Dr. HAUSSMANN: zur Geschäftsordnung: Ich bin mit dem Vorschlag einverstanden, daß sich jeder Landesverbandsvorsitzende äußert. Wir haben aber unsere Delegierten weggeschickt und wollen erst morgen früh wieder zusammentreffen. Ich würde deshalb bitten, daß wir morgen früh um 8.00 Uhr oder 8.30 Uhr im Vorstand wieder zusammenkommen.

RUBIN: Bei dieser ernsten Situation sollten wir nicht von Sieg sprechen. Ich bitte, daran zu denken, daß eine gewisse Optik nun einmal notwendig ist. Wenn wir *Schäfer* nennen, dann wird doch ein Opfer gebracht.

Franz BLÜCHER: *Rubin* soll zu *Middelhauve* und *Weyer* gehen und mit ihnen sprechen.

EBERHARD: Ich unterstütze den Vorschlag *Rubin,* aber die Situation ist so, daß wir jetzt unsere Delegierten nicht zusammenbekommen. Die Landesverbandsvorsitzenden müssen sich treffen.

WEYER: Meine Damen und Herren! Es war ein herzliches Bekenntnis zu einer Einigung vorhanden. Ich weiß nicht recht, Herr *Eberhard,* wenn wir in diesem Kreis den Versuch machen, uns zu einigen und uns dann mit den Delegierten zusammensetzen, ob wir dann nicht zu einem Ergebnis kommen. Ich bitte Sie sehr, Herr Dr. *Haußmann,* doch dabei zu überlegen, daß es zu einer Wahl *Schäfer* gegen *Middelhauve* kommt. Wir können der Wahl ausweichen und müssen ihr ausweichen. Es gibt nur eine Lösung, daß wir beide bitten, für den Rumpfvorstand die stellvertretenden Vorsitzenden zu stellen.

Mein Vorschlag ist: *Blücher, Schäfer, Middelhauve,* Schatzmeister, elf Landesverbandsvorsitzende. Dann haben wir für den Übergang Zeit gewonnen. Wir raufen uns sonst nicht mehr zusammen. Es sind harte Worte gefallen. Es muß versucht werden, einen Weg zu finden, diesen Vorschlag durchzusetzen, und davon bin ich überzeugt, wenn Sie sich stark machen, *Euler* und *Dehler.* Ich bitte auch Sie, Herr *Stegner,* wir müssen einen Weg finden, diesen Parteitag zu retten, wo alles auf die Sensation der Zerschlagung der FDP wartet.

STEGNER: Es steht fest, die Atmosphäre ist reichlich vergiftet. Ich habe zwar an den letzten Vorstandssitzungen nicht teilgenommen, aber die letzten 20 Minuten haben mir genügt. Wir haben mit der Debatte in der Öffentlichkeit sehr gut abgeschnitten. Man erkennt an, daß es keine Partei gibt, die sich das hätte leisten können. Das ist eine Wirkung, um die wir uns nicht bringen sollten, denn wir stehen vor der Bundestagswahl. Jetzt müßte man – wenn der Wille vorhanden ist für eine Entgiftung – die Dinge in Ordnung bringen. Aber, lieber *Dehler,* das geht nicht so, wie Sie sich das denken. Mein Vorschlag: Erster Vorsitzender, Schatzmeister plus elf Landesverbandsvorsitzende als Notvorstand nach außen. Wir können nach außen sagen – wie *Adenauer* es getan hat –, zur leichteren Durchführung der Vorbereitungen zur Bundestagswahl[16] machen wir das so. Es ist nur die Frage: Ist der Wille vorhanden zu entgiften? Entweder einigen wir uns, dann ist der Fall ausgestanden, oder der Kampf entbrennt neu.

EULER: Sehr geehrte Parteifreunde! Seien wir uns doch darüber im klaren, ein Kampf im Vorstand ist gegenüber der Öffentlichkeit eine mißliche Sache. Sollte es nicht möglich sein, einen ganzen geschäftsführenden Vorstand hier abzusprechen? Sind nach der Meinung der Mehrheit des Parteitages alle Persönlichkeiten in einem Vorstand vertreten, dann wäre es der größte Sieg, den wir in der Öffentlichkeit davontragen dürfen. Und nachdem wir bisher einen Parteitag gehabt haben, der glanzvoll war, weil alle Beteiligten das geschafft haben – was in der Presse bezweifelt wurde –, es keinen Krach gab und eine vorzügliche Disziplin vorhanden war, so würde diese Sache die einzige Ausnahme sein. Wir wollen aber jetzt nichts besprechen, sondern appellieren, daß es nicht zu einer fatalen Kampflösung kommt. Es gehörte nicht viel Voraussicht dazu, daß die Verhandlungen nach einigen Schwierigkeiten diesen Verlauf nehmen würden. Ich habe dafür Sorge getragen, daß die hessischen Delegierten zur Verfügung stehen. Wir sollten einen Appell an alle richten, diesen Parteitag zu Ende zu bringen ohne den Schönheitsfehler, daß morgen wieder, wie es in Essen der Fall war, der Parteitag um Stunden unterbrochen werden mußte. Wir haben die ganze lange Nacht vor uns. Warum sollen wir nicht ein paar Nachtstunden daransetzen, wo so viel auf dem Spiel steht, wo wir oft wegen vieler unsinnigerer Dinge so lange beraten haben? In der Situation, vor der wir jetzt stehen, ist eine Aussprache unvermeidlich. Lassen wir dies nicht an Zeitgründen scheitern. Es muß erreicht werden, daß morgen während des Parteitages geschäftsordnungsmäßige Debatten vermieden werden, und das kann ich für meine Freunde zusagen.

Franz BLÜCHER: Ich möchte Ihnen etwas recht Komisches vortragen und bitte, einmal mitzuschreiben und mitzurechnen: *Blücher:* Neutrum; *Schwennicke:* kann gezählt werden als Neutrum; *Neumayer:* Neutrum; *Mende:* Neutrum; *Schäfer:* alt; *Dehler:* alt; *Ilk:* alt; Ernst *Mayer:* alt; *Euler:* Revolutionär; *Rubin:* Revolutionär; *Middelhauve:* Revolutionär; *Stegner:* Revolutionär.

16 Bezieht sich möglicherweise auf die Bestellung von drei geschäftsführenden Vorsitzenden *(Kiesinger, Tillmanns, Wuermeling)* der CDU „zur besseren Vorbereitung der Bundestagswahl 1953" am 9. 11. 1951. CDU-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE, 1986, S. 94.

Wir haben also viermal Neutrum, viermal alt und viermal Revolutionär.

RUBIN: Meine Parteifreunde! Die Dinge fangen an, verwaschen zu werden. Ich habe doch einen klaren Vorschlag gemacht, und *Stegner* hat m. E. modifiziert. Ich hätte den Wunsch, daß wir meinen Vorschlag annehmen und bis in drei Monaten den Vorsitzenden *Blücher,* die beiden stellvertretenden Vorsitzenden *Schäfer* und *Middelhauve* und elf Landesverbandsvorsitzende wählen.

Dr. MENDE: Ich würde vorschlagen, zu den elf Landesverbandsvorsitzenden den Fraktionsvorsitzenden hinzuzunehmen.

EULER: In der Satzung steht: Vorsitzender, Stellvertreter und sieben Beisitzer. Es soll doch nicht daran scheitern, daß wir dann zwei Stellvertreter haben. Wir sollten uns keine Beengung auferlegen. Wenn wir jetzt diese Lösung anstreben, dann sollen wir nicht in drei Monaten neu wählen, dann muß dieser Vorstand so tragfähig sein, daß wir die Gewißheit haben, das ist die erfolgreichste Lösung.

Franz BLÜCHER: Ich persönlich schlage vor: *Middelhauve* als zweiten stellvertretenden Vorsitzenden; es wird dadurch eine Beisitzerstelle frei, die neu besetzt werden muß.

EULER: ein Anlaß für die Erhöhung der Zahl der Beisitzer: Wir hätten dann die Gewähr, in Baden-Württemberg zu einer guten Regelung zu kommen. Zum geschäftsführenden Vorstand gehören dann *Haußmann* und *Leuze.*

Franz BLÜCHER: Wir sollten die Dinge im Augenblick nicht komplizieren. Alles erschwert das Geschäft, nicht mehr Namen nennen als nötig. Sollten wir darauf zurückkommen, daß Namen genannt werden, dann *Stegner, Onnen.* Ich wiederhole nochmals den Vorschlag: ein zweiter stellvertretender Vorsitzender und Ergänzung des Vorstandes durch Besetzung der freiwerdenden Beisitzerstelle.

Frau Dr. LÜDERS: Ich frage Sie, ob Sie die Frau im Vorstand köpfen wollen? Wir haben stundenlang debattiert mit viel Krach, wir müssen uns endlich verständigen. Ich nehme an, daß sich die Männer unserer Partei als Mitglieder einer Familie fühlen. Wollen Sie diesen Familienkrach vor die Öffentlichkeit bringen? Die Juristen haben heute erheblichen Schaden angerichtet. Der Bevölkerung sind unsere juristischen Argumente vollkommen gleichgültig, das können Sie mir glauben.

Ich wollte nur sagen, ich halte den *Blücher*-Vorschlag für richtig. Man sollte so weit gehen, wie *Euler* gegangen ist, und den übrigen geschäftsführenden Vorstand bis zum nächsten Parteitag belassen, damit wir ein Schauspiel vermeiden. Man sollte den geschäftsführenden Vorstand ergänzen in der Wahl Dr. *Middelhauves* zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

RADEMACHER: Ich schlage dann drei stellvertretende Vorsitzende vor: *Schäfer, Middelhauve, Schwennicke.*

EULER: Ich bitte, den geschäftsführenden Vorstand nicht zu vergrößern. *Middelhauve* rückt auf, und es wird ein Ersatzmann für ihn gewählt. Je mehr Stellvertreter gewählt werden, desto weniger Verständnis werden wir finden. Vertretbar ist es, dem bisherigen Stellvertreter einen zweiten beizugeben, zu-

mal der bisherige Stellvertreter Fraktionsvorsitzender ist. Es ist dann noch zu überlegen: Bleibt man bei der bisherigen Zahl der Beisitzer?

Franz BLÜCHER: Mein Vorschlag sollte Spannungen vermeiden. Man sollte dann den bisherigen Vorstand durch *Stegner* oder *Onnen* ersetzen oder wen der Landesverband Niedersachsen vorschlägt, damit man einen häßlichen Kampf vermeidet und eine klare Linie hat. Also: Der bisherige Vorstand wird bestätigt, *Middelhauve* wird zweiter stellvertretender Vorsitzender und *Stegner* kommt neu hinzu.

Ich möchte jetzt alle Vorschläge noch einmal zusammenfassen:

1. Vorsitzender, Schatzmeister, elf Landesverbandsvorsitzende.

2. Vorsitzender, zwei stellvertretende Vorsitzende, Schatzmeister und elf Landesverbandsvorsitzende.

3. Vorsitzender, zwei stellvertretende Vorsitzende, Schatzmeister und im übrigen ein regelrecht gewählter Vorstand. Wenn wir zwei stellvertretende Vorsitzende haben, dann noch einen neuen Beisitzer.

4. Vorsitzender, drei stellvertretende Vorsitzende. Das bedeutet, entweder zwei neue Beisitzer oder die Zahl der Beisitzer verringern, was vor den Wahlen eine unwahrscheinlich erscheinende Satzungsänderung ist.

Dr. LEUZE: Ich darf folgendes sagen: Die Südweststaatfrage ist nicht gelöst damit, und eine Lösung scheint nicht absehbar. Ich kann für meinen Landesverband keine andere Erklärung abgeben.

Dr. DEHLER: Ein bitteres Problem ist Ernst *Mayer*. Wenn es ihm gesundheitlich nicht gut geht, wenn wir ihn wählen, müssen wir damit rechnen, daß, wenn Ernst *Mayer* verhindert ist, Baden-Württemberg einen Vertreter für ihn stellt.

Franz BLÜCHER: Damit ist etwas sehr Tragisches angesprochen worden. Es soll nie ein Ausfall Ernst *Mayers* ein Anlaß zu einem Streit sein. Selbstverständlich werden wir dem Wunsche der Freunde aus Baden-Württemberg entgegenkommen. Wir schließen sozusagen ein Gentlemen's Agreement (allgemeine Zustimmung durch Kopfnicken).

Die Sitzung wird, damit die Landesverbandsvorsitzenden mit ihren Delegierten beraten können, unterbrochen.

[Pause] Fortsetzung 23.30 Uhr:

Franz BLÜCHER stellt das Vorhandensein von nur wenigen Landesverbänden fest und befragt die Landesverbände über das Ergebnis der Rücksprache mit ihren Delegierten.

Bayern: Der bayerische Standpunkt hat sich nicht verändert. Wir bleiben beim alten Vorschlag.

Baden-Württemberg: noch nicht anwesend.

Berlin: Wir bleiben dabei, provisorisch den alten Vorstand anzunehmen etwa bis Ende März.

Rheinland-Pfalz: Entscheidung für den Vorschlag, der im Gesamtvorstand gemacht worden ist mit der Maßgabe, daß der Organisationsausschuß wieder neu gewählt wird nicht vom geschäftsführenden, sondern vom Gesamtvorstand.

Niedersachsen: nicht anwesend.

Bremen: Wir haben uns im wesentlichen zu dem Vorschlag *Blücher* bekannt: daß wir den geschäftsführenden Vorstand besetzen mit zwei Stellvertretern, *Schäfer* und *Middelhauve*. Vorweg wäre die Frage zu klären, ob der Antrag Hessen[17] wiederum auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

BEZOLD: Das ist möglich mit einfacher Mehrheit des Parteitages.

Franz BLÜCHER: Er ist schriftlich zurückgenommen worden.

BORTTSCHELLER: Als Vertreter von Niedersachsen müßte, wenn *Stegner* ausfällt, ein neuer Vertreter des Landesverbandes gewählt werden. Wir haben uns dem Vorschlag *Euler* angeschlossen.

Schleswig-Holstein: Wir haben uns entschlossen, zum Zwecke einer allgemein verbindlichen Regelung auf die Dauer von einem Jahr dem jetzigen Vorstand zuzustimmen.

Franz BLÜCHER: Ich habe abgefragt, aber wir sind noch nicht vollständig. Nach der Haltung der vorhandenen Landesverbände will ich versuchen zusammenzufassen: Berlin: Vorschlag *Dehler – Bezold;* Rheinland-Pfalz: ein Vorsitzender, zwei stellvertretende Vorsitzende *(Schäfer, Middelhauve)*, Ergänzung der Beisitzer um einen Vertreter von Niedersachsen unter der Voraussetzung, daß der Organisationsausschuß in seiner Zusammensetzung nicht durch den geschäftsführenden Vorstand, sondern den Gesamtvorstand bestimmt wird. Nordrhein-Westfalen ist noch nicht vertreten, und ich kann mir deren Anwesenheit in einer halben Stunde noch nicht vorstellen. Es ist ausgeschlossen, und ich halte es nicht für zweckmäßig, wenn wir noch eine halbe, dreiviertel oder eine ganze Stunde warten.

RADEMACHER: Ich war in der glücklichen Lage, meine Leute zusammenzufinden. Meine Freunde haben sich nicht endgültig entschließen können. Ich möchte einmal sagen, wir sind in großer Besorgnis um den Vorstand der Partei und möchten alles tun, um einen Eklat zu verhindern. Wenn Sie sich endgültig entscheiden sollten zu dem Vorschlag *Euler,* dann möchten wir daran einige Bedingungen knüpfen, die ungefähr wie folgt aussehen: Die drei Programme[18], die zur Debatte stehen, müßten in einen Ausschuß gehen.

Es ist für den Landesverband unmöglich über den Antrag von Nordrhein-Westfalen[19] zu diskutieren, der heute bereits kritisiert worden ist. Sie

17 Siehe Anm. 2.

18 „Deutsches Programm", „Liberales Manifest" (siehe Nr. 25 a, Anm. 21) und Rede *Blüchers* (Siehe Nr. 25 b, Anm. 20).

19 Nordrhein-Westfalen hatte insgesamt fünf Anträge eingebracht. 1. Vorlage eines Entwurfs für

werden niemals mit einer Ausschußüberweisung einverstanden sein. Die Sache muß von Nordrhein-Westfalen zurückgezogen werden.

Wir sind uns hoffentlich auch darüber klar, wenn das Abstimmungsergebnis eine Abweichung zeigt, dann ist die Sache gefälscht, darüber besteht kein Zweifel.

SCHWENNICKE: Es gibt keine Verpflichtung der Delegierten.

RADEMACHER: Herr *Schwennicke,* das macht mich noch mißtrauischer.

SCHWENNICKE: Ein wesentlicher Teil der Berliner Delegierten findet sich bisher nicht bereit, Herrn Dr. *Middelhauve* zu wählen.

RADEMACHER: Wir erwarten außerdem, daß, wenn trotzdem doch Baden-Württemberg zu diesem Kompromißvorschlag kommen sollte, jede Siegeserklärung in der Presse vermieden wird.

Dr. HAUSSMANN: Ich wollte nur zur Begründung und zum Verständnis folgendes sagen: Wir halten es für unmöglich, daß Dr. *Middelhauve* zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wird. Aus politischen und persönlichen Gründen wären wir der Ansicht, daß es dann *Schwennicke* sein müßte. Wir halten Dr. *Middelhauve* für unmöglich, weil bei der ungeheuren Beanspruchung des Vorsitzenden, den wir als solchen wieder sehen möchten, und *Schäfer* als ersten Stellvertreter, daß wir daneben dann noch Dr. *Middelhauve* haben und auch noch Nordrhein-Westfalen den Schatzmeister stellt, nach dem Brief, den der Vorsitzende von *Ullmann* bekommen hat[20], der sich auf die gestrigen Dinge bezieht, über die wir sprechen müssen. Diese Dinge, über die wir sprechen müssen, sind mit der Erklärung von *Rubin* von gestern[21] noch nicht ausgestanden. Es geht nicht, daß der zweite stellvertretende Vorsitzende nicht im Bundestag ist und kein Staatsamt hat. Wir sind mit einem zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und Schatzmeister von Nordrhein-Westfalen nicht einverstanden.

STEGNER: Unsere Delegierten würden einen Kompromiß im Sinne der Erhaltung der Partei begrüßen. Wenn der Kompromiß nicht ehrlich von beiden Seiten erstrebt wird, sehen wir uns außerstande, zu einer positiven Entwicklung beizutragen. Wenn dieser vom Vorstand beschlossen wird, dann würde er von uns einstimmig konsolidiert werden.

Franz BLÜCHER: Darf ich jetzt das verbindliche, keineswegs das verbindende Wort sagen. Es wird sicher 1.00 Uhr, bis Nordrhein-Westfalen kommen kann. Unsere Beratungen werden dadurch nicht besser. Es gibt noch eine Möglich-

---

ein Wirtschaftsprogramm als Arbeitsgrundlage für die Beratungen des wirtschaftspolitischen Ausschusses. 2. Beantragung von Maßnahmen gegen diejenigen Mitglieder, Organisationen und Verbände, „die den Richtlinien der Essener Grundsatzentschließung zuwiderhandeln". (Siehe Nr. 20 a, Anm. 12). 3. Bekenntnis zum „Deutschen Programm". 4. Beantragung von Maßnahmen zur „Zusammenfassung aller nationalen Kräfte". 5. Entschließung zugunsten der Kriegsopfer und Kriegshinterbliebenen. ADL, A 1-27.

20 Brief nicht ermittelt. Er enthielt offensichtlich Kritik am Finanzgebaren des Schatzmeisters. Siehe hierzu Nr. 26, TOP „Bundesschatzmeister-Beschluß nach § 181 BGB".

21 Siehe Nr. 25 b, Erklärungen *Rubins* unter dem TOP „Bericht der Rechnungsprüfer und des Bundesschatzmeisters".

keit, daß wir diese Zwischenlösung bis zum März-Parteitag suchen unter der Voraussetzung, daß wir morgen die Satzungsänderungen beschließen.

GÜNZEL: Es gäbe noch eine theoretische Möglichkeit zur Überbrückung. Ist eine Vertagung des Parteitages möglich?

Dr. DEHLER: Sollen wir die Wahlen auf März vertagen, nicht den Parteitag? Sollen wir sagen, die Wahl findet im März statt?

Franz BLÜCHER: Wollen wir doch dem Gefühl der Landesverbände Rechnung tragen. Nordrhein-Westfalen glaubt, daß es sich gegenüber den letzten Bundestagswahlen wesentlich verbessert. Ich bin zwar ein ausgezeichneter Zahlenkopf, möchte aber nicht in diesem Falle behaupten, daß ich die Ziffern auswendig kenne. Das Bild sieht so aus: letzte Bundestagswahl: 680 000 Stimmen, Landtagswahl 1950: 748 000 [Stimmen], Kommunalwahlen 1952: 852 000 Stimmen. Das ist das Bild, das sich ergibt, wobei ich bemerken möchte, daß bei den letzten Kommunalwahlen eine außerordentlich starke Zahl von Wahlvereinbarungen mit Herzens- und Busenfreunden stattgefunden hat.

GÜNZEL: Es ist die Frage der Vertagung gestellt worden mit der Maßgabe, daß zunächst einmal bis zum erneuten Zusammentritt des vertagten Parteitages *Schwennicke* sozusagen als treuhänderischer Platzhalter den zweiten stellvertretenden Vorsitz einnehmen soll. Es ist die Frage, ob *Schwennicke* bereit dazu wäre, um eine Brücke herzustellen und um die weitere Entwicklung zu ermöglichen.

EBERHARD: Meine Damen und Herren, wenn eine Einigung nicht möglich ist, gibt es folgenden Ausweg, daß wir von einer Wahl Abstand nehmen mit dem Hinweis, daß es aus Zeitmangel nicht möglich war, die Satzungen unter Dach und Fach zu bringen.

Dr. HAUSSMANN: Die Sache läuft auf den Vorschlag *Dehler – Bezold* hinaus. Wenn man nicht morgen den Münchener Beschluß wirksam werden lassen will aus Gründen, die ich nicht zu wiederholen brauche, dann ist das morgige Gremium nach der Satzungsänderung von [§] 7 und [§] 10 gar nicht mehr aktiv legitimiert, die Wahlen vorzunehmen, und wir sagen, wir haben bald einen neuen Parteitag, um aufgrund der Satzungsänderung die ordnungsmäßige Delegiertenwahl durchzuführen. Dann ist der Sache nach erreicht, daß praktisch die Wahl abgesetzt ist mit guten Gründen und dadurch der Gedanke *Bezold* zum Zuge kommt. Das ist eine Lösung, die sich durchaus vertreten läßt.

Franz BLÜCHER: Wollen wir das Wagnis eingehen, hier noch zu warten?

LEVERENZ: Das Resumé des Parteitages als oberstes Organ ging in Ordnung, und hier im Vorstand sollen wir uns nicht verständigen können? Das wäre unmöglich.

BORTTSCHELLER: Die Öffentlichkeit hat einen hervorragenden Eindruck von dem heutigen Tag gehabt. Vor drei Stunden waren wir beinahe gesprengt. Jetzt sitzen wir wieder beisammen. Die Delegierten haben mir gesagt, wenn sich der Vorstand nicht einigt, wählen wir selbst den Vorstand. Es ist doch heute auch gesagt worden, es steht mehr auf dem Spiel als die FDP. Ich spreche hier für den kleinsten Landesverband, nehmen Sie doch Vernunft an, meine Herren!

Franz BLÜCHER: Ich gebe der tiefen Erregung *Borttschellers* vollkommen recht.

EULER: Ich bin jetzt erst wieder zu der Besprechung zurückgekommen und bitte um Information, welche Erklärungen abgegeben wurden.

Franz BLÜCHER: im Groben: Hamburg würde bereit sein zuzustimmen, unter Voraussetzungen. Bitte *Rademacher:*

RADEMACHER: Jeder Landesverband hat seine Beschlüsse bekanntgegeben. Wir möchten jetzt einmal hören, was Hessen will.

Franz BLÜCHER: Eine große Zahl ist ausschließlich aus Opferwilligkeit bereit, Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein; Niedersachsen will in den Grundzügen dem letzten von mir gemachten Vorschlag zustimmen, und zwar dem Vorschlag: *Blücher, Schäfer, Middelhauve* und Nachrücken eines Beisitzers aus Niedersachsen.

EULER: Die technische Lösung bereitet keine Schwierigkeiten, wenn wir zur Einigung kommen. Hessen ist prinzipiell bereit, eine solche Lösung mitzutragen. Allerdings muß ich sagen, daß ein sehr dringender Wunsch geäußert wurde, und ich glaube, wir würden gut tun, diese Lösung mit einzubeziehen. Ich hatte das schon geäußert im geschäftsführenden Vorstand, wo Württemberg-Baden durch Ernst *Mayer* vertreten ist, daß, wenn *Mayer* infolge seiner schweren Krankheit verhindert ist, ein anderer Parteifreund vertretungsweise teilnimmt. Ich lege großen Wert darauf, daß *Leuze* in den geschäftsführenden Vorstand kommt, und ich bitte das sicherzustellen, da gerade dadurch eine gute organisatorische Lösung gefunden wird, eine Lösung, die nicht weit davon entfernt ist von dem, was wir schon besprochen hatten. Es handelt sich aber auch um eine psychologische Lösung, es würde für den psychologischen Umschwung in Hohenzollern viel getan, wenn wir das ermöglichen.

Franz BLÜCHER: Mir ist die verbindliche Erklärung abgegeben worden, daß bei einer personellen Bindung die Sache scheitere. Der letzte Vorschlag von Baden-Württemberg in dieser Sache besteht aus folgenden Teilen:

1. Zustimmung zu dem Beschluß des Hauptausschusses, daß dadurch kein Präjudiz geschaffen wird.

2. Daß von Seite der Partei ein verantwortliches Gremium bestimmt wird, um Urwahlen in den Kreisverbänden durchzuführen, wobei ich mit dem Vorschlag Baden-Württemberg nicht einverstanden sein kann, die Zugehörigkeit zur Partei so weit zurückzulegen. Da müßte sich eine andere Lösung finden. *Brillinger, Vietzen* müßten beauftragt werden, die Urwahl in den Bezirksverbänden von Hohenzollern durchzuführen.

EULER: Nicht unterschätzt werden darf eines: Wir sind uns doch darüber einig, daß diese Urwahl oder Urbefragung eine außerordentlich mißliche Angelegenheit ist. Eine andere Lösung, die nicht so umständlich wäre und in der Öffentlichkeit kein so großes Aufsehen erregen würde, wäre folgende: Herr *Haußmann,* hätten Sie sich bei der Gründung des neuen Landesverbandes beschränkt auf das Gebiet, deren Landesverbände bereit waren, sich zusammenzufügen, dann hätten Sie diese ganzen Widerstände nicht hervorgerufen, es

wäre dann schneller und leichter ein Ergebnis erzielt worden. So scheint es auch jetzt zu sein. Geben Sie Hohenzollern die Genugtuung, daß *Leuze* im Vorstand ist, dann bedeutet das keine Erschwerung, sondern eine Erleichterung, und da die Regelung fortbesteht, wäre für den gesamten Raum bei dem Zusammenwachsen noch der Vorteil, daß dieser Raum durch zwei Mitglieder vertreten wäre. Ich bitte, meinen Vorschlag so aufzufassen, wie er gemeint ist, also gut gemeint, als etwas die Partei im Südweststaat Erleichterndes. Diese Erwägungen sind aus bestem Willen gekommen.

RADEMACHER (?): Meine Damen und Herren, die Nibelungentreue gegenüber *Leuze* ehren wir sehr, aber neben dem Gefühlsmäßigen muß ich die Rechtslage beleuchten. Der Antrag von Hessen, der ursprüngliche, geht dahin, den geschäftsführenden Vorstand aus dem Vorsitzenden, seinen zwei Stellvertretern und sieben Mitgliedern zu gestalten. Wenn wir *Leuze* in den geschäftsführenden Vorstand wählen, haben wir acht. Das ist eine Satzungsänderung, die nicht angemeldet ist. Ich bin kein Volljurist, aber ich muß darauf hinweisen.

Nun, Herr *Leuze,* ich weiß nicht, es liegt mir völlig fern, Ihnen zu nahe zu treten, aber daran, daß *Leuze* in den geschäftsführenden Vorstand kommen soll, darf die Sache nicht scheitern. Es könnte möglich sein, daß der Südweststaat sich einigt auch ohne diese Lösung, zumal sie mit einer Satzungsänderung verbunden ist, die nicht angemeldet ist. Es ist uns von den Kronjuristen oft gesagt worden, daß wir Nackenschläge erleiden. Sollen wir durch acht Mitglieder die ganze Angelegenheit in Frage stellen? *Mende* hat angeboten zurückzutreten. An der Persönlichkeit *Mende* ist uns viel gelegen. Ich kann auch nicht glauben, daß es die Meinung von Nordrhein-Westfalen ist, auf einen solchen Mann zu verzichten.

EBERHARD: Inzwischen ist der Landesverband Nordrhein-Westfalen eingetroffen. Es würde mich interessieren, wie der Landesverband Nordrhein-Westfalen sich entschieden hat.

Franz BLÜCHER: Ich bitte zu berichten.

RUBIN: *Middelhauve* wird in ein paar Minuten hier sein. Ich bitte, solange die Tagesordnung ablaufen zu lassen.

RADEMACHER: Durch die Hineinbringung [von] *Leuze* in den geschäftsführenden Vorstand ist ein anderes Bild entstanden. Das ist keine Meinung von mir, sondern eine Sache, von der ich weiß, daß sie ein Gegenstand des Streites ist.

Ich bin in der Spitze vieler nationaler und internationaler Verbände. Ich habe immer ein Prinzip gehabt, das werde ich auch immer verfolgen: Wenn ich umstritten bin, habe ich bisher auf jeden Sitz verzichtet im Interesse der Einheit.

Dr. LEUZE: Ich glaube, man muß auch in der Politik fair zu kämpfen und fair zu verlieren verstehen. Aber so, wie sich die Dinge heute entwickelt haben, muß ich folgendes sagen: Mir scheint heute die Partei vor der Frage gestanden zu sein, ob sie sich präjudizieren will in dem Sinne, wie es vorgeschwebt hat. Das wußten wir alle von Hohenzollern. Oder aber verzichtet sie auf die Präjudizierung ihres politischen Willens und verzichtet auf die Einheit auf Kosten

der Geschlossenheit. Die Entscheidung ist nun gegen uns gefallen. Es geht um einen Kompromiß, der mir persönlich peinlich ist. Es ist mir bisher noch nicht geschehen, mich um meine Person zu raufen. So sehr ich *Euler* für sein Einsetzen danke, bin ich es meinem Landesverband schuldig, mich durchzuraufen. Was sich aber weiter abspielen würde, das ginge gegen die Würde. Ich werde heimgehen und meinem Landesverband vorschlagen, sich aufzulösen. Darf ich mich damit verabschieden?

Franz BLÜCHER: Meine Freunde, darf ich *Leuze* bitten, an den Beratungen weiter teilzunehmen? Wir müssen alle wissen, was sich im Persönlichen gehört und ziemt, und deshalb würde ich einen derartigen Abschluß nicht für richtig halten. Ich bitte *Leuze,* weiter teilzunehmen.

Dr. HAUSSMANN: Sie werden verstehen, daß ich von der Erklärung *Leuzes* überrascht und beeindruckt bin. Ich nehme aber auch an, daß Sie verstehen werden, daß ich nicht ermächtigt und in der Lage bin, zu der sich aus dieser Erklärung ergebenden neuen Lage für meinen Landesverband zu sprechen, ich kann nur für meine Person dazu Stellung nehmen. Ich werde selbstverständlich unserem Landesverband und seinen Delegierten morgen früh davon Mitteilung machen, und ich glaube, daß bei allem, was geschehen ist, *Leuze* doch hoffentlich das Gefühl gehabt hat, daß ich immer bemüht gewesen bin, im Persönlichen die menschlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten, so wie wir sie früher gehabt haben.

Franz BLÜCHER: Darf ich bitten, ganz hart zur Sache zu verhandeln.

STEGNER: Die Erklärung *Leuze* war dazu angetan, den ersten Schritt der Entgiftung zu tun, und ich möchte persönlich *Leuze* sehr danken für diese Erklärung und *Haußmann* [und ihn bitten], daß sich die beiden die Hände bieten.

Wir bitten noch zu klären, ob Nordrhein-Westfalen in der Lage ist, die beiden genannten Anträge zurückzuziehen, dann hätten wir die Grundlage einer positiven Entgiftung.

Ich möchte noch um eines bitten, nämlich, daß der Vorstand für ein Jahr gewählt wird. Wir sollten nach dem Ablauf des heutigen Tages versuchen, das aus der Partei zu machen, was historisch auf sie zuläuft. Es wäre lächerlich, wenn wir drei Wahlkämpfe gewonnen haben, dann die Wähler fragen, warum habe ich diese blödsinnige Partei gewählt, die nicht weiß, was sie will.

Dr. *Middelhauve* nimmt wieder an der Sitzung teil.

Franz BLÜCHER: Ich möchte das, was ich sagen will, hinausschieben. Ich möchte zunächst genauso nach allen Seiten angefochten, neutral bleiben wie bisher und *Middelhauve* das Wort geben.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich kenne den Antrag *Rademacher* nicht.

RADEMACHER: Der Landesverband Hamburg wäre unter Umständen bereit, dem Vorschlag *Blücher* zuzustimmen, wenn sich eine große, breite Basis dafür finden würde. Wir haben aber einige Bedingungen.

(Zwischenruf: Wünsche!)

Wir sind der Meinung, daß diese Einigung nur zustande kommen kann, wenn Sie und Ihre Delegierten nicht darauf bestehen, den Antrag „Deutsches Programm" zu einer sofortigen Entscheidung zu stellen. Das „Deutsche Programm" und das „Liberale Manifest" sollen einem Ausschuß übertragen werden.

Der Antrag, der von Frau *Barowsky* kritisiert wurde: „Wer die Bedingungen nicht erfüllt, stellt sich außerhalb der Partei" (zweiter Antrag von Nordrhein-Westfalen), soll zurückgezogen werden. Der dritte Wunsch ist, daß wir natürlich unbeschadet von der Unabhängigkeit und Souveränität der Delegierten erwarten, daß jeder Vorsitzende so viel Autorität besitzt, daß in keiner Weise von dem Vorschlag *Blücher* abgewichen wird.

Und noch eine Bitte: Keine Seite soll aus dem personellen Ergebnis in der Presse, auch nicht in der eigenen, einen politischen Erfolg konstruieren und demonstrieren.

Franz BLÜCHER: Gerade das letztere liegt mir sehr am Herzen. Wenn irgendwie aus dem Ergebnis Sieg oder Niederlage gemacht wird, ist die ganze moralische Wirkung des Parteitages dahin.

(Allgemeine Zustimmung.)

Dr. MIDDELHAUVE: Meine Parteifreunde! Ich habe vor einigen Stunden den Raum verlassen wegen der Atmosphäre, die hier geherrscht hat. Gerade daß ich wiedergekommen bin, sollte Ihnen den Beweis geben, daß ich den guten Willen noch habe, mit dem ich nach Bad Ems gekommen bin.

Nun bin ich bestürzt darüber, daß von Hamburg Bedingungen gestellt worden sind. Das werden Sie verstehen, zumal ich mich frage, was soll eigentlich mit diesen Bedingungen irgendwie, wenn ich das deutlich sagen darf, ausgehandelt werden. Wenn ich bereit war, auf Wunsch meines Landesverbandes die Stellvertretung des Vorsitzenden zu übernehmen, um nach besten Kräften zu einer Aktivierung der Partei beizutragen, so habe ich das getan, nicht um einen Ehrgeiz zu vertreten, sondern um auf diese Weise meine Kraft für die Partei einzusetzen, wo ich glaube, mich mit Erfolg einsetzen zu können. Aber daß nun diese Umstände diese Entscheidung erschweren, bedauere ich außerordentlich. Die Entscheidung war für mich überhaupt schwer. Ich bin nach hier gekommen mit dem Entschluß der Lösung, die uns heute abend vorgetragen wurde durch meine Freunde.

Sehen Sie, Herr *Rademacher,* Sie haben nicht sehr kameradschaftlich in Presseäußerungen gehandelt. Und wenn ich jetzt als erstes höre, daß das „Deutsche Programm" und das „Liberale Manifest" und die Rede von *Blücher* in einen Ausschuß überwiesen werden sollen, so ist das eigentlich so selbstverständlich, daß man das nicht mal zu einem Wunsch zu machen braucht. Denn, meine Freunde, niemand kann von mir erwarten, daß ich annehme, daß das „Deutsche Programm", das wir nicht einmal im Vorstand beraten konnten bzw. in dem vom Vorstand bestimmten kleinen Ausschuß, durch den Parteitag durchgepeitscht würde. Es war der Antrag, daß die Grundsätze des „Deutschen Programms" angenommen werden. Herr *Rademacher,* wir sind uns einig, daß

alle Anträge überwiesen werden sollten. Sie sollten die Situation nicht [er]schweren, sondern erleichtern.

Zum Antrag 2 von Nordrhein-Westfalen. Wir haben auch darüber gesprochen, und es war gestern unser Freund *Hammer,* der mir den Vorschlag machte, sechs entscheidende Worte in diesem Antrag zu streichen. Es waren die Worte, daß jemand, der sich nicht auf den Boden der Essener Entschließung stellt, damit neben der Partei steht. Ich hätte, wenn ich heute noch zu Wort gekommen wäre, sowohl auf Ihre Äußerungen geantwortet als auch auf Ihren Artikel in der „Welt"[22], den ich als Unfreundlichkeit empfinde. Ich hätte aber auch erklärt, daß wir diese fünf sehr harten Worte aus dem Antrag gestrichen hätten. Ich hätte das von mir aus erklärt, ohne Bedingungen daran zu knüpfen, nachdem der Wunsch durch Dr. *Hammer* geäußert war.

Weiterhin ist die Wahl von *Blücher* als Vorsitzender bei uns in Nordrhein-Westfalen, von einzelnen Stimmen abgesehen, niemals irgendwie strittig gewesen. Also da hätte es keiner Bedingungen und keines Wunsches bedurft. Ich glaube, wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir die Presse als öffentliche Meinung in den letzten Monaten am wenigsten in Anspruch genommen haben, sehr viele entstellende Äußerungen hingenommen haben, ohne uns zu äußern.

Ich glaube, Herr *Rademacher,* es wäre sehr viel schöner gewesen, wenn das, was sich von selbst verstand – ich glaube nicht nur heute abend, sondern auch in letzter Zeit habe ich immer wieder bewiesen, daß ich sehr viel maßvoller bin als mein Ruf –, nicht aufgeworfen worden wäre und es nicht nötig war, mir Wünsche aufzuerlegen.

Dr. SCHÄFER: Sie sollten wissen, daß ich, was ich sage, überlege. Ich möchte hiermit erklären, daß ich unter Zurückstellung mancher Bedenken, über die ich noch mit dem Parteivorsitzenden sprechen darf und sprechen werde, bitte, den Vorschlag, der hier gemacht worden ist, als Kompromißvorschlag anzunehmen.

Nun darf ich auch einen Wunsch äußern. *Leuze* hat eben eine Erklärung abgegeben. Ich meine, daß er ein anständiger Kamerad unter uns gewesen ist, und ich kann nur sagen, daß meine Sympathie zu unserem Freund *Leuze* in den letzten Wochen sehr stark gestiegen ist wegen seiner Haltung in einer Situation, die für ihn sehr schwierig war, nicht zuletzt und gerade heute abend. Nun sollten wir das gleiche große Herz haben und nach einem Weg suchen, der *Leuze* die Möglichkeit gibt, im Vorstand mitzuarbeiten. Das ist ein Gebot der Kameradschaft. Ich wäre dankbar, wenn wir uns darüber Gedanken machten zu versuchen, zu einer Lösung zu kommen, die eine Kompromißlösung ist, aber eine bestmögliche Lösung darstellt.

---

22 Der Artikel war am 21./11. 1952 unter der Überschrift „Der Weg der Freien Demokraten. Liberale Einheit oder restaurativer Rechtskurs? – Gestern begann der Parteitag in Bad Ems" erschienen. Hierin wandte sich *Rademacher* entschieden gegen alle nationalen Sammlungsparolen; den Landesverbänden von Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen warf er vor, „weniger aus staatspolitischen, als aus parteitaktischen und persönlichen Erwägungen" heraus zu handeln.

BORTTSCHELLER: Ich muß *Middelhauve* beglückwünschen zu dem, was er gesagt hat. Ich glaube, daß wir jetzt die Einigung erreicht haben. Wir Bremer haben bewußt darauf verzichtet, Anträge zu machen, wir haben uns ausschließlich die Aufgabe gestellt, die Einheit der Partei zu wahren. Ich schätze ungemein hoch die Treue von Hessen zu Hohenzollern, und ich schätze auch ungemein hoch die Rede von *Middelhauve*[23], und Sie dürfen es mir nicht übelnehmen, wenn wir Hanseaten Hand in Hand marschieren. Und ich begrüße auch Schleswig-Holstein. Nun noch ein Wort an *Haußmann: Leuze* hat eine ritterliche Haltung eingenommen. Er hat eine Haltung gezeigt, vor der wir uns beugen müssen. In diesem Sinne appelliere ich an Württemberg-Baden und seinen Großmut.

Dr. PREUSKER: Bei uns bestehen trotz der Einigung Bedenken. Wir sind bereit, eine Einigung einzuhalten, wir erwarten aber auch, daß die Bedingungen, die Herr *Rademacher* gestellt hat, auf der anderen Seite zurückgestellt werden.

Die zweite Frage ist: Wird morgen früh die Frage an den Vorstand bzw. an den Ministerpräsidenten *Maier* gestellt werden, wie er sich aufgrund der Meldung, die über den Rundfunk und dpa gegangen ist[24], in dieser neuen Sachlage zu verhalten gedenkt? Auch diese Frage wird von wesentlicher Bedeutung für die ganze Entwicklung der Situation am morgigen Tag sein.

EULER: Ich möchte nochmals eine Angelegenheit unterbreiten: *Leuze* hat eine Erklärung abgegeben, die für die Partei von außerordentlicher Bedeutung ist, nämlich hinsichtlich der organisatorischen Gestaltung im Südwestraum. *Rademacher* hat erwähnt, daß die Einigung nicht zum Gegenstand von Sieges- und Niederlagenmeldungen in der Presse gemacht werden soll. Es ist ja wohl im Interesse der Gesamtpartei, daß nicht die Presse von sich aus, also die der Partei entzogene Presse, zu Kommentaren Anlaß gibt, die sofort zu Spannungen in der Partei führen. Ich komme nochmals auf unseren Vorschlag zurück. Wenn als Ergebnis in der schwäbischen Presse mitgeteilt wird, was hier eben unser Freund *Leuze* erklärt hat, dann ist geradezu die Kommentierung unvermeidlich, daß *Leuze* geopfert worden ist, und deswegen komme ich auf meinen Vorschlag zurück, *Leuze* im geschäftsführenden Vorstand aufzunehmen, nicht zuletzt auch deshalb, weil wir uns alle in den letzten Wochen – und die letzten Zweifler zumindest in den letzten ein bis zwei Stunden – davon überzeugen konnten, daß *Leuze* als politische Persönlichkeit von Format in den geschäftsführenden Vorstand gehört. Sollte dies absolut nicht durchsetzbar sein, dann darf ich doch auf eines aufmerksam machen. Wir haben einen Gesamt-

---

23 Auf dem Emser Parteitag. Sie enthielt u. a. ein „verpflichtendes Bekenntnis zur rechtsstaatlichen Freiheitsidee". fdk, 3. Jg., Nr. 80 vom 24. 11. 1952.

24 dpa-Meldung nicht ermittelt. Wie aus dem Folgenden zu entnehmen ist, handelte es sich um eine Meldung über einen Presseempfang der SPD-Fraktion der Verfassunggebenden Landesversammlung in Baden-Württemberg am 21. 11. 1952, in dessen Verlauf sich der Fraktionsvorsitzende Alex *Möller* auch zum Abstimmungsverhalten der baden-württembergischen SPD-Minister im Bundesrat über die Westverträge geäußert hatte. „In der SPD gebe es – so *Möller* – über die Verträge nur eine Meinung, und die Minister wüßten, wie sie abzustimmen hätten." STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 22. 11. 1952, S. 2: „SPD handelte nach den Landesinteressen. Ein Presseempfang in Stuttgart – Stellungnahme zur Verfassung."

vorstand, in den einige Beisitzer zu wählen sind, und ich glaube, es sollte eine Verpflichtung für uns sein, daß wir *Leuze* in den Vorstand wählen.

Dr. HAUSSMANN: Ich werbe um Ihr Verständnis dafür, daß ich auch beim besten Willen von mir aus nicht in der Lage bin, anders zu handeln. Jeder von uns soll in den neuen Tag und in die nächsten Monate im Anschluß an diese Sitzung den guten Willen mitnehmen, aus dieser vollständig veränderten neuen Situation, die sich aus den Erklärungen *Leuzes* und *Middelhauves* ergibt, das Beste zu machen. Ich hoffe, daß eine Reihe von Ihnen mich so lange und so gut kennen, daß mein Wille für die Einheit der Partei und unser Zusammenwirken über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg so stark ist, daß wir versuchen, über die Dinge der letzten Zeit so rasch und so gut wie möglich hinwegzukommen. Ich appelliere aber an Ihr Verständnis, daß ich, ohne meine Legitimation zu überschreiten und mir Vorschriften machen lassen zu müssen bzw. Vorwürfe zu bekommen, nicht über diese Erklärung hinausgehen kann. Das müssen Sie mir zugestehen.

Zur politischen Seite, die *Euler* bereits mitgeteilt hat. Ich habe festgestellt, daß die Erklärungen der SPD eine Stellungnahme erhalten werden, wenn die Dinge reif sind. Das sind sie aber noch nicht. Es wird das Bundesverfassungsgericht abgewartet, und damit befindet sich der Vorsitzende in der Gesellschaft des Bundeskanzlers. Meine lieben Parteifreunde, mehr ist nicht erklärt worden und mehr wird nicht erklärt, weder von ihm noch von uns. Es ist dies ein üblicher Trick, der im Hinblick auf Ems gebracht wurde.

Franz BLÜCHER: Ich habe nicht den Eindruck, daß das unsere Aufgabe sei, uns um *Möller* zu bekümmern. Er mag der eine sein, und wir sind die anderen. Wir werden morgen früh über *Möller* nicht sprechen.

(Dr. *Haußmann* verläßt trotz Widerspruch die Sitzung.)

Dr. DEHLER: Ich muß sagen, *Leuze* hat mir imponiert, wie er sich verhalten hat. Ich bin der Meinung, was er tat, verlangt Respekt. Sollte es nicht möglich sein, ihn in den geschäftsführenden Vorstand zu bringen, so würde es erforderlich sein, ihn im Gesamtvorstand zu belassen. Da bestünden von unserer Seite keine Bedenken. Ich möchte noch bemerken, daß meine Anregung, Dr. *Middelhauve* neben *Schäfer* hinzuzunehmen, nicht gerade Begeisterung ausgelöst hat. Ich glaube aber, daß ich meine bayerischen Delegierten dazu bringe, diesen Vorschlag zu akzeptieren und zu dieser Entscheidung morgen zu stehen.

STEGNER: Es bleibt mir die angenehme Aufgabe, nur das Ergebnis der heutigen Vorstandssitzung zusammenzufassen.

Blücher ist unbestrittener Vorsitzender, *Schäfer* und *Middelhauve* Stellvertreter. Dann soll ein niedersächsischer Vertreter anstatt *Middelhauve* hineingenommen werden. Damit haben wir den paritätischen Vorstand ein Jahr im Amt zu lassen, damit die persönliche Entgiftung klargestellt wird.

Meine Freunde, *Leuze* hat heute eine menschliche Größe erwiesen, die wir anerkennen sollen. Wir sollten uns darüber einig sein, daß wir ihn als ersten der Beisitzer in den Gesamtvorstand hineinwählen; dann hätten wir das erreicht,

daß wir das Ergebnis der heutigen Diskussion, die nicht nur reichhaltig war, sondern eine innere Substanz hatte, für die Vorstandswahl klar zum Ausdruck bringen, daß wir uns auf einer Basis zusammengefunden haben und der Parteitag den Abschluß findet, den wir heute in der Öffentlichkeit erzielt haben. Ich möchte alle Freunde bitten, dem Vorschlag zuzustimmen. Ich bin überzeugt, daß die FDP in der nächsten Bundestagswahl die Stellung einnehmen wird, die ihr aufgrund der heutigen Debatte zukommt.

Dr. LEUZE: Ich muß Ihnen doch einiges Böse sagen: Meine Freunde, Sie haben den Vorschlag gemacht, ich möchte als Beisitzer in den Vorstand aufgenommen werden. Ich darf Ihnen folgendes antworten: Ich glaube, daß über meinem Leben ein Grundsatz stehen muß – und das muß jeder für sich persönlich entscheiden –, der Grundsatz, *Leuze,* keine Halbheiten!

Meine lieben Freunde, ich bin mir darüber klar, daß ich einen politischen Kampf mit meinen Freunden verloren habe und daß ich jetzt zu ihnen zu gehen habe und ihnen das sagen muß. Das hat aber eine harte und klare Konsequenz. Ich muß mich aus der Stellung, die ich bisher politisch in meinem Raum vertreten habe, zurückziehen. Das fordert die Verantwortung von mir, die ich auf mich genommen habe. Ich glaube, wenn ich in der Partei bin und wenn ich in der Partei in den obersten Gremien sein soll, dann muß ich etwas zu vertreten haben. Ich würde nichts mehr zu vertreten haben. Es ist eine schlechte Sache in der Politik, wenn man sich persönlich meint. Ich möchte jeden Eindruck mir selbst gegenüber und der Außenwelt gegenüber vermeiden, daß ich mich persönlich meine, das tue ich nicht. Ich werde mich zurückziehen und warten, ob einmal die Geschichte einen Ruf an mich hat. Ich werde darauf warten, ob ich in dieser Partei mit meinen Einstellungen, mit denen ich nicht durchdringen konnte, zu neuem Dienst eines Tages berufen bin. Lassen Sie mich diesen Tag abwarten. Mein politisches Gewissen erlaubt es mir nicht, eine Wahl in den Vorstand anzunehmen.

Frau Dr. LÜDERS: Es tut mir leid, daß *Haußmann* nun nicht mehr hier ist. Ich wollte ihm und *Leuze* die Situation erleichtern. Herr *Leuze,* Sie sagen, Sie haben niemanden mehr zu vertreten. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Vertreten Sie mich im Beirat der Partei, dann vertreten Sie immerhin jemanden.

Dr. MENDE: Ich habe meinem Landesverband den Vorschlag gemacht, daß ich meinen Platz im geschäftsführenden Vorstand aufgeben möchte und *Leuze* ihn erhält. Ich halte dieses Angebot aufrecht.

Aber eine andere Frage: Wie mache ich meinen Prüfungsbericht? Geben Sie mir die Möglichkeit, morgen alle Anfechtungen auszuräumen, auch bei den Satzungsänderungen. Bisher ging es nicht ohne Antrag.

Dr. LEVERENZ: Die Frage von *Mende* ist einfach zu erledigen. Es geht über die Aufgaben des Prüfungsausschusses hinaus, wenn er sich damit befassen will, ob die Delegierten ordnungsgemäß gewählt sind und die Mitgliederzahlen stimmen. Das war bisher ja niemals Aufgabe des Prüfungsausschusses. Er hat diese beiden Tatsachen vorauszusetzen, und damit ist *Mende* die Aufgabe erleichtert.

Dr. EBERHARD: Ich freue mich, daß *Leuze* so gehandelt hat. Seine Freunde werden ihn nie verlassen.

Dr. NEUMAYER: Der Adressat, an den ich mich wenden wollte, ist nicht mehr da: *Haußmann.* Lassen Sie mich, da ich vielleicht der Älteste im Kreise bin, noch einiges sagen. Ich glaube, wir haben sehr viele Beispiele menschlicher Größe gesehen, und ich freue mich, daß sich dies in unserem Kreise ereignet hat. Wir haben sie bei Freund *Leuze,* bei Freund *Middelhauve* und unserem Freund *Euler* gesehen. Es ist manches harte Wort gefallen, und trotzdem haben sie das Wohl des Ganzen gewollt, und ich glaube, wir müssen es anerkennen.

Aber, meine Freunde, man kann die menschliche Größe und Großmut übertreiben. Lassen Sie, lieber Freund *Leuze,* sich das von Ihren Kollegen sagen. Wir haben in diesem geschäftsführenden Vorstand immer die Auffassung vertreten, daß hier Persönlichkeiten vertreten werden. Es handelt sich nicht darum, daß Sie den Landesverband vertreten, sondern Sie sollen als Persönlichkeit hineingewählt werden. Wir brauchen Männer, die bereit sind, für ihre Auffassung einzutreten, und Sie, *Leuze,* haben das bewiesen. Ich bin heute abend von unserem Vorsitzenden als Neutrum bezeichnet worden. Es ist vielleicht nicht ganz richtig, wenn Sie das sagen. Ich möchte das aber noch einmal betonen. Ich glaube, mein lieber Freund, nach allem, was wir heute abend hier gesehen haben, sollten wir uns entschließen – und ich hoffe, daß unser Freund *Haußmann* den Standpunkt einnehmen wird –, daß unser Freund *Leuze* in den geschäftsführenden Vorstand gewählt werden soll. Dann können wir mit Recht sagen, die FDP hat einen großen Erfolg auf dem Parteitag errungen.

Lassen Sie mich das eine noch sagen: Wir haben hier gezeigt, daß die verschiedensten Auffassungen sich unter dem Banner des freiheitlichen Menschen vereinen lassen. Wir wollen keine Schablonen haben, sondern Männer, die für ihre Auffassung eintreten, und deswegen können wir unter dem Banner der Freiheit auch verschiedenartige Ansichten äußern, denn eine Partei, die die individuelle Freiheit in den Vordergrund gestellt hat, kann es vertragen, derartige verschiedene Ansichten, wie sie heute geäußert worden sind, vorzubringen, wenn sie unter dem gemeinsamen Gedanken der Verpflichtung der persönlichen Freiheit vorgetragen werden. Deshalb nochmals meine Bitte, erklären Sie sich bereit, ich bin des Erfolges gewiß.

RADEMACHER: zunächst ein Wort an Herrn *Mende:* Ich könnte nun wirklich den einwandfreien Beweis für Hamburg antreten, daß unsere Angaben stichhaltig sind. Aber ich sehe, wir sind allzumal Sünder. Wir können es nach §§ 11 und 14[25] nicht mehr sein. Können!!!

Ich will aber zum Ausdruck bringen, daß mich die Haltung von *Leuze* ganz ungemein berührt hat im Interesse der Partei. Auch ich bedaure, daß *Haußmann* weggegangen ist. Ich nehme an, daß er in einer gewissen Zwangslage ist. Ich glaube, wir sollten an *Leuze* appellieren: Wenn er seine Grundsatzerklä-

25 der Satzung der FDP: Delegiertenschlüssel für die Zusammensetzung des Parteitages und des Hauptausschusses.

rung aufrechterhält, dann sollten wir uns alle dafür einsetzen, daß der Antrag: Sitz im Beirat, durchgeht. Wir sollten uns dafür einsetzen, daß wir daran nicht die Einigkeit scheitern lassen dürfen. Ich darf versichern, ich werde in dieser Hinsicht meinen Einfluß geltend machen. Wenn dieses große Einigungswerk gelingt, dann haben wir doch den großen Sieg über diejenigen erreicht, die darauf warten, daß wir zerfallen. Ich habe heute in wenigen Minuten sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es im wesentlichen die Äußerlichkeiten sind, die nun einmal in einem Landesverband mit einer so großen und liberalen Tradition nicht einfach verdeckt werden können. Das Entscheidende ist aber nicht das Äußerliche, das Entscheidende ist – und daran werden wir uns gegenseitig erkennen –, mit welchem guten Willen wir in der Zukunft in Wort und Schrift in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten.

(Zwischenruf: und *Engelhard?*)

Auch hier wurde eine Möglichkeit gefunden über dem Grab meines Freundes *Lindemann.*[26]

Nach der ideellen und sachlichen Einigung und der formellen Einigung von allen Seiten erwarte ich das Verständnis der einzelnen Landesverbände.

Nun noch einen Wunsch: Warum ist es überhaupt zu diesem Auseinanderleben gekommen? Es ist doch eine Tragik, daß wir einfach keine Zeit haben, von Mensch zu Mensch zueinander zu kommen. Wir sind bereit, trotz allem Gerede ein sehr lebendiges Zeugnis des Einheitswillens der Partei entgegenzusetzen. Das bedeutet, daß wir uns verpflichten, morgen eine Wahl zustande zu bringen, in der ein Übermaß an Geschlossenheit in der Partei zum Ausdruck kommt. Das bedeutet weiter, daß wir uns mit einer überwältigenden Mehrheit einigen müssen auf zwei stellvertretende Vorsitzende: *Schäfer, Middelhauve;* daß wir weiter bereit sind, einem Satzungsänderungsantrag zuzustimmen, wonach anstelle von *Middelhauve* ein weiterer Beisitzer für den geschäftsführenden Vorstand in Form eines Vertreters aus Niedersachsen gewählt wird. Das bedeutet weiter, daß wir uns zum Zeichen der sehr sichtbaren Deklarierung des Einheitswillens der Partei, aber auch im Zeichen des Ringens um sehr aktive politische Kräfte dafür einsetzen, daß unter den gewählten Mitgliedern des Gesamtvorstandes der Partei sich *Leuze* befindet.

Dr. MENDE: Sollen die Stellvertreter in einem Wahlgang gewählt werden, damit keine weiteren Vorschläge gemacht werden?

Franz BLÜCHER: 1. Die Landesverbandsvorsitzenden müssen bereits um 9.15 Uhr Bescheid sagen.

---

26 Zwischen dem Hamburger Parteivorstand und dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft *Engelhard* war es im Laufe des Jahres 1952 wiederholt zu Differenzen gekommen. U. a. wurden *Engelhard* sein langes Verbleiben in der VVN, sein Eingreifen in andere Landesverbände und gemeinsames Auftreten mit *Heinemann* und *Wessel* vorgeworfen und sein Hang kritisiert, „durch sprachlich ungeschickte Rundschreiben und Mitteilungen die Parteiöffentlichkeit zu beunruhigen". Öffentliches Schreiben von Uwe *Heydorn* an *Engelhard* vom 27. 8. 1952, ADL, N 1-2289 (NL Dehler). Eine bessere Abstimmung zwischen Landesvorstand und Fraktion sollte dadurch erreicht werden, daß nach dem Tod von *Lindemann* im Juli 1952 *Engelhard* zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wurde.

2. Aus der Satzung scheint mir hervorzugehen, daß vor oder nach der Wahl des Ersten Vorsitzenden Hessen oder ein anderer Landesverband einen Antrag stellen wird, mit der Bemerkung, daß er satzungsändernd sei.

Wir sind uns klar, daß wir im Sinne der Überlegung der letzten Tage einen großen Teil der Anträge überweisen müssen. Dann wäre die Wahl eines zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und die Wahl eines Beisitzers vor den Wahlen zu erklären.

Dr. MENDE: Es sind zwei gleichberechtigte Vorsitzende, das muß genau festgelegt werden.

ONNEN: Die Satzung besagt: (verliest den genauen Wortlaut).[27]

Dr. MIDDELHAUVE: Wenn die Satzungsänderungen angenommen sind, werden die beiden Stellvertreter gewählt. Dann werden die sieben Beisitzer gewählt, von denen einer der Bundesschatzmeister ist.

Franz BLÜCHER: Nochmals meine dringende Bitte, daß die Möglichkeit geschaffen wird, daß *Leuze* als Beisitzer hineinkommt, ohne daß Frau *Lüders* zurücktritt.

Meine Freunde, ich muß jetzt diktatorisch vorgehen. Ich darf bitten, daß Sie für die letzten Minuten unseres heutigen Beisammenseins noch dieses Mindestmaß an Disziplin wahren, das heute trotz aller Bedenken in der Plenarsitzung so vollendet gewahrt worden ist. Ich muß zunächst versuchen, eine restlose Klarheit über das hier Besprochene zu schaffen. Das ist notwendig, denn wir dürfen nicht mit irgendeiner Unklarheit nach Hause gehen.

Zunächst einmal gilt es also als beschlossen, daß wir bereit sind, all dem Gerede der letzten Monate ein sehr lebendiges Zeugnis des einheitlichen Willens der Partei entgegenzusetzen, und das bedeutet, daß wir uns verpflichten, und daß vor allen Dingen die Vorsitzenden der Landesverbände sich dazu verpflichten, morgen die Wahl zustande zu bringen, die eine übergroße Geschlossenheit der Partei ausdrückt. Das bedeutet, ich darf wohl von mir schweigen, daß wir uns zunächst einmal mit einer überwältigenden Mehrheit einigen müssen auf zwei stellvertretende Vorsitzende: *Schäfer* und *Middelhauve.*

Das bedeutet weiter, daß wir weiter bereit sind, einem satzungsändernden Antrag zuzustimmen, wonach anstelle des zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählten Dr. *Middelhauve* ein weiterer Beisitzer für den geschäftsführenden Vorstand in Form eines Vertreters des Landesverbandes Niedersachsen gewählt wird. Ich möchte zunächst von *Stegner* sprechen. Aber der Landesverband kann das unter sich ausmachen.

Das bedeutet weiter, daß wir zum Zeichen des sichtbar einheitlichen Willens der Partei, aber auch im Zeichen des Ringens um sehr aktive politische Kräfte uns dafür einsetzen, daß unter den gewählten Mitgliedern des Gesamtvorstandes der Partei sich Eduard *Leuze* befindet. Das ist das, worauf wir uns heute abend einigen.

---

27 § 17 der neuen Satzung: „Der Vorstand besteht aus a) dem Vorsitzenden, b) seinen beiden stellvertretenden Vorsitzenden, deren Aufgabenbereich vom Vorsitzenden festgelegt wird."

Lieber *Leuze,* wir stehen seit vielen Monaten in der Sorge um aktive politische Kräfte, Menschen mit politischer Leidenschaft für die Partei zu gewinnen, und ich habe Ihnen, glaube ich, vorgestern abend noch gesagt, Sie mögen manchmal recht und manchmal unrecht haben, aber es kommt darauf an, überhaupt Ihre politische Leidenschaft in der Partei zu erhalten. Dazu stehe ich auch in diesem Augenblick.

Ich habe mit Freuden die große Selbstbescheidung und das große Verantwortungsbewußtsein von *Middelhauve* festgestellt, als er selbst von den gestrichenen Worten in der Entschließung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen sprach. Wir sind uns darüber einig, daß daraus der Verzicht auf jede nicht liberale Gesinnungsknechtung spricht. Das ist das Entscheidende und genauso, wie es entscheidend ist, mein Freund, daß durch die Entscheidung für *Leuze* der Wille sich äußert, daß wir allumfassend sein wollen, daß wir geistige Breite behalten wollen, daß wir Männer nicht fallenlassen wollen, die nun einmal aus ihrer politischen Leidenschaft heraus eine klare politische Linie vertraten, genauso spricht aus diesem Verzicht eine Bekenntnisbereitschaft zu einer klaren politischen Linie, der des echten Liberalismus.

Meine Freunde, ich will nicht mehr lange reden, da dauernd Sonderdebatten geführt werden. Ich möchte betonen, daß es Aufgabe der Satzungsspezialisten ist, in selbstloser Arbeit die genaue Formulierung der Anträge vorzubereiten.

Aber jetzt ganz im Ernst und zum Schluß. Wir sind gehalten, morgen der Welt ins Gesicht zu schlagen. Man hat sich darauf gefreut, daß wir auseinanderfallen. Ich darf das mal in Prozentsätzen ausdrücken: daß zu 10 % der Radikalismus, zu 50 % die CDU und zu den restlichen 40 % die SPD und alle möglichen Randerscheinungen sich bereichern. Es muß unsere Aufgabe sein, morgen auf unsere Freunde so einzuwirken, daß bei all unseren Gegnern eine namenlose Enttäuschung Platz greift.

Bezold: In den Satzungen kommt vom Schatzmeister nichts vor, lediglich daß der geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern und sieben Beisitzern, daß der Vorsitzende und sein Stellvertreter in geheimer Wahl gewählt werden müssen. Es bedeutet an sich keine Satzungsänderung, wenn die beiden Stellvertreter in einem Wahlgang gewählt werden. Meines Erachtens hat der Vorstand das Recht, in jeder Lage des Verfahrens selbst Anträge zu stellen, sonst wäre seine Stellung als Vorstand unsinnig. Wollen Sie die Wahl der zwei Stellvertreter in einem oder zwei Wahlgängen machen? Der Vorsitzende kann es beantragen namens des Vorstandes. Wenn eine Satzung nicht gerügt wird, ist dies erledigt. Alles andere bleibt ja gleich.

Dr. Preusker: Die Zurückziehung des Antrages Hessen ist nur im Vorstand besprochen worden. Er kann gegenüber dem Parteitag morgen als existent gelten und von *Euler* begründet werden.

Franz Blücher: Ich hoffe, daß wir morgen aufgrund unserer heutigen Besprechung zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

25d.

22. 11. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Order-Nr. 96. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am Samstag, dem 22. November 1952, in Bad Ems." Beginn: 9.00 Uhr.

Teilnehmer: [Bezold, Blücher, Dehler, Eberhard, Euler, Haußmann, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Middelhauve, Onnen, Rademacher, von Rechenberg, Schäfer, Schwennicke].

[ZUM WEITEREN ABLAUF DES PARTEITAGES]

Franz BLÜCHER: Wir können nicht beginnen, wenn nicht alle Landesverbandsvorsitzenden anwesend sind. (Beauftragt Dr. *Kellner,* noch einmal zu versuchen, die Herren *Rademacher, Haußmann, Maier, Middelhauve* zur Sitzung zu bitten.)

Wir sollten zwischenzeitlich versuchen, die Anträge durchzugehen, ehe wir in den anderen Besprechungen fortfahren.

(Allgemeiner Widerspruch.)

Wie wollen wir bei der vollkommen unfertigen Arbeit vorgehen? Wenn wir mit dem Parteitag [um] 9.40 Uhr beginnen und wenn wir mit den beiden Paragraphen[1] fertig sind, dann sind wir nach meiner Ansicht gezwungen, trotzdem schon zu wählen. Wir können nicht so in die Anträge hineingehen.

Dr. MIDDELHAUVE: Es folgen ja noch die Berichte des Schatzmeisters und der Revisoren. Ich bin der Meinung, daß alle dem Parteitag vorliegenden Anträge und Entschließungen en bloc dem Vorstand überwiesen werden mit der Maßgabe, daß der Hauptausschuß der Partei noch in diesem Jahr die endgültige Verabschiedung der Anträge vornimmt. Dann bliebe nur die Verabschiedung der Entschließungen der Ausschüsse, die schon durchgesprochen sind.

Franz BLÜCHER: Leider nicht, es war keine Zeit dazu. Machen wir doch gegen 16.00 Uhr die Anträge und nach Tisch die Wahlen.

Dr. MIDDELHAUVE: Die Tagesordnung sagt: Vormittags die Wahlen, dann sind wir bis Mittag mit den Wahlen fertig und machen nachmittags die Anträge. Ein Mitglied des Vorstandes überprüft die Anträge, damit gesagt werden kann, diese Entschließungen können verabschiedet werden. Dann wären um 16.00 Uhr die Entschließungen der Ausschüsse verabschiedet, es käme dann das Schlußwort und anschließend sofort die Pressekonferenz.

Franz BLÜCHER: Wir können so vorgehen, daß *Bezold* über beide Paragraphen vorträgt. Aber es wäre ja nicht nur das. Wenn wir im Anschluß an gestern die Dinge sehen, wäre auch ein Beschluß – weil wir an *Leuze* gedacht haben – für

1 §§ 11 und 14 der neuen Parteisatzung: Teilnahme und Stimmrecht am Parteitag und im Hauptausschuß.

den Gesamtvorstand nötig. Wenn wir beginnen, den Vorstand in toto zu wählen, geht die Auseinandersetzung von neuem los.

Dr. VON RECHENBERG: Ist da nicht ein Widerspruch, wenn Sie sagen, eine Satzungsänderung ist in Zukunft gültig, und die andere ist heute gültig; der eine Antrag also vormittags und der andere nachmittags und der eine gültig und der andere nicht?

Franz BLÜCHER: Es wäre hier kein Gegensatz, denn für die Behandlung der §§ 11, 14 sprechen die Gründe, die am 9. 11. vorgetragen worden sind.[2] Den Gesamtvorstand müssen wir aber wegen *Leuze* ergänzen.

Ich weise noch darauf hin, daß der Bericht des Parteivorstandes[3] verteilt worden ist, den Delegierten ist er vor einigen Tagen zugegangen. Ich hoffe, daß es nicht nötig ist, darüber zu sprechen. Dann käme der Kassenbericht und der Rechnungsbericht. Bei den Wahlen war beschlossen, daß *Froböss* assistiert wird von *Bezold* und *Eberhard.*

[VORSTANDSWAHLEN]

Haben wir zur letzten Nacht noch etwas zu sagen? Ich bitte, jedes Privatgespräch zu vermeiden.

Es ist Ihnen allen die Arbeit bekannt, die wir heute nacht geleistet haben. Wir glaubten, eine Lösung, von der wir alle nicht besonders begeistert waren, gefunden zu haben. Wir hören jetzt, und das ist der Grund, weshalb ich den Termin des Parteitages hinausgezögert habe, von den eingetretenen Schwierigkeiten. Ich darf um einen Bericht hierüber bitten, damit nicht das, woran wir gearbeitet haben, in einem Tumult endet.

RADEMACHER: Ich habe heute nacht, oder man kann sagen in den Morgenstunden, immer zum Ausdruck gebracht, daß ich mit bedingten Vollmachten meiner Freunde eintrete; Sie dürften sich erinnern, daß ich zweimal die Worte unseres Vorsitzenden, aus gutem und verständlichem Willen geboren, korrigieren mußte bezüglich einer Einschränkung. Ich muß Ihnen sagen, daß ich noch einmal Gelegenheit hatte, mit meinen Freunden zu sprechen, und daß nach wie vor die allergrößten Bedenken über den Kompromißvorschlag bestehen, den wir heute nacht in diesem Kreise zustande gebracht haben. Eine der Voraussetzungen der Bereitwilligkeit des Landesverbandes Hamburg war nach meinen wörtlichen Erklärungen die Bereitwilligkeit der anderen Landesverbände. Es scheint jedoch heute früh festzustehen, daß die Mehrheit der Landesverbände Bayern und Berlin und die erdrückende Mehrheit, wenn nicht überhaupt die Gesamtdelegation des Landesverbandes Württemberg diesen Kompromißvorschlag ablehnen. Eine wirkliche Lösung ist die, die *Dehler* vorgeschlagen hat. Mit anderen Worten, es geschieht nichts bis auf die Verabschiedung der Satzungen, und wir kommen in drei Monaten wieder zusammen und wählen nach

2 Siehe Nr. 24 und Nr. 25 a, Anm. 4.

3 Tätigkeitsbericht 1951/52 (vertraulich), hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle, 81 Seiten Umfang; ADL, A 1-29.

der neuen Delegiertenberechnung. Ich glaube, daß dies einzig und allein der richtige Weg wäre.

SCHWENNICKE: Ich möchte mitteilen, daß es nicht gelungen ist, die Gesamtheit der Berliner Delegierten für den Vorschlag von heute nacht zu gewinnen, sondern daß ein wesentlicher Teil der Delegierten von Berlin weiße Karten abgeben wird.

Frau Dr. LÜDERS: Es werden von Berlin keine Anträge oder Entschließungen eingebracht, die zu den gestrigen Fragen, wie jetzt der Vorstand zusammengesetzt werden soll oder zu personellen Dingen, Stellung nehmen. Ob die verantwortlichen Leute diese Überlegungen gutgeheißen haben oder eine Sondertour geritten wird, ist bis zum Augenblick nicht bekannt.

Franz BLÜCHER: Mir scheint das Ganze so irre, daß ich nichts mehr sagen kann. Was geschieht, welche personellen Veränderungen treten ein, wie verschiebt sich das Gesamtgefüge, wenn man sich das ansieht? Man kann der bloßen Ratio nicht mehr folgen. Gegenüber dem bisherigen Vorstand wird dieser nur um insgesamt zwei Leute verändert. Ich kann dies alles nicht mehr verstehen, und ich glaube, daß sich die Leute nicht klargemacht haben, was da geschieht.

BEZOLD: So wie die Dinge stehen, scheinen die Schwierigkeiten darin zu liegen, daß die Lösung für ein Jahr sein soll. Darf ich vom Standpunkt der Satzungen bei den Parteien sagen: Es gibt keine Möglichkeit, nach den Satzungen heute irgend etwas zu beschließen, was mit göttlicher Mehrheit für ein Jahr gilt. Es kann sowohl nach den alten wie nach den neuen Bestimmungen der Satzungen jederzeit von vier Landesverbänden ein Parteitag gefordert werden mit einer Tagesordnung, in der entsprechende Anträge gestellt werden können. Wir haben in der Satzung eine einzige Bestimmung, die etwas sagt über die Dauer der gewählten Gremien des Vorstandes (Verlesung der Bestimmung in § 16 betr. Amtsdauer[4]), in jedem Fall jedoch bis zum nächsten ordentlichen Parteitag. Ich glaube, daß aus der Tatsache des ordentlichen Parteitages nun politisch eines gefolgert werden kann. Der Vorstand wird selbstverständlich, wenn eine Reihe von Landesverbänden den Antrag stellt, einen Parteitag einzuberufen – wobei ich Sie, Herr Dr. *Middelhauve,* an eins erinnere, daß der Vorstand in Unkel einstimmig dahin beschloß, zwischen ordentlichen und außerordentlichen Parteitagen in Zukunft nicht zu unterscheiden[5] –, der Vorsitzende so vernünftig sein wird und den Parteitag einberufen muß. Dadurch wird der Parteitag zu einem ordentlichen Parteitag. Selbstverständlich hat jeder Parteitag jederzeit die Möglichkeit zu sagen, ich verlange jetzt, daß eine neue Vorstandswahl erfolgt. Wesentlich ändert sich im Juristischen nichts. Es bleibt nach wie vor im politischen Raum, also eine Sicherheit können wir nicht einzementieren. Der Vorstand hat sich bei der Frage der Einberufung des Parteitages in Essen[6] eindeutig auf den Standpunkt gestellt und durch Beschluß fest-

4 „Die Amtsdauer der vom Parteitag gewählten Parteiorgane gilt jeweils für den Zeitraum eines Jahres, in jedem Fall jedoch bis zum nächsten ordentlichen Parteitag." Bremer Satzung.
5 Siehe Nr. 21 mit Anm. 29.
6 Siehe Nr. 18 b.

gehalten, daß, wenn der Hauptausschuß den Parteitag verlangt (es waren damals nur drei Landesverbände), dann selbstverständlich der Hauptausschuß als über dem Vorstand stehend zu betrachten ist. Diese rein formelle Möglichkeit für Württemberg-Baden besteht jederzeit insofern, sie finden die Unterstützung von drei Landesverbänden, einen neuen Parteitag zu fordern mit einer bestimmten Tagesordnung.

Reinhold MAIER: Ich habe mich in der Angelegenheit zurückgehalten. An und für sich wäre meinem Gefühl nach eine Möglichkeit schon gewesen. Wenn ich selbst zu entscheiden hätte, würde ich auf den Kompromißvorschlag hinausgehen. Aber ich habe heute früh unsere Delegierten gesprochen, und dabei kam zum Ausdruck, die lange Zeit, ein ganzes Jahr, und vor allem Bedenken, die ich folgendermaßen skizzieren möchte: Es wird eben doch versucht, einen Einfluß zu statuieren, der nicht berechtigt ist. Das halte ich für völlig ausgeschlossen.

Ich betone nochmals, ich habe mich vollständig zurückgehalten. Einige führende Leute von uns werden aber den Vorschlag radikal ablehnen. Ich habe Ihnen gestern schon gesagt, Herr *Blücher,* für das, was Sie hier in Gang setzen wollen, wünsche ich Ihnen viel Glück, eine solche Sache ist nicht möglich. Wenn man einen Parteitag macht mit Hunderten [von] Delegierten, müssen wir aufgrund der Satzungen handeln. Wir tun dem Parteitag einen Gefallen, wenn wir nur nach den Satzungen vorgehen. Wir haben keine hinlangende rechtliche Situation, und diesen Mangel durch eine Vereinbarung zu überbrücken, das bringen Sie nicht fertig.

EULER: Ich bedauere diese Diskussion ganz außerordentlich. Sie wissen, wie stark und impulsiv ich mich diese Nacht dafür eingesetzt habe, daß eine Lösung zustande kommt, durch deren Annahme wir uns den allerbesten Dienst vor der gesamten Öffentlichkeit und vor uns selbst geleistet hätten. Ich habe mich kurzfristigen Lösungen widersetzt aus der Erwägung, daß damit nichts getan ist, denn im Frühjahr müssen wir dann einen Parteitag mit Vorstandswahlen machen. Der Parteitag sollte nur den Sinn haben, die Öffentlichkeit zu beeindrucken (Wahlkampfplattform).

Gerade aus der Lösung, wie sie gestern gewollt wurde, würde ein Vertauen in der Partei zwischen allen Landesverbänden hervorgehen, und das würde eine gesicherte Arbeit bedeuten. Ich habe den Vorschlag gemacht, Nägel mit Köpfen zu machen und die Wahl bis nach den Bundestagswahlen zurückzustellen, und ich muß das eine sagen: Herr *Maier* und Herr *Haußmann,* glauben Sie nicht, daß bei unseren Delegierten die Annahme des Kompromisses leicht gefallen ist. Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich keine Initiative entwickelt hätte, zu der ich befugt gewesen wäre. Wenn man aber mit der Führung beauftragt ist, muß man auch den Mut haben, das zu vertreten, was man für politisch richtig hält. Ich habe gesagt, wenn Sie mir nicht folgen, meine Herren, dann dürfen Sie nicht erwarten, daß ich weiter Landesverbandsvorsitzender bleibe.

Franz BLÜCHER: Die beiden Herren haben nur berichtet.

EULER: Ich schätze die Herren so ein, daß wenn sie sich so eingesetzt hätten, wie ich es getan habe, würden wir uns in den Augen der Öffentlichkeit nicht blamieren.

Noch eine weitere Erklärung: Wir sind mit unseren Bemühungen und unserem guten Willen bis zum Äußersten gegangen. Wenn jetzt erklärt wird, das sei nicht annehmbar, dann sind die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft, dann gibt es nur eine Möglichkeit: die Durchführung der Wahl auf der Grundlage der bestehenden Satzung.

Franz BLÜCHER: Da bekommen Sie keinen Vorstand zusammen.

EULER: Doch, davon bin ich überzeugt.

ONNEN: Ich darf folgendes sagen: Juristische Dinge sind jetzt genügend erörtert worden. Wir haben alle versucht, eine anständige Einigung zustande zu bringen. Haben wir denn je einen Parteitag gehabt, der keinen neuen Vorstand wählt? Wir sind einer der Landesverbände, der bis zur Verdächtigung eine Rolle gespielt hat, und ich bitte, meine Erregung meiner Enttäuschung zuzurechnen. Hinter den ganzen Überlegungen steht doch die Absicht, die man uns zugeschoben hat. Wir haben uns mit allen ausgesprochen, jeder hat nachgegeben! Ich bitte Sie, verstimmen Sie nicht, machen Sie keine Schwierigkeiten. Sie können auch eine Genugtuung mit nach Hause bringen, Herr *Maier,* wenn wir den Namen FDP noch nicht gehabt hätten, dann hätten wir ihn jetzt verdient.

Ich will noch etwas sagen: So sehr wir uns bemüht haben und so sehr wir in ein falsches Licht geraten, unsere Delegierten sind nicht bereit, einer kurzfristigen Lösung zuzustimmen. Auch wir sind am Ende, und auch wir sind nicht in der Lage, diese Dinge, die gestern eine echte Einigung waren, fallenzulassen. Ich beschwöre Sie, geben Sie nach und bekennen Sie sich zu dem, was wir gestern besprochen haben.

Reinhold MAIER nimmt Stellung zu der dpa-Meldung (*Möller*).[7]

Franz BLÜCHER: Es hätte auch die Möglichkeit bestanden, daß dieser Parteitag den Vorstand mit einer großen Einheitlichkeit bestätigt hätte. Zwischen diesem Vorschlag und dem, was wir gestern abend beschlossen haben, besteht kein großer Unterschied.

EBERHARD: Entschuldigen Sie bitte, ich will nicht juristisch werden. Wir können uns nicht auf die Juristerei verlegen, und ich bin erstaunt über *Haußmann.* Seien Sie doch vernünftig, nachdem wir schon so weit gekommen sind. So kann es nicht weitergehen. Wenn wir so weitermachen, verlieren wir die Resonanz, die wir haben.

RADEMACHER: Ich halte es für ausgeschlossen bei dieser Situation, wie sie sich jetzt ergeben hat, zu einer Verständigung zu kommen. Es gibt nur noch eine Lösung: Auf der einen Seite stehen Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen; alle anderen Landesverbände haben eine andere Auffassung. Ich bin

7 Siehe Nr. 25 c, Anm. 24.

der Meinung, daß diese von mir genannten Landesverbände, insbesondere diejenigen, bei denen die Schwierigkeiten aufgetaucht sind, jetzt mit ihren Delegierten beraten sollten.

Dr. DEHLER: Ich würde es für unglücklich halten, wenn wir die Dinge, die uns im Vorstand bewegt haben, in den Parteitag tragen. Wenn in den Parteitag eine Erklärung hineinkommt, die nicht richtig gehalten ist, wäre das tödlich.

Die zweite Frage ist die Frage der Anfechtung. Es besteht nur eine Anfechtungsmöglichkeit, wenn man sagen würde, irgendwelche Delegierte haben keine Legitimation. Es ist töricht, jetzt eine Erklärung, die dahin tendiert, abzugeben, ohne daß man weiß, wie die Dinge laufen.

Wir haben uns zur Übereinstimmung gestern durchgerungen. Wir hatten auch mit unseren bayerischen Freunden Schwierigkeiten. Meine Auffassung ist, sprechen Sie noch einmal mit den Landesverbänden. Wenn Sie nicht zu einer Einigung kommen, dann möchte ich beantragen, daß der Vorstand unsere gestrige Vereinbarung dem Parteitag zur Beschlußfassung vorlegt und darüber abstimmen läßt. Ich bin der Überzeugung, daß uns die Mehrheit des Parteitages hierin folgen wird.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich schließe mich *Onnen* an. Es ist mir schwergefallen, gestern Ja zu sagen. Ich habe Ja gesagt. Es war schwer, meine Delegierten zu halten. Wo kommen wir hin, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, eine Kompromißlösung durchzusetzen? Ich muß erklären, ich bin nicht in der Lage, über den gestern hier von uns angenommenen Vorschlag hinauszugehen und irgendeiner anderen Lösung zuzustimmen. Wir haben das Unsere getan, tun Sie das Ihre. Wenn nun der Parteitag platzen würde, dann wissen wir, warum und durch wen er geplatzt ist. Ich stimme dem Vorschlag *Dehler* zu, der die letzte Lösung ist, zu einer politischen Einigung zu kommen, und der bestimmt die Mehrheit im Parteitag findet. Es wäre viel schöner, wenn wir das nicht nötig hätten.

Dr. HAUSSMANN: Ich bin persönlich heute nacht noch angesprochen worden. Entweder wird es von den Delegierten nicht geglaubt, daß wir uns bemühen, oder wir setzen uns nicht durch. Sie kennen unsere Delegierten *Gönnenwein, Kessler* usw. nicht. Leute, die wissen, was sie wollen. Ich mußte heute nacht hier erklären, ich sei nicht in der Lage, ohne Rücksprache mit meinen Freunden Erklärungen abzugeben. Ich bin froh, daß ich diese Erklärung abgegeben habe, alles andere wäre unecht gewesen und hätte zu großen Differenzen mit meinem Landesverband geführt. Mir liegt entscheidend an dem Einverständnis zwischen mir und meinen Delegierten.

SCHWENNICKE: Man sollte nichts unversucht lassen und sich noch einmal mit den Delegierten über die Lage unterhalten. Ich habe vorhin auf Anfrage erklärt und erklären müssen, daß wir heute nacht bis 4.00 Uhr zusammengewesen sind und daß ein Teil der Berliner Delegierten, der dem Kompromiß nicht ausdrücklich widerspreche, weiße Karten abgeben wird. Das würde kein Unglück bedeuten, denn niemand erwartet von uns, daß das, was gestern als Kompromiß festgelegt wurde, einstimmig beschlossen wird. Es würde nichts bedeuten, wenn bei der Abstimmung eine Anzahl mehr oder weniger weißer Karten ab-

gegeben würden. Daraus könnte kein Bruch und könnten auch keine schwerwiegenden Konsequenzen hervorgehen.

Ich möchte aber noch etwas Weiteres sagen. Es ist davon gesprochen worden, daß in der Öffentlichkeit mit einer Anfechtung gerechnet werden muß. Ich weiß, daß drei oder vier Berliner Delegierte ihrerseits sich entschlossen haben, einer solchen Aktion einer Anfechtung sich anzuschließen. Ich habe meine abweichende Meinung bis heute früh deutlich zum Ausdruck gebracht, und ich bin nochmals bereit, mit den Delegierten zu sprechen, damit man wenigstens diese Gefahr einer öffentlichen Erklärung im Parteitag selbst bannen kann.

Dr. SCHÄFER: Ich habe es immer so gesehen, daß wir die Gegensätzlichkeiten nicht in einem großen Kampf austragen, sondern daß man ungefähr den Kräfteverhältnissen entsprechend eine gemeinsame Form der Zusammensetzung der Organe findet. Nun ist das gestern so ausgetragen und ausgemacht worden. Meines Erachtens sind die Differenzen geringfügiger Art. Denn die Frage, ob das länger oder kürzer ist, ist wirklich etwas formalistisch gestellt. Aber vielleicht liegt etwas anderes darin: Daß man nun für die Arbeit bestimmte Erwartungen, daß man z. B. in der Bestellung des Organisationsausschusses Erwartungen hat. Ich halte es für selbstverständlich, daß alle die Einrichtungen, die zur praktischen Durchführung der Organisation des Vorstandes geschaffen werden, auch in der gleichen Absicht des Kräfteausgleichs behandelt werden, daß also keine Majorisierung erfolgt. Ich verstehe beide Seiten nicht. Mir scheint wirklich, daß man von einer Fehleinschätzung der Bedeutung dieser Dinge ausgeht.

Dr. MENDE: Darf ich den Prüfungsbericht kurz bekanntgeben: (verliest den genauen Wortlaut).[8]

Franz BLÜCHER: Es ist das auf das strengste Formale begrenzt. Es ist nicht eingetreten worden in eine Prüfung.

RADEMACHER: Sie wissen nicht, wie die Dinge ausgehen. Kommen wir wieder nicht zu einer Einigung, dann bleibt die einzige Tatsache bestehen, daß *Middelhauve* nicht auf den Posten des Stellvertreters verzichten kann. Der Aktivität der Vorstandsmitglieder sind doch nicht die geringsten Grenzen gesetzt.

Dr. HAUSSMANN: Im Anschluß an diese Erklärung von *Rademacher* möchte ich sagen, es sind bei uns klar zum Ausdruck gekommen heute früh die Bedenken, daß der vorgesehene zweite Bundesvorsitzende gleichzeitig im Organisationsausschuß oder geschäftsführenden Vorstand maßgebend sein soll, und zwar mit dem Bundesschatzmeister, der gleichzeitig Landesschatzmeister von Nordrhein-Westfalen ist. Ich möchte bitten, daß Sie eine angemessene Frist der Beratung für die Landesverbände lassen.

Dr. Reinhold MAIER: Es ist so sehr appelliert worden an die Einigkeit und an die menschliche Größe. Warum kann Dr. *Middelhauve* nicht sagen, ich ver-

8 Prüfungsbericht *Mendes* (eine halbe Seite lang) in: Parteitagsprotokoll vom 22. 11. 1952, S. C 2, ADL, A 1-32.

zichte für dieses Jahr und bleibe als Beisitzer im geschäftsführenden Vorstand? Warum kann er das nicht?

Franz BLÜCHER: Mir ist der Sinn nicht mehr klar. Zur Richtigstellung möchte ich noch bemerken, daß dieser Vorschlag nicht von Nordrhein-Westfalen, Hessen oder Niedersachsen gemacht worden ist.

EBERHARD: Wenn Sie in den nächsten fünf Minuten nicht zum Parteitag hinuntergehen, meine Herren, dann brauchen Sie überhaupt nicht mehr hinunterzugehen.

Die Sitzung wird abgebrochen.[9]

26.

6. 12. 1952: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 96. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am Samstag, den 6. Dezember 1952, in Bad Godesberg, Haus Carstanjen." 10.20–18.45 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, [Bleek], Blücher, Borttscheller, Dehler, Eberhard, Euler, Frühwald, Haußmann, Hepp, Hoffmeister, Herta Ilk, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Middelhauve, Onnen, Rademacher, von Rechenberg, Rubin, Sander, Schäfer, Stegner, [Ullmann, Ungeheuer, Weirauch], Wellhausen, Will.

[PRÄLIMINARIEN]

Franz BLÜCHER: Ich möchte zunächst bemerken, daß ich befürchte, daß wir bis heute nachmittag 18.00 Uhr unsere Arbeit nicht hinter uns gebracht haben. Ich möchte deshalb wegen des Ablaufs feststellen: Wie haben Sie disponiert?

Dr. HAUSSMANN: 18.00 Uhr wäre das Äußerste, mein Zug fährt um 18.30 Uhr.

Franz BLÜCHER: Dann können wir ein Zweites überlegen. Es liegt im Interesse aller, daß wir sehr kurz hintereinander dann die heute begonnene Arbeit fortsetzen. Wie ist es mit dem nächstmöglichen Termin? Sie wissen, daß das Parla-

9 Die Sitzung des Parteitages an diesem Tag sollte um 9.30 Uhr eröffnet werden. *Blücher* vertagte um 9.50 Uhr um eine halbe Stunde. Um 11.40 Uhr kündigte *Blücher* den Beginn für 12.00 Uhr an. Diese Uhrzeit konnte eingehalten werden. Der Prüfungsbericht *Mendes* (Delegiertenzahlen) wurde ohne Widerspruch gebilligt, die §§ 11 und 14 der Satzung gemäß Vorschlag des Vorstandes angenommen, und auch der Kassenbericht des Schatzmeisters und die Berichte der Rechnungsprüfer lösten keine Diskussionen aus. Die Vorstandswahl verlief der Abrede in der Nacht zuvor entsprechend (*Middelhauve* zweiter stellvertretender Vorsitzender, *Stegner* neuer Beisitzer im geschäftsführenden Vorstand), und von den eingebrachten Entschließungen wurden 5 verabschiedet. Zum Ablauf der Sitzung das Protokoll in: ADL, A 1-32; Entschließungen abgedruckt in: fdk, 3. Jg., Nr. 80 vom 24. 11. 1952.

ment am Freitag dieser Woche seine Arbeit schließt. Es sind aber am Samstag noch Ausschüsse, um vor Weihnachten zu einem gewissen Abschluß zu kommen. Das gilt für Bonn. Ich weiß nicht, wie es bei den Länderparlamenten ist. Ich selbst bin am 14. des Monats sicherlich noch nicht aus Paris zurück, jedenfalls kann ich die Stunde noch nicht angeben. Ich hätte sonst an den 14. des Monats gedacht.

Sollen wir anfangen? Es ist 5 Minuten vor 10.30 Uhr!

(Allgemeine Zustimmung)

Dann wollen wir mit der Arbeit beginnen. Ich hatte beabsichtigt, dem Vorstand einen sehr kurzen Situationsbericht zu Anfang zu geben über das, was uns im Augenblick am meisten interessiert: das Wahlgesetz.[1] Ich muß zu meinem Bedauern erklären, daß ich vorgestern abend an der um 10.00 Uhr stattgefundenen Sitzung nicht teilgenommen habe und die Entwicklung nicht kenne. Ich hatte *Schneider* gebeten zu referieren. Er ist noch nicht da. Waren Sie, *Dehler,* dabei?

Dr. DEHLER: Nein, die Sitzung hat nicht stattgefunden.

Franz BLÜCHER: Dann schlage ich das Folgende vor, weil wir glauben, zu einem Beschluß des Vorstandes kommen zu müssen.

Sie haben aus der Presse Verschiedenes gelesen. Der Verhandlungszustand vom September/Oktober, über den wir Ihnen berichtet haben[2], ist nicht mehr als gegeben zu betrachten. Sie wissen, daß ich die Auffassung vertreten habe, daß das bisherige Bundestagswahlgesetz im Grundsätzlichen beibehalten werden sollte, mit Ausnahme gewisser Modifikationen. Ich sehe es als zwingend, daß wir sowieso darauf wieder landen. Darf ich um weitere Auffassungen bitten?

BEZOLD: Ich bin der Auffassung, die Erörterung des Wahlgesetzes nach Möglichkeit zurückzustellen und sofort medias in res zu gehen. Wir kommen sonst in die Gefahr, durch lange Ausführungen zum Wahlgesetz wichtigste Dinge, die allen Landesverbänden auf den Nägeln brennen, nicht zum Zuge kommen zu lassen bzw. unter Umständen erst dann, wenn nicht mehr eine ausreichende Zahl Vertreter da ist. Vielleicht darf ich dem Herrn Vizekanzler vorschlagen, daß wir die Sache zurückstellen und sofort zur Tagesordnung übergehen.

Franz BLÜCHER: Das ist zwar ein Notprodukt, aber stellen wir es zurück.

BORTTSCHELLER: zur Geschäftsordnung: Wir finden es mißlich, daß uns die Tagesordnung der Vorstandssitzung erst heute früh vorgelegt wurde. Wie sollen wir beraten, wenn wir nicht wissen, um was es geht? Es ist uns mitgeteilt worden, daß dringliche politische und organisatorische Fragen beraten würden. Ich bitte daher mit aller Behutsamkeit, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß uns die Tagesordnung nach Möglichkeit wenigstens drei bis vier Tage vor der Sitzung zugänglich gemacht wird.

---

1 Zum damaligen Diskussionsstand des Wahlgesetzes E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 486 ff.

2 Siehe die Nrn. 21 und 23, jeweils TOP „Wahlrechtsfrage".

Franz BLÜCHER: *Borttscheller,* im Grunde haben Sie recht. Aber bisher war es immer Brauch, nach der Vorstandswahl eine konstituierende Sitzung des neuen Vorstandes durchzuführen. Das war in Bad Ems nicht möglich. Infolgedessen habe ich so schnell wie möglich diese Sitzung einberufen. Der Vorstand muß sich konstituieren, das ist der Sinn dieser Sitzung. Infolgedessen habe ich es auch für richtig gehalten, jetzt den Gesamtvorstand einzuberufen, obwohl schwere Einwendungen erhoben worden sind. Ansonsten wird es immer notwendig sein, daß Sie die Tagesordnung eine genügend lange Zeit vorher bekommen.

Dr. LEVERENZ: In welcher Form sind schwere Einwendungen erhoben worden?

Franz BLÜCHER: Es wäre ein zu großer Kreis, um die Dinge zu besprechen, während ich die Auffassung vertrat, daß zum Arbeitseinlauf der Gesamtvorstand eingeladen werden müsse.

Wir müssen dann – ich nehme an, daß Sie die gleiche Ansicht vertreten – in die Beratungen über die Geschäftsordnung eintreten, damit der Vorstand an die Arbeit gehen kann.

[GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DEN BUNDESVORSTAND]

BEZOLD: Ich bin erstaunt, daß man einen Entwurf einer Geschäftsordnung für den Vorstand vorgelegt hat.[3] An sich sind die Aufgaben und müssen die Aufgaben durch Statuten abgegrenzt sein. Leider noch nach den alten Statuten. Es ist so, daß der Vorstand von sich aus sich eine Geschäftsordnung geben kann, aber da muß ich Sie auf eines aufmerksam machen: Man wird Grundlagen dieser Geschäftsordnung in die neuen Statuten aufnehmen müssen. Es muß in der Diskussion berichtet werden, wer die Geschäftsordnung so will oder nicht, und daß die Regelung in den neuen Statuten ihre Berechtigung findet.

Franz BLÜCHER: Darf ich den ersten zu fassenden Beschluß nennen? Wir waren immer einheitlich im Satzungsausschuß, Hauptausschuß und Parteitag, daß wir unsere Satzung so schnell wie möglich verabschieden müssen, sozusagen als Tagesordnungspunkt 1 für den künftigen Parteitag. Es ist logisch, daß wir die zu beratende Geschäftsordnung nach Möglichkeit den Bedürfnissen der neuen Satzung anpassen.

Dr. DEHLER: Darf ich vorschlagen, daß wir heute die Geschäftsordnung nur provisorisch annehmen. Wir können nicht zumuten, daß sie ganz gebilligt wird.

Ich darf gleich auf den Punkt 8 verweisen (Geschäftsordnung): „Der Gesamtvorstand ist grundsätzlich zuständig für alle organisatorischen[4] Fragen. Er führt die gesamten Geschäfte der Partei, er kann deshalb die Behandlung aller

3 Ausarbeitung *Dehlers,* mit Schreiben vom 3. 12. 1952 von der Bundesgeschäftsstelle an die Mitglieder des Bundesvorstandes versandt. ADL, N 1-2490 (NL Dehler).

4 In der Vorlage heißt es im folgenden abweichend: „. . . und politischen Fragen im Sinne der Beschlüsse des Parteitages und des Hauptausschusses".

Fragen an sich ziehen oder Entscheidungen des geschäftsführenden Vorstandes aufheben." Es gibt keine Diktatur des geschäftsführenden Vorstandes oder eines Ausschusses.

Der Gesamtvorstand ist jedoch für Verhandlungen zu breit, und es ist notwendig, daß der geschäftsführende Vorstand oder eine kleinere Gruppe von Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes tätig werden wird. Ich möchte anregen, den Organisationsausschuß jetzt nach der Geschäftsordnung festzulegen. Er bestand aus vier Personen. Das ist meiner Ansicht nach eine unglückliche Zahl. Nimmt man fünf Leute, ist das Gremium zu groß. Deshalb mein Vorschlag: drei Leute, der Schatzmeister hat dabei beratende Stimme.[5]

Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß die Geschäftsordnung die technischen Dinge wie Zusammensetzung, Einberufung, Beschlußfähigkeit usw. enthält, z. B. auch so die Frage, wie Ausschüsse gebildet werden und welche Zuständigkeiten sie haben können.

Dr. LEVERENZ: Ich habe eben durch meinen Einwurf zum Ausdruck gebracht, daß wir als demokratische Partei uns doch auch hart an die demokratischen Spielregeln halten müssen. Dabei ist es die selbstverständlichste Rangfolge, daß die höchste Zuständigkeit beim Parteitag liegt, daß wenn der Parteitag nicht vorhanden ist, die zweite Zuständigkeit beim Hauptausschuß liegt, alsdann beim Vorstand, dann als kleinerer Arbeitsausschuß, da der Vorstand nicht dauernd zusammen ist, beim geschäftsführenden Vorstand, wobei ich die Betonung auf das Wort geschäftsführender[6] Vorstand legen möchte. Insofern habe ich keine Bedenken, daß man den Begriff geschäftsführender Vorstand aufrechterhält, wenn ich auch hier klar und eindeutig betonen möchte bereits beim Beginn, daß nach meiner Auffassung die eigentliche Zuständigkeit beim Gesamtvorstand als solchem liegt. Ich begrüße die Anregung, die eben gegeben wurde, daß man auch in der neuen Satzung nur vom Vorstand als solchem spricht. Wenn Herr *Dehler* eben ausführte, daß das Wichtigste der Geschäftsordnung, die uns zugeleitet wurde, in Punkt 8 liegt, so stimmt das grundsätzlich mit dem von mir Gesagten überein.

Ich möchte mir erlauben, eine Anregung zu geben. Die Ziffer 8 sagt: „Der Gesamtvorstand ist grundsätzlich zuständig für alle organisatorischen und politischen Fragen im Sinne der Beschlüsse des Parteitages und des Hauptausschusses. Er führt die gesamten Geschäfte der Partei und kann daher die Behandlung aller Fragen an sich ziehen oder Entscheidungen des geschäftsführenden Vorstandes aufheben."

Ich würde vorschlagen, meine Freunde, Ziffer 2 und 3 der Geschäftsordnung nochmal zu lesen, worin es in Ziffer 2 heißt: „Der geschäftsführende Vorstand hat die laufenden politischen Aufgaben zu beraten und zu entscheiden, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und die Durchführung seiner Beschlüsse zu überwachen."

---

5 So auch der Vorschlag im Entwurf *Dehlers*, II, 6 Abs. 2. Anm. 3.
6 „geschäftsführender" in der Vorlage unterstrichen.

Ich habe grundsätzliche Bedenken dagegen, das in dieser Form aufzunehmen, denn es könnte der Verdacht entstehen, solange keine Geschäftsordnung für den Gesamtvorstand vorhanden ist, daß dieser Satz mißverstanden würde. Ich würde also von unserer Seite aus außerordentliches Gewicht darauf legen, daß wir festlegen und uns heute darüber klar sind, daß die laufenden politischen Aufgaben zu beraten und zu entscheiden, grundsätzlich Aufgabe des Gesamtvorstandes und nicht des geschäftsführenden Vorstandes ist; genauso wie ich der Meinung bin, daß Ziffer 3[7] gewisse Bedenken auslösen sollte, wie z. B. Einstellung und Entlassung des Hauptgeschäftsführers und der politischen Fachreferenten der Bundesgeschäftsstelle. Wir sollten dies nicht in dieser Form sagen, denn nach meiner Auffassung ist diese Angelegenheit Aufgabe des Gesamtvorstandes.

Dann halte ich den Vorschlag von *Dehler,* den Organisationsausschuß als solchen in der Geschäftsordnung zu verankern, an sich für diskutabel. Ich mache aber bereits zu dieser frühen Stunde Bedenken dagegen geltend, daß der Organisationsausschuß ein besonderes Organ der Partei ist. Der Organisationsausschuß mag bestehen bleiben, wir werden uns nachher schnell einig werden, nur kann und soll er nach unserer Auffassung keine anderen Aufgeben haben, als beratendes Organ zu sein. Der Organisationsausschuß soll sich zusammensetzen, Sachen durcharbeiten und durchdenken und soll diese nachher Ihnen, Herr *Blücher,* vorlegen zur Begutachtung und zur Vorbereitung einer Entscheidung im Vorstand. Ich würde nicht dafür sein mit aller Konsequenz, daß dem Organisationsausschuß irgendwelche Aufgaben zur selbständigen Entscheidung übertragen werden. Ich kann vielleicht aus Erfahrung sprechen. Wir haben in Schleswig-Holstein auch einen solchen Organisationsausschuß, und es ist eine bekannte Tatsache, daß derartige Ausschüsse sich nachher immer mehr Kompetenzen aneignen, als ihnen zustehen und Dinge machen, für die sie nicht zuständig sind. Also Organisationsausschuß ja, ich halte ihn für um so notwendiger, weil wir immer mehr auf die Wahlen zusteuern, aber nicht in dem Sinne, wie es von *Dehler* in Ziffer 6 vorgeschlagen worden ist mit den offenbar doch selbständigen Kompetenzen, die ihm in Ziffer 6 zugebilligt worden sind.

Bezold: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal Stellung nehmen: Was wir heute beschließen, soll bindend für den Satzungsausschuß sein. Es scheint über eines Klarheit zu bestehen, und zwar darüber, daß man in Zukunft nur einen Vorstand als solchen will. Wenn Sie Notorganisationen der Partei schaffen, dann bedeutet das, daß diese Organisationen in ihrem Aufgabenbereich abgegrenzt sein müssen und diese Organisationen in ihrem Aufgabenbereich allein die Verantwortung tragen und tragen können. Allerdings müssen Sie davon ausgehen, daß es eine Gliederung der Partei ist und auf der einen Seite die Exekutive und auf der anderen das Volk, der Parteitag, steht.

7 „Dem geschäftsführenden Vorstand obliegt die Einstellung und Entlassung des Hauptgeschäftsführers und der politischen Fachreferenten der Bundesgeschäftsstelle." Anm. 3.

Wir haben damals im Satzungsausschuß[8] unter § 9 ausdrücklich erklärt: Organe der Partei sind dem Range nach aufzunehmen; und um die Staffelform zu erklären: Parteitag, Hauptausschuß, Vorstand.

Das bedeutet also, daß eine Verantwortung gegenüber dem Volk überhaupt nur der Vorstand bzw. der Hauptausschuß tragen kann, und daß es keine Möglichkeit gibt, es sei denn, man schafft ein weiteres Organ, dem man bestimmende Aufgaben zuweist, für das es die Verantwortung hat. Jede andere organisationsähnliche Zusammenfassung wäre eine Verwischung der Verantwortung.

Aus diesem Gedanken heraus hat sich der Satzungsausschuß auf den Standpunkt gestellt, daß es nur einen Vorstand gibt (§ 17). Er hat in Ziffer 2 erklärt, die unter a – f genannten Mitglieder bilden den geschäftsführenden Vorstand. Damit ist deutlich gesagt, daß die Verantwortung nicht der geschäftsführende Vorstand, sondern der Vorstand als solcher trägt. Das hat und müßte folgende Folgen haben:

Bei der Frage der Aufgaben des Vorstandes, die in § 18 dargetan sind, haben wir gesagt, daß der Vorstand beschließt . . .[9] Er führt die gesamten Geschäfte der Partei . . .[10]

Daraus ergibt sich, den Vorstand über alle Beschlüsse und Maßnahmen zu informieren. Die Mitglieder haben das Recht, an den Sitzungen teilzunehmen. Sie haben weder eine beratende, noch beschließende Stimme.

Wenn der geschäftsführende Teil nur ein Teil des Vorstandes ist, dann ist es selbstverständlich, daß die Mitglieder des Gesamtvorstandes zuhören können bei den Sitzungen. Es kann jederzeit die Frage auftauchen, wenn der geschäftsführende Vorstand einen Aufgabenbereich als wichtig bezeichnet: Was geschieht jetzt? Es heißt ja wörtlich: „Jedes Mitglied hat das Recht . . ."[11] (verliest den genauen Wortlaut). Das ist logisch die Folge dessen, was Sie selbst wollen. Weiter heißt es: „Auf Beschluß des Vorstandes . . ."[12] Wenn also ein Mitglied des Vorstandes glaubt, daß der geschäftsführende Vorstand den Rahmen seines Aufgabenbereiches überschritten hat, kann er die Maßnahmen außer Kraft setzen, er kann sie aber auch gelten lassen.

Zu den Aufgaben des Gesamtvorstandes gehören . . .[13] (verliest den genauen Wortlaut). Es ist z. B. vollkommen unmöglich und ein Widerspruch im Sinne

8 Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den Entwurf einer neuen Satzung vom 5. 10. 1952, ADL, Ordner-Nr. 553.

9 „über alle organisatorischen und politischen Fragen im Sinne der Beschlüsse des Parteitages und des Hauptausschusses". Ebd.

10 „Die Erledigung der letzteren Aufgabe bildet den Wirkungskreis des geschäftsführenden Vorstandes. Der geschäftsführende Vorstand ist verpflichtet, den Vorstand über alle Beschlüsse und Maßnahmen zu informieren." Ebd., § 18,1.

11 „binnen einer Frist von einem Monat im Vorstand zu beantragen, daß eine Maßnahme des geschäftsführenden Vorstandes durch den gesamten Vorstand beschlossen wird". Ebd., § 18,1.

12 „tritt die so angefochtene Maßnahme außer Kraft, und es wird die Angelegenheit durch einen Beschluß des gesamten Vorstandes geregelt". Ebd., § 18,1.

13 „insbesondere a) Wahl und Anstellung des Hauptgeschäftsführers der Bundesgeschäftsstelle; b) Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und des sonstigen politischen Schrifttums auf

jeder Partei, daß die heranwachsende Jugend Schulungskurse mitmacht, die der Vorstand überhaupt nicht kennt. Der Vorstand ist verantwortlich dafür.

Daraus ergibt sich der Begriff des Organisationsausschusses. Er war in der Satzung nicht verankert und kann nicht verankert werden. Wenn Sie ihn einführen, ohne ihn als Organisation der Partei gelten zu lassen, haben Sie ein Gremium geschaffen, das keine Verantwortung trägt. Sie müssen festsetzen, wer für die Tätigkeit eines Gremiums verantwortlich ist. Ich verweise hier auf den Entwurf von Dr. *Dehler*. Der geschäftsführende Vorstand wählt noch einmal den Organisationsausschuß. Hier heißt es: „Der Organisationsausschuß ist verantwortlich [für den Ausbau a) der Parteiorganisation, insbesondere für den Aufbau und die Überwachung der Bundesparteizentrale, b) der Finanzierung, c) der Propaganda und der Publikationen. Der Organisationsausschuß] ist befugt, [Einstellungen und Entlassungen mit Ausnahme der unter II, 3 – Hauptgeschäftsführer und politische Fachreferenten – bezeichneten hauptamtlichen Mitarbeiter vorzunehmen]." Aber eigentliche Aufgaben sind ihm nicht gegeben. Man kann natürlich einen Organisationsausschuß als Organisation der Partei schaffen, aber wir müssen uns klar werden, wie wir die Dinge haben wollen. Dem Volk gegenüber ist der Vorstand verantwortlich. Es soll aber statuiert werden, daß eine eigene Organisation geschaffen wird, ein kleines Gremium, das zwar keine Verantwortung trägt, also Beschlüsse allein nicht fassen kann, sondern seine Beschlüsse sind immer Vorstandsbeschlüsse und bedürfen der Gegenzeichnung. Wenn ein Vorstandsmitglied, das die Verantwortung mitträgt, glaubt, daß der geschätsführende Vorstand über seinen Rahmen hinausgegangen ist, müssen die Dinge ins Lot gebracht werden.

RUBIN: Wir können diesen Entwurf wohl heute nicht endgültig verabschieden. Wir haben ihn erst heute morgen bekommen, wir können nur eine Art Rahmen schaffen. Wir sollten bei diesem Rahmen in den nächsten Wochen und Monaten davon ausgehen, daß wir uns an den Satzungsentwurf anlehnen so weit wie möglich, aber nichts schaffen, was nicht ganz sorgfältig durchgesprochen ist. Ich möchte mich nur zu zwei Punkten äußern, von denen ich glaube, mehr als die meisten Anwesenden zu verstehen.

Wenn wir die vor uns liegende Arbeit meistern wollen, müssen wir eine Arbeitsteilung beschließen. Unbedingt notwendig ist ein kleines Gremium, das schnell eine Entscheidung fällen kann. Wir können nicht theoretisieren. In der Praxis war es so, daß die Bundesgeschäftsstelle für ihre Arbeit Unterstützung haben muß, und zwar muß sie diese Unterstützung oft sehr schnell haben. Die Organisation ist noch sehr ausbaubedürftig. Der Organisationsausschuß kann einem Teil der Mitglieder besondere Aufgaben zuweisen. Daß alle grundsätzlichen politischen Fragen nicht im Organisationsausschuß behandelt werden können, ohne daß dieser sich eine Rückendeckung im Gesamtvorstand schafft, ist klar. Ich glaube, daß eine Arbeitsteilung im Vorstand, auch im Interesse einer schnellen Entscheidungsmöglichkeit, notwendig ist und daß dieses Gremi-

---

Bundesebene mit Ausnahme von Flugblättern und Plakaten; c) Veranstaltung von Lehrgängen und Arbeitsgemeinschaften zur Schulung von Parteimitgliedern und zur Vertiefung der politischen Grundsätze der Partei". Ebd., § 18,2.

um schnellstens konstituiert werden muß. Paradox ist, daß ausgerechnet der Bundesschatzmeister nur beratend dabei sein soll, denn er hat eine so große Verantwortung und muß dann auch stimmberechtigt sein. Wenn man ein Vierergremium nicht will, so soll es ein Zweier- oder ein Dreiergremium oder ein Fünfergremium sein.

Dr. MIDDELHAUVE: Entschuldigen Sie bitte mein verspätetes Eintreffen, das mit dem Druckerstreik zusammenhängt.[14]

Ich darf vielleicht auf das eingehen, was ich hier an Beratungen noch mitbekommen habe. *Bezold* hat recht, daß er, wenn er seine Aufgaben morgen und übermorgen im Satzungsausschuß durchführen will, sagt, daß wir heute bestimmte Grundsätze festlegen müssen, vor allen Dingen, weil in [den] §§ 17 und 18 der neuen Satzungen die Kompetenzen des Vorstandes durch eine Unterteilung geregelt werden sollen. Es ist verhältnismäßig schwer, uns jetzt mit dem eingehenden Vorschlag von *Dehler* zu beschäftigen, da wir den Entwurf fast alle jetzt erst in Händen haben. Ich darf sagen: Es scheint erforderlich zu sein, daß wir den Vorstand als das Exekutivorgan der Partei so wirkungsfähig und schlagkräftig wie möglich machen. Das ist die Auffassung, die wir alle haben. Es fragt sich nur, wie kann das geschehen? Der Gesamtvorstand besteht aus 25 bis 30 Mitgliedern. Dieses Gremium in den nächsten neun Monaten, wo die Bundestagswahlen anlaufen, etwa alle 14 Tage, drei oder vier Wochen immer zusammenzubekommen, scheint schwierig zu sein, und es scheint weiterhin schwierig zu sein bei der Fülle der Entscheidungen, die getroffen werden müssen, alle Entscheidungen dem Gesamtvorstand vorzulegen und diese durch ihn treffen zu lassen. Das ist praktisch nicht durchführbar. Wer sagt, das sei möglich, der weiß nicht, welche Arbeit, welche Fülle von Kleinarbeit und Einzelarbeit dem Vorstand bis jetzt schon durch den Organisationsausschuß abgenommen worden ist. Ich bin der Ansicht, daß es unmöglich ist, gerade im Hinblick auf die Fülle der Aufgaben des Vorstandes, die bis in die Details hineingehen, diese alle vom Gesamtvorstand regeln zu lassen. Aus diesem Grunde ist auch in den bisherigen Satzungen der geschäftsführende Vorstand vorgesehen. Es handelt sich nur darum, soll an dem bisherigen Satzungsmodus festgehalten werden, daß im Rahmen des Gesamtvorstandes der geschäftsführende Vorstand gebildet wird, der dann natürlich nach seinem Namen die Geschäfte des Vorstandes führt? Ich bin der Ansicht, es ist notwendig, um den Vorstand mit den wichtigen politischen Entscheidungen zu beschäftigen, und [damit] er nicht mit Einzelheiten belastet wird, sondern sich auf die wichtigen Punkte konzentrieren kann.

Wir haben heute morgen die Tagesordnung für die Sitzung erst erhalten. Es ist völlig unmöglich, daß nicht eine Diskussion über das wichtigste Thema „Das Wahlrecht" geführt wird, daß dies nicht drin steht. Wir haben uns heute mit

14 Trotz vorausgegangener Vermittlungsversuche von Arbeitsminister *Storch* waren die Drucker in der Nacht vom 5. auf den 6. 12. 1952 in den Streik getreten, von dem *Middelhauve* als Druckereibesitzer betroffen war. Vom 8.–10. 12. 1952 erschienen zahlreiche Tageszeitungen nur als Notausgaben. Über den Streikbeginn der Artikel „Storchs Vermittlung ist gescheitert" auf der Titelseite der BONNER RUNDSCHAU vom 6. 12. 1952.

diesem Thema zu beschäftigen. Ich bin der Ansicht, daß dies das wichtigste Thema ist! Gerade an diesem Beispiel mache ich deutlich, daß es notwendig ist, Organisationsfragen durch den geschäftsführenden Vorstand erledigen zu lassen. Die Konzeption *Dehlers* ist im wesentlichen richtig, ich bejahe sie durchaus, denn sie bedeutet, daß alle wichtigen politischen Aufgaben durch den Gesamtvorstand zu regeln sind und dem Gesamtvorstand durchaus das Recht gegeben wird, Entscheidungen des geschäftsführenden Vorstandes zu überprüfen, also als ein Kontrollorgan zu verstehen, als ein Kontrollorgan des aus seiner Mitte gebildeten und vom Parteitag gewählten geschäftsführenden Vorstandes anzusehen ist. Das ist vorgesehen in *Dehlers* Vorschlag.

Ich bin der Ansicht, es ist richtig, wenn da in Abschnitt 2 vorgeschlagen wird, daß die laufenden politischen Aufgaben im geschäftsführenden Vorstand beraten werden. Natürlich hat der Gesamtvorstand die Befugnis, diese Entscheidungen zu revidieren. Ich weiß allerdings nicht, ob wir uns zu dem Vorschlag *Bezolds* in § 18 Abs. 1 bekennen können: „Jedes Mitglied hat das Recht, binnen eine[r] Frist von einem Monat usw. usw."[15]

Ich bin damit einverstanden, wenn das nicht bedeutet, daß eine Entscheidung sofort in ihrer Auswirkung aufgehoben wird.

BEZOLD: Das bedeutet es nicht.

Dr. MIDDELHAUVE: Die Aufgaben des geschäftsführenden Vorstandes sind doch wohl, organisatorische Fragen zu regeln, wobei ich durchaus mit dem Satzungsentwurf der Ansicht bin, daß die Wahl und Anstellung des Hauptgeschäftsführers der Bundesgeschäftsstelle die Aufgabe des Gesamtvorstandes ist. Dann sieht der Vorschlag weiter vor, daß dem geschäftsführenden Vorstand die Einstellung und Entlassung der politischen Referenten obliegt, da schließe ich mich der Konzeption *Dehlers* an.

Ich habe nichts dagegen, wenn über die Anstellung des Hauptgeschäftsführers im Gesamtvorstand entschieden wird und alle übrigen organisatorischen Fragen dem geschäftsführenden Vorstand übertragen werden. Vergessen Sie nicht, daß im geschäftsführenden Vorstand elf Mitglieder sind.

BEZOLD: Das sehen die Satzungen vor.

Dr. MIDDELHAUVE: Demnach wäre es klar, wobei ich aber nochmals betonen möchte, der geschäftsführende Vorstand muß eine echte Funktion durch den Gesamtvorstand übertragen erhalten, und dies muß auch in den Satzungen verankert sein.

Nun die Frage: Was geschieht mit dem Organisationsausschuß? Er ist gebildet worden und hat auch bereits gearbeitet. *Leverenz* sagt, in Schleswig-Holstein habe man damit keine guten Erfahrungen gemacht. Es bestünde die Gefahr, daß ein Organisationsausschuß zu viele Kompetenzen in sein[en] Aufgabenbereich einbezöge; also so etwas Ähnliches wie einen Sog darstellen würde, um Dinge zu erledigen, die zum Aufgabenbereich des geschäftsführenden Vorstandes gehörten. Ich habe aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen fest-

15 Siehe Anm. 11 und 12.

stellen können, daß bei uns der Organisationsausschuß bestens funktioniert. Ich habe den Eindruck, daß der Organisationsausschuß hier in Bonn ebenfalls funktioniert und zu einer wesentlichen Erleichterung der Arbeit der Geschäftsführung und des Gesamtvorstandes beigetragen hat. Wenn der Organisationsausschuß seine Kompetenzen überschreitet, so hat ja der geschäftsführende und auch der Gesamtvorstand jederzeit das Recht, ihn zu korrigieren. Der geschäftsführende Vorstand ist das Kontrollorgan des Organisationsausschusses, und der Gesamtvorstand ist das Kontrollorgan des geschäftsführenden Vorstandes.

Es ist aber nach meiner Ansicht unter allen Umständen wichtig, den Gesamtvorstand für wichtige politische Entscheidungen freizumachen und die eigentlichen politischen Probleme dem geschäftsführenden Vorstand zunächst zur Regelung zu überlassen.

Im übrigen geht doch aus dem Entwurf *Dehlers,* Abschnitt II, 8[16], eindeutig hervor, daß der Gesamtvorstand jederzeit in der Lage ist, diese Dinge zu überprüfen und zu kontrollieren.

Wir haben bis jetzt ein Vierergremium gehabt, in dem der Bundesschatzmeister kraft Amtes vertreten war und – *Schäfer* wird das bestätigen – das bisher immer ohne Schwierigkeiten zu einstimmigen Beschlüssen gekommen ist. Ich halte hier den Entwurf *Dehler* für richtig, und wenn sich das im Satzungsentwurf niederschlagen wird, scheint das richtig zu sein.

Zu Abschnitt II, Punkt 1[17] noch folgendes:

1. Wollen wir einen geschäftsführenden Vorstand mit Kompetenz;
2. wollen wir den geschäftsführenden Vorstand befreien von organisatorischen und technischen Fragen, und
3. wollen wir einen echten Organisationsausschuß?

Ich bejahe diese Fragen.

Franz BLÜCHER: Aus der Diskussion wird sich zweckmäßig ergeben, daß wir an Hand des *Dehler*schen Vorschlags die Richtlinien festlegen. Wir müssen dann aber Punkt für Punkt vornehmen.

EBERHARD: *Dehler* hat darauf hingewiesen, daß Abschnitt II, Ziffer 8 darlegt, daß der Gesamtvorstand die Verantwortung trägt. Wenn das so ist, dann muß er auch von den Beschlüssen Kenntnis haben. Das steht zwar in der neuen Satzung, die aber noch nicht rechtskräftig ist. Wir müssen uns an die alte Satzung halten. Da steht aber nichts drin. Da steht: „Sie (die Geschäftsordnung) bedarf der Bestätigung des Hauptausschusses."

Zur Frage des Organisationsausschusses stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Bundesschatzmeister nicht nur beratende Stimme haben darf, sondern mitstimmen kann, denn er ist doch Hauptperson in diesem Gremium. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß der Organisationsausschuß aus dem Gesamt-

16 Genauer Wortlaut in der ersten Wortmeldung von *Leverenz* in diesem Dokument.

17 „Der geschäftsführende Vorstand ist verantwortlich für die Durchführung der Beschlüsse der satzungsmäßigen Parteiorgane." Anm. 3.

vorstand zu bilden ist und nur von dem Gesamtvorstand. Das wurde schon in Ems festgelegt, und wir sind gehalten, diese Abmachung zu respektieren.

Zu Ziffer II, 3: „Dem geschäftsführenden Vorstand obliegt die Entscheidung über Anstellung und Entlassung des Hauptgeschäftsführers." Ich bin der Meinung, das kann nicht Aufgabe des geschäftsführenden Vorstandes ein, das muß der Gesamtvorstand machen.

BEZOLD: *Middelhauve* ist auch der Meinung.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich habe nichts dagegen.

STEGNER: Mit welcher Leidenschaft unser Freund *Bezold* satzungsmäßige Fragen behandelt, darüber möchte ich meine Bewunderung aussprechen.

Aber nun zur Sache: Ich darf einmal etwas Allgemeines zu den Satzungsfragen sagen. Wir sind in Niedersachsen, als wir den Landesverband aufgebaut haben, von anderen Erwägungen ausgegangen wie *Bezold.* Wir haben nicht gesagt, die Partei gleicht einem Volk (Legislative – Exekutive), sondern wir sind von unten mit dem Aufbau losgegangen. Wir haben uns an die unteren Organe gehalten, d. h. einen Aufbau wie in der Selbstverwaltung gemacht, d. h. wir übertragen satzungsmäßige Befugnisse in die unteren Ebenen. Wir sagen, eine Partei muß von unten herauf wachsen. Wir glaubten, damit den Anforderungen der demokratischen Form, des demokratischen Staatsaufbaues nahezukommen, und haben damit ausgezeichnete Erfahrungen gemacht.

BEZOLD: Wir waren an den Vorstandsbeschluß in Unkel[18] gebunden.

STEGNER: Selbstverständlich ist es klar, daß eine Partei sich Satzungen geben muß, die am zweckmäßigsten sind. Ich sage das nur, um im Grundsatz etwas klarzustellen.

Dann die Frage des Vorstandes. Selbstverständlich ist der Gesamtvorstand die politische Spitze der Partei und faßt alle politischen Beschlüsse. Darüber besteht gar kein Zweifel.

Nun haben wir auch einen geschäftsführenden Vorstand, das haben andere Parteien auch. Als Aufgabenfeststellung für den geschäftsführenden Vorstand gibt es zweierlei: erst politisch und dann geschäftsmäßig. Der geschäftsführende Vorstand heißt nicht umsonst geschäftsführender Vorstand, da steckt die Führung der laufenden Geschäfte drin.

Nun müßten zunächst einmal die Geschäfte katalogisiert werden. Und da sind ja vielerlei Sachgebiete, z. B. Organisationsaufbau, Koordinierung der Landesverbände, Wahlvorbereitungen, Propaganda, geistige Grundlagen.

Hier sind noch eine Fülle von Dingen, die dazugehören. In Niedersachsen haben wir die sogenannten politischen Referenten nicht. Wir haben jedem Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes ein bestimmtes Sachgebiet gegeben, und neben diesem Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes steht die Geschäftsführung, steht der Apparat, der nur hilfsweise in Erscheinung tritt. Also man überträgt z. B. die Propaganda einem geschäftsführenden Vorstandsmit-

18 Siehe die Debatte in Nr. 21.

glied, dem wird ein Mann in der Geschäftsführung zur Verfügung gestellt und mit dem arbeitet man zusammen im Rahmen der Beschlüsse des geschäftsführenden Vorstandes. Das hat sich ausgezeichnet bewährt. Es gibt keinen übermäßig großen Apparat, und der Vorstand hat die Dinge in der Hand. Auf der anderen Seite tritt für das geschäftsführende Vorstandsmitglied eine Entlastung ein, da der Vorstand nicht selbst die Arbeit macht, sondern nur Impulse gibt usw. Der Gesamtvorstand ist dann das führende politische Gremium.

Im übrigen finde ich den Ausdruck Parteizentrale furchtbar, er müßte weg. In Niedersachsen ist dann noch folgende Regelung getroffen worden, daß der geschäftsführende Vorstand sich alle 14 Tage zusammensetzt und so die laufenden Geschäfte ständig in der Hand hat. Im übrigen lerne ich dabei die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder kennen. Wir hatten auch damals die gleiche Spaltung und haben dann aber in den letzten Jahren ein gutes Zusammenarbeiten gehabt. Wir haben unsere größten Gegner hineingenommen, und heute arbeiten wir als ein gemeinsames Ganzes, das ist die Folge, die sich daraus ergeben hat.

Dann noch ein weiterer Standpunkt: Die Geschäftsordnung sollte nicht vom Satzungsausschuß gemacht werden, die Geschäftsordnung gibt sich der Vorstand selbst, er ist vom Vertrauen der Partei getragen und gewählt.

Franz BLÜCHER: Das würde der Kabinettsgepflogenheit entsprechen. Deshalb habe ich es als Punkt 1 genommen.

STEGNER: Ich glaube nicht, daß wir heute zu einem letzten Schliff der Sache kommen. Ich würde vorschlagen, wir sollten den geschäftsführenden Vorstand ersuchen, eine Geschäftsordnung auszuarbeiten und sie dem Gesamtvorstand zur nächsten Sitzung durchgearbeitet vorzulegen.

Franz BLÜCHER: Ich bin der Meinung, daß wir im letzten dem Vorschlag *Stegners* folgen sollten. Aber zunächst muß über den Inhalt und die Grundsätze hier Klarheit geschaffen werden, über die Rechte des Vorstandes.

Dr. LEVERENZ: Es ist sicher, daß wir heute nicht die letzte Feile ansetzen können, aber ich mache auf § 12 der bisherigen Satzungen aufmerksam: „Der Vorstand gibt sich seine Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt den Aufgabenbereich innerhalb des Vorstandes." Wir als Gesamtvorstand müssen uns eine Geschäftsordnung geben, und im Rahmen dieser Geschäftsordnung muß klar umrissen sein die Aufgabe des geschäftsführenden Vorstandes. Ich halte die Anregung von *Stegner* für richtig, daß dies nicht in den Satzungsausschuß gehört, den sollten wir damit nicht belasten, das kann ja nur uns angehen.

ONNEN: Es kann dann nur überprüft werden.

Dr. LEVERENZ: Wir werden diese Dinge heute nicht im Endergebnis klären können, wir haben noch so viele wichtige Dinge zu besprechen, daß ich es nicht für richtig halte, die Diskussion zu vertiefen. Ich schlage vor, wir begnügen uns mit einigen wenigen Sätzen. Wir sind uns völlig einig, daß die ursprüngliche Zuständigkeit beim Gesamtvorstand liegt. Bringen Sie dies zur Abstimmung, Herr *Blücher!*

Franz BLÜCHER: Darf ich vorschlagen:

1. Wir hatten einen Entschluß gefaßt, daß mit Rücksicht auf den vorliegenden neuen Entwurf wir heute alles besprechen mit dem Ziel, daß nicht nach drei Monaten wieder daran geändert werden muß.

2. Es ist Beschluß darüber zu fassen, daß über die Geschäftsordnung als solche der Vorstand zuständig ist.

Dr. LEVERENZ: Darüber sind wir uns einig. Aber es sind da noch grundsätzliche Fragen. Wir sind uns einig, daß die grundsätzliche Kompetenz beim Gesamtvorstand liegt.

BEZOLD: Ich formuliere folgenden Beschluß:

Der Vorstand ist darüber einig, daß im Sinne des Entwurfes der Geschäftsordnung des Vorstandes (Dr. *Dehler*) und des Satzungsentwurfes der Vorstand das eigentliche Organisationsgremium ist, daß also die Gliederung, wie sie § 17 der neuen Satzung vorschlägt, danach bestimmte Mitglieder des Vorstandes den geschäftsführenden Vorstand bilden, angenommen wird.

Ich bitte um Abstimmung.

Dr. LEVERENZ: Sie stellen es auf das Organisatorische ab, ich wollte es auf grundsätzliche Fragen abstellen. Natürlich nehme ich Verbesserungsvorschläge jederzeit gerne an, ich hätte gerne die Formulierung so, daß die ursprüngliche Zuständigkeit beim Gesamtvorstand liegt, und der Gesamtvorstand bereit ist, einen Teil seiner Aufgaben, die sich insbesondere auf die Geschäftsführung beziehen, auf den geschäftsführenden Vorstand zu delegieren, selbstverständlich nicht im Sinne der Begrenzung der Souveränität, sondern mit der Möglichkeit, jederzeit alle Dinge wieder an sich zu ziehen. Darüber sind wir uns doch einig.

STEGNER: Ich habe einen Änderungsvorschlag:

Es geht nicht, wenn Sie sagen, „daß der Vorstand gewisse Teile seiner Befugnisse an den geschäftsführenden Vorstand delegiert", denn der geschäftsführende Vorstand ist nach § 11 Abs. 1 satzungsmäßiges Organ; man müßte sagen:

Der Gesamtvorstand hat die politische Leitung und ist das ursprünglich leitende Organ. Die Geschäfte werden innerhalb des Gesamtvorstandes durchgeführt durch den geschäftsführenden Vorstand. Die Geschäfte werden durch einen Katalog katalogisiert.

Dr. LEVERENZ: Die Katalogisierung würde ich auf jeden Fall für ein Unglück halten, sie könnte zu Differenzen Anlaß geben. Ich möchte nur festgehalten haben, und ich glaube, da gehen unsere Ansichten auch nicht auseinander, daß wir uns darüber im klaren sind, daß die ursprüngliche Souveränität beim Gesamtvorstand liegt.

Franz BLÜCHER: Ich glaube, wir kommen bei der verbalen Lesung zu einer Klärung.

Dr. LEVERENZ: noch eine Frage zum Organisationsausschuß: Ich habe heute morgen gesagt, daß ich an sich einen solchen Ausschuß mit Rücksicht auf die

vor uns liegenden Wahlen und Aufgaben bejahe; es ist nur die Frage, wie wir die Sache festlegen. Der Organisationsausschuß ist keine satzungsmäßige Institution, er trägt keine Verantwortung, er kann nur Hilfsorgan sein. Er kann nur, wie jeder andere Parteiausschuß, Dinge ausarbeiten, Gutachten erstellen, die dann im Gesamtvorstand zu beraten sind, damit dann fachkundige Entscheidungen getroffen werden können. Ich bin nicht der Auffassung, daß die Motivierung, der geschäftsführende oder Gesamtvorstand sei nicht jederzeit zusammenzurufen, richtig ist, und es müsse ein kleines Gremium da sein. Diese Fiktion ist falsch. Bei uns treten auch die Schwierigkeiten auf, und dafür sind wir gewählt worden als Landesverbandsvorsitzende und haben Entscheidungen zu tragen und zu treffen.

RUBIN: Es geht doch nicht um politische Fragen.

Dr. LEVERENZ: Es kommen auch organisatorische Dinge an uns heran, dann müssen wir die Verantwortung tragen und uns im Vorstand durchsetzen und rechtfertigen. Darin sehe ich, meine Herren, die Aufgaben, und diese Aufgaben sind Ihre, Herr *Blücher,* sie werden in Zukunft von Tag zu Tag mehr an Sie herantreten.

Franz BLÜCHER: Ich glaube, wir sollten zunächst die Rednerliste abwickeln, dann bekommen wir zu den Punkten mehr Klarheit.

Dr. HAUSSMANN: Ich bin damit einverstanden, daß wir sofort in die Einzelberatungen eintreten, und ich bin bereit, auf meine Ausführungen zu verzichten, wenn es die anderen Redner auch tun.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich weiß nicht, weshalb wir das alles besprechen. Wir sollten zu einer Geschäftsordnung des Vorstandes kommen, und hierzu hat ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, nämlich *Dehler,* einen Vorschlag vorgelegt, der Grundlage der Diskussion ist. Was sich für Vorschläge ergeben, ist eine zweite Frage. Wir haben erst einmal zu beraten.

BEZOLD: Ich möchte nur erwähnen, daß wir den Entwurf *Dehler* dort als Grundlage nehmen, wo er in Frage kommt. Aber er bezieht sich nur auf den geschäftsführenden Vorstand.

Franz BLÜCHER: Nein, in der Überschrift steht „Geschäftsordnung des Vorstandes".

STEGNER: Wir sollten eine Präambel im Sinne der Formulierung von *Leverenz* vorsetzen: „Der Gesamtvorstand ist die Spitze . . ."

Franz BLÜCHER: In der anderen Fassung kommen wir darauf. Wir brauchen nicht die Zusammensetzung in der Geschäftsordnung aufführen, das ergibt sich dann aus der Satzung. Ich schlage vor, daß wir mit Punkt II anfangen.

Dr. LEVERENZ: Ich verweise auf § 12 Abs. 3.[19] Wir ziehen die Sache nicht ganz richtig auf.

Franz BLÜCHER: Wir heben schon auf die neue Satzung ab (§§ 17, 18).

---

19 „Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie regelt den Aufgabenbereich des geschäftsführenden Vorstandes innerhalb des Vorstandes. Sie bedarf der Bestätigung des Hauptausschusses." Alte Satzung.

BEZOLD verliest im Wortlaut I, 1: Zusammensetzung des geschäftsführenden Vorstandes.[20]

Wir haben b (§ 17 der Satzung) deshalb gemacht, weil wir eine juristische Vertretung haben wollten.[21]

Beschluß: § 17 Ziffer 1 Absatz b (Satzungsentwurf) wird geändert insofern, als die Worte „deren . . . bis wird" wegfallen.

Einstimmige Annahme.

BEZOLD: Zu c ist die Frage: fünf Beisitzer oder sieben Beisitzer.

WEIRAUCH: Wir haben bisher sieben Beisitzer gehabt, und das besteht bis zur Annahme der neuen Satzungen.

BEZOLD: Die Differenzen kommen daher, da der Ausschuß der Annahme ist, daß es notwendig ist, daß der Bundesschatzmeister und der Bundesschriftführer ad personam gewählt werden.[22] Dann haben wir das, was hier vorgesehen ist, dann haben wir sieben Beisitzer.

Dr. MIDDELHAUVE: Hier ist ein neuer Vorschlag gemacht, als neben der Position des Bundesschatzmeisters, die immer bestanden hat, eine neue hinzukommt, die des Bundesschriftführers. Ich sehe dafür keine Notwendigkeit, ich sehe keine Funktion für einen Bundesschriftführer.

STEGNER: Einer verwaltet das Geld und der andere das Papier.

Franz BLÜCHER: Das ist einmal entsprungen aus der Praxis (Gegenzeichnung der Protokolle). Es war immer üblich, daß ein Vorstandsmitglied die Protokolle unterzeichnet und daß dort die Grundlage ist für spätere Entscheidungen im Streitfalle. Es wäre gut, wenn ein Vorstandsmitglied die Protokolle gegenzeichnet.

Dr. MIDDELHAUVE: Das kann der Vorsitzende oder einer der Stellvertreter tun. Ich halte diese Position nicht für so hinreichend fundiert, daß wir sie schaffen sollten.

ONNEN: Die Richtigkeit der Protokolle rechtfertigt doch nicht die Wahl eines Bundesschriftführers in einem besonderen Wahlgang. Es muß genügen, wenn einer der stellvertretenden Vorsitzenden oder der Vorsitzende selbst für die Richtigkeit der Protokolle zeichnet.

STEGNER: Der Vorsitzende diktiert doch auch die Entschlüsse.

BEZOLD: Das läßt sich ohne weiteres korrigieren. Was den Schatzmeister betrifft, so weiß ich, daß wir gesagt haben: „Und jetzt wählen wir den Schatz-

---

20 „Der geschäftsführende Vorstand setzt sich zusammen aus: a) dem Vorsitzenden, b) den beiden stellvertretenden Vorsitzenden, c) sieben Beisitzern, d) den Mitgliedern des Bundeskabinetts. Diese verbleiben für den Fall ihres Ausscheidens aus dem Kabinett bis zum nächsten ordentlichen Parteitag im geschäftsführenden Vorstand. Zu den Beratungen des geschäftsführenden Vorstandes können die der Partei angehörenden Staatssekretäre der Bundesregierung herangezogen werden." Anm. 3.

21 „Der Vorstand besteht aus: b) seinen beiden stellvertretenden Vorsitzenden, deren Aufgabenbereich vom Vorsitzenden festgelegt wird." Anm. 8.

22 Bezieht sich auf § 17 Abs. 1 c des Satzungsentwurfs. Anm. 8.

meister." Warum soll der Mann dann nicht sagen, ich bin durch das Vertrauen gewählt? Wir können also dann sagen fünf oder sechs Beisitzer. Mit den Protokollen ist das außerordentlich schwer, und das ist die Hauptaufgabe des Schriftführers, der sollte dann jeweils sagen, das soll mitgeschrieben werden und das nicht. Wann sind bei uns schon klare Beschlüsse formuliert worden? Ich kann mich nur an wenige Fälle erinnern, wo man sagen konnte, das war klar, das soll mitgeschrieben werden. Es ist auch nicht gut, wenn der Vorsitzende vor einem großen Gremium sagen soll, das muß mitgeschrieben werden und das nicht. Diese Aufgabe ist schon berechtigt. Es kommt immer wieder vor, daß ein Landesverband sagt, das und das steht hier nicht drin, und das und das war anders gesagt. Ich glaube, daß der Mann, der so verantwortlich ist, auch verlangen kann, daß er durch das Vertrauen der Partei gewählt wird. Aber schön, wenn Sie nicht wollen, sagen wir fünf Beisitzer. Aber überlegen Sie bitte, zwei Länder haben das schon, und überlegen Sie, ob die Bundespartei unter ein solches Gremium heruntergehen will.

Dr. VON RECHENBERG: Ich kann Sie versichern, Herr *Bezold,* dieser Schriftführerposten ist eine Aufgabe, die nicht erfüllt werden wird. Sie haben doch zwei stellvertretende Vorsitzende. Machen Sie in Gottes Namen einen hiervon für die Protokolle verantwortlich, und der Protokollführer wird es mit demjenigen vorbesprechen.

Abstimmung. Beschluß: Die eigene Benennung eines Schriftführers wird mit Mehrheit abgelehnt. In dem Satzungsentwurf werden in § 17, 1 c, die Worte „und dem Bundesschriftführer" gestrichen.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir haben den Vorsitzenden, die beiden Stellvertreter, den Bundesschatzmeister und fünf Beisitzer. Sollen wir die Zahl des geschäftsführenden Vorstandes erhöhen?

Wir sollten den geschäftsführenden Vorstand nicht allzu groß machen, es ist die Frage der Zweckmäßigkeit, gleichgültig, ob es fünf oder sechs sind. Aber die Erfahrung beweist, daß ein Gremium so klein wie möglich gehalten werden sollte. Es liegen keine besonderen Gründe vor, und deshalb möchte ich dafür sein, daß wir es bei fünf Beisitzern belassen.

BEZOLD: Wir haben ja schon sechs.

EULER: Ich habe für diese Unterhaltung kein Verständnis. Der geschäftsführende Vorstand ist gewählt worden. Es handelt sich darum, dem geschäftsführenden Vorstand eine Geschäftsordnung zu geben, und daß darüber gesprochen wird.

Franz BLÜCHER: Wir müssen doch von dem Tatbestand ausgehen, wir haben schon sechs.

Dr. MIDDELHAUVE: Das ist doch ein klarer Fall.

Beschluß: Es bleibt bei sechs Beisitzern.

BEZOLD: Es handelt sich bei § 17, 1 e um die der Partei angehörenden Bundesminister. Scheidet ein Bundesminister aus dem Amt aus, behält er dieses Amt im geschäftsführenden Vorstand bis zum nächsten ordentlichen Parteitag.

Dr. LEVERENZ: Ich bitte, der Anregung nachzugehen, daß die Regierungschefs von Länderregierungen, bzw. was im Augenblick akut ist, der Präsident des Bundesrates ebenfalls mit in die Ziffer d [von] § 17 aufgenommen werden.

BEZOLD: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß diese Frage nicht mehr zum geschäftsführenden Vorstand gehört.

BLEEK: Das ist nicht klar. Nicht jeder Länderminister ist Mitglied des Bundesrates.

Franz BLÜCHER: Damit wir nicht durcheinander kommen: Es handelt sich grundsätzlich darum, daß eine engere Verbindung zwischen Landes- und Bundespolitik im Vorstand vertreten ist. Der Vorschlag *Leverenz,* der den Antrag von Rheinland-Pfalz[23] aufnimmt, geht dahin, dem geschäftsführenden Vorstand der FDP gehören die Ministerpräsidenten der FDP genauso an wie die Bundesminister.

Dr. MIDDELHAUVE: Dann würde das Gremium zu groß werden. Wenn man die dem Bundesrat angehörenden Länderminister in den Vorstand hineinnimmt, hätte ich keine Bedenken, aber sie in den geschäftsführenden Vorstand aufzunehmen, scheint mir doch zu weit zu gehen.

Dr. LEVERENZ: Nur den Regierungschef, nicht Länderminister, das ginge auch mir zu weit.

Dr. MIDDELHAUVE: Dann bitte ich nach dem Antrag von Rheinland-Pfalz zu verfahren, der dahin geht, den jeweils amtierenden Bundesratspräsidenten, falls er zur FDP gehört, in den geschäftsführenden Vorstand aufzunehmen.

Dr. LEVERENZ: Ich war einen Schritt weitergegangen im Sinne der Verzahnung im Hinblick auf ein besseres Zusammenarbeiten, daß es zweckmäßig ist, FDP-Kabinettschefs überhaupt hinzuzunehmen.

EULER: Der geschäftsführende Vorstand ist doch vom Parteitag gewählt worden. Es gilt nur eine Ausnahme hinsichtlich der Träger der Bundespolitik, die unsere Partei stellt, also der Mitglieder des Kabinetts. Es handelt sich bei den Fragen, die der geschäftsführende Vorstand zu behandeln hat, nicht um Fragen der Länderpolitik, sondern der Bundespolitik, und es muß Wert darauf gelegt werden, daß der Kreis möglichst klein ist. Ich würde sagen, daß wir nicht über den Kreis der Bundesminister hinausgehen. Der Vorsitzende des Bundesrates ist nicht für eine lange Amtsperiode gewählt, turnusmäßig Jahr für Jahr findet die Wahl statt. Es besteht kein politisches Bedürfnis, den zum Bundesratspräsidenten werdenden Mann, soweit er der FDP angehört, dem geschäftsführenden Vorstand angehören zu lassen. Und völlig verfehlt wäre es, die Minister der Länderregierungen als Mitglieder in den Gesamtvorstand hereinzunehmen. Es besteht auch kein Anlaß, den Chef einer Länderregierung hereinzunehmen, wenn er im geschäftsführenden Landesvorstand ist. In den Bundesvorstand ist das nicht gerechtfertigt. Ganz bewußt sind wir davon ausgegangen, daß der

23 Antrag eingebracht zum Parteitag von Bad Ems. ADL, A 1-27.

geschäftsführende Vorstand möglichst klein sein soll, damit die Arbeitsfähigkeit gewahrt bleibt. Es obliegt ihm die laufende Arbeit, die Durchführung der Beschlüsse und die praktische Leitung der Partei. Das wird erschwert, je mehr das Gremium ausgeweitet wird. Es wird auch der Sinn der Wahl durch den Bundesparteitag in dem Maß verfälscht, als zu den gewählten Mitgliedern nicht gewählte hinzutreten, weil sie eine gewisse Amtsposition versehen. Ein solches Bedürfnis ist nur einzusehen hinsichtlich der Mitglieder des Kabinetts.

Franz BLÜCHER: Es liegen noch drei Wortmeldungen vor, die berücksichtigt werden müssen.

BORTTSCHELLER: Im Sinne der Länderpolitik sollte man doch erwägen, ob nicht der Präsident des Bundesrates zum geschäftsführenden Vorstand gehört. In Essen ist gesprochen worden wegen der Koordinierung der Bundes- und Länderpolitik. Warum sagt man nicht konsequenterweise, den Regierungschef von Baden-Württemberg in den geschäftsführenden Vorstand?

Dr. HAUSSMANN: Ich kann mich im Anschluß an *Leverenz* und *Borttscheller* kurz fassen und möchte noch bemerken, daß der Antrag von Rheinland-Pfalz ohne unser Wissen eingereicht worden ist. Ich habe es dankbar begrüßt und bin auch Schleswig-Holstein und Bremen dankbar, daß sie ihn aufnehmen. Es geht nicht um Baden-Württemberg, sondern darum, daß auch die Koordinierung, wie gesagt wurde, im Anschluß an den Essener Parteitag im Rahmen der Geschäftsordnung schon jetzt versucht wird. Ich bitte doch, Herr *Euler,* die Dinge nicht zu eng zu sehen, nachdem das Grundgesetz nun im Augenblick noch in Kraft ist und der Bundesrat die Bedeutung hat, die von manchem unserer Freunde schwergenommen wird, daß wir hier eine Koordinierung unter jedem Gesichtspunkt anstreben entsprechend dem Antrag *Leverenz* und sagen: die Regierungschefs.

ONNEN: Wir können doch hier nicht einfach durch Beschluß den geschäftsführenden Vorstand erweitern, bevor die nicht vom Parteitag beschlossen ist, und das kann erst im März geschehen.

Dr. SCHÄFER: Morgen tagt der Satzungsausschuß. Die Geschäftsordnung soll gewisse Richtlinien für den Satzungsausschuß geben. Wir müssen doch unterscheiden die Frage des Bundesratspräsidenten und die Satzungsverabschiedung. Wir müssen jetzt eine Geschäftsordnung haben, nach der wir arbeiten können; da müssen wir trennen.

Wir können aufnehmen, ich bin einverstanden, daß wir dem Satzungsausschuß empfehlen, etwas Derartiges vorzusehen. Die endgültige Entscheidung muß ja nachher das zuständige Gremium treffen. Dann ergänzen wir diese Geschäftsordnung um diesen Punkt.

BEZOLD: Ich stelle den Antrag, unter Ziffer f aufzunehmen: „den Bundesratspräsidenten, falls er der FDP angehört, für die Dauer seiner Amtsführung".

STEGNER: Das wollen wir doch nicht hier entscheiden, was aber nicht ausschließt, daß Reinhold *Maier* jederzeit hinzukommen kann.

Dr. LEVERENZ: Wir wollen doch nur die Möglichkeit finden, über die bisherige Satzung hinaus auch die augenblicklichen Bundesminister in den Vorstand zu

kriegen; es kann nur so sein, daß die Bundesminister kooptiert werden wie der Bundesratspräsident.

Franz BLÜCHER: Wir müssen aber klarlassen, was schon vorhanden ist!

Dr. ILK: Wir haben vom Parteitag den Antrag von Herrn *Eberhard* überwiesen bekommen zur Entscheidung an den Vorstand. Ich meine, wir sind autorisiert, eine Entscheidung darüber zu treffen.

STEGNER: Das wäre eine Satzungsänderung.

Dr. HAUSSMANN: Wir verstehen uns gut, ich stimme *Stegner* inhaltlich zu, es ist eine Satzungsfrage. Eine andere Frage ist die, ob wir den Präsidenten des Bundesrates im Rahmen eines Gentlemen's Agreements genauso wie die Bundesminister, ob wir also mit sofortiger Wirkung bis zur Satzungsänderung den Bundesratspräsidenten den Bundesministern gleichstellen?

BEZOLD: Ich formuliere den Antrag unter Ziffer f: „den Bundesratspräsidenten, falls er der FDP angehört, für die Dauer seiner Amtsführung".

In der folgenden Debatte wird geäußert, auch den Bundestagspräsidenten, wenn er der FDP angehören sollte, hereinzunehmen.

Dr. SCHÄFER: Ich habe da grundsätzliche Bedenken und bin dagegen. Meine Auffassung ist, daß dieser Mann (Bundestagspräsident) aus der Parteipolitik ausscheren sollte. Man sollte nur auf den Bundesratspräsidenten abstellen.

Franz BLÜCHER: Wir wollen es bei dem Bundesratspräsidenten belassen.

HEPP: Ich bin grundsätzlich gegen diese Bestimmung, auch gegen die Hereinnahme der Bundesminister. Eine solche Bestimmung belastet die Unabhängigkeit der Organe unserer Partei. Es ist selbstverständlich, daß man nach Wegen suchen wird, um die Verbindung herzustellen. Das ist eine Sache der praktischen Ausführungen und nicht der Satzung. Sie belasten alles, wenn Sie hier eine Verbindung hereinbringen.

BEZOLD: Dieselbe Lösung (*Hepp*) hat die SPD, d. h. also, hat einzig die Partei, die auf dem Standpunkt steht, daß die Partei allein ausschlaggebend ist und daß sich Minister und Abgeordnete nach der Partei zu richten haben. Die Abgeordneten sind nichts mehr als ausführende Organe. Wir, die bürgerlichen Parteien, stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkt. *Ehard* war der Vorsitzende der CSU, als er Bundesratspräsident war. Bei uns ist die Verzahnung notwendig. Wir müssen den Bundesratspräsidenten aus optischen Gründen hereinnehmen.

Franz BLÜCHER: Hätte man seinerzeit bei der alten DVP nicht diese Theorie befolgt, wäre es zu den entsetzlichen Spannungen nicht gekommen. Das wäre besser gewesen. Die geschichtliche Erfahrung spricht gegen *Hepp*.

Dr. VON RECHENBERG: Ich bin der Auffassung, der geschäftsführende Vorstand soll in erster Linie das gewählte Organ sein. Der Verzahnung steht nichts entgegen, wenn der Mann Sitz und Stimme bekommt, aber nicht in den Satzungen. Was *Hepp* gesagt hat, dem stimme ich zu. Es wäre wesentlich, wenn der Einfluß der Partei nicht geschwächt würde von Koalitionserwägungen.

Franz BLÜCHER: Wir haben genügend debattiert. Ich bitte, daß wir abstimmen über den Antrag von *Bezold:* „f. dem Bundesratspräsidenten, falls er der FDP angehört, für die Dauer seiner Amtsführung".

Abstimmung: 13 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; eine Enthaltung.

STEGNER: Ich habe mich der Stimme enthalten, weil ich der Meinung bin, daß diese Bestimmung nicht in die Satzungen sollte. Der Bundesratspräsident ist der Vertreter des Bundespräsidenten! Wir sollten das in der Praxis regeln.

ONNEN: Weil ich dagegen gestimmt habe, möchte ich sagen, daß ich der Auffassung bin, daß diese Frage gründlich im Hauptausschuß und Satzungsausschuß beraten werden muß. Wenn die Bundesminister usw. alle hineinkommen, dann wird unter Umständen in Zukunft die Regierungsbildung dadurch erschwert, daß es bei unseren berühmten Überlegungen heißt, nun wird er nicht nur Minister, sondern kommt auch noch in den geschäftsführenden Vorstand.

Franz BLÜCHER: Wir können nicht ein Kooptierungsrecht des Vorstandes vorsehen, das in der Satzung keine Grundlage hat.

Bei den Bundesministern ist es so gemacht worden aufgrund eines Parteitagsbeschlusses von Düsseldorf. Das ist also durch den Parteitag geschehen. Wir können nicht so nebenher kooptieren, sonst könnte der geschäftsführende Vorstand das Bild willkürlich verändern.

Dr. HAUSSMANN: Es ist mit Recht von Frau Dr. *Ilk* darauf hingewiesen worden, daß eine Regelung nach dem Antrag Rheinland-Pfalz erfolgen sollte.

Franz BLÜCHER: Sie meinen für die Übergangszeit.

BEZOLD: Wir haben in Unkel über die Frage der Kooptation gesprochen.[24] Sie ist abgelehnt worden. Über den Weg der Delegation ist die Möglichkeit gegeben, den Mann hereinzunehmen. Wir können das gelten lassen, ebenso wie wir in München dem Hauptausschuß die Möglichkeit gegeben haben, die Delegierten neu festzulegen.[25] Das ist eine originäre konstitutive Sache. Ich sehe kein Hindernis, wenn heute beschlossen wird, daß die Ziffer f bereits Anwendung findet.

EULER: Der Überweisungsbeschluß von Bad Ems ist nicht so zu verstehen. Es sollte dieser Antrag von Rheinland-Pfalz, der ein Antrag auf Satzungsänderung war, die Gelegenheit geben, für die kommenden Satzungsänderungen diese Anregung in dem einen oder anderen Sinne empfehlend für die Satzungsänderung zu verwenden. Es ist aber keine Möglichkeit gegeben, aus der Überweisung ein Kooptationsrecht des geschäftsführenden Vorstandes herzuleiten.

Franz BLÜCHER: Wir waren uns im klaren, daß dies immer nur eine Zwischenlösung sein könnte. Es fragt sich, ob wir uns als Vorstand nicht die Freiheit nehmen können, jetzt für die Interimszeit das tun, zu kooptieren.

---

24 Siehe Nr. 21 mit Anm. 51.
25 Siehe Nr. 14 b, Anm. 28.

BEZOLD: Das ist keine Kooptierung, sondern ein konstitutiver Rechtsakt.

RUBIN: Wir sind uns doch alle klar, daß wir eine Übergangslösung finden wollen. Können wir nicht Reinhold *Maier* bitten, für die Übergangszeit an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes teilzunehmen?

EULER: Dafür bin ich. Aber man hat damit keinen mit Stimme versehenen neuen Sitz geschaffen.

Franz BLÜCHER: Der Vorschlag von *Rubin* geht dahin, bis zur Verabschiedung der neuen Satzung soll der Bundesratspräsident, der der FDP angehört, an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes teilnehmen. Wer für diesen Vorschlag von *Rubin* ist, bitte ich um Zustimmung.

BEZOLD: „ohne beschließende Stimme".

Vorschlag einstimmig angenommen mit einer Gegenstimme (*Hepp*)

BEZOLD verliest I, 1, letzter Absatz des Entwurfes *Dehler*.[26]

STEGNER: Der geschäftsführende Vorstand kann zuziehen, wen er will. Man sollte das nicht extra zum Ausdruck bringen.

Dr. HAUSSMANN: einverstanden mit der Einschränkung, daß der Vorsitzende und der Bundesgeschäftsführer doch wissen müssen, ob sie generell ermächtigt sind, die Staatssekretäre einzuladen.

STEGNER: Das ist doch Sache des Vorsitzenden einzuladen.

BEZOLD: Der Absatz soll gestrichen werden.

Allgemeine Zustimmung.

FRÜHWALD: Zu § 17 des Satzungsentwurfes: Ich nehme an, daß für beide Fälle im Gegensatz zum Hauptausschuß, wo dies nicht generell möglich ist, Stellvertretung unzulässig ist, und bitte Klarheit zu schaffen, ob diese Bestimmung nicht in den Satzungen (§ 17) aufgenommen werden könnte.

BEZOLD: ist bereits geschehen. Es steht überall dabei: „oder Stellvertreter", wo dies möglich ist. Es ist selbstverständlich, daß im Gesamtvorstand Stellvertreter nur möglich sind bei Landesverbandsvorsitzenden.

Dr. LÜDERS: Es scheint mir sehr wichtig zu sein, daß dies festgelegt wird. Ist der Passus mit den Staatssekretären gestrichen? Die Begründung soll aber in dem Protokoll aufgenommen werden.

(Zwischenruf: Ja, jeder kann eingeladen werden, der Vorstand kann einladen, wen er will!)

BEZOLD: Wir kommen nun zu der Frage, ob der Vorsitzende der Bundestagsfraktion dem geschäftsführenden Vorstand angehören soll.

Franz BLÜCHER, STEGNER: Streichung, da sonst ein Anreiz, sich zur Wahl zu stellen, nicht mehr gegeben ist.

EULER: Bei der Verantwortlichkeit im geschäftsführenden Vorstand gebührt dem Bundestagsfraktionsvorsitzenden viel eher der Platz kraft Amtes als dem

---

26 Siehe Anm. 20, letzter Satz.

Bundesratspräsidenten. Wenn man sich die Sache genau überlegt, kommt man zu einer ganzen Reihe von Zugehörigkeiten, von denen zu sagen ist, sie sind wichtiger als die des Bundesratspräsidenten.

Dr. SCHÄFER: Das ist eine ganz falsche Selektion.

Franz BLÜCHER: Wir waren uns darüber einig. Wenn Sie an den geschäftsführenden Vorstand denken, dann muß er nicht drin sein, wenn Sie an den Vorstand denken, dann muß er drin sein. Ich bitte zu entscheiden.

EULER: Ich werde meine Ansicht im Hauptausschuß vertreten.

Dr. HAUSSMANN: Bei der Verantwortung, die die Bundestagsfraktion hat und dem Wunsch, hier gleichzuziehen zwischen der Bundestagsfraktion und dem Vorstand, bin ich der Ansicht, daß der Vorsitzende der Bundestagsfraktion im geschäftsführenden Vorstand verankert sein sollte. Das ist voll und ganz zu rechtfertigen.

Franz BLÜCHER: Das interessiert uns heute gar nicht, überlassen wir das dem Hauptausschuß.

Dr. MIDDELHAUVE: Man kann es dem Hauptausschuß überlassen. Aber ist es richtig, wenn wir hier doch Vorentscheidungen treffen wollen? Setzen wir uns dann nicht beim Hauptausschuß der Kritik aus, daß wir halbe Entscheidungen getroffen haben, halbe Lösungen geschaffen haben? Entweder wir nehmen hinein: den Bundesratspräsidenten, die Bundesminister und den Bundestagsfraktionsvorsitzenden, oder wir nehmen sie nicht hinein. Aber es muß Gleichheit sein. Der geschäftsführende Vorstand wird eine Reihe von Vorentscheidungen treffen müssen, und dazu ist es nötig, diese Experten der Partei zu haben. Aber ist es richtig, das gewählte Gremium zu Abstimmungsergebnissen kommen zu lassen, die eigentlich von den Offizialvertretern bestimmt sind? Das ist die entscheidende Frage. In den Beratungen müssen sie dazugehören. Ich glaube nicht an Kampfabstimmungen, das wäre bedauerlich, aber man sollte Satzungen für alle Eventualfälle schaffen. Meine Ansicht ist, sie gehören in den geschäftsführenden Vorstand hinein, aber nur mit beratender Stimme.

Dr. SANDER: Ich glaube, wir reden um eine Sache, die gar nicht die Konsequenz hat, die aufgezeigt wird. Nach dem allgemeinen Willen ist es so, daß der Gesamtvorstand letztlich entscheidet. Ob die Mitglieder, die im geschäftsführenden Vorstand beratend drin sind, vorläufig geschäftsführende Maßnahmen mitentscheiden, ist nicht so wichtig. Ich glaube, über die Frage der Beratungsstimme sollte keine Kampfabstimmung heraufbeschworen werden.

STEGNER: Ich möchte mich dagegen verwahren, daß der Vorsitzende der Bundestagsfraktion ex officio in den geschäftsführenden Vorstand kommt, dazu ist keine Veranlassung vorhanden.

Nach dem gegenwärtigen Zustand ist es so, daß im geschäftsführenden Vorstand Dr. *Schäfer* und Dr. *Mende* sind, also zwei hervorragende Leute, und so wird praktisch es meistens sein, weil doch in den geschäftsführenden Vorstand nur hervorragende Parteifreunde hereinkommen, die in der Organisation was hinter sich haben und absolut den Belangen Rechnung tragen. Ich bin dagegen, ewig diese ex-officio-Stellungen zu schaffen.

Franz BLÜCHER: Wir sind uns wohl in der größeren Mehrheit darüber einig, daß die Bundesminister, der Bundestagsfraktionsvorsitzende und der Bundesratspräsident beratend an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes teilnehmen.

Allgemeine Zustimmung.

Dr. VON RECHENBERG: Das ist sachlich richtig, ich bin einverstanden.

BEZOLD: zu Punkt I, 2 der Geschäftsordnung[27]: einverstanden?

EBERHARD: Mit der Formulierung bin ich nicht ganz einverstanden. Ich schlage vor, daß es heißt: „. . . der Vorsitzende oder in dessen Verhinderung seine Stellvertreter . . .".

Allgemeine Zustimmung.

BEZOLD: Punkt I, 3 der Geschäftsordnung[28]: angenommen.

Punkt I, 4 der Geschäftsordnung[29]: dem Sinne nach angenommen.

Punkt I, 5 der Geschäftsordnung: Beschlußfähigkeit.[30]

Hier will ich auf eines hinweisen. Wenn Sie wollen, kann die Bestimmung hinein, daß über den gleichen Tagesordnungspunkt mit der entsprechenden Mitteilung eine neue Sitzung einberufen werden kann. Entweder streichen Sie den Satz, oder Sie geben die Möglichkeit, daß eine zweite Sitzung einberufen werden kann, die dann beschlußfähig ist.

Ergänzung zu I, 5: „Es kann eine neue Sitzung über den gleichen Tagesordnungspunkt einberufen werden. Diese zweite Sitzung ist ohne Bindung an die Anwesenheit der Mehrheit."

Allgemeine Zustimmung.

Punkt I, 6 der Geschäftsordnung: Protokollführung.[31]

Franz BLÜCHER: Zur Protokollführung möchte ich sagen, daß jetzt alle Protokolle des geschäftsführenden Vorstandes dem Gesamtvorstand zugehen müssen.

Die Richtigkeit ist durch den Vorsitzenden oder einen seiner Stellvertreter zu bestätigen.

---

27 „Der Vorsitzende oder seine Stellvertreter berufen die Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes ein. Der geschäftsführende Vorstand ist einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel seiner Mitglieder die Einberufung beantragt. Die Einberufung soll mit einer Frist von mindestens acht Tagen erfolgen. Diese Frist kann in Dringlichkeitsfällen verkürzt werden. Im Durchschnitt tagt der geschäftsführende Vorstand mindestens monatlich einmal." Anm. 3.

28 Leitung der Sitzungen durch den Vorsitzenden, einen seiner Stellvertreter oder das an Lebensalter älteste Mitglied. Ebd.

29 Zeitpunkt für den Erhalt der Tagesordnung. Erweiterung der Tagesordnung in dringlichen Fällen. Einspruchsrecht gegen die Behandlung dieser Fragen. Ebd.

30 „Der geschäftsführende Vorstand ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag." Ebd.

31 „Die Beratungen des geschäftsführenden Vorstandes sind sinngemäß festzuhalten. Anträge, Entschließungen und Beschlüsse sind zu protokollieren." Bestätigung der Richtigkeit durch ein Vorstandsmitglied; unverzügliche Zustellung an alle Mitglieder. Ebd.

ONNEN: „sinngemäß"?

Franz BLÜCHER: Wir reden aneinander vorbei. Klare Unterscheidung zwischen allgemeinen Verhandlungsniederschriften und Beschlüssen. Das Wort „sinngemäß" wird gestrichen und ersetzt durch: „in ihren Grundzügen".

Allgemeine Zustimmung.

Punkt I, 7 der Geschäftsordnung: zusätzliche Teilnahme[32] (Spezialfrage).

Angenommen.

BEZOLD: § 17 der Satzung: Das mit dem Bundesratspräsidenten würde bedeuten, daß er für die Dauer seines Amtes im geschäftsführenden Vorstand ist; wenn er sein Amt niederlegt, scheidet er aus dem Vorstand aus.

STEGNER: Hier taucht die Frage auf, ob man nicht den Mann namhaft machen sollte?

BEZOLD: § 17, 1, „h: die der Partei angehörenden Länderchefs" wird § 17, 1 i; dann weiter: sieben Beisitzer, die vom Bundesparteitag gewählt werden.

§ 17, 2: „die unter 1a bis 1d . . .", dann e, f und g bis beratend.[33]

Angenommen.

STEGNER: gegen § 17, h, i (Satzung) lege ich namens meines Landesverbandes Widerspruch ein.

BEZOLD: dann eine wichtige Sache. § 17, 3: Scheidet der Vorsitzende der Partei aus seinem Amte aus, so muß der neue Vorsitzende spätestens binnen drei Monaten durch einen neu zu berufenden Parteitag gewählt werden.

Die Frage ist: Was geschieht, wenn ein Mitglied ausscheidet?

Wenn der Vorsitzende ausscheidet, dann muß wohl ein Parteitag einberufen werden.

EULER: Eine solche Bestimmung könnte einen unangebrachten Zwang ergeben. Je nachdem wie die politische Situation, die Jahreszeit ist, könnte es unangebracht sein, innerhalb von drei Monaten einen neuen Parteitag einzuberufen.

BEZOLD: Bezieht sich der Einwand gegen diese drei Monate oder [die Vorschrift] als solche direkt?

EULER: Der Einwand bezieht sich gegen die Vorschrift als solche. Wenn der Vorsitzende ausscheidet, ist das m. E. eine Situation, die im Vorstand beraten werden muß; man wird dann sehen, daß man zu der im Interesse der Partei bestmöglichsten Lösung kommt. In der Regel wird ja ein Parteitag sowieso in absehbarer Zeit stattfinden, darüber braucht man in der Satzung nichts zu sagen.

---

32 Hinzuziehung „sachverständiger Parteifreunde" zur Behandlung von „Spezialfragen". Ebd.

33 Damit hatte der Vorstand entschieden, daß der geschäftsführende Vorstand bestehen sollte aus dem Vorsitzenden, den beiden Stellvertretern, dem Bundesschatzmeister und sechs vom Parteitag gewählten Beisitzern. Den übrigen Vorstandsmitgliedern stand die Teilnahme mit beratender Stimme offen.

BEZOLD: Meiner Meinung nach müßte es schon rein, denn wenn der Vorstand will, kann er sonst sagen, wir fahren mit dem Hilfschauffeur weiter. Es kann ja auch passieren, daß der Vorsitzende ausscheidet innerhalb von zwei Tagen, nachdem er gewählt wurde.

Dr. VON RECHENBERG: Da besteht aber doch die Möglichkeit, daß jederzeit die Landesverbände einen Parteitag verlangen können.

EBERHARD: Ich bin der Meinung, daß wir den Vorschlag von unserem Freund *Bezold* akzeptieren sollten. Wenn wir nur einen stellvertretenden Vorsitzenden hätten, wäre es einfach, aber wir haben zwei gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende. Stellen Sie sich mal vor, die beiden können sich nicht verständigen. Das würde unter Umständen eine Situation geben, die die Partei in Frage stellt.

Dr. LEVERENZ: Ich möchte noch eines bemerken: Der Parteitag hat den Ersten Vorsitzenden als die Repräsentanz der Partei gewählt, und wir würden den Willen des Parteitages verwischen oder verfälschen, wenn wir uns nachher im Vorstand auf eine längere Übergangszeit auf einen anderen Repräsentanten einigen würden. Diese Vollmacht haben wir nicht. Es ist meiner Auffassung nach eine Selbstverständlichkeit, diese Frage sofort einem Parteitag vorzulegen, es gehört deshalb nicht in die Satzungen.

STEGNER: Wer die Gelegenheit hatte, den internen Beratungen zu den gestern verabschiedeten Verträgen[34] beizuwohnen, der hatte auch Gelegenheit, die prominentesten Juristen des Verfassungsgerichtes zu hören. Ich habe mir interessante Aufzeichnungen gemacht, weil die Verhandlungen nicht öffentlich waren. Da kann man nur sagen, das ist ein verfassungsmäßiger Perfektionismus. Wir haben es doch mit vernünftigen Leuten zu tun. Wenn der Vorsitzende ausscheidet, dann wird am nächsten oder übernächsten Tage der Vorstand zusammentreten, aber man sollte nicht den Perfektionismus bis zum Irrsinn treiben und jeden Quark in die Satzung schreiben.

Franz BLÜCHER: Streng genommen, wenn Sie an jene Verfassung denken, müßte es herein. Sollen wir uns aber darüber so lange unterhalten, da ja das Recht der Landesverbände besteht?

EBERHARD: Ich ziehe meinen Einwand zurück.

BEZOLD: Ich stimme tränenden Auges zu.

Beschluß: § 17, 3 (Satzung) wird gestrichen.

Franz BLÜCHER: *Bezold* trägt dem Satzungsausschuß die Einstellung des Vorstandes zu dieser Sache vor.

BEZOLD: Geschäftsordnung II.

II, 2 steht in Widerspruch zu II, 8.[35] II, 8 muß II, 2 ersetzen.

Dr. MIDDELHAUVE: Da steht in § 18 der Satzung: Der Gesamtvorstand soll alle organisatorischen Fragen erledigen. Was soll dann der geschäftsführende Vor-

34 Verabschiedung des EVG- und Deutschlandvertrages im Deutschen Bundestag.
35 Der Text von II, 2 und II, 8 in diesem Dokument S. 678 f.

stand tun? Aufgabe des geschäftsführenden Vorstandes muß es sein, Organisationsfragen aus eigener Entscheidung unter Überwachung des Gesamtvorstandes zu lösen.

BEZOLD: Das steht in § 18, 1 der Satzung.[36]

Franz BLÜCHER: Wir waren uns doch darüber klar, daß die ganze Reihenfolge der Geschäftsordnung umgebaut werden muß, infolgedessen käme vor 1: „Der Gesamtvorstand ist grundsätzlich zuständig für alle organisatorischen und politischen Fragen im Sinne der Beschlüsse des Parteitages und des Hauptausschusses."

§ 18, 1 gehört ganz vorne hin. Von da aus leiten wir zum geschäftsführenden Vorstand über, das wird logischer.

Dr. MIDDELHAUVE: Wenn das als Präambel nach vorn rückt, dann kommt es unter Abschnitt 2 darauf an, den Aufgabenbereich des geschäftsführenden Vorstandes abzugrenzen, also diese Aufgaben zu umreißen. Dann kann man nicht sagen, wir ziehen den Punkt 8 nach vorn.

BEZOLD: Doch, es heißt ja: „. . . die Erledigung der letzteren Aufgaben".

Franz BLÜCHER: Dann kommt 1: die Zusammensetzung.

STEGNER: Dadurch, daß wir in die Präambel den Sinn von 8 hereinnehmen, brauchen wir das nicht mehr. Wir müssen in 2 das Aufgabengebiet des geschäftsführenden Vorstandes umreißen. Ich warne vor Ausdrücken wie „delegiert" usw. Wir müssen 2 tatsächlich bei 2 stehen lassen und 8 streichen. In 2 müssen wir den Katalog der Geschäfte aufführen, das muß in 2 hinein.

BEZOLD: Die Frage ist die: Es gibt organisatorische Aufgaben, und es gibt politische Aufgaben. Darüber müssen wir uns klar werden. *Dehler* sagt in II, 2: „. . . zuständig für alle . . .", auf Seite 3 sagt er: „die laufenden . . .".

STEGNER: Wenn er die Beschlüsse, die jemand anderer gefaßt hat, ausführt, ist er Exekutive. Wieweit wollen Sie dem geschäftsführenden Vorstand politische Aufgaben geben?

ONNEN: Herr *Bezold,* in § 18 heißt es: „. . . der Vorstand beschließt . . .", also Anlehnung, dann „. . . er führt die Geschäfte. . ." Anlehnung. Sie unterscheiden aber die Erledigung der letzteren Aufgaben, da Sie sie unterschiedlich erörtern. Ich würde zur Überlegung stellen, daß man sagt: „Die Erledigung der sich ergebenden laufenden Aufgaben."

BEZOLD: Aber dann geben Sie ihm viel mehr Macht.

ONNEN: Ich bin der Auffassung, daß der geschäftsführende Vorstand nicht nur auf diese rein geschäftlichen Dinge abgestellt werden kann. Es ist doch oft notwendig, daß rasch und schnell entschieden werden muß. Es wird doch nie so sein, daß er Dinge entscheidet, die zu Widersprüchen führen. Er muß die Möglichkeit haben, die laufenden Geschäfte zu führen.

---

36 Siehe Anm. 10.

BEZOLD formuliert folgende Fassung: „Die Erledigung der letzteren Aufgaben und der laufenden politischen Aufgaben bilden den Wirkungskreis des geschäftsführenden Vorstandes."

STEGNER: Es muß aufgestellt werden, was in die Befugnisse des geschäftsführenden Vorstandes als laufende Aufgaben hineingehört. Sie haben in jedem Kabinett Sachgebiete und Ressorts. Sie müssen gewisse Sachgebiete heraus postulieren, damit die Verantwortung klar ist.

Franz BLÜCHER: 1. Ich halte es für notwendig, daß während der Mittagspause die neue Fassung, so wie sie jetzt beraten ist, kurz zu Papier gebracht wird.

2. Ich halte die Aufgabenverteilung als die Sache eines Beschlusses des Vorstandes. Die Enumeration von Einzelaufgaben aber muß nicht notwendig in der Geschäftsordnung stehen, die doch nicht nur für einige Monate, sondern für längere Zeit gelten soll, und ich sehe eine Gefahr, wenn das in der Geschäftsordnung steht, daß man immer wieder in Streitigkeiten gerät.

Es muß das eine gesonderte Sache sein, und ein gesonderter Beschluß muß gefaßt werden.

STEGNER: Bedenken Sie doch die Auswirkung von laufenden politischen Entwicklungen auf die Geschäftsführung. Haben wir ein Vorstandsmitglied, das die Pressepolitik macht? Ernst *Mayer* hat das in der Partei gemacht, er fällt ja jetzt aus. Ich wollte nur erwidern, daß gesagt wird, das ist nur zur Wahl nötig. Wir haben eine Menge Sachgebiete, die das ganze Jahr hindurch aktuell sind.

Franz BLÜCHER: Das habe ich nicht gesagt. Der Vorstand hat das Recht, ein eigenes Protokoll aufgrund neuer Beschlußfassungen zu machen.

RADEMACHER: Wir wollen hier einen Katalog im Anschluß an § 18, 1 aufstellen, aber der kann nicht vollständig sein, deshalb mein Vorschlag, „insbesondere" zu sagen.

BEZOLD: Wir müssen doch umgekehrt vorgehen. Es muß zunächst heißen, die Aufgaben, die nur der allgemeine Vorstand machen kann; dann ergibt sich von selbst, daß die übrigen Aufgaben nur der geschäftsführende Vorstand erledigen kann, und wir brauchen keine Enumeration mehr, wenn wir sagen, die und die Aufgaben bleiben dem allgemeinen Vorstand vorbehalten, nämlich Wahl und Anstellung des Hauptgeschäftsführers der Bundesgeschäftsstelle. *Middelhauve* hat gesagt, man kann auch noch sagen: Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften auf Bundesebene – mit Ausnahme von Flugblättern und Plakaten –, Veranstaltungen von Lehrgängen usw.

Wenn Sie einen solchen Aufgabenkomplex allgemein machen, dann haben Sie eine echte Abgrenzung, nämlich, daß jede weitere Aufgabe, jede organisatorische, Wahlvorbereitungen, laufende politische Aufgaben, dann der geschäftsführende Vorstand vornehmen kann. Wir können keinen Katalog aufstellen für den geschäftsführenden Vorstand.

Dr. MIDDELHAUVE: Nach neuerem Vorschlag für Satz 3 Abschnitt 1 (§ 18 der Satzung) soll die Erledigung laufender und organisatorischer Arbeiten dem ge-

schäftsführenden Vorstand obliegen, und wenn man dann nachher in Abschnitt 2 bestimmte Gebiete expressis verbis herausklammert und diese dem allgemeinen Vorstand vorbehält, ist m. E. genug geschehen. Wir haben durch den Vorschlag von *Bezold* erhebliche Verbesserungen erfahren zu Abschnitt 1: Unterteilung zwischen allgemeinem und geschäftsführendem Vorstand.

Dr. LEVERENZ: Ich glaube, bei gegenseitigem Vertrauen, das wir zueinander haben, kämen wir doch ganz gut vorwärts. Die Formulierung müßte lauten:

Entscheidungen grundsätzlicher politischer oder organisatorischer Fragen: Gesamtvorstand; und es müßte genügen, die Ausführung dieser grundsätzlichen Dinge an den geschäftsführenden Vorstand zu geben.

EULER: Ich glaube, Kompetenz und Aufgabenverteilung ist zweierlei. Man braucht, um die einzelnen Aufgaben auf bestimmte Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes zu verteilen, nicht Kompetenzbestimmungen, in der die Aufgabengebiete abgezirkelt sind. Ich finde, es genügt das, was hier in einer allgemeinen Klausel gesagt worden ist, und ich halte auch das noch für entbehrlich.

Wir arbeiten jetzt, der geschäftsführende und der Vorstand, seit einer Reihe von Jahren zusammen, ohne daß wir derartige Begrenzungen nötig gehabt hätten, und es hat niemals Schwierigkeiten gegeben. Also bitte möglichst einfach, damit wir damit schnell fertig werden.

BEZOLD: Sind die Mitglieder damit einverstanden, daß § 18, 1 Abs. 2 gestrichen wird?

Dr. MIDDELHAUVE: Wenn ein geschäftsführender Vorstand gewählt worden ist, soll er in seinem Rahmen arbeiten. Dann, wenn Sie in den Satzungen festlegen, daß Mitglieder des Gesamtvorstandes an den Sitzungen teilnehmen dürfen und dann den Mund nicht auftun können, ist das merkwürdig. Wir sollten auf eine solche Äußerung in den Satzungen verzichten.

BEZOLD: Ich habe nur darauf aufmerksam gemacht, daß das bedeutet, daß das Mitglied nicht das Recht hat, außer, wenn es eingeladen ist.

RADEMACHER: Wir sollten den letzten Satz streichen. Daß die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder beschließen können, ist eine Selbstverständlichkeit, das geht doch aus dem Vorhergehenden hervor. Wann wird denn ein Mitglied des Gesamtvorstandes hinkommen? Doch nur, wenn es ein besonderes Anliegen hat, dann muß er doch reden können.

Dr. SCHÄFER: Da habe ich Bedenken. Es kann doch mal notwendig sein, daß sich der geschäftsführende Vorstand mit personellen Dingen beschäftigt, die ein Mitglied des Gesamtvorstandes angehen. Dann muß doch die Möglichkeit einer vertraulichen Besprechung über das Mitglied gegeben sein.

BEZOLD: Das steht in den Satzungen drin.

Franz BLÜCHER: Wir haben erstens einen geschäftsführenden Vorstand, damit er als Organ in sich arbeitet, und zweitens gibt es unter Freunden, da wir hier nicht aus verschiedenen Parteien bestehen, eine Möglichkeit, den Vorsitzenden zu bitten zu sagen, ich muß um Indemnität bitten.

Beschluß: Absatz 2 des § 18, 1 wird gestrichen[37]; in § 18, 1, Abs. 3 anstatt „jedes Mitglied" heißt es neu: „drei Mitglieder des Vorstandes".[38]

BEZOLD: § 18, 2: Jetzt gehört zu den Aufgaben des Gesamtvorstandes insbesondere Wahl, Anstellung und Entlassung des Hauptgeschäftsführers. Es muß heißen: Anstellung und Entlassung des Hauptgeschäftsführers der Bundesgeschäftsstelle durch den Gesamtvorstand.

Dann steht in dem Entwurf von *Dehler* (Geschäftsordnung): „Dem geschäftsführenden Vorstand obliegt das Recht, die politischen Fachreferenten der Bundesgeschäftsstelle einzustellen und zu entlassen." Ich weiß nicht, was ein politischer Referent ist.

RUBIN: Der Gesamtvorstand kann personell nur über den Hauptgeschäftsführer bestimmen.

EULER: Je mehr der Gesamtvorstand derartige Fragen auf sich nimmt, um so weniger Zeit ist vorhanden, um sich über politische Dinge zu unterhalten. Meine Auffassung: Es sollte doch hierfür nicht der Gesamtvorstand zuständig sein.

RADEMACHER: Es wird sich um ein halbes Dutzend politische Referenten handeln. Das ist eine so wichtige Angelegenheit, daß ich der Ansicht bin, diese Aufgabe muß dem Gesamtvorstand verbleiben.

Franz BLÜCHER: Es ist jetzt 13.15 Uhr; ich schlage vor, daß wir uns in einer Stunde wieder zusammensetzen.

Dr. HAUSSMANN: Ich bitte, diesen Punkt noch zu entscheiden.

ONNEN: Genügt da nicht die Bestimmung, daß drei das Recht haben aufzunehmen? Wir sollten das dem geschäftsführenden Vorstand überlassen.

RADEMACHER: Arbeitsrechtliche Verhältnisse spielen dabei auch eine Rolle.

STEGNER: Die Einstellung von politischen Referenten ist nicht so wichtig wie die Überwachung ihrer Arbeit. Die Referenten ergeben sich aus den Sachgebieten. Ich halte es für unabdingbar, daß jedem Referenten ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes vorgesetzt wird. Ich möchte nicht, daß es nur bei der Entscheidung bezüglich der Einstellung verbleibt, auch die Arbeit muß überwacht werden.

Dr. HAUSSMANN: Ich bedauere, hier *Stegner* nicht folgen zu können, ich muß mich *Rademacher* anschließen. Wir müssen diese Frage auch auf Einstellung und Entlassung der politischen Referenten ausdehnen.

STEGNER: Wir müssen erst einmal festlegen, wer politischer Referent ist.

Dr. SCHÄFER: Es ist doch angenehmer für die, die es machen, auf breite Basis abzustellen. Ist es nicht besser, wir sagen: „Es bedarf der Genehmigung des Gesamtvorstandes?"

---

37 „Alle Mitglieder des Vorstandes haben das Recht, an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes teilzunehmen. Sie haben bei dieser Sitzung weder eine beratende noch eine beschließende Stimme." Anm. 8.

38 Siehe Anm. 11.

Franz BLÜCHER: Der Einwand von *Rademacher* war richtig.

Dr. SCHÄFER: Er wird dann nur mit dem Vorbehalt abschließen.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich frage mich, weshalb führen wir eigentlich diese Diskussion? Entweder der geschäftsführende Vorstand genießt das Vertrauen der Gesamtpartei und er genießt auch das Vertrauen des Gesamtvorstandes, dann muß man ihm die Möglichkeit geben, dieses Vertrauen auch auswirken zu lassen in Entscheidungen, die man dem Vorstand überläßt, oder man hat das Vertrauen nicht, dann muß man das deutlich sagen. Ich habe zugestanden, daß der Hauptgeschäftsführer vom Vorstand bestellt wird. Aber der heutige Tag zeigt wieder, daß wir uns mit Fragen beschäftigen, daß wir Dinge hier besprechen, die vom geschäftsführenden Vorstand erledigt werden müssen. Wollen wir denn weiter so fortfahren? Ich bitte, es bei dem Vorschlag *Dehler* zu belassen, daß der geschäftsführende Vorstand Einstellungen und Entlassungen von politischen Referenten vornehmen kann. Durch die Satzung § 18, 2. Absatz, ist das geregelt. Diese Auseinandersetzung belastet uns zeitlich, und man spürt deutlich eine ungute Atmosphäre.

Dr. HAUSSMANN: Ich schlage vor, wir stimmen ab über den Antrag *Schäfer* bezüglich Bestätigung bzw. Genehmigung durch den Gesamtvorstand.

BEZOLD: Dazu möchte ich noch juristisch sagen: Es ändert sich, wenn Sie die Bestätigung einführen, gar nichts, aber wenn es zu einem gerichtlichen Streit kommt, ist die Einstellung von vornherein bedingt. Sonst kann es arbeitsgerichtlich Schwierigkeiten geben. Sagen wir doch: „Die Anstellung und Entlassung des Hauptgeschäftsführers und die Bestätigung der politischen Referenten erfolgt durch den Gesamtvorstand."

Dr. VON RECHENBERG: Glauben Sie, daß Sie einen vernünftigen Mann bekommen, wenn Sie erst einmal vor der Einstellung wochenlang den Vorstand anrufen müssen? Wir haben doch das kleine Gremium des geschäftsführenden Vorstandes. Das ist doch zuständig für die Einstellung und Entlassung der Leute.

ONNEN: Wir wollen doch Vertrauen zueinander bekommen. Wozu wählen wir denn den geschäftsführenden Vorstand, wenn wir dieses Vertrauen nicht haben?

Dr. WILL: Ich bin hier heute noch nicht zu Wort gekommen, aber die Diskussion ist auf einer Basis angelangt, die die Dinge schief ansieht.

Herr Dr. *Middelhauve,* es handelt sich nicht um Vertrauen oder Nichtvertrauen. Wenn hier eine Parteiarbeit geleistet wird, so haben die Landesverbände draußen in Telefongesprächen und im schriftlichen Verkehr mit den Referenten zu tun. Im erweiterten Vorstand sind die Vorsitzenden der Landesverbände. Ich glaube, es ist angebracht, daß man bei der Bestellung derartiger Mitarbeiter die Vorsitzenden nach Möglichkeit erstens mal von sich aus Vorschläge machen oder zumindest über die Qualitäten der einzustellenden Personen sich Informationen geben läßt. Es mag so sein, daß der geschäftsführende Vorstand die Einstellung vornimmt, aber es darf nicht so sein, daß bestimmte Herren aus einem Bezirk angestellt werden. Diese Kontrolle ist erforderlich, und es ist

auch erforderlich, die Landesverbände zu hören, damit sie wissen, wer die praktische Arbeit leistet. Also deswegen ein breiteres Gremium.

EULER: Sie müssen sich doch mal vorstellen, wie das vor sich geht, wenn der Vorstand diese Entscheidungen zu fällen hat. Dann muß jeder sich für jeden Referenten, der einzustellen ist, den entsprechenden Überblick verschaffen über die Personalunterlagen, sich aus einer persönlichen Unterhaltung einen Eindruck verschaffen, und daraus ergeben sich dann Verhandlungen, die auch zeitlich erschwert werden für den Betreffenden. Dann ergeben sich eine Reihe von Vorstandssitzungen nur deshalb, um sich die erforderlichen Kenntnisse zu verschaffen und die Entscheidung treffen zu können. Das ändert nichts an der Sache, daß Sie ein Bestätigungsrecht haben, sei es, daß Sie dieses Bestätigungsrecht auf rein formale Weise ausüben wollen. Wenn Sie den Vorstand nicht mit einem außerordentlichen Maß an Zeit belasten wollen, dann sollten diese Dinge doch im geschäftsführenden Vorstand gemacht werden.

Dr. HAUSSMANN: Ich sehe nicht, warum es nicht möglich sein sollte, diese Wünsche unter einen Hut zu bringen. Es wäre z. B. denkbar, eine einmalige Sache wäre das, die nicht oft vorkommt, daß auf Vortrag des zuständigen Mitgliedes des geschäftsführenden Vorstandes oder des Bundesgeschäftsführers, da die entsprechenden Bewerber doch nicht so viele sind, diese uns in einer Vorstandssitzung innerhalb von zehn Minuten vorgestellt werden können und wir einen persönlichen Eindruck bekommen, genauso wie es bei der Stadtverwaltung gemacht wird. Das ist durchaus demokratisch, dann haben wir einen optischen und aktenmäßigen und persönlichen Eindruck, dann ist die Verantwortung im Sinne *Schäfers* besser verteilt mit allen Vorteilen arbeitsrechtlicher und sonstiger Natur. Ich bitte, nun die Debatte abzuschließen und abzustimmen.

EBERHARD: *Haußmann* hat mir das meiste vorweggenommen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Verantwortung und das Risiko im geschäftsführenden Vorstand in bezug auf die Bestellung der Fachreferenten groß ist. *Haußmann* hat richtig erklärt, es kommt doch nicht jeden Monat vor, daß ein Fachreferent eingestellt wird. Wenn wir einen brauchbaren Mann finden, dann haben wir ihn doch auf Jahre.

BEZOLD: Antrag: „Zu den Aufgaben des Gesamtvorstandes gehören insbesondere die Einstellung und Entlassung des Hauptgeschäftsführers der Bundesgeschäftsstelle und die Bestätigung der politischen Referenten."

Dr. SCHÄFER: Das heißt, daß die Vorsitzenden die Verträge unterzeichnen müssen, daß die also vorher dem Gesamtvorstand vorgelegt werden müssen.

BEZOLD: Das ist in jeder Verwaltung üblich.

Dr. HAUSSMANN: Abstimmung!

Dr. MIDDELHAUVE: Wenn wir einen anderen Verfahrensweg festlegen wollten, als es bisher der Fall war, dann würde ich die Diskussion verstehen. Bisher ist Einstellung und Entlassung durch den Bundesgeschäftsführer und den geschäftsführenden Vorstand erfolgt. Ich beantrage, Punkt 3 im Vorschlag *Dehler* bestehen zu lassen, und bitte um Abstimmung.

BEZOLD: „Zu den Aufgaben des Gesamtvorstandes gehören insbesondere: Einstellung und Entlassung des Hauptgeschäftsführers der Bundesgeschäftsstelle und die Bestätigung der politischen Referenten."

Dr. SCHÄFER: Es handelt sich doch um die Unterzeichnung der Dienstverträge.

Franz BLÜCHER: Zu dem letzteren fehlt in der Geschäftsordnung eines: Abstimmung im Umlaufverfahren. Wir könnten uns eine Menge Formalien ersparen, wenn wir im Umlaufverfahren innerhalb des Vorstandes abstimmen könnten.

STEGNER: aber nicht in personellen Dingen!

Franz BLÜCHER: Dann müssen wir der Reihenfolge nach abstimmen. Der Antrag *Bezold* war der weitergehende.

Abstimmung: 11 Stimmen dafür, 9 Stimmen dagegen.

Mittagspause.

Franz BLÜCHER: Wir müssen zur Erledigung dieser Dinge kommen. Wir fahren fort auf Seite 3, Ziffer II, 4 (Geschäftsordnung).[39]

Dr. MIDDELHAUVE: Entsprechend § 18, 2 muß II, 3 formuliert werden.

BEZOLD: Wir sind uns einig, daß Einstellung und Entlassung der politischen Referenten der geschäftsführende Vorstand vorzunehmen hat und die Bestätigung dem Gesamtvorstand verbleibt.

WEIRAUCH: „Dem geschäftsführenden Vorstand obliegt Einstellung und Entlassung der politischen Fachreferenten. Sie bedürfen der Bestätigung des Gesamtvorstandes."

BEZOLD: § 16, 2 b[40]: „. . .Herausgabe von Zeitungen. . ." Wird das angenommen?

Dr. MIDDELHAUVE: Was heißt „sonstige politische Schriften"?

Dr. LÜDERS: Gehören die Rednerschnellbriefe[41] auch dazu?

Franz BLÜCHER: zu den Rednerbriefen: Die erste Nummer war sehr zweifelhaft, die zweite Nummer war besser, wie das immer ist mit den Kinderkrankheiten. Wenn es da keine Verantwortlichkeit gibt. . .Verantwortlich wäre der Vorstand. Der eine lobt, der andere tadelt.[42] Man muß doch dann über den In-

39 Funktionen des geschäftsführenden Vorstandes: Koordinierung und Förderung der Ausschußarbeit. Beim Ausscheiden eines Ausschußvorsitzenden sollte dem Vorstand das Recht zustehen, einen kommissarischen Vorsitzenden einzusetzen und dem Bundesvorstand Vorschläge für die Berufung eines neuen Vorsitzenden zu machen. Anm. 3.

40 Siehe Anm. 13.

41 „Rednerschnellbrief der FDP", erstmals erschienen am 12. 9. 1952; die nächsten Ausgaben folgten im wöchentlichen Abstand. Er wurde herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle, genauer: von den Referaten für Rednerausbildung und Propaganda. Rundschreiben P-39/52 *Rinnés* vom 10. 9. 1952, ADL, Sammlung der Rednerschnellbriefe.

42 Der Hamburger FDP-Vorsitzende *Rademacher* hatte mit Schreiben vom 20. 10. 1952 die Red-

halt in klarer Form sprechen. Sicher ist es, daß wir das nicht so richtig beurteilen können, denn wir brauchen den Rednerbrief nicht. Aber die Landesverbände fordern an. Es ist also nicht nur eine Kritik da, sondern eine Notwendigkeit von außen. Bei der Aufteilung der Sachgebiete kommen wir dann sowieso dazu.

STEGNER: Es kann nur heißen „. . .von parteiamtlichen".

Dr. UNGEHEUER: Ich muß auf folgendes hinweisen. Die fdk hat als Herausgeber Ernst *Mayer*, die Kulturpolitischen Mitteilungen macht Prof. *Luchtenberg*. Es muß dann nach außen heißen: verantwortlich Ernst *Mayer*, Herausgeber FDP.

RADEMACHER: Genehmigung für „parteiamtlich".

Dr. MIDDELHAUVE: Bezieht sich das auf einzelne Nummern oder generell?

RADEMACHER: Genehmigung zur Herausgabe muß es wohl heißen.

RUBIN: Ist es wirklich so notwendig, daß wir über Zeitungen und Zeitschriften den ganzen Vorstand beschließen lassen?

BORTTSCHELLER: Das ist eine sehr wichtige Frage.

Dr. MIDDELHAUVE: Darüber besteht kein Zweifel. Wenn Parteizeitungen herausgebracht werden, ist das eine Angelegenheit, die in die Verantwortung des Gesamtvorstandes fällt. Etwas anderes ist es mit dem sonstigen politischen Schrifttum. Frau *Lüders* hat gefragt: „Wie ist es mit den Rednerschnellbriefen?" Wenn wir z. B. eine Publikation herausgeben wollen zu Gewerkschaftsfragen, soll dann alles bis in die Einzelheiten vom Gesamtvorstand erledigt werden? Das geht doch zu weit. Für Zeitungen und Zeitschriften ist die Genehmigung des Gesamtvorstandes selbstverständlich. Das andere aber soll abgestellt werden in die Kompetenzen des geschäftsführenden Vorstandes.

Auch bei c) Veranstaltungen von Lehrgängen: Diese Bestimmung scheint mir reichlich einengend und scheint auch getragen zu sein von einem Mißtrauen gegenüber dem geschäftsführenden Vorstand, das nicht gerechtfertigt ist und auch nie gerechtfertigt sein wird, zumal der geschäftsführende Vorstand immer wieder neu gewählt wird.

BEZOLD: Sie geben mir zu viel Ehre. Ohne jede Absicht und ohne jeden Hintergedanken ist das hineingekommen. Wir haben nach einer Aufgabenabgrenzung gesucht. Es hat sich niemand etwas dabei gedacht, wir haben das genauso auch in Bayern im Vorstand.

Ich bin aber der Ansicht, daß bei Veranstaltungen zur Schulung von Parteifreunden der Vorstand seine Hand verantwortlich dabei hat.

Dr. MIDDELHAUVE: Es sind doch elf Köpfe des geschäftsführenden Vorstandes da!

Dr. DEHLER: und helle Köpfe!

---

nerschnellbriefe heftig kritisiert (niedriges Niveau und Rechtstendenz) und darum ersucht, von einer weiteren Zusendung der Rednerschnellbriefe abzusehen. ADL, A 1-29.

Franz BLÜCHER: Das ist die typische „Nach-Tisch-Diskussion". Das können wir uns aber nicht leisten. Ich bin der Ansicht, daß es doch nicht so sein kann, daß der Vorstand in dem Sinne als Herausgeber nichts anderes als Überwachender sein kann. Vor drei Jahren weinten wir immer, wir hätten nichts, und heute ist ein einfaches Parteimitglied gar nicht mehr in der Lage, alles zu lesen, was produziert wird. Auf der anderen Seite möchte ich sagen, ich vermisse es, daß in den Nachrichten auf sozialpolitischem Gebiet nicht eingefügt ist ein Beispielblatt. Ich denke da an die Veröffentlichung von NRW.[43] Leider entziehen sich diese Zeitungen uns ja doch völlig. Wollen wir uns jetzt der Sache annehmen: [§ 18:] b und c streichen. Das Wort „insbesondere" streichen.

RUBIN: Hier muß noch redaktionell geändert werden.

BEZOLD: II, 4 (Entwurf *Dehler*)[44]: Wir waren uns im Satzungsausschuß darüber klar, daß der Ausschuß so sein soll, daß der Vorstand selbst wählt, d. h. die Mitglieder werden auf die Dauer von . . . gewählt.

Franz BLÜCHER: Wir sind aufgrund der ausgereichten Erfahrungen zu einem Systemwechsel gekommen. Wir haben einige verwaiste Ausschüsse. Deswegen haben wir dies auf die Tagesordnung gesetzt.

Betr.: Ausschuß zur Erarbeitung des Wirtschaftsprogramms. Im September hatten wir eine Sitzung. Da waren *Schäfer* und ich dabei, aber dann war Schluß. Wir müssen gerade hier bei der Ausschußbesetzung von seiten des Vorstandes mitsprechen. Ich glaube, daß das zwingend ist.

RADEMACHER: Wo gibt es das, daß ein Gremium seinen Vorsitzenden nicht selbst wählt? Ich habe Verständnis dafür, daß der Vorstand kommissarisch einen Leiter einsetzt – er hat nebenbei für die Wahl einen ganz bestimmten Einfluß –, aber letzten Endes kann die Entscheidung über den Vorsitzenden eines Ausschusses nur der Ausschuß selbst treffen.

STEGNER: Wer beruft die Mitglieder?

RADEMACHER: aus jedem Landesverband einer!

STEGNER: Kann man die Wahl eines Vorsitzenden dem Ausschuß übertragen?

BEZOLD: wobei der Vorstand, wenn es nicht funktioniert, sich von sich aus einschalten kann. Wenn der Ausschuß seinen Vorsitzenden wählt und derjenige funkt nicht, kann der Vorstand den Vorsitzenden wegnehmen und dann vor allem Sitzungen einberufen.

Dr. VON RECHENBERG: Wenn der Ausschuß ein demokratisches Gremium ist, dann kann auch nur der Ausschuß einberufen und nicht der außenstehende Vorstand. Ich bin der Meinung von *Blücher:* Was ist der Ausschuß? Er ist eine Hilfsgruppe und mitarbeitend im Vorstand. Machen wir das, was *Rademacher* will, dann wird plötzlich eine eigene Politik getrieben.

---

43 Bezug nicht eindeutig verifizierbar. Möglicherweise gemeint „Die Plattform. Rednerdienst" vom Mai 1950, in der die sozialpolitischen Leitsätze der FDP abgedruckt und an Hand einer Punktation im einzelnen erläutert wurden.

44 Siehe Anm. 39.

RADEMACHER: Wenn das der Fall wäre, würde ich niemals mitarbeiten, wenn mir auferlegt wird, an irgendeine Linie gebunden zu sein.

RUBIN: Ich darf darauf aufmerksam machen, wir haben das Experiment gemacht und sind zu der Ansicht gekommen, der Vorstand muß die Vorsitzenden und die Aufgabe bestimmen, damit etwas Produktives geschieht. Herr *Rademacher,* es ist doch in allen Parlamentsgremien so, daß nicht die Mitglieder den Vorsitzenden wählen, denken Sie an die Kommunalvertretungen.

Dr. SCHÄFER: Man muß vom Wesen der Ausschüsse ausgehen. Die Ausschüsse sind Arbeitsgremien, nicht politische Vertretungen, die von unten nach oben wachsen als Arbeitsgremien der Gesamtpartei. Sie sind Hilfsorgane, wenn Sie wollen, Hilfsorgane des Vorstandes. Hier muß man die Sache betriebsmäßig denken. Der Vorstand hat eine Betriebsabteilung Wirtschaftspolitik, da muß er Richtlinien geben für die Abteilung Wirtschaftspolitik.

BEZOLD: Ich bin als Vorsitzender des Satzungsausschusses gewählt worden; ich bin aber nur kommissarisch eingesetzt; das kann man auch bei anderen machen.

Franz BLÜCHER: Lohnt es sich, hierüber zu diskutieren? Es ist doch bei uns so, daß wir es umgestoßen haben, weil es sich als notwendig erwiesen hat.

RADEMACHER: Vielleicht gibt es folgenden Weg. Man sollte sagen, nach wie vor wird der Vorsitzende vom Vorstand eingesetzt, er ist vom Ausschuß zu bestätigen.

BEZOLD: Das kann man nicht machen.

RUBIN: Es geht hü oder hott. Man sollte sagen: Bestellung der Vorsitzenden der Ausschüsse im Benehmen mit den Ausschüssen.

Beschluß: Bestellung der Vorsitzenden der Ausschüsse im Benehmen mit den Ausschüssen.

Dr. MIDDELHAUVE: Es ist beschlossen, daß es dem geschäftsführenden Vorstand obliegt, die Arbeit der Fraktionen zu koordinieren.

RADEMACHER: Ist das rechtlich zulässig?

BEZOLD: Das ist eine böse Geschichte.

RADEMACHER: Jetzt könnte es lange Debatten geben.

Dr. MIDDELHAUVE: Bis jetzt waren die Koordinierungsarbeiten, die wir durchgeführt haben, gut.

BEZOLD: Dann wäre es Zwang.

Dr. MIDDELHAUVE: Nein: „Dem geschäftsführenden Vorstand obliegt die Aufgabe, die Ausschußarbeiten und die Zusammenarbeit der Fraktionen zu fördern und zu koordinieren." Ferner Überprüfung usw.

Allgemeine Zustimmung.

Franz BLÜCHER: Die Berufung der Vorsitzenden geschieht durch den Gesamtvorstand. Wenn ein Vorsitzender ausgefallen ist, soll der geschäftsführende Vorstand sofort einen kommissarischen Leiter bestellen, den er zur Genehmigung dem Gesamtvorstand in der nächsten Sitzung vorschlägt.

BEZOLD: Der Vorstand beschließt, ob ein Ausschuß notwendig ist. Wenn der Vorsitzende des Ausschusses wegfällt, bestimmt der geschäftsführende Vorstand einen Ersatzmann, der dann vom Vorstand bestätigt wird.

II, 5 (Vorschlag *Dehler*)[45]: angenommen?

II, 6 (Vorschlag *Dehler*)[46]: anstelle „Behandlung": „Bearbeitung"; anstelle „Fragen": „Aufgabengebiete"; das Wort „wichtig" streichen.

Dr. LEVERENZ: Wir machen jetzt noch einen inneren Vorstand. Da habe ich Bedenken. Es soll doch dies nur eine Arbeitserleichterung für den geschäftsführenden Vorstand sein. Also bestimmte Sonderfragen, die behandelt werden sollen. Wenn diese Herren zu einer Entscheidung gekommen sind, dann tragen sie das dem geschäftsführenden Vorstand vor, und das muß dann angenommen oder „bestätigt" werden.

BEZOLD: Ich würde das nicht hineinnehmen (II, 6).

Dr. ILK: Wir haben schon einmal so einen Fall gehabt. Wenn eine Entscheidung zum Vorschlag gebracht wird, ist die Sache nicht mehr zu reparieren. Wir sollten die Sache fallenlassen oder anders formulieren. Ich würde sagen, die Stellungnahme des geschäftsführenden Vorstandes einzuholen. Dann kann der geschäftsführende Vorstand, bevor eine Entscheidung gefällt ist, dazu Stellung nehmen.

Franz BLÜCHER: Wir kommen hier auf ein Gebiet, das noch nicht abgeklärt ist. Wir werden zweifellos gezwungen sein, Beschlüsse klar zu genehmigen, auch solche, die nicht in einen genehmigten Haushaltsplan fallen. Es ist also die Frage, ob wir hier noch eine gesonderte Sache für den Geldsektor nehmen.

RUBIN: Das Beispiel ist geeignet zu zeigen, daß es so nicht geht.

BEZOLD: also streichen: II, 6, 1. Absatz.

Wir kommen jetzt zum 2. Absatz von II, 6 des Entwurfes *Dehler:* Organisationsausschuß.

Dr. HAUSSMANN: Wir sind zweifellos mit an einer der wichtigsten Bestimmungen und Beschlüsse, die wir heute zu fassen haben.[47] Mit dem Organisations-

---

45 „Der geschäftsführende Vorstand ist dafür verantwortlich, daß der Bundestagsfraktion die Empfehlungen und Beschlüsse der Bundesparteiorgane übermittelt werden. Er hat andererseits sicherzustellen, daß Beschlüsse des geschäftsführenden Vorstandes, die den Internbereich der Bundestagsfraktion berühren, erst nach Anhören der Fraktionsvorsitzenden gefaßt werden." Anm. 3.

46 „Der geschäftsführende Vorstand kann im Interesse einer wirksamen Arbeitsteilung die Behandlung bestimmter Fragen einzelnen Mitgliedern oder einem Ausschuß aus Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes übertragen. Diese sind verpflichtet, alle wichtigen Entscheidungen dem geschäftsführenden Vorstand zur Kenntnis bringen. Über die Beschlüsse sind Niederschriften zu fertigen. Der geschäftsführende Vorstand wählt zu Beginn des Geschäftsjahres einen Organisationsausschuß, der aus drei Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes besteht. Der Bundesschatzmeister nimmt an seinen Sitzungen mit beratender Stimme teil. Der Organisationsausschuß ist verantwortlich ..." Fortsetzung des Textes Zitat Text S. 682.

47 *Haußmann* war auf die Bundesvorstandssitzung und darin vor allem auf die Behandlung des

ausschuß hat sich schon in früherer Zeit der Vorstand (Gesamtvorstand) wiederholt beschäftigt. Es ist von *Bezold* erstmalig in der nachfolgenden Sitzung nach dem Münchener Parteitag darauf hingewiesen worden, daß der Organisationsausschuß in unserer Satzung keine Grundlage habe.[48] Wir sind leider erst heute dazu gekommen und gerade im Begriff, die Bestimmungen des § 12, Ziffer 3 unserer geltenden Satzung, nämlich eine Geschäftsordnung für den Vorstand zu schaffen, zu erfüllen.

Nun muß man auseinanderhalten den Gesichtspunkt, den der Kollege *Leverenz* zu Abs. 1 (II, 6) geltend gemacht hat gegenüber dem, was wir bei Absatz 2 von Ziffer II, 6 des Entwurfes von *Dehler* vorliegen haben.

Es entsteht die Frage: Wollen wir den Organisationsausschuß überhaupt schaffen, ist es unumgänglich oder ist es falsch?

Wenn man es bejaht, kommt die Frage, wie stark er besetzt sein muß; ferner wurde heute morgen ein weiterer Vorschlag bezüglich beratender Stimme gemacht. Ich habe das bewußt bisher außer Ansatz gelassen, weil zunächst die Grundfrage zur Erörterung steht.

Was soll die Funktion dieses Organisationsausschusses des geschäftsführenden Vorstandes im Rahmen der geltenden Satzungen und im Hinblick auf die Geschäftsordnung und die künftige Satzung sein? Wir werden wohl offenbar in unserer Meinung dahin bestärkt[49] – *Dehler* hat auch in dankenswerter Weise im Organisationsausschuß mitgewirkt –, daß wir ohne ein solches Gremium im geschäftsführenden Vorstand nicht auskommen. Was soll also dessen Zuständigkeit sein? Nach meinem Dafürhalten kann der Organisationsausschuß nur die Vorberatung und Vorbereitung von Beschlüssen des geschäftsführenden Vorstandes durchführen. Man müßte sich darüber möglichst bald klar werden. Was soll die eigentliche Aufgabe sein, und wie weit geht die Verantwortung dieses Gremiums, das in unserer Satzung keine Grundlage hat?

Ich bitte, daß wir versuchen, daß wir uns über diese Frage vorab aussprechen und möglichst zu einer Beschlußfassung kommen.

Dr. LEVERENZ: Ich glaube, wir können die Dinge vereinfachen. Auf der Tagesordnung stehen verschiedene (bzw. in der Anlage) Arbeitsgebiete, insgesamt 19. Ich glaube, wir sollten der Anregung *Stegners* folgen, daß wenigstens im geschäftsführenden Vorstand einer für einen oder mehrere Punkte verantwortlich ist, daß z. B. der eine für Wirtschaftspolitik verantwortlich ist und in der

---

Organisationsausschusses durch einen Anruf von Erika *Fischer* am 3. 12. 1952 vorbereitet worden. Einer Aufzeichnung der Stuttgarter Parteizentrale zufolge hatte sich Erika *Fischer* wie folgt geäußert: „Sitzung wird entweder bald platzen oder aber sehr lange dauern. *Middelhauve* schieße seit Bad Ems auf Frl. Dr. *F[ischer]*. Nordrhein-Westfalen versucht, *Middelhauve* Bundestagswahl-Organisation zu übertragen. Wir müßten versuchen, daß kein Organisationsausschuß gebildet wird ... Wenn Org[anisations]ausschuß von den anderen doch durchgesetzt wird, dann muß er aus dem Gesamtvorstand hervorgehen: mit *Rademacher*, Dr. W[olfgang] *H[außmann]*, *Dehler*, *Rubin*, aber keinesfalls *Middelhauve*. *Euler* – kleineres Problem." HStASt, Q 1/22 Bü 823 (NL Haußmann),

48 In Nr. 15 kein Hinweis enthalten.

49 Halbsatz handschriftlich eingefügt.

Bundesgeschäftsstelle dann ein Mitarbeiter zur Verfügung steht, der dann unter seiner Verantwortung und Mitverantwortung des Gesamtvorstandes arbeitet.

Wenn es dem geschäftsführenden Vorstand gelingt, unter Ziffer 1 bis 19 die Aufgabengebiete zu verteilen, dann erübrigt sich damit eigentlich dieser Organisationsausschuß schon praktisch.

Dr. MIDDELHAUVE: Dieser Organisationsausschuß geht zurück auf einen Vorschlag von Ernst *Mayer* in München. Er hatte diesen Vorschlag dem Vorstand gemacht.[50] Dieser Organisationsausschuß hat sich – um einige Aufgaben zu nennen – darüber Gedanken gemacht: Sollen wir Lautsprecherwagen anschaffen, zu welchen Kosten sollen sie den Landesverbänden zur Verfügung gestellt werden usw.? Wollen Sie diese Dinge im geschäftsführenden Vorstand behandeln?

Die andere Frage: Sollen die Mitarbeiter in Bonn lediglich vom Hauptgeschäftsführer angestellt werden oder vom geschäftsführenden Vorstand oder vom Organisationsausschuß? Das ist die Frage, um die es geht. Der Organisationsausschuß hat sich mit so viel Detailfragen, die reine Organisationsaufgaben sind, zu befassen. Sobald diese Fragen aber von besonderer Wichtigkeit waren, haben wir immer gesagt, es muß dem Vorstand vorgetragen werden. Nachdem dieser Organisationsausschuß bisher gut gearbeitet hat, niemals in Gegensätzlichkeiten gekommen ist. . .

(Dr. *Dehler:* Zwischenruf: manchmal wohl doch!)

Ich würde bitten, hier festzulegen: „Der Organisationsausschuß muß aus vier Mitgliedern bestehen, zu denen der Bundesschatzmeister gehören muß."

Der Aufbau und die Durchführung der Propaganda, das sind sinnvolle Aufgaben für den Organisationsausschuß. Dem kann doch wohl nur zugestimmt werden.

Dr. HAUSSMANN: Es handelt sich m. E. um eine so umfangreiche und bedeutende Aufgabe, auch wenn man davon ausgeht, daß es nur eine vorbereitende Arbeit für den geschäftsführenden Vorstand sei, daß ich noch einen weiteren Gesichtspunkt in die Debatte werfen möchte, ehe wir über die Zahl der Zusammensetzung und die Personen beraten. Aus wem ist der Organisationsausschuß zu bilden? Ist es nicht nach der Tendenz unserer heutigen Beschlüsse, nämlich der Verbreiterung der Grundlagen und des Vertrauens richtig und notwendig, daß wir diesen Organisationsausschuß, ob er nun drei oder fünf Personen umfaßt, aus dem Gesamtvorstand bilden? Dann möchte ich eine weitere Anregung geben, daß bei der Bedeutung des Organisationsausschusses, wenn er sich in der überwiegenden Mehrheit des Gesamtvorstandes als notwendig erweist, daß wir ihn dann also aus dem Gesamtvorstand bilden!

STEGNER: Wir müssen etwas auf die Aufgabengebiete des Vorstandes zurückgehen. Ich habe mir die Aufgabengebiete unter 1 bis 14 angesehen. Unter 1 bis 14 sind es speziell politische oder Ausschußaufgaben, und wir sind uns doch darüber klar, daß diese speziellen politischen Aufgaben niemals vom Vorstand

50 In den Protokollfragmenten Nrn. 14 a–14 e kein Hinweis enthalten.

wahrgenommen werden. Es bleibt der zweite Komplex 15 – 19, organisatorische und technische Parteiarbeit.

Hier hinken wir zurück als FDP. Wenn Sie sehen würden, wie dies die Sozialdemokratie macht! Ich kann Ihnen hier ein Beispiel geben. Warum hat der BHE einen solchen Wahlerfolg in Niedersachsen gehabt? Weil er die beste Organisation hat. Er hat in dem kleinsten Dorf einen bezahlten Flüchtlingsbetreuer, er hat eine bis ins letzte durchgeführte Organisation, er erreicht den letzten Mann und das letzte Dorf. Der Erfolg hat gezeigt, wie wesentlich die Organisation ist. Hier tauchen Aufgaben auf in der geistigen Beeinflussung, propagandistischen Durchbildung, Heranführung an den Staat usw. Hier erwachsen dem Parteivorstand neben seinen politischen Parteiaufgaben, die nicht den Bestand, sondern den Fortschritt der Arbeit sichern müssen, mitglieds- und wählermäßig große Aufgaben. Da meine ich, wenn sich der geschäftsführende und der Gesamtvorstand um politische Fragen kümmern sollen – ich glaube, *Blücher*, wir sind uns darin einig –, daß eine Menge politischer Fragen von lebensbedrohender Bedeutung für die FDP auf uns zukommen – da denke ich an hunderttausend Dinge –, dann sollte man auch diese Fragen des Zustandekommens und Vorantreibens der Parteiarbeit und Erhaltung und geistige Vertiefung in unserem Sinne pflegen. Ich könnte mir vorstellen, daß der Organisationsausschuß hierzu eine Vorarbeit leisten könnte, wobei ich auf dem Standpunkt stehe, daß der Organisationsausschuß kein eigenes Leben führt. Warum sollten sich die Kollegen im Organisationsausschuß, die mehr Zeit haben, nicht zusammensetzen und die von mir angerissenen Fragen vorantreiben?

Will: Ich möchte anknüpfen an das, was *Stegner* gesagt hat. Ich habe das Gefühl, daß der Organisationsausschuß belastet ist mit dem Argwohn, es könnte eine Art Parteidiktatur entstehen, und das soll verhindert werden. Ich glaube, so ist es aber nicht. Die Aufgabe, die dem Organisationsausschuß beim Vorschlag *Dehler* zugewiesen ist, ist so, daß ich es für unmöglich halte, daß der Organisationsausschuß verantwortlich sein soll, das kann immer nur der Vorstand sein. Der geschäftsführende Vorstand hat bestimmte Unterausschüsse einsetzen können, das haben wir vorhin besprochen. Wenn ein kleiner Kreis in der Lage ist, etwas zu leisten, so soll er es. Die Verantwortung aber muß beim Vorstand liegen. Der geschäftsführende Vorstand ernennt einen Teil seiner Mitglieder für bestimmte Aufgaben.

Franz Blücher: Ich darf versuchen zusammenzufassen: Wir sind teilweise auseinander, teilweise aber auch nahe beisammen. Was hat der Organisationsausschuß bisher gemacht? Wir haben jahrelang gelitten unter den uns von der Besatzungsmacht aufgezwungenen Methoden des Parteiaufbaues. Wir mußten uns vom Kreis aus zusammenfinden, und unsere Organisation sah auch danach aus. Was hat der Organisationsausschuß getan? Er hat zunächst einmal den Aufbau der Geschäftsstelle überprüft, die Kassenführung, die Akten der Angestellten, den sozialen Schutz. Er war damit drei bis vier Monate beschäftigt, und es war keine erfreuliche Arbeit. Dann kamen die Fragen der Propaganda, die technischen Mittel, die Beschaffung, die Einsetzung. Es war unvermeidlich, daß es da auch zu Dingen gekommen ist wie die Fragen, die sich ergaben,

Rednerschule. Ich nenne dieses Thema deshalb, weil es als ausgesprochenes Grenzgebiet anzusprechen ist. Soweit wir auf Organisation und Betreuung abheben: Für die Technik kann der geschäftsführende Vorstand es als Ganzes nicht bearbeiten, oder es bleibt viel zurück, da muß man ein kleines Gremium haben. Soweit gehen Sie wohl auch mit mir einig, lieber *Stegner*. Also Abgrenzung der Aufgaben. Unsere Satzung müssen wir ja jedem aushändigen, die Geschäftsordnung aber kommt ja nur in die Partei. Dort halte ich es für richtig, daß es hereinkommt, soweit es nur möglich ist. Ein anderes Mittel gibt es nicht, um derartige Auseinandersetzungen unmöglich zu machen.

Dr. DEHLER: Es handelt sich nicht darum, die Rechte des geschäftsführenden Vorstandes zu verkürzen, sondern sie zu sichern. Der geschäftsführende Vorstand tritt alle sechs Wochen zusammen, während dieser Zeit ist die Geschäftsführung herrenlos. Der Organisationsausschuß soll öfter zusammenkommen und im Auftrage des Gesamtvorstandes und geschäftsführenden Vorstandes die laufenden Geschäfte überwachen und kontrollieren. Er könnte Anregungen geben. *Stegner* hat recht, er soll auch Initiativen geben, Impulse geben, die letztlich dann der Überprüfung des Gesamtvorstandes unterliegen. Wenn uns das nicht gelingt, zu aktivieren von oben nach unten und unter einer solchen Leitung etwas zu schaffen, werden wir keinen Effekt haben. Ich glaube, das Mißtrauen gegen den Organisationsausschuß war wegen der Art der Zusammensetzung. Wir können freimütig darüber sprechen. Es sind zwei Leute aus Nordrhein-Westfalen drin, und daher kommen die Zweifel. Diese beiden Dinge kann man nicht lösen. Ernst *Mayer* ist krank. Der Organisationsausschuß muß anders aussehen.

Ein kleiner Organisationsausschuß kann aus dem Gesamtvorstand genommen werden. Ich sehe den Organisationsausschuß als einen Teil des geschäftsführenden Vorstandes, er muß ja auch vom geschäftsführenden Vorstand genehmigt werden. So war er damals von Dr. *Middelhauve* und Ernst *Mayer* gedacht: ein Unterausschuß des geschäftsführenden Vorstandes. Natürlich muß der Schatzmeister dabei sein. Nach meiner Auffassung ist es falsch, wenn man ihn der Stimmgewalt entkleidet.

Was die Absprache von heute vormittag angeht, so protestiere ich dagegen, daß die amtierenden Minister, die dem geschäftsführenden Vorstand angehören, kein Stimmrecht mehr haben sollen. Dies widerspricht den Beschlüssen des Parteitages von München und Düsseldorf. Ich würde auch niemals, wenn das Beschluß würde, dem geschäftsführenden Vorstand angehören.

Dr. LEVERENZ: Wenn wir uns die Aufgabengebiete ansehen, dann glaube ich, daß die Ziffern 4 – 14 Fragen sind, die von Ausschüssen behandelt werden können. 1 – 3 sind politische Fragen, zu deren Erörterung wir hoffentlich auch einmal kommen.

STEGNER: Ich schlage vor, daß wir hereinnehmen: „Der Gesamtvorstand hat auch das Recht, sich mit politischen Fragen zu befassen."

Dr. LEVERENZ: Es bleibt übrig 15, 16 und 18, denn 17 und 19 haben wir schon behandelt. Ich bin der Meinung, das sind derartige Kardinalpunkte, die zweifellos in den geschäftsführenden Vorstand gehören.

Die Dinge sind doch in Wahrheit viel einfacher, als wir sie uns hier vorstellen. Wenn der geschäftsführende Vorstand nicht zusammentritt – und ich halte es für notwendig, wenn er öfter als alle vier Wochen zusammenkommt –, dann ist es doch so, daß wenn eine Aufgabe gelöst werden soll, daß einer vom geschäftsführenden Vorstand damit beauftragt wird, und wenn niemand da ist, wird *Blücher* nur eine Entscheidung ad hoc treffen müssen. Sie werden sich unter sich einigen müssen. Dafür brauchen wir doch kein besonderes Organ. Aber die grundsätzliche Parteifinanzierung muß doch im Gesamtvorstand besprochen werden.

Franz BLÜCHER: Es ist immer eine Vorarbeit nötig. Wenn der geschäftsführende Vorstand den Haushaltsplan erarbeiten soll, dann drängt sich alles zusammen, und die politische Tagesarbeit bleibt zurück.

Dr. LEVERENZ: Das ist doch nicht nötig. Herr *Rubin* wird dann, als der dazu bestimmte Mann, diese Arbeit tun.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir haben z. B. jeden Monat den Geschäftsbericht der Geschäftsstelle beraten, den sie erstellt über die Finanzgebarung usw. Man kann sagen, daß das nur den Schatzmeister angeht, aber er ist dankbar, wenn das im Organisationsausschuß behandelt wird, denn es werden ihm dann Anregungen gegeben. Diese Dinge können Sie nicht im geschäftsführenden Vorstand machen. Es ist festzustellen, daß sich die Zweckmäßigkeit des Organisationsausschusses erwiesen hat, Kompetenzüberschreitungen sind nur in einem Falle vorgekommen; also weshalb sträuben wir uns hier, das in einer Geschäftsordnung festzulegen, was bis jetzt schon faktisch statuiert war?

RUBIN: Sie alle haben sich überwiegend auf der politischen Ebene betätigt, und Sie haben damit – ich will niemand zu nahe treten – den eigentlichen Kontakt mit der organisatorischen Arbeit verloren. Die meisten von Ihnen haben keine Ahnung, was an laufenden Geschäften in der Geschäftsstelle anfällt und zu erledigen ist. Herr *Weirauch* wird es bestätigen können. Wir wären tatsächlich aufgeschmissen, wenn wir den Organisationsausschuß nicht gehabt hätten. Er hat ganz recht, *Dehler*, wenn er sagte, der Ausschuß ist einigen nicht ganz genehm, weil er in der Zusammensetzung nach ihrem Dafürhalten irgendwelche politischen Richtungen zu präsentieren schien. Demgegenüber ist aber tatsächlich nur bei einer einheitlichen Meinungsauffassung überhaupt etwas beschlossen worden. Ich hätte es mir leicht machen können, Entscheidungen allein zu treffen, denn die meisten waren überhaupt nicht in der Lage, die Dinge im Entferntesten von der Finanzseite her zu beurteilen. Ich habe es begrüßt, daß ich durch den Organisationsausschuß die Verantwortung nicht alleine zu tragen hatte und die wichtigsten Dinge dort durchgesprochen wurden. Wenn man etwas von kaufmännischen Dingen versteht, dann kann man an der sachlichen Berechtigung eines solchen Ausschusses nicht vorbeigehen. Sie dürfen überzeugt sein, ohne einen Organisationsausschuß können Sie die Arbeit nicht machen. Es bleibt nur noch die Frage der Zusammensetzung. Jedenfalls, seine Notwendigkeit ist unumstritten.

BEZOLD: Über eines sollten wir uns klar sein, daß der Organisationsausschuß ein Unterausschuß ist. Nun würde ich ihn satzungsmäßig binden, d. h. die

Ausschüsse können im Rahmen ihres Aufgabenbereiches mit Genehmigung des Vorstandes Unterausschüsse bilden (§ 22, 2 des Satzungsentwurfes).

Dr. VON RECHENBERG: In Nordrhein-Westfalen haben wir auch seit einiger Zeit einen Organisationsausschuß. Seitdem klappt unsere Organisation in Nordrhein-Westfalen. Der Gesamtvorstand beschäftigt sich mit wichtigen Fragen, die der Organisationsausschuß heranbringt, und alle laufenden Aufgaben macht der Organisationsausschuß. Ich will nur damit sagen, wenn wir solche Sitzungen wie heute vermeiden wollen, die sich nicht mit politischen Dingen beschäftigen, dann brauchen wir einen Organisationsausschuß.

Dr. SCHÄFER: Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir eine Fülle von Aufgaben täglich haben, bei denen die Geschäftsstelle nicht immer den geschäftsführenden oder Gesamtvorstand bemühen kann, da braucht man Institutionen und Funktionen, die damit beauftragt werden. Wir haben damit begonnen, daß wir ein sogenanntes geschäftsführendes Vorstandsmitglied hatten; da wurde das Arbeitsgebiet zu umfangreich, und es entstand das Bedürfnis zu einem solchen Ausschuß.

Er hat eine Menge in Ordnung bringen müssen. Das Zeitalter der Improvisation bestand. Man darf nicht vergessen, daß alles improvisiert und nicht systematisch aufgebaut war. Das mußte erst zusammengeführt werden. Die Frage ist jetzt nicht nur die Zusammensetzung, sondern auch eine gewisse Abgrenzung der Zuständigkeiten. Das muß nach meiner Meinung sein. Man wird aber nie ganz genau definieren können; da steckt die Gefahr, daß mal Ausweitungen vorkommen. Das kann aber vermieden werden, wenn eines besser geschieht, eine unmittelbare Berichterstattungspflicht gegeben wird und eine Berichterstattung an den Gesamtvorstand. Z. B. alle Beschlüsse müssen mitgeteilt werden, und es muß berichtet werden, was geschehen ist und dergleichen mehr. Ich würde vorschlagen, Organisationsausschuß ja, aber eine genaue Definierung, Aufteilung, z. B.: der Apparat der Bundesgeschäftsstelle, personelle Dinge, Tarifierung, Eingruppierung usw. Das sind Dinge, die man genau überlegen muß. Das kann niemals der Vorstand betreiben.

Man könnte auch das rein Organisatorische vom rein Propagandistischen trennen und auch einen Organisationsausschuß für Werbegeschichten machen, der sich dann mit dem anderen Ausschuß koordiniert. Ich glaube, bei dieser Arbeitsteilung würde es bestimmt gut gehen. Aber darüber bin ich mir klar, dann kann nicht der Organisationsausschuß und der andere Ausschuß aus dem geschäftsführenden Vorstand herauswachsen, sondern diese Ausschüsse müssen auf eine breitere Basis gestellt werden, und zwar des Gesamtvorstandes, also auf Mitglieder, die nicht so belastet sind wie die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes. Es muß doch auch eine gewisse Tragfähigkeit für den einzelnen vorhanden sein. Mein Vorschlag lautet: einen Organisationsausschuß für organisatorische und einen für propagandistische Dinge als Unterausschuß des geschäftsführenden Vorstandes zu bilden. Die Auswahl sollte aus dem Gesamtvorstand gemacht werden, und dann sollten beide Ausschüsse gelegentlich zusammenarbeiten.

STEGNER: Es scheint inzwischen klar geworden zu sein, daß Unterausschüsse gebildet werden können, so viel wie der Vorstand Lust hat. Es bleibt also die Frage: Was für Unterausschüsse wollen wir?

Dr. SCHÄFER: Ich schlage vor: Presseausschuß, Propagandaausschuß und den echten Organisationsausschuß.

STEGNER: Wenn Sie drei Ausschüsse mit je drei Leuten machen, dann haben Sie alle neun Leute besetzt. Warum greifen wir denn dann nicht auf den *Dehler*schen Organisationsausschuß zurück? Wir haben doch überall die Entlastung des Vorstandes in den Worten „ist verantwortlich". Dann schreiben Sie doch „ist beauftragt" oder „er ist zur monatlichen schriftlichen Berichterstattung an den Gesamtvorstand verpflichtet". Wenn er das nicht tut, wird er aufgelöst und wird neu gewählt. Unterhalten Sie sich doch nicht darüber, ob auf breiter Basis, wählen Sie drei Leute, die fähig sind.

ONNEN: Sagt man „Geschäftsordnungsbeschluß", kann jederzeit aufgehoben oder abgeändert werden.

Franz BLÜCHER: Es geht doch darum, daß wir das Gefühl vermitteln, daß alle Verantwortlichen unterrichtet sind. Man sollte bei dem kleinen Organisationsausschuß des geschäftsführenden Vorstandes verbleiben, aber wir sollten dann keine Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes beteiligen.

FRÜHWALD: Dann muß der Bundesschatzmeister ausscheiden.

Dr. MIDDELHAUVE: Es wurde übersehen, daß Aufgaben des geschäftsführenden Vorstandes jetzt erledigt werden sollen durch Mitglieder des Gesamtvorstandes. Die Mitglieder des Organisationsausschusses können nur aus dem geschäftsführenden Vorstand entnommen werden, weil der Organisationsausschuß verpflichtet ist, allen Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes einen Bericht zu geben.

EBERHARD: Ich bin dagegen, daß der Organisationsausschuß aus den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes gebildet wird, denn in Bad Ems ist gesagt worden: aus dem Gesamtvorstand. Ich schlage vor: fünf Personen einschließlich Bundesschatzmeister. Lassen Sie doch erst einmal Vorschläge machen.

Dr. MENDE: als personellen Vorschlag: *Middelhauve, Schäfer, Rubin.* Ich bitte um Abstimmung.

Franz BLÜCHER: Wir haben doch auch einen Finanzierungsausschuß (§ 15, alte Satzung)[51], den wir noch nie ins Leben gerufen haben und der Sache des Gesamtvorstandes ist. Sollten wir dann nicht auch einen Organisationsausschuß beim geschäftsführenden Vorstand machen? Aber wir sollten dann auch endlich den Finanzierungsausschuß aktivieren, und der soll sich zusammensetzen mit dem Organisationsausschuß, damit wir im Gesamtvorstand nicht Stunden um Stunden über solche Dinge beraten. Das wäre doch ein praktischer Weg. Dann wird der Organisationsausschuß nicht in seiner laufenden Arbeit aufge-

51 § 15 (3): „Das Abrechnungsverfahren [der Beiträge] wird von einem durch den Vorstand berufenen Finanzierungsausschuß geregelt." ADL, A 1-1.

halten, aber es setzt sich in einigen Wochen immer wieder der Organisationsausschuß mit dem Finanzierungsausschuß zusammen.

ONNEN: Greifen wir doch den Vorschlag *Mende* und die Berichtspflicht auf. Wir können doch jederzeit den Beschluß wieder aufheben. Wir kommen doch nicht weiter, wenn wir dem Organisationsausschuß echte Aufgaben wegnehmen. Wir haben in Niedersachsen die Erfahrung hinter uns. Wenn nicht ganz geschlossen gearbeitet wird, geschieht überhaupt nichts. Kontrollmäßig kann doch alles geschehen, wenn alles mitgeteilt wird.

Ich bekräftige den Vorschlag *Mende*. Die Sache kann anlaufen. Wenn wir in zwei Monaten sehen, so geht es nicht, dann ändern wir ab. Wenn wir wieder ein neues Experiment machen, geht das alles nicht schnell genug. Die CDU arbeitet bereits auf Hochtouren. Ich habe *Dehler* so verstanden, daß wir diesen Ausschuß als Unterausschuß des geschäftsführenden Vorstandes genehmigen.

Dr. WELLHAUSEN: Wir reden von verschiedenen Dingen. *Stegner* hat die Parallele gezogen zur CDU. Wir haben den Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende, die sind das Direktorium, wenn wir kein anderes wählen. Wir haben den Worten von *Rubin* entnommen, daß ein Bedürfnis da ist für eine Unterstützung der laufenden täglichen Arbeit. Da würden wir doch nicht recht tun, wenn wir wieder unsere drei Vorsitzenden einspannen. Richtiger wäre es, ein Gremium zu finden, das den Namen Organisationsausschuß verdient – der Ausdruck hat sich eingebürgert –, das tatsächlich getragen wird vom Gesamtvorstand, der sich mit drei Leuten nicht zufrieden gibt, der auf fünf heraufgeht und dem auch *Rubin* angehört (Vorschlag *Eberhard*).

Dr. ILK: Ich würde bitten, daß man zunächst bei den Beratungen die Namen aus dem Spiel läßt. Man sollte die Situation zuerst nicht auf ein Gleis bringen, wo man sie nicht haben möchte.

Der Vorschlag von *Wellhausen* und *Eberhard* war ausgezeichnet. Es war doch auch so, daß diejenigen, die nicht im Organisationsausschuß mitgearbeitet haben, erst von Beschlüssen hörten, wenn sie publik wurden. Ich sehe ein, daß der geschäftsführende Vorstand noch andere Aufgaben hat, als nur organisatorische Fragen zu beurteilen. Dies würde die Mitglieder belasten. Wir stehen vor den Wahlen, es wird sich aber im wesentlichen alles auf die Organisation auch über die Landesverbände erstrecken. Da meine ich, es sollen bei dem Organisationsausschuß möglichst viele Landesverbände beteiligt sein, möglichst aus einem Landesverband ein maßgeblicher Freund. Der Bundesschatzmeister muß natürlich mit hinein, es ist auch nicht so gemeint, daß nicht wenigstens ein Teil aus dem Gesamtvorstand kommt, aber ich würde diesen Vorschlag unterstützen.

RADEMACHER: Es schleicht sich eine Unzufriedenheit ein, weil wir uns zu sehr mit organisatorischen Dingen befassen. Aber eins möchte ich doch sagen, diese Dinge müssen in der konstituierenden Sitzung Grundlage sein. Ich bin nicht der Meinung, daß wir auch noch einen Finanzausschuß schaffen sollten.

Ich schlage vor: fünf Mitglieder aus dem Gesamtvorstand zu wählen, wozu selbstverständlich mit Stimmrecht auch der Bundesschatzmeister gehört. Darüber kann nicht geredet werden. Wenn Sie so beschließen, sollen sich diese

fünf Leute zusammensetzen und praktische Arbeit leisten und dem geschäftsführenden Vorstand Vorschläge machen, die dieser zu billigen hat. Das ist mein Vorschlag.

Dr. LEVERENZ: Ich finde, wir bringen die zwei Dinge durcheinander. Einmal handelt es sich darum, daß hier mit Recht von *Rubin* und *Middelhauve* die Frage der Entscheidung der alltäglichen kleinen Dinge gestellt werden muß. Das ist eine typische Angelegenheit des geschäftsführenden Vorstandes, in die der Gesamtvorstand nicht reinfummeln sollte. Diese Angelegenheit muß nach meiner Ansicht unter Ihnen vom geschäftsführenden Vorstand geklärt werden. Es muß hier in Bonn immer jemand griffbereit sein. Das muß irgendwie abgestimmt werden.

Was eben in die Debatte geworfen wird, ist etwas anderes, sind Dinge, die auch notwendig sind, daß wir ein Gremium von einigen möglichst aktiven Herren zusammenbringen, die sich hinsetzen und so schnell wie möglich mit Anregungen, möglichst detaillierten Plänen bezüglich der Bundestagswahl usw. die Arbeit leisten und an den Gesamtvorstand damit herantreten.

Dr. LÜDERS: Die Verstimmung über diese Diskussion ist nicht berechtigt. Unterhalten wir uns über diese Dinge, bis wir zu einem vernünftigen Resultat kommen, denn sie sind wesentlich für die Zukunft. Ich möchte *Middelhauve* fragen: Hat nicht der Organisationsausschuß bisher auch schon Finanzfragen mitbehandelt? Ist es denn nicht möglich, die Aufgaben des Finanzierungsausschusses und des Organisationsausschusses zusammenzulegen und zu erweitern? Alle zehn Leute kann man nicht hineinnehmen, aber wir brauchen doch nichts anderes als eine Organisationsgrundlage für die Heranbringung und die schnelle Erledigung wichtiger Tagesfragen. Das geht doch nur so, daß wir uns auf der Basis *Eberhard* einigen, und hier wird wohl niemand Ehrgeiz haben und bedauern, wenn er nicht drin ist, denn ein Spaß ist das nicht.

Franz BLÜCHER: *Middelhauve* hat bereits ausgeführt, daß der geschäftsführende Vorstand in seiner nächsten Sitzung diesen Organisationsausschuß wählt oder heute schon wählt.

Dr. DEHLER: Wir müssen die Struktur hier beschließen. Wir bedenken die Wahl, das Bestimmen ist eine zweite Sache. Es bleibt die Aufgabe, nur allenfalls die Kopfzahl festzulegen.

Die andere Frage ist die, die Frau *Lüders* angeschnitten hat.

Franz BLÜCHER: Da sehe ich die Möglichkeit, die Dinge zur Zufriedenheit zu lösen und vom Gesamtvorstand einen Finanzierungsausschuß zu bilden, der mit dem Organisationsausschuß zusammenarbeitet. Dann würden sich neun Leute unterhalten, aber wir bekommen dann zusammengefaßte Berichte.

Dr. VON RECHENBERG: Die Aufgaben des geschäftsführenden Vorstandes gehen uns nichts an, die kann er aus seinen Reihen lösen. Nun wird vorgeschlagen, zur Unterstützung einen Finanzierungsausschuß zu bilden. Es kommt zwar nichts dabei heraus, wir haben da unsere Erfahrungen, aber bilden wir einen.

Soll sich der Organisationsausschuß bilden. Ich habe nur eine Bedingung: Ich will nicht hineinkommen.

RADEMACHER: Ich meine, wir sind gebunden an § 15, Ziff. 4.[52] Wir sind uns einig, daß zwei Ausschüsse nebeneinander nicht wertvoll sind. Wir müssen also einen Ausschuß aus fünf Köpfen wählen, und zwar aus dem Gesamtvorstand, der den Weisungen des geschäftsführenden Vorstandes unterstellt ist. Aber aus dem Gesamtvorstand soll er gewählt sein.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich muß mich aus grundsätzlichen Erwägungen dagegen wehren. Ein Ausschuß, der gebildet wird, um Aufgaben des geschäftsführenden Vorstandes zu erledigen, muß aus Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes gebildet werden. Ich stelle den Antrag, daß wir hier zur Abstimmung kommen über den Abschn. II, 6, 2: „Der geschäftsführende Vorstand wählt zu Beginn des Geschäftsjahres einen Organisationsausschuß, der aus vier Mitgliedern besteht, von denen der Bundesschatzmeister dem Ausschuß angehören muß." Dann kommt hinzu, daß der Organisationsausschuß verpflichtet ist, Beschlußprotokolle zu führen und diese dem geschäftsführenden Vorstand monatlich vorzulegen.

Franz BLÜCHER: Wir müssen uns darüber klar werden, daß Beschlüsse des geschäftsführenden Vorstandes vom Gesamtvorstand angefochten werden können. Wir müssen zu einer klaren Abgrenzung kommen. Ich bedauere, daß mein Vorschlag von eben nicht durchgegangen ist, er sah folgendes vor, daß wir nach den drei Wortmeldungen in anderer Weise vorgehen: 1. Gesamt- oder geschäftsführender Vorstand für die Auswahl. 2. Zahl. 3. Zuständigkeit.

Die Frage der Notwendigkeit ist bejaht. Nun ist das Argument der einen Seite, daß die Verpflichtung aus dem geschäftsführenden Vorstand hervorgeht, zu wählen, die andere Seite geht von der Tatsache aus, daß letzten Endes der Gesamtvorstand zuständig sei, wobei immerhin Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes gewählt werden können.

Dr. LEVERENZ: Es tut mir leid, wenn ich auf § 15 der Satzung verweisen muß. Hierin heißt es, es soll jemand geben, der die Dinge überwacht. Dieser Ausschuß soll hierzu gebildet werden.

(Zwischenruf: kein Rechnungshof!)

RUBIN: als wenn unser Etat aus Beiträgen gedeckt würde!

Dr. LEVERENZ: Hierzu gehören auch freiwillige Spenden. Dies hat aber doch damit nichts zu tun, daß wir aus einigen aktiven Herren einen Ausschuß bilden, der versuchen soll, die Dinge zu machen und zu arbeiten.

Es muß innerhalb des geschäftsführenden Vorstandes eine Regelung gefunden werden zu Erledigung der täglich anfallenden Angelegenheiten. Ich bin der

52 „Kommt ein Landesverband seiner Beitragspflicht nicht nach, so verliert er bei einem Beitragsrückstand von mehr als drei Monaten auf Antrag des Finanzierungsausschusses durch Beschluß des Vorstandes für seinen Vorstand und seine Vertreter die Stimmberechtigung in den Organen der Partei." Ebd.

Meinung, daß ein solcher Ausschuß Beschlüsse fassen kann über den geschäftsführenden Vorstand hinaus.

Dr. HAUSSMANN: Wir haben bisher für den Organisationsausschuß des Vorstandes keine satzungsmäßige Grundlage gehabt. Wir haben aber in § 15, 3 einen Finanzierungsausschuß, der nicht nur Funktionen der Abrechnung hat, der sich vielmehr nach dem Willen der Satzung mit der Finanzierung befassen müßte. Wir müssen doch die Frage stellen, ob es nicht möglich ist, diese Aufgaben des Finanzierungsausschusses mit denen des Organisationsausschusses zu koordinieren. Und nach Zif. 3 ergibt sich, daß es nicht nur Mitglieder des Vorstandes sein müssen, es können auch andere sein. Aber wir gehen davon aus, daß wir die Mitglieder aus dem Gremium des Vorstandes berufen. Sollte man sich nicht darauf berufen, der alte Organisationsausschuß sei untergegangen – das ist zwar richtig, im gewissen Sinne auch wieder falsch –; in Ems hat man aber gesagt, die Aufgaben sollten durch den Vorstand übernommen werden.

Wir sollten beschließen: fünf Mitglieder mit dem Bundesschatzmeister als Unterausschuß. Dann ist § 13[53] und § 15 erfüllt.

Dr. WELLHAUSEN: Ich wollte auch auf § 13 verweisen. Grundlage in der Satzung muß nicht vorhanden sein; der Vorstand kann Ausschüsse haben, so viele er will. Die Frage ist nur: geschäftsführender oder Gesamtvorstand, wer soll den Organisationsausschuß bilden? Ich sage: der Gesamtvorstand. Es schwebt uns doch vor, Fortsetzung des bisherigen Organisationsausschusses. Richtig ist es daher, diesen Ausschuß aus dem Gesamtvorstand zu bilden, das ist für mich selbstverständlich. Darin liegen vielleicht auch zum Teil die bisherigen Kritiken. Ich bin sogar der Meinung, daß dieser Organisationsausschuß nicht etwa ein Querschnitt durch die Landesverbände sein soll, daß man aber eine Sollbestimmung hereinnehmen müßte, daß aus jedem Landesverband nur ein Mitglied in den Organisationsausschuß gewählt werden darf.

BEZOLD: Sie können nur eines machen, wenn Sie sich ein Gesetz geben wollen, das sofort in Gültigkeit tritt. Sie können es nur so machen, daß Sie den Ausschuß vom Gesamtvorstand wählen lassen. Sie können ein Zweites tun. Wenn Sie ihn vom geschäftsführenden Vorstand wählen, hat es aber keine gesetzgeberische Gültigkeit. Es kann erst in Gültigkeit treten, wenn die neue Satzung vom Parteitag angenommen ist.

Nun ist es doch so: Es gibt keinen eigentlichen Unterschied zwischen dem geschäftsführenden und dem Gesamtvorstand. Es gibt nur einen Vorstand, von dem der geschäftsführende Vorstand ein Teil ist, also es können doch praktisch die Männer des geschäftsführenden Vorstandes gewählt werden. Aber gesetzlich festlegen müssen Sie es, wenn Sie es sofort geltend machen wollen. Es muß

53 § 13, alte Satzung: „Zur Bearbeitung von Sondergebieten der politischen und organisatorischen Parteiaufgaben kann der Vorstand aus Mitgliedern der Partei Ausschüsse bilden. Ihre Vorsitzenden werden vom Vorstand berufen. Diese Ausschußvorsitzenden berufen die Mitglieder ihrer Ausschüsse nach Einholung von Vorschlägen der Landesverbände. Die Zusammensetzung eines Ausschusses ist vom Vorstand zu bestätigen. Der Parteitag kann Änderungen in der Zusammensetzung eines Ausschusses beschließen." Ebd.

nicht heißen: Der geschäftsführende Vorstand wählt zu Beginn des Geschäftsjahres einen Ausschuß, sondern es muß heißen: „Der Vorstand wählt zu Beginn des Geschäftsjahres einen Ausschuß, der aus ... Leuten besteht."

Wenn Sie es so machen, haben Sie die Grundlage der Statuten-Verzahnung, daß sich der Vorstand nach den Statuten eine eigene Geschäftsordnung gibt, und Sie können dann sofort zur Wahl schreiten und brauchen nur zu überlegen, aus wieviel Leuten er besteht und welche Aufgaben er zu bewältigen hat. Dann sollten Sie sich überlegen, soll es so gemacht werden, daß unter Umständen von den Landesverbänden nur eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern hereinkommt. Eins scheint mir jedoch selbstverständlich zu sein, daß der rechnungsführende Schatzmeister mit drin sein muß, denn es wäre ein Nonsens, wenn er nur mit beratender Stimme vertreten wäre.

Franz BLÜCHER: Wir stellen doch jetzt schon das Folgende fest: Die Mehrheit ist für die Erstellung eines Ausschusses. Jetzt handelt es sich noch darum, soll er aus dem geschäftsführenden oder Gesamtvorstand gewählt werden. Nach den Ausführungen von *Bezold,* wenn wir es satzungsmäßig in Ordnung bringen wollen, und auch nach den Ausführungen verschiedener anderer kann nur der Vorstand in Frage kommen, und das ist der Gesamtvorstand. Wegen des Sofortgültigwerdens würde ich dies vorschlagen.

Dann die dritte Frage: Wie groß soll der Ausschuß sein?

Die nächste Frage ist die der Zuständigkeit. Das ist bereits besprochen worden; es müßte aber noch schriftlich genau festgelegt werden.

Als letztes dann die Frage der Personen.

ONNEN: Ich bin der Auffassung, das alles ist nicht genügend durchdacht, und wir werden diesen Beschluß demnächst wieder aufheben. Ich schlage vor, Abstimmung darüber, ob ein oder zwei Ausschüsse.

Dr. MIDDELHAUVE: Nach den bisherigen Satzungen soll nach § 15 das Abrechnungsverfahren – nur das – durch den Finanzierungsausschuß – der Ausdruck ist falsch, Herr *Rubin* warnt davor mit Recht – überwacht werden. Das übergibt man einem Mann, zu dem man Vertrauen hat. Bisher war die Arbeit des Bundesschatzmeisters erfolgreich, und man sollte nicht einen Ausschuß bilden, der sich mit Dingen befaßt, die so delikat sind. Ich bitte mich recht zu verstehen, wenn ich diesen Ausdruck gebrauche. Diese Dinge können nicht in einem Ausschuß beraten werden. Finanzierungsfragen sind bisher auch nicht vom Organisationsausschuß behandelt worden.

§ 15 verkoppelt mit dem Organisationsausschuß: Dieser Organisationsausschuß hat bis jetzt nicht die Funktion eines Hauptausschusses gehabt. Aber man merkt ja doch, worauf die Debatte hinausgeht. Ich darf Herrn *Haußmann* an sein eigenes Rundfunkinterview erinnern.[54] Alles geht nur auf den

54 Im Süddeutschen Rundfunk am 25. 11. 1952 um 19.10 Uhr. Auf die Feststellung des befragenden Journalisten: „Erfahrung sagt nun doch, Herr Dr. *Haußmann,* daß es innerhalb einer Partei auf die Beherrschung des Apparates ankommt. Nach dem allen, was sich abgespielt hat, wird Dr. *Middelhauve* den Parteiapparat der FDP beherrschen. Er soll ja die Bundestagswahl organisieren", hatte *Haußmann* geantwortet. „Wir glauben nicht, daß Dr. *Middelhauve* in der

Kernpunkt hinaus. Es ist bedauerlich. Der Organisationsausschuß hat nichts anderes als sachliche Arbeit geleistet, und es ist gleichgültig, ob diese Arbeit *Dehler, Mayer* oder *Rubin* geleistet hat. Sie machen dabei einen Fehler: Sie können nicht Aufgaben des geschäftsführenden Vorstandes von Mitgliedern des Gesamtvorstandes regeln lassen. Sie können nicht Mitglieder des Organisationsausschusses aus dem Gesamtvorstand wählen.

Franz BLÜCHER: Es ist ein anderer Vorschlag gemacht worden. Der Organisationsausschuß ist ein aus dem Gesamtvorstand gewählter Ausschuß, der zunächst dem geschäftsführenden Vorstand berichtet.

BEZOLD: Sie können die Grundvorschrift ändern, dann gilt aber die Regelung erst, wenn es vom Parteitag angenommen worden ist. Wenn Sie es sofort geltend machen wollen, dann können Sie keine Statuten geben und dann darüber hinweggehen.

STEGNER: Ein geschäftsführender Vorstand kann doch einen Unterausschuß bilden ohne statuarische Verhinderungen?

BEZOLD: Aber nicht, wenn das Umgekehrte darin steht!

RUBIN: *Bezold,* Sie haben sich versehen, hier handelt es sich doch um Fachausschüsse. Das ist doch etwas anderes. Es handelt sich da um Wirtschaftspolitik, Kriegsgefangenenausschuß usw.

Dr. LEVERENZ: Vor der Abstimmung möchte ich noch eines klären. Wir sind doch heute morgen uns darüber einig gewesen, daß die Ausschüsse nur Hilfsorgane der Partei sind. Sie haben nichts weiter zu machen, als Dinge vorzubereiten und zur Beschlußfassung den zuständigen Gremien vorzulegen. Darüber sollten wir einen Beschluß fassen. Wenn dieser Ausschuß Beschlüsse fassen kann, dann wehre ich mich dagegen mit Leidenschaft. Stellen Sie diese Frage zur Entscheidung!

Franz BLÜCHER: Es geht eben darum, daß dieser Ausschuß bestimmte unvermeidliche Beschlüsse fassen kann, es geht tatsächlich darum.

ONNEN: D. h., man will dem Gesamtvorstand Befugnisse wegnehmen und sie auf einen besonderen Ausschuß übertragen?

Franz BLÜCHER: Darf ich nun wirklich einmal etwas sagen? Es ist doch von *Leverenz* nur falsch formuliert worden. Es ist doch selbstverständlich, daß ein derartiger Organisationsausschuß in einem bestimmten, ihm vom geschäftsführenden Vorstand gezogenen Rahmen Beschlüsse fassen kann, wie *Dehler* z. B. richtig sagte, Papiereinkauf usw.

Ich habe wiederholt versucht zu klären. Es geht doch tatsächlich jetzt nur, nachdem zwei Ausschüsse abgelehnt wurden, um die eine Frage: Soll der Ausschuß vom Gesamt- oder geschäftsführenden Vorstand gewählt werden. Das

---

Lage sein wird, einen einseitigen Einfluß auf den sogenannten Parteiapparat, das würde bedeuten die Bundesgeschäftsstelle, auszuüben. Um eine gemeinsame Linie auch für die Frage der Organisation der Bundestagswahl zu bekommen, wird es notwendig sein, daß sich der geschäftsführende Vorstand und bei wichtigen Fragen der Gesamtvorstand alle Entscheidungen vorbehält." ADL, Ordner-Nr. 1059.

ist die Kardinalfrage auf diesem Gebiet, wobei ausgeführt worden ist, daß dieser Ausschuß zunächst unmittelbar dem geschäftsführenden Vorstand zur Rechenschaft verpflichtet sein muß, wenn er vom Gesamtvorstand gewählt wird. Dagegen besteht die Ansicht, daß dies nicht möglich sei. Das sind die zwei schwankenden Pole.

Dr. LEVERENZ: Es sind doch immer zwei andere Aufgaben. Wir sprechen vom Grundsätzlichen, der Finanzierungsfrage, wie die Gelder verteilt werden, was gemacht wird usw. Papiereinkauf ist doch etwas anderes.

RADEMACHER: Ich finde es unerhört, die Arbeitsweise, bzw. es so zu deuten, daß es die Aufgabe des Organisationsausschusses sei, Papier einzukaufen.

ONNEN: Es steht fest, der geschäftsführende Vorstand kann genauso wie der Gesamtvorstand Unterausschüsse bilden, wie er will. Aber der Gesamtvorstand kann dem geschäftsführenden Vorstand nicht das Recht nehmen, daß er Unterausschüsse bildet. Der Vorschlag *Wellhausen* ist etwas anderes. Hier will man einen Ausschuß bilden, der die Befugnisse völlig verlagert. So etwas kann nur geschehen, wenn wir das im Hauptausschuß satzungsmäßig ändern. Wir müssen hier feststellen, was wir wollen. Dieser Finanzierungsausschuß – dafür bin ich absolut – soll nicht so heißen, sondern einen anderen Namen bekommen, und dann ist die Möglichkeit gegeben, die Abrechnungen zu kontrollieren. Wir dürfen aber die Dinge nicht durcheinanderbringen.

STEGNER: Ich stelle den Antrag: II, 6 des Vorschlages *Dehler*[55] anzunehmen mit dem Zusatz, daß der Organisationsausschuß beauftragt ist, nach jeder Sitzung an den geschäftsführenden Vorstand einen Bericht zu geben.

RADEMACHER: Ich erhalte meinen Antrag aufrecht.

Dr. VON RECHENBERG: Dieser Antrag ist nicht satzungsgemäß. Hier soll auf einen fünfköpfigen Ausschuß die große Aufgabe verlagert werden. Wozu wählt man dann den geschäftsführenden Vorstand?

Franz BLÜCHER: Das Gebiet ist wieder verschoben worden. Jetzt sprechen wir über zwei verschiedene Ausschüsse. Erst einmal über den Organisationsausschuß, der die Tätigkeit in der bisherigen Form leistet. *Rademacher* hat einen Antrag gestellt, daß er erweitert wird.

RADEMACHER: plus § 15, 3 (Satzung).[56]

Dr. DEHLER: Nennen wir es doch nicht Organisationsausschuß, sondern Organisationskomitee, um darzustellen, daß es kein Ausschuß wie § 13 ist. Frage: Besteht ein Zusammenhang mit dem Finanzierungsausschuß? Nach meiner Meinung: nein. Scheidet also aus, denn dieser Finanzierungsausschuß muß nicht aus Mitgliedern des Gesamtvorstandes bestehen. Also wir gründen ein Organisationskomitee, die Struktur bestimmt der Gesamtvorstand. Nun sind zwei Möglichkeiten gegeben: Wir berufen bzw. wer beruft? Ich habe vorgesehen, der geschäftsführende Vorstand. Man kann beides tun, ich sehe keine Schwierigkeiten, aber wir müssen einig werden. Soll der Gesamtvorstand be-

55 Siehe Anm. 46.
56 Siehe Anm. 51.

rufen oder der geschäftsführende Vorstand? Zweite Frage: Aus welchen Mitgliedern kann das Komitee bestehen? Nur aus geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern oder aus Mitgliedern des Gesamtvorstandes? Nach meiner Meinung nur aus Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes, denn es sollen ja Entscheidungen gefällt werden.

Dr. WELLHAUSEN: Ich bin ein wenig Jurist, daß ich weiß, daß ein Ausschuß nicht die Befugnisse eines Vorstandes, eines geschäftsführenden oder eines Gesamtvorstandes, aus der Welt schaffen oder übernehmen kann. Das kommt nicht in Frage. Es muß doch erlaubt sein, darüber eine Abstimmung herbeizuführen, ob dieser Organisationsausschuß aus dem geschäftsführenden oder Gesamtvorstand gewählt wird oder nicht. In einem Punkte unterscheide ich mich von *Dehler*. Ich bin der Meinung, er wird gewählt durch den Gesamtvorstand aus Mitgliedern des Gesamtvorstandes. Dies ist nun mal unsere Ansicht.

Franz BLÜCHER: erste Frage ist: Soll die Wahl durch den geschäftsführenden oder Gesamtvorstand erfolgen?

Die ganze Geschäftsordnung muß vom Gesamtvorstand beschlossen und vom Hauptausschuß genehmigt werden.

Dr. SANDER: Es gibt nach der alten und neuen Satzung keine nicht vom Gesamtvorstand an sich zu ziehende ausschließliche Kompetenz des geschäftsführenden Vorstandes. Deswegen kann der Gesamtvorstand souverän entscheiden, ob die Aufgaben im Bereich des geschäftsführenden Vorstandes liegen.

Es ist doch so, daß der Gesamtvorstand Beschlüsse des geschäftsführenden Vorstandes jederzeit an sich ziehen kann. Mir scheint die Frage in dieser Beziehung sehr deutlich zu sein.

Die zweite Frage ist dann allerdings: Woher sollen die Mitglieder genommen werden, was ist zwingend für die Aufgabenstellung?

Dr. MIDDELHAUVE: Der Gesamtvorstand kann vielerlei Funktionen an sich heranziehen. Wenn er aber organisatorische Fragen sowie politische Aufgaben dem geschäftsführenden Vorstand überläßt, müssen sie dort verbleiben.

Dr. VON RECHENBERG: Er kann aber nicht über den Parteitag hinausgehen. Ich habe im Beirat Leute, die sind Geschäftsführer und welche, die nicht Geschäftsführer sind; die Aufgabe entscheidet.

ONNEN: Hier wird der geschäftsführende Vorstand in seiner Grundkonzeption abgeschafft.

Franz BLÜCHER: Es ist eine Zweiteilung der Frage:

1. Berufung durch den Gesamtvorstand oder den geschäftsführenden Vorstand?
2. Wahl der Mitglieder aus dem geschäftsführenden oder Gesamtvorstand?

Dr. MIDDELHAUVE: Der Gesamtvorstand kann alle Dinge an sich ziehen. Solange er das nicht tut, müssen sie beim geschäftsführenden Vorstand bleiben.

Dr. VON RECHENBERG: Der Vorstand besteht doch aus den geschäftsführenden Vorsitzenden der Landesverbände und [dem] geschäftsführenden Vorstand.

ONNEN: Das gibt einen geschäftsführenden Vorstand ohne Geschäftsordnung.

Dr. WELLHAUSEN: Es liegt doch darin, daß der Organisationsausschuß dem geschäftsführenden Vorstand verantwortlich ist.

Dr. DEHLER: Das ist unbestritten.

STEGNER: Die Diskussion verschiebt sich unentwegt.

RADEMACHER: *Dehler* hat die Dinge sehr klar dargestellt. Es muß abgestimmt werden: Der Organisationsausschuß untersteht dem geschäftsführenden Vorstand.

Franz BLÜCHER: *Rademacher* hat beantragt: fünfköpfig und dem geschäftsführenden Vorstand unterstellt.

Dr. DEHLER: Wer ist dafür, daß der Gesamtvorstand die Mitglieder des Organisationsausschusses wählt?

Abstimmung: 13 dafür, 8 dagegen, eine Enthaltung.

[DEHLER:] zweite Frage: Wird dieser Organisationsausschuß aus Mitgliedern des Gesamtvorstandes gewählt?

Abstimmung: 13 dafür, 9 dagegen.

BEZOLD: Also Seite 3, II, 6 letzter Absatz (Geschäftsordnung) heißt dann: „Der Vorstand wählt zu Beginn des Geschäftsjahres einen Organisationsausschuß, der aus Mitgliedern des Gesamtvorstandes gebildet wird."

Dr. DEHLER: die Frage der Zahl. Ich schlage vor: vier plus Schatzmeister.

Abstimmung: 16 dafür, 5 dagegen.

[DEHLER:] Frage b: Auf wieviel Mitglieder bezüglich der Landesverbände soll das beschränkt werden? Vorgeschlagen war: Dabei soll jeder Landesverband nur mit einem Mitglied vertreten sein.

Dr. WELLHAUSEN: Das ist eine Anregung und nicht ein Antrag.

Dr. DEHLER: Der Antrag ist zurückgezogen. Wir nehmen den Antrag *Stegner* an.

Franz BLÜCHER: Wir kommen da nicht weiter, wenn wir heute nicht Beschlüsse fassen, die wir dem Hauptausschuß vorlegen.

Dr. VON RECHENBERG: Hier ist ja jetzt eine ganz neue Grundlage. Im Hauptausschuß geht das nicht durch. Es wäre heute schon nicht durchgegangen, wenn wir hier anders besetzt wären.

WILL: Ich bin für den Landesverband Berlin da.

Dr. DEHLER: Ich schlage vor, heute schon, vorbehaltlich des Hauptausschusses, das Komitee zu wählen.

FRÜHWALD: nach den neuen oder nach den alten Satzungen?

Dr. DEHLER: Ich bitte um Abstimmung, ob heute schon zu wählen ist:

Abstimmung: 15 dafür, 6 dagegen.

Dr. DEHLER: Ich schlage Ernst *Mayer* vor und würde seine Stellvertretung übernehmen.

Franz BLÜCHER: Es ist ein Thema angesprochen worden, worüber wir uns bereits einig waren, daß Ernst *Mayer* während seiner Abwesenheit vertreten werden kann.

Dr. MENDE: Wählen wir doch zu den bisherigen drei noch zwei dazu.

BEZOLD: Wie wollen wir wählen?

Dr. VON RECHENBERG: Das steht doch nicht einmal auf der Tagesordnung.

Franz BLÜCHER: Aber das gehört doch zur Konstituierung.

Dr. LÜDERS: Wir sprechen jetzt fünf Stunden, um Grundlagen für die Parteiarbeit zu gewinnen. Wir müssen doch die Vorschläge so vorbereiten, daß der Hauptausschuß etwas vorfindet.

Franz BLÜCHER: Ich schlage vor: *Middelhauve, Dehler* als Vertreter von Ernst *Mayer, Rademacher, Stegner, Eberhard.*

STEGNER: Ich lehne ab.

Dr. LEVERENZ: *Stegner,* Sie haben so viel organisatorische Fähigkeiten, nehmen Sie doch an.

STEGNER: Ich habe so viel zu tun für meinen eigenen Landesverband. Die Kritik am Vorstand ist deshalb so groß, weil jeder zu viele Ämter hat, die er nicht bewältigt.

BEZOLD: Ich wiederhole: *Middelhauve,* Ernst *Mayer,* vertreten durch *Dehler, Rademacher, Stegner.* Angenommen?

EBERHARD: Ich verzichte zugunsten *Stegners.*

Dr. HAUSSMANN: Ich bitte um schriftliche Abstimmung.

Dr. VON RECHENBERG: Das haben wir im Vorstand noch nie gemacht.

Franz BLÜCHER: Ich stelle fest, Abstimmung: angenommen.

BEZOLD: Wir kommen zu II, 7 im Vorschlag *Dehler.*[57]

Franz BLÜCHER: Die Politik reist heute sehr schnell für Stellungnahmen.

BEZOLD: Stellungnahmen grundsätzlich. Wenn die Partei sich überlegt, wie sie zu einer Streitfrage steht, wenn zu den einzelnen Tatsachen sofort Verlautbarungen herausgegeben werden sollen.

Franz BLÜCHER: Wir haben sofort nach München darüber Beschluß gefaßt und zu Protokoll gegeben, daß bei allen wichtigen Fragen der Vorsitzende mit zwei anderen Herren diskutiert und sich dann äußert. Meistens war *Ungeheuer* dabei. Es ist nur einer aus der Reihe getanzt. Wir sollten diese Bestimmung nicht in die Geschäftsordnung aufnehmen.

---

57 „Politisch wichtige Beschlüsse und Stellungnahmen des geschäftsführenden Vorstandes dürfen lediglich durch die vom geschäftsführenden Vorstand hierzu ermächtigten Parteisprecher veröffentlicht werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich hierbei um eine Festlegung der Partei in einem bestimmten Sinne handelt."

RADEMACHER: Das muß also umformuliert werden.

Franz BLÜCHER: Ich bin dafür, II, 7 zu streichen und darüber eine eingehende Beratung anzusetzen.

RADEMACHER: Sie können aber doch nicht sagen, ich bin nicht befugt, zu dem oder jenem etwas zu sagen. Ich schlage vor, Punkt II, 7 des *Dehler*-Vorschlages an den geschäftsführenden Vorstand zu überweisen.

[BUNDESSCHATZMEISTER-BESCHLUSS NACH § 181 BGB]

Franz BLÜCHER: Wir haben keinen Beschluß gefaßt bezüglich der gleichzeitigen Tätigkeit des Schatzmeisters als Bundesschatzmeister und Landesschatzmeister von Nordrhein-Westfalen. Es hat sich herausgestellt, daß ein Beschluß notwendig ist nach § BGB 181.[58]

Dr. HAUSSMANN: So viel ich mich an Ems erinnere, wurde da in Aussicht gestellt, daß die Fragen, die noch offen waren, innerhalb von 14 Tagen im Vorstand durch Herrn *Ullmann* aufgeklärt werden sollten. Ich nehme an, daß die Anwesenheit von Herrn *Ullmann* dem gilt. Darf ich fragen, ob dies heute zu erwarten ist?

Franz BLÜCHER: Ich bin der Ansicht gewesen, daß es heute unvermeidlich war, Grundlagen für unsere Arbeit zu schaffen, und daher habe ich auch diesen Punkt mit hereingenommen, und in diesem Zusammenhang ist auch vereinbart worden, daß Herr *Ullmann* da ist. Ich bitte Herrn *Ullmann,* vorzutragen und gleichzeitig bestimmte Vorschläge für die demnächstige Beschlußfassung des Vorstandes zu machen. So war der Sachverhalt.

ULLMANN: Ich danke Herrn Vizekanzler *Blücher* sehr, daß er mir die Gelegenheit gibt, Dinge zu sagen, die wir als Rechnungsprüfer auf dem Parteitag nicht gesagt haben, weil ich mich davon überzeugt habe, daß es zweckmäßig ist, hier die Fragen zu klären.

Bei der vorbereitenden Prüfung der Vorgänge, über die der Herr Bundesschatzmeister bereits berichtet hat, also die Zeit bis zum 30. 9. 1952 haben wir feststellen müssen, daß eine Reihe von finanziellen Maßnahmen im Organisationsausschuß beschlossen und durchgeführt worden ist, die sich finanziell ausgewirkt haben, für die aber nach den bisherigen Satzungen und Protokolldarlegungen – ich habe die Protokolle durchgesehen – keine Unterlagen geschaffen sind. Um zu vermeiden, daß diese Angelegenheiten beim nächsten Parteitag besprochen werden, scheint es mir notwendig zu sein, daß alle diese Sachen irgendwie sanktioniert werden vom zuständigen Organ, da wir sonst es beanstanden müßten. Formell ist es so, daß im geschäftsführenden Vorstand

58 § 181 BGB hat folgenden Wortlaut: „Ein Vertreter kann, soweit nicht ein anderes ihm gestattet ist, im Namen des Vertretenen mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten ein Rechtsgeschäft nicht vornehmen, es sei denn, daß das Rechtsgeschäft ausschließlich in der Erfüllung einer Verbindlichkeit besteht."

beschlossen wurde hinsichtlich des Organisationsausschusses, daß gewisse Vollmachten zur Behandlung von Routineangelegenheiten dem Organisationsausschuß erteilt werden müssen. Darüber hinaus bleiben die Entscheidungen dem geschäftsführenden Vorstand vorbehalten (Protokoll vom 6. 11. 1951). Es haben sich eine Menge von erforderlichen Maßnahmen ergeben, die vom Organisationsausschuß beschlossen worden sind und von der Geschäftsführung durchgeführt wurden. Ich wäre dankbar, wenn grundsätzlich für derartige Fragen die Genehmigung erteilt würde, damit diese Sachen nicht beanstandet zu werden brauchen.

Franz BLÜCHER: Ich möchte alles, was geschehen ist, durch Beschluß sanktionieren, sonst bekommen wir keinen klaren Start. Wir sind bereits am Ende des Geschäftsjahres. Das bezieht sich grundsätzlich auf die laufende Geschäftsführung, Gehaltsfestsetzungen, Lautsprecherwagen usw. Ich wäre dankbar, wenn das noch im Laufe dieses Geschäftsjahres geschieht.

ULLMANN: Ich möchte noch weiter darauf aufmerksam machen, daß am 18. 4. 1952 der Bundesschatzmeister eine Änderung des zwischen Nordrhein-Westfalen und Bonn getroffenen Finanzierungsabkommens vorgeschlagen hat, und am 12. 6. 1952 wurde im Organisationsausschuß folgender Beschluß gefaßt: „Das Finanzabkommen zwischen der Bundesgeschäftsstelle und dem Landesverband Nordrhein-Westfalen wird auf das Verhältnis 70 : 30 festgesetzt."

Das vorherige Abkommen war dermaßen geregelt, daß vorab monatlich 30 000 DM nach Nordrhein-Westfalen gingen und der Rest 50 : 50 geteilt wurde, was ungefähr einem Verhältnis von 65 : 35 entspricht, vielleicht auch weniger.

Dieser Beschluß ist dann sofort mit Rückwirkung vom 1. 1. 1952 in die Tat umgesetzt worden. Auch hierüber müßte nach meiner Meinung ein Beschluß von dem zuständigen Gremium gefaßt werden.

Ich spreche auch im Einverständnis mit meinem Kollegen *Kussmaul.* Wir haben deshalb auch in unserem Bericht zum Ausdruck bringen wollen, daß wir gewisse Bedenken dagegen haben, daß der Bundesschatzmeister zugleich auch Landesschatzmeister ist, aus der Erwägung heraus, daß es sehr schwer ist, zwei Seelen in einer Brust zu haben, weil doch immer die Gefahr der Kritik besteht.

Das andere war die grundsätzliche Frage der Verteilung der Beträge überhaupt. Es ist bisher so, daß bei dem Aufkommen regional eine Verteilung stattfindet. Wieviel von dem Aufkommen ist durch Bundesaktion (*Weisner*) da, wieviel stammt von Firmen, die ihren Sitz in dem betreffenden Landesverband haben? Diese Summe wird zugeschlagen zu der Summe, die der Landesverband selbst aufgebracht hat, und dann wird die Summe zwischen Bonn und dem Landesverband geteilt. Das führt im Durchschnitt zu folgenden Ergebnissen:

Es liegt vor die Aufstellung September 1951/1952. In dieser Zeit sind den Landesgeschäftsstellen zugeflossen 1 966 000 DM, und zwar entfallen davon 1 163 000 DM auf Nordrhein-Westfalen, während der Rest sich auf die anderen elf Landesverbände verteilt, wobei der kleinste Betrag Bremen ist mit 19 526,15 DM. Wir glauben, daß hier eine grundsätzliche Änderung stattfin-

den sollte, und zwar sollte man sich doch auch auf diesem Gebiet mehr als eine Bundespartei betrachten und nicht als eine Summe von verschiedenen Landesverbänden. Ich gebe die Anregung, daß die bestehenden Verträge so schnell wie möglich geändert werden, was leicht geschehen kann, da *Rubin* ja auch Geschäftsführer der Vereinigung ist, indem das gesamte Aufkommen nicht regional verteilt wird, sondern daß man das Aufkommen zusammenschlägt und nach einem anderen Schlüssel verteilt. Ich habe mir ausgerechnet, wie sich die Verteilung stellen würde, wenn man nach der Bevölkerungsziffer oder nach den letzten Wahlstimmen verteilen würde. Dann schwanken wir zwischen 24 000 [DM] und 556 000 [DM] bzw. zwischen 28 000 [DM] und 420 000 [DM]. Das scheint auch deshalb empfehlenswert, weil es so leichter möglich ist, den kranken Landesverbänden, ich meine jene, die nicht so viel Aufkommen haben, zu helfen, um dort die Organisation weiter zu betreiben. Eine Art Finanzausgleich könnte auf diese Art erreicht werden. Ich habe mich sehr konzentriert in meinen Ausführungen und in dem, was ich vortragen wollte. Sollten noch weitere Fragen gestellt werden, bin ich gern bereit, sie zu beantworten.

Franz BLÜCHER: Ich glaube, wir sollten die Aussprache teilen. Wir sollten nicht in eine Aussprache eintreten, sondern erst direkte Fragen stellen zum besseren Verständnis des von Herrn *Ullmann* Vorgetragenen. Wünscht jemand eine Ergänzung?

RUBIN: Wäre es nicht das Zweckmäßigste, daß ich von meiner Seite die Dinge vortrage, dann wäre doch die Diskussion sinnvoller?

Mir kommt es zunächst auf folgendes an, zu erläutern, wie es zur Änderung dieses Vertrages gekommen ist, weil an diesem Punkt sicher eine Menge von Dingen, Verdächtigungen und Mißverständnissen hängen.

RADEMACHER: Ich glaube, man müßte zunächst einmal eine Vorfrage klären. Ich kann es durchaus verstehen, und ich würde mich in meinem Landesverband genauso verhalten, nämlich die Frage, wer bringt die Gelder auf, wer beschafft sie, nicht regional, sondern durch welche Tätigkeit und durch welche Aktion? Werden diese großen Beträge, von denen Herr *Rubin* leider öffentlich in der Parteiveranstaltung gesagt hat, daß 73 % aus Nordrhein-Westfalen kommen, was von der Presse hellhörig aufgenommen wurde, in erster Linie von den betreffenden Landesverbänden aufgebracht, oder entspringt es der Aktivität der Bundeszentrale? Weitere Fragen möchte ich nicht stellen, es sind Schlußfolgerungen, die sich von selbst ergeben.

STEGNER: Zusätzlich möchte ich etwas bemerken. Es ist natürlich klar, daß ein Landesverband wie Nordrhein-Westfalen aufgrund seiner Industrie größere Beträge aufbringen kann als wie wir in Niedersachsen. Wenn ich an meinen Landesverband denke, der so gering industrialisiert ist, da können Sie, Herr *Rademacher,* eine Aktivität entwickeln, wie Sie wollen, Sie kommen über ein gewisses Optimum nicht heraus. Darin liegt schon ein Teil der Frage beantwortet, die Sie gestellt haben. Deshalb sind wir interessiert an einem finanziellen Lastenausgleich, weil die schlecht gelagerten Landesverbände bei der bäuerlichen „Gebefreudigkeit" selbstverständlich stark ins Hintertreffen geraten

und große Mühe haben, ihre Organisation auszubauen. Also, hierüber sollte man sich Gedanken machen.

Ich glaube, aus Ihren Worten entnommen zu haben, daß die Finanzierung sich nicht auf die Parteigremien bezieht, sondern sich aufgrund von Gesellschaften abspielt. Wir haben in Niedersachsen eine scharfe Trennung gemacht, und zwar „Gesellschaft zur Förderung der Niedersächsischen Wirtschaft" und „Freie Demokratische Partei".[59]

ULLMANN: Wenn man mit dem Letztgenannten anfangen soll, so muß ich sagen, die Verträge wurden geschlossen zwischen der Vereinigung und der GmbH auf der einen Seite und auf der anderen Seite den Landesverbänden.

STEGNER: Bei uns sind diese geschlossen zwischen der Vereinigung und der Gesellschaft zur Förderung der Niedersächsischen Wirtschaft.

ULLMANN: Die Verträge sind leider mit den Landesverbänden geschlossen worden.

Nun wurde ich gefragt, wie es mit dem Aufkommen ist. Es ist so, die Aufstellung liegt mir vor für Nordrhein-Westfalen für die ersten zehn Monate des Jahres 1952. Das Eigenaufkommen Düsseldorfs, d. h. die Gesellschaften von Nordrhein-Westfalen haben erbracht rund 445 000 [DM]: Ein weiterer Posten von 1 031 000 Mark stellt das Aufkommen dar, das laut der mir vorliegenden Aufstellung bezeichnet ist mit Dr. *Weisner.* Das sind die Sachen, die von ihm aus netto gesammelt worden sind. Ich glaube, damit ist Ihre Frage, *Rademacher,* beantwortet.

Dr. LÜDERS: Kommt vielleicht das anscheinend sehr hohe Aufkommen von Nordrhein-Westfalen daher, weil dort ein großer Teil der Firmen ihre Bankverbindungen hat?

ULLMANN: Sie haben ihren Geschäftssitz dort.

Franz BLÜCHER: Zunächst wird wohl *Rubin* den Anspruch haben zu berichten. Es scheint mir auch, daß das eine Frage ist, die wir heute hier nicht in irgendeiner Weise beantworten können. Was uns bis zum Jahresende obliegt, sind zwei Dinge: Das, was im Laufe dieses Geschäftsjahres geschehen ist, muß sanktioniert werden, und die Eigen-Kontrahierungen.

RUBIN: zu Punkt 1: Änderung des Finanzabkommens:

Herr *Ullmann* hat richtig berichtet, als er sagte, daß ursprünglich das Land ein Vorab vom 30 000 [DM] hatte und daß die darüber hinausgehenden Beträge hälftig geteilt wurden. Für die weitere Beurteilung ist wichtig, sich folgende Zahlen vor Augen zu halten:

---

59 Zur finanziellen Lage des niedersächsischen Landesverbandes und zu der erwähnten Gesellschaft H. G. MARTEN, 1978, S. 305–325.

Monat	Düsseldorf (i. v. H.)	Bonn (i. v. H.)
Januar	96,1	3,9
Februar	83,1	16,7
März	94,2	5,8
April	65,6	34,4
Mai	85,7	14,3
Juni	74,3	25,7
Juli	73,2	26,8
August	62,4	37,6

An dieser Stelle halte ich ein. Praktisch war das Verhältnis Landesverband zum Bundesverband im Durchschnitt 80 % und mehr für Düsseldorf. Im August trat eine Änderung ein, weil die Arbeit von beiden Seiten stark forciert wurde. Der Landesverband mußte davon ausgehen, wenn sich jetzt eine wesentliche Umdrehung des Verhältnisses bemerkbar macht, kann er das nicht ohne weiteres hinnehmen. Es war vom Landesverband dem Bundesverband geschrieben worden, das Verhältnis der Verträge (von Ernst *Mayer* und *Middelhauve* abgeschlossen) droht sich zuungunsten von Düsseldorf auszuwirken, daß eine Änderung gefunden werden muß. Der Organisationsausschuß hat sich dann mit diesen Dingen beschäftigt. Für die restlichen Monate war das Bild folgendes:

Monat	Düsseldorf (i. v. H.)	Bonn (i. v. H.)
September	61,3	38,7
Oktober	58,2	41,8
November	62,5	37,5
Dezember	63,0	37,0

Das Verhältnis wurde für Düsseldorf immer ungünstiger. Der Sinn der Übung war an und für sich, daß ein kleiner Teil des Aufkommens der Bundeszentrale zur Verfügung gestellt werden sollte, und wir haben uns dann im Organisationsausschuß bemüht, einen fairen Vorschlag zu finden. Wir haben auch weiter gesagt, es ist ausgeschlossen, daß 80 – 90 % für Düsseldorf und nur 10 – 20 % für die Bundesgeschäftsstelle bleiben, und es ist klar herausgestellt worden, daß ein bestimmter Etat gedeckt werden muß. Wir haben uns dann im Organisationsausschuß die Frage vorgelegt, welches ist der Etat, auf den Nordrhein-Westfalen Anspruch hat und Anspruch erheben kann, und das Ergebnis war 70 : 30, das noch ungünstiger war als die Ausgangszahlen, die den Etat für Nordrhein-Westfalen deckten und der Bundespartei alle Mittel, 73 %, von Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt wurden.

Es ist also nicht so, daß das Verhältnis zugunsten, sondern zuungunsten von Nordrhein-Westfalen geändert wurde. Einerseits mußte berücksichtigt werden, daß man den Bedarf von Nordrhein-Westfalen in erster Linie decken mußte. Ich habe im Vergleich zu dem Vorjahr, wo 53 % von Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt wurden, wesentlich mehr für Bonn als Schatzmeister getan.

Ich darf bemerken, daß sich *Middelhauve* als befangen erklärt hat und sich zu dieser Frage nicht äußerte. Wir kamen dann im April zu dieser Lösung und waren der Ansicht, daß das ein fairer Kompromiß sei.

Ich darf auch noch darauf hinweisen, daß von Nordrhein-Westfalen alle Mittel, die aufgebracht werden, der Bundespartei zur Kenntnis und zur Verrechnung gelangen. Dies ist nicht der Fall in Bayern, nicht restlos der Fall in Hessen, in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz schon gar nicht, bei Schleswig-Holstein und Berlin kann es nicht in Frage kommen, in Südbaden ist die Erfassung nicht gewährleistet.

Die Verträge, die mit den Landesverbänden abgeschlossen waren – von Ernst *Mayer* –, waren sehr unterschiedlich. Bayern: Das eigene Aufkommen verbleibt in Bayern, nur die Mittel über Bonn werden 50 : 50 geteilt, Berlin verbleibt. Bremen: 25 : 75. In Hamburg verbleiben 55 % dem Landesverband und 45 % der Zentrale. Diese Regelung ist geändert auf 75 % Landesverband und 25 % Bonn. Hessen: Gesamteingänge, die wir nicht restlos kennen, 80 % Landesverband, 20 % Zentrale. Niedersachsen: gleichfalls 80 % Landesverband, 20 % Bonn. Die Mittel über Bonn gehen zu 60 % [an] Landesverband und 40 % [an] Zentrale. Rheinland-Pfalz behielt die Beträge zu 100 % und darüber hinaus Zuschüsse. Schleswig-Holstein verblieb das ganze Aufkommen, darüber hinaus Zuschüsse in den letzten Monaten 10 000 [DM]. Süd-Baden verblieben die Mittel restlos dem Landesverband. Württemberg-Baden verblieben 90 % der aufgebrachten Mittel, 10 % der Zentrale. Württemberg-Hohenzollern: Vereinbarung: Teilung des Gesamtaufkommens.

Ich glaube, wenn Sie diese Relation sich vor Augen halten, werden Sie im Durchschnitt darauf kommen, daß etwa 75 bis 80 % der uns benannten Mittel aus den meisten Landesverbänden diesen verbleiben, so daß die Relation 70 : 30 unter dem Durchschnitt bleibt.

Dann darf ich weiter darauf hinweisen: Ich habe anfangs meiner Tätigkeit den Optimismus besessen, daß es möglich wäre, diese Verträge mit den Landesverbänden vereinheitlichen zu können und auf diesem Wege zu einem stärkeren Finanzausgleich zu kommen.

Es ist dies dann im geschäftsführenden Vorstand beraten worden, und man hat sich darüber verständigt, daß es besser ist, in den Dingen im Augenblick nicht zu rühren, da die verschiedenen Entwicklungen nicht zu übersehen waren und es für besser gelten wurde, den schwachen Landesverbänden gewisse Zuschüsse zu geben. Das war in der letzten Zeit möglich.

Zu der vorhin angeschnittenen Frage, inwieweit ist eine echte Lösung, die das unterschiedliche Aufkommen regelt, durchzuführen, ist zu sagen: Selbstverständlich ist Nordrhein-Westfalen strukturell viel besser dran und kann größere Mittel aufbringen. Andererseits besteht in Nordrhein-Westfalen eine Organisation auf seiten der Finanzbeschaffung unter genauer Abstimmung mit Bonn, indem wir uns die bestmöglichsten Chancen genommen haben. Die Verhältnisse in den anderen Landesverbänden sind zum Teil weit ungünstiger. Doch sind die Möglichkeiten recht unterschiedlich. In Schleswig-Holstein und Berlin ist es sehr schwer, auch in Niedersachsen, größere Mittel heranzuholen.

Es sind aber auch da nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden. Es ist dies in erster Linie eine Personenfrage. Da kann nicht jeder auf dem Gebiete tätig sein, es ist dies eine Sache, zu der mehr gehört als ein geschicktes Mundwerk. Ich habe es sehr bedauert, daß gerade die Landesverbände, die offensichtlich jahrelang dieser Seite keine ausreichende Aufmerksamkeit geschenkt haben, hiergegen opponieren. Es wäre auch da mehr möglich gewesen, und die Erfolge wären auch besser gewesen.

In Nordrhein-Westfalen, um nochmals darauf zurückzukommen, sind zum Teil Leute des Landesverbandes eingesetzt gewesen wie z. B. Dr. *Richter,* die anstelle von *Weisner* tätig geworden sind, so daß Sie nicht davon ausgehen können, daß man unterscheiden könnte zwischen echtem eigenem Landesverbandsaufkommen und Bundesaufkommen. Wir haben uns rein nach der Zweckmäßigkeit gerichtet, und ich glaube sagen zu können, daß hierdurch eine sehr gute Zusammenarbeit, eine fast lückenlose Erfassung ermöglicht wurde.

Darf ich zum Schluß noch kurz sagen zu dem, was eben angedeutet wurde, daß die Banken sehr stark in Düsseldorf und Umgebung ihren Sitz hätten und Einfluß auf die Gelder gehabt haben? Diese Gelder sind von den Firmen gegeben worden, wo sie ihren Sitz hatten. Darüber hinaus haben wir solche Beträge geholt, die verschiedene Landesverbände betreffen konnten, weil die Zentralen unglücklich liegen. Diese sind nicht nach Nordrhein-Westfalen geflossen, sondern wurden mit den betreffenden Landesverbänden besprochen und aufgeteilt.

Ich glaube sagen zu können, daß nichts unterlassen worden ist, um in jedem Fall eine gerechte Lösung zu suchen, und ich bin überzeugt, daß diejenigen, die einen näheren Einblick in die Arbeit haben, daß die wirklich wissen, daß wir nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten und nicht nach politischen Gesichtspunkten gehandelt haben.

STEGNER: Meine Frage gilt dem Institut der Niedersächsischen Wirtschaft. Ich weiß nicht, wie weit in den anderen Landesverbänden etwas Ähnliches vorhanden ist. Da ist unter Bonner Regie etwas gegründet worden, für was sich alle entschlossen haben, einen bestimmten Betrag abzuführen. Dieses Institut setzt sich in Betrieb und hat diesen Entschluß gefaßt. Ich bin diesem Verein beigetreten, um ihn zu majorisieren, sonst wäre ich an die Wand geschoben worden. Mir wurde überall gesagt: „Wir zahlen jetzt über das Institut!" Und jetzt beginnt die Sache für uns interessant zu werden. Nach langem Verhandeln habe ich von *Stuckart* die Summe von 30 000 [DM] konzediert erhalten, das war unser Aufkommen, denn wir haben gesagt, wir sammeln dann nicht mehr. Ich habe aber damals vorsorglich meine Organisation virulent gelassen, weil ich wußte, wie das gehen wird. Das Aufkommen ist von Monat zu Monat gesunken, und heute sind wir bei 19 000 [DM]. Wir gehen aber auf die Wahl zu, da sollte sich das Aufkommen erhöhen, aber es wird immer geringer. Wir haben erhöhte Auslagen. Das alles erscheint mir sehr grundsätzlich und bedarf einer Regelung.

RUBIN: Wir haben uns im geschäftsführenden Vorstand mit diesem ungeheuren politischen wie auch finanziellen Problem mehr als einmal befaßt. Ich habe eine laufende Unterrichtung meinerseits vorgenommen. Ich habe darüber hinaus mit *Blücher* zusammen jede Gelegenheit gesucht und jeden Kampf zu bestehen gehabt, um die Gefahr, die aus dieser Richtung drohte, weitgehend abzuwenden. Wir haben unsere eigene Organisation erhalten, und wir haben mit ungeheuren Kämpfen diesen Erfolg nur mit bösen Verunglimpfungen erreichen können. Die Dinge sind fast dauernd noch virulent, ganz aktuell, sie hängen sehr mit dem Wahlgesetz und allen Dingen zusammen. Wenn ich im allgemeinen nicht viel in politischen Dingen rede, hängt das damit zusammen, daß mich diese Aufgabe so stark in Anspruch nimmt. Es scheint mir erforderlich zu sein, daß sich hiermit einer dauernd beschäftigt, damit wir nicht überrollt werden. Ich bin der Ansicht, daß wir in den kommenden Monaten weiter um unsere Unabhängigkeit und finanzielle Substanz werden kämpfen müssen. Ich glaube aber, wenn wir untereinander keinen Mist machen und uns schwächen, daß wir dann diesen Kampf bestehen werden und daß wir dann, wenn wir aufpassen, mit guten Chancen daraus hervorgehen.

Franz BLÜCHER: Die Kämpfe sind noch weiter gegangen, als sie *Rubin* angedeutet hat. Wir haben im September gefordert, daß die Fördergesellschaften auffliegen sollten. Da war plötzlich einiges möglich. Was man bei Ihnen, *Stegner,* versucht, ist das eine, daß man nämlich bei Ihnen einen Schlüssel anwendet, der nicht der FDP-Schlüssel für den Bund ist, sondern daß man dort einen fiktiven Niedersachsen-Schlüssel anwendet. Ein fiktiver Niedersachsen-Schlüssel entspricht den Abmachungen, denn dann würde es sonst passieren, daß in Ländern, wo die DP nicht vorhanden ist, auch 10 oder 15 % für die DP in Reserve gestellt werden. Im übrigen sind die Leute von einer Instinktlosigkeit ohnegleichen. Ich weiß, daß sie, entgegen allen Abmachungen, nicht nur an den BHE, sondern auch an andere Leute Geld gegeben haben, und zwar in erschütternden Beträgen, wo man einen Mann lancieren will.

Zum zweiten versucht man, die Geschäftsführer politisch zu machen. Es kommt immer wieder darauf an, daß man den Durchschnittsschlüssel für den Bund bekommt, dann würde das, was in Niedersachsen vorgeht, am Ende in anderen Landesverbänden ersetzt werden.

STEGNER: Unser eigenes Aufkommen soll konserviert werden. Daran halten sich die Leute nicht mehr. *Stuckart* sagt, das Aufkommen wird geringer, aber ich glaube nicht daran.

Sie haben recht, *Stuckart* ist dritter Landesvorsitzender des BHE. Das Tollste, die alte Clique, Staatssekretär *Stuckart* und ein ehemaliger Mitkämpfer, sind in den Nachfolgeorganisationen der SRP, im Bund Heimattreuer Deutscher, BHD: Ich darf das mal mit aller Deutlichkeit sagen. Ich bin nicht gewillt, mir das noch lange mit anzusehen.

Dr. HAUSSMANN: Die Ausführungen von *Stegner* sind sehr interessant. Aber zunächst zurück zum Thema: Wir sind Herrn *Rubin* sehr dankbar für die offenen Aufklärungen, weil wir Eindrücke bekommen haben, die wir haben müssen. Herr *Rubin* hat die Möglichkeit, Fragen, die Uneingeweihte stellen, auf-

zuklären. Wir sollten uns darüber klar werden, daß die Mängel hinsichtlich der Vergangenheit Befreiung erhalten werden: § 181 BGB. Die Frage, was für die Zukunft geschieht, müßte besonders behandelt werden. Entweder Befreiung auch für die Zukunft beschließen oder eine Trennung der Personalunion des Bundes- und Landesschatzmeisters. Das muß in aller Offenheit erörtert und beschlossen werden.

Zur Frage *Stegner:* Ich muß sagen, daß die Fördergesellschaften sich in einer Weise breitmachen, daß sie uns das Konzept der Vereinigung verderben. Wir können nicht damit rechnen, daß die Firmen an die Fördergesellschaften gleichzeitig DM 1,– pro Beschäftigten zahlen und auch gleichzeitig der Vereinigung die Treue halten. Mir scheint notwendig, daß eine Klärung und Regelung auf Bundesebene in Köln herbeigeführt wird. Wir müssen wissen, mit welchen Mitteln wir rechnen können und ob wir die Finanzierung durch die Vereinigung fortführen. Ich glaube, es ist großer Grund zur Skepsis gegenüber den Fördergesellschaften da, *Blücher* hat das Stichwort in dieser Richtung schon gegeben. Ich möchte meinem Bedauern Ausdruck geben, daß dem Wunsche von *Frühwald* nicht Rechnung getragen wurde, einmal in der Zeit seit Unkel sich über das Wahlrecht zu unterhalten. Wir müssen in der Frage des Bundestagswahlrechtes unseren Standpunkt so wahren, daß unsere Interessen gewahrt sind, ehe die Verträge über die Bühne gehen und wir als Koalitionspartner nicht mehr den Wert für die CDU haben, wie wir ihn jetzt haben. Das muß ausgesprochen werden. Es ist bedauerlich, daß wir in den drei Monaten nicht weitergekommen sind. Ich glaube, wir kämen dann auch in der Frage der Finanzierung weiter. Wenn das Bundestagswahlrecht stehen würde, könnten wir alles anders gestalten.

Franz BLÜCHER: Ich könnte dazu noch manches sagen.

RADEMACHER: Ich mache es kurz, Herr *Rubin.* Sie werden verstehen, daß ich nicht mit offenen Augen zusehen will, wie unser Schlüssel Hamburg verschlechtert wird. Es ist in Hamburg so: Es sind nur die drei Koalitionsparteien: CDU 40 %, FDP 40 % und DP 20 %. Ich bitte Sie zu verstehen, daß das für uns eine Existenzfrage ist. Lassen Sie uns aus einer zentralen Regelung heraus, es wäre katastrophal.

RUBIN: Wir haben eine Regelung auf den Bundesdurchschnitt, die aber nicht ausschließt, daß in den einzelnen Landesverbänden gewisse unterschiedliche Regelungen sind. Bei Ihnen würde eine Änderung zu Ihren Ungunsten auslaufen.

BLÜCHER: Glauben Sie mir, Herr *Rademacher,* die Sache ist in anderen Ländern so schlecht, daß wir trotzdem an einer großen Härte in der Auseinandersetzung nicht vorbeikommen können. Es wird nach meinem Gefühl gemogelt. Wir haben einen Anspruch, weil wir an vielen Stellen unsere eigenen Finanzquellen aufgegeben haben. Das gibt uns das Recht zu fordern. Wir sind ja nicht nur die Bittenden, sondern man hat uns ja auch etwas zugemutet.

RUBIN: Es ist sicherlich notwendig, daß wir diese Verhandlungen führen, solange wir starke Trümpfe in der Hand haben.

BORTTSCHELLER: Ich bedauere, geltend machen zu müssen, daß in Bremen die Dinge ähnlich liegen wie in Hamburg. Bei uns ist die Situation dieselbe. Was Bremen anbelangt, so sind die drei bürgerlichen Parteien vorhanden (6 : 6 : 6). Nach Möglichkeit sollte man nicht daran rühren, sonst kriegen wir erhebliche Schwierigkeiten.

Dr. LEVERENZ: Ich fürchte, Sie sehen die Dinge zu optimistisch. Es ist schon seit Monaten so, daß immer gesagt wurde, in vier Wochen sind die Dinge abgeklärt, dann in zwei Wochen. Wie ich die Dinge von uns aus übersehe, sind sie überhaupt noch nicht abgeklärt.

Wir sind vor 14 Tagen mit dem Kuratorium, das die Verhandlungen geführt hat, beehrt worden. Das waren drei Wirtschaftsprüfer. Wir sollten den Herren unsere politischen Konzeptionen darlegen, und dann wollten sie sich das anhören und fragten, ob wir dann endgültig bereit wären, eine Einheitspartei zu machen. Ich bin dann sehr stur den Leuten gegenübergetreten und habe gesagt, was Herr *Rubin* als Leitsatz gegeben hatte. Ich sei erstaunt über die Entwicklung. Ich hätte gedacht, wir wären hingekommen, um Geld in Empfang zu nehmen. Wie gesagt, ich habe das auch schon früher angedeutet, daß die Verhältnisse in Schleswig-Holstein unmöglich sind.

Wir haben früher in unserem Lande 8 500 Mark aufgebracht, das war für uns schon sehr mühevoll, dies monatlich zusammenzubekommen. Dadurch aber, daß die Fördergesellschaften gekommen sind, ist unser Aufkommen auf 4 000 [DM] zurückgegangen, und wir werden am 1. Januar sicher auf 2 000 [DM] abgesunken sein. Daß wir davon leben sollten, ist völlig ausgeschlossen. Ich erkenne es dankbar an, daß Sie uns mit monatlich 10 000 DM unterstützt haben. Auch das ist für uns unmöglich. Ich sitze am 15. da und rechne, wie kommst Du über den 1. hinweg. Die Fördergesellschaft hat uns seit Juni oder Juli in zwei Beträgen 1 500 [DM] zur Verfügung gestellt. Ich habe zuletzt auf die Besprechung in Köln und die Hamburger Besprechung hingewiesen. Man hat gesagt, es ist schön und gut, wir hören von der Zentrale nichts, die können so viele Beschlüsse fassen wie sie wollen, das interessiert uns nicht. Wir können hier im Lande kein Geld aufbringen, wir sind angewiesen auf den Bundesausgleich. Wir bekommen kein Geld und können Ihnen auch keines geben. Ich habe vorgestern bei einem Bekannten einen Brief gesehen, wo die Fördergesellschaften an bestimmte Leute herangetreten sind mit dem Wunsch, Kandidaten zu benennen, die als Bundestagsabgeordnete aufgestellt werden sollten. Wenn dies so weitergeht, muß ich meine Arbeit einstellen. Daher weiß ich nicht, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist – ich möchte hier nicht in meiner Eigenschaft als Landesvorstand auftreten –, ist es nicht ein echtes Anliegen der Partei, ein Anliegen der Leute, die bei Ihnen in Nordrhein-Westfalen das Geld geben, daß die Gesamtpartei das Geld bekommt, daß wenigstens die Landesverbände, die in der schrecklichen Situation sind, Hilfe bekommen? Es ist dies wirklich ein Anliegen, das man nicht auf die lange Bank schieben darf, sondern es geht jetzt darum, daß irgendetwas für uns getan wird.

Franz BLÜCHER: Was die Haltung der Unternehmer betrifft, so war es auch in Nordrhein-Westfalen so, daß Überlegungen angestellt wurden, ob nicht Angestellte abgebaut werden müssen. Ich hatte mit den Herren Unternehmern ge-

sprochen, dann ging es. Wir hatten mit den verantwortlichen Leuten eine Einigung: ca. 37 – 40 % der Mittel. Die Hälfte geht an den Landesverband, die Hälfte an die Zentrale. Dagegen hält man ein Drittel vorweg zurück für die Zentrale. Aber die Sache ist so, daß nirgendwo die Geschäftsführer überwacht werden. Deswegen gibt es wieder den ganzen erbitterten Kampf, und es ist so, daß hier in Bonn die Ansicht herrscht von der absoluten Selbständigkeit der Gesellschaft. Dagegen ist nicht zuverlässig der Herr mit dem Vornamen Otto.

STEGNER: Der Herr macht zuviel Personalpolitik.

EBERHARD: Durchweg kann festgestellt werden, daß man unsere Finanzgrundlage zerschlagen hat. Wir haben die Fördergemeinschaft in der Pfalz, durch die wir 50 % bekommen sollen und 50 % die CDU, wir hätten also eine günstige Regelung, wenn das Aufkommen eingehalten würde. Wir hätten dann keinen Grund zur Unzufriedenheit. Aber wir haben außer den Landtags- und Kommunalwahlen auch noch die Bezirkstagswahlen. Wir haben zwei unsichere Kandidaten, die evtl. mit der SPD gehen. Man hat uns sofort gedroht, daß, wenn es nicht gelingt, daß der Vorsitzende des Bezirkstages ein Bürgerlicher ist, wir nichts mehr bekommen. In Rheinhessen ist es so, daß wir dort nur 40 % erhalten. Die maßgebenden Leute im Rheinland sind CDU, dort haben wir Schwierigkeiten. Wenn die Dinge so weiter laufen, müssen wir auch zu einem Ausgleich kommen.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen mit seiner großen Finanzkraft soll da helfen, darüber sind wir uns wohl einig. Es darf nicht so kommen, daß ein Landesverband über eine Million Mark hat und wir kommen vielleicht auf 80 000 und haben trotzdem beachtliche Fortschritte gemacht.

Wir haben nur einen Landesverbandsgeschäftsführer und zwei Bezirksverbandsgeschäftsführer, und mit diesem kleinen Apparat haben wir alle Arbeit geleistet. Wir haben ehrenamtliche Mitarbeiter, die alle Reisekosten aus ihrer Tasche zahlen. Wenn wir von dem Aufkommen, das Nordrhein-Westfalen hat, nur 40 000 oder 50 000 DM bekommen hätten, dann hätten wir vielmehr leisten können. Wenn die Zuschüsse der Fördergesellschaft anhalten, dann sehen wir hoffnungsvoll in die Zukunft, wobei ich aber bemerke, daß die Fördergesellschaft zur Bedingung gemacht hat, daß das Geld in der Pfalz bleibt.

Franz BLÜCHER: Darf ich das Folgende sagen. Wir müssen uns rein formal über eines schlüssig werden: Über den Beschluß nach § 181 BGB. Es ist unvermeidlich, und wir müssen es formal durch Beschluß bereinigen. Ich glaube, wenn ich *Stegner* und *Haußmann* richtig verstanden habe, stimmten sie zu?

Dr. LEVERENZ: Ich möchte keine Kritik mehr üben, aber wie notwendig diese eingehende Debatte über den Organisationsausschuß war, erkennen wir heute abend erst recht. Wir haben gehört, es ist gesagt worden, der Organisationsausschuß sei zur Regelung der routinemäßigen Angelegenheiten da. Daß dies keine routinemäßige Angelegenheit war, darüber sind wir uns klar. Aber ich habe keine Bedenken.

EBERHARD: Ich für meine Person stimme ebenfalls zu unter der Voraussetzung, daß es für die Zukunft anders gehandhabt wird.

Franz BLÜCHER: Es ist ausdrücklich beschränkt auf das Bisherige. In Zukunft wird es ja so sein, daß über alle derartigen Beschlüsse Berichte gegeben werden.

Dr. MIDDELHAUVE: Darf ich einen Vorschlag machen im Hinblick auf das Problem Finanzausgleich: Der Vorstand erteilt dem Organisationsausschuß den Auftrag, im Laufe der nächsten vier Wochen Vorschläge für einen echten Finanzausgleich auszuarbeiten, damit der Gesamtvorstand darüber entscheidet.

Es muß ein Vorschlag vorliegen, und die Verhältnisse in den Landesverbänden müssen berücksichtigt werden.

Franz BLÜCHER: Ich glaube, wir stimmen der Ansicht zu. Wir haben dann Ordnung.

Ich frage nach dem nächsten Termin einer gleichen Sitzung, und zwar möglichst noch vor Weihnachten.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich glaube, eine solche Sitzung wird vor Weihnachten nicht mehr möglich sein. Es sollte die Ermächtigung erteilt werden, die vorliegenden Anträge[60] im geschäftsführenden Vorstand zu behandeln.

Im übrigen sollten die Tagesordnungspunkte vorbereitet werden, und dem Gesamtvorstand sollten Anfang Januar konkrete Vorschläge unterbreitet werden. Wir sollten so schnell als möglich die Dinge einem größeren Gremium vorlegen.

[VERSCHIEDENES]

Franz BLÜCHER: Es ist soviel über das Wahlrecht gesprochen worden, und das war auch der Grund der Anwesenheit von *Niebel,* da er das Material über die Debatte über das Wahlrecht bei sich hatte. Wir stützen uns alle gewohnheitsmäßig auf das Material von *Füsslein* (Innenministerium). Ich kenne den Mann nicht. Ein Parteifreund aus Köln sagte mir, er würde gern eine Gegenkontrolle haben. Die Frage ist, ob wir etwas aufwenden, um diese Zahlen für unsere Partei durcharbeiten zu lassen. Das wäre eine Sache, die den Organisationsausschuß betrifft. Das muß einer der ersten Beschlüsse sein.

Ein großer Ärger erwächst uns dadurch, daß wir schon seit Monaten durch das Ausscheiden von *Ellinger* keinen Vorsitzenden im Finanz- und Steuerausschuß haben. Es wäre leicht, hier aus dem Grundsätzlichen und Staatspolitischen heraus ein Programm zu entwickeln.

Dasselbe gilt für die Erarbeitung des Wirtschaftsprogramms. Wir müßten uns gerade diese beiden Punkte heute noch überlegen.

Was die Frage des Außenhandels und der Kriegsopfer betrifft, so sind wir mit den Außenhandelsausschüssen schlecht gefahren. Kriegsopfer, dazu braucht man einen sehr objektiven Mann, der mit Herz und Verstand bei der Sache ist und abzugrenzen weiß. Wissen Sie einen Parteifreund für das Wirtschaftsprogramm?

60 Bezieht sich auf TOP 5: „Bearbeitung der vom Parteitag an den Vorstand überwiesenen Anträge und Entschließungen."

Dr. DEHLER: *Bungartz,* München.

WILL: In Ems ist darüber gesprochen worden, da *Ilau* zurückgetreten ist.[61] Es ist eine Neuwahl getroffen worden, und zwar *Scheel* aus Nordrhein-Westfalen und *Preusker* als Stellvertreter. Er wollte erst nicht, hat sich dann aber doch dazu entschlossen. *Treichel* ist Schriftführer.

Dr. MIDDELHAUVE: Der Ausschuß hat sich in Ems den Vorsitzenden gewählt. Wir sollten dem Ausschuß, der das Wirtschaftsprogramm erarbeiten will, einen Vorsitzenden geben und vielleicht so, daß wir sagen, das machen *Scheel* und *Preusker.* Aber wir brauchen nicht sagen, *Scheel* ist Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses.

Wir haben heute erst die Tagesordnung bekommen, wir konnten ja noch nichts überlegen. Es ist aber wichtig, wer ein Steuerprogramm für die Partei ausarbeitet. Ich würde vorschlagen, das unbedingt bis Januar festzustellen. Die Erarbeitung des Wirtschaftsprogramms würde ich Herrn *Scheel* übergeben, aber keine weiteren Entscheidungen treffen.

Franz BLÜCHER: Die Dinge sind eilig. Ich bedauere, daß wir *Ellinger* nicht mehr gewinnen können. Er ist ein Mann einer klaren Konzeption, er kann unheimlich viel, wird aber nicht zu gewinnen sein.

RADEMACHER: Ich bin mit dem Vorschlag *Middelhauve* einverstanden. Wir sollten uns Gedanken machen. Für den Unterausschuß Außenhandelsfragen würde ich Dr. *Jantzen,* einen wirklich außerordentlichen Mann, vorschlagen. Ich möchte bitten, daß Sie mir genehmigen, daß ich mit ihm spreche, ob er diese Aufgabe übernimmt.

Einverständnis.

Franz BLÜCHER: In der nächsten Sitzung des Gesamtvorstandes müssen wir uns zu dem Punkt 4 der Tagesordnung (Programmfragen) äußern. Es ist nicht so, daß wir sagen, nötig oder nicht nötig. Es wäre gut, wenn wir uns alle mit einer sehr genauen Einzelkenntnis der Dinge vorbereiten würden. Ich persönlich habe vor, wenn irgend möglich, in den Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr den Versuch zu machen festzustellen, wo sind Unterschiede, gegenüberzustellen These und Antithese, denn dieses Thema ist aufgerührt. Wir müssen uns damit befassen.

Dr. MIDDELHAUVE: Vielleicht können wir auch das im geschäftsführenden Vorstand vorbesprechen.

Franz BLÜCHER: Ich prüfe alle Termine und versuche, nächste Woche zu einer Sitzung den geschäftsführenden Vorstand einzuladen.

RADEMACHER: Ich habe mich mit *Middelhauve* abgestimmt, daß wir vorschlagen, am Mittwoch nächster Woche, den 10. 12., 18.00 Uhr, in der Bundesgeschäftsstelle zum Organisationsausschuß zusammenzukommen.

RUBIN: Wir brauchen dann aber wenigstens drei Stunden. Für eine kürzere Sitzung lohnt es nicht, nach Bonn zu fahren.

---

61 Siehe hierzu Nr. 25 a mit Anm. 9 und Nr. 25 b mit Anm. 12.

WILL: Ich habe noch eine Frage wegen *Jeserich,* der nach Bonn kommen soll. Sind die Dinge nun geklärt?[62]

Franz BLÜCHER: Ich muß darauf eines offen sagen: *Brillinger.*[63]

Dr. SANDER: Wir müssen auf einen Beschluß von dort unten warten.

Franz BLÜCHER: Ich hoffe, daß wir bald Aufklärung bekommen. *Leuze* hat sein Wort bis jetzt immer gehalten. Ich habe ihn gebeten, bei seiner heutigen Fahrt nach Hause die Dinge abzuklären.

RADEMACHER: Ich habe zu meiner Überraschung gehört, daß Herr *Diewerge* nach wie vor im Auftrage der Bundesgeschäftsstelle im Lande herumreist.[64]

Franz BLÜCHER: Deshalb dränge ich so sehr auf eine baldige Sitzung des Gesamtvorstandes. Ich hätte gern diese Dinge einmal durchgesprochen.

Dr. DEHLER: Es ist doch nicht möglich, daß *Diewerge* noch durch die Lande reist. Es sind Bedenken geltend gemacht worden. *Middelhauve* wurde gebeten, die Dinge nachzuprüfen. Damit scheidet doch die Möglichkeit aus, daß *Diewerge* noch für die Bundesgeschäftsstelle arbeitet. Wir können doch beschließen, daß das aufgehoben wird. Er darf nicht mehr auf Reisen gehen, bis die Sache geklärt ist.

Franz BLÜCHER: Wir müssen den Beschluß fassen, daß *Diewerge* von einer weiteren Tätigkeit bei uns absieht. Er ist innerhalb der Bundesgeschäftsstelle nicht zu beschäftigen. Die Angelegenheit wird erneut, da *Middelhauve* nicht mehr anwesend ist, im Organisationsausschuß und im Vorstand besprochen werden. Bis zur Klärung soll er von seiner Tätigkeit im Rahmen der Bundesgeschäftsstelle Abstand nehmen.

Dr. DEHLER: Es wurde seinerzeit im Organisationsausschuß in Unkenntnis seiner Persönlichkeit beschlossen, daß er im Auftrag der Bundespartei Kurse durchführt und daß ihm dazu ein Wagen der Bundespartei zur Verfügung steht.

WEIRAUCH: Er bemüht sich auch – zum Leidwesen von *Rinné* –, auf den Rednerschnellbrief Einfluß zu nehmen. Dieser Punkt kommt also auf die nächste Tagesordnung des Organisationsausschusses und des Vorstandes.

---

62 Tilman K. *Jeserich* stand als Kandidat für die Stelle eines politischen Referenten in der Bundesgeschäftsstelle zur Diskussion. Am 19. 12. 1952 beschloß der geschäftsführende Vorstand seine probeweise Anstellung für drei Monate als Organisationsreferent (Organisation der Landesverbände). ADL, Ordner-Nr. 82. Am 2. 7. 1953 entschied der Organisationsausschuß, den Vertrag mit *Jeserich* zu kündigen. ADL, Ordner-Nr. 59.

63 Bezug nicht eindeutig. Ein Zusammenhang besteht möglicherweise mit den kolportierten Bemühungen *Brillingers,* eine neue Anstellung zu finden. Vgl. Nr. 27, Anm. 21.

64 Zu *Diewerge* hieß es im Telefonanruf Erika *Fischers,* Anm. 47: „Vorsicht bei *Diewerge* – darf nicht durch *Middelhauve* in Bundesgeschäftsstelle kommen." Zur Debatte stand in diesen Tagen die Einstellung *Diewerges,* der das Konzept für den Rednerschnellbrief erarbeitet hatte und im Auftrag der Bundesgeschäftsstelle schon in der Rednerschulung tätig geworden war, als Leiter der Rednerschulung in der Bundesgeschäftsstelle. Am 19. 12. 1952 erhielt der geschäftsführende Vorstand die Mitteilung, daß der Organisationsausschuß übereingekommen sei, von der Anstellung *Diewerges* abzusehen. ADL, Ordner-Nr. 82.

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien/im Auftr. d. Komm. für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. Polit. Parteien. – Düsseldorf: Droste

Reihe 4, Deutschland seit 1945/hrsg. von Karl Dietrich Bracher . . .
NE: Bracher, Karl Dietrich [Hrsg.]

Bd. 7. Freie Demokratische Partei: Sitzungsprotokolle/FDP-Bundesvorstand.
1. Freie Demokratische Partei: Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher
1 (1990)

Freie Demokratische Partei
Sitzungsprotokolle/FDP-Bundesvorstand/hrsg. von d. Komm. für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. Polit. Parteien sowie d. Archiv d. Dt. Liberalismus d. Friedrich-Naumann-Stiftung. – Düsseldorf: Droste
(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 4, Deutschland seit 1945; Bd. 7)

1. Freie Demokratische Partei: Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher
1 (1990)

Freie Demokratische Partei:
Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher: 1949–1954/FDP-Bundesvorstand. Hrsg. von d. Komm. für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. Polit. Parteien sowie d. Archiv d. Dt. Liberalismus d. Friedrich-Naumann-Stiftung. Udo Wengst (Bearb.). –Düsseldorf: Droste
(Sitzungsprotokolle/FDP-Bundesvorstand; 1) (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 4, Deutschland seit 1945; Bd. 7)
ISBN 3–7700–5159–9
NE: Wengst, Udo [Bearb.]; HST

1 (1990)

EX OFFICINA
1990

Satz
Computersatz Bonn GmbH, Bonn
Mergenthaler Type Library

Papier
Alterungsbeständiges Nordland Naturpapier
gemäß DIN 6723, frei von Aluminiumsulfat und
säurebildenden Verbindungen

Einbandstoff
Bamberger Kaliko
GmbH

Druck und Einband
Verlagsdruckerei Schmidt GmbH
Neustadt/Aisch

Printed in Germany
ISBN 3-7700-5159-9